



C/2024/2537

23.5.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

22. Mai 2024

(C/2024/2537)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,0830	CAD	Kanadischer Dollar		1,4810
JPY	Japanischer Yen		169,54	HKD	Hongkong-Dollar		8,4538
DKK	Dänische Krone		7,4617	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,7724
GBP	Pfund Sterling		0,85165	SGD	Singapur-Dollar		1,4616
SEK	Schwedische Krone		11,6325	KRW	Südkoreanischer Won		1 480,95
CHF	Schweizer Franken		0,9905	ZAR	Südafrikanischer Rand		19,7464
ISK	Isländische Krone		150,10	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		7,8414
NOK	Norwegische Krone		11,5850	IDR	Indonesische Rupiah		17 371,32
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit		5,0820
CZK	Tschechische Krone		24,748	PHP	Philippinischer Peso		62,825
HUF	Ungarischer Forint		388,05	RUB	Russischer Rubel		
PLN	Polnischer Zloty		4,2686	THB	Thailändischer Baht		39,448
RON	Rumänischer Leu		4,9751	BRL	Brasilianischer Real		5,5647
TRY	Türkische Lira		34,8553	MXN	Mexikanischer Peso		18,0397
AUD	Australischer Dollar		1,6288	INR	Indische Rupie		90,2135

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



C/2024/3115

23.5.2024

BERICHT ÜBER DIE HAUSHALTSFÜHRUNG UND DAS FINANZMANAGEMENT

ABSCHNITT I: EUROPÄISCHES PARLAMENT

HAUSHALTSJAHR 2023

(C/2024/3115)

INHALTSVERZEICHNIS

	<i>Seite</i>
EINLEITUNG	2
I. ÜBERBLICK ÜBER DIE TÄTIGKEITEN DES PARLAMENTS IM HAUSHALTSJAHR 2023	2
II. ENTWICKLUNG DES HAUSHALTS DES PARLAMENTS IM VERGLEICH ZUM MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN	5
III. AUSFÜHRUNG DES HAUSHALTSPLANS 2023	5
A. Ursprünglicher und endgültiger Haushaltsplan	7
B. Mittelbindungen und Zahlungen	7
C. Mittelübertragungen von 2023 auf 2024	8
D. Verwendung der Mittelübertragungen von 2022 auf 2023	8
E. Einnahmen	8
F. Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel	9
G. Verfall laufender Mittel	9
H. Mittelübertragungen	9
I. Haushaltsvollzug nach Kapiteln	10
ANLAGE	
Anlage I — Übersicht über die C-Mittelübertragungen im Haushaltsjahr 2023	14
Anlage II — Übersicht über die P-Mittelübertragungen im Haushaltsjahr 2023	23
Anlage III — Mittelverwendung 2023	26
Anlage IV — Verwendung von aus dem vorangegangenen Haushaltsjahr übertragenen Mitteln	35
Anlage V — Verwendung der Mittel aus internen zweckgebundenen Einnahmen	40
Anlage VI — Einnahmen 2023	50
Anlage VII — Immobilienvorhaben ADENAUER II – Wichtige Zahlen	52
VERZEICHNIS DER TABELLEN UND GRAFIKEN	
Tabelle 1 — Verwendung der Mittel	5
Tabelle 2 — Einnahmen – 2023 und 2022 insgesamt erhaltene Zahlungen (<i>übertragener Fonds 4 und Fonds 8</i>)	8
Tabelle 3 — Analyse der C-Mittelübertragungen nach Ausgabenkategorien und Zweck	9
Tabelle 4 — Entwicklung der Mittelbindungen 2023 gegenüber 2022	10

EINLEITUNG

1. Im vorliegenden Bericht werden die Haushaltsführung und das Finanzmanagement des Parlaments im Haushaltsjahr 2023 untersucht. Er bietet einen Überblick über die Verwendung der Finanzmittel und die Ereignisse, die die Tätigkeiten während des Jahres auf signifikante Weise beeinflusst haben. Der Bericht wurde gemäß Artikel 249 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates⁽¹⁾ (im Folgenden die „Haushaltsordnung“) erstellt. Die Analyse beruht auf den vom Rechnungsführer aufgestellten vorläufigen Rechnungen.
2. Der anhaltende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hatte erhebliche Auswirkungen auf das Jahr 2023. Darüber hinaus haben die Terroranschläge auf Israel im Oktober 2023 und der danach erfolgte Einmarsch in den Gazastreifen die allgemeine geopolitische Lage bis zum Ende des Jahres weiter verschärft.
3. Die Inflation im Euro-Währungsgebiet, die im Oktober 2022 mit 10,6 % ihren Höchststand erreichte, ging allmählich zurück, sodass für das Jahr 2023 eine jährliche Inflationsrate von 5,4 % zu verzeichnen war⁽²⁾.
4. Es wurde ferner mit den Vorbereitungen für den Übergang zur Wahlperiode 2024 begonnen.
5. Das Parlament erhielt 2023 Haushaltsmittel in Höhe von 2 247 Mio. EUR, was einem Anstieg um 3,95 % gegenüber dem Vorjahr entsprach. Diese Mittelzuweisung machte 19,7 % der Rubrik 7 des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) aus. Bei dem Jahr handelte es sich um das zweite des derzeitigen MFR 2021-2027.
6. Von den dem Parlament zugewiesenen Haushaltsmitteln hat es im Jahr 2023 2 238 Mio. EUR gebunden, Zahlungen in Höhe von 1 890 Mio. EUR (84,4 %) geleistet und 348,3 Mio. EUR (15,6 %) auf 2024 übertragen. In diesem Zeitraum wurden keine nichtautomatischen Übertragungen auf 2024 vorgenommen.

I. ÜBERBLICK ÜBER DIE TÄTIGKEITEN DES PARLAMENTS IM HAUSHALTSJAHR 2023**Das Parlament als unabhängiges Organ der EU**

7. Am 18. Januar 2023 billigte die Konferenz der Präsidenten ein von der Präsidentin vorgeschlagenes Mandat für eine politische Arbeitsgruppe. Diese Gruppe wurde damit beauftragt, bei ihrer Arbeit den Schwerpunkt auf die legislative Rolle und die Verfahren des Parlaments zu legen und Verbesserungen seiner Rolle und seiner Kapazität als Teil der Haushaltsbehörde und einzige Entlastungsbehörde zu prüfen.
8. Am 7. Dezember 2023 billigte die Konferenz der Präsidenten ein Paket von Reformmaßnahmen auf der Grundlage der Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Parlament 2024“, die bis zum Ende der Wahlperiode umgesetzt werden sollen. Diese Maßnahmen umfassen fünf im Mandat der Arbeitsgruppe genannte Schlüsselbereiche: Rechtssetzung, Kontrolltätigkeiten, haushaltspolitische Aufgaben und Haushaltskontrolle, Plenum und Außenbeziehungen. Die Reformvorschläge zielen darauf ab, die Arbeitsweise des Parlaments als eines der beiden gesetzgebenden Organe zu verbessern, seine Fähigkeit zur Ausübung demokratischer Kontrolle zu stärken und die Rechenschaftspflicht, insbesondere der anderen Organe, allen voran der Kommission, sicherzustellen.
9. Am 8. Februar 2023 nahm die Konferenz der Präsidenten einen von der Präsidentin vorgeschlagenen 14-Punkte-Plan an, dessen Schwerpunkt auf Transparenz, Integrität, Rechenschaftspflicht und Korruptionsbekämpfung lag. Darüber hinaus billigte das Plenum am 13. Juli 2023 Empfehlungen für eine Überarbeitung der Vorschriften des Parlaments, mit denen ausländische politische Einflussnahme, Spionage und Korruptionsversuche bekämpft werden sollen. Diese schließen die Einrichtung eines interinstitutionellen Ethikgremiums der EU und die Annahme konsequenterer Maßnahmen zur Lösung von Interessenkonflikten ein.

⁽¹⁾ Verordnung (EU, Euratom) Nr. 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 (ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1).

⁽²⁾ Eurostat Wirtschaftsprognose für 2024, veröffentlicht am 15. Februar 2024.

IT und Cybersicherheit

10. Um die Dringlichkeit der Stärkung der Cyberabwehrfähigkeiten des Parlaments herauszustellen, wurden im Januar 2023 nach Billigung der Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten im Bereich der Cybersicherheit durch das Präsidium 40 als „Fachkräfte für IKT-Sicherheit“ gekennzeichnete Stellen in den Stellenplan der GD ITEC aufgenommen. Trotz einer schwierigen Wettbewerbsslage auf dem Markt für Fachkräfte im Bereich der Cybersicherheit und erheblicher Verzögerungen bei den Ergebnissen des EPSO-Auswahlverfahrens wurden 24 dieser Stellen besetzt.
11. Aufgrund des Beschlusses des Präsidiums vom Februar 2021 in Bezug auf die notwendige Unterbringung des Rechenzentrums des Parlaments in Räumlichkeiten, die dem höchsten Industriestandard in diesem Bereich (Tier IV) entsprechen, vergab die GD ITEC im Jahr 2022 einen entsprechenden Auftrag, sodass das Rechenzentrum im Jahr 2023 eingerichtet und in Betrieb genommen werden konnte.
12. Im Jahr 2023 nahm die GD ITEC einen neuen Rahmen für das Risikomanagement an, mit dem sowohl das interne Risikomanagement der GD ITEC als auch das Risikomanagement des Parlaments weiter verbessert wurden. Diese überarbeitete Vorgehensweise ist von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, Bedrohungen aktiv zu antizipieren und etwaige Chancen rasch zu ergreifen. Darüber hinaus wurde 2023 ein neuer Datenschutzleitfaden veröffentlicht, der Leitlinien sowohl zu rechtlichen als auch zu technischen Aspekten des Datenschutzes enthält.

Gebäude

13. Im Laufe des Jahres 2023 setzte die Verwaltung die Umsetzung der vom Präsidium im April 2018 gebilligten „Gebäudestrategie für die Zeit nach 2019“ fort.
14. Die Situation hinsichtlich der großen Immobilienprojekten stellte sich im Jahr 2023 wie folgt dar:

Luxemburg:

- a. Der Baufortschritt im Westflügel des ADENAUER-II-Gebäudes erreichte 2023 90 %, und seine Einweihung ist für das Frühjahr 2024 geplant.
- b. Die Räumlichkeiten für die Ausstellung „Erlebnis Europa“ sind Teil desselben Gebäudes. Hierbei wurde ein Baufortschritt von 46 % erzielt, wobei die Übergabe für Ende März 2024 geplant ist. Mit der Übergabe des Konferenzraums wird Ende Juli 2024 gerechnet.

Straßburg:

- c. Eine wichtige Entwicklung war die Unterzeichnung des langfristigen Mietvertrags für das VEIL-Gebäude. Im Herbst 2023 wurde mit den Vorbereitungsarbeiten für den Umbau begonnen, der für den Bezug des Gebäudes erforderlich ist. Da das Projekt nach Abschluss des Verfahrens zur Aufstellung des Haushaltsplans des Jahres auf den Weg gebracht wurde, wurde durch eine Mittelumschichtung innerhalb des Haushalts der GD INLO für die Finanzierung gesorgt.
- d. Die Arbeiten zur Sicherung des Einganges des WEISS-Gebäudes waren Ende 2023 zu 84 % abgeschlossen.
- e. Ferner wurden die Renovierung des Restaurants im CHURCHILL-Gebäude und die Arbeiten zur Schaffung des Mehrzweckbereichs im DE-MADARIAGA-Gebäude beendet. Die entsprechende Eröffnungszeremonie fand im Dezember 2023 statt.

Brüssel:

- f. Das Präsidium erörterte in seiner Sitzung vom 12. Juni 2023 die nächsten Schritte für die Erneuerung des SPAAK-Gebäudes. Es sprach sich für eine umfassende Umweltsanierung aus und billigte das Projekt am 11. Dezember 2023. Der Schwerpunkt der Sanierung wird auf der Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes liegen, ohne grundlegende Änderungen an seiner Funktionalität oder architektonischen Gestaltung vorzunehmen.
- g. Die Renovierungsarbeiten für den Plenarsaal im SPAAK-Gebäude orientieren sich an den Ergebnissen der Luftstromstudien, die nach der COVID-19-Krise zur Bewertung der Belüftung stark genutzter Bereiche durchgeführt wurden. Diese Arbeiten wurden Ende 2023 zu 80 % abgeschlossen, wobei die Endphase für Mai 2024 vorgesehen ist.

- h. Die Renovierungsarbeiten für das multifunktionale Restaurant im SPINELLI-Gebäude wurden ebenfalls beendet, und das Restaurant wurde am 24. April 2023 eröffnet.
 - i. Im Februar 2023 haben die örtlichen Behörden eine Genehmigung für das Projekt zur Renovierung des Hauses der Bürger erteilt. Die Arbeiten sollen voraussichtlich Mitte 2024 beginnen und Ende 2025 abgeschlossen werden.
 - j. Im Laufe des Jahres wurden ferner die Renovierungsarbeiten im Parlamentarium fortgesetzt, und der Seminarsaal wurde in Betrieb genommen.
15. 2023 wurde auch der Strategieansatz weiter verfolgt, mit der Einrichtung der Ausstellungen „Erlebnis Europa“ lokaler und bürgernäher zu werden.
16. Im Laufe des Jahres wurden drei Ausstellungen „Erlebnis Europa“ eröffnet (Stockholm, Wien und Warschau). Somit wurden bis Ende des Jahres die Hälfte der geplanten Ausstellungen „Erlebnis Europa“ in Betrieb genommen.
17. Gleichzeitig wurden die Umbauarbeiten in den Europahäusern in Prag, Dublin und Paris abgeschlossen. Darüber hinaus wurden drei Büros in Paris, Wien und Helsinki sowie drei Ausstellungen „Erlebnis Europa“ in Wien, Ljubljana und Stockholm mit ausgewähltem Mobiliar ausgestattet, um für eine einheitliches Erscheinungsbild zu sorgen.

Umweltbewusstes Parlament

18. Das Präsidium hat im Einklang mit der europäischen Norm für ein System für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung („EMAS“) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 ⁽⁹⁾ („EMAS-Verordnung“) ein Umweltmanagementsystem für das Parlament eingerichtet. Die drei Arbeitsorte des Europäischen Parlaments sind seit 2007 im europäischen EMAS-Register eingetragen. 2023 hat das Parlament erfolgreich die Registrierung unter Aufnahme des ADENAUER-II-Gebäudes in Luxemburg aktualisiert.
19. Ein wesentlicher Bestandteil des EMAS-Umweltmanagementsystems ist die Annahme einer Umweltpolitik und eines Umwelt-Aktionsplans, in dem die allgemeinen Umweltziele des Parlaments in konkrete Einzelziele unterteilt werden. Am 16. Dezember 2019 nahm das Präsidium die aktuellen Ziele in Bezug auf die wesentlichen Leistungsindikatoren für die Wahlperiode, einschließlich einheitlicher Zielvorgaben für 2024, an. Am 16. Oktober 2023 billigte das Präsidium mehrere zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltleistung des Parlaments, und bis Ende 2023 waren neun der elf Ziele umgesetzt worden.
20. Während des Jahres hat das Parlament seinem Personal nach wie vor ein aufgestocktes System finanzieller Zuschüsse angeboten, in dessen Rahmen bis zu 90 % der Kosten für Zeitkarten für öffentliche Verkehrsmittel als Gegenleistung für eine Begrenzung des Zugangs zu Parkplätzen erstattet werden.
21. Die schrittweise Einbeziehung der Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in die EMAS-Registrierung des Parlaments wurde fortgesetzt. Die Verbindungsbüros in Wien und Valletta erhielten ihre EMAS-Registrierung im September 2023. Die Verbindungsbüros in Budapest und Nikosia wurden 2023 erfolgreich einer ersten externen Überprüfung unterzogen und werden voraussichtlich im ersten Halbjahr 2024 registriert. Vorbereitende Schritte, einschließlich Kontrollen der Einhaltung der Rechtsvorschriften und interne EMAS-Audits, wurden für die Verbindungsbüros in Kopenhagen, Sofia und Den Haag eingeleitet.
22. Anfang 2023 wurde der Leitfaden des Parlaments für die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge vom Auftragsvergabeforum angenommen, das auch den Helpdesk für die umweltgerechte Vergabe öffentlicher Aufträge in Abstimmung mit 23 anderen teilnehmenden Organen und Agenturen der EU verwaltet. Es wurde ferner eine Arbeitsgruppe für ein nachhaltiges öffentliches Beschaffungswesen eingesetzt, die die Aufgabe hat, bewährte Verfahren für nachhaltige Beschaffungsmethoden kontinuierlich zu beobachten und sich über diese auszutauschen.

⁽⁹⁾ Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 761/2001, sowie der Beschlüsse der Kommission 2001/681/EG und 2006/193/EG (ABl. L 342 vom 22.12.2009, S. 1).

II. ENTWICKLUNG DES HAUSHALTS DES PARLAMENTS IM VERGLEICH ZUM MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN

Entwicklung des Haushalts des Parlaments im Vergleich zum Mehrjährigen Finanzrahmen							
Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Haushaltsplan des EP (in Mio. EUR)	1 910	1 951	1 997	2 039	2 064	2 162	2 247
Δ %	3,9	2,2	2,4	2,1	1,2	4,7	3,9
Rubrik 5 bzw. 7 des MFR ⁽¹⁾ (in Mio. EUR)	9 918	10 346	10 786	11 254	10 635	11 058	11 419
Δ %	4,6	4,3	4,2	4,3	– 5,5	4,0	3,3
Anteil des EP an Rubrik 5 bzw. 7	19,3 %	18,9 %	18,5 %	18,1 %	19,4 %	19,5 %	19,7 %

(¹) Zahlen für die Jahre 2017–2020 beziehen sich auf den MFR 2014–2020, Rubrik 5. Zahlen für die Jahre 2021–2023 beziehen sich auf den MFR 2021–2027, Rubrik 7.

III. AUSFÜHRUNG DES HAUSHALTSPLANS 2023

23. Die Mittel des Parlaments für 2023 beliefen sich auf 2 247 134 550 EUR, was 19,7 % der Rubrik 7 des MFR entspricht (¹). Die nachstehende Tabelle 1 enthält einen Überblick über die Ausführung des Haushaltsplans des Europäischen Parlaments im Haushaltsjahr 2023.

Tabelle 1

Verwendung der Mittel

Art der Mittel	Mittel 2023 (in EUR oder %)	Mittel 2022 (in EUR oder %)	Δ 2023 zu 2022 (%)
Laufende Mittel (Fonds 0)			
Ursprüngliche Mittel	2 247 134 550	2 112 904 198	6
Endgültige Mittel	2 247 134 550	2 161 651 286	4
Laufende Ausführung			
Mittel für Verpflichtungen	2 238 344 831	2 151 485 224	4
In % der endgültigen Mittelansätze	99,6	99,5	—
Mittel für Zahlungen	1 890 024 503	1 800 590 086	5
In % der Mittelbindungen	84,4	83,7	—
Mittelübertragungen auf das Folgejahr			
Automatische Mittelübertragungen auf das Folgejahr ⁽¹⁾	348 320 328	350 895 139	– 1
In % der endgültigen Mittelansätze	15,5	16,2	—
In % der Mittelbindungen	15,6	16,3	—
Nichtautomatische Mittelübertragungen (auf das Folgejahr übertragene nicht gebundene Mittel) ⁽²⁾	0	0	—
In % der endgültigen Mittelansätze	0,0	0,0	—

(¹) Verordnung (EU, Euratom) Nr. 2020/2093 des Rates vom 17. Dezember 2020 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027 (ABl. L 433 I, 22.12.2020, S. 11).

Art der Mittel	Mittel 2023 (in EUR oder %)	Mittel 2022 (in EUR oder %)	Δ 2023 zu 2022 (%)
Verfall von Mitteln			
Verfallene Mittel	8 789 719	10 166 062	– 14
In % der endgültigen Mittelansätze	0,4	0,5	—
Mittelübertragungen vom Vorjahr (Fonds 1 und 2)			
Automatische Mittelübertragungen vom Vorjahr	350 895 139	380 099 195	– 8
Zahlungen für diese Mittelübertragungen	330 637 103	344 407 898	– 4
In % der Mittelübertragungen	94,2	90,6	
Verfallener Betrag	20 258 035	35 691 297	– 43
Nichtautomatische Mittelübertragungen vom Vorjahr ⁽²⁾	20 891 669	22 007 230	– 5
Mittel für Verpflichtungen	20 891 669	20 891 669	—
Zahlungen für diese Mittelübertragungen	20 891 669	0	—
In % der Mittelübertragungen	100,0	0,0	—
Verfallener Betrag	0	1 155 561	—
Aus zweckgebundenen Einnahmen des Jahres bereitgestellte Mittel (Fonds 7)			
Aus zweckgebundenen Einnahmen des Jahres bereitgestellte Mittel	50 186 995	61 267 620	– 18
Mittel für Verpflichtungen	25 560 440	22 478 879	14
In % der Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen	50,9	36,7	—
Mittel für Zahlungen	21 518 923	15 063 328	43
In % der Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen	84,2	67,0	—
Nicht gebundene Mittel, die auf das Folgejahr übertragen wurden	24 626 556	38 788 741	– 37
Gebundene Mittel, die auf das Folgejahr übertragen wurden	4 041 517	7 415 551	– 46
Aus internen zweckgebundenen Einnahmen ohne Vermietungen und Veräußerungen von Gebäuden und Grundstücken ⁽³⁾ bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr übertragen wurden (Fonds 5 außer Posten 2 0 0 0-2 0 0 3)			
Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr übertragen wurden	22 477 102	19 181 207	17
Mittel für Verpflichtungen	22 330 488	19 069 113	17
In % der übertragenen Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen	99,4	99,4	—
Mittel für Zahlungen	20 163 605	15 510 929	30

Art der Mittel	Mittel 2023 (in EUR oder %)	Mittel 2022 (in EUR oder %)	Δ 2023 zu 2022 (%)
In % der Mittelbindungen	90,3	81,3	—
Verfall von Mitteln	146 614	112 094	31
Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die auf das Folgejahr übertragen wurden	2 166 882	3 558 184	– 39
Aus internen zweckgebundenen Einnahmen aus Vermietungen und Veräußerungen von Gebäuden und Grundstücken ⁽¹⁾ bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr übertragen wurden (Fonds 5, Posten 2 0 0 0-2 0 0 3)			
Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr übertragen wurden	23 301 080	10 639 362	119
Mittel für Verpflichtungen	10 817 622	3 649 922	196
In % der übertragenen Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen	46,4	34,3	—
Mittel für Zahlungen	10 475 072	3 362 370	212
In % der Mittelbindungen	96,8	92,1	—
Bereitgestellte Mittel, die auf das Folgejahr übertragen wurden	12 483 457	6 989 440	79
Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die auf das Folgejahr übertragen wurden	342 550	287 552	19
Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (Fonds 3)			
Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden	11 261 288	9 782 698	15
Mittel für Zahlungen	9 038 989	7 700 625	17
In % der Mittelbindungen	80,3	78,7	—
Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die auf das Folgejahr übertragen wurden (Einnahmen aus Vermietungen)	530 000	0	—
Aufhebung von Mittelbindungen	1 692 299	2 082 073	– 19

⁽¹⁾ Artikel 12 Absätze 1 und 7 der Haushaltsordnung.

⁽²⁾ Artikel 12 Absatz 1, Absatz 2 Buchstabe a und Absatz 3 der Haushaltsordnung.

⁽³⁾ Mit Ausnahme der internen zweckgebundenen Einnahmen aus Vermietungen und Veräußerungen von Gebäuden und Grundstücken, die bis zu ihrer vollständigen Inanspruchnahme übertragen werden dürfen (Artikel 12 Absatz 4 Buchstabe b der Haushaltsordnung).

⁽⁴⁾ Artikel 12 Absatz 4 Buchstabe b der Haushaltsordnung.

A. Ursprünglicher und endgültiger Haushaltsplan

24. Die endgültigen Mittel im Haushaltsplan des Parlaments für das Jahr 2023 beliefen sich auf 2 247 134 550 EUR. Dies entsprach einem Anstieg um 3,95 % gegenüber dem endgültigen Haushaltsplan 2022 (2 161 651 286 EUR). 8 789 719 EUR wurden in Abgang gestellt. Dieser letztgenannte Betrag ist im Vergleich zu den 2023 verfügbaren Mitteln nach wie vor marginal (0,39 %).

B. Mittelbindungen und Zahlungen

25. Die Mittelbindungen beliefen sich auf insgesamt 2 238 344 831 EUR bzw. 99,6 % der endgültigen Mittel (2022: 99,5 %). Die Zahlungen machten insgesamt 1 890 024 503 EUR bzw. 84,4 % der eingegangenen Verpflichtungen aus (2022: 83,7 %).

C. Mittelübertragungen von 2023 auf 2024

26. Der Gesamtbetrag der automatischen Übertragungen auf das Haushaltsjahr 2024 belief sich auf 348 320 328 EUR bzw. 15,6 % der gebundenen Mittel (2022: 16,3 %). Im Jahr 2023 gab es keine nichtautomatischen Mittelübertragungen auf das Jahr 2024.

D. Verwendung der Mittelübertragungen von 2022 auf 2023

27. Die automatischen Mittelübertragungen auf das Jahr 2023 beliefen sich auf insgesamt 350 895 139 EUR (2022: 380 099 195 EUR). Die Zahlungen für diese übertragenen Mittel beliefen sich auf 330 637 103 EUR bzw. 94,2 % (2022: 90,6 %). Die 2023 in Abgang gestellten Mittel beliefen sich auf insgesamt 20 258 035 EUR (2022: 35 691 297 EUR).
28. Von den in Abgang gestellten Mitteln waren im Wesentlichen folgende Artikel betroffen: Artikel 2 0 0 „Gebäude“, Artikel 2 0 2 „Ausgaben für Gebäude“, Artikel 2 1 0 „Datenverarbeitung und Telekommunikation“, Artikel 2 1 4 „Material und technische Anlagen“ und Artikel 3 2 4 „Produktion und Verbreitung“. Auf die Inabgangstellungen zu diesen fünf Artikeln entfielen 71,5 % der insgesamt verfallenen Beträge.

E. Einnahmen

29. Der Gesamtbetrag der zum 31. Dezember 2023 verbuchten Einnahmen belief sich auf 255 205 473 EUR (2022: 250 473 773 EUR). Gemäß Artikel 1 0 1 Absätze 2 bis 5 der Haushaltsordnung wurde auf einen Gesamtbetrag von 14 063 EUR verzichtet.
30. Tabelle 2 enthält eine nach Kapiteln aufgeschlüsselte Übersicht über die Einnahmen im Jahr 2023 im Vergleich zu 2022.

Tabelle 2.

Einnahmen – 2023 und 2022 insgesamt erhaltene Zahlungen (übertragener Fonds 4 und Fonds 8)

Kapitel	Rubrik	2023 (in EUR)	2022 (in EUR)	Differenz (in EUR)	Δ 2023 zu 2022 in %
3 0	Personaleinnahmen	201 325 496	188 269 676	13 055 820	7
3 1	Einnahmen im Zusammenhang mit Vermögensgegenständen	5 108 120	17 187 196	– 12 079 076	– 70
3 2	Einnahmen aus Lieferungen, Leistungen und durchgeführten Arbeiten – Zweckgebundene Einnahmen	22 027 029	19 401 357	2 625 672	14
3 3	Sonstige Einnahmen aus Verwaltungstätigkeiten	23 787 616	25 493 192	– 1 705 576	– 7
Titel 3	Einnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung der allgemeinen Aufgaben des Organs	252 248 261	250 351 421	1 896 840	0,76
4 0	Einnahmen aus Anlagemitteln und Konten	2 957 212	122 352	2 834 860	2 317
Titel 4	Einnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung spezifischer Aufgaben durch das Organ	2 957 212	122 352	2 834 860	2 317
Gesamt		255 205 473	250 473 773	4 731 700	1,89

31. In Kapitel 3 1 „Einnahmen im Zusammenhang mit Vermögensgegenständen“ erklärt sich die Differenz weitgehend durch die außerordentliche Einnahme von 11,4 Mio. EUR von der Kommission im Jahr 2022 als Beitrag zum Erwerb des Gebäudes für das Verbindungsbüro in Wien. In Kapitel 4 0 „Einnahmen aus Anlagemitteln und Konten“ hängt die Differenz mit der allgemeinen Wirtschaftslage zusammen. In den Vorjahren zahlte das Parlament Negativzinsen, während es 2023 positive Zinsen auf seine Konten in Höhe von insgesamt 2,75 Mio. EUR erhielt.

F. Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel

32. Die 2023 aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellten Mittel beliefen sich auf insgesamt 50 186 995 EUR (2022: 61 267 620 EUR). Die Mittelbindungen betrugen 25 560 440 EUR. Dies entspricht einer Mittelbindungsquote von 50,9 % (2022: 36,7 %). Die Zahlungen machten insgesamt 21 518 923 EUR bzw. 84,2 % der gebundenen Mittel aus (2022: 67 %).

G. Verfall laufender Mittel

33. Mittel in Höhe von 8 789 719 EUR (2022: 10 166 062 EUR) bzw. 0,39 % der endgültigen Mittel (2022: 0,47 %) wurden in Abgang gestellt.

H. Mittelübertragungen

34. Im Laufe des Haushaltsjahrs wurden gemäß Artikel 3 1 und 4 9 der Haushaltsordnung 19 C-Mittelübertragungen genehmigt. Die C-Mittelübertragungen beliefen sich auf 77 986 378 EUR, was 3,47 % der endgültigen Mittel entspricht. Zum Vergleich: 2022 wurden 21 C-Mittelübertragungen genehmigt, was 4,09 % der endgültigen Mittel entspricht.

Tabelle 3.

Analyse der C-Mittelübertragungen nach Ausgabenkategorien und Zweck

Ausgabenkategorie, der die Mittelübertragung zugutekommt	Zweck	Mittelübertragung	Übertragener Betrag (in EUR)	In % der übertragenen Beträge
Gebäudepolitik	Ausstattung des VEIL-Gebäudes	C7	3 500 000	4,49
	Zusätzliche Kosten für das ADE-NAUER-II-Gebäude (Indexierung) + Mobilität	C16	13 322 813	17,08
Gebäudepolitik insgesamt			16 822 813	21,57
IT-Ausrüstung/-Dienste und andere technische Ausrüstung/Dienste	Renovierung der Konferenzanlagen in Brüssel und neue Konferenzsäle im ADENAUER-II-Gebäude in Luxemburg	C10, C19	4 400 000	5,64
	WLAN/Switch-Netze + Einzelgeräte (Mitglieder und Bedienstete)	C12, C17	11 455 670	14,69
	Projekte V-Pass (Zugangsmanagement für Besucher) und PSIM (Notfall- und Krisenmanagement)	C15	1 145 000	1,47
IT-Ausrüstung/-Dienste und andere technische Ausrüstung/Dienste insgesamt			17 000 670	21,80
Beamte und sonstige Bedienstete	Dienstbezüge und Vergütungen	C2, C13	35 407 000	45,40
	Fraktionssitzungen außerhalb der drei Arbeitsorte des EP	C1	225 000	0,29
	Dienstreisen	C8	1 325 895	1,70
	Weitere Betriebskosten des Reisebüros	C11	130 000	0,17
Beamte und sonstige Bedienstete insgesamt			37 087 895	47,56
Mehrsprachigkeit	Externe Dolmetschleistungen	C4, C14	2 800 000	3,59
	Externe Übersetzungsleistungen	C3, C5, C18	2 955 000	3,79

Ausgabenkategorie, der die Mittelübertragung zugutekommt	Zweck	Mittelübertragung	Übertragener Betrag (in EUR)	In % der übertragenen Beträge
Mehrsprachigkeit insgesamt			5 755 000	7,38
Sonstige Ausgaben	Erwerb von CO ₂ -Zertifikaten	C6	1 020 000	1,31
	Dienstkleidung für das Personal im Sicherheitsbereich	C9	300 000	0,38
Sonstige Ausgaben insgesamt			1 320 000	1,69
Gesamt			77 986 378	100

35. Die Präsidentin genehmigte 2023 acht P-Mittelübertragungen gemäß Artikel 2 9 Absatz 1 der Haushaltsordnung ⁽²⁾ in Höhe von insgesamt 9 835 982 EUR bzw. 0,4 % der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres (2022: elf P-Mittelübertragungen bzw. 1,6 % der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres).

I. **Haushaltsvollzug nach Kapiteln**

36. In diesem Abschnitt werden die Inanspruchnahme der Mittel nach Haushaltskapiteln, ihr Anteil am Gesamthaushalt und die Änderungen bei der Mittelverwendung gegenüber dem vorhergehenden Haushaltsjahr untersucht.
37. 84,5 % der Mittelbindungen insgesamt entfallen auf die folgenden sechs Kapitel: Kapitel 1 0 „Mitglieder des Organs“, Kapitel 1 2 „Beamte und Bedienstete auf Zeit“, Kapitel 1 4 „Sonstige Bedienstete und externes Personal“, Kapitel 2 0 „Gebäude und Nebenkosten“ Kapitel 2 1 „Informatik, Ausrüstung und Mobiliar“ und Kapitel 4 2 „Ausgaben für parlamentarische Assistenz“.
38. Tabelle 4 enthält eine nach Kapiteln aufgeschlüsselte Übersicht über die im Jahr 2023 gebundenen Mittel im Vergleich zu den 2022 gebundenen Mitteln.

Tabelle 4

Entwicklung der Mittelbindungen 2023 gegenüber 2022

Kapitel	Rubrik	2023 (in EUR)	2022 (in EUR)	Differenz (in EUR)	Δ 2023 zu 2022 in %
1 0	Mitglieder des Organs	217 433 354	207 212 602	10 220 752	5
1 2	Beamte und Bedienstete auf Zeit	798 650 569	750 055 310	48 595 259	6
1 4	Sonstige Bedienstete und externes Personal	206 794 921	203 931 535	2 863 386	1
1 6	Sonstige Ausgaben für die Mitglieder und das Personal des Organs	23 492 602	21 327 074	2 165 528	10
Titel 1 – Mitglieder und Personal des Organs		1 246 371 445	1 182 526 521	63 844 924	5
2 0	Gebäude und Nebenkosten	219 649 182	269 840 182	- 50 191 000	- 19
2 1	Informatik, Ausrüstung und Mobiliar	221 088 935	191 654 646	29 434 289	15

⁽²⁾ Beschluss des Organs, Mittelübertragungen innerhalb eines Artikels vorzunehmen.

Kapitel	Rubrik	2023 (in EUR)	2022 (in EUR)	Differenz (in EUR)	Δ 2023 zu 2022 in %
2 3	Laufende Verwaltungsausgaben	7 347 550	5 449 839	1 897 711	35
Titel 2 – Gebäude, Mobiliar, Ausrüstung und verschiedene Sachausgaben		448 085 666	466 944 667	- 18 859 001	- 4
3 0	Sitzungen und Konferenzen	30 661 900	25 579 477	5 082 423	20
3 2	Fachwissen und Informationen: Beschaffung, Archivierung, Produktion und Verbreitung	171 634 855	140 803 944	30 830 911	22
Titel 3 — Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der allgemeinen Aufgaben des Organs		202 296 756	166 383 421	35 913 335	22
4 0	Besondere Ausgaben einiger Organe und Einrichtungen	114 095 415	120 249 570	- 6 154 155	- 5
4 2	Ausgaben für parlamentarische Assistenz	226 692 521	214 861 044	11 831 477	6
4 4	Sitzungen und andere Aktivitäten von Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern	523 756	520 000	3 756	1
Titel 4 — Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung spezifischer Aufgaben durch das Organ		341 311 693	335 630 614	5 681 079	2
5 0	Ausgaben der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen und des Ausschusses unabhängiger Persönlichkeiten	279 271	0	279 271	100
Titel 5 — Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen und Ausschuss unabhängiger Persönlichkeiten		279 271	0	279 271	100
X101	Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben	0	0	0	0
Titel X — Sonstige Ausgaben		0	0	0	0
Gesamt		2 238 344 831	2 151 485 224	86 859 607	4

39. Der Anstieg der gebundenen Mittel in **Kapitel 1 0** „Mitglieder des Organs“ um 10,2 Mio. EUR (5 %) erklärt sich teilweise aus der jährlichen Indexierung der Entschädigungen und Vergütungen der Mitglieder im Jahr 2023 (siehe Abschnitt 41), die sich unmittelbar auf den Posten 1 0 0 0 „Dienstbezüge“ auswirkt, in dem die gebundenen Mittel um 3,6 Mio. EUR gestiegen sind. Der Anstieg um 9,3 Mio. EUR im Posten 1 0 0 4 „normale Reisekosten“ ergibt sich sowohl aus dem Fehlen von Reisebeschränkungen im Jahr 2023 (im April 2022 wurden die Beschränkungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie aufgehoben, sodass die Mitglieder unter normalen Bedingungen wie vor der COVID-19-Pandemie reisen konnten) als auch auf die gestiegenen Transport- und Unterbringungskosten und die Steigerung bei Kraftstoff-/Kerosinpreisen, die 2023 infolge der Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zu verzeichnen waren.
40. 2023 wurde ein Rückgang der gebundenen Mittel im Posten 1 0 3 0 „Ruhegehälter (KVR)“ um 3,3 Mio. EUR gegenüber 2022 verzeichnet. Es sei daran erinnert, dass im Jahr 2022 rückwirkende Ausgleichzahlungen geleistet wurden, nachdem eine gerichtliche Entscheidung zu neuen Vorschriften und zur Änderung der Methode zur Berechnung der Ruhegehälter für ehemalige italienische Mitglieder ab dem 1. Januar 2019 führte.

41. Die gebundenen Mittel in **Kapitel 1 2** „Aufwendungen für Beamte und Bedienstete auf Zeit“ beliefen sich 2023 auf 798,6 Mio. EUR, was einem Anstieg um 48,6 Mio. EUR gegenüber 2022 (6 %) entspricht und damit die größte Ausgabenkategorie darstellt (36 % aller Mittelbindungen im Jahr 2023). Dies ist das Ergebnis einer Erhöhung der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Union um 1,7 % im Januar 2023 aufgrund der hohen Inflationsrate, die im vorangegangenen Halbjahr verzeichnet wurde, und einer zweiten Erhöhung um 1 % im Dezember 2023, die rückwirkend zum 1. Juli 2023 genehmigt wurde.
42. Neben der Indexierung der Dienstbezüge ergibt sich der Anstieg der gebundenen Mittel im Posten 1 2 0 0 „Bezüge und Vergütungen“ um 47,4 Mio. EUR im Jahr 2023 gegenüber 2022 aus verschiedenen Aspekten. Dabei waren die Verringerung der Zahl der Bediensteten, die nach Einführung der Telearbeit in Teilzeit arbeiten, die schnellere Besetzung freier Stellen, höhere Ausgaben für Wohnkostenzulagen für Beamte, die in einem Drittland ihren Dienst leisten, und höhere Ausgaben für Reisekostenvergütungen bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2023 schwer vorherzusagen.
43. Bei den gebundenen Mittel in **Kapitel 2 0** „Gebäude und Nebenkosten“ ist ein Rückgang um 50,2 Mio. EUR (– 19 %) zu verzeichnen. In Artikel 2 0 0 „Gebäude“ ist ein Rückgang um 20,9 Mio. EUR zu verzeichnen. Insbesondere im Posten 2 0 0 0 „Mieten“ war ein Rückgang um 4,2 Mio. EUR zu verzeichnen, was in erster Linie auf Einsparungen bei Mietkosten zurückzuführen ist, die durch den Erwerb von Gebäuden für die Verbindungsbüros ermöglicht wurden. Die gebundenen Mittel im Posten 2 0 0 1 „Erbpachtzahlungen“ verzeichneten einen Anstieg um 13,0 Mio. EUR aufgrund der über den Erwartungen liegenden Indexierung der Baukosten für das ADENAUER-II-Gebäude in Luxemburg. Die gebundenen Mittel unter Posten 2 0 0 3 „Erwerb von Immobilien“ verzeichneten einen Rückgang um 37,9 Mio. EUR. Anders als im Jahr 2022, als das Gebäude für das Europahaus in Dublin erworben wurde, fand im Jahr 2023 kein Immobilienerwerb statt. Bei den gebundenen Mittel im Posten 2 0 0 7 „Errichtung von Gebäuden und Herrichtung der Diensträume“ war 2023 ein Anstieg um 8,4 Mio. EUR zu verzeichnen. Dieser Anstieg ist zum einen auf die Notwendigkeit zurückzuführen, die Kosten für die Erstausrüstung des VEIL-Gebäudes in Straßburg zu decken, und zum anderen auf die vermehrten Erstausrüstungsarbeiten für die Ausstellungen „Erlebnis Europa“.
44. In Artikel 2 0 2 „Ausgaben für Gebäude“ war 2023 ein Rückgang der gebundenen Mittel um 29,3 Mio. EUR zu verzeichnen. Der Anstieg der gebundenen Mitteln im Posten 2 0 2 2 „Unterhaltung, Wartung, Betrieb und Reinigung der Gebäude“ ist auf unterschiedlichen Indexierungen im Rahmen der für 2023 verlängerten Verträge um 5,5 Mio. EUR zurückzuführen, während im Posten 2 0 2 4 „Energieverbrauch“ aufgrund verschiedener Faktoren ein Rückgang um 34,8 Mio. EUR zu verzeichnen ist, darunter Energiesparmaßnahmen, fallende Energiepreise und aus dem Jahr 2022 übertragenen Mittel, die verringerte Ausgaben für das Jahr 2023 ermöglichten.
45. In **Kapitel 2 1** „Informatik, Ausrüstung und Mobiliar“ war ein Anstieg der gebundenen Mittel um 29,4 Mio. EUR (15 %) zu verzeichnen. In Artikel 2 1 0 „Datenverarbeitung und Telekommunikation“ kam es 2023 zu einem Anstieg der gebundenen Mittel um 26,3 Mio. EUR. Das ist hauptsächlich auf den Posten 2 1 0 4 „Datenverarbeitung und Telekommunikation – Infrastrukturinvestitionen“ zurückzuführen, der einen Anstieg um 10,8 Mio. EUR aufweist. Diese Entwicklung wiederum ergibt sich aus dem Erwerb individueller IT-Ausrüstung zu höheren Preisen als 2022 für die Fraktionen und die Verwaltung sowie von IT-Ausrüstung, die 2024 neu gewählten Mitgliedern und ihren Assistenten zur Verfügung gestellt werden soll. Darüber hinaus führten auch die Modernisierung des WLAN-Netzes und der Austausch der ersten Reihe von Switches, deren Unterstützungszeitraum ausläuft, zu diesem Anstieg. Der übrige Teil des Anstiegs in Artikel 2 1 0 in Höhe von 15,5 Mio. EUR steht im Zusammenhang mit höheren Preisen, die 2023 für den Erwerb und die Verlängerung von Lizenzen für IT-Anwendungen gezahlt wurden, mit der Indexierung von Verträgen und der Deckung teurerer externer Unterstützungsleistungen.
46. **Kapitel 3 0** „Sitzungen und Konferenzen“ verzeichnete einen Anstieg der gebundenen Mittel um 5,1 Mio. EUR (19,9 %), was hauptsächlich auf Artikel 3 0 0 „Kosten für vom Personal unternommene Dienstreisen und Reisen zwischen den drei Arbeitsorten“ (4,8 Mio. EUR) zurückzuführen ist. Das Fehlen von Reisebeschränkungen im Jahr 2023 und die gestiegenen Reisekosten (höhere Reise- und Unterbringungskosten), die zu höheren Dienstreisekosten für das Personal führten, erklären diese Entwicklung.

47. Die gesamten gebundenen Mittel in **Kapitel 3 2** „Fachwissen und Informationen: Beschaffung, Archivierung, Produktion und Verbreitung“ verzeichneten einen Anstieg um 30,8 Mio. EUR (21,9 %). Insbesondere bei den gebundenen Mitteln im Posten 3 2 4 2 „Ausgaben für Veröffentlichungen, die Unterrichtung der Öffentlichkeit und die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen“ war ein erheblicher Anstieg um 26,4 Mio. EUR zu verzeichnen, der in Verbindung mit einem Anstieg der Kommunikationsausgaben im Zusammenhang mit der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 steht. Im Posten 3 2 4 3 „Besucherzentren des Europäischen Parlaments“ war ein Anstieg der gebundenen Mittel um 10,3 Mio. EUR zu verzeichnen, der sich hauptsächlich aus den Ausstellungen „Erlebnis Europa“ in den Mitgliedstaaten und deren Betriebskosten ergibt. Die gebundenen Mittel im Posten 3 2 4 8 „Ausgaben für audiovisuelle Informationen“ wiesen jedoch aufgrund der vorgezogenen Mittelbereitstellung im Jahr 2022 einen drastischen Rückgang um 6,3 Mio. EUR auf. Diese vorgezogene Bereitstellung in Erwartung einer hohen Nachfrage nach audiovisuellen Diensten und eines erheblichen Preisanstiegs hat den Druck auf den Haushalt 2023 verringert.
48. Der Rückgang der gebundenen Mittel um 6,2 Mio. EUR (- 5 %) in **Kapitel 4 0** „Besondere Ausgaben einiger Organe und Einrichtungen“ ist auf Artikel 4 0 0 „Verwaltungsausgaben und Ausgaben im Zusammenhang mit den politischen Tätigkeiten und Informationstätigkeiten der Fraktionen und der fraktionslosen Mitglieder“ (- 2,8 Mio. EUR) und Artikel 4 0 2 „Finanzierung europäischer politischer Parteien“ (- 3,8 Mio. EUR) zurückzuführen. Dieser geringere Bestand an gebundenen Mitteln geht auf die Verwendung eines höheren Betrags an zweckgebundenen Einnahmen im Jahr 2023 zurück.
49. Der Anstieg der gebundenen Mittel um 11,8 Mio. EUR (5,5 %) gegenüber 2022 in **Kapitel 4 2** „Ausgaben für parlamentarische Assistenz“ ist nicht nur auf die jährliche Indexierung der Dienstbezüge für parlamentarische Assistenz (siehe oben, Abschnitt 41), sondern auch auf die gestiegenen Reisekosten (höhere Reise- und Unterbringungskosten) zurückzuführen.
-

ÜBERSICHT ÜBER DIE C-MITTELÜBERTRAGUNGEN IM HAUSHALTSJAHR 2023

Nr.	Von/auf Kapitel/Artikel/ Posten		Bezeichnung	Beschreibung der Mittelübertragung / Kommentare	Übertragener Betrag (in EUR)	Übertragener Betrag (in EUR)
C1	von Pos- ten	2 1 0 5	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Investitionen in Projekte	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist die Aufstockung der Mittel unter Posten 3 0 4 2 (Sitzungen, Kongresse, Konferenzen und Delegationen) um 225 000 EUR für Fraktionssitzungen außerhalb der drei Arbeitsorte des Parlaments unter Verwendung der unter Posten 2 1 0 5 (Datenverarbeitung und Telekommunikation – Investitionen in Projekte) verfügbaren überschüssigen Mittel.		225 000
	auf Pos- ten	3 0 4 2	Sitzungen, Kongresse, Konferenzen und Delegationen		225 000	
C2	von Pos- ten	1 0 0 6	Allgemeine Kostenvergütung	Hauptzweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist es, die Gehälter und sonstigen Bezüge der Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine im Stellenplan des Organs vorgesehene Planstelle innehaben, sowie der Vertragsbediensteten bis Ende 2023 zu finanzieren. Außerdem wird ein begrenzter Betrag zur Finanzierung zusätzlicher Vergütungen für Urlaube und Versetzungen in den Ruhestand im dienstlichen Interesse beantragt. Darüber hinaus sollen mit dieser Mittelübertragung die Ausgaben für Dienstreisen des Personals und Dienstreisen zwischen den drei Arbeitsorten bis Ende 2023 finanziert werden.		2 500 000
		1 2 0 2	Vergütete Überstunden			40 000
		1 4 0 4	Praktika, abgeordnete nationale Sachverständige, Austausch von Beamten und Studienaufenthalte			40 000
		1 6 1 0	Ausgaben für Personaleinstellung			30 000
		1 6 3 0	Sozialer Dienst			15 000
		2 0 2 4	Energieverbrauch			12 500 000
		2 1 4 0	Material und technische Anlagen			20 000
		2 3 1 0	Finanzkosten			85 950
		3 2 1 0	Ausgaben für den Wissenschaftlichen Dienst, einschließlich der Bibliothek und der historischen Archive, der Bewertung der wissenschaftlichen und technologischen Entscheidungen (STOA) und des Europäischen Wissenschaftsmedienzentrums			560 000
		3 2 2 0	Ausgaben für Dokumentation			3 000
		3 2 4 2	Ausgaben für Veröffentlichungen, die Unterrichtung der Öffentlichkeit und die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen			847 450
		3 2 4 3	Besucherzentren des Europäischen Parlaments			173 600

Nr.	Von/auf Kapitel/Artikel/ Posten		Bezeichnung	Beschreibung der Mittelübertragung / Kommentare	Übertragener Betrag (in EUR)	Übertragener Betrag (in EUR)
		3 2 4 4	Organisation und Empfang von Besuchergruppen, Euroscola und Einladung von Meinungsmultiplikatoren aus Drittländern			2 500 000
		4 0 0 0	Verwaltungsausgaben und Ausgaben im Zusammenhang mit den politischen Tätigkeiten und Informationstätigkeiten der Fraktionen und der fraktionslosen Mitglieder			3 602 000
		4 0 2 0	Finanzierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene			5 324 000
		4 0 3 0	Finanzierung der politischen Stiftungen auf europäischer Ebene			4 061 000
	auf Pos- ten	1 2 0 0	Dienstbezüge und Vergütungen		28 090 000	
		1 2 2 0	Vergütungen bei Stellenenthebung und Urlaub im dienstlichen Interesse		300 000	
		1 4 0 0	Sonstige Bedienstete – Generalsekretariat und Fraktionen		1 700 000	
		3 0 0 0	Kosten für vom Personal unternommene Dienstreisen und Reisen zwischen den drei Arbeitsorten		2 212 000	
	C3	von Pos- ten	1 0 1 0	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist es, der GD TRAD zusätzliche externe Kapazitäten zur Verfügung zu stellen, um den hohen Übersetzungsbedarf seit Anfang 2023 zu decken, indem die Mittel in Posten 1 4 2 0 um 1 525 000 EUR aufgestockt werden.		430 000
			1 0 1 2			300 000
			1 6 1 2			25 000
			2 1 0 5			475 000
			2 3 1 0			264 050
			3 2 4 5			25 000
	von Kapitel	1 0 1	Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben			5 950
	auf Pos- ten	1 4 2 0	Externe Übersetzungsleistungen		1 525 000	

Nr.	Von/auf Kapitel/Artikel/ Posten		Bezeichnung	Beschreibung der Mittelübertragung / Kommentare	Übertragener Betrag (in EUR)	Übertragener Betrag (in EUR)
C4	von Kapitel	1 0 1	Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist die Aufstockung der Mittel unter Posten 1 4 0 5 (Ausgaben für Dolmetschleistungen) um 1 Mio. EUR aus Mitteln des Kapitels 1 0 1 (Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben).		1 000 000
	auf Pos- ten	1 4 0 5	Ausgaben für Dolmetschleistungen		1 000 000	
C5	von Pos- ten	4 0 2 0	Finanzierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist es, der GD TRAD zusätzliche externe Übersetzungskapazitäten zur Verfügung zu stellen, um das hohe Arbeitspensum seit Anfang 2023 zu decken, indem die Mittel in Posten 1 4 2 0 um 1 000 000 EUR aufgestockt werden.		1 000 000
	auf Pos- ten	1 4 2 0	Externe Übersetzungsleistungen		1 000 000	
C6	von Kapitel	1 0 1	Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist es, der Direktion Innovation und zentrale Dienste zusätzliche 1 020 000 EUR unter Posten 2 3 9 0 bereitzustellen, um den Rückstand bei den Emissionen in CO2-Äquivalenten auszugleichen, die vom Parlament seit 2020 verursacht, aber nicht vollständig ausgeglichen wurden.		1 020 000
	auf Pos- ten	2 3 9 0	Tätigkeiten im Rahmen von EMAS, einschließlich Werbemaßnahmen, und Ausgleich für die CO2-Emissionen des Europäischen Parlaments		1 020 000	
C7	von Pos- ten	2 0 2 4	Energieverbrauch	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist es, die GD INLO in die Lage zu versetzen, die Herrichtungsarbeiten vorzunehmen, die für die Nutzung des Osmose-Gebäudes erforderlich sind.		3 500 000
	auf Pos- ten	2 0 0 7	Errichtung von Gebäuden und Herrichtung der Diensträume		3 500 000	
C8	von Pos- ten	1 4 0 1	Sonstige Bedienstete – Sicherheit	Das Defizit bei den Dienstreisekosten ist die Folge zusätzlicher Anträge der GD EXPO, GD LINC, GD INLO, GD FINS, GD EPRS, GD IPOL, GD PERS, GD PRES, GD ITEC, GD PART, GD SAFE und des Juristischen Dienstes, die im Zusammenhang mit der Durchführung ihrer Kerntätigkeiten gestellt wurden. Die Schätzung, die zur Berechnung der folgenden Defizite herangezogen wird, beruht auf der Anzahl der Tage zusätzlicher Dienstreisen bis Ende 2023.		250 000
		1 4 0 4	Praktika, abgeordnete nationale Sachverständige, Austausch von Beamten und Studienaufenthalte			535 000
		1 6 1 0	Ausgaben für Personaleinstellung			23 000
		1 6 3 0	Sozialer Dienst			100 000
		3 2 0 0	Beschaffung von Fachwissen			239 215
		3 0 4 2	Sitzungen, Kongresse, Konferenzen und Delegationen			100 000
		4 0 2 0	Finanzierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene			78 680

Nr.	Von/auf Kapitel/Artikel/ Posten		Bezeichnung	Beschreibung der Mittelübertragung / Kommentare	Übertragener Betrag (in EUR)	Übertragener Betrag (in EUR)
	auf Pos- ten	3 0 0 0	Kosten für vom Personal unternommene Dienstreisen und Reisen zwischen den drei Arbeitsorten		1 325 895	
C9	von Pos- ten	1 6 1 2	Lernen und Entwicklung	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist die Finanzierung des Erwerbs neuer Uniformen für das Sicherheitspersonal des Europäischen Parlaments.		300 000
	auf Pos- ten	2 3 8 0	Sonstige Ausgaben für den Verwaltungsbetrieb		300 000	
C10	von Kapitel	1 0 1	Rückstellung für unvorhergesehene Ausgaben	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist es, der GD LINC zusätzliche Mittel für die Renovierung der Konferenzanlagen in Brüssel und die Einrichtung von Konferenzsälen im Adenauer-Gebäude in Luxemburg während der wahlbedingten Unterbrechung zur Verfügung gestellt werden, damit Störungen der parlamentarischen Tätigkeiten vermieden werden und die erforderliche Ausrüstung frühzeitig bestellt werden kann.		1 274 050
	von Pos- ten	4 0 2 0	Finanzierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene			1 225 950
	auf Pos- ten	2 1 4 0	Material und technische Anlagen		2 500 000	
C11	von Pos- ten	4 0 2 0	Finanzierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist es, die laufenden Kosten des Reisebüros im Rahmen des geänderten Vertrags mit dem Parlament bis Ende 2023 zu decken und dazu die unter Posten 4 0 2 0 (Finanzierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene) verfügbaren überschüssigen Mittel zu nutzen.		130 000
	auf Pos- ten	3 0 4 9	Kosten für Leistungen des Reisebüros		130 000	
C12	von Pos- ten	1 6 1 2	Lernen und Entwicklung	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist es, teilweise den Erwerb individueller IT-Ausrüstung für neu gewählte Mitglieder und ihre akkreditierten parlamentarischen Assistenten im Jahr 2024 zu decken.		40 000
		2 3 6 0	Postgebühren und Zustellungskosten			25 000
		3 2 4 5	Veranstaltung von Kolloquien und Seminaren			47 500
		4 0 2 0	Finanzierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene			2 000 000
	auf Pos- ten	2 1 0 4	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Infrastrukturinvestitionen		2 112 500	

Nr.	Von/auf Kapitel/Artikel/ Posten		Bezeichnung	Beschreibung der Mittelübertragung / Kommentare	Übertragener Betrag (in EUR)	Übertragener Betrag (in EUR)
C13	von Pos- ten	1 4 0 0	Sonstige Bedienstete – Generalsekretariat und Fraktionen	Hauptzweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist es, die im Dezember 2023 rückwirkend zum 1. Juli 2023 zu zahlende jährliche Anpassung der Gehälter und sonstigen Bezüge der Beamten und Bediensteten auf Zeit zu finanzieren, die eine im Stellenplan des Organs vorgesehene Planstelle innehaben. Diese Aufstockung soll auch die Kosten für Ansprüche im Zusammenhang mit Dienstantritt, Versetzung und Ausscheiden aus dem Dienst bis Ende 2023 sowie die Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit Überstunden decken, die im vierten Quartal 2023 zu finanzieren sind.		2 161 162
		1 4 0 1	Sonstige Bedienstete – Sicherheit			840 000
		1 4 0 4	Praktika, abgeordnete nationale Sachverständige, Austausch von Beamten und Studienaufenthalte			30 838
		3 2 0 0	Beschaffung von Fachwissen			73 000
	auf Pos- ten	1 2 0 0	Dienstbezüge und Vergütungen		2 590 000	
		1 2 0 2	Vergütete Überstunden		15 000	
		1 2 0 4	Ansprüche bei Dienstantritt, Versetzung und Ausscheiden aus dem Dienst		500 000	
C14	von Pos- ten	1 4 0 4	Praktika, abgeordnete nationale Sachverständige, Austausch von Beamten und Studienaufenthalte	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist es, der GD LINC zusätzliche externe Kapazitäten zur Verfügung zu stellen, um den Dolmetschbedarf zu decken, indem die Mittel in Posten 1 4 0 5 (Ausgaben für Dolmetschleistungen) um 1 800 000 EUR aufgestockt werden.		128 000
		2 1 0 2	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Allgemeine Unterstützung der Nutzer			35 000
		2 1 0 3	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Unterhaltung der IKT-Anwendungen			220 000
		2 1 0 5	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Investitionen in Projekte			155 000
		2 3 0 0	Papier- und Bürobedarf sowie verschiedene Verbrauchsmaterialien			47 000
		3 0 4 2	Sitzungen, Kongresse, Konferenzen und Delegationen			286 000
		4 0 2 0	Finanzierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene			929 000
	auf Pos- ten	1 4 0 5	Ausgaben für Dolmetschleistungen		1 800 000	

Nr.	Von/auf Kapitel/Artikel/ Posten		Bezeichnung	Beschreibung der Mittelübertragung / Kommentare	Übertragener Betrag (in EUR)	Übertragener Betrag (in EUR)
C15	von Pos- ten	1 6 1 2	Lernen und Entwicklung	Zweck dieser Mittelübertragung ist die Finanzierung des Digitalisierungsprojekts des Parlaments (V-Pass), mit dem das Registrierungs- und Akkreditierungsverfahren für Besucher verbessert werden soll, sowie der Aktualisierung der Softwareplattform für das physische Sicherheitsinformationsmanagement (PSIM).		500 000
		2 0 2 6	Sicherheit und Bewachung der Gebäude			250 000
		2 1 0 2	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Allgemeine Unterstützung der Nutzer			250 000
		2 1 0 5	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Investitionen in Projekte			145 000
	auf Pos- ten	2 1 0 3	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Unterhaltung der IKT-Anwendungen		70 000	
		2 1 4 0	Material und technische Anlagen		1 075 000	
C16	von Pos- ten	1 6 5 2	Kosten für den Restaurationsbetrieb	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist es, den finanziellen Beitrag zu Zeitkarten zu decken und den zusätzlichen Bedarf aufgrund der außerordentlichen Indexierungskosten des Adenauer-II-Gebäudes zu finanzieren.		550 000
		2 0 0 0	Mieten			486 731
		2 0 0 7	Errichtung von Gebäuden und Herrichtung der Diensträume			4 940 000
		2 0 0 8	Besondere Ausgaben für Gebäudeverwaltung			1 292 500
		2 0 2 4	Energieverbrauch			4 400 000
		2 1 4 0	Material und technische Anlagen			121 500
		2 1 6 0	Beförderung von Abgeordneten und sonstigen Personen sowie von Gütern			1 234 620
		2 3 0 0	Papier- und Bürobedarf sowie verschiedene Verbrauchsmaterialien			54 500
		2 3 6 0	Postgebühren und Zustellungskosten			7 000
		2 3 7 0	Umzüge			106 462
		2 3 8 0	Sonstige Ausgaben für den Verwaltungsbetrieb			63 000
		3 0 4 0	Verschiedene Kosten für interne Sitzungen			66 500
	auf Pos- ten	1 6 3 1	Mobilität		285 000	
		2 0 0 1	Erbpachtzahlungen		13 037 813	

Nr.	Von/auf Kapitel/Artikel/Posten	Bezeichnung	Beschreibung der Mittelübertragung / Kommentare	Übertragener Betrag (in EUR)	Übertragener Betrag (in EUR)
C17	von Posten	1 0 0 5	Sonstige Reisekosten		1 400 000
		1 0 0 6	Allgemeine Kostenvergütung		250 000
		1 0 1 0	Kranken- und Unfallversicherung und sonstige Sozialkosten		149 800
		1 0 1 2	Spezifische Maßnahmen für Mitglieder mit Behinderungen		200 000
		1 0 2 0	Übergangsgelder		380 000
		1 0 3 0	Ruhegehälter (KVR)		400 000
		1 0 3 1	Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit (KVR)	Mit diesem Vorschlag für eine Mittelübertragung soll Folgendes abgedeckt werden: — die Erhöhung der Preise für Softwarelizenzen, — die Aufrüstung des WLAN-Netzes im Einklang mit dem schrittweisen Ansatz zur Verbesserung des drahtlosen Netzes des Parlaments, — der Austausch einer ersten Reihe von veralteten Switches und — der Erwerb individueller IT-Ausrüstung für neu gewählte Mitglieder, ihre akkreditierten parlamentarischen Assistenten, die Fraktionen und die Verwaltung des Parlaments.	6 000
		1 0 3 2	Hinterbliebenenversorgung (KVR)		36 000
		1050	Sprach- und EDV-Kurse		300 000
		1 6 1 2	Lernen und Entwicklung		266 500
		2 0 2 6	Sicherheit und Bewachung der Gebäude		50 000
		2 1 0 3	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Unterhaltung der IKT-Anwendungen		85 000
		2 1 0 5	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Investitionen in Projekte		400 000
		2 1 4 0	Material und technische Anlagen		4 000
		2 3 1 0	Finanzkosten		200 000
		2 3 2 0	Gerichtskosten und Schadenersatz		200 000
		2 3 6 0	Postgebühren und Zustellungskosten		33 500
		2 3 8 0	Sonstige Ausgaben für den Verwaltungsbetrieb		10 000
		3 0 2 0	Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke		152 500
		3 0 4 2	Sitzungen, Kongresse, Konferenzen und Delegationen		93 000

Nr.	Von/auf Kapitel/Artikel/ Posten		Bezeichnung	Beschreibung der Mittelübertragung / Kommentare	Übertragener Betrag (in EUR)	Übertragener Betrag (in EUR)
		3 2 0 0	Beschaffung von Fachwissen			660 000
		3 2 1 0	Ausgaben für den Wissenschaftlichen Dienst, einschließlich der Bibliothek und der historischen Archive, der Bewertung der wissenschaftlichen und technologischen Entscheidungen (STOA) und des Europäischen Wissenschaftsmedienzentrums			645 000
		3 2 2 0	Ausgaben für Dokumentation			25 000
		3 2 3 0	Förderung der Demokratie und Aufbau parlamentarischer Kapazitäten der Parlamente von Drittstaaten			290 000
		3 2 4 2	Ausgaben für Veröffentlichungen, die Unterrichtung der Öffentlichkeit und die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen			31 000
		3 2 4 4	Organisation und Empfang von Besuchergruppen, Euroscola und Einladung von Meinungsmultiplikatoren aus Drittländern			200 000
		3 2 4 5	Veranstaltung von Kolloquien und Seminaren			16 500
		3 2 4 9	Informationsaustausch mit den nationalen Parlamenten			50 000
		3 2 5 0	Ausgaben für Verbindungsbüros			100 000
		4 0 0 0	Verwaltungsausgaben und Ausgaben im Zusammenhang mit den politischen Tätigkeiten und Informationstätigkeiten der Fraktionen und der fraktionslosen Mitglieder			400 000
		4 0 2 0	Finanzierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene			405 370
		4 2 2 0	Ausgaben für parlamentarische Assistenz			1 868 000
		4 4 2 0	Kosten für Sitzungen und andere Aktivitäten der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft			36 000
	auf Posten	2 1 0 1	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Infrastruktur		240 000	
		2 1 0 4	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Infrastrukturinvestitionen		9 103 170	

Nr.	Von/auf Kapitel/Artikel/ Posten		Bezeichnung	Beschreibung der Mittelübertragung / Kommentare	Übertragener Betrag (in EUR)	Übertragener Betrag (in EUR)
C18	von Pos- ten	1 6 1 2	Lernen und Entwicklung	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist es, der GD TRAD zusätzliche externe Übersetzungskapazitäten zur Verfügung zu stellen, um das hohen Arbeitspensum seit Anfang 2023 zu decken, indem die Mittel in Haushaltsposten 1 4 2 0 um 430 000 EUR aufgestockt werden.		50 000
		2 1 0 5	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Investitionen in Projekte			360 000
		3 2 4 5	Veranstaltung von Kolloquien und Seminaren			20 000
	auf Pos- ten	1 4 2 0	Externe Übersetzungsleistungen		430 000	
C19	von Pos- ten	2 1 0 2	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Allgemeine Unterstützung der Nutzer	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist es, der GD LINC zusätzliche Mittel für die Renovierung der Konferenzanlagen in Brüssel zur Verfügung zu stellen.		45 000
		2 1 0 3	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Unterhaltung der IKT-Anwendungen			20 000
		2 3 0 0	Papier- und Bürobedarf sowie verschiedene Verbrauchsmaterialien			3 000
		3 0 4 2	Sitzungen, Kongresse, Konferenzen und Delegationen			85 000
		4 0 2 0	Finanzierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene			1 747 000
	auf Pos- ten	2 1 4 0	Material und technische Anlagen		1 900 000	
	GESAMTBETRAG DER C-MITTELÜBERTRAGUNGEN					77 986 378

ÜBERSICHT ÜBER DIE P-MITTELÜBERTRAGUNGEN IM HAUSHALTSJAHR 2023

Nr.	Kapitel/Artikel/Posten			Beschreibung der Mittelübertragung	Übertragener Betrag (EUR)	Übertragener Betrag (EUR)
P1	Innerhalb von Artikel 1 4 0					
	von Pos- ten	1 4 0 5	Ausgaben für Dolmetschleistungen	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist die Bereitstellung von Mittel für die Verlängerung des Vertrags von 29 Vertragsbediensteten und die Einstellung von zehn neuen Vertragsbediensteten.		2 025 000
	auf Pos- ten	1 4 0 0	Sonstige Bedienstete – Generalsekretariat und Fraktionen		2 025 000	
P2	Innerhalb von Artikel 3 2 4					
	von Pos- ten	3 2 4 3	Besucherzentren des Europäischen Parlaments	Die vorgeschlagene Mittelübertragung ist die direkte Folge der Aufspaltung des Referat Konferenzen und Besucherdienste in Straßburg (GD COMM) und der Schaffung eines Referats Konferenzen in Straßburg in der GD LINC. Die finanzielle Durchführung dieses Beschlusses ist die vorgeschlagene Übertragung von 175 000 EUR von Haushaltsposten 3 2 4 3 (GD COMM) auf Haushaltsposten 3 2 4 5 (GD LINC).		175 000
	auf Pos- ten	3 2 4 5	Veranstaltung von Kolloquien und Seminaren		175 000	
P3	Innerhalb von Artikel 2 1 0					
	von Pos- ten	2 1 0 3	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Unterhaltung der IKT-Anwendungen	Hauptzweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist die Umschichtung von Ausgaben auf mehrere IT-bezogene Haushaltsposten, um die Erhöhung der Ausgaben für das an der Tätigkeit des Rechenzentrums des Parlaments beteiligte externe Personal zu finanzieren, den Anstieg der Preise für Softwarelizenzen zu decken und die Lücke zwischen der ursprünglichen Finanzierung des Referats Unternehmensarchitektur und den derzeit für 2023 geplanten Tätigkeiten zu schließen.		39 000
		2 1 0 4	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Infrastrukturinvestitionen			4 800 000
	auf Pos- ten	2 1 0 0	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Operationen		3 039 000	
		2 1 0 1	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Infrastruktur		1 000 000	
		2 1 0 5	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Investitionen in Projekte		800 000	

Nr.	Kapitel/Artikel/Posten			Beschreibung der Mittelübertragung	Übertragener Betrag (EUR)	Übertragener Betrag (EUR)
P4	Innerhalb von Artikel 1 4 0					
	von Posten	1 4 0 4	Praktika, abgeordnete nationale Sachverständige, Austausch von Beamten und Studienaufenthalte	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist es, zur Finanzierung zusätzlicher Vertragsbediensteter beizutragen und die im Vergleich zu den Schätzungen von Ende 2021 höheren Durchschnittskosten pro Fahrer im Generalsekretariat zu decken.		600 000
	auf Posten	1 4 0 0	Sonstige Bedienstete – Generalsekretariat und Fraktionen		300 000	
		1 4 0 2	Sonstige Bedienstete – Fahrer im Generalsekretariat		300 000	
P5	Innerhalb von Artikel 2 1 0					
	von Posten	2 1 0 0	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Operationen	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist es, die GD ITEC in die Lage zu versetzen, die Erneuerung von Softwarelizenzen und den Erwerb von IT-Ausrüstung für a) Projekte der GD SAFE, b) die Einrichtung des Studio im Spinelli-Gebäude und c) neu gewählte Mitglieder und ihre akkreditierten parlamentarischen Assistenten im Jahr 2024 zu decken.		660 000
		2 1 0 2	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Allgemeine Unterstützung der Nutzer			60 982
		2 1 0 3	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Unterhaltung der IKT-Anwendungen			66 000
	auf Posten	2 1 0 1	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Infrastruktur		660 000	
		2 1 0 4	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Infrastrukturinvestitionen		126 982	
P6	Innerhalb von Artikel 1 0 0					
	von Posten	1 0 0 5	Sonstige Reisekosten	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist die Finanzierung der jährlichen Anpassung der Entschädigungen der Mitglieder, die im Dezember 2023 rückwirkend zum 1. Juli 2023 zu zahlen ist.		100 000
	auf Posten	1 0 0 0	Entschädigungen		100 000	
P7	Innerhalb von Artikel 3 2 4					
	von Posten	3 2 4 3	Besucherzentren des Europäischen Parlaments	Zweck dieser vorgeschlagenen Mittelübertragung ist es, das voraussichtliche Defizit im Haushaltsplan 2024 bei den Ausgaben für audiovisuelle Informationen (Haushaltsposten 3 2 4 8) durch eine Vorabausstattung in Höhe von 1 000 000 EUR im Jahr 2023 zu decken.		1 000 000
	auf Posten	3 2 4 8	Ausgaben für audiovisuelle Informationen		1 000 000	

Nr.	Kapitel/Artikel/Posten			Beschreibung der Mittelübertragung	Übertragener Betrag (EUR)	Übertragener Betrag (EUR)
P8	Innerhalb von Artikel 1 2 0					
	von Pos-ten	1 2 0 0	Dienstbezüge und Vergütungen	Zweck dieses Vorschlags für eine Mittelübertragung ist es, die Zahlung von noch nicht vergüteten Überstunden, die Ende 2023 geleistet wurden, und von Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Ende 2023 entstandenen Ansprüchen von Beamten und Bediensteten auf Zeit bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst oder bei einer Versetzung im Jahr 2024 zu ermöglichen.		310 000
	auf Pos-ten	1 2 0 2	Vergütete Überstunden		10 000	
		1 2 0 4	Ansprüche bei Dienstantritt, Versetzung und Ausscheiden aus dem Dienst		300 000	
GESAMTBETRAG DER P-MITTELÜBERTRAGUNGEN					9 835 982	9 835 982

ANLAGE III

AUSFÜHRUNG DER MITTEL IM JAHR 2023

Posten	Bezeichnung	Ursprüngliche Mittel (1)	Mittel- lauf- stock- ung (2)	Mittelübertra- gungen (3)	Endgültige Mittelübertragun- gen (4) = (1) + (2) + (3)	Gebundener Betrag (5)	Ausgezahlter Betrag (6)	Auf das Folgejahr 2024 übertragene Mittel (7) = (5) - (6)	Gesamt- summe der verfallenen Mittel (8) = (4) - (5)	Verwendet (gezahlt oder übertragen) (9) = ((6) + (7)) / (4)
1 0 0 0	Entschädigungen	84 448 600	0	100 000	84 548 600	84 358 226	84 358 226	0	190 374	99,77%
1 0 0 4	Normale Reisekosten	71 698 225	0	0	71 698 225	71 698 225	61 937 097	9 761 128	0	100,00%
1 0 0 5	Sonstige Reisekosten	6 272 189	0	- 1 500 000	4 772 189	4 772 189	2 343 702	2 428 487	0	100,00%
1 0 0 6	Allgemeine Kostenvergü- tung	43 173 570	0	- 2 750 000	40 423 570	40 352 392	40 352 392	0	71 178	99,82%
1 0 0 7	Amtszulage	200 000	0	0	200 000	197 883	197 883	0	2 117	98,94%
1 0 1 0	Kranken- und Unfallversi- cherung und sonstige Sozialkosten	2 600 000	0	- 579 800	2 020 200	2 020 200	1 806 628	213 572	0	100,00%
1 0 1 2	Spezifische Maßnahmen für Mitglieder mit Behin- derungen	1 432 000	0	- 500 000	932 000	932 000	735 965	196 035	0	100,00%
1 0 2 0	Übergangsgelder	1 264 161	0	- 380 000	884 161	780 360	780 360	0	103 801	88,26%
1 0 3 0	Ruhegehälter (KVR)	11 240 000	0	- 400 000	10 840 000	9 863 946	9 863 946	0	976 054	91,00%
1 0 3 1	Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit (KVR)	203 916	0	- 6 000	197 916	170 276	170 276	0	27 640	86,03%
1 0 3 2	Hinterbliebenenversor- gung (KVR)	1 873 985	0	- 36 000	1 837 985	1 837 658	1 837 658	0	327	99,98%
1 0 3 3	Regelung über das freiwil- lige Ruhegehalt für die Mitglieder	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00%

Posten	Bezeichnung	Ursprüngliche Mittel (1)	Mittel- lauf- stock- ung (2)	Mittelübertra- gungen (3)	Endgültige Mittelübertragun- gen (4) = (1) + (2) + (3)	Gebundener Betrag (5)	Ausgezahlter Betrag (6)	Auf das Folgejahr 2024 übertragene Mittel (7) = (5) - (6)	Gesamt- summe der verfallenen Mittel (8) = (4) - (5)	Verwendet (gezahlt oder übertragen) (9) = ((6) + (7)) / (4)
1 0 5 0	Sprach- und EDV-Kurse	750 000	0	- 300 000	450 000	450 000	114 514	335 486	0	100,00%
1 2 0 0	Dienstbezüge und Ver- gütungen	761 033 915	0	30 370 000	791 403 915	790 962 361	790 962 361	0	441 554	99,94%
1 2 0 2	Vergütete Überstunden	81 484	0	- 15 000	66 484	66 484	43 594	22 890	0	100,00%
1 2 0 4	Ansprüche bei Dienstan- tritt, Versetzung und Aus- scheiden aus dem Dienst	3 250 000	0	800 000	4 050 000	4 050 000	3 345 210	704 790	0	100,00%
1 2 2 0	Vergütungen bei Stellen- enthebung und Urlaub im dienstlichen Interesse	3 274 635	0	300 000	3 574 635	3 571 724	3 571 724	0	2 911	99,92%
1 2 2 2	Vergütungen beim endgül- tigen Ausscheiden aus dem Dienst und besondere Ruhestandsregelung für Beamte und Bedienstete auf Zeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00%
1 4 0 0	Sonstige Bedienstete – Generalsekretariat und Fraktionen	77 515 703	0	1 863 838	79 379 541	79 377 203	78 417 636	959 567	2 338	100,00%
1 4 0 1	Sonstige Bedienstete – Sicherheit	41 996 425	0	- 1 090 000	40 906 425	40 814 626	40 814 626	0	91 799	99,78%
1 4 0 2	Sonstige Bedienstete – Fahrer im Generalsekreta- riat	8 073 020	0	300 000	8 373 020	8 289 963	8 289 963	0	83 057	99,01%
1 4 0 4	Praktika, abgeordnete nationale Sachverständige, Austausch von Beamten und Studienaufenthalte	11 522 284	0	- 1 333 838	10 188 446	9 992 110	8 036 139	1 955 971	196 336	98,07%

Posten	Bezeichnung	Ursprüngliche Mittel (1)	Mittel- lauf- stock- ung (2)	Mittelübertra- gungen (3)	Endgültige Mittelübertragun- gen (4) = (1) + (2) + (3)	Gebundener Betrag (5)	Ausgezahlter Betrag (6)	Auf das Folgejahr 2024 übertragene Mittel (7) = (5) - (6)	Gesamt- summe der verfallenen Mittel (8) = (4) - (5)	Verwendet (gezahlt oder übertragen) (9) = ((6) + (7)) / (4)
1 4 0 5	Ausgaben für Dolmet- schleistungen	54 591 373	0	775 000	55 366 373	55 366 019	51 932 135	3 433 884	354	100,00%
1 4 0 6	Beobachter	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00%
1 4 2 0	Externe Übersetzungsleis- tungen	10 000 000	0	2 955 000	12 955 000	12 955 000	11 665 402	1 289 598	0	100,00%
1 6 1 0	Ausgaben für Personalein- stellung	186 000	0	- 53 000	133 000	113 683	87 886	25 798	19 317	85,48%
1 6 1 2	Lernen und Entwicklung	8 745 000	0	- 1 181 500	7 563 500	7 462 369	4 913 264	2 549 105	101 131	98,66%
1 6 3 0	Sozialer Dienst	901 500	0	- 115 000	786 500	785 750	660 204	125 546	750	99,90%
1 6 3 1	Mobilität	1 830 000	0	285 000	2 115 000	2 115 000	1 991 707	123 293	0	100,00%
1 6 3 2	Soziale Beziehungen zwi- schen den Bediensteten und sonstige soziale Tätigkeiten	270 000	0	0	270 000	212 159	212 159	0	57 841	78,58%
1 6 5 0	Gesundheit und Vorbeu- gung	1 985 462	0	0	1 985 462	1 878 764	1 131 452	747 313	106 698	94,63%
1 6 5 2	Kosten für den Restaura- tionsbetrieb	1 280 000	0	- 550 000	730 000	643 679	497 120	146 559	86 321	88,18%
1 6 5 4	Kinderbetreuungseinrich- tungen	9 497 000	0	0	9 497 000	9 486 198	6 699 561	2 786 637	10 802	99,89%
1 6 5 5	Beitrag des Europäischen Parlaments zu den aner- kannten Europäischen Schulen des Typs II	795 000	0	0	795 000	795 000	401 567	393 433	0	100,00%
2 0 0 0	Mieten	19 170 000	0	- 486 731	18 683 269	18 670 891	18 024 135	646 756	12 378	99,93%

Posten	Bezeichnung	Ursprüngliche Mittel (1)	Mitte- lauf- stock- ung (2)	Mittelübertra- gungen (3)	Endgültige Mittelübertragun- gen (4) = (1) + (2) + (3)	Gebundener Betrag (5)	Ausgezahlter Betrag (6)	Auf das Folgejahr 2024 übertragene Mittel (7) = (5) - (6)	Gesamt- summe der verfallenen Mittel (8) = (4) - (5)	Verwendet (gezahlt oder übertragen) (9) = ((6) + (7)) / (4)
2 0 0 1	Erbpachtzahlungen	0	0	13 037 813	13 037 813	13 037 813	0	13 037 813	0	100,00%
2 0 0 3	Erwerb von Immobilien	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00%
2 0 0 7	Errichtung von Gebäuden und Herrichtung der Diensträume	70 770 000	0	- 1 440 000	69 330 000	69 045 323	21 448 819	47 596 504	284 677	99,59%
2 0 0 8	Besondere Ausgaben für Gebäudeverwaltung	6 289 000	0	- 1 292 500	4 996 500	4 503 582	2 273 632	2 229 950	492 918	90,13%
2 0 0 9	Errichtung und Ausstat- tung von Gebäuden: Idea- Lab	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00%
2 0 2 2	Unterhaltung, Wartung, Betrieb und Reinigung der Gebäude	73 010 000	0	0	73 010 000	72 518 895	46 950 091	25 568 804	491 105	99,33%
2 0 2 4	Energieverbrauch	42 150 000	0	- 20 400 000	21 750 000	21 749 999	14 408 885	7 341 114	1	100,00%
2 0 2 6	Sicherheit und Überwa- chung der Gebäude	17 350 000	0	- 300 000	17 050 000	16 952 679	13 138 299	3 814 380	97 321	99,43%
2 0 2 8	Versicherungen	3 170 000	0	0	3 170 000	3 170 000	54 353	3 115 647	0	100,00%
2 1 0 0	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Operationen	30 411 100	0	2 379 000	32 790 100	32 514 709	24 412 316	8 102 394	275 391	99,16%
2 1 0 1	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Infrastruktur	39 521 500	0	1 900 000	41 421 500	41 421 500	28 005 856	13 415 644	0	100,00%

Posten	Bezeichnung	Ursprüngliche Mittel (1)	Mittel- lauf- stock- ung (2)	Mittelübertra- gungen (3)	Endgültige Mittelübertragun- gen (4) = (1) + (2) + (3)	Gebundener Betrag (5)	Ausgezahlter Betrag (6)	Auf das Folgejahr 2024 übertragene Mittel (7) = (5) - (6)	Gesamt- summe der verfallenen Mittel (8) = (4) - (5)	Verwendet (gezahlt oder übertragen) (9) = ((6) + (7)) / (4)
2 1 0 2	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Allgemeine Unterstützung der Nutzer	11 730 900	0	- 390 982	11 339 918	11 269 906	5 858 076	5 411 830	70 012	99,38%
2 1 0 3	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Unterhaltung der IKT-Anwendungen	37 190 400	0	- 360 000	36 830 400	36 629 080	21 952 099	14 676 981	201 320	99,45%
2 1 0 4	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Infrastrukturinvestitionen	24 666 000	0	6 542 652	31 208 652	31 193 200	8 761 970	22 431 230	15 452	99,95%
2 1 0 5	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Investitionen in Projekte	28 634 300	0	- 960 000	27 674 300	27 464 542	15 744 771	11 719 771	209 758	99,24%
2 1 2 0	Mobiliar	6 630 000	0	0	6 630 000	6 629 111	3 765 515	2 863 596	889	99,99%
2 1 4 0	Material und technische Anlagen	24 874 000	0	5 329 500	30 203 500	30 066 859	13 416 645	16 650 215	136 641	99,55%
2 1 6 0	Beförderung von Abgeordneten und sonstigen Personen sowie von Gütern	5 291 000	0	- 1 234 620	4 056 380	3 900 028	3 755 294	144 734	156 352	96,15%
2 3 0 0	Papier- und Bürobedarf sowie verschiedene Verbrauchsmaterialien	879 000	0	- 104 500	774 500	770 572	644 241	126 330	3 928	99,49%
2 3 1 0	Finanzkosten	650 000	0	- 550 000	100 000	100 000	56 583	43 417	0	100,00%

Posten	Bezeichnung	Ursprüngliche Mittel (1)	Mittel- lauf- stock- ung (2)	Mittelübertra- gungen (3)	Endgültige Mittelübertragun- gen (4) = (1) + (2) + (3)	Gebundener Betrag (5)	Ausgezahlter Betrag (6)	Auf das Folgejahr 2024 übertragene Mittel (7) = (5) - (6)	Gesamt- summe der verfallenen Mittel (8) = (4) - (5)	Verwendet (gezahlt oder übertragen) (9) = ((6) + (7)) / (4)
2 3 2 0	Gerichtskosten und Schadenersatz	1 375 000	0	- 200 000	1 175 000	949 678	140 238	809 440	225 322	80,82%
2 3 6 0	Postgebühren und Zustellungskosten	300 000	0	- 65 500	234 500	175 963	127 454	48 509	58 537	75,04%
2 3 7 0	Umzüge	1 520 000	0	- 106 462	1 413 538	1 339 891	1 230 774	109 118	73 647	94,79%
2 3 8 0	Sonstige Verwaltungsausgaben	1 672 000	0	227 000	1 899 000	1 892 025	879 622	1 012 403	6 975	99,63%
2 3 9 0	EMAS-Tätigkeiten, einschließlich Werbemaßnahmen und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ausgleich für die CO2-Emissionen des Europäischen Parlaments	1 100 000	0	1 020 000	2 120 000	2 119 421	6 370	2 113 051	579	99,97%
3 0 0 0	Kosten für vom Personal unternommene Dienstreisen und Reisen zwischen den drei Arbeitsorten	23 430 000	0	3 537 895	26 967 895	25 567 895	21 506 204	4 061 691	1 400 000	94,81%
3 0 2 0	Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke	941 900	0	- 152 500	789 400	689 399	458 233	231 165	100 001	87,33%
3 0 4 0	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen	243 000	0	- 66 500	176 500	174 208	142 673	31 535	2 292	98,70%
3 0 4 2	Sitzungen, Kongresse, Konferenzen und Delegationen	2 840 000	0	- 339 000	2 501 000	2 050 399	1 636 525	413 874	450 601	81,98%
3 0 4 9	Kosten für Leistungen des Reisebüros	2 050 000	0	130 000	2 180 000	2 180 000	1 965 581	214 419	0	100,00%

Posten	Bezeichnung	Ursprüngliche Mittel (1)	Mittel- lauf- stock- ung (2)	Mittelübertra- gungen (3)	Endgültige Mittelübertragun- gen (4) = (1) + (2) + (3)	Gebundener Betrag (5)	Ausgezahlter Betrag (6)	Auf das Folgejahr 2024 übertragene Mittel (7) = (5) - (6)	Gesamt- summe der verfallenen Mittel (8) = (4) - (5)	Verwendet (gezahlt oder übertragen) (9) = ((6) + (7)) / (4)
3 2 0 0	Beschaffung von Fachwis- sen	6 701 715	0	- 972 215	5 729 500	5 115 993	1 706 767	3 409 225	613 507	89,29%
3 2 1 0	Ausgaben für den Wissen- schaftlichen Dienst, ein- schließlich der Bibliothek und der historischen Archive, der Bewertung der wissenschaftlichen und technologischen Entschei- dungen (STOA) und des Europäischen Wissen- schaftsmedienzentrums	10 010 000	0	- 1 205 000	8 805 000	8 713 611	5 872 384	2 841 227	91 389	98,96%
3 2 2 0	Ausgaben für Dokumenta- tion	3 261 000	0	- 28 000	3 233 000	3 214 580	1 144 768	2 069 812	18 420	99,43%
3 2 3 0	Förderung der Demokratie und Aufbau parlamentari- scher Kapazitäten der Par- lamente von Drittstaaten	1 400 000	0	- 290 000	1 110 000	654 960	486 289	168 672	455 040	59,01%
3 2 4 0	Amtsblatt	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00%
3 2 4 1	Digitale Veröffentlichun- gen und Veröffentlichun- gen in traditioneller Form	4 722 000	0	0	4 722 000	4 717 951	2 423 547	2 294 404	4 049	99,91%
3 2 4 2	Ausgaben für Veröffent- lichungen, die Unterrich- tung der Öffentlichkeit und die Teilnahme an öffentli- chen Veranstaltungen	55 974 000	0	- 878 450	55 095 550	55 086 884	21 498 993	33 587 891	8 666	99,98%
3 2 4 3	Besucherzentren des Euro- päischen Parlaments	32 707 385	0	- 1 348 600	31 358 785	31 340 568	9 044 218	22 296 350	18 217	99,94%

Posten	Bezeichnung	Ursprüngliche Mittel (1)	Mittel- lauf- stock- ung (2)	Mittelübertra- gungen (3)	Endgültige Mittelübertragun- gen (4) = (1) + (2) + (3)	Gebundener Betrag (5)	Ausgezahlter Betrag (6)	Auf das Folgejahr 2024 übertragene Mittel (7) = (5) - (6)	Gesamt- summe der verfallenen Mittel (8) = (4) - (5)	Verwendet (gezahlt oder übertragen) (9) = ((6) + (7)) / (4)
3 2 4 4	Organisation und Empfang von Besuchergruppen, Euroscola und Einladung von Meinungsmultiplikatoren aus Drittländern	34 663 000	0	- 2 700 000	31 963 000	31 950 716	21 952 905	9 997 811	12 284	99,96%
3 2 4 5	Veranstaltung von Kolloquien und Seminaren	3 960 500	0	66 000	4 026 500	4 001 794	1 943 217	2 058 578	24 706	99,39%
3 2 4 8	Ausgaben für audiovisuelle Informationen	15 885 000	0	1 000 000	16 885 000	16 878 841	6 145 524	10 733 317	6 159	99,96%
3 2 4 9	Informationsaustausch mit den nationalen Parlamenten	235 000	0	- 50 000	185 000	169 200	110 422	58 778	15 800	91,46%
3 2 5 0	Ausgaben für Verbindungsbüros	9 900 000	0	- 100 000	9 800 000	9 789 757	5 585 588	4 204 169	10 243	99,90%
4 0 0 0	Verwaltungsausgaben und Ausgaben im Zusammenhang mit den politischen Tätigkeiten und Informationstätigkeiten	66 000 000	0	- 4 002 000	61 998 000	61 998 000	59 626 756	2 371 244	0	100,00%
4 0 2 0	Finanzierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene	46 000 000	0	- 12 840 000	33 160 000	33 159 321	33 159 321	0	679	100,00%
4 0 3 0	Finanzierung der politischen Stiftungen auf europäischer Ebene	23 000 000	0	- 4 061 000	18 939 000	18 938 095	18 938 095	0	905	100,00%
4 2 2 0	Ausgaben für parlamentarische Assistenz	228 640 403	0	- 1 868 000	226 772 403	226 692 521	210 908 545	15 783 976	79 882	99,96%

Posten	Bezeichnung	Ursprüngliche Mittel (1)	Mitte- lauf- stock- ung (2)	Mittelübertra- gungen (3)	Endgültige Mittelübertragun- gen (4) = (1) + (2) + (3)	Gebundener Betrag (5)	Ausgezahlter Betrag (6)	Auf das Folgejahr 2024 übertragene Mittel (7) = (5) - (6)	Gesamt- summe der verfallenen Mittel (8) = (4) - (5)	Verwendet (gezahlt oder übertragen) (9) = ((6) + (7)) / (4)
4 4 0 0	Kosten für Sitzungen und andere Aktivitäten von ehemaligen Mitgliedern	280 000	0	0	280 000	280 000	280 000	0	0	100,00%
4 4 2 0	Kosten für Sitzungen und andere Aktivitäten der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft	280 000	0	- 36 000	244 000	243 756	243 756	0	244	99,90%
5 0 0 0	Operationelle Ausgaben der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen	350 000	0	0	350 000	279 271	15 800	263 471	70 729	79,79%
5 0 1 0	Ausgaben im Zusammen- hang mit dem Ausschuss unabhängiger Persönlich- keiten	20 000	0	0	20 000	0	0	0	20 000	0,00%
5 0 2 0	Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen – Dienstbezüge und Vergütungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00%
10 1	RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUS- GABEN	3 300 000	0	- 3 300 000	0	0	0	0	0	0,00%
INSGE- SAMT		2 247 134 550	0	0	2 247 134 550	2 238 344 831	1 890 024 503	348 320 328	8 789 719	99,61%

ANLAGE 4

VERWENDUNG AUTOMATISCH ÜBERTRAGENER MITTEL AUS DEM VORANGEGANGENEN HAUSHALTSJAHR

Posten	Bezeichnung	Aus dem Jahr N-1 automatisch übertragene Mittel (1)	Zahlungen zulasten automatisch übertragener Mittel (2)	In Abgang gestellte Mittel (3) = (1) - (2)	Verwendete Mittel (4) = (2) / (1)
1 0 0 0	Entschädigungen	0	0	0	0,00%
1 0 0 4	Normale Reisekosten	7 629 181	7 280 776	348 405	95,43%
1 0 0 5	Sonstige Reisekosten	1 552 420	1 534 336	18 084	98,84%
1 0 0 6	Allgemeine Kostenvergütung	0	0	0	0,00%
1 0 0 7	Amtszulage	0	0	0	0,00%
1 0 1 0	Kranken- und Unfallversicherung und sonstige Sozialkosten	157 718	150 526	7 192	95,44%
1 0 1 2	Spezifische Maßnahmen für Mitglieder mit Behinderungen	8 527	8 527	0	100,00%
1 0 2 0	Übergangsgelder	0	0	0	0,00%
1 0 3 0	Ruhegehälter (KVR)	0	0	0	0,00%
1 0 3 1	Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit (KVR)	0	0	0	0,00%
1 0 3 2	Hinterbliebenenversorgung (KVR)	0	0	0	0,00%
1 0 3 3	Freiwillige Ruhegehaltsregelung für die Mitglieder	0	0	0	0,00%
1 0 5 0	Sprach- und EDV-Kurse	291 611	76 737	214 874	26,31%
1 2 0 0	Dienstbezüge und Vergütungen	0	0	0	0,00%
1 2 0 2	Vergütete Überstunden	14 062	14 062	0	100,00%
1 2 0 4	Ansprüche bei Dienstantritt, Versetzung und Ausscheiden aus dem Dienst	408 283	408 283	0	100,00%
1 2 2 0	Vergütungen bei Stellenenthebung und Urlaub im dienstlichen Interesse	0	0	0	0,00%
1 2 2 2	Vergütungen beim endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst und besondere Ruhestandsregelung für Beamte und Bedienstete auf Zeit	0	0	0	0,00%

Posten	Bezeichnung	Aus dem Jahr N-1 automatisch übertragene Mittel (1)	Zahlungen zulasten automatisch übertragener Mittel (2)	In Abgang gestellte Mittel (3) = (1) - (2)	Verwendete Mittel (4) = (2) / (1)
1 4 0 0	Sonstige Bedienstete – Generalsekretariat und Fraktionen	528 918	249 441	279 477	47,16%
1 4 0 1	Sonstige Bedienstete – Sicherheit	0	0	0	0,00%
1 4 0 2	Sonstige Bedienstete – Fahrer im Generalsekretariat	0	0	0	0,00%
1 4 0 4	Praktika, abgeordnete nationale Sachverständige, Austausch von Beamten und Studienaufenthalte	1 994 110	1 930 141	63 970	96,79%
1 4 0 5	Ausgaben für Dolmetschleistungen	3 284 222	3 268 499	15 723	99,52%
1 4 0 6	Beobachter	0	0	0	0,00%
1 4 2 0	Externe Übersetzungsleistungen	684 283	675 216	9 067	98,67%
1 6 1 0	Ausgaben für Personaleinstellung	114 939	90 150	24 789	78,43%
1 6 1 2	Lernen und Entwicklung	2 355 832	1 981 773	374 059	84,12%
1 6 3 0	Sozialer Dienst	260 483	234 271	26 212	89,94%
1 6 3 1	Mobilität	65 485	45 403	20 082	69,33%
1 6 3 2	Soziale Beziehungen zwischen den Bediensteten und sonstige soziale Tätigkeiten	74 269	0	74 269	0,00%
1 6 5 0	Gesundheit und Vorbeugung	1 584 537	1 122 948	461 588	70,87%
1 6 5 2	Kosten für den Restaurationsbetrieb	69 640	59 984	9 656	86,13%
1 6 5 4	Kinderbetreuungseinrichtungen	1 433 078	1 369 822	63 256	95,59%
1 6 5 5	Beitrag des Europäischen Parlaments zu den anerkannten Europäischen Schulen des Typs II	127 371	127 371	0	100,00%
2 0 0 0	Mieten	1 032 205	950 604	81 601	92,09%
2 0 0 1	Erbpachtzahlungen	0	0	0	0,00%
2 0 0 3	Erwerb von Immobilien	37 900 000	37 600 852	299 148	99,21%
2 0 0 7	Errichtung von Gebäuden und Herrichtung der Diensträume	43 071 364	39 078 804	3 992 560	90,73%

Posten	Bezeichnung	Aus dem Jahr N-1 automatisch übertragene Mittel (1)	Zahlungen zulasten automatisch übertragener Mittel (2)	In Abgang gestellte Mittel (3) = (1) - (2)	Verwendete Mittel (4) = (2) / (1)
2 0 0 8	Besondere Ausgaben für Gebäudeverwaltung	1 936 966	1 671 727	265 240	86,31%
2 0 2 2	Unterhaltung, Wartung, Betrieb und Reinigung der Gebäude	22 848 314	21 369 275	1 479 039	93,53%
2 0 2 4	Energieverbrauch	28 913 383	27 382 381	1 531 002	94,70%
2 0 2 6	Sicherheit und Überwachung der Gebäude	3 283 889	2 224 826	1 059 064	67,75%
2 0 2 8	Versicherungen	3 321 814	2 782 483	539 331	83,76%
2 1 0 0	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Operationen	6 690 863	6 650 235	40 629	99,39%
2 1 0 1	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Infrastruktur	11 418 234	11 307 125	111 110	99,03%
2 1 0 2	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Allgemeine Unterstützung der Nutzer	5 541 580	5 237 460	304 120	94,51%
2 1 0 3	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Unterhaltung der IKT-Anwendungen	10 419 210	9 959 808	459 402	95,59%
2 1 0 4	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Infrastrukturinvestitionen	14 027 452	13 608 699	418 753	97,01%
2 1 0 5	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Investitionen in Projekte	13 926 539	13 580 018	346 521	97,51%
2 1 2 0	Mobiliar	1 354 002	1 352 964	1 038	99,92%
2 1 4 0	Material und technische Anlagen	15 725 012	14 729 716	995 296	93,67%
2 1 6 0	Beförderung von Abgeordneten und sonstigen Personen sowie von Gütern	456 329	412 720	43 609	90,44%
2 3 0 0	Papier- und Bürobedarf sowie verschiedene Verbrauchsmaterialien	307 825	263 771	44 054	85,69%
2 3 1 0	Finanzkosten	66 550	11 670	54 880	17,54%
2 3 2 0	Gerichtskosten und Schadenersatz	365 088	215 708	149 380	59,08%
2 3 6 0	Postgebühren und Zustellungskosten	55 849	25 851	29 999	46,29%
2 3 7 0	Umzüge	166 667	145 851	20 816	87,51%

Posten	Bezeichnung	Aus dem Jahr N-1 automatisch übertragene Mittel (1)	Zahlungen zulasten automatisch übertragener Mittel (2)	In Abgang gestellte Mittel (3) = (1) - (2)	Verwendete Mittel (4) = (2) / (1)
2 3 8 0	Sonstige Verwaltungsausgaben	423 402	309 767	113 634	73,16%
2 3 9 0	EMAS-Tätigkeiten, einschließlich Werbemaßnahmen und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ausgleich für die CO2-Emissionen des Europäischen Parlaments	910 035	909 690	346	99,96%
3 0 0 0	Kosten für vom Personal unternommene Dienstreisen und Reisen zwischen den drei Arbeitsorten	4 180 774	3 632 611	548 162	86,89%
3 0 2 0	Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke	255 307	142 148	113 159	55,68%
3 0 4 0	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen	88 992	66 591	22 401	74,83%
3 0 4 2	Sitzungen, Kongresse, Konferenzen und Delegationen	246 086	140 719	105 366	57,18%
3 0 4 9	Kosten für Leistungen des Reisebüros	229 423	163 149	66 274	71,11%
3 2 0 0	Beschaffung von Fachwissen	4 068 100	3 860 908	207 192	94,91%
3 2 1 0	Ausgaben für den Wissenschaftlichen Dienst, einschließlich der Bibliothek und der historischen Archive, der Bewertung der wissenschaftlichen und technologischen Entscheidungen (STOA) und des Europäischen Wissenschaftsmedienzentrums	2 938 196	2 723 185	215 011	92,68%
3 2 2 0	Ausgaben für Dokumentation	1 840 145	1 722 227	117 918	93,59%
3 2 3 0	Förderung der Demokratie und Aufbau parlamentarischer Kapazitäten der Parlamente von Drittstaaten	179 191	56 828	122 363	31,71%
3 2 4 0	Amtsblatt	0	0	0	0,00%
3 2 4 1	Digitale Veröffentlichungen und Veröffentlichungen in traditioneller Form	2 306 285	2 299 681	6 604	99,71%
3 2 4 2	Ausgaben für Veröffentlichungen, die Unterrichtung der Öffentlichkeit und die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen	18 085 625	17 305 771	779 854	95,69%
3 2 4 3	Besucherzentren des Europäischen Parlaments	14 768 111	13 750 447	1 017 665	93,11%
3 2 4 4	Organisation und Empfang von Besuchergruppen, Euroscola und Einladung von Meinungsmultiplikatoren aus Drittländern	19 354 539	18 903 760	450 779	97,67%
3 2 4 5	Veranstaltung von Kolloquien und Seminaren	1 693 723	1 591 585	102 138	93,97%
3 2 4 8	Ausgaben für audiovisuelle Informationen	12 190 041	11 985 358	204 683	98,32%

Posten	Bezeichnung	Aus dem Jahr N-1 automatisch übertragene Mittel (1)	Zahlungen zulasten automatisch übertragener Mittel (2)	In Abgang gestellte Mittel (3) = (1) - (2)	Verwendete Mittel (4) = (2) / (1)
3 2 4 9	Informationsaustausch mit den nationalen Parlamenten	7 479	3 434	4 044	45,92%
3 2 5 0	Ausgaben für Verbindungsbüros	4 623 448	4 055 718	567 730	87,72%
4 0 0 0	Laufende Verwaltungsausgaben und Ausgaben im Zusammenhang mit den politischen Tätigkeiten und Informationstätigkeiten	1 856 643	802 666	1 053 978	43,23%
4 0 2 0	Finanzierung europäischer politischer Parteien	0	0	0	0,00%
4 0 3 0	Finanzierung europäischer politischer Stiftungen	0	0	0	0,00%
4 2 2 0	Ausgaben für parlamentarische Assistenz	15 181 490	15 020 048	161 441	98,94%
4 4 0 0	Kosten für Sitzungen und andere Aktivitäten von ehemaligen Mitgliedern	0	0	0	0,00%
4 4 2 0	Kosten für Sitzungen und andere Aktivitäten der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft	0	0	0	0,00%
5 0 0 0	Operationelle Ausgaben der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen	0	0	0	0,00%
5 0 1 0	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Ausschuss unabhängiger Persönlichkeiten	0	0	0	0,00%
5 0 2 0	Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen – Dienstbezüge und Vergütungen	0	0	0	0,00%
INSGE-SAMT		350 895 139	330 637 103	20 258 035	94,23%

ANLAGE 5

VERWENDUNG DER MITTEL AUS INTERNEN ZWECKGEBUNDENEN EINNAHMEN

Posten	Bezeichnung	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen, die aus dem Jahr 2022 übertragen wurden (1)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen 2023, die übertragen wurden (2)	Zahlungen 2023 zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen, die übertragen wurden (3)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr auf das aktuelle Jahr und dann erneut auf das Folgejahr übertragen wurden (4)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (5) = (1) - (2) (*)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (6)	Zahlungen zulasten von aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellten Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (7)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (8) = (6) - (7) (**)	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (9)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (10)	Zahlungen zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (11)	Übertragung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 auf 2024 (12) = (9) - (10)
1 0 0 0	Entschädigungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1 0 0 4	Normale Reisekosten	53 215	53 215	53 215	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1 0 0 5	Sonstige Reisekosten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1 0 0 6	Allgemeine Kostenvergütung	0	0	0	0	0	0	0	0	115 615	0	0	115 615
1 0 0 7	Amtszulage	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1 0 1 0	Kranken- und Unfallversicherung und sonstige Sozialkosten	993	993	993	0	0	0	0	0	578 825	514 546	514 546	64 279
1 0 1 2	Spezifische Maßnahmen für Mitglieder mit Behinderungen	282	282	282	0	0	0	0	0	872	0	0	872
1 0 2 0	Übergangsgelder	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1 0 3 0	Ruhegehälter (KVR)	104 717	104 717	104 717	0	0	0	0	0	64 635	0	0	64 635
1 0 3 1	Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit (KVR)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1 0 3 2	Hinterbliebenenversorgung (KVR)	5 952	5 952	5 952	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Posten	Bezeichnung	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen, die aus dem Jahr 2022 übertragen wurden (1)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen 2023, die übertragen wurden (2)	Zahlungen 2023 zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen, die übertragen wurden (3)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr auf das aktuelle Jahr und dann erneut auf das Folgejahr übertragen wurden (4)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (5) = (1) - (2) (*)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (6)	Zahlungen zulasten von aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellten Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (7)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (8) = (6) - (7) (**)	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (9)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (10)	Zahlungen zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (11)	Übertragung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 auf 2024 (12) = (9) - (10)
1 0 3 3	Freiwillige Ruhegehaltsregelung für die Mitglieder	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1 0 5 0	Sprach- und EDV-Kurse	448	448	448	0	0	0	0	0	138	0	0	138
1 2 0 0	Dienstbezüge und Vergütungen	213 944	213 944	213 944	0	0	0	0	0	560 506	0	0	560 506
1 2 0 2	Vergütete Überstunden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1 2 0 4	Ansprüche bei Dienstantritt, Versetzung und Ausscheiden aus dem Dienst	0	0	0	0	0	0	0	0	23 776	0	0	23 776
1 2 2 0	Vergütungen bei Stellenenthebung und Urlaub im dienstlichen Interesse	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1 2 2 2	Vergütungen beim endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst und besondere Ruhestandsregelung für Beamte und Bedienstete auf Zeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1 4 0 0	Sonstige Bedienstete – Generalsekretariat und Fraktionen	7 693 337	7 693 337	7 614 961	0	0	93 366	66 168	27 198	9 040 841	150 000	150 000	8 890 841
1 4 0 1	Sonstige Bedienstete – Sicherheit	743 661	743 661	743 661	0	0	0	0	0	781 419	40 000	40 000	741 419

Posten	Bezeichnung	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen, die aus dem Jahr 2022 übertragen wurden (1)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen 2023, die übertragen wurden (2)	Zahlungen 2023 zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen, die übertragen wurden (3)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr auf das aktuelle Jahr und dann erneut auf das Folgejahr übertragen wurden (4)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (5) = (1) - (2) (*)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (6)	Zahlungen zulasten von aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellten Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (7)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (8) = (6) - (7) (**)	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (9)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (10)	Zahlungen zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (11)	Übertragung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 auf 2024 (12) = (9) - (10)
1 4 0 2	Sonstige Bedienstete – Fahrer im Generalsekretariat	0	0	0	0	0	0	0	0	4 844	0	0	4 844
1 4 0 4	Praktika, abgeordnete nationale Sachverständige, Austausch von Beamten und Studienaufenthalte	10 741	9 309	9 309	0	1 432	0	0	0	850	0	0	850
1 4 0 5	Ausgaben für Dolmetschleistungen	1 162 365	1 162 365	1 161 477	0	0	678 823	644 251	34 572	5 138 069	4 952 798	4 952 798	185 271
1 4 0 6	Beobachter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1 4 2 0	Externe Übersetzungsleistungen	6 816	6 816	6 772	0	0	10	0	10	10 365	10 365	0	0
1 6 1 0	Ausgaben für Personaleinstellung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1 6 1 2	Lernen und Entwicklung	68 779	68 657	68 657	0	122	0	0	0	9 179	2 547	2 547	6 632
1 6 3 0	Sozialer Dienst	0	0	0	0	0	0	0	0	1 861	0	0	1 861
1 6 3 1	Mobilität	7 718	7 718	7 718	0	0	0	0	0	15 043	0	0	15 043
1 6 3 2	Soziale Beziehungen zwischen den Bediensteten und sonstige soziale Tätigkeiten	9 227	9 227	9 227	0	0	0	0	0	26 821	0	0	26 821
1 6 5 0	Gesundheit und Vorbeugung	3 310	2 649	2 649	0	661	0	0	0	973	0	0	973
1 6 5 2	Kosten für den Restaurationsbetrieb	49 080	32 510	32 010	0	16 569	39 230	38 182	1 048	11 730	0	0	11 730

Posten	Bezeichnung	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen, die aus dem Jahr 2022 übertragen wurden (1)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen 2023, die übertragen wurden (2)	Zahlungen 2023 zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen, die übertragen wurden (3)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr auf das aktuelle Jahr und dann erneut auf das Folgejahr übertragen wurden (4)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (5) = (1) - (2) (*)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (6)	Zahlungen zulasten von aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellten Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (7)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (8) = (6) - (7) (**)	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (9)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (10)	Zahlungen zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (11)	Übertragung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 auf 2024 (12) = (9) - (10)
1 6 5 4	Kinderbetreuungseinrichtungen	3 196 239	3 194 475	3 120 186	0	1 764	3 588	2 752	836	4 631 164	136 097	136 097	4 495 067
1 6 5 5	Beitrag des Europäischen Parlaments zu den anerkannten Europäischen Schulen des Typs II	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2 0 0 0	Mieten	23 135 258	10 817 622	10 475 072	12 317 635	0	148 678	114 771	33 907	3 437 367	0	0	3 437 367
2 0 0 1	Erbpachtzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2 0 0 3	Erwerb von Immobilien	165 822	0	0	165 822	0	530 000	0	0	556 948	324 000	0	232 948
2 0 0 7	Errichtung von Gebäuden und Herichtung der Diensträume	676 299	645 399	269 399	0	30 900	188 124	165 684	22 440	577 341	134 471	134 471	442 870
2 0 0 8	Besondere Ausgaben für Gebäudeverwaltung	307 380	283 406	76 434	0	23 974	4 879	0	4 879	32 297	0	0	32 297
2 0 0 9	Errichtung und Ausstattung von Gebäuden: Idea-Lab	0	0	0	0	0			0	0	0	0	0
2 0 2 2	Unterhaltung, Wartung, Betrieb und Reinigung der Gebäude	395 994	395 994	112 491	0	0	618 178	608 421	9 757	1 022 231	204 576	48 346	817 655
2 0 2 4	Energieverbrauch	339 862	339 862	65 331	0	0	249 471	228 030	21 440	394 288	0	0	394 288
2 0 2 6	Sicherheit und Überwachung der Gebäude	101 161	101 161	70 181	0	0	331 036	295 781	35 254	667 096	495 806	134 561	171 290

Posten	Bezeichnung	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen, die aus dem Jahr 2022 übertragen wurden (1)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen 2023, die übertragen wurden (2)	Zahlungen 2023 zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen, die übertragen wurden (3)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr auf das aktuelle Jahr und dann erneut auf das Folgejahr übertragen wurden (4)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (5) = (1) - (2) (*)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (6)	Zahlungen zulasten von aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellten Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (7)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (8) = (6) - (7) (**)	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (9)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (10)	Zahlungen zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (11)	Übertragung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 auf 2024 (12) = (9) - (10)
2 0 2 8	Versicherungen	149 614	149 614	18 627	0	0	47 779	18 627	29 152	66 767	66 367	0	400
2 1 0 0	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Operationen	15 770	15 769	15 095	0	1	168 711	168 629	82	201 109	191 407	158 229	9 702
2 1 0 1	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Infrastruktur	600	0	0	0	600	148 547	148 547	0	143 500	138 500	135 500	5 000
2 1 0 2	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Allgemeine Unterstützung der Nutzer	0	0	0	0	0	35 025	35 025	0	44 524	44 524	24 078	0
2 1 0 3	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Üblicher Geschäftsbetrieb – Unterhaltung der IKT-Anwendungen	6 082	5 902	2 653	0	180	106 522	106 522	0	25 424	21 924	0	3 500
2 1 0 4	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Infrastrukturinvestitionen	102 770	102 770	46 142	0	0	880 346	880 346	0	1 086	453	0	633
2 1 0 5	Datenverarbeitung und Telekommunikation – Investitionen in Projekte	0	0	0	0	0	129 706	129 706	0	17 360	1 658	0	15 702

Posten	Bezeichnung	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen, die aus dem Jahr 2022 übertragen wurden (1)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen 2023, die übertragen wurden (2)	Zahlungen 2023 zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen, die übertragen wurden (3)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr auf das aktuelle Jahr und dann erneut auf das Folgejahr übertragen wurden (4)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (5) = (1) - (2) (*)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (6)	Zahlungen zulasten von aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellten Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (7)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (8) = (6) - (7) (**)	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (9)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (10)	Zahlungen zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (11)	Übertragung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 auf 2024 (12) = (9) - (10)
2 1 2 0	Mobiliar	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2 1 4 0	Material und technische Anlagen	202 337	200 324	135 839	0	2 013	78 001	73 802	4 198	115 961	42 930	14 065	73 031
2 1 6 0	Beförderung von Abgeordneten und sonstigen Personen sowie von Gütern	76 403	60 015	59 969	0	16 388	0	0	0	75 894	2 199	2 199	73 695
2 3 0 0	Papier- und Bürobedarf sowie verschiedene Verbrauchsmaterialien	420	420	420	0	0	124	0	124	23 454	15 924	15 924	7 530
2 3 1 0	Finanzkosten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2 3 2 0	Gerichtskosten und Schadenersatz	5 425	0	0	0	5 425	0	0	0	4 269	0	0	4 269
2 3 6 0	Postgebühren und Zustellungskosten	770	770	770	0	0	23 186	19 260	3 926	318	318	318	0
2 3 7 0	Umzüge	0	0	0	0	0	10 663	10 663	0	0	0	0	0
2 3 8 0	Sonstige Verwaltungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2 3 9 0	EMAS-Tätigkeiten, einschließlich Werbemaßnahmen und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ausgleich für die CO2-Emissionen des Europäischen Parlaments	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3 0 0 0	Kosten für vom Personal unternommene Dienstreisen und Reisen zwischen den drei Arbeitsorten	2 639	2 639	2 639	0	0	0	0	0	5 205	0	0	5 205

Posten	Bezeichnung	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen, die aus dem Jahr 2022 übertragen wurden (1)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen 2023, die übertragen wurden (2)	Zahlungen 2023 zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen, die übertragen wurden (3)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr auf das aktuelle Jahr und dann erneut auf das Folgejahr übertragen wurden (4)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (5) = (1) - (2) (*)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (6)	Zahlungen zulasten von aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellten Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (7)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (8) = (6) - (7) (**)	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (9)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (10)	Zahlungen zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (11)	Übertragung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 auf 2024 (12) = (9) - (10)
3 0 2 0	Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke	0	0	0	0	0	0	0	0	534	534	534	0
3 0 4 0	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3 0 4 2	Sitzungen, Kongresse, Konferenzen und Delegationen	163 465	162 022	162 022	0	1 443	19 152	0	19 152	50 425	4 068	4 068	46 357
3 0 4 9	Kosten für Leistungen des Reisebüros	2 068	2 068	2 068	0	0	0	0	0	3 119	0	0	3 119
3 2 0 0	Beschaffung von Fachwissen	64 798	64 798	21 275	0	0	22 718	22 718	0	60 041	866	185	59 175
3 2 1 0	Ausgaben für den Wissenschaftlichen Dienst, einschließlich der Bibliothek und der historischen Archive, der Bewertung der wissenschaftlichen und technologischen Entscheidungen (STOA) und des Europäischen Wissenschaftsmedienzentrums	45 000	45 000	0	0	0	0	0	0	29 725	29 525	0	200
3 2 2 0	Ausgaben für Dokumentation	0	0	0	0	0	0	0	0	40 747	268	268	40 478
3 2 3 0	Förderung der Demokratie und Aufbau parlamentarischer Kapazitäten der Parlamente von Drittstaaten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Posten	Bezeichnung	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen, die aus dem Jahr 2022 übertragen wurden (1)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen 2023, die übertragen wurden (2)	Zahlungen 2023 zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen, die übertragen wurden (3)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr auf das aktuelle Jahr und dann erneut auf das Folgejahr übertragen wurden (4)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (5) = (1) - (2) (*)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (6)	Zahlungen zulasten von aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellten Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (7)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (8) = (6) - (7) (**)	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (9)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (10)	Zahlungen zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (11)	Übertragung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 auf 2024 (12) = (9) - (10)
3 2 4 0	Amtsblatt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3 2 4 1	Digitale Veröffentlichungen und Veröffentlichungen in traditioneller Form	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3 2 4 2	Ausgaben für Veröffentlichungen, die Unterrichtung der Öffentlichkeit und die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen	103 305	103 305	0	0	0	343 142	324 747	18 395	86 261	0	0	86 261
3 2 4 3	Besucherzentren des Europäischen Parlaments	971 104	927 661	665 269	0	43 443	4 579 404	4 408 822	170 583	4 102 144	3 104 546	535 923	997 598
3 2 4 4	Organisation und Empfang von Besuchergruppen, Eurocola und Einladung von Meinungsmultiplikatoren aus Drittländern	131 722	130 512	0	0	1 210	244 430	110 510	133 920	721 167	478 821	246 698	242 346
3 2 4 5	Veranstaltung von Kolloquien und Seminaren	52 620	52 620	52 620	0	0	15 975	635	15 340	3 733	0	0	3 733
3 2 4 8	Ausgaben für audiovisuelle Informationen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3 2 4 9	Informationsaustausch mit den nationalen Parlamenten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3 2 5 0	Ausgaben für Verbindungsbüros	488	0	0	0	488	16 072	16 072	0	426	0	0	426

Posten	Bezeichnung	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen, die aus dem Jahr 2022 übertragen wurden (1)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen 2023, die übertragen wurden (2)	Zahlungen 2023 zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen, die übertragen wurden (3)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr auf das aktuelle Jahr und dann erneut auf das Folgejahr übertragen wurden (4)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (5) = (1) - (2) (*)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (6)	Zahlungen zulasten von aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellten Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (7)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (8) = (6) - (7) (**)	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (9)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (10)	Zahlungen zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (11)	Übertragung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 auf 2024 (12) = (9) - (10)
4 0 0 0	Verwaltungsausgaben und Ausgaben im Zusammenhang mit den politischen Tätigkeiten und Informationstätigkeiten	4 242 827	4 242 827	4 242 827	0	0	1 351 669	335 951	1 015 718	405 997	182 834	0	223 163
4 0 2 0	Finanzierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene	178 712	178 712	178 712	0	0	0	0	0	11 031 706	10 285 072	10 285 072	746 634
4 0 3 0	Finanzierung der politischen Stiftungen auf europäischer Ebene	0	0	0	0	0	30 521	0	30 521	4 007 664	3 982 496	3 982 496	25 168
4 2 2 0	Ausgaben für parlamentarische Assistenz	801 017	801 017	801 017	0	0	0	0	0	1 206 298	0	0	1 206 298
4 4 0 0	Kosten für Sitzungen und andere Aktivitäten von ehemaligen Mitgliedern	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4 4 2 0	Kosten für Sitzungen und andere Aktivitäten der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft	5 622	5 622	5 622	0	0	30 622	30 622	0	6 796	0	0	6 796
5 0 0 0	Operationelle Ausgaben der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen	0	0	0	0	0	93 589	33 744	59 845	250	0	0	250
5 0 1 0	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Ausschuss unabhängiger Persönlichkeiten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Posten	Bezeichnung	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen, die aus dem Jahr 2022 übertragen wurden (1)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen 2023, die übertragen wurden (2)	Zahlungen 2023 zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen, die übertragen wurden (3)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr auf das aktuelle Jahr und dann erneut auf das Folgejahr übertragen wurden (4)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittel, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (5) = (1) - (2) (*)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (6)	Zahlungen zulasten von aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellten Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen wurden (7)	Aus zweckgebundenen Einnahmen bereitgestellte Mittelbindungen, die vom Vorjahr übertragen und in Abgang gestellt wurden (8) = (6) - (7) (**)	Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (9)	Bindung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (10)	Zahlungen zulasten von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 (11)	Übertragung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen aus 2023 auf 2024 (12) = (9) - (10)
5 0 2 0	Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen – Dienstbezüge und Vergütungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
INSGESAMT		45 778 182	33 148 110	30 638 678	12 483 457	146 614	11 261 288	9 038 989	1 692 299	50 186 995	25 560 440	21 518 923	24 626 556

(*) Except for lines 2 0 0 0 to 2 0 0 3 for which the appropriations were carried over once more to the next year (see column (4)), following the application of article 12 (4) (b) of the FR.

(**) Except for line 2 0 0 3 for which the appropriations were carried over once more to the next year, following the application of article 12 (4) (b) of the FR.

ANLAGE 6
EINNAHMEN 2023

Arti- kel/Pos- ten	Bezeichnung	Gesamthaush- alt (1)	Festgestellte Forderungen 2023 (2)	Aus 2022 übertragene Forderungen (3)	Aus 2022 übertra- gene und während des Berichts- zeitraums annulierte oder erlassene Forderun- gen (4)	Forderungen insgesamt (5) = (2) + (3) - (4)	Einnahmen aus Forderungen, die im Berichtszei- traum festgestellt wurden (6)	Einnahmen aus Forderun- gen, die aus 2022 übertragen wurden (7)	Insgesamt eingegangene Einnahmen (8) = (6) + (7)	Insgesamt ausstehende Schulden (9) = (5) - (8)
3 0 0 0	Steuern auf die Bezüge	90 087 504	92 091 196	0	0	92 091 196	92 091 196	0	92 091 196	0
3 0 0 1	Sonderabgaben auf die Bezüge	13 949 518	14 216 213	0	0	14 216 213	14 216 213	0	14 216 213	0
3 0 1 0	Beiträge des Personals zur Versorgungsord- nung	80 907 167	88 979 304	0	0	88 979 304	88 979 304	0	88 979 304	0
3 0 1 1	Übertragung oder Rückkauf von Ruhege- haltsansprüchen durch das Personal	8 000 000	6 038 784	4 492	0	6 043 275	6 038 784	0	6 038 784	4 492
3 0 1 2	Beiträge von beurlaubten Bediensteten zur Versorgungsordnung	40 000	0	0	0	0	0	0	0	0
3 0 1 4	Beitrag der Mitglieder des Europäischen Par- laments	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3 1 0	Veräußerungen von unbeweglichen Vermö- gensgegenständen – Zweckgebundene Ein- nahmen	0	0	6 683 373	0	6 683 373	0	556 948	556 948	6 126 425
3 1 1	Veräußerung sonstiger Vermögensge- genstände	0	29 787	0	0	29 787	29 787	0	29 787	0
3 1 2 0	Vermietung und Untervermietung von Gebäuden – Zweckgebundene Einnahmen	0	4 379 895	176 721	3 390	4 553 226	4 363 755	157 630	4 521 385	31 841
3 2 0	Einnahmen aus Lieferungen, Leistungen und durchgeführten Arbeiten – Zweckgebundene Einnahmen	0	18 137 645	381 582	0	18 519 226	17 240 328	381 582	17 621 910	897 316
3 2 1	Rückerstattungen von Dienstreisetagegel- dern durch andere Organe oder Einrichtun- gen – Zweckgebundene Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Artikel/Posten	Bezeichnung	Gesamthaushalt (1)	Festgestellte Forderungen 2023 (2)	Aus 2022 übertragene Forderungen (3)	Aus 2022 übertragene und während des Berichtszeitraums annullierte oder erlassene Forderungen (4)	Forderungen insgesamt (5) = (2) + (3) - (4)	Einnahmen aus Forderungen, die im Berichtszeitraum festgestellt wurden (6)	Einnahmen aus Forderungen, die aus 2022 übertragen wurden (7)	Insgesamt eingegangene Einnahmen (8) = (6) + (7)	Insgesamt ausstehende Schulden (9) = (5) - (8)
3 2 2	Einnahmen aus Zahlungen Dritter für Lieferungen, Leistungen oder durchgeführte Arbeiten – Zweckgebundene Einnahmen	0	4 647 510	394 267	2 945	5 038 832	4 019 923	385 196	4 405 119	633 713
3 3 0	Rückerstattung von Beträgen, die rechtsgrundlos gezahlt wurden – Zweckgebundene Einnahmen	0	23 135 809	2 766 048	100 743	25 801 114	22 184 176	854 816	23 038 993	2 762 121
3 3 1	Zweckbestimmte Einnahmen (Einnahmen aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen) – Zweckgebundene Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3 3 3	Versicherungsleistungen – Zweckgebundene Einnahmen	0	60 008	5 649	5 649	60 008	59 644	0	59 644	364
3 3 8	Andere Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit – Zweckgebundene Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3 3 9	Andere Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit	1 000	733 543	2 130 704	0	2 864 248	686 523	2 457	688 980	2 175 268
4 0 0	Einnahmen aus Anlagemitteln, gewährten Darlehen und Bankkonten	0	2 957 212	0	0	2 957 212	2 957 212	0	2 957 212	0
6 6 8	Sonstige Beiträge und Erstattungen – Zweckgebundene Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
GESAMT		192 985 189	255 406 905	12 542 836	112 727	267 837 014	252 866 844	2 338 629	255 205 473	12 631 541

ANLAGE 7

ADENAUER-II-projekt – wichtigste zahlen

in Mio. EUR, zu Preisen von Oktober 2012

	Veranschlagte Kosten 2009-2012	Kosten zum 31.12.2023	Unterschreitung/ Überschreitung des Budgets
I. Bauarbeiten (Stand: Juli 2013)	432,8	417,4 Einschließlich: Ausstel- lung „Erlebnis Europa“ (12 Mio.)	– 15,4
II. Sonstige			
Bauleitung	57,7	126,9	69,2
Finanzierungskosten	119	4,6	– 114,4
Grundstück, Versicherung, Dienstleistungen	2,4	29,2	26,8
INSGESAMT	611,9	578,0	– 33,9
Vorbereitungs- und Erdwärmearbeiten		16,8	16,8
Entschädigungszahlungen für Verzug		32,2	32,2
Fertigstellungsarbeiten, Instandhaltung, Wartung		22,7	22,7



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 28. FEBRUAR 2018

(C/2024/3232)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 28. Februar und 1. März 2018

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Erklärungen des Präsidenten	3
4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung	5
5. Wahl eines Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (Kandidaturen): siehe Protokoll	6
6. Zusammensetzung des Parlaments	6
7. Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll	6
8. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll	6
9. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	6
10. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll	6
11. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	7
12. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	7

Inhalt	Seite
13. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	7
14. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	7
15. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	7
16. Arbeitsplan	7
17. Die humanitäre Lage in Syrien, insbesondere in Ghuta (Aussprache)	9
18. Informelles Treffen des Europäischen Rates vom 23. Februar 2018 (Aussprache)	16
19. Beschluss der Kommission, im Hinblick auf die Lage in Polen das Verfahren gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV einzuleiten (Aussprache)	32
20. Prioritäten der EU für die Tagungen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen im Jahr 2018 (Aussprache)	41
21. Begriffsbestimmung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen sowie Schutz geografischer Angaben für Spirituosen (Aussprache)	46
22. Lage der Grundrechte in der EU 2016 (Aussprache)	55
23. Arbeit und Vermächtnis des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (Aussprache)	65
24. Die verbotenen Lobbying-Tätigkeiten des ehemaligen Kommissionspräsidenten Barroso, z. B. das Treffen mit Kommissionsmitglied Katainen (Aussprache)	74
25. Streichung mehrerer Drittländer von der EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke (Aussprache)	79
26. Perspektiven und Herausforderungen für den Bienenzuchtsektor in der EU (Aussprache)	89
27. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen	99
28. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	105
29. Schluss der Sitzung	105

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 28. FEBRUAR 2018

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 8 febbraio 2018.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 15.04)

3. Erklärungen des Präsidenten

Presidente. – Da Presidente del Parlamento europeo, da cittadino, da giornalista, esprimo la mia più profonda indignazione e la mia ferma condanna per l'uccisione del giornalista slovacco Ján Kuciak e della sua compagna Martina Kušnírová, avvenuta nei pressi di Bratislava. È un nuovo, inaccettabile attacco alla libertà di stampa, che è un valore fondante della nostra democrazia. Questo omicidio avviene a pochi mesi dal tragico assassinio della giornalista maltese Daphne Caruana Galizia.

Ján Kuciak esercitava con passione e coraggio la sua professione. Nel corso della sua breve ma promettente carriera, stava conducendo inchieste su casi di finanziamenti sospetti ed evasione fiscale. Cercava con determinazione la verità, senza guardare in faccia a nessuno. La polizia ha dichiarato che quasi certamente è stato ucciso per fermare le sue inchieste.

A nome del Parlamento, voglio affermare con forza che abbiamo tutti il dovere di continuare la sua battaglia per la verità. Non è ammissibile oggi che all'interno dell'Unione europea un giornalista venga ucciso perché sta svolgendo la sua professione. Come possiamo condannare chi intimidisce e imprigiona i giornalisti ovunque nel mondo, se non riusciamo a garantire la libertà di stampa e la possibilità di svolgere in sicurezza il proprio lavoro ai giornalisti europei?

Conto sulle autorità slovacche affinché facciano tutto il possibile per arrivare alla verità, anche facendo appello alla cooperazione internazionale tra polizie. A nome del Parlamento europeo, posso assicurare che, come per Daphne Caruana Galizia, non smetteremo di levare la nostra voce, continuando a vigilare affinché tutti i colpevoli vengano assicurati alla giustizia.

Così come è accaduto per ricordare Daphne Caruana Galizia, vi chiedo di unirvi a me in un minuto di silenzio.

(L'Assemblea, in piedi, osserva un minuto di silenzio)

Purtroppo l'ultima settimana è stata densa di notizie negative.

Il gruppo terrorista di Boko Haram ha attaccato di nuovo una scuola nel Nord Est della Nigeria, e a seguito di questo attacco oltre cento ragazze sono scomparse. Si tratta di un rapimento che riporta alla mente il drammatico ricordo delle studentesse rapite nel Chibok, nel 2014.

Il Parlamento europeo condanna fortemente questo attacco e lancia un appello per la liberazione di queste ragazze. A ogni bambino andrebbe garantito il diritto di andare a scuola in un ambiente sicuro e libero. Il presidente Buhari lo ha definito un disastro nazionale, ma non ho timore a definirlo un disastro umanitario mondiale. Questo tragico evento dovrebbe spingerci ad impegnarci più concretamente a livello politico, finanziario e militare con i nostri partner africani nella lotta contro il terrorismo.

Vi devo altresì informare di un incidente che ha visto protagonista la nostra collega Ska Keller, qualche settimana fa in Bulgaria. L'on. Keller è stata oggetto di una dichiarazione del ministro Simeonov con la quale si chiedeva che fosse espulsa dal paese a causa della sua partecipazione a una manifestazione di protesta contro la costruzione di infrastrutture nel parco nazionale Pirin in Bulgaria. Appena informato di questo, sono immediatamente intervenuto presso il governo bulgaro e ho ricevuto assicurazione che le dichiarazioni di Simeonov non rappresentano la posizione del governo. L'incidente si è così risolto.

Voglio ribadire che la libertà di esprimere la propria opinione è un diritto fondamentale per qualsiasi cittadino dell'Unione europea, in particolare per chi, come l'on. Keller, è eletto dal popolo e rappresenta i cittadini. Questa libertà è il fondamento della nostra democrazia e comporta il diritto di dissentire, di manifestare e anche di protestare. Ringrazio il governo bulgaro per aver immediatamente preso le distanze da queste dichiarazioni e mi auguro che nel futuro simili episodi non si ripetano.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, j'apprécie énormément les propos que vous venez de tenir. Je regrette simplement que cette liberté d'expression ne soit pas respectée à l'intérieur même du Parlement. Je déplore, en particulier, que la commission juridique chargée d'examiner ces questions lève systématiquement l'immunité parlementaire des députés de la minorité quand il s'agit de l'expression de leur opinion dissidente, ce qui n'était pas le cas quand je suis entré dans cette institution où il était de règle que l'opinion politique soit exonérée de toute poursuite, dès lors qu'elle était poursuivie par des adversaires politiques et exprimée par le parlementaire.

Aujourd'hui, nous vivons une situation bien différente où, dans l'enceinte même de ce Parlement européen, d'ailleurs, des députés sont sanctionnés, non pas en raison de la perturbation qu'ils apportent aux travaux de l'Institution, mais en raison des propos qu'ils ont tenus, si contestables qu'ils soient, ce qui me paraît tout à fait contraire, précisément, à l'essence même de la vie parlementaire. Je vous remercie de m'avoir entendu, Monsieur le Président.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, La ringrazio per aver riportato in quest'Aula la storia delle ragazze di Boko Haram. Volevo rivolgere un altro appello a questo Parlamento: combattere il terrore. Lo dobbiamo fare investendo di più nell'istruzione e soprattutto nell'educazione. Questo Parlamento si è impegnato tantissimo nella lotta contro Boko Haram, contro il rapimento delle ragazze. Io insisto affinché questo appello non rimanga nel vuoto. Investiamo contro il terrore, con più istruzione ed educazione.

Presidente. – Si sta per aprire il dibattito sul prossimo QFP, quindi credo che il Parlamento farà ascoltare la sua voce anche per quanto riguarda tutte le iniziative importanti che dovremo avviare nel continente africano.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε πρόεδρε, είμαι υποχρεωμένος από αυτό το βήμα, το ισχυρό βήμα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου που εκφράζει τη βούληση και τη θέληση όλων των λαών της Ευρώπης, από το Ευρωκοινοβούλιο που είναι θεματοφύλακας και προασπιστής των ανθρωπίνων δικαιωμάτων θεσμών αρχών και αξιών, να καταγγείλω μία χώρα η οποία θέλει να γίνει και μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, μία χώρα που διαρκώς παραβιάζει κάθε αρχή, κάθε κανόνα δικαίου των ανθρωπίνων Δικαιωμάτων, θέσεις και αρχές της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που παραβιάζει τα ανθρώπινα δικαιώματα στην ίδια τη χώρα της, που εισβάλλει στο Afrin, που κατέχει εδώ και 43 χρόνια χώρα-μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης και που αυτές τις μέρες εισέβαλε παράνομα, πειρατικά και τρομοκρατικά στην Κυπριακή Αποκλειστική Οικονομική Ζώνη, παρεμποδίζοντας τις έρευνες για ανεύρεση φυσικού αερίου στα χωρικά ύδατα της Κύπρου και στη δική μας Αποκλειστική Οικονομική Ζώνη, παρεμποδίζοντας το ιταλικών συμφερόντων Sairpem 12000 να προχωρήσει στη διερεύνηση των ενεργειακών πόρων στο Οικόπεδο 3, το οποίο είναι αδειοδοτημένο.

Χρησιμοποίησε πολεμικό στόλο και, με πειρατικό τρόπο, έξι πολεμικά πλοία της Τουρκίας μπλόκαραν και παρεμπόδισαν την ENI στην άσκηση των νόμιμων δικαιωμάτων της και την Κυπριακή Δημοκρατία στην άσκηση των κυριαρχικών της δικαιωμάτων. Θέλω να εκφράσω καταρχήν τις απεριόριστες ευχαριστίες του κυπριακού λαού για την άμεση παρέμβαση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και εσάς για την καταδίκη της Τουρκίας, όμως, εδώ στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, πρέπει να πούμε στην Τουρκία «Ως εδώ και μη παρέκει!» διότι δεν μπορεί με αυτόν τον τρόπο να πληττεί τα συμφέροντα όχι μόνο μιας χώρας μέλους της Ευρωπαϊκής Ένωσης αλλά τα συμφέροντα της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Τα ενεργειακά αποθέματα είναι αποθέματα της Ευρωπαϊκής Ένωσης και οφείλει να τα υπερασπιστεί. Οι εταιρείες που δραστηριοποιούνται στην Κύπρο είναι η Total και η ENI, ευρωπαϊκών συμφερόντων, και οφείλει η Ευρωπαϊκή Ένωση να τα υπερασπιστεί. Η Τουρκία δεν καταλαβαίνει άλλη γλώσσα από τη γλώσσα των κυρώσεων και οφείλουμε όλοι εμείς εδώ να πούμε στην Τουρκία ότι, με τέτοιες πειρατικές ενέργειες, δεν μπορεί να ζητά αναβάθμιση τελωνειακής ένωσης, δεν μπορεί να ζητά την απελευθέρωση των θεωρήσεων και δεν μπορεί να έχει μέλλον μέσα στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

Presidente. – Il Parlamento ha sempre fatto sentire forte e alta la sua voce per difendere l'indipendenza di Cipro e per far rispettare il diritto sempre e comunque, anche a un paese candidato quale è la Turchia. Sono intervenuto personalmente e ho chiamato il Presidente della Repubblica di Cipro per esprimergli la mia solidarietà.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, devido à situação que se vive na Venezuela cerca de oito mil cidadãos de origem europeia regressaram a uma região ultraperiférica da Europa, a Região Autónoma da Madeira.

Gostaria de saber, e aproveito estar cá, Sr. Comissário, que apoios e medidas tem a Comissão disponíveis para ajudar esta região, que é tão pequena e que recebe tantos migrantes e que, desde ontem, está a ser fustigada por uma grande tempestade.

Presidente. – Dovremo chiederlo alla Commissione europea, che è già impegnata con una strategia per l'immigrazione, e credo che anche nel prossimo QFP ci sarà un impegno, da parte di tutti noi, per affrontare la questione dell'immigrazione – quella legale, quella illegale, i rifugiati – e anche una particolare attenzione all'Africa.

4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Janice Atkinson, on behalf of the ENF Group. – Mr President, on behalf of the ENF Group I would like to make a request to change the agenda by having a joint debate on jihadists. Specifically, we wish to replace the debate on Thursday morning ...

(The President cut off the speaker)

President. – We are not speaking about the agenda.

Chi deve intervenire sul processo verbale? Non sull'ordine del giorno, sul processo verbale della seduta dell'8 febbraio.

(Il processo verbale della seduta precedente è approvato)

5. Wahl eines Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (Kandidaturen): siehe Protokoll

6. Zusammensetzung des Parlaments

Presidente. – Vi ricordo che domani, giovedì 1o marzo, procederemo all'elezione di un nuovo Vicepresidente del Parlamento europeo, che sostituirà l'on. Czarnecki. Ho ricevuto due candidature: quella di Zdzisław Krasnodębski, proposta dal gruppo ECR, e quella di Indrek Tarand, proposta da un numero di deputati pari almeno alla soglia bassa.

A seguito della nomina dell'on. Hannu Takkula a membro della Corte dei conti europea, il Parlamento prende atto della vacanza del suo seggio a decorrere dal 1o marzo 2018.

Hannu Takkula (ALDE). – Mr President, today is my last day as a Member of this honourable institution. Tomorrow I take up my duties as a Member of the European Court of Auditors in Luxembourg.

I have served this institution as a Member for 13 enjoyable years, and, whilst welcoming the challenges and opportunities the next six years will bring, I am of course leaving with a certain regret. I would like to place on record my thanks and gratitude to you, Mr President, to your predecessors, to my fellow Members and to the able and competent staff of this institution. Thank you.

(Applause)

Presidente. – On. Takkula, le formuliamo i migliori auguri per il nuovo incarico che ha avuto. Resteremo certamente in contatto e avremo l'occasione di confrontarci ancora parlando di bilancio dell'Unione. Grazie e ancora buon lavoro.

°

*
* *

Le competenti autorità della Spagna, della Finlandia e della Lettonia hanno comunicato l'elezione a deputato al Parlamento europeo di Ana Miranda Paz, Elsi Katainen e Miroslavs Mitrofanovs, a decorrere rispettivamente dal 28 febbraio, 1° marzo e 5 marzo 2018, in sostituzione di Iosu Juaristi Abaunz, Hannu Takkula e Tatjana Ždanoka. Do il benvenuto ai nuovi colleghi e ricordo che siedono con pieni diritti nel Parlamento e nei suoi organi alle condizioni previste dal regolamento.

°

*
* *

A seguito delle dimissioni dell'onorevole Janusz Korwin-Mikke, il Parlamento prende atto della vacanza del suo seggio a decorrere dal 2 marzo 2018, conformemente al regolamento, e ne informa l'autorità nazionale competente.

7. Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll

8. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

9. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

10. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll

11. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll

12. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

13. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

14. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

15. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

16. Arbeitsplan

Presidente. – Il progetto definitivo di ordine del giorno, fissato dalla Conferenza dei presidenti, ai sensi dell'articolo 149 del regolamento, nella riunione dell'8 febbraio 2018 è stato distribuito. A seguito delle consultazioni con i gruppi politici, desidero sottoporre all'Aula le seguenti proposte di modifica al progetto definitivo di ordine del giorno.

Mercoledì

Una dichiarazione del Presidente sulla situazione umanitaria in Siria, in particolare a Ghuta, seguita da un giro di interventi di oratori dei gruppi politici, è aggiunta come primo punto all'ordine del giorno. La discussione sulla riunione informale del Consiglio europeo del 23 febbraio 2018 sarà spostata al secondo punto dell'ordine del giorno e sarà introdotta sempre dal Presidente del Parlamento.

Una dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante sulle priorità dell'UE per le sessioni del Consiglio dei diritti umani delle Nazioni Unite nel 2018 è aggiunta come quarto punto all'ordine del giorno, dopo la discussione sulla situazione in Polonia.

La dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante sulle prospettive dell'Unione per la prima riunione del Consiglio congiunto UE-Cuba è rinviata.

Giovedì

L'ordine dei primi due punti è invertito: la relazione dell'on. Loones sull'Unione bancaria – Relazione annuale 2017 sarà trattata come primo punto, e sarà seguita dalla discussione sulla relazione dell'on. Maurel sullo scambio automatico obbligatorio di informazioni nel settore fiscale.

Ci sarà poi un intervento di Nils Muižnieks, Commissario per i diritti umani del Consiglio d'Europa, che si aggiungerà alle 11.30, prima delle votazioni.

Sono aggiunti alle votazioni i seguenti punti: la relazione dell'on. Gualtieri sulla nomina di un membro del Comitato di risoluzione unico, l'obiezione a norma dell'articolo 106 sull'autorizzazione del granturco geneticamente modificato 59122 e l'obiezione a norma dell'articolo 106 sull'autorizzazione del granturco geneticamente modificato MON 87427 × MON 89034 × NK603.

(Il Parlamento approva le modifiche)

Passiamo ora alle altre richieste di modifica del progetto definitivo di ordine del giorno.

Mercoledì

Il gruppo GUE/NGL ha chiesto di aggiungere una dichiarazione della Commissione sulle attività di lobbying proibite svolte dall'ex Presidente della Commissione Barroso, come l'incontro con il Commissario Katainen, come ottavo punto all'ordine del giorno, dopo le dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sul lavoro e l'eredità del Tribunale penale internazionale per l'ex Jugoslavia.

Dennis de Jong, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Dank u wel, Voorzitter. De 20e van deze maand hebben we kunnen lezen in de EU Observer dat er een brief is, en die hebben we ook kunnen zien, van vicevoorzitter Katainen waarin deze zegt dat hij op 25 oktober van vorig jaar in een hotel in de buurt van de Commissie een ontmoeting heeft gehad met de heer Barroso, voormalig voorzitter van de Commissie, en dat die ontmoeting zou gegaan zijn over handel en defensie. Nu heeft de heer Barroso een probleem gehad toen hij de Commissie verliet en ging werken voor Goldman Sachs. Het ad-hoccomité, het ethisch comité van de Commissie, heeft gezegd: we kunnen ermee leven omdat de heer Barroso plichtig beloofd heeft nooit te zullen gaan lobbyen voor Goldman Sachs bij de Europese instellingen.

Wij willen nu graag dit punt aan de agenda toevoegen om te weten wat er precies gebeurd is. Is er hier sprake van een lobbyactiviteit van de heer Barroso voor Goldman Sachs of niet? En wat was precies de inhoud van het gesprek? De voorkeur van mijn fractie is om het vanmiddag aan de agenda toe te voegen. Mocht dit door alle drukte problematisch zijn, dan kunnen wij ook eventueel leven met een toevoeging aan de agenda van bijvoorbeeld de maart I-zitting in Straatsburg, maar bij voorkeur willen we het vanmiddag bespreken.

Presidente. – Poniamo in votazione la proposta del gruppo GUE/NGL di aggiungere una dichiarazione della Commissione sulle attività di lobbying proibite svolte dall'ex Presidente della Commissione Barroso, come l'incontro con il Commissario Katainen. La votazione si svolgerà per appello nominale.

(Il Parlamento accoglie la richiesta del gruppo GUE/NGL)

Victor Boştinaru (S&D). – Un altro voto a favore.

Presidente. – La maggioranza già ce l'ha.

Giovedì

Il gruppo ENF ha chiesto di aggiungere dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulle mogli jihadiste che tornano in Europa, nell'ambito di una discussione congiunta sui jihadisti, insieme alla relazione dell'on. Nart sul prosciugamento delle fonti di reddito dei jihadisti.

Janice Atkinson, *on behalf of the ENF Group*. – Mr President, on behalf of my Group, we wish to replace the debate on Thursday morning on the Nart report, on cutting the sources of income for jihadists, with a joint debate on jihadists, comprising the debate on the Nart report, from the Committee on Foreign Affairs (AFET), and Council and Commission statements on jihadist brides returning to Europe.

The reason for this is that Frontex last week estimated that there are a thousand jihadi brides planning on returning to our continent. These people have given up their right to their citizenships, be they French, German, British, Swedish – they have revoked their citizenship rights. They have rejected our way of life and Frontex says they are an evolving threat: they are terrorists pure and simple and they should not be allowed back onto this continent. If you don't want more jihadist terrorism in your countries I suggest you agree to this urgent debate. As Gavin Williamson, the Conservative UK Defence Secretary, said, a dead terrorist can't do any harm.

(Il Parlamento respinge la richiesta del gruppo ENF)

Presidente. – On. Atkinson, la democrazia è fatta di voti. Se una proposta viene respinta, bisogna accettare il voto della maggioranza, anche in Parlamento.

L'ordine dei lavori è così fissato.

17. Die humanitäre Lage in Syrien, insbesondere in Ghuta (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione del Presidente del Parlamento sulla situazione umanitaria in Siria, in particolare a Ghuta (2018/2602(RSP)).

Ricordo agli onorevoli deputati che per questa discussione non è prevista la procedura «catch the eye», né saranno accettate domande «cartellino blu».

Mes chers collègues, je tiens à saluer la présence parmi nous de Monseigneur Jean-Clément Jeanbart, archevêque de l'archéparchie grecque melkite catholique d'Alep, que j'ai rencontré ce matin et avec lequel nous avons évoqué la situation dramatique en Syrie.

Ces derniers jours, les pilonnages sur la Ghouta orientale, en particulier contre les civils et les hôpitaux, ont fait plus de 550 morts dont 120 enfants, des femmes, des personnes âgées et vulnérables.

(Le Président s'interrompt)... Ils ont fini par comprendre, nous sommes en train de parler des morts et des victimes innocentes en Syrie!

Je parlais des pilonnages sur la Ghouta orientale qui ont fait plus de 550 morts dont 120 enfants, des femmes, des personnes âgées et vulnérables. Des milliers de blessés sont en situation d'urgence absolue.

Le 24 février, le Conseil de sécurité des Nations unies a adopté la résolution 2401 exigeant l'arrêt des combats en Syrie et la mise en œuvre d'une trêve humanitaire d'au moins 30 jours dans ce pays. La Suède et le Koweït, avec le soutien actif de la France, du Royaume-Uni et des États-Unis, ainsi qu'avec la coopération de l'Union européenne qui assure un rôle de coordination, ont agi avec détermination pour que la résolution 2401 permette de mettre fin aux bombardements, d'apporter une aide humanitaire et d'organiser l'évacuation des blessés et des personnes les plus vulnérables. Cette résolution n'est à ce jour pas respectée. Pour que le cessez-le-feu soit mis en œuvre sans délai partout en Syrie, toutes les parties, tous ceux qui ont une influence sur le terrain doivent prendre leurs responsabilités, y compris les garants d'Astana auxquels un appel a été lancé.

Aucun intérêt ne peut justifier la barbarie, le nettoyage ethnique, le massacre d'innocents. Aucune situation ne peut excuser l'abus de faiblesse d'un peuple en souffrance, des personnes fragiles. À cet égard, je tiens à condamner avec la plus grande fermeté le chantage, le harcèlement et l'exploitation sexuelle qui ont pu avoir lieu dans le cadre de la distribution d'aide humanitaire en Syrie.

La poursuite des négociations dans le cadre du processus de Genève est un autre impératif pour aboutir à un règlement politique du conflit en Syrie. L'Union européenne, sous la médiation des Nations unies à Genève, continue à travailler dans cette direction. Les 24 et 25 avril prochains, la deuxième conférence de Bruxelles portera sur des solutions politiques et humanitaires pour soutenir les Syriens dans le besoin et les pays qui accueillent des réfugiés syriens. Cette conférence ne devra pas se contenter de déclarations, mais aboutir à des solutions concrètes. Il y va de l'avenir de la Syrie et de la région toute entière. La Syrie ne peut pas être le théâtre d'une guerre menée par deux autres pays. Les Syriens sont en train de payer les problèmes qui opposent d'autres pays: c'est inadmissible. C'est pourquoi le Parlement européen doit, selon moi, être très ferme sur ces sujets. Nous devons par conséquent travailler avec la Commission européenne et le Conseil pour obtenir la paix. La tâche n'est pas facile. Nous parlons toujours de la politique étrangère de l'Union européenne, or ce n'est pas un exercice théorique: il faut s'engager pour défendre les Syriens. On ne peut pas les obliger à quitter leur pays, on ne peut pas les obliger à aller en Allemagne, en Italie ou en France: ils ont le droit de vivre dans leur pays, avec leurs mosquées, leurs églises. Nous avons le devoir de nous engager d'une façon forte en tant que Parlement et envoyer ce message d'amitié et de solidarité à nos frères syriens qui vivent, depuis des années, confrontés à de grandes difficultés.

Voilà pourquoi je donne tout de suite la parole au commissaire Stylianides, dont je salue la présence ici, pour qu'il nous informe de la situation sur le terrain.

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, seven years into the war in Syria, the suffering of the Syrian people unfortunately continues. Each new escalation brings a new humanitarian crisis and a new level of horror. Unfortunately it is now evident, as we have been saying for months and years, that the war is far from over, and a political solution is more urgent than ever.

The situation in Eastern Ghouta, where over 400 000 people are in dire need, is of extreme concern to me as Commissioner for Humanitarian Aid. I had hoped that the tragedy experienced in Aleppo last year was behind us, but unfortunately what is happening in Eastern Ghouta as we speak proves otherwise. The ongoing violence and human suffering are unacceptable. We have worked endlessly to stop the massacre and we went public in order to increase the pressure on the regime and its supporters.

I issued a joint statement together with the High Representative on 19 February, and the High Representative also made a declaration on 23 February, on behalf of 20 of our Member States. We are equally concerned about the reports that chlorine gas is being used in Eastern Ghouta. Investigation in the field should definitely be supported. The EU sanctions regime has already been used to target perpetrators and can be mobilised again. The resolution adopted by the United Nations Security Council last Saturday is an essential step forward, but it is only a first step. As highlighted by the High Representative, it is now essential to implement a ceasefire to allow a genuine humanitarian pause for at least 30 consecutive days throughout Syria.

For that reason, earlier this week the High Representative wrote to the three guarantors of the Astana process, Russia, Turkey and Iran. They have committed to creating four de-escalation zones and they have a special responsibility to work for an immediate ceasefire. This will enable safe, sustained delivery of humanitarian aid, as well as services and medical evacuations for the critically ill and the wounded, in accordance with applicable international law.

We, the European Union, the principal humanitarian donor, are maintaining our commitment to delivering strictly on the basis of needs across the whole of Syria. In Eastern Ghouta we have been providing assistance across sectors including health, food and protection. We are in constant contact with our partners operating there on the ground. These include five UN agencies, the ICRC as always, and five international and local governmental organisations, which have pre-positioned the requisite emergency supplies to be delivered as soon as access is granted. I reiterated that it is a matter of the utmost urgency to allow access for our partners to deliver the long-awaited vital assistance. I am alarmed to witness the human suffering while assistance is waiting in warehouses. This is completely unacceptable.

The situation in Eastern Ghouta illustrates the plight of the three million vulnerable people trapped in besieged and hard-to-reach areas. I totally agree with you that it is time to act. I look forward to your support in continuing to call on the parties to the conflict to respect the UN resolution and allow humanitarian aid to be delivered.

(Applause)

José Ignacio Salafrañca Sánchez-Neyra, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señor comisario, señorías, en el sur de Damasco, en Guta Oriental, se está produciendo lo que ha calificado el secretario general de las Naciones Unidas como «el infierno en la Tierra». Un ejército regular —el sirio— con sus aliados —Rusia— bombardea sin piedad a 400 000 personas desesperadas. Usted, señor presidente, nos recordaba las espeluznantes imágenes de los cadáveres de niños amortajados que golpean duramente nuestra conciencia.

Como decía un diplomático del Consejo de Seguridad, cada minuto que la comunidad internacional ha estado esperando a Rusia, se ha producido la muerte de muchísimas personas.

Rusia ha ejercido su derecho de veto en el Consejo de Seguridad once veces desde el inicio del conflicto de Siria. Por eso, señor presidente, hay que saludar el coraje de Alemania y de Francia, de Suecia y de Kuwait, al instar la aprobación de esta Resolución del Consejo de Seguridad, que, desgraciadamente, como usted nos recordaba, no está parando el horror.

Ahora, la primera prioridad, señor presidente, es aliviar el sufrimiento de la población. Como ha dicho la alta representante, hay que poner fin a la masacre: no por cinco horas, sino definitivamente. Hay que restaurar el Derecho internacional humanitario en Siria, responder, como decía el comisario, con la ayuda humanitaria y evacuar a los heridos y a los enfermos de Guta.

La Unión Europea tiene que seguir paliando los efectos de este terrible conflicto, como ha hecho en el Líbano, como ha hecho en Egipto, como ha hecho en Irak o como ha hecho en Jordania, y, al mismo tiempo, favorecer las conferencias internacionales, como ha sido el caso de Londres y también el caso de Bruselas.

Pero, señor presidente, la Unión Europea se tiene que implicar y buscar denodadamente movilizar todos sus esfuerzos para encontrar una paz estable y duradera en Siria y acabar con esta pesadilla.

El presidente. – No podemos tampoco olvidar, señor Salafranca, lo que están haciendo los seguidores fundamentalistas del Estado Islámico, que están matando a muchísima gente.

Por esto, se ha de ser duros con las fuerzas armadas de Siria y de Rusia, pero tampoco podemos olvidar lo que hacen los terroristas del Estado Islámico, que están matando, por ejemplo, a muchísimos cristianos que están dejando Siria.

Victor Boştinaru, on behalf of the S&D Group. – Mr President, the tragic routine of more than seven years of war in Syria may give us the false idea that there is not much we can do about it other than ignore it. There is a sense that the lives and the suffering of civilians dying under the bombs and chemical attacks of Assad, Russia and Iran-backed militias in Homs, Aleppo, Zabadani, Madaiya, Idlib and now Ghouta are just numbers – the casualties of a war without restraint.

The violation of international humanitarian law can be tolerated for some without any consequences for the future. You are so wrong. Our responsibility is greater than we are prepared to assume. All parties are guilty in the failure to prevent the worst bloodshed of the 21st century. The warning signals of a humanitarian catastrophe in Ghouta have been there for a long time, but the world has chosen to accept it with fatalism – tragic fatalism, I would say.

I feel shame for those who are selling us this shameful apathy towards the Syrian massacre in the name of the so-called fight against terrorism. Shame on those who dare to close their eyes and hope that Russia will solve all their problems. You are deluded. The war in Syria might only be the beginning of war after war, which could be even worse.

This is a place for wars. Do not underestimate the war and the traumas inflicted on all Syrian people and on the region because of the involvement of an increasing number of local and regional actors. What happens today will have repercussions in the long term. Refugees will not stop. The EU will continue to play its chronic inability to act. The UN Resolution asking for an immediate ceasefire continues to be ignored by Assad and his allies. A so-called ceasefire of only five hours has been implemented by Russia. This ceasefire was a poisoned gift that only served to allow Assad's troops to advance on the ground. This move only side-lined the UN as a decision-maker and allowed Russia to impose its *Pax Russica* and further establish and strengthen its authority and role in the region.

After Syria vetoed the UN Resolution on chemical weapons used in Syria, we have evidence today of the selling of arms, including chemical weapons, from North Korea to Syria. One question now hangs in the air: are we really unable today to make sure that at least the embargo on the selling of arms to Syria is respected? This is a devastating question mark for our Union and for humanity.

Finally, I will dare to look cautiously to the future. The only bridge to the future of the Syrian people is a ceasefire and a UN-led political solution, which includes UN monitoring and an enforcement mechanism. While sounding a bit naive, I hope that the butchers of Syria will be brought to international justice to answer for the war crimes and the crimes against humanity that they have committed.

Charles Tannock, on behalf of the ECR Group. – Mr President, with the defeat of Isis, which is undoubtedly led by war criminals, the conflict in Syria has now finally reached the end game. As Turkey continues its own offensive against Afrin as a means to prevent any semblance of Kurdish governance along its borders, we now see the Assad regime seek to defeat the remaining rebel strongholds across Syria. The offensive in Eastern Ghouta on the outskirts of Damascus, home to some 400 000 civilians, is the latest target. It is those civilian, including women and children, who are being killed on a daily basis by bombings, that we must keep upmost in our minds at this time. It is they that will bear the brunt of this brutal seven-year tragic conflict.

I too welcomed the recent UN Security Council resolution imposing a ceasefire to allow for very short humanitarian aid to get through, but it needs to be enforced. Russia does now have an opportunity to demonstrate that it is compelling the Assad regime to adhere to the terms of that ceasefire, but also to demonstrate its adherence to international humanitarian law and, in particular, its duty and obligation under the Geneva Convention to protect all non-combatants.

(Applause)

Marietje Schaake, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, we keep hearing that there is no military solution to the war in Syria, but in fact we are all witnessing it. It is not a solution, but it is a reality that cannot be denied. Four hundred thousand civilians are trapped in Eastern Ghouta. They are starving and they are being bombed by Syrian and Russian forces, despite the UN ceasefire. Ghouta was a so-called de-escalation zone for those besieged in Aleppo, Idlib and other areas of the country in the past, but instead, the moving of people into one area seems to have put a target on their head, and the world, the EU, cannot stand by.

We are also seeing the use of chemical weapons again, but what are we doing? After endless vetoes, last week we saw Russia stalling the UN Security Council Resolution for other criteria that it wanted. Clearly Putin only plays by his own cynical rules: together with Iran, it had forced an exception which allows for so-called terrorists to be targeted, despite the ceasefire. In reality that means that women, children, hospitals and schools are now accused of being terrorists, or harbouring them. This cruelty must stop. There must be, and there will be, consequences for Assad, Putin and Khamenei for what they are doing.

We must do more as Europeans to reach a political solution negotiated under UN auspices. Accountability for the brutality should be our key priority. There cannot be peace without justice. But now, first and foremost, we have to actively push for guarantees that make sure humanitarian aid reaches those in need. The EU, as the biggest donor of humanitarian and development aid, must look into the terrible cases of sexual abuse of the most vulnerable refugees by aid organisation workers that are supposed to help them and not attack them. It is an absolute scandal, which we must seek an investigation into. Frankly, it is time, after the nth debate we are now having, to stop repeating empty phrases. We must take a more active and stronger political role for the EU and prioritise peace, accountability and safety for those on the run from the horrendous violence and sexual attacks that we are witnessing today.

(Applause)

Gabriele Zimmer, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich kann dem, was Sie eingangs der Debatte gesagt haben, so gut wie zustimmen. Das Problem stellt sich für mich nur dar, wenn wir bei der Einschätzung der Situation, dass auf jede Eskalation in einem bereits seit sieben Jahren andauernden Krieg neue Leiden für Menschen erwachsen, sie tagtäglich in ihrem Leben bedroht sind, wir inzwischen mehr als 300 000 Tote in diesen sieben Jahren zu beklagen haben – Männer, Frauen, Kinder –, Millionen von Menschen Syrien verlassen haben, Millionen von Menschen innerhalb von Syrien fliehen und 13 Millionen Menschen auf unsere Hilfe warten. Wenn wir wissen, dass 400 000 Menschen in Ost-Gutha eingeschlossen sind, abgeschlossen von jeder medizinischen und humanitären Versorgung, dann stellt sich doch die Frage: Was können wir wirklich konkret tun?

Ich habe den Eindruck, auch wenn ich die Diskussion so verfolge – und ich möchte niemandem etwas unterstellen, niemandem zu nahe treten –, aber definieren wir nicht inzwischen, oder besteht nicht die Gefahr, dass inzwischen jeder, der aktiv ist, der überhaupt nur in Syrien lebt, von einer Seite, von der jeweils anderen Seite wiederum als Terrorist betrachtet wird? Wie wollen wir diesen Kreislauf denn überhaupt durchbrechen? Jeder ist letztendlich Terrorist – immer aus der Sicht der anderen. Und heraus kommt dabei, dass der Krieg weiter zugespitzt wird, dass neue Anlässe gefunden werden, dass wieder Bomben fallen, dass Raketen fallen und dass letztendlich Giftgas eingesetzt wird, ohne dass jemand bestraft wird.

Das ist doch nicht der erste Giftgaseinsatz. Auch die vorhergehenden Giftgaseinsätze – zu welchen Konsequenzen haben sie geführt? Haben sie dazu geführt, dass wir als Europäische Union auch wirklich alles dafür getan haben, um letztendlich jede Form eines Waffenexports zu unterbinden, um uns ganz klar dagegen auszusprechen? Haben sie dazu geführt, dass wir auch eine klare Haltung gegenüber einigen der Länder, die dort wirklich aktiv in diesem Spiel mitmachen – und es ist ein böses Spiel, es ist nicht nur ein *dirty game*, es ist ein richtig tödliches Spiel –, dass wir klare Positionen beziehen? Damit meine ich Russland, ich meine aber auch die Türkei, ich meine andere Länder, ich meine den Iran, ich meine darüber hinaus eine ganze Reihe weiterer Länder.

Wir reden über Ost-Gutha. Das ist richtig und notwendig, und wir müssen sofort dafür sorgen, dass dort Schluss ist. Wir haben das letzte Mal über Afrin geredet. Jetzt tun wir so, als wären das zwei völlig unterschiedliche Sachen, als würden die nicht in einem Land passieren. Es sind aber Menschen in diesem Land, und da ist mir egal, zu wem sie gehören, welcher Ethnie sie angehören. Es geht darum, dass wir helfen müssen, dass wir dafür sorgen müssen, dass die Menschen leben können.

Als letzten Punkt möchte ich noch ansprechen: Wenn wir uns hier so dafür aussprechen, dass sofort Schluss ist mit jeder Form von militärischer Gewalttatkke gegenüber Menschen in Syrien, dann, verdammt nochmal, verstehe ich nicht, warum wir überhaupt ein Problem innerhalb der Europäischen Union haben, über die syrischen Flüchtlinge in unserer Union zu reden. Dann verlange ich, dass wir alles dafür tun, insbesondere auch den verletzten, den traumatisierten Menschen zu helfen und wirklich etwas für sie zu tun. Das wäre meine Aufforderung an uns alle.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, un siège digne du Moyen Âge. Des milliers d'enfants malades, blessés, mourant littéralement de faim sur les décombres fumants d'une zone sans arrêt pilonnée. Un enfer sur terre qui nous couvre de honte. La Ghouta orientale, le verger de Damas, est devenue son cimetière. Cimetière de civils innocents, mais aussi de la capacité de la communauté internationale, et notamment de l'Europe, de mettre un terme à la boucherie qui ensanglante la Syrie, un pays qui n'en finit pas d'enterrer ses enfants, de Kobané à Alep, de Raqqa hier à la Ghouta aujourd'hui.

La communauté internationale mérite ici bien peu son nom de communauté. Elle ne fait que constater son incapacité à faire fléchir les parrains étrangers, ceux qui soufflent sur les braises du conflit et méprisent les règles de droit et les lignes des frontières.

Ah! Il doit trembler de peur, Assad, confortablement installé dans les 35 000 m² de son palais présidentiel, à quelques kilomètres seulement des hôpitaux bombardés par son armée, transformés en mouroirs dans lesquels s'entassent des centaines de blessés.

Dans ce conflit sanglant, chers collègues, l'Union européenne semble impuissante, tragiquement impuissante. Elle semble inaudible à New York et à Genève, elle semble effacée face à Moscou, à Téhéran et à Ankara. Elle est absente des pourparlers d'Astana.

L'Union européenne doit faire plus, beaucoup plus. Elle doit faire plus vis-à-vis de la Russie qui, rendez-vous compte, qualifie de «psychose de masse» les témoignages des assiégés. Poutine, le grand marionnettiste, se retrouve débordé par sa créature, Assad. C'est dans son intérêt de trouver une issue politique à ce cimetière aux allées sans cesse élargies.

L'Europe doit aussi faire plus en ce qui concerne l'Iran. Si ce pays veut s'engager dans une relation constructive avec l'Union européenne, nous nous attendons à ce qu'il joue de son influence, qui est très grande, sur le régime d'Assad pour qu'il fasse cesser le massacre. C'est dans l'intérêt de tous, y compris des Iraniens, dans une logique d'ouverture.

L'Union européenne doit aussi faire plus vis-à-vis d'Erdoğan qui a lâché son armée, équipée largement par nous-mêmes, contre les Kurdes de Syrie à Afrin.

Enfin, l'Europe doit continuer à marteler haut et fort, mais aussi en coulisses, que rajouter de la guerre à la guerre ne résoudra rien et que seule une solution politique pourra mettre fin au drame syrien.

L'Europe se doit enfin d'accueillir dignement les milliers de personnes qui fuient ces terribles violences et frappent à nos portes.

Nicolas Bay, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, toute guerre est horrible, en particulier pour les populations civiles qui la subissent. Le régime syrien n'a certes pas été tendre avec ses ennemis, mais il faut en finir avec le mythe des «rebelles islamistes modérés». Mohammed Allouche, qui retient en otage les civils de la Ghouta avec son groupe Jaïch al-Islam, n'est pas plus modéré que les dirigeants de Daech ou d'Al-Nosra.

Dans la lettre qu'elle nous adressée hier soir, M^{me} Mogherini parle de Nasser Al-Hariri. Mais qu'espérez-vous négocier avec cette nouvelle marionnette des Saoudiens placée à la tête de la «Coalition nationale syrienne»? L'Arabie saoudite, qui commet des atrocités au Yémen et qui soutient et finance, directement ou indirectement, un certain nombre de factions islamistes.

Aujourd'hui, sept millions de personnes habitent à Damas, où de nombreux Syriens se sont réfugiés. Eux aussi subissent quotidiennement des bombardements en provenance des quartiers ou banlieues qui sont tenus par les islamistes.

Le quartier chrétien de Bab Touma est une des cibles privilégiées des soi-disant «rebelles». Hôpitaux, écoles et orphelinats sont visés en priorité. La semaine dernière, le siège du Croissant-Rouge a ainsi reçu plus de dix obus. Parmi les victimes, on compte Lama Fallouh, la courageuse directrice de l'opéra, qui continuait d'œuvrer pour le maintien de ces offres culturelles que les barbares islamistes honnissent.

Quelle capitale occidentale accepterait-elle de se laisser ainsi bombarder par une banlieue rebelle?

Que faire maintenant pour épargner au maximum les civils? Il faut d'abord assurer la défaite totale des djihadistes, les éradiquer jusqu'au dernier et, à titre transitoire, il faut soit des corridors humanitaires pour évacuer les habitants de la Ghouta, soit laisser temporairement une porte de sortie aux islamistes pour qu'ils regagnent Idlib. C'est très exactement ce qui a été fait à Alep, ville martyre qui renaît aujourd'hui de ses cendres.

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Mr President, I can only add my voice to our collective outrage at the complete disregard for human life in Eastern Ghouta, but unfortunately, beyond Eastern Ghouta, the escalation of violence is also deeply worrying. As you said in Italy, we have seen – and the United Nations has reported – almost 250 000 new displacements since December. Out of 2.4 million civilians there, half are now internally displaced. Food and shelter are also in short supply. I could certainly continue this list to include other areas, for instance, the berm along the border with Jordan, which is very close. All this gives enough evidence that we are still far from the normalisation of the situation in Syria.

Unfortunately, the humanitarian dimension will therefore feature prominently again at the second conference in Brussels on Syria and the region, to take place on 24 and 25 April, where we will need to discuss how to improve our assistance and how to mobilise funding beyond this year, 2018. Needs are likely to increase further. This is the humanitarian situation on the ground and this is why the conference is an opportunity for us, as chair, to further work together towards the shared objective of supporting the Syrians in need, their host countries and communities, and promoting a sustainable political solution. But I totally agree with you, and let us also be clear that only a political solution to this crisis can end the suffering of the Syrian people.

We must support and relaunch the Geneva talks because that they are the only realistic path towards peace. In the present conference we will also work to support Geneva, keeping together the humanitarian and the political track. We have been – and will be – at the forefront of the work to reach sustainable peace in Syria, with you and all the EU institutions and Member States together. I strongly believe that Syrians deserve this and we have a political and moral duty to keep Syria at the core of our common action and our common foreign policy. This is the hard reality on the ground. All of us know all the obstacles to engaging more as Europeans in this unbelievable situation, but by following this pragmatic path, we can continue our work together in order to see results on the ground as soon as possible.

My last point is about sexual abuse by some organisations. Maybe you do not know that the Commission expects our partners to abide by strict ethical and professional rules, codes of conduct and principles. There is no change in our position. We definitely take a zero-tolerance approach across the board to any allegation of misconduct by organisations receiving our funding. Last week we sent a letter to all EU-funded humanitarian organisations to remind them of their strict obligations. The letter requests a detailed description of all measures that they have put in place. At the same time, we are ready to review and, if necessary, cease funding any partner who is not living up to the required high, critical ethical and professional rules and standards, as we have already established. So, we are following the situation and I strongly believe that we have to be very tough regarding any such incidents in order, above all, to sustain our reputation as humanitarians.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Anna Elżbieta Fotyga (ECR), na piśmie. – To dobrze, że Parlament przychylił się także do mojego wniosku, popartego przez ECR, o przeprowadzenie tej debaty. Europa nie może pozostać obojętna na to, co dzieje się we Wschodniej Gucie. Ale przede wszystkim nie może pozostać bezczynna, przyglądając się dokonywanym w Syrii zbrodniom wojennym. Baszszar al-Asad od siedmiu lat, wszystkimi dostępnymi rodzajami broni, dokonuje mordów na bezbronnych cywilach, prowadząc politykę czystek etnicznych i ludobójstwa na społecznościach, które miały odwagę przeciwstawić się krwawym praktykom reżimu.

Każde naruszenie rezolucji Rady Bezpieczeństwa ONZ nr 2401 z 2018 r. musi spotkać się ze zdecydowaną reakcją Zachodu. Niestety nie wierzę w zapewnienia o wsparciu wykonania rezolucji przez rosyjskich i irańskich sojuszników Asada. Trwające trzy dni, niepotrzebnie przeciągane negocjacje w sprawie oczywistych treści rezolucji, podczas gdy w tym samym czasie na głowy cywilów, w tym kobiet i dzieci, wciąż spadały bomby, jasno pokazują prawdziwe intencje Damaszku, Moskwy i Teheranu. Zachód, skrywając się za obłudną naiwnością i dobrymi chęciami, nie może po raz kolejny markować działań. Koszty ludzkie takiej polityki są zbyt wielkie.

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Η ανθρωπιστική κατάσταση στη Συρία έχει χτυπήσει κόκκινο με εκατοντάδες άμαχους να χάνουν τη ζωή τους και να τραυματίζονται βαριά, και αυτό δεν αφορά μόνο την κατάσταση στην Ghouta αλλά και στο Afrin, μια άλλη περιοχή της Συρίας όπου έχει εισβάλει παράνομα η Τουρκία και επιδίδεται σε πογκρόμ αμάχων διαπράττοντας έτσι εγκλήματα πολέμου, η Τουρκία η οποία ως γνωστόν συνεργάζεται αποκάλυπτα με τους τζιχαντιστές. Ήρθε λοιπόν η ώρα, όπως έχουμε πει και σε άλλη μας ομιλία στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 28/2/2018, η Τουρκία να παραπεμφθεί για εγκλήματα πολέμου στο Διεθνές Ποινικό Δικαστήριο.

Tokia Saïfi (PPE), par écrit. – Cela fait 7 ans que dure la guerre en Syrie et que les crises humanitaires s'enchaînent. Après Homs, Alep c'est au tour de la Ghouta orientale et de plus de 400 000 civils d'être sous les feux des bombardements incessants. Cette situation n'est plus acceptable!

L'Union européenne doit agir et mettre en œuvre concrètement la stratégie qu'elle a adoptée en mars 2017. Les États membres et les institutions européennes doivent tout faire pour mettre fin aux massacres et accroître la pression sur le régime et ses alliés. La résolution du Conseil de sécurité des Nations unies appelant à un cessez-le-feu est une première étape dans la bonne direction.

Il faut, maintenant, le faire appliquer et que toutes les forces en présence le respectent. Une pause humanitaire est nécessaire afin de protéger les civils, de permettre un acheminement sûr de l'aide humanitaire et d'évacuer les blessés. Nous, Européens, devons favoriser la médiation et lancer un appel pour trouver une issue à ces escalades de violence.

Le droit international prévoit l'interdiction de l'utilisation d'armes chimiques, l'accès sûr à l'aide humanitaire et la protection des civils. Il est temps qu'il soit respecté et que les civils, notamment les femmes et les enfants, cessent d'être les premières victimes de cette guerre sanglante.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – O PCP é solidário com os homens, as mulheres e as crianças vítimas da guerra de agressão contra a República Árabe Síria, exigindo o fim da hedionda agressão que está na origem da morte, da destruição e do sofrimento que têm sido impostos desde há sete anos àquele país.

Por isso, rejeitamos a propaganda que visa branquear a agressão e os seus responsáveis, assim como os reais objetivos de quem a faz, defende ou promove. Depois de terem criado, financiado e armado o Daesh, dividido o Iraque e promovido a guerra na Síria, os Estados Unidos da América e os seus aliados – em especial Israel, Turquia e França – procuram superar a derrota infligida aos seus grupos terroristas e retomar, agora pelas suas próprias mãos, o objetivo da divisão da Síria, tal como fizeram no Iraque e na Líbia. Apoiam-se, uma vez mais, numa gigantesca operação mediática que reproduz a propaganda de guerra para dar suporte aos seus objetivos.

18. Informelles Treffen des Europäischen Rates vom 23. Februar 2018 (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione del Consiglio concernente la riunione informale del Consiglio europeo del 23 febbraio 2018 (2018/2575(RSP)).

Venerdì scorso ho illustrato al Consiglio europeo informale la nostra proposta sulla composizione di questo Parlamento nella prossima legislatura e le nostre posizioni sulle altre questioni istituzionali e sul prossimo quadro finanziario pluriennale. Ringrazio il Presidente Tusk per aver voluto informarmi anche ieri sulle discussioni intercorse durante la colazione di lavoro.

Sono lieto di potervi annunciare che la proposta sulla futura composizione del Parlamento, che abbiamo approvato a larga maggioranza durante la scorsa tornata a Strasburgo, è stata accolta in maniera positiva dai capi di Stato e di governo, che l'hanno giudicata sensata ed equilibrata. Quindi ringrazio ancora una volta i relatori Danuta Maria Hübner e Pedro Silva Pereira per l'eccellente lavoro che hanno svolto.

Al Consiglio, ho sottolineato che la proposta del Parlamento assicura che nessun paese perderà seggi rispetto alla situazione attuale e tiene conto dell'esigenza politica di avere un Parlamento più ridotto in seguito all'uscita del Regno Unito, della necessità di adeguare la composizione del Parlamento ai cambiamenti demografici degli ultimi anni nei vari paesi membri, e dell'opportunità di serbare un margine per la futura assegnazione di seggi a paesi di nuova adesione.

Sono convinto che questa proposta otterrà una rapida approvazione da parte del Consiglio europeo, anche perché la decisione attualmente in vigore, che è del 2013, si applica soltanto alla legislatura in corso e quindi abbiamo la necessità di adottarne una nuova in tempo utile per le elezioni europee del prossimo anno.

Interrogato sull'argomento, ho anche spiegato che nella sua proposta il Parlamento non ha ripreso l'idea di istituire liste transnazionali, un'idea suggestiva ma che, per il momento, non gode del sostegno di una maggioranza all'interno dell'Assemblea. I capi di Stato e di governo torneranno probabilmente sulla questione, in futuro, magari in vista delle elezioni del 2024.

Ho ricordato inoltre che il Parlamento ha presentato una proposta di revisione della legge elettorale già nel 2015 e ci auguriamo che il Consiglio europeo approvi almeno le parti sulle quali c'è consenso in tempo utile per le prossime elezioni.

Come saprete, il Consiglio ha anche discusso degli *Spitzenkandidaten*. Ho sottolineato la posizione ampiamente maggioritaria in Parlamento, secondo cui l'introduzione di questa pratica alle elezioni del 2014 ha rappresentato un passo importante sulla via di un'Europa più politica, da cui non si deve tornare indietro. Non soltanto la pratica va mantenuta, ma dovrebbe essere migliorata, al fine di rafforzare la legittimazione della Commissione attraverso un legame fiduciario con il Parlamento più forte. Se vogliamo ridurre le distanze che esistono oggi tra le istituzioni e i cittadini, dobbiamo dare loro la convinta sensazione di essere parte delle decisioni sul futuro governo dell'Unione europea. Questo è comunque un punto che rimane problematico per il Consiglio europeo, dato che a diritto costante occorre trovare il modo per far salve le prerogative attribuite al Consiglio dal trattato. Io credo però che sia possibile trovare un accordo.

Al Consiglio europeo informale abbiamo anche discusso del nuovo quadro finanziario pluriennale. Ho detto che l'Europa che auspichiamo deve poter disporre delle risorse finanziarie necessarie a conseguire gli obiettivi che avremo concordato. Ho riaffermato che il bilancio post 2020 deve essere un bilancio politico, basato non su logiche meramente redistributive ma su una strategia chiara e obiettivi precisi. Occorre prima compiere le scelte politiche e soltanto dopo stabilire le risorse di bilancio necessarie per realizzarle, e non il contrario.

Ho detto che le priorità del Parlamento sono quelle dei nostri cittadini ed è evidente che il nuovo quadro finanziario dovrà permettere all'Unione di uscire rafforzata dalle crisi del recente passato e affrontare le nuove sfide, come il controllo efficiente della migrazione, la lotta alla disoccupazione giovanile e la sicurezza interna ed esterna, quindi anche la lotta al terrorismo e naturalmente la questione della difesa e della lotta al cambiamento climatico.

Accanto alle nuove sfide rimangono poi quelle tradizionali, come la disoccupazione giovanile, che resta un problema grave. Siamo tutti d'accordo sul fatto che il nuovo quadro finanziario debba essere finalizzato a favorire il benessere, la crescita economica a lungo termine sostenibile, l'occupazione di qualità e l'innovazione, oltre che naturalmente a promuovere l'economia mediante la coesione sociale e territoriale.

Ho sottolineato che il Parlamento riconosce anche la fondamentale importanza di una politica agricola comune moderna ed ecocompatibile, che possa assicurare la sicurezza alimentare e garantire la sopravvivenza della popolazione rurale.

Durante il dibattito, ho sottolineato anche quanto sia importante per noi puntare su risorse proprie. Ho detto che il Parlamento europeo ha una posizione che punta all'1,3 % del PIL europeo, e quindi più soldi nel bilancio, ma ho insistito non poco sulla questione delle risorse proprie, come avevamo concordato anche nel corso della riunione informale che ho avuto con i presidenti dei gruppi. Ho indicato anche quali sono: *web tax*, tassa ambientale per le importazioni e tassa sulle transazioni finanziarie speculative – ho citato questi tre esempi.

Quanto al calendario, ho illustrato qual è la posizione maggioritaria all'interno del Parlamento, cioè la volontà di avere un voto in Aula sul bilancio prima delle prossime elezioni europee. I tempi tecnici ci sono, dovremo utilizzare al meglio quelli politici. Ho detto che noi siamo pronti a fare tutto ciò che è possibile se questo diventa il nostro obiettivo comune.

Queste, in sintesi, sono le cose che ho riferito a nome e per conto del Parlamento dopo essermi incontrato ancora una volta in maniera informale con tutti i presidenti dei gruppi, proprio perché, data la delicatezza della questione e la sua importanza, ho preferito veramente fare sempre più il portavoce della maggioranza di quest'Aula dicendo sempre, dove c'erano scelte a maggioranza, che erano scelte fatte a maggioranza.

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Mr President, one would almost assume that there's an election going on somewhere. Thank you very much, Mr President. I can be very brief on the institutional issues because the Commission concurs fully with how you reflected the discussion at the summit. I want to comment on a few points. *Spitzenkandidaten* are apparently now part of the Italian language as well as of the English language. The other German word that I know is in both the Italian and the English languages is *angst*, but probably there's no relation between the two.

What do I have to say about this? As far as the Commission is concerned, this is something that was done in 2014 and therefore is established. We at the Commission have to add that the Treaty leads the way here, so the Commission is, if you could put it that way, a child of Parliament and the European Council. So of course we want to strengthen our position in Parliament and our democratic legitimacy, as you've explained, Mr President, but we also have to face the reality that the European Council has a say as well. What we said in our communication is that it does not follow that the person who heads the political group that ends up with the most seats in the European Parliament automatically becomes a Commission President. A majority in the European Parliament might be a factor. Somebody else might be chosen if they secured a majority in the European Parliament and could also be carried by the European Council. That is how we have put it in our communication.

The leaders did not decide, for now, on the size of the next Commission, although the 2013 decision means that they will have to come back to this issue before the next Commission is put in place, and the issue of a transnational constituency has also been left open. I know that the majority in Parliament is not in favour, but the matter was discussed and we will surely come back to it ahead of the 2024 elections; and I must point out that the leaders do not have much of an appetite at present for the idea of a double-hatted President of the Commission and the European Council.

Finally, I just want to welcome the renewed interest which the leaders have expressed in different forms of outreach and engagement with our citizens. We are really looking forward to sharing our experience with Member States, especially in view of the new impetus that Member States have given to this. We've run, I think, 478 citizens' dialogues so far and before the end of our term we want to do 500 more.

The second topic on the agenda was our future budget. Discussion among the leaders was less abrasive than some might have expected, and that should be welcomed: they all understand that at the end of the day we will need a budget. Many Member States expressed a willingness to increase the level of their contributions. Some did not. At the same time the Commission made it clear that savings on redeployments would be needed for some parts of the budget if new priorities were going to be properly funded. When we, as politicians, formulate new priorities, we also have to face the fact that other issues will then have to be deprioritised, and that has financial consequences. So this is going to be a major task.

We will make our formal proposals for the future budget by the beginning of May at the latest. At last week's meeting, we stressed the need to decide on the final deal and yes, in some cases, agreed trade-offs between different deserving causes before the next European elections. But I also note that opinions diverge on that point and that many people would like to have the decision after the European elections. I see Mr Verhofstadt, who has also, if I'm correct, expressed his view in favour of having the decision after the elections.

Why do we want to take the decision before the elections? Because the current MFF was decided upon only at the very end of 2013, which meant that the programmes putting it into effect could not be brought into being until 2014, so the first year was actually lost when it came to actually getting money out into the real world, which we need urgently to do, to get money invested in our society in order to make sure that convergence starts happening again in Europe.

One of the fundamental threats to the future of the European Union is divergence within and between Member States, and we need to put taxpayers' money to good use to restart the engine of convergence in our Union. Of course the benefits of EU membership go far beyond the budget. Some of these benefits can be quantified, others not. I think that we should be talking more in terms of the EU dividend, which is not just a balance sheet, but much more than that. Perhaps if we can talk more in terms of EU dividends we can also come to an agreement on how the EU budget should be structured in the future. Not everybody can recognise that this is in everybody's interest.

(Applause)

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I regret that Donald Tusk is not with us today, because I have had a new experience when discussing the informal Council experience. I am quite fine with the outcome of the meeting on Friday. That is why I regret that he is not present with us, because, first of all, in the preparations for 2019, the EPP Group is very thankful that we can agree on the composition and that we have legal certainty for 2019, which is important.

Secondly, as regards the *Spitzenkandidat*, the role is clear. The Council is insisting on its role, which is legally defined in the Lisbon Treaty, and that is fine. However, I also see that the same personalities who stressed, in the informal meeting on Friday, the role of the Council are part of the party meetings, and there they are supporting the process to nominate candidates in the party format. My party will do this in Helsinki in November. That is agreed upon and that is what we will do.

Frans Timmermans explained once again what parliamentary democracy means. It is not the biggest group which will have the chance, but only the candidate who can organise a majority will have the chance to be elected as Commission President. However, one thing is again crystal clear: nobody will be elected from this Parliament and from the next Parliament who was not, before the elections, put forward as a candidate from a democratic party. That is a principle. It is fixed and it has now been approved.

The innovation that is ahead of us is that we need not only candidates, but we also really need attractive programmes from the different political parties to show people an alternative and to make a really European campaign.

On MFF, things are on the right path. It was a constructive discussion. First of all, we have to make the EU more effective and spend money in a more effective way. Then there are the new tasks on the table, and we will need fresh new money. I sometimes hear the argument that the EU will be smaller. Dear friends, when I look at the tasks on the table – the demands for the African Fund, for the Defence Fund and for strengthening Frontex – I do not see how Europe will be smaller in the next MFF. There are lot of tasks on the table which have to be financed.

The last point I want to make in my intervention today is about the most important discussion this week on Brexit, because tomorrow Theresa May will make a speech on this subject. When I look to the outcome and the developments in the last weeks in the British debate, the key question is still what the new relationship between the European Union and Great Britain will look like. One principle is clear for us: a country outside the EU cannot have the same standards and the same rights as a country inside the European Union. It is also clear for us that an endless transition period is not acceptable to us. That is why we welcome today's presentation of a possible Leave Treaty.

One point is still open, and that is the question of what these long-term relationships will look like. We need clarity on this. We hope that, when we listen tomorrow to Theresa May, we will have more clarity, for example on the future relationship with the City of London and how the Open Skies will look in the future. There are many questions on the table and we need a clear idea.

I have to pick up one message we received from the UK Foreign Secretary, Boris Johnson. When I look at what he said, especially on the question of the border between Northern Ireland and Ireland, I must say that a politician should try to solve problems and not create problems. Don't play with the achievements of the past; don't play with the peace process; don't play with the future of the young generation in Northern Ireland. The EPP will be on the side of the Irish people: we will not accept a hard border, and will not risk the peace process. That is what we want to achieve. Europe is ready. We hope that London is also already.

Udo Bullmann, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, thank you for informing us about what Mr Tusk told you regarding the conclusions. Frans Timmermans on behalf of the Commission, thank you for drawing the conclusions, a lot of which we share, not all of them but a lot. But the main question today is: where is the European Council? I haven't met the European Council on the floors of this chamber. I have not seen them here. Thanks to our Bulgarian colleagues, there is not even an empty chair and there is not even an elephant in the room. There's just nothing. I do not regret that, my dear colleague Manfred Weber – I find it a scandal – because this is about the future of Europe, and where is the President of the European Council? He will learn to take this House seriously, and he and his colleagues will learn to take this Chamber of European parliamentarians seriously because it's about our common future, and we will not give in on these kinds of procedures.

Bei der Zukunft Europas geht es um Geld – natürlich auch. Deswegen ist es völlig unverständlich, warum so wenig dabei herauskommt. Diese informellen Gipfel sind doch eingeführt worden, damit es leichter geht, damit Sie vertrauensvoller sprechen. Aber was ist denn das Ergebnis? Wie sollen denn die formalen Gipfel aussehen, wenn die informellen schon so wenig zutage fördern?

Natürlich sind wir einverstanden, neue Aufgaben zu übernehmen. Natürlich wissen wir, dass Europa sich um eine anständige Flüchtlingspolitik kümmern muss, dass wir dafür sorgen müssen, dass es in den Migrationsfragen vernünftig zugeht. Und dass wir uns um Sicherheit kümmern, alte Fragen der Sicherheit – neue Fragen der Sicherheit. Das ist unsere klare Position. Aber wie soll das ohne zusätzliche Finanzmittel gehen? Wo ist die Zusage der Damen und Herren im Europäischen Rat, uns davon mehr zuzugestehen? Und insbesondere: Wo ist die Frage der Eigenmittel?

Ich danke Ihnen, Herr Präsident, dass Sie das erneut erwähnt haben, so haben wir es besprochen. Aber warum – es liegt doch in den Händen der Herrschaften im Europäischen Rat – nicht endlich eine Finanztransaktionssteuer, die in das Budget Europas einzahlt? Warum nicht endlich eine Steuer auf die Multinationalen, die im Internethandel ihre Geschäfte machen, ohne anständige Steuern abzuführen? Es ist hohe Zeit dafür, und exakt das hat zu passieren, exakt das hat umgesetzt zu werden. Wir warten darauf.

Der Europäische Rat sagt, dass er nicht einverstanden ist oder nicht garantieren kann, dass die Spitzenkandidaten am Ende des Tages auch vorgeschlagen werden oder die Wahl aus dem Kreis der Spitzenkandidaten erfolgt.

We have to say to Mister Tusk and the colleagues: We could not care less. Warum? *We could not care less*, weil die Frage, ob die europäischen Parteien Spitzenkandidatinnen und -kandidaten aufstellen, nicht Eigentum des Europäischen Rates ist, sondern der europäischen Zivilgesellschaft, und die Parteien und die Bürgerinnen und Bürger werden eine Entscheidung dazu fällen, und nicht die Herrschaften und die Damen im Europäischen Rat, so wird es nicht sein!

Deswegen erkläre ich ganz eindeutig: Dieses Haus hat sich verpflichtet, niemanden zu wählen, der sich diesem demokratischen Wettbewerb um Programme und um Personen nicht gestellt hat. Wir in der Sozialdemokratischen Fraktion werden das schon gar nicht tun, weil wir die Vorreiter dieses Prozesses waren. Wir werden niemanden wählen, der sich dem demokratischen Wettbewerb entzieht. Wir werden keine Hinterzimmerveranstaltungen mehr gutheißen. Wir wollen Demokratie für die europäischen Bürgerinnen und Bürger.

Presidente. – Solo per vostra informazione, si trattava di un Consiglio europeo informale e il Presidente del Consiglio non è obbligato a venire a riferire al Parlamento. È sua facoltà, poi l'opportunità politica è un'altra. Dico questo soltanto per informazione.

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group.* – Mr President, with friends like that, who needs enemies? Can I come back another time? (*Referring to remarks made by members of the EFDD Group.*)

So what came out of last Friday's Council meeting? A clear signal that there is still a long way to go to persuade Member States to sign up to a bigger budget and also how to select the next Commission President. A number of EU Member State governments know that their voters do not want them to simply sign blank cheques to fund the ambitions of the Commission and the leaders of two or three of the larger Member States. Members of this House can no longer dismiss those voters, those politicians and those governments who question the agenda of political integration or simply label them as being anti-EU, for once you step outside the EU bubble, it is clear that the call for more Europe, whatever the problem, is the voice of an elite, not the voice of citizens in many of our countries.

National governments and voters want to feel that they get value out of the EU for what they pay in. Not all of them want to see a 1950s agenda of political integration. On the whole, the voters want to see a budget that is well managed and matches their priorities, a budget that provides security and well-functioning asylum and immigration systems, and a budget that encourages a cleaner environment, innovation and job creation. But – and members of the ECR Group would want me to be very clear on this point – a budget should not be used to buy solidarity, to bribe Member States into taking asylum seekers, or to control or punish the actions of individual Member States, especially when the Member State pushing for the policy itself broke the rules and, in the process, nearly destroyed the EU's asylum system.

So, as President Tusk has already admitted, agreeing a budget before the next election is probably unrealistic, but even if all of you here and the EU institutions cannot agree on a budget, those politicians facing their electorates in 2019 should all be clear about what modernising the budget really means, about how the EU will face the massive hole after the UK leaves, and whether the EU budget will be one of coercion rather than cooperation between 27 equal Member States.

So the ECR Group's question to the Council and the Commission is simple: Is the EU facing a future where decisions continue to be made by all 27 Member States, or a future where decisions are dictated by the few?

(Applause)

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, first of all we have to thank Mr Kamall for all the recommendations he is giving for the next budget, in which Britain will no longer be involved. Thank you Mr Kamall.

Secondly, I think we have to pay you, Mr President, a double salary in February because you have taken over the role of Mr Tusk today and that is significant because you, Mr Timmermans, spoke of the idea of 'one hat' in the European Union, and we have proved that it is possible for the Commission to double-hat for the Council. The only other thing, maybe, is that you can go over to the other side once, and then come back.

But I will not go over the whole discussion that you had in that informal Council about *Spitzenkandidaten* and transnational lists. I have already said what I think about that, namely that you are making an enormous strategic mistake. You are endangering the *Spitzenkandidat* concept by not embedding it in a democratic process in a transnational list. The reality is that the *Spitzenkandidat* continues to be a toy of political parties and again between the Council on the one hand and Parliament on the other, but there is no legitimacy on the democratic front. Transnational lists provide precisely that – putting the *Spitzenkandidat* concept into a democratic process so it is our people who decide who is elected, and then the European Council could no longer object to the outcome of such an election.

But okay: Rome was not built, as you know Mr President, in a day, and the same is true of transnational democracy. We will come back to this in 2024.

On the issue of the budget, I have been involved three times in the adoption of the Multiannual Financial Framework (MFF), twice as a member of the Council and once as a Member of the European Parliament, and my fear is very simple, Mr Timmermans: that it will be business as usual. It will be a budget for seven years in which the next Parliament will have no say – no say in five years! Secondly, I fear it will be again a list of 50-60 rebates, exceptions, earmarkings, and exceptional monies to buy the support of all the Member States, and 80% of it will be money paid by the Member States going back to the Member States, and not going to the new priorities that we have – border management, innovation, migration, defence and things like that.

So my appeal to all the political groups represented here is: let's break the cycle of this European budget. Let's make an agreement, together with the Commission, on the priorities.

Secondly, on conditionality: will we continue to hear, for example, that Mr Orban is misusing European money to build a football stadium in his town, or to make his friends and family multimillionaires on the basis of European money? No! Let us establish conditionality: if you don't accept the values, you don't need our money. That must be the principle.

And thirdly, on the issue of our responsibility. This is the only Parliament, colleagues, which has no say about income: the only one worldwide which has nothing to say about revenue. That has to change, and that means Article 311 of the Treaty, once there is a change to the Treaty, will need to incorporate co-decision by the European Parliament on income. My plea to you – and it is more important for me than the period of five years or of seven years – is that, for once, we have can cohesion in this Parliament, unity in this Parliament, on our refusal ever to accept an MFF without co-decision by Parliament on the issue of revenue.

That said, if we do not decide before the next election, it will not be the fault of this Parliament. I'm pretty sure that the European Council will not be capable of reaching agreement on the next MFF before the elections.

President. – Mr Verhofstadt, thank you very much. We want more power for the European Parliament. Not for the President of the European Parliament, but for the European Parliament!

Νεοκλής Σουλκιώτης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, τα αποτελέσματα του άτυπου Συμβουλίου επιβεβαιώνουν δυστυχώς πως η Ένωση συνεχίζει τις ίδιες νεοφιλελεύθερες πολιτικές, καταστρατηγώντας διακηρυγμένες αρχές αλλά και τα συμφέροντα των λαών. Σε σχέση με το πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο, αντί να συζητηθούν μέτρα αλληλεγγύης για αντιμετώπιση της προσφυγικής κρίσης, προτάθηκε η αύξηση των δαπανών για τη δημιουργία της Ευρώπης-Φρούριο, με ενίσχυση των συνόρων και των περιπολιών. Οι ηγέτες της Ένωσης συμφώνησαν επίσης στην αύξηση των επενδύσεων στη στρατιωτική βιομηχανία αντί να προτείνουν μέτρα για να στηριχθεί η πραγματική οικονομία, για να προωθηθούν κονδύλια και επενδύσεις για κοινωνική και περιφερειακή συνοχή, για καταπολέμηση της φτώχειας, για την απασχόληση και τη δημιουργία νέων ποιοτικών θέσεων εργασίας. Οι πολιτικές αυτές που προωθούν δεν θα ωφελήσουν τους λαούς αλλά θα οδηγήσουν σε νέες πολεμικές συρράξεις, σε νέα κύματα προσφύγων. Η σημερινή ανθρωπιστική κρίση στη Συρία είναι, νομίζω, χαρακτηριστική. Όσον αφορά τις σχέσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης με την Τουρκία, η δήλωση-έκκληση μετά το άτυπο Συμβούλιο του Προέδρου

Tusk για τερματισμό των παραβιάσεων στην Ανατολική Μεσόγειο και το Αιγαίο είναι θετική αλλά δεν αρκεί.

Η Τουρκία εμπόδισε γεωτρύπανο της ευρωπαϊκής ιταλικής εταιρείας ENI να προχωρήσει σε ερευνητική γεώτρηση στην Κυπριακή Αποκλειστική Οικονομική Ζώνη και μέχρι σήμερα συνεχίζει να παραβιάζει το διεθνές δίκαιο και το Δίκαιο της Θάλασσας με τις παράνομες Navtex. Συνεχίζει τις κατάφωρες παραβιάσεις των κυριαρχικών δικαιωμάτων της Κυπριακής Δημοκρατίας. Αναμένουμε λοιπόν έμπρακτη αλληλεγγύη από την Ευρωπαϊκή Ένωση και πιο δραστικά μέτρα, αναμένουμε δηλαδή να ασκηθούν πιέσεις στην Τουρκία για να σταματήσει άμεσα τις παράνομες ενέργειες, για να σεβαστεί τα κυριαρχικά δικαιώματα της Κυπριακής Δημοκρατίας και για να στηρίξει την επανέναρξη των συνομιλιών από το σημείο που έμειναν κατά τις τελευταίες συνομιλίες στο Crans-Montana, ώστε να μπορέσουμε επιτέλους να οδηγηθούμε στη λύση του Κυπριακού. Θέλω να υπενθυμίζω ότι στο ζήτημα της μελλοντικής διαχείρισης του φυσικού αερίου υπάρχουν ήδη συγκλίσεις των δύο ηγετών των δύο κοινοτήτων από το 2010, στις οποίες κάνει αναφορά και ο Γενικός Γραμματέας του ΟΗΕ Αντόνιο Γκερρές στην τελευταία του έκθεση. Οι συγκλίσεις αυτές επιλύουν συνολικά το ζήτημα προς το συμφέρον ολόκληρου του Κυπριακού λαού, Ελληνοκυπρίων και Τουρκοκυπρίων, αφού με τη λύση του Κυπριακού και την επανένωση της Κύπρου θα αποκομίσουν και οι δύο οφέλη από το φυσικό αέριο.

Ska Keller, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, how we set up our long-term budget obviously reflects how we want to deal with the European Union overall, and there I do see some cause for concern. Some Member States say they just want to have enough money for their national pet projects, they want money for their farmers, they want internal security and external security, a lot of things, but they also want to pay less money, and that simply cannot work because a strong and active European Union needs resources. That does not mean that we can just spend it how we want. We have to be careful with where we invest taxpayers' money, and I can think of quite a few cases where we can save on some of them, from big pie-in-the-sky projects like ITER to the way we choose to travel ourselves, dear colleagues.

There are also plenty of examples of how EU money is being misspent in the Member States, and there we need more control and more guidance before the damage is done. EU money always needs to be spent well and in the interests of the people living in Europe, and it must never, ever contribute to corruption.

The fight between Member States about who should pay what shows that we need to put the EU's budget on a more independent footing. Own resources should be introduced now and we think they should be done in a way that enables us to actually tax and take the money from what is destroying our very own habitat. The budget will always reflect what we value most. It is a tool to finance the vision that we have for this place where we all live, for the future, and we must put the money where we think the EU should be going. We should not forget either that we have actually agreed some important international commitments. I am thinking of the Paris Agreement and climate protection, sustainable development goals, to name just a few.

But money alone does not bring happiness. What we also need in the Union is a strengthened European debate and to bring decision-making closer to EU citizens, and that is where the whole discussion about the leading candidates comes in. Sure, that concept does not solve all the problems that we have, but it was – and it is – a vital step forward for a more accountable Commission and, more generally, a more accountable European Union. If Member States were to give up that progress because they were afraid that they themselves might not win or because they prefer to have some backroom deals, then this really is a slap in the face of European democracy, and whoever goes down that path should not be surprised if Europe herself gets up at some point and slaps back.

Gerard Batten, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, this debate is of course taking place because you have to talk about how you are going to fill the shortfall of money left when Britain leaves the European Union. I will say something about Brexit. What the Commission is proposing is not a withdrawal agreement so much as a 'UK not really leaving at all' agreement – leaving in name, but not in reality. You intend to impede and delay that process and overturn it if at all possible.

Now I do not blame you, because you do not want us to leave and you have no incentive whatsoever to help us do it, but I do blame the British Prime Minister. What Britain needs now is a leader with the courage and spirit of a Boadicea, and instead we have got 'Theresa the Appeaser'. In the referendum, the British people voted to leave the European Union, and what that means is that we don't give any more money to the European Union. It means we are not bound by European Union law. It means we don't have open borders and it means that we are not subject to the jurisdiction of the European Court of Justice. To make that happen, the Government should take control of the process. The British Government should stop asking the European Union how it might leave please, and it should start telling them how it's going to work.

(Applause)

Marcel de Graaff, namens de ENF-Fractie. – Voorzitter, de nieuwe meerjarenbegroting komt eraan en de Commissie wil meer EU, meer geld voor migratie, meer geld voor uitbreiding, meer geld voor een eigen leger. Maar nu Engeland uit de EU stapt, is er minder geld, veel minder: tussen de 14 en 25 miljard euro per jaar. De meeste lidstaten, zo hoorden we vrijdag, willen niet méér betalen. En dus roept mijnheer Verhofstadt, roept de ALDE-Fractie, om directe EU-belastingen. Dat lost het probleem op. Je ziet het niet terug in de nationale begroting, maar de burger betaalt het wel. De andere eurofiële partijen hier sluiten zich hierbij aan. De burger is weer de klos. De burger betaalt voor dit falende project. Ik zeg u: de EU moet niet méér uitgeven, maar minder. De begroting moet niet hoger, maar lager. De burger moet niet méér betalen, maar minder. Dus de prioriteiten zijn duidelijk: geen nieuwe EU-taken, maar minder EU, geen directe belastingen, maar minder EU-afdracht, en bij voorkeur geen uitbreiding van de EU, maar opheffing.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr! Tajani elnök úr most már sajnos távozik, pedig őhöz szívesen volna a kérdést feltenni, és Timmermans főbiztos úrhoz, a kormány- és államfők informális tanácskozásával kapcsolatosan. Az egyik téma az Európai Unió hosszú távú költségvetése volt, és noha itt most nem vetették föl ezt a Magyarország és a visegrádi országok számára olyan kiemelkedően fontos kérdést, én mégis szeretném, ha ezt pótlólag megtennék, és fölteszem ezt.

Ez pedig a következő: A sajtó szerint, különösen Merkel asszony javaslatára, el akarják vonni a kohéziós pénzeket, felzárkóztatási pénzeket és esetlegesen más forrásokat is azoktól a tagállamoktól, amelyek nemet mondanak a tömeges migrációra, a tömeges bevándorlásra. Mi ebből az igazság? Van-e ilyen tervük? Ezt már csak azért is tudnunk kell, hiszen Magyarországon április 8-án választások lesznek, megy folyamatosan a bagatellizálása ennek a migrációkérdésnek, a butának és tájékozatlannak beállítása azoknak, akik azt mondják, hogy igenis az Európai Unió folyamatosan nyomja ezt a kérdést. Folyamatosan terrorizál bennünket a legkülönbözőbb eszközökkel.

Ha csak ennek a mostani ülésnek a különböző jelentéseit megnézzük, akkor is látjuk, és ugye itt van ez a bizonyos pénzzel való terrorizálás is. Mi ebből az igazság? Vagy esetleg már letettek-e erről? Vagy azért nem beszélnek róla, mert félnek, hogy akkor esetleg a választókat ez Magyarországon befolyásolná, hiszen látnák, hogy igenis az Önök számára ez a legfontosabb prioritás, nem tesznek le róla, minden eszközzel térdre akarják kényszeríteni Magyarországot és a visegrádi országokat. Várom, ha lehet, Tajani úr válaszát, de feltétlenül Timmermans úr válaszát is.

PŘEDSEDNICTVÍ: PAN PAVEL TELIČKA

místopředseda

Elmar Brok (PPE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einige Bemerkungen machen. Wenn ich das Letzte gerade gehört habe, dass ein Land gebeutelt wird: Ich glaube, es wird kein Land gebeutelt, wenn man darauf hinweist, dass die Ordnung der Europäischen Union, insbesondere die Rechtsstaatlichkeit, gewahrt wird. Das sind Prinzipien, über die wir nicht streiten sollten, und das ist nicht als Unter-Druck-Setzen zu verstehen.

Aber ich möchte zum Europäischen Rat eines sagen und letztlich nur ein Thema aufgreifen. Das ist die Frage ein Jahr vor den Europäischen Wahlen, wie wir unser politisches Projekt noch deutlicher an den Wähler heranbringen können. Da ist ein entscheidender Punkt gewesen im Vertrag von Lissabon, den wir beim letzten Mal bei der Wahl des Kommissionspräsidenten eingeübt haben, der aber von den politischen Parteien noch nicht voll und überall in gleicher Weise in die politische Debatte gebracht worden ist: Das ist die Frage des Spitzenkandidaten. Wir möchten, dass in Zukunft so vorgegangen wird, wie der Vertrag es vorsieht – und wir werden es nicht erlauben, dass der Europäische Rat in den Hinterstüben die eigenen Interessen wahrnimmt. Wir möchten feststellen, dass der Chef der europäischen Administration in Zukunft von den Wählern über das Europäische Parlament gewählt wird, wie der Vertrag es vorsieht, und das nicht eine Klängelei zwischen Regierungschefs ist.

Wenn wir dieses Europa in den entscheidenden Positionen nicht an den Bürger heranbringen, dann wird dieses Europa auf Dauer keine Chance haben. Nach dieser Erklärung des Europäischen Rates sollten wir klarmachen, dass das Europäische Parlament in den nächsten fünfzehn Monaten für dieses Recht kämpfen wird.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Hans-Olaf Henkel (ECR), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Sie setzen sich ja immer so eloquent für den Spitzenkandidaten ein. Nun bin ich ja auch im Wahlkampf unterwegs gewesen: Können Sie mir mal erklären, warum ich in ganz Deutschland im Jahre 2014 während des Wahlkampfes nicht ein einziges Plakat Ihres Spitzenkandidaten Juncker gesehen habe?

Elmar Brok (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich will Ihnen dazu zwei Antworten geben. Erstens habe ich gesagt: Es ist eingeübt worden; das muss sehr viel besser werden. Inzwischen hat die EVP ihre Satzung geändert, und wir werden im November einen Spitzenkandidaten wählen, sodass das nicht mehr läuft wie beim letzten Mal. Ich gehe davon aus, dass das andere Parteien auch so machen.

Zur zweiten Frage war es wahrscheinlich der Fall, dass Sie zu dem Zeitpunkt nur noch auf Plakate der AfD schauten – die Sie ja inzwischen verlassen haben – und schon deswegen keinen Blick für demokratische Kandidaten hatten.

Maria João Rodrigues (S&D). – Mr President, at their last meeting some leaders proved that they are not really understanding what a budget to pave the way for a better future in the European Union should be. Of course we need to cope with new challenges – for example, managing migration means Europe delivering on better cooperation in development and peace-building with its entire neighbourhood – that's for sure. But Europe also need to be ambitious on programmes which have proved to be a success, such as Erasmus, the programme for science and technology or the youth initiative. Most of all, we need to ensure strong means to provide social and territorial cohesion in Europe, because without that there is no unity among European citizens. This also means – because convergence is a central problem for us – that, when it comes to the eurozone, we need to include a fiscal capacity in the upcoming Multiannual Financial Framework.

So how can we deliver on all this? Well, the answer is easy. We have to accept, once and for all, that we need new own resources to finance our common budget. And there is a further matter on which the leaders were too shy, namely the right way to understand European democracy, because some of them are hesitant about the need for European parties to put up their own candidates in European elections, presenting their own programmes in such a way that citizens can choose not only legislators but also executive power. From our side, this is very clear. The Parliament ...

(The President asked the speaker to conclude)

I have two minutes.

(The President urged the speaker to conclude briefly)

Usually I am very precise, Mr President.

Parliament will elect a President of the European Commission only if that person is properly presented to the electorate. From our side this is very clear.

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Mr President, let me reflect on the withdrawal agreement which was published yesterday. For me this is a very clear sign that Brexit is a declaration of war on European industry, not only on British industry. Are you aware of the fact that, economically, Brexit is equivalent to 19 countries leaving the European Union at the same time? There are very complex logistical supply chains in danger – customer relationships, supplier relationships – and, in the end, Britain will become the largest British customer.

I wonder why we are continuing to try to punish Britain for their decision. Instead the Commission should focus on placing the interests of the European Union as priority number one. Those interests are very similar to Britain's interests. Any deal which is good for British industry is also a very good deal for European industry, and that is why I believe we should change the Commission's priorities. Let's make sure that British industry has access to the European common market as before and, likewise, let's make sure that common market industries have the same access to British industry.

Harald Vilimsky (ENF). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ausgangspunkt der Debatte ist doch die Entscheidung des britischen Volkes gewesen, diese Europäische Union verlassen zu wollen. So weit – so gut. Die Entscheidung wurde getroffen. Aber was macht die Europäische Union? Nicht die 73 Sitze, die die Briten hier innehatten, einfach wegzustreichen, der europäischen Steuerzahleröffentlichkeit zu signalisieren, dass man auch entsprechend zu sparen bereit ist. Nein, man krallt sich von diesen 73 wegzusparenden Sitzen 27 und bläst dieses Parlament abermals auf. Eine falsche Entscheidung, weil dieses Parlament, wenn es arbeitsfähig und effektiv und akzeptiert sein sollte, doch entsprechend redimensioniert sein soll. Genauso ist es mit der Kommission, wo es auch im Bereich des Vertrags von Lissabon hier entsprechende Festschreibungen gibt, diese Kommission um mindestens ein Drittel zu verkleinern. Und was tut man? Eine einstimmige Entscheidung des Rates, diese Kommission in der ursprünglich großen Größe von 27 - Mitgliedern zu belassen. Ein falsches Signal.

Wenn diese Europäische Union und dieses Projekt Einigung und Akzeptanz finden will, dann muss man sich redimensionieren.

Danuta Maria Hübner (PPE). – Mr President, colleagues at the beginning of this month we voted, by a large majority, on the new composition of the European Parliament for the European elections of 2019. We reduced the size of the House from 751 to 705 seats and proposed a composition that is fair, based on objective principles, respects the EU's Treaty and adheres to the principle of digressive proportionality. I appreciate that during the informal European Council meeting, our proposal was broadly supported. Let me however underline the fact that, after a formal decision is taken by the European Council, it will have to come back to the European Parliament so that we can have a final vote as part of the consent procedure. This should happen by summer this year.

On the issue of the *Spitzenkandidaten*, I wish to reiterate that this process, endorsed again by a large majority of this Chamber three weeks ago, is a matter of principle and of interinstitutional balance and cooperation for us. We see this process as a reinforcement of the democratic accountability of the European institutions and as an enhancement of the role of the European political parties. So I trust that the European Council will pursue this democratic advance with a view to helping citizens develop the feeling of ownership of Europe.

Isabelle Thomas (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Mesdames de la présidence bulgare, mes chers collègues, dans les discussions désormais ouvertes sur les finances de l'Union européenne, le président Juncker nous invitait, il y a quelques jours, à sortir de la logique comptable. Bien sûr, nous devons maintenir notre sérieux budgétaire et cependant, nous devons effectivement embrasser le débat sur l'avenir de l'Europe à travers cette discussion. Alors de grâce, sortons des oppositions stériles, de la mise en concurrence entre cohésion et agriculture ou, pire encore, de situations où la solidarité est sacrifiée au profit de la sécurité.

Posons-nous la question de ce que nous voulons faire ensemble; ce Parlement, avec ses 750 députés, s'apprête à le faire. Accord sur le climat, pilier social, convergence, jeunesse, objectifs de développement durable, investissements d'avenir: nous avons notre cap.

Il ne s'agit donc pas de couper dans la PAC ou dans la cohésion, mais au contraire, de leur laisser les moyens d'évoluer pour atteindre ces objectifs. La PAC doit devenir l'instrument d'une autonomie alimentaire respectueuse des sols, de l'eau et de ceux qui y travaillent, et bien sûr de nous qui nous en nourrissons.

Quant à la cohésion, c'est notre clé pour converger vers un développement pour tous les peuples, toutes les régions, un développement environnemental et social.

J'invite le Conseil, bien qu'il soit absent, à accepter la main tendue du Parlement. Elle augmente les chances de son consentement ou, si vous préférez, diminue les risques de son veto.

Définissons avec la présidence bulgare les modalités de notre méthode de discussion. Laissons-nous jusqu'à la proposition de la Commission, le 2 mai, pour trouver un accord partagé sur un nouveau cadre financier pluriannuel.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, comandantul suprem al forțelor aliate din Europa, generalul Breedlove, a avertizat că forțele rusești care au amplasat rachete în Marea Neagră pot să controleze întreaga zonă a Mării Negre și să instaleze arme nucleare în zonă. Un alt avertisment a venit recent, acum câteva luni, de la șeful contraspionajului militar din Germania care din nou a spus „Federația Rusă nu ne este o prietenă și trebuie să fim pregătiți pentru orice”. România are a doua graniță externă ca dimensiune din Uniunea Europeană. Avem graniță cu Republica Moldova unde încă staționează trupe sovietice, avem graniță cu Serbia care practic se află sub control rusec, avem graniță cu Ucraina, cu Marea Neagră, implicit cu Crimeea ocupată de ruși. Avem informații privind amestecul Rusiei în alegerile din multe

state democratice prin bani și propagandă falsă. Războiul împotriva democrației a început. Trebuie să creștem finanțarea pentru securitatea Uniunii, să creștem finanțarea și să întărim agențiile europene care luptă împotriva terorismului.

Janice Atkinson (ENF). – Mr President, today's draft Brexit document is just a work of pure fantasy, but it is also dangerous one, particularly on Northern Ireland. We will decide on our borders for our citizens. To paraphrase Margaret Thatcher, we have not voted successively to take back control of our frontiers in Britain only to see them reimposed at a European level, in a European superstate, exercising a new dominance from Brussels. No, no, no. The UK is not for turning. And the only common sense that has been spoken in this Chamber today was the ECR's Mr Henkel. What matters is people's jobs, industry and their GDP.

Your companies want to have a free-trade deal with us. Our companies want to have a free-trade deal with you. If you do not want to see this Parliament split apart – because that is what is happening because of the populist vote: my side of the Parliament is actually gaining control of governments or being in opposition – then I suggest you listen to Mr Henkel if you don't listen to us.

Jan Olbrycht (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Przed spotkaniem Rady Europejskiej przewodniczący zadał w swoim liście trzy pytania dotyczące po pierwsze priorytetów, po drugie wielkości budżetu, po trzecie kalendarza. Po spotkaniu Rady Europejskiej otrzymaliśmy komunikat, co do którego zastanawiamy się, czy to jest dobra czy zła wiadomość dla Parlamentu.

Jeżeli chodzi o zawartość, to my w Komisji Budżetowej Parlamentu Europejskiego staraliśmy się odpowiedzieć na te pytania, również zakładając, że one padną później. W naszym stanowisku, które przyjęliśmy dzień przed spotkaniem Rady Europejskiej, wyraźnie powiedzieliśmy, w jaki sposób chcemy traktować nowe priorytety, i w tej kwestii zgadzamy się z Radą Europejską. Po drugie, mówiliśmy o wielkości budżetu, i tu reakcja Rady Europejskiej nie jest jeszcze jasna, co jest dobrą wiadomością, ponieważ oznacza, że nie odrzuca się dzisiaj pewnej propozycji. Co do kalendarza, na dzisiaj również odpowiedzi jasnej nie ma, co także uważamy za znak raczej pozytywny niż negatywny. Innymi słowy Rada Europejska zostawiła drzwi otwarte i rozpoczyna się poważna debata z Parlamentem Europejskim.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Wir debattieren heute über die Tagung des Rates, so wie wir das regelmäßig tun. Wieder einmal kritisieren wir, dass die Erwartungen nicht oder nur teilweise erfüllt wurden.

Zu Hause werden wir dann mit enttäuschten Erwartungen konfrontiert. Die Menschen werden dann lapidar behaupten, die EU würde nicht funktionieren. Zu unübersichtlich sind die Dinge für die Menschen geworden, und weil sich keine Verantwortlichkeiten festmachen lassen, entsteht oft Skepsis und Ablehnung. Dieses Mal hätten es die Staats- und Regierungschefs in der Hand gehabt, einen wichtigen Schritt zu setzen. Wie immer man zum Spitzenkandidatenprinzip stehen mag – es ist auf jeden Fall ein wesentlicher Beitrag dazu, Verantwortlichkeit herzustellen.

Die Vertreter der Mitgliedstaaten haben es vorgezogen, alles auf die lange Bank zu schieben, anstatt konkrete Vorschläge zu machen. Besonders enttäuschend ist aber, dass darunter auch Staatschefs – wie jener von Frankreich – sind, denen normalerweise nichts zu schnell gehen kann.

Jeppe Kofod (S&D). – Mr President the latest agenda and informal summit are important stepping stones towards a better and more inclusive Europe. The open and frank exchange of ideas on the future of Europe is how democracy works on a truly European scale. Not all ideas are good ideas, and only a fraction will become reality. Personally, I do not believe in the idea of a transnational list, but I think it's important that we had the debate and found a clear majority, both in Parliament and in Council, of the same opinion.

On the budget, it's clear that it's not set in stone. We need to adopt the budget so it represents the real needs and concerns of our citizens. We wholeheartedly support additional EU spending to stop illegal migration, trafficking and to counter human smugglers and criminal networks who prey on those who are already most vulnerable. But at the same time Europe cannot and will not isolate itself from the world. We need to step up our engagement with and in Africa. The MFF should be a cornerstone in a new Marshall Plan for Africa, so we can help those who are most vulnerable more, help them sooner and help them where they are.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, para quem defende o avanço do projeto europeu, as conclusões do último Conselho informal são motivo de preocupação, mas numa coisa o Conselho esteve bem, ao endossar a proposta que foi aprovada aqui neste Parlamento sobre a recomposição do Parlamento Europeu e que foi aprovada por larga maioria e em que tive a honra de ser correlator.

Numa questão difícil, o Parlamento provou que era capaz de gerar soluções justas e consensos alargados. O Conselho faria bem em dar mais ouvidos a este Parlamento também noutras questões, como o Quadro Financeiro Plurianual.

O Sr. Comissário disse-nos aqui que uma das maiores ameaças ao futuro do projeto europeu é o agravamento das divergências. Pois há, hoje, quem no Conselho e na Comissão defenda cortes nas políticas de coesão e de convergência. Era bom que também aí fossem dados ouvidos a este Parlamento Europeu.

Daniele Viotti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Consiglio informale della scorsa settimana ha discusso, tra le altre cose, anche del prossimo quadro finanziario pluriennale per la nostra Europa. È una discussione importantissima perché ha a che fare con il futuro, ha a che fare con il futuro delle nostre imprese, della ricerca, del lavoro, dei nostri giovani, dell'ambiente, cioè ha a che fare con l'idea che abbiamo di Europa da qui in avanti, nei prossimi sette anni.

Per far questo noi abbiamo bisogno – l'abbiamo scritto nei nostri documenti, l'abbiamo detto alla Commissione e al Consiglio – di un bilancio che sia forte, di un bilancio che sia in grado di rispondere alle aspettative dei cittadini, che sia in grado di rispondere alle aspettative delle nostre imprese, del nostro mondo dell'economia, del nostro mondo del lavoro. Per avere un bilancio forte, bisogna avere delle risorse europee, delle risorse proprie molto forti: su questo mi sembra che ci sia pochissima spinta da parte del Consiglio e che non ci sia la volontà di andare avanti.

Noi invece riteniamo che occorra liberare delle risorse per gli Stati membri e, parallelamente, avere un'Europa che sia in grado di provvedere per conto proprio ad almeno il 50 % del proprio fabbisogno, del proprio bilancio. Queste sono le aspettative non soltanto di questo Parlamento, ma sono le aspettative per il futuro delle cittadine e dei cittadini d'Europa.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα και εγώ στο ένα λεπτό που έχω να επικεντρωθώ στα θέματα της Ευρωπαϊκής αντιπροσώπευσης. Αλλά, όταν ο Erdoğan επεμβαίνει στη νότια θάλασσα της Κύπρου που είναι και θάλασσα της Ευρωπαϊκής Ένωσης, δεν έχουμε άλλη επιλογή παρά να συζητήσουμε αυτό το θέμα. Πόσα εγκλήματα πρέπει να κάνει αυτό το καθεστώς για να δράσουμε επιτέλους; Συνεχίζει την παράνομη κατοχή του Βόρειου τμήματος της Κύπρου. Κατέλυσε το κράτος δικαίου εντός της Τουρκίας. Φυλακίζει κάθε αντίθετη άποψη. Εξοντώνει τους Κούρδους και κάθε άλλο λαό εντός της Τουρκίας. Συμμαχεί εδώ και τόσα χρόνια με τους τζιχαντιστές τους οποίους, όπως γνωρίζουμε όλοι μας, χρηματοδοτεί και τους χρησιμοποιεί σήμερα στην επίθεση στο Afrin. Το τελευταίο συμβάν φυσικά είναι η επιδρομή στην Αποκλειστική Οικονομική Ζώνη της Κύπρου και στο Αιγαίο. Νομίζω ότι, αν μείνουμε κι αυτή τη φορά απλώς στις καταδικαστικές δηλώσεις και στα λόγια, θα έχουμε αποτύχει και σύντομα θα το μετανιώσουμε.

Catch-the-eye procedure

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, θεωρώ ότι πολύ ορθά το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο αποφάσισε και καταδίκασε με σκληρή γλώσσα την Τουρκία για τις απαράδεκτες ενέργειες της στην Κυπριακή Αποκλειστική Οικονομική Ζώνη. Θεωρώ ότι αυτές οι ενέργειες στρέφονται κατευθείαν εναντίον της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Όταν παραβιάζει την Αποκλειστική Οικονομική Ζώνη της Κύπρου, παραβιάζει τα εξωτερικά σύνορα και τα θαλάσσια σύνορα της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Όταν στοχοποιεί τους ενεργειακούς σχεδιασμούς της Κύπρου, στοχοποιεί και πλήττει την ίδια την Ευρωπαϊκή Ένωση. Όταν η Τουρκία παρεμποδίζει ευρωπαϊκές εταιρείες, όπως είναι οι ENI και TOTAL, πλήττει εταιρίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, πλήττει τα ίδια τα συμφέροντα της ΕΕ. Η Τουρκία σήμερα, με όλες αυτές τις προκλητικές ενέργειες, αποτελεί πρόκληση και προσβολή για την ίδια την Ευρωπαϊκή Ένωση. Επειδή η Τουρκία αντιλαμβάνεται μόνο τη γλώσσα των κυρώσεων και των μέτρων, θεωρώ ότι επιβάλλεται να σκεφτούμε ξανά τις οποιεσδήποτε ευρωτουρκικές σχέσεις, την αναβάθμιση τελωνειακής Ένωσης που είναι αδιανόητη και απαράδεκτη, την απελευθέρωση της βίζας για Τούρκους πολίτες, αλλά και κάτι σημαντικότερο και κυριότερο, επί του οποίου έχει λόγο και το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, τη χρηματοδότηση με κονδύλια από τα Ευρωπαϊκά Ταμεία. Αυτή η Τουρκία χρειάζεται μέτρα και καταδίκες.

Michaela Šojdrová (PPE). – Chci se také krátce vyjádřit k neformálnímu zasedání Evropské rady, které se konalo v počtu 27 lídrů. Už si tedy zvykáme na brexit, bohužel.

Souhlasím s panem místopředsedou Komise, že je třeba se jasně přihlásit k prioritám pro následující finanční rámec EU. Těmi prioritami má být bezpečnost, řešení migrace a jsem velmi ráda, že se Evropská rada přihlásila k programu Erasmus+, protože vzdělání, mobilita mladých, to je budoucnost EU. Rovněž podmínka pro Turecko, aby mohlo proběhnout příští měsíc jednání ve Varně, musí být ukončeny aktivity Turecka ve Středomoří a v Sýrii a měla by být přidána také lidská práva, protože věznění novinářů a akademiků je pro nás nepřijatelné. Pokud se jedná o proces *Spitzenkandidaten*, pak já se domnívám, že dohoda je tady více než automatické pravidlo.

Paulo Rangel (PPE). – Mr President, I would like to focus on these additional issues to say that the composition is very balanced and I am very happy that there is a positive response. Secondly, I am also very happy that transnational lists were not considered. This is very important because, for true federalists and true pro-Europeans, there is no experience of a joint and single constituency in the United States, the Federal Republic of Germany or in Switzerland. This would create an imbalance between the countries. If you want to change the rules in Parliament on the balance of the countries, you have to change it first in the Council and then we will see.

Finally, I fully understand the position of the Council in the *Spitzenkandidaten* issue, but they also have to understand ours, because we have to approve the candidate, we have to approve their programme, and we have to approve the College. We have three opportunities to reject the Council's proposal.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, este Consejo informal de febrero se ha ocupado del marco financiero plurianual, de Turquía y hasta de Siria y, por supuesto, del *brexít*. Pero hace muy bien este Parlamento Europeo en poner el acento en la oportunidad que el Consejo se arriesga a perder al dejar pasar una cita ineludible con una Europa mejor que esta, porque la propuesta aprobada por el Parlamento Europeo que intenta vincular la presidencia de la Comisión a la cabeza de lista de cada una de las grandes familias políticas es una apuesta cívica, ciudadana y de cultura europea.

Somos muchos los que votamos, además, a favor de las listas transnacionales, porque significan el comienzo de una respuesta paneuropea a una necesidad de una ciudadanía y una representación paneuropeas en este Parlamento Europeo.

Pero el Consejo en ningún caso puede perder la oportunidad de relanzar a Europa y sacarla de este estado de declive, si no de parálisis, en el que lamentablemente ha estado estos últimos años.

Spitzenkandidat: sí.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι ευρωεκλογές του Μαΐου 2019 πρέπει να διεξαχθούν με τον πιο ανοιχτό και δημοκρατικό τρόπο. Αυτό σημαίνει διασφάλιση της πολυφωνίας στα μέσα μαζικής ενημέρωσης των κρατών μελών. Δυστυχώς στην Ελλάδα τα κρατικά ΜΜΕ και η πλειοψηφία των ιδιωτικών ΜΜΕ έχουν επιβάλει καθεστώς φίμωσης στο κόμμα μας «Ελλάδα – Ο Άλλος Δρόμος». Παρότι αποτελούμε Κόμμα εκπροσωπούμενο στην Ευρωβουλή, παρότι ο ομιλών είναι ευρωβουλευτής μέλος του ECR της τρίτης σε κοινοβουλευτική δύναμη πολιτικής ομάδας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, εντούτοις τα ελληνικά ΜΜΕ μεροληπτούν εις βάρος μας και μας αποκλείουν συστηματικά από όλες τις εκπομπές ενημερωτικού περιεχομένου. Κύριε Πρόεδρε, ζητούμε από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και από εσάς προσωπικά τη στήριξή σας προκειμένου να διασφαλιστεί η πολυφωνία στα ελληνικά ΜΜΕ και να παύσει ο αποκλεισμός του ECR και του κόμματός μας «Ελλάδα – Ο Άλλος Δρόμος» εν όψει των ευρωεκλογών του 2019 διότι, διαφορετικά, οι εκλογές το 2019 στην Ελλάδα θα αποτελέσουν μνημείο φίμωσης και αυθαιρεσίας και μεροληψίας.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, τον τελευταίο καιρό η Τουρκία έχει επιλέξει το δρόμο της επιθετικότητας και της πρόκλησης στο Αιγαίο και στην Κύπρο, αμφισβητώντας τα κυριαρχικά δικαιώματα δύο χωρών της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η επιθετικότητα αυτή, εκτός των άλλων, δίνει το έναυσμα για ένα νέο κύμα στρατιωτικών εξοπλισμών στην Ελλάδα και στην Τουρκία, όπως αποδεικνύουν τα στοιχεία της Eurostat και του NATO, αφαιρώντας έτσι σημαντικούς πόρους που θα μπορούσαν να χρησιμοποιηθούν για την ευημερία των δύο λαών. Στην επιθετικότητα αυτή της Τουρκίας αντέδρασε το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο με μια πολιτικά υποκριτική ανακοίνωση κατά τη γνώμη μου, με την οποία ζητεί απλώς από την Τουρκία να σταματήσει τις προκλητικές ενέργειες ενάντια στην Ελλάδα και στην Κύπρο και λέω πολιτικά υποκριτική γιατί είναι οι ευρωπαϊκές πολεμικές βιομηχανίες που συνεχίζουν να πουλάνε όπλα στην Τουρκία, γιατί αυτές κερδίζουν τα περισσότερα από την ένταση μεταξύ Ελλάδας και Τουρκίας. Κατά τα άλλα άλλωστε, στο πλαίσιο του πολυετούς δημοσιονομικού πλαισίου, ζητούμε αύξηση των στρατιωτικών δαπανών. Οι λαοί θέλουν ειρηνική επίλυση των διαφορών. Αντίθετα, είναι οι ιμπεριαλιστικοί σχεδιασμοί του NATO και τα συμφέροντα της πολεμικής βιομηχανίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης που αναζητούν την αστάθεια ...

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, σε ό,τι αφορά τις σχέσεις της ΕΕ με την Τουρκία το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο έκανε ένα ακόμη απαράδεκτο λάθος. Πρότεινε δηλαδή να συνεχιστούν οι συνομιλίες με τη χώρα αυτή. Οι αρχηγοί των κρατών, προφανώς είτε αδιαφορούν, είτε δεν ενδιαφέρονται να αντιμετωπίσουν με τρόπο αποφασιστικό αυτόν τον διεθνή ταραξία, ο οποίος θέτει σε κίνδυνο την ασφάλεια και την ειρήνη στο Αιγαίο, στην Ανατολική Μεσόγειο και στη Μέση Ανατολή. Τι επιπλέον έπρεπε να κάνει η Τουρκία ούτως ώστε να αντιμετωπιστεί με αποφασιστικότητα από την Ευρωπαϊκή Ένωση; Να συλλάβει το ιταλικών συμφερόντων ερευνητικό πλοίο και να ζητήσει μετά λύτρω – ευρωπαϊκά κονδύλια – για να το απελευθερώσει; Έπρεπε να επιτεθεί για να καταλάβει και το ελεύθερο τμήμα της Κύπρου ή έπρεπε να δημιουργήσει θερμό επεισόδιο με την Ελλάδα στο Αιγαίο; Όσο η Ευρωπαϊκή Ένωση ανέχεται την Τουρκία και δεν της κλείνει την πόρτα της εισόδου, τόσο αυτή υπερεκτιμά τις δυνάμεις της και δημιουργεί προβλήματα αποθρασυνόμενη.

(End of catch-the-eye procedure)

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Mr President, I see a broad consensus between the Commission and a majority of this Parliament, on both the institutional issues and the issue of the Multiannual Financial Framework, so there is no need for me to go into that right now. I need to react briefly to the many comments that were made on the issue of Brexit, especially because of the decision today by the Commission on the draft treaty.

It is fair to say, from my perspective, that Brexit is a decision taken by the British people that needs to be respected by all of us. The right is there of a Member State to decide to leave. At the same time, I shan't hide the fact that this saddens me greatly, and I also do not want to hide the fact that if they change their minds and want to come back to the European Union, I think we would all welcome them warmly back into the European Union family. I insist on that, because I think there is not one person present in this august forum, including the people up there, who has never changed their minds in their lives. Everybody changes their minds sometimes, and I think that deserves just as much respect as when people decide that they want to go along one course. But I do think there is one responsibility nobody can shy away from, whatever your position is on Brexit, and that is to explain in great detail the consequences of Brexit. That is the reason why the Commission translated the decisions from December into concrete text on concrete issues, and we will be putting it before your Parliament very soon. I also think that those who championed Brexit and are very vocal about that have a responsibility to explain to their constituents why it is going to be such a tremendous success. It is just too easy to then invent a situation which makes it seem as though we were there to punish them. It is not our fault that things are not working out. It is not our fault that you said 'we are shackled to a corpse', but now the corpse seems to be doing much better than you are. That is our fault? That is because these Europeans are being so nasty to us. Stop it. Take responsibility for your own position. Explain to your voters what you want from Brexit and then face the consequences if everything you have promised doesn't work out. We will negotiate in a faithful, honest way, because Brexit will do harm. It will do harm to the UK. It will do harm to Europe, and we have a collective responsibility to make sure that we do as little harm as possible.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – El Consejo Europeo informal de febrero se ha ocupado del Marco Financiero Plurianual, de Turquía y Siria y, por supuesto, del *brex*it. No hay duda de que debemos hacer frente a los nuevos desafíos. Pero también necesitamos garantizar la cohesión social y territorial en la Unión, porque sin una política de cohesión fuerte no hay unidad entre los ciudadanos europeos. Asimismo, el Parlamento Europeo debe poner el acento en la oportunidad que el Consejo Europeo se arriesga a perder al dejar pasar una cita ineludible con una Unión Europea mejor que la actual. La propuesta aprobada por este Parlamento para vincular la presidencia de la Comisión a la cabeza de lista de cada una de las grandes familias políticas es una apuesta cívica, ciudadana y de cultura europea. Somos muchos los que votamos, además, a favor de las listas transnacionales, porque significan el comienzo de una respuesta paneuropea a una necesidad de una ciudadanía y una representación paneuropeas en este Parlamento Europeo. El Consejo Europeo en ningún caso puede perder la oportunidad de relanzar a la Unión Europea y sacarla de este estado de declive, si no de parálisis, en el que lamentablemente ha estado en los últimos años.

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – Na passada reunião do Conselho Europeu, de 23 de Fevereiro, foi novamente abordada a brutal e infundável catástrofe na Síria, na qual continuamos a assistir à perda de vidas humanas, à disseminação do terror, à miséria e à desgraça.

O Conselho pediu a imediata implementação de um cessar-fogo. Felizmente, esse cessar-fogo foi decretado, ainda que, entretanto, se tenham verificado violações do mesmo. Este é um primeiro passo, mas não podemos esquecer que este primeiro passo já foi dado no passado, sem que a partir dele se tivessem produzido as condições para o estabelecimento de uma paz duradoura.

A União Europeia e os seus Estados-Membros devem agir de forma intransigente e sem excluir à partida o recurso a formas de intervenção mais fortes, se a tal for necessário recorrer, para que se ponha de uma vez por todas fim a esta tragédia, que ceifa vidas, destrói um país e envergonha a Humanidade.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *in writing*. – Regarding the Multiannual Financial Framework (MFF), Romania has confirmed that Member States need to increase their contributions to the EU budget in order to enhance the Union's capacities to deal with new realities in an efficient manner. Facing the numerous security challenges arising from the south and east, reinforcing border management through the European Border and Coast Guard Agency and showing European solidarity with Africa represent new engagements that require new capital.

Furthermore, I would like to stress that, in the new EU27 format, the budgetary gap caused by Brexit should not under any circumstances be filled by resources from our European fundamental policies such as the cohesion fund or the common agriculture policy (CAP), given the alarming effects that scenario could produce on our societies. Therefore, I salute the decisions of the Member States that have already expressed their agreement on an increased budgetary contribution, and I would remind the ones that have not done so that the European project brings to each of us incomparably more gains than our expenditure.

I will end by making a comparison: while the EU's annual budget is below 1% of Europe's GDP, the federal budget of the United States is equivalent to 30% of its GDP.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – El Consejo Europeo informal de febrero se ha ocupado del Marco Financiero Plurianual, de Turquía y Siria y, por supuesto, del *brex*it. No hay duda de que debemos hacer frente a los nuevos desafíos. Pero también necesitamos garantizar la cohesión social y territorial en la Unión, porque sin una política de cohesión fuerte no hay unidad entre los ciudadanos europeos. Asimismo, el Parlamento Europeo debe poner el acento en la oportunidad que el Consejo Europeo se arriesga a perder al dejar pasar una cita ineludible con una Unión Europea mejor que la actual. La propuesta aprobada por este Parlamento para vincular la presidencia de la Comisión a la cabeza de lista de cada una de las grandes familias políticas es una apuesta cívica, ciudadana y de cultura europea. Somos muchos los que votamos, además, a favor de las listas transnacionales, porque significan el comienzo de una respuesta paneuropea a una necesidad de una ciudadanía y una representación paneuropeas en este Parlamento Europeo. El Consejo Europeo en ningún caso puede perder la oportunidad de relanzar a la Unión Europea y sacarla de este estado de declive, si no de parálisis, en el que lamentablemente ha estado en los últimos años.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – El Consejo Europeo informal de febrero se ha ocupado del Marco Financiero Plurianual, de Turquía y Siria y, por supuesto, del *brexit*. No hay duda de que debemos hacer frente a los nuevos desafíos. Pero también necesitamos garantizar la cohesión social y territorial en la Unión, porque sin una política de cohesión fuerte no hay unidad entre los ciudadanos europeos. Asimismo, el Parlamento Europeo debe poner el acento en la oportunidad que el Consejo Europeo se arriesga a perder al dejar pasar una cita ineludible con una Unión Europea mejor que la actual. La propuesta aprobada por este Parlamento para vincular la presidencia de la Comisión a la cabeza de lista de cada una de las grandes familias políticas es una apuesta cívica, ciudadana y de cultura europea. Somos muchos los que votamos, además, a favor de las listas transnacionales, porque significan el comienzo de una respuesta paneuropea a una necesidad de una ciudadanía y una representación paneuropeas en este Parlamento Europeo. El Consejo Europeo en ningún caso puede perder la oportunidad de relanzar a la Unión Europea y sacarla de este estado de declive, si no de parálisis, en el que lamentablemente ha estado en los últimos años.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – El Consejo Europeo informal de febrero se ha ocupado del Marco Financiero Plurianual, de Turquía y Siria y, por supuesto, del *brexit*. No hay duda de que debemos hacer frente a los nuevos desafíos. Pero también necesitamos garantizar la cohesión social y territorial en la Unión, porque sin una política de cohesión fuerte no hay unidad entre los ciudadanos europeos. Asimismo, el Parlamento Europeo debe poner el acento en la oportunidad que el Consejo Europeo se arriesga a perder al dejar pasar una cita ineludible con una Unión Europea mejor que la actual. La propuesta aprobada por este Parlamento para vincular la presidencia de la Comisión a la cabeza de lista de cada una de las grandes familias políticas es una apuesta cívica, ciudadana y de cultura europea. Somos muchos los que votamos, además, a favor de las listas transnacionales, porque significan el comienzo de una respuesta paneuropea a una necesidad de una ciudadanía y una representación paneuropeas en este Parlamento Europeo. El Consejo Europeo en ningún caso puede perder la oportunidad de relanzar a la Unión Europea y sacarla de este estado de declive, si no de parálisis, en el que lamentablemente ha estado en los últimos años.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – The informal Council meeting discussed the make-up of the upcoming European Parliament, including the so-called ‘Spitzenkandidaten’ process to elect the President of the Commission. This issue needs to be given further consideration both by the European Parliament and by the Council. Both sides seem to be making assumptions about democracy and political legitimacy that have little to no resonance among European people. Another point discussed was the upcoming Multiannual Financial Framework. Given new priorities and the funding vacuum being created through Brexit, there is clearly a need to explore other ways of funding. When proposing own resources for EU funding, the economic sensitivities of each Member State must be duly respected. Similarly, new funding priorities should not downgrade cohesion as a crucial tool of European policy. They must take into consideration the different constitutions of the Member States. Defence has now emerged for some as a leading priority. The EU as of now is not a military union. Defence spending should be kept separate from the common MFF. This would allow those that want to participate in a defence union to do so, without imposing additional burdens on those Member States wishing to opt out.

Olga Sehnalová (S&D), *in writing*. – The European Council discussed important topics for its future seeking to find common ground, acceptable for all. We shouldn’t be divided on issues where we should be united. Tackling effects of the migration crisis is our common endeavour. We have to allocate resources in the financial framework which would help us to tackle migratory challenges. These resources, nevertheless, shouldn’t be unduly mixed with other European issues, such as cohesion policy and structural funds in general. These have been created to underpin a strong European economy and cohesion between Member States within the single market. Creating undue linkages with other sectorial agenda would compromise their effectiveness and added value. This does not mean conditionalities shouldn’t be put in place. The Rule of Law is a basic prerequisite not only for participating in the European project but also in the common market, and they could be included in one way or another in close linkage with the spending of the budget. This does not mean either that we shouldn’t fight to have resources to address migratory pressures. On the contrary, these are needed. But resources to address such pressures should stay transparently separated to be able to withstand migratory challenges effectively and in a united way.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Wśród tematów dyskutowanych na ostatnim posiedzeniu Rady Europejskiej w kontekście przyszłego budżetu wieloletniego UE znalazła się też wspólna polityka rolna. WPR to 37% budżetu UE, jednakże w przeszłości udział ten był nawet dwa razy większy. Finansowane z niej dopłaty bezpośrednie stanowią aż 50% dochodów rolników – dochodów, które wynoszą tylko połowę dochodów innych grup zawodowych. Niskie dochody rolników są przyczyną braku młodych rolników. Sytuacja finansowa rolników bez WPR byłaby katastrofalna. Pamiętajmy, że z WPR korzystają nie tylko rolnicy, ale wszyscy konsumenci, bo dzięki środkom w ramach WPR żywność jest tańsza i rośnie zakup środków produkcji, co poprawia też sytuację przemysłu maszynowego i chemicznego oraz handlu. WPR zapewniła bezpieczeństwo żywnościowe w zakresie powszechnego dostępu do żywności o odpowiedniej jakości i przystępnych cenach. Rolnicy zapewniają społeczeństwu szereg dóbr publicznych w zakresie środowiska, kształtowania krajobrazu, za które nie są wynagradzani. Taka sytuacja wymaga utrzymania finansowania WPR na niezmiennym poziomie.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – A definição do próximo Quadro Financeiro Plurianual é fundamental para consolidar o projeto europeu. Os líderes europeus tiveram no Conselho Informal de 23 de fevereiro uma primeira oportunidade de transmitir aos cidadãos europeus uma mensagem credível e consistente sobre o percurso a seguir. Sendo uma primeira abordagem, é normal que as posições ainda tenham sido muito diferenciadas, mas no momento em que nos aproximamos de um novo ciclo eleitoral no quadro europeu é fundamental que os próximos passos sejam ambiciosos e mobilizadores.

Num contexto global cada vez mais competitivo, a União Europeia tem de fazer da convergência a palavra-chave em todas as suas estratégias: convergência interna para aproveitar as sinergias e a totalidade do seu potencial e convergência externa com os mais elevados padrões de inovação e sustentabilidade. As políticas de competitividade, coesão, agrícola, migrações, segurança e defesa têm de estar interligadas entre si por um forte impulso de inovação e inclusão social. Esta é a abordagem que permitirá tirar o máximo partido dos recursos orçamentais disponibilizados pelos Estados-Membros e dos recursos próprios, designadamente daqueles que resultarem da cobrança feita em cadeias de valor transnacionais no domínio financeiro, ambiental ou digital.

19. Beschluss der Kommission, im Hinblick auf die Lage in Polen das Verfahren gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV einzuleiten (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the Commission decision to activate Article 7(1) TEU as regards the situation in Poland (2018/2541(RSP)).

I would like to inform you that there will be no catch-the-eye procedure and no blue cards will be accepted.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, thank you to Parliament for putting this issue on the agenda. The Commission's concerns, raised in our three previous recommendations of July and December 2016 and July 2017, have not been addressed and you know what steps we took on 20 December 2017. On 21 December, the Polish President signed two new laws on the Supreme Court and on the National Council for the Judiciary into law, raising additional grave concerns about the consequences for the independence of the Polish judiciary. In a nutshell, within a period of only 2 years, 13 laws were adopted in Poland. Their cumulative effect is to limit the independence of the judiciary and the separation of powers.

The entire structure of the justice system is affected, in particular, the Constitutional Tribunal, the Supreme Court, the ordinary courts and the National Council for the Judiciary. The executive and legislative powers can now interfere with the composition, the powers, the administration and the functioning of judicial authorities in a way that, in our view, undermines judicial independence and the separation of powers, and if you undermine judicial independence and the separation of powers, there is a clear risk of a serious breach of the rule of law. These concerns are fully shared by a wide range of European and international organisations, including the European networks of the Presidents of the Constitutional Courts, the Supreme Courts and the highest administrative courts. A particularly informative read, including for the historical context, are the Council of Europe's Venice Commission opinions of December 2017.

In light of these developments, the Commission adopted on 20 December last year a reasoned proposal for the Council in accordance with Article 7(1) of the Treaty. Simultaneously, the Commission also adopted a fourth recommendation under its rule of law framework in which we invited the Polish authorities to solve the problems identified in that recommendation within three months. The Commission also decided to refer Poland to the Court of Justice of the European Union for breaches of EU law by the Law on Ordinary Courts. The recommendation sets out clearly a list of steps that the Polish authorities can take in order to remedy the current situation. In particular, the Commission believes that the Polish authorities should address five key concerns, and they could do it as follows: first, by publishing and implementing the three unpublished 2016 judgments of the Constitutional Tribunal. Under the rule of law, no government should be able to decide which court rulings are published, especially if publishing is essential for these rulings to be valid.

Secondly, by restoring the independence and legitimacy of the Constitutional Tribunal, by ensuring that its judges, its President and its Vice-President are lawfully elected and appointed. The changes over the past two years have led to a complete re-composition of the Tribunal outside the normal constitutional process so that it is no longer able to provide effective constitutional review of laws.

They could also amend the law on the Supreme Court so as to not apply a lowered retirement age to the current Supreme Court judges or the current first president, thereby avoiding almost 40% of its current judges being forced into early retirement. That's a third option that should be used. Also, the discretionary powers of the President of the Republic over those judges who wish to stay should be removed, as should the truly extraordinary – so-called extraordinary – appeal procedure that makes it possible to re-open and overturn judgments going back 20 years, not on grounds of new facts but on grounds of social justice. This is unheard of in any Member State of the European Union.

Fourthly, they should amend the law on the ordinary court so as to remove the new retirement regime for judges of ordinary courts, including the discretionary power of the Minister of Justice to prolong mandates of judges that wish to stay. Also, the arbitrary and unjustified decisions to dismiss court presidents should be remedied.

Fifthly, they should amend the law on the National Council for the Judiciary to ensure that the mandates of current judges-members of that council are not prematurely terminated and that judges-members are elected by other judges and not by politicians.

I am pleased to inform you that since January this year, since the new government has been in power, exchanges between the Commission and the Polish authorities have been taking place again. For the first time in two years, we really have a dialogue, and I think we should continue this at all levels. We met with the Prime Minister and with the Foreign Minister: Jean-Claude Juncker met with the Prime Minister and Věra Jourová met the Foreign Minister, so we are intensifying our contact.

I really hope that this dialogue will lead to concrete measures which address adequately these five key issues before the end of March because the dialogue, however pleasant and intensive, is only useful if it produces results. I'm really looking forward to Poland's concrete reactions to our recommendation.

I cannot overstate the importance of the rule of law for the functioning of the European Union. Respect for the rule of law is not only a prerequisite for the protection of all the fundamental values listed in Article 2; it is also a prerequisite for upholding all rights and obligations deriving from the Treaties and for establishing mutual trust of citizens, businesses and national authorities in the legal systems of all other Member States. The proper functioning of the rule of law is also essential, in particular, for the seamless operation of the internal market and an investment-friendly environment.

Let me also draw your attention to the Court of Justice of the European Union's ruling from yesterday in case C-46/16. The CJEU has clarified the scope of Article 2 and Article 19 in relation to the need to ensure at national level an independent and effective judiciary. We will examine this judgment very carefully as a basis of our dialogue with the Polish authorities.

I would like to underline that the Commission does not question the right of any Member State to reform its judicial system. It is up to Member States to define and reform their judicial system. However, whatever the model chosen or reform carried out, full judicial independence should be safeguarded in line with EU law and European standards. You cannot use the argument of needing to reform the judicial system to then introduce political oversight or political control by the executive or the legislative force of the judiciary, which should remain independent.

The discussion today and the whole process that we have been engaged in for two years is not against Poland, and I'm really quite saddened by the fact that, every time, this is presented as a one-man operation against Poland or the Polish nation. We have a very strong difference of opinion with this Polish Government, not with the Polish nation. The Commission is working for a union with Poland and for Poland within the Union. I've said this before in this Parliament: I cannot imagine a European Union without Poland. We need Poland and I think Poland also needs the European Union.

(Applause)

The independence of Poland's judicial system and its respect of the rule of law are essential cornerstones for a strong Poland in the European Union, for an independent Poland, a sovereign Poland. There is no contradiction between being a fully fledged, active member of the European Union and being a sovereign nation. It's about time for people who sell this nonsense to be called out.

To conclude, the Commission has always stressed that upholding the rule of law is a joint responsibility shared among all EU institutions. That is why I'm so glad your Parliament has taken the time to look at this so intensively again today. We are now in a new interinstitutional phase which reflects this joint responsibility. Yesterday the Commission got very vocal and very strong support from an overwhelming majority of Member States in the Council, and both parties – the Polish Government and the Commission – were urged to continue the dialogue and to come up with concrete solutions to the problem. We are game. The Commission wants that to happen and I trust that this Parliament will continue to show its strong determination to uphold the rule of law in all of our Member States, including Poland. That is in our collective interest.

(Applause)

Roberta Metsola, on behalf of the PPE Group. – Mr President, let me start by saying how upsetting it is to me, to my group and to my colleagues that today we stand here again in the shadow of Article 7 discussing Poland, the land where solidarity was born in all its senses: solidarity – that force for freedom and independence – which inspired so many in Europe to do the same. But we cannot close our eyes to what is happening, not on our watch. We remain seriously concerned about what is going on in Poland, and I cannot but express our sincere regret regarding the lack of will on the side of the Polish Government to even engage in a real, constructive dialogue with the Commission, let alone contemplate the changes that are needed.

We are here for the sixth time on this issue and we are here not because we want to be or because we want to somehow punish Poland. We are here because someone must stand up for the people of Poland. We are here because the authorities in Poland have shown little sign of moving. Rather than work to improve the circumstances and start to rebuild the bridges they have burnt, the situation has deteriorated even further. We have seen countless heads and deputy heads of lower courts fired, often by means of a fax. We have seen the reform of the National Council for the Judiciary get underway in a manner that, even with so many Polish judges resisting, serves to undermine the independence of the judiciary. We have seen Poland regress.

Democracy and the rule of law in Poland are being seriously threatened today, and this cannot continue. Polish people are looking to us to act, and act we must. The Polish Government is even going as far as attempting to control historical narratives as a means toward somehow bolstering its own nationalistic aims.

Europe simply cannot afford to close its eyes to what is happening and so tomorrow's vote will mean that we fully support the Commission's decision to trigger Article 7 for Poland. It did not need to come to this, but unfortunately the Polish Government left us with little choice. Our intention is to do everything in our means for Poland to come back to the heart of Europe. The Commission has always made it clear, as we have just heard, that it is willing and ready to talk, but we need concrete results from Poland. We need to see respect for Poland's constitution and the independence of its courts.

No one wants to push Poland away; we have been trying to do exactly the opposite. But being an EU Member State means respecting EU values, honouring your commitment to fundamental rights and understanding that an electoral majority does not give you a free hand to do as you please. It means respecting critical voices. If you are a member of the European Union, you cannot ignore what it stands for. That is why we will always stand up for the people of Poland, the land that gave Europe and the world the values of Saint John Paul II, the genius of Marie Skłodowska Curie, the music of Chopin, the courage of Lech Wałęsa and so much more. Polish heroes are European heroes, and we are one.

So I repeat (*Applause*), it is not only about Poland. We know that if the rule of law is allowed to collapse anywhere then it has failed everywhere. This is the very nature of our Union and we, as the European People's Party, cannot allow it. We also know that there is a huge gap between the rights that we demand as EU citizens and the mechanisms that are available to ensure their protection. It is something that we must address. The situation that we see in Poland has again underlined the need for a concrete mechanism that would protect the rule of law, democracy and fundamental rights across the European Union.

Our message to Poland is clear: do not turn your backs on Europe, do not drive a wedge where one does not exist. Let us all come back – as we have just heard – to the negotiating table, engage in active dialogue and act on the Commission's recommendations so that the current situation can be remedied as soon as possible. I conclude with this message. We will not – we will never – turn our backs on the people of Poland.

(*Applause*)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Josef Weidenholzer, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, Commissioner, more than two years ago our House started to debate the situation of the rule of law in Poland, seen as difficult and serious but still solvable. In the meantime, we have observed a dramatic deterioration. Whereas the position of the European institutions did not alter and our concerns remained, the Polish Government continued its activities. Dialogue did not happen for months, whilst Vice-President Timmermans was constantly urging cooperation. There is now a new situation. The language has softened, but the substance remains.

As we all know, the triggering of the Article 7 procedure by the Commission was not something done lightly. The activation of Article 7 is a last resort. We know this and we know that action has been taken only because the situation is serious. The Polish people deserve a free and fair judicial system. No citizen should ever feel that their judges could be under political influence. No Polish person must ever doubt that they can receive a fair and free trial.

There are also other issues we have to address. Three months ago we passed a resolution criticising attacks on civil society organisations and the threat to the sexual and reproductive rights of women, and we are also concerned at the repression of some groups as retired public servants. But today we are focusing on the matter of the judiciary to make it clear that triggering Article 7 in the case of Poland is not directed against the people of Poland. It is a last signal and it is against the government which systematically neglects European concerns, concerns which are not developed by so-called Brussels bureaucrats. There is a clear foundation in the Treaties and an obligation. A government that does not accept this is telling lies to its people. You may win elections but you put the future at risk. We stand fully behind the Commission in its triggering of Article 7.

Ryszard Antoni Legutko, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Rezolucja jest niedorzeczna, podobnie jak całe to nękanie Polski przez ostatnie dwa lata. Problem jest taki, że tak naprawdę ogromna część z państwa w ogóle nie ma pojęcia, co się dzieje w Polsce, o co chodzi, na czym polegają te reformy i dlaczego są przeprowadzane. Pan przewodniczący Timmermans bardzo długo się sprawą Polski zajmuje, a jednak braki informacyjne są tutaj zasadnicze. Spróbuję zarysować szerszy kontekst, nie wdając się w polemiki, bo w polemiki się już wdawałem.

Proszę państwa! Gdy upadł komunizm, zaczęto budować w Polsce nowy system sprawiedliwości, uznano, że najlepiej będzie, jeśli kontrolę nad tym systemem sprawiedliwości przejmą korporacje prawnicze. I one dostały władzę, jakiej nie miały w żadnym innym kraju europejskim. Po prostu takiej władzy nie miały, jaką dostały w Polsce. To było o tyle dziwne, że niemała część prawników zachowywała się fatalnie w systemie komunistycznym i powinna była zostać odsunięta. Tak się nie stało. Środowisko oczyści się samo, jak powiedział jeden z ówczesnych, skądinąd bardzo szanowanych prawników, ale środowisko się nie oczyściło. Do tej pory w Sądzie Najwyższym mamy sędziów, którzy gnębili opozycję demokratyczną w czasach komunistycznych.

Ta decyzja o przyznaniu korporacjom prawniczym tak wielkiej władzy była ze strony ówczesnych prawodawców, nas wszystkich straszną naiwnością. Myśmy sobie wyobrażali, że te korporacje prawnicze to jest jakaś chodząca sprawiedliwość, to jest jej ucieleśnienie, to jest ta kobieta z zasłoniętymi oczami i trzymająca wagę, czysty rozum prawniczy. No, oczywiście to się okazało nieprawdą. Komunistów nie usunięto, pojawili się ich następcy i tak dalej, i tak dalej – cały ten system klientelizmu: kto się nie zgadzał, był marginalizowany, kto się naraził środowisku, był skończony. Takim oczywistym przykładem tego było to, że prezesi sądów mieli absolutną władzę wyznaczania składu sędziowskiego, co często – oczywiście nie zawsze, ale bardzo często, zbyt często – oznaczało, że zanim proces się rozpoczął, już wiadomo było, jak się skończy.

Mieliśmy największą liczbę sędziów i największą przewlekłość procesową. Polska była jednym z krajów z największą liczbą przegranych spraw przed Europejskimi Trybunałami. A wszystko to wynikało właśnie ze sposobów funkcjonowania sędziów. Trudno się dziwić, że te korporacje, poczuwszy władzę, popadły w pychę – każdy, jak ma taką nieograniczoną władzę, popada w pychę. Zaczęły się zachowywać jak podmioty partyjne, nie ukrywając swoich partyjnych sympatii czy antypatii, co się odzwierciedlało również w sposobach rozstrzygania spraw.

Zasada niezawisłości sędziowskiej, która brzmi: jestem posłuszny tylko prawu, została w praktyce zmieniona w zasadę: mogę robić, co chcę, a komu się nie podoba, przepraszam za wyrażenie, niech spada na drzewo. Znałe są przecież przypadki sędziów na telefon, a najbardziej bulwersujący przypadek to prowokacja dziennikarska: dziennikarz zadzwonił do jednego z sędziów i podał się za współpracownika ówczesnego premiera Polski Donalda Tuska, przez co uzyskał od nowego sędziego różne obietnice. Albo inny przypadek: były prezes Trybunału Konstytucyjnego wydał orzeczenie w składzie, którego nie przewiduje żadne prawo, ani konstytucja, ani żadna ustawa, była czy obecna – po prostu było to zebranie towarzyskie przyjaciół prezesa – i później dziwił się, że rząd tego orzeczenia nie opublikował. To skandal – wołał – przecież mi wszystko wolno – prawo to ja.

No, proszę państwa, to są patologie, nie można tego tolerować. Szczytowym momentem tego mariażu korporacji prawniczych i partii politycznej był skok na Trybunał Konstytucyjny, który miał doprowadzić praktycznie do politycznego kontrolowania Trybunału przez wiele lat naprzód. Skok dokonany przez poprzedni rząd – zupełnie monstrualny z punktu widzenia rządów prawa i widzenia prawa – w tej Izbie ani w Komisji Europejskiej nie wywołał żadnej reakcji. Natomiast to, że uniemożliwiliśmy ten skok, wproważyliśmy do państwa w moralne oburzenie graniczące z histerią. Ja już mówiłem wielokrotnie, że dlatego się państwo nie oburzali, że to byli koledzy, stronnicy polityczni. Zasada podwójnych standardów jest tak naprawdę jedyną zasadą, która jest tutaj konsekwentnie przestrzegana.

Proszę państwa! To, co się dzieje w Polsce, to reforma systemu sprawiedliwości, spóźniona przynajmniej o 25 lat, reforma systemu, który od początku działał źle, bo był źle pomyślany. Więc ten, kto mówi, że w Polsce były rządy prawa, a dopiero później, jak się władza zmieniła, to sytuacja się pogorszyła, ten mówi nieprawdę. Było fatalnie, a teraz jest próba zmiany tego stanu rzeczy i żadne z rozwiązań nie jest oryginalne, każde z nich w jakimś tam zakresie występuje w jakimś kraju europejskim. Dlatego nie dziwcie się, drodzy państwo, że gdy polscy obywatele słuchają debat o Polsce tutaj w tej Izbie, słyszą wypowiedzi moich szanownych kolegów z pierwszego rzędu, przedstawicieli Komisji, to wpadają w osłupienie. To, co mówicie państwo, nie ma się nijak do rzeczywistości, w której żyją Polacy. Mówicie o jakiejś Polsce, której nie ma, mówicie o jakimś rządzie, który nie istnieje. Jesteście natomiast państwo traktowani jako ci, którzy bronią starego ustroju, bronią *ancien regime'u*, którego już wszyscy mają dość. I proszę to przyjąć do wiadomości. Ten *ancien regime* już nie wróci, bo się skompromitował, więc nie warto go bronić, bo on jest nie do obrony.

(Oklaski z jego grupy)

Sophia in 't Veld, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, after all this, first of all, I would like to echo the wonderful statement made by Roberta Metsola, every word of it. The ALDE Group very much welcomes the decision by the European Commission to trigger Article 7.1 in the case of Poland. Since the last time we discussed this, unfortunately, further worrying developments have taken place, like the controversial Holocaust law and the new initiatives on a full ban on abortion, and it escapes me how these measures are solving the problems that you have mentioned, Mr Legutko.

We call on the Council to act swiftly as well because with every day that passes, democracy, the rule of law and fundamental rights are damaged further. So, no further delays. This is about the moral authority of the European Union in the world. People are watching us and asking themselves, 'will the EU rise in defence of its own values?' The Commission has set the deadline of 28 March, but in the meantime I would like to know what the consequences are for police and justice cooperation if the Polish judiciary cannot be considered to be independent – Member State authorities must work together on the basis of the presumption of compliance and not the pretence of compliance.

All Member States have to be treated equally, and yes, we're criticising Poland, but applying double standards undermines the credibility of the European community of values. In this respect, dear colleague Weber, I would really like to ask you, why is it that you were highly critical of Poland but you're still protecting Viktor Orban? Viktor Orban, the man of the dirty anti-Semitic, anti-Soros, anti-Brussels and anti-migrants campaigns. I think the EPP has to choose where it stands.

Finally, it is high time for us to get a neutral objective mechanism for upholding the values of the European Union. This House put forward a legislative initiative in 2016. We urge the Commission to present their announced proposal for such a mechanism as soon as possible and not wait until the end of the year.

(Applause)

Barbara Spinelli, a nome del gruppo GUE/NGL. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, alcuni diranno che attivare l'articolo 7 è un gesto solo verbale visto che, alla fine, non ci sarà unanimità al Consiglio. Non è quello che penso. Pur conoscendo il rischio dell'impotenza, questo Parlamento deve esprimersi se constata in uno Stato membro violazioni gravi dell'articolo 2.

È stato un dissidente dell'Est, Václav Havel, a insegnare che esiste un potere degli impotenti ed è questo potere che vogliamo esercitare per mettere in guardia non solo il governo polacco, ma tutti i governi che imboccassero la strada che porta a smantellare la *rule of law*, compresi i governi che già la stanno smantellando, come l'Ungheria.

In democrazia, governi e parlamenti non sono gli unici a detenere il monopolio della legittimità: lo condividono con il potere giudiziario – ultimo garante dei diritti – indipendentemente dalle elezioni. In democrazia non esistono leggi che impongono una visione unica della storia nazionale.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, there were many times in history in which Poland was the forerunner for the rule of law in Europe. It was the first country in our continent with a modern constitution that established an independent judiciary. Poland also has a long and proud tradition of civil movements for freedom and democracy, from the resistance against the German occupation to the *Solidarność* movement.

Unfortunately, the Polish Government does not seem to remember the proud traditions of Poland and it certainly does not seem to care about the future of the country. It is taking Poland away from the path of democracy and civil rights. It sees opposition and debate not as a sign of a living society, but as a threat. But Poland is much more than the Polish Government, and we as the European Parliament, as the European Union, need to support the judges who fight against their dismissal. We need to fight for the people protesting against the destruction of the last primary forest in Europe and we need to support the women fighting for their rights over their own bodies. Supporting them means keeping up the dialogue, supporting cross-border initiatives and taking a strict and strong line with the Government when it comes to rights and rules, for when their own government does not want to live up to the most basic standards what do people do? They turn to Europe.

That is why we support the Commission's proposal to trigger Article 7, and if the Council does not do its job on Poland asap then it should expect a full investigation into the Polish case by Parliament, as we promised last November. And let us remember that the people of Europe expect us to stand up for the standards and rights that define us as Europeans. This is a great responsibility that we bear in relation not just to Poland, but to all citizens of the European Union. They have the right to be governed well, to an independent judiciary, and to see their rights well guarded, and that is something which we need to maintain.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I am always hearing about new values, I am always hearing about human rights, democracy and the rule of law, and yet in 2011, when journalists in Poland were being apprehended, held and sacked for being critical of the Government, what did the Commission do? Nothing. Why? Well, of course, because Mr Tusk, as the then Prime Minister, was pro the European Union.

But when you get Law and Justice in power, who are critical of the European Union, here you are, Mr Timmermans – just because they tried to clear out the Communist old guard and modernise their system – on the verge of invoking Article 7 and taking away their democratic rights within the Union.

And it is the same story in Hungary, where Viktor Orbán quite rightly refuses to accept your ludicrous migrant quota programme and he is now cast as the devil. Maybe the real reason is that he is taking on Soros, perhaps the most dangerous man in Western democracy today. 'Keep going, Viktor Orbán', is all that free democrats can say.

And you are happy to interfere, Mr Timmermans, in every single Member State where you think you see an infringement, apart from – I had nearly forgotten – in the case of Catalonia. Nine hundred and fifty people get beaten up by the police because they want to turn out on a Sunday morning and express an opinion – a totally clear violation, Mr Timmermans, of people's human rights, an absolute abuse of any sense of a democratic process – yet you say, in that case, that it is none of our business. But, of course, they are a pro-EU Government, so the iron fist of the European Union is reserved purely for your critics.

You said today you hoped that the United Kingdom would change its mind and reverse Brexit. Well, looking at the way you are treating Poland, I would have thought the answer must be a very big 'no'. This, for Poland, is the modern-day Brezhnev doctrine of limited sovereignty. You rebelled against that system, Polish people, and I hope you go on and rebel against this one.

(Applause from certain quarters)

Stanisław Żółtek, *w imieniu grupy ENF*. – Panie Przewodniczący! Nie będę polskiego rządu chwalił ani ganił, bo tak naprawdę należy mu się jedno i drugie. Chciałbym dzisiaj poruszyć kwestię wolności, którą grupa urzędników chce zabrać Polsce, innym krajom i większości tu obecnych posłów. Ci urzędnicy uznali, że skoro mają tak wysokie pensje, to są upoważnieni do tego, by rządzić tymi, którzy ich mianowali. Jeśli Wy, wybrani przedstawiciele narodów, pozwolicie, by ci urzędnicy wygrali w wewnętrznych sprawach Polski, to za chwilę podporządkują oni sobie i Wasze kraje. Zamiast rządzić w imieniu narodów będziecie służącymi Komisji Europejskiej. Będziecie służyć grupie urzędników, których ego po mianowaniu ich na komisarzy urosło tak niebotycznie, że uznali siebie za władców narodów i krajów. Niektórzy szefowie grup Parlamentu są powiązani z tymi urzędnikami i zagłosują tak, jak się z nimi umówili, ale większość posłów nie jest powiązana. Nie dajcie kupić wolności swojej i swoich krajów, poddając się szantażowi reelekcji czy lojalności partyjnej.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! Pan Franciszek Timmermans ma absolutną rację, mówiąc o zagrożeniu prawa w Polsce, dlatego jutro rzucam Parlament Europejski i wracam do Polski walczyć z nadciągającą dyktaturą PiS-u. Ale Wy mi w tym przeszkadzacie. Nie znacie sytuacji w Polsce. Każdy Wasz nacisk na rząd PiS-u wzmacnia jego popularność. Niedługo dzięki Panu, Panie Timmermans, PiS dojdzie do większości konstytucyjnej. Dzięki Panu.

To Wy chcieliście w Polsce demokracji. Gdyby w Niemczech panowało cesarstwo, to Adolf Hitler byłby w pałacu cesarskim tylko po raz do roku: na konkursie akwarelistów. To dzięki demokracji tacy ludzie jak Hitler, Obama, Trump dochodzą do władzy. To dzięki Panu, Panie Timmermans. Dlatego musimy z tym walczyć.

A poza tym sądzę, że Unia Europejska musi być zniszczona.

Der Präsident. – Herr Kollege Korwin-Mikke! Ich rufe Sie zur Ordnung. Der Vergleich, den Sie angestellt haben, war unparlamentarisch.

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Mr President, we have made clear why we believe Article 7(1) was warranted. We are also in a dialogue with the Polish Government to try and resolve the issue. The Commission is very much committed to that. And the interesting thing is that, from the beginning of this process, I was warned: 'Don't do it, you'll bring about Polesxit'; 'Don't do it, the Polish people will no longer support the Union'. Well, as a matter of fact, support for the EU in Poland has gone up, not down. It has gone up.

So, do the Polish people understand that Mr Farage, who speaks out in support of their Government, is someone who wants to break up the European Union? Do the Polish people understand which country will be the biggest victim of a broken-up European Union, given its geographic position? Poland.

Do the Polish people understand that Mr Farage's best friend is Vladimir Putin?

(Applause)

Do the Polish people know that?

(Heckling from Nigel Farage)

When someone says something you do not like, you just try to prevent them saying it, don't you Mr Farage? You admire Vladimir Vladimirovich ...

(More heckling from Nigel Farage)

I'm shaking in my boots, because I'm next to you, Mr Farage, but what I want to say is this: the European Union cannot survive without Poland in its midst, and Poland has a strategic interest in being a member of the European Union. Polish people will not be fooled by anyone. They know this. They know this and, at some point – to quote a young American – 'there's only so much BS people will take'.

Let me be very clear on this. I respect Mr Farage's idea of leaving the European Union. I respect that, but I also want those whom he now addresses as friends to understand what his agenda is. I am quite sure it should not be Poland's agenda. I would urge the Polish Government to see where their true friends are, and they are not among those who want to break up the European Union.

(Applause)

Der Präsident. – Gemäß Artikel 123 Absatz 2 der Geschäftsordnung wurden drei Entschließungsanträge eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Donnerstag, 1. März 2018, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Beata Gosiewska (ECR), na piśmie. – Kolejny raz na tej sali debatujemy nad praworządnością w Polsce tylko dlatego, że kilku polskim posłom przez trzy lata nie udało się pogodzić z powyborcza porażką, a mówiąc wprost, nikt z państwa nie zadał sobie trudu, żeby zobaczyć, jak naprawdę wygląda sytuacja w Polsce. Dlaczego? Ponieważ wówczas musieliby państwo przyznać, że jest ona bardzo dobra: – że polskie rodziny mają wreszcie wystarczające środki na utrzymanie (podniesienie płacy minimalnej i program 500+), – że Polska osiąga coraz lepsze wyniki gospodarcze, – że dzięki ciężkiej pracy rządu mamy rekordowe wpływy do budżetu, – a wreszcie, że po wielu latach zaniedbań Polska stała się silnym, bezpiecznym i stabilnym gospodarczo krajem i w mojej ocenie to jest właśnie powód kolejnej debaty, że Polska śmiała wstać z kolan i podnieść głowę, że chce być równorzędnym aktorem europejskiej sceny politycznej. Każdy, kto zechciałby uznać prawdę o Polsce, musiałby podobnie jak komisarz Juncker dostrzec aktualnie toczący się intensywny dialog pomiędzy Polską a Komisją Europejską i podzielić jego opinie o zbliżeniu stanowisk między Polską a KE. Tylko nie macie państwo ani woli, ani odwagi, by to zrobić.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), písemně. – Dnes jsme se zabývali návrhem Komise aktivovat článek 7 Smlouvy o EU proti Polsku. Chtěl bych zdůraznit, že v historii EU tento článek ještě nikdy použit nebyl a mohlo by se jednat o nebezpečný precedent. Domnívám se, že situace v Polsku a probíhající reformy, např. v justičním systému, se nám nemusí líbit a zřejmě nejsou ani příliš demokratické. Ale vyhrožovat některému členskému státu, že ho zbavíme hlasovacích práv v Radě anebo že proti němu uplatníme ještě přísnější sankce kvůli jeho vnitrostátním reformám, je v dnešní době, kdy je EU v hluboké krizi a potřebujeme naopak být jednotní, nesprávné. I když se neztotožňuji se všemi změnami a reformními kroky, které v Polsku probíhají, nemohl jsem návrh podpořit.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Pitanje situacije u Poljskoj je već dugo pred europskim institucijama koje su s oprezom pratile sva zbivanja i događanja u Poljskoj. Razumijem zabrinutost kolega koji pozdravljaju i podržavaju Rezoluciju LIBE Odbora za aktivaciju članka 7., stavka 1. Ugovora o Europskoj uniji, međutim, napominjem potrebu za oprezom kako poljski narod ne bi ovaj potez europskih institucija shvatio kao grubo kršenje njihove suverenosti i autonomije.

Načelo supsidijarnosti, poštovanje granica nacionalne jurisdikcije i djelovanja unutar pravnih okvira su temeljne vrijednosti Europske unije preko kojih ne smijemo olako preći. Trenutno nerazumijevanje koje postoji između Poljske i Europske unije nije od koristi niti Europi niti poljskom narodu, stoga sam mišljenja da bi trebali ustrajati na traženju rješenja koje ne bi nužno u opasnost dovelo širenje snažnog anti-europskog osjećaja među poljskim narodom.

Stoga bih se založila da na EU razini dijaloga razmotrimo otvorena pitanja, poštujući pri tom pravo Poljske na samoodređenje, suverenost i autonomiju.

Laurențiu Rebega (ENF), în scris. – Activarea articolului 7 din TUE este cea mai dură sancțiune împotriva unui stat-membru. Nu mă pot pronunța asupra situației din Polonia decât superficial. S-a decretat cumva starea de asediu? S-au abolit instituțiile statului democratic? Au fost interzise drepturi cetățenești? Nimic din toate acestea!

Să presupunem, însă, că, peste noapte, situația a devenit extrem de gravă. În acest caz, trebuie să ne aducem aminte că, pentru europeni, Polonia a fost premianta Estului. Polonia nu a intrat în UE ca România sau Bulgaria – cu semne de întrebare, cu monitorizări infinite, cu avertismente și controale. Nu, Polonia a intrat „curată” și cu fruntea sus. Dar, dacă s-a schimbat ceva în ordinea democratică din Polonia, atunci, în mod logic, aceste schimbări au avut loc de când ea este membră a Uniunii! Deci, la fel de logic, tocmai apartenența la Uniune a generat în Polonia presupusele abateri de la democrație.

Suntem în stare să acceptăm această concluzie? Dacă da, atunci nu Polonia, ci Uniunea are o mare problemă! Dacă nu, înseamnă că problema e alta. Și e foarte simplă: nu democrația este preocuparea Comisiei, ci influențarea politicii dintr-un stat membru! Iar ceea ce face Comisia se numește poliție politică!

Henna Virkkunen (PPE), kirjallinen. – Haluan kiittää komissiota siitä aktiivisuudesta jolla se on Puolan kanssa pyrkinyt käymään dialogia viimeisten vuosien ajan, mutta valitettavasti keskustelu ei ole johtanut tuloksiin. Näin ollen komissio on tehnyt täysin oikean johtopäätöksen esittäessään 7 artiklan kohdan 1 mukaisten toimien käynnistämistä.

Liittyessään Euroopan unionin jäseneksi kaikki EU-maat ovat sitoutuneet puolustamaan eurooppalaisia perusarvoja: ihmisarvon ja ihmisoikeuksien kunnioittamista, vapautta, kansanvaltaa, tasa-arvoa ja oikeusvaltiota. Näistä arvoista on pidettävä kiinni.

Euroopan parlamentti totesi jo marraskuussa päätöslauselmassaan että on olemassa vaara, että Puola loukkaa EU:n arvoja oikeusvaltioperiaate mukaan lukien. Kyse on vallanjaon periaatteiden kunnioittamisesta, oikeuslaitoksen riippumattomuudesta ja perusoikeuksista. Komissio on tehnyt asiassa parhaansa, mutta nyt tarvitaan vahva tuki jäsenmailta. Puola on uhkaavasti luisumassa pois eurooppalaisista arvoista, eikä tällaista tilannetta voi sallia. Kyse on EU:n tärkeimmistä perusperiaatteista. Ministerineuvoston on nyt ryhdyttävä pikaisesti toimiin EU:n perussopimuksen 7 artiklan 1 kohdan määräysten mukaisesti.

Samalla on todettava, että EU:n sääntöjä on syytä uudistaa niin, että vastaaviin oikeusvaltioperiaatteiden loukkauksiin voidaan puuttua jatkossa aiempaa nopeammin ja tehokkaammin. Yhtenä keinona tulisi käyttää myös EU-tukien jäädyttämistä vakavasti sääntöjä rikkovilta jäsenmailta.

20. Prioritäten der EU für die Tagungen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen im Jahr 2018 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu den Prioritäten der EU für die Tagungen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen im Jahr 2018 (2018/2603(RSP)).

Phil Hogan, *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, I am taking this point on behalf of my colleague, Ms Mogherini, who unfortunately cannot be here this evening.

These are challenging times for human rights all around the world. The space for civil society continues to shrink in several countries, and human rights defenders are too often a target of violence and intimidation. There is a growing belief that national laws can disregard universal human rights. The International Criminal Court and the very idea of international justice have too often been questioned and it is against this background that we Europeans have an even stronger duty to invest in the United Nations and in the protection of human rights through the UN system.

This is why the European Union continues actively to engage in the UN human rights forums. Earlier this week, the Foreign Affairs Council adopted new conclusions on the political priorities for the European Union in the human rights forums in 2018. When human rights come under threat, we must mobilise all of our tools to protect the people in need and improve the situation. This means that our action on the ground, where the violations are happening, must always be backed by diplomatic action at all levels. That includes multilateral action within the United Nations system, particularly in dedicated forums such as the Human Rights Council and the General Assembly's Third Committee.

We want the UN Human Rights Council to be a strong and effective forum to protect and advance human rights worldwide. For that reason, we also support reforms that would make the Council as effective and as accountable as possible to the citizens of all of our countries. The Council's ability to address country situations must be preserved and, at the same time, the Council must adapt to a more challenging global environment. A more effective UN system is a stronger UN system and, for this reason, we support the United Nations Secretary-General's ambitious reform agenda.

During the ongoing session of the Human Rights Council, the EU will play a leadership role on the matter of country-specific and thematic initiatives. We remain deeply concerned about the continuing grave and systematic violations of human rights by North Korea. Together with Japan, the European Union will table an initiative to address the human rights situation in the Democratic People's Republic of Korea (DPRK). We will also present a resolution on the human rights situation in Myanmar. In light of the violence suffered by minorities in Myanmar, and particularly by the Rohingya people, we will propose to renew the mandate of the Special Rapporteur and we will confirm our support for the Independent International Fact-Finding Mission.

The European Union, together with partners from all over the world, will also continue to build on its initiative on freedom of religion or belief and, together with the Group of Latin America and Caribbean Countries (GRULAC), on the rights of the child, focusing on the protection of children in all humanitarian situations.

Just a few hours ago, this House discussed the situation in Eastern Ghouta in Syria. The suffering of Syrian children is a stark reminder of how crucial is our work to protect children in crisis. We will also continue to bring human rights in Syria to the attention of the Human Rights Council. The fight for accountability and against impunity is not just a matter of moral justice but is also essential to the perspective of national reconciliation. So we will keep on working to allow access for the commission of inquiry, ensure unhindered humanitarian access, call for the release of detainees, and demand the full application of humanitarian law by all sides.

It is sad that so many human rights violations are taking place in this very year, as we celebrate the 70th anniversary of the UN Declaration of Human Rights, but we should not lose sight of important good news coming from all around the world. Support and awareness of human rights is increasing throughout the global population and this is thanks to social media, to the use of major sports events, to the power of youth movements, to more responsible businesses and corporations, and to celebrities and influencers who use their voices to advocate. This also demonstrates that every person can contribute in a positive way and stand up for human rights.

Likewise, together with the EU Special Representative, Stavros Lambrinidis, we have been working on the good human rights stories, with a view to the upcoming General Assembly. This initiative aspires to promote a fresh, positive narrative on human rights in the world. Its central focus will be on promoting good human rights stories by identifying, sharing and showcasing the implementation of human-rights-based policies in all fields through positive examples. We believe this can be a powerful source of inspiration for people all over the world. In times when human rights defenders are under attack and human rights are too often violated, it is easy to fall into cynicism and despair. As we work to find practical solutions to protect people and their rights, we must also focus on all the progress we have achieved together and try to keep the hope alive.

Andrzej Grzyb, w imieniu grupy PPE. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Dziękuję za to wprowadzenie. W przyszłym tygodniu 37. sesja Rady Praw Człowieka w Genewie, która ma bardzo napiętą agendę. Ale napiętą agendę będzie też miała delegacja Parlamentu Europejskiego, która będzie w tej sesji uczestniczyła, wspierając z jednej strony priorytety przyjęte przez Radę w konkluzjach z 26 lutego, a z drugiej strony obierając za nasz, parlamentarny punkt wyjścia do tych debat ostatnie roczne sprawozdanie o prawach człowieka i demokracji na świecie, przyjęte przez Parlament Europejski w grudniu 2017 r.

Wiele priorytetów ujętych w sprawozdaniu jest aktualne w kontekście agendy, która została przyjęta na doroczną sesję Rady Praw Człowieka. Po pierwsze, wiemy, że w dalszym ciągu stosowana jest kara śmierci. Wyroków kary śmierci wykonuje się niestety coraz więcej. W niektórych krajach, które mają umowę GSP+ z Unią Europejską w sprawie uprzywilejowanej współpracy, też przywrócono karę śmierci. Po drugie, prawo do pokoju i do życia w pokoju. Przykładem jest Syria i inne obszary konfliktu, gdzie w szczególności trzeba zwrócić uwagę – i tu się w pełni zgadzam – na cierpienia dzieci na obszarach konfliktu i ochronę dzieci na obszarach konfliktu, nie tylko przed bezpośrednim zagrożeniem, ale i wtórnymi zagrożeniami, które się z tym wiążą. I wreszcie wolność religii i wyznania. Wydaje mi się, że tu w pełni należy poprzeć naszą inicjatywę dotyczącą zgłoszenia rezolucji o wolności religii i wyznania w ramach Rady Praw Człowieka Organizacji Narodów Zjednoczonych.

Ostatnia sprawa, na którą chciałbym zwrócić uwagę, to biznes i prawa człowieka, czyli odpowiedzialność społeczna przedsiębiorstw. Leży ona również w interesie przedsiębiorstw europejskich, bowiem te elementy, które są tutaj źle prezentowane, w innych krajach niestety wpływają też na konkurencyjność gospodarki.

Pier Antonio Panzeri, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la prossima settimana ci recheremo a Ginevra alla 37a sessione del Consiglio dei diritti umani, e come Lei ha detto, Commissario, quest'anno si celebra anche il 70o anniversario della Dichiarazione universale dei diritti umani.

Sempre più spesso i diritti umani sono oggetto di attacchi crescenti in tutto il mondo e la politica, oggi, sembra voler derubricare questo tema a tema secondario, sacrificandolo sull'altare della *realpolitik*. Ma bisogna essere consapevoli che, così facendo, quelle società che contraggono lo spazio dei diritti favoriscono il declino della democrazia e si autoannientano. Stupisce la scarsa lungimiranza politica di tanti, che sembrano non vedere questa deriva pericolosa. Insomma, abbassare l'asticella dei diritti è un lusso che una società che vuole definirsi democratica non può permettersi. Per questo, mi auguro che a partire da questa tornata vi sia davvero un'inversione di marcia sul tema dei diritti umani.

Petras Auštrevičius, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, the very idea of the European Union is built on democracy, common values and human rights. Moreover, as a leading global player, we have a clear-cut responsibility to never compromise on the protection of basic rights and freedoms worldwide. Voicing resolute declarations, this is what we are good at. However, let us admit that we often get confused when our economic interests are at stake. Take Turkey or Russia, Saudi Arabia or Cambodia, or many other places around the globe, this space of freedom is shrinking. Future generations will judge us according to the extent to which we are standing for each and every human rights defender at this very moment, here and now. Furthermore, we should do our utmost in order to strengthen our engagement in stopping the ongoing atrocities in such countries as Syria, Yemen, Myanmar, Congo and others. We have the means and the ways. What we miss is political will. Finally, there are undoubtedly very visible cases of a positive change in our close neighbourhood in particular. They must be saluted and acknowledged as a solid basis to further enhance our relations with these partners.

Javier Couso Permuy, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, estos últimos años han sido particularmente dramáticos para el devenir de los derechos humanos, como consecuencia de la acción de dos dinámicas diferentes: el incremento de la xenofobia y el racismo y las políticas de austeridad. Hay muchos lugares en el mundo en que ambos factores, juntos o por separado, han golpeado la vida cotidiana de millones de personas, y Europa ocupa un lugar destacado.

La xenofobia se ha convertido en política oficial en algunos países, que hacen de la defensa de una supuesta identidad un recurso para la represión y la exclusión de refugiados e inmigrantes. La austeridad y las políticas neoliberales son también una cuestión de derechos humanos: las consecuencias de las políticas «austericidas» puestas en marcha por la mayoría de los países dejan un saldo devastador.

Así que aconsejamos y sugerimos que la UE lleve a los foros de Naciones Unidas sobre derechos humanos dos compromisos: el primero sobre las acciones emprendidas para luchar contra la xenofobia y el racismo y, en segundo lugar, los compromisos adquiridos para devolver a millones de europeos y europeas los derechos humanos arrebatados por la lógica socialmente suicida de las políticas de austeridad.

Barbara Lochbihler, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, it is positive that the EU delegation in Geneva will give major priority to defending the universality of human rights against efforts from several countries to undermine this concept. Even from some EU Member States, we hear voices who prefer to hold back criticism on human rights violations elsewhere, among other reasons, in an attempt to distract from their own attacks on fundamental rights. More than ever, it is crucial that the EU supports the UN Human Rights Council financially and politically to ensure that it can continue to work independently. The Council conclusions on the EU priorities in the UN human rights fora are generally supportable. However, I deeply regret that the Council did not include a reference to the UN binding treaty on business and human rights, the single most important normative process currently going on. I deplore that the EU has not been constructive in the process and hope that the EU will listen to the requests by the European Parliament and give its full and unconditional support to the UN binding treaty process.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, je salue l'adoption des priorités de l'Union européenne pour la 37^e session du Conseil pour les droits de l'homme de l'ONU. Je crois qu'il est important qu'au cours des travaux de cette session, la voix de l'Union soit unie et cohérente, et que nous construisions des alliances élargies sur des questions importantes.

L'une de ces questions est notre engagement contre le génocide, les crimes de guerre et les crimes contre l'humanité, sujet sur lequel j'ai présenté un rapport qui a été voté par cette plénière il y a quelques mois.

Nous devons, je crois, contribuer à la prévention de toute situation qui pourrait conduire à un génocide et œuvrer en faveur de la résolution des conflits qui en sont la cause, mais aussi nous battre pour le respect du droit humanitaire.

Je pense tout particulièrement à la situation tragique des Syriens, ainsi qu'au massacre des Rohingyas.

Les violations des droits de l'homme en Iran requièrent aussi notre attention. En ce qui concerne la peine de mort, l'Iran est en tête du classement du nombre d'exécutions par habitant. Selon nos informations, des exécutions ont eu lieu même pendant la visite, la semaine dernière, d'une délégation de ce Parlement, à laquelle j'ai participé.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, das prioridades da União Europeia para o Conselho dos Direitos Humanos das Nações Unidas, gostaria de destacar a ideia de que todos os membros deste Conselho da ONU devem manter os mais altos padrões na promoção e proteção dos direitos humanos. Mas também não posso deixar de referir que as Nações Unidas continuam amarradas a países que claramente violam os direitos humanos.

Apesar de todo o importante trabalho humanitário feito, a força que se espera das Nações Unidas é agora outra. É urgente a reforma das Nações Unidas. Alguma da sua dificuldade de ação, muito por culpa do direito de veto no Conselho de Segurança, revela-se inadequada perante a nova ordem mundial. Longe de promover a resolução dos conflitos, o direito de veto tem servido para permitir a violação dos direitos fundamentais, como é o caso da Síria.

Como podem as Nações Unidas aceitar que membros do seu próprio Conselho persistam na violação dos direitos humanos? Como podem as Nações Unidas assistir ao definhar de, por exemplo, a própria Venezuela? Como podem as Nações Unidas ficar neste silêncio?

Francis Zammit Dimech (PPE). – Sur President, huwa b'interess kbir li fil-bidu tal-gimgha d-diehla ser inkun qed nipparteċipa fis-37 sessjoni tal-Kunsill dwar id-Drittijiet tal-Bniedem gewwa Ġinevra.

Qed niċċelebraw f'ċertu sens is-70 anniversarju mid-Dikjarazzjoni dwar id-Drittijiet tal-Bniedem. Sfortunatament m'iniex daqshekk ċert però li l-kelma ċelebrazzjoni hija dejjem korretta għaliex 70 sena wara qed nitkellmu dwar daqshekk ksur tad-drittijiet tal-bniedem u allura dik hija dikjarazzjoni li tibqa' rilevanti. Jien ninnota b'sodisfazzjon li meta nharsu lejn il-konklużjonijiet tal-Kunsill dwar dak li rridu nagħtu prijorità, insibu wkoll enfazi dwar il-midja.

Nafu li l-qtil tal-ġurnalisti, kellna fil-każ ta' Malta l-qtil tal-ġurnalista Daphne Caruana Galizia, qed nitkellmu fil-ġranet ilu dwar il-qtil tal-ġurnalist investigattiv Slovakk li wkoll ifakkarna f'punt fundamentali dwar dan id-dritt fundamentali li meta l-ġurnalisti, u hemm pajjiżi li qed jissemmew, jiġu mhedda, jiġu mqiegħda f'sitwazzjoni li ma jistgħux jaqdu d-drittijiet tagħhom, dak huwa dritt imċahhad lill-poplu kollu li ma jkollux iktar aċċess għall-informazzjoni li jrid.

Spontane Wortmeldungen

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, respect for human rights is a founding value of the European Union. Commitment to human rights, democracy and the rule of law is a central pillar of our external action. For us, the United Nations system regarding the promotion and protection of human rights is very important as well. Peace and security and human rights and development are inseparable and mutually reinforcing. The international community must never accept impunity when genocide, criminality against humanity, war crimes or violations and abuses of international human rights law happen.

I will continue to support a stronger system for the protection of human rights on the European continent. Moreover, it is of paramount importance that we maintain an increasing focus on the protection and promotion of economic, social and cultural rights and that we protect human rights effectively, paying particular attention to the specific rights of those in vulnerable situations.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, every Thursday in Strasbourg we have urgent discussions on the abuse of human rights right round the world, and rightly so. Sometimes there are sensitivities because we have a close trading relationship with some of these countries, but that should never stop us from condemning and decrying abuses of human rights. My colleague Cristian Preda referred to Syria, the death penalty in Iran, not just Iran but many more countries as well. We have to constantly try and bring these countries along the path of respecting the human rights of all.

The United Nations has been mentioned, and the veto. I suppose the best example, in some respects, of the ineffectiveness of the international community is when we learn that 100 girls were taken by Boko Haram and there is little we seem to be able to do about it. We haven't made much progress, in that sense, if such a thing can happen and the international community can do little about it.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Monsieur le Président, la démocratie et le respect des droits de l'homme sont inscrits dans l'ADN de l'Union européenne. Partout en Europe, mais aussi dans le monde, notre Union européenne doit rester vigilante: la Commission, le Conseil et le Parlement européen doivent mener ensemble ce combat aux côtés des Nations unies.

Les atrocités de la guerre sont à l'évidence des violations des droits de l'homme, et ce qui se passe en Syrie n'est pas supportable. Les images que l'on peut voir à la télévision nous font honte et nous ne pouvons passer sous silence l'intervention hors de proportion de la Turquie. Quand on pense qu'il a fallu négocier âprement pour obtenir cinq heures de cessez-le-feu à des fins humanitaires! Par ailleurs, comme cela a été dit, la peine de mort existe encore malheureusement dans de nombreux pays. Il est donc temps de proposer des solutions contraignantes. Que l'humanité soit enfin humaine!

Les propositions faites par le commissaire Hogan vont dans le bon sens. Il incombe à nous tous, groupés, de faire des droits de l'homme notre combat prioritaire.

Νότης Μαριιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, συζητούμε τις προτεραιότητες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, τις οποίες θα αναπτύξει, σε σχέση με τα ανθρώπινα δικαιώματα, στις συνόδους του Συμβουλίου Ανθρωπίνων Δικαιωμάτων του ΟΗΕ, στο Συμβούλιο αυτό όπου συμμετέχει η Σαουδική Αραβία. Μια χώρα η οποία δεν τηρεί τα ανθρώπινα δικαιώματα! Μια χώρα η οποία επιβάλλει τη θανατική ποινή! Μια χώρα στην οποία δεν υπάρχουν δικαιώματα των γυναικών! Μια χώρα η οποία, πραγματικά κάθε μέρα, επιτίθεται στην Υεμένη και εμείς συζητούμε τι θα πει η Ευρωπαϊκή Ένωση στο πλαίσιο του Συμβουλίου Ανθρωπίνων Δικαιωμάτων του ΟΗΕ όπου είναι η Σαουδική Αραβία! Τρομερή διγλωσσία. Κάποιος πρέπει να το καταγγείλει αυτό. Φυσικά πρέπει να καταγγελλθούν οι παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων στην Τουρκία όπου ο Erdoğan, ως νέος σουλτάνος, έχει διαλύσει κάθε έννοια Δημοκρατίας, κάθε έννοια προστασίας ανθρωπίνων δικαιωμάτων και φυσικά απειλεί, παράνομα, και την Ελλάδα και την Κύπρο. Μέτρα λοιπόν εναντίον όλων όσων παραβιάζουν τα ανθρώπινα δικαιώματα!

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, συζητάμε για τις προτεραιότητες των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και είμαι βέβαιος ότι πάρα πολλοί μας παρακολουθούν από πολλά κράτη εκτός Ευρωπαϊκής Ένωσης. Για να μην είμαστε υποκριτές και θεωρητικολογούμε, σας λέω το εξής απλό πράγμα: το βράδυ του Σαββάτου, το Συμβούλιο Ασφαλείας του ΟΗΕ ομόφωνα αποφάσισε και ζήτησε τον τερματισμό όλων των στρατιωτικών επιχειρήσεων στη Συρία για 30 τουλάχιστον μέρες, συμπεριλαμβάνοντας και το Afrin. Ποια ήταν η απάντηση των εμπλεκόμενων μερών; Συνεχίζουν να βομβαρδίζουν. Το χειρίστο βεβαίως είναι η στάση της Τουρκίας, επί της οποίας έχουμε δυνατότητες επιρροής γιατί, αυτή τη στιγμή που μιλάμε, βρίσκεται επίσημα σε ενταξιακό καθεστώς. Και τι είπε η Τουρκία; Λέει ότι θα συνεχίσει τις επιχειρήσεις της παραγνωρίζοντας την απόφαση του Συμβουλίου Ασφαλείας. Φυσικά θα μπορούσε να μιλήσει για ώρες για τις παραβιάσεις εκ μέρους της Τουρκίας αλλά μια μόνο φράση αρκεί: από το 1974 κατέχει μέρος της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην Κύπρο.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Phil Hogan, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, I would like to thank the honourable Members for their comments. From this debate I think we can conclude that we all share a common interest in the promotion and protection of human rights in the multilateral forums. Of course there is room for improvement and room to further improve their effectiveness in terms of organisation as well, but it is equally essential not to underestimate their importance. Multilateral engagement remains a vital component of an effective and strong EU policy in the field of human rights and beyond.

Since the adoption of the Universal Declaration of Human Rights 70 years ago, the international human rights system has continued to show great resilience and it remains the single most effective framework through which we can address concerns and aspire to build a better world in the future for all of us, which should be our duty and our calling. So once again, Mr President, I want to signal our appreciation of Parliament in its role in keeping this important issue on the international agenda.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Ignazio Corrao (EFDD), per iscritto. – A Ginevra, la 37a sessione del Consiglio dei diritti umani, quest'anno è ancor più significativa, perché si celebra anche il 70° anniversario della Dichiarazione universale dei diritti umani. Richiamo l'attenzione sulla grave situazione in cui operano giornalisti ed attivisti dei diritti umani nelle varie parti del mondo. È inaccettabile la serie di aggressioni, violenze e omicidi troppo spesso dimenticati. Mi associo al rammarico di alcuni miei colleghi per il fatto che il Consiglio non abbia previsto un riferimento al trattato vincolante delle Nazioni Unite sulle imprese e sui diritti umani, un importantissimo processo normativo attualmente in corso.

21. Begriffsbestimmung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen sowie Schutz geografischer Angaben für Spirituosen (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Pilar Ayuso im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit über die Begriffsbestimmung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen, die Verwendung der Namen von Spirituosen bei der Aufmachung und Kennzeichnung von anderen Lebensmitteln sowie den Schutz geografischer Angaben für Spirituosen (COM(2016)0750 - C8-0496/2016 - 2016/0392(COD) (A8-0021/2018)).

Pilar Ayuso, ponente. – Señor presidente, señor comisario, en primer lugar, quiero agradecer a los ponentes alternativos su colaboración en este dossier. También quiero agradecer a las Secretarías de la Comisión ENVI y del Grupo PPE, así como a mi asistente, su colaboración, y también a los servicios de la Comisión, que han estado siempre prestos a aclararnos cualquier duda sobre este informe.

El objetivo es modificar el Reglamento (CE) n.º 110/2008 sobre bebidas espirituosas que está actualmente en vigor. Este Reglamento es un muy buen reglamento y no se trata de cambiar lo que funciona bien, pero era necesaria su modificación para adecuarlo al Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. La legislación existente tiene que ser coherente con los nuevos instrumentos jurídicos introducidos en el Tratado de Lisboa y de eso trata, fundamentalmente, esta revisión.

Al mismo tiempo, los ponentes alternativos y yo misma consideramos fundamental el mantenimiento de las prerrogativas que tiene el Parlamento bajo la legislación en vigor. Por ello, hemos introducido una serie de enmiendas que introducen actos delegados para proteger los derechos actuales del Parlamento.

En relación con este mismo tema, hemos modificado la propuesta para que estos actos delegados no incidan sobre los elementos esenciales del Reglamento y, además, proponemos limitar en el tiempo estos poderes para que tengan una duración de cinco años con la posibilidad de que puedan ser prorrogados por un periodo equivalente.

La Comisión, en su propuesta, propone armonizar los procedimientos de gestión de las indicaciones geográficas en el sector de las bebidas espirituosas con los que están ya vigentes para los productos alimenticios en general y, para ello, introduce una modificación importante en el capítulo III que regula las indicaciones geográficas.

Este cambio era necesario, y el Parlamento lo comprende y comparte ya que es necesario armonizar los distintos regímenes aplicables, pero, al mismo tiempo, hay que dar cabida a las cuestiones específicas del sector de las bebidas espirituosas. Por ello, hemos introducido una serie de enmiendas en este sentido.

Otra de las modificaciones esenciales de la propuesta es la supresión del anexo III, que está en el Reglamento (CE) n.º 110/2008, sobre indicaciones geográficas. En su lugar, la propuesta de la Comisión introduce un registro electrónico de manera similar a lo establecido en las denominaciones de origen protegidas y las indicaciones geográficas para vinos y alimentos.

Este registro electrónico es un instrumento innovador y de fácil acceso. Sin embargo, dada la importancia del registro, proponemos la participación del Parlamento en futuras modificaciones del mismo mediante actos delegados.

Tanto el Reglamento (CE) n.º 110/2008 como esta propuesta no establecen el contenido máximo de azúcar a la hora de redondear el sabor. Hay Estados miembros que tienen una legislación nacional para determinadas categorías y establecen un límite máximo, y otros que no tienen nada. El Parlamento ha considerado necesario establecer un límite para cada categoría, pero siempre respetando el límite más alto ya existente en las legislaciones nacionales para cada categoría.

También es importante destacar, dentro del sector de las bebidas espirituosas, la existencia de métodos tradicionales y centenarios para su producción y envejecimiento, y es necesario y justo reconocerlos y perpetuarlos en la legislación.

En definitiva, esta es una propuesta de carácter fundamentalmente técnico y tenemos que ceñirnos a ello. Yo soy consciente, no obstante, de que los temas relacionados con la salud y la protección de los consumidores respecto al consumo excesivo de alcohol nos preocupan a todos, pero este no es el cuerpo normativo adecuado en el que debemos tratar esta problemática. Estoy en contra de incluir en este Reglamento aquellas enmiendas que hablen de indicar en el etiquetado de las bebidas espirituosas el contenido calórico nutricional, pero esto no quiere decir que considere que las bebidas alcohólicas deban estar exentas. Lo que ocurre es que no es el lugar para hacerlo. El lugar es el Reglamento (UE) n.º 1169/2011 sobre etiquetado nutricional.

Phil Hogan, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, on behalf of the Commission I'd like to express my appreciation to the Members of Parliament who have worked hard in recent months to examine and to improve the Commission proposal on the alignment of the spirit drinks regulation. In particular I wish to thank Ms Ayuso, as rapporteur, and the shadow rapporteurs for their work.

The current Regulation (EC) No 110/2008 was the last CAP regulation still left to be aligned to the Lisbon Treaty.

The spirit drinks sector is strategic for EU geographical indications (GIs) and is a top GI export category. It brings a significant value added to the EU agricultural sector. Given its importance and successful application, the Commission proposal did not seek to change the rules but merely to improve the legislative text and to simplify current lengthy and burdensome GI procedures in the spirit of simplification.

The Commission notes that most of the amendments voted by the Committee on Environment, Public Health and Food Safety Committee last month go in this direction and provide real improvements to the text. However we do regret the position of the Environment Committee in favour of withdrawing many of the empowerments that in the past years have allowed the Commission to maintain the current regulation in line with the actual needs of the market. In its proposal, the Commission has used these empowerments only when necessary to supplement provisions of the basic act and adopt uniform rules for implementation that are currently dealt with by means of Commission regulations or that may need to be tackled in the future.

The Commission has divided those empowerments into delegated and implementing acts. There is little margin of manoeuvre for the definition of these empowerments so therefore the Commission considers to have proposed an appropriate balance in compliance with the requirements of the Treaty.

I would point out that the empowerments currently provided for in the regulation that I've mentioned are wider than the empowerments proposed for the alignment, as those did not need to be framed by specific conditions for their implementation as is the case under the Lisbon Treaty. In particular, we need to maintain a sufficiently flexible framework to allow changes in spirit drink categories. If the structure is too rigid we will not be able to respond to the needs of the sector as the Commission has done by amending the Regulation annually since 2012, always upon request of Member States and always with the support of the sector.

Furthermore, amendments to definitions and categories are already subject to the scrutiny of the Parliament and the Council. The Commission can amend them under the regulatory procedure with scrutiny which, however, no longer exists under the Lisbon Treaty.

Turning to the proposal to introduce the possibility of using ethyl alcohol from beer in the production of spirit drinks, the Commission acknowledges the issues at stake. Nonetheless, we would prefer not to open the door to the use of ethyl alcohol not obtained from agricultural products that are listed in Annex 1 to the Treaty, as is currently the case. In fact, we considered that spirit drinks, and alcoholic beverages in general, should continue to be produced on the basis of high-quality agricultural products to preserve their reputation worldwide.

Using a by-product of beer production to produce other alcoholic beverages may undermine the prestige of those products.

As regards the chapter on geographical indications, we would prefer to maintain the current definition of spirit GI, which is in line with the TRIPS agreement – meaning that geographical indications are all indications identifying spirit drinks linked to a geographical area, and not only the indications which are already registered.

In addition we hope to conclude the validation of the established GI before the adoption of the new regulation. However, we should be allowed to continue that process in the new legal framework in cases where such an examination has not been concluded. Therefore we need to maintain a legal basis for that purpose.

We remain confident that these and other issues will be resolved smoothly during the forthcoming trilogue negotiations, given the collaborative spirit of all concerned in these institutions and in the common objective of reaching the most balanced and satisfactory result which allows for a modern framework for the growth of the spirit sector.

Nicola Danti, *relatore per parere della commissione per il commercio internazionale*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, il settore delle bevande spiritose, con 10 miliardi di euro nel 2016, rappresenta l'8 % delle esportazioni agroalimentari europee. Per questo, il provvedimento riveste una particolare importanza non solo per il mercato interno, ma anche per il commercio internazionale di tali prodotti.

Nello specifico, il contributo della nostra commissione si è focalizzato su tre punti. Il primo è il nuovo registro elettronico, che dovrà avere caratteristiche di trasparenza e accessibilità e sarà aperto alla registrazione delle produzioni di qualità dei paesi con cui stipuliamo accordi. Il secondo riguarda la reintroduzione in etichetta della traduzione addizionale dei nomi originali protetti, elemento essenziale per facilitare la riconoscibilità di tali prodotti nei paesi terzi. Il terzo, infine, è il rafforzamento della tutela delle indicazioni geografiche contro la contraffazione e gli abusi. Il regolamento, infatti, prevede per la prima volta la possibilità di intercettare e bloccare quei prodotti che utilizzano in maniera fraudolenta le indicazioni geografiche e che transitano sul territorio dell'Unione per raggiungere i paesi terzi.

Sofia Ribeiro, *rapporteur for the opinion of the Committee on Agriculture and Rural Development*. – Mr President, I would like to apologise on behalf of Angélique Delahaye, rapporteur for the opinion of the Committee on Agriculture and Rural Development, who unfortunately could not be here today. On her behalf, I would like to share some key points with you.

First of all, I would like to thank Pilar Ayuso for the work that she has done. It is a good base for the negotiation to come with the Council.

I would also like to point out that this dossier is more technical than political, and it does not deal with health issues. Nonetheless, it is of great importance for all the spirit sectors, especially in regard to European exports. The production of spirit drinks in Europe accounts for the second biggest share.

In fact, the system of the protection of geographical indications plays a huge role in the EU's trade policy. Europe not only succeeds in obtaining protection for its quality labels on external markets, but also encourages third countries to set up equivalent systems, and this is a very important issue for us. I would also like to highlight the diversity of the products. It is impossible to have a one-size-fits-all approach. As each Member State has its own culture and tradition that is reflected in consumer habits, it makes sense that labelling also acknowledges each country's specificities.

Renate Sommer, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich danke zunächst einmal der Berichterstatterin Pilar Ayuso für ihren Bericht, der ja ein sehr technischer ist.

Ich selber möchte ich hier zwei Punkte ansprechen, die eher politischer Natur sind, die mich aber besonders wichtig sind, nämlich: Ethylalkohol aus Bier und die mögliche Auslobung „hergestellt ohne Zuckerzusatz“. Ethylalkohol aus Bier unterscheidet sich in keiner Weise von Ethylalkohol aus Wein. Aber trotzdem darf der Bieralkohol bisher nicht für die Herstellung von Spirituosen verwendet werden. Das geht zurück auf eine rein politische Entscheidung aus dem Jahr 1958, und die lautet, dass Spirituosen nur aus Erzeugnissen landwirtschaftlichen Ursprungs hergestellt werden dürfen. Bier wurde damals, vor 60 Jahren, nicht als solches Erzeugnis eingestuft – ohne fachlichen oder gar wissenschaftlichen Hintergrund.

Ich denke, das muss beendet werden, denn de facto ist Bier natürlich aus Erzeugnissen landwirtschaftlichen Ursprungs hergestellt. Es gilt hier eine Ungleichbehandlung zu beenden. Es kann nicht sein, dass der wertvolle Bieralkohol – der in der Herstellung teurer ist als der Weinalkohol und deswegen auch nicht die große Konkurrenz für den Weinalkohol darstellen wird – nur für Kosmetika oder Treibstoff verwendet werden darf.

Zum Thema Zucker: Es muss erlaubt sein, dass ausgelobt werden darf, wenn Spirituosen kein Zucker zugesetzt wurde. Das ist ein Qualitätsmerkmal – wenn man hochwertige Früchte verwendet, braucht man keinen Zuckerzusatz – eine wertvolle Information für den Verbraucher, und es widerspricht auch nicht der *Health Claims*-Verordnung. Ich verweise dazu auf den Artikel 3 b sowie insbesondere auf Artikel 4, der gegebenenfalls einzelstaatliche Lösungen gestattet. Ich bitte auch die Kommission, da in sich zu gehen.

Susanne Melior, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Spirituosen – das ist hier schon gesagt worden – sind ein wichtiges Exportgut der Europäischen Union. Wir verdienen damit im Jahr etwa 10 Milliarden Euro – also ein ganz, ganz wichtiges Produkt.

Der Kommissar hat den Hauptkritikpunkt, den Hauptstreitpunkt vorhin schon angesprochen – einen Streitpunkt, der vermutlich zwischen Parlament und Kommission auch bleiben wird. Es geht um den Anhang, in dem 47 Kategorien von Spirituosen aufgeführt werden. Die Kommission möchte Veränderungen an dieser Stelle per delegiertem Rechtsakt vornehmen. Wir als Parlament sehen das deutlich anders. Wir sagen: Das ist ein Kernstück der Verordnung und sollte somit auch der Gesetzgebung des Parlaments anheimgestellt bleiben.

Ich will auch noch etwas zur Vielfalt der Spirituosen sagen, die wir in der EU haben.

So wird Wodka mal mit W, mal mit V geschrieben, und auch die Zugabe von Milch oder Sahne im Advocat oder Eierlikör ist unterschiedlich geregelt. Auch darauf sind wir eingegangen.

Vielen Dank an Frau Ayuso. Ich wünsche uns weiter viel Genuss in Vielfalt.

Ulrike Müller, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kollegen! Europäische Spirituosen haben weltweit einen erstklassigen Ruf und werden dementsprechend nachgefragt. Mit einem Exportvolumen von zehn Milliarden Euro stellen sie den größten Anteil der europäischen Agrifood-Exporte. Aber nicht nur das: Der europäische Spirituosen Sektor ist traditionell eng an die Landwirtschaft geknüpft; neben einigen großen Herstellern ist er noch überwiegend klein und mittelständisch geprägt. In meinem Mitgliedstaat, Deutschland, gibt es derzeit etwa 16 000 kleinbäuerliche Brennereien.

Ohne Zweifel sind Spirituosen für unseren Außenhandel, aber auch für die Erhaltung eines lebendigen ländlichen Raumes von Bedeutung. Deshalb möchte ich mich herzlich bei der Berichterstatteerin und den Kollegen bedanken. Ich denke, dass wir gute Vorschläge erarbeitet haben, wie die Spirituosenverordnung zukunftsfest gemacht werden kann. Für die vielen kleinen und mittelständischen Brennereien wird das System der geografischen Indikation vereinfacht, und aus Sicht der Konsumenten schaffen wir beispielsweise durch klare Regeln zur Abrundungszuckerung mehr Transparenz.

Lynn Boylan, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur for her work on this file. It may be a technical file, but we do have a duty as elected representatives to protect citizens and their health. I am fully aware that the spirits drinks industry is due to present a self-regulatory proposal for nutritional information, but it is because of this, rather than in spite of this, that I am proposing the two amendments to include the nutritional declarations on spirit drinks and allow for other voluntary nutritional information on the labelling. Any sort of self-regulating proposal will not suffice when it comes to providing citizens with clear information on the products that they buy, and we have an opportunity now to fulfil that.

Consumers' rights to information should prevail over business interests. The Commission's report in this matter from March last year identified a knowledge deficit for consumers regarding nutritional information on alcoholic beverages. It also found that there were no grounds to exempt spirit drinks from the Food Information to Consumers Regulation and identified a clear desire among consumers for this information. I would also echo the calls of my colleagues to reject the use of beer alcohol in the production of spirit drinks.

Marco Zullo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le bevande cosiddette spiritose, quindi liquori e distillati, godono di un regime normativo differente. Questo è giusto, in ragione della peculiarità di queste filiere; tuttavia questa specialità deve essere legata a elevati standard qualitativi che devono sempre essere garantiti.

Molti produttori di questo settore – spesso sono piccole e medie imprese – si caratterizzano per metodi di produzione tradizionali, per l'utilizzo di materie prime di altissima qualità, per i rigidi controlli a tutela della salute del consumatore. Per questi produttori virtuosi che puntano a prodotti di qualità, abbiamo il dovere di fornire norme chiare e misure efficaci per combattere la contraffazione, e questo ancora di più quando parliamo di prodotti DOP o IGP, quindi con indicazione geografica. Troviamo infatti sul mercato prodotti alterati per lucrare e bevande che sfruttano la notorietà di nomi affermati senza averne i requisiti, traendo così in inganno i consumatori. Quello che deve fare l'Unione è porre freno a queste pratiche illegali con voce chiara e ferma.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, as one who's off all alcohol for Lent, I can't claim to be in high spirits as we discuss these spirits files, but it was a pleasure for me to work on this file on behalf of the PPE/INTA with Pilar Ayuso, Nicola Danti and others. As Commissioner Hogan has pointed out, the Commission's proposal was put forward to align EU legislation on spirit drinks with the Lisbon Treaty. In addition, it was supposed to contain minor technical adjustments and replace the existing procedures for the management of geographical indications in the spirit drinks sector with new procedures modelled on the more exhaustive and well tested procedures for agricultural products and foodstuffs.

Pilar Ayuso and her team have done great work on this legislation. It is not easy to satisfy all Member States, and the work is ongoing, as the Commissioner pointed out. Ireland was satisfied with Regulation 110/2008, and in general did not expect or see the need for a wide ranging discussion on, or reinterpretation of, the spirits regulation that this realignment exercise has turned into. There are a few issues that affect my own country of Ireland, and these would need to be discussed further, such as the system of aging or the issue of Article 8.5 and flavouring, among others. I hope that the trilogues will be able to sort these out to everybody's satisfaction.

Finally, in my country a few years ago there were only four distilleries; now there are 18. This indicates the growth in exports for these wonderful products. I know that Commissioner Hogan has done tremendous work, especially in the Asean countries, to grow agricultural exports in spirits and others as well.

Pavel Poc (S&D). – Já gratuluji kolegyni Pilar Ayusové i stínovým zpravodajům k výsledku, protože předložené znění je v mnoha ohledech přehlednější a konzistentnější než znění stávajícího nařízení.

Jsem spokojen s tím, že je stanoveno maximální množství cukru a sladivých látek, kterými lze lihoviny doslazovat, maximální obsah cukru totiž nebyl v původním nařízení stanoven a jde jasně o významné zlepšení.

Z pohledu mé země jsem především spokojen s tím, že se podařilo zachovat výjimku z výroby slivovice, protože slivovice vyráběná v ČR za použití přídavku lihu zůstala v návrhu nařízení ve stejném znění jako ve stávajícím, což je jednoznačně správné rozhodnutí.

Doporučil bych hlasovat proti pozměňovacím návrhům 27, 28. Zastáváme názor, že v oblasti možnosti použití lihu z piva do alkoholických nápojů a lihovin platí status quo, tzn. nerozšiřovat suroviny, ze kterých lze líh vyrábět, je lepší.

Herbert Dorfmann (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in der Kürze der Zeit nur kurz auf die Frage der Zumischung von Alkohol aus Bier zu Spirituosen eingehen.

Natürlich ist Ethanol, das aus der Verarbeitung von alkoholfreiem Bier kommt, auch Ethanol. Genau gleich, wie man Ethanol eben aus den Nebenprodukten der Weinbereitung, aus Zuckerrüben, aus Mais und auch vielen anderen Dingen herstellen kann. Darum geht es ja gar nicht. Es geht darum, dass vor Jahrzehnten für die Nebenprodukte der Weinbereitung dieser kleine Wettbewerbsvorteil geschaffen wurde, dass diese Produkte eben Spirituosen beigemischt werden können, während das Nebenprodukt aus der Bierbereitung, das ja zugegebenermaßen erst in den letzten Jahren aufgetaucht ist – seit wir eben im alkoholfreies Bier haben –, halt ein Abfallprodukt ist und diesen Vorteil nicht hat. Ich denke, wir sollten uns schon gut überlegen, ob wir ohne jedes Wissen, von welchen Mengen wir hier überhaupt reden und was da auf uns zukommt, das jetzt einfach über Bord werfen, der ob wir diesem Abfallprodukt – denn um ein Abfallprodukt handelt es sich am Ende in der Bierherstellung – diese zusätzliche Veredelung geben sollten und zulassen sollten, dass es Spirituosen beigemischt werden kann.

Ich werde mich jedenfalls morgen in der Abstimmung dafür aussprechen, dass wir den heutigen Status quo aufrechterhalten, dass also nach wie vor bei der Herstellung von Spirituosen jenen Produkten der Vorzug gegeben wird, die eben aus der Destillation von Nebenprodukten der Weinproduktion kommen.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, informações puníveis e credíveis sobre o conteúdo e a valorização das práticas tradicionais e dos territórios de origem são duas componentes-chave para que a União Europeia cumpra os seus objetivos de transparência e de identidade no domínio das bebidas espirituosas.

É fundamental também valorizar a dimensão histórica, cultural e económica associada aos métodos tradicionais de produção, defendendo as denominações de origem, garantindo a sua fiabilidade e protegendo as práticas associadas à diferenciação de produtos de elevada qualidade.

É muito importante que se assegure, em particular, que no quadro do envelhecimento dinâmico dos brandies seja respeitada a fórmula específica que foi aprovada em sede da comissão parlamentar.

Num quadro de massificação do comércio global no que diz respeito também às bebidas espirituosas, a União Europeia deve dar o exemplo porque, dando esse exemplo, garante aos consumidores uma informação relevante para fazerem as suas opções de compra e melhora a sua capacidade competitiva em termos comerciais.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, najprije želim zahvaliti gospodi Ayuso Pilar i čestitam na ovom dosjeu. Shvaćam da je ovo tehnički dosje i da se radi o usklađivanju s novim zakonima i usklađivanju s Lisabonskim sporazumom.

Smatram da je ovaj *report* odličan temelj za daljnje pregovore, vodeći računa da imamo 8 % izvoza iz ovog sektora i da se vrti 10 milijardi eura u ovom sektoru, ovo je jedan vrlo važan dosje, a mene posebno zanimaju proizvodi sa zaštićenim porijeklom, ali i sustav oznaka zemljopisnog porijekla.

Treba voditi računa o tradicionalnoj proizvodnji alkohola i nadam se da će to Komisija također uvažiti. Ono što je važno je novi *online* registar, također, dodatni popis zaštićenih proizvoda te zaštita proizvoda od krivotvorenja. To je ono na što bih ja stavila akcent.

Meni je ovo prigoda spomenuti dubrovačku malvasiju, posebno vino iz dubrovačkog kraja koje se proizvodi još od vremena Dubrovačke Republike i koje se spominje u starom Dubrovačkom statutu i nadam se da je ovo prigoda za razgovarati i uvrstiti i ovaj proizvod na dodatnu listu proizvoda zaštićenog porijekla. Mislim da ćemo naći sporazum, dogovoriti se između Komisije i Parlamenta i da će Parlament zadržati ulogu koju je i dosada imao.

Dakle, podržavam sve ono što je odbor ENVI dosada zaključio.

Miroslav Mikolášik (PPE). – Vážení priatelia, vážený pán komisár, tento text o alkoholických nápojoch, o liehovinách, ich použití, ich názvoch a tiež o ochrane zemepisných názvov je veľmi technický, ale som rád, že sme všetci konštruktívne dospeli k dobrému výsledku.

Je tu aj významná zmena, že pre platné nariadenie bude v budúcnosti zmenený právny základ. Tento legislatívny text má významný dopad na poľnohospodárstvo aj preto, že etylalkohol používaný na výrobu liehovín musí byť poľnohospodárskeho pôvodu. Je to veľká exportná komodita. Európska únia exportuje ročne desať miliárd, je to taká vlajková loď Európskej únie. Kvalitný alkohol sa vyváža do cudziny, vrátane slovenských alkoholov borovičky, slivovice, a verím, že tieto zemepisné názvy, ktoré aj na Slovensku máme, ako aj bolo dojednané v tomto texte, budú naďalej v novom texte zachované a riešené.

Tiež som veľmi spokojný s tým, že bol stanovený maximálny obsah cukru pri výrobe liehovín a to je len správne.

Spontane Wortmeldungen

Michaela Šojdrová (PPE). – Po 10 letech tedy máme na stole nové nařízení, které se týká lihovin, a já oceňuji ty změny, které přinášejí zjednodušení pravidel.

Považuji za správné, aby při výrobě lihovin bylo možné použít i etylalkohol, který vzniká při výrobě nealkoholického piva. Pravidla je potřeba přizpůsobit nové realitě a tou je také vyšší produkce nealkoholického piva. Neexistuje žádný věcný důvod, proč by výrobci měli být omezeni v tom, jak se zbytkovým etylalkoholem naložit. Proto, na rozdíl od některých kolegů, podporuji pozměňovací návrhy, které jeho využití umožní.

Export by také mohl ohrozit změna jazykového režimu, který by omezil užívání zeměpisného označení pro třetí země, pro export v jazyce těchto třetích zemí. Budu tedy podporovat také pozměňovací návrh v této oblasti a měla by také platit ochrana tradiční receptury pro výrobce a spotřebitele. V ČR je pozitivní to, že u slivovice se podmínky měnit nebudou.

PŘEDSEDNICTVÍ: PAN PAVEL TELIČKA

místopředseda

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señor presidente, quiero sumarme a las felicitaciones a la ponente, Pilar Ayuso, y a todo el equipo de ponentes alternativos, porque creo que ha quedado una magnífica propuesta para el proceso de negociación de trílogo. Creo que se ha hecho un gran trabajo de actualización y que se ha atendido a todas las necesidades y variedades locales.

Quiero especialmente agradecer el trabajo que se ha hecho con la incorporación del modelo aplicado a una bebida espirituosa muy conocida, como el *brandy* de Jerez, un modelo en el que, en cuanto al redondeo del sabor final del producto, se suele utilizar vino dulce natural. Este redondeo se llama de «solera y crianza» y es algo muy tradicional recogido en la legislación nacional. Esto viene recogido en la propuesta —de lo que me alegro—, como otras variedades y métodos tradicionales, y me felicito por ello.

Quiero igualmente referirme a las enmiendas sobre los perfiles nutricionales. Yo no estoy en contra; estoy en contra de las enmiendas: este no es el sitio. Hay que aguardar al Reglamento del etiquetado y hacer ahí las aportaciones oportunas.

Marc Tarabella (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, avec un excédent commercial annuel avoisinant les 10 milliards d'euros, soit 8 % du total des exportations agroalimentaires européennes, le secteur des boissons spiritueuses est l'un des secteurs les plus importants en la matière et génère autour d'un million d'emplois.

Jusqu'à présent, le règlement (CE) n° 110/2008 instituait un cadre réglementaire pour ces boissons spiritueuses qui, de manière générale, satisfaisait les professionnels du secteur. C'est donc la modernisation globale de cette législation qui est au centre de nos préoccupations.

Je me félicite que l'article 43, paragraphe 2, du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne ait été introduit comme base juridique, procurant ainsi un ancrage agricole à cette législation. En effet, les boissons spiritueuses représentent un débouché important pour la production agricole de l'Union européenne, que ce soit en termes qualitatifs ou quantitatifs. D'ailleurs, l'alcool utilisé dans la production de boissons spiritueuses doit être d'origine agricole.

Je termine en disant qu'il est crucial que les consommateurs puissent légitimement être sûrs, en toute confiance, qu'au sein de l'Union, toute boisson étiquetée comme la vodka, le whisky ou le rhum, est le produit auquel ils s'attendent.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι γεωγραφικές ενδείξεις και η ονομασία προέλευσης των αλκοολούχων ποτών αποτελούν άυλα συλλογικά αγαθά τα οποία είναι απαραίτητο να προστατεύονται από την Ευρωπαϊκή Ένωση γιατί συμβάλλουν στην ανάπτυξη. Αυτό ισχύει ειδικότερα, κύριε Hogan, για την Ελλάδα η οποία παράγει πλήθος παραδοσιακών ποτών, όπως είναι η τσικουδιά, το τσίπουρο και το ούζο. Η προστασία των γεωγραφικών ενδείξεων για τα αλκοολούχα ποτά τίθεται συνεχώς σε κίνδυνο λόγω των διεθνών συμφωνιών απελευθέρωσης εμπορίου που υπογράφει η Ευρωπαϊκή Ένωση με τρίτες χώρες, όπως είναι η CETA. Επιπλέον και παρά τις πιέσεις της Επιτροπής, δεν πρέπει στην Ελλάδα να καταργηθεί ο μειωμένος ειδικός φόρος κατανάλωσης για τα εθνικά παραδοσιακά ποτά, όπως είναι η τσικουδιά και το τσίπουρο, γιατί πρέπει επιτέλους η Ευρωπαϊκή Ένωση να προστατεύσει τους μικροπαραγωγούς τσικουδιάς και τσίπουρου και όχι τις πολυεθνικές του ουίσκι και του τζιν. Αποσύρете λοιπόν την προσφυγή κατά της Ελλάδος στο Δικαστήριο της Ευρωπαϊκής Ένωσης!

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, stimați colegi, este important pentru consumatori din Uniunea Europeană ca aceștia să găsească pe etichete ingredientele și informațiile nutriționale care intră în compoziția tuturor băuturilor alcoolice și acest lucru este necesar pentru a asigura un nivel ridicat de protecție a consumatorilor, dar și pentru a asigura prevenirea practicilor frauduloase, precum și transparența pieței și o concurență loială.

Tocmai de aceea este benefic atât pentru industrie, cât și pentru consumatori să avem la nivelul Uniunii în cel mai scurt timp o propunere de reglementare care să vizeze furnizarea de informații cu privire la ingredientele și conținutul nutrițional al băuturilor alcoolice. Asemenea măsuri vor putea contribui la protejarea reputației pe care băuturile spirtoase produse în Uniune au dobândit-o pe piața mondială, respectându-se practicile tradiționale utilizate în procesul de producție a băuturilor spirtoase.

Consider important ca inovarea tehnologică să ocupe un loc important în acest sector în contextul în care ea poate contribui la îmbunătățirea calității fără a afecta caracterul tradițional al băuturilor spirtoase în cauză.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, spirit drinks are among the products covered by the EU protective scheme based on geographical indication. It is important to have rules concerning the protection of these products and to have regulations for making management procedures for spirit drinks more homogeneous. Therefore, I support the modification of geographical indications, as the different schemes for geographical indications in the European Union need to be harmonised, taking into consideration, however, the specificities of the spirit drinks sector of each and every Member State.

I welcome any action which would lead to increased consumer protection and stronger protection of consumer interests. It is of great importance that consumers, when buying anything labelled as vodka, whisky or pálinka on the EU market, have confidence that they will receive exactly what they expect – the original product and not a fake – and unfortunately there are still lots of fake products on the market.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε η πρόταση κανονισμού για τα αλκοολούχα ποτά παρουσιάζει κάποιες ατέλειες. Κατ' αρχάς, δεν ανταποκρίνεται στις αρχές της επικουρικότητας και της αναλογικότητας και δεν λαμβάνει υπόψη ότι, λόγω της φύσεως των αλκοολούχων ποτών, πρέπει να προστατεύονται οι γεωγραφικές ενδείξεις των προϊόντων αυτών. Σε περίπτωση κατά την οποία τεθεί θέμα άρσης αυτής της προστασίας, πρέπει να αποτελέσει αυτό πρωτοβουλία του κράτους μέλους και όχι της Επιτροπής. Επίσης η εμφιάλωση και η συσκευασία των αλκοολούχων ποτών πρέπει να γίνεται εντός της οικείας γεωγραφικής περιοχής για να προστατεύονται η ποιότητα και τα ιδιαίτερα χαρακτηριστικά τους. Σε διαφορετική περίπτωση, υπάρχει κίνδυνος αυτά να νοθευτούν και να μην προστατεύεται ο καταναλωτής. Τέλος, στην Ελλάδα η παραγωγή των παραδοσιακών αλκοολούχων ποτών, όπως είναι το ούζο, η τσικουδιά και το τσίπουρο, πρέπει να προστατεύεται διότι οι παραγωγοί αυτών των προϊόντων έχουν μικρές οικογενειακές επιχειρήσεις και, εάν αρθεί αυτή η προστασία, θα υποστούν οικονομική καταστροφή.

(End of catch-the-eye procedure)

Phil Hogan, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank all those who have contributed to this evening's debate. There is a clear acknowledgment of the importance of the spirit drinks sector across the European Union, and I agree with Ms Ribeiro's and Mr Kelly's assessment that the work undertaken by the rapporteur and Parliament as a whole is a good basis for taking the negotiations forward and into the trialogues. Mr Marias knows very well that the Commission has achieved geographical indications protection for many Greek products where it was difficult to achieve, particularly in relation to free trade agreements such as CETA and SADC and with Vietnam and Japan. We will do so again in negotiations that are ongoing.

It seems to me that there are a relatively small number of political issues which need to be resolved, though I would recall the reservations that I mentioned in my opening remarks, particularly around empowerments. Other issues were mentioned here this evening as well, one of which Ms Boylan and Ms Aguilera García mentioned, which was around nutrition labelling.

I hope that, following the plenary vote, the Council will move quickly to adopt its mandate in order to allow us to start trialogues. I am confident that together we can reach an agreement that meets most people's concerns and continues to support the strong European spirits and drinks sector, which, as Mr Tarabella mentioned, is worth EUR 10 billion and one million jobs in the European Union.

Pilar Ayuso, ponente. – Señor presidente, muchas gracias a todos los que han intervenido. Yo entiendo que este es un buen informe, con la ayuda de todos, con las enmiendas de todos, y que es verdad que tenemos un problema subyacente importante —en el fondo estamos de acuerdo en todo— que es el problema del alcohol de la cerveza. Hay argumentos a favor y argumentos en contra, y todos son válidos. Pero yo soy consciente de que para este tipo de bebidas siempre se ha utilizado alcohol de productos vegetales del anexo II, y la cerveza no es un producto del anexo II, aunque sí es cierto que el alcohol de la cerveza tiene su origen en productos vegetales. En cualquier caso, veremos qué sucede en la votación mañana.

Por último, lo que yo quisiera es solicitar su apoyo para obtener un mandato y poder así comenzar las negociaciones con el Consejo. Espero que con la ayuda de los ponentes alternativos, del Consejo y de la Comisión podamos llegar a conseguir un buen reglamento, a la altura del que tenemos actualmente, que proteja un sector tan importante —como se ha dicho aquí— como es el sector de las bebidas espirituosas.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 1 March 2018.

Written statements (Rule 162)

Esther Herranz García (PPE), *por escrito*. – Quiero felicitar a la ponente de este informe por la gran labor que ha realizado. A mi juicio estamos ante un buen informe en términos generales que recoge cuestiones básicas como la necesidad de dejar clara la importante vinculación de este sector con la agricultura y el marco legislativo agroalimentario.

Este es un sector enormemente vinculado al saber hacer tradicional de muchas regiones europeas, y esto es algo que el informe deja claro. Debido a ello, es necesario que las diferentes legislaciones nacionales, redactadas con mejor conocimiento de cada realidad nacional y regional, sean respetadas por la normativa europea.

Como diputada española, una de mis mayores preocupaciones fue el reconocimiento por la legislación europea de los métodos de envejecimiento aplicados en la producción del *brandy*. Me alegra saber que esto ha sido efectivamente recogido tras la votación en la Comisión de Medio Ambiente y que serán aceptadas las menciones en el etiquetado al sistema de «criaderas y solera».

22. Lage der Grundrechte in der EU 2016 (Aussprache)

President. – The next item is the report by Frank Engel, on behalf of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, on the situation of fundamental rights in the EU in 2016 (2017/2125(INI)) (A8-0025/2018).

Frank Engel, *rapporteur*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, alors que nous commençons ce soir ce débat, nous nous trouvons encore sous le choc de l'assassinat d'un deuxième journaliste au sein de l'Union européenne en quelques mois. Ces assassinats lâches et abjects nous révèlent que, dans l'Union européenne, des gens sont déterminés à remettre en question de façon radicale la liberté d'expression – l'une des nombreuses libertés publiques, l'un des nombreux droits fondamentaux dont nous disposons. Ces assassinats nous montrent combien il est urgent de maintenir la veille pour les droits fondamentaux, pour le droit d'expression, pour notre liberté à tous, pour la liberté de ceux qui investiguent et dévoilent des faits qui, certes, ne sont pas agréables pour tous mais qui doivent être révélés au grand public parce que celui-ci a le droit de savoir.

Monsieur le Président, dans l'élaboration de ce rapport, nous sommes parvenus – et je m'en réjouis – à une entente quasiment œcuménique au sein de notre assemblée – du moins entre ses partis raisonnables et constructifs. Nous avons réussi à couvrir l'ensemble du terrain qui était à couvrir, moyennant 44 grands amendements de compromis. Cependant, nous nous sommes tout de même concentrés sur quelques grands thèmes. J'en avais proposé deux au début: l'état de droit et le phénomène migratoire, dans toutes ses déclinaisons et aussi dans son interaction avec l'état de droit, car l'état de droit et le respect des droits fondamentaux sont à la base de la construction européenne. On ne construit pas une communauté démocratique sur des bases autres que la prévisibilité de l'État, la raison de son action, l'absence d'arbitraire et la garantie des droits que les citoyens ont acquis au fil des siècles. Les critères de Copenhague existent, mais par la suite, ils n'existent plus trop, nous en avons de nouveau discuté cet après-midi, dans cette assemblée, dans le contexte de l'activation de l'article 7 contre la Pologne.

Il est évident que nous avons besoin d'instruments qui nous permettront à l'avenir de parvenir à une logique européenne de gouvernance dans laquelle nous sommes tous d'accord sur ce qui est acceptable et sur ce qui ne l'est pas, sur ce à quoi peut servir une élection et sur ce à quoi elle ne peut pas servir. Elle ne doit pas servir à changer fondamentalement la nature d'un État. Elle doit changer les politiques, politiques qui doivent pouvoir changer encore une fois après la prochaine élection, sans que la nature de l'État ne soit remise en question entre l'une et l'autre. Afin de parvenir à cette logique européenne de la gouvernance, ce Parlement a déjà suggéré, par une résolution votée le 25 octobre 2016, la mise en place d'un mécanisme européen pour la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux. Nous avons demandé à la Commission de faire siennes les idées contenues dans ce rapport. Je crois avoir compris, de la bouche du commissaire Timmermans, il y a un certain temps, qu'il veut s'atteler à cette tâche et je trouve que c'est louable.

Pour ce qui est du phénomène migratoire, Monsieur le Président, nous savons qu'il va continuer et qu'il vaut mieux que nous nous habituions à concevoir des politiques d'accompagnement au lieu de faire comme si nous allions arrêter les migrations. Les migrations ne s'arrêtent pas, elles ne se sont jamais arrêtées au fil de l'histoire. Il faut que nous inventions des voies légales pour la migration, y compris en l'absence de conflits. Il faut améliorer l'accueil des migrants, surtout des mineurs et des enfants, il faut investir lourdement dans la formation, l'éducation et le dialogue interculturel.

Je vous passe les autres éléments du rapport, Monsieur le Président, premièrement parce que mon temps touche à sa fin, deuxièmement parce que tout cela est consigné par écrit.

Je me réjouis du débat que nous allons avoir et j'aurai l'occasion d'y revenir encore une fois par la suite.

Věra Jourová, *členka Komise*. – Nejdříve mi dovoluť pozdravit naše krajany, kteří jsou podle mých informací na balkóně, dobrý večer, pěkně zdravím.

Yes, I am a politician after several years. But to be serious, for this is a very serious topic that we are going to discuss here today. First of all, let me start my contribution by strongly condemning the shocking murder of two innocent young people, one of whom was a brave journalist. This is not only an attack on people, it is an attack on freedom of speech and on democracy and our values, and I strongly believe that the Slovak authorities, maybe in cooperation with the European agencies, Europol and Eurojust, will find and punish the perpetrators so that we can see that justice works and justice lives in Slovakia and in the European Union.

Now let me come back to the report and start by thanking the rapporteur, Mr Engel, for drafting it. This is a very comprehensive report which touches upon a number of issues that are very relevant to the current context.

First, let me highlight the crucial importance of upholding EU values, including the rule of law and the rights enshrined in the Charter of Fundamental Rights. I assure you that the Commission is using all the means at its disposal to promote and uphold the rule of law, democracy and fundamental rights. This includes the application of the rule of law framework and the launching of infringement proceedings when needed, as well as triggering the mechanisms of Article 7 of the Treaty where necessary.

In line with its communication on the enforcement of EU law, the Commission has started to pursue a strategic approach with regard to infringement proceedings, in particular when respect for the EU Charter of Fundamental Rights is at stake. The Commission has initiated infringement proceedings to fight a key challenge, the segregation of Roma children in education, which is explicitly raised in the report. The Commission has mobilised and aligned its targeted and mainstreamed policy and funding instruments to promote inclusive reforms of public policies.

On the rule of law, as announced in 2018 work programme, the Commission will, towards the end of this year, present an initiative to strengthen its enforcement within the EU.

Secondly, you have raised the issue of the shrinking space for civil society in Europe. Within the last month the Commission has strongly affirmed the importance it attaches to the existence of a vibrant and free civil society and to regular and transparent engagement with civil society. We are monitoring developments at national level and will not hesitate to act when measures are taken in violation of Member States' obligations under the Treaties and the Charter of Fundamental Rights – just as we did in Hungary's case in December 2017, when we initiated proceedings in the Court of Justice concerning the Hungarian law on foreign-funded NGOs. We are also considering how to further support and empower civil society actors to help them perform their role and build resilience, encompassing that subject within the broader discussion on the next multiannual financial framework.

Thirdly and finally, the report very much underlines the need to take action against racism, intolerance, disinformation and toxic narratives, which are shrinking the space for well-informed democratic discussions in the public sphere and polarising our societies. We could not agree more. The Commission is leading the work on countering the increasingly worrying phenomenon of illegal online hate speech. Just this morning we have adopted a recommendation on measures to effectively tackle illegal content online. In this proposal we strike the right balance between the need to take effective measures against illegal content and ensuring that we can address the special challenges of terrorism content without stifling innovation or the exploitation of business opportunities offered in the online world.

The recommendation recognises that the need for measures may vary depending on the types of illegal content and combines the need for effective notice and action procedures with strong safeguards on over-removal and caution in areas where contextualisation is needed to determine the illegality of content when automatised means of detection are used without human intervention. The particular needs and urgencies relate to tackling terrorist content.

The recommendation sends a strong signal to industry on our expectations and keeps up pressure through the possibility of regulatory action. We are continuing to work intensively with Member States and civil society to step up the implementation of EU law on the ground, combat racism and xenophobia and ensure that prompt investigation, prosecution and proportionate punishment become a reality in Member States. The fight against intolerance starts with civil education and a deeper understanding by public authorities and institutions of the reasons behind this engagement of citizens with values. This year we are particularly supporting initiatives to re-engage citizens in the EU democratic process, not least in anticipation of the 2019 European elections, and we need to work together on this endeavour.

Předseda. – Vypadá to, že Češi mají pro jedinou v zasedacím sále většinu.

Anna Záborská, za skupinu PPE. — Vážený pán predseda, vážená pani komisárka, vďaka patrí môjmu kolegovi Frankovi Engelovi za vypracovanie tejto správy. Napriek tomu mám k tejto správe niektoré výhrady a týkajú sa troch okruhov: inštitucionálneho, migrácie a rodových otázok.

Po prvé, ak niektorý členský štát systematicky porušuje základné práva a oslabuje vládu zákona, je povinnosťou Komisie obrátiť sa na Európsky súdny dvor. Zavedenie akéhosi nového európskeho administratívno-politického mechanizmu nič nevyrieši.

Po druhé, téma migrácie a azylu predstavuje veľmi závažný a zároveň zložitý problém. O to viac by sme mali vždy jasne rozlišovať medzi utečencami a nelegálnymi migrantami. V opačnom prípade dospejeme k tomu, že začneme spochybňovať právo členských štátov rozhodovať o tom, kto a za akých okolností a podmienok môže vstúpiť a pobývať na ich vlastnom území.

Nakoniec je tu skupina návrhov týkajúcich sa sexuality, rodu, manželstva a reprodukčného zdravia. Mám vážne výhrady k viacerým paragrafom, ale spomeniem len jeden: je to výzva na politické ovplyvňovanie medicínskych postupov a štandardov. Je to pre mňa ako lekárku neprijateľné – Komisia, vlády ani poslanci jednoducho nemajú diktovať lekárskej vede, čo má považovať za chorobu a čo nie.

Cécile Kashetu Kyenge, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, ringrazio il collega Engel, con cui abbiamo portato avanti questo lavoro. Abbiamo iniziato questa tornata ricordando il giornalista slovacco brutalmente assassinato ieri, nonché tutte le vittime del giornalismo d'inchiesta. Ci siamo alzati in piedi, consapevoli che le libertà di espressione, di informazione e dei media sono fondamentali per garantire la democrazia e lo Stato di diritto. Le nostre società non possono svilupparsi senza un sistema dei media libero, indipendente, responsabile, fondato su principi quali la verifica dei fatti, le misure per limitare le notizie false, la protezione delle fonti e la sicurezza dei giornalisti.

Condanniamo con fermezza ogni forma di incitamento all'odio, comprese le sempre più frequenti dichiarazioni, da parte di leader politici e partiti, di idee politiche e discorsi razzisti e xenofobi. Nella risoluzione ricordiamo il legame intrinseco tra Stato di diritto e diritti fondamentali. Condanniamo senza mezzi termini ogni tipo di discriminazione fondata sul sesso, sulla razza, sul colore della pelle, sull'origine etnica e sociale e sull'orientamento sessuale.

Chiediamo alla Commissione di nominare dei coordinatori per l'afrofobia e l'antiziganismo e di potenziare la lotta contro le forme di razzismo e discriminazione verso afrodiscendenti e rom. Abbiamo riscontrato che i migranti e i rifugiati sono sempre più spesso vittime di atti di discriminazione e violenza e oggetto di politiche di chiusura da parte di altri Stati membri. Infine chiediamo a piena voce la solidarietà e il rispetto dei diritti fondamentali dei migranti richiedenti asilo, ma soprattutto, in materia di migrazione, che canali sicuri e legali verso l'Europa siano presto rafforzati.

Branislav Škripek, za skupinu ECR. — Vážený pán predsedajúci, aj ja keď som si prečítal túto správu, samozrejme, vidím na nej širokú prácu kolegu a predsa však som len nadobudol dojem, že Európa je akýmsi kontinentom strachu, ktorý je ovládaný fóbiami.

Spomína sa tu xenofóbia, transfóbia, islamofóbia, intersexfóbia, homofóbia, afrofóbia. Strach zo všetkých vrstiev, rás a skupinový identít. Neprimerane sa skupina homofóbov rozrastá o tých, čo majú odlišný názor na spôsob spoluzitia medzi ľuďmi, medzi mužmi a ženami.

Ja pozorujem fenomén, že ľudia začínajú mať strach verejne povedať svoj názor na zavádzanie nových sociologických a hodnotových rámcov. Takže kde sa stratilo právo nesúhlasiť? Toto je naše základné právo vyjadriť nesúhlas a ten nesúhlas ako názorová odlišnosť musí byť rešpektovaný. Prečo sú tí, čo majú odlišný názor, okamžite nálepkovani ako fanatici, populisti, fundamentalisti, bigoti?

Európa by sa nemala báť rozmanitosti, najmä nie tej názorovej. Opakované adresovanie výziev členským štátom na ratifikovanie kontroverzného Istanbulskeho dohovoru v tejto správe považujem za nenáležité a ďalšie porušovanie princípu subsidiarity. Tretina štátov istanburský dohovor ...

(Predsedajúci odobral rečníkovi slovo)

Cecilia Wikström, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, I wholeheartedly welcome the report as it addresses key challenges in the area of fundamental rights and also addresses the recent worrying developments in certain Member States. I would like to congratulate Mr Engel on a very comprehensive text which is also very timely. Some colleagues have already mentioned the recent attacks on freedom of speech. The assassination of journalists is an absolute disaster, a tragedy beyond words, and my heart reaches out to the people suffering now from the sorrow of the loss.

Rule of law, democracy and respect for fundamental rights must always be upheld, because they are the principles and values upon which the European Union was founded. I would just like to mention that the Common European Asylum System needs to be addressed. We are lacking this in the Union at this moment and we need to ensure that a resilient system is built, based on the participation of all Member States and the fair sharing of responsibilities, as is mentioned in the report. It is imperative that the rule of law also prevails in respect of those seeking asylum in our Union. We have all ratified the Geneva Convention, so it goes without saying that this is imperative. It is also imperative to defend and protect values and principles and to take action in any case of breaches of these values.

Κώστας Χρυσόγονος, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, η προστασία των θεμελιωδών δικαιωμάτων οφείλει να αποτελεί προτεραιότητα για την Ευρωπαϊκή Ένωση, τόσο στο εσωτερικό της, όσο και στις εξωτερικές της σχέσεις. Η συρρίκνωση των δικαιωμάτων, η οποία παρατηρείται σε κρίσιμους τομείς, όπως είναι τα κοινωνικά δικαιώματα, δεν επιτρέπει κανένα εφησυχασμό. Η έκθεση που συζητούμε σήμερα δεν τονίζει επαρκώς τα ελλείμματα προστασίας των θεμελιωδών δικαιωμάτων στην πράξη. Είναι χαρακτηριστικό ότι δεν γίνεται καμία αναφορά στις επιπτώσεις που επιφέρει η εφαρμογή προγραμμάτων δημοσιονομικής προσαρμογής σε θεμελιώδη δικαιώματα εκατομμυρίων πολιτών της Ένωσης, όπως είναι τα εργασιακά δικαιώματα και η υγεία, αλλά ούτε και στις συνέπειες της υποβάθμισης του περιβάλλοντος. Ομοίως αποσιωπάται η συστηματική καταπάτηση των θεμελιωδών δικαιωμάτων σε κράτη υποψήφια προς ένταξη, όπως η Τουρκία. Απαιτείται καθολική και όχι επιλεκτική προστασία, με αποτελεσματικές πράξεις και όχι ευχολόγια.

Bodil Valero, för Verts/ALE-gruppen. – Herr talman! Vi lever i en tid då våra grundläggande fri- och rättigheter utmanas i Europa. I en anda av kollektiv rädsla för terrorism och migranter stärks känslan av nationalism och odemokratiska krafter. Allt är värt att offras på rädslans altare, och särskilt utsatta är minoriteter i olika länder. Men det räcker inte med det. Stater i EU lagstiftar om, eller i övrigt agerar för, att inskränka yttrandefriheten och/eller pressfriheten, begränsar domstolarnas oberoende och/eller låter korruptionen dränera de gemensamma resurserna utan att de skyldiga straffas. EU kan i princip inget göra.

Sedan flera månader tillbaka sitter den före detta EU-parlamentarikern Oriol Junqueras häktad tillsammans med tre andra i Spanien, anklagade för bland annat uppror och uppvigling under den omtvistade folkomröstningen i oktober 2017 i Katalonien, trots att inget våld användes från den katalanska sidan. Den spanska domstolen argumenterar att de borde ha förstått att den spanska polisen skulle använda våld; därför är de skyldiga.

När två grundläggande EU-värderingar står emot varandra får det inte innebära att vikten av att följa den ena inskränker den andra.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, le rapport de M. Engel est un condensé du double langage de l'hypocrisie pratiqué habituellement par la majorité de ce Parlement au détriment des peuples qu'il aurait pourtant pour mission de protéger.

Ce texte ahurissant, mais qui vient après beaucoup d'autres, ne vise, par exemple, ni la situation des lanceurs d'alerte – comme Julian Assange, toujours menacé d'arrestation à Londres, comme Edward Snowden, qui n'a trouvé refuge, mes chers collègues, qu'à Moscou –, ni la situation des Européens qui deviennent chaque jour des étrangers dans leur propre pays, ni les restrictions à la liberté d'expression, en histoire, en morale, en politique, que les lois mémorielles ont multiplié et qui nous valent, en Europe, des centaines de persécutions d'État, de poursuites, de condamnations pénales – y compris des peines de prison ferme. Non! Il vise seulement les plaintes des indigènes qui deviennent chaque jour étrangers dans leur propre pays et qui sont victimes de la délinquance.

En réalité, c'est bien d'un discours de haine dont il s'agit, mais il est dans le rapport, c'est la haine de l'identité européenne. C'est la haine de tout ce que nous devrions défendre ...

(le Président retire la parole à l'orateur)

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, I appreciate the fact that the report raises the situation of autochthonous national minorities in the EU. While the protection of minorities is a basic value of the European Union and an essential part of the Copenhagen criteria, there are still no common standards for minority protection in the EU. Relegating this competence to the national sphere means that the situation of such minorities varies extremely in our shared area of freedom, security and justice from almost full equality to denied existence.

The initial hopes of minorities in newly acceded Member States gave way to disappointment. Post-accession practice showed that once their country became an EU Member State, there were no EU legal provisions and there was no political pressure to guarantee their rights. The Fourth Council of Europe Opinion on the application in Romania of the Framework Convention on the Protection of National Minorities, published a week ago, clearly illustrates this unfortunate situation. The expert opinion describes in detail what I have also repeatedly drawn attention to in this House: it expresses serious concerns regarding matters such as hate speech against minorities, difficulties regarding education in students' mother tongue, the obstruction of the restitution process for properties stolen by the communist regime, the prohibition of the use of national symbols, and so on. It is time that the EU also addressed these matters and no longer allowed the rights of EU citizens to be disrespected.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Der jährliche Bericht zur Situation der Grundrechte in Europa ist ein wichtiger Eckpunkt unserer Tätigkeit. Heuer haben wir es mit einem besonders ausgewogenen und zukunftsweisenden Bericht zu tun. Dazu ist dem Berichtersteller Frank Engel und seinen Schattenberichterstellern sehr herzlich zu gratulieren. Besonders hervorzuheben an diesem Bericht ist die Konzentration auf die Rechtsstaatlichkeit, sind wir doch mit einer Reihe von besorgniserregenden Entwicklungen in einigen Mitgliedstaaten konfrontiert. Im Falle Polens hat die Kommission bereits ein Artikel-7-Verfahren eingeleitet, und im Falle Ungarns prüft der LIBE-Ausschuss derzeit gerade diesen Zusammenhang.

Es geht hier freilich nicht darum, einzelne Länder an den Pranger zu stellen, sondern genau zu beobachten, ob Entwicklungen in eine falsche Richtung laufen, und sie bereits in einem frühen Stadium zu beheben. Wir brauchen ein niederschwelliges Instrument. Daher begrüße ich auch die Empfehlung der Einführung eines permanenten Mechanismus für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η προς συζήτηση έκθεση αποτελεί μνημείο διάκρισης κατά των Ευρωπαίων πολιτών. Διαστρεβλώνεται η πραγματικότητα διά της επιλεκτικής ερμηνείας αποσπασματικών δεδομένων, ενώ επιχειρείται αδόκιμη διεύρυνση των εννοιών που αφορούν σε διακρίσεις και μειονότητες, επιδιώκοντας ευθέως τη διάσπαση του κοινωνικού ιστού. Επιπλέον, σχεδιάζεται η ανατροπή της ισχύουσας νομικής τάξης με οδηγό την καταστροφική πολιτική των ανοιχτών συνόρων χωρίς να λογίζονται οι επιθυμίες και οι ανάγκες των κρατών μελών. Η Ένωση όμως είναι υποχρεωμένη να σέβεται την εθνική ταυτότητα που είναι συμφυής με τη θεμελιώδη πολιτική και συνταγματική δομή. Όσο προωθούνται παρά φύσει η πολυπολιτισμικότητα και η περιθωριοποίηση των Ευρωπαίων πολιτών, μέσω της αναγκαστικής ενσωμάτωσης των λαθρομεταναστών, οι οποίοι αρνούνται να μοιραστούν ανθρώπινες και χριστιανικές αξίες, τόσο θα αυξάνονται τα κρούσματα τρομοκρατίας, ληστειών και βιασμών. Η έκθεση είναι μέσο αποπροσανατολισμού, εργαλείο επιβολής και προϊόν φαιάς προπαγάνδας που προωθεί την παγκοσμιοποίηση και τη διάλυση της εθνικής ταυτότητας και συνειδήσεων.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señor presidente, acojo con satisfacción estos informes anuales en los que se busca la defensa de los derechos humanos de todas las víctimas y, por ello, me resulta particularmente chocante que, en un informe que se refiere al año 2016, donde Europa fue salvajemente castigada por el terrorismo, no haya ninguna referencia a las víctimas del terrorismo.

Veintidós páginas que hablan acertadamente —y que yo aplaudo y apoyo— de mujeres víctimas de violencia de género, de trata, de colectivos LGTB víctimas del odio, de migrantes, etcétera. Pero ni una sola mención a las víctimas del terrorismo. O ¿acaso hemos olvidado el atentado del 2016 de Bruselas, donde treinta y dos personas perdieron la vida y mucha fueron heridas? ¿O el atentado de Niza, donde ochenta y cuatro personas, —muchos de ellos niños— fueron asesinadas y hubo cientos de heridos?

Y podría seguir citando ciudades europeas donde los terroristas violaron el primero de los derechos fundamentales: el derecho a la vida.

Cuando el ponente cita en su exposición de motivos los numerosos informes del Parlamento que le han servido de referencia, no aparece el informe sobre la lucha contra el terrorismo, cuyo principal objetivo es garantizar la libertad, la seguridad y la justicia de todos los europeos.

Voy a dar mi voto positivo a este informe porque para mí todas las víctimas merecen el mismo respeto, pero quiero manifestar que las víctimas del terrorismo necesitan mayor apoyo de la Unión Europea en la protección de sus derechos fundamentales y en la defensa de la memoria, la dignidad y la justicia.

Anna Hedh (S&D). – Herr talman! Jag är glad att vi varje år gör en rapport om grundläggande rättigheter i EU. För mig är det oerhört viktigt att veta hur EU:s medborgare har det.

Rapporten lyfter många viktiga frågor, men oftast känns de här rapporterna mer som fina ord på papper. Jag har varit EU-parlamentariker i mer än ett decennium. Samma frågor har kommit upp varje år utan att det har skett någon större förbättring. För mig är det särskilt sorgligt att se hur flyktingsituationer har hanterats. Här ser vi att de som drabbas är kvinnor och barn. Det är en skam! Vi ska skämmas över att vi inte har en solidarisk flyktingpolitik.

Det är också med sorg jag ser på EU:s jämställdhetspolitik. Många frågor har genom åren glädjande nog lyfts upp på EU:s bord, till exempel mäns våld mot kvinnor, men det går alldeles för långsamt. Alla medlemsländer måste underteckna Istanbulkonventionen! Dessutom måste vi ta kampen för ett jämställt samhälle mer på allvar och jobba hårdare. Kommissionen ska ge oss en jämställdhetsstrategi och en människohandelsstrategi nu. Det ger mer än vad vi tror och sätter tryck på medlemsländerna. Det är 2018 och kvinnor ska ha samma grundläggande rättigheter som män.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Eigentlich hat dieser Bericht sein Thema verfehlt, denn wenn ich diesen Bericht lese, ist das ein Migrationsbericht, dann ist das ein Integrationsbericht. Aber es geht hier doch um die Grundrechte der Bürger der EU.

Die Bürger der EU kämpfen heute darum, ihre Identität zu bewahren – das auch ein Grundrecht ist – ihre Kultur und ihre Sprache zu bewahren. Sie kämpfen darum, dass sie das Recht auf Meinungsfreiheit und das Recht auf Informationsfreiheit haben. Dass aber Tausende von Europäern wegen ihrer Meinung verfolgt werden, dass alleine in Deutschland 1 200 Leute im Gefängnis sitzen, weil sie die falsche Meinung geäußert haben, das lässt dieser Bericht nicht zu, dass man darüber spricht.

Ich kann Sie nur dazu auffordern: Beschäftigen Sie sich mehr mit der Realität, denn unsere Aufgabe ist es, die Völker Europas zu bewahren und zu erhalten und nicht in erster Linie, Fremde nach Europa herzuholen, die hier nicht hergehören.

Carlos Coelho (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, Caros Colegas, sou dos que consideram que a Europa não se pode reduzir à dimensão económica, ao Mercado Único. Defendo a Europa dos cidadãos, assente nos direitos fundamentais e no Estado de Direito.

O respeito pelos direitos fundamentais é um dos critérios de adesão à União Europeia e não podemos aceitar que possam ser esquecidos pelos Estados-Membros depois de entrarem na União. Este Parlamento, enquanto representante de todos os cidadãos europeus, deve ser vigilante e intransigente com aqueles que desrespeitam estes direitos ou falham em protegê-los. Infelizmente, a experiência recente confirma a necessidade de mecanismos mais eficazes na monitorização e sanção dos Estados prevaricadores.

Nos últimos anos, chegaram à nossa costa homens e mulheres que fugiam da guerra e da opressão, refugiados que, amparados pelo Direito Internacional, vinham em busca de quem os protegesse. Tristemente, também não estivemos à altura.

Vivemos atualmente numa situação de discriminação e racismo grave que os líderes europeus admitem mas não querem enfrentar. De acordo com as estatísticas, um número elevado de europeus é discriminado pela sua idade, género, cor, orientação ou tantas outras razões.

Lamento que cada ano seja preciso lembrar que os Estados-Membros continuam a bloquear uma diretiva sobre algo tão essencial: a igualdade de todos perante a lei.

Felício, francamente, o relator Frank Engel pelo excelente relatório e por ter conseguido demonstrar que, apesar de a União ser a parte do mundo que mais protege os direitos fundamentais, ainda há muito trabalho a fazer.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, este Parlamento Europeo hace bien en ocuparse de los derechos fundamentales protegidos por la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea, que no solamente cubren a los ciudadanos europeos, sino a cualquier persona que se encuentre en nuestro territorio. Y el paisaje descrito es oscuro, señalado por el populismo, el nacionalismo extremo, el odio al diferente, la estigmatización del otro y el discurso del odio que conduce a la xenofobia y al racismo.

Y, por eso, creo que es imprescindible hablar de tres desafíos urgentes. El primero, el de la inclusión —migrantes y refugiados— y solidaridad frente a quienes levantan muros contra los que tocan a las puertas de Europa. El segundo es el de la igualdad: sí, también, derechos de las mujeres frente a la violencia y frente a la reducción, a la restricción de sus derechos de salud sexual y reproductiva. Y el tercero, el de la lucha contra toda forma de discriminación, que afecta no solamente al colectivo LGBTI sino también, en Europa, a los miembros de la población romaní, a los judíos que padecen crecientemente antisemitismo, a los que padecen cualquier discurso de odio y de fobia ...

(el presidente retira la palabra al orador).

Catch-the-eye procedure

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Mr. President, equality is a fundamental right in the European Union. It should be recognised and respected by all the Member States and the European institutions. We are defending it through internal and external actions. Nevertheless, we cannot only discuss equality when it suits us. For example, the report talks about the rule of law and corruption. However, the Commission has shown corruption in the European Union, while the cooperative and verification mechanism for both Romania and Bulgaria has been maintained. It is difficult not to feel a sense of double standards or inequality in the European Union. Let's talk about equality when it comes to accession to the Schengen area or double standards concerning the composition of food products in different Member States. I strongly believe that equality between all European Union citizens is a fundamental right, regardless of the Member State they come from, and it should be taken more seriously. I look forward to working closely with my colleagues in the European Parliament to defend it in order to ensure that this right will be applied to all European Union citizens without any double standards...

(The President cut off the speaker)

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, izgradnjom europskog projekta trebali smo dobiti zajednički prostor vladavine prava i slobodne trgovine u kojem se poštuju građanske i vjerske slobode i u kojima su svi građani slobodni biti ono što jesu, dok god poštuju zakone.

Nažalost, europski projekt pretvorio se u moćan alat za nametanje svjetonazorskih stajališta državama članicama i njihovim građanima. Umjesto pluralizma, dobili smo jednoobrazni pogled na ljudska i manjinska prava, a svatko tko ima drugačije razmišljanje biva etiketiran kao ekstremist, mrzitelj ili čak fašist.

Želimo li demokratsku Europu u kojoj će svi građani biti sretni i zadovoljni, moramo prestati sa stvaranjem političkih i svjetonazorskih monopola i dopustiti svima da se slobodno izraze i žive sukladno svojim vrijednostima dok god time ne krše zakone i negativno utječu na slobodu drugih ljudi.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, τα μνημόνια και οι πολιτικές λιτότητας αύξησαν τη φτώχεια και την ανεργία στην Ελλάδα και οδήγησαν σε παραβίαση των θεμελιωδών δικαιωμάτων των Ελλήνων και ιδίως σε παραβίαση των κοινωνικών τους δικαιωμάτων. Τα μνημονιακά μέτρα στέρησαν από τον φτωχοποιημένο ελληνικό λαό το δικαίωμα πρόσβασης σε βασικά δημόσια αγαθά όπως η υγεία, η παιδεία και η κοινωνική ασφάλιση. Ταυτόχρονα, πετσόκοψαν τις συντάξεις, παραβιάζοντας το δικαίωμα στην ιδιοκτησία. Η Ευρωπαϊκή Ένωση και ιδίως η Επιτροπή πρέπει να σέβεται το Χάρτη Θεμελιωδών Δικαιωμάτων στην Ελλάδα, αυτό όμως δεν συμβαίνει και το ομολόγησε ακόμη και ο ίδιος ο κ. Moscovici, απαντώντας σε ερώτηση προς την Επιτροπή σχετικά με την παραβίαση του Ευρωπαϊκού Κοινωνικού Χάρτη και ισχυριζόμενος ότι ο Ευρωπαϊκός Κοινωνικός Χάρτης δεν έχει δεσμευτικό χαρακτήρα και δεν επιβάλλει νομικές υποχρεώσεις στην Ευρωπαϊκή Ένωση και στα κράτη μέλη. Δηλαδή εν προκειμένω η Ευρωπαϊκή Επιτροπή νίπτει τας χείρας της και αποδέχεται παραβίαση του Χάρτη Κοινωνικών Δικαιωμάτων στην Ελλάδα. Αυτή είναι μέλος της τρόικας που παραβιάζει τα δικαιώματα στην Ελλάδα.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). – Mr President, today freedoms and rights are at stake in Spain. Freedom of speech, freedom of communication, freedom of assembly, the right to choose your own government and the independence of the judiciary have all been violated in Catalonia. Today, four Catalan leaders are being held in custody without trial and without bail. Although they have always been peaceful, they are accused of violent sedition and rebellion. They could be jailed for 30 years. The Catalan President and some Ministers have decided to go into exile in Belgium and Switzerland in order to avoid an unfair trial. Madam Commissioner, for how long will the Commission keep supporting these policies?

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Osobně se obávám, že tato zpráva postrádá zásadní téma. Je samozřejmě dobře, že se věnujeme otázkám menšin, ale nesmíme přehlížet problémy, které má obrovské množství Evropanů, tedy většina.

Všichni přeci dobře víme, že většina obyvatel EU se neustále bojí o finanční stabilitu rodiny či se bojí zadlužení, bojuje s ním a je v exekucích. Mladé páry neví, jestli si budou moci dovolit vlastní rodinu, mladé rodiny s dětmi neví, jestli si budou někdy moci dovolit vlastní bydlení, pracovníci se bojí o výši svého důchodu a důchodci živoří. Toto jsou témata, která bychom měli řešit a která se týkají základních lidských práv.

Na konci považuji za nutné a dovolte mi zmínit smutné novinky ze Slovenska. Smrt Jána Kuciaka a Martiny Kušnírové musí být co nejdříve prošetřena, abychom znali pravdu o tom zbabělém a odporném činu. Upřímnou soustrast rodinám pozůstalých.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr! Kedves Jourová biztos asszony! Nagyon örülök, hogy föltette a fülhallgatóját, mert Önhez szeretnék szólni, és kérdezní, Ön szerint, mint jogásztól is kérdezem, kollegaként, melyik a súlyosabb jogsértés? Közel ezer embert a rendőrség által véresre verni, miközben a választáshoz való jogukat gyakorolják, lásd Spanyolország, illetve Katalónia, spanyol rendőrség, vagy pedig a külföldről támogatott civil szervezetek működésének a szabályozása?

Megkérném szépen, legyen kedves az ujjával mutogatni, vagy egy egyest, vagy egy kettest, hogy a kedves európai uniós polgárok előtt világos legyen, hogy az Ön számára melyik a nagyobb jogsértés. Megtenné, hogy megmutatja? Csodálkozom, hogy ezt nem hajlandó fölállalni, ugyanis a nyitó beszédében ebben a témában a magyar „jogsértésről” beszélt, a katalánról nem. Ideje most már, hogy ne csak a transzfóbiát, a homofóbiát, a xenofóbiát hagyják abba, hanem a magyarfóbiát is, a hungarofóbiát. Elegünk volt, hagyják most már abba...

(Az elnök megvonta a szót)

(End of catch-the-eye procedure)

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, let me conclude on behalf of the Commission by reiterating two basic principles which I mentioned in my opening speech. Fundamental rights in the EU belong to all citizens, not only to parts of the societies, and we have a duty to guarantee this in all Member States. We speak about equality in front of the law, and it applies to everybody.

The second principle. The European Commission is a very strong defender of the freedom of expression, and we show this very clearly in our activity and initiative in relation to online hate speech, where we work with the IT sector in a very careful way and where we always emphasise that freedom of expression is untouchable unless there are calls for violence, which are prohibited by criminal law in all the Member States.

So these are the principles which I wanted to remind you of in this place. The last comment concerns what I heard here in on Istanbul convention. I am convinced that we are not breaching the principle of subsidiarity. The convention has been signed by all Member States. Slovakia, if I'm not mistaken, signed the Istanbul Convention in 2011. Now we are in the process of ratification, and yes, I confirm here that I invest a lot in convincing the Member States to ratify this very useful piece of legislation.

Let me remind you of the horrifying statistics we have in the EU. Every third woman has experienced physical violence in the last five years, and I ask all of you how big this statistic must be to start acting at the legislative level?

The Istanbul Convention is a very important legislative contribution to enable the Member States to investigate, prosecute and penalise the perpetrators of violence against women, and I want to emphasise that the convention can be an efficient instrument against such horrible phenomena as forced abortion, forced marriage and female genital mutilation, to mention some of the horrible forms of violence. However, it also addresses the traditional – and I use this word intentionally – forms of violence.

Tradition is a very important element in our society, but there are things which we should get rid of, and I am very much convinced that it is violence against women which we have to combat and get rid of in our societies.

All actors have a role to play to renew our commitment to fundamental rights, rule of law and democracy, be it at national, European or international level, and we are fully committed to play ours.

Frank Engel, *rapporteur*. – Monsieur le Président, comme il se fait tard, je ne retarderai pas plus longtemps les travaux de l'Assemblée.

Je voulais encore une fois remercier les rapporteurs fictifs avec lesquels j'ai pu travailler sur ce rapport et avec qui il a été possible de dégager un travail d'ensemble que je trouve somme toute très présentable.

Je remercie M^{me} la commissaire pour cette approche convergente que nous avons entre la Commission et le Parlement européen, dans ce domaine et dans beaucoup d'autres.

J'aimerais répondre à l'un ou l'autre collègue qui semble se soucier de l'absence de certains sujets que celle-ci peut être due à deux facteurs: aux orientations du rapporteur ou de ses collègues au début ou, aussi, à l'absence totale d'amendements proposés parce qu'avec les collègues, je me suis fait un point d'honneur à incorporer chaque grand point de préoccupation qui aurait été soumis par un collègue. Si quelque chose n'est pas contenu dans le texte, c'est parce que personne ne l'a proposé.

Enfin, je pourrais encore m'engager dans un long débat épique avec M. Gollnisch sur l'identité européenne, mais je ne vais pas surélever de la sorte le canal historique du Front national. Dès lors, je voulais juste lui dire ainsi qu'à tous ses compères que tout ce qui est excessif est insignifiant.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 1 March 2018.

Written statements (Rule 162)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Šioje ataskaitoje dėl žmogaus teisių ES 2016 m. nemažai dėmesio skiriama moterų teisėms ir lyčių lygybės klausimams. Visų pirma, reikia vis priminti, kad moterims ir vaikams kyla didesnė rizika tapti prekybos žmonėmis aukomis, būti išnaudojamiems ir patirti seksualinę prievartą, todėl reikia sukurti ir stiprinti vaikų apsaugos sistemas, kuriomis būtų galima užkirsti kelią smurtui prieš vaikus, prievartai prieš juos, jų nepriežiūrai bei išnaudojimui. Mes griežtai smerkiame suaktyvėjusią prekybą žmonėmis, kurios vykdytojai turi atsakyti už savo veiksmus ir stoti prieš teisimą. Taip pat valstybės narės turėtų glaudžiau bendradarbiauti ir aktyviau kovoti ne tik su organizuotu nusikalstamumu, įskaitant neteisėtą žmonių gabenimą ir prekybą žmonėmis, bet ir su išnaudojimu, priverstiniu darbu, seksualiniu išnaudojimu ir kankinimu, kartu apsaugant aukas. Antra, vis dar neišsprendžiame didelės lyčių nelygybės problemos – tai moterų ir vyrų atlyginimų skirtumo, kuris siekia daugiau kaip 16 proc. ir tai daro neigiamą poveikį moterų pensijoms, kurios yra 40 proc. mažesnės nei vyrų. Todėl moterų senatvėje patiria didesnę skurdo grėsmę ir atskirtį. Todėl raginame valstybes narės parengti atitinkamas politikos priemones, siekiant remti vyresnio amžiaus moteris ir panaikinti su lytimi susijusių užmokesčio skirtumų struktūrines priežastis. Galiausiai, turime ir toliau raginti valstybes narės ratifikuoti Stambulo konvenciją, nes privalome kovoti su smurtu prieš moteris, o iki šiol jos dar nėra ratifikavusios daugiau nei trečdalis visų ES šalių.

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. – La base dell'integrazione europea risiede nel rispetto e nella promozione dei diritti umani, della democrazia e dello Stato di diritto. Per questo nel mondo gli Stati europei sono percepiti come un baluardo per la tutela delle libertà individuali. Tuttavia, nonostante le recenti relazioni delle agenzie e delle organizzazioni internazionali ed europee segnalino rilevanti progressi, si continuano a registrare violazioni dei diritti fondamentali. In aumento i casi di discriminazione delle minoranze e di incitamento all'odio razziale. La situazione è allarmante. La tutela dei diritti umani dei gruppi più vulnerabili merita particolare attenzione. Chi fugge da guerre e disperazione deve essere accolto in modo adeguato e dignitoso. Mi preme tuttavia segnalare un dato che stranamente nessuna relazione sui diritti fondamentali conterrà mai. Dall'inizio del gelo di questi giorni in Europa sono morte circa 20 persone che vivevano in condizioni di indigenza. Se tra i diritti fondamentali vi è la tutela della dignità della persona umana, l'uguaglianza morale e giuridica e il diritto alla salute, queste cose non possono accadere in Europa.

Pál Csáky (PPE), írásban. – Az alapjogok helyzetéről szóló jelentés egy lehetőség arra, hogy felmérjük minden éven, hogyan teljesítenek az EU és tagállamai a fontos területeken. A felsorolt témákat az adott éven összegyűjtött adatok, tapasztalatok, aktuális kérdések is adhatják, ugyanakkor egy bizonyos állandósult vizsgálati kerethez szintén tartania kellene magát a parlamenti helyzetjelentésnek. Az ezévi jelentés olyan irányt vett és olyan témákra helyezi a fő hangsúlyt, amellyel nehéz azonosulni. Hiányzik viszont belőle vagy legalábbis marginálisan kerül meg tárgyalásra az EU lakosainak 10%-át kitevő őshonos kisebbségek jogainak és helyzetének vizsgálata.

Ezért is fontos, hogy a Parlament egy hónappal korábban, február 7-én elfogadott egy határozatot a kisebbségek védelme és a megkülönböztetésükkel szembeni küzdelem az EU tagállamaiban címmel, amely kifejezetten az őshonos kisebbségekkel foglalkozik és a velük szemben elkövetett diszkriminatív bánásmód felszámolásáról az EU-ban. Ez utóbbi egy új fejezetet nyit az őshonos kisebbségek védelme érdekében tett lépések terén, egyben az illetékes európai parlamenti szakbizottságoknak, illetve a többi uniós intézménynek is iránymutatásul szolgálhat a jövőbeni munkában.

Kinga Gál (PPE), írásban. – Az éves alapjogi jelentés kimondja, hogy a jogállamiságnak és az európai unió alapvető értékeinek nincs közös definíciója, de ezt mégis számon kéri a tagállamokon, sürgeti a 7-es cikk szerinti eljárás alkalmazását és szorgalmazza a jogállamisági mechanizmus bevezetését. Ez önmagában is ellentmondás és ezzel politikai útra tereli egyes tagállamok megítélését. Véleményem szerint az alapjogi jelentés jelen formájában ahhoz járul hozzá, hogy a jogállamiságot aszerint mérjük, hogy a migrációval kapcsolatban egy tagállam milyen álláspontot vesz fel és ez teljes mértékben elfogadhatatlan. Emellett számos olyan területet érint, ami egyértelműen tagállami hatáskörbe tartozik és ezért nincs mit keresen egy hasonló jelentésben.

Péter Niedermüller (S&D), írásban. – Az évente készülő jelentések egyre kedvezőtlenebb képet mutatnak az emberi jogok, az alapjogok, a jogállamiság helyzetéről az Európai Unióban. Nincs lényegi javulás a legnagyobb európai kisebbség, a romák tekintetében. Továbbra is számos elfogadhatatlan megkülönböztetés éri a LMBGT embereket Európában szinte mindenütt. A menekültkérők körében is gyakori az emberi jogoknak a hatóságok által történő durva megsértése. A legaggasztóbb jelenség azonban a civil társadalom mozgásterének a fokozatos beszűkülése. Különösen botrányosak azok a fejlemények, amelyek Magyarországon történnek.

Ahol a kormány „Stop Soros” elnevezésű törvényjavaslata a legdurvább eszközökkel igyekszik meggátolni a civil társadalom működését, különös tekintettel a menekülteket segítő szervezetekre. A magyar kormány a menekülteket, és ebből következően az őket segítő szervezeteket nemzetbiztonsági kockázatnak tekinti. Ezért ezek működését külön belügyminiszteri engedélyhez köti, a külföldről jövő pénzügyi támogatásokra külön adót vet ki, sőt, titkosszolgálati eszközökkel is ellenőrizni kívánja őket.

Az Európai Parlamentnek alapvető kötelessége védelmeznie a civil szervezeteket, amelyek híján nincs demokrácia. Ki kell állnunk mellettük, és létre kell hoznunk egy olyan Demokrácia Alapot, amely közvetlenül és hosszú távon támogatja ezeket a civil szervezeteket. Határozottan el kell utasítanunk minden olyan politikai kezdeményezést, amely alantas politikai okokból a civil társadalom működésének korlátozására, megakadályozására irányul.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), în scris. – Trebuie să remarc faptul că raportul anual din proprie inițiativă referitor la drepturile fundamentale din UE din 2016 (la fel ca și în ceilalți ani) se concentrează asupra statului de drept, migrației, integrării și discriminării și nu asupra tuturor aspectelor legate de drepturile fundamentale din UE. Deși UE se întemeiază pe valorile respectării demnității umane, libertății, democrației, egalității, statului de drept, precum și pe respectarea drepturilor omului, inclusiv a drepturilor persoanelor care aparțin minorităților.

Este adevărat că în 2016 a continuat afluența de migranți și solicitanți de azil către Europa, reacțiile rasiste și xenofobe împotriva acestora fiind larg răspândite, iar populațiile vulnerabile continuând să se confrunte cu niveluri ridicate de discriminare și violență. Însă, considerăm că trebuie să luptăm pentru principiile egalității și justiției în întreaga UE, neacceptând sub nici o formă încălcările drepturilor fundamentale ale omului, care continuă în unele state membre și nici o formă de discriminare împotriva oricărui cetățean european sau amenințări la adresa statului de drept. Desigur, statele membre au responsabilitatea ultimă pentru a proteja drepturile omului, prin ratificarea și aplicarea tratatelor și convențiilor internaționale privind drepturile omului.

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

23. Arbeit und Vermächtnis des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (Aussprache)

Președinte. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră privind Declarațiile Consiliului și Comisiei referitoare la activitatea și moștenirea Tribunalului Penal Internațional pentru Fosta Iugoslavie (2018/2530(RSP)).

Monika Panayotova, President-in-Office of the Council. – Mr President, the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia was established by the UN Security Council in 1993 to deal with war crimes committed during the conflicts in the Western Balkans in the 1990s. The European Union has consistently supported the work of the Tribunal. Human rights violations and war crimes – whether in the past or in the present – have to be addressed. The Tribunal carried out important work and contributed to ending a prevalent sense of impunity, hence contributing to peace as well as fostering reconciliation and strengthening the rule of law.

The Tribunal also contributed to the development of international law and legal praxis. It built up an extensive jurisprudence in international criminal law. The EU commends these developments that will contribute to future work in the area of international justice. The EU has always underlined the need to address impunity and ensure accountability, as well as to fully cooperate with and support the work of the Tribunal. We condemn any attempt to minimise or deny war crimes and genocide.

Over the years, the EU has been supporting the Tribunal in different ways, using various programmes and contracts. We have banned certain persons close to the fugitives from travelling to or through EU Member States' territory, and we froze their assets.

The aim is to communicate to those affected by the conflict not only the findings of the Tribunal but also the important concepts which underpin its work. These include the concept of individual criminal responsibility, the rule of law and respect for human rights. These principles are among the core tenets shared by all members of the European Union.

The Council has reiterated the need to continue handling domestic war crimes cases without discrimination, as well as addressing impunity and ensuring accountability, including through meaningful regional cooperation, as well as full cooperation with and support for the work of the Tribunal. The EU also called upon the governments concerned to pursue with greater determination the proper conduct of domestic war crime trials. The EU has made clear that political leaders should avoid statements and measures that could call into question the importance of reconciliation, and on the need to serve justice through the prosecution of war crimes.

Full cooperation with the Tribunal is also addressed in the context of the Stabilisation and Association Process and is an essential condition for membership for the countries of the former Yugoslavia. For example, when accession negotiations were opened with the first country from the former Yugoslavia – Croatia – full cooperation with the Tribunal was a key requirement.

Full cooperation with the Tribunal is also an essential element of the Stabilisation and Association Agreement with Serbia and of its accession negotiations under Chapter 23 (Judiciary and fundamental rights). This remains a matter of concern which the European Union continues to raise with Serbia. More generally, cooperation with the Tribunal is a regular feature of the dialogue with Western Balkan partners.

We are grateful to the European Parliament for the support provided during the years, especially in urging the Western Balkans' partners to cooperate fully with the Tribunal in order to bring justice to the victims and their families, and in condemning the occasional promotion of regional intolerance and hate speech linked to the activities of the Tribunal.

When the Tribunal closed down on 31 December 2017, it marked the completion of all its judicial work. The Tribunal concluded proceedings against all 161 of the individuals that were indicted for serious violations of international humanitarian law.

The Tribunal's successor – the Mechanism for International Criminal Tribunals – was established to perform a number of essential functions. This mechanism provides a further framework in which to address the reconciliation. The European Union fully respects the decisions of the Tribunal and reiterates the need for full cooperation with its successor mechanism.

To conclude, let me express my sincere hope, as we look back to the last twenty years, to see the dark chapters of the Western Balkans' history being finally put to rest.

Phil Hogan, *Member of the Commission*. – Mr President, I am taking this point on behalf of my colleague, Commissioner Hahn, who unfortunately cannot be here.

There has never been a more timely moment to address the subject of the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, or the broader issues of the legacy of past, impunity and reconciliation in the Western Balkans. These issues are directly addressed in the strategy for the Western Balkans, which the Commission adopted on 6 February. It states that the process of transitional justice is incomplete. The outstanding sensitive issues, such as the handling of war crime cases, including through full cooperation with the Mechanism for International Criminal Tribunals and the Kosovo Specialist Chambers, and the fate of missing persons, refugees and internally displaced persons, as well as the identification and removal of remaining landmines in the region, must be urgently addressed.

The International Tribunal has been a mainstay in the process of bringing justice to the region. As United Nations Secretary-General António Guterres said at the closing ceremony of the Tribunal in December last year, 'The Tribunal has pushed international expectations of accountability beyond what was anticipated in 1993, transforming how we speak about, and addressing, situations in which serious international crimes are committed.' Commissioner Hahn has been in regular contact with both the President of the International Tribunal and the chief prosecutor. Both have made it clear that its achievements would not have been possible without the European Union, without our political engagement and without our financial support – some EUR 10 million in total – and without the leverage of our accession conditionality.

So today I confirm that the commitment of the Commission is as strong as ever, stronger indeed, as we must see that the closure of the Tribunal is not the end of the matter. The successor to the Tribunal, which is the Mechanism for International Criminal Tribunals, is now well established. In the strategy which the Commission adopted recently, we are explicit in our continued support. This applies in particular to regional cooperation. Without such regional cooperation, perpetrators will continue to walk free outside the jurisdiction of national courts, and the families of the 10 000 still missing will not have their loved ones identified.

Our political support is essential, but so is our financial support. Up to EUR 1 million is available this year. Our conditionality remains an integral element in the accession negotiations. More than this, it has been refined to reflect our 'fundamentals first' approach to the accession negotiations, allowing more thorough and detailed work than ever before. This work is set in the broader context of promoting reconciliation. We will work towards a more integrated approach, bringing many existing strands together. Not only will this include the issues of war crimes, missing persons, and also landmines, but we will also look to education, youth and culture and the ongoing regional cooperation in many fields as vectors to support the reconciliation process.

However, as our strategy adopted today clearly spells out, 'Regional cooperation, good neighbourly relations and reconciliation cannot be imposed from outside. The leaders of the region must take full ownership and lead by example. They must avoid and condemn any statements or actions which would fuel inter-ethnic tension, and actively counter nationalist narratives.' There must be no place in the European Union for inflammatory rhetoric, let alone for glorification of war criminals from any side.

I would like the Parliament to work closely with the Commission on both of these aspects, in supporting the actions which the Commission will undertake and also in being clear in the messages that we will need to put across if reconciliation is to become a reality.

Dubravka Šuica, u ime Kluba zastupnika PPE-a. – Gospodine predsjedniče, žao mi je što se ponovno moramo vratiti u prošlost jer očito je da je bez razjašnjavanja odnosa i istine o prošlosti teško graditi budućnost. A svi ste svjedoci da ovih dana intenzivno razgovaramo o budućnosti Europske unije. Vjerujem da se svi sjećate srpsko-crnogorskih agresorskih napada na hrvatski Vukovar i na moj rodni grad, pod UNESCO-vom zaštitom, Dubrovnik. Sigurna sam da niste zaboravili ni genocid koji se dogodio u Srebrenici, prvi priznati genocid nakon Drugog svjetskog rata.

A radilo se, zbog istine, o velikosrpskoj agresiji i Miloševićевой želji da svi Srbi žive u jednoj državi, u velikoj Srbiji. I rat u Hrvatskoj i u Bosni i Hercegovini su rezultat tih velikosrpskih težnji. Haški sud je imao ulogu procesuirati sve ratne zločine, drago mi je da ste spomenuli to, po mom osobnom mišljenju potrebno je suočavanje s istinom.

Po mom osobnom mišljenju, ovaj je sud bio vrlo kontroverzan, ali želim vjerovati da će Srbija nastaviti pravedno procesuirati svoje ratne zločince i da počinitelji, kao što ste rekli, gospodine Hogan, neće slobodno hodati; kako bi mogli neometano nastaviti svoj put u Europsku uniju.

Još niz zločina ostao je neistražen, no svi svijetli trenuci i vrijednosti koje je sud trebao zastupati zasjenjeni su posljednjom presudom i samoubojstvom generala Praljka u Haškom sudu.

Victor Boštinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, Commissioner, after 24 years of investigations, the court that sentenced Slobodan Milošević, Radovan Karadžić, Ratko Mladić and also Slobodan Praljak, among others, as well as another 86 war criminals, has closed its doors at the end of last year, leaving a powerful legacy in relation to war crimes. It is an essential legacy that should be further used and better explained – for this time we strongly encourage the opening of an information office and access to all the archives. This is probably the most important legacy for the future.

Political tensions and the burdens of the war still overshadow the Western Balkan countries. The war has left deep wounds, and I have noted bitterly that some criminals are still celebrated like heroes by some in certain places in the region, while the victims are still side-lined. I trust that justice is one of the important tools of reconciliation, but a lot remains to be done and I encourage the Western Balkans leaders and politicians to put an end to the current situation by fostering regional cooperation and coordination.

Ruža Tomašić, *u ime Kluba zastupnika ECR-a*. – Gospodine predsjedniče, Haški sud trebao je procesuirati sve zločine koji su se dogodili u ratovima pri raspadu bivše Jugoslavije te donijeti svojevrstan pravorijek o ratnim zbivanjima na temelju kojega bi se pisala povijest i stvorili uvjeti za pomirenje i suživot u budućnosti. Malo je reći da je sud potpuno podbacio u svojoj misiji.

Pošteta od progona nekih od glavnih arhitekata rata iz vrha Jugoslavenske narodne armije i obavještajnih službi bivše Jugoslavije, sramotno niske kazne za pokolj na Ovčari i oslobađajuća presuda zlotvoru Vojislavu Šešelju, sporost zbog koje je Milošević izbjegao ruci pravde, a optužnica Ratku Mladiću morala biti reducirana, zatim politizacija rada tužiteljstva – samo su neki od razloga zašto ICTY na kraju priče ne može dobiti prolaznu ocjenu.

ICTY nije raščistio nasljeđe rata te kažnjavanjem pravih zločinaca pokazao da se ratni zločin ne isplati. Naprotiv, on je dokaz da se međunarodno pravo često zloupotrebljava u političke svrhe i bojim se da je zasijao sjeme budućih netrpeljivosti.

Gospođa Panayotova kaže da će sada doći do pomirenja i da će se povijest konačno staviti u mirovanje. A svi znate i sami da samo istina vodi pravdi, a pravda trajnom miru. A ovdje se jako, jako malo držalo do istine.

Ivan Jakovčić, *u ime Kluba zastupnika ALDE-a*. – Gospodine predsjedniče, pitanje je ostalo otvoreno nakon završetka rada Haškog tribunala. No jedno je sigurno, žrtve osuđenih zločinaca dobile su barem malu satisfakciju odlukama Suda. Da tih presuda nije bilo, zločinci bi danas, neosuđeni, bili oko nas.

Osuđeni su pojedinci, a ne narodi. I to je jedina istina. Ipak, treba naglasiti da smo kod svake odluke Tribunala svjedočili licemjernim reakcijama u Srbiji, Hrvatskoj i Bosni i Hercegovini. Ovisno je li odluka oslobađajuća ili osuđujuća, imali bismo nastavak medijskog rata i verbalnih konstrukcija političara koji sebi umišljaju da predstavljaju cijele narode.

Ta nesposobnost izlaska iz dnevnopolitičkih igara znači nespremnost suočavanja s prošlošću. Najžalosnije su bile reakcije crkvenih vlasti, gdje je srpski patrijarh rad Suda nazvao *đavolskim delom*, a katolički biskup ljubio ruke osuđenog ratnog zločinca. Uzimanjem kao istine samo one odluke Suda koje pojedinoj zemlji ili političkoj eliti odgovara, ne doprinosi pomirenju, niti istini.

Mada je bilo nevjerojatnih tehničkih propusta u radu Suda, svi trebaju poštivati njegove odluke. Nitko nema pravo negirati genocid u Srebrenici, kao najveći zločin na europskom tlu nakon Drugog svjetskog rata. Nitko nema pravo odbacivati presude za zločine učinjene zbog navodnih viših ciljeva. Ne postoje viši ciljevi. Život je najviši cilj. Pravo na život je svetinja.

Samo iskreno suočavanje s istinom može donijeti iskupljenje grijeha za sve one osobe koje su činile, podržavale ili zataškavale zločine na području bivše Jugoslavije.

Helmut Scholz, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! In den 24 Jahren seiner Existenz hat der Strafgerichtshof für Jugoslawien einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen die Straffreiheit bei schwersten Verbrechen geleistet. Es gibt zugleich Lehren aus seinen Erfahrungen zu ziehen, da der Internationale Strafgerichtshof und das Strafvölkerrecht geschützt und gestärkt gehören.

Das Mandat des Internationalen Strafgerichtshofs für Jugoslawien erstreckte sich auf Gesamtjugoslawien, aber die Rechtsprechung ist am Ende ungleich verteilt geblieben, auch da die Realpolitik der Staaten der Völkergemeinschaft in der Region unterschiedliche Interessen verfolgte.

Lehre Nummer 1: Wir brauchen eine weitergehende Emanzipation des Rechts von der Macht. Es stellt sich zugleich die Frage: Wie ist Beweissicherung zu organisieren, ohne vor Ort zu sein?

Lehre Nummer 2: Gelingt es, die Erfahrungen der *United Nation War Crimes Commission* aus dem Zweiten Weltkrieg politisch zu erschließen und mit den heutigen modernen Technologien zu verknüpfen, wären schwerste Straftaten quasi zeitnah und auf Vorrat dokumentierbar.

Und schließlich geht es auch um die individuelle Gerechtigkeit, das heißt, wir sollten als EU in bedürftigen Partnerländern gezielt die Fähigkeiten zur eigenen Rechtsprechung bei solchen schwersten Verbrechen stärken können.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το Διεθνές Ποινικό Δικαστήριο της Χάγης, με κύρια ενασχόληση τη Γιουγκοσλαβία, μια παρακαταθήκη αφήνει: αθώωση των εγκλημάτων του NATO και της Ευρωπαϊκής Ένωσης που, υποδαυλίζοντας εθνικισμούς και αλυτρωτισμούς, βομβαρδίζοντας αμάχους, διέλυσαν τη Γιουγκοσλαβία, επαναχάραξαν σύνορα, έστησαν κράτη, χρήσιμα προτεκτοράτα σήμερα στο σημερινό ανταγωνισμό της με τη Ρωσία και την Κίνα που κάνουν πάλι τα Βαλκάνια πυρ-τιδαποθήκη. Αυτός ο μνημονισμός καταδίκασε σαν έγκλημα πολέμου την αντίσταση στη διάλυση της χώρας, την υπεράσπιση της εδαφικής ακεραιότητας. Το Δικαστήριο αυτό, με προφάσεις, απέρριψε αναγνώριση της ναζιστικής σφαγής του Διστόμου στην Ελλάδα. Τέτοια δικαιοσύνη, «αλά κάρτ», διατεταγμένη από τους Ιμπεριαλιστές, όργανο υλοποίησης και νομιμοποίησης των σχεδίων τους, παρεμβαίνοντας εξ ορισμού στην επαναχάραξη συνόρων! NATO και Ευρωπαϊκή Ένωση και το Δικαστήριο τους δεν σημαίνουν ειρήνη ασφάλεια, σταθερότητα, όπως διαλαλεί ο σημαιοφόρος τους στα Βαλκάνια ΣΥΡΙΖΑ, αλλά και η Νέα Δημοκρατία και συμφωνούν οι εθνικιστές, αλλά πόλεμο, αλλαγή συνόρων, αίμα λαών για τα συμφέροντα των μονοπωλίων. Αυτό βροντοφώναξε χθες ο λαός της Αθήνας, και το ίδιο θα κάνει μεθαύριο κι αυτός της Θεσσαλονίκης, μετά από κάλεσμα του Κομμουνιστικού Κόμματος Ελλάδας.

Željana Zovko (PPE). – Gospodine predsjedniče, zahvaljujem povjereniku Hoganu na izuzetno dobro izrečenom i na dobroj želji zbog čega je služio Međunarodni kazneni sud za bivšu Jugoslaviju. Zbog čega se večeras vodi rasprava o ovom Sudu? Njegova zadaća je bila suditi počiniteljima individualnih zločina koji nisu mogli biti procesuirani na lokalnim sudovima, a ona još plemenitija izvršenjem pravde pridonijeti pomirenju na prostoru bivše Jugoslavije, o čemu je govorio večeras i povjerenik Hogan.

Koliko je ovaj Sud odgovorio na svoju misiju? Ostaje samo pravnim ekspertima da to isto prosude. Kako bi napravili učinkovitu analizu njegovog rada potrebno je konačno organizirati znanstveno-stručni skup o naučenim lekcijama ovoga Suda, na kojem će samo pravni stručnjaci iznijeti mišljenje o radu i učinkovitosti presuda s pravne strane. A o pomirenju i učinkovitosti Suda u tom pogledu, dovoljno je pogledati medijska izvještavanja o ovom radu, kako bi se, nažalost, zaključilo da Sud nije ispunio zadaću.

Presude se koriste u političke kampanje, kao što večeras, nažalost, i ovdje imamo slučaj, a odgovornost se traži u narodima i u kolektivnoj krivnji.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, kraj rada Haškog tribunala bio je jednako dramatičan kao i njegov početak, ali najdramatičnije su ipak bile okolnosti u kojima je nastao. Velikosrpsku agresiju na Hrvatsku i Bosnu i Hercegovinu svijet je pasivno promatrao.

UN-ov tribunal je konačno osnovan 1993. godine. Bilo je potrebno 11 tisuća dana suđenja da se donese odluka o 161 optuženiku; 83 je osuđeno, a 19 oslobođeno.

Sud je od osnivanja pokazao cijeli niz konceptijskih i organizacijskih nedostataka, neujednačenost kriterija, ali radilo se o sudištu koje je odgovorilo jedinstvenom izazovu zbog pretpostavke da nacionalni sudovi zemalja u ratu neće procesuirati ratne zločine koje počinu njihovi državljani. O njegovoj misiji će se još dugo i pristrano raspravljati, a naslijeđe će biti testirano preko razine demokratske zrelosti država zbog kojih je ustanovljen i njihovih međusobnih odnosa.

Tribunal je trebao biti generator pomirbe i suočavanja s prošlošću. Međutim, mnogi smatraju da je Sud, doduše izrekao presude, ali da je pravda u dosta slučajeva ustupila mjesto političkom oportunitetu.

Eugen Freund (S&D). – Herr Präsident! Als einer der wenigen Vertreter eines Nachbarlands des ehemaligen Jugoslawien möchte ich mit einem Zitat beginnen: „Das Tribunal hat den Opfern eine Stimme gegeben.“ Diesen Worten von UNO-Generalsekretär António Guterres, die er zur Beendigung der Arbeit des ICTY gehalten hat, kann ich nur zustimmen. Die abscheulichen Taten, die von den Verurteilten während des Jugoslawienkriegs begangen wurden, mussten ausführlich aufgearbeitet und anschließend angemessen bestraft werden. Nur so war es möglich, eine Art Gerechtigkeit für die Opfer zu schaffen.

Nun hat der Internationale Strafgerichtshof für Jugoslawien seine Arbeit beendet. Diese Arbeit hat den Opfern die Möglichkeit gegeben, die Gräueltaten, die während des Krieges begangen wurden, öffentlich zu benennen. Welchen Beitrag der Gerichtshof dabei für die Stabilität in der Region geleistet hat, wird noch zu bewerten sein. Unbestritten ist, dass Urteile des Gerichtshofs auch immer wieder zur Polarisierung in der Region geführt haben. Dennoch hat das Haager Tribunal Rechtsgeschichte geschrieben, hat abscheulichste Verbrechen klar genannt und war Vorbild für nachfolgende Einrichtungen. Für mich ist klar: Diese Arbeit muss als Mehrwert für das Recht und die internationale Gemeinschaft gewertet werden.

Intervenții la cerere

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, smisao osnivanja Haškog suda bio je kažnjavanje osoba odgovornih za teška kršenja međunarodnog humanitarnog prava počinjena na području bivše Jugoslavije od početka 1991. godine, stoga su očekivanja od ovog Suda bila izrazito visoka.

Međutim, Haški je sud propustio procesuirati najviše vodstvo Jugoslavenske narodne armije zbog ratnih zločina počinjenih tijekom agresije na Hrvatsku. Na grad Vukovar tijekom opsade palo je više od 6 i pol milijuna različitih projektila, ubijeno je više od 4 000 osoba, a šteta stradanja grada procijenjena je na više od milijardu eura. I za to nitko nije odgovarao.

Haški sud se trebao voditi načelom pravičnosti i kažnjavanja najgorih i najtežih oblika zločina. Međutim, završetak njegovog rada ostavio je gorak osjećaj da se Srbiji, kao glavnom agresoru, oprostilo puno toga za što se je trebalo kazneno goniti.

Voljela bih da je Haški sud svoj rad priveo kraju vjerodostojno, potvrdivši svoj autoritet, a ne tragedijom zbog nepravilne presude oko koje niti samo sudsko vijeće nije ostvarilo puni konsenzus.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, με αφορμή το έργο και την παρακαταθήκη του Διεθνούς Ποινικού Δικαστηρίου για την πρώην Γιουγκοσλαβία, είναι σημαντικό να προβληματιστούμε για το τι θα γίνει με άλλα εγκλήματα πολέμου που διαπράττονται σε άλλες περιοχές του κόσμου και να προβληματιστούμε για το τι θα γίνει με την Τουρκία, η οποία πραγματικά διαπράττει εγκλήματα πολέμου, έχοντας εισβάλλει στη Συρία και στο Ιράκ, όπου διαλύει κυριολεκτικά το Afrin, εκεί όπου διαπράττονται εγκλήματα πολέμου. Μήπως ήρθε λοιπόν η ώρα να προβληματιστούμε για το πώς θα παραπεμφθούν οι υπαίτιοι που προέρχονται από την Τουρκία για την παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στη Συρία, για τη συνεργασία τους με τους τζιχαντιστές, για τα εγκλήματα τα οποία διαπράττονται αυτή τη στιγμή στο Afrin και σε άλλες περιοχές; Ίσως αυτό θα πρέπει να είναι ένα από τα βασικά συμπεράσματα που θα βγάλουμε από τη σημερινή συζήτηση: να παραπεμφθεί η Τουρκική ηγεσία για τα εγκλήματα πολέμου στο Διεθνές Ποινικό Δικαστήριο.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospodine predsjedniče, puno je prigovora koji se mogu uputiti Međunarodnom kaznenom sudu za bivšu Jugoslaviju. To nije univerzalan sud, odnosi se samo na neke zemlje. Najveće svjetske sile danas ne podliježu nikakvom Međunarodnom kaznenom sudu.

Sud je veliki broj zločina ostavio bez procesa i bez kazne, drastično je mijenjao svoje odluke i nije imao jedinstvene kriterije. Negdje je sudio po zapovjednoj, ponekad i po političkoj odgovornosti, a ponekad je sudio samo po individualnoj odgovornosti, što i jedno i drugo otvara prostor političke manipulacije.

Ugled Suda je na prostoru zapadnog Balkana mali i njegov doprinos pomirenju nije velik. Ali, taj Sud je prikupio značajnu dokumentaciju za daljnje istraživanje istine i donošenje pravde i sigurno je donio broj presuda puno veći nego što bi bilo da toga Suda nije bilo.

Zbog toga djelovanje i rad Suda unatoč svim nedostacima zaslužuje pozitivnu ocjenu.

Ivica Tolić (PPE). – Gospodine predsjedniče, Hrvatska je jedan od inicijatora uspostave Međunarodnog suda za ratne zločine počinjene na području bivše Jugoslavije. Bio je to razuman čin zemlje koja je doživjela agresiju jedne komunističke vojne sile, možda i zadnje u Europi s ideološkim predznakom, a dominantno u funkciji okupacije hrvatskog državnog teritorija i stvaranja takozvane velike Srbije.

Vjerovali smo kako će se na Sudu suditi pokretačima agresije, ne samo na Hrvatsku nego i na susjedne zemlje, Sloveniju i Bosnu i Hercegovinu, jer je agresor za sve bio isti.

Istina je da je u ratovima izazvanim velikosrpskom agresijom na svim stranama bilo u većoj ili manjoj mjeri zločina. Tako je bilo i u Drugom svjetskom ratu, ali je sudski proces nakon njegovog završetka pokrenut isključivo protiv poraženih sila Osovine.

Sud je osnovan rezolucijom na temelju poglavlja 7. Povelje Ujedinjenih naroda. U dugotrajnim procesima optuženi su brojni visoki dužnosnici, zapovjednici svih zaraćenih strana, kako oni koji su pokrenuli agresivni rat, tako i oni koji su se u njemu samo branili.

Je li Sud ispunio svoju svrhu, provodit će se brojne polemike. Hrvatska je ostvarila punu suradnju, a često su pojedinci išli više od toga, surađujući kao predstavnici institucija samo s tužiteljstvom, a ne Tribunalom.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Mr President, 149 men named Selimovic – just like me – are in graves in Srebrenica. I've been for years listening to stories about what happened to them – the Serbian, Croatian and Bosniak version – and of course, all involved have the rights to their own story. But if we are not to live in a state of internal denial and nationalistic autism, one single truth has to be established. By unearthing the graves, by examining the military orders and mutilated bodies, ICTY tried to establish the truth. We need it desperately. We need it to acknowledge the suffering. We need it for possible future reconciliation, and we need in order to be able to continue our lives without shame. And I do believe that the Balkans need it in order to wake up from the nationalistic nightmare. Has the truth been established? No – the complete truth can never be established. But thanks to the works of ICTY, the number lies have been diminished, and that is more than enough.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, žrtva i onaj tko se branio ne mogu imati licemjernu reakciju na presudu, nego samo iskrenu reakciju na nepravdu. A agresor i napadač u ovom slučaju je bila Srbija, koja nije htjela prihvatiti ustavno pravo republika bivše Jugoslavije na odcepljenje i osamostaljenje. Oni imaju licemjerne reakcije.

Haški sud je u nekim slučajevima upao u zamku izjednačavanja odgovornosti i donošenja presuda neutemeljenih u pravu i dokazima i zbog toga kreirao presude koje su produbile bol i patnju žrtava. Zbog toga, unatoč nekim dobro odrađenim poslovima, ne možemo reći da je ispunio svoj cilj, a to su istina i izraženo poštovanje i pravednost prema žrtvama.

(Înceierea intervențiilor la cerere)

Phil Hogan, *Member of the Commission*. – Mr President, as always this has been a very useful exchange of views and understandable comments, ideas and commitment to the work. I will be sure to bring your views to the attention of Commissioner Hahn. I think it is fair to say that the Commission, Parliament, the European Council and all of us are committed to reconciliation. The fight against impunity is an integral part of this approach. We have strong conditionality and we will continue to use it. We have learned from previous accessions that our approaches evolve but our ultimate aim is the same – to support justice for the victims.

In December, Commissioner Hahn had the honour to be invited to the closing ceremony of the International Tribunal. There were groups present representing the families of victims, victims of every nationality and every ethnicity, men, women and children. All had their criticisms of the Tribunal and its work in specific cases, but all were in total agreement that without the Tribunal, without the support of the international community and without the support of the European Union, there would have been no justice at all.

With our strategy for the Western Balkans we have reconfirmed our commitment to justice in the region. Through our work together we can help bring that justice to all the victims regardless of ethnicity, religion, gender or age, and the Commission looks forward to having Parliament on its side as we engage in this important work in the future.

Monika Panayotova, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, firstly let me express my sincere gratitude for the work of the European Parliament in supporting international humanitarian law and the important work of the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia. We join you in stressing the importance of policies of reconciliation as part of the European integration process so that civilians of all ethnicities may overcome the tensions of the past and begin peaceful and genuine coexistence in the interests of sustainable peace, stability and economic growth.

The specific priority of the Bulgarian Presidency is the European perspective and connectivity in the Western Balkans, as the European perspective continues to be a major driving force for achieving stability in serious political and economic transformations. Emphasising the importance of the Tribunal in terms of building peace, fostering reconciliation and endorsing the rule of law, we encourage the respective governments involved in the Tribunal's processes to cooperate fully with, and respect the decision of, its successor, the Mechanism for International Criminal Tribunals.

As one of our main priorities, we will continue to support concrete progress on each country's EU path, on the basis of merit, focusing on further strengthening institutions, good governance and the rule of law, building and fostering good neighbourly relations and inclusive regional cooperation, mitigating stability risks and promoting social economic development and cohesion.

The Tribunal has finished its existence, but there is still work to be done, so we encourage our Western Balkan partners to make further efforts to overcome legacies of the past and to foster reconciliation, including through promoting a climate of tolerance.

Președintele. – Dezbateră a fost închisă.

Declarații scrise (articolul 162)

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – La contribution du Tribunal pour l'ex-Yougoslavie au droit pénal international est inestimable, puisque cette cour a servi de modèle aux grands procès internationaux, comme ceux afférents aux crimes du Rwanda. Sa contribution au travail de mémoire est également considérable, au regard des milliers de pages de débats judiciaires documentant minutieusement des faits historiques d'une rare atrocité.

Pour autant, si ces missions ont été, pour l'essentiel, remplies, l'objectif politique de cette saga judiciaire d'un quart de siècle, qui consistait en la réconciliation des peuples des Balkans, s'est quant à lui soldé par un échec. De fait, les décisions du Tribunal sont trop souvent, à tort ou à raison, passées notamment aux yeux du peuple serbe comme le fruit d'une justice des vainqueurs partisane.

Certains acquittements spectaculaires, comme celui l'actuel premier ministre kosovar Ramush Haradinaj, resteront gravés dans leurs mémoires comme une démonstration de ce deux poids deux mesures. Car, à n'en pas douter, les passions nationales sont toujours à vif dans les Balkans occidentaux.

Et alors que l'Union européenne tente cette année de relancer le processus d'adhésion, la persistance de profonds antagonismes territoriaux, ethniques et religieux rend cette perspective toujours plus lointaine.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Tribunal Penal Internacional para a antiga Jugoslávia encerrou os trabalhos em 31 de Dezembro de 2017, 24 anos depois da sua instituição. O julgamento de genocídios, crimes contra a Humanidade, crimes de guerra e violações das Convenções de Genebra foi um exercício complexo, com 161 acusações (das quais 90 condenações, 13 reenvios para jurisdição nacional, 37 mortes ou acusação retirada e 19 absolvições), 4 650 testemunhas, 10 800 dias de julgamento e 2 milhões e meio de páginas de processo.

Registo a colaboração permanente da União Europeia nos trabalhos, congelando bens ou proibindo a circulação de acusados nos seus Estados-Membros, e recorro a exigência de cooperação com o TPIJ no acordo de adesão da Croácia. Neste sentido, defendo que qualquer negociação com a Sérvia tem de considerar esta matéria.

O contributo do Tribunal para o Direito Penal Internacional é inegável e espero que a jurisprudência produzida seja útil para futuros mecanismos semelhantes. Infelizmente, hoje assistimos à prática de crimes de guerra e violações flagrantes do Direito Humanitário Internacional, com a Síria em destaque. Espero que o aprofundamento dos princípios de responsabilidade criminal individual em situação de guerra contribua para uma futura ação determinada contra os criminosos que, hoje mesmo, exterminam populações inteiras.

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – Międzynarodowy Trybunał Karny dla Byłej Jugosławii, który zakończył swoją działalność w zeszłym roku, okazał się wielkim sukcesem społeczności międzynarodowej. 161 osób, które zostały oskarżone o zbrodnie wojenne w czasie wojny w byłej Jugosławii, zostało osądzonych, z czego ponad 80 skazanych. Trybunał ad hoc – powstały w 1993 roku na mocy rezolucji Rady Bezpieczeństwa ONZ – był pierwszym po Norymberdze i Tokio, który sądził osoby oskarżone o zbrodnie międzynarodowe. Choć powołanie Trybunału nie zapobiegło zamordowaniu ośmiu tysięcy bośniackich mężczyzn i chłopców w 1995 roku w Srebrenicy, to dzięki jego późniejszej, w sumie prawie 25 letniej działalności panuje dziś przekonanie, że za zbrodnie międzynarodowe sprawcy będą musieli prędzej czy później odpowiedzieć. Dobrze rokuje to też dla haskiego, już stałego, Międzynarodowego Trybunału Karnego.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY) was a United Nations court of law that examined and prosecuted crimes committed during the bloody conflicts in the Balkans in the 1990s. Since its establishment, it irreversibly changed the landscape of international humanitarian law and international jurisdiction. The tribunal was unique because it gave the victims an opportunity to voice the horrors they witnessed and experienced. The court was supposed to demonstrate that no one was above the law, and that every person would have to answer for his actions, regardless of his position in the society. Over the last 25 years some 161 people have been charged with crimes and 151 faced trial, including high-ranking persons such as Radovan Karadzic, Ratko Mladic and Slobodan Milosevic. The death by suicide of Slobodan Praljak has overshadowed the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia's final verdict. The court has been heavily criticised by nationalists in Serbia, but the truth is that justice has prevailed and after 25 years the court will cease to exist, but its impact will remain.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Aastal 1993 moodustatud ÜRO Endise Jugoslaavia Rahvusvaheline Kriminaaltribunal on tänaseks lõpetanud töö, olles mõistnud süüdi 90 inimest kuritegudes, muu hulgas genotsiidi, sõjakuritegude ja inimsusevastaste kuritegude toimepanemises. Tribunal on teinud märkimisväärsed tööd nii mõneski aspektis. Ta saatis signaali, et rahvusvaheline kogukond on pühendunud sellele, et kõige tõsisemad kuriteod ja nende toimepanijad ei jää karistuseeta. Samuti on tänu tribunali tööle nüüd olemas suur arhiiv sellest, mis Sarajevos, Srebrenicas ja mujal toimus, ning seda ei unustata ka tulevikus. Lisaks on tribunali loomine aidanud kaasa suurema süsteemi loomisele ning on suurenenud arusaam ning vajadus Rahvusvahelise Kriminaalkohtu järele. On oluline, et võimalikult paljud riigid Rahvusvahelise Kriminaalkohtu jurisdiktsiooni aktsepteeriks, et oleks võimalik ka edaspidi inimsusevastaste kuritegude eest inimesi vastutusele võtta, ning loodetavasti mõjub kartus vastutusele võtmise ees nii mõnelgi puhul ka heidutusena.

Cristian Dan Preda (PPE), in writing. – The 24 years of operation of the International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia (ICTY) represent a legal success emerging from tragedy, from the atrocious crimes committed on the territory of former Yugoslavia. At the time of its creation, few would have imagined that the perpetrators of these horrendous crimes would, one day, be brought to justice.

During its 10 800 trial days, the ICTY heard 4 650 witnesses and convicted 90 people out of the 161 indicted. Through its work, accountability for atrocities became a universal value and the landscape of international criminal and humanitarian law was irreversibly changed. Its ground-breaking decisions have indeed played a pivotal role in shaping the architecture of international criminal justice of today. Its work also helped alleviate the suffering of the victims and contributed to regional reconciliation.

Genuine and lasting reconciliation can be achieved only by explaining and accepting the reality of the crimes that have occurred in ex-Yugoslavia – recognising and accepting, for instance, the genocide in Srebrenica. While the Tribunal's work has ended, the reconciliation process should begin in earnest. It is the responsibility of political elites to carry the process forward in good faith, instead of glorifying the perpetrators of war crimes as happens regularly in Bosnia and Herzegovina.

24. Die verbotenen Lobbying-Tätigkeiten des ehemaligen Kommissionspräsidenten Barroso, z. B. das Treffen mit Kommissionsmitglied Katainen (Aussprache)

Preşedintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind Declarația Comisiei referitoare la activitățile interzise de lobby ale fostului preşedinte al Comisiei, Barroso, de exemplu întâlnirea cu comisarul Katainen (2018/2605(RSP)).

Jyrki Katainen, Vice-President of the Commission. – Mr President, honourable Members, unfortunately there are not that many Members around, but perhaps there are more important issues on their agendas. Nevertheless, thank you very much for your kind invitation to participate in this very interesting, timely and important debate. I am glad to have a chance to discuss transparency practices in the EU institutions with you, to tell you about my rendezvous with my friend and former Commission President, Mr Barroso, and also to correct some unintentional – and also some intentional – misperceptions concerning the meetings.

I did not think that the glass of beer I had with Mr Barroso would merit such attention, but I think it is good to clarify what this Commission does to meet the highest standards of transparency in general and, in particular, how we decided to deal with meetings with Mr Barroso after he accepted the position with Goldman Sachs.

This Commission took a very clear commitment from the very beginning to be transparent vis-à-vis European citizens and its actions. It is very important for this Commission and very important for me. This is why I have always paid great attention to the transparency of my meetings, and you can consult this on my website.

The European Commission as a whole is fully committed to enhancing transparency across all areas of its work. Upon taking office, the Juncker Commission decided first to limit meetings between Commissioners, their cabinets, the Commission Directors-General, to organisations and self-employed individuals engaged in EU policy and policy implementation who are registered in the transparency register. Secondly, and at the same time, the Commission took a specific decision in November 2014 obliging its members to publish these meetings. Unfortunately, the same level of transparency does not occur in all the EU institutions. The Commission is the most transparent institution in the EU.

Now to the particular case of my meeting with Mr Barroso on 25 October 2017. When Mr Barroso accepted the position with Goldman Sachs, President Juncker decided, and announced, that he would be received in the Commission in the future as a representative of an organisation. This is why a meeting with Mr Barroso always needs to be registered, and this is exactly what I did. I told my cabinet to publish the meeting on my website, in the section dedicated to meetings with organisations and self-employed individuals engaged in EU policy-making and policy implementation. The Commission decision of November 2014 provides for the publication of the name of the organisation, not of the names of individual persons representing the organisation. This is why I published the meeting with Goldman Sachs.

Some of you are interested in details of the meeting, so I am happy to clarify this. The meeting was set up at Mr Barroso's request, in his personal capacity and not as a representative of the organisation. It was arranged over the phone by my office. I met him in the bar of the Silken Berlaymont hotel for a beer. Mr Barroso and I were the only persons present at this meeting. I consider José Manuel Barroso as a friend. I worked a lot with him when he was the President of the European Commission and I was the Finance Minister and Prime Minister of my country at the time. We worked together through one of the most difficult periods in Europe's recent history, during the economic and financial crisis. For about four months I was Vice-President in this Commission in 2014, during his second mandate. In spring 2016, before he accepted a position with Goldman Sachs, I visited the United States. During my visit I spoke at the University of Princeton, where Mr Barroso was a lecturer and held a faculty, and he was kind enough to organise the event with the students to discuss Europe. Mr Barroso and I were also, at the same time, on a panel at the Atlantic Council event during my visit.

When he proposed we have a cup of coffee, I suggested going for a beer instead. My office took care of setting up the time and place of the meeting. If he had not contacted me, I would have contacted him, because I had already been thinking for a long time that it would be nice to see him again.

When we met it was me doing most of the talking. I told him about our ambitious trade and defence agenda. He is a lecturing professor, travelling a lot and meeting world leaders, so I thought it would be useful for him to know that Europe is on the move again. I hoped he would spread the word. I also spoke to him about the 'Future of Europe' discussion, which many of you are familiar with. Of course, we discussed politics, life and personal matters, as many people do when they are sitting with a friend.

Our meeting respected in full the rules the Commission has adopted. The Commission has never said that Mr Barroso could not have meetings with members of the Commission and that members of the Commission would not be allowed to have meetings with him. The meeting took place in public, according to the rules and the commitment taken by President Juncker. Had I not made this meeting public, I could understand questions being asked, but do not criticise the Commission for having made the meeting public, because this is a request we are imposing on ourselves.

We all have a right to have a private life and we all have a right to select our friends. I could not imagine myself politicising other people's friendships. The NGOs which had questions have received answers from the European Commission, and those who still have questions will also get answers.

It is in this spirit of transparency that I am discussing here with you today.

Paulo Rangel, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, Senhor Vice-Presidente Katainen, antes de mais, queria agradecer-lhe pela forma clara, sóbria, e eu diria com respeito por esta casa, como explicou este assunto.

Na verdade, fazer este debate, hoje, nesta casa, com este motivo, é mais próprio de um *reality show* do que de um parlamento. Não há na conduta de José Manuel Durão Barroso, nem enquanto foi Presidente da Comissão por dois mandatos, nem no período que se seguiu, nem a partir do momento em que regressou à vida privada, nada que se lhe possa apontar do ponto de vista ético ou do ponto de vista da correção de comportamento.

Há talvez perseguição pessoal, há talvez inimizade, há talvez gente que neste Parlamento não gostou das linhas políticas que ele assumiu. E por isso, de cada vez que fala, de cada vez que aparece, de cada vez que pratica um ato normal da sua vida privada, é motivo de ataque neste Parlamento.

É estranho que numa semana em que sai o escândalo Manafort e até há altos dignitários da Comissão que estão envolvidos em questões da Ucrânia, nós não estejamos aqui a debater isso e estejamos a debater se José Manuel Durão Barroso devia, ou não devia, ter bebido uma cerveja num bar de um hotel em Bruxelas.

Pobre parlamento que perde tempo com um assunto destes e que não respeita aqueles que o serviram com dignidade e com sentido ético, como é o caso de José Manuel Durão Barroso.

Ana Gomes, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, ao contrário do que afirmou o Presidente Juncker, o encontro entre Durão Barroso e o Vice-Presidente Katainen não é um não assunto. Não me espanta que Durão Barroso tenha quebrado o compromisso de não fazer lobby junto das instituições europeias quando estava em causa a compatibilidade do seu emprego no Goldman Sachs com os seus deveres como ex-Presidente da Comissão Europeia.

Mas quem aqui tem esclarecimentos a prestar, ao Parlamento Europeu e aos cidadãos, é justamente o Sr. Vice-Presidente Katainen, que bem sabia que é impróprio, pouco recomendável, reunir com Durão Barroso, dada a controvérsia causada pela sua nomeação para aquele banco privado depois de ter ocupado o cargo de Presidente da Comissão.

Ainda para mais quando o próprio Vice-Presidente Katainen, depois de ter de reconhecer que o encontro com alguém do Goldman Sachs era com Durão Barroso, o que inicialmente omitiu do registo, acabou também por admitir que tinham tratado de assuntos de política europeia no campo do comércio e da defesa. Obviamente, ao contrário do que disseram o Presidente Juncker e o próprio Sr. Vice-Presidente, não se tratou de um copo entre amigos, e por isso, há demasiadas contradições e mudanças na narrativa, Sr. Vice-Presidente. Precisamos de saber, precisamos que esclareça que assuntos específicos de comércio e de defesa discutiu com o Sr. Durão Barroso, empregado do Goldman Sachs.

Marian Harkin, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, Commissioner, I believe in listening to both sides of the story, but any explanation must have real credibility. First, your meeting is logged in the register as a meeting with Goldman Sachs, yet you said it was a meeting between friends. You say that Mr Juncker said that it is a rule that any meeting with Mr Barroso has to be logged, so why not by name? Secondly, we have the sorry saga of Barroso's hasty exit from the Commission to Goldman Sachs, a company that carries at least some responsibility for the crash where millions of EU citizens' lives were damaged or destroyed. You cannot ignore that fact. At any meeting logged in the transparency register, you are a Commissioner first and a friend of Barroso second.

The golden circle of powerful interests and powerful people meeting with no account of proceedings does not have the confidence of EU citizens. No matter how you explain it, your meeting with Barroso falls into that category.

Dennis de Jong, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, thank you, and thanks also to the Vice-President for being here. I am very happy that we are talking about transparency and we share the interest of the Commission in transparency, but I must say that the more I listen to the Vice-President, the more confused I get. You enter into the register, rightfully so, that you meet a lobbyist. That is also the policy of the Commission, that Mr Barroso is treated only as a lobbyist, not as a friend, not as a beer drinker, nothing like that: just a lobbyist. Then you say, 'but we had a chat, and of course this wasn't about Goldman Sachs; I wrote down in the register Goldman Sachs, but it wasn't about Goldman Sachs, it was about a university background, trade and defence and the European Union'.

This is all very contradictory. I really think that we, as Parliament, deserve to know exactly whether he was there in his capacity as a lobbyist for Goldman Sachs, because then we would also have a problem with the Commission. The ad hoc committee – the ethical committee – made very clear that his commitment not to lobby for Goldman Sachs with people like you was important for the committee when taking the decision not to take sanctions against Mr Barroso. So I think we need far more clarity than you have given, and at this hour it is quite normal that the people who are spokespersons for their Groups are here, but not the entire Parliament.

Sven Giegold, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Herr Kommissar Katainen, ich muss Ihnen ganz offen sagen: Sie haben Recht, dass die Kommission, was die Transparenz von Treffen angeht, weiter ist als das, was wir hier im Parlament selbst praktizieren, weiter als was die Mitgliedstaaten praktizieren. Die Transparenz über die Treffen der Spitzenbeamten und auch Sie als Kommissare, das ist ein echter Schritt nach vorne, was Lobbytransparenz angeht.

Das Ziel von Lobbytransparenz ist niemals Kontaktverbote zwischen Freunden – darum geht es nicht. Aber das eigentliche Problem, über das wir hier sprechen, ist, wie so ein solcher Seitenwechsel von Herrn Barroso zu *Goldman Sachs* überhaupt möglich war. Sie haben leider die Gelegenheit verpasst, eine tiefe Reform der Seitenwechselregeln einzuleiten; Sie haben nur ein bisschen an den Regeln die Schrauben angedreht. Was nach wie vor fehlt, ist ein unabhängiges Ethikkomitee, das über diese Fragen entscheidet und das nicht von der Kommission ernannt wird, sondern aus eigenständigen Persönlichkeiten besteht. Bitte ziehen Sie die Konsequenz aus dieser Geschichte, diese Regeln jetzt endlich demokratiefreundlich auszugestalten.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, l'ancien président de la Commission de Bruxelles, M. Barroso, a été engagé en 2016 par la banque Goldman Sachs, tristement célèbre pour avoir provoqué la crise financière de 2008.

Officiellement, il n'a pas été engagé pour faire du lobbying – ce qui paraît difficile à croire, mais le comité d'éthique, commandité par la Commission, a fait semblant de croire à cette baliverne. Entre eurocrates, il faut bien se serrer les coudes. Oh! surprise, M. Barroso vient pourtant d'être surpris en pleine conversation avec le commissaire Katainen. Le spectre du lobbying reparait et les explications que vient de donner M. Katainen – une rencontre entre amis – ne sont guère convaincantes.

Cet événement prouve à mes yeux que l'Union européenne est l'Europe des banques et des affairistes sans foi ni loi. C'est d'une autre Europe dont nous avons besoin: une Europe respectueuse des nations et des libertés.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-Président, j'ai l'impression que, si vous nous avez parlé de transparence, en réalité, vous avez été d'une confusion totale.

Vous nous parlez de transparence et d'un café avec un ami, mais de quel ami s'agit-il?

Vous ne pouvez pas ignorer que votre responsabilité comme vice-président de la Commission doit vous amener à vous interroger sur le type de rendez-vous et de contacts que vous pouvez avoir avec M. Barroso, qui est engagé par Goldman Sachs pour les conseiller sur la question du Brexit. Et pour parler de quoi? De commerce et de défense!

Me diriez-vous qu'il n'y a pas de passerelle entre les deux, entre le mandat de M. Barroso au sein de Goldman Sachs et du thème même que vous avouez avoir évoqué avec lui?

Alors c'est peut-être autour d'un verre de bière, mais cela ne change rien au fait que vous avez par là même franchi toutes les frontières de ce qui est possible dans le cadre du respect, de l'indépendance et des règles minimum qui devraient être celles de la Commission, s'agissant du lobbying exercé par M. Barroso, qui a été pris la main dans le sac.

Intervenții la cerere

Jean-Paul Denanot (S&D). – Monsieur le Président, je sais bien que les promesses n'engagent que ceux qui y croient, mais M. Barroso avait fait la promesse de ne pas intercéder en faveur de son nouvel employeur, Goldman Sachs. Déjà, nous avons été un certain nombre à considérer qu'un commissaire – pardon, un ancien président de la Commission – n'avait pas à aller pantoufler, comme on dit en France, dans des délais aussi courts.

Aujourd'hui, on apprend qu'il est allé prendre une bière avec un ami qui se trouve être, s'il vous plaît, un vice-président de la Commission – en fait, peut-être pour parler quand même affaires.

Les citoyens européens attendent de leurs responsables de la transparence dans les relations que ceux-ci ont avec les lobbies. Pour ma part, comme la plupart de mes collègues, je publie toutes les rencontres que j'ai pu avoir dans le cadre de mes fonctions. Nous avons le devoir de vérité, vous, M. Katainen, comme moi, Jean-Paul Denanot.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η πρόσληψη του Barroso από την Goldman Sachs προκάλεσε σάλο κυριολεκτικά στην ευρωπαϊκή κοινή γνώμη. Τώρα βλέπουμε ότι ο Barroso είναι και λομπίστας της Goldman Sachs, παρότι υποσχέθηκε ότι δεν θα το κάνει, γεγονός το οποίο προκαλεί την ευρωπαϊκή κοινή γνώμη και αυτό είναι το βασικό στοιχείο. Από κει και πέρα κ. Katainen, με τις απαντήσεις που δώσατε, μάλλον περισσότερα ερωτήματα δημιουργήσατε παρά εξηγήσατε το τι συνέβη. Διότι, αν ήταν μια ιδιωτική συνάντηση, τότε δεν είχε νόημα να καταγραφεί ως συνάντηση με την Goldman Sachs και, αν ήταν μια συνάντηση με την Goldman Sachs, θα έπρεπε να έχετε περιγράψει και να αναφερθείτε και στη συνάντηση με τον Barroso. Είναι προφανές λοιπόν ότι υπάρχει απόπειρα από τη δική σας πλευρά κι αυτό θα πρέπει να αποκατασταθεί. Το ότι συζητήσατε για θέματα άμυνας, έτσι γενικώς και αορίστως, δεν μας πείθει. Υπάρχει ενδιαφέρον της Goldman Sachs για μετοχές επιχειρήσεων άμυνας; Για defence stocks; Ναι ή όχι; Γνωρίζετε γι' αυτό το θέμα;

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr! Együttérzéssel gondolok azokra a szegény fiatalokra Magyarországon, meg hát idősebbekre is, akik az Európai Unió lobogóját lóbálva kelnek ki a magyarországi korrupció ellen. Szánalmas dolog ez, hiszen látjuk, mi folyik az Európai Unióban. Most kivételesen lebuktak, porszem esett a gépezetbe, de ez egy abszolút tipikus történet. Itt van Barroso úr, az Európai Bizottság volt elnöke, miután lejár a mandátuma már minden politikai kapcsolatát ugye megfelelően kiépítette. Elszegődik a Goldman Sachs-hez, az egyik olyan céghez, hogy így mondjam, amelyik eminens felelőse annak, hogy európai polgárok millióinak tönkrement az élete.

Majd pedig visszajár lobbizgatni a Goldman Sachs érdekében az európai uniós pajtásaihoz. Így megy ez, kérem szépen, tehát ne az Európai Unió zászlóját lobogtassuk, hogyha a korrupciótól meg akarunk szabadulni, mert ez nem az a hely, ahonnan tanulni lehetne. Ha nem akarunk Magyarországon korrupciót, nagyon helyes, én is gyűlölöm, de nem az Uniótól van tanulnivalónk.

Elly Schlein (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Vicepresidente Katainen, mi pare che ci siano degli elementi contraddittori nelle spiegazioni fornite a questo Parlamento e quindi ai cittadini europei. L'incontro con Barroso viola gli impegni che aveva preso, ed è inopportuno che chi ha avuto l'onore di servire da Presidente della Commissione possa poi, tramite le *revolving doors*, mettersi a fare attività di lobbying sulla Commissione stessa. Anche dai Commissari ci aspettiamo trasparenza e indipendenza, il che vuol dire evitare ogni potenziale conflitto di interesse.

Vorremmo almeno sapere di quali temi, in concreto, avete discusso. La sfida di ridurre la distanza dei cittadini europei dalle nostre istituzioni parte anche da qui, da una maggiore trasparenza, una misura indispensabile per capire quali interessi si muovono in questi corridoi, altrimenti rafforzerete l'idea che l'UE abbia, con le sue istituzioni, più orecchie per i portatori di grandi interessi economici che non per i problemi dei cittadini e le loro difficoltà.

(Încheierea intervențiilor la cerere)

Jyrki Katainen, Vice-President of the Commission. – Mr President, thank you very much for the questions.

First, I would like to answer Ms Gomes's question regarding the defence and foreign policy-related issues which we discussed. I am sure you know most of them. I explained what we are planning to do with the Defence Industrial Fund, how we have established a preparatory action on defence research, and also the latest developments on Permanent Structured Cooperation on Security and Defence (PESCO), etc. On the trade agenda, I explained or listed all the countries with whom we are negotiating, and things like that. As I am in charge of these issues and am interested in these issues, it says a lot that things are now moving in a positive direction in Europe. Those MEPs who are involved in these files will know more or less the substance of what I discussed.

A couple of other remarks. I understand that people have controversial thoughts regarding Goldman Sachs as a financial institution. Everybody has the right to have a negative, positive or neutral position on this. Also, some people may have a certain attitude or opinion regarding Mr Barroso. I think we all can agree here that, as Mr Giegold said, transparency does not mean denying people the chance to meet each other. Commissioners are allowed – just like anyone else – to meet Mr Barroso, for instance. He cannot be the only person in the world who cannot be met. I am sure that many of you can understand that it is natural to meet and discuss with a person who I know from many years back and who I consider a friend, who has a wide view on how the world is moving, just like anyone else meets him. If I invited him to my home with my wife, as a group of other friends, I would not expect anyone to ask me to invite a Commission official to sit in the corner of my dining room and record what we are discussing. It is nothing more than a normal discussion. I checked my website today and I have never received anybody from Goldman Sachs. I would not have a problem meeting Goldman Sachs if they had something to say.

A couple of my cabinet members have once or twice received representatives of Goldman Sachs, just like they meet all the other financial institutions, NGOs, labour unions or industrial organisations who are interested in meeting with us.

Taking into account all the controversies around this topic, in my mind friendship also matters. I understand that everybody does not consider friendship in the same way that I do. It is not a matter which is relevant to public debate. Friendship has its own value, and I do hope that we all see things like that. I will meet Mr Barroso next time: I do not know when, but hopefully, soon enough. We see each other very rarely nowadays because he is travelling and I am busy, but hopefully I will have a chance to meet him again, and I will do exactly the same as I did this time. I will disclose this meeting, even if it is a private meeting, because we have a principle on this. I will do the same as I did this time.

Mr Barroso has followed the Commission rules and his personal commitment. He has not lobbied the Commission. I do not know, but I am sure that all of you here always disclose every time you meet somebody and you make notes on these discussions. It is a good principle, because we need to do whatever it takes to strengthen the confidence of our citizens towards the political decision-makers. In this House it is very important, because you are the real decision makers, together with the Council.

Thank you very much for this discussion. I am always available if you want to continue this particular discussion or a discussion on other issues.

Președintele. – Dezbaterăa a fost închisă.

VORSITZ: EVELYNE GEBHARDT

Vizepräsidentin

25. Streichung mehrerer Drittländer von der EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Streichung mehrerer Drittländer von der EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke (2018/2564(RSP)).

Monika Panayotova, *President-in-Office of the Council.* – Madam President, you have asked the Presidency to give you an update on the delisting by the Ecofin Council of eight jurisdictions – Barbados, Grenada, the Republic of Korea, Macao, Mongolia, Panama, Tunisia and the United Arab Emirates – removing them from the EU list of non-cooperative jurisdictions for tax purposes. Let me start by recalling the political process that led us to where we are now, as I believe this is very important.

On 25 May 2016, the Council agreed on the establishment of an 'EU list of third-country non-cooperative jurisdictions', and to explore coordinated defensive measures at EU level. Since the start of the process we have therefore been talking about a European Union list of non-cooperative jurisdictions, not about a blacklist of tax havens, contrary to what some may say. The Council's Code of Conduct Group on business taxation was entrusted with the task of preparing the necessary elements for our decision.

In November 2016, the Council approved the process, geographical scope and screening criteria for this work. At the beginning of 2017, the Code of Conduct Group then wrote to all the jurisdictions concerned to start the dialogues, and constituted expert panels to screen the jurisdictions concerned against the criteria. These panels identified deficiencies in most jurisdictions. Some jurisdictions have chosen, up to now, not to cooperate with the European Union, which is why they remain listed in Annex I. Defensive measures are already being applied towards these jurisdictions.

However, most of the jurisdictions chose to cooperate with the European Union and agreed, through commitment letters signed at a high political level, to take the necessary steps to address the concerns identified. This is illustrated by Annex II of the Council conclusions of 5 December, which contained 47 jurisdictions. This shows that the approach chosen by the Council has led to a constructive engagement with many jurisdictions around the world and that the initiative has so far been a success. The objective is not to name and shame, but to provoke effective changes through cooperation.

The same process applied to the eight jurisdictions delisted on 23 January, but their commitment letters were not received in time to allow them to be included in Annex II at the 5 December Ecofin Council meeting. We take these commitments very seriously and we will closely monitor their implementation through the Code of Conduct Group.

Regarding transparency (an issue on which I know that there is sometimes criticism), while the process can be diplomatically sensitive, appropriate transparency will nevertheless be ensured. As a follow-up to the Bulgarian Presidency's publicly stated commitment to greater transparency, during the last Ecofin Council meeting, its current chair, Mr Goranov, sent a letter to the Chair of the Code of Conduct Group inviting her to request permission from the relevant jurisdictions to publish their commitment letters. The letter was discussed at the Code of Conduct meeting on 14 February and the Group approved the text of the letter to the jurisdictions requesting consent to publish their commitment letters. The letter was sent on 22 February 2018. Furthermore, the Council conclusions and their annexes are very explicit on substance and process.

We are also in the process of publishing the letters seeking commitments sent last autumn to jurisdictions. We have published on the Council website consolidated versions of Annexes I and II of the 5 December conclusions. A six-monthly report by the Code of Conduct Group on its activities concerning both Member States and third countries is also available. The next one will be in June this year.

I am looking forward to listening to your views. Thank you very much for inviting us and for your attention.

Phil Hogan, *Member of the Commission*. – Madam President, I am taking this debate, as you know, this evening on behalf of my friend Commissioner Moscovici, and this is a debate in an area in which the Commission has made progress in only three years. Three years ago, the idea of having a European list of tax havens was not a plausible one at all, and I'm sure you can recall the outcry when the Commission simply published a compilation of national lists.

Parliament should also be very proud of the steps we have taken because they are also the result of the constant pressure that many of your Members exerted, particularly through the recommendations of the Special Committee on Tax Rulings (TAXE Committee) and the Committee on Money Laundering, Tax Avoidance and Tax Evasion (PANA Committee). This is pressure that you will continue to exert with the new TAXE 3 Committee, the terms of reference for which you will vote on tomorrow. Among its other objectives, this committee will evaluate the process that led to the establishment of the list and its impact.

It is important at Parliament continues to follow this issue closely and I know that I don't have to tell the honourable Members to do so. Parliament's pressure is essential for our goal of promoting tax justice at international level.

Clearly the adoption of the list has not put an end to the existence of tax havens and I want to give you some more detail about that. In the negotiations leading to the conclusion of the list, 47 jurisdictions made written commitments to reform their tax systems in order to avoid being blacklisted. Eight of the countries listed then quickly realised their interest in cooperating with the European Union and committed themselves to reforming their tax legislation. The publication of the list has triggered positive momentum.

I note that some people disliked the speed with which these commitments were achieved and the shrinking of the list. However, the blacklist is not an end in itself. The so-called grey list is more important for the credibility of the process. This list includes 55 third countries. We want these countries and territories to comply with our expectations in terms of transparency and good fiscal governance. The grey list places these countries in a process whereby they are required to abolish the aspects of their tax systems that encourage fraud before the end of the year, or by 2019 for developing countries. If they do not do so, they will be included in the blacklist.

But the work is far from finished: our attention must now turn to the precise and uncompromising monitoring of the commitments undertaken by the third countries. We will have to continue to work hard with them to ensure that they change their legislation and meet the criteria to which they have committed. Transparency will help us to move on from words to action, and that is why my colleague Commissioner Moscovici has called for the scope of the commitments given to be made public, for NGOs, for citizens, for the media and, of course, for our national parliaments and the European Parliament to see for themselves.

It is important that everybody can scrutinise the implementation of the commitments made. That is why the Commissioner asked the EU Finance Ministers at the ECOFIN Council on 23 January this year to publish the commitments made by the states on the grey list. These commitments are contained in letters signed by the authorities of these countries. The Member States are the drivers of this process and therefore the guarantors of its credibility and legitimacy. Transparency must play a crucial role here and Member States have undertaken to ask third countries for permission to publish these letters. We are confident that they will understand that it is in their interest to allow such transparency.

Member States have recognised that the Commission should have a central role in the technical monitoring of these commitments. This is something that the Commission takes very seriously. Countries that have honoured their commitments will get off the grey list. Countries that have not complied with them will return to blacklist. The process must be clear, precise and transparent.

The legitimacy of this list also depends on the question of whether the threat of sanctions is posed. This is why Commissioner Moscovici has called for strong and credible sanctions to be agreed by Member States to target financial flows through blacklisted countries. The European Union will assume its responsibilities at its own level, especially when it comes to the use of European funds. The Commission will soon issue guidelines on the use of these funds.

Finally, let me say a word about the absence of Member States on these lists. This is a criticism of the process that has been consistently made, particularly by Parliament, and there is a misunderstanding here. The purpose of drawing up a European list of tax havens was always to deal with external threats to Member States' tax bases. The aim was to reflect in our relations with our non-EU partners all the ambitious reforms that have been adopted over the past three years to make the European tax system fairer.

Member States were therefore never part of the evaluation process when drawing up these lists because they are already obliged to implement all of the provisions that have already been adopted by the European Union, in particular our proposals on the automatic exchange of information and the measures under the Anti-Tax-Avoidance Directive, to combat tax evasion. Of course, Member States are not perfect and tax-optimisation practices continue within the European Union. The abolition of these tax arrangements is a long-term task to which the Commission is fully committed. That is the whole point of the discussions and harmonisation of the tax base for businesses, which were relaunched by Commissioner Moscovici in October 2016.

At the same time, and for the first time, last November the Commission called, in its recommendation on the euro area, for Member States to adopt and implement measures aimed at combating aggressive tax planning. The Commission can assure you that it will do everything in its power to ensure that the commitments made by third countries are effective, and that the results of this list on the ground match our ambitions.

Theodor Dumitru Stolojan, în numele grupului PPE. – Doamnă președintă, am felicitat Comisia atunci când, în sfârșit, după ani de zile, a reușit să publice această listă cu jurisdicțiile fiscale care nu cooperau pentru transparență în materie fiscală. Acum, după numai două luni de la publicarea listei, ne trezim că se vine cu propuneri de a se scoate de pe această listă pe baza unor angajamente luate. Noi avem o foarte mare experiență chiar cu state membre ale Uniunii Europene care își iau angajamente și nu și le îndeplinesc. Cred că creăm un precedent periculos, care va fi urmat și de către alte asemenea jurisdicții fiscale aflate pe lista publicată, care vor veni cu scrisori de angajamente pentru a fi scoase de pe listă.

A fost foarte mare efortul de a se ajunge la această listă și nu cred că este soluția potrivită în relația cu aceste țări. Ele trebuie întâi să îndeplinească măsurile, să oprim odată pentru totdeauna această scurgere masivă de fonduri care se realizează prin paradisurile fiscale.

Pervenche Berès, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, que s'est-il passé avec ces huit États? J'ai entendu le Conseil nous dire que les informations étaient arrivées au dernier moment et qu'il avait fallu la réajuster. Mais tout de même, dans cette affaire où l'Europe a voulu être exemplaire en adoptant sa propre liste de territoires non coopératifs, reconnaissez-le, cela fait désordre et ne correspond pas à l'esprit des travaux que nous avons menés dans ce Parlement. En effet, une liste dont le Panama est immédiatement sorti ne peut pas être la liste crédible que nous attendons pour faire de l'Europe le fer de lance de la lutte contre les États non coopératifs. Et puis, nous voyons bien, avec les récents développements autour de cette liste, notamment lorsque le Conseil se débrouille pour qu'aucun des États membres de l'Union européenne n'y figure, qu'il y a encore une marge de progrès.

Ce que nous exigeons aujourd'hui, ce que nous vous demandons, Monsieur le Commissaire, c'est de la clarté, c'est de savoir dans quelle mesure les engagements sont effectivement tenus. À ce titre, il ne suffit pas de retirer un nom d'une liste, il faut nous dire pourquoi, comment et après quelles vérifications un nom en est retiré, et nous fournir des faits et des moyens de vérification qui nous permettent de rester crédibles, car sinon cette liste ne pourra pas atteindre ses objectifs.

Petr Ježek, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, last December for the first time the EU agreed on a list of tax havens. This is to be welcomed, and this is also thanks to the strong pressure from the European Parliament for this list. Since then, it has taken less than three months to clear almost half of the countries from the list. If such progress continues we will have an empty list by May and therefore all the work done. We will have eliminated all tax havens in the world. Well done. I do not know why the Member States were so afraid of such a magic list!

But seriously, it does not look credible at all. We should be given detailed information about the criteria used to delist those countries and what they have committed to. We have heard that the Council is seeking permission to apply transparency. We shall see what and when will be available.

Tomorrow, the EP will vote on the mandate for a new committee on financial crime, tax avoidance and tax evasion. This committee will carefully assess the methodology, the country-screening process and the impact of the EU list of non-cooperative jurisdictions for tax purposes, as well as the removal of countries from the list and measures adopted towards countries still listed. Hopefully, the explanations Member States give us will be more detailed and credible than the current ones.

Martin Schirdewan, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Mich beschleicht zunehmend der Verdacht, dass das Parlament hier am Nasenring durch die Manege geführt wird.

Erst im Dezember kritisiert das Parlament in seinem Bericht die Machenschaften einer windigen panamaischen Anwaltskanzlei, die ihren Klienten dabei hilft, hunderte Milliarden Euro jährlich zu hinterziehen. Panama landet dann auch auf der schwarzen Liste der Steuerparadiese. Aber bereits im Januar nimmt der Rat Panama sowie sieben andere Länder in einem völlig intransparenten Verfahren – weil irgendein Brief irgendwo eingegangen sein soll – wieder von dieser Liste.

Sie erklären damit im Nachhinein, dass Sie Steuervermeidung, Steuerflucht und Geldwäsche für ein Kavaliersdelikt halten. Sie erklären, dass diejenigen, die aus bloßem Eigennutz die Gesellschaft um hunderte Milliarden Euro prellen, ohne Konsequenz so weitermachen können. Aber wir reden hier von Geld, das eben nicht in die öffentliche Infrastruktur, das nicht in die Zukunft der Bildung, nicht in die Zukunft des Gesundheitswesens, nicht in Straßen, Schulen und Krankenhäuser investiert wird.

Sie machen an dieser Stelle eine falsche Politik. Wir jedoch werden uns weiterhin für Steuergerechtigkeit einsetzen und gegen Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Geldwäsche kämpfen.

Sven Giegold, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Präsidenschaft! Ich muss schon sagen, dass die Intransparenz dieses Prozesses das eigentliche Problem ist. Grundsätzlich hat Europa hier einen großen Erfolg erzielt. Wir haben es in kurzer Zeit geschafft, dass sich eine ganze Zahl von Steueroasen verpflichtet hat, ihre Steuerpolitik zu ändern. Darauf können wir auch ein Stück stolz sein. Aber es geht nicht, dass intransparent gemacht wird, welche Länder auf die Liste gekommen sind und warum sie auf die Liste gekommen sind. Die Dokumente für das Screening – also nicht nur, wie Sie gesagt haben, Herr Kommissar, die Verpflichtungsbriefe, sondern auch das Screening selbst ist intransparent.

Wir haben inzwischen – und heute veröffentlicht – eine ganze Reihe von Protokollen aus der *Code of Conduct*-Gruppe. Und dort lernen wir, dass etwa Brasilien und Georgien, obwohl sie Sonderwirtschaftszonen betrieben, die als schädlich eingestuft wurden, letztlich nicht auf der grauen Liste oder auf der schwarzen Liste gelandet sind. Deshalb möchte ich vom Rat wissen: Warum sind diese beiden Länder nicht aufgenommen worden? Und zweitens: Wann veröffentlichen Sie sämtliche Unterlagen, auch das entsprechende Monitoring?

David Coburn, on behalf of the EFDD Group. – Madam President, I am pleased that the EU have taken so many off the black list – especially Tunisia, which has worked so hard to eliminate the problem of money laundering. Despite assurances on this, the EU still put Tunisia on the blacklist and damaged its economy. This had severe consequences for businesses and, in turn, jobs in Tunisia. This will create yet another wave of economic migrants desperately risking their lives crossing the Mediterranean and flooding an already-full jobs market.

I want to see Tunisians and others remain in their countries or Tunisians remaining in Tunisia, building their businesses and employing their fellow Tunisians. The European Union are just as keen to put Britain on a blacklist after Brexit, as they believe that our successful, low-tax economy is tantamount to money laundering. No it's not – it's just a threat to your command Soviet economy that you're trying to create here in Europe. You just don't get free market enterprise, which is why Britain is leaving the EU. The EU should stop extending its new cortical tentacles into North Africa and the rest of the world on the pretext of money laundering. Let's be frank: the EU just hates free enterprise.

Bernard Monot, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, il est normal que l'Union européenne, sous l'égide du Conseil, dispose d'une liste des pays fiscalement non coopératifs. Mais ce qui est bien moins normal dans le fléau de l'évasion fiscale européenne, c'est que l'hémorragie des recettes fiscales soit au cœur même de l'Union européenne. Les destinations exotiques ne se trouvent qu'en fin de liste: c'est bien parce que l'Irlande, le Luxembourg ou les Pays-Bas permettent aux multinationales d'y concentrer artificiellement leurs profits que ces sommes-là, ensuite, peuvent être exportées vers d'autres paradis fiscaux. La responsabilité de la Commission européenne est totale dans cette affaire.

Deuxièmement, la liste des pays tiers manque la cible principale: les États-Unis. Je parle ici du fait que les États-Unis restent opaques et sont donc devenus la meilleure place financière offshore. En effet, les États-Unis sont le seul pays de l'OCDE à avoir refusé de s'engager au *reporting* commun et à l'échange automatique d'informations. Or, avec le départ des fonds, notamment, de Suisse, de Panama et des îles Vierges britanniques, qui ont eux souscrit aux engagements de transparence, c'est environ 1 500 milliards de dollars de fonds offshore issus de l'évasion fiscale qui seront localisés aux États-Unis, principalement dans 3 États: le Delaware, le Nevada et le Dakota du Sud. La hausse annuelle de ces encours serait de l'ordre de 15 %.

Malheureusement, le groupe ENL n'espère, sur ce sujet des paradis fiscaux, aucune action efficace de l'Union européenne. Cette Union européenne qui perd une fois de plus une occasion de prouver une capacité de coopération internationale pour affirmer sa crédibilité réelle. Contrairement aux dernières déclarations de M. Moscovici, cette liste non crédible est, encore une fois, un coup d'épée dans l'eau.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Es zieht sich durch alle Wortmeldungen: Wir haben zwei zentrale Kritikpunkte: den Mangel an Transparenz und den Mangel an Glaubwürdigkeit. Weder das Europäische Parlament als Bürgerkammer noch die Europäische Kommission als Hüterin der Verträge hat Einsicht in die politischen Zusagen der acht Länder bekommen, die heute zur Debatte stehen. Wie sollen wir beurteilen, ob die Ratsentscheidung gerechtfertigt ist oder nicht? Und wie sollen wir unsere Kontrollfunktion wahrnehmen, wenn wir keinen Zugang zu diesen Informationen erhalten?

Der zweite Punkt ist die Frage der Glaubwürdigkeit. Wenn wir von anderen Ländern Verbesserungen einfordern, ohne unsere Entscheidungen nachvollziehbar zu begründen, dann verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit. Wir dürfen uns mit Briefen nicht abspesen lassen, und wir dürfen uns mit Zusagen, die erst später umgesetzt werden, nicht an der Nase herumführen lassen. Wir müssen den Kampf gegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung, für Transparenz und Glaubwürdigkeit fortsetzen. Daher ist es auch gut, richtig und wichtig, dass wir morgen den Sonderausschuss Steuern beschließen, weil wir unsere Arbeit konsequent fortsetzen müssen und unsere Kontrollaufgaben wahrnehmen sollten. Daher haben wir große Skepsis und verlangen von den Mitgliedstaaten Transparenz, Glaubwürdigkeit und die Offenlegung ihrer Unterlagen.

Peter Simon (S&D). – Frau Präsidentin! Es ist doch erstaunlich –haben wir doch eine Verpflichtung aller einzelnen Mitgliedstaaten gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern, zu Hause Rechenschaft über ihr Handeln abzugeben.

Das Europäische Parlament – als Bürgerkammer für den Zusammenschluss all dieser Länder – will nicht mehr und nicht weniger, als ergänzend zu den nationalen Parlamenten hier überprüfen, ob das Handeln der Summe der Mitgliedstaaten so in Ordnung ist wie es ist. Es ist ein bisschen arg wenig, wenn man uns über die Medien zur Kenntnis gibt, dass es über Briefe dazu geführt hat, dass einzelne Länder von der Liste der Steueroasen gestrichen wurden.

Ich denke, Sie stehen in der Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Ihres Landes, gegenüber der gesamten europäischen Bürgerschaft, genau darzulegen, nach welchen Kriterien ein Land überhaupt auf eine solche Liste kommt und nach welchen Kriterien es genau von dort wieder heruntergenommen werden kann, um dann im Einzelfall darzulegen, welche Anstrengungen ein Land versprochen hat zu unternehmen, damit es hiervon wieder verschwindet.

Sofern Sie dies nicht tun, werden Sie Ihrer Verpflichtung gegenüber den europäischen Bürgerinnen und Bürgern, den europäischen Steuerzahlern und dem Europäischen Parlament als Bürgerkammer nicht gerecht.

Marco Valli (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la lista dei paradisi fiscali – questa *black list* – è una priorità per gran parte di questo Parlamento e per gran parte dei cittadini per assicurare una giustizia nei confronti di chi incentiva l'elusione e l'evasione fiscale.

Purtroppo questa lista, a distanza di un mese dalla sua applicazione, ha visto paesi, come Panama, essere depennati. Panama: esiste una commissione d'inchiesta in questo Parlamento sui Panama Papers e noi andiamo a depennarlo e a passarlo in una lista grigia! Quindi Panama è una giurisdizione che sta cooperando? Effettivamente, se andiamo a vedere, a Panama io vedo ancora tanto di oscuro, che bisogna portare alla luce.

Come ha dimostrato una recente simulazione di Oxfam, se i criteri – applicati in modo trasparente, indipendente e senza interferenze politiche – fossero applicati a tutti i paesi, ci sarebbero come minimo 35 paesi extra UE, tra cui Svizzera, Bermuda, Isole Cayman, Singapore e Isole Vergini, nonché quattro paesi all'interno della stessa Unione europea, ossia Lussemburgo, Malta, Paesi Bassi e Irlanda. Lussemburgo e Paesi Bassi: due paesi fondatori dell'Unione europea, due paesi che hanno visto di recente rappresentanti come Juncker e Dijsselbloem avvicinarsi all'Eurogruppo e imporre pesanti riforme a Grecia, Italia, Spagna, a tutti i paesi del Sud, mentre i loro paesi, che sono i primi a dover fare delle riforme molto impegnative sul fronte fiscale, si tirano sempre indietro.

Io chiedo fortemente che questo Parlamento, la Commissione e tutti quanti chiedano le giuste riforme (con la stessa solerzia con cui fanno richieste ai greci, agli italiani, alle persone del Sud) per quanto riguarda le questioni fiscali a questi paesi fondatori dell'Unione europea, come Paesi Bassi e Lussemburgo.

Jeppe Kofod (S&D). – Madam President, after delaying the adoption of an EU blacklist for more than a year, it only took the Council 49 days to remove half of the countries on the list. Panama and seven other countries were removed from the list, based on secret letters of intent and closed discussions in the Council's Working Group. As a co-rapporteur of the Committee of Inquiry on the Panama Papers, I find this decision deeply problematic. What is truly indefensible is that the citizens of Europe, the Parliament and the Commission have been kept entirely in the dark during the process. Now, finally, we have a Council representative to answer our questions. I have three simple questions:

What concrete guarantees did Council ministers obtain from Panama and the seven other countries removed from the list? Secondly, what sanctions have the Council of Ministers prepared, in case they do not fulfil these guarantees? Finally, when will the Council abide by the recent conclusion by the European Ombudsman that the current lack of transparency and access to documents constitutes a clear democratic deficiency and publish documents and minutes from these closed and secret working groups?

We need transparency and we need it now.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Molly Scott Cato (Verts/ALE), *blue-card question*. – We understand from Code of Conduct Group minutes that a member of the screening panel, representing one Member State, blocked the inclusion of 11 jurisdictions in the tax haven black list. Given that these 11 territories include some of the UK's most notorious offshore tax havens, including Bermuda and Cayman, I would like to ask Mr Kofod whether he shares my suspicion that this Member State was the UK. Does he think this is consistent with the UK's stated support for tax transparency, and does he agree with me that in future these deliberations in Council should be made public?

Jeppe Kofod (S&D), *blue-card answer*. – Thank you for this very important question. Yes, I do agree that this is a very problematic case. We have a clear suspicion that the country is the United Kingdom, and I want to say that this illustrates the problem of the lack of transparency. We need transparency on the Council side, in the Code of Conduct Group for Business Taxation, in the way they deal with this issue on tax havens and tax transparency. It is the only way to be accountable to the citizens and to Parliament, and I think it is needed very much.

Thank you for this question. I agree very much with the question asked.

Dariusz Rosati (PPE). – Madam President, in this House we have consistently and repeatedly called for an EU blacklist of tax havens. The blacklist that the Council published in December last year is a step in the right direction, but it is far from satisfactory. First of all, it consists only of 17 jurisdictions, with some obvious cases of tax havens excluded from the list, as has been made clear from the final report of the Panama Committee. Secondly, those countries have been put on the list without actually giving us specific information on the basis of which criteria the selection has been made. Finally, less than two months later, eight countries have been removed from this list, again without giving us a full explanation and justification for this step. So I call on the Council to give this House full information, including the criteria by which countries are put on and removed from the blacklist.

Paul Tang (S&D). – Dank u, Voorzitter. Beloftes zijn niet voldoende. De Kaaimaneilanden hebben geen stelsel van winstbelasting en beloven toch beterschap. Bermuda was ooit uitgeroepen tot het ergste belastingparadijs en belooft toch beterschap. Waarom zouden we ze geloven? Waarom zouden we deze acht geloven? Temeer omdat de schimmige lijst over schimmige belastingparadijzen is opgesteld door een schimmige gedragscodegroep.

Wat we vragen is simpel: welke verbeteringen moeten worden doorgevoerd en welke sancties zijn er als die verbeteringen niet worden doorgevoerd? Simpel maar uiterst belangrijk. Geld kent geen grenzen, letterlijk en figuurlijk. De Unie moet de belastingparadijzen dwingen tot veranderingen of zal die belastingparadijzen moeten uitsluiten. Er zijn grenzen. En dat geldt ook voor landen binnen de Unie. Dezelfde criteria wijzen op Malta, Ierland, Nederland, Luxemburg. Dat zijn ook belastingparadijzen. Laten we het voor die belastingparadijzen niet leuker maar wel makkelijker maken: stel duidelijke grenzen.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – I just want to ask a simple question. I do not see why the European Union should use its weight, casting about the world in some sort of neo-colonial way to tell other countries what their taxes should be and what their taxes should not be. I find this most unsatisfactory. I wonder why you think neo-colonialism is a good thing to bring back?

Paul Tang (S&D), *blue-card answer*. – There was a time when Great Britain thought about the global economic order and was an active participant. I am not sure what happened to your beautiful country, but it has turned inward and is not concerned at all with the global economic order. I think Europe is an economic superpower and should use this power in a political way, to push tax havens in the right direction and to make sure that everyone pays their fair share, including large corporates and the very rich.

Spontane Wortmeldungen

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – *(inicio de la intervención fuera de micrófono)* ... de la máxima solvencia que ponen de manifiesto que la lista por la que tanto hemos trabajado en este Parlamento Europeo se elaboró con total opacidad y que en ella intervinieron decisivamente algunos países —el Reino Unido, Luxemburgo— para intentar sacar de esa lista a sospechosos habituales que, finalmente, no figuran. Ni siquiera está Panamá, que fue el origen del gran escándalo —donde fortunas europeas deseosas de evadir al fisco, también españolas, han conseguido la complicidad de un secreto fiscal y bancario—, ni paraísos fiscales que están en perfecto estado de salud.

Por tanto, es preocupante que finalmente estos países hayan maniobrado para aguar el trabajo tan duro que hemos desarrollado en la Comisión de Investigación sobre los paraísos fiscales y, más aún, que en la llamada «lista gris» se establezca un conjunto de países que son extraídos de la «negra» porque supuestamente han establecido compromisos para mejorar, sin que haya ninguna transparencia sobre la rendición de cuentas de esos compromisos.

Por tanto, va a haber que continuar denunciando esta situación y combatiendo los paraísos fiscales dentro y fuera de la UE.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η φοροδιαφυγή και η φοροαποφυγή είναι στην ημερήσια διάταξη και το γνωρίζουμε από τις περιπτώσεις επιθετικού φορολογικού σχεδιασμού που γίνονται στην Ευρωπαϊκή Ένωση, στο Λουξεμβούργο, στην Ολλανδία, στην Ιρλανδία, στη Μάλτα. Σε παγκόσμιο επίπεδο, βεβαίως, οι φορολογικοί παράδεισοι αυξάνονται και φυσικά γνωρίζουμε από τα Panama Papers τι έχει συμβεί. Τώρα, ενώ είχε συνταχθεί ο κατάλογος των μη συνεργαζόμενων χωρών για φορολογικούς σκοπούς, αφαιρούνται συγκεκριμένες χώρες. Αφαιρείται ο Παναμάς! Ποια τεράστια πλέον υποκρισία είναι αυτή η οποία διαμορφώνει τα πράγματα και τι δεσμεύσεις παίρνουν; Μια επιστολή έστειλαν, αυτή δεν είναι δεσμευτική, δεν δημοσιοποιείται καν η επιστολή, δεν παίρνουν νομοθετικές δεσμεύσεις. Ερωτώ, κυρία Παναγοτονα, η απόφαση του Συμβουλίου ήταν τελικά ομόφωνη; Συμφώνησαν όλες οι χώρες για να βγει ο Παναμάς; Και αν δεν συμφώνησαν όλες οι χώρες, η Ελλάδα συμφώνησε να βγει ο Παναμάς από τον κατάλογο μη συνεργαζόμενων χωρών για φορολογικούς σκοπούς; Θέλουμε μια απάντηση. Θέλουμε διαφάνεια.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora presidenta, nuevamente hay propuestas de movimientos en la reciente lista de países que no cooperan en materia fiscal; nuevamente, sin una información convincente sobre los criterios por los que unos países entran, salen o nunca han estado. Formar parte de la lista o no parece obedecer a un mecanismo de presión para que los terceros países implementen medidas liberalizadoras a nivel comercial, en vez de corregir las conductas fiscales opacas o directamente fraudulentas.

Nuestro Grupo ya expresó en el Pleno su objeción a la presencia en esta lista de algunos países como Túnez, donde precisamente la población lleva años echándose a la calle contra la asfixia de las políticas neoliberales. Tampoco estamos de acuerdo con la salida de la lista negra de Panamá o Barbados. Nada ha cambiado, salvo que crean que la tormenta de los papeles de Panamá ya ha pasado y que pueden lavar la cara de los «países paraísos» o pagar así los servicios bancarios tan lucrativos para unos pocos y tan costosos para la mayoría de la ciudadanía.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señora presidenta, yo creo que todos nos alegramos en diciembre cuando salió la lista, y la propuesta de lista fue un gran paso adelante, a pesar de que, evidentemente, no teníamos un régimen de sanciones como el que nos gustaría y a pesar de que no estaban señaladas determinadas jurisdicciones dentro de la Unión Europea; pero era un paso adelante.

Pero, ahora, con la decisión que se ha tomado de retirar esas ocho jurisdicciones y con la manera en que la han tomado, nos hemos pegado un tiro en el pie, porque el prestigio de esta lista ha quedado muy dañado.

La única manera de arreglar esto es explicar con plena transparencia cómo se han tomado esas decisiones, porque, si no, la sospecha evidente de esta casa, pero también de la opinión pública, es que las decisiones se han tomado de forma arbitraria basándose en los intereses de determinados Estados miembros que han actuado ahí dentro y no basándose en criterios objetivos.

Todos sabemos, por ejemplo, que Panamá sigue sin cumplir, y nadie nos explica por qué se ha retirado. O los cuatro regímenes fiscales que se le exige a Andorra que cambie... ¿cuándo y, exactamente, con qué calendario?

Por lo tanto, hagan públicas esas cartas y, por favor, que este ejercicio sea un ejercicio centrado exclusivamente en un análisis concreto de las exigencias que se hacen a cada Estado miembro y no un ejercicio puramente arbitrario en pleno oscurantismo.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dei diciassette paesi figuranti nei mesi scorsi nella *black list* delle giurisdizioni non cooperative a fini fiscali, ben otto sono passati in poco tempo nella cosiddetta *grey list*. Già la prima stesura della lista nera lasciava non poche perplessità perché intaccata da forti pressioni politiche interne ed esterne, ma l'ulteriore operazione di riabilitazione da parte del Consiglio dell'Unione europea appare davvero opaca. L'Unione europea con troppa fretta sta eliminando paesi dalla lista nera, senza che sia ben chiaro quale impegno concreto abbiano assunto questi paesi, mentre non fa registrare alcun passo in avanti per risolvere le contraddizioni dell'esistenza dei paradisi fiscali, anche all'interno dell'Unione europea.

Occorre più trasparenza. Il processo ufficiale di *black listing* avviene nella più totale segretezza, lasciando i cittadini all'oscuro di tutto e permettendo ai paesi «paradisi» di sfruttare il proprio potere d'influenza politica ed economica. Il rischio è quello di ritrovarsi ad avere a che fare con un documento tanto vuoto quanto inutile ai fini della risoluzione di un problema così grave.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Madam President, we have long suspected that political pressure in the Council is undermining the strength and credibility of the tax haven blacklist. Some minutes recently fell into our hands that confirm these suspicions. They reveal that one member of the screening panel disagreed on the evaluation criteria for 11 jurisdictions, several of which have played a prominent role in recent tax scandals: for example, Bermuda, the British Virgin Islands, Guernsey and Jersey. So it does not take too much detective work to deduce that this one member was the UK, keen to protect some of its most notorious offshore tax havens.

To end this politicisation of the blacklist we need an open process, which is why my Green Group has written to the Council Presidency demanding greater transparency and accountability on the process of blacklisting. We will use the opportunity provided by Parliament's new Special Committee on Tax Rulings to extend our role in scrutinising the blacklisting process.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Phil Hogan, Member of the Commission. – Madam President, I think we need to remind ourselves about the progress that the Commission has made. The European Union list is historic. For the first time it gives us the leverage to put pressure on third countries that are publicly recognised as tax havens. 55 countries have already committed themselves to reforming their tax systems. This is an unexpected result. Of course, we're not naive either, as commitments have been made and they must be kept, and there is a need to monitor the tax reforms of the grey list countries. Once the letters of commitment are published, Parliament will also follow their implementation. The work of the new TAXE 3 Commission will be fundamental in this sense.

As you know, it was the initiative of Commissioner Moscovici to invite Member States to publish the letters of commitment that allowed many jurisdictions not to be blacklisted for the time being. Currently, as I said, 55 jurisdictions are listed separately, since they promised to address the deficiencies identified within agreed timelines, and the Commissioner has asked for these promises to be made public.

Commissioner Moscovici has also been clear that Europe must apply to itself the same requirements of transparency that it requests of third countries. The publication of commitments made is in everybody's interest, including the Member States, including the third countries which show good faith. These guarantee the credibility of the list, and for civil society it will be very important for them to be able to see all of these particular issues that constitute what is not and what is on the list.

To reiterate the point on the question of whether Member States should be on the list: this ignores the objective of the list. Member States have already adopted a large number of proposals to reform their tax systems, and other discussions are still ongoing. This list, on the other hand, is a tool of an external strategy aimed at promoting good fiscal governance in third countries, putting an end to tax dumping and creating a fairer international tax environment. At the end of this year, the Commission will assess the actual results of those commitments made.

Monika Panayotova, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, before concluding I will try to respond to your questions. There are many, but I will try to organise them and focus your attention on three groups of questions: those related to Panama; those related to the criteria; and those related to the inclusion of EU Member States in the EU list.

Concerning Panama, I would like to say that, like all other jurisdictions in Annex II of the Council Conclusions unanimously taken on 5 December last year, Panama made sufficient commitments at high political level to address the deficiencies identified by our experts, and this is a positive development. In any case, the delisting from Annex I does not mean that Panama is not monitored any more. It is simply not considered as non-cooperative any longer, but it continues to be under examination. At the end of this year, Ministers will discuss the results of the monitoring exercise for all countries concerned.

Concerning the criteria, the criteria as well as the sanctions are available in the Council Conclusions from December last year. This is a public document, because we also put high emphasis on transparency, credibility and accountability.

Concerning the monitoring of EU Member States, I have to say that the mandate for this exercise of the European Union list was to look at third countries, because Member States are already under permanent scrutiny as far as any harmful practices are concerned. Every six months, a report is made to the Ecofin Council by the Code of Conduct Group, and these reports cover both Member States and third countries. They are also publicly available on the Council's website.

To conclude, I would like to assure you that the Council will regularly update the European Union list of non-cooperative jurisdictions. This does not mean that it will be shorter in the future. Jurisdictions that do not meet their commitment by the agreed deadline – the end of 2018 or 2019 — will be listed. The criteria and the geographical scope are likely to be subject to updates. The next Ecofin Council on 13 March will also return to this issue.

Work on further coordinated defensive measures will also continue in parallel. Some are in the tax area and concern Member States' competences, but as you are aware, others are foreseen in various EU legislative initiatives.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La lista europea es paraísos fiscales es un gran logro en la lucha contra las jurisdicciones no cooperadoras. Sin embargo, el Consejo no debe desvirtuar esta herramienta, sacando de manera apresurada y sin suficiente justificación ocho jurisdicciones de la lista negra, al tiempo que es necesario ser transparente sobre los compromisos adquiridos y los plazos por parte de aquellos que están en la lista gris. La credibilidad de la lista puede verse afectada si se aplican criterios diplomáticos por encima de aquellos de carácter técnico. Los socialistas españoles creemos que hay que tener tolerancia cero con la evasión y la elusión fiscal, pues es un ataque inaceptable a la solidaridad y a la justicia social, además de ser ilegal. La lucha contra este fenómeno es para nosotros una prioridad absoluta.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – La lista europea es paraísos fiscales es un gran logro en la lucha contra las jurisdicciones no cooperadoras. Sin embargo, el Consejo no debe desvirtuar esta herramienta, sacando de manera apresurada y sin suficiente justificación ocho jurisdicciones de la lista negra, al tiempo que es necesario ser transparente sobre los compromisos adquiridos y los plazos por parte de aquellos que están en la lista gris. La credibilidad de la lista puede verse afectada si se aplican criterios diplomáticos por encima de aquellos de carácter técnico. Los socialistas españoles creemos que hay que tener tolerancia cero con la evasión y la elusión fiscal, pues es un ataque inaceptable a la solidaridad y a la justicia social, además de ser ilegal. La lucha contra este fenómeno es para nosotros una prioridad absoluta.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Die EU-Liste der nicht kooperativen Länder und Gebiete wurde am 5. Dezember 2017 von den Mitgliedstaaten angenommen. Bereits am 23. Januar 2018 wurden acht Hoheitsgebiete wieder von dieser Liste gestrichen, nachdem von deren Seite Verpflichtungen eingegangen wurden, um EU-Bedenken auszuräumen. Barbados, Grenada, die Republik Korea, Macao, die Mongolei, Panama, Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate befinden sich nun in einer separaten Kategorie von Hoheitsgebieten, die einer genauen Überwachung unterliegen. Der Rat stimmte zu, dass ein Delisting im Lichte einer Expertenbewertung der von diesen Ländern eingegangenen Verpflichtungen zur Behebung der von der EU festgestellten Mängel gerechtfertigt sei. Ziel der EU-Liste ist es, weltweit fairen Steuerwettbewerb zu forcieren und Bemühungen zur Bekämpfung von Steuervermeidung, Steuer-

betrug und Steuerhinterziehung zu maximieren. Die Entscheidung, die Liste 49 Tage nach ihrer Veröffentlichung zu halbieren, wirft jedoch Bedenken hinsichtlich der Transparenz der „Gruppe Verhaltenskodex“ auf. Ich begrüße deshalb die Veröffentlichungen des Rates über die Verpflichtungsschreiben der betroffenen Länder, die zum Delisting geführt haben, bitte jedoch um weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht und Transparenz.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), por escrito. – La lista europea es paraísos fiscales es un gran logro en la lucha contra las jurisdicciones no cooperadoras. Sin embargo, el Consejo no debe desvirtuar esta herramienta, sacando de manera apresurada y sin suficiente justificación ocho jurisdicciones de la lista negra, al tiempo que es necesario ser transparente sobre los compromisos adquiridos y los plazos por parte de aquellos que están en la lista gris. La credibilidad de la lista puede verse afectada si se aplican criterios diplomáticos por encima de aquellos de carácter técnico. Los socialistas españoles creemos que hay que tener tolerancia cero con la evasión y la elusión fiscal, pues es un ataque inaceptable a la solidaridad y a la justicia social, además de ser ilegal. La lucha contra este fenómeno es para nosotros una prioridad absoluta.

26. Perspektiven und Herausforderungen für den Bienenzuchtsektor in der EU (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Norbert Erdős im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung über die Perspektiven und Herausforderungen für den Bienenzuchtsektor in der EU (2017/2115(INI) (A8-0014/2018)).

Norbert Erdős, előadó. – Tisztelt Biztos úr, tisztelt Képviselőtársaim! A méhészet sajnos ritkán kerül szóba a Miniszterek Tanácsa és az Európai Parlament egyes ülésein, pedig kifejezetten jelentős ágazatról beszélünk. Az ágazat egyrészt az európai mezőgazdaság szerves része, több mint 620 ezer uniós polgár számára biztosít fő- vagy mellékjövedelmet. Másrészt a növényfajok 84 százaléka és az európai élelmiszergyártás 76 százaléka függ a méhek általi beporzástól. Az így előállított gazdasági érték – amelyet az EU-ban évi 14,2 milliárd euróra becsülnek – lényegesen felülmúlja a megtermelt méz értékét.

Sajnos az EU-ban nem ismerik el eléggé a beporzás jelentőségét, és ezt a szolgáltatást természetesnek veszik, miközben például az USA-ban évente 2 milliárd eurót költenek a mesterséges beporzásra. Ezért a jelentésem fő üzenete, hogy a méhészeknek és a méheknek az EU közös agrárpolitikájának a középpontjában kell állniuk. A jövő uniós agrárpolitikájának pedig a jelenleginél magasabb szintre szükséges emelnie a méhészet rangját és finanszírozását.

A legnagyobb problémát a hamisított méz EU belső piacán történő térnyerése jelenti. Emiatt a méz felvásárlási ára mostanra a felére esett a 2014-es áraknak. Ez reménytelen helyzetbe taszítja az európai méhészeket. A méz a világon a harmadik leghamisítottabb termék, élelmiszer, ezért ez ellen nem csak az uniós méhészek védelmében, hanem fogyasztóvédelmi, sőt közegészségügyi indokok miatt is harcolnunk kell.

A Közös Európai Kutatóközpont elvégzett vizsgálatának az eredménye szerint az EU külső határállomásain, az importőrök telephelyein vett minták 20 százaléka hamisított méz volt. A csalárd – többnyire kínai – gyártók a mézhamisítás nyomait, a méz gyantaszűrésével próbálják elfedni. Ezeket a szirupokat egyes mézkereskedők jó minőségű európai mézzel javítják fel és az „EU-s és EU-n kívüli mézek keveréke” jelölés felhasználásával hamis mézet adnak el.

Az Európai Parlament nevében ezért kérem a tagállamokat és a Bizottságot, hogy a csaló – főleg egyes kínai – mézelőállítókat és európai mézkereskedőket a jogszabályok betartatására kényszerítsék. Számos javaslatot tettem a jelentésben ennek elérése érdekében. Sarokköve a megoldásnak, hogy a csalást elősegítő „EU-s és EU-n kívüli mézek keveréke” jelölés helyett a címkéken azt tüntessék fel, hogy a végtermékben felhasznált mézek pontosan mely országból vagy országokból és milyen arányban származnak, méghozzá olyan sorrendben, ahogyan a végtermékben szereplő mézek aránya kinéz.

Másodszor, egyes növényvédőszer-hatóanyagok számos esetben veszélyeztetik a méhek egészségét. Kiemelten fontos, hogy az Európai Parlament egységes, tudományosan megalapozott és határozott álláspontot fogalmazzon meg erről. Emellett komoly problémákat okoznak különböző állatbetegségek is a méhészeknek. Ezek közül a legrosszabbal, a Varroa-atkával máig nem sikerült megbirkózni, hiszen nincsenek olyan gyógyszerek, amelyekkel hatékonyan lehetne elpusztítani a parazitát. Ezért felkérem a Bizottságot, hogy a kutatásokba minden érdekelt gyógyszergyártó céget vonjon be és hozzon létre egy közös informatikai platformot a legjobb megoldások és gyógyszerek az érdekeltekkel történő megosztása érdekében.

Harmadszor, a méhészek uniós támogatását is szükséges átgondolni. Míg 2004 és 2016 között az EU méhállománya 48 százalékkal nőtt, addig a méhészeti nemzeti programok költségvetése csak 12 százalékkal, évi 32-ről 36 millió euróra. Ez a KAP büdzséjének mindössze 3 ezreléke! Ezért a programok uniós költségvetését a jelenlegi összeg másfélszeresére kellene megemelni. Ez évente 54 millió eurót tenne ki, mely összeg még mindig a KAP büdzséjének 1 százaléka alatt maradna.

Phil Hogan, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, first of all I wish to thank the rapporteur, Mr Erdős, for his report on the apiculture sector, which clearly highlights the important issues that have been outlined in relation to the bee sector and which can certainly influence the discussions in the framework of the future common agricultural policy (CAP).

The Commission shares the view of the European Parliament with regard to the importance of bees as pollinators for our environment and for agriculture, as well as the role that beekeeping could have in certain rural areas. It is precisely for this reason that the CAP currently contributes 50% of the funding of our national apicultural programmes, which are drawn down by Member States with a total EU budget of EUR 36 million per year. The report suggests that this level of support should be increased. Of course, everyone will want to increase their budget, but these are matters for discussion in the context of the Multiannual Financial Framework (MFF) and the CAP reform.

The Commission is also developing an EU Pollinators Initiative to establish an integrated approach to tackle the decline of pollinators. The aim is to raise the political profile and increase the effectiveness of existing EU policies for pollinators. The main objective of the national apicultural programmes is to improve the conditions for the production and marketing of honey. Given the importance of bees, not just as honey producers but also as pollinators, the Commission supports them by other means as well. Under the first pillar of the CAP, 30% of the direct payments are linked to environment-friendly farming practices, while pillar II supports agri-environment climate measures which also contribute to improving the environment for bees.

While the report suggests stronger Commission involvement in various research and education projects in the EU, we should also keep in mind the value of the national programmes, which are adapted to the needs of specific Member States. Nevertheless, the Commission is closely involved in research activities in relation to apiculture, including the EU pilot project on breeding and selection program for research in the resistance against the Varroa mite. This was recently initiated by Parliament, and work was done by the Joint Research Centre on methods for detection of honey adulteration.

The Commission also established, and continues to cofinance, an EU reference laboratory for bee health, and it frequently liaises with the European Food Safety Authority for scientific advice on various areas such as pathogens or pesticides. The Commission is well aware of the concerns about adulteration of honey, in response to which the Directorate-General for Health and Food Safety (DG SANTE) launched an EU-wide coordinated control plan on honey quality in 2015. The preliminary results indicate that adulteration, for example by adding sugar, is not only a problem with imported honey but also takes place within the European Union itself. The Commission is committed to ensuring that honey put on the market complies with EU standards and it is currently analysing how best to do this, although the Commission is not convinced that new rules on origin labelling for honey could solve the problem.

The CAP also provides many possibilities for promoting honey. Member States can include in their national apicultural programmes measures such as market monitoring or enhancement of product quality, with a view to exploiting the potential of products on the market. In addition, the sector is eligible for most promotion topics in the internal market and in third countries, and honey can be promoted under the EU quality scheme, either because of a specific link to a certain region or because it is produced in a specific traditional manner.

The EU School Fruit, Vegetables and Milk Scheme that applies from 1 August 2017 gives Member States the possibility of including honey in educational measures to be carried out in order to reconnect children with agriculture. The scheme aims to promote healthy eating habits and requires Member States to ensure the appropriate involvement of their national authorities responsible for health and nutrition in drawing up the list of products to be provided to schoolchildren. Several Member States, namely France, Italy, Bulgaria, Czech Republic, Greece, Lithuania, Austria, Romania and Slovenia, include honey in these educational measures.

Mr Erdős' report accurately reflects the importance of the beekeeping sector, and I have outlined some of the issues on which we can do more together. Perhaps many people are not aware of these particular measures which can be exploited to even better potential by Member States than they are now, through the apicultural programmes. I think it is clear that the sector is already well integrated into the CAP through these measures and it also benefits from targeted, as well as general, measures. I acknowledge that the report suggests we can do more and provide additional support, so we welcome the constructive suggestions from Parliament and I am sure they will provide food for thought, and honey, as the Commission prepares its legislative proposals for the CAP post-2020.

Mireille D'Ornano, *rapporteuse pour avis de la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, en tant que rapporteure pour avis de la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire, je tiens à remercier sincèrement M. le rapporteur Erdős pour son travail, qui va dans le bon sens en invitant la Commission et les États membres à interdire les néonicotinoïdes.

Le problème est que cette interdiction est conditionnée non seulement à des essais en laboratoire, mais également à des essais sur le terrain. Or, ces derniers sont jugés trop peu nombreux, ce qui a pour effet de retarder une interdiction globale pourtant nécessaire. Ce débat ressemble étrangement à celui sur le glyphosate, pour lequel on nous promet une interdiction qui est sans cesse reportée.

Par ailleurs, la Commission considère, dans sa réponse écrite du 1^{er} septembre 2017, que les néonicotinoïdes utilisés dans les cultures en serre ne sont pas dangereux pour les abeilles et qu'ils ne sauraient donc être totalement interdits.

Or, ces substances, même utilisées en serre, sont persistantes dans les sols et également dans l'eau. Cela constitue donc un véritable danger quand on sait que ces néonicotinoïdes ne disparaîtront qu'après plusieurs années.

En 2015, l'EFSA confirmait que l'utilisation de ce type de pesticides sous forme de pulvérisation foliaire constituait un risque pour les abeilles. Aujourd'hui même, un rapport de l'EFSA particulièrement attendu confirme le risque jugé – je cite – «élevé» pour trois néonicotinoïdes actuellement soumis à des restrictions d'usage dans l'Union européenne.

Aussi, afin d'éviter toute utilisation détournée ou illégale de ces substances et dans le but de stopper le déclin des abeilles, l'interdiction générale constitue une urgence absolue. C'est précisément l'objet de mon amendement qui sera mis aux voix demain en plénière. Il en va de l'avenir de l'humanité.

Daniel Buda, *în numele grupului PPE*. – Doamnă președintă, în primul rând, aș dori să-l felicit pe domnul Erdős, dar și pe cei care și-au adus contribuția la finalizarea acestui raport. Sectorul apicol este unul dintre cele mai vulnerabile sectoare din agricultură, fie doar dacă avem în vedere fenomenele meteorologice extreme, invadarea pieței europene cu produse melifere falsificate sau utilizarea, de multe ori irațională, a pesticidelor. În condițiile în care 84 % din speciile de plante și 76 % din producția alimentară din Europa depind de polenizarea efectuată de albine, avem dimensiunea exactă a importanței acestui sector, nu doar pentru agricultură, ci pentru întreaga lume.

În acest context, apreciez că trebuie atinse următoarele obiective. Unu: continuarea sprijinului financiar al acestui sector și creșterea cuantumului acestuia după 2020. Promovarea și susținerea cultivării unor plante melifere care să beneficieze de un sprijin consistent, la fel ca plantele proteice. Combaterea eficientă a importurilor de miere din țările în care folosirea antibioticelor nu este reglementată, precum și a mierii contrafăcute. De asemenea, se impune intensificarea activităților de inovare și cercetare în vederea identificării unor pesticide care să asigure o agricultură sustenabilă, dar și protejarea eficientă a sectorului apicol. În cele din urmă, consider că statele membre trebuie să înțeleagă nevoia de a sprijini și de a încuraja formele asociative din acest sector, astfel încât apicultorii, prin eforturi comune, să își creeze propriile capacități de producție, de ambalare și de desfacere, dar în același timp, să se reducă povara administrativă aferentă acestor activități. Să nu uităm că, salvând albinele, salvăm omenirea.

Момчил Неков, *от името на групата S&D*. – Уважаеми колеги, днешният доклад е много важна стъпка за пчеларството в Европейския съюз. Всички над 600 000 европейци, които се грижат за пчели и се занимават с пчеларство, трябва да получат адекватна подкрепа и финансиране за грижите, които полагат.

Опрашването е основна функция на пчелите и е екологична услуга, която трябва да бъде възмездена. В новата ОСП това трябва да бъде факт.

По-рано днес EFSA излезе с ясно становище относно три неоникотиноида. Те вредят на пчелите и са една от сериозните причини за смъртност при тях. Призовавам компетентните органи в държавите членки и особено в България да се съобразят с тези факти. Сериозен проблем е и вносът от трети страни. Българските производители усетиха силен натиск от мед от Украйна и Китай. Европейските потребители имат право да знаят какви продукти консумират и откъде произхождат те.

В тази връзка се радвам, че предложението ми за обозначаване на произхода по страни, както и процентното съдържание от всяка, стана част от доклада. Докладът е добра основа на нова политика на Европа за пчеларството, затова аз ще го подкрепя.

Arne Gericke, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Es gibt in Deutschland eine alte Redewendung, die heißt: Sterben die Bienen, dann sterben auch die Menschen. Das ist die Dramatik der laufenden Entwicklungen. Ich bin froh, dass wir uns heute intensiv mit den Perspektiven und Herausforderungen für den Bienenzuchtsektor in der EU beschäftigen. Ohne Bienen gäbe es keinen Honig; auch Obst und Gemüse würden zu Luxusgütern. Die Tiere bestäuben rund 80 % unserer Nutz- und Wildpflanzen.

Wenn es nicht gelingt, die Bienenbestände zu halten, und die Insekten aussterben, hätte dies fatale Folgen für den Menschen, und die Entwicklungen sind dramatisch. Wir müssen handeln und dürfen nicht länger die Augen verschließen. Wir müssen die Vielzahl möglicher Ursachen beleuchten, und wir müssen ehrlich sein: Pestizide auf Basis von Neonikotinoiden sind ein großes Problem für unsere Bienen und alle Insekten.

Ich fordere Maßnahmen, mit denen die Produktion, der Verkauf und die Verwendung aller Pestizide auf der Basis von Neonikotinoiden in der Union ausnahmslos und als vorrangige Maßnahme zum Schutz der Bienenpopulation untersagt werden. Es ist ein radikaler Schritt; wir werden ihn nur im engen Dialog mit den Landwirten gehen können. Es geht nicht darum, mit dem Finger auf einen Schuldigen zu zeigen. Nein, es geht darum, die Bienen als Grundlage unserer Umwelt zu erhalten und zu schützen. Es geht darum, unseren Kindern eine Umwelt zu hinterlassen, in der es summt und blüht. Dafür tragen wir die Verantwortung gemeinsam – heute.

Ulrike Müller, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die große Bedeutung der Bienenvölker für die Kulturlandschaft und den Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt ist uns allen bewusst. Mit der Bestäubungsleistung ist die Honigbiene ein wichtiges Bindeglied in vielen Lebensgemeinschaften. 84 % der landwirtschaftlichen Erträge sind erst durch die Bestäubung durch Insekten möglich.

Unser Bericht nennt schwierige Themen, zeigt aber auch Lösungen auf. Ich möchte sie schlagwortartig benennen: Die Forschung zur Bekämpfung der Varroamilbe ist wichtig. Lithiumchlorid ist leider noch nicht marktreif. Die Aus- und Weiterbildung unserer Jungimker ist aber genauso wichtig. Der Dialog mit den Landwirten ist für mich eine elementare Basis. Der Mähzeitpunkt und letztendlich auch der Pflanzenschutz am Abend und eine Bienen-App sind hier gute Vorgaben. Die Reduzierung des kontaminierten Waxes aus China, das die Bienen Gesundheit gefährdet; der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf wissenschaftlicher Basis der EFSA.

Und letztendlich möchte ich noch sagen, dass wir im Omnibusverfahren ja tatsächlich auch Bienenpflanzen hier mit berücksichtigt haben und uns unserer Verantwortung bewusst werden.

Maria Lidia Senra Rodríguez, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, como já foi dito aqui, é de grande importância proteger as abelhas, os polinizadores selvagens e a apicultura europeia. Este relatório, que apoio, tem muitas medidas para isto e, mais ainda, com amplo consenso. Vou relatar algumas delas.

Proibir substâncias ativas perigosas nos pesticidas: os neocotinóides são também os inseticidas sistémicos. Apoio a proteção das abelhas contra as espécies invasoras como, por exemplo, a Vespa velutina.

Aumentar a proteção jurídica e o apoio financeiro aos ecótipos e às populações locais endêmicas de abelhas melíferas em toda a União Europeia, incluindo também a proteção de zonas de conservação destas abelhas. Apoiar projetos-piloto sobre as abelhas e outros polinizadores, como indicadores da saúde ambiental e do habitat. Estabelecer a rotulagem com a indicação exata do país ou países de procedência dentro do combate contra o mel fraudulento.

Molly Scott Cato, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, in 2013, when Greens were on the streets with environmentalists and beekeepers campaigning for a ban on all neonicotinoid pesticides due to their harmful effects on bees, it felt like we were banging our heads against a brick wall. Five years later, we find ourselves pushing against an open door, as there is widespread agreement about the negative effects of these substances and more and more people, including Michael Gove, are coming together to call for a ban. But insuring that our bees survive and thrive is not a single-issue matter. As noted in this report, intensive farming reduces the range of flowering crops for bees to feed on, and the heavy load of agricultural chemicals bees are exposed to weakens them, making them vulnerable to stresses like wet weather, a lack of nectar, diseases, and parasites. Bees are an essential part of our agricultural system, but the web of nature is delicate and complicated. We must promote a farming system that works with and not against nature if we are to give bees a chance.

Marco Zullo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, siamo tutti consapevoli del ruolo fondamentale che le api rivestono. L'abbiamo detto: l'84 % delle specie vegetali complessive e il 76 % della produzione alimentare dipendono dall'impollinazione delle api, per un valore economico complessivo stimato in 14,2 miliardi di euro.

Di fronte a questi numeri chiediamo che il Parlamento e la Commissione, con una presa di posizione chiara e netta, si ergano in difesa delle api e del settore che se ne prende cura. Chiediamo il divieto dell'utilizzo di tutte quelle sostanze per cui è provata la dannosità contro le api, come i famigerati neonicotinoidi, e una sospensione in via cautelativa delle sostanze che presentano sospetti. Chiediamo misure a sostegno della diversificazione delle colture, del recupero di aree ecologiche, della preservazione della diversità genetica delle popolazioni locali di api.

Chiediamo inoltre di garantire la salute dei cittadini che dei prodotti di questa filiera fanno consumo: dai paesi terzi vengono importati infatti sempre maggiori quantità di miele alterato o prodotto seguendo regole ben più permissive di quelle europee. Vogliamo controlli più stringenti sulle importazioni. Vogliamo un'etichetta chiara che ci informi se stiamo mangiando miele o miscele di altre sostanze artificiali; vogliamo un'etichetta obbligatoria sulla reale provenienza del miele. Non ci possiamo accontentare della sola indicazione «miele europeo» o «miele non europeo»: vogliamo la completa tracciabilità.

Marijana Petir (PPE). – Gospođo predsjednice, čestitam kolegi Erdősu na izvješću koje je ključno za sektor pčelarstva u Europskoj uniji jer sveobuhvatno identificira probleme pčelarstva i oprašivanja te predlaže mjere kojima bi se na europskoj razini i na razini država članica trebalo poduprijeti napore za očuvanje pčela i drugih oprašivača.

Drago mi je da su usvojeni moji amandmani koje sam podnijela uz podršku kolega iz redova europskih pučana, u kojima je stavljen naglasak na zahtjev za povećanim financiranjem pčelarskog sektora, osiguravanje kvalitetnog meda za potrošače te zaštitu pčelinjih zajednica.

Za više od pola milijuna građana Unije pčelarstvo predstavlja izvor glavnog dohotka, dok proizvodnja hrane i očuvanje biološke raznolikosti ovise o oprašivanju koje obavljaju pčele. Pozivam stoga Europsku komisiju da poveća financiranje pčelarstva na način kojim bi se adekvatno poduprla važna ekološka usluga pčela kao oprašivača te da uključi novi sustav izravne potpore za pčelare po pčelinjoj zajednici. Također tražim da se izmijeni Direktiva o medu u pogledu označavanja meda kako bi europski potrošači znali točno porijeklo meda koji kupuju.

Na kraju, s ponosom mogu istaknuti kako je Hrvatska jedna od rijetkih država članica koja provodi mjere za zaštitu domaćih vrsta pčela te želim da se i druge države što prije u to uključe.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, tout d'abord, je voudrais effectivement féliciter et remercier le collègue Erdős pour ce rapport, et saluer le travail effectué par Momchil Nekov, au nom du groupe socialiste, sur un sujet qui relève de la plus haute importance.

Les abeilles disparaissent à un rythme alarmant. Pourtant, la pollinisation, comme beaucoup l'ont dit, joue un rôle absolument incontournable dans notre sécurité alimentaire et la biodiversité. Les changements d'affectation des terres et les pratiques de l'agriculture intensive portent – me semble-t-il – une lourde responsabilité dans le déclin du cheptel apicole européen. Il est urgent de se tourner vers un modèle moins dépendant des pesticides et des insecticides et qui valorise davantage les services écosystémiques. Cette évolution passe par une réforme urgente de la PAC, que nous souhaitons davantage tournée vers l'agro-écologie. Nous devons aider à une meilleure structuration et professionnalisation des filières apicoles et augmenter la recherche afin de lutter contre les parasites comme le *varroa destructor*.

Enfin, j'appelle à ce que la future politique agricole identifie l'apithérapie comme une priorité et puisse valoriser les multiples propriétés médicales que comportent le miel et les pollens.

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit ist ja nicht unbedingt dafür bekannt, grüne Inhalte zu verbreiten. In diesem konkreten Fall aber hat die EFSA selbst empfohlen, den Einsatz von Neonikotinoiden im Freiland zu verbieten. Wenn wir gleichzeitig noch erkennen, dass die Vielfalt in unserer Landwirtschaft und das Arbeiten mit der Natur der Weg vorwärts ist, dann können wir die Lektion der Bienen lernen.

Ich darf Sie alle auffordern – als aktiver Landwirt und als aktiver Imker im Namen meiner Berufskolleginnen und Berufskollegen –, diesem Bericht zuzustimmen – für gesunde Lebensmittel, eine gesunde Landwirtschaft und für die Rettung der Bienen.

John Stuart Agnew (EFDD). – Madam President, I wonder how many MEPs have seen the disease in sugar beet called Virus Yellows? It is absolutely devastating. Aphids infect the young plant with this virus, and within weeks the leaves all go yellow, and yields can be as low as 25% of what you might reasonably expect. Neonicotinoid seed dressings have prevented this problem. The Green lobby wish to ban these dressings in the interest of bee health.

Sugar beet is a biennial crop. It is harvested in its first year before it flowers. Bees are not interested to visit it at this stage. If these seed dressings are banned by the EU, beet growers will be forced to apply repeated sprays of the insecticide called cypermethrin, with all the ground being covered each time. Seed dressings, on the other hand, affect less than 1% of the ground. We are already witnessing some resistance to cypermethrin insecticides. The more they are used, the worse this problem becomes.

Colony collapse disorder and verroa mite are the big enemy of bees, not sugar beet seed dressings. If they are to be banned, a viable alternative must be found, and for goodness sake, let us look at GM technology, which has a solution to this problem.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Dzisiaj EFSA opublikował swój długo oczekiwany raport w sprawie wpływu neonikotynoidów na zdrowie pszczół. Pierwszym krokiem w rozwiązywaniu tej kwestii powinno być pogłębienie dialogu między różnymi stronami w celu osiągnięcia jak najlepszych wyników w ramach obecnego systemu. To znaczy dalsze podnoszenie jakości stosowanych środków ochrony roślin, lepsze wybranie okresu, w jakim są one stosowane, i tym podobne działania. Jeśli rolnicy mają to osiągnąć, muszą mieć pewną wiedzę.

Jednocześnie przemysł powinien zwiększyć swoje fundusze badawcze i opracować bardziej przyjazne dla środowiska środki ochrony roślin oraz walczyć z przypadkami ich podrabiania. Powinniśmy być świadomi, że zakaz używania oficjalnych środków ochrony roślin doprowadzi do powstania czarnego rynku, na którym będą sprzedawane produkty wątpliwej jakości i o znacznie większej szkodliwości. Wtedy dopiero będzie tragedia. W związku z tym, narzucając dialog ograniczenia, powinno się dawać rolnikom także pewne alternatywy. Jedynie dialog i zrozumienie mogą pomóc nam w budowie zrównoważonego rolnictwa.

Pavel Poc (S&D). – Madam President, and of course congratulations to the rapporteur and shadows, indeed the result is not bad at all. I specially welcome paragraph 33 calling for a ban of some systemic plant production products, including neonicotinoids. EFSA has published an updated risk assessment today of three neonicotinoids – clothianidin, imidacloprid and thiamethoxam – that are currently subject to restrictions in the EU because they pose a threat to bees. The Authority highlights that most studies show that neonicotinoids have a negative impact on bee health, from damaging their orientation capacity to impairing their reproductive ability. Given the scientific evidence that clearly proves those substances are harmful to pollinators, I expect the Member States to vote for a complete ban of neonicotinoids during the upcoming meeting of the PAFF Committee on 24 March this year.

Daciana Octavia Sârbu (S&D). – Doamnă președintă, apicultura este unul dintre cele mai importante sectoare ale agriculturii însă, din păcate, și unul dintre cele mai neglijate, atât de autoritățile naționale, cât și de cele europene. Sumele acordate prin programele apicole naționale sunt insuficiente pentru a putea răspunde provocărilor cu care se confruntă apicultorii. Albinile au o contribuție extrem de importantă la polenizare și la păstrarea biodiversității, de aceea mortalitatea albinelor – cauzată atât de schimbările climatice, precum și de insecticide – nu trebuie ignorată.

Sper că, în viitor, Comisia va reconsidera acordarea de derogări pentru folosirea acestor substanțe în zonele predominant apicole. Aș dori să cer, totodată, Comisiei să revizuiască Directiva privind informațiile pentru consumatori cât și Directiva privind mierea, pentru a garanta că doar produsele care conțin 100 % miere și nu amestecuri cu miere pot fi comercializate sub acest nume.

Die Präsidentin. – Ich habe sehr viele Wortmeldungen. Deswegen habe ich beschlossen, nur einen pro Fraktion zu nehmen. Bitte beschweren Sie sich nicht bei mir, sondern bei Ihren Kolleginnen und Kollegen, die sich nicht an ihre Redezeiten gehalten haben, was dazu geführt hat, dass wir schon sehr in Zeitverzug gekommen sind.

Spontane Wortmeldungen

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin! Dieser Bericht spricht auch einen wichtigen Bereich an, nämlich die Marktverzerrungen für europäische Imkerbetriebe. Zum jetzigen Zeitpunkt lassen wir es zu – auch vollkommen rechtens –, dass Honigimporteure ihre Waren mit geringen Anteilen von europäischem Honig vermischen und dies dann einfach als Mischung von Honig aus EU-Ländern und Nicht-EU-Ländern deklarieren.

Ich fordere daher sehr klar: „EU“ darf nur draufstehen, wenn mindestens 50 % EU-Honig drinnen ist. Und ich fordere auch, dass der Anteil an Honig aus Nicht-EU-Ländern prozentmäßig deklariert ist. Das ist fair im Interesse der europäischen Imker, und es ist fair gegenüber dem Konsumenten. Wir brauchen keine täuschenden Herkunftsbezeichnungen, sondern klare: Wo EU drinnen ist, darf „EU“ draufstehen.

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Doamnă președintă, la nivelul Uniunii există programele școlare de încurajare a consumului de fructe, legume și lapte, ceea ce permite statelor membre să includă în aceste programe și alte specialități locale, cum ar fi mierea. Având în vedere beneficiile nutriționale ale mierii, importanța apiculturii și încurajarea consumului de miere și produse apicole, recomand implicarea apicultorilor locali în aceste programe și consider necesară includerea unui nou sistem de sprijin pentru apicultori în PAC post-2020. Europa are nevoie de sisteme avansate de alertă timpurie partajată între agricultori și apicultori, silvicultori, oameni de știință și medici veterinari, cu privire la perioadele de pulverizare și alte forme de aplicare a insecticidelor, prevenirea și controlul bolilor, tehnologiilor care nu sunt dăunătoare pentru albine, precum și metodelor de protecție a plantelor care reduc la minimum calitatea polenizatorilor. Propun diversificarea programelor educaționale la nivel de bază și profesional în domeniul apiculturii, pentru a încuraja tinerii să aleagă profesia de apicultor, pentru a reînnoi generațiile în sectorul respectiv.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία πρόεδρε, η μελισσοκομία αποτελεί σημαντικό παράγοντα για τη στήριξη του βιοτικού επιπέδου των πληθυσμών σε ορεινές και απομακρυσμένες περιοχές. Απαιτείται η λήψη μέτρων για την προστασία των μελισσοκόμων και των καταναλωτών από τις αθέμιτες πρακτικές, μια και νοθευμένο μέλι έχει κατακλύσει την εσωτερική αγορά λόγω των αθρόων εισαγωγών από Τουρκία, Κίνα και Ουκρανία. Πρέπει να ληφθούν μέτρα που να επιβάλλουν διαδικασία ιχνηλασιμότητας, ετικετοποίησης και σήμανσης του μελιού το οποίο εισάγεται. Επιπλέον, χρειάζονται μέτρα για την αντιμετώπιση της αρρώστιας της βαρόασης, καθώς και εφαρμοσμένη έρευνα για την εξάλειψη αυτής της αρρώστιας και ενίσχυση των μελισσοκόμων με χρηματοδότηση για παραγωγή βασιλισσών και αγορά μελισσοσημών. Χρειάζονται επίσης χρηματοδοτήσής τους για την εποχιακή μετακίνηση, προγράμματα κατάρτισης τους και, τέλος, χαρακτηρισμός του μελιού ως Προϊόντος Ονομασίας Προέλευσης.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođa predsjednice, htio bih se ovom prilikom prisjetiti kada smo prije dosta godina u Pazinu, u Istri, pokrenuli jednu manifestaciju koju smo nazvali Dani meda. Toliko entuzijazma, toliko ljubavi prema tom proizvodu i prema pčelama samima, zaista, mogu reći da u svojim dvadeset i sedam godina političke karijere nisam vidio. Toliko sreće i zadovoljstva što smo napravili takvu jednu manifestaciju i toliko zadovoljstva potrošača koji su došli na tu manifestaciju, zaista je rijetko bilo vidjeti.

Zato sam uvjeren da dvije teme o kojima se danas ovdje razgovaralo trebaju imati prioritet. Podrška proizvođačima meda, pčelarima i to kroz novu zajedničku poljoprivrednu politiku i, naravno, zaštita njihovog proizvoda. Bez zaštite njihovog proizvoda, opet ćemo lutati, opet nećemo znati što je na našem stolu, što jedemo i koliko je što zdravo.

Zato sam uvjeren da ovaj izvještaj i ono što je rekao gospodin povjerenik idu u tom pravcu i želim vjerovati da će pčelarstvo imati nakon 2020. novi status u Europskoj uniji.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Asszony! Szívből gratulálok honfitársamnak, Erdős Norbertnek, aki a riportőre ennek a nagyon fontos és szép jelentésnek, amiből szinte mindent megtudunk, amit mézről, méhekről, méhészetről tudni kell. Azért hogy kérdezzek rá, hogy jól értem-e, hogy ha valaki felelősségteljes mézfogyasztó szeretne lenni, a családjával együtt, akkor mondjuk magyarként – Magyarország egyébként ugye a három legfőbb európai méztermelő ország egyike – azt teszi, hogy piacról, vagy pedig közvetlenül a termelőtől szerzi be a mézet, tehát hogy a magyar ember magyar mézet fogyasszon lehetőség szerint.

Lehet, hogy ez itt különböző nacionalista vagy szélsőséges bélyeget ragaszt az emberre, de hogy mondjam, és akkor már hogy forduljak a biztos úrhoz, és hogy kérdezzek rá: hogy azt jól értem-e, hogy rengeteg hamisított méz érkezik Európába, főleg Kínából, és ezek között nagyon sok az egészségre is ártalmas. Hogy kérdezzek rá, hogy konkrétan mit csinálnak ez ellen a, ha jól értem, szervezett bűnözési forma ellen? Hangsúlyozom, ennek a káros hatásait akkor tudjuk leginkább elkerülni, ha helyben termelt, helyi mézet fogyasztunk. Gondolom én. Várom a riportőr megerősítését.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Phil Hogan, Member of the Commission. – Madam President, the report and this evening's discussion have clearly showed that there is significant interest here in Parliament and broad support for the collective efforts that are being made to ensure a healthy apiculture sector in the European Union. It is also true to say that the importance of the sector is widely recognised and the value of the support already available under the CAP is appreciated.

Everybody believes that we should do more, and perhaps we can do more. It is worth noting that the budget in 2014 was doubled over the previous programming period, so there is already a recognition in the 2014-2020 programmes of the increasing importance of honey in the agricultural industry. While I cannot pre-empt what is going to happen in the next budget, it is certainly safe to say that the Members here that have spoken will be keeping a close eye on the financial programmes for the post-2020 period.

A number of Members expressed their concern at the use of neonicotinoids and referenced the updated risk assessments in relation to three particular neonicotinoids which EFSA has published today. Today's conclusions will now be shared with the Commission and the Member States, and I am sure that my colleague who is the relevant Commissioner in this area, Commissioner Andriukaitis, will be taking note on, and a close interest in, this report. Today's report does not make any reference in terms of a possible ban. The Commission and the Member States will now have to consider whether or not to introduce possible amendments to the current restrictions on the use of these pesticides.

I noted what Mr Agnew said in relation to the banning of some of these neonicotinoids in respect of sugar beet, and I agree with his analysis. He has certainly indicated very clearly what I believe to be the case in relation to sugar beet and the possible exemptions in relation to the application of neonicotinoids in relation to sugar beet.

I think it is also worth noting as well that this Parliament voted in very substantial numbers to approve a proposal from the Commission in relation to the banning in ecological focus areas of the use of pesticides, and this has made a major impact – a positive impact – in relation to the application of this new rule, in my view, in 2018 in terms of what will happen where more than 10% of the total arable area of the European Union will now have a ban on pesticides in these areas. I think this is a major step forward for which this House can be proud in terms of the vote that it expressed in 2017.

So in conclusion, I again want to reiterate my appreciation to Mr Erdős for his report. I think it has a sound basis for working together in order to improve the supports in the various ways that I have outlined in my initial contribution to the apiculture sector.

Norbert Erdős, előadó. – Elnök Asszony! Engedjék meg, hogy biztos úrnak, véleményadó asszonynak, az árnyék-jelentéstevőnek, és minden képviselőtársamnak nagy köszönetet mondjak. 486 módosító indítvány érkezett, ez extra sokat jelent, és ennek a 486-nak egyébként a 90 százalékát be tudtuk tolni egy kompromisszumba, 36 külön szavazás volt csak, úgyhogy tényleg nagyon-nagyon széles, nagy a támogatottsága ennek az ügynek. Nagyon szépen köszönöm mindenkinek a munkáját!

Kérem, engedjék meg, hogy megismételjem, sikeres méhészek és egészséges méhek nélkül nem lesz beporzás és méz Európában a jövőben, ezért ki kell állnunk egy olyan program mellett, amely garantálja a méhek és a méhészek megmaradását. Maguk a méhészek tollából fogant és az összes parlamenti képviselőcsoport aktív közreműködésével formált, a frakcióérdekek közötti, törekény egyensúlyon alapuló, Önök előtt fekvő szöveg ez a program. A mézhamisítás elleni küzdelem, a méhek hatékony és azonnali megvédése a valóban káros vegyi anyagokkal szemben, a méhbetegségek elleni fellépés vagy a méhészek igazságosabb uniós támogatásának az igénye mind olyan kérdések, amelyekre az EU demokratikusan meghozott, határozott válasza nem halasztható tovább.

Ebből az egyik téma, a növényvédőszer-hatóanyagok kérdése az egyik legkényesebb téma ma az Európai Parlamentben. Amikor erről döntünk, a gazdák védelmét, a mezőgazdasági termelés visszaesésének elkerülését, valamint a környezet, az élőhelyek, őshonos növények és állatok védelmét egyforma súllyal kell figyelembe vennünk. A méz-jelentés előkészítése során hosszú és fáradtságos tárgyalások eredményeként sikerült egy kiegyensúlyozott és ésszerű megoldást beépítenünk a jelentésbe. A méhek egészségére bizonyítottan káros növényvédőszer-hatóanyagokat azonnal be kell tiltani. És azt hogy mi káros, tudományos alapon, az EFSA-nak kell kimondania! Ezt a megoldást minden frakció elfogadta. Kérem, hogy ennek alapján álljunk hozzá a beterjesztett módosítókhoz is.

A méz-jelentés megszavazásánál számítok a teljes támogatásukra. Kérem, a jövőben is álljanak mellém, amikor az európai méhészek és méhek érdekében lépek fel.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Donnerstag, 1. März 2018, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Par le biais de ce rapport d'initiative, le Parlement européen fait à nouveau preuve de leadership en matière de protection des abeilles et se place à la hauteur de l'enjeu. Le déclin des abeilles atteint des niveaux record en Europe et appelle à une approche coordonnée pour répondre aux multiples facteurs de mortalité des pollinisateurs.

Les initiatives locales en faveur des abeilles foisonnent mais les objectifs politiques européens et nationaux demeurent largement en dessous des attentes. Les budgets sont aujourd'hui ridicules comparés aux services agricoles et écologiques des pollinisateurs, tels que les abeilles.

En tant que président de la Semaine européenne des abeilles, la BeeWeek, je me réjouis que ce rapport s'appuie sur nos travaux engagés depuis 2012. Nous proposons des solutions concrètes pour répondre aux défis principaux de la filière de l'apiculture, en particulier sur la santé des abeilles, la lutte contre les parasites, les programmes de recherche, la protection des produits de la ruche, l'étiquetage ou la lutte contre le miel frelaté.

J'en appelle à la Commission européenne et aux États membres pour se saisir de ces propositions et présenter des objectifs politiques ambitieux pour le secteur de l'apiculture sans tarder.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – Magyarország a harmadik legnagyobb mézelőállító ország az Unióban, mintegy húsz ezer magyar méhésznek ez az ágazat jelenti fő megélhetését. A magyar méz 75%-a az Unió piacára kerül, azonban az Unió kívülről is nagy mennyiségű méz érkezik (például Kínából), melynek jelentős része hamisított. Fontos érdekünk tehát a mézhamisítás elleni küzdelem, a méhek hatékony védelme a ténylegesen káros vegyi anyagokkal szemben, a méhészek megfelelő uniós támogatása, a méh-betegségek elleni intézkedések.

Az Erdős Norbert képviselőtársam által jegyzett jelentés az EU méhészeti ágazata előtt álló kilátásokról és kihívásokról rendkívül időszertű. A magyar méhészek védelme érdekében egy uniós szintű, megbízható nyomon követési és termék-megjelölési rendszer bevezetésére van szükség, és Erdős Norbert mézjelentése meghatározó lépés ebbe az irányba.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. – Kai ston kládo tou meliού koumánō kánon mia chóufta monopólia. Me tis uperσύγχρονες μεθόδους pou éχoun anaptyúxei, mporoún na αξιοποιoún káthe proéλευσης μέλι, απαλλάσσοντας to apó tυχόν αποτυπώματα tis εντοπιότητάς tou (πχ γυρεόκοκκους), kai na to αναμιγνύουν me μέλι άλλης περιοχής, βαφτίζοντάς to óπως θέλουν. Oi ευρωενωσιακοί κανονισμοί tous to επιτρέπουν διότι den θεωρούν νοθεία την ανάμιξη του μελιού kai η έκθεση den ζητάει καν την κατάργηση tis. Στην Ελλάδα, όπου παράγεται μέλι εξαιρετικής ποιότητας, oi μικροί παραγωγοί εξοντώνονται apó αυτή την κατάσταση pou επιτείνεται kai apó την αντιλαϊκή πολιτική tis κυβέρνησης, me tis ευλογίες tis ΕΕ. Η όποια αυστηροποίηση των ευρωενωσιακών προδιαγραφών αξιοποιείται ως εργαλείο, ώστε na αποκτούν oi μεγάλοι όμιλοι προβάδισμα στον παγκόσμιο ανταγωνισμό. Δεν γίνεται με κριτήριο την ποιότητα του προϊόντος kai τη δημόσια υγεία, αλλά to κέρδος των μεγάλων επιχειρήσεων. To ΚΚΕ ζητάει άμεσα μέτρα, όπως ελάφρυνση στη φορολογία kai μείωση κόστους παραγωγής, για την πραγματική ανακούφιση των μικρομεσαίων μελισσοκόμων.

Carolina Punset (ALDE), *por escrito*. – La protección del sector apícola no debe vincularse en exclusiva a la producción de miel, pues conlleva el importante aspecto de la polinización de los cultivos y de la conservación de la biodiversidad. Cerca del 80 % de las plantas cultivadas necesitan insectos para ser polinizadas. Sin embargo, asistimos sin advertirlo a una dramática reducción de las poblaciones de insectos a escala mundial. Gracias al sector apícola notamos este efecto. Aunque la modificación del territorio sea un importante factor de merma de las poblaciones de insectos, el uso de plaguicidas como los neonicotinoides, aplicados mundialmente desde los años 80 son la principal causa del descenso global de las poblaciones de abejas. Sus efectos perduran en el ambiente mucho tiempo después de usarlos. Aunque el uso de estos insecticidas se restringió en la UE en 2013, su prohibición es necesaria ya que las aplicaciones permitidas siguen siendo una agresión al medio natural que no nos podemos permitir.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Les abeilles jouent un rôle primordial dans la pollinisation des arbres et plantes. Mais leurs colonies sont aujourd'hui menacées. Il faut agir pour réduire la mortalité des abeilles, notamment en bannissant les pesticides qui sont dangereux pour leur santé. Élaborer un plan d'action européen pour protéger les abeilles, qui permettrait d'améliorer la résilience des colonies face aux acariens et autres sources de destruction n'est qu'un minimum. Celui-ci doit passer par une interdiction des pesticides les plus nocifs, au rang desquels les néonicotinoïdes. L'Europe doit tout mettre en œuvre pour éviter le désastre environnemental qui pourrait découler de la disparition des abeilles.

Je vous invite par conséquent à soutenir les amendements demandant à la Commission et aux États membres de mettre en place des mesures visant à renforcer la protection juridique et le soutien financier accordés aux écotypes d'abeilles domestiques dans l'ensemble de l'Union européenne, y compris par la mise en place de zones de conservation, protégées par la loi, des abeilles domestiques endémiques et demandant à la Commission de proposer de toute urgence une législation interdisant la production, la vente et l'utilisation de tous les pesticides à base de néonicotinoïdes dans toute l'Union, et ce sans dérogation possible, afin de protéger les populations d'abeilles.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Smatram da je važnost pčelarskog sektora u Europskoj uniji puno veća od samih statističkih pokazatelja ako dovoljno poznajemo značenje meda kao hrane i zdravstvene vrijednosti pčelinjih proizvoda. Pčelarstvo zaista mora biti u središtu europske poljoprivredne politike, stoga je važno povećati financiranje pčelarstva koje trenutno nije na razini značenja istoga za kvalitetu života građana EU-a.

Podržavam povećanje proračuna za godišnje programe sa sadašnjih 36 milijuna eura na 47 milijuna eura kako se predlaže u izvješću. Svakako treba pojačati promotivne aktivnosti zdrave prehrane i zdravstvene vrijednosti pčelinjih proizvoda, meda, propolisa i ostalih. Hrvatska, uz Bugarsku, Rumunjsku, Portugal, Španjolsku, Francusku i Mađarsku, spada u one zemlje Europske unije koje zbog svoje bio raznolikosti i tradicije pčelarstva mogu ponuditi najkvalitetniji med te se iz tog razloga svi skupa na razini Europske unije moramo uspješno suprotstaviti uvozu patvorenog meda iz Kine, radi zaštite potrošača i naših pčelara te općenito zdravlja ljudi.

Moramo se vrlo snažno založiti za europski pčelarski sektor, kvalitetan med za naše potrošače i bolje uvjete za naše pčelare, a protiv uvoza patvorenog meda, krivotvorenja skrivenog iza neodređenih etiketa bez potrebitih podataka o zemlji podrijetla i vrsti meda.

27. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgen die Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen (Artikel 163 GO).

Jiří Pospíšil (PPE). – Já chci upozornit na jeden závažný problém, který se týká ochrany životního prostředí v EU.

Nevím, jestli je všeobecně znám fakt, že každý rok ve Středomoří je zastřeleno 25 milionů volně žijících ptáků, a to často naprosto nelegálními prostředky. Na této činnosti se bohužel podílí i státy EU, nejvíce Itálie, Kypr a Řecko. Je třeba konstatovat, že tyto země porušují mezinárodní závazky, Bonnskou a Bernskou úmluvu, ale také evropské právo, konkrétně pak směrnici o ochraně volně žijících ptáků.

Vyzývám tedy Evropskou komisi, aby tento problém řešila, abychom opravdu jednali v souladu s evropským právem a hlavně abychom poskytli ochranu živočichů na území EU v souladu s tím, jaké směrnice jsme zde na půdě EP přijali.

Anna Záborská (PPE). – Vážená pani predsedníčka, to, že v mojej krajine bol úkladne zavraždený novinár a jeho partnerka, ma naplňa smútkom, hanbou a hnevom. Som smutná, pretože vyhasli dva mladé životy.

Hanbím sa, pretože zverejnené odhalenia tohto novinára ukázali, že na Slovensku už roky žijú a podnikajú ľudia podozriví z prepojenia s medzinárodným zločinom. Majú kontakty na úrade vlády, na prokuratúre aj štátnych úradoch, dokonca čerpajú eurofondy. A som nahnevaná, že nikto z tých, ktorých prácou má byť boj proti mafii a korupcii, necíti zodpovednosť za tento stav.

Kolegyne a kolegovia, chcem vás dnes požiadať, aby ste sledovali situáciu na Slovensku. Ak by ste mali pocit, že je nad naše sily vyšetriť vraždu Jána Kuciaka a vyrovnať sa odhaleniami, ktoré priniesol, prosím vás, podajte nám pomocnú ruku.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Η αστική τάξη της Τουρκίας εντείνει την επιθετικότητα της με εισβολή και κατοχή, εκτός από την Κύπρο και σε Ιράκ, Συρία, αμφισβητώντας σύνορα κυριαρχικά δικαιώματα, Συνθήκη της Λοζάνης, εμβολίζοντας ελληνικό σκάφος και προκαλώντας στο Αιγαίο, με παρόντες τόσο το ΝΑΤΟ όσο και την Ευρωπαϊκή Συνοριοφυλακή. Στην Κυπριακή ΑΟΖ επίσης προκαλεί για τον έλεγχο της ενέργειας. Οι ανταγωνισμοί των μεγάλων συμφερόντων γεννάνε πολέμους και χύνεται το αίμα των λαών. Μία είναι η αλήθεια: ούτε η Ευρωπαϊκή Ένωση ούτε το ΝΑΤΟ προστάτευσαν και ούτε θα προστατεύσουν ποτέ σύνορα και κυριαρχικά δικαιώματα. Βγήκαν ψεύτες όσοι προέβλεπαν ότι Ηνωμένες Πολιτείες, Γαλλία, Ιταλία, επειδή έχουν μπιζνες στην περιοχή, θα τραβούσαν τάχα το αυτί της Τουρκίας. Χλιαρές εκκλήσεις και παραινήσεις υπαγορεύουν τα συμφέροντά τους. Οι λαοί λοιπόν να μην χύσουν το αίμα τους, να μην πιουν το δηλητήριο του εθνικισμού για τα συμφέροντα των ομίλων! Καμία αλλαγή συνόρων! Ο ελληνικός λαός να εναντιωθεί σθεναρά στα ιμπεριαλιστικά σχέδια Ευρωπαϊκής Ένωσης και ΝΑΤΟ, αστικών δυνάμεων, κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ και στην εμπλοκή της Ελλάδας!

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D). – Κυρία πρόεδρε, τη στιγμή που η Τουρκία εισβάλλει στη Συρία και σφάζει αμάχους και μικρά παιδιά, τη στιγμή που συνεχίζει τις απειλές κατά των νησιών της Ελλάδας, τη στιγμή που συνεχίζει να κατέχει παράνομα το 40% της Κυπριακής Δημοκρατίας, τη στιγμή που εισβάλλει στην Αποκλειστική Οικονομική Ζώνη ενός κράτους μέλους της Ευρωπαϊκής Ένωσης για να αποτρέψει την αξιοποίηση των κοιτασμάτων υδρογονανθράκων που θα ωφελήσουν ολόκληρη την Ευρώπη, κάποιοι πρέπει να σταματήσουν να σκέφτονται τα οποιαδήποτε σενάρια αναβάθμισης των σχέσεων Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας. Αρκετές εκπτώσεις έχουν γίνει στην προσπάθεια εξημέρωσης του θηρίου. Είναι ώρα κρίσης για την ίδια την Ευρωπαϊκή Ένωση, που πρέπει να δείξει ότι δεν έλκεται από άλλου είδους συμφέροντα. Διαφορετικά, η υποκρισία και τα συμφέροντα θα επιβραβευτούν για άλλη μία φορά.

Branislav Škripek (ECR). – Vážená pani predsedajúca, dovoľte, aby som v tomto pléne Európskeho parlamentu vyjadril úprimnú sústrasť pozostalým zavraždeného novinára Jána Kuciaka a jeho snúbenice.

Ako viete, na Slovensku sa udiala vážna úkladná vražda novinára. Tento ohavný čin otriasol Slovenskom a vidím, že aj celou Európou a vzdialeným zahraničím. Hovorí sa o slobode slova, ktorú si všetci vážime, a je vždy nutné za ňu bojovať. Najavo začínajú vychádzať nemenej závažné podozrenia. Organizovaný zločin predstavoval v 90-tych rokoch pre viaceré stredoeurópske krajiny vážny problém. A ak sa ukáže, že za vraždou 27-ročného novinára je naozaj medzinárodná mafia, s možným prepojením na vysoké slovenské vládne posty, na poplach by mala byť celá Európa.

Možné mafiánske prepojenie na najvyššie slovenské vládne kruhy je silným sústom aj pre krajinu, ktorá sa zmieta vo vážnych korupčných škandáloch stále teraz posledných pár rokov. Chcem odkázať odtiaľto všetkým zainteresovaným a zvlášť postkomunistickým vládam, odmietame, aby sa vražda investigatívneho novinára novou normou. Patríme do civilizovaného sveta, kde organizovaný zločin nemá miesto a kde vrahovia musia byť za svoj čin chytení a potrestaní.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora presidenta, la construcción europea integra la diversidad construyendo nuevas formas de ser Estado y nación. Ha creado soberanías compartidas y prácticas centradas en responder mejor a las necesidades y la voluntad de la ciudadanía.

Con esas mismas bases, mi partido ha presentado en el País Vasco una propuesta que, dentro de la ley, apuesta por el diálogo permanente, el respeto y el reconocimiento para actualizar la estructura de un Estado miembro que se dice plurinacional. Apostamos por una unión voluntaria de naciones que existen y quieren convertir en realidad principios constitucionales en vigor. Así aportamos estabilidad y soluciones.

Pido por ello a Bruselas y Estrasburgo que, para prevenir nuevos conflictos, protejan esta apuesta por la convivencia frente al mismo nacionalismo estatal y anticuado que critican por ser el peor enemigo de la construcción europea; que obliguen a quienes siguen atascados en conceptos del siglo XIX a que respeten leyes y acuerdos, a que dialoguen y construyan. Recuérdenles que arremeter contra gigantes cuando delante hay molinos es incompatible con nuestra Unión, porque así se alimenta el nacionalpopulismo en todo el continente.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Carlos Santiago, Josep Pàmies, Nacho Carretero, Xavier Uriarte, Santiago Sierra têm em comum ser vítimas da censura nas últimas duas semanas no Estado espanhol. Um pregão de carnaval, umas conferências, um rap, um livro, uma exposição de fotos são assuntos censurados de diferentes maneiras mas todas correspondem ao autoritarismo do Partido Popular.

Esta tarde, a Comissária Jourová disse que a liberdade de expressão era intocável; deve ser respeitada independentemente das nossas opiniões.

Eu pergunto-lhe, Sr. Comissário, quantas denúncias mais devemos apresentar para que este Parlamento e a Comissão Europeia reajam para garantir que direitos humanos, como a liberdade de expressão, sejam respeitados no Estado espanhol.

Miroslav Mikolášik (PPE). – Vážená pani predsedajúca, Slovensko šokovala správa o úkladnej vražde mladého novinára a jeho snúbenice. Sú ňou dotknuté nielen ich rodiny, ale celá krajina.

Muž totiž ako žurnalista zbieral správy o korupcii a daňových únikoch, ktoré podľa jeho medializovaných zistení smerujú na najvyššie miesta. Demokracia na Slovensku bola touto úkladnou vraždou vážne podkopaná. Novinár Ján Kuciak pátral a nachádzal to, čo si mnohí želali nechať utajené. Pravdu hľadal kvôli Slovensku, nie kvôli sebe.

Vyzývam preto bezpečnostné zložky a prokuratúru, aby neodkladne prípad vyšetrili, zločincov odhalili a vrahov potrestali. A keby na tom mala aj padnúť vláda, o pomoc pri dokončení práce tohto statočného Slováka prosím a vyzývam aj Európske spoločenstvo. Nedovoľme, aby občan na Slovensku stratil vieru v spravodlivosť, poriadok a pravdu.

Rory Palmer (S&D). – Madam President, a recent report published by John Mann, a member of the British Parliament in my region of the UK, has evidenced a significant inequity and unfairness in the way arts, culture and sport are funded. London has received GBP 8 from the Arts Council in the UK for every GBP 1 received by former coalfield communities in my region. For Sport England it was GBP 4 to GBP 1. I suggest it is now time for all public funding for sport, the arts and culture – including EU funding – to be audited with regard to that geographic inequity and unfairness. Whether you live in a city, a rural village or a former industrial community, all young people and, indeed, all citizens have an equal right to access to the arts, culture and sport.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο της 23ης Φεβρουαρίου 2018 είχε την ευκαιρία να στείλει ένα αποφασιστικό μήνυμα στον Erdoğan και στην Τουρκία, στην Τουρκία η οποία απειλεί πλέον ανοιχτά με πόλεμο την Ελλάδα, στην Τουρκία η οποία παραβιάζει τα ελληνικά χωρικά ύδατα στο Αιγαίο, επιβάλλει παράνομο θαλάσσιο αποκλεισμό στα Ίμια και εμβολίζει σκάφος του Ελληνικού Λιμενικού, στην Τουρκία, η οποία ενεργώντας ως σύγχρονος πειρατής θέλει να αρπάξει τον υποθαλάσσιο πλούτο της κυπριακής ΑΟΖ, εκεί όπου βρίσκονται πλουσιότατα κοιτάσματα φυσικού αερίου και πετρελαίου. Το μήνυμα Tusk στον Erdoğan έπρεπε να είναι πιο αποφασιστικό και έπρεπε να συνδυαστεί με την επιβολή πολιτικών διπλωματικών, στρατιωτικών και οικονομικών κυρώσεων κατά της Αγκυρας. Έπρεπε ήδη να έχει επιβληθεί από πλευράς Ευρωπαϊκού Συμβουλίου πλήρης και ολοσχερής απαγόρευση πώλησης στρατιωτικού εξοπλισμού στην Αγκυρα καθώς και σειρά σκληρών οικονομικών κυρώσεων, διότι μόνο αυτή τη γλώσσα καταλαβαίνει ο Σουλτάνος. Όμως το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο έμεινε στα λόγια και πέταξε την μπάλα στην εξέδρα.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodo predsjednice, na prošloj sjednici Parlamenta upozorio sam Komisiju o protivljenju regionalnih vlasti Primorsko-goranske županije i lokalnih vlasti otoka Krka, pogotovo općine Omišalj, dovođenju plutajućeg LNG terminala u Omišalj. To moram i ovom prigodom.

Nevjerojatno je da sa 101 milijunom eura financiramo projekt koji želimo nametnuti jednoj lokalnoj sredini. Građani i nevladine udruge se potpuno argumentirano protive plutajućem terminalu, ali prihvaćaju kopneni koji već ima sve potrebne dokumente, čak ima i lokacijsku dozvolu. Zašto ne prihvaćamo pruženu ruku s njihove strane?

Nije mi poznato gdje su u Europi lokalne sredine odlučile prihvatiti na konstruktivan način ovako teške, zahtjevne industrijske objekte. Potreban je otvoren, iskren dijalog bez fige u džepu.

Pa valjda za ukupnu energetska strategije Europske unije nije presudno je li u Hrvatskoj LNG terminal na kopnu ili je on plutajući? Važno je da gradimo terminal koji svima odgovara.

Ángela Vallina (GUE/NGL). – Señora presidenta, el próximo 8 de marzo las mujeres de todo el mundo estamos llamadas a hacer una huelga a nivel mundial para denunciar un sistema, el patriarcal, que invade todos los aspectos de la vida de la mujer —no solo la brecha salarial del 17 % en esta Unión o la marginalidad de los espacios políticos a las mujeres— y para hacer visibles esos trabajos invisibles.

Está en el sistema judicial y en las numerosas sentencias claramente contra la mujer en casos de ámbito familiar; está en la brecha de pensiones de cerca del 40 % en la Unión; está en la violencia que sufre una de cada tres mujeres a lo largo de su vida, y está en la carga de los cuidados, que sigue recayendo mayoritariamente en nosotras, las mujeres.

Está en la publicidad, en el tratamiento sexista de las noticias, en los medios de comunicación y en los medios digitales; está en el acoso sexual, está en la educación diferenciada y está en la división sexual del trabajo.

El patriarcado, para nosotras, es un monstruo contra el que debemos luchar, y la mejor herramienta es visibilizar que el mundo, si nosotras paramos, se para, y que sin políticas transversales de género, no hay ni habrá cambio posible.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, οι ιμπεριαλιστικοί ανταγωνισμοί Ευρωπαϊκής Ένωσης και Πολωνικής Κυβέρνησης οξύνονται με πρόσημα τη δικαιοσύνη. Πίσω τους βέβαια κρύβονται μεγάλα συμφέροντα. Την ίδια ώρα, δεν λένε κουβέντα όλοι αυτοί ότι αύριο, 1η του Μάρτη, θα συρθούν και πάλι στα δικαστήρια το Κομμουνιστικό Κόμμα Πολωνίας και τα στελέχη του με την κατηγορία της προπαγάνδας της κομμουνιστικής ιδεολογίας στην εφημερίδα Brzask και στην ιστοσελίδα του, με απειλές φυλάκισης δύο ετών. Στον αντικομμουνισμό βλέπετε, η Ευρωπαϊκή Ένωση και η Πολωνική Κυβέρνηση τα βρίσκουν και συμφωνούν. Καταδικάζουμε τα αντικομμουνιστικά μέτρα και τις διώξεις, καταδικάζουμε τις απαγορεύσεις των κομμουνιστικών συμβόλων και της διάδοσης των κομμουνιστικών ιδεών. Καταγγέλλουμε ότι την ίδια ώρα συνιστά μέγιστη πρόκληση η απόδοση τιμών στους συνεργάτες των Ναζί, η εξίσωση του τέρατος του φασισμού που είναι γέννημα θρέμμα του καπιταλιστικού συστήματος με τον κομμουνισμό. Απαιτούμε άμεση ανάκληση όλων των διώξεων σε βάρος του Κομμουνιστικού Κόμματος Πολωνίας, των μελών και των στελεχών του. Η κατάπνιξη της ιστορικής αλήθειας και ο αντικομμουνισμός δεν θα περάσουν.

Daniel Buda (PPE). – Doamnă președintă, recent am discutat cu zeci de fermieri din regiunea mea despre dificultățile pe care le întâmpină în desfășurarea activității lor. Problema majoră este determinată de importurile masive de produse alimentare, fapt care îi privează de o piață de desfacere pentru produsele autohtone. În 2017, potrivit INS, în România au intrat alimente în valoare de 5,1 miliarde de euro, în timp ce exportul a fost doar de câteva sute de milioane de euro.

Dificultățile acestora derivă din faptul că prețul produselor importate și comercializate în România este mult sub prețul de cost. Astfel, un fermier autohton care deține o fermă de porci, abator și spațiu propriu de comercializare trebuie să vândă kilogramul de carne la 3,5 Euro pentru a supraviețui pe piață. Carnea importată este vândută în supermarketuri la un preț de doar 2,5 euro, mult sub prețul de cost în orice parte a Europei.

Fără o combatere eficientă a concurenței neloiale, România riscă să ajungă o țară fără fermieri autohtoni și o imensă piață de desfacere pentru alimentele produse în alte țări, cu alte cuvinte, concurența neloială este o bombă atomică cu efect întârziat pentru fermierii din România.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D). – Señora presidenta, señor comisario, esta foto que les enseño ilustra uno de los mayores incumplimientos de la Directiva Marco del Agua que se está produciendo en el día de hoy en la Unión Europea.

A la izquierda está el río Tajo —el río principal de la península ibérica—, con muy poca agua como consecuencia de los trasvases que se producen al Levante, y a la derecha está uno de sus afluentes, el río Jarama, con mucha más agua y totalmente contaminado por la mala depuración que se produce fundamentalmente en la Comunidad de Madrid.

Esta foto es la consecuencia de las malas políticas que se están haciendo en materia de agua por parte del Gobierno de España; que haya tan poca cantidad de agua impide que haya una buena dilución, lo que provoca una grave contaminación del río Tajo.

Señor comisario, le pido que traslade al Colegio de Comisarios, ahora que tienen que hacer la evaluación de los planes de cuenca —en este caso del río Tajo—, que corrijan este grave daño para el medio ambiente en uno de los principales ríos que tiene Europa.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Madam President, tonight in Ireland there are 9 000 homeless people, thousands more are on housing waiting lists, and for a whole generation home ownership is an aspiration they will never realise. Fianna Fáil and Fine Gael governments have failed them, but they've never failed the banks. A decade ago, PTSB was bailed out with EUR 3 billion in Irish taxpayers' money. Today that bank is planning to sell off 14 000 family homes with distressed mortgages to vulture funds, and other banks are following suit.

The vultures are gathering because people can't repay their loans because the Irish banking cartel has implemented such high mortgage rates. The vulture funds are unregulated, aggressive and vicious in the pursuit of profits. Our government must rein in the banks and the vulture funds. The European Central Bank and the Commission too, so quick to burden the Irish people with 42% of Europe's bank debt, cannot ignore a crisis that they have had a hand in creating. Banks should be prevented from selling distressed home mortgages to vulture funds: it's as simple as that. For once and for all, it's time to side with mortgage-holders and home-owners instead of banks.

Andrea Bocskor (PPE). – Elnök Asszony! Az Európai Parlamentben tegnap vitattuk meg az EU és Ukrajna jövőbeni kapcsolatait, Ukrajna teljesítményét a reformok és az európai integráció terén. Úgy vélem, hogy Ukrajna perspektíváit nagy mértékben befolyásolja a demokratikus jogok és szabadságok, beleértve a kisebbségi jogok szavatolása, a jogbiztonság és a társadalmi béke. Mindeközben Ukrajna legnyugatibb megyéjében, immár egy hónapon belül másodszor érte támadás a Kárpátaljai Magyar Kulturális Szövetség székházát Ungváron.

Ismeretlen tettes robbanószerkezetet helyezett el, mely robbanás következtében a székház alsó szintje teljesen kiégett. Ez a kárpátaljai magyarság direkt fenyegetésének, megfélemlítésének tekinthető, amit nem szabad szó nélkül hagynia az Európai Uniónak sem. Egyértelműen el kell ítélniük ezt a terrorcselekményt, és fel kell szólítanak az ukrán hatóságokat, hogy mielőbb derítsék ki az elkövető személyét, a megrendelőket és az ügy motivációját. Bizonyos erők egyre inkább azon dolgoznak, hogy felborítsák a rendet és a békét az ország nyugati felében is, nemzetiségi konfliktust szítsanak, provokáljanak, amire az EU-nak mindenképpen reagálnia kell.

John Howarth (S&D). – Madam President, terrorism in Europe can be fought effectively only with close cooperation between national authorities. So I welcome Theresa May's commitment to the UK's continued participation in Europol and the European arrest warrant.

Ms May's Munich speech was, from beginning to end, an argument against Britain leaving the European Union. But let's take her at face value. She says the UK will respect the remit of the European Court of Justice when participating in the agencies, will continue to align its rules on data-sharing and will do all that is necessary to ensure that evidence gathered is admissible in court. It remains to be seen quite how she intends to sell that to the Brexit extremists in her party, who oppose the ECJ on ideological grounds and would be soft on terrorism.

I look forward to more of this pragmatism on Brexit and I believe the EU27 recognises that the UK is essential to intelligence against terrorism, and they should respond quickly and positively.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora presidenta, las mujeres sufren la mayor temporalidad y trabajan menos horas en un empleo remunerado. Tanto en la Unión Europea como en España, el 30 % solo puede acceder a contratos de tiempo parcial; la brecha salarial es del 16 % en la Unión Europea y del 24 % en España, mi país. Esta situación de discriminación en el mercado laboral se refleja y se agrava al llegar a la jubilación, donde las pensiones de las mujeres son un 40 % inferiores a las de los hombres.

Las políticas de recortes, además, llevan el sello y la firma del patriarcado y una visión de la sociedad asimétrica y fragmentada en términos de género, lo que nos condena a la desigualdad permanente, a la subordinación y al enclaustramiento en el espacio privado.

Pero nosotras tenemos la firme convicción de acabar con este sistema, con el patriarcado inherente al capitalismo y, por eso, llamamos a la participación en la huelga feminista del 8 de marzo. Vamos a hacer del 8 de marzo una jornada histórica, porque si paramos nosotras, se para el mundo, porque nos queremos vivas, nos queremos libres y unidas.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony! Az Európa Tanács nemzeti kisebbségek védelméről szóló keretegyezményének tanácsadó bizottsága jelentésében számos megoldatlan problémát tárt fel a Romániában élő nemzeti kisebbségek jogainak érvényesülésére vonatkozóan. Tételesen felsorolja azokat a jogsértéseket és hatósági vegzálásokat, amelyek a nemzeti kisebbségek mindennapjait jellemzik, külön kitérve a folyamatos magyarellenes uszításokra, amelyek a román nyelvű média és egyes politikusok részéről érkeznek.

Az ET megállapításai megfelelnek a valóságnak, és az elmúlt 10 évben a jelzett problémákra itt ebben a házban is felhívtuk a figyelmet. A jelentés kétségtől rámutat a tényre: Romániában nem oldották meg a nemzeti kisebbségek problémáit és az ország távolról sem tekinthető mércének, ami a kisebbségi jogok érvényesülését illeti. Az ET jelentésének következményei kell legyenek. Itt az idő, hogy az uniós intézményrendszer is napirendre vegye a kérdést, hiszen nyilvánvaló: egy uniós tagállam durván megsérti a csatlakozáskor vállalt, a kisebbségek védelmére vonatkozó kötelezettségeit.

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Doamnă președintă, egalitatea între femei și bărbați, principiul fundamental al Uniunii Europene, rămâne un subiect de importanță majoră, deoarece femeile suferă în continuare din cauza inegalității, se confruntă cu multiple forme de discriminare.

Astăzi aș dori să atrag atenția asupra rolului femeii în sectorul agricol. România ocupă primul loc în Uniunea Europeană la ponderea populației care lucrează în agricultură și locul al doilea în ceea ce privește ponderea femeilor în acest domeniu. De aceea, femeile fermier sunt cu atât mai mult de apreciat cu cât au reușit să aibă succes într-o lume a bărbaților. La nivelul Uniunii Europene, doar 4,4 % din populația activă lucrează în agricultură și doar 30 % din ferme sunt gestionate de femei.

Sunt necesare încă eforturi uriașe susținute pentru dezvoltarea antreprenoriatului feminin. Solicit instituțiilor europene să creeze pârgii legislative mai eficiente pentru a ne asigura că femeile și fetele din mediul rural beneficiază de sprijin pentru inițiativele lor antreprenoriale și inovatoare, care ar putea asigura venituri suplimentare pentru familiile lor.

Marijana Petir (PPE). – Gospođa predsjednice, Bokeljska mornarica nastala je prije više od 12 stoljeća, kada su kotorski mornari sudjelovali u preuzimanju moći sv. Tripuna. Ona je kulturno i duhovno naslijeđe Katoličke crkve i Hrvata, autohtonog naroda Boke kotorske.

Stoga nas je sve zatekla vijest da je Crna Gora odlučila Bokeljsku mornaricu, samostalno, bez Hrvatske, uvrstiti na UNESCO-ov popis nematerijalne kulturne baštine čovječanstva, tim više jer je ona upisana u nacionalni registar kulturnih dobara obiju zemalja.

Hrvatska traži zajedničku nominaciju kojom će se kroz kandidaturu Bokeljske mornarice vrednovati uloga Hrvata i značaj sv. Tripuna.

Negiranjem činjenice da je Bokeljska mornarica dominantno baština bokeljskih Hrvata zadire se u srž manjinskih prava Hrvata u Crnoj Gori i dio je trenda kojim se izravno ubrzava nestanak preostalih malobrojnih Hrvata na području Boke zatiranjem njihovog kulturnog identiteta.

Takav pristup Crne Gore, koja je kandidatkinja za članstvo u Uniji, spada u grubo kršenje prava hrvatske manjine i u suprotnosti je s temeljnim vrijednostima Europske unije.

Răzvan Popa (S&D). – Doamnă președintă, deși negocierile privind ieșirea Marii Britanii din Uniunea Europeană avansează, există încă semnale că situația cetățenilor din statele membre aflați în Regatul Unit nu este pe deplin clarificată. Incertitudinile persistă, chiar și în urma acordurilor la care s-a ajuns în ultimele luni. Sunt peste două milioane de cetățeni europeni a căror soartă se decide acum iar, dintre aceștia, cel puțin 200 000 sunt români. Vorbim despre oameni cu familii care și-au creat un viitor în Marea Britanie, sau care lucrează la construirea acestui viitor.

Dacă nu vor fi clarificate toate aspectele post-Brexit, riscăm să ne trezim cu un fenomen de exod forțat al acestora, cu consecințe dramatice în plan social și economic. Trag un semnal de alarmă către Comisia Europeană și Consiliul European, dar și către Marea Britanie, să nu sacrifice soarta a milioane de oameni în acest proces politic de ieșire din Uniunea Europeană. Vorbim despre cetățeni europeni care au contribuit mult la creștere economică, atât a Regatului Unit, cât și a Uniunii Europene.

László Tóké (PPE). – Elnök Asszony! Zeid Raad al-Husszein, az ENSZ emberi jogi főbiztosa idegengyűlölettel és rasszizmussal rágalmazta meg Orbán Viktor miniszterelnököt. Tegnep, ettől függetlenül, egyik beszélgetőpartnerem nacionalistáknak minősítette a magyarokat. Határozottan visszautasítom ezeket és a hasonló, megalapozatlan vádaskodásokat. Nacionalista az, aki jogot sért, a patrióta viszont jogot véd. Orbán Viktor a saját és Európa nemzeteit védelmezi, tehát jó patrióta és jó európai. A migránsok invázióját pártoló politikusok ellenben saját népük és polgáraik rovására cselekszenek.

Az irántunk felerősödött magyarellenességgel szemben mi, külföldön élő kisebbségi magyarok is saját népünket védjük, példának okáért Ukrajnában, ahol február 4-én nacionalista terrortámadás érte magyar közösségünk ungvári székházát. Igaz hazafiakként közös erővel lépünk fel Európa és népeink védelmében!

Ivan Štefanec (PPE). – Vážená pani predsedajúca, na Slovensku sa v uplynulých dňoch udialo niečo, čo otriaslo celou Európou. Dvaja mladí ľudia – investigatívny novinár Ján Kuciak a jeho priateľka Martina Kušnírová – boli brutálne popravení vo svojom vlastnom dome.

Ján Kuciak bol odvážny novinár, ktorý sa nebál rozkrývať kauzy organizovaného zločinu, ktorého nitky siahajú až k socialistickým politikom. V poslednom nedokončenom článku dokonca poukázal na prepojenie talianskej mafie a strany Smer na čele vlády.

Tento ohavný čin nestačí len odsúdiť. Navrhujem spolu so svojim českým kolegom Ľudkom Niedermayerom, aby sa prípadmi daňových podvodov, na ktorých pracoval zavraždený Ján Kuciak, venoval aj nový výbor proti finančným zločinom a daňovým podvodom. Pamiatku dvoch statočných ľudí si najlepšie uctíme tak, že prispejeme k odhaleniu pravdy. Vždy musíme urobiť všetko, aby slušní ľudia mali navrch.

Stanislav Polčák (PPE). – Já bych chtěl hovořit dnes o sporu, který se může udát na pozadí výběru předsedy Evropské komise. Předseda Evropské komise by měl být hlavním hybatelem a spojovatelem a k tomuto tématu se v uplynulých dnech vyjádřili pan předseda Tusk, Juncker i český premiér Babiš.

EP prosazuje pojetí špičkových kandidátů, kteří by měli být ti relevantní pro navržení do funkce. Pro mě někdy EP tuto otázku prosazuje až nesmiřitelným způsobem. Evropská rada prosazuje své právo nominace, což odpovídá i textu platných Smluv. Podle mého názoru by se měly dodržovat platné Smlouvy a příčetná Evropská rada by měla navrhnout takového kandidáta, který dokáže získat právě se svou Komisí důvěru EP. Role členských států by měla být zásadnější. Předseda Evropské komise by měl být právě zvolen na základě volby členských států. Myslím si, že než absolvovat další spor, bylo by lepší respektovat naše primární právo.

Die Präsidentin. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

28. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

29. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 23.12 Uhr geschlossen.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3233

23.5.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 1. MÄRZ 2018

(C/2024/3233)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 28. Februar und 1. März 2018

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Bankenunion – Jahresbericht 2017 (Aussprache)	4
3. Verpflichtender automatischer Informationsaustausch im Bereich der Besteuerung (Aussprache)	14
4. Trockenlegung der Einnahmequellen von Dschihadisten – gezielte Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung (Aussprache)	24
5. Prioritäten der EU für die 62. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (Aussprache)	33
6. Wiederaufnahme der Sitzung	42
7. Wiederaufnahme der Sitzung	44
8. Abstimmungsstunde	45
8.1. Wahl eines Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (anstelle von Ryszard Czarnecki) (Abstimmung)	45
8.2. Versicherungsvertrieb: Geltungsbeginn der Umsetzungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten (A8-0024/2018 - Werner Langen) (Abstimmung)	45
8.3. Bilaterales Abkommen zwischen der EU und den USA über Aufsichtsmaßnahmen für die Versicherung und die Rückversicherung (A8-0008/2018 - Roberto Gualtieri) (Abstimmung)	46
8.4. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Annemie Turtelboom (A8-0027/2018 - Indrek Tarand) (Abstimmung)	46

Inhalt	Seite
8.5. Ernennung eines Mitglieds des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (A8-0030/2018 - Roberto Gualtieri) (Abstimmung)	46
8.6. Einsetzung eines Sonderausschusses zu Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (TAX 3) (B8-0125/2018) (Abstimmung)	46
8.7. Begriffsbestimmung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen sowie Schutz geographischer Angaben für Spirituosen (A8-0021/2018 - Pilar Ayuso) (Abstimmung)	46
8.8. Verpflichtender automatischer Informationsaustausch im Bereich der Besteuerung (A8-0016/2018 - Emmanuel Maurel) (Abstimmung)	46
8.9. Einwand gemäß Artikel 106 der Geschäftsordnung: Zulassung von gentechnisch verändertem Mais der Sorte 59122 (DAS-59122-7) (B8-0122/2018) (Abstimmung)	46
8.10. Einwand gemäß Artikel 106 der Geschäftsordnung: Zulassung von genetisch verändertem Mais der Sorte MON 87427 × MON 89034 × NK603 und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei der Sorten MON 87427, MON 89034 und NK603 kombiniert werden (B8-0124/2018) (Abstimmung)	46
8.11. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2017/006 ES/Galicia apparel (A8-0033/2018 - Esteban González Pons) (Abstimmung) ...	46
8.12. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2017/007 SE/Ericsson (A8-0032/2018 - Urmas Paet) (Abstimmung)	47
8.13. Beschluss der Kommission, im Hinblick auf die Lage in Polen das Verfahren gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV einzuleiten (B8-0119/2018, B8-0120/2018, B8-0121/2018) (Abstimmung)	47
8.14. Lage der Grundrechte in der EU 2016 (A8-0025/2018 - Frank Engel) (Abstimmung)	47
8.15. Perspektiven und Herausforderungen für den Bienenzuchtsektor in der EU (A8-0014/2018 - Norbert Erdős) (Abstimmung)	47
8.16. Bankenunion – Jahresbericht 2017 (A8-0019/2018 - Sander Loones) (Abstimmung)	47
8.17. Trockenlegung der Einnahmequellen von Dschihadisten – gezielte Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung (A8-0035/2018 - Javier Nart) (Abstimmung)	47
8.18. Prioritäten der EU für die 62. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (A8-0022/2018 - Izaskun Bilbao Barandica, Ángela Vallina) (Abstimmung)	47
9. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll	47
10. Stimmerklärungen	47
10.1. Begriffsbestimmung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen sowie Schutz geographischer Angaben für Spirituosen (A8-0021/2018 - Pilar Ayuso)	47
10.2. Verpflichtender automatischer Informationsaustausch im Bereich der Besteuerung (A8-0016/2018 - Emmanuel Maurel)	49
10.3. Beschluss der Kommission, im Hinblick auf die Lage in Polen das Verfahren gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV einzuleiten (B8-0119/2018, B8-0120/2018, B8-0121/2018)	50
10.4. Lage der Grundrechte in der EU 2016 (A8-0025/2018 - Frank Engel)	52
10.5. Perspektiven und Herausforderungen für den Bienenzuchtsektor in der EU (A8-0014/2018 - Norbert Erdős)	54

Inhalt	Seite
11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	56
12. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	56
13. Mittelübertragungen: siehe Protokoll	56
14. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	56
15. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	57
16. Schluss der Sitzung	57
17. Unterbrechung der Sitzungsperiode	57

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 1. MÄRZ 2018

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

1. Eröffnung der Sitzung

(Posiedzenie zostało otwarte o godz. 8.30)

2. Bankenunion – Jahresbericht 2017 (Aussprache)

Przewodniczący. – Pierwszym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Sandera Loonesa w imieniu Komisji Gospodarczej i Monetarnej w sprawie unii bankowej – sprawozdanie roczne za rok 2017 (2017/2072(INI)) (A8-0019/2018).

Sander Loones, Rapporteur. – Dank u wel, mijnheer de Voorzitter. Het is vroeg in de ochtend. Ik ben een goede slaper, op dat vlak heb ik geluk. Ik slaap redelijk gemakkelijk, maar er zijn mensen die minder goed slapen, die zich zorgen maken 's nachts omdat ze zich onzeker voelen, onder andere over hun toekomst, en die zich afvragen of hun spaargeld veilig is. Het is onze taak om die zorgen serieus te nemen, om die aan te pakken, en om die, waar nodig, ook te remediëren.

Mensen zijn immers nog niet vergeten welke diepe wonden de eurocrisis heeft geslagen, hoe hun spaargeld in gevaar is gekomen. We hebben toen allemaal gezegd: dit mag nooit meer gebeuren. Dat is de vraag die we vandaag behandelen in dit verslag. Hebben wij woord gehouden? Zal dit nooit meer gebeuren? Hebben wij regels uitgewerkt die ons bankensysteem robuuster hebben gemaakt, steviger hebben gemaakt wanneer banken failliet gaan?

Laten we beginnen met het eerlijke antwoord: ja, dat hebben wij gedaan. Het systeem is steviger en robuuster geworden, omdat we bij en na die financiële crisis ook de eerlijke en juiste analyse hebben gemaakt die luidde dat er te weinig regels waren, waardoor bankiers te grote risico's konden opbouwen. Dat hebben we aangepakt. We hebben meer regels op tafel gelegd en ingevoerd.

Ten tweede hebben we ook de logica omgedraaid. Vroeger was het zo dat grote aandeelhouders, grote obligatiehouders van banken, met de winsten gingen lopen wanneer het goed ging, maar de verliezen doorschoven naar de belastingbetaler wanneer het fout ging. Die logica hebben wij omgekeerd.

Wat dit verslag bijzonder maakt, is dat wij niet alleen de regels gezien hebben, maar dat we ook de toepassing van de regels gezien hebben, voor de eerste keer in de Europese Unie en een aantal verschillende landen, met wisselend succes. We hebben dit weekend nog gezien wat er in Letland is gebeurd, maar vorig jaar hebben we vooral de cases gezien in Spanje en Italië, waar de geest van de regels in het ene geval al wat meer is gerespecteerd dan in het andere geval. Ik denk dat we bijvoorbeeld in Italië een wat creatievere interpretatie gezien hebben van de bankenregels. Ik denk dat net dát, collega's, de Europese ziekte is. We hebben eigenlijk betere regels, maar we passen ze niet altijd toe. We zorgen ervoor dat er extra maatregelen worden genomen, maar als er achterpoortjes zijn, dan zijn die toch niet helemaal gesloten.

Ik denk dat we daarmee zouden moeten starten, met eens eindelijk te doen wat we hebben afgesproken. Dat we de regels die op tafel liggen ook effectief zouden toepassen. Maar neen, dan zie je dat hier in het Europese debat zowat het idee circuleert dat je problemen per definitie het makkelijkst oplost door ze te gaan solidariseren, door ze te gaan spreiden. Ik ben papa van drie jonge kindjes. Wanneer onze dochter Suzanne iets fout doet, dan spreek ik haar daarop aan, en dan moet zij daarvoor boeten. Wanneer ik mijn kindjes niet op z'n Vlaams zou opvoeden maar op z'n Europees, dan zou ik niet alleen haar moeten aanspreken, maar ook haar broertjes, Tuur en Cas, terwijl die eigenlijk niets verkeerd hebben gedaan.

Dat is zo'n beetje de logica die je ook ziet in het bankensysteem, dat we solidair moeten zijn, dat lidstaten die niets fout hebben gedaan per definitie toch gevraagd worden om solidair te zijn met lidstaten die wel in de fout gaan. Ik denk dat dat niet juist is. Ik denk dat we eerst moeten vragen dat die lidstaten verantwoordelijkheid opnemen om de rekeningen op orde te zetten vooraleer we zaken gaan solidariseren.

Dat is ook de reden waarom ik in alle eerlijkheid soms wat nerveus word wanneer ik dossiers zie die op de Europese tafel liggen, bijvoorbeeld het Europese deposito- en garantiefonds. Vandaag zijn er nationale fondsen die bevoegd zijn om een regeling te treffen wanneer het spaargeld van mensen tot 100 000 euro in gevaar zou kunnen komen. Europa, de Europese Commissie in het bijzonder, zegt nu dat die nationale potjes te klein zijn, dat we ze zouden moeten vervangen door één grote Europese pot, waardoor banken en spaarders hier in Noord-Europa garant zouden komen te staan voor spaarders in Zuid-Europa. Ik denk dat we hiermee toch moeten oppassen. Ik vind het een goed systeem als wij risico's solidariseren, maar wel op voorwaarde dat de lidstaten eerst zelf hun risico's inperken. Op dat vlak is er toch best nog wel wat werk te doen, in Zuid-Europa in het bijzonder.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to thank Mr Loones for his annual report on the Banking Union. It has provided us with an excellent account of how much has so far been achieved since the last financial crisis and of what remains to be done in the future.

As you know, the completion of the Banking Union is one of the Commission's highest priorities and we very much welcome the attention and engagement Parliament shows in its annual report for 2017. Major steps have been taken towards Banking Union and results have been achieved since the same debate took place last year, but we agree that we are not done yet.

First, regarding the banking sector, good progress has been made in the negotiations on the November 2016 banking package, which will strengthen the prudential framework and increase banks' ability to absorb losses in times of crisis – without the help of taxpayers' money. EU banks are significantly stronger than they were before the crisis, thanks to their own efforts to adjust their business models and also thanks to the regulatory reforms we introduced and to better supervision. However, non-performing-loan ratios remain high in some Member States. To address this, the Commission – as announced in the First Progress Report on the Reduction of Non-Performing Loans in Europe, in January 2018 – will adopt a comprehensive package tackling non-performing loans this spring.

The package will focus on requiring banks to put aside sufficient means to cover losses if new loans become non-performing; tackling delays in debt recovery; opening up secondary markets; and, lastly, clarifying with a blueprint how EU countries can set up national asset-management companies if they so decide.

Bank exposure to sovereigns is another area where the Commission shares Parliament's view: this problem has multiple implications, including the financial stability and international dimension.

Regarding financial technology (fintech), the Commission fully agrees with the need to ensure a level playing field for all market participants, based on the 'same activity, same rule' principle. In line with Parliament's call, the Commission will adopt on 7 March a communication on fintech, in the form of an Action Plan, which will also include a number of initiatives to strengthen the cyber resilience of the EU financial sector.

Coming to my second point, on the institutional setting of Banking Union, this is an area where more needs to be done. Recent experience will help to improve further the practical application of the rules, as well as coordination among the Commission, the Single Resolution Board, the Single Supervisory Mechanism and the European Banking Authority.

Overall, the two pillars of Banking Union (supervision and resolution) are working well and, as numbers demonstrate, have helped further to reduce risks in the banking sector. But for Banking Union to deliver its full potential it must be complete. For this reason, the Commission welcomes the report's call to complete the Banking Union with common deposit insurance arrangements, and we are committed to working with Parliament and the Council to advance rapidly on the European Deposit Insurance Scheme. Quick progress is also needed to build up a readily available common backstop for a single resolution fund, in order to increase its credibility.

These are just some of the areas highlighted in your report, and we are looking forward to pursuing work in these areas with you.

Danuta Maria Hübner, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, dear colleagues, I think it is very good that the Banking Union Report has been successfully established as one of the routine exercises of the European Parliament. This time around, on many issues related to the functioning of the Banking Union, we have had the opportunity to express ourselves for the first time. I am thinking here of the actions undertaken by the European Institutions to fight non-performing loans or the recent bank resolution cases.

But this year we also have a chance to move forward on legislation. We have received from the Commission a proposal for a fiscal backstop for the Single Resolution Fund. We have also the Commission communication on the Banking Union that, among others, intends to relaunch the discussion on the European Deposit Insurance Scheme (EDIS), the missing pillar of the Banking Union, and to test a new approach to the design of the system. And of course, the Banking Package is still under discussion. But this is also the moment for those Member States that do not share a common currency yet to consider joining the Banking Union as soon as possible. It is a shock-absorption mechanism and also comes with governance arrangements that help deal with home host issues. The benefits of belonging to such a system would be particularly pronounced in Central Europe, where Member States are host countries, hosting a huge number of branches and subsidiaries of institutions that actually come from the Banking Union area. Also, at a time of questions on the future of the Union and the risks of increased fragmentation, a broad membership of the Banking Union would be a way of containing supervisory divergence and fragmentation and of involving all Member States in a common project that fosters resilience and financial stability.

Mady Delvaux, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, je voudrais féliciter Sander Loones et le remercier et saluer les rapporteurs fictifs pour leur bonne coopération. Il est incontestable que des progrès ont été accomplis: le système bancaire européen est plus robuste qu'il ne l'était, mais il serait illusoire de penser qu'il est à l'abri d'une prochaine crise tant que l'union bancaire n'est pas complète.

Le troisième pilier, pourtant indispensable, n'est pas en place. La première application du régime de résolution soulève bien des interrogations. Il sera nécessaire de faire toute la transparence et de tirer les conclusions pour l'améliorer. Et je ne parle pas de la sous-capitalisation de certaines banques, des créances douteuses, de la dette souveraine, du partage de risques insuffisant et de la nécessité d'une meilleure coordination entre autorités, sans oublier les défis que constituent les cyberattaques, qui exigent une attention accrue et des investissements importants dans la sécurité.

Bernd Lucke, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch mein Dank gilt dem Berichterstatter für einen wirklich vorzüglichen Bericht zur Bankenunion, der, glaube ich, in diesem Hause zum Teil falsch gelesen wird – jedenfalls was EDIS betrifft. Er hat eine ganz andere Sprache als frühere Berichte zur Bankenunion. Es wird eben nicht EDIS gefordert, Herr Kommissar, wie Sie es gerade falsch gesagt haben, sondern es wird ganz klar gemacht, dass die Bankenunion in ihren bestehenden beiden Säulen wichtige Aufgaben erfüllt, dass wir aber gleichzeitig im Bereich der Einlagensicherung durchaus Mechanismen haben, die bereits sehr vernünftig gestaltet sind, in dem Sinne nämlich, dass wir die Einlagensicherungsrichtlinie haben, die es ermöglicht, dass nationale Einlagensicherungssysteme in Krisen Kredite an bedrängte andere Einlagensicherungssysteme geben, aber sie nicht dazu verpflichtet. Mit diesem Design ist die Bankenunion komplett.

Es ist völlig falsch, ständig zu behaupten, dass wir sie noch komplettieren müssten. Es ist geradezu gefährlich, wenn wir nationale Einlagensicherungssysteme dazu verpflichten würden, in Krisensituationen einen Ressourcenabfluss hinzunehmen, weil gerade das in den helfenden Einlagensicherungssystemen zu einem *bank run* führen könnte, zu einem Vertrauensverlust führen könnte, der die Sparer dazu bewegt, ihre Einlagen abzuziehen. Das Einlagensicherungssystem EDIS, könnte also zusätzliche Risiken erzeugen, und deshalb ist es ein falscher Schritt, in diese Richtung weiter voranzuschreiten.

Thierry Cornillet, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, Monsieur le rapporteur, Monsieur le Vice-Président, l'union bancaire est une jeune mais une très bonne invention. Il est utile d'en rappeler les objectifs fondamentaux: garantir la solidité des banques et leur capacité à résister à des crises futures, éviter le recours à l'argent du contribuable lorsque ces banques sont en difficulté, harmoniser les règles et, dernier objectif mais non des moindres, renforcer la stabilité financière de la zone euro et, par voie de conséquence, celle de l'Union européenne.

La mise en place du mécanisme de surveillance unique et du mécanisme de résolution unique est récente, elle est donc perfectible. Il y a notamment des marges de progression en matière de transparence, de prévisibilité ou de lisibilité des décisions.

Le troisième pilier de cette union bancaire, c'est le système européen d'assurance des dépôts. Le travail sur celui-ci est nécessaire, même s'il faut prendre le temps d'y réfléchir. Il est utile d'arriver à un système qui incite les banques à la vertu – le rapporteur l'a rappelé tout à l'heure – et garantisse la stabilité du système au bénéfice de tous.

Je rappelle aussi que l'union bancaire est ouverte même à ceux qui n'ont pas encore l'euro comme monnaie. Certains membres qui ne font pas encore partie de la zone euro hésitent, je n'hésite pas à leur dire: venez, vous êtes les bienvenus pour participer activement au renforcement de la stabilité financière et donc, par voie de conséquence, de la stabilité de l'Union européenne toute entière.

Ernest Urtasun, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the 'too big to fail' problem of the European banks remains unchanged. Our banking system has not changed as much as the crisis showed it was needed. On the contrary, we are in a period of regulatory rollback at international and EU level, lowering standards in financial regulation. In this context, the Greens strongly support decisive steps towards risk reduction that should go hand-in-hand with risk-sharing, and we see with concern that this is actually not happening. 2017 was the year when we saw obstacles to resolvability of the Venetian banks and the first resolution under the EU framework, the popular case which shows that further transparency is clearly needed.

We would like to thank Mr Loones for the good work, because the Annual Report on the Banking Union addresses some of our concerns: concerns with resolvability and with mis-selling; good wording on EDIS, which we believe are very important; concerns that our Group has traditionally had with shadow banking, for instance. We believe that this is a good report and we would like to thank the shadow rapporteurs for their cooperation and we will vote in favour.

Marco Valli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ci tenevo anch'io a ringraziare il relatore Loones perché ha fatto un discreto lavoro. Per noi, purtroppo, rimangono dei punti molto difficili da accettare, in generale sull'unione bancaria, a partire dal primo pilastro sulla vigilanza: ci sono evidenti lacune di vigilanza da parte del sistema di supervisione bancaria e la Commissione dovrebbe porvi rimedio. Parlo degli *asset* di secondo e terzo livello, i derivati, che sono un mercato pari a quasi 12 volte gli NPL – si parla di 6 800 miliardi, arriviamo a 453 miliardi di nozionali.

La Commissione secondo me dovrebbe fare un esame di coscienza e capire se il problema sono solo gli NPL, e quindi il credito, e non invece aggredire anche quello che è un problema sistemico, ovvero quello legato al mercato degli *asset level 2 and level 3*, perché lì sono gli interessi delle grandi banche d'affari e c'è il vero rischio sistemico.

Per quanto riguarda il secondo pilastro, la risoluzione, abbiamo visto che il *bail in* porta i risparmiatori e la fiducia nel sistema finanziario a essere poco credibili. Quindi bisognerebbe creare anche un sistema di garanzia di tutti i depositi, in modo tale che i risparmiatori siano e si sentano veramente tutelati, cosa che l'unione bancaria oggi non sta riuscendo a fare, e quindi c'è bisogno di questo. In più, bisogna smetterla di andare a parare sulle conseguenze delle crisi bancarie, ma andare a parare sulle cause. L'unico modo è applicare una vera e reale separazione bancaria riaprendo il progetto di BSR, ovvero *banking structural reform*, che si è appunto dimenticato e andrebbe invece ripreso.

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Vizepräsident der Kommission! Aufsicht und Abwicklung sind heute die zwei tragenden Säulen der Bankenunion. Der Berichterstatter hat das im Bericht sehr gut herausgearbeitet. Die dritte Säule – die Einlagensicherung – wird kontrovers diskutiert; wir haben das heute im Rahmen dieser Diskussion hier schon miterleben dürfen. Aber es gibt große Mitgliedstaaten, die durchaus der Meinung sind, dass ein systemischer Abbau hoher Risiken in den Bankbilanzen der EU-Institute zu erfolgen habe, bevor es zu einer gemeinsamen Einlagensicherung kommt – also Risikoreduzierung vor Risikoteilung. Ich würde mich dieser Forderung anschließen wollen.

Während eine Einigung bei der Einlagensicherung doch in weiter Ferne ist, sollte die Bankenaufsicht funktionieren. Wenn ich jetzt den Fall der drittgrößten lettischen Bank, der ABLV, anführe, die nach bestandenem Stresstest nach massiven Geldwäschevorwürfen vor dem Zusammenbruch steht und ein Fall für die Bankenabwicklung ist, so stärkt das das Vertrauen in die Aufsicht nicht. Auch dass dieser Fall nicht durch die Bankenaufsicht der EZB aufgedeckt wurde, sondern durch die amerikanischen Finanzbehörden, stärkt das Vertrauen nicht.

Die Bankenunion hat den Finanzsektor zweifellos sicherer gemacht. Das wird auch durch den letzten Fortschrittsbericht der Kommission über den NPL-Abbau deutlich. Der Kommissar hat es angeführt. Die Quoten sind noch unterschiedlich, aber vielleicht sollte man einen Vorschlag des Berichterstatters annehmen und den Stresstests der Bankenaufsicht konsistentere Maßnahmen folgen lassen, damit so ein Fall wie Lettland zukünftig nicht mehr passiert.

Miguel Viegas, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, durante o ano de 2017, mais uma vez, os contribuintes foram forçados a pagar o resgate da banca italiana, com uma entrada massiva de 17 mil milhões de dinheiros públicos. Este dinheiro retirado diretamente do bolso dos trabalhadores serviu para salvar dois bancos falidos e proteger os seus obrigacionistas.

Em Portugal, o dinheiro dos contribuintes continua a pagar as resoluções do BPN, do Banif e do Banco Espírito Santo. Assistimos, igualmente, a uma vaga de fusões e à criação de gigantescos grupos financeiros, todos eles controlados por grupos estrangeiros, ou seja, tudo ao contrário do que foi anunciado pela União Bancária, que foi criada para acabar com os bancos demasiado grandes para falir e acabar com o regabofe de fundos públicos para pagar as favas da especulação e da irresponsabilidade financeira.

Para o PCP, a União Bancária foi desenhada para reforçar o papel da finança e retirar aos Estados nacionais qualquer capacidade de intervir no sistema financeiro. Sabemos, hoje, que a supervisão é uma farsa e que a resolução não é credível. A nossa proposta é muito clara: só um controlo público da banca poderá colocar o sistema financeiro ao serviço da economia e do desenvolvimento.

Esther de Lange (PPE). – Dank u wel, mijnheer de Voorzitter. Ik zou allereerst in onze gedeelde taal Sander Loones als rapporteur willen bedanken voor zijn verslag.

I will turn to English as I have put away my prepared short intervention, and I would like to take up some words that we heard from the Commissioner, which are of course well appreciated. He mentioned that the two pillars of the Banking Union are working well – and they are, but not fully. I do think that the situation that has come to light, for example in Latvia – brought to our attention by the US rather than European supervision – shows that there are also still some blind spots in the first and second pillars. I am not mentioning this to be difficult; I am mentioning this because I know it makes the work on the third pillar more difficult. You have heard from colleagues how controversial the European Deposit Insurance Scheme (EDIS) proposal is. There is a will to progress, I think, among many in this House, and I welcome in that regard the Commission Communication that we saw at the end of last year, and also the words of the Commission on the initiatives that we can expect on non-performing loans (NPLs) and exposure to sovereigns. I think these are key, especially if at some point we want to move EDIS beyond liquidity support only. But I believe that progress, especially in these two fields, needs to be measurable, proven and concrete, not only on the flow, but also on the stocks, of NPLs. So there is quite a lot of work ahead of us. The spirit is positive and I thank the Commission for that, but it will, I am afraid, take time.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Paul Rübig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Meine Frage geht in die Richtung der Risikoreduzierung. Wir wissen ja, dass es bei großen Ausfällen bis jetzt üblich ist, dass der Staat einpringt. Bei kleinen Betrieben wird eigentlich relativ schnell und sofort exekutiert.

Glauben Sie, dass die Risikoreduzierung vor allem auch die kleinen und mittleren Betriebe unterstützen sollte, damit sie in der Liquidität bessere Möglichkeiten haben, dementsprechend ihre Geschäftsmodelle durchzuführen?

Esther de Lange (PPE), *blue-card answer*. – It is always a pleasure to get a blue card from your own Group. Without going into the detail of the EDIS proposal and the implications for certain Member States and smaller banks, what is clear is that the resolution cases that we have seen taking place in Europe have not all followed the ideal model that we foresaw when we put the legislation into place. That just proves my point that there are still some blind spots in the way that the legislation was meant to be. But I can reassure, in some regards, the colleague from Austria that we are, of course – also in working on the EDIS proposal – aware that the legislation that we make should suit big banks, but also the smaller ones and the particular cases that we have seen in the case of *Einlagensicherung* in Germany and in Austria.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, l'union bancaire est le parapluie du concept de réduction des risques, de partage des risques. J'ai parfois l'impression que, dans la balance, on déséquilibre les choses et qu'on oublie d'évaluer l'ensemble des efforts qui ont déjà été faits en matière de réduction des risques, y compris dans la façon dont l'Union européenne va intégrer les nouveaux concepts internationaux pour lui permettre de respecter ses engagements, s'agissant de l'absorption des pertes – le fameux TLAC – ou encore d'abaisser la valeur domestique des prêts non performants (NPL), sur lesquels nous attendons de nouvelles propositions.

Mais ce rapport annuel, aujourd'hui, est un point de rendez-vous qui nous permet peut-être d'identifier trois domaines dans lesquels davantage doit être fait.

D'abord, on l'a dit ici, les piliers manquants. Au fond, j'en identifie deux, bien sûr, et dix sur lesquels aucune proposition valable ne pourra être faite si on n'avance pas en parallèle sur la question de la liquidité et sur la question de l'absorption des pertes.

Mais il y a aussi ce fameux «dispositif de soutien budgétaire» sur lequel des progrès pourraient être faits avec la transformation du Mécanisme européen de stabilité, mais nous vous invitons à être vigilants pour que cela se fasse selon la méthode communautaire, bien évidemment.

Et puis, il y a la question du lien entre les souverains bancaires et les États. Nous pensons que l'union bancaire doit nous permettre de faire jouer ces fameuses dérogations qui permettent de se servir des bénéfices acquis du fait de l'existence de l'union bancaire.

Enfin, un troisième chantier s'ouvre à nous à la suite du cas letton et de la chute de la banque ABLV, qui nous indiquent à quel point on ne pourra pas avoir une union bancaire sûre et stable si on ne regarde pas la dimension fiscale et notamment l'impact de la lutte contre le blanchiment d'argent sur la stabilité et le caractère systémique des banques.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben nach Jahren der Finanzmarktreform eine absurde Situation. Einige Großbanken sind nach wie vor mit Verschuldungsquoten von lediglich 4 % an ihrer Bilanzsumme im Markt unterwegs, während auf der anderen Seite – ich habe mir das in meinem Wahlkreis mehrfach angeschaut – kleinere Institute, die mit einer Verschuldungsquote von 8-10 % bestens dastehen, überschüttet werden mit Meldeanforderungen der Zentralbank, national wie europäisch, der Aufseher, national wie europäisch, der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde und auch noch der nationalen Statistikbehörden.

Diese Meldeanforderungen sind im Verhältnis zum Ziel der Finanzmarktstabilität völlig disproportional. Deshalb ist es richtig, dass wir hier fordern, dass es ein einheitliches europäisches Meldewesen gibt, das dafür sorgt, dass auch kleinere Finanzmarktakteure nach den Finanzmarktreformen überleben können.

Ich bitte Sie, Herr Kommissar, helfen Sie uns in der aktuellen Gesetzgebung, ein solches umfangreiches europäisches einheitliches Meldewesen auf den Weg zu bringen, damit der bürokratische Aufwand sinkt und wir gleichzeitig die Ziele der Finanzmarktstabilität erreichen.

Jörg Meuthen (EFDD). – Herr Präsident, verehrte Kollegen! Wir reden heute über die Bankenunion. Die deutsche Bundesregierung hat im Jahr 2012 eine Bankenaufsicht durch die EZB gefordert; das hielt man damals für einen cleveren Schachzug. Heute muss man sagen, dass die Bundesregierung auf ganzer Linie gescheitert ist. Die Bankenunion wird zunehmend zur Transferunion.

Der Bericht fordert eine Letztsicherung der Bankenabwicklung durch den Fiskus. Er behauptet frech, dass dies einen Rückgriff auf Staatsgelder vermeide. Meine Damen und Herren, Sie müssen mir erklären, wie man etwas fiskalisch absichern kann, ohne den Fiskus zu belasten.

Der Bericht fordert auch, den ESM in einen europäischen Währungsfonds zu verwandeln, der diese fiskalische Absicherung übernimmt. Meine Damen und Herren, ich lade Sie ein, meinem Änderungsantrag zuzustimmen und dies abzulehnen. Es ist Zeit, Farbe zu bekennen – gegen Bankenrettung auf Steuerzahlerkosten, gegen eine europäische Einlagenversicherung und gegen den Ausbau der Bankenunion zur Transferunion.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Domnule președinte, uniunea bancară este domeniul în care am progresat destul de mult și Comisia Europeană merită felicitări pentru persistență în acest domeniu. Sunt sigur că vom găsi o soluție rațională și pentru garantarea depozitelor bancare ale oamenilor.

Ceea ce este însă îngrijorător este modul în care se aplică reglementările bancare de către unele bănci europene. Este deranjant să aflăm din Statele Unite ale Americii despre cazuri de spălare a banilor prin bănci europene și să nu aflăm acest lucru din sistemul bancar al Uniunii Europene, pe care l-am creat. Să nu uităm că un miliard de dolari a dispărut din Republica Moldova prin bănci europene, fără ca noi, aici, în Uniunea Europeană, să acordăm atenție și să clarificăm și asemenea cazuri.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für diesen Bericht, der uns zeigt, dass wir in der Bankenunion viele Schritte nach vorne gemacht haben, aber gleichzeitig auch noch nicht fertig sind. Wir haben die erste Säule der gemeinsamen Aufsicht geschaffen, müssen aber Größe und Komplexität der Institute künftig angemessener berücksichtigen. Wir haben den Bestand an faulen Krediten seit Mitte 2014 um ein Drittel reduziert, aber wir müssen weitere Maßnahmen ergreifen, da der Bestand mit 950 Milliarden Euro noch immer über dem Vorkrisenniveau liegt. Wir haben die zweite Säule der gemeinsamen Abwicklung geschaffen, aber wir müssen bestehende Inkonsistenzen zwischen staatlichen Beihilferegeln und EU-Recht beseitigen. Wir haben die Abwicklungsregeln das erste Mal angewendet, aber wir müssen die Beschlussfassung darüber, ob eine Bank ausfällt oder wahrscheinlich ausfallen wird, verbessern. Und wir haben den Einlagenschutz in Europa gestärkt. Aber wir haben die Arbeiten an der dritten Säule, einer gemeinsamen Absicherung, noch nicht abgeschlossen.

Ich erwarte mir vom Rat, dass Sie EDIS jetzt in Gang setzen, dass Sie den Zeitplan für Risikoreduzierung und Risikoteilung klar festlegen. Es geht nicht mehr um das Ob, es geht nur mehr um das Wie. Bauen wir das Haus der Bankenunion in dieser Legislaturperiode fertig!

Zgłoszenia z sali

Thomas Mann (PPE). – Herr Präsident! Durch die Europäische Bankenunion wurden der institutionelle und der regulatorische Rahmen seit der Wirtschaftskrise wesentlich gestärkt. Die Eigenkapitalquoten und die Liquiditätsquoten der Banken im Euro-Raum haben sich eindeutig verbessert. Aber in einigen Mitgliedstaaten ist der Anteil an Problemkrediten viel zu hoch. Die Risiken innerhalb bestimmter nationaler Bankensysteme werden nur unzureichend angegangen. Dabei tragen die Mitgliedstaaten und die Banken selbst die primäre Verantwortung für den Abbau von faulen Krediten.

Bei allen aufsichtsrechtlichen Anforderungen dürfen die Kosten der Banken nicht über die Maßen wachsen, mit erheblichen Auswirkungen auf die Finanzierungsmodelle für kleine und mittelständische Unternehmen. Der Grundsatz der Proportionalität muss erhalten bleiben. Allerdings sind Erleichterungen für Banken mit einfachen Geschäftsmodellen notwendig. Die Vielfalt unserer europäischen Banken ist nach wie vor eine stabile Basis für die Konkurrenzfähigkeit unserer Finanzsysteme im globalen Maßstab.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, raportul este binevenit. Vreau să-l felicit pe raportor și vreau să mă refer la un lucru pe care l-a spus raportorul. Sigur, criza financiară se resimte și acum. Să ne punem întrebarea dacă băncile își asumă riscuri prea mari sau riscuri prea mici. Dar vorba raportorul și de câștiguri mari în sistemul bancar și de bonusuri și de tot felul de premii. Băncile nu își asumă riscuri pentru IMM-uri. IMM-urile încă nu pot să ia credite și sunt decapitalizate. Din păcate, băncile își asumă riscuri dând asemenea venituri angajaților, peste medie, în sistemul bancar fiind câștigurile cele mai mari.

Eu cred că trebuie, domnule comisar, (sigur, s-au făcut progrese), să se întâmple ceea ce ați spus. Nu este suficient să avem aici reglementări, este foarte important să se și aplice. Cum garantăm depozitele? Există un mare decalaj în unele bănci între cât costă un credit și cât se dă dobândă la un depozit. Și nu sunt garantate, într-adevăr, pentru cetățeni. Noi trebuie să protejăm, și eu, în calitate de membră a comisiei IMCO, mă gândesc cum protejăm consumatorii, IMM-urile, cum protejăm cetățenii. Deci aici trebuie să progresăm, pentru că altfel batem pasul pe loc.

Przewodniczący. – Serdeczna prośba o przestrzeganie režimu czasowego. Musimy rozpatrzyć cztery projekty i o godz. 11.30 przystąpić do głosowań.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, λόγω της οικονομικής κρίσης, τρισεκατομμύρια EUR Δημοσίου χρήματος διατέθηκαν για τη διάσωση των τραπεζών, επιβαρύνοντας το δημόσιο χρέος των κρατών κι όλα αυτά τη στιγμή που τα κεφάλαια που διατέθηκαν για την αντιμετώπιση της ανεργίας ήταν ελάχιστα. Στην Ελλάδα έγιναν τρεις ανακεφαλαιοποιήσεις τραπεζών που αύξησαν το δημόσιο χρέος και κοινωνικοποίησαν τις ζημιές των τραπεζών, μια και διέσωσαν τους μετόχους των τραπεζών, πολλοί από τους οποίους ήταν ξένοι μέτοχοι. Μάλιστα, με το τρίτο μνημόνιο πωλήθηκαν ξανά οι τράπεζες σε ιδιώτες, αντί πινακίου φακής, με αποτέλεσμα το δημόσιο να ζημιωθεί τουλάχιστον 30 δισεκατομμύρια EUR και, σαν να μην έφτανε αυτό, οι τράπεζες που διασώθηκαν επιτίθενται πλέον κατά των ιδίων των καταθετών, κατά των ιδίων των πολιτών, οι οποίοι τις διέσωσαν, οι οποίοι δυστυχώς έχουν κόκκινα δάνεια και ενεργοποιούν πλέον ηλεκτρονικούς πλειστηριασμούς στην Ελλάδα, με αποτέλεσμα τα κοράκια να αρπάζουν τα σπίτια των Ελλήνων. Είναι απαράδεκτο. Δεν πρέπει να συνεχιστεί αυτή η κατάσταση. Ο ελληνικός λαός δεν θα επιτρέψει να αρπάζουν τα κοράκια τα σπίτια των Ελλήνων.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, χωρίς το ευρωπαϊκό σύστημα εγγύησης καταθέσεων, χωρίς τον τρίτο πυλώνα, δεν υπάρχει τραπεζική ενοποίηση. Δεν είναι θωρακισμένα η ευρωπαϊκή οικονομία και το ευρωπαϊκό σύστημα απέναντι σε μία μελλοντική κρίση. Στο θέμα αυτό, η ολοκλήρωση του τρίτου πυλώνα, που είναι θετικός για τους πολίτες, την ευρωπαϊκή προοπτική, τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις, καθυστερεί επικίνδυνα γιατί υπάρχουν ορισμένα κράτη μέλη μέσα στο Συμβούλιο, η Ολλανδία, η Γερμανία, μια μικρή μειοψηφία, αλλά πολύ ισχυρή, που ουσιαστικά βάζει βέτο. Γιατί και μέσα στο Ευρωκοινοβούλιο, υπάρχουν ενστάσεις και αντιρρήσεις από την δεξιά και την άκρα δεξιά πλευρά του πολιτικού φάσματος. Αλλά πρέπει να προχωρήσουμε διότι αυτό είναι το συμφέρον των πολιτών. Έχουν γίνει σημαντικά βήματα στη μείωση του ρίσκου. Πρέπει να γίνουν βήματα και στην αμοιβαιοποίηση του ρίσκου. Η ευρωπαϊκή ενοποίηση δεν μπορεί να είναι «αλά καρτ», πρέπει να προχωρήσει και στο ευρωπαϊκό σύστημα εγγύησης καταθέσεων.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε πρόεδρε, οι τελευταίες αποφάσεις του Eurogroup με την υπογραφή της κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ είναι σαφείς: 11 000 πλειστηριασμοί μόνο για φέτος στην Ελλάδα. Τραπεζική Ένωση δηλαδή σημαίνει περαιτέρω κεφαλαιακή ενίσχυση των τραπεζών, το οποίο στην Ελλάδα σημαίνει τρία μνημόνια, απολύσεις και δραματικές μείωσεις μισθών και συντάξεων δίχως τέλος, ακόμη και μετά την τυπική λήξη του μνημονίου, τώρα πια και με απώλεια της λαϊκής στέγης και της πρώτης κατοικίας, με σκοπό την ανάκτηση τραπεζικών κεφαλαίων, με χιλιάδες ηλεκτρονικούς πλειστηριασμούς και με πωλήσεις δανείων στα κοράκια των Funds με ένα και μοναδικό σκοπό: να χρηματοδοτηθούν οι βιώσιμες (βλέπε μεγάλες) επιχειρήσεις. Μια ακόμα τεράστια κλοπή λαϊκής περιουσίας για το κεφάλαιο. Είναι τόσο πιεστική αυτή η ανάγκη του συστήματος που η λαϊκή αντίσταση στους πλειστηριασμούς τιμωρείται σαν ιδιωνύμιο έγκλημα, χτυπιέται με δακρυγόνα και με MAT, όπως χδες στην Αθήνα. Η Ελληνική Κυβέρνηση και η Ευρωπαϊκή Ένωση ως το πάρουν χαμπάρι: ο λαός δεν πρόκειται να κάνει πίσω. Χωρίς όρους προστασία της λαϊκής κατοικίας, όχι στους εκβιασμούς των τραπεζών και του κράτους!

Brian Hayes (PPE). – Mr President, congratulations to Mr Loones on his report. I have just three observations to make. Firstly, the last pillar of banking union needs to be done. I agree with Mr Karas that it is *how* it is done, and I fully back the approach of Esther de Lange when she spoke to the House about the necessity of having risk-sharing and risk reduction at the same time. This has to be done in a phased way. We have made progress, and it remains to be done in terms of the last issue.

My second remark is in relation to NPLs. It is really important that we resolve this issue, because without resolving this issue, we will stop lending to the real economy, to households, to SMEs, and the longer we put it off, the longer it takes for real growth and investment to occur in our economies. In my own country, we have a significant problem with NPLs in some of our banks, which have to be resolved. We also need a system which works within a code that the ECB have set, which is fair and equitable while at the same time recognising the necessity to resolve this issue. We do need more progress on insolvency laws across Europe, more judicial guidance, and we also need a code that is in place for all Member States of the eurozone.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, if you do not maintain order at home, then you should not be surprised if your house is managed by strangers. This fully applies to the European Banking Union. Two weeks ago, the US Financial Crimes Enforcement Network imposed sanctions on ABLV Bank, the third-largest bank in my country, Latvia, by prohibiting it from opening and maintaining a correspondent account in the United States. ABLV was under European Central Bank supervision. Neither the Latvian regulator nor the European Central Bank tried to check the accuracy of the charges. Moreover, after the bank had such difficulties, they helped to push back into the EDIS. The bank was forced to announce self-liquidation. Hundreds of Latvians lost their jobs. Dear colleagues, the authorities of another country can destroy large EU banks by a mere statement of suspicion. Such a situation is unacceptable. The European Union must protect its interests and the interests of European businesses. We need the European Union and European banking as a real thing.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα καταρχάς να δώσω τα συγχαρητήριά μου στην εισηγήτρια για την έκθεση. Θα επικεντρωθώ μόνο σε δύο σημεία. Στην έκθεση αυτή καταγράφεται το ζήτημα των μη εξυπηρετούμενων δανείων, το οποίο είναι κυρίως πρόβλημα των τραπεζών αλλά, όπως σημειώνεται στην έκθεση, είναι επίσης ζήτημα πολιτικών των κρατών μελών, αλλά και πολιτικών σε ευρωπαϊκό επίπεδο, ούτως ώστε να αποφύγουμε μια νέα υπερδιόγκωση αυτού του προβλήματος. Τώρα περνάω στο επόμενο ζήτημα που συζητάμε εδώ και καιρό, για την τραπεζική Ένωση. Συνάδελφοι, συμφωνήσαμε πριν πολλά χρόνια την τραπεζική Ένωση με τρεις πυλώνες. Εφαρμόσαμε τους δύο. Η χρονική σειρά εφαρμογής των πυλώνων είχε σκοπό να απαντηθούν εκείνες οι εύλογες ανησυχίες των κρατών μελών που έλεγαν ότι δεν πρέπει να έχουμε υπερβολική μεταφορά κινδύνων. Τώρα προβάλλονται τεχνικοί λόγοι για να μη εφαρμόσουμε την τραπεζική εγγύηση. Προς την Επιτροπή: κύριε Dombrovskis ποιοι είναι οι πραγματικοί λόγοι – και όχι οι τεχνικοί – που εμποδίζουν την εφαρμογή του τρίτου πυλώνα;

(Koniec zgłoszeń z sali)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, let me once again thank Mr Loones for his excellent report and for today's debate. The debate shows once again that we agree on the importance of the Banking Union in order to ensure a robust and stable financial system where banks are able to play their role of lending to the economy and helping to stimulate further economic growth.

To achieve this common goal, we should move from our current positions and make every effort to find solutions that could accommodate all interested stakeholders. As we have emphasised a number of times, we need to move with risk-sharing and risk-reduction hand-in-hand.

Several colleagues raised issues relating to the ABLV Bank, and I think it has exposed certain weakness in a banking union. In recent years we have substantially strengthened the EU's anti-money laundering (AML) framework, whereas the enforcement of this framework remains largely national. So there we must really see what we can do more at European level as regards AML enforcement.

As has been said several times, also by the Commission, we need to take advantage of this favourable economic moment to complete the Banking Union. This is the only way to ensure that the overall economic and monetary union is completed as well and is strong enough to cope with a future crisis. We count on your efforts and support to help move this regulatory agenda forwards.

Sander Loones, Rapporteur. – Dank u wel, mijnheer de Voorzitter. Dank u wel aan de collega's, vooral aan de schaduwrapporteurs, voor de fijne samenwerking en voor het interessante debat. Ik denk dat het interessant is dat zowat iedereen die we hier gehoord hebben, zegt: ja, er is veel werk gedaan, goed werk, maar er ligt ook nog werk op de plank. We hebben dus nog wat zaken te doen. In dat opzicht is dit ook een behoorlijk kritisch verslag geworden, met een aantal aanzetten tot de discussies van de toekomst. Als u mij persoonlijk zou vragen waarop nu de focus moet liggen, dan zie ik zelf vier punten.

Eén: ik denk dat wij onze staatssteunregels meer moeten aanscherpen. Dat hebben we geleerd uit de bankenreddingen in Italië. Twee: we moeten meer werken op het vlak van supervisie. Recent nog hebben we gezien – en er is ook herhaaldelijk naar verwezen in dit debat – wat er in Letland is gebeurd. Drie: we hebben nood aan meer transparantie. Ook op dat vlak ligt er nog bijzonder veel werk op de plank. En ten slotte vier, en dat is toch het belangrijkste: de regels moeten nog scherper worden en mogen niet worden afgezwakt.

In dat verband kijk ik toch met meer dan enige belangstelling naar wat bijvoorbeeld in Italië gebeurt. Daar staan er dit weekend verkiezingen op de agenda en zowat elke prominente Italiaanse politicus pleit voor een afzwakking van de bankenregels. Dat is niet de weg die wij moeten opgaan. De richting die wij moeten inslaan, is om eerst te kiezen voor verantwoordelijkheid en dan voor solidariteit. Ik hoor de commissaris ook spreken over *risk sharing* en *risk reduction*, risicodeling en risicobeperking. Dat is juist, maar het is tegelijk ook fout. Het zou andersom moeten zijn. In dit Parlement zouden wij eerst moeten praten over *risk reduction* en dan pas over *risk sharing*. Eerst praten over verantwoordelijkheid en dan over solidariteit.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w środę 1 marca 2018 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – O ano de 2017 viu repetir-se uma história conhecida: mais uma vez, os contribuintes foram forçados a pagar resgates de bancos privados. O resgate da banca italiana envolveu 17 mil milhões de euros de recursos públicos. Este dinheiro, retirado diretamente do bolso dos trabalhadores, serviu para salvar dois bancos falidos e proteger os seus obrigacionistas.

Em Portugal, o dinheiro dos contribuintes continua a pagar as resoluções do BPN, do Banif ou do BES. Mas a tão propagandeada União Bancária, servida aos povos adocicada com a falsa promessa do fim dos resgates feitos com dinheiro dos contribuintes, significa, na verdade, bem mais do que a continuação desses mesmos resgates. Assistimos igualmente a uma vaga de fusões e ao impulso para a concentração monopolista do sector financeiro à escala europeia, com a criação de gigantes grupos financeiros, todos eles controlados por grandes grupos, no caso de Portugal todos estrangeiros. Ou seja, tudo ao contrário do que foi anunciado com a União Bancária, supostamente criada para acabar com os bancos «demasiados grandes para falir» e acabar com o regabofe de fundos públicos para pagar as consequências da especulação e da irresponsabilidade financeira.

Só um controlo público da banca poderá colocar o sistema financeiro ao serviço da economia e do desenvolvimento.

Vladimír Maňka (S&D), písomne – Hlavnou úlohou bankovej únie, tvorenej jednotným mechanizmom dohľadu a jednotným mechanizmom riešenia krízových situácií, je zabezpečenie spoľahlivého a bezpečného bankového sektora v Európskej únii. Finančná stabilita v Únii ovplyvňuje celý ekonomický a hospodársky život a má dosah na každý subjekt. Podporujem posilnenie dohľadu nad bankovým sektorom tak, aby v prípade ohrozenia dokázala Únia včas reagovať a flexibilne prijať potrebné opatrenia. Rovnako pokladám za zásadné, aby bolo čo najskôr prijaté nariadenie o európskom fonde na ochranu vkladov, ktorý posilní finančnú stabilitu a zvýši dôveru obyvateľov vo finančný a bankový sektor.

Eva Maydell (PPE), in writing. – With all European economies performing considerably better, 2018 has been the first time since 2012 that we can focus on upgrading our economic structure – to equip the Banking Union and the euro area with all the necessary tools in case of a new crisis. It is now time for the economies of the countries of the community to be supported with adequate tools to increase their resilience to future shocks. We want banks to act responsibly and our responsibility as policymaker is to help them by completing the Banking Union. We must not get complacent and rely on good economic times lasting forever. Reaching an agreement on a common financial backstop for the SRF, adopting the financial instruments for reforms and meeting the conditions to set up a European deposit insurance scheme must be top priorities for the EU and finalised before the end of the legislative term of EC and EP. It

must be clear that the Banking Union is not an end in itself for the regulators. It is a condition to ensure that taxpayers money is not first in line to pay for banking shocks.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), kirjallinen. – Pankkiunionin vuosikertomuksessa käsitellään Euroopan talous- ja rahaliiton EMU:n loppuunsaattamista. Käytännössä kyse on talous- ja rahaliiton syventämisestä kohti suurempaa yhteisvastuuta pankkien veloista ja vastuista, mitä en voi kannattaa.

Yhteisvastuun laajentamiseen kuuluu myös koko euroalueen kattava talletussuojajärjestelmä. Pankkien ongelmien taso vaihtelee suuresti eri maiden välillä, eivätkä vuosikertomuksessa esitetyt keskimääräiset luvut kerro paljoakaan kokonaistilanteesta. Monissa maissa, kuten Italiassa, pankkisektorilla muhii valtavia riskejä.

Periaatteessa pankkiunionissa on siirrytty pankkien pelastamiseen omistajien rahoilla. Käytännössä vuonna 2017 esiin tulleet tapaukset kuitenkin osoittavat, ettei pankkien pelastamisesta veronmaksajien rahoilla ole päästy eroon. Ongelmaluotot tulee selvittää perusteellisesti ja pankkien taseet siivota, ennen kuin voidaan edes keskustella siirtymisestä yhteiseen talletussuojajärjestelmään. Ilman näitä toimenpiteitä puheet veronmaksajien rahojen suojelemisesta ovat tyhjiä lupauksia.

3. Verpflichtender automatischer Informationsaustausch im Bereich der Besteuerung (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Emmanuela Maurela w imieniu Komisji Gospodarczej i Monetarnej w sprawie wniosku dotyczącego dyrektywy Rady zmieniającej dyrektywę 2011/16/UE w zakresie obowiązkowej automatycznej wymiany informacji w dziedzinie opodatkowania w odniesieniu do raportowanych uzgodnień transgranicznych (COM(2017)0335 – C8-0195/2017 – 2017/0138(CNS)) (A8-0016/2018).

W tym momencie napotykamy na pewien proceduralny problem – nie ma pana komisarza Moscovici. Sprawdziłem, to nie my przyspieszyliśmy nasz harmonogram czasowy debaty, to raczej pan komisarz się lekko spóźnia. Czy będzie zgoda, żebyśmy rozpoczęli naszą debatę od wystąpienia pana posła sprawozdawcy z nadzieją, że komisarz przyjdzie?

Emmanuel Maurel, rapporteur. – Monsieur le Président, mes chers collègues, depuis les dernières élections européennes, nous sommes quelques-uns dans cet hémicycle à nous être consacrés à la lutte contre l'évasion fiscale. Il faut reconnaître que ce n'est pas facile, puisque, en quatre ans, nous avons vu quand même beaucoup de scandales, beaucoup de révélations et nous avons parfois le sentiment que notre travail, nos propositions, tout ce que nous essayons de faire avec la Commission ne nous permettent pas d'avancer très rapidement. Et c'est la vérité, malheureusement. Mais c'est aussi la raison pour laquelle, dès que nous avons des petites victoires, nous devons y puiser un peu de courage, un peu d'énergie et, avec ce texte, c'est une petite victoire – victoire certes modeste, mais une victoire quand même et il faut l'acter.

Une victoire d'abord sur la délinquance en col blanc, les fraudeurs, les planificateurs professionnels de la fuite des profits et ceux évidemment qui les aident, c'est-à-dire les intermédiaires. Il existe – vous le savez ici, chers collègues – une véritable industrie de l'optimisation fiscale, avec des sociétés discrètes, et nous demandons à ce qu'elles rendent des comptes sur les montages qu'elles conçoivent, qu'elles conseillent, qu'elles commercialisent. Avec cette réforme dite d'ACCIS, tous les montages qui ne rempliront ne serait-ce qu'un seul critère possible d'optimisation fiscale agressive devront être rapportés au fisc, sous peine de sanctions.

C'est aussi une victoire sur la concurrence navrante – la concurrence fiscale – que se livrent parfois hélas les États membres. Toutes les informations collectées seront obligatoirement et automatiquement échangées entre les États membres de l'Union européenne. Tout progrès dans ce domaine est bon à prendre, car nous le savons, les États se livrent à une affligeante course au moins-disant fiscal et ne s'échangent des informations utiles que s'ils y sont contraints et forcés. Eh bien contraints, ici, ils seront, et c'est tant mieux.

C'est enfin une petite victoire pour le Parlement européen, plus spécifiquement, car à travers le vote unanime de la commission des affaires économiques, qui a amélioré d'ailleurs de façon substantielle le texte, nous prouvons que notre institution est une de celle qui est le plus en pointe sur la question de l'évasion fiscale. Vous allez me dire que c'est normal, puisque que nous sommes peut-être l'institution qui prend le plus en compte le souverain, le peuple, l'opinion publique. Or, sur ce sujet, la société européenne est fatiguée des inégalités devant l'impôt et elle est aussi légitimement révoltée par tous ces scandales auxquels je faisais allusion. Les gens regardent de près ce qui se passe à Bruxelles sur cette question et c'est la raison pour laquelle nous sommes et nous devons toujours être au diapason des attentes populaires en la matière.

Enfin, c'est une victoire techniquement solide, puisque la directive ACCIS, telle qu'elle est soumise au vote aujourd'hui, est considérablement enrichie, et je remercie pour cela, évidemment, tous les rapporteurs fictifs et tous les élus qui ont participé à ce travail.

Nous avons d'abord l'obligation de notifier au fisc les montages fiscaux douteux, obligation qui concernera non seulement les conseillers fiscaux, mais aussi les auditeurs. Pour moi, c'est très important, parce que cela inclut les grandes firmes systématiquement impliquées dans les scandales fiscaux et que l'on désigne sous le nom de «Big Four».

Vous avez aussi la fuite des profits qui continue parfois à travers des montages anciens qui sont toujours fonctionnels, et nous avons obtenu, nous demandons, que tous les montages, même créés il y a plusieurs années, soient notifiés dès lors qu'ils sont encore en vigueur.

Enfin, et c'est très important, nous avons élargi les indices d'optimisation fiscale agressive pour que le radar – en quelque sorte, si j'ose m'exprimer ainsi – soit le plus complet possible.

Donc nous avançons, nous faisons des propositions, nous travaillons avec la Commission. Il reste beaucoup à faire, mais c'est une petite victoire, c'est un pas dans la bonne direction, qu'il faut saluer. Je remercie, encore une fois, les élus qui se sont penchés sur ce dossier, et en particulier les rapporteurs fictifs, et je vous invite à voter massivement – pour ne pas dire unanimement – ce texte qui va dans la bonne direction.

Tom Vandenkendelaere, namens de PPE-Fractie. – Dank u wel, mijnheer de Voorzitter. Goedemorgen, collega's. Lekken als de Panama en de Paradise papers houden de publieke verontwaardiging brandend. En dat is nodig, want met publieke druk kunnen we politieke actie teweegbrengen. Ik denk dat deze richtlijn daar een echt goed voorbeeld van is.

Voor de Paradise papers hebben getoond hoe groot het belang van de tussenpersonen bij belastingontwijking is. Het zijn die specialisten die de meest optimale fiscale achterpoorten als het ware verkopen aan hun klanten. Elk individu en elk bedrijf heeft in principe het recht om deze fiscale achterpoorten te gebruiken, maar de kern van het probleem ligt hem echter in het feit dat niet elk individu, niet elke onderneming daar de middelen toe heeft. Een kmo in West-Vlaanderen kan de diensten van zo'n gespecialiseerde consultant simpelweg niet betalen. Dit gaat verder dan concurrentie, dit is gewoon oneerlijk.

Dit verslag is daarom erg evenwichtig en dat vind ik belangrijk. Een goed voorbeeld daarvan is de meldingsplicht die we vragen voor nieuwe en oude constructies met een mogelijk geurtje. Maar tegelijk mag het ook geen klopjacht worden. De uitzondering om oude constructies die niet meer actief gebruikt worden buiten deze meldingsplicht te laten, vind ik daarom verdedigbaar.

In dit Parlement, collega's, hebben we een tijd geleden al de duidelijke keuze gemaakt voor meer fiscale rechtvaardigheid en meer transparantie. Dit verslag past daar perfect in.

Pervenche Berès, au nom du groupe S&D. – Monsieur le Président, même s'il est étrange de mener un débat en plénière sans le Conseil et sans la Commission, permettez-moi de présenter toutes mes félicitations au rapporteur, car il a apporté à cette proposition de législation des éléments d'avancée absolument significatifs, et tous les scandales à répétition que nous avons connus nous montrent à quel point l'évasion fiscale passe trop souvent par la mise en place de montages transfrontaliers complexes. Ceux-ci n'existent que parce que des intermédiaires, ceux auxquels nous nous intéressons aujourd'hui, qu'ils soient avocats, comptables, banquiers, conseillers fiscaux ou gestionnaires de patrimoine, les imaginent et les vendent à des multinationales, celles qui ont les moyens de s'offrir une telle panoplie de services. Est-il normal que des lanceurs d'alerte doivent faire face à la justice parce qu'ils révèlent des fraudes, tandis que ceux qui les conçoivent seraient protégés?

En obligeant à déclarer, sous peine de sanctions, aux autorités nationales compétentes les régimes fiscaux transfrontaliers mis en place pour leurs clients, ce texte permet de dissuader la mise en œuvre de tels mécanismes douteux qui reflètent une volonté de contourner la loi ou de réduire abusivement le montant des impôts dus.

Les autorités nationales devront également échanger entre elles les informations recueillies, facilitant ainsi, au sein d'un cadre législatif européen commun, la coopération entre États membres. Il revient maintenant à ceux-ci de prendre leurs responsabilités et il nous semble que cela mérite d'être salué comme un pas important dans la mise en œuvre d'une réelle équité fiscale au sein de l'Union européenne. Nous attendons bien évidemment les États membres au tournant.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8 du règlement).)

Paul Rübzig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Meine Frage geht in die Richtung: Wir haben jetzt von den Banken und auch von den Konsumenten gehört, dass jetzt sehr viel neue Bürokratie eingezogen ist. Es gibt massive Beschwerden, dass die Bürokratie in diesem Bereich gerade für kleine und mittlere Betriebe, die grenzüberschreitende Geschäfte tätigen, extrem zugenommen hat.

Gibt es hier auch Vorschläge, die Bürokratie hintanzuhalten und automatisierte Systeme einzusetzen?

Pervenche Berès (S&D), *réponse «carton bleu»*. – Je crois que M. Rübzig a utilisé un «carton bleu» pour faire un plaidoyer en faveur des PME, qui est sans rapport avec l'objet de cette proposition, si ce n'est qu'en facilitant la dénonciation et en supprimant le rôle des intermédiaires qui favorise les grandes multinationales, a contrario, évidemment, cela rétablira des conditions de concurrence plus saines et plus favorables aux PME.

Przewodniczący. – Witam serdecznie pana komisarza Moscovici. Chciałem pana poinformować, że jesteśmy na następującym etapie: było wystąpienie pana posła sprawozdawcy, były dwa wystąpienia grup politycznych (PPE i S&D). W tym momencie chciałem poprosić pana o wystąpienie.

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, pardon de ce retard, totalement indépendant de ma volonté, mais j'ai dû prendre un train ce matin et la neige l'avait un peu retardé, ce qui m'a privé du plaisir d'entendre les intervenants précédents. Je veux en particulier saluer le rapporteur, M. Maurel, pour son rapport que je trouve de très grande qualité. Je reviendrai dans quelques instants sur les propositions qu'il contient.

Je me réjouis de pouvoir présenter devant vous l'une des propositions phares de notre Commission en matière de transparence fiscale alors que vous vous apprêtez à voter cet après-midi sur une proposition relative aux intermédiaires.

Les scandales récents – les «Panama Papers», les «Paradise Papers» – ont montré que les banques, les comptables, les conseillers fiscaux, les avocats – certains avocats – avaient joué un rôle clé pour favoriser certaines multinationales et pour organiser des montages qui permettent à de riches individus d'échapper à l'impôt. Face à ce phénomène, nous avons besoin de davantage de transparence, avec une idée simple qui est de renforcer la capacité des États membres à prévenir, à détecter cette planification fiscale agressive qui prive les gouvernements et les citoyens de ressources légitimes. C'est la raison pour laquelle, en juin dernier, la Commission a adopté une proposition pour faire davantage la lumière sur les pratiques de ces intermédiaires. Il s'agit, en un mot, d'obliger les conseillers à informer les autorités fiscales de certains dispositifs transfrontaliers – pas tous – qu'ils vendent à leurs clients et qui peuvent les aider à éluder l'impôt.

Je veux commencer par résumer, en quelques questions, la proposition que j'ai eu l'honneur de présenter en juin dernier.

Première question: pourquoi ces exigences en matière de déclaration pour les intermédiaires contribueraient-elles à réduire l'évasion fiscale? La proposition donne aux États membres davantage d'informations sur les mécanismes de planification fiscale qui pourraient faciliter la fraude et l'évasion fiscale. Les autorités fiscales nationales, si la proposition est adoptée – ce que je souhaite –, seront alors en mesure de réagir plus rapidement au risque de pratiques fiscales abusives. Elle permettra aussi d'avoir un effet dissuasif pour ceux qui favorisent les mécanismes de planification fiscale agressive, puisque les autorités fiscales seront en bien meilleure position pour contester une telle planification avec des systèmes d'alerte précoce.

Qui sont les intermédiaires dont nous parlons? Il s'agit notamment de banquiers, d'avocats, de consultants financiers, de conseillers fiscaux, de comptables, etc. y compris – on l'a vu à travers un certain nombre de cas spectaculaires – d'agents sportifs. Évidemment, je veux le dire parce que je ne veux pas laisser penser que cette proposition est stigmatisante de professions qui sont utiles au bien commun et qui concourent au fonctionnement de la justice, tout le monde dans ce secteur n'est pas associé à la planification fiscale agressive et tout montage fiscal n'est pas un montage de planification fiscale agressive.

Quels types de dispositifs les intermédiaires doivent-ils communiquer à l'administration? Ils devront rendre compte de tout arrangement transfrontalier qui contient un ou plusieurs des marqueurs désignés dans la proposition par les *hallmarks* en anglais. Ces marqueurs sont des éléments ou des caractéristiques de la transaction qui pourraient permettre l'évasion fiscale. Par exemple, l'utilisation de modalités particulières qui impliquent des régimes fiscaux favorables dans des pays qui ne respectent pas les normes de bonne gouvernance internationale.

Qui est tenu de signaler ces dispositifs aux autorités fiscales? Les intermédiaires auront l'obligation principale de rapporter ces régimes, mais cette obligation peut être transférée au contribuable dans certaines circonstances. Par exemple, lorsque l'intermédiaire est protégé par la confidentialité ou par le secret professionnel, lorsque l'intermédiaire est établi dans un pays tiers ou lorsqu'il n'existe pas d'intermédiaire parce que le régime a été conçu en quelque sorte *«in house»*. Les États membres échangeront automatiquement les informations qu'ils reçoivent à l'aide d'un répertoire central géré par la Commission, entièrement accessible à tous les États membres.

Le rapport que vous débattiez contient des points de vue et des idées que je partage. Par exemple, la Commission reconnaît que l'absence de réaction de la part des autorités fiscales sur les dispositifs déclarés ne doit pas signifier qu'ils ne peuvent pas être contestés à l'avenir. Nous convenons également que les administrations fiscales et les cellules de renseignement financier concernant le blanchiment des capitaux et le financement du terrorisme doivent mieux se coordonner. Le rapporteur a raison de le souligner.

Toutefois, sur votre proposition de donner à la Commission un accès total au répertoire central – même si je peux bien sûr la comprendre et l'apprécier –, je crois qu'il convient d'admettre que nous savons que les États membres ne l'accepteront pas. Nous ne sommes pas une autorité fiscale, nous n'avons pas les mêmes normes de secret fiscal, donc si j'ai de la sympathie pour la proposition en tant que telle, je pense qu'elle suppose un certain nombre de réformes institutionnelles en amont dont nous ne disposons pas à l'heure actuelle. Je n'estime pas non plus que nous devrions harmoniser davantage le rôle des comptables ou prévoir la publication des sanctions imposées aux administrations, aux intermédiaires et aux contribuables qui ne respecteraient pas leurs obligations. Bien entendu, cela ne change rien au fait que si un intermédiaire ne communique pas les informations qui lui sont demandées, des sanctions nationales s'appliqueront alors. La proposition exige des États membres qu'ils veillent à ce que ces sanctions soient suffisamment sévères pour décourager les cas de non-conformité et nous veillerons à ce que ce soit bien le cas.

Pour conclure, permettez-moi de souligner combien de progrès ont été accomplis en trois ans pour accroître la transparence et la coopération entre les États membres sur les questions fiscales.

Sur ce dossier des intermédiaires, je me réjouis de constater que le sujet a été mis à l'ordre du jour du prochain Ecofin le 13 mars, c'est la preuve que le dossier avance. Je vous invite naturellement à ne pas relâcher la pression – je vous fais confiance pour cela – pour que ce travail se poursuive maintenant au niveau des États membres en partenariat avec la présidence bulgare.

Sur nos autres propositions, les États membres ont convenu de procéder à l'échange automatique d'informations sur les comptes financiers, les décisions fiscales anticipées transfrontières, les déclarations pays par pays des multinationales – je continue de penser que celles-ci doivent être rendues publiques. Ils se sont aussi mis d'accord sur de nouvelles règles qui donneront aux autorités fiscales l'accès aux informations de lutte contre le blanchiment des capitaux, qui est une idée proposée dans le sillage des «Panama Papers».

Et bien entendu, je n'oublie pas notre proposition d'avril 2016 de rendre publiques les déclarations pays par pays pour les multinationales pour permettre aux citoyens et à la société civile d'exercer plus de contrôle sur les pratiques fiscales. Je sais que certains États membres continuent de résister, je le regrette, mais cela va dans le sens de l'histoire, et je suis sûr que nous allons prochainement aboutir à un accord, c'est notre responsabilité partagée. Je sais que le Conseil, la Commission et le Parlement sont sur la même ligne et voient la nécessité d'être ambitieux et de faire avancer les choses.

Je tiens à remercier une nouvelle fois le Parlement européen pour sa contribution importante à nos travaux et je me réjouis dans la perspective, d'abord, de la suite de ce débat et, ensuite, du vote de votre Assemblée, que j'attends avec beaucoup de confiance.

Pirkko Ruohonen-Lerner, *ECR-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, kiitos kaikille, jotka osallistuvat vilpittömästi veronkierron vastaiseen tärkeään työhön. Lukuisat veroskandaalit, kuten LuxLeaks ja Panaman paperit, nostattivat kohun, jonka pohjalta on tehty paljon työtä veronkierron ehkäisemiseksi. Viimeisin Paratiisin paperit -tietovuoto osoitti, kuinka työ on vielä pahasti kesken.

Esitys rajatylittäviä verojärjestelyjä koskevasta pakollisesta automaattisesta tietojenvaihdosta, lyhyesti DAC6, laajentaa hallinnollista yhteistyötä verotuksen alalla. Rajatylittäviä verotusjärjestelyjä suunnittelevia tai edistäviä tahoja, kuten pankkeja ja veroneuvoja, veloitetaan ilmoittamaan epäilyttävistä verojärjestelyistä ennen niiden käyttöönottoa veroviranomaisille. Esitys edellyttää tietojen toimittamista Euroopan komissiolle ja jäsenvaltioiden veroviranomaisten käyttöön.

DAC6 on välttämätön uudistus, mutta voidaan kysyä, onko se riittävä. Tietojenvaihdon toimivuutta on siis huolella seurattava. Mikäli tämä uudistus ei riitä, on asiaan palattava nopeassa aikataulussa.

Lieve Wierinck, *namens de ALDE-Fractie*. – Beste Voorzitter, beste collega's, velen van ons praten over eerlijke belastingen, maar weinigen bieden een echte oplossing. Belastingontwijking is een probleem dat vele facetten kent, maar aan de bron hiervan ligt meestal een gebrek aan informatie.

Vandaag stemmen we de DAC 6. Het is het laatste voorstel in een hele reeks om belastingontwijking tegen te gaan en zou de laatste mazen in het net moeten dichtten. Wat dit voorstel zo anders maakt, is dat het preventief werkt. In plaats van belastingontwijking tegen te gaan, geven we de lidstaten de kans om hierop te anticiperen en hun inkomsten veilig te stellen voor agressieve belastingconstructies.

Daarnaast zorgt het ervoor dat de informatie die zij vergaren automatisch met elkaar gedeeld zal worden. Deze aanpak over de grenzen heen zal ervoor zorgen dat misbruiken van de verschillende systemen tussen landen weer een stuk moeilijker worden, want het zou naïef zijn te denken dat dit probleem helemaal op nationaal niveau kan opgelost worden.

Ik geloof dat dit voorstel het beoogde doel zal bereiken.

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να συγχαρώ τον κ. Maurel για την έκθεσή του. Η ομάδα μου θα την υπερψηφίσει. Είναι ένα θετικό βήμα και θέλω να πω ότι είναι μία από τις εκθέσεις που προσπαθεί να ενισχύσει μία θετική, αν και καθυστερημένη, πρόταση της Επιτροπής. Για την καταπολέμηση της φοροδιαφυγής και της φοροαποφυγής, ποτέ δεν είναι αρκετά αυτά που γίνονται. Πάντα χρειάζεται να γινόμαστε αποτελεσματικότεροι γιατί χάνονται τεράστια ποσά, και από τους κρατικούς προϋπολογισμούς και από την Ευρωπαϊκή Ένωση, σε βάρος των έντιμων φορολογουμένων, σε βάρος του κοινωνικού κράτους, σε βάρος των κατακτήσεων και σε βάρος της ηθικής και της δεοντολογίας του τίμιου ανταγωνισμού ανάμεσα στις επιχειρήσεις. Όσοι αντιτίθενται σε αυτή την πρόταση, ουσιαστικά διευκολύνουν αυτούς που φοροδιαφεύγουν και εξαπατούν. Επομένως, θα πρέπει να έχουμε αυστηρότερο πλαίσιο, κυρώσεις, διαφάνεια, συνεργασία και να ενισχύουμε διαρκώς το οπλοστάσιο για την καταπολέμηση της φορολογικής απάτης που κερδίζει διαρκώς έδαφος.

Molly Scott Cato, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the Panama Papers demonstrated the key role played by intermediaries such as banks, accountants and lawyers in helping their clients create offshore structures for tax evasion, tax avoidance and money laundering, so we welcome this revision to the directive on administrative cooperation, whose aim is to ensure that aggressive tax planning schemes are reported to tax authorities so that they can investigate where necessary. It creates an obligation for intermediaries to disclose potentially aggressive tax planning arrangements, and this information will then automatically be exchanged with other Member States.

Parliament has strengthened the Commission's proposal by requiring an obligation for auditors to report suspect schemes when statutory audits of their clients' businesses are being carried out and by proposing that the Commission itself should have access to the data exchanged. So we are glad to support this proposal as part of our ongoing work to counter the tax avoidance industry.

David Coburn, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, these proposals requiring mandatory exchange of tax information undermine tax sovereignty of the nation states, individual privacy and attorney-client privilege, and also the directors' duty to arrange the tax affairs of companies in order to pay as little tax as possible. We in Britain believe that the taxpayer has the right to do everything possible within the law – I say within the law – to minimise their tax exposure. You should not have to pay any more tax than is required: not one penny piece. Taxpayers should be allowed to enjoy the fruits of their hard labour, and not have it wasted by the state.

The European Union wants to maximise taxation throughout Europe to pay for the fat-cat salaries and the gilded pensions of EU bureaucrats, under increasing bureaucratic tax bunching. This attitude to the rights of the individual is one of the reasons the UK is leaving the EU, and I encourage the Czechs, the Hungarians and the Poles to do likewise.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – It is always a pleasure to address a question to my friend, especially when he is talking about Brexit. Do you know, Mr Coburn, that in the City of London, which is so famous for its banks and the financial companies settled there, lots of European Union directives on taxation have not yet been applied? It seems that the city is already a kind of fiscal paradise. After Brexit it is probably going to become the biggest fiscal paradise in Europe.

David Coburn (EFDD), *blue-card answer*. – Yes, I think the City of London will become a fiscal paradise and I think Europeans throughout Europe will be wanting to put their money into Great Britain and into the enterprise that is the City of London, so that they are better off.

And, of course, we are the bankers of Europe. Many countries, including Italy, would be in tremendous trouble if they could not borrow money from us. Their banks are in danger of collapse, as is the entire euro system, hence why we are leaving.

Laurențiu Rebega, *în numele grupului ENF*. – Domnule președinte, iată că, în urma scandalurilor tot mai dese legate de lupta împotriva evaziunii fiscale, aflăm că este tot mai greu pentru statele membre de a-și proteja bazele fiscale naționale împotriva eroziunii. În paralel, structurile de planificare fiscală devin din ce în ce mai sofisticate și profită de mobilitatea sporită a capitalului, dar și de lipsa unei mai mari transparențe în spațiul european.

Consider că lupta împotriva planificării fiscale agresive și împotriva structurilor ce practică acest gen de activități nu se poate duce atâta timp cât ele nu încalcă de fapt nicio prevedere legislativă.

Sunt de părere că instituțiile europene sunt datoare să implementeze o legislație sănătoasă și eficientă în spațiul Uniunii, care să permită protejarea mai întâi a intereselor financiare a statelor membre și, în al doilea rând, ale Uniunii în ansamblul ei. Până când aceste condiții preliminare nu vor fi îndeplinite printr-o legislație strictă și transparentă, orice schimb de informații între statele membre nu va putea produce niște rezultate concrete.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, αυτή είναι άλλη μια φορά που η Ένωση αποτυγχάνει να ανταποκριθεί στις προσδοκίες των πολιτών. Ακόμη χειρότερα, όχι απλά η έκθεση αυτή δεν θα αντιμετωπίσει τη φοροδιαφυγή των μεγάλων εταιρειών αλλά δημιουργεί και εύλογες ανησυχίες σχετικά με την ασφάλεια των προσωπικών δεδομένων και το πώς μπορούν αυτά να χρησιμοποιηθούν στο μέλλον. Αρχικά, το ίδιο το φορολογικό καθεστώς πολλών κρατών μελών επιτρέπει τη νόμιμη φοροαποφυγή σε όσους βέβαια έχουν τα μέσα, ώστε να εντοπίσουν και να εκμεταλλευθούν τα διάφορα κενά του νόμου. Σημαντικότερο όλων όμως είναι το γεγονός πως η ίδια η ιδέα της ενιαίας αγοράς προτρέπει στη φοροαποφυγή, μιας και δεν έχουν όλες οι χώρες το ίδιο φορολογικό καθεστώς. Βεβαίως, είναι παράλογο να περιμένουμε από μία εταιρεία να παραμείνει σε μία χώρα και να πληρώνει πολλαπλάσιο φόρο, ενώ μπορεί, εκμεταλλευόμενη την ενιαία αγορά, να μεταφέρει την έδρα της και να γλιτώσει τεράστια ποσά, εκτός βεβαίως από τις μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις οι οποίες, από τη φύση τους, αδυνατούν να κάνουν κάτι τέτοιο. Επειδή όμως η ενιαία φορολόγηση θα ήταν απαράδεκτη εκχώρηση εθνικής κυριαρχίας για εμάς, υποστηρίζουμε την επιστροφή των συνόρων όσον αφορά την κίνηση αγαθών ή την παροχή υπηρεσιών εντός της Ένωσης.

Ivan Štefanec (PPE). – Pán predsedaajúci, dámy a páni, efektivita výberu daní je ukazovateľom elementárnej spravodlivosti. Ak štát nedokáže vybrať dane podľa platných pravidiel, znamená to, že niečo podstatné nie je v poriadku, a ak sa objavujú škandály typu Panama papers či Paradise papers, situácia je o to vážnejšia. Boj proti daňovým únikom a podvodom musí byť samozrejmosťou prioritou na našom spoločnom európskom trhu pri jeho pokračujúcej integrácii. Ja som presvedčený, že daňová subsidiarita má svoj význam a kompetencie o rozhodovaní o výške daní na národnej úrovni by mali byť zachované. Zároveň je ale jednoznačne potrebné urobiť viac pre spoluprácu jednotlivých krajín. Povinná automatická výmena informácií pri cezhraničných záležitostiach je tak určite správny krok, ktorý potrebujeme pre zlepšenie transparentnosti a prístupu k informáciám, a teda pre zlepšenie výberu daní. Táto povinná výmena informácií pomôže predovšetkým samotným členským štátom, ktoré v mnohých prípadoch prichádzajú o daňové príjmy. Deje sa tak najmä v cezhraničných prípadoch, kedy národné opatrenia ani nemôžu byť úplne efektívne. Stále sme svedkami aj prípadov nastrčených firiem v iných krajinách so snahou zakryť identitu skutočných vlastníkov. Verím, že povinná výmena informácií je správnou cestou pre zabezpečenie všetkých informácií pre daňové úrady. Verím, že kroky Európskeho parlamentu pomôžu pre zlepšenie výberu daní, spravodlivejšie podnikanie a tvorbu pracovných miest.

(Rečník súhlasil, že odpovie na otázku položenú zdvihnutím modrej karty (článok 162 ods. 8 rokovacieho poriadku)).

David Coburn (EFDD), blue-card question. – I wonder if you agree with me that all this is in preparation for a pan-European income tax in the future? Do you think the people of your country will be as pleased as the people of all the other European nations to be hit with yet another whopping great tax to pay for the 'Folies Bergère' that is the European Parliament?

Ivan Štefanec (PPE), odpoveď na otázku položenú zdvihnutím modrej karty – Nie, pán kolega, nevidím to tak ako Vy a určite som nie presvedčený, že by toto mal byť základ pre nejaké spoločné zdaňovanie či nové dane. Som zástancom zotrvania daňovej suverenity, som zástancom toho, že o daniach sa má rozhodovať v národných krajinách, ale zároveň potrebujeme urobiť opatrenia pre zlepšenie výberu daní. A cez povinnú výmenu informácií vidím dobrý a efektívny spôsob pre zlepšenie výberu daní.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente, yo creo que esta Directiva es una directiva importante en la lucha contra la evasión fiscal. Me felicito de la iniciativa de la Comisión y felicito a mi colega, el señor Maurel, precisamente por el trabajo que ha hecho este Parlamento, que creo que ha hecho aportaciones interesantes a la iniciativa, especialmente en lo que se refiere a la necesidad de contar con un registro público en la Comisión sobre estas materias y a la necesidad, también, de establecer sanciones para el incumplimiento de las obligaciones que establece esta Directiva.

Quiero destacar, sin embargo, que lo que el Parlamento hace es una opinión y que en la lucha contra la evasión fiscal estamos sufriendo lo que yo llamaría una actitud retardataria y casi de boicot de muchos países de la Unión en el Consejo. El Consejo está generalmente vetando, a través de la necesidad de unanimidad, muchas iniciativas en esta justa lucha por la justicia fiscal y está estableciendo exigencias y está amparando espacios fiscales opacos o paraísos fiscales europeos. Y esto no puede ser: eso es insolidario, insostenible e incompatible con un mercado único en la Unión Europea.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, naša obveza je poduzeti sve mjere i zaštititi poštene poduzetnike i porezne obveznike, zaštititi građane od onih koji obavljaju aktivnosti i zarađuju u našim državama, ali pronalaze načine izbjegavanja plaćanja poreza i time ne samo da oštećuju proračune država već i na nepošten način konkuriraju na tržištu i uništavaju kvalitetne poduzetničke pothvate. Moramo spriječiti nove porezne skandale *Panama* i *Paradise Papers*.

Upravo zato su važne izmjene ove direktive. Ključna je razmjena informacija o uočenim nepoštenim poreznim praksama, ali potrebno je i više od toga. Potrebne su informacije koje će omogućiti preventivno djelovanje i uspostavu mehanizama koji će odvratiti tzv. savjetnike od osmišljavanja i plasiranja aranžmana za smanjenje poreznog opterećenja.

Bolja razmjena informacija, edukacija poreznih uprava, razmjena znanja i iskustava, uključivanje financijskih institucija i revizora u otkrivanje informacija poreznim upravama o potencijalnim situacijama izbjegavanja plaćanja poreza ključni su za stvaranje sustava pravednijeg oporezivanja i tržišta koje će biti poticajno za stvaranje novih poslova, a to je ono što želimo u Europskoj uniji – rast i razvoj na kvalitetnim temeljima. Utaje poreza sigurno tome ne doprinose.

Dariusz Rosati (PPE). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! W tej Izbie wielokrotnie krytykowaliśmy niekorzystne praktyki związane z unikaniem opodatkowania, z konstruowaniem agresywnych schematów podatkowych, z tak zwaną optymalizacją podatkową. To wszystko są praktyki, które, nawet jeśli są zgodne z prawem, panie Coburn, są sprzeczne z duchem prawa i z całą pewnością wprowadzają bardzo szkodliwą dyskryminację, w szczególności krzywdzą małe i średnie przedsiębiorstwa.

Dlatego z zadowoleniem witam wniosek ustawodawczy Komisji i dlatego również chcę powiedzieć, że będę popierał sprawozdanie pana Morela, ponieważ te dokumenty zmierzają w kierunku ukrócenia tych praktyk. Będą miały z całą pewnością z jednej strony efekt mrozący i zapobiegny, w wielu przypadkach, proponowaniu przez pośredników finansowych, banki, doradców podatkowych rozmaitych podejrzanych schematów podatkowych. A z drugiej strony stanowią bardzo ważną informację dla władz podatkowych, które będą mogły dzięki temu uszczelniać system podatkowy i eliminować te niekorzystne praktyki.

Zgłoszenia z sali

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, os esquemas de evasão fiscal e lavagem de dinheiro destacados pelos Panama Papers e Paradise Papers, entre outros escândalos, mostram como existe uma transfronteiriça teia de intermediários, incluindo consultores, banqueiros, advogados, contabilistas e outros prestadores de serviços que se especializaram em arquitetar esquemas de evasão fiscal e branqueamento para as grandes multinacionais, para clientes ricos e para máfias, para evitarem impostos e outras obrigações legais com opacidade e impunidade.

É por isso que esta proposta da Comissão que segue o apelo do Parlamento em vários relatórios é tão importante. Visa assegurar a obrigação de denunciar os esquemas transfronteiriços, concebidos por intermediários fiscais ou contribuintes, às autoridades fiscais de cada Estado-Membro, incluindo as informações recolhidas na troca automática de informações entre as autoridades fiscais na União Europeia.

O excelente relatório de Emmanuel Maurel, que será hoje aprovado, visa reforçar a Comissão por parte do Parlamento. Esperemos que os Governos no Conselho não reduzam o âmbito das obrigações de reportar informação e de partilhar informações recolhidas, de forma a adotarmos legislação robusta, sem subterfúgios contra a transparência e a prestação de contas.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία πρόεδρε, είναι δεδομένο ότι πρέπει να χτυπηθεί η φοροδιαφυγή και η φοροαποφυγή. Αυτό το γνωρίζουμε και αυτό μπορεί να γίνει, πρώτα απ' όλα, όταν επιβληθεί η υποχρέωση να φορολογούνται οι πολυεθνικές εκεί που πραγματικά βγάζουν τα κέρδη. Το δεύτερο είναι ότι οι πολιτικές του επιθετικού φορολογικού σχεδιασμού ουσιαστικά στηρίζονται στις ρυθμίσεις που έχουν τα ίδια τα κράτη μέλη και επομένως, αλλάζοντας τη νομοθεσία, μπορεί κανείς να αντιμετωπίσει αυτή την κατάσταση, διότι μόνο έτσι θα σταματήσει ο αδήμιτος ανταγωνισμός. Επομένως, είναι θετική η έκθεση και φυσικά πρέπει να γίνει ανταλλαγή πληροφοριών αλλά αυτό που πρέπει να κάνουμε είναι να κλείσουμε, νομοθετικά, τα διάφορα «παράθυράκια» που επιτρέπουν τη φοροδιαφυγή και την φοροαποφυγή των διάφορων πολυεθνικών. Άρα εκεί πρέπει να σταθούμε κυρίως, αυτό είναι το βασικό στοιχείο: να κλείσουν όλα τα τρικ και όλα τα φορολογικά «παράθυρα».

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, direct taxation is not harmonised across the European Union, which means that the freedom of EU citizens and their businesses can enable some taxpayers to avoid or evade tax in their country of residence.

The automatic exchange of information on tax rulings should allow the Member States to combat tax evasion, detect companies' abusive tax practices and consequently take any necessary action against them. I support the Commission proposal to improve and strengthen administrative cooperation between the Member States' tax administrations, and I consider it important for the Member States to strengthen the financial and human resources of the tax administration. Nevertheless, it is important to have strong and corresponding sanctions, which should be financial as well as granting access to the central depository. This could also strengthen the EU's competitive policy.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodo predsjednice, razmjena informacija o prekograničnim aranžmanima u kontekstu boljeg, transparentnijeg i pravednijeg oporezivanja i borbe protiv izbjegavanja plaćanja i utaje poreza iznimno je važna. Želimo li mobilnost kapitala i ljudi te funkcionalno jedinstveno tržište, moramo imati jasna pravila prema kojima se subjekti na njemu ponašaju.

Pritom moramo uvijek voditi računa o tome da dodatna regulacija košta i da će veliki gospodarski subjekti puno lakše podnijeti taj trošak od srednjih i malih tvrtki koje čine kralježnicu europske ekonomije.

Stoga ovim putem još jednom apeliram na promjenu poreznih politika koje moraju biti stimulativne, dok kazne za izbjegavanje i utaju trebaju postati oštrije. Na taj način ove štetne prakse i kaznena djela postaju neisplativi pa će sve manje subjekata uopće pokušati skriti svoj novac od države.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le strutture di pianificazione fiscale hanno subito un'evoluzione diventando particolarmente sofisticate e traendo spesso vantaggio dall'accresciuta mobilità di capitale e persone nel mercato interno. Esse consistono generalmente in meccanismi che si sviluppano tra varie giurisdizioni e trasferiscono gli utili imponibili verso regimi tributari favorevoli o hanno come effetto quello di ridurre le imposte esigibili nei confronti dei contribuenti. In queste condizioni risulta sempre più difficile per gli Stati membri proteggere le basi imponibili nazionali dall'erosione, il che impedisce loro di applicare politiche fiscali favorevoli alla crescita.

La modifica della direttiva sulla cooperazione amministrativa nel settore fiscale volta al rafforzamento della trasparenza rappresenta senza dubbio un importante tassello nella strategia di lotta all'evasione e all'elusione fiscale della Commissione. Resta ancora senza risposta, però, il principale problema della mancanza di un equo sistema fiscale europeo, ovvero di un'unione fiscale, cosa che vanifica completamente ogni tentativo di coesione economica e sociale in Europa e amplia a dismisura le possibilità di evadere ed eludere il fisco.

(End of catch-the-eye procedure)

Pierre Moscovici, membre de la Commission. – Madame la Présidente, je voudrais d'abord remercier les députés pour cet échange de vues très intéressant et qui, surtout, augure d'une bonne conclusion pour ce texte, et ce sera un signal important si ce texte est voté, comme je peux le ressentir à la conclusion de ce débat, de manière largement transpartisan.

Nous partageons tous – ou presque tous – la conviction que le temps est venu d'une plus grande transparence sur les pratiques des intermédiaires. Ceux-ci ont en vérité trop longtemps travaillé dans l'ombre. J'ai utilisé récemment l'image audacieuse – j'en conviens – de vampires pour qualifier certains auteurs de fraude fiscale. Pourtant, même si elle est audacieuse, la formule n'était pas inexacte: certains prospèrent tant qu'il y a du secret et ne prospèrent que dans le secret. La transparence est donc la seule arme efficace, la principale arme pour contrer l'évasion et la fraude fiscales. C'est l'objectif que poursuit de nouveau notre proposition sur les intermédiaires. Les autorités fiscales – j'en suis persuadé – ont besoin de cette source supplémentaire d'information, car dans le cas contraire, elles ne pourraient pas repérer un dispositif particulier au cours de l'audit d'une entreprise faute d'avoir une vue d'ensemble.

Je pense que cette nouvelle proposition va considérablement aider les autorités fiscales à améliorer leur efficacité dans la lutte contre les mécanismes d'évasion fiscale. Je crois qu'elle représente une nouvelle étape pour soutenir l'équité dans le domaine de la fiscalité. Une fois adoptée, cette directive permettra de garantir des conditions de concurrence équitables. Elle fournira une plus grande sécurité aux intermédiaires qui respectent l'esprit et la lettre de notre législation et elle rendra la vie très difficile à ceux qui ne le font pas.

À l'heure actuelle, reconnaissons qu'il peut s'avérer compliqué pour certaines entreprises qui ne pratiquent pas de planification fiscale de rivaliser avec les multinationales qui utilisent les régimes fiscaux agressifs pour éviter de payer leur juste part d'impôts. C'est une situation qui est d'autant plus injuste qu'elle signifie également que les contribuables honnêtes doivent payer plus que leur juste part pour compenser le manque à gagner et assurer le financement des services publics et des biens communs dont nos concitoyens ont besoin. Je me suis engagé à mener ce combat jusqu'au bout de mon mandat et je le ferai, parce que depuis le premier jour, mon objectif et celui de cette Commission est d'aboutir à ce que tous les contribuables, citoyens et entreprises, soient sur un pied d'égalité, que nul ne soit indument privilégié.

Je veux à nouveau féliciter le rapporteur pour son excellent travail qui – me semble-t-il – constitue une base pour une approbation très large de votre Assemblée, laquelle sera un signal politique de volonté très fort et que j'attends avec beaucoup d'impatience.

Je vous remercie de votre attention et de cette nouvelle preuve de soutien à ce que la Commission entreprend depuis novembre 2014 — à son rythme sans doute, et ce rythme est aussi celui de la décision publique — mais avec une totale détermination, que nous partageons, et je crois que c'est pour le bien de tous.

Emmanuel Maurel, rapporteur. – Madame la Présidente, chers collègues, Monsieur le Commissaire, merci pour ces propos qui témoignent quand même d'une quasi-unanimité dans cet hémicycle, qui consistent à dire que les inégalités fiscales menacent notre pacte démocratique, qu'il n'y a pas d'égalité des citoyens sans égalité devant l'impôt et qu'il n'y a pas d'État stable et d'Europe stable et respectée qui laissent fuir chaque année des dizaines de milliards d'euros de recettes publiques.

Donc, j'ai entendu les commentaires des uns et des autres et, pour reprendre un collègue, il ne s'agit évidemment pas de stigmatiser des professions, mais bien de tenter de dissuader certains de ces professionnels de s'adonner à ce que j'ai appelé une «industrie de l'évasion fiscale», en tout cas de l'optimisation fiscale, que nous avons tous dénoncée ce matin.

Le commissaire Moscovici nous invitait à prendre conscience des progrès qui avaient été réalisés depuis trois ans. Il est vrai que la Commission et le Parlement essaient de travailler, à leur rythme, pour trouver des réponses. Il est vrai aussi, quand même – soyons honnêtes, chers collègues – que le Conseil ne nous aide pas beaucoup et qu'il ne va pas falloir relâcher la pression face à des États membres qui, sur ce dossier, sont rarement en avance et ont rarement envie d'anticiper un certain nombre de débats.

Merci chers collègues, je souhaite que ce texte soit voté avec la plus large majorité possible pour que nous envoyions – pour reprendre les mots du commissaire – un signal politique, celui de la volonté de restaurer l'égalité des citoyens et des entreprises devant l'impôt.

President. – The debate is closed.

The vote will take place shortly.

Written statements (Rule 162)

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), în scris. – Schimbul automat obligatoriu de informații în domeniul fiscal pentru aranjamentele trans-naționale reprezintă principalul instrument aflat la dispoziția statelor membre în vederea prevenirii și identificării evaziunii fiscale, precum și a situațiilor în care veniturile impozabile nu sunt declarate. De aceea, inițiativa Comisiei Europene, în acest sens, este salutară. Consider că este nevoie, și în acest caz, să avem o listă a jurisdicțiilor fiscale care nu doresc să coopereze în domeniul respectiv și, eventual, să introducem sancțiunile necesare. Evaziunea fiscală și evitarea obligațiilor fiscale, prin fel de fel de practici, trebuie oprite în interesul general al cetățenilor.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Üdvözlöm az adózás területére vonatkozó kötelező automatikus információcseréről szóló jelentést és egyúttal gratulálok az EP-nek, de kiváltképpen az S&D frakciónak, amely hosszú ideje küzd az európai adóigazságság helyreállításáért – és amely számos komoly eredményt ért már el e téren. Az agresszív adótervezés ellen nem lehet egyedül, kizárólag tagállami kompetenciában küzdeni. Közösségi, európai fellépésre van szükség, hogy végre bezárjuk a kiskapukat, csak így vehetjük le az igazságtalan adóterheket a becsületes adófizetők állampolgárok és kkv-k válláról.

Az adóhatóságok közötti automatikus információcsere, a transzparencia növelése, az adókikerülési konstrukciókban segítséget nyújtó köztes szereplők elleni szigorúbb fellépés ebben fog segíteni. Ugyanakkor emlékeztetnék arra, hogy a jogszabály abból indul ki, hogy európai jogállamokban működő, független adóhatóságokkal dolgozik együtt. És itt van a jogszabály korlátja, hisz Magyarország esetében sajnos ez nem létezik – se jogállamról, sem a magyar kormánytól független hatóságokról nem beszélhetünk. Így szomorúan hívom fel a figyelmet arra, hogy jelen feltételek mellett ettől a tagállamtól az EU biztosan nem számíthat jóhiszemű együttműködésre az agresszív adótervezés elkerülése terén sem.

4. Trockenlegung der Einnahmequellen von Dschihadisten – gezielte Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung (Aussprache)

President. – The next item is the report by Javier Nart, on behalf of the Committee on Foreign Affairs, on a European Parliament recommendation to the Council, the Commission and the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy on cutting the sources of income for jihadists – targeting the financing of terrorism (2017/2203(INI)) (A8-0035/2018).

Javier Nart, ponente. – Señora presidenta, la derrota del Estado Islámico en Siria y en Irak no significa su fin: en sus manos queda una ingente cantidad de dinero que ha sido almacenado a lo largo de su califato con la venta de petróleo, la captura o inversiones de negocios legítimos, impuestos revolucionarios, robos, asaltos bancarios, raptos, tráfico de antigüedades, venta de armas. Son aproximadamente unos 400 millones de dólares los que se estima que están siendo blanqueados en Siria y en Irak, teniendo en cuenta que el volumen aproximado de su movimiento económico, en la época del califato, era de unos 80 millones de dólares mensuales.

El objetivo de esta Recomendación es colapsar, evitar que se puedan utilizar estos fondos, que se puedan blanquear, que se pueda comercializar su botín, porque es necesario que los servicios de inteligencia funcionen de forma coordinada para atajar la financiación del terrorismo. Por ello, se propone a la Comisión, a los Estados miembros y al Servicio Europeo de Acción Exterior una visión completa, integral que ahonde en la cooperación necesaria entre los servicios de inteligencia europeos.

La creación de una plataforma horizontal de los servicios de inteligencia europeos donde puedan compartir datos e investigaciones es una necesidad estratégica. No se trata de crear una nueva institución sino, con realismo, de establecer una plataforma de cooperación donde exista una base de datos conjunta y donde puedan compartirse estos datos. Y esta plataforma que proponemos ha de construirse sobre la base de lo que ya existe en Europol, con el punto de mira en un intercambio proactivo de información sobre financiación de los grupos terroristas.

También se anima a los Estados miembros a que dediquen más esfuerzos a dotarse de personal cualificado, ingenieros informáticos que puedan detectar e investigar debidamente los movimientos económicamente sospechosos.

Pedimos también la pronta implementación de la quinta Directiva anti blanqueo de capitales para mejorar la competencia de las unidades de inteligencia nacionales y que puedan acceder a datos bancarios, incluyendo dentro del ámbito de la Directiva, para su investigación, las monedas virtuales y las tarjetas de prepago, tarjetas que, hasta ahora, se recargaban de una forma anónima, y eso debe acabarse.

Las nuevas tecnologías tienen un rol y una responsabilidad fundamental. Las monedas virtuales, las plataformas de *crowdfunding* son utilizadas por los terroristas. Las nuevas tecnologías son, por su propia naturaleza, transfronterizas, como debe ser la respuesta al terrorismo, que también es transfronterizo.

Disponemos de acuerdos internacionales en materia de intercambio y trazabilidad de información financiera ligada al terrorismo pero, muy curiosamente, no hacemos lo mismo dentro de la Unión Europea. Es el caso de la zona única de pagos en euros, y proponemos, por tanto, a la Comisión que adelante medidas que puedan complementar el sistema internacional con una respuesta conjunta europea, todo ello aplicando con rigor los estándares de protección de datos y el respeto a los derechos fundamentales que nos definen como respetuosos de derechos en la Unión Europea.

También proponemos que, en la Unión Europea, concretamente las modalidades de transferencia tradicional de dinero, desde la *hawala* al *fei ch'ien* chino y otras modalidades tradicionales, se encuentren reguladas mediante un registro de las transacciones de obligado cumplimiento, como ocurre con cualquiera de nuestros conciudadanos, que, cuando transfieren dinero, lo hacen de una manera controlada: igualdad ante la ley y no discriminación. La *hawala* está siendo utilizada por el Estado Islámico, por las organizaciones terroristas para exportar su dinero desde Siria y desde Irak, y ese dinero llega a Europa.

De la misma manera, en Europa debemos poner nuestra atención en centros de culto, culturales y asociaciones caritativas —aparentes asociaciones caritativas— cuando haya razones para sospechar que tienen vínculos con el terrorismo, para evitar un uso negligente o imprudente de los fondos que reciben, todo ello con muy especial atención a la lucha contra esta nueva forma de racismo y de xenofobia que es la islamofobia.

El terrorismo definido como yihadismo es una blasfemia contra el Corán y las principales víctimas de esta actividad terrorista son precisamente los musulmanes.

Por último, en nuestra dimensión externa, en las misiones que enviamos y financiamos desde nuestra política común de seguridad y defensa, dentro de la asistencia que proporcionamos a la construcción de resiliencia en los Estados víctimas del crimen terrorista, debemos añadir la dimensión de la lucha contra la financiación del terrorismo y, especialmente, contra la integración en la economía propia de los fondos capturados por los terroristas, esto es, el blanqueo del dinero a través de actividades económicas lícitas.

Para concluir, quiero dar las gracias a los compañeros con los que he negociado el texto, y también al comisario King, con quien he tenido la ocasión de intercambiar puntos de vista sobre la propuesta de Recomendación. He pretendido que la Recomendación sea realista y posible y efectiva. Y agradezco que mis esfuerzos para conjugar el necesario y difícil equilibrio entre libertad y seguridad hayan obtenido el consenso de todos los grupos políticos. Gracias a todos ellos.

Julian King, *Member of the Commission*. – Madam President, terrorists need to raise and move funds to maintain their networks, cover their logistical needs and commit their attacks. We need to close down the space in which they can do this. Countering terrorist financing is not only about limiting their capacity to act, but also about, as we have just heard, using financial intelligence to detect and stop terrorists before they act.

Recent attacks perpetrated in Europe have been financed with relatively small sums of money, and that poses some new challenges to those who are working on the front line to prevent terrorist attacks. We need to give law enforcement and our public authorities the tools they need to do their job and to help keep us safe. So I very much welcome the timely recommendations in this report.

Tackling terrorist financing is a high priority for all of us. From the Commission side, it is a key part of our work to build an effective security union. Our approach was set out in the Action Plan for strengthening the fight against terrorist financing of February 2016, and we are now taking that work forward on two fronts: detecting and preventing terrorist funding, and disrupting the sources of revenue. That covers a range of different measures: preventing the misuse of the financial system for money laundering and terrorist financing; increasing cooperation and the exchange of information between competent authorities, in particular financial intelligence units; tracing the financial movements of terrorists; improving the effectiveness of asset-freezing systems; reinforcing the judicial response to terrorist financing and money laundering; supporting third countries in countering terrorist financing and money laundering in their implementation of the Financial Action Task Force standards; supporting customs authorities with tools to identify sources of revenue of terrorist organisations; and supporting third countries as they engage with international partners, not only through the FATF, as I mentioned, but also other bodies such as the Anti-ISIS Coalition working group on countering financing of terrorism, and indeed the work that is done in the framework of the G-7. So I am glad to see that many of the report's recommendations are in line with the work that we are undertaking.

We welcome the emphasis in the report on information-sharing, in particular among financial intelligence units, as well as other national agencies. We welcome your support for the establishment of central bank account registries. I am glad to say, as announced in the Commission work programme for this year, we will soon present initiatives to improve cross-border access to financial data for law enforcement authorities. This will include measures to facilitate access to national centralised bank account registries and retrieval systems within Member States. We will also propose measures to improve the cooperation between law enforcement authorities and the various financial intelligence units. In line with the report's recommendations, we have reinforced Europol's role in this fight against terrorist financing. We take note of

the call for increasing monitoring of prepaid cards. The Fifth Anti-Money Laundering Directive is a step forward, I think, in reinforcing the transparency around this means of payment.

With its list of non-cooperative jurisdictions, the EU is also acting to increase the exchange of information on tax matters with third countries, as you have been discussing. This will help national administrations to detect the presence of illicit money and money-laundering.

We appreciate your support for the EU-US Terrorist Finance Tracking Programme and we take note of your call for a European system to complement that.

On asset-freezing, we appreciate the report's support for existing measures. The EU's asset-freezing efforts have been reinforced with the autonomous EU regime against al-Qaeda and Daesh. We appreciate the emphasis on hawala. In the supranational risk assessment of money laundering and terrorism financing risks, the Commission recommended that hawala service providers should apply the requirements related to money-transfer systems under the payment services directive and the Anti-Money Laundering Directive, and we are committed to keeping this particular sector under close review. In relation to high-value goods, I would like to underline that the proposal to amend the Cash Control Regulation expands the definition of cash to gold and other high-value commodities.

We appreciate your support for our proposed regulation on the import of cultural goods. This issue remains of high importance in addressing the problem of cultural goods being illegally taken from third countries, from their proper historical and archeological context, and being brought to the EU. This can in turn foster organised crime, terrorist financing, money laundering and tax evasion.

Member States should also soon adopt the Commission's proposals to strengthen the VAT system and reinforce the collective fight against VAT fraud, which again can feed criminal and terrorist organisations.

So in a nutshell, I am glad that the work the Commission is doing in this area is in line with many of the measures you call for and support in today's report. Some other new measures you suggest merit further analysis. We will take a careful look at them and we will come back to you on them.

Countering financing of terrorism is a core component of the EU strategy in the fight against terrorism and hence in our work to build an effective security union. As the terrorists and their supporters constantly modify and change the ways they collect, move and get access to funds, we need to be ready to adopt and adapt our response. The EU needs to adapt its instruments and measures to deprive terrorists of the space and the means they use as they seek to do us harm. I count on your continued support as we take this work forward.

Lars Adaktusson, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I would first like to congratulate my colleague, Javier Nart, for a well drafted report. Despite the defeat of ISIS, we are not in a position to declare victory over terrorism. Instead, we should learn from both the rise and fall of Islamic State. One lesson is that the combination of military means and cutting off the financial lifeblood of ISIS has paved the way for its departure.

Another lesson is that, after the dismantling of an organisation like ISIS, there will be a vacuum. Certain actors will do their utmost to fill that space with new Jihadist organisations, and for that they will need money. Cutting the funding sources of terrorist networks should therefore be considered a key priority. It constitutes an effective tool, hampering the effectiveness of these networks. To achieve this, implementation is crucial: the Member States, for instance, should deliver when it comes to the exchange of intelligence. With common efforts, the EU is able to cope with the blood-stream of Jihadism: the capital flow that today finances international terrorism.

Clare Moody, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, I would also like to thank the rapporteur and my fellow shadow rapporteurs for the constructive way in which we have worked together. I believe this has led to a good report with realistic recommendations. The changes we suggested in this report can be embraced by law-enforcement bodies across Europe, for example by creating a platform where data can be shared. The small amounts of money that are needed for terrorists to carry out their criminal acts in our cities mean that we need to be better at monitoring even small transactions, including traditional forms of exchange, such as hawala. We also need to recognise that Daesh move money into legitimate businesses but in countries with weak institutions, which is why we need to support institution-building in fragile states.

This report also stresses that, while we must deal with terrorist financing, it is ultimately through tackling the root causes of poverty, social exclusion and human rights abuses that we will defeat the destructive ideology that breeds terrorism. I have mentioned just a few of the examples of the practical solutions that are outlined in this report. Our citizens rightly expect us to keep them safe, and that is why I believe this report is important. It is a demonstration of the practical ways that the EU works for the people across Europe.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, it goes without saying that tackling and tracking terrorists' financial resources is one of the key tools in our fight against global terrorism. I too welcome many of the recommendations in the Nart report and strongly support the overall endorsement of greater cooperation amongst the EU Member States in this area.

It's clear that terrorism and its financing know no borders and this can only be tackled at the multilateral level. In the UK there is some evidence that ISIS may well have sold some of its antiquities smuggled out. As the UK leaves the EU, external and internal security will be one of the key areas where it is vital, no matter what else transpires for Britain, to stay plugged in.

So I welcome the Prime Minister, Ms May's positive comments in this regard during her Munich security conference speech and I hope that accommodation can be found to avoid a security cliff edge if no deal were to transpire during phase two of the negotiations. Finding ways to ensure data protection regulation alignment between the UK and the EU post-Brexit will also be one of the keys to unlocking coordination in the long term between the EU 27 and a post-Brexit Britain.

Hilde Vautmans, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, first of all I would really like to thank my colleague Javier Nart for his excellent work and the very relevant initiative. *Gracias Javier*.

Collega's, de burgers vragen ons natuurlijk om op te treden tegen terroristen en dus moeten we er ook voor zorgen dat we de financiering van de terroristen droogleggen. Daarom denk ik dat de aanbevelingen die we vandaag vanuit het Parlement naar de Commissie en de commissaris sturen om die financiële stromen echt droog te leggen heel belangrijk zijn.

Ze zijn heel concreet, mijnheer de commissaris. U heeft ze opgesomd: meer controle op de grote en, zoals de anderen zeggen, de kleine transacties. Meer controles op die prepaidkaarten. Kijken welke giften er naar het buitenland gaan. Wat gebeurt er met de geldstromen naar de moskeeën?

We moeten niet onnozel zijn. Terroristen hebben financiering nodig als ze terroristische aanslagen willen plegen. Vandaar dat ik ook heel blij ben met het inlichtingenplatform rond financiën dat we vandaag vragen om op te richten.

Maar, collega's, ik wil vandaag nog een stap verder gaan. Sedert 2014 zijn er in Europa 17 aanslagen gebeurd en als je gewoon kijkt naar de daders, dan zaten van de meeste aanslagen één of meerdere daders in één of meerdere databanken. Daarom wil ik van dit moment vandaag gebruikmaken om nog eens een statement te maken. We moeten verder gaan. We moeten gaan naar een echte Europese inlichtingendienst.

Σοφία Σακοράφα, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Πρόεδρε, καταρχήν θέλω να ευχαριστήσω τον κύριο Nart, γιατί κατάφερε να παρουσιάσει μια συμπεριληπτική και ισορροπημένη έκθεση. Κύριοι συνάδελφοι, δεκαεννιά χρόνια από το πρώτο σχετικό ψήφισμα των Ηνωμένων Εθνών, σήμερα δρουν περισσότερες τρομοκρατικές οργανώσεις με περισσότερα χρήματα από ποτέ. Η πραγματικότητα αυτή δεν πρόκειται να αλλάξει όσο εμμένουμε, μονοσήμαντα, στην αποτροπή της χρηματοδότησης των τρομοκρατών μέσω του διεθνούς χρηματοπιστωτικού συστήματος. Εξάλλου, το σύστημα αυτό είναι που αναπτύσσει και υιοθετεί ορισμένα από τα μέσα που χρησιμοποιούν οι τρομοκράτες για τη χρηματοδότησή τους. Επιπλέον, οι περισσότερες επιθέσεις στην Ευρώπη απαιτούν σήμερα πολύ λίγους πόρους και οι τρομοκράτες χρησιμοποιούν μεθόδους μεταφοράς και συγκέντρωσης κεφαλαίων που αποφεύγουν το διεθνές χρηματοπιστωτικό σύστημα. Είναι υποκριτικό να προσποιούμαστε ότι προσπαθούμε να καταπολεμήσουμε την τρομοκρατία όταν συνεργαζόμαστε με χώρες που εσκεμμένα επιτρέπουν την εκκώλυση της.

Κύριε Επίτροπε, πείτε μας ποια είναι τα κράτη και τα καθεστώτα με τα οποία συνεργάζεται η Ευρωπαϊκή Ένωση, παρόλο που αυτά έχουν εμπλακεί έμμεσα ή άμεσα στη χρηματοδότηση τρομοκρατικών οργανώσεων; Πείτε μας ποιος τους εξοπλίζει; Πείτε μας τι κάνετε για να βοηθήσετε τις περιοχές στις οποίες αναπτύσσονται τρομοκρατικές οργανώσεις ώστε να αντιμετωπίσουν τις παράνομες οικονομικές δομές που τις τροφοδοτούν; Πότε εργαστήκατε πραγματικά για την προώθηση της ανάπτυξης στις περιοχές αυτές; Πότε εργαστήκατε για τη βελτίωση της διακυβέρνησης και την καταπολέμηση της διαφθοράς στις περιοχές αυτές; Σε αυτά θα πρέπει να επικεντρωθεί η πολιτική σας στη μάχη κατά της τρομοκρατίας, αν πραγματικά πιστεύετε ότι μπορείτε και θέλετε να την νικήσετε.

Bronis Ropė, *Verts/ALE frakcijos vardu*. – Iš tikrųjų sveikinu ir džiaugiuosi pranešėjo parengtu darbu, kuris, manau, ypatingai svarbus šios dienos kontekste. Taip pat noriu atkreipti dėmesį į dvi kertines spragas, kurias turime pašalinti. Tai, visų pirma, bankinės veiklos skaidrumas. Nors bankinė sistema yra laikoma per daug svarbi, kad būtų galima imtis radikalių reformų, visgi skaidrumas ir, visų pirma, efektyvios priemonės, skirtos mokesčių rojams sunaikinti, apsunkintų terorizmo finansavimą ir padėtų visos Europos ekonomikos konkurencingumui. Antra – ideologinė. Didžioji dalis teroristinių grupuočių veikia religiniu pagrindu. Gal visgi pats laikas pagalvoti apie tai, kad Europa turėtų imtis realių veiksmų, kad skatintų demokratinių religinių judėjimų atsiradimą kaip savotišką krikščionių demokratų partijos analogą. Tai taptų gyvybinga alternatyva religiniam ekstremizmui ir sudarytų galimybes šiuo metu marginalizuotų konfesijų atstovams save išreikšti demokratiname politiniame gyvenime.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, Commissioner, despite the myriad rules and regulations introduced into the banking system, I strongly believe that the only way to stop the flow of funds to jihadists is to physically deny them their safe havens. We know sympathisers raise funds across the globe and extort money through kidnapping and other crimes to support these wicked people. However, the greatest funding comes from control of a territory, especially territory such as we've seen in Iraq, with natural resources such as oil and gas. It is imperative that we prevent jihadists from controlling such areas and incumbent on nation states – not the European Union – to protect their citizens by empowering their military forces to take whatever necessary action.

Dominique Martin, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, Madrid, Londres, Paris, voilà plus de dix ans que nous attendons ce rapport. Devons-nous rappeler que les attentats terroristes en Europe, c'est 2 400 morts depuis 2001? 2 400 morts depuis 2001! Que les revenus annuels de Daech s'élèveraient à 3 milliards de dollars? 3 milliards de dollars!

Évidemment que nous devons nous assurer de ne pas participer à ce financement, notamment par l'achat du pétrole. Mais que nous proposez-vous? Que nous proposez-vous? De confier notre sécurité aux institutions européennes et aux établissements bancaires.

Sur 100 dollars blanchis dans le monde, les banques n'en interceptent que 80 centimes – le prix d'une baguette – démontrant ainsi leur impuissance.

Quant aux institutions européennes, elles soutiennent – et je cite M^{me} Mogherini, haute représentante de l'Union européenne pour la politique de sécurité – que «l'islam politique a sa place en Europe». L'islam politique a sa place en Europe. Souhaitez-vous vraiment leur confier notre sécurité?

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, ο ISIS μπορεί να έχει ηττηθεί στρατιωτικά σε όλα τα μέτωπα, πλην όμως, για να καταπολεμηθεί αποτελεσματικά η τρομοκρατική δραστηριότητα των τζιχαντιστών πρέπει να διακοπεί ή να περιοριστεί τουλάχιστον η δυνατότητα χρηματοδότησης τους. Η προσπάθεια αυτή είναι δύσκολη, διότι οι τρομοκράτες μεταβάλλουν συνεχώς τις μεθόδους χρηματοδότησης. Αυτή τη στιγμή, γνωρίζουμε ότι η χρηματοδότηση των τρομοκρατών γίνεται κυρίως μέσω τραπεζών δυτικών αλλά και αραβικών χωρών, οι οποίες τις υποστηρίζουν απροκάλυπτα, καθώς επίσης και από δωρεές υποστηρικτών με μικρά ποσά, τα οποία προέρχονται από κέρδη μικρών επιχειρήσεων και έτσι παρακάμπτεται το χρηματοπιστωτικό σύστημα. Για το λόγο αυτό, πρέπει να υπάρξει συνεργασία όλων των αρχών και των υπηρεσιών ασφαλείας όλων των χωρών, ούτως ώστε να υπάρξει ανταλλαγή πληροφοριών. Πρέπει επίσης να ελέγχονται στις τράπεζες οι λογαριασμοί των υπόπτων καταθετών. Αυτό όμως δεν επιτρέπει την παραβίαση των δικαιωμάτων των καταθετών. Δεν πρέπει επίσης να χρησιμοποιηθεί για τη δίωξη πολιτικών αντιπάλων.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, este relatório de Javier Nart é muito importante. O Daexe não acabou, mesmo se territorialmente derrotado. Acabaram outras cabeças da rede terrorista, da Al Qaeda ao Boko Haram. O combate ao terrorismo tem de estar no centro da agenda da segurança da União Europeia, em particular com atenção à região MENA, sem o deixar instrumentalizar por ambições políticas, geopolíticas e sectárias de Estados regionais.

Prioritário neste contexto é o seguimento e bloqueio do financiamento às redes terroristas via sistemas como as *wallets* e criptomoedas, mas também investindo em negócios legais, em particular no Iraque, na Turquia, mas também na própria União Europeia.

O próprio Comissário Moscovici, num relatório sobre a «fraude carrocel» no IVA, há um ano, mostrou que 50 mil milhões de euros por ano são desviados e reciclados por organizações terroristas, incluindo grupos terroristas como a Al Qaeda.

Os nossos Estados-Membros continuam a recusar as reformas que foram propostas no sistema de IVA para obviar a isto. A quarta diretiva contra o branqueamento de capitais ainda não está a ser implementada por vários Estados-Membros e os Estados-Membros recusaram, no âmbito da quinta diretiva, a criação de uma unidade de investigação financeira europeia, que é absolutamente indispensável para combater o financiamento do terrorismo.

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Fru formand! Det er glædeligt, at Europa-Parlamentet med den betænkning, som vi behandler i dag, og med nedsættelsen af et udvalg, der ser på antiterrorisme, begynder at tage truslen fra og kampen mod terror alvorligt. I alt for mange år har Europa-Parlamentet været stopklods for effektiv antiterrorlovgivning. Vi kan bare se på hele processen omkring det at få vedtaget europæiske PNR-regler. Derfor glæder jeg mig også over denne betænkning og ordførerens arbejde. Jeg er dog ked af, at vi ved afstemningen i AFET nedstemte en række ECR-forslag, der kunne have gjort betænkningen endnu mere robust og endnu mere effektiv med hensyn til at forhindre finansiering af terrorisme. Især har den statslige sponsering af terrorisme, som vi ser fra visse lande i Mellemøsten, desværre ikke fået den rolle i betænkningen, som vi i ECR-Gruppen gerne havde set. Derfor håber jeg, at vi kan tackle de udfordringer, som statssponseret terrorisme forårsager, mere effektivt i forbindelse med vores anbefalinger fra udvalget vedrørende terrorisme.

André Elissen (ENF). – Voorzitter, Europa is de afgelopen jaren opgeschrikt door talloze door de islam geïnspireerde en gelegitimeerde terroristische aanslagen. Volgens de EU-coördinator voor terrorismebestrijding zijn er meer dan 50 000 geradicaliseerde moslims in Europa. Toch komt het woord islam precies nul keer terug in het verslag, nul keer. Wat dit Parlement doet is niet meer dan een druppel op een gloeiende plaat. De titel van dat verslag is goed. De inhoud is volstrekt onvoldoende. Er wordt gesproken over onzinnige termen als islamofobie en zogenaamde aanvallen op moslims. Dit terwijl islamieten verantwoordelijk zijn voor 99 % van alle terroristische moorden in 2015 en 95 % van alle terroristische moorden in 2016. Voorzitter, dat zijn niet mijn gegevens, maar de gegevens van Europol. Critici krijgen een stempel opgedrukt islamofob te zijn, terwijl de echte oorzaak, de islam, niet wordt benoemd. Het is de omgekeerde wereld. Voorzitter, wat ons betreft is er geen plaats in Europa voor jihadisten en geradicaliseerde moslims en worden de grenzen onmiddellijk gesloten.

Jeppe Kofod (S&D). – Fru formand! I centrum af København står der store betonklodser overalt, og i de fleste andre europæiske storbyer ser man samme syn. De pynter ikke i bybilledet, men de er der af en grund: For at beskytte os mod terror, for at stoppe dem, der vil os det ondt!

Ligesom vi sætter fysiske stopklodser for terrorisme i vores byer, skal vi også sætte reguleringsmæssige stopklodser for dem, der finansierer terror.

Desværre er der alt for mange banker, som sætter profitter over principper. De holder ikke styr på, hvem der overfører penge til hvem, og hvilke lommer pengene havner i. Dertil kommer også, at europæiske banker uforvarende er med til at finansiere, til at medvirke til finansiering af terror og terrororganisationer via hvidvask, sjusk og svindel. Hvidvask nærer og muliggør terror, og begge næres bedst i mørke. Derfor er det på høje tid, at vi slår hårdt ned på de hvidvaskningsbanker, som ikke tager deres ansvar alvorligt. Tak for en god betænkning og den vigtige beslutning, vi træffer her i Parlamentet.

Ангел Джамбазки (ECR). – Уважаема г-жо Председател, уважаеми колеги, последните години неведнъж сме обсъждали и коментирали заплахата за сигурността на европейските граждани, която поражда връзката на ислямистките организации, крайния радикален ислямизъм, с терористичните групи на европейска територия.

Последните години коментирахме, обсъждахме и разглеждахме въпроса за финансирането на Ислямска държава, ДАЕШ, Ал Кайда, Ал Нусра и други подобни заплахи за нашия начин на живот. В хода на войната тези терористични организации загубиха над 90% от своите територии и много от бойците си от кървавите кампании за Рака и Мосул. Това принуди Ислямска държава да се върне към своята клетъчна структура, оформена и разработена в периода 2009-2011 г. Не бива да приемаме това като победа, а по-скоро като малка крачка към разгрома на джихадизма.

Длъжен съм да отбележа, че заради териториалните загуби и търговията с петрол Ислямска държава вече се преориентира към разпространението на наркотици и оръжие. Тези стоки идват основно по канали от Африка и Азия. Трябва да отбележим финансирането на джихадистки групи от Република Турция, Саудитска Арабия и други държави в Персийския залив. Ние трябва да поставим твърди условия за прекратяване на това финансиране, защото е пряка заплаха за националната сигурност за всички държави и членове на Европейския парламент.

Catch-the-eye procedure

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señora presidenta, quisiera felicitar al señor Nart por este informe, que se sitúa directamente en el centro de las preocupaciones de nuestros ciudadanos y que, si tiene un mérito, es el de presentar un catálogo de propuestas concretas: por ejemplo, la plataforma estable de cooperación de los servicios de inteligencia financiera en el marco de Europol, el catálogo de empresas, bancos o entidades financieras que tienen deficiencias en lo que se refiere al blanqueo de dinero o la cooperación con países terceros a través del diálogo político, la asistencia financiera y el refuerzo de su capacidad antiterrorista.

Creo que tenemos que felicitarnos por esta colaboración entre el GAFI y el Consejo de Cooperación del Golfo.

Me parece que este informe, señora presidenta, pone también claramente de manifiesto una serie de deberes a la Comisión para que haga las propuestas oportunas, al Consejo para que aplique con eficacia las sanciones, a los Estados miembros y al Servicio de Acción Exterior, para, como nos decía el comisario, poder dar una respuesta adecuada a esta lacra que amenaza nuestras sociedades.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, Commissioner, dear colleagues, first of all, from 2014 to 2017 — in four years — we have seen 45 big terrorist attacks in Europe that caused hundreds of victims. This situation cannot continue, Commissioner. The security of EU citizens has to become the first priority of the European Union's specialised institutions. I believe that law enforcement and prevention strategy are important, both among EU Member States and in the European Union's external relations. The fight against Daesh and Al-Qaeda should remain at the top of the security agenda in Europe, but of course in the Middle East as well, and not be diverted, especially in the Middle East, to pursuing particular political and sectarian agendas of the regional actors. I strongly believe that, in our fight against terrorists, we need to focus our efforts on police and judicial cooperation and on exchanging information and data and good practices so as to strengthen synergies in the global ...

(The President cut off the speaker)

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η μείωση των πηγών εσόδων των τζιχαντιστών θα γίνει βεβαίως όταν μπει στο στόχαστρο η χρηματοδότηση η δική τους και φυσικά η χρηματοδότηση της τρομοκρατίας. Για να γίνει αυτό, πρέπει φυσικά να ελέγξουμε τις χώρες οι οποίες στηρίζαν τους τζιχαντιστές και ξέρουμε ποιες είναι. Είναι η Σαουδική Αραβία, το Κατάρ και η Τουρκία. Η Τουρκία έκανε λαθρεμπόριο καυσίμων στηρίζοντας τους ίδιους τους τζιχαντιστές. Επομένως, εκεί πρέπει να στραφούμε. Πρέπει να βρούμε τρόπους για να παγώσουν τα περιουσιακά στοιχεία αυτών, οι οποίοι πραγματικά λειτουργούν υπέρ των τζιχαντιστών, στην Τουρκία και στις άλλες χώρες. Είναι πολύ συγκεκριμένα τα μέτρα που πρέπει να πάρουμε. Επιπλέον, πρέπει να ελέγξουμε και τα τεράστια ποσά, το ξέπλυμα χρήματος που γίνεται στο ποδόσφαιρο. Πολλές араβικές χώρες στηρίζουν ποδοσφαιρικές ομάδες, με στόχο την παραπέρα ριζοσπαστικοποίηση των φτωχών μουσουλμανικών πληθυσμών. Όλα αυτά πρέπει να τα δούμε για να μπορέσουμε να αντιμετωπίσουμε τους τζιχαντιστές.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, στο εξαιρετικά σημαντικό πρόβλημα της τρομοκρατίας και ειδικά δε στο πρόβλημα της ισλαμικής τρομοκρατίας, είμαστε εξαρχής κάθετοι και ξεκάθαροι. Καμία ανοχή στους τρομοκράτες, επιπλέον όμως καμία ανοχή και σε όσους υποστηρίζουν ή χρηματοδοτούν τις ενέργειές τους. Δυστυχώς, δεν έχει γίνει μέχρι τώρα κανένα σοβαρό βήμα ως προς την ημειπίσημη κρατική χρηματοδότηση τρομοκρατικών οργανώσεων. Χαρακτηριστικό παράδειγμα είναι η περίπτωση της Τουρκίας, για την οποία αποτελεί πλέον κοινό μυστικό πως για μεγάλο χρονικό διάστημα χρηματοδοτούσε το Ισλαμικό Χαλιφάτο μέσω του λαθρεμπορίου πετρελαίου. Επίσης, όλοι σε αυτήν εδώ την αίθουσα γνωρίζουμε τον επεικώς αμφιλεγόμενο ρόλο της Σαουδικής Αραβίας, του Κατάρ και άλλων κρατών του Κόλπου και την αποκάλυπτη ορισμένες φορές στήριξη που παρέχουν στις διάφορες ισλαμιστικές οργανώσεις που λειτουργούν ως συγκοινωνούντα δοχεία με τους τρομοκράτες. Ειδικά δε ο πόλεμος στη Συρία έχει υπάρξει εξαιρετικά αποκαλυπτικός όσον αφορά το ρόλο των κρατών αυτών. Θα πρέπει λοιπόν να ελεγχθούν οι ύποπτες χρηματοδοτήσεις που πολύ συχνά είναι καλυμμένες με τον μανδύα των φιλανθρωπικών ιδρυμάτων. Όταν και όπου διαπιστώνονται τέτοιου είδους συναλλαγές, θα πρέπει να επιβάλλονται πολύ αυστηρές κυρώσεις – όχι μόνο σε πρόσωπα αλλά και στα ίδια τα κράτη.

Arndt Kohn (S&D). – Frau Präsidentin! Ich möchte dem Auswärtigen Ausschuss für den Initiativbericht zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung herzlich danken. Der Bericht ist ein wichtiger Anstoß für das Parlament, mit der Verordnung über die Einfuhr von Kulturgütern endlich voranzukommen. Letzte Woche wurden die Ergebnisse der Operationen Athena und Pandora 2 von Interpol und der World Customs Organization bekannt, bei der 41 000 illegal gehandelte Kunstobjekte – darunter viele antike – beschlagnahmt wurden. Der Handel mit Kunst und Kulturgütern ist mittlerweile genauso ausgeprägt wie der Drogen- oder Waffenhandel; den Zusammenhang mit der Terrorfinanzierung haben die VN bereits 2015 festgestellt.

Wir dürfen nicht zulassen, dass durch fehlende Zollbestimmungen ein derartiges Businessmodell funktioniert und Anschläge in Europa und anderswo finanziert. Ich fordere das Parlament und alle Mitgliedstaaten auf, sich für bessere Zollkontrollen, bessere Weiterbildung der Zollbeamten und effektive internationale Kooperationen einzusetzen. Denn nur gemeinsam können wir illegalen Handel mit Kulturgütern bekämpfen und Anschläge verhindern...

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodo predsjednice, ukidanje izvora prihoda džihadističkim organizacijama temelj je učinkovite borbe protiv terorizma. Podržavam sve mehanizme kojima ćemo učinkovito suzbiti financiranje terorizma, uključujući i bolji nadzor vjerskih ustanova za koje postoje indicije da su uključene u širenje ekstremizma, ali ti mehanizmi moraju biti dovoljno selektivni da ne zahvate nekužne građane i negativno utječu na njihove slobode.

Ne smijemo zaboraviti ni to da financijska i logistička pomoć teroristima, izravno ili neizravno, često dolazi i od nas samih. Naša licemjerna vanjska politika koja se odbija jasno odrediti prema nekim zemljama koje su dokazani sponzori međunarodnog terorizma i priznavanje te naoružavanje skupina koje nam nisu istinski partneri također doprinose jačanju džihadista.

Za svoje dobro moramo biti puno dosljedniji i oprezniji, što znači da konačno moramo imati pravu strategiju, a ne se voditi dnevnopolitičkim motivima.

(Govornica je pristala odgovoriti na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice (članak 162. stavak 8. Poslovnika))

Maria Grapini (S&D), Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”. – Doamnă președintă, stimată colegă, în principiu sunt de acord cu ce ați spus dumneavoastră. Dar ați spus, între altele, că noi suntem de vină, că noi nu am luat măsuri suficiente. Puteți să ne spuneți ce ar trebui să facă Parlamentul, Uniunea Europeană, Comisia, pentru a pune capăt finanțării terorismului și a actelor de terorism? Pentru că e bine să criticăm, dar să venim și cu soluții.

Ruža Tomašić (ECR), odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice. – Kolegice, vi jako dobro znate da neke države članice trguju još uvijek s onima za koje je rečeno da ne smijemo trgovati. Dakle, jedno ovdje govorimo, drugo radimo. Ako se donesu zakoni da svi zajedno moramo raditi na suzbijanju korupcije, onda svi zajedno moramo raditi, a ne da neke države mogu, a neke ne mogu. Dakle, prema svima bi trebali biti isti zakoni.

(End of catch-the-eye procedure)

Julian King, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to express particular thanks to Mr Nart for the report and thank everyone for today's important debate.

I want to caution against the suggestion that in some way we have a defeated Daesh. We have made very welcome progress on the ground against the so-called caliphate, but Jihadi extremist terrorism remains active in a number of countries and the terrorist threat – including to us here in Europe – remains very high. They are still able to produce and spread poisonous propaganda. We will be announcing some new measures to tackle that aspect of the problem later today. They still have access to significant sources of funding and funds that they have previously raised.

That is why the work that you've been highlighting in this report to disrupt the sources of revenue of terrorist organisations, to limit their capacity to move and use funds and to support law enforcement in their efforts to detect financial movements of terrorists, in order to identify them and frustrate their plans and tackle the networks, is so important.

I agree with those who've underlined the importance of making progress on information exchange and information-sharing. We have made some progress, there is still more that needs to be done. With the help and support of this House, I hope that this year we will be able to agree to further strengthen the key law-enforcement and information-sharing networks and databases and make sure that they work together effectively.

In particular, we're going to come forward with further proposals to strengthen the network of financial intelligence units and the ability of law enforcement to work with those units, and I hope you will support that.

I agree with those who've spoken about the transnational character of the terrorist threat, and that is why we need a common European approach. That approach needs to be rooted in and complementary with actions taken at national level and international cooperation. That's our objective. That's the work that we're pursuing, with your help and support, to continue to build an effective security union to better protect our citizens.

Javier Nart, *ponente*. – Señora presidenta, una cuestión tan extraordinariamente sensible como importante: más de doscientas ochenta enmiendas, un consenso completo, los grupos satisfechos, el comisario King contento y yo también.

President. – The debate is closed.

The vote will take place shortly.

Written statements (Rule 162)

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. – De aanpak en preventie van terrorismefinanciering zijn cruciaal in de strijd tegen terreur. Zodra de geldbronnen opdrogen, wordt het een stuk moeilijker voor terroristen om hun activiteiten uit te voeren. Daarom moeten we zo snel mogelijk een beter zicht krijgen op die geldstromen, en schimmige transacties onderschep-
pen en bestraffen.

Dat is echter alleen mogelijk als ook de samenwerking op Europees niveau optimaal verloopt. Concreet moet de oprichting van een Europees inlichtingenplatform voor terrorismefinanciering de info-uitwisseling tussen de nationale inlichtingendiensten verder verbeteren. Het Parlement wil ook dat er een Europees financieel traceringsysteem komt om de betalingsverrichtingen van en naar terreurnetwerken efficiënt te kunnen opsporen.

De nieuwe antiwitwasrichtlijn waarover de EU eind vorig jaar een akkoord bereikte, is al een belangrijke stap vooruit in de strijd tegen terrorismefinanciering. Zo moeten inlichtingendiensten makkelijker toegang krijgen tot bankregisters bij gegronde vermoedens van terroristische connecties. Maar inlichtingendiensten moeten die informatie ook onderling efficiënt uitwisselen. België speelt ter zake al een voortrekkersrol, met o.a. het verbod op anonieme prepaidkaarten. Laat ons zulke goede praktijken ook met andere lidstaten delen, om zo een doeltreffende en proactieve, op Europese leest geschoeide aanpak uit te werken.

Monika Beňová (S&D), *písomne*. – Účinný boj proti terorizmu a prevencia súvisiacich hrozieb si vyžaduje cieleé opatrenia zamerané na zastavenie jednotlivých foriem jeho financovania. Odstránenie teroristických sietí od peňažných zdrojov je z pohľadu posilňovania bezpečnosti kľúčové. Nevyhnutnou súčasťou týchto snáh je ďalší rozvoj spolupráce spravodajských zložiek jednotlivých členských štátov Európskej únie. Cieľom nie je vytváranie nových inštitúcií či orgánov na európskej úrovni, ale posilnenie koordinácie v rámci existujúcich systémov výmeny informácií. Terorizmus je ohrozením pre slobodu európskych krajín a ich obyvateľov. Efektívny boj proti organizovaným skupinám, ale aj jednotlivcom ohrozujúcim bezpečnosť občanov je preto najvyššou prioritou. Nesmieme pripustiť, aby bol naďalej ohrozovaný

system práv a istôt, ktorý je dôležitou súčasťou európskeho integračného projektu. Hlavným cieľom všetkých extrémistov a radikálov bez rozdielu je šírenie zmätku, nárast strachu a chaosu v spoločnosti. Akékoľvek prijímané opatrenia preto musia byť komplexné a racionálne, a to aj z dôvodu, že vždy predstavujú istú mieru záťaže pre verejné rozpočty.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Gerbiamas Pirmininke, pasaulis ir Europa nuo daugelio metų grumiasi su islamistinio pagrindo terorizmu. Vienas iš pagrindinių kovos su terorizmu elementų yra jo finansavimo, įskaitant naudojantis slaptomis sukčiavimo ir mokesčių slėpimo, pinigų plovimo ir mokesčių rojų grandinėmis, šaltinių atkirtimas. Teisėtos kilmės finansavimą gavėjas gali, deja, nukreipti trečiosioms šalims, individams, grupėms, įmonėms ar subjektams, susijusiems su teroristine veikla. Verta paminėti, kad terorizmas yra pasaulinio masto nusikaltimas, taigi veiksmingas atsakas taip pat turi būti pasaulinio masto ir visa apimantis, kartu vykdant tarptautinį finansų įstaigų, teisėsaugos institucijų ir teisminių institucijų koordinavimą, o keitimasis susijusia informacija apie fizinius ir juridinius asmenis ir įtartiną veiklą yra būtinas, turint mintyje, kad asmens duomenų apsauga ir privatumo užtikrinimas yra svarbios pagrindinės teisės. Dėl to verta paremti ataskaitoje esantį įrašą, raginantį ES Tarybą sugriežtinti tikslinių sankcijų ir kitų ribojamųjų priemonių taikymą visiems asmenims ir subjektams, kurie bet kuriuo būdu teikia ekonominius išteklius „ISIS/Da'esh“, „Al-Qaida“ ar kitoms džihadistų grupuotėms.

Romana Tomc (PPE), pismo. – Podpiram predlog parlamenta, saj so preventivne strategije, ki temeljijo na izmenjavi najboljših praks in izmenjavi sumljivih ustreznih informacij med obveščevalnimi službami, bistvene v boju proti financiranju terorizma oz. terorističnih napadov.

Onemogočanje virov financiranja terorističnih mrež naj bo prednostna naloga, saj je to učinkovito orodje za zmanjševanje uspešnosti teh mrež. Vzpostavitev mreže strokovnjakov za boj proti terorizmu v delegacijah EU, zagotovitev financiranja za programe, namenjene spodbujanju izmenjave najboljših praks med obveščevalnimi službami znotraj držav članic EU kot tudi tretjih držav, so nujno potrebni ukrepi.

Poziv državam članicam naj oblikujejo skupne preiskovalne enote z Europolom, ki bodo skrzebele za nadzor sumljivih organizacij, ki se ukvarjajo z dejavnostmi, kot so nezakonita trgovina, tihotapljenje, ponarejanje in goljufive prakse, je zelo pozitiven. Nujno potrebujemo programe in sredstva držav članic, da bi lahko ti programi bili uspešni.

Jarosław Wałęsa (PPE), in writing. – I would like first to congratulate the rapporteur, Mr Nart, on a very good report with a catalogue of specific solutions. Combating the financing of terrorism is a demanding topic and I agree that it should be a key priority, as it constitutes a useful tool in hampering the effectiveness of terrorist networks. All Member States should make every effort, and should take joint action, to cut the flow of funds and other financial assets and economic resources to individuals and entities on the ISIL (Daesh) and al-Qaeda sanctions list.

We repeatedly underline how extremely important it is that information sharing among financial intelligence units should be improved and speeded up. Therefore, it is a crucial aspect of the sharing of best practices among intelligence agencies. The report rightly pointed to the investigation and analysis of terrorists and of terrorist organisations' methods of recruiting and the transfer of terrorist financing. There is no doubt that, as the EU, we must continue to oppose cruel and unacceptable acts of terrorism. We should remember that the fight against terrorism is fundamental to the security of European society. We are required to take appropriate measures in response to every type of threat against our citizens.

5. Prioritäten der EU für die 62. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (Aussprache)

President. – The next item is the report by Izaskun Bilbao Barandica and Ángela Vallina, on behalf of the Committee on Women's Rights and Gender Equality, on a European Parliament recommendation to the Council on the EU priorities for the 62nd session of the UN Commission on the Status of Women (2017/2194(INI)) (A8-0022/2018).

Izaskun Bilbao Barandica, *ponente*. – Señora presidenta, señora comisaria, quiero comenzar esta intervención agradeciendo muy especialmente a Ángela Vallina su talante, sus ideas y entusiasmo para trabajar juntas en un informe que también agradece y saluda a las aportaciones de todas y todos los que han trabajado con nosotras. Creo que por primera vez en la historia de la humanidad hay un movimiento potente generalizado en favor de la igualdad que queremos ayudar a que progrese con trabajos como el que hoy presentamos.

El texto que hoy debatimos va a ser la contribución que la Unión realizará este año al principal foro intergubernamental dedicado a promocionar la igualdad y el empoderamiento femenino: la Comisión de la Condición Jurídica y Social de la Mujer de las Naciones Unidas. Las instituciones comunitarias deben garantizar la plena participación del Parlamento y su Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género en su 62.^a Asamblea, dedicada este año a mejorar la situación de las mujeres que viven en el medio rural y a poner especial atención a su acceso a las nuevas tecnologías y a los medios de comunicación.

La Unión quiere asumir un papel protagonista en el impulso y fortalecimiento de un proceso que es justo, democrático y social y económicamente rentable. Es, por eso mismo, bueno para la humanidad en su conjunto y especialmente relevante para poder cumplir los Objetivos del Milenio, entre los que ocupa un lugar principal la lucha contra el hambre, la pobreza y la marginación. Y en ese proceso, las mujeres, su empoderamiento y su posición en pie de igualdad con los hombres son determinantes. Y lo son particularmente en el medio rural, en el que las mujeres de todo el mundo están llamadas a jugar un relevante papel si se propicia que sus capacidades y aportaciones se visibilicen y proyecten plenamente sobre las actividades productivas.

Actualmente, en el mundo desarrollado, pero especialmente en los países en vías de desarrollo, las mujeres sufren una discriminación particularmente intensa en el medio rural. Informes de las Naciones Unidas estiman que cambiar esta situación incrementaría la productividad del sector primario en más de un 30 %, un progreso imprescindible para poder atender las previsiones de crecimiento demográfico para las próximas décadas.

Por eso, este informe plantea condiciones básicas para acabar con la discriminación y medidas específicas centradas en el medio rural y en el acceso a las nuevas tecnologías y los medios de comunicación, siguiendo el guion propuesto por las Naciones Unidas. Entre las condiciones generales, está la de intensificar el trabajo contra la violencia contra las mujeres y especialmente contra prácticas como los matrimonios forzados o la mutilación genital; además, avanzar en la formación, la educación y la dotación de servicios sociales universales y gratuitos para poder propiciar la igualdad de oportunidades entre hombres y mujeres. Un objetivo lastrado ahora por un evidente desequilibrio en el reparto de las tareas que están vinculadas a la logística doméstica y a los cuidados de niños y personas mayores.

Para propiciar en el mundo rural el desempeño profesional femenino, apostamos por un estatuto de la mujer profesional en el mundo rural, como el que ya está en vigor en el País Vasco. Sus pilares básicos son el acceso a la propiedad y titularidad o cotitularidad de las explotaciones y a los sistemas de seguridad social. Igualmente, el establecimiento de vías específicas de financiación para poder impulsar nuevas actividades y productos; una formación específica que incorpore habilidades digitales y modernice y dé otra dimensión al papel femenino en la creación de nuevos productos y su comercialización; la progresiva incorporación de las mujeres a los procesos de decisión, tanto en el ámbito público como en el sector privado, incluyendo desde las instituciones hasta las organizaciones de productores de cooperativas y empresas de producción y transformación; y una recopilación de datos estadísticos, sistemática y homogénea, que permita evaluar los resultados de las políticas en pro de la igualdad completa con este catálogo de medidas.

Estamos convencidas de que la consolidación de un estatuto de la mujer profesional en el ámbito rural que impulse, reconozca y proteja esta equiparación es una conquista, no solo de las mujeres, sino de la humanidad. Y esto va a ser especialmente visible si esta verdadera revolución en favor de la justicia y de la igualdad se acelera en los países en vías de desarrollo.

Señora presidenta, con su generosidad, deseo añadir solo una cuestión: lamento que, entre las noticias destacadas de este Parlamento, una vez más no se haya incluido un informe tan importante, cuando se trata de la igualdad de las mujeres en el mundo.

Ángela Vallina, *ponente*. – Señora presidenta, comisaria, en primer lugar, me gustaría agradecer, desde luego, a la señora Jourová, su participación en este debate, así como a mi colega, la coponente Izaskun Bilbao, su excelente trabajo y cooperación y todo el trabajo que hemos realizado conjuntamente en este informe; también quiero dar las gracias a los ponentes alternativos de los diferentes grupos.

Desde la Comisión de Derechos de la Mujer y de Igualdad de Género presentamos esta Recomendación del Parlamento al Consejo para el próximo periodo de sesiones de la Comisión Jurídica y Social de la Mujer de las Naciones Unidas, que comienza próximamente en Nueva York y en el que participará una delegación de este Parlamento, en la que estaremos nosotras.

El tema prioritario de esta sesión es el empoderamiento de las mujeres y las niñas en el mundo rural, y en esta cuestión decidimos las coponentes centrar nuestro informe. Y es que se estima que más del 75 % de la población que vive en la extrema pobreza a nivel mundial se encuentra en las zonas rurales. El 90 % de los países en el mundo tiene al menos una ley que limita la igualdad económica de las mujeres.

Millones de niñas en el mundo rural se ven privadas cada día del derecho a ir a la escuela porque, al no tener acceso ni al agua potable ni a la electricidad, son las responsables principales de ir a buscar agua o combustible para sus familias. Para ello, tienen que recorrer, en muchos casos, varios kilómetros, expuestas, además, a la violencia sexual en su trayecto.

Para romper el círculo de la pobreza es imprescindible impulsar el empoderamiento de las mujeres y las niñas rurales a través del acceso a la educación, a la sanidad y a los recursos productivos. Por eso, en nuestro informe, recomendamos al Consejo que, en el marco de la próxima sesión de la Comisión de las Naciones Unidas, promueva políticas destinadas a erradicar la pobreza y a garantizar un nivel de vida adecuado para grupos particularmente vulnerables, como las mujeres y las niñas, y especialmente a través del sistema de protección social; programas que garanticen que las mujeres y sus familias tengan acceso a sistemas universales de protección social que incidan en su futura situación de jubilación y contribuyan así a reducir la brecha de las pensiones de naturaleza pluridimensional; el derecho y el acceso a una atención sanitaria universal y de calidad, que se adecúe a las necesidades de las mujeres y las niñas rurales y, en particular, por lo que respecta a la salud y a sus derechos sexuales y reproductivos; el acceso universal a servicios adecuados de cuidado de la infancia y de las personas mayores en zonas rurales; que las mujeres y las niñas rurales puedan acceder fácilmente a créditos y recursos productivos y que reciban apoyo en sus iniciativas económicas.

Y le recomendamos asimismo que garantice los derechos de propiedad de las mujeres rurales, en particular su derecho a ser propietarias de explotaciones agrarias y a heredar tierras, lo que constituye una herramienta muy importante para su empoderamiento económico y les permite participar plenamente en el desarrollo de las zonas rurales y beneficiarse del mismo; que condene todas las formas de violencia contra las mujeres y garantice que no se prive a ninguna de las víctimas en zonas rurales y aisladas de un acceso igualitario a la asistencia y protección; que desarrolle políticas de empleo, servicios y programas dirigidos a atender situaciones precarias de aquellas mujeres rurales que, a menudo, trabajan en el sector informal y que pueden enfrentarse a múltiples formas de discriminación interseccional por sexo, edad, clase, religión, etnia, discapacidad o identidad de género; que proporcione asistencia y apoyo adaptados a las necesidades e intereses; que garantice los derechos humanos fundamentales de los trabajadores migrantes y estacionales y de sus familias, en especial de las mujeres y las niñas, y que promueva su integración en las comunidades locales; que promueva la incorporación de la perspectiva de género.

Y solamente quiero añadir que en un momento crítico, en el que se está produciendo efectivamente un retroceso por primera vez en décadas en los derechos de la mujer y las niñas a nivel mundial, hacemos un llamamiento al Parlamento Europeo para que apoye esta Recomendación.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, later this month the United Nations Commission on the Status of Women will hold its 62nd session in New York.

This year the priority theme is the empowerment of rural women and girls, while the review theme is participation in, and access of women to, the media and information and communication technologies and their impact on, and use as, an instrument for the advancement and empowerment of women. I am happy that, as in previous years, there will be an EU delegation representing the team of Europe led by my colleague, Neven Mimica, with Members of the European Parliament as part of the EU delegation.

The position of women and the full enjoyment of their human rights by women and girls are still areas of concern for us in 2018. Progress on these topics is by no means a given. In fact, we have seen attempts to go backwards and to call into question once again the rights of women and girls, including in Europe. We discussed these questions thoroughly, together with many stakeholders, during the Annual Colloquium on Fundamental Rights in November last year.

In this global context, the EU is one of the world leaders in gender equality. We are by far the biggest investor. With the EUR 500 million EU-UN Spotlight Initiative, the latest commitment to collaborate with other international organisations in combating violence against women, a global alliance is being formed. And, to mitigate gender-based violence in humanitarian crises, the EU has taken over the leadership for the call to action on protection from gender-based violence in emergencies.

Furthermore, the EU will strive for the session to adopt agreed conclusions that take into account the particular reality of rural women and girls world-wide, that challenge social norms and gender stereotypes, that promote equal economic independence for women and men, that promote women's participation in decision-making at all levels, and that strengthen the prevention of all forms of violence against women and girls and the protection of its victims.

I would like to thank Parliament for drafting such a comprehensive document that captures the priorities related to this year's priority team very well. The Members of the European Parliament have an important role to play, complementary to that of the Member States and the other EU institutions. I am very happy to be here today, and I welcome this opportunity to listen to your views on priorities for the upcoming session.

President. – I am aware that there are a lot of people who would like to contribute to the debate in catch the eye. However, I think that catch the eye is not possible because of the time constraints. I apologise to colleagues who would like to contribute, so please contribute in writing. I would ask those who now take the floor to adhere to their time please.

Dubravka Šuica, u ime Kluba zastupnika PPE-a. – Gospođo predsjednice, ravnopravnost žena i muškaraca osnovna je vrijednost Europske unije, koja je sadržana i u Ugovoru o Europskoj uniji i promovira se kao temeljni prioritet u vanjskim aktivnostima Unije. Ova tema „Izazovi i mogućnosti u postizanju ravnopravnosti spolova i osnaživanju žena i djevojaka u ruralnim područjima” na 62. sjednici Vijeća Ujedinjenih naroda o položaju žena za mene je jako važna u cilju uklanjanja nejednakosti na temelju spola.

Uzimajući u obzir porast urbanizacije velikog broja obitelji koje se sele iz ruralnih u gradska područja, vrlo je važno pružiti razne i dobro promišljene poticaje za mlade žene i obitelji da se razvijaju i napreduju u ruralnim područjima. Jedan od tih poticaja mora se usredotočiti na ravnopravnost žena i muškaraca budući da većina žena u svijetu živi u ruralnim područjima, a do sada se nije dovoljno raspravljalo o diskriminaciji žena u takvim područjima. Znamo svi da je obrazovanje važno i da ono igra ključnu ulogu u životu svake osobe. Potpuni pristup obrazovanju mora se pružiti svim ženama u ruralnim područjima za bolju kvalitetu života, ali i za uklanjanje razlike u plaćama između muškaraca i žena.

Također moramo uzeti u obzir i klimatske promjene kojima svjedočimo, a koje najviše utječu na ruralna područja i na žene koje tamo žive. Čak i nakon desetljeća na međunarodnoj razini, a ne samo na razini Unije, jaz između muškaraca i žena ostaje velik, posebno u ruralnim područjima. Naša Unija mora predvoditi borbu protiv nejednakosti žena i muškaraca i zato ovu preporuku smatram dobrim materijalom i nadam se da ćemo u tom smjeru nastaviti dalje i da će Unija i dalje prednjačiti u borbi protiv nejednakosti.

President. – Ms Grapini has requested a blue card but as time is short in this debate I am afraid I am not going to be able to accept any blue cards.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, comisaria, hoy traemos a debate una resolución que pretende fijar la posición de este Parlamento ante la posición que Europa —en este caso, el Consejo— debe llevar a la Comisión de la Condición Jurídica y Social de la Mujer de las Naciones Unidas. En esa asamblea se debatirá sobre muchas cuestiones y, sobre todo, acerca de la situación específica que viven en el mundo las mujeres del medio rural.

Quiero agradecer el trabajo de la señora Bilbao y de la señora Vallina para generar un documento que ha surgido del debate y del trabajo de muchas y muchos de quienes participamos en estas actuaciones y que consideramos que es fundamental hablar de la condición de las mujeres en el medio rural.

Hablamos de una doble discriminación que sufren las mujeres en el medio rural. Hablamos de las dificultades de acceso al empleo, de las cuestiones referidas a la violencia de género, pero también de la necesidad de impulsar servicios públicos para garantizar el acceso de las mujeres a la educación o, por ejemplo, también a la sanidad y a los derechos de salud sexual y reproductiva. Y, en ese sentido, quiero recordar especialmente que hoy hace un año que se inició la plataforma *SheDecides*, donde cientos de miles de voces de mujeres y hombres clamaban contra la decisión de la Administración del señor Trump que, en esos momentos, planteaba el recorte de los fondos a las organizaciones que están trabajando en los derechos de salud sexual y reproductiva.

Hablamos de la salud de las mujeres, hablamos de la salud de las niñas y no podemos correr el riesgo de obviar estos peligros. Por lo tanto, continuemos siendo muchas las voces a favor de los derechos de salud sexual y reproductiva de las mujeres en el mundo.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Wśród priorytetów Unii Europejskiej na sesję ONZ w Nowym Jorku jest wzmocnienie ekonomicznej sytuacji kobiet mieszkających na terenach wiejskich. Myślę, że wszyscy doskonale wiemy, że kobietom na terenach wiejskich jest szczególnie trudno. Bardzo często wykonując tę samą ciężką fizycznie pracę co mężczyźni, otrzymują niższe wynagrodzenie. Mają trudniejszy dostęp do opieki zdrowotnej, edukacji, kształcenia.

Bardzo dobrze, że dzisiaj właśnie o tych sprawach mówimy, bo możemy efektywnie poprawić sytuację kobiet poprzez ułatwienie dostępu do edukacji, usług zdrowotnych, usług medycznych, opieki społecznej. Musimy również mówić o tym, że kobiety powinny mieć zagwarantowane prawo do emerytury. Te kobiety, których życie skupia się na opiece nad osobami starszymi w rodzinie, nad chorymi, nad dziećmi.

Będę więc popierała te wszystkie priorytety, które uważam za właściwe, dobre i słuszne. Bez zbędnej ideologii.

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora presidenta, señora Jourová, los medios de comunicación y las tecnologías de la información nos muestran cómo nos vemos a nosotros mismos, nuestra propia imagen como sociedad, y, al asomarnos a ellos, vemos que se mantienen demasiados estereotipos sobre hombres y mujeres, que seguimos ofreciendo a los jóvenes roles y visiones del pasado.

Las mejores iniciativas en favor de la igualdad de género se centran en combatir los prejuicios en los niños y jóvenes, en enseñar la igualdad y la no discriminación, en decir a las niñas que pueden ser lo que ellas quieran y que pueden querer lo mismo que los niños.

Pero estas iniciativas luchan con desventaja frente a la inercia de los medios, que siguen ofreciendo imágenes y relatos de mujeres y niñas altamente sexualizadas o en roles tradicionales. El público observa cómo mientras a un hombre se le valora en función de su experiencia o conocimiento, de una mujer lo principal suele ser su físico. Creo que esto tiene mucho que ver con la cultura organizativa de los medios y con la escasa presencia de mujeres en puestos de responsabilidad.

Si esta brecha de representación está presente en todos los sectores, en el de la comunicación y las nuevas tecnologías tendrá consecuencias mucho más sensibles. Por eso, con el máximo respeto a la libertad de expresión, debemos favorecer una mayor implicación de los medios en la defensa de la igualdad, que es la lucha de todos, de toda la sociedad.

Maria Lidia Senra Rodríguez, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta, señora comisaria: tres propuestas que nos preocupan hoy a las mujeres en el mundo rural.

La primera cuestión: queremos protección frente a las corporaciones transnacionales que ocupan nuestra tierra, nuestros territorios, a menudo con mucha violencia y, además, para robar nuestros recursos naturales y también nuestras aguas.

En segundo lugar: protección frente a la agricultura industrial que destruye nuestros puestos de trabajo, que contamina, que fumiga pueblos enteros y que, además, nos expulsa de nuestros mercados locales y de nuestros mercados de proximidad.

Y una tercera cuestión: el reconocimiento legal de nuestros derechos como campesinas a través de leyes de titularidad compartida que nos otorguen el 50 % de los ingresos de la explotación, el 50 % de las ayudas, el 50 % de los derechos de producción, y que, además, nos garanticen una pensión digna.

Y, en este sentido, quiero pedirle, señora comisaria —y termino—, que retiren el producto paneuropeo de pensiones individuales, que va a ocasionar una brecha mayor en las pensiones de las mujeres rurales.

Linnéa Engström, för Verts/ALE-gruppen. – Fru talman! Skulle du kunna tänka dig att föda barn i en bil, 50 mil från närmsta barnmorska? Det tvingas kvinnor i Sollefteå i norra Sverige att göra, på grund av att förlossningsavdelningen är nedlagd. Landsbygden måste leva. Det är ett stort problem att skillnaderna mellan land och stad ökar. I mitt hemland Sverige tvingas skräckslagna förstagångsföräldrar köra många mil till närmsta BB, och det är ovärdigt för ett välfärdsland som Sverige. Service som sjukvård och hälsovård måste finnas tillgänglig för alla oavsett var du råkar bo.

Detta betänkande handlar om att lyfta behovet av jämställdhet på landsbygden och kvinnors behov där. Världen över möter kvinnor på landsbygden utmaningar som påverkar deras liv och möjlighet att skapa ett tryggt liv i frihet. Det är viktigt också att betänkandet lyfter behovet av klimaträttvisa och kvinnors situation i fattigare länder. De måste få sina rättigheter tillgodosedda vad gäller rätten till jorden de brukar och rätten till den egna kroppen. Detta är speciellt viktigt med tanke på att kvinnor är viktiga förändringsaktörer på lokal nivå när det gäller att tackla klimatförändringarnas konsekvenser.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Pone Komisijos nary, kolegos, iš tikrųjų Europos Sąjunga turi būti lyderė užtikrinant moterų teises, įgalinimą ir lygias galimybes. Ypatingai kalbant apie kaimo moteris mes privalome suteikti kiek įmanoma daugiau galimybių gauti joms tinkamą išsilavinimą, turėti saugų, gerai apmokamą darbą, užtikrinti teisę į aukštos kokybės sveikatos priežiūros paslaugas, ir, be abejo, kovoti su visų formų smurtu prieš moteris ir kartu užtikrinti, kad net atokiausiose vietovėse gyvenančios moterys turėtų vienodas galimybes gauti reikiamą pagalbą.

Kaimo moterų darbas labai dažnai yra atlyginamas menkliau nei toks pat vyrų darbas ir jis net nėra oficialiai pripažįstamas, todėl tikrai raginu sudaryti sąlygas kaimo vietovių moterims pereiti iš neoficialiosios ekonomikos į oficialiąją ir pripažinti, kad kaimo moterys dirba įvairiose srityse ir dažniau skatina pokyčius, kuriant tvarų ir ekologišką žemės ūkį. Taip pat būtina užtikrinti visapusią prieigą prie tinkamų vaikų priežiūros paslaugų gyvenant ir kaimo vietovėse.

Julie Ward (S&D). – Madam President, this year the Commission on the Status of Women has chosen to focus on rural women, and rightly so. Women in rural areas are too often overlooked, despite their crucial role in their communities. They are more affected by climate change than men; they are more dependent on natural resources; and they play a significant role in ensuring food security for their communities. Their role in the fight against malnutrition is crucial, and their empowerment is necessary. I am happy to report that this report highlights the importance of women's involvement in citizenship, but we must remember that fair political representation will never be achieved if girls' human rights are not fulfilled. This means eliminating FGM, giving girls access to reproductive health and menstrual sanitary products, and fighting against rape culture, child marriage and all forms of gender-based violence. Later this month, I'll join with colleagues to take our work to the United Nations in New York, but I am very concerned that Mr Trump's administration has refused to grant visas to many women activists who planned to attend, and that this refusal is a way to silence the grassroots women's movement. I therefore call on the EEAS and the Member States to use all diplomatic channels to help ensure that these attendees can obtain their visas.

President. – Commissioner Jourová, you have heard from women about the status of women, so I invite you to respond.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, it has been a pleasure to hear your views and recommendations for the Council on the upcoming meeting of the Commission on the Status of Women and I am happy to see such strong commitment and I hope our levels of ambition will be met.

Izaskun Bilbao Barandica, *ponente*. – Señora presidenta, comisaria, gracias a todas por las aportaciones.

Podría terminar este debate insistiendo en las medidas que proponemos, desgranando estadísticas. Podría ser un discurso educado, correcto, pero creo que frío.

La violencia contra las mujeres, la discriminación, la desigualdad merecen un tratamiento de choque. Por eso voy a hablarles de Ifé, una mujer que se asomó un día a mi blog personal en una entrada que dediqué a condenar el violento asesinato de una mujer como ella. Se llamaba Ada, sin hache, sin suerte y sin varita mágica...

Ifé es una mujer subsahariana. Durante tres años seguidos lloró y se desesperó mientras trataba de sobrevivir en el primer mundo, mientras ahorrraba para buscar un futuro mejor en el tercero. Porque aunque su piel brillante, tersa, negra reflejaba a veces el neón, su cada día eran las lámparas rojas que señalizaban su calvario. Era la semioscuridad. Era el contrato de bailarina que le permitió obtener un permiso de residencia. Era la siniestra coreografía de la dominación, del abuso, de la falta de respeto, de la deshumanización. Eran los billetes que guardaba y eran los que le quitaba aquel delincuente tras cada noche de «servicios».

Ifé lloró mucho, pero cada lágrima le recordaba que la alternativa era casarse a los doce años con un hombre mucho mayor elegido por su padre, pegón, grosero; sufrir una espantosa mutilación para convertirla en un objeto al servicio del señor de la casa; recorrer diariamente decenas de kilómetros encorvada bajo el peso de quince litros de agua; respirar humo tóxico para transformar lo que aquí pasaría por desperdicios en una única comida al día; arar la tierra con las uñas; parir unos cuantos hijos y ver morir a la mitad; pasar hambre; sufrir, poco a poco, la pérdida de dientes, el brillo de los ojos, las grietas en la piel; apagarse; acabar arrinconada, a los veinticuatro, como un mueble desvencijado e inservible.

Un mundo justo, humano, con valores sigue ofreciendo a muchas mujeres rurales, como Ifé, la terrible disyuntiva de elegir entre lo malo y lo peor. Este informe es un grito de rebeldía contra esa realidad y un intento por cambiarla. Conseguirlo es responsabilidad de todos.

Ángela Vallina, *ponente*. – Señora presidenta, me gustaría terminar recordando que las mujeres y las niñas en el mundo rural son agentes imprescindibles para lograr la erradicación de la pobreza en todo el mundo, terminar con el hambre, promover la agricultura sostenible y lograr la seguridad alimentaria.

Muchas gracias por todas las aportaciones. Creo que estamos ante un informe de consenso, una coponencia entre el Grupo ALDE y el Grupo GUE/NGL en la que ambas coponentes hemos trabajado para acercar posturas, primero, entre nosotras y luego, con el resto de los grupos.

Por eso, les manifiesto de nuevo mi agradecimiento por sus contribuciones. Y, en este momento, les pido un apoyo mayoritario y decidido al texto del informe como ha sido aprobado por la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género y que tiene como prioridad contribuir al empoderamiento de las mujeres y de las niñas en el mundo rural.

President. – The debate is closed.

The vote will take place shortly.

Written statements (Rule 162)

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome the recommendation on the EU priorities for the 62nd session of the UN Commission on the Status of Women and the provisions provided within. I strongly share the opinion that we have to put the spotlight on the empowerment of rural women, as they are often the primary care providers in their families and communities. However, they are confronting numerous difficulties in accessing childcare and elderly care for their families, which generates a disproportionate burden on women and hampers their integration into the labour market.

Finally, as also pointed out in the report, the fifth UN Sustainable Development Goal (SDG5) consists in achieving gender equality and empowering all women and girls throughout the world. Therefore, the Union and its Member States must step up their efforts and be at the forefront of the empowerment of women and girls. I would remind you that we have a duty to work towards the achievement of full gender equality in the Union, and to promote this goal in all external relations.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *in writing*. – I support the recommendation of the European Parliament presented to the Council for the 62nd session of the UN Commission on the Status of Women. The EU could stand as one of the examples in terms of gender equality and therefore should be vocal in promoting those values across the world. We need to encourage all countries to further develop and implement policies to facilitate the lives of women and girls around the globe, and especially to prevent discrimination and domestic violence, to promote access to education and involvement in public life that mainly remain limited in rural areas, and to eliminate the gender pay gap and unfair conditions in employment.

The entrepreneurial potential and economic benefit of full women's participation in the labour market represents the underexploited source of economic development. We should urge the ratification and implementation of the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities, with a special focus on article 6 relating to the rights of women with disabilities, the Marrakesh VIP Treaty, and to pursue policies to address the situation of women facing social exclusion and poverty. Furthermore, the EU should call on the 18 remaining members of the Council of Europe to ratify the Istanbul Convention.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Egalitatea de gen și drepturile femeilor sunt lucruri pe care le discutăm la nivel european și la nivel național și, totuși, în acest secol avem încă discriminarea femeilor, mai ales în mediul rural. Așa cum s-a precizat în dezbaterile de azi, 75 % din populația săracă trăiește în mediul rural. Felicit raportoarele, dar cred că nu vom rezolva această problemă a egalității de gen dacă nu vom investi în educație, mai ales în mediul rural. Apoi ar trebui să avem măsuri specifice de finanțare a femeilor care doresc să dezvolte o afacere, dar și pentru asistența sanitară specifică pentru femei.

Susțin raportul, dar este important să se supravegheze modul de implementare a normelor, regulilor și regulamentelor aprobate la nivel european și nivel național.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – Female empowerment is becoming more and more important on the agendas of international organisations such as the UN, which is a great success. However, there is still a lot of work that needs to be done. I congratulate the rapporteurs for their work on the report. They touched upon important issues such as women's accessibility to formal and informal education, especially in rural areas, the promotion of digital skills and the use of ICT. I believe that in this digital age the promotion of digital skills is the main solution to help women, especially those living in rural areas, to increase gender equality, reduce the wage gap between men and women, as well as to give women equal opportunities. Therefore, I encourage the creation of informal programmes such as Coder Dojo that we have here in Europe which encourages boys and especially girls to learn digital skills such as coding. We firstly have to change the attitude that ICT technologies are 'only for boys'. It should not be covered by gender prejudices. I believe that access to ICT is the most effective way forward for female empowerment.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Jedno od temeljnih načela EU-a je poštovanje i rad na većoj ravnopravnosti žena i muškaraca. Tijekom posljednjih desetljeća društvene i gospodarske okolnosti i životni uvjeti znatno su se promijenili pa se tako radi na poboljšanju položaja žena i djevojčica, te suprotstavljanju rodnim stereotipima, u čemu bi EU trebao biti predvodnik.

Treba stati na kraj svim oblicima diskriminacije žena i djevojčica u cijelom svijetu i zauzeti se za suzbijanje svih oblika nasilja koji predstavljaju teška kršenja njihovih temeljnih prava, a koja su izravna posljedica te diskriminacije. Sve vlade trebale bi izraditi programe namijenjene iskorjenjivanju spolnog i rodno uvjetovanog nasilja i štetnih praksi kao što su dječji, rani i prisilni brakovi te genitalno sakaćenje žena i trgovanje ljudima. S druge strane treba ulagati u obrazovanje, cjeloživotno učenje i strukovno osposobljavanje žena i djevojčica, osobito u ruralnim područjima, posebice u područjima znanosti, tehnologije, inženjerstva i matematike (STEM) te poduzetništvu i inovacijama, s obzirom na to da su ta područja važan alat za postizanje ciljeva održivog razvoja, te da promiču ravnopravnost u poljoprivrednom i prehrambenom sektoru, turizmu i drugim industrijama u ruralnim područjima.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE), kirjallinen. – Ehdotus Euroopan parlamentin suositukseksi neuvostolle EU:n painopisteistä naisten asemaa käsittelevän Yhdistyneiden kansakuntien toimikunnan 62. istuntoa varten on tärkeä. Istunnon teemana ovat sukupuolten tasa-arvon saavuttamista koskevat haasteet ja mahdollisuudet sekä maaseudun naisten ja tyttöjen voimaannuttaminen.

Tasa-arvo on yksi EU:n perustana olevista arvoista. EU:n on edistettävä naisten ja miesten välistä tasa-arvoa aktiivisesti sekä EU:n sisällä että kansainvälisesti. YK:n kautta tapahtuva vaikuttaminen on tällä sektorilla olennaista. Sukupuolten välisen tasa-arvon parantaminen edellyttää huomion kiinnittämistä useille eri sektoreille. Tasapuoliset, sukupuolesta riippumattomat mahdollisuudet saada terveydenhuoltoa, osallistua koulutukseen ja päätöksentekoon ovat esimerkkejä alueista, joihin keskittymällä sukupuolten tasa-arvoa voidaan parantaa. Koulutus on sukupuolten tasa-arvoa pitkällä aikavälillä tehokkaasti edistävä avaintekijä.

On hyvä, että huomiota on kiinnitetty siihen, että ilmastonmuutoksella ja sen seurauksilla on suhteettoman suuri kielteinen vaikutus maaseudun naisiin ja tyttöihin. Ehdotuksessa todetaan, että sukupuolten epätasa-arvolla ja ympäristön pilaantumisen välillä on suora yhteys ja että maaseudun naiset voivat edistää kestävään ja ekologisesti terveeseen maatalouteen siirtymistä. Ympäristönäkökulma onkin yksi syy siihen, miksi sukupuolten välistä tasa-arvoa pitää edistää myös muualla kuin omassa lähiympäristössämme.

Toimenpiteet naisten ja tyttöjen aseman parantamiseksi ovat välttämättömiä. Kansainvälisessä keskustelussa on vaadittava kohtuullisen elintason takaamista ja köyhyyden vähentämistä, koulutusmahdollisuuksien lisäämistä, sukupuoleen perustuvan syrjinnän ja väkivallan poistamista sekä sukupuolten palkkaeron tasaamista. Ihmisillä pitäisi olla tasavertaiset mahdollisuudet riippumatta sukupuolesta.

Agnes Jongerius (S&D), schriftelijk. – Voorzitter, tot in de jaren 1960 was het in Nederland gebruikelijk dat vrouwen stopten met werken als ze trouwden. Gehuwde vrouwen waren zelfs handelingsonbekwaam. Mijn eigen moeder moest er ook aan geloven: toen zij trouwde, mocht ze niet meer voor de klas staan.

Tegenwoordig is dit niet meer de norm, of de wet. Toch plukken we nog steeds de wrange vruchten van die tijd. Voorzitter, we leven nu in 2018, en toch doe ik hier een oproep om een einde te maken aan vrouwenongelijkheid. De cijfers liegen er niet om. Alleen al in Nederland is de inkomensongelijkheid tussen man en vrouw maar liefst 16,1 %. De pensioenongelijkheid is nog groter, een beschamende 44,9 %. We horen bij de slechte middenmoters, met een Europees gemiddelde van 39 %.

Voorzitter, ik pleit voor gelijk loon voor gelijk werk hier in Europa. Dit geldt niet alleen voor Oost- en West-Europa, dit geldt ook voor man en vrouw. Mannen en vrouwen hebben recht op hetzelfde loon voor hetzelfde werk, en daarmee ook op hetzelfde pensioen. Zo kan je vrouwen empoweren, door financieel zelfstandig te zijn. Dicht de pensioenkloof. Nederland en Europa kunnen zoveel beter.

Claudia Tapardel (S&D), in writing. – Gender inequality poses serious threats to achieving a sustainable economy and reaching the goal of a non-discriminatory society. Moreover, the consequences of gender inequality are as serious as they are diverse, affecting girls and women in numerous ways, and especially women from rural areas. Figures show that the work of women from rural areas is often paid less than the work of men for the same output, and they encounter difficulties in getting access to adequate public health services. This situation is unacceptable for the Europe of the 21st century and calls for immediate action, which is why I support the recommendation of the European Parliament to the Council on the EU priorities for the 62nd session of the UN Commission on the Status of Women. We need to focus more on the challenges women from rural areas face, in all Member States, and the key EU priorities to increase the participation of women to media, information and communication technology are vital for the advancement and empowerment of women. My view is that we must make extra, but concrete, efforts to achieve gender equality and I fully support the use of digital technology as an instrument to sustain these efforts.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), γραπτώς. – Σε λίγες μέρες, 8 Μάρτη, είναι η Μέρα της Γυναίκας. Και πέρα από τα λόγια περί «ισότητας», πώς πραγματικά τη γιορτάζει η Ευρωπαϊκή Ένωση; Με την πρόσφατη απόφαση του Ευρωπαϊκού Δικαστηρίου που απελευθερώνει την απόλυση εγκύων γυναικών στα πλαίσια ομαδικών απολύσεων, αρκεί λέει, να μη γίνεται λόγω της εγκυμοσύνης, αλλά για οικονομικούς λόγους. Κοροϊδία. Βαρβαρότητα. Για την εργοδοσία, λόγος είναι ότι εγκυμοσύνη και μητρότητα δεν συμβαδίζουν με κέρδη, ανταγωνιστικότητα. Αγριεύει η εργασιακή ζούγκλα των «ιδιωτικών συμφωνητικών» με υποψήφιες εργαζόμενες πως δεν θα δημιουργήσουν οικογένεια, συμβάσεων που δεν ανανεώνονται όταν η εργαζόμενη μείνει έγκυος. Με ποσοτώσεις ανά φύλο δεν αλλάζουν οι νόμοι της καπιταλιστικής εκμετάλλευσης που αξιοποιούν για τα κέρδη τις διακρίσεις κατά των γυναικών σαν μέσο μείωσης μισθών, γενίκευσης της ευέλικτης εργασίας. Οι προτεραιότητες της Ένωσης εχθρεύονται τα εργασιακά, ασφαλιστικά, κοινωνικά δικαιώματα των γυναικών. Τα δικαιώματα των γυναικών κινδυνεύουν από δικαστικές αποφάσεις, κοινοτικές οδηγίες, εθνικές νομοθεσίες. Και κατακτώνται μόνο με συμμετοχή τους στο εργατικό, λαϊκό κίνημα.

(The sitting was suspended at 11.28)

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

6. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 11.36)

Manfred Weber (PPE). – Herr Präsident! Ich habe um das Wort gebeten, weil ich noch einmal eine Dringlichkeit aufrufen will, und zwar die Tatsache, die Sie gestern schon in Ihrem Statement angesprochen haben, nämlich die Tötung des slowakischen Journalisten. Wir haben heute in den europäischen Medien neue Fakten dazu gehört, dass nach dem Fall in Malta und nach dem Fall in der Slowakei jetzt leider Gottes zwei Journalisten in ihrem Einsatz für die Meinungsfreiheit ermordet worden sind. Ich möchte aufgrund der Dringlichkeit bitten, weil diese Woche keine CoP-Sitzung ist, dass wir als Parlament zum Ausdruck bringen, dass wir Wert darauf legen, dass es eine unabhängige Ermittlung im Fall der Slowakei gibt, dass die Fakten auf den Tisch gelegt werden, um die Unabhängigkeit zu erzielen.

Zum Zweiten: Nachdem heute auch in den öffentlichen Medien berichtet worden ist, dass EU-Gelder offensichtlich eventuell missbraucht worden sind, würde ich bitten, dass wir unseren CONT-Ausschuss beauftragen, eine eigene Untersuchungsmission in die Slowakei zu senden. Das Europäische Parlament muss die *driving force* sein, um Licht ins Dunkel der Vorfälle in der Slowakei zu bringen und die unabhängigen Journalisten zu beschützen. Ich bitte, dass wir das als Parlament auf den Weg bringen.

(Beifall)

Udo Bullmann (S&D). – Herr Präsident! Ich glaube, dass dieses Parlament – und das darf ich für meine Fraktion sagen – sich von niemandem übertreffen lassen wird, wenn es darum geht, den Rechtsstaat zu verteidigen und alle kriminellen Vorfälle – schlimme Vorfälle wie die Tötung von Journalisten – vorbehaltlos zu untersuchen, rückhaltlos zu untersuchen und allem auf den Grund zu gehen.

Wir sind deswegen auch dafür, dass wir zu gegebener Zeit, wenn die Faktenlage das erlaubt, hier eine Aussprache dazu durchführen. Das ist, glaube ich, auch der Konsens unter den Kräften des Hauses. Ich will nur daran erinnern, dass diese Mission, die vom Kollegen Weber vorgeschlagen wurde auf der Agenda des TAXE-III-Ausschusses steht, also ohnehin für den neuen Untersuchungsausschuss, den wir heute auch in Gang bringen wollen, vorgesehen ist. Ich bitte den Präsidenten, sich mit den Verantwortlichen in TAXE III ins Benehmen zu setzen, damit keine Doppelarbeit erforderlich wird.

Ansonsten möchte ich Herrn Weber daran erinnern, dass wir alles vorbehaltlos untersuchen. Das gilt für alle Staaten der Europäischen Union, unabhängig von der Frage, welcher Regierungschef gerade möglicherweise auch Mitglied der EVP ist. Das wird uns nicht hindern, in klarer und radikaler Weise alles zu untersuchen, was zu untersuchen ist. Das gilt auch für aktuelle Korruptionsvorwürfe, die in dem Zusammenhang laut geworden sind.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Mr President, I would like to stress that the murder of journalists should never become a question of party politics. It is too serious a matter.

(Applause)

This Parliament took tough action when this happened in Malta and we should do the utmost to take similar action when it happens in the Slovak Republic. Therefore I support the suggestion by Mr Weber to send an ad hoc mission to Slovakia, and to do so under the remit of the Conference of Presidents, because we cannot wait another few weeks until a secretariat has been created for the new committee: we have to act now. Journalists have the right to act freely in investigating corruption and taxation issues, and this Parliament should waste no time in safeguarding that right.

(Applause)

Presidente. – Sono anch'io convinto che la libertà di stampa non sia né una questione di destra, né di centro, né di sinistra. La libertà di stampa è un valore fondamentale per tutta l'Unione europea e lo deve essere per tutti i governi, di qualunque colore siano.

Quindi credo che la soluzione migliore sia quella di avviare oggi stesso una procedura scritta attraverso i presidenti dei gruppi politici per decidere di inviare un gruppo di parlamentari, vediamo in quale formula, in Slovacchia per accertare cosa è accaduto, così come la commissione «Panama Papers» andò a Malta per vedere quello che stava accadendo. Vi proporrò una procedura scritta nel pomeriggio, in modo che non si debba perdere altro tempo.

Devo altresì dirvi che oggi sono state arrestate tre persone: si tratta di tre cittadini italiani che vivevano in Slovacchia. Però il problema è capire non soltanto chi sono gli esecutori materiali, ma chi sono i mandanti dell'omicidio. Ancora non abbiamo capito bene chi erano i mandanti dell'omicidio di Daphne Caruana Galizia. Come ho detto, continuerò a insistere su questo argomento perché non possiamo dare lezioni agli altri se prima non guardiamo dentro casa nostra.

Quindi procederò rapidamente con una procedura scritta in modo che tutti i gruppi possano formalmente esprimere la loro volontà e sia possibile mandare quanto prima questa delegazione di parlamentari.

Alessandra Mussolini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, parlando anche a nome del mio collega Alberto Cirio e di altri a proposito della Slovacchia, noi presentiamo questa interrogazione. Il Presidente Weber ha parlato di fondi, di un uso non corretto, ma c'è anche un uso non corretto della delocalizzazione, del *dumping* interno, e mi riferisco ai lavoratori dell'Embraco, che saranno licenziati, e l'azienda potrebbe passare dall'Italia alla Slovacchia. Questo è un uso improprio, è gravissimo che accada all'interno delle regioni dell'Unione europea.

Presidente. – Mi sono occupato direttamente della vicenda perché ieri, accompagnati dal presidente della Regione Piemonte, sono venuti i lavoratori e i rappresentanti sindacali dell'impresa in questione. Mi sono già mobilitato per cercare di dare una risposta concreta e sono in sintonia con i sindacati, con il presidente della Regione e anche con le autorità italiane che stanno seguendo la vicenda.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, you're talking about Member States upholding the rule of law, and about the murder of journalists. And, given that we have Nils Muižnieks sitting here and going to address the House, I think it is important that we remember the murder, by loyalists, of human rights lawyer Pat Finucane and the fact it has been evidentially proven that there was British collusion in that murder. So here you have a Member State involved in the murder of a human rights lawyer – Pat Finucane.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sappiamo e apprezziamo quello che Lei ha fatto ieri e farà per questa situazione molto incresciosa sulla quale, come Lei sa, gli sforzi del governo italiano convergono nella stessa direzione: chiedere alle imprese multinazionali che abbiano un senso di responsabilità sociale. Quando vanno in un paese investono, lavorano, e non possono chiudere per motivi puramente finanziari, perché ne va della loro *reputation* e quindi diventa anche un danno per loro.

Le chiedo solo che nel corso di questa valutazione, che farà anche la commissione per il controllo dei bilanci con tutti gli strumenti che avremo, noi si valuti anche se i fondi regionali, i fondi europei che vanno alle regioni meno sviluppate per crescere, vengono invece utilizzati per fare questo da *dumping* del lavoro, sociale e fiscale. Penso che, accanto a tutte le azioni che faremo per quest'impresa, per i lavoratori che abbiamo ricevuto tutti insieme, ci sia anche questo aspetto dell'utilizzo dei fondi europei.

Ana Gomes (S&D). – Madam President, I have the honour to lead the mission to Malta and I would like to concur that indeed there is still more work to be done. We are waiting for an answer from the Conference of Presidents but, of course, the work to be done should be done under the remit of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, and the new committee that is to be established following on from the Committee on Money Laundering, Tax Avoidance and Tax Evasion (PANA Committee).

However, Mr President, what I wish to ask for now is that you should raise with the Vice-President of the Commission and High Representative for Foreign Affairs and Security Policy the situation in Ethiopia. Brutal repression is going on. The Government, including the Prime Minister, has resigned. A state of emergency has been re-imposed, and the statement made by the European Union is a shame by comparison with the one put out by the Americans condemning the reinstatement of the state of emergency.

I ask you to bring this up with the Commission and with High Representative Mogherini. The European Union needs to take a position in the light of our values and the interests of democracy – which must be inclusive – in Ethiopia, as well as the re-establishment of the rule of law and respect for human rights.

Presidente. – Non stiamo facendo una discussione sui diritti umani. Ci sono state delle richieste di interventi per questioni urgenti, però abbiamo un ospite, credo sia anche nostro dovere. Possiamo intervenire prima della discussione.

Rebecca Harms (Verts/ALE). – I ask you Mr President to now come to the agenda.

(Applause)

Because on the issue we are discussing it fits very well to listen to Mr Muižnieks.

Presidente. – È quello che stiamo facendo, ma la vicenda del giornalista assassinato è una vicenda talmente grave che anche il Commissario per i diritti umani che abbiamo invitato, il signor Muižnieks, avrà ben capito l'importanza della questione. Lo ringrazio per aver pazientato per qualche minuto, ma si parlava anche qui di diritti umani.

(La seduta è sospesa alle 11.48. Il Parlamento si riunisce in occasione dell'allocuzione di Nils Muižnieks, Commissario per i diritti umani del Consiglio d'Europa.)

7. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 11.58)

8. Abstimmungsstunde

Presidente. – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)

8.1. Wahl eines Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (anstelle von Ryszard Czarnecki) (Abstimmung)

Presidente. – L'ordine del giorno reca l'elezione di un Vicepresidente del Parlamento europeo in sostituzione dell'on. Czarnecki. Ricordo che ai sensi dell'articolo 20 del regolamento, il nuovo Vicepresidente prende il posto del Vicepresidente uscente che sostituisce nell'ordine di precedenza.

Ho ricevuto le candidature dell'on. Krasnodębski, proposta dal gruppo ECR, e dell'on. Tarand, proposta da un numero di deputati pari almeno alla soglia bassa. I candidati mi hanno comunicato di accettare le candidature. Poiché il numero dei candidati è superiore al numero dei seggi da assegnare, dobbiamo procedere, conformemente all'articolo 17, paragrafo 1, del regolamento, a una votazione a scrutinio segreto. Procederemo pertanto all'elezione con il voto elettronico segreto.

— Dopo la votazione:

James Carver (EFDD). – Mr President, I voted for a candidate on three occasions, and on three occasions the vote has been registered and then has disappeared. The system is not working.

(Il Parlamento elegge Zdzisław Krasnodębski Vicepresidente del Parlamento europeo.)

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

8.2. Versicherungsvertrieb: Geltungsbeginn der Umsetzungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten (A8-0024/2018 - Werner Langen) (Abstimmung)

Věra Jourová, Member of the Commission, in writing. – The Commission recalls that under the Interinstitutional Agreement on Better Law-Making of 13 April 2016 the European Parliament, the Council and the Commission agreed that in order to swiftly and correctly apply Union legislation in the Member States, the time limit for transposition of directives would be as short as possible and, generally, not exceed two years.

In view of the particular timeframe for the application of Directive (EU) 2016/97 and of the Delegated Regulations adopted under this Directive, which resulted in difficulties for small and medium-sized insurance companies and insurance distributors to implement the required changes in time for the application date of 23 February 2017, the Commission exceptionally submitted a proposal to amend Directive (EU) 2016/97 by setting the date for application to 1 October 2016.

The co-legislators have also agreed to postpone the transposition date for Directive (EU) 2016/97 to 1 July 2018. The Commission considers that this cannot be interpreted as creating a precedent, as it must be ensured that all Member States are treated equally, but notes that exceptionally it will not stand in the way of this agreement. The Commission expects Member States to fully comply with their obligation to bring their national transposition measures into force at this date at the latest, in order to give insurance companies and insurance distributors enough time to finalise their preparation and adaptation measures with the full knowledge of the European and national legislative frameworks.

8.3. Bilaterales Abkommen zwischen der EU und den USA über Aufsichtsmaßnahmen für die Versicherung und die Rückversicherung (A8-0008/2018 - Roberto Gualtieri) (Abstimmung)

8.4. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Annemie Turtelboom (A8-0027/2018 - Indrek Tarand) (Abstimmung)

— *Après le vote:*

Indrek Tarand (Verts/ALE). – Madam President, as a democrat I appreciate the decision of a parliament and very much welcome your vote in favour of the Belgian candidate.

8.5. Ernennung eines Mitglieds des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (A8-0030/2018 - Roberto Gualtieri) (Abstimmung)

8.6. Einsetzung eines Sonderausschusses zu Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (TAX 3) (B8-0125/2018) (Abstimmung)

8.7. Begriffsbestimmung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen sowie Schutz geografischer Angaben für Spirituosen (A8-0021/2018 - Pilar Ayuso) (Abstimmung)

— *Après le vote:*

Pilar Ayuso (PPE). – Señora presidenta, quisiera solicitar que el asunto se devuelva a la comisión competente con vistas a la celebración de negociaciones interinstitucionales, de conformidad con el artículo 59, apartado 4, del Reglamento interno.

(La demande de renvoi est acceptée.)

8.8. Verpflichtender automatischer Informationsaustausch im Bereich der Besteuerung (A8-0016/2018 - Emmanuel Maurel) (Abstimmung)

8.9. Einwand gemäß Artikel 106 der Geschäftsordnung: Zulassung von gentechnisch verändertem Mais der Sorte 59122 (DAS-59122-7) (B8-0122/2018) (Abstimmung)

8.10. Einwand gemäß Artikel 106 der Geschäftsordnung: Zulassung von genetisch verändertem Mais der Sorte MON 87427 × MON 89034 × NK603 und von genetisch veränderten Maissorten, in denen zwei der Sorten MON 87427, MON 89034 und NK603 kombiniert werden (B8-0124/2018) (Abstimmung)

8.11. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2017/006 ES/Galicia apparel (A8-0033/2018 - Esteban González Pons) (Abstimmung)

- 8.12. **Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Antrag EGF/2017/007 SE/Ericsson (A8-0032/2018 - Urmas Paet) (Abstimmung)**
- 8.13. **Beschluss der Kommission, im Hinblick auf die Lage in Polen das Verfahren gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV einzuleiten (B8-0119/2018, B8-0120/2018, B8-0121/2018) (Abstimmung)**
- 8.14. **Lage der Grundrechte in der EU 2016 (A8-0025/2018 - Frank Engel) (Abstimmung)**
- 8.15. **Perspektiven und Herausforderungen für den Bienenzuchtsektor in der EU (A8-0014/2018 - Norbert Erdős) (Abstimmung)**
- 8.16. **Bankenunion – Jahresbericht 2017 (A8-0019/2018 - Sander Loones) (Abstimmung)**
- 8.17. **Trockenlegung der Einnahmequellen von Dschihadisten – gezielte Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung (A8-0035/2018 - Javier Nart) (Abstimmung)**
- 8.18. **Prioritäten der EU für die 62. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (A8-0022/2018 - Izaskun Bilbao Barandica, Ángela Vallina) (Abstimmung)**

La Présidente. – Ceci clôt l'heure des votes.

9. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll

10. Stimmerklärungen

10.1. Begriffsbestimmung, Aufmachung und Kennzeichnung von Spirituosen sowie Schutz geografischer Angaben für Spirituosen (A8-0021/2018 - Pilar Ayuso)

Explications de vote orales

Момчил Неков (S&D). – Г-жо Председател, Уважаеми колеги, днешният регламент относно определянето, представянето и етикетирването на спиртни напитки, използването на наименованията на спиртните напитки при представянето и етикетирването на други храни и защитата на географски указания е важна стъпка към развитието на сектора.

Радвам се, че предложението ми за запазване на езиковото разнообразие на Съюза беше прието и правото на това многокултурно разнообразие ще бъде защитено. Радвам се, че първоначалното предложение на Комисията за условията за признаване на нова категория също беше преразгледано.

Секторът на производство на алкохолни напитки е вече силно регулиран, затова смятам, че не трябва да бъде допълнително утежняван и затрудняван. Географските означения при спиртните напитки са също изключително важни. Затова смятам, че е необходимо законодателството при спиртните напитки да бъде възможно най-близко до това за селскостопанските храни и продукти. Това ще помогне на целия Европейски съюз да се наложи на световния пазар като защитник на местните традиции, производство и продукти.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η προστασία των γεωγραφικών ενδείξεων για τα αλκοολούχα ποτά είναι κάτι πάρα πολύ σημαντικό, ιδίως για χώρες οι οποίες έχουν παραδοσιακά ποτά, όπως η Ελλάδα, ποτά όπως το ούζο, η τσικουδιά και το τσίπουρο. Πρέπει όμως η εμφιάλωση των παραδοσιακών αυτών ποτών να γίνεται εντός της συγκεκριμένης γεωγραφικής περιοχής. Επιπλέον, όπως επεσήμανα χθες στον κύριο Hogan, πρέπει στην Ελλάδα να διατηρηθεί ο μειωμένος ειδικός φόρος κατανάλωσης για την τσικουδιά και το τσίπουρο, διότι μόνο έτσι μπορεί να προστατευτούν αυτά τα παραδοσιακά ποτά. Στο πλαίσιο αυτό, θα πρέπει η Επιτροπή να αποσύρει την προσφυγή που έχει ασκήσει κατά της Ελλάδας, και όπου βρίσκεται σήμερα ενώπιον του Δικαστηρίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης, διότι πρέπει να διατηρηθεί, επαναλαμβάνω, αυτός ο ειδικός φόρος κατανάλωσης, μειωμένος τουλάχιστον κατά 50%, προκειμένου αυτά τα παραδοσιακά ποτά, δηλαδή η τσικουδιά και το τσίπουρο, να μπορέσουν πραγματικά να επιβιώσουν.

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, some years ago I had a constituency case involving a fruit winemaker in Sussex. Fruit wine was redefined from being a spirit to a wine, so it suddenly fell within the EU's directives on bottling. This guy – who employed, I think, eight other people – suddenly found that they had to change not just his bottles, but his labels, the cases, the prices and everything, because he was using 140 cl and 70 cl bottles rather than the mandated 150 cl and 75 cl bottles. Now, here's the point: that winemaker was not exporting anything. There was no cross-border dimension. He was trading – like the majority of small and medium enterprises – in a fairly limited radius of where his business was situated. The problem with the way that the single market has evolved is that it no longer concerns itself only with issues of trade, but presumes to dictate to even the smallest and most local of businesses – and that reduces consumer choice and reduces economic growth.

Stanislav Polčák (PPE). – Já jsem tento návrh podpořil, i když musím říci, že i já vnímám za problematické, pokud se předepisují pravidla, která mají dopadat jednotně na velmi omezený trh. Je to skutečně mnohdy zatěžující pro male výrobce, pro místní regionální ekonomiku, pro místní producenty a zemědělce.

Na druhou stranu, tato úprava si klade za cíl zamezit klamavým praktikám v obecném měřítku, zajistit ochranu spotřebitelů a zabránit nekalé hospodářské soutěži. To jsou hodnoty, které jsem poměřoval při svém hlasování, a nakonec jsem se rozhodl, že tuto zprávu podpořím, tedy i ten návrh té legislativy. Pro mě je velmi podstatné, že se budou jednotně uplatňovat pravidla týkající se lihovin a prováže se to s procesními pravidly týkajícími se geografického označování. I my v ČR máme např. žatecký chmel a chceme, aby i tato surovina byla takto chráněna.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, mar rapóirtéir den ghrúpa INTA, ghlacas páirt sa díospóireacht a bhí againn ar an ábhar seo aréir, agus bhí sí suimiúil agus dar ndóigh bhí sí tábhachtach. Bhí áthas orm gur glacadh leis an tuarascáil le móramh mór anseo inniu mar is ábhar an-tábhachtach é agus go háirithe go bhfuil fás mór ag teacht ar bhíotáille á easpórtáil timpeall an domhain, dá bhrí sin tá sé tábhachtach go mbeadh gach rud ceart againn ó thaobh lipéad agus mar sin de.

Tá blas draíochta ag baint leis na táirgí seo, go háirithe ó mo thír féin, agus táim an-bhródúil as sin. Rud amháin a vótálas ina choinne ná beoir alcóil a bheith glactha mar bhíotáille. Is dóigh liom gur cheart idirdhealú a dhéanamh idir an dá rud agus bhí an Coimisiún ar an ábhar agus ar an bhfocal céanna aréir.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señora presidenta, me sumo a mis colegas a la hora de destacar la importancia de este Reglamento. Estoy satisfecha con lo que hemos aprobado y con el mandato que vamos a llevar del Parlamento.

Creo que se ha tenido sensibilidad con los métodos tradicionales; en el caso de mi país, con el método de la «solera» en el brandy de Jerez, que es muy importante. Estaba recogido en la legislación española y temíamos que no pudiera trasladarse ahora a la legislación europea.

Creo que se ha mostrado respeto a los métodos tradicionales, de lo que me felicito.

Pero quiero decir que he votado en contra de la introducción de los perfiles nutricionales en este Reglamento. Eso no quiere decir que esté en contra de que haya que debatir y avanzar en perfiles nutricionales en bebidas alcohólicas, pero, desde luego, este no era el reglamento y no es el momento oportuno. De ahí mi voto negativo específicamente a esas enmiendas.

Estoy satisfecha con lo aprobado, en líneas generales, en relación con este Reglamento.

10.2. Verpflichtender automatischer Informationsaustausch im Bereich der Besteuerung (A8-0016/2018 - Emmanuel Maurel)

Explications de vote orales

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, doar în 2017, companiile multinaționale au exportat profituri de peste 600 de miliarde de euro. Paradisurile fiscale profită de mobilitatea sporită a capitalurilor și a persoanelor pe piața internă. Am ajuns în situația de a avea acorduri care facilitează evaziunea fiscală transfrontalieră și permit indivizilor și corporațiilor să își mute profiturile în paradisuri fiscale. Dacă autoritățile fiscale nu vor colabora între ele, atunci nu vom rezolva această situație.

De asemenea, recomand autorităților fiscale să folosească milioanele de documente și de informații din ceea ce au descoperit jurnaliștii de investigații – și mă refer la Lux, Panama, „Paradise Papers”, „Laundromat”-ul Azerbaidjan și așa mai departe -, fiindcă toate se referă la paradisuri fiscale și identifică politicieni sau alte persoane care și-au ascuns banii acolo. Deci, statele își pot recupera banii folosind aceste informații.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – No descubro nada nuevo a este Parlamento si les digo que estoy convencida de la necesidad de las normas que obligan a gobiernos y empresas a dar de forma transparente toda la información económica. Por eso hemos apoyado este texto, porque va en la dirección correcta.

La existencia de acuerdos fiscales secretos entre empresas y Estados miembros o las políticas de dumping fiscal como forma de competir entre unos Estados miembros y otros no contribuyen a generar ninguna riqueza, solo contribuyen al fraude y a la evasión y a los paraísos fiscales, como estamos viendo de forma permanente.

Estoy convencida de que las propuestas en la línea en la que se hacen en esta consulta sí son el camino para luchar contra la desigualdad fiscal. Necesitamos más información obligatoria, publicidad en los acuerdos entre Estados miembros y empresas transnacionales. Hay que tapar las goteras de la fiscalidad con transparencia y con información actualizada en el corto plazo.

Estas propuestas, hechas desde la Comisión ECON y apoyadas de forma casi unánime, responden a todos los ciudadanos europeos que esperan que reaccionemos ante su indignación.

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem podpořil také tuto směrnici, protože mám pocit, že právě v boji proti daňovým únikům mohou jednotlivé daňové orgány jednotlivých národních států velmi intenzivně spolupracovat a je třeba, aby zde Evropa v rámci svého evropského práva přijala pro to jasná pravidla, pro přeshraniční spolupráci daňových orgánů.

Už to tady kolegové říkali, problém úniku peněz do daňových rájů je velkým problémem EU a my tedy musíme na to reagovat dostatečně kvalitní legislativou. Proto jsem také tuto směrnici podpořil a doufám, že v praxi bude využívána, že bude implementována do jednotlivých národních právních úprav a přispěje k tomu, aby mezi jednotlivými daňovými orgány členských států docházelo k povinné výměně informací a aby také ti, kteří se snaží založit např. provozovnu v daňovém ráji, tyto skutečnosti povinně hlásili příslušné daňové autoritě.

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, both in the report and in the debate we are being too loose in our language. When we talk about tax havens, and *paradis fiscal*, we are running together two things. One is something which is secret and therefore illegal, which not a single Member of this Chamber is going to defend. Of course it would be wrong for people to escape their legal responsibilities. The other is places that simply have lower tax rates than we would like – and those places, I would argue, are providing a service by providing some constraint on the appetites of less continent governments. This running together of tax avoidance and tax evasion, which runs through so many of these reports, is conflating two very different things. One is a serious criminal offence; the other is something that people do in the UK every time they buy an ISA or premium bonds, or any other legal device that reduces their tax exposure. If we in this House make that elision, how can we expect citizens to respect the difference?

Stanislav Polčák (PPE). – Pro mě je důležité, že bude docházet k výměně informací a bude se tak předcházet daňovým podvodům. Daňové podvody jsou mnohdy prováděny kriminalitou bílých límečků, tzn. velmi inteligentními lidmi, kteří využívají každé mezery, přesouvají své zdanitelné zisky do daňových rájů, takže výměna informací právě v tom přeshraničním styku je velmi důležitá. Také je důležité právě zachování otázky transparentnosti.

Nicméně sjednocovat přímé daně, pro to já bych určitě nebyl, takže pokud šlo o tuto zprávu, o tuto směrnici, mohl jsem ji podpořit, protože podporuji předcházení daňovým deliktům v různých členských státech, ale pokud by měly sjednocovat přímé daně členské státy, tak proti tomu bych se určitě postavil. V tomto smyslu jsem tedy mohl podpořit tento návrh směrnice.

10.3. Beschluss der Kommission, im Hinblick auf die Lage in Polen das Verfahren gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV einzuleiten (B8-0119/2018, B8-0120/2018, B8-0121/2018)

Explications de vote orales

Urszula Krupa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Głosowałam przeciwko rezolucji Parlamentu w sprawie decyzji Komisji o uruchomieniu art. 7 Traktatu w odniesieniu do sytuacji w Polsce. Decyzja ta jest nie tylko wyrazem podwójnych standardów stosowanych w Unii, ale jeszcze jednym atakiem na wybrany w demokratycznych wyborach polski rząd, który zgodnie z wyborczymi obietnicami przeprowadza spóźnione o przynajmniej dwadzieścia lat reformy. Chodzi tu zwłaszcza o reformę sądownictwa, do którego większość społeczeństwa nie ma zaufania.

Reforma funkcjonowania wymiaru sprawiedliwości zgodnie z traktatami należy do kompetencji państw członkowskich. Tak zatroskana o praworządność w Polsce opozycja mimo wieloletnich rządów nie przeprowadziła żadnych reform, a utrzymywała tylko poprzednie patologie.

Proponowane przez polski rząd rozwiązania stosowane są także w innych państwach członkowskich, a różne poziomy wieku emerytalnego są tylko wyrazem szacunku dla kobiet i docenieniem ich pracy jako żon i matek wychowujących dzieci.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Asszony! Természetesen nemmel szavaztam a Lengyelországgal szembeni gyalázatos határozat vonatkozásában, amelyet az az Európai Unió, vagy Európai Parlament hozott, amely egyébként a tömeges rendőri brutalitásokkal, szemkilövésekkel szemben soha nem óhajtott fellépni. Azért is szavaztam így, mert egyetértettem a Magyar Országgyűlésnek a február 21-i határozatával, amelynek a címe: a Lengyelország melletti kiállásról, Brüsszel nyomasztó gyakorlásával szemben.

Idézek belőle: A vasfüggöny mögött eltöltött negyven év alatt elegünk lett a diktátumokból. Magyarországot és Lengyelországot számos jogtalan és igaztalan támadás érte az Európai Unió intézményei részéről a közelmúltban. Lengyelország és Magyarország az Európai Egyesült Államok eszméje helyett az Európai Nemzetek Közösségében hisz. A nyílt társadalom eszméjének terjesztése helyett keresztény kultúránk megőrzését tekintjük feladatunknak. Az Országgyűlés megalapozatlannak tartja, hogy az Európai Parlament és az Európai Bizottság Lengyelországgal szemben az uniós alapszerződés 7. cikke szerinti eljárás megindítását kezdeményezte, illetve arról döntött.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Chciałabym podziękować wszystkim głosującym przeciwko tej haniebnej rezolucji, która ma uderzyć w Polskę. Polska jest wolnym i demokratycznym krajem, szanujemy prawa demokracji i to w demokratycznych wyborach Polacy wybrali większość parlamentarną. Ta większość parlamentarna, idąc za programem wyborczym, mówiła o naprawie niesprawiedliwego systemu sprawiedliwości w Polsce, który był opresyjny wobec słabych i bezsilny wobec silnych. Obiecywaliśmy Polakom, że ten system niesprawiedliwości stanie się systemem sprawiedliwości.

Proponowane przez nas rozwiązania są tożsame z tymi, które funkcjonują w wielu państwach członkowskich. To haniebne, że Parlament Europejski chce angażować się w sprawy, których kompletnie nie rozumie. My system sprawiedliwości odziedziczyliśmy, Pani Przewodnicząca, po PRL-u, po sowieckim komunistycznym bycie.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Dlaczego w sytuacji, w której Parlament Europejski i tak będzie musiał odnieść się do ewentualnego wniosku Rady Europejskiej o podjęcie kroków przeciwko Polsce z art. 7, ale odnieść się przewidzianą przez traktaty większością dwóch trzecich głosów, odbywa się dzisiaj ta debata? W jakim celu? Chyba tylko po to, żeby kroki formalne zastąpić czystą demonstracją polityczną. Chyba po to, by ukryć, że tak naprawdę rządy państw europejskich wzbraniają się przeciwko dalszemu dzieleniu Europy w sytuacji, gdy Europa ma już tyle problemów.

Naprawdę jest coś groteskowego w tym, że w momencie gdy tyle mówimy o populizmie, w miejsce formalnej procedury określonej przez traktaty przeprowadzamy czystą polityczną demonstrację, aby pokazać istnienie większości, która nie jest większością przewidzianą prawem, czyli wymaganą większością 22 rządów państw Unii Europejskiej.

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, what bothers me about this motion is not just the intrusiveness and the presumption about telling a sovereign country how to organise its internal affairs, it is the asymmetry that we see over and over again in this Chamber. Whenever a government is criticised for some domestic policy, you can bet that it is a government that is unpopular in this Chamber because it is patriotic, or because it stands up for its national interests, or because it refuses to endorse the goal of the United States of Europe.

This is a classic example: there were judicial reforms made by the previous Polish Government that resulted effectively in the packing of the bench, with not a peep of protest from this Chamber. But when the current Government undoes those reforms to try and restore a measure of balance to the judiciary, the sky falls in. All of you who voted for this measure know in your hearts that, if this had been a goody-two-shoes federalist government, this motion would never have come before the House.

Bruno Gollnisch (NI). – Madame la Présidente, pourquoi veut-on punir la Pologne? Parce qu'elle a limité la durée du mandat des juges de la Cour suprême, comme le font beaucoup d'États. Parce que la Pologne – et c'est un crime aux yeux de la majorité de ce Parlement – respecte la vie de l'enfant à naître. Parce que la Pologne a un gouvernement conservateur, ce qui est bien son droit. Parce que la Pologne, qui a été victime de l'agression allemande, veut que les camps de concentration qui se trouvaient sur son territoire soient qualifiés peut-être de «camps se trouvant en Pologne» mais pas de «camps polonais», c'est bien la moindre des choses me semble-t-il.

Et on voit bien que la majorité de ce Parlement, appuyant les manœuvres de la Commission, donne l'exemple, finalement le plus cynique qui soit, de la mise sous tutelle à laquelle l'eurocratie voudrait procéder contre les libertés des peuples d'Europe.

Je m'écrie comme naguère, au temps de Napoléon III, un Français au passage du Tsar: «Vive la Pologne, vive la Pologne libre».

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, if we cannot protect our principles inside the EU we will lose the moral right to criticise non-EU countries' decisions. We should create independent evaluation mechanisms and strengthen sanctions for violations of EU fundamental principles within the Union. We have no choice. We have to understand whether we have common values or not.

If not, the only possible decision is to dissolve the European Union. If yes, we must establish discipline among Member States and have the means to enforce it. Therefore, I welcome this motion for a resolution and I hope such discipline will be consistently applied. It is only through consistency in our policies on fundamental rights that we can achieve legitimacy in the eyes of our EU citizens. I voted in favour.

Stanislav Polčák (PPE). – Já jsem tento návrh usnesení podpořil. Podle mého názoru se o právním státu, o demokracii nevyjednává. Ten má jasně daná pravidla – demokratický právní stát.

Já si velmi dobře vzpomínám, když jsme projednávali, je to už řada měsíců, situaci v Polsku, které se účastnila přímo polská premiérka, ta už není ve funkci, byla dotazována, zdali bude respektovat polská vláda nález, který vydá Benátská komise Rady Evropy pro posouzení ústavnosti zamýšlených změn právě v souvislosti se sporem o Ústavní soud. Paní premiérka se vyhnula přímé odpovědi, jestli bude respektovat tento názor odborného stanoviska jiné organizace, Rady Evropy, ne EU. Ten odsudek byl naprosto zdrcující poté, co jej vydala Benátská komise, takže já jsem přesvědčen, že máme mít společné hodnoty, že je to klíčové alespoň v těch základech. O právním státu se nevyjednává, a proto mi nezbývalo nic jiného, než podpořit tento návrh usnesení.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Madam President, I voted against.

Pani Przewodnicząca! Głosowałem przeciwko, aczkolwiek zgadzam się, że partia rządząca nie ma pojęcia, co to są rządy prawa. Tutaj, na sali profesor Legutko powiedział, że muszą usunąć sędziów, którzy głosowali za komuny i skazywali opozycję. Ale oni wykonywali prawo, i tak samo dzisiaj głosowaliby, tak jak chce PiS. Jednak oni nie chcą sędziów, którzy stosowaliby prawa, tylko chcą sędziów, którzy głosowaliby zgodnie z zachciankami partii rządzącej. Sędziowie w nowym prawie będą karani i nagradzani za to, jak głosują, i to jest oczywiście przeciwko wszelkim zasadom rządów prawa.

Ale głosowałem przeciwko, ponieważ każda ingerencja Unii Europejskiej wymierzona w PiS, umacnia PiS. Każdy atak Unii Europejskiej na rządy PiS-u umacnia rządy PiS-u. Dlatego jestem przeciwny tej rezolucji i głosowałem przeciwko. A poza tym sądzę, że Unia Europejska musi być zniszczona.

10.4. Lage der Grundrechte in der EU 2016 (A8-0025/2018 - Frank Engel)

Explications de vote orales

Rory Palmer (S&D). – Madam President, I voted in favour of this very important report. There is nothing more important than the upholding of the fundamental rights of citizens across the European Union. I want to speak today though, about a group of people who do not always see their fundamental rights upheld, and that is people with a terminal illness who sometimes find themselves facing a real challenge and difficulty in upholding their fundamental right to work.

Yesterday we launched a new group in Parliament, of MEPs from across the House, to campaign for stronger legal protection for people with terminal illness in the workplace, and I am grateful for support from colleagues across the House for that group and for that cause. I would also call today on Parliament itself to sign our voluntary charter, to properly protect and support people in the workplace with a terminal illness, so everybody, across the EU, has that fundamental right to work properly upheld.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, luni, jurnalistul slovac Ján Kuciak și logodnica lui, Marina, au fost împușcați. Aveau doar 27 de ani. Ján era jurnalist de investigație și lucra împreună cu alți colegi la investigarea unor crime transfrontaliere referitoare la droguri și la legăturile cu Slovacia. În octombrie, Daphne Caruana Galizia a fost aruncată în aer cu o bombă. Avem două crime de jurnaliști de investigații, violente, în inima Europei. De ce? Pentru că acei jurnaliști au rămas neclintii, pentru că au vrut să spună adevărul lumii despre corupții care ne guvernează și despre toate relele și ilegalitățile pe care le comit și au plătit cu viața. Practic, mafia s-a organizat ca să elimine pe oricine vorbește liber și le expune corupția.

Foarte pe scurt, aș vrea să spun că trebuie să facem o misiune de *fact finding* în Slovacia, cum am făcut și în Malta.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Asszony! Mi magyarok ismét kaptunk üzenetet az Európai Uniótól. Szeretném továbbítani honfitársaimnak így az április 8-i választásokra készülődve. Azt mondja ez az alapvető jogok helyzetéről szóló jelentés: Hangsúlyozza, hogy az Európai Uniónak – 29. pont, a tolmácsok kedvéért mondom – teljes területén befogadási és integrációs politikát kell előmozdítania, valamint elfogadhatatlannak tartja, hogy bizonyos tagállamok azt állítsák, hogy nem érzik érintettnek magukat a migráció jelensége által.

Tessenek elképzelné, az én otthoni honfitársaim, hogy majd azok a baloldali, illetve liberális jelöltek, akik most azt állítják, hogy ők igenis meg fogják tartani a kerítést a határon, ők igenis távol fogják tartani a tömeges migrációt, hogyha egyszer a magyar nép ezt követeli. Hogy fognak majd az itteni pártjaiknak, pártfrakcióiknak nekimenni, nekifeszülni, komolyan gondolják, hogy majd ők lesznek itt a nagy ellenállók? Nehogy már bedőljenek az ilyesminek!

La Présidente. – J'attire votre attention, mes chers collègues, sur le fait que nous devons terminer à 13 h 30 et qu'il y a encore beaucoup d'explications de vote à formuler. Donc nous serons probablement obligés de ne pas tenir compte des dernières, en tout cas oralement.

Miroslav Mikolášik (PPE). – Vážená pani predsedajúca, so správou o situácii v oblasti základných práv v Európskej únii v roku 2016 prišiel do pléna ďalší dokument, ktorý v mnohých ohľadoch vnáša prax rodovej identity v rozpore so zásadou subsidiarity a proporcionality. Správa opätovne zneužíva tému základných práv na ideologický nátlak na určité členské štáty, na verejnú mienku a na presadzovanie absurdného sociálneho inžinierstva. Poukazujem na problematický článok 70, ktorý vyzýva členské štáty, aby ratifikovali Istanbulský dohovor. Ratifikáciou by sa podľa článku 6 zmluvné strany vrátane Slovenska definitívne zaviazali citujem: „začleniť rodovú perspektívu do implementácie a vyhodnocovania vplyvu ustanovení tohto dohovoru“ koniec citátu. Bojovať proti násiliu páchanému na ženách je jednoznačná povinnosť samozrejme, ale dá sa to efektívne aj inak než obetovaním iných základných hodnôt, akceptovaním právnych formulácií, ktoré sú nezlučiteľné so základnými hodnotami a predovšetkým s právnym systémom niektorých členských štátov, na ktorý máme ako zvrchované a demokratické štáty podľa práva EÚ nárok.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! To sprawozdanie wzywa – teoretycznie całkowicie słusznie – by unikać wszelkich nadużyć mogących prowadzić do tyranii większości. Tylko problem polega na tym, że my żyjemy pod tą tyranią większości. Ani rodzina, ani życie, ani wychowanie nie są traktowane jako wspólnoty i dobra, których natury nie ma prawa zmieniać władza polityczna. To samo dotyczy wolności narodów. Wbrew tej wolności i wbrew traktatom obecne władze Unii Europejskiej powołują się na, jak to mówi pan przewodniczący Timmermans, wolę zdecydowanej większości rządów i tego Parlamentu.

O co więc chodzi w tym apelu? Czy naprawdę o tyranie większości czy może o to, żeby znieść ostatnią zaporę, która ochroni naszą wolność, czyli o to, żeby zniewolić opinię publiczną naszych narodów?

Michaela Šojdrová (PPE). – Já jsem pro tuto zprávu nakonec nehlasovala. Přesto bych chtěla poděkovat kolegovi Franku Engelovi za to, že se snažil tu zprávu udržet ve věčné rovině a zaměřil ji na podstatné věci, jako je boj proti diskriminaci, nesnášenlivosti, rasismu a násilí všeho druhu, a samozřejmě také kladl důraz na ochranu dětí na internetu.

Problém ovšem představují ty části, které navrhuji větší podporu sexuálním a reprodukčním právům s tím, že tato práva souvisí se základními lidskými právy. Také za problematické považuji návrhy levice, které nakonec byly prohlasovány a které vybízí k plošnému uznávání sňatků homosexuálů. Musím říci, že jsem hlasovala pro vypuštění těchto částí, ale byla nás menšina, a proto jsem nakonec nemohla pro tuto zprávu hlasovat, protože se domnívám, že o těchto věcech mají rozhodovat členské státy.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! 1 marca to szczególny dzień dla Polaków – to Narodowy Dzień Pamięci Żołnierzy Wyklętych. To dzień, w którym przywracamy pamięć żołnierzom drugiej konspiracji, którzy po drugiej wojnie światowej nie złożyli broni, tylko stanęli do heroicznej walki z komunistycznym okupantem.

W latach 1944-56 wymordowano w Polsce blisko 50 tysięcy żołnierzy podziemia niepodległościowego, a do więzień wsadzono 250 tysięcy ludzi. Kolejne tysiące wywieziono na Syberię i w inne miejsca Rosji. Inwigilowano w latach stalinowskich blisko 5 milionów Polaków. Niestety te działania okazały się na tyle skuteczne, że komunistyczna władza przetrwała aż do 1989 roku i to ta władza ukształtowała system sprawiedliwości w Polsce, który dzisiaj rząd Prawa i Sprawiedliwości chce reformować, a niestety dyktatura większości w Parlamencie Europejskim mu to utrudnia.

Bruno Gollnisch (NI). – Madame la Présidente, le rapport Engel est un rapport véritablement totalitaire qui consiste à qualifier de «discours de haine» toute plainte émanant de la minorité et de «discours d'amour, de justice, de charité, de bienveillance» le discours de la majorité oppressive de ces institutions.

Mais ne ferait-on pas mieux de balayer devant sa porte? Ne ferait-on pas mieux d'assurer le respect des droits les plus élémentaires au sein de cette institution, de ce Parlement européen? Je prends mon exemple personnel: sur la requête du Secrétaire général Welle, fonctionnaire issu des milieux politisés de cette Assemblée, je suis taxé de près de 300 000 euros, somme faramineuse. Je suis ponctionné des trois-quarts des émoluments qui devraient me servir à assurer mon mandat pour le motif parfaitement grotesque que mon assistant, pendant six ans, a travaillé non seulement avec moi, mais aussi avec mon collègue Jean-Marie Le Pen. Ni mon assistant ni moi-même, à aucun moment, n'avons été entendus ni par le Secrétaire général Welle, ni par les questeurs, ni par le Bureau dont vous faites partie. Commencez par respecter les droits de l'homme à l'intérieur du Parlement.

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, I voted in favour of the report on the situation on fundamental rights in the EU in 2016. However, I would like to raise your attention to one thing: the rights of minorities in the EU are only a marginal topic in this report. I believe this is not a shortcoming of the report drafted by our colleague Frank Engel but rather a shortcoming of our policies. We actually do not have a real European approach to minorities, and we leave it to the discretion of Member States to protect them, but in some Member States minorities belong to really vulnerable groups.

To give you one example, the Russian-speaking minority in Latvia is in decline due to emigration and to the negative birth rate. The death rate among Russian speakers in Latvia is much higher than the average in the country. The reasons for that are their unfavourable social conditions and the absence of rights for civil and political participation. These people are in a situation of total cultural insecurity and the reproduction of their identity is at high risk.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, vótáil mé i bhfabhar na tuarascála seo, cinnte.

Madam President, our fundamental rights must be rigorously upheld, and this report has carried out a thorough investigation and evaluation of that. The issues of hate speech, discrimination, migration and integration are especially relevant in our society, and we must learn how to combat division and animosity through the core values of the Union.

I respect reports focused on protecting citizens and asylum seekers alike from violence and discrimination. We must continue to take into account the rights of minorities and communities throughout the EU, from ethnic groups to members of the LGBT+ community.

The increased emphasis in the fight against organised crime and human trafficking is to be praised. I would also like to mention in that regard that we in the European Union should be making more noise and do more to bring attention to the appalling act of kidnapping by Boko Haram of 100 girls, and we must do everything we can to get them back.

La Présidente. – J'ai le regret de vous signaler que nous ne pourrions pas prendre oralement les explications de vote sur les rapports de M. Sander Loones, de M. Nart et de Mmes Bilbao Barandica et Vallina. Explications de vote, évidemment, qui pourront être déposées par écrit. Nous avons un problème de temps et nous ne pouvons pas les prendre.

10.5. Perspektiven und Herausforderungen für den Bienenzuchtsektor in der EU (A8-0014/2018 - Norbert Erdős)

Explications de vote orales

Alex Mayer (S&D). – Madam President, what is in a jar of honey? In this jar – I am confident – it is pure honey produced by buzzing Suffolk bees and harvested by members of the West Suffolk Beekeepers' Association that I had the pleasure of meeting last week. But honey is the third most adulterated product in the world. Twenty percent of samples taken on imported honey do not respect our high standards. Honey fraudsters add sugar syrup to their product or harvest it early and artificially dry it out to cut time and costs. They con consumers and endanger legitimate beekeeping with knock-on effects for the number of pollinators.

That is why I support this fight back with improved testing procedures, better labelling and higher penalties for fraudsters. Producing honey is hard work. This little jar of liquid gold represents the nectar from two million flowers so let us swarm to the defence of our hardworking bees and beekeepers.

Michaela Šojdrová (PPE). – Já bych chtěla zdůvodnit, proč jsem předložila tuto zprávu o budoucnosti evropského včelařství. Z několika důvodů, především včely a opylování rostlin mají pro udržitelnou zemědělskou produkci zásadní význam. Nehledě na to, že včelařské produkty jsou v EU velmi žádané. Domnívám se, že je nutné zaměřit se na ty problémy, které jsme schopni ovlivnit vhodnými opatřeními také na evropské úrovni. Jedná se především o identifikaci případů padělání medu, které evropským včelařům působí velké škody a pro spotřebitele představují vážná zdravotní rizika. Zároveň je třeba eliminovat množství dováženého medu do EU z Číny a třetích zemí. V této souvislosti zcela podporuji návrh na zrušení klamavého označení směs medu ze zemí EU a mimo EU a jeho nahrazení jasným označením konkrétní země původu.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señora presidenta, quiero mostrar mi posición favorable a este informe de propia iniciativa, al gran trabajo que se ha hecho, especialmente por mi compañero Nekov, en nuestro Grupo.

Creo que se ha hecho un informe muy exhaustivo, y espero que la Comisión Europea lo aproveche con la finalidad de atajar el grave problema que hay de la mortalidad en las abejas. Es un grave problema y, por tanto, hay que abordarlo en serio, con medidas serias, para tener una buena respuesta y no causar problemas al medio ambiente.

Pero quiero destacar en mi intervención que la enmienda que proponía un grupo de colegas sobre la prohibición total de neonicotinoides creo que no es oportuna. No podemos tomar decisiones políticas basadas solo en el influjo, en no se sabe qué. Es decir, las decisiones políticas deben estar basadas en los resultados del análisis científico y, por tanto, estoy muy de acuerdo con la opinión de la EFSA, que prohíbe parcialmente algunos neonicotinoides.

Момчил Неков (S&D). – Уважаеми колеги, пред европейските пчелари днес има много предизвикателства и е крайно време на тях да бъде отговорено. Радвам се, че приехме днешния доклад, защото е крайно време нашите пчелари да бъдат чути.

Основната функция на пчелите е опрашването. Тази екологична услуга трябва да бъде справедливо възмездена и в новата ОСП да се въведат преки субсидии за опрашването, извършвано от пчелите.

Пълна забрана за използването на неоникотиноидите, защото е крайно време това да стане факт. Здравето на пчелите се влошава от 90-те години, в много региони те умират, а европейското земеделие става монокултурно. Тази тенденция трябва да спре.

Предлагаме 50% увеличение на финансовата помощ за националните програми за пчеларството, и това да бъде минимумът, като това трябва да се направи наистина много бързо. Вносът от трети страни също е голямо предизвикателство. Нискокачествен или евтин мед от страни като Китай, Украйна или Аржентина задушава европейските производители.

Докладът е прогресивен и дава доста правилни насоки за развитието на сектора.

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem s radostí podpořil tuto zprávu svých kolegů, kteří ji z vlastní iniciativy předložili. Na první pohled to může vypadat, že téma včelařství je téma, které je okrajové. V žádném případě to tak není. Už to tady moji kolegové říkali, ten dopad tohoto sektoru do celé zemědělské politiky je mimořádně významný nejen podílem a tím, že zaměstnává naše spoluobčany, ale právě tím, že opylování je klíčová věc, kterou právě včely zajišťují.

Je dobře, že ta zpráva popisuje aktuální problémy od řekněme nemocí včelstev, které vedou k destrukci včelstev, až po problémy spojené s jednotným trhem. Otázka pašování produktů, které se nazývají medem a medem nejsou, do Evropy je myslím problém, který právě má řešit EU. Měly by to řešit jaksi odpovědné orgány EU, Evropská komise by se tím měla zabývat. Mě velmi překvapila informace, že med je 2. – 3. nejčastěji falšovanou komoditou na trhu. Je dobře, že zpráva byla přijata.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, fáiltím agus vótáil mé ar son na tuarascála seo mar is tuarascáil an-tábhachtach í.

The fact that 76% of European food production depends on bee pollination shows how integral the species is to core aspects of humanity's future. The destruction of European bee pollination by disease is of key concern. Therefore, it is essential that we support, educate and train more producers and the public, and commit to researching the challenges facing bees and the apiculture industry today.

We must support current beekeepers, many of whom have faced, or are facing, shutdown in business due to fake honey or decimated bee populations, and therefore I praise the recommendations for the revision of EU support for beekeepers. I especially hope this will be an integral part of the next common agricultural policy.

The trends for beekeeping within the Union have been positive in recent years, and it is essential we maintain this upward momentum in order to preserve the apiculture sector for generations to come. Our future and the future of the planet depend on it.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony! Meglehetősen méltánytalan helyzetben vannak az Unió méztermelői, mivel a jelenlegi uniós agrárpolitika nem támogatja kellőképpen a tevékenységüket, továbbá jelentős mértékű hamisított mézzel is meg kell küzdeniük a belső piacon. Ez a hamisított mennyiség nagyrészt EU-n kívüli országokból származik, és nemcsak a termelőinket lehetetleníti el, hanem a fogyasztók megtévesztését is jelenti. Elsősorban a saját termelőink számára kell kedvező feltételeket teremtenünk annak érdekében, hogy az uniós fogyasztók egészséges és minőségi mézhez jussanak, továbbá meg kell változtatnunk a jelenlegi tisztességtelen versenyhelyzetet.

Ennek érdekében a 2020 utáni Közös Agrárpolitikában külön figyelmet érdemelnek a méztermelők, akik számára egy új, közvetlen támogatási rendszer kialakítása, valamint adómentesség bevezetése szükséges. Az uniós polgároknak pedig joguk van tudni, hogy az általuk mézként vásárolt termékek milyen arányban tartalmazznak európai termelőktől származó mézet, s ennek megfelelően kell átalakítani a termékek címkézését.

Monica Macovei (ECR). – Madam President, this is not fair. We waited and we prepared to speak and I think you should stay until the end. There are two more files for which we prepared to speak. It is less than ten minutes. It is on the list and now you cancel it. Really it is not fair for us.

La Présidente. – Madame, j'ai indiqué à deux reprises que nous avons une contrainte horaire importante et que donc nous serions obligés de nous arrêter à 13 h 30. Nous arrêtons à 13 h 36 et je crois avoir prévenu effectivement. Mais vos explications sont les bienvenues. Elles seront recueillies à l'écrit dans le procès-verbal de cette séance, il n'y a aucun problème. Je suis désolée, mais nous avons cette contrainte importante et nous ne pouvons pas la dépasser.

11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

12. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

13. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

14. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

15. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

16. Schluss der Sitzung

(La séance est levée à 13 h 37)

17. Unterbrechung der Sitzungsperiode

La Présidente. – Je déclare interrompue la session du Parlement européen.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3234

23.5.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 12. MÄRZ 2018

(C/2024/3234)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzung vom 12. März 2018

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Erklärungen des Präsidenten	3
4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	5
5. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll	5
6. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll	5
7. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll	5
8. Antrag auf Anhörung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (Artikel 137 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	5
9. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	6
10. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll	6
11. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	6
12. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	6

Inhalt	Seite
13. Arbeitsplan	6
14. Integritätspolitik der Kommission, insbesondere die Ernennung des Generalsekretärs der Kommission (Aussprache)	10
15. Gleichstellung der Geschlechter in Handelsabkommen der EU (Aussprache)	23
16. Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen und die Ratifizierung des Übereinkommens von Istanbul durch die EU-Mitgliedstaaten (Aussprache)	34
17. Grenzüberschreitende Paketzustelldienste (Aussprache)	45
18. Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr und Führerschein (Aussprache)	53
19. Europäische Strategie für kooperative intelligente Verkehrssysteme (kurze Darstellung)	59
20. Strukturschwache Gebiete in der EU (kurze Darstellung)	62
21. Rolle der Regionen und Städte in der EU bei der Umsetzung des auf der COP21 abgeschlossenen Pariser Klimaschutzübereinkommens (kurze Darstellung)	67
22. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen	71
23. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	77
24. Schluss der Sitzung	77
25. Schluss der Sitzungsperiode	77

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 12. MÄRZ 2018

PRÉSIDENTE: ANTONIO TAJANI

Président

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Le Président. – Je déclare reprise la session du Parlement européen interrompue le jeudi 1^{er} mars 2018.

2. Eröffnung der Sitzung

(La séance est ouverte à 17 h 02)

3. Erklärungen des Präsidenten

Le Président. – Chers collègues, il y a à peine deux semaines, lors d'un débat en session plénière, nous exprimions notre inquiétude quant à la situation dramatique en Syrie. À quelques heures d'avion de Strasbourg, les Syriens souffrent, les Syriens sont les otages d'enjeux qui les dépassent. Et loin de porter l'espoir, les récents développements ces derniers jours éloignent toute perspective d'embellie. En quelques semaines, l'offensive sur la Ghouta orientale a fait plus de mille morts: des enfants, des femmes, des personnes âgées vulnérables. Des milliers de blessés sont en situation d'urgence absolue. Enfin, la spirale de la violence laisse craindre le pire: la situation humanitaire à l'intérieur de l'enclave encerclée risque de s'aggraver rapidement. Les nouvelles qui arrivent de là-bas sont terribles. Toutes les parties doivent prendre leurs responsabilités, y compris, je le répète, les garants du processus d'Astana. Aucun intérêt, aucune cause ne peut justifier la barbarie, le nettoyage ethnique, le massacre d'innocents.

En votre nom et au nom de notre Institution, je veux lancer un appel solennel à la mise en œuvre sans délai de la résolution du Conseil de sécurité des Nations unies. Il y a urgence pour un cessez-le-feu durable, il y a urgence à ce que la protection des civils soit assurée, à ce que les blessés et les malades soient évacués, à ce que les aides puissent être acheminées. Il y a urgence à ce qu'une solution politique puisse aboutir dans le cadre du processus de Genève. Tous ceux qui ont une influence doivent agir pour que cette tragédie cesse. L'humanité est en perdition en Syrie, ne perdons pas la nôtre.

(Applaudissements)

Je pense que ce message qui part de Strasbourg est un message positif pour les citoyens qui sont au milieu des combats, entre les combattants d'un côté et de l'autre. Ils sont les victimes: sans armes, ils ne peuvent pas sortir de la ville. Espérons qu'ils y parviendront mais espérons aussi, grâce à ce message, que nous pouvons faire évoluer la situation dans la bonne direction.

Anche quest'anno, in occasione della Giornata dei diritti della donna, voglio riaffermare il forte impegno del Parlamento nella battaglia per assicurare la parità effettiva dei diritti tra uomini e donne.

È questa la battaglia del secolo, ma siamo ancora lontani dall'averla vinta. I dati parlano chiaro: le disparità salariali persistono, la presenza delle donne nei posti di responsabilità è ancora largamente insufficiente e si continua a registrare la mancanza di studentesse in certe filiere tecnologiche e scientifiche. Così come continua l'ineguaglianza di responsabilità in seno alla famiglia. Oggi soltanto il 24 % dei manager è donna e appena il 4,6 % è amministratore delegato.

Inoltre, vi sono 655 milioni di donne occupate in meno rispetto agli uomini. Credo che la parità di genere non sia solo una questione di civiltà, ma sia anche nell'interesse della nostra società.

Nel mondo del lavoro le donne rappresentano una risorsa inestimabile. È stato calcolato che escludere le donne dal mondo produttivo costa, a livello globale, 11 500 miliardi in termini di minore crescita da qui al 2025, il che equivale al prodotto interno lordo combinato di Giappone, Germania e Regno Unito.

Raggiungere la parità di genere nei settori chiave del mondo del lavoro, a cominciare dal salario, è essenziale per garantire più crescita e lavoro nell'intera economia. Per creare lavoro abbiamo bisogno di donne imprenditrici, professioniste, leader nella ricerca.

Il cambiamento culturale necessario sarà, ovviamente, lento e richiederà tempo, ma è già in atto. Nell'ultimo anno esso si è manifestato anche attraverso la lotta agli stereotipi del ruolo femminile, come dimostra la campagna «Me too».

Ringrazio molto gli onn. Reintke, Schlein e Martin, per aver organizzato una petizione in proposito di quasi 130 000 firme che mi è stata consegnata questo pomeriggio. Anche i funzionari e altre donne e uomini che lavorano al Parlamento europeo hanno redatto la loro petizione con oltre mille firme, li ho incontrati nel pomeriggio e ho ricevuto il testo della loro petizione.

Vi informo che, questa sera, l'Ufficio di presidenza probabilmente adotterà una serie di misure volte anche a prevenire e reprimere qualsiasi forma di molestia a carattere sessuale all'interno della nostra istituzione. Ringrazio anche la commissione FEMM del Parlamento europeo per il prezioso e instancabile lavoro a sostegno delle donne, così come saluto il premio europeo per le donne in ICT, istituito dalla commissaria Gabriel, che è un esempio da seguire.

L'Unione deve continuare a battersi per una vera parità fra uomo e donna, perché non avremo un mondo migliore senza dare il giusto valore al ruolo delle donne e al loro impegno e passione.

Questa non è una battaglia di donne per le donne o contro gli uomini. Dobbiamo combatterla insieme, uomini e donne, giorno per giorno. C'è ancora molta strada da fare, ma siamo tutti quanti determinati. Questo credo che sia il migliore messaggio del Parlamento europeo ai cittadini in occasione dell'8 di marzo.

* * *

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, επί δώδεκα ημέρες συνεχίζεται η παράνομη κράτηση δύο Ελλήνων στρατιωτικών στις φυλακές υψίστης ασφαλείας της Αδριανούπολης, στην Τουρκία. Είναι μια υπόθεση που έχει συγκλονίσει την ελληνική κοινή γνώμη. Χθες, σ' ένα μεγαλειώδες συλλαλητήριο στην Ορεστιάδα οι γονείς των δύο παλικαριών και οι κάτοικοι ζήτησαν την άμεση απελευθέρωσή τους.

Κάνω έκκληση στο Σώμα και σε σας προσωπικά, όλοι μαζί με μια φωνή, εδώ, στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, να απαιτήσουμε από τις τουρκικές αρχές την άμεση απελευθέρωση των δύο Ελλήνων στρατιωτικών που κρατούνται παράνομα στις τουρκικές φυλακές υψίστης ασφαλείας της Αδριανούπολης. Θέλουμε την άμεση συμπαράστασή σας, κύριε Πρόεδρε. Το αναμένει όλη η κοινή γνώμη· το αναμένουν οι γονείς των παλικαριών.

(χειροκροτήματα)

Presidente. – Seguirò la vicenda personalmente e chiederò notizie chiaramente all'ambasciatore turco.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, je pense que nous avons été très attentifs aux propos que vous avez tenus relativement à l'égalité des hommes et des femmes et contre le harcèlement sexuel.

Simplement, puisque vous avez évoqué la situation des fonctionnaires de ce Parlement, je voudrais rappeler une affaire qui est extrêmement inquiétante. Une fonctionnaire française en poste au Secrétariat général avait lancé des accusations extrêmement graves, peut-être d'ailleurs totalement infondées, – le problème n'est pas là – contre un très haut fonctionnaire de ce Parlement – que je ne veux pas nommer ici. Il se trouve que le message qu'elle a adressé à tous les députés a été effacé par l'administration de ce Parlement, ce qui représente une intrusion tout à fait inadmissible dans nos courriers personnels. Je tiens tous les éléments de cette affaire à votre disposition.

Je pense que si les accusations de cette fonctionnaire française étaient infondées, il était tout à fait légitime, bien sûr, que la personne mise en cause – le très haut fonctionnaire mis en cause – répondît ou que le Président adresse une réponse aux parlementaires.

Je pense, en revanche que, quel que soit le fond de cette affaire, il était tout à fait inconvenant et inadmissible que les ordinateurs de tous les députés aient été visités afin de faire effacer le message de la plaignante. Je tenais à vous le rappeler.

Presidente. – Grazie on. Gollnisch, verificheremo ciò che Lei ha detto, mi faccia pervenire tutta la documentazione in suo possesso e poi vedremo.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Señor presidente, solicito que este Parlamento, sobre la base del artículo 7 de su Reglamento interno, se dirija a las autoridades españolas para preocuparse por la situación del exeurodiputado Oriol Junqueras i Vies, actual preso político.

Presidente. – Bene verificheremo.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Duże grono posłów do tego Parlamentu zwracało się do Pana poprzednika, przewodniczącego Schulza, a potem bezpośrednio do Pana, Panie Przewodniczący, w sprawie malowidła, które jest wystawione w tym Parlamencie piętro niżej, naprzeciwko sali obrad, pod prowokacyjnym tytułem „Dolorosa”. Ten jednoznaczny tytuł obraża wiarę bardzo wielu z nas, ale obraża również znaki najświętsze w tradycji europejskiej. Zwracaliśmy uwagę, że to jest znak poniżenia. Nawet jeżeli są wśród nas osoby świadomie wyznające swoje poglądy duchowe czy moralne i zgadzające się na poniżenie, to niech poniża się nas, a nie tych, których kochamy najbardziej: niech nie poniża się Matki Chrystusa. Zbliża się Wielkanoc – to jest świetna okazja, żeby zdecydował się Pan położyć kres tej manifestacji. Apeluje o to do Pana w imię Pańskiego honoru, tak jak apelowałem o to bezpośrednio po Pana wyborze.

Presidente. – Ne parlerò con il Questore competente.

Carlos Iturgaiz (PPE). – Señor presidente, quisiera recordarle a la señora Miranda que en España no hay presos políticos, hay delincuentes, y hay delincuentes golpistas, como el señor que usted ha citado. Ha debido de tener un lapsus mental.

¡Sí, sí, muestre la camiseta, señora Miranda!

Delincuentes golpistas son esas personas, y no presos políticos, que no existen en una democracia como es la española.

4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

5. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

6. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

7. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll

8. Antrag auf Anhörung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (Artikel 137 Absatz 2 GO): siehe Protokoll

9. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll

10. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

11. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

12. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

13. Arbeitsplan

Presidente – Possiamo ora all'ordine dei lavori. Il progetto definitivo di ordine del giorno, approvato dalla Conferenza dei presidenti il 7 marzo, a norma dell'articolo 149, è stato distribuito. Sono state presentate le seguenti proposte di modifica:

Lunedì:

Il gruppo GUE/NGL ha chiesto di concludere la discussione relativa alla dichiarazione della Commissione su «L'integrità politica della Commissione, in particolare la nomina del Segretario Generale della Commissione europea» con una risoluzione da votare giovedì.

Do la parola all'Onorevole Dennis De Jong per formulare la richiesta del gruppo GUE/NGL.

Dennis de Jong, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Voorzitter, het verzoek is inderdaad om een korte resolutie te verbinden aan het debat, want we zullen ongetwijfeld een aantal dingen vandaag al horen, maar niet alle feiten boven tafel kunnen krijgen. Het lijkt me buitengewoon belangrijk om als Parlement te laten zien dat we dit serieus nemen, dat we een onderzoek starten en dat we daartoe de Commissie begrotingscontrole opdracht geven om te rapporteren aan de plenaire vergadering van april naar aanleiding van een dergelijk onderzoek. Dus een korte resolutie waarin we het mandaat van het onderzoek formuleren en het Parlement aan het werk zetten.

Esteban González Pons, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, nosotros estamos a favor del debate porque estamos a favor de la transparencia, pero no somos partidarios de una resolución por tres razones.

Primero: el nombramiento de secretario general es una competencia política del presidente de la Comisión y una resolución sería tanto como que el Parlamento le dijera al presidente de la Comisión a quién puede y a quién no puede nombrar secretario general. Eso no admitiríamos que la Comisión se lo dijera al presidente del Parlamento.

Segundo: porque esa competencia es de la Comisión de Control Presupuestario y deberíamos esperar a que la Comisión de Control Presupuestario dijera si tiene algo que decir.

Y, en tercer lugar: nosotros estamos aquí para controlar políticamente a la Comisión, no para controlar los procedimientos administrativos de la Comisión. Nosotros controlamos procedimientos políticos. No tendría sentido, sería absurdo que fuéramos más exigentes con los procedimientos administrativos de la Comisión de lo que somos con los procedimientos administrativos del Parlamento.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, nous avons discuté de cela en Conférence des présidents, jeudi dernier, et ce sont un petit peu les positions qui étaient développées. Je vous ferai une proposition de compromis.

Je pense, en effet, que c'est une compétence de la commission du contrôle budgétaire. Nous allons avoir le débat ce soir, dans quelques instants, et je pense que nous pouvons, en tant que plénière, demander – sans devoir pour autant passer par une résolution – au président de la commission du contrôle budgétaire de se pencher sur la question dès après cette plénière, sur la base du débat que nous aurons eu. Nous pourrions alors avoir une résolution bien informée et – j'espère – avec une large majorité, sur ce sujet au mois d'avril. On peut décider que cela se fasse soit dans le cadre de la procédure de décharge de la Commission européenne ou dans le cadre d'une procédure distincte, donc au moyen d'une résolution de plein exercice, mais en tout cas, on peut décider de se prononcer, en tant que plénière, sur ce sujet au mois d'avril. C'est ce que je proposerais, dans un esprit de compromis, de manière à rassembler ici une majorité large.

Esteban González Pons, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, nosotros entendemos que la Comisión de Control Presupuestario, efectivamente, tiene que analizar este asunto como todos los que tienen que ver con la aprobación de la gestión presupuestaria.

Pero —insisto— que este Pleno haga una resolución sobre algo que es competencia política del presidente de la Comisión es como si la Comisión tomara una decisión sobre algo que es competencia política del presidente del Parlamento.

Seguimos sin entender que deba haber una resolución sobre este asunto.

Dennis de Jong, *namens de groep GUE/NGL*. – Voorzitter, ik wil in ieder geval kort reageren op wat zojuist gezegd werd. Het is voortdurend de verantwoordelijkheid van dit Parlement om de integriteitspolitiek van de Commissie te controleren. Dat doen we ieder jaar. Dus die argumenten lijken me volstrekt invalide.

Ik constateer dat we het allemaal erover eens zijn dat er een onderzoek komt van de Commissie begrotingscontrole. De manier waarop we dat verzoek doen – aan de voorzitter van de Commissie begrotingscontrole of per resolutie – dat maakt mij minder uit dan dat het verzoek zwart op wit namens u wordt gedaan.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, je prends la déclaration de M. de Jong comme un accord sur la proposition de compromis que j'ai faite. Non? Ai-je mal compris?

Le Président. – Si j'ai bien compris, il y a un accord entre M. Lamberts et M. de Jong sur une proposition: nous menons le débat aujourd'hui sans résolution, nous donnons mandat à la commission du contrôle budgétaire pour l'évaluation et, après le travail de celle-ci, nous présentons une résolution – je pense que ce sera déjà fait jeudi. Jeudi, la Conférence des présidents va aussi évaluer la situation et faire une proposition pour un ajout à l'ordre du jour.

Pour résumer, nous allons voter sur une proposition de débat sans résolution, mais nous chargeons la commission du contrôle budgétaire d'évaluer la situation, ensuite nous aurons une résolution et un vote en plénière et, jeudi, lors de la prochaine Conférence des présidents, nous mettrons les points sur les i.

Le vote par appel nominal est ouvert. Tout est bloqué, si M. de Jong accepte un vote à main levée on peut le faire.

(Addressing Mr De Jong) Are you in favour of a vote without the card, because there is a large majority?

(Le Parlement approuve la proposition de Philippe Lamberts)

Il gruppo Europa delle Nazioni e della Libertà ha chiesto di aggiungere come secondo punto all'ordine del giorno una dichiarazione della Commissione sugli «Aiuti dell'UE allo sviluppo e i casi di abuso da parte delle ONG», dopo la dichiarazione della Commissione su «L'integrità politica della Commissione».

Si richiede che, di conseguenza, sia il dibattito sia la votazione sulla relazione dell'onorevole Lundgren dal titolo «Qualificazione iniziale e formazione periodica dei conducenti di taluni veicoli stradali, e patenti di guida» siano rinviati alla sessione di aprile.

Do la parola all'Onorevole Olaf Stuger per formulare la richiesta del gruppo ENF.

Olaf Stuger, *namens de ENF-Fractie*. – Voorzitter, collega's, we hebben natuurlijk allemaal kennis genomen van de schokkende berichten over het misbruik van medewerkers van ngo's, zoals Artsen zonder Grenzen, Oxfam Novib, noem maar op. Ik denk dat het onze verantwoordelijkheid is jegens die slachtoffers, minderjarige kinderen, hulpeloze vrouwen, maar ook jegens toekomstige hulpbehoevenden en als laatsten – maar niet het minst belangrijk – jegens de belastingbetalers in onze lidstaten die dit allemaal mogelijk maken met hun zuurverdiende geld. Daarom vraag ik uw steun om hierover te praten, hierover een serieus debat te voeren en dat debat heet "EU-ontwikkelingshulp en misbruik van ngo's".

Presidente – C'è qualcuno che vuole parlare contro questa proposta? Bene, la richiesta allora è messa ai voti.

(Il Parlamento respinge la richiesta del gruppo ENF)

Martedì:

Il gruppo Europa delle Nazioni e della Libertà ha chiesto di non procedere alla votazione sulle proposte di risoluzione che concludono il dibattito sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione relative agli «Orientamenti sulle future relazioni tra l'Unione europea e il Regno Unito».

Do la parola all'Onorevole Janice Atkinson per formulare la richiesta del gruppo ENF.

Janice Atkinson, *on behalf of the ENF Group*. – Mr President, I want to apologise to the House because my government has not come up with a definitive document, and this is a great shame because we voted nearly two years ago to leave this sclerotic Union.

However, any document that includes ECJ oversight and doesn't take back control of our fishing waters is unacceptable. There is another reason as well, because any document that has been produced by Mrs Merkel's people, Mr Verhofstadt, the socialists and the communists opposite, will be totally unacceptable to the British people. So I suggest we vote on that, but do you know what? I can guess what the vote might be.

(Il Parlamento respinge la richiesta del gruppo ENF)

Presidente. – Il gruppo S&D ha chiesto di aggiungere, come terzo punto all'ordine del giorno di martedì pomeriggio, dopo la discussione sulla relazione dell'onorevole Viotti relativa agli «Orientamenti per il bilancio 2019 — Sezione III», una dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/ Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza su «I progressi in materia di patti globali delle Nazioni Unite per una migrazione sicura, ordinata e regolare e sui rifugiati». La discussione dovrebbe concludersi con una risoluzione da votare ad aprile.

Do la parola all'onorevole Maria Joao Rodrigues per formulare la richiesta del gruppo S&D.

Maria João Rodrigues, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the reason for this proposal from the S&D Group is very clear, namely that the United Nations is now launching a big initiative to set a global compact on migration and refugees, and Parliament should follow this initiative properly. We believe that during this session we should give the High Representative the opportunity to come here to make a statement and that this should be followed by a proper debate in our session in April.

This is our proposal. This initiative also has big implications for one of our concerns, which is to pave the way for a stronger strategic partnership with Africa. We cannot have this strategic partnership if we don't move on this global compact on migration and refugees.

Cecilia Wikström (ALDE). – Mr President, I also think that the issue of the Global Compact on Migration is more or less consensual in this House. I fully agree with parts of what my colleague has just said, but we need to send a strong message that this House should be united in finding a global solution. Unfortunately, this week's plenary agenda is already full, and I would rather have a full debate next month than only a short statement by the High Representative this week, especially as we know that the negotiations in New York are expected to continue until July. If we can put this on the agenda in April and properly prepare a strong and united response from this House, it will also strengthen the position of our own European negotiators in New York.

Let's do the whole thing next session because this week is already so full.

Presidente. – On. Wikström quindi Lei propone di avere lo stesso dibattito, però nel mese di aprile. Non so se l'on. Rodrigues è d'accordo oppure se vuole mettere ai voti la Sua proposta.

Maria João Rodrigues, *em nome do grupo S&D*. – Mr President, our position is very simple. We agree that this debate should take place in April, because we need to have proper time for this. What is at stake now is some minutes just to have a first statement by the High Representative because she asks us to do so. This is a good moment for her to come with the public position in the European Parliament. But then, yes, the debate as such should take place in April.

Presidente. – Allora possiamo fare in questa maniera: posso chiedere, se siete d'accordo, all'Alto rappresentante, di aggiungere, nel corso del suo intervento, delle dichiarazioni sulla questione e poi, nel mese di aprile, ci sarà il dibattito e la risoluzione. Può essere una proposta che può andare bene? Siete d'accordo che io chieda? Allora chiederò alla Vicepresidente Mogherini di aggiungere qualche osservazione sulla questione sollecitata e poi la Conferenza dei presidenti deciderà come fissare, nell'ordine del giorno di aprile, anche un dibattito su questo argomento.

(Il Parlamento approva la proposta del Presidente)

Il gruppo ECR ha chiesto di aggiungere, come terzo punto all'ordine del giorno di martedì pomeriggio, dopo la discussione sulla relazione dell'onorevole Viotti relativa agli «Orientamenti per il bilancio 2019 — Sezione III», una dichiarazione del Vicepresidente della Commissione /Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza su «Le prospettive di pace nella penisola coreana, alla luce dei recenti sviluppi». La discussione dovrebbe concludersi con una risoluzione da votare giovedì.

Do la parola all'onorevole Nirj Deva per formulare la richiesta del gruppo ECR.

Nirj Deva, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, unusually, I am asking to add to the workload of the House because we have a chance to make a real difference to the peace process in the Korean peninsula. Last Friday, President Trump completely turned his entire policy upside down and decided to negotiate and talk rather than bomb North Korea. He is now facing huge resistance from Americans who are saying that he should not be prepared to go and talk. The South Koreans have sent out a whole delegation of people to fan out around the world to seek support for the peace process. Our Parliament generally, Mr President, is always behind the curve. If we have this debate tomorrow, we will have an opportunity to be at the point or ahead of that curve. Of course, we could have a great debate in April when everything has been settled or the dust has not been settled, but this time we have a chance because we have been talking to the North Koreans for the last two and a half years to be able to be ahead of the curve, to contribute to that process by supporting the initiatives of the President of South Korea, who has done something remarkable in trying to avoid a world war. We need to provide support and tell the people and the President of the United States that the 500 million people represented by this Parliament would like him to talk rather than bomb.

Cristian Dan Preda, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, notre groupe a discuté de cela, et nous vous proposons d'organiser ce débat, si nécessaire, au mois d'avril, sinon tout est improvisé. D'ici jeudi, on ne peut pas élaborer une résolution solide.

Presidente. – Mr Deva, do you agree to this, to have a debate in April which is possible, for example? That is my proposal, to ask Ms Mogherini to speak also for two minutes on North Korea, peace and the USA, and then to have a debate in April. It is a proposal from Mr Preda. Are you in favour or not?

Nirj Deva, *on behalf of the group ECR*. – Mr President, I hear what Mr Preda is saying, but we would be closing the stable door after the horse has bolted in April, whilst here we have a real chance to make a huge difference to that process.

Presidente. – Allora vuole che io metta al voto la Sua proposta? Io Le avevo fatto una controproposta: chiedere, in attesa di un dibattito in aprile, da decidersi alla Conferenza dei presidenti, all'Alto rappresentante di esprimere la posizione dell'Unione europea su questo argomento, però se Lei vuole votare io faccio votare la Sua proposta.

Nirj Deva, *on behalf of the group ECR*. – Mr President, I am happy to go with whatever the House wants. If you want to have a vote, let's see.

Presidente. – Allora, faccio io questa proposta: votiamo la proposta dell'on. Deva sulla richiesta di avere domani un dibattito. Si potrebbe però nello stesso tempo, qualora venisse respinta la proposta, chiedere alla Vicepresidente Mogherini, come abbiamo fatto sulla vicenda dell'immigrazione, di informarci su quello che sta facendo l'Unione europea. Se siete d'accordo facciamo così.

(Dispositivi di voto malfunzionanti – verifica elettronica non possibile)

President. – There are problems with this but the vote was very clear. The large majority is against and the proposal is rejected. I ask the plenary: do you agree to a short speech in the longer speech by Ms Mogherini on this?

Allora chiederò alla Vicepresidente Mogherini di dedicare qualche attimo del suo intervento anche a questo problema.

(Il Parlamento approva la proposta del Presidente)

(L'ordine dei lavori, così modificato, è approvato)

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

14. Integritätspolitik der Kommission, insbesondere die Ernennung des Generalsekretärs der Kommission (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest oświadczenie Komisji w sprawie polityki Komisji w dziedzinie prawości, w szczególności mianowanie sekretarza generalnego Komisji Europejskiej (2018/2624(RSP)).

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben mich heute hierher eingeladen, um im Namen der Kommission eine Erklärung abzugeben betreffend die Integritätspolitik der Kommission und ihre Arbeitsweise, namentlich auch in Bezug auf die Ernennung des Beamten Martin Selmayr zum Generalsekretär der Kommission mit Datum des 1. März dieses Jahres. Gestatten Sie mir zunächst einige Erläuterungen zum Kontext.

Die Kommission hat am 21. Februar eine Reihe von Entscheidungen betreffend ihres Senior Managements getroffen, in einem sogenannten Paket. Warum machen wir das überhaupt? Bei einer größeren Zahl von Generaldirektionen, die wir in unseren Diensten wissen, bei einer Vielzahl von „Senior-Management“-Positionen haben wir nahezu wöchentlich eine Entscheidung. Dies würde aber in unseren Diensten Unruhe bedeuten. Deswegen machen wir dies regelmäßig im Paket. Nur so erreichen wir im Interesse unserer Institution eine ausgewogene Gesamtentwicklung, zum Beispiel betreffend die unterschiedlichen Nationalitäten. Dienstalter, Lebensalter, Pensionsreife beziehen wir dabei ein, und auch das Ziel, den Frauenanteil wirkungsvoll zu steigern, ist dabei eine Priorität.

Das letzte Paket hat meine Vorgängerin vorbereitet. Es wurde Ende Juni 2015 im Kollegium beraten und auch verabschiedet. Übrigens war damals ein Teil des Pakets neben zahlreichen Posten von Generaldirektoren und Direktorinnen, von *deputies* in der Kommission, die Entscheidung, dass Catherine Day ihren Dienst beendete und dass Herr Italianer neuer Generalsekretär geworden ist. Eigentlich war Ende Juni ein genau vergleichbares Paket zur Entscheidung anstehend wie vor wenigen Wochen die Entscheidung zum jetzigen Paket.

Wir haben dafür ein eingeführtes Verfahren. Gestatten Sie mir, drei Punkte zu unterstreichen: Wir treffen diese Entscheidungen auf dem Boden des Statuts der Europäischen Union. Das ist unser Recht und unsere Pflicht. Und genauso gingen wir auch diesmal wieder vor. Wir haben diese Entscheidung getroffen im Einvernehmen und unter Mitwirkung der Portfolio-Kommissare, der koordinierenden Vizepräsidenten, meiner Person und auch des Präsidenten. Alle Entscheidungen des Kollegiums vom 21. Februar erfolgten auf meinen Vorschlag, und die Entscheidung über den Generalsekretär auf direkten Vorschlag unseres Präsidenten – genauso wie es auch in der Verantwortung innerhalb der Kommission vorgesehen ist. Alle Entscheidungen – einschließlich der Entscheidung über den neuen Generalsekretär – wurden von allen Mitgliedern der Kommission einvernehmlich gebilligt. Ich darf auf das Sitzungsprotokoll der Kommissionssitzung vom 21. Februar verweisen, das wir – wie nach jeder Sitzung – im Einklang mit unseren Trans-

parenzregeln auch öffentlich gemacht haben.

Zweitens: Für mich steht außer Zweifel – und es wurde auch bisher nicht in Frage gestellt –, dass der Beamte Martin Selmayr über alle notwendigen Qualifikationen für die Aufgabe des Generalsekretärs der Europäischen Kommission verfügt. Er hat langjährige Erfahrung in Schlüsselfunktionen in der Kommission, er ist ein hervorragender Jurist, er besitzt hohe kommunikative Fähigkeiten. Er ist mit Sicherheit uneingeschränkt für die Aufgabe geeignet. Fleiß, Begabung, Qualifikation, proeuropäische Einstellung und auch politisches Gespür sind ihm zu eigen. Hinzu kommt: Er hat das Vertrauen unseres Kommissionspräsidenten, auch mein Vertrauen und das des gesamten Kollegiums.

Was die verfahrensrechtlichen Fragen betrifft, die in den letzten Tagen öffentlich aufgeworfen wurden, kann man sagen, dass auch im Rahmen dieses Pakets und anschließend bei der Versetzung Martin Selmayrs auf den Posten des Generalsekretärs im Einklang mit Artikel 7 des Statuts das Verfahren in allen Einzelheiten und im Zeitablauf beachtet wurde. Erst die Ausschreibung des *Deputy Secretary General*, dann ein *Assessment Center*, eine externe Bewertung von Kandidaten, das Interview mit dem Beratenden Ausschuss innerhalb der Kommission und dann das Interview mit dem Präsidenten und mit mir selbst einen Tag vor der Entscheidung. Es handelte sich um eine korrekte Auswahl nach den Regeln des Statuts, die ich auch als für Personalangelegenheiten verantwortlicher Kommissar sicherzustellen hatte und sichergestellt habe.

Bei der Auswahl eines Generalsekretärs spielen weder Nationalität noch Zugehörigkeit zu einer Partei – sofern gegeben – eine Rolle. Einzig und allein die Befähigung für dieses Amt, um das Funktionieren unserer Behörde bestmöglich sicherzustellen und im Sinne der Leitlinien des Präsidenten der Kommission die Arbeit zu garantieren, darf im Mittelpunkt stehen. Und dafür halten wir den Kandidaten, den gewählten Beamten Martin Selmayr, für uneingeschränkt geeignet.

Kurzum: Wir können Ihnen dartun, dass die formalrechtlichen Regeln beachtet wurden, das Verfahren denselben entsprach und der Kandidat unseren Erwartungen hinsichtlich der Qualifikation ebenfalls in vollem Maße entspricht. Deswegen wollen wir Sie bitten, diese Entscheidung so zu kontrollieren, aber dann auch zu akzeptieren.

Françoise Grossetête, au nom du groupe PPE. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, il y a un principe qui est indiscutable: il est dans le pouvoir d'un président de procéder à des nominations à des postes éminemment stratégiques et politiques. C'est la conséquence, le résultat, d'une élection démocratique.

Monsieur le Commissaire, je vous remercie de nous avoir apporté toutes les explications, car toute nomination ne doit pas être une prise de pouvoir de la haute administration, au mépris des règles de procédure ou grâce à des petits arrangements entre amis, parce que dans ce cas, quoi de mieux pour nourrir le discours anti-élites, quoi de mieux pour donner du grain à moudre aux eurosceptiques et entretenir le mythe d'une Europe technocratique dirigée derrière des portes closes?

En 2014, notre groupe s'est engagé pour une Europe plus politique, moins technocratique, plus transparente, plus proche du citoyen, avec une Commission politique qui prenne le pas sur l'administration. Malheureusement, l'affaire dont nous débattons ce soir laisse croire à nos concitoyens que des fonctionnaires non élus prendraient de facto les rênes de l'institution, au nez et à la barbe de commissaires prévenus en dernière minute. Franchement, nous nous tirons une balle dans le pied!

La légitimité des hauts fonctionnaires de la Commission, dont la compétence n'est pas en doute, se verrait au contraire renforcée par des procédures de nomination transparentes et équitables. Or, cette affaire jette le discrédit sur toute une institution, dont nous savons pourtant qu'elle est composée en majeure partie de professionnels talentueux et engagés pour faire avancer le projet européen.

Les institutions européennes n'appartiennent pas aux hauts fonctionnaires, elles appartiennent aux citoyens européens. Les premiers sont là pour servir les seconds et non pas pour se servir eux-mêmes, ce dont la Commission est responsable devant ce Parlement. Il serait bon de s'en souvenir.

Arndt Kohn, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir steht nicht zu, über die persönliche oder berufliche Qualifikation von Herrn Selmayr zu urteilen. Herr Oettinger hat eben ausführlich dargelegt, welche Qualifikationen er mitbringt und wie die Regeln bei der Berufung des neuen Generalsekretärs eingehalten wurden. Wieso sind wir aber dennoch nicht mit dieser Situation zufrieden?

Wir leben in Zeiten des Brexit, in Zeiten, in denen Populisten aller Couleur rund um die Uhr daran arbeiten, das Projekt Europa infrage zu stellen. Vorgänge wie die Beförderung von Herrn Selmayr, bei denen nach außen hin der Eindruck entsteht, dass Regularien bis aufs Äußerste gedehnt werden, um bestimmte Stellen mit bestimmten Personen zu besetzen, produzieren in den Augen der Bürgerinnen und Bürger nicht nur Fragezeichen. Nein, sie sind Wasser auf die Mühlen der Europakritiker und fördern Unverständnis und Ablehnung in der Bevölkerung.

Meine Frage an Sie, Herr Kommissar: Wie wollen Sie dieses verloren gegangene Vertrauen wieder herstellen? Wir als S&D werden in der anstehenden Entlastung für das Haushaltsjahr 2016 einen Änderungsantrag einbringen, der das Ziel hat, dass bei zukünftigen Bewerbungsverfahren die am besten geeigneten Kandidatinnen oder Kandidaten in einem fairen und transparenten Verfahren gefunden werden, um hochrangige Beamtenstellen zu besetzen. Das soll nicht nur für die Kommission gelten. Alle EU-Institutionen, auch das Parlament und der Rat, sollen dieses Verfahren zukünftig anwenden. Das ist unser Vorschlag, um Vertrauen wiederzugewinnen. Ich gehe davon aus, dass Sie, Herr Oettinger, dieselben Ziele verfolgen, und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen.

(Der Redner lehnt eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ von Olaf Stuger ab.)

Jan Zahradil, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, my Group has tabled a set of questions. Unfortunately, we haven't received sufficient responses to them from the Commissioner and I hope that he will still go back to those four questions. You have argued that everything was in compliance with the rules: rules are one thing, the other is the impression.

Let me add a few more questions to what we originally tabled. I have no special information, everything I have comes from open sources, from the media.

Is it true that on 19 February, when Heads of Cabinet met to prepare a College meeting, no mention of the appointment was on the agenda or under any other business, while on 21 February it was there? And that the whole procedure for the appointment of the Secretary-General took just nine minutes, where Mr Selmayr was first appointed Deputy Secretary-General, then the Secretary-General of the European Commission resigned, and then Mr Selmayr was appointed as the Secretary-General?

My second question: was he the only candidate, or were there more candidates?

My third question, again from the media: is it true that the minutes of the 21 February Commission meeting were amended to include a discussion about the merits of non-existent multiple candidates?

Mr Commissioner, there is a lot of interest surrounding that appointment and I think that you should do your best to come out with something which is trustworthy, and you should avoid any feeling or any impression that it was a pre-prepared, politically motivated nomination. Unfortunately, I don't think that in this case you did your job perfectly.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, Commissioner Oettinger has, quite frankly, just made matters a lot worse, coming here and taking MEPs for stupid. Telling us about the wonderful new clothes of the emperor and expecting us to believe it is a stupid strategy, and it just underlines the point that I want to make here today. Today's debate is not about staff policy; it is about the total lack of political judgment of this Commission and that also applies to the absence of Mr Juncker, who likes to talk about his political Commission, but politics also means political accountability. He should be here to be held accountable for a political decision.

I am left completely speechless at the scene of 28 powerful politicians, selected for the political leadership of this continent but led by the nose by a civil servant. The political Commission of Mr Juncker sheepishly signing on the dotted line. Yes, Commissioner Oettinger, that is what you've been doing. If the Commissioners are so easily intimidated by a civil servant, if they act like helpless children when confronted with an unexpected staff decision, then how can we expect them to stand up for the European interests against Trump, for example, in a trade war, or resist pressures from powerful lobbies, or be firm with national governments that violate EU rules?

Maybe that part of the House could have the courtesy to hear me out... (*Speaker is pointing to the right*)

Selmayrgate destroys all the credibility of the European Union as a champion of integrity and transparency in public administration. At a time when public trust in the European project is low, this is devastating, Commissioner Oettinger, and the fact that the Commission has remained deaf to date to criticism shows how disconnected it is from reality.

In conclusion, the Commission will have to choose what is more important: the career of Mr Selmayr or the credibility of the European Union. The appointment of Mr Selmayr was a grave error and it must be corrected, and that is a precondition for our continued support for this Commission.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, chers collègues, en ce moment où le projet européen rencontre un dépit, voire une hostilité grandissants, que devons-nous attendre de la Commission, celle dont on nous dit qu'elle est de la dernière chance? Qu'elle se reconnecte aux besoins criants de nos sociétés, qu'elle s'ouvre à la diversité des approches en sortant du tout à l'économie, qu'elle quitte les dogmes de la pensée unique, dont l'échec est patent, qu'elle sorte du bunker dans lequel elle se replie jour après jour.

Comme aurait pu le dire Maria Montessori en son temps, il est urgent de mobiliser l'autonomie et l'initiative parmi les 33 000 agents de ce service public par excellence que doit être la Commission. Le parachutage d'assaut du capitaine Martin Selmayr à leur tête relève d'un aveuglement coupable de Jean-Claude Juncker. Personne ne met en cause ni l'intelligence ni la capacité de travail de l'intéressé. Par contre, il est de notoriété publique que c'est d'abord et avant tout l'homme d'un parti, dont l'objectif premier est d'asseoir son hégémonie sur les affaires européennes. Martin Selmayr poursuit sur le chemin d'une centralisation autoritaire, d'une caporalisation des fonctionnaires, invités à l'obéissance, plutôt qu'à la créativité, dans le mépris total de l'esprit de collégialité avec pour objectif celui de ne plus avoir qu'une ligne, ne plus voir qu'un visage: le sien.

Dennis de Jong, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Voorzitter, ik moet u zeggen dat ik diep teleurgesteld ben door wat de heer Oettinger ons net in een paar minuutjes aan informatie gaf worden. We worden – net als de journalisten – als volksvertegenwoordigers hier behandeld als kinderen die zeuren over iets wat toch al lang bekend is – dat de Commissie alles goed doet, dat de sollicitatieprocedures fantastisch zijn en dat terwijl alles en alles geheim is en stinkt rondom de benoeming van de heer Selmayr. Wij willen precies weten, stap voor stap: hoe ging de eerste benoeming als adjunct-secretaris-generaal? Hoe ging de tweede benoeming als secretaris-generaal? Hoe kan het zijn dat commissaris Thyssen verrast was door het voorstel voor de heer Selmayr als secretaris-generaal? En behandel ons niet als kleine kinderen, want dat accepteren we niet!

Hetzelfde gebeurde op 28 februari door vicepresident Katainen die ook zei dat hij ons zou vertellen wat vriendschap is, toen hij met Barroso een glaasje bier ging drinken. Het had immers niets te maken met Goldman Sachs. Barroso was helemaal geen lobbyist, maar hij noteerde wel in het register dat hij met Goldman Sachs geluncht had of een glaasje gedronken had. Wat is nou het werkelijke verhaal? Heeft Barroso zijn afspraken met het ad-hoc ethisch comité dat hij niet meer zou lobbyen voor Goldman Sachs, heeft hij die niet gehandhaafd? In dat geval moeten er maatregelen genomen worden over Barroso. Twee gevallen van integriteit en daarom hebben we het onderwerp integriteitsbeleid hier op de agenda gezet. We wensen niet als kinderen behandeld te worden.

Ik moet eerlijk zeggen dat ik afgelopen weekend erg moest denken aan wat er in 1999 gebeurd is met de Commissie Santer. Ook daar was er een integriteitsprobleem met madame Cresson en werd er aan het begin arrogant gedaan. Want ja, waar bemoeien jullie je mee? Wat is er aan de hand? Het werd weggemoffeld. En u kent het lot van de Commissie Santer.

Mijn fractie staat pal om ook een motie van wantrouwen in te dienen tegen de Commissie Juncker als deze arrogante houding zo doorgaat. Tijdens het onderzoek dat de Commissie begrotingscontrole gaat instellen, willen we alle feiten op tafel!

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I would like to thank the Commission. The fast-track appointment of Martin Selmayr to a EUR 20 000 a month job was done without any openness, without any transparency. In fact, his photograph was on the Commission website before the meeting even took place, so well done on that score.

What you have done, I think, is to bring a bit more light onto the Commission. I want the citizens to know that the Commission is the government of Europe. It is unelectable. We cannot vote for them, we cannot remove them, and yet they have the sole right to make law, and people need to understand how their money is being spent. This is Juncker's favourite bureaucrat, a fanatic, who is now the most powerful bureaucrat in the world, and all of it done without an open procedure. You have done the peoples of Europe a great service. It is the perfect stitch-up. It smacks of nepotism, unaccountable government, abuse of public funds. Thank God the UK is leaving.

Olaf Stuger, namens de ENF-Fractie. – Voorzitter, ik ben geschokt, maar niet door de aanstellingsprocedure van de heer Selmayr. Ik ben geschokt door het wantrouwen dat ik hier proef tegenover de heer Juncker. Want, Voorzitter, kennen wij de heer Juncker niet als een door en door integer mens, een bescheiden, nee, een onderdanig bestuurder, die zichzelf volledig wegcijfert en zich opoffert voor de Europese burger? En juist hij, het voorbeeld voor veel wereldleiders, wordt hier besmeurd. En Voorzitter, dat kan ik niet toestaan. Dat kan ik niet toestaan. Ik vraag om directe maatregelen. Mijn voorstel is, Voorzitter, om de verkiezingen van volgend jaar, de Europese verkiezingen, af te zeggen en de heer Juncker de bevoegdheid te geven op persoonlijke titel de leden van dit Parlement te kiezen en te benoemen.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, Monsieur Oettinger, vous nous prenez vraiment pour des enfants en ne répondant pas aux vraies questions sur l'effarante nomination de M. Martin Selmayr, nommé en un seul jour secrétaire général adjoint puis secrétaire général. La Commission en a débattu longuement – nous a dit son porte-parole – lors d'une réunion, le 21 février, qui a commencé à 9 h 30, la convocation de la presse pour annoncer ladite nomination étant partie à 9 h 39, pour une réunion à 10 h 30. Moins de deux candidats, car s'il n'y avait pas eu de candidats, la nomination eût été tout à fait illégale. Il fallait un homme et une femme. On a demandé donc à une dame, M^{me} Clara Martínez Alberola, adjointe de M. Selmayr, d'être candidate. Elle a bien voulu le faire, elle en a été récompensée, elle a retiré sa candidature sitôt les inscriptions clôturées, afin de laisser M. Selmayr seul en piste. À qui ferez-vous croire que cette procédure est régulière?

Il reste par ailleurs une dernière question, une question très importante: comment se fait-il que les 27 commissaires aient été aussi bienveillants à l'égard de ces manipulations indécentes de la procédure? Est-ce parce que M. Selmayr a proposé d'augmenter l'indemnité de transition des anciens commissaires, en la faisant passer de 40 à 65 % du dernier salaire de base? Est-ce parce qu'il a promis à tous les anciens commissaires un bureau à la Commission, une voiture avec chauffeur, deux assistants, de telle sorte qu'ils recevraient le double ou le triple de ce qu'ils reçoivent actuellement?

Voilà une question à laquelle il est important que vous répondiez.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Domnule președinte, este evident că poziția de secretar general al Comisiei este extrem de importantă. Trebuie să asigure buna funcționare a serviciilor, echilibrul, schimbul de informații între direcțiile generale, schimbul de informații cu Parlamentul și, mai ales, implementarea deciziilor politice ale colegiului comisarilor, fără să interfereze, fără să devieze, absolut deloc, de la aceste decizii politice. Funcționarul trebuie să pună în aplicare deciziile politice, nu să aibă opinii, până la urmă.

De aceea, cred eu că procedura trebuie să fie pe măsură, să fie o procedură foarte transparentă, să încurajeze participarea unui număr mare de funcționari, pentru a se putea decide o persoană, cea mai potrivită, pentru această funcție. Numai în acest fel Comisia își probează credibilitatea și cred că intervenția Comisiei pentru control bugetar este extrem de binevenită în acest caz.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-Président, dois-je vous relire l'article 4 du statut des fonctionnaires de l'Union européenne? «Toute vacance d'emploi dans une institution est portée à la connaissance du personnel de cette institution dès que l'autorité investie du pouvoir de nomination a décidé qu'il y a lieu de pourvoir à cet emploi».

Pourquoi le poste de secrétaire général n'a-t-il pas été publié, contrairement à ce que vous avez réaffirmé ici aujourd'hui? Pourquoi M^{me} Clara Martinez a-t-elle retiré sa candidature avant même d'avoir été entendue? Où est l'audition d'un homme et d'une femme dans votre procédure? Comment se fait-il que le personnel n'ait pas été informé en temps et en heure?

Vous, Monsieur le Vice-Président, qui êtes si à cheval sur le respect de toutes les règles, comment pouvez-vous vous satisfaire de cette violation manifeste de l'esprit et de la lettre de la loi? Comment pouvez-vous prendre le risque d'engager cette Commission que le président Juncker a voulue comme celle de la dernière chance, qui aujourd'hui alimente, y compris dans ses rangs, des discours eurosceptiques, alors que nous avons besoin qu'elle soit la gardienne des traités? Comment pouvez-vous violer l'esprit des institutions qui fait que ceux qui y travaillent ne sont pas là pour se servir mais pour travailler au service des citoyens – ceux que nous représentons? Être au service des citoyens, c'est ce que nous devons faire de manière exemplaire, ici face aux dérives au sein de la Commission européenne, mais nous devons bien sûr le faire aussi avec autant de vigilance dans notre propre Institution, nous le savons bien.

Alors nous vous le disons, Monsieur le Vice-Président: cessez ces contre-vérités! Quelles que soient les qualités de M. - Selmayr, il n'avait pas les qualités juridiques en termes d'emploi pour occuper ces fonctions et votre capacité à promouvoir les femmes en demandant à cette secrétaire générale adjointe de retirer sa candidature, avant même de l'avoir entendue n'est pas digne de la promotion de l'égalité des genres.

Peter van Dalen (ECR). – Voorzitter, Brussel heeft bij heel veel Europese burgers een negatieve klank, een klank van vriendjespolitiek en goed voor jezelf zorgen. Dat is exact wat Commissievoorzitter Juncker nu heeft gedaan. Vriendje Selmayr naar voren schuiven en goed voor hem zorgen.

Na zestig jaar Europese Unie lijkt er nog maar weinig veranderd. Heinrich Heine had gelijk: *“Es ist eine alte Geschichte, doch bleibt sie immer neu”*. Juncker is er altijd als de kippen bij om lidstaten en anderen te beschuldigen weg te duiken voor verantwoordelijkheid en niet transparant te zijn. Hij doet nu hetzelfde en verschuilt zich achter woordvoerders die nota bene verklaren dat alles met religieuze juistheid is gedaan. Je moet het lef maar hebben!

Het verpletterend simplistische antwoord van commissaris Oettinger laat nu zien dat de Commissie iedere politieke antenne mist. En meneer Selmayr is nu “aangebrand Brussels lof” en iedereen weet dat dat niet te verteren is. Er start vandaag nog een nieuwe procedure in de opvolging van de heer Italianer. Alleen op die manier kan de schade en schande van dit nieuwe geval van Brusselse vriendjespolitiek nog ietsje beperkt worden.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). – Mr President, first of all we should ask where President Juncker is, because he, not you, should be the best person to answer questions about the double promotion of Mr Selmayr, which was approved at the College meeting on 21 February.

But, I have some questions for you, Commissioner Oettinger. How long beforehand were you informed that Mr Selmayr was the only candidate for this post? To many observers giving Mr Selmayr a double promotion did not respect at least two articles of the Statute for EU civil servants. Article 29 requires an internal competition for the vacant post of Deputy Secretary-General. Mr Selmayr only had the grade of director and he was appointed Deputy Secretary-General. Commissioner Oettinger, for how long did he hold this post?

Article 4 requires the appointing authority and the staff of the Commission to be informed. This was not the case. So, Commissioner Oettinger, was it a fake internal competition? It seems an abuse of power. I welcome the fact that the EU Ombudsman is analysing this affair. Colleagues, such behaviours and abuses of power are fuelling anti-European sentiment all over Europe.

Bart Staes (Verts/ALE). – Voorzitter, collega's, commissaris, dit is een debat over ethiek en integriteit. U zegt dat alle regeltjes gevolgd zijn, maar wie het dossier nader bestudeert, weet dat dit hele dossier stinkt.

In de eerste plaats de aanstelling tot adjunct-secretaris-generaal. Die procedure is op een extreem snelle manier verlopen. Vacature: 31 januari. Externe evaluatie: 15 februari. Gesprek met het Raadgevend Comité: 16 februari. Interview met u en meneer Juncker: 20 februari. Aanstelling tot adjunct-secretaris-generaal: 21 februari. Een wereldrecord!

In de tweede plaats: de vacature is niet op een eerlijke manier behandeld. Er waren niet meerdere kandidaten. In de derde plaats: de vacature is niet open en transparant verlopen.

In de vierde plaats: de aanstelling tot secretaris-generaal op 21 februari is verlopen op een manier als een *deus ex machina*: niet aangekondigd, niet geagendeerd, zonder enig document op tafel voor de 28 commissarissen.

Deze zaak moet onderzocht worden, mijnheer Oettinger! En dat zal gebeuren in de Commissie begrotingscontrole! U hoeft niet te doen alsof wij kleine kinderen zijn! Wij willen weten wat er gebeurd is en aanvaarden niet dat hoge ambtenaren op zo'n manier, op zo'n oneerlijke manier snel en zomaar er doorheen gejaagd worden!

Isabella Adinolfi (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ci troviamo qui a discutere di un grigio funzionario, Selmayr, che nessun cittadino europeo però conosce. Perché? Perché Selmayr, in un attimo, si è trovato a sedere su una delle poltrone più pesanti della Commissione europea. Il problema è che noi sappiamo chi volle mettere a capo del Gabinetto dell'ufficio Juncker il tedesco Selmayr, e di chi faceva gli interessi.

Ora, io non contesto la correttezza formale della nomina stessa, ma piuttosto il ruolo politico o meno della Commissione e del suo Presidente, e soprattutto vorrei sapere la considerazione che deve avere l'etica nella vita pubblica. Io a questo punto mi chiedo e vi chiedo, a voi colleghi deputati: il Presidente della Commissione e i Commissari sono solo dei semplici tecnici oppure sono dei politici? Perché se si tratta di politici – cosa che tra l'altro il Presidente Juncker ha più volte ribadito – in che modo rispondono della loro condotta ai cittadini che non li hanno eletti ma che però subiscono le loro decisioni?

I politici, soprattutto quelli a capo delle istituzioni, devono agire con integrità, disciplina, onore, comportarsi sempre in modo eticamente irreprensibile. Tutti i loro atti devono non solo essere, ma anche apparire irreprensibili. Non possono esserci dubbi sul loro operato. Dove sono allora, in questo caso, l'etica e la trasparenza, che Lei, Commissario, prima ci ha citato? Quali sono i meccanismi di sanzione politica di fronte a questi atteggiamenti e a questi comportamenti, visto che né Lei, Commissario Oettinger, né tanto meno il Presidente Juncker, siete stati eletti direttamente dai cittadini, e non è prevista una mozione di sfiducia individuale? Soprattutto, dov'è il Presidente Juncker?

Il voto in Italia ha dimostrato che i cittadini non vogliono più questa Europa, chiusa in un fortino di raccomandati, di interessi tedeschi e di lobbisti. Dall'Italia spira forte un vento di cambiamento, che voi non potete più ignorare.

Nicolas Bay (ENF). – Monsieur le Président, oui, la nomination de M. Selmayr comme Secrétaire général de la Commission européenne est scandaleuse.

Scandaleuse parce que ce soutien de M^{me} Merkel s'ajoute à la longue liste des Allemands abusivement nommés à des postes-clés dans les instances européennes.

Scandaleuse parce que cette nomination totalement arbitraire, au mépris de toutes les règles de recrutement en vigueur dans cette institution, consacre le triomphe de la superstructure bureaucratique sur les responsables politiques que nous sommes.

Alors que l'Union européenne ne cesse de donner des leçons de droits de l'homme, de respect de l'état de droit et de démocratie à la terre entière, voilà que l'ancien premier ministre d'un paradis fiscal veut imposer son chef de cabinet à la tête de l'administration de l'exécutif européen. Au lieu de venir ici pour s'en expliquer, M. Juncker nous envoie M. - Oettinger, le commissaire allemand également choisi par M^{me} Merkel. Quel mépris pour le Parlement et les citoyens que nous représentons!

C'est avec ce même mépris que les bureaucrates non élus de la Commission, qui disposent d'un pouvoir exorbitant, se permettent de contester les décisions à la fois légales et légitimes de gouvernements démocratiquement élus comme en Pologne ou en Hongrie.

Ingeborg Gräßle (PPE). – Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich wusste gar nicht, wie viele von euch und von uns scharf darauf sind, sich in die Untiefen des Statuts einzuarbeiten. Ich freue mich darauf. Ich möchte uns einladen, zur Versachlichung der Debatte beizutragen. Der Haushaltskontrollausschuss wird Fragen stellen, die Sprecher werden das heute in einer Woche beschließen, und dann werden wir alle die Fragen stellen, die uns umtreiben.

Normalerweise geht der Plenarberatung die Ausschussberatung voraus. Es wäre vielleicht in dem Falle auch gut gewesen, sich daran zu halten. Jeder Mitarbeiter ist willkommen, hier Fragen zu stellen. Ich glaube, es ist dringend geboten, zur Versachlichung beizutragen. Ich möchte eine Lanze brechen für das Statut, für den Bewährungsaufstieg, für Chancengerechtigkeit – übrigens auch hier im Haus. Ich weiß, dass die Beamtinnen und Beamten sich darauf verlassen und auf uns zählen. Ich nehme deswegen die Aussage des Herrn Kommissars zur Kenntnis, dass die Regeln und Verfahren des Statuts eingehalten worden sind. Es gab sogar zwei Assessment-Center. Wir haben keine Statusänderung für ehemalige Kommissare, Herr Kommissar – es wäre wichtig, dass Sie das noch mal sagen – also kein Chauffeur, kein Büro, kein Personal und kein Übergangsgeld. Es wäre sehr wichtig, davon von Ihnen noch etwas zu hören.

Und ich nehme auch zur Kenntnis, dass niemand angezweifelt hat, dass der Ernannte es kann. Ich glaube, es ist für Beförderungen auch immer wichtig sicherzustellen, dass der Benannte es kann. Den Rest werden wir im Haushaltskontrollausschuss klären und hoffentlich dann eine Resolution zustande bringen.

Inés Ayala Sender (S&D). – Señor presidente, suscribo la demanda de que, ahora que estamos, además, en el marco de la aprobación de la gestión, la Comisión de Control Presupuestario haga la audiencia necesaria al señor Oettinger: tenemos la capacidad y ya lo habíamos solicitado.

Pero de todos modos, señor Oettinger, yo quería plantearle que llevo años, llevamos años pidiendo en este Parlamento — y en el contexto de la aprobación de la gestión, además — algunos cambios y algún esponsoramiento de nombramientos de altos cargos sin que nos hayan hecho nunca caso.

Y cuando, por fin, esto llega, resulta que ni siquiera puedo alegrarme o podemos alegrarnos porque todo el procedimiento se ve contaminado por esa decisión exprés del nombramiento del secretario general, que resulta inadmisibles aunque sea legal e, incluso, legítima, pero que se ha hecho de tal manera que ahora mismo nos ha colocado en medio de una tormenta que nos impide centrarnos en lo esencial — el *brex*it y sus consecuencias, los presupuestos 2020, el pilar de los derechos sociales, la política migratoria,... en fin, los temas esenciales de la Unión Europea—, y en vez de lo esencial, nos vemos en este momento hablando del funcionamiento, del mal funcionamiento, del opaco funcionamiento de las instituciones.

En vista de lo ocurrido, por lo tanto, en ese Colegio de Comisarios — que he de recordar que todos lo aprobaron, aunque después en los pasillos lloren, se quejen y digan otras cosas —, nos encontramos en el Parlamento en la necesidad de tomar en este debate estéril algunas decisiones.

Yo, desde luego, estoy de acuerdo en que, en el marco de la aprobación de la gestión y de la Comisión de Control Presupuestario, que es donde habitualmente hacemos el control, desde luego hará falta que hagamos esa audiencia y ese control en profundidad.

Y yo también le pediría, señor Oettinger, puesto que sé que usted es capaz de hacerlo, que aquí nos dijera que, antes de finales de este año — que es lo que los socialistas hemos pedido —, la Comisión nos presentará una propuesta de nombramiento de altos representantes, de altos funcionarios que sea definitivamente más transparente, que esté a la altura de los tiempos y también que respete la igualdad de derechos de los funcionarios. Yo creo que nos lo merecemos todos y también Europa para su futuro.

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Hr. formand! Man skal være både blind, stum og døv for at tro på kommissær Oettingers forsikringer om, at denne udpegning er sket både efter reglernes ånd og bogstav. Derfor har jeg faktisk også lidt ondt af kommissæren i dag. Jeg har ondt af, at formand Jean-Claude Juncker har valgt at sende en stikirenddreng for at forklare denne udpegning i stedet for at møde op i egen person og forklare til Parlamentet, hvorfor man absolut vil insistere på at miskreditere Kommissionens højeste niveau af embedsfolk med politiske udpegninger. Det er noget, der vil skade Kommissionen ikke bare i dag, hvor vi diskuterer denne udpegning, men også i årene, der kommer. Hvis de europæiske borgere ikke grundlæggende tror på, at de øverste embedsfolk i Kommissionen er udpeget på grund af deres dygtige kvalifikationer som neutrale embedsmænd, som vogtere af traktaten og som dem, der på en neutral måde skal formidle Parlamentets og Rådets politiske visioner, så lider hele ideen om et demokratisk EU, og derfor er det en skam, at Jean-Claude Juncker ikke i dag selv vil komme her og stå på mål for sin udpegning.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Durch das, was hier in den letzten Wochen passiert ist, macht sich die Europäische Union angreifbar. Sie macht sich angreifbar, weil es in den Augen der Öffentlichkeit nach Vetternwirtschaft riecht, es riecht nach einem Beförderungsverfahren im Expresstempo. All das, Herr Kommissar, mag den Buchstaben der Regeln entsprechen, aber in den Augen der Öffentlichkeit entspricht das eben nicht den Prinzipien Europas von Transparenz, Offenheit und klaren Verfahren mit Chancengleichheit.

Und daher: Sie erinnern an das politische Gespür des Kandidaten. Das will ich nicht in Frage stellen, aber ich appelliere an Ihr politisches Gespür. Tun Sie nicht so, als sei nichts geschehen und als sei alles in Ordnung, wenn im Grunde in ganz Europa viele Fragen zu Recht gestellt werden! Ziehen Sie Konsequenzen aus diesem Skandal, nutzen Sie nicht länger die Ausnahmenvorschriften zu Lasten der Transparenz und Offenheit des Verfahrens, die das Beamtenstatut bietet! Alle Stellen – auch hier im Parlament, in der Kommission – müssen offen und transparent ausgeschrieben werden. Die entsprechenden Entscheidungen gehören vorher auf die Tagesordnung der Gremien. Ziehen Sie bitte die Konsequenzen, damit das keine Wahlkampfhilfe für Populisten im Europawahlkampf wird!

György Schöpflin (PPE). – Mr President, the facts really do point in a particular direction. The Commission has made a very senior appointment without following its own procedures adequately, certainly as far as transparency is concerned. This has flawed consequences. It demonstrates that checks and balances are, shall we say, missing from the work of the Commission. Equally that when it suits the Commission, it ignores the rules, meaning the rule of law. Following procedure is a necessary part of the rule of law. If the Commission is ready to ignore its own rules, why should anyone pay a blind bit of attention to what the Commission says about flaws in the rule of law in Member States or anywhere else for that matter?

Mark Demesmaeker (ECR). – Commissaris Oettinger, uw toelichting toont vooral aan in wat voor soort bubbel u eigenlijk leeft. Hierbuiten stellen burgers zich vragen over deze blitzbenoeming, en u komt met een droge toelichting die op geen enkele vraag een antwoord geeft.

Het gaat voor mij niet over de persoon van Martin Selmayr. Ongetwijfeld is hij briljant. Het gaat voor mij over de manier waarop deze benoeming werd georkestreerd, de intrige, het beeld van achterkamer- en vriendjespolitiek. Het gaat over de werking van de Commissie in haar geheel. Het toont aan dat de collegialiteit in de Commissie pure schijn is. Het gaat over ongezonde concentratie van macht en invloed. En het gaat over uw communicatie.

U hebt de regels zagezegd religieus gevolgd. Wel, ik heb als kind vaak geluisterd naar de parabel van de farizeeër die de regels van Mozes naar de letter volgt, maar eigenlijk het toonbeeld is van hoogmoed en van arrogantie. U ziet de bedreigingen voor de Europese Unie vaak elders: in Rusland bij Poetin, in Amerika bij Trump, bij het populisme. Maar de echte bedreiging voor het EU-project, meneer de commissaris, moet u vooral bij uzelf zoeken.

Pascal Durand (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur Oettinger, *fraus omnia corrumpit*, apprend-on sur les bancs des facultés de droit, la fraude corrompt tout. Lorsque vous essayez de faire croire à ce Parlement que la nomination de quelqu'un comme secrétaire général adjoint pour trois minutes pour pouvoir échapper aux règles de nomination par l'extérieur et être nommé par le tour intérieur est une procédure normale pour devenir secrétaire général à la tête de 33 000 personnes, je n'ai pas de leçon à recevoir de vous, Monsieur Oettinger, ni de conseil. Aucun.

Vous nous prenez pour des imbéciles, vous mentez. Aucune autorité indépendante, aucune autorité indépendante, celle que nous défendons, n'accepterait de se laisser traiter de la sorte. Vous devriez avoir honte! Ce que vous faites pour l'Europe, Monsieur Oettinger, et l'ensemble de votre Commission, est pire que ce que font tous les nationalistes, tous les extrémistes et tous les eurosceptiques. Vous êtes en train de détruire le projet européen et la démocratie européenne.

Werner Langen (PPE). – Herr Präsident! Ich habe keine Zweifel an der juristischen und wissenschaftlichen Qualifikation von Herrn Selmayr, ich habe aber Zweifel am Verfahren und an dessen fachlichen Eignung als Vorgesetzter von 33 000 Beamten. Herr Selmayr war bisher nur als Kabinettsmitglied von Luxemburger Kommissaren tätig, nicht als deutscher Beamter – das für diejenigen, die das Deutschland zuschreiben wollen. Es fehlt ihm die Erfahrung in der normalen Beamtenlaufbahn, der Bewährungsaufstieg: kein Abteilungsleiter, kein Referatsleiter, kein Direktor – nichts von alledem.

Das Verfahren war alles andere als transparent – das erinnert an die Geheimebürokratie des 19. Jahrhunderts. Und Herr Selmayr hat sich in der Vergangenheit häufig um die anderen gewählten Institutionen gekümmert. Er wollte dem Parlament erneut Herrn Schulz als Präsidenten aufdrücken, er hat in der finnischen Presse vier Kommissare als unbrauchbar bezeichnet. Warum er überhaupt noch im Amt ist, ist schon verwunderlich, meine Damen und Herren. Aber am Ende sage ich: Das ist eine unangemessene Machtübernahme in der EU, wenn man so will, durch die Hintertür. Luxemburg hat es wieder einmal geschafft. Mich erinnert das an die Augsburger Puppenkiste, wo oben einer die Fäden zieht und unten die Puppen tanzen.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Voorzitter, mijnheer Oettinger, ik denk dat het voor alle vragen tot nu toe heel duidelijk is dat uw eerste interventie totaal de plank missloeg. Het was een formalistisch antwoord waarin werd gedaan alsof alles volgens de letter is gevolgd. Maar u weet ook: je hebt regels die je volgens de letter moet volgen of die je volgens de geest moet volgen. En daar gaat het in deze kwestie om. Het gaat over transparantie. Het gaat over geloofwaardigheid. Het gaat over eerlijke procedures, iets waar de Commissie zegt voor te staan.

Dus u kunt in uw tweede antwoord wraak nemen voor uw zwakke optreden in de eerste fase. U kunt dan zelf aangeven waar u denkt dat de regels aangepast moeten worden, zodat we een volgende keer niet meer zo'n flitsprocedure kunnen meemaken en er een open, eerlijke, transparante procedure wordt gevolgd, zodat we vertrouwen hebben in de benoemingen van de ambtenaren van de Europese Commissie. Dat vertrouwen is ongelooflijk belangrijk en het is jammer dat u blijkbaar regeltjes nodig heeft om u eraan te houden. Maar het is nu aan u om duidelijk te maken waar u vindt dat de procedure verbeterd moet worden, anders bent u echt geen knip voor de neus waard.

Zgłoszenia z sali

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Voorzitter, integriteit is in politiek een van de meest kostbare goederen. Je mag als politicus nog zoveel kwaliteiten hebben als je wil, zonder integriteit gelooft niemand je en ben je met die kwaliteiten uiteindelijk helemaal niets. En dat is voor de Europese instellingen bij uitstek het geval. En dus moeten wij des te meer het voortouw durven nemen juist als het aankomt op die integriteit.

Ik hoop dat het debat van vandaag dit goed aantoont. Los van de objectieve kwaliteiten is er nog zoiets als de manier waarop alles gebeurt. Daarom vraag ik ook duidelijk aan de commissaris om hier en nu formeel te bevestigen dat niet alleen de procedure correct werd gevolgd, maar ook dat de geruchten over het vertrekpakket van de commissarissen, de chauffeurs en dergelijke meer, compleet fout zijn en dus uit de lucht gegrepen zijn.

Elnökváltás: JÁRÓKA LÍVIA

alelnök asszony

Eric Andrieu (S&D). – Madame la Présidente, au moment où le monde est en pleine ébullition, au moment où les États-Unis rentrent dans leur conservatisme, dans leur protectionnisme, au moment où la Corée du Sud rencontre la Corée du Nord, au moment où Poutine et la Russie réarment, au moment où Bachar El-Assad continue à intervenir sans discernement, au moment où Erdoğan continue avec les Kurdes, nous ici, que faisons-nous? Nous parlons de l'incapacité du président de la Commission européenne de respecter les règles qu'il a lui-même édictées et je ne veux même pas parler de notre Président de l'Assemblée parlementaire, qui lui pratique le tango corse – le tango corse c'est deux pas en avant et trois pas en arrière –, puisqu'il nous disait il y a à peine six mois, «Je serai président d'un parlement et je ne serai jamais premier ministre». Il a fallu que les élections italiennes le séduisent et qu'il se propose pour occuper les fonctions de premier ministre. Le monde se rit de nous, amis parlementaires. Aujourd'hui, il est de notre responsabilité de déterminer quel rôle peut jouer le continent européen à l'échelle intercontinentale au lieu de passer des heures et des heures à débattre de sujets qui ne sont pas à la hauteur des enjeux mondiaux qui doivent nous animer.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Oettinger, ο κ. Juncker έπρεπε να είναι εδώ στη θέση σας και όχι να απαντάτε εσείς. Και έπρεπε να είναι εδώ, για να έρθει να αναλάβει τις ευθύνες του, διότι όταν βγήκε το θέμα στη δημοσιότητα είπε ότι είναι απόλυτο δικαίωμά του να διορίζει όποιον επιθυμεί αυτός ως Γενικό Γραμματέα, διότι συνέκρινε τον εαυτό του στις δηλώσεις του με τον κύριο Macron και την κυρία Merkel και είπε ότι όπως αυτοί διορίζουν όποιον θέλουν Γενικό Γραμματέα, το ίδιο μπορεί να κάνει κι αυτός στην Κομισιόν.

Επομένως, έπρεπε να έρθει εδώ, να υπερασπίσει αυτές τις απόψεις του, να υπερασπίσει αυτή την προκλητική παράνομη συμπεριφορά του, διότι αυτά είπε στις δηλώσεις του. Τώρα από τη συζήτηση και από αυτά που είπατε προκύπτουν ακόμη περισσότερες παρατηρήσεις και περισσότερα ερωτήματα, διότι είναι δεδομένο ότι ο επιλεγείς έγινε αναπληρωτής Γενικός Γραμματέας και αμέσως την επόμενη μέρα Γενικός Γραμματέας. Αυτά είναι απίθανα που συμβαίνουν, αλλά δεν έπρεπε να είστε εδώ εσείς, έπρεπε να έρθει ο κ. Juncker να υπερασπίσει τις επιλογές του.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, a política dita «de integridade e de transparência» da Comissão Europeia pode resumir-se nisto: a Comissão Europeia está integralmente ao serviço dos interesses económicos e financeiros que, a todo o momento, determinam a sua ação e os conteúdos das suas iniciativas. E não há constatação mais cristalina e transparente do que esta.

A incondicional defesa destes interesses exige, com frequência, a obscuridade de procedimentos que nenhum código de ética ou política dita «de transparência» pode eliminar por completo. Esta falta de integridade e de transparência não é algo de episódico, é, pelo contrário, algo de estrutural. Por muito chocantes que possam ser, e são, alguns dos episódios que vão revelando esta realidade estrutural. Mas é ela, esta realidade que deve ser combatida mais do que a sua manifestação episódica. Seja o caso do ex-presidente da Comissão Europeia e lobista da Goldman Sachs, que tenta influenciar comissários, seja o expediente, agora conhecido, que oportunamente, muito oportunamente, guindou ao topo da burocracia da União Europeia o todo-poderoso chefe de gabinete do Presidente da Comissão Europeia.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, επιτρέψτε μου να συγχαρώ τον κύριο Selmayr, έναν καριερίστα πολιτικό υπό τον μανδύα του δημοσίου υπαλλήλου, για το κατόρθωμά της διπλής προαγωγής, σε διάστημα μόλις ενός δεκαλέπτου. Δυστυχώς, το Κοινοβούλιο δεν έχει την τυπική αρμοδιότητα να αποπέμψει τον Γενικό Γραμματέα της Επιτροπής, ο οποίος υπηρετεί κατά την κρίση του σώματος των Επιτρόπων. Πόσο όμως υποκριτικές είναι πλέον οι νουδεσίες της Επιτροπής, όταν επιτίθεται σε κράτη μέλη με γενικόλογες διαπιστώσεις περί κράτους δικαίου, τη στιγμή που δεν τηρεί ούτε καν τα προσχήματα περί ηθικής, διαφάνειας και αξιοκρατίας στα του οίκου της;

Το έλλειμμα ακεραιότητας της Επιτροπής είναι ήδη γνωστό. Εκδηλώνεται με πρακτικές που ναι μεν τηρούν το γράμμα αλλά όχι το πνεύμα των κανονισμών: τη διαφορετική ερμηνεία και εφαρμογή των ίδιων κανόνων προς τα κράτη μέλη κατά το δοκούν, την απροκάλυπτη πολιτικοποίηση της διοίκησης θεωρητικά ουδέτερων οργάνων και μηχανισμών και τη γερμανοκρατούμενη στελέχωση κρίσιμων θέσεων. Σε αυτή την Ένωση δεν υπάρχουν συνένοχοι, αλλά μόνο υπεύθυνοι, δεν υπάρχουν περιθώρια συνεννόησης ή αποδοχής και, αν χρειαστεί, θα υποστηρίξω πρόταση καθάρσεως της διορισμένης Επιτροπής.

Agnes Jongerius (S&D). – Voorzitter, commissarissen, er zijn van die dagen dat ik mij schaam om lid te zijn van het Europees Parlement. En ik moet zeggen: dit is zo'n dag. En dat is niet omdat ik denk dat wij – onze ondersteunende diensten of de diensten van de Commissie – geen heel nuttig werk doen om onderwerpen die voor Europese burgers van belang zijn op een goede manier te regelen. Maar als ik kijk naar het beeld van Europa, dan is het beeld van Europa vandaag: Europa is van de achterkamertjes, van onduidelijke benoemingen. En er hangt ook nog een heel vraagstuk in verband met schimmige beloftes aan commissarissen boven de tafel zonder dat dat hier vandaag in het Parlement besproken is. Dus ik ben blij dat er een onderzoek komt, want ik zou mij trots willen voelen op het werk dat ik hier doe en me niet hoeven te schamen voor het Europees Parlement.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, on esitetty voimakkaita väitteitä, joiden mukaan komission tärkeä virkanimitys ei olisi mennyt sääntöjen mukaisesti. Eurooppalaisen veronmaksajan kannalta on tärkeintä, että kaikkiin virkatehtäviin valitaan aina hakijoista paras, ketään syrjimättä, ketään suosimatta. Vähintä mitä komissio voi tehdä tässä tilanteessa, on kertoa totuus siitä, kuinka tähän nimitykseen on päädytty, voitaisiinko asiantila korjata ja kuinka. Poliittiset virkanimitykset ovat korruptiota. Tähänkö suuntaan komissio haluaa kehittää Euroopan unionia?

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, ο διορισμός του κυρίου Selmayr, πολιτικού φίλου του κυρίου Juncker, ως Γενικού Γραμματέα της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, ο οποίος έγινε αιφνιδιαστικά και με αδιαφάνεια, δεν είναι τίποτε περισσότερο από ένα πραξικόπημα στη λειτουργία του θεσμικού αυτού οργάνου. Παρακάμφθηκαν είκοσι οκτώ Επίτροποι, οι οποίοι έγιναν απλοί θεατές των γεγονότων και παραδόξως δεν αντέδρασαν, προφανώς για να αποκτήσουν προσωπικά οφέλη. Παρακάμφθηκαν επίσης και τα κράτη, από τα οποία αφαιρέθηκε η δυνατότητα να παρέμβουν. Η όλη αυτή μεθόδευση έγινε για έναν προφανή λόγο: Ο μικρός ηγετικός κύκλος της Ευρωπαϊκής Ενώσεως θέλει να διορίσει σε όλα τα θεσμικά όργανα ανθρώπους τους οποίους ελέγχει απολύτως, ούτως ώστε να χειραγωγεί τη διαδικασία και τις αποφάσεις αυτών των οργάνων.

Είναι σαφές ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει ξεφύγει από τις αρχές και τις αξίες επί των οποίων στηρίχθηκε η δημιουργία της, έχει γίνει όργανο ικανοποίησης των σκοπών της παγκοσμιοποίησης και γι' αυτόν ακριβώς το λόγο επιλέγει μαριονέτες για να κάνουν αυτά τα οποία πρέπει να κάνουν. Αυτή η κατάσταση πολύ γρήγορα θα αλλάξει, διότι στις επόμενες ευρωεκλογές τα κράτη μέλη θα στείλουν πατριώτες στον χώρο αυτό και οι διεφθαρμένοι πολιτικοί θα μπουν στο χρονοντούλαπο της Ιστορίας.

Krisztina Morvai (NI). – Madam President, at the last plenary we were dealing with Mr Barroso, former Commissioner, now working for Goldman Sachs, coming back to bribe, perhaps, or perhaps just influence the present Commission. At this plenary we are talking about a political appointee becoming the Secretary-General of the European Commission, in violation of all the relevant rules.

In the meantime, the same European Union dares to have Article 7 proceedings against my country, Hungary, and against Poland for violation of the rule of law. Don't you think that you should immediately, after this very session, stop these Article 7 proceedings and start proceedings instead against yourselves?

(„Catch the eye” eljáráis vége)

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Bitte nehmen Sie mir ab, dass ich für die Kommission, aber auch persönlich vor der Bedeutung des Parlaments hohen Respekt habe, hier nicht arrogant auftrete, Sie nicht als kleine Kinder behandeln will, Ihre Fragen ernst nehme und der Untersuchung auch mit großer Ernsthaftigkeit und Gelassenheit entgegenstehe. Zollen wir uns gegenseitigen Respekt.

Zum Zweiten: Betrug, Korruption, Skandal, Intrige, persönliche Vorteile: dies wurde von einigen Rednerinnen und Rednern unterstellt. Allein deswegen haben wir, habe ich allergrößtes Interesse an einer objektiven Untersuchung im und durch den Haushaltskontrollausschuss. Es werden dort alle Fragen beantwortet. Fragen, die uns bis 5. März — Datum des Poststempels — schriftlich zugehen, werden fristgerecht bis zum 14. März beantwortet, losgelöst von der heutigen relativ kurzen Beratungszeit.

Warum bin ich hier? Weil die Konferenz der Präsidenten genau dies beschlossen hat. Es war Ihr hohes Haus, es war Ihr Präsident, es waren Ihre Fraktionsvorsitzenden, die bei abweichender Meinung von ECR und GUE mit breiter Mehrheit gesagt haben „Oettingers Portfolio“, also muss der Oettinger her. Deswegen bin ich hier. Ich bin sicher, wenn die Konferenz der Präsidenten meinen Präsidenten sprechen wollte, würde er anwesend sein. Das heißt: ich bin deswegen hier, weil die Konferenz der Präsidenten, Ihre Konferenz in der Vorbereitung, genau dieses von der Kommission erwartet hat. Wir erfüllen Ihre Erwartungen.

Es wurde von dem Generalsekretär Martin Selmayr als einem grauen Bürokraten gesprochen. Dieser Deutsche Selmayr – keiner kenne ihn. Ich zitiere! Meine Bitte ist: Diskriminierung ist in Europa nicht zu akzeptieren. Es sollten auch Beamte in keiner Form diskriminiert werden. Wenn in der Presse von einem Monster geschrieben wird, ist es Sache der freien Presse. Aber ich finde, jeder Beamte, egal ob kleiner oder großer Beamter, hat ausreichend Fürsorge und Respekt von uns allen verdient.

Es wird gesagt, die Deutschen beherrschen mit dieser Entscheidung wieder Europa. Ich höre in Deutschland oft Folgendes: Warum ist jeder Mitgliedsstaat mit einem Kommissar vertreten? Warum haben auch kleinste Mitgliedsstaaten wie die großen einen Kommissar? Ich finde es richtig. Ich glaube, es sollte im Gerichtshof, im Rechnungshof, in der Kommission jeder Mitgliedsstaat auf Augenhöhe vertreten werden. Aber bitte nehmen Sie mir ab: In den großen Mitgliedsstaaten wird schon gefragt, warum nur einer von 28. Oder dass in diesem hohen Hause die kleinen Mitgliedsstaaten einen Abgeordneten haben, der neunzigtausend Einwohner vertritt, während in den großen Mitgliedsstaaten ein Abgeordneter neunhunderttausend Einwohner vertritt. *One man, one vote.* Ich halte es trotzdem für richtig, dass Malta und Luxemburg mit sechs Abgeordneten vertreten sind. Aber ich möchte hier klarstellen: In der Frage der fairen Vertretung unserer Mitgliedsstaaten, der Nationalität, sind wir alle...

(Zwischenruf)

Ich habe Ihnen doch auch zugehört, Frau Kollegin! Wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, gerne. Sonst bitte ich Sie, dass Sie Ihre Fragen geordnet und umfassend... Ich komme zu allen Fragen, Frau Kollegin! Es waren 20 Fragen. Sie werden auch noch merken, dass ichs Ihre Fragen zu beantworten versuche. Eines nach dem anderen, Geduld und Respekt.

Die Frage der Nationalität ist für mich völlig sekundär. Ich fühle mich als europäischer Bürger, der in der Kommission einer von 28 ist. Ich glaube, dass deswegen die Frage, wo man geboren ist, und das Passdatum eine eher geringere Bedeutung spielen sollten.

Es wurde gesagt, die Kommission sei nicht gewählt. Dem widerspreche ich ausdrücklich. Ein Kommissarsanwärter wird von seiner demokratisch gewählten Regierung vorgeschlagen. Er wird von diesem hohen Hause im Fachausschuss gegrillt. Er wird von diesem Hause gewählt. Er wird vom Europäischen Rat gewählt. Ich kenne viele Mitgliedsstaaten, in denen man nationaler Minister wird, ohne dass das nationale Parlament überhaupt mitwirkt. Wenn zum Beispiel in zwei Tagen in Deutschland die Kanzlerin gewählt wird – die Minister werden von den Parteien bestimmt und vom Präsidenten bestätigt. Keinerlei Wahl, kein Hearing, gar nichts – so wie etwa im Europäischen Parlament. Deswegen behaupte ich, die Kommission genügt demokratischen Grundsätzen mehr als viele andere Gremien auf nationaler Ebene.

Ich kann ihnen hiermit sagen, dass diese Kommission nicht die Absicht hatte und nicht die Absicht hat, für alle Kommissare nach dem Ausscheiden aus der Kommission Dienstwagen, Fahrer, Büros zu organisieren. Dies halte ich für *Fake News*. Wir haben es mehrfach dargelegt, und ich kann Ihnen hier versichern: Es gibt unter meiner Verantwortung keinen Vorschlag, der an diesem Thema bezüglich aller Kommissare nach ihrem Ausscheiden irgendetwas ändern soll.

Es wurde von einigen Kollegen gesagt, die Regeln mögen nach dem Buchstaben eingehalten worden sein. Ich finde, Buchstaben sind zunächst mal die Grundlage, damit man Regeln einhalten kann. Deswegen sehe ich den Überprüfungen mit Interesse entgegen. Wir haben alle Regeln nach dem Buchstaben voll und ganz eingehalten. Dies wird von einigen bezweifelt. Lassen Sie uns das prüfen. Ich stelle mich hier sehr gerne Ihren Fragen. Aber dieses Statut, wie man Beförderungen, Ernennungen in der Kommission durchführt, ist kein Statut des Präsidenten. Das Statut, auf dessen Grundlage die Ernennung von Martin Selmayr zum Generalsekretär geschehen ist, ist ein Statut, das dieses hohe Haus und der Rat beschlossen haben. Es ist Ihr Statut, es sind Ihre Buchstaben, es sind Ihre Regeln. Wenn Sie sie ändern wollen, müssen wir darüber reden. Entschuldigung, die *staff regulations* und das, was der Rat beschlossen hat, sind in den demokratischen Gremien Rat und Parlament entstanden! Dies kann man ändern. Aber diese Ernennungen geschehen nicht nach Willkür der Kommission, sondern auf der Grundlage, nach den Buchstaben und auch im Geiste dessen, was in den europäischen demokratischen Gremien entschieden und beschlossen worden ist.

Wir haben drei Möglichkeiten, wie man über die Besetzung von Positionen und die Ernennung dazu entscheidet: die interne Ausschreibung, die externe Ausschreibung und den Transfer innerhalb des Dienstes. Alle drei – interne Ausschreibung, externe Ausschreibung und Transfer – sind in unseren Statuten vorgesehen. Der Beamte Martin Selmayr war drei Jahre Kabinettschef unseres Präsidenten. Und genau dies, Kabinettschef, entspricht der Generaldirektorenebene, während Kabinettschef eines Kommissars der Direktorenebene entspricht. Und von daher hat er in den letzten drei Jahren mit Ihrem Wissen eine Aufgabe ausgeführt und erfüllt, die ihn dazu befähigt, nach der Methode, die wir angewandt haben, in das Amt des Generalsekretärs zu kommen. Wir sollten von Herrn Selmayr auch kein Zerrbild aufbauen. Er ist weder Parteimann, noch ist er ein Monster, noch ist er unfähig. Deswegen ist meine Bitte: Geben Sie ihm in der Aufgabenausführung in den nächsten Monaten mit ihrem strengen Blick eine Chance! Ich bin mir sicher, er wird die Aufgabe hervorragend ausführen, und dies als jemand, der Dienstleister dem Präsidenten Juncker gegenüber und der Kommission gegenüber ist. Zerrbilder halte ich hier in jeder Form für nicht angebracht.

Wenn Sie ihn nicht mögen, wenn Sie es ihm nicht zutrauen, sagen Sie es! Aber es hat hier diesem hohen Hause niemand ein negatives Urteil über seine Qualifikation und seine Arbeitsfähigkeiten und seine verschiedenen Positionen in den letzten Jahren abgegeben.

Wir stellen uns gerne dem Haushaltskontrollausschuss, werden auch schriftliche Fragen beantworten. Ich bin selbst auch bereit, in jedes Ihrer Gremien zu kommen, in Ihre Fraktionssitzungen, auch zum bilateralen Gespräch, und ich nehme mir gerne jede Zeit, um alle Ihre Sorgen und Fragen in den nächsten Wochen durch klare Antworten mit Blick auf das Europäische Statut und auf Recht und Gesetz zur Befriedigung aller Fragesteller zu beantworten.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Indrek Tarand (Verts/ALE), in writing. – To everyone's surprise, the EU's executive body has turned the replacement of its Secretary-General into an absolute fiasco. The recent coup d'Etat or the so-called 'selection' process, is another shameful example of bending the rules and ignoring norms. This 'Blitzkrieg' method of appointing Mr. Selmayr, who orchestrated his own selection procedure, the legitimacy of which is questionable at best, is a little reminiscent of the case of former Commissioner Kallas. The latter was himself at the source of a set of transparency rules, which led to the creation of the transparency register, but a couple of months after his term as a Commissioner, he simultaneously held positions as special advisor to the Commissioner Dombrovskis and consultant at a private-sector software company Nortal, without having himself or Nortal registered in the transparency register. These, and many other Commission's gimmicks, where they claimed having done things 'by the book', are becoming increasingly detrimental to the integrity of the EU institutions and will be scrutinised in the Parliament's CONT Committee. But this should not remain the standard, as I call for the College of Commissioners to take collective responsibility for such administrative calamities as the abovementioned affairs.

15. Gleichstellung der Geschlechter in Handelsabkommen der EU (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont az Eleonora Forenza és Malin Björk által a Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság és a Nőjogi és Esélyegyenlőségi Bizottság nevében készített, A nemek közötti egyenlőség az uniós kereskedelmi egyezményekben, című jelentésről folytatott vita (2017/2015(INI)) (A8-0023/2018)

Eleonora Forenza, relatrice. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, desidero ringraziare in primo luogo la mia collega di gruppo parlamentare Malin Björk, Azadeh Jafari e Roberta Paoletti. Questa relazione è frutto di una relazione tra donne e mi auguro che questo emerga anche dal testo.

Desidero ringraziare tutti e tutte le relatrici ombra, lo staff del segretariato della commissione, che hanno contribuito alla stesura di questa relazione, le ONG e le esperte protagoniste dell'audizione, in particolare l'associazione AIDOS e la rete Stop TTIP Italia, per il contributo che hanno dato. Desidero ringraziare moltissimo anche il collettivo Femministe Nove, il cui manifesto mi impegna a provare a fare la differenza anche in questa Istituzione, e il movimento femminista mondiale Non Una Di Meno, sceso in piazza anche lo scorso 8 marzo, per la forza che dà a tutte e a ciascuna, me compresa.

Quando è incominciata questa legislatura, una relazione che commissionammo alla commissione per il commercio internazionale definiva la politica commerciale dell'Unione europea «gender-blind», e ci forniva alcune indicazioni su come farla diventare «gender-sensitive». Nella relazione di cui sono stata relatrice nel 2016 — relazione sulle norme sociali e ambientali, i diritti umani e la responsabilità delle imprese e il loro impatto nelle politiche di commercio internazionale — già provavamo a chiedere un'inversione di rotta della politica commerciale dell'Unione, un'inversione di rotta che rendesse le clausole sui diritti umani vincolanti, e non subordinate a quelle clausole che invece tutelano il profitto e i diritti degli investitori.

Già in quella relazione invitavamo a definire i diritti umani, sociali e ambientali non semplicemente barriere non tariffarie, ma appunto elementi centrali, da salvaguardare anche nella politica commerciale. In questa relazione ci occupiamo di quei diritti umani fondamentali che sono i diritti delle donne.

L'uguaglianza di genere è un obiettivo universale previsto dagli strumenti internazionali e anche dai trattati fondamentali dell'Unione europea, che dovrebbe impegnarsi a promuovere e a garantire la parità di genere nelle sue azioni politiche, e dunque anche nella politica commerciale. Ricordo che tra gli obiettivi più ampi delle Nazioni Unite, gli obiettivi di sviluppo sostenibile, e in particolare l'obiettivo 5, stabiliscono che la parità di genere, l'emancipazione di donne e ragazze devono essere raggiunti entro il 2030.

Nulla di tutto questo è ancora presente pienamente nella politica commerciale dell'Unione europea, e questa relazione interviene in questa direzione. Stando alle stime, soltanto il 20 % degli accordi commerciali fa menzione dei diritti delle donne, mentre l'Unione europea sta ratificando negoziati o negoziando trattati che includono servizi, e quindi più dei precedenti accordi commerciali si intrecciano con i diritti umani e i diritti delle donne.

Vengo ad alcuni dei punti principali di questa relazione, che non è stata difficile anche da stendere, considerate le diverse anime politiche che hanno lavorato per trovare una sintesi. I punti, ne sono certa, saranno illustrati più nel dettaglio dalla mia collega Malin Björk; quello che voglio dire, però, con nettezza in conclusione di questo intervento, è che mi auguro che questo possa essere un tassello per cambiare da un punto di vista femminista – che è un punto di vista che chiede giustizia, non solo per le donne e per le ragazze, ma per tutte e per tutti – la politica commerciale dell'Unione europea, che non può essere disciplinata soltanto dalla logica della competizione e del profitto.

Malin Björk, föredragande. – Fru talman! Från vänsterns sida vill vi att handelspolitiken ska bidra till en mer rättvis fördelning av världens resurser och rikedom. Vi vill att den ska bidra till att stoppa klimatförändringarna, till att stärka demokratin – och allt detta arbetar vi med. Men med detta betänkande ville vi rikta fokus på kvinnors situation och på jämställdhet.

Den internationella handelspolitiken är en viktig del av vår ekonomiska politik. Den är en viktig del av vår utrikespolitik. Handelspolitiken rör grundläggande frågor om demokrati, om mänskliga rättigheter, om arbetstagares rättigheter, frågor om konsument säkerhet, frågor om folkhälsa, grundläggande bestämmelser om klimat och miljö. Alla dessa delar berör också jämställdhet och kvinnors situation. Handelspolitiken är inte könsneutral.

Kvinnor påverkas annorlunda än män beroende på deras position i ekonomin, beroende på om det är en exportorienterad ekonomi, om det är en mer jordbruksorienterad ekonomi, beroende på det arbetsrättsliga läget osv. Allt detta tar vi upp i vårt betänkande. Vi menar att det inte räcker längre med slagdängor som att vi ska exportera demokrati eller vi ska exportera jämställdhet, mänskliga rättigheter eller hållbar utveckling eller något av de områden som vi bryr oss så mycket om. Vi behöver formulera verktyg och ha styrinstrument så att det blir verklighet av det vi säger också och så att våra förhandlare fokuserar på rätt saker och vet vilka förväntningar vi har på dem.

Den internationella handelspolitiken har vilat lite grann på en förläggad syn, vilket inneburit att alla krav på miljö och mänskliga rättigheter eller jämställdhet fått svaret att "äsch, de hör inte hemma här, dem får ni fixa någon annanstans med några andra verktyg eller i en annan förhandling". Vi menar att den tiden måste vara slut.

Handelspolitik är en exklusiv kompetens som medlemsländerna har gett till EU. Därför är det extra viktigt och rimligt att vi diskuterar och granskar och sätter upp ramar för hur vi vill att framtida avtal ska se ut.

I detta arbete har vi haft ett enormt stöd från civilsamhället, kvinnoorganisationer och MR-organisationer. Vi har inhämtat expertis, och vi har haft överläggningar och *hearings*.

Jag vill varmt tacka min medföredragande Eleonora Forenza men också mina skuggföredragande. Vi har haft olika tyngdpunkt och delvis olika ingångar, men de som tog på sig detta uppdrag från sina respektive grupper var helt uppenbart de som var mest intresserade av att se och analysera effekterna på kvinnor och formulera konstruktiv kritik och förslag. För det vill jag tacka skuggföredragandena.

Jag tänker inte gå igenom alla enskilda delar av betänkandet, men jag vill lyfta fram några av de viktigaste delarna.

Precis som Forenza har sagt vill vi se ett jämställdhetskapitel med målsättningar om kvinnors rättigheter och om kvinnors ekonomiska egenmakt – målsättningar som måste bygga på Pekingplattformen som ska ha jämställdhetsexperter och civilsamhället involverat i sitt uppföljande, och vi ska ha en granskning av att detta kapitel efterlevs.

Vi vill också att EU:s handelspolitik ska bekämpa exploatering och sikta på att förbättra arbetsvillkor för kvinnor i exportindustrin, oavsett om det är inom jordbruk, textilindustri eller någon annanstans. Vi anser att ILO:s standarder och FN:s hållbarhetsmål är centrala i detta.

Vi menar också att det ska finnas bindande bestämmelser om respekt för mänskliga rättigheter, demokrati, arbetsvillkor och miljö.

Handelspolitiken får inte undergräva tillgång till offentliga tjänster, utbildning, hälsa, inklusive sexuell och reproduktiv hälsa och rättigheter. Vi menar också att FN:s kvinnokonvention SIDO ska vara med i handelsavtalen och att EU själv ska ansluta sig. Vi vill se *due diligence* på ett riktigt sätt för företag.

Som sagt, jag vill tacka min medföredragande, mina medarbetare och skuggföredragandena. Här är alltså några av de saker som vårt betänkande kräver om vi vill att EU:s handelspolitik ska kunna leva upp till både globala behov och förväntningar.

Nu ser jag fram mot att kommissionen går från ord till handling, också när det gäller jämställdhet i handelspolitiken.

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Madam President, let me first thank Parliament, the Committee on Women's Rights and Gender Equality (FEMM) and the Committee on International Trade (INTA), and, of course, the co-rapporteurs Ms Malin Björk and Ms Eleonora Forenza, for the attention, the work and the time that they have invested in this report on Gender Equality in EU Trade Agreements. It makes a very valuable contribution to strengthening gender aspects in EU trade policy.

The Commission is committed to gender equality. EU trade policy already contributes to this goal through some of its instruments, for example, its sustainability impact assessments, the Generalised System of Preferences, the GSP+ and the Trade and Sustainable Development Chapters of the European Union's free trade agreements. However, we need to do more.

To gather input from stakeholders, in June last year the Commission and the International Trade Centre organised an International Forum on Women and Trade, to which the honourable Members Mosca, Rodríguez-Piñero and Forenza kindly contributed as speakers. The Commission has already put some of the ideas that emerged from this event into practice, and I can assure you that we will continue to do so.

The report identifies a lack of adequate data on trade and gender equality when it comes to determining the impact of trade policy instruments on women. In cooperation with other international organisations, for example the World Trade Organisation (WTO), the International Trade Centre, United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), the OECD or the European Institutes for Gender Equality, we are exploring how to better collect and use data on the impact of trade policy instruments on women. We are also looking to improve our analysis by using the most advanced methods, like the UNCTAD toolbox on trade and gender.

Following a suggestion from this House, the Commission and the International Trade Centre are also launching a collection of firm level data on women entrepreneurship and female employment in EU-exporting and importing firms.

Let me mention some further activities to contribute to the promotion of women's economic empowerment: the European Union's recently reviewed Aid for Trade strategy introduces, for all its projects, the requirement of a systematic gender analysis. We are currently working with Chile on gender-specific provisions in the context of modernisation of the existing EU-Chile Association Agreement. These provisions will include commitments to effectively implement relevant international legal instruments on gender equality, such as the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women and a structured framework for cooperating and sharing best practices on women in international trade. The Commission will keep the INTA Committee informed about the development of the EU proposals for these provisions on trade and gender.

In the international arena, the EU actively supported the adoption of the Joint Declaration on Trade and Women's Economic Empowerment on the occasion of the WTO Ministerial Conference in Buenos Aires in December 2017. The Declaration seeks to remove barriers to and foster women's economic empowerment. We now need to move ahead with implementation. The Commission is ready to sponsor several follow-up actions, such as organising workshops, collecting data on women's participation in international trade, and applying a gender lens to our trade-related technical assistance.

Finally, the Commission uses every opportunity to raise awareness of the importance of gender equality for economic growth and the opportunities that trade can provide, including through trade policy reviews in the WTO.

Last but not least, the EU's commitment towards gender equality and women's empowerment has been expanded by the EU Gender Action Plan too, placing gender at the heart of the European Union's actions, from international relations to commercial agreements, and holding all of us accountable for its achievements. I look forward to hearing your views.

Lola Sánchez Caldentey, *ponente de opinión de la Comisión de Desarrollo* – Señora presidenta, los tratados comerciales de nueva generación, como el acuerdo Unión Europea-México, refuerzan el poder corporativo, perpetúan las desigualdades, la brecha salarial entre hombres y mujeres y las violaciones de los derechos humanos, a través del acaparamiento de recursos naturales. Las cláusulas de igualdad solamente maquillan la obvia incompatibilidad entre este tipo de tratados y el respeto a la vida.

¿Cómo pretende la Comisión garantizar la igualdad de género? ¿Obligarán los tratados comerciales a extender los tiempos de maternidad y paternidad remunerados, no transferibles, y a garantizar la vuelta al puesto de trabajo? ¿Obligarán a prohibir y penalizar la brecha salarial? ¿Se prohibirá la privatización de los servicios públicos para que los cuidados sean responsabilidad del Estado y no recaigan sistemáticamente sobre las mujeres? ¿Garantizarán el acceso gratuito a guarderías y escuelas infantiles? ¿Y van a prohibir la trata de mujeres y perseguir a los que pagan por la prostitución?

Los millones de mujeres que respaldaron la huelga feminista este pasado 8 de marzo nos exigen cambios políticos de calado, no solo palabras. Y ese es nuestro mandato.

Tokia Saïfi, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, je remercie tout d'abord Mesdames les rapporteuses pour le travail qui a été réalisé.

L'égalité entre les hommes et les femmes fait partie des valeurs de l'Europe et nous devons utiliser tous les outils à notre disposition pour la promouvoir, y compris notre politique commerciale. Le commerce international a des conséquences variables sur les hommes et les femmes, et il est fondamental qu'il bénéficie de la même manière à tous et à toutes. L'égalité hommes-femmes doit être davantage prise en compte dans la politique commerciale de l'Union européenne, et ce dès la réalisation des études d'impact, et, de plus, des données doivent être collectées sur ce sujet.

D'autre part, les instruments dont nous disposons, comme le système de préférences généralisées ou les chapitres sur le développement durable des accords, doivent mieux intégrer l'égalité hommes-femmes et nous devons veiller à leur mise en œuvre pleine et effective. En outre, je me félicite de l'initiative de la Commission européenne d'intégrer, pour la première fois, un chapitre spécifique sur ce sujet dans la modernisation de l'accord avec le Chili.

Il est fondamental que notre politique commerciale contribue à lutter contre l'exploitation des femmes, à améliorer leurs conditions de travail et à renforcer la responsabilité sociale des entreprises. Dans la lignée de la déclaration de l'OMC sur le rôle des femmes dans le commerce et quelques jours après la journée internationale des droits des femmes, je suis heureuse que le Parlement adresse un message fort sur ce sujet.

Maria Noichl, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Handel muss den Menschen dienen. Handel ist überhaupt nur dann sinnvoll, wenn er den Menschen dient; er hat keinen anderen Zweck. Handel hat keinen Selbstzweck. Man hat das in den letzten Wochen und Monaten erlebt, dass das Thema „Handel, Handelsabkommen der EU“ Menschen auf die Straße getrieben hat, und zwar in ganz Europa. Denn die Menschen waren sich nicht mehr sicher: Dient der Handel überhaupt ihnen, oder sollen sie nur dem Handel dienen? Ich glaube, genau um diese grundlegenden Dinge geht es.

Wir haben ja nur eine Minute Zeit, deswegen möchte ich mich auf fünf Grundsätze beschränken. Erstens: Es ist Zeit, und es ist höchste Zeit, dass endlich auch Frauen im Fokus von Handelsabkommen stehen. Zweitens: Frauenrechte sind niemals Handelshemmnisse, dürfen niemals Handelshemmnisse sein. Drittens: Frauenrechte schaffen Wohlstand in allen Ländern. Viertens: Frauen gehören an den Verhandlungstisch, wenn es um Abkommen geht. Und fünftens: Frauen gehören in das Team, das die Abkommen täglich kontrolliert.

Frauen sind ein Teil der Menschheit, sind die Hälfte der Menschheit. Der Handel muss also in Zukunft nicht den Menschen dienen, sondern der Handel muss in Zukunft den Frauen und den Männern gleichermaßen dienen. Das ist unser Ziel.

Branislav Škripek, *za skupinu ECR* – Pani predsedajúca, môj pohľad je taký, že Európska únia a celá Európa čelí demografickej zime. V každom štáte Európskej únie chýbajú deti, ktoré sú našou budúcnosťou. Niet detí, lebo ľudia si často sebecky vyberajú pohodlný život bez starostí alebo tie deti boli pozabíjané ešte pred svojím narodením v mene sexuálnych a reprodukčných nadpráv. Potraty spôsobujú, že Európa má ohrozenú budúcnosť.

Ani v tomto dokumente nie je zmienka o tom, že treba podporovať rodiny s deťmi. Tým, že sa budú rodiť deti, bude v budúcnosti zabezpečený aj rozvoj našej spoločnosti. Ale častokrát je v legislatíve Európskej únie zvykom, že v tejto správe sa rieši to, aby žena mohla čo najskôr nastúpiť do pracovného procesu, bez ohľadu na to, čo chce a čo jej rodina potrebuje. Ak chce žena zostať doma a starať sa o našu budúcnosť, to znamená o ďalšiu generáciu detí, čelí predsudkom. Žena starajúca sa o deti či iného rodinného príslušníka je často diskriminovaná a čelí chudobe. Ak zostane v pozehnanom stave a je bez podpory manžela či partnera, potrat býva pre ňu hrozným východiskom.

Ja myslím, že táto filozofia v Európe nefunguje, prináša nám veľké problémy, a treba to povedať: Európa umiera. Touto správou, podľa mňa, chceme vyvážať kultúru smrti do tretích krajín cez obchodné zmluvy. A tak dnes krajiny, ktoré majú dostatok detí, budú o pár rokov čeliť podobným problémom ako my v Európe. Toto je novodobá kolonizácia a krajiny tretieho sveta by nemali na toto pristúpiť, lebo im to neprinesie hospodársky rozvoj.

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora presidenta, señora comisaria, los liberales sabemos bien que el libre comercio es un motor muy poderoso de progreso, gracias al cual cientos de millones de personas han salido de la pobreza.

Las mujeres pueden ser las grandes beneficiarias del comercio, siempre y cuando cuenten con el poder y la protección necesarios para su talento.

Europa hace negocios con países como Irán o Arabia Saudí, donde las mujeres viven en un régimen de semiesclavitud. Solo el 20 % de los acuerdos comerciales de la Unión Europea hacen referencia a los derechos de las mujeres. En adelante, reclamo que todos los acuerdos que se firmen incorporen disposiciones vinculantes y exigibles al respecto.

Es muy significativo que los actuales enemigos del comercio, desde Trump hasta Wilders, sean también enemigos de la igualdad de género. Los reaccionarios siempre tratan de preservar ciertos privilegios. Por eso, las mejores armas que tenemos contra ellos y a favor del progreso son, precisamente, el comercio y la igualdad.

Margot Parker, on behalf of the EFDD Group. – Madam President, 12 million women in the EU have jobs that depend on the export of goods and services to the rest of the world. Whilst trade can liberate the poorest of nations, it is of paramount importance that women are protected by labour laws avoiding issues with precarious work, and that discrimination be eradicated, and that there are equal opportunities for men and women.

Promotion of free trade empowers people to be economically active, lifting people out of poverty, boosting education and creating higher standards of living. But I believe gender equality should be brought about by cultural change with voices of both men and women. Incorporating gender mainstreaming into policy is not the answer.

Therefore, it is an absolute priority that during the negotiations with the UK, the EU be fair. At the expense of stubbornness and bitterness at the UK's exit, and fear of other EU countries following suit, the EU could risk jeopardising the livelihood of those women and men whose jobs are reliant upon trade. It is a clear case where politics from any source cannot be allowed to interfere with good sense and the wellbeing of women everywhere.

France Jamet, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, chers collègues, à l'heure où le président Trump instaure des mesures protectionnistes sur l'acier et l'aluminium, à l'heure où l'on s'accorde à dire que les accords de libre-échange sont délétères pour nos filières d'élevages, agricoles, sucrières et pour la santé de nos concitoyens, vous nous présentez, chers collègues, à l'instar des religieux byzantins qui discutaient encore du sexe des anges lorsque les forces turques s'apprêtaient à faire tomber Constantinople, un rapport sur l'égalité entre les genres dans les accords commerciaux, dans une Europe qui compte près de vingt millions de chômeurs, une Europe dont la balance commerciale est négative et où nos traditions et notre environnement sont menacés.

Chers collègues, il y a, au demeurant, dans ce rapport, des mesures de bon sens et une évaluation lucide des conséquences, notamment dans les accords de libre-échange et des relations commerciales, en général. Alors, si nous sommes d'accord pour dénoncer les risques du mondialisme, sa violence sociale et économique, défendons avec la même énergie nos filières, nos traditions, notre environnement, les consommatrices et nos consommateurs.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl (PPE). – Frau Präsidentin, sehr verehrte Frau Kommissarin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich halte eine wertorientierte Handelspolitik mit dem Ziel der Schaffung eines hohen Maßes an Schutz für Arbeits-, Umwelt- und Menschenrechte mit Blick auf eine nachhaltige globale Entwicklung für sehr relevant, und ich unterstütze entsprechende Maßnahmen. Wichtig ist, dass diese Maßnahmen, wozu auch die Verankerung von Frauenrechten gehört, nicht zu einer Überfrachtung von Freihandelsabkommen und zu einer übermäßigen Beschränkung des internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehrs führen.

Der internationale Handel trägt weltweit – mit wenigen Ausnahmen – zur Vermehrung des Wohlstandes, insbesondere zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bei. Das gilt auch für Frauen. Allerdings: Bindende Kapitel, sogar verbunden mit Sanktionen, sind kontraproduktiv. Das würde per Saldo mehr Schaden als Nutzen herbeiführen. Und deswegen würde die EVP das nicht unterstützen.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D). – Señora presidenta, en primer lugar felicito a las ponentes por su excelente trabajo, el consenso alcanzado y por recoger el contenido de las 56 enmiendas que he presentado en nombre del Grupo de los Socialistas y Demócratas. Y, gracias a la comisaria, y también a la comisaria Malmström, por su compromiso con la perspectiva de género en la política comercial, fundamental para avanzar pero todavía muy insuficiente. Porque no olvidemos que el número de años que se necesitan para conseguir la paridad sigue creciendo y ya alcanza los 52 años.

Las mujeres somos la mitad de la población, pero representamos más del 70 % de los 1 000 millones de personas más pobres del mundo. La población mundial ocupada asciende al 72 % en el caso de los hombres, frente al 47% en el de las mujeres, que ingresan solo el 77 % del salario de los hombres y realizan actividades mayoritariamente en la economía informal. Pero acabar con la brecha de género es también una cuestión de eficiencia económica, ya que permitiría aumentar el PIB mundial si se alcanzara la paridad hasta en 10 billones de euros.

Ninguna política puede combatir aisladamente la desigualdad y cambiarle a la pobreza el rostro de mujer, pero estoy firmemente convencida de que se puede hacer mucho desde el ámbito del comercio internacional. Por eso pido a la Comisión que apoye las medidas contempladas en este informe, ampliamente respaldadas por este Parlamento, y entre las que destaco las siguientes: la inclusión de un capítulo de género en todos los acuerdos comerciales, también en los que se están negociando ahora, así como de capítulos de desarrollo sostenibles ambiciosos, con medidas obligatorias efectivas y ejecutables en materia de derechos laborales y estándares laborales y medioambientales, atendiendo, por supuesto, a los derechos y libertades de las mujeres.

Son necesarias evaluaciones de impacto de género y es necesario incorporar a personas expertas en los procesos de negociación a lo largo de todo él. Y es fundamental también trabajar para que la perspectiva de género en los acuerdos comerciales sea una causa global y, por tanto, comprometer a la Organización Mundial del Comercio. Solo desde el compromiso y la implicación de todos conseguiremos que la perspectiva de género adquiera el protagonismo que necesita.

Joachim Starbatty (ECR). – Frau Präsidentin! Der internationale Handel vollzieht sich ohne Ansehen der Person, er richtet sich nach der jeweiligen Kaufkraft. Diskriminierung von Frauen kann in keinem Handelsabkommen festgestellt werden – warum auch! Wenn Frauen Kaufkraft haben, werden sie natürlich auch als Käuferinnen auftreten.

Es wurde hier von Gender-Blindheit gesprochen. Das ist es! Klar, Verträge sind genderblind, sie achten nicht auf die Person. Und wenn gesagt wird: nicht Wettbewerb und Profit – ja, was denn sonst? Etwa Diskriminierung und Verluste? Ein Beispiel ist angeführt worden: dass der internationale Handel die Agrarwirtschaft in Afrika schädigt, insbesondere Frauen, die dort als Bäuerinnen auftreten. Warum ist das so? Weil wir eine verfehlte Agrarpolitik haben und die Überschüsse dieser Agrarpolitik nach Afrika exportieren! Deswegen gehen doch die Farmerinnen und die Farmer zugrunde.

Und weiter: Das, was hier vorgelegt wird, ist ja kein Text zum Außenhandel, sondern man benutzt den Außenhandel als Hebel, um eigene europäische Interessen durchzusetzen. Das ist sozusagen von einer Machtposition her gesehen. Wenn wir ein kleines Land wären, würde alle Welt über uns lachen, wenn wir solche Forderungen stellen würden. Aber wir haben 500 Millionen Verbraucher hinter uns. Deswegen können wir versuchen, unsere Auffassung von Genderismus in der Welt durchzusetzen. Das ist Arroganz, das ist Machtstreben!

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Przede wszystkim chciałabym podziękować sprawozdawczyniom za to sprawozdanie, które przybliży – jak się okazuje – nieoczywiste związki między handlem a równouprawnieniem. Umowy handlowe przyczyniają się do rozwoju gospodarczego świata, a tym samym do większych możliwości pracy dla kobiet i poprawy sytuacji ich gospodarstw domowych. Trzeba jednak pamiętać, że szczególnie w krajach rozwijających się kobiety są często wykorzystywane do nieomal niewolniczej pracy, za bardzo niskie stawki. Unia Europejska nie powinna się na to zgadzać. Umowy handlowe stwarzają możliwości wywierania presji na strony, tak aby przestrzegały praw człowieka i praw pracowniczych. Unia Europejska ma obowiązek promować ideę równouprawnienia także w umowach handlowych, aby zmniejszać zjawisko wykorzystywania kobiet w pracy i zwiększać ich szanse na dobrą edukację i pracę, a tym samym przyczyniać się do poprawy ich życia i do rozwoju gospodarek krajów, w których mieszkają. Podzielałam też intencje wyrażone w punkcie 29 sprawozdania, w którym wzywa się Europejski Bank Inwestycyjny do kontrolowania, czy spółki uczestniczące w projektach inwestycyjnych przestrzegają zasad polityki równościowej.

Adam Szejnfeld (PPE). – Pani Przewodnicząca! Prawa kobiet nie są przestrzegane – zwłaszcza w aspekcie równouprawnienia – nawet w niektórych państwach członkowskich Unii Europejskiej, a coś dopiero w państwach trzecich. Bardzo źle, tragicznie, dramatycznie wygląda to bardzo często w krajach nierozwiniętych i państwach rozwijających się. Kobiety tam bardzo często są na przykład zatrudniane niezgodnie z prawem, zwłaszcza w rolnictwie, ale także i w przemyśle. Dlatego należy podejmować wszelkie możliwe instrumenty, aby promować prawa kobiet i równouprawnienie kobiet i mężczyzn.

Natomiast w aspekcie umów handlowych trzeba działać jednak rozważnie i odpowiedzialnie. Umowy handlowe bowiem – nie tak, jak tu powiedziano – nie służą tylko i wyłącznie zyskom, i tylko i wyłącznie ekonomii, ale także rozwojowi społecznemu. Uważam, że gdyby nie umowy handlowe i współpraca Unii Europejskiej z państwami trzecimi, to sytuacja kobiet byłaby w tych państwach jeszcze gorsza. Dlatego apelowałabym trochę o obniżenie temperatury dyskusji.

Barbara Matera (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, discutiamo una risoluzione che evidenzia le potenzialità che gli accordi commerciali possono rappresentare per le donne lavoratrici e imprenditrici.

Uno studio della Commissione europea mostra che una maggiore partecipazione delle donne nell'economia reale potrebbe aumentare il Pil globale di 25 miliardi di dollari entro il 2025. Una cifra impressionante, che si aggiungerebbe ai benefici della globalizzazione in termini di sradicamento della povertà ed emancipazione delle donne. Elementi importanti che, come si specifica nel testo della relazione, non devono e non possono prescindere dal rispetto dei diritti umani, che restano centrali nei rapporti commerciali.

L'Europa è il principale esportatore mondiale di beni e servizi: un potere contrattuale immenso che l'Unione dovrà continuare ad utilizzare come leva per la protezione dei diritti delle donne, senza dimenticare però gli interessi commerciali europei. Non dobbiamo però cadere nella tentazione di salire in cattedra e pretendere che i nostri partner commerciali raggiungano velocemente i nostri elevati standard di protezione dei diritti. Credo nel dialogo e nello scambio delle buone pratiche.

„Catch the eye” eljárás

Michaela Šojdrová (PPE). – Kolegyně a kolegové, obchodní dohody by měly vést k naplňování cílů Evropské unie a samozřejmě také k respektování hodnot Evropské unie. K prosazování ekonomických zájmů nesmí docházet za cenu ustoupení od evropských hodnot, ke kterým se Evropská unie hlásí. Jednou z těchto hodnot je právě ochrana lidských práv a důstojnost lidského života.

Je smutnou realitou, že ženy mají v určitých sektorech slabší postavení než muži a obchodní dohody by mohly mít právě negativní dopad v těchto případech. Proto považuji za správné, aby Komise v rámci hodnocení dopadu také posuzovala i dopad na postavení žen. Oceňuji jmenování kontaktní osoby pro otázky rovnosti žen a mužů v rámci Generálního ředitelství pro obchod a přivítala bych i větší zapojení žen do vyjednávacích procesů. Domnívám se, že je správné, aby některá témata, jako je sexuální a reprodukční zdraví, zůstala záležitostí členských států a odmítám jakýchkoliv spekulace o dopadu obchodní politiky Evropské unie na sexuální a reprodukční zdraví žen.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, Madame Thyssen, je vous préfère quand vous parlez d'emploi que quand vous parlez de commerce. C'est vrai qu'aujourd'hui il y a – et M^{me} Malmström l'a dit – des gagnants et des perdants de la mondialisation et il y a des gagnantes et des perdantes de cette même mondialisation.

Ce rapport a pour objectif de faire en sorte qu'il y ait plus de gagnantes et moins de perdantes de la mondialisation. Il existe un outil important qui peut être mis en œuvre, à savoir le chapitre «développement durable», qui prévoit également l'application de sanctions. Aujourd'hui, il y a un chapitre «développement durable». Il ne fonctionne pas dans le cadre des accords commerciaux et donc nous prônons l'introduction d'un chapitre obligatoire assorti de sanctions pour faire en sorte que ceux qui ne les respectent pas soient effectivement sanctionnés. Nous allons donc avoir beaucoup d'accords sur la table, des accords qui sont négociés, des accords qui vont être votés. Par conséquent, il est temps de passer à l'action, même si je sais qu'aujourd'hui la Commission européenne – tout comme le PPE, d'ailleurs – ne veut pas entendre parler de sanctions, mais alors il s'agit là purement et simplement de belles paroles qui n'atteindront jamais leurs objectifs.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι διάφορες εμπορικές συμφωνίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης οδηγούν στο άνοιγμα των αγορών και έχουμε δει ότι πρακτικά αυτό που κάνουν είναι να διαλύουν τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις στην Ευρωπαϊκή Ένωση, διότι οι χώρες με τις οποίες έχει συνάψει συμφωνίες η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι χώρες που πρώτα απ' όλα δεν τηρούν την εργατική νομοθεσία, δεύτερον, έχουν μισθούς πείνας, δεν τηρούν τα περιβαλλοντικά πρότυπα και στην πράξη οδηγούν σε έναν αθέμιτο ανταγωνισμό και έτσι λοιπόν διαλύουν τις ευρωπαϊκές οικονομίες.

Πολύ δε περισσότερο, αυτές που υφίστανται μεγαλύτερες συνέπειες είναι οι γυναίκες, που είναι το πιο ευάλωτο τμήμα της οικονομίας στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Δείτε επίσης τι συμβαίνει: Δεν τηρούν στις αναπτυσσόμενες χώρες την ίση αμοιβή για ίση εργασία, με αποτέλεσμα να έχουν γυναίκες που κατεξοχήν δουλεύουν, ενώ φυσικά δεν αμείβονται με ίσους όρους με τους άνδρες και έτσι δημιουργείται επιπλέον αθέμιτος ανταγωνισμός. Χρειάζονται μέτρα για να στηρίξουμε τις γυναίκες και στις εμπορικές συμφωνίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora presidenta, quiero felicitar a las ponentes y quiero romper una lanza aquí por la actitud, la capacidad y la disposición de la comisaria Malmström para incorporar la visión de género a los acuerdos comerciales de la Unión Europea.

Esta es una buena herramienta para extender el movimiento a favor de la igualdad en todo el planeta y creo que la igualdad es una cuestión de derechos fundamentales y todos ellos están interrelacionados. Y creo, además, que tener en cuenta el papel del trabajo de las mujeres en sectores como la agricultura o los servicios es una obligación y un ejercicio de coherencia con las políticas de cooperación al desarrollo que también estamos apoyando.

Gracias a ellas, muchas comunidades locales de los países del sur han comenzado a ser social y económicamente viables, pero son aún espacios frágiles que necesitan el apoyo de un sistema justo de relaciones comerciales que tenga en cuenta estas circunstancias. No podemos permitirnos romper esta llama de esperanza, que es además la llave de solución de otros muchos problemas.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, os acordos comerciais são particularmente nocivos para as mulheres em todo o planeta. A introdução destes acordos comerciais, no Norte e no Sul, faz com que os produtos sejam colocados nos mercados a um preço abaixo dos custos de produção, deslocalizam a produção, expulsam as mulheres dos mercados locais e de proximidade – por exemplo na agricultura – e geram desemprego e condições de trabalho muito precárias, por exemplo no setor têxtil.

Se a União Europeia quer minimizar os impactos de género deve acabar com os acordos comerciais feitos por e para as multinacionais e garantir o direito à soberania alimentar dos povos e impedir todas as formas de *dumping*.

Senhora Comissária, a greve feminista neste dia 8 de março reforça a necessidade de medidas concretas por parte das administrações públicas.

Florent Marcellesi (Verts/ALE). – Señora presidenta, este 8 de marzo ha sido histórico: mujeres de todo el mundo han tomado las calles para denunciar la desigualdad y la violencia a las que se ven sometidas en el día a día. Esta desigualdad y esta discriminación también están presentes en los tratados comerciales.

Las mujeres están infrarrepresentadas en los procesos de negociación. En muchos casos los acuerdos comerciales incrementan el trabajo precario de las mujeres y negociamos acuerdos comerciales con países como Arabia Saudí, donde los derechos de las mujeres brillan por su ausencia. Sin embargo, el empoderamiento económico de las mujeres es uno de los objetivos del desarrollo sostenible a los que se ha adherido la Unión Europea. Por ello, pedimos que se hagan evaluaciones de impacto de género sobre cada tratado comercial. También celebramos que la Comisión Europea haya propuesto un capítulo sobre igualdad de género en el tratado comercial con Chile y reclamamos que a partir de ahora esto se convierta en una práctica habitual y vinculante.

Julie Ward (S&D). – Madam President, I wanted to make a point and speak as a woman who has been in the chamber listening to the whole debate. Sexism is a system of oppression that affects every aspect of life. It must be tackled at every level of decision-making and in every sector. Unfortunately, in many cases, the fight for gender equality and trade agreements is disregarded or left out in favour of other interests.

I am happy that this report on EU trade insists on the importance of adopting a gendered approach. Trade includes a wide variety of issues and sectors, which affect women and LGBTIQ+ people. It is absolutely crucial to properly assess the impact our commercial policy has on gender equality. I would like to thank the rapporteurs for stating that the EU's trading commitments should never overrule human rights. This must always be our first priority.

Unfortunately, the Conservative Government's chasing of post-Brexit trade agreements at any cost will mean that human rights, gender equality and social justice will be sacrificed on the altar of neo-liberal values. Therefore, it's time to stop Brexit and continue the collective fight for a fairer world.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Senhora Presidente, parabéns às relatorias Björk e Forenza pelo seu compromisso feminista. A ausência da proteção dos direitos humanos, e em especial da igualdade, é um clássico dos acordos comerciais europeus privatizadores e solidários.

Mulheres e raparigas são grupos vulneráveis, são discriminadas, excluídas, ausentes das decisões políticas – decisões políticas como as que levaram a 8 de março à greve feminista nas nossas ruas. Essa greve, que é já um símbolo, Senhora Comissária, da necessidade de outro mundo possível para as mulheres na Europa e no mundo em geral. Queremos mudanças no caminho com cláusulas humanas vinculativas. Por isso quero hoje lembrar as mulheres do setor têxtil de Rana Plaza, e também as mulheres mapuche, excluídas até agora dos acordos com o Chile.

(„Catch the eye” eljárás vége)

Marianne Thyssen, Member of the Commission. – Madam President, I would again like to thank honourable Members for their interest, questions and suggestions. I would like to assure Members that the Commission will take their observations and recommendations into consideration in its future work on trade and women's economic empowerment.

As the report recognises, there are limits to the extent to which global issues can be solved through trade policy and free trade agreements alone. Domestic policies, such as those tackling gender segregation in the labour market and alleviating the disproportionate care responsibilities that women face, are clearly the key. However, we must all do our share.

Therefore, the Commission will continue to make the European Union's trade policy more inclusive so that it contributes to women's economic empowerment. I promise you, also in the name of my colleague, Ms Malmström, who – as you know – is a female Commissioner for Trade, that the Commission will keep you closely informed on developments, including the trade negotiations with Chile on trade and gender provisions.

Eleonora Forenza, relatrice. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio la Commissaria e ringrazio chi è intervenuto o è intervenuta in questo dibattito, che credo abbia evidenziato il tentativo di portare un punto di vista femminista, quindi di giustizia sociale, per tutte e per tutti, all'interno della politica commerciale dell'Unione europea, chiedendo un cambio di rotta, avvalendosi della elaborazione intersezionale e trasversale del movimento femminista che, appunto, è sceso ancora una volta in piazza l'8 marzo.

Chiediamo con forza che questo punto di vista sia inserito non come un elemento di *maquillage*, di discorso e ornamento retorico all'interno dei negoziati della politica commerciale, ma che ci sia un sostanziale cambiamento.

Nomino qui alcuni dei punti che saranno consolidati qualora questa relazione, come mi auguro, sarà approvata domani. Un capitolo di genere sul modello del mandato che è stato dato alla Commissione per la rinegoziazione e l'ammodernamento del trattato con il Cile – lo ricordava prima la collega Rodríguez-Piñero, che è stata relatrice di quella relazione del Parlamento, e relatrice ombra di questa relazione, che ringrazio.

Come ricordava la collega Arena, noi chiediamo che ci siano degli elementi vincolanti e sanzionabili nelle clausole che difendono i diritti umani e l'uguaglianza di genere; che i servizi pubblici siano sottratti ai trattati commerciali e non privatizzati; che ci siano meccanismi di composizione delle controversie che garantiscano la capacità dei singoli governi di legiferare a difesa dell'interesse pubblico e al servizio di obiettivi di politica pubblica; che ci sia un'urgenza per quanto riguarda la convenzione CEDAW – tra poco discuteremo in quest'Aula della convenzione di Istanbul – che il Parlamento europeo venga costantemente informato di tutti i passaggi negoziali; che ci siano valutazioni ex post ed ex ante per quanto riguarda gli impatti differenziati di genere; che ci sia un punto di vista di genere non solo alla fine delle negoziazioni, ma durante le negoziazioni.

Spero, e davvero mi auguro, che il Parlamento riesca ad approvare questa relazione: sarebbe una bella risposta alle manifestazioni dell'8 marzo.

Malin Björk, rapporteur. – Madam President, I must start by thanking my co-rapporteur, the shadow rapporteurs, my colleagues Azadeh Jafari and Roberta Paoletti, and WIDE, an organisation working with the global south and in the EU for women's rights and which has provided expertise for us in this work.

I think some of my colleagues here have said what this report actually started with: the question of trade for whom and for what? And the answer coming back is that it is not neutral. It is certainly not neutral when it comes to women. We took it upon ourselves to formulate some of the principles, and it is true that trade policies cannot fix everything, but it cannot be free-floating, from human rights, from women's rights, from environmental rights and public health. The bottom line has been said here over and over again, there has to be some stepping-up of the work, there has to be some binding measures. I think our report outlines some of the key elements of that.

I hear from the Commission that you welcome our report, and that is very nice, I also hear about the toolbox, the data collection, the women entrepreneurs, all important things, but I am missing the commitment that we will take this on board – the gender chapter, the binding things, the references to CEDAW, to the SDGs, etc. So we look forward to Ms Malmström, and you and the Commission, coming back and discussing these things with us.

I hope and I expect the Commission to take this on board because it also means a lot in who we are as a player on the global level. These are actions that we see for the EU as a trade partner itself, but also who we are when we negotiate global trade deals and trade policies, be it at WTO or UN level. We have to look ourselves in the eye. Nobody else is going to take gender equality further, as well as social rights, in EU trade deals if we don't do it. So I think as some of my colleagues have said, it is time to pass to action, *passer à l'action*.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra 2018. március 13-án, kedden kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Nessa Childers (S&D), in writing. – Our society is struggling with many unconscious biases and discriminatory norms and attitudes, in many aspects of our lives, in employment, and especially in the media sector. Our failure to address gender inequality. We need to devote resources for training, and awareness-raising campaigns to promote egalitarian practices and values. Action is essential to ensure that existing rules on equal treatment in employment are enforced. We must foster a cultural atmosphere in which women feel better supported to disclose their experiences, so that harassment and discrimination cases are not left unreported; harassment policies need to be clearly outlined and reach the highest possible standards of fairness, clarity, and transparency.

Sirpa Pietikäinen (PPE), kirjallinen. – Naisten ja miesten välistä tasa-arvoa ei ole saavutettu missään maassa. Naisilla ja miehillä on edelleen eri yhteiskunnallinen asema. Naiset ovat harvalukuisia monella päättäjän paikalla. Mikäli naiset ja tytöt eivät ole neuvottelupöydissä osallistumassa heitä koskevaan päätöksentekoon, vaarana on, ettei ymmärretä, miten päätösten vaikutukset naiseen ja miehiin poikkeavat toisistaan. EU:n tulisi näyttää johtajuutta sukupuolten tasa-arvon kunnioittamisessa ja työntekijöiden perusoikeuksien ja ympäristöoikeuksien korkeatasoisessa suojelussa kauppapolitiikassa. Kaikissa EU:n kauppasopimuksissa tulee olla kunnianhimoinen ja toteuttamiskelpoinen kauppaa ja kestävä kehitystä koskeva luku. Tämä on linjassa EU:n perussopimuksen kanssa, jonka mukaan "unioni pyrkii kaikissa toimissaan poistamaan eriarvoisuutta miesten ja naisten välillä sekä edistämään miesten ja naisten välistä tasa-arvoa".

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – Cette résolution sur l'égalité des genres dans les accords commerciaux de l'UE marque la détermination du Parlement européen de moderniser et de repenser ses politiques commerciales en assurant à chacun des moyens de subsistance, de protéger l'environnement et les écosystèmes. Elle marque, également sa volonté de faire de l'article 8 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne une réalité plutôt qu'une simple volonté. Cependant, l'Union doit se poser la question de son efficacité quant à l'égalité femme – homme à l'intérieur même de la communauté européenne. Car même si elle a permis de nombreux progrès ces cinquante dernières années, il reste de nombreux efforts à fournir en termes d'emploi ou d'égalité salariale. En effet, bien que l'écart salarial moyen s'élève à 16,3 %, faut-il préciser que tous les pays de l'Union ne luttent pas avec la même force contre les discriminations salariales. Nous pouvons prendre l'exemple de l'Estonie avec un écart de 25,3 % alors qu'il s'élève à 5,2 % en Roumanie. De plus, l'indice moyen en matière d'égalité de l'UE (52,9 %) illustre parfaitement les efforts qu'il nous reste encore à fournir. Il est donc nécessaire d'intensifier notre travail afin d'améliorer la qualité de vie de nos citoyens et de faire de l'Union un exemple à l'échelle mondiale.

16. Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen und die Ratifizierung des Übereinkommens von Istanbul durch die EU-Mitgliedstaaten (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő pont a Bizottság nyilatkozata a nők és lányok elleni erőszak elleni küzdelem és az isztambuli egyezmény uniós tagállamok általi megerősítéséről (2018/2625(RSP))

Andrus Ansip, Vice-President of the Commission. – Madam President, gender-based violence and harassment are persistent problems in Europe. We are all familiar with the figures: from the age of 15, one in three women in Europe has been a victim of physical violence, sexual violence or both; 55% of women are victims of sexual harassment.

Violence against women is a violation of human rights. The Commission takes the fight against this very seriously, which is why we made 2017 the year of action to combat violence against women. In June 2017 the EU signed the Council of Europe's Istanbul Convention on the prevention and protection of victims of gender-based violence. The Commission's intention is to conclude full EU ratification as soon as possible.

I would like to thank the European Parliament for constantly speaking out alongside the Commission about the importance of ratifying the Council of Europe Convention on prevention and protection of victims of gender-based violence.

Despite the fact that all EU countries have signed the Convention and 17 have so far ratified it, we see strong opposition against ratification in a few countries. The Convention has generated very intense public debates where there have been misconceptions and misleading arguments. For example, these concern the use and translation of the term 'gender'. They concern the fear that ratifying the Convention would mean forcing states to allow same-sex marriage or to introduce a new refugee status for transgender or intersex persons.

Let me be very clear on this. The Convention is about preventing and combating violence against women without other hidden purposes. It is not an instrument for shaping gender perceptions or ideologies. It applies to women who become victims of violence simply because they are women. The Convention does not oblige states to allow same-sex marriage. In fact, no reference is made to the legal recognition of same-sex marriages: this subject is outside of the scope of the Convention.

It also does not oblige states to have their schools give lessons about sexual orientation or gender identity. Nowhere in the Convention is it stated that a new refugee status should be established for transgender or intersex persons or for any other group.

The Convention requires parties to introduce a gender-sensitive perspective into the examination of asylum requests to take into account why and how women experience persecution – for example, the risk of female genital mutilation.

I sincerely hope that those Member States that still have doubts about joining the Convention will consider its fundamental purpose: to prevent violence against women and to support and protect those women who fall victim to violence.

Anna Maria Corazza Bildt, on behalf of the PPE Group. – Madam President, six months ago, we were here adopting EU accession to the Istanbul Convention with a large majority. Today, we are here again. We are not going to quit until women are free from violence. The Convention is the only binding treaty that criminalises violence against women and domestic violence. It defines violence done to a woman just because she is a woman, based on sexism and discrimination. It is about women being harassed, beaten up, raped or killed, and girls forced to marry or mutilated. It is not about any ideology or religion.

Last June, I proudly represented Parliament at the signature of the EU accession to the Convention, a historic step towards preventing those horrible crimes, combating impunity and protecting victims. Since then, Estonia, Cyprus and Germany have ratified it, and now we urge the 11 remaining Member States to ratify it. There has been much misrepresentation of the Convention, for instance, in Bulgaria, Croatia, Poland, Slovakia, and even Ukraine. The Council of Europe Commissioner for Human Rights recently clarified that the arguments pretending that the word 'gender' has hidden purposes are simply not true. He said that it means the socially constructed roles and behaviours that a society considers appropriate for women and men. It is about combating stereotypes. It is not against the traditional family. It is violence that endangers families, not the Convention.

Today, we call on the EU and the Council of Europe to do more, in dialogue with Member States, on the issue of gender, engaging with civil society, religious groups and women NGOs, we call on the Presidency to put this issue on the agenda of the European Council for as long as it takes, and we call on Bulgaria to reopen the ratification process. There is no other gender equality issue worth discussing for as long as women continue to be abused. As co-rapporteur on the Istanbul Convention, I can say that we remain committed to zero tolerance of violence against women.

Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-Président, Mesdames et Messieurs, pourquoi sommes-nous réunis à nouveau pour discuter de la convention d'Istanbul? J'aurais aimé répondre que nous sommes ici pour nous féliciter de la ratification par l'Union européenne et l'ensemble des États membres. J'aurais aimé dire «Oui, la lutte contre les violences faites aux femmes est une priorité absolue car il s'agit de violations graves des droits humains». Mais non, la réalité est bien plus décevante. Nous sommes ici à cause d'un mouvement de rejet et de protestation autour de cette convention. Le premier ministre slovaque déclare ouvertement qu'il refuse de la ratifier car elle serait contraire à sa Constitution et le gouvernement bulgare – alors que la Bulgarie assure la présidence du Conseil – a retiré il y a quelques jours, son projet de loi de ratification. C'est déplorable.

Les débats nationaux ont été déformés par des arguments fallacieux et de fausses idées. Non, le terme «genre» ne recèle aucune idéologie cachée, mais il permet de décrire le phénomène des violences fondées sur le genre qui ciblent des femmes parce qu'elles sont des femmes.

Ne soyons pas dupes: le refus de légiférer sur les violences faites aux femmes est un symptôme d'une régression générale de nos droits en Europe qui touche aussi les droits sexuels. Combien de barrières se dressent aujourd'hui devant les femmes qui souhaitent avorter?

Je m'adresse ici aux onze États membres qui n'ont pas encore ratifié la convention ou, pire, qui refusent de le faire. Je m'insurge contre votre choix et je dénonce vivement tout blocage ou tout retour en arrière. Tout le Parlement européen vous appelle à appliquer cette législation efficace qui a simplement pour but de protéger les victimes et de poursuivre les responsables. Le résultat en sera une société plus pacifiée, plus juste et plus protectrice.

Quant à la ratification par l'Union elle-même, les négociations n'aboutissent pas car le Conseil se retranche derrière des arguments juridiques qui ne sont pas fondés. Je vous demande, Monsieur le Vice-Président, de tenir bon afin que tout ce processus permette réellement d'aider la vie des femmes partout en Europe.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Z pozoru konwencja stambulska ma służyć ochronie kobiet przed przemocą. W rzeczywistości służy przede wszystkim realizacji lewicowego światopoglądu, bo celów konwencji, jakimi są zapobieganie przemocy wobec kobiet, chronienie jej ofiar oraz ściganie sprawców, nikt nie kwestionuje. Są one jednak, Pani Przewodnicząca, osadzone w kontrowersyjnym kontekście ideologicznym skoncentrowanym wokół genderowej wizji społeczeństwa, w której płeć ma podłoże społeczno-kulturowe, a nie jest genetycznym faktem. Zachęcam do przeczytania konwencji i zapoznania się z nią. Niestety ta lewicowa potrzeba wprowadzania ideologicznej rewolucji kulturowej za nic ma poszanowanie traktatów i zasady pomocniczości. Unia kolejny raz próbuje ingerować tam, gdzie nie ma kompetencji. Te kwestie leżą w kompetencjach państw członkowskich.

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora presidenta, gracias, señor comisario, me duele escuchar a diputados diciendo cosas como las que acabo de oír a la señora Wiśniewska. A mí, de verdad, me resulta muy duro a estas alturas, después de los años que llevamos con este tema, desde el año 2014, escuchar algo que no tiene nada que ver con el Convenio de Estambul. El Convenio de Estambul es la mejor y más completa herramienta legalmente vinculante que se ha dado nunca contra la violencia de género e intrafamiliar. Es decir, va más allá de la violencia contra las mujeres. No pretende decir a las mujeres cómo deben vivir, solo pide medidas legales que las protejan y que persigan y penalicen a sus agresores.

Hay países de la Unión que se están inventando una historia alrededor. ¿De qué ideología hablan? ¿De qué ideología están hablando? ¿Por qué se sacan ahora de la manga hablar del género como una cosa que no es? Aquí estamos pidiendo a los países de la Unión Europea, y este Parlamento lo ha apoyado desde el principio, que demuestren que no necesitan para proteger y perseguir a los agresores un convenio como este, o que lo apoyen. Y resulta que tenemos países que no solamente no lo ratifican, sino que se están retirando. Tenemos al país que está ahora mismo ocupando la Presidencia, Bulgaria, que se retira; Polonia, Croacia, Hungría, ¿qué está pasando?

Quiero dar las gracias a Grecia por haberlo ratificado, por lo menos hay algo de sentido común.

¿De qué estamos hablando? ¿Estamos de acuerdo en que los prejuicios que tratan de mantener a la mujer subordinada al hombre y en un plano que no es de igualdad no son compatibles con los valores de la Unión? Yo creo que sí, y que tenemos que enseñar a los niños también cuáles son esos valores de respeto. Y yo les pido a todos los Gobiernos de Europa que, por favor, ratifiquen el Convenio de Estambul y demuestren que están a la altura de la Unión Europea de la que dicen ser miembros.

Terry Reintke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, colleagues, let's face it: we are experiencing a major backlash on women's rights in the European Union. Many of us actually grew up believing that there is only one direction in which women's rights could go, namely that we would become more and more protected and that we would gain more rights over the years. That is simply not the case anymore, because we see attacks on women's rights all over the European Union and those who are attacking women's rights have now chosen the Istanbul Convention as one of the battlefields in this discussion. They are doing that for purely ideological reasons. They are not doing that on the basis of any scientific or real arguments; they are doing that because they want to push forward their ideology of taking away our rights.

We will not give up; we will not be afraid of that. The suffragettes, 100 years ago, in many parts of Europe fought for the right of women to vote. We will be the generation of feminists that will make sure that women are protected from gender-based violence all over the European Union. We will ratify the Istanbul Convention all over the European Union and make sure that there is an end to gender-based violence.

Κωνσταντίνα Κούνεβα, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Πρόεδρε, μα τι έκπληξη, λίγες ημέρες μετά την Ημέρα της Γυναίκας συζητάμε για τη σύμβαση της Κωνσταντινούπολης! Είναι λυπηρό να συζητάμε για την έμφυλη βία και τα δικαιώματα των γυναικών μόνο με αφορμή παγκόσμιες ημέρες αλλά και σκάνδαλα. Μην ξεχνάτε ότι κάθε ημέρα γίνονται επιθέσεις σε γυναίκες και νεαρά κορίτσια. Ζουν με το φόβο και προσπαθούν να κλείσουν τις πληγές τους. Σε εκείνες δεν σημαίνει πολλά ότι η Ένωση υπέγραψε τη σύμβαση.

Χρειαζόμαστε στρατηγική και πράξεις, γι' αυτό καλώ την Επιτροπή να μας απαντήσει: πρώτον, πότε θα φέρει συγκεκριμένη στρατηγική για την εφαρμογή της σύμβασης, δεύτερον, πόσα χρήματα θα διαθέσει, τρίτον, τι προγράμματα θα σχεδιάσει και τέταρτον, εάν σκέφτεται να ορίσει ειδική αρχή για την καταπολέμηση της βίας στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

Laura Ferrara, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, considero un bene che si torni a discutere periodicamente in quest'Aula di violenza contro le donne. Tuttavia, mentre noi discutiamo, i delitti nei confronti delle donne non accennano a diminuire. La cronaca nera si nutre di tragedie che spesso piangiamo quando ormai è troppo tardi.

Il mio paese ha ratificato la convenzione di Istanbul nel 2013, eppure continua la drammatica conta delle nuove vittime, che in virtù di essa si sarebbero dovute salvare. Parlo di donne che hanno denunciato invano i loro aguzzini, parlo di un sistema che evidentemente non è ancora in grado di mettere fine a inaccettabili forme di violenza quotidiana.

Per fortuna qualcosa si muove, quantomeno nella coscienza e nella consapevolezza delle donne, che cominciano a squarciare l'insopportabile velo della vergogna e della paura, e che trovano il coraggio di denunciare crimini odiosi, che per troppo tempo sono stati taciuti o ignorati.

Tutto questo però non è sufficiente, e occorrono evidentemente da parte dell'Unione e degli Stati membri ulteriori azioni concrete a tutela delle donne.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE). – Pani Przewodnicząca! Konwencja stambulska to najlepsze współcześnie dostępne narzędzie zwalczania przemocy wobec kobiet, złoty standard polityki antyprzemocowej, gotowa mapa drogowa do budowania krajowych programów zwalczania przemocy. Tę konwencję podpisały wszystkie kraje Unii Europejskiej, a większość ją ratyfikowała.

I ponieważ wcześniej była wymieniana Polska – mój kraj – w kontekście dyskusji o gender, chciałabym Państwa poinformować, że Polska jako jeden z pierwszych krajów podpisała i ratyfikowała konwencję. Mieliśmy dyskusję o gender, ale większość z nas była przekonana, że tę konwencję należy podpisać i ratyfikować, bo jest ona wartościowa.

Kluczową częścią konwencji, która stanowi o jej wyróżniającej się pozycji wśród podobnych dokumentów, jest rozdział o prewencji. Mówi się w nim o zapobieganiu przemocy wobec kobiet, łącząc to zapobieganie przemocy z równouprawnieniem. Ten związek jest bardzo jasny: im więcej równości, tym mniej przemocy.

Na tle wysokich ocen konwencji jako mapy drogowej w zwalczaniu przemocy, a także w kontekście wątku równouprawnienia jest dla mnie niezrozumiały fakt, że Unia Europejska, która jest światowym liderem w promowaniu równości kobiet i mężczyzn, podpisała tę konwencję w bardzo wąskim zakresie. W ten sposób Unia Europejska, reprezentowana przez Komisję i Radę, niejako sama abdykowała z funkcji strażnika i promotora równości, chociaż Traktat, szczególnie Karta praw podstawowych, daje Unii spore uprawnienia w tym zakresie.

Dlatego apeluję do Komisji Europejskiej o rewizję zakresu, w jakim Unia przystąpiła do konwencji, a konkretnie o jego poszerzenie o inne artykuły konwencji, w których Unia na podstawie przepisów prawa dzieli swoje kompetencje z państwami członkowskimi.

Iratxe García Pérez (S&D). – Señora presidenta, señor comisario, una de cada tres mujeres en la Unión Europea podrá ser víctima de violencia de género. Y escuchar algunas afirmaciones como las que hemos tenido que oír aquí, en este Parlamento, me parecen de una grave irresponsabilidad. Decir que el Convenio de Estambul es un arma de la izquierda, realmente, es faltar el respeto a la realidad.

El Convenio de Estambul es un instrumento jurídico internacional para comprometer la actuación de todos los países en luchar contra la mayor lacra social que existe en estos momentos, en el mundo y en Europa. Las mujeres están siendo asesinadas por el mero hecho de ser mujeres, y no podemos permitir que en Europa todavía haya once países que no han ratificado este Convenio.

El pasado 8 de marzo las calles se tiñeron de morado. Millones de mujeres y de hombres en todo el mundo, en Europa, salieron a las calles, se pararon para decir que este mundo tiene que ser más igual, para reivindicar la lucha por la igualdad, pero también para decir a las mujeres víctimas que no están solas.

Las mujeres y los hombres que salimos a la calle dimos un ejemplo de lo que los Gobiernos tienen que hacer en este momento. Por lo tanto, no permitamos que se pierda ni un minuto más. Seamos responsables, porque estamos hablando de la vida de las mujeres. Las excusas que se están poniendo en estos momentos son totalmente inaceptables. Por lo tanto, seguiremos trabajando para conseguir que no haya ni una mujer más asesinada por el terrorismo machista.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Señora presidenta, estamos debatiendo aquí sobre una consecuencia, una de las consecuencias concretas, de esta ola conservadora y populista que recorre buena parte de Europa. Estamos de acuerdo en que la violencia de género es un grave problema de derechos humanos que afecta a millones de mujeres. Nos hemos dotado de un instrumento avanzado de Derecho internacional para combatir esta violencia y, sin embargo, vemos cómo hay Estados que se resisten a ratificar el mejor instrumento que tenemos. Y los que se resisten nos ponen excusas, nos hablan de ideología de género, se inventan consecuencias de la ratificación que no existen.

Señoras y señores, esto no va de ideologías, esto va de defender derechos humanos, y la defensa de los derechos humanos no es ni de izquierdas ni de centro ni de derechas, es una obligación de todos. Por lo tanto, pido a la Comisión Europea, al Consejo, a la mayoría de esta Cámara, que hagamos todo lo que podamos para conseguir la ratificación del Convenio por parte de todos los Estados miembros.

Malin Björk (GUE/NGL). – Madam President, violence against women and girls is an issue of democracy, but it is also a question of life and death. The Istanbul Convention is an instrument of human rights law, the best international instrument that we have to work on prevention, protection and prosecution. The EU has signed it. All the EU Member States have signed it, but there are 11 that have not ratified it, among them the country holding our Presidency – Bulgaria. It is a shame that nobody from the Presidency is here to see how they can take this forward in the Council.

Now we have some Member States that actually say that they are questioning it altogether. It is unacceptable and, as has been said, a sign of general regression for women's rights. The Istanbul Convention is not an ideological battle, other than the one to end violence against women and girls, and that is perhaps political and ideological enough. It does not give rights to LGBTI people either. I must say that I am appalled by the homophobia that I have heard.

Those who attack the Istanbul Convention are attacking women's rights and LGBTI rights. They attack all of us. But it will not work because we will stand up to you. We will make the world a safe place for women, girls and LGBTI people.

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρουνίδη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κύριοι συνάδελφοι, η σύμβαση της Κωνσταντινούπολης για την πρόληψη και καταπολέμηση της έμφυλης βίας αποτελεί το αρτιότερο νομοθέτημα υπερεθνικής ισχύος. Αποτυπώνει με τον καλύτερο δυνατό τρόπο τη νοοτροπία με την οποία πρέπει να γαλουχήσουμε τις επόμενες γενιές σε όλα τα μήκη και πλάτη της γης. Το σύνθημα «μηδενική ανοχή στη βία» στηρίζεται σε πολύ συγκεκριμένη λογική. Καταγγέλλουμε και καταδικάζουμε κάθε πράξη έμφυλης βίας, οδηγούμε τους δράστες στη Δικαιοσύνη, προστατεύουμε και στηρίζουμε τα θύματα.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να συνεχίσει να είναι πρωτοπόρος σε θέματα ισότητας των φύλων και καταπολέμησης φαινομένων βίας, μέσα από στρατηγικές που ενημερώνουν, εκπαιδεύουν και ευαισθητοποιούν άνδρες και γυναίκες, αλλά και ο καθένας μας απ' τη θέση του να γίνει φορέας ελπίδας και αφύπνισης για την πρόληψη και αντιμετώπιση επιθετικών συμπεριφορών. Πάνω απ' όλα όμως έχουμε υποχρέωση να καταστήσουμε σαφές ότι κανένα νομοθετικό κείμενο δεν είναι αρκετό από μόνο του να αλλάξει την πραγματικότητα, αν δεν εξαλειφθούν οριστικά νοσηρές νοοτροπίες και συμπεριφορές.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Immer wieder beschäftigt uns die Istanbul-Konvention, obwohl deren Ausarbeitung bereits 2011 erfolgte. Eigentlich müsste das alles längst eine Selbstverständlichkeit sein, und eigentlich müssten wir stolz darauf sein – stolz darauf, dass sich die Mitglieder des Europarates damals darauf geeinigt haben, jegliche Form der Gewalt gegen Frauen zu ächten und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um sie zu bekämpfen. Offensichtlich gelingt es aber nicht, das Ganze entsprechend abzuschließen. Das kann nicht mit einem Missverständnis erklärt werden, auch nicht mit der Langsamkeit der Entscheidungsstrukturen. Es besteht der Verdacht, dass manche einfach nicht wollen, dass Frauen in jeder Hinsicht den Männern gleichgestellt sind.

Absurd sind vor allem Argumente, wonach die Konvention zur Spaltung der Gesellschaft beitragen würde. Das Gegenteil ist der Fall: Eine Gesellschaft, die Gewalt gegen Frauen zulässt, die spaltet. Und es ist besonders befremdlich, wenn ein Mitgliedstaat, der gegenwärtig den Vorsitz im Rat hat und heute nicht anwesend ist, sich weigert, die Konvention zu ratifizieren.

Julie Ward (S&D). – Madam President, the Istanbul Convention is a key instrument for the fight against gender-based violence. When I speak with women's rights defenders from all over the world, I realise how lucky we are to have such an instrument in Europe. This is why I find it appalling that this Convention's ratification is so problematic in some Member States, including my own. The fact that governments are reluctant to ratify this key instrument shows how little they care about women's safety. In some countries the excuse is that the government cannot afford to ratify and implement the Convention. In these cases, I say that not to do so will cost women's lives.

In Bulgaria, the use of transphobic and homophobic arguments against this Convention is very disappointing. It is therefore particularly worrying in the context of the Bulgarian Presidency of the Council. I call on the Bulgarian Government to revise its position on this crucial issue and stand by the Istanbul Convention.

„Catch the eye” eljárás

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señora presidenta, la violencia contra la mujer se ha perpetuado a través de una cultura de tolerancia y de negación.

Por ello, fue un gran paso cuando la Unión Europea adoptó el Convenio de Estambul, y lo hicimos porque es el único instrumento que da una respuesta global a la violencia de género, la única herramienta que desarrolla una estrategia para prevenir la violencia, para proteger a las víctimas y para perseguir a los criminales.

El Convenio de Estambul crea, además, conciencia sobre lo que es la violencia de género: una clara violación de los derechos humanos. Por ello, pedimos a la Comisión y al Consejo que sirvan de motor y con urgencia lleven a cabo un plan de acción para que todos los países de la Unión Europea ratifiquen el Convenio de Estambul. Mi país, España, lo hizo en 2014, pero aún quedan once países que no lo han ratificado y, señorías, tienen que hacerlo porque estamos hablando de justicia, no de ideología.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, qualche giorno fa l'ennesimo episodio di violenza sulle donne ha sconvolto l'Italia: un uomo delle forze dell'ordine, armato della propria pistola di ordinanza, ha sparato contro la sua famiglia, uccidendo due figlie e ferendo gravemente la moglie.

Su tutti i giornali è stato scritto che ciò è accaduto perché la donna aveva chiesto la separazione. Trovo questa frase di un oscurantismo inaccettabile, che ci fa capire quanta strada ci sia ancora da fare. Ciò che è accaduto è accaduto perché quell'uomo era un violento e considerava la propria moglie come qualcosa di sua proprietà.

La convenzione di Istanbul ha fatto sicuramente tanto, ma è a livello culturale che la strada da percorrere è in salita. Nel patrimonio di conoscenza che fonda le nostre convinzioni più di quanto pensiamo, la donna non è mai rappresentata come un individuo che trova piena espressione di sé nel proprio ruolo professionale. E con la crisi economica la situazione è peggiorata, visto che le donne sono tra le categorie più colpite.

Il lavoro principale va fatto sui modelli culturali che la nostra società continua a proporci.

Ангел Джамбазки (ECR). – Уважаема г-жо Председател, трудна е фамилията, но се постарахте да я произнесете, уважаеми колеги, аз представлявам България и българското правителство и с неудовлетворение чух от Вас доста непремерени думи по отношение на българската позиция. А те се дължат именно на причината, която видяхме сега и в залата – по-голямата част от Вас доказаха, че разговорът за този документ е политически и става дума за леви позиции.

Разбирам, че част от колегите искат да си играят на комунизъм и на леви позиции, но просто не са живели в комунизъм. Всяко насилие е недопустимо и ние сме против насилието над жени, разбира се, и ще бъдем против. Но съвсем очевидно в този документ има идеология, джендър идеология. И тези неща трябва да бъдат изяснени и премахнати от този документ. И никой няма да бъде против. И не става дума само за България. Тук говорим за Обединеното кралство, която е сериозна западна държава. И говорим за други държави, които имат съмнения за тази ратификация.

Затова моля Ви, уважавайте вътрешния ред и правото на всяко едно общество да подрежда своя вътрешен ред.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhora Presidente, falar da implementação da Declaração de Istambul e do combate a toda e qualquer forma de violência contra a mulher exige ir bem para lá de declarações de intenções. Exige a implementação de opções políticas que a União Europeia tem contrariado. Exige a criação de equipamentos de apoio no quadro de uma política pública assente no investimento em serviços públicos e nas funções sociais do Estado. Exige olhar para a violência em todas as suas formas, seja a violência no trabalho ou os elevados índices de exploração e precariedade, seja reconhecer a violência da pobreza ou a violência que se traduz nas inaceitáveis pressões sobre a maternidade e os direitos que lhes estão associados e que são tantas vezes negados. Exige afirmar a prostituição como grave forma de violência e exploração das mulheres, que alguns agora querem legitimar e legalizar em Portugal.

Garantir a proteção das mulheres vítimas de violência exige respostas públicas que façam aumentar os meios e as respostas efetivas do Estado e intervenham na prevenção das suas causas económicas, sociais, psicológicas e culturais.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Senhora Presidente, se atacam uma, atacam todas. A tragédia continua. Dia a dia, o número de mulheres mortas e que sofrem violência aumenta.

Senhoras Deputadas machistas, não servem argumentos de ideologia para tentar contornar a lei. Isso é hipocrisia política. Há um feminicídio permanente, as vítimas de violência contra as mulheres devem ser mais protegidas em toda a Europa.

Há dados segundo os quais uma em cada três mulheres sofreu assédio sexual, físico ou psíquico – é inaceitável. Por isso, a Comissão Europeia deve agir como *lobby* feminista, como o *lobby* que se fez na greve de 8 de março. O Estados-Membros devem ratificar a Convenção de Istambul com mais investimentos.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η βία κατά των γυναικών αποτελεί παραβίαση ανθρωπίνων δικαιωμάτων και η καταδίκη τέτοιων περιστατικών είναι αδιαπραγμάτευτη. Τίποτα όμως δεν δικαιολογεί τη μεταχείριση νομικών εργαλείων για την προώθηση ιδεολογικών πεποιθήσεων, όπως επίσης δεν είναι αποδεκτή η παράτυπη άσκηση πίεσης προς κράτη μέλη για τη λήψη τύποις κυρίαρχων αποφάσεων, αντί να υποστηρίζονται έμπρακτα στην εφαρμογή των δεσμεύσεών τους. Η συνολική αντιμετώπιση περιστατικών βίας υποκινούμενων με βάση το φύλο, εναντίον ανδρών και γυναικών, αντιμετωπίζει προσκόμματα εξαιτίας τέτοιων αμφιλεγόμενων κειμένων. Μέσω αυτών προωθούνται μονομερείς ορισμοί, υπαγορεύονται κριτήρια απόδοσης καθεστώτος διεθνούς προστασίας και επιβάλλονται αλλαγές στα εθνικά εκπαιδευτικά συστήματα που εν τέλει βρίσκει αντίθετους τους πολίτες της Ένωσης.

Καλώ την Επιτροπή να περιοριστεί στην υποστήριξη της ενημέρωσης, της ευαισθητοποίησης και της συνεργασίας σε ενωσιακό επίπεδο και επιτέλους να επιτρέψει στα κράτη μέλη να αντιμετωπίσουν τις προκλήσεις με τις κατάλληλες μεθόδους, σύμφωνα με τις εκάστοτε ανάγκες τους.

Anna Záborská (PPE). – Pani predsedajúca, nebudem opakovať moje pochybnosti o konkrétnych ustanoveniach Istanbulskeho dohovoru. Stačí, keď poviem, že ich som mnou zdieľa aj väčšina občanov, ktorých tu zastupujem.

Boj proti násiliu na ženách, pomoc jeho obetiam, ako aj výchova ako súčasť prevencie proti násiliu, patria medzi výlučné právomoci členských štátov. Ku dnešnému dňu ratifikovalo Istanburský dohovor len sedemnásť z nich.

Istanburský dohovor nie je synonymom pre boj proti násiliu páchanému na ženách a dievčatách. Je to len jeden konkrétny politický nástroj, ktorý má silné stránky, ale aj nedostatky. Európske zmluvy dávajú každému členskému štátu právo samostatne posúdiť plusy a mínusy tohto dohovoru a rozhodnúť sa. Tento parlament aj Komisia by to mali rešpektovať.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, domnule comisar, ați dat câteva cifre și, da, este înspăimântător să vezi că peste 55 % dintre femei sunt hărțuite sau suportă violența în familie sau la serviciu. Problema mea este dacă știm cu adevărat care este cifra, pentru că foarte multe femei suportă violența și au teamă să spună. Au teamă tocmai pentru a nu fi mai departe agresate.

Anul 2017 a fost anul combaterii violenței, avem o îmbunătățire față de anii din urmă. Este foarte important să mergem la cauză. Eu cred că, de fapt, cauza violenței este educația și cred că nu facem suficient de mult, nici unul din statele membre, pentru educație, educația mai ales în mediul rural, acolo unde femeile, cu precădere, suportă violența.

Și apoi mai avem o problemă: în foarte multe state membre nu avem protecția femeilor, a victimelor, nu avem adăposturi, nu sunt măsuri luate împotriva bărbatilor care comit acte de violență împotriva femeilor. Deci acestea sunt lucrurile și eu cred că trebuie să mergem cu măsuri concrete pentru rezolvare. Nu este suficientă ratificarea. Avem suficiente directive, legi, regulamente care nu se aplică. Viața femeilor nu este negociabilă și nimeni nu trebuie să mai suporte violență. De aceea, trebuie să fim uniți, toată Europa, pentru a combate violența împotriva femeilor.

Elnök asszony. – Nagyon köszönöm asszonyom. És meg szeretném köszönni a férfiaknak is, nagyon fontos, hogy hozzászólhatnak ehhez a vitához. Nem mindenkinek van most alkalmunk megadni a szót, ne haragudjanak. És most megadom a szót Tomašić asszonynak. Parancsoljon. I know, Mr Kelly but I have to give it to the ladies also.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, zaštita žena i ostalih članova obitelji od nasilja svim državama članicama mora biti visoko na listi prioriteta. No, problemi s ratifikacijom Istanbulske konvencije nisu se pojavili zbog nevoljkosti država članica da zaštite žene od nasilja, nego zbog kontroverznih dijelova same Konvencije.

Prvenstveno je problematično to što ona državne institucije koje se bave ljudskim pravima izjednačava s udrugama civilnog društva, a stručnom tijelu GREVIO-u daje prevelike ovlasti u implementaciji. Kad tome dodamo i to da države na sebe preuzimaju obvezu financiranja nevladinih organizacija u onom obujmu koje GREVIO smatra primjerenim, jasno je da gube dio suvereniteta.

Konvencija bi, vjerujem, davno bila ratificirana od svih članica Unije da se fokusirala samo na zaštitu žena od nasilja, bez promoviranja rodne teorije i pokušaja razvlašćivanja nacionalnih država.

S ovog mjesta zato još jednom pozivam hrvatske vlasti da, zbog navedenih razloga, ne ratificiraju Istanbulsku konvenciju.

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO

Vicepresidente

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo sia importante affrontare la discussione sulla ratifica della convenzione di Istanbul pochi giorni dopo le manifestazioni dell'8 marzo, lo sciopero globale delle donne dal lavoro produttivo e riproduttivo, dai generi, dalle ruolizzazioni.

Credo che questo movimento, il movimento femminista Non Una Di Meno, abbia avuto la capacità di nominare con uno sguardo intersezionale, tenendo insieme la critica al dominio di classe, di razza e di sesso, tutte le forme della violenza maschile patriarcale contro le donne, e abbia saputo nominare, da movimento transfemminista, anche la critica al patriarcato eteronormativo.

Questo Parlamento deve dare delle risposte a questo movimento, e credo che lavorare affinché l'Unione europea e gli Stati membri ratifichino e rispettino la convenzione di Istanbul sarebbe una minima risposta a quello che questo movimento chiede.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Andrus Ansip, Vice-President of the Commission. – Mr President, violence against women cannot be tolerated in our society. It should be fought with every means available. The Istanbul Convention will reinforce measures to prevent this violence and to protect women from it. It will make our society a safer place for women and girls.

We have to do everything in our power to stop violence against women and to support the victims. Ratification of the Convention by the European Union is an important step and a powerful signal for all the victims, showing that the EU takes their situation seriously and is acting to end the violence.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – Una de cada tres mujeres en la Unión Europea es víctima de la violencia de género. Las mujeres están siendo asesinadas por el mero hecho de ser mujeres. No podemos permitir que todavía haya once Estados miembros que no han ratificado el Convenio de Estambul, que es el tratado internacional de mayor alcance para abordar la violencia contra las mujeres como una grave violación de los derechos humanos. Constituye el primer instrumento que hace jurídicamente vinculante la prevención y lucha contra la violencia de género y establece una tolerancia cero hacia la violencia contra las mujeres. Las declaraciones realizadas por algunos Gobiernos y por miembros de esta cámara son totalmente inaceptables porque falsean la realidad y suponen una grave irresponsabilidad. La adhesión de la Unión Europea y de todos sus Estados permitirá desarrollar un marco legislativo europeo

común para combatir la violencia contra las mujeres. El pasado 8 de marzo las calles se tiñeron de morado. Millones de mujeres y de hombres se manifestaron para exigir que la sociedad sea más igual, para reivindicar la lucha por la igualdad, pero también para defender la tolerancia cero contra la violencia de género y decir a las víctimas que no están solas.

José Blanco López (S&D), por escrito. – Una de cada tres mujeres en la Unión Europea es víctima de la violencia de género. Las mujeres están siendo asesinadas por el mero hecho de ser mujeres. No podemos permitir que todavía haya once Estados miembros que no han ratificado el Convenio de Estambul, que es el tratado internacional de mayor alcance para abordar la violencia contra las mujeres como una grave violación de los derechos humanos. Constituye el primer instrumento que hace jurídicamente vinculante la prevención y lucha contra la violencia de género y establece una tolerancia cero hacia la violencia contra las mujeres. Las declaraciones realizadas por algunos Gobiernos y por miembros de esta cámara son totalmente inaceptables porque falsean la realidad y suponen una grave irresponsabilidad. La adhesión de la Unión Europea y de todos sus Estados permitirá desarrollar un marco legislativo europeo común para combatir la violencia contra las mujeres. El pasado 8 de marzo las calles se tiñeron de morado. Millones de mujeres y de hombres se manifestaron para exigir que la sociedad sea más igual, para reivindicar la lucha por la igualdad, pero también para defender la tolerancia cero contra la violencia de género y decir a las víctimas que no están solas.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Europos Sąjungai pirmininkaujančios Bulgarijos sprendimas neratifikuoti Stambulo konvencijos, skirtos kovai su smurtu šeimose ir prieš moteris, labai liūdina. Ne tik Bulgarijos, bet ir kitų ES šalių, kurios dar nėra ratifikavusios šios konvencijos, vilkinimas tai padaryti yra labai žalingas ir nepateisinamas. Smurtas prieš moteris yra vienas didžiausių žmogaus teisių pažeidimų, kuris neturi jokių geografinių, ekonominių, kultūrinių ar socialinių ribų. Be to, smurtas šeimose tiesiogiai ir netiesiogiai daro žalą visiems šeimos nariams, ypač vaikams. Apie smurto prieš moteris problemą visi kalba daug, tačiau statistika rodo, kad mums vis dar nepavyksta apsaugoti moterų nuo šių nusikaltimų. Smurto negalime nei remti, nei toleruoti ir turime prisiminti, kad visos programos ir priemonės, skirtos sustabdyti smurtą prieš moteris, pasiteisins tik tada, kai moterys bus užtikrintos, kad prabilus apie smurtą, jomis bus pasirūpinta, suteikta psichologinė ir socialinė pagalba, sveikatos priežiūra, o smurtautojai ir nusikaltėliai bus nubausti. Būtent Stambulo konvencija numato tokias priemones visa tai įgyvendinti, todėl Bulgarija ir kitos likusios valstybės narės privalo ją ratifikuoti.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Trošak nasilja nad ženama na razini EU-a iznosi 1,8 posto BDP-a EU-a ili 228 milijardi godišnje. Ali ne trebaju mi brojke da bih znala da je ljudski život i dostojanstvo najvrjednije!

Na europskoj razini još ne postoji ni strategija, a kamoli zakon kojim se osuđuje takvo nasilje. U EU-u od posljedica nasilja umire sedam žena svaki dan. Ne možemo čekati ni dana!

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), por escrito. – Una de cada tres mujeres en la Unión Europea es víctima de la violencia de género. Las mujeres están siendo asesinadas por el mero hecho de ser mujeres. No podemos permitir que todavía haya once Estados miembros que no han ratificado el Convenio de Estambul, que es el tratado internacional de mayor alcance para abordar la violencia contra las mujeres como una grave violación de los derechos humanos. Constituye el primer instrumento que hace jurídicamente vinculante la prevención y lucha contra la violencia de género y establece una tolerancia cero hacia la violencia contra las mujeres. Las declaraciones realizadas por algunos Gobiernos y por miembros de esta cámara son totalmente inaceptables porque falsean la realidad y suponen una grave irresponsabilidad. La adhesión de la Unión Europea y de todos sus Estados permitirá desarrollar un marco legislativo europeo común para combatir la violencia contra las mujeres. El pasado 8 de marzo las calles se tiñeron de morado. Millones de mujeres y de hombres se manifestaron para exigir que la sociedad sea más igual, para reivindicar la lucha por la igualdad, pero también para defender la tolerancia cero contra la violencia de género y decir a las víctimas que no están solas.

Enrique Guerrero Salom (S&D), por escrito. – Una de cada tres mujeres en la Unión Europea es víctima de la violencia de género. Las mujeres están siendo asesinadas por el mero hecho de ser mujeres. No podemos permitir que todavía haya once Estados miembros que no han ratificado el Convenio de Estambul, que es el tratado internacional de mayor alcance para abordar la violencia contra las mujeres como una grave violación de los derechos humanos. Constituye el primer instrumento que hace jurídicamente vinculante la prevención y lucha contra la violencia de género y establece una tolerancia cero hacia la violencia contra las mujeres. Las declaraciones realizadas por algunos Gobiernos y por miembros de esta cámara son totalmente inaceptables porque falsean la realidad y suponen una grave irresponsabilidad. La adhesión de la Unión Europea y de todos sus Estados permitirá desarrollar un marco legislativo europeo común para combatir la violencia contra las mujeres. El pasado 8 de marzo las calles se tiñeron de morado. Millones de mujeres y de

hombres se manifestaron para exigir que la sociedad sea más igual, para reivindicar la lucha por la igualdad, pero también para defender la tolerancia cero contra la violencia de género y decir a las víctimas que no están solas.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), por escrito. – Una de cada tres mujeres en la Unión Europea es víctima de la violencia de género. Las mujeres están siendo asesinadas por el mero hecho de ser mujeres. No podemos permitir que todavía haya once Estados miembros que no han ratificado el Convenio de Estambul, que es el tratado internacional de mayor alcance para abordar la violencia contra las mujeres como una grave violación de los derechos humanos. Constituye el primer instrumento que hace jurídicamente vinculante la prevención y lucha contra la violencia de género y establece una tolerancia cero hacia la violencia contra las mujeres. Las declaraciones realizadas por algunos Gobiernos y por miembros de esta cámara son totalmente inaceptables porque falsean la realidad y suponen una grave irresponsabilidad. La adhesión de la Unión Europea y de todos sus Estados permitirá desarrollar un marco legislativo europeo común para combatir la violencia contra las mujeres. El pasado 8 de marzo las calles se tiñeron de morado. Millones de mujeres y de hombres se manifestaron para exigir que la sociedad sea más igual, para reivindicar la lucha por la igualdad, pero también para defender la tolerancia cero contra la violencia de género y decir a las víctimas que no están solas.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), na piśmie. – W nawiązaniu do debaty, jaka odbyła się w dniu 12 marca 2018 r. w związku z oświadczeniem Komisji Europejskiej na temat ratyfikacji Konwencji Stambulskiej, w którym Polska była wymieniana wśród krajów sprzeciwiających się Konwencji w związku z „promowaniem ideologii gender”, chciałabym wyjaśnić, co następuje: Polska faktycznie odbyła bardzo gorącą debatę na temat Konwencji i – jak w wielu innych krajach – wątek „ideologii gender” był w niej obecny. Jednak inicjatorem podpisania i ratyfikacji Konwencji był polski rząd, wspierany przez Sejm RP i społeczeństwo obywatelskie, zaangażowane w działania antyprzemocowe, zaś głównym przeciwnikiem – hierarchiczny Kościół Katolicki, który wydawał oficjalne oświadczenia na temat „ideologii gender”, a także posłowie z prawej strony sceny politycznej. Ponieważ, jak pokazała debata, większość sejmowa i większość obywateli była za Konwencją, w 2012 roku Polska podpisała Konwencję, a dwa lata później, latem 2015, ratyfikowała ją, jako 13 z kolei państwo UE. Dlatego nie można naszego kraju wymieniać w jednej linii z Bułgarią lub Słowacją, gdzie to na poziomie rządu i parlamentu, oficjalnych reprezentantów państwa, podjęto decyzje o zawieszeniu prac nad ratyfikacją. Jednocześnie wyrażam uznanie dla wszystkich państw, które ratyfikowały ten dokument, uznany w 2013 r. przez ONZ za „złoty standard polityki antyprzemocowej”, i wdrożyły jego przepisy do prawa krajowego.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), por escrito. – Una de cada tres mujeres en la Unión Europea es víctima de la violencia de género. Las mujeres están siendo asesinadas por el mero hecho de ser mujeres. No podemos permitir que todavía haya once Estados miembros que no han ratificado el Convenio de Estambul, que es el tratado internacional de mayor alcance para abordar la violencia contra las mujeres como una grave violación de los derechos humanos. Constituye el primer instrumento que hace jurídicamente vinculante la prevención y lucha contra la violencia de género y establece una tolerancia cero hacia la violencia contra las mujeres. Las declaraciones realizadas por algunos Gobiernos y por miembros de esta cámara son totalmente inaceptables porque falsean la realidad y suponen una grave irresponsabilidad. La adhesión de la Unión Europea y de todos sus Estados permitirá desarrollar un marco legislativo europeo común para combatir la violencia contra las mujeres. El pasado 8 de marzo las calles se tiñeron de morado. Millones de mujeres y de hombres se manifestaron para exigir que la sociedad sea más igual, para reivindicar la lucha por la igualdad, pero también para defender la tolerancia cero contra la violencia de género y decir a las víctimas que no están solas.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Tous les États membres de l'Union européenne ont signé la Convention d'Istanbul, mais onze doivent encore la ratifier. Le 22 février 2018, le Premier ministre slovaque, Robert Fico, déclare refuser de ratifier la Convention d'Istanbul car il considère qu'elle est contraire à la définition du mariage indiquée dans la Constitution slovaque (une union entre un homme et une femme). Le 7 mars 2018, la Bulgarie, à la tête du Conseil de l'Union européenne, décide d'emboîter le pas de son voisin slovaque. Cette opposition est d'autant plus inquiétante que les négociations pour la ratification par l'Union européenne sont en cours depuis plusieurs mois déjà. Or, la Convention d'Istanbul est le premier traité international juridiquement contraignant et le meilleur outil pour prévenir les violences, protéger les victimes et poursuivre en justice les responsables. L'impunité n'est plus tolérable, et tout blocage ou toute marche en arrière est inacceptable. Pour permettre la mise en place d'un cadre cohérent de lutte contre les violences faites aux femmes partout en Europe, tous les États membres et l'Union doivent ratifier cette Convention au plus vite.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pravo je država članica da samostalno, poštujući mišljenje vlastitih građana, prihvate ili odbiju ratifikaciju bilo koje međunarodne konvencije, pa tako i Istanbulske konvencije. Tvrditi kako je borba protiv nasilja nad ženama moguća samo i isključivo ratifikacijom Istanbulske konvencije je netočna i neutemeljena.

Hrvatska je već ugradila u svoje zakonodavstvo svih 48 mjera i mehanizama borbe protiv nasilja nad ženama predviđene Konvencijom. Stoga nema potrebe da se ona ratificira i na taj način omogući uvođenje i onih odredbi koje se ni na koji način ne odnose na borbu protiv nasilja nad ženama, nego izravno krše načelo supsidijarnosti i temeljna ljudska prava zagaranirana postojećim, pravno važećim nacionalnim i međunarodnim odredbama.

Iz tog razloga potrebno je odbiti implementaciju ideologije koja se nameće kroz nejasnu i ideološki obojanu definiciju „roda”. Rod kao pravni pojam ne postoji te se radi o neznanstvenom konceptu, stoga je krivo i neutemeljeno uvjetovati države članice na uvođenje takvog pojma jer on ne donosi ništa osim klime pravne nesigurnosti.

Michaela Šojdová (PPE), *písemně*. – Hlásím se k prevenci a potírání násilí na ženách a vím, že jsou země, které mají potíže s ochranou důstojnosti života ženy, kde je na ženách páčáno násilí spojené navíc s historickými a kulturními tradicemi. Právě pro tyto země považuji Istanbulskou úmluvu za velmi důležitý nástroj pro prevenci a potírání násilí. Nesouhlasím však s tím, aby se tato úmluva stala klackem na ty země, které se rozhodly bojovat proti násilí jinou cestou. Např. Česká republika sice dosud neratifikovala Istanbulskou úmluvu, ale již 12 let má fungující zákon proti domácímu násilí. Dokonce jej inicioval můj bývalý stranický kolega, místopředseda Poslanecké sněmovny, Jan Kasal, ve spolupráci s Bílým kruhem bezpečí. Náš právní řád obsahuje trestné činy tak, jak je vyjmenovává právě Istanbulská úmluva. Prevence, odhalování a pomoc obětem násilí, to vše je součástí činnosti vládních i nevládních organizací. Důležitější než ratifikace Úmluvy je podle mne prosazení nulové tolerance násilí v praxi. Mělo by nám jít především o podstatu, a ne formální splnění povinnosti ratifikace. Vždyť každá členská země EU se zavázala k plnění Charty základních práv EU, která zavazuje členské státy hájit lidskou důstojnost a bezpečnost všech občanů.

Ivan Štefanec (PPE), *písmne* — Akékoľvek násilie je potrebné odsúdiť a tvrdo trestať. Na to však nie je potrebné prijímať kontroverzné medzinárodné dohody, ktoré vykazujú prvky zasahovania do vnútorných záležitostí členských štátov. Otázky rodovej rovnosti v takomto dokumente nemajú čo hľadať a každá krajina si ich musí vyriešiť sama.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – Una de cada tres mujeres en la Unión Europea es víctima de la violencia de género. Las mujeres están siendo asesinadas por el mero hecho de ser mujeres. No podemos permitir que todavía haya once Estados miembros que no han ratificado el Convenio de Estambul, que es el tratado internacional de mayor alcance para abordar la violencia contra las mujeres como una grave violación de los derechos humanos. Constituye el primer instrumento que hace jurídicamente vinculante la prevención y lucha contra la violencia de género y establece una tolerancia cero hacia la violencia contra las mujeres. Las declaraciones realizadas por algunos Gobiernos y por miembros de esta cámara son totalmente inaceptables porque falsean la realidad y suponen una grave irresponsabilidad. La adhesión de la Unión Europea y de todos sus Estados permitirá desarrollar un marco legislativo europeo común para combatir la violencia contra las mujeres. El pasado 8 de marzo las calles se tiñeron de morado. Millones de mujeres y de hombres se manifestaron para exigir que la sociedad sea más igual, para reivindicar la lucha por la igualdad, pero también para defender la tolerancia cero contra la violencia de género y decir a las víctimas que no están solas.

Kristina Winberg (EFDD), *skriftlig*. – Istanbulkonventionen har som mål och syfte att skydda kvinnor mot alla former av våld och att förebygga, lagföra och avskaffa våld mot kvinnor och våld i hemmet, så säger konventionens syfte i artikel 1.

EU anslöt sig till Istanbulkonventionen i maj 2017 och Sverige i november 2014. Trots detta har andelen utsatta kvinnor som anmält sexuella våldsbrott i Sverige, enligt Brå ökat från 1,8 % 2014 till 4,1 % 2016, och det ser ut att fortsätta att öka. Enligt uppgifter har var tredje kvinna utsatts för fysiskt, psykiskt och/eller sexuellt våld. Var tjugonde kvinna har blivit våldtagen. 55 % av kvinnorna uppger att de blivit utsatta för sexuella trakasserier. Hedersrelaterat våld ökar också, trots att många politiker länge har försökt förneka att denna typ av våld existerar. Kvinnor i Sverige och runtom i Europa klär sig idag i allt större uträkning i slöja och burka, medan kvinnor i Iran kastar sina slöjor i protest mot förtrycket, med risk för sina liv. Modiga kvinnor, men vart är Europa på väg och vad gör EU? Alla former av våld, förtryck mot kvinnor är en brutal form av diskriminering och ett brott mot de mänskliga rättigheterna, och det måste tas på allvar, nu.

Tadeusz Zwiefka (PPE), *na piśmie*. – Nie oszukujmy się i nie zasłaniajmy jakimiś ideologicznymi frazesami. Przemoc wobec kobiet jest faktem i nie mówię tu o statystkach, bo zgadzam się, że nie są one miarodajne. Dlaczego? Bo wiele kobiet nie zgłasza tych przestępstw, szczególnie gdy mają one miejsce w domu lub w rodzinie. To tylko oznacza, że przestępstw wobec kobiet jest więcej, niż wskazują na to oficjalne dane. Konwencja stambulska, która ma na celu przeciwdziałanie przemocy oraz niesienie pomocy kobietom ofiarom przestępstw, została przez niektóre środowiska zinterpretowana przez pryzmat niezrozumiałych obaw, które nie mają odniesienia w tekście. Wiele kłamstw zostało już zakorzenionych w świadomości naszych obywateli. Konwencja nie narzuca uznawania małżeństw jednopłciowych krajom, nie narzuca nawet obowiązku edukacji seksualnej. Popieram stanowisko Komisji Europejskiej i wielu moich koleżanek, które żarliwie opowiadają się za jak najszybszą ratyfikacją przez państwa członkowskie Konwencji stambulskiej. Chciałbym jednak podkreślić, że ratyfikacja to tylko początek, najważniejsze jest późniejsze wdrożenie założeń konwencji, by w rzeczywisty i skuteczny sposób przeciwdziałać przemocy wobec kobiet i dziewcząt i by w praktyce pomagać ofiarom przestępstw. Jak pokazuje przykład Polski – ratyfikowanie i podpisanie konwencji nie przeszkadza obecnemu rządowi odbierać dofinansowanie publiczne placówkom niosącym pomoc prawną i gwarantującym opiekę kobietom, które znajdują się w dramatycznych życiowych sytuacjach.

17. Grenzüberschreitende Paketzustelldienste (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Lucy Anderson, a nome della commissione per i trasporti e il turismo, sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio relativo ai servizi di consegna transfrontaliera dei pacchi (COM(2016)0285 - C8-0195/2016 - 2016/0149(COD)) (A8-0315/2017).

Lucy Anderson, rapporteur. – Mr President, I am delighted to have the chance to present to Parliament this new regulation on cross-border parcels. The regulation started out as a proposal in 2016 as part of the European Commission's Digital Single Market Strategy, with the objective of helping to boost cross-border e-commerce by improving parcel delivery. Thanks to the hard work of many MEP colleagues and staff, the Commission and the Estonian Presidency, we have a provisionally agreed text today. I urge everyone to support this text in the form of the new cross-border parcels regulation in tomorrow's vote.

The initial aims of the regulation were to help secure a more efficient parcel sector, increase transparency of tariffs, and assess prices where necessary. Together, I believe we have secured these aims and also added a stronger focus on consumer needs and the interests of small- and medium-sized enterprises when ordering goods from other EU countries. As emphasised in recital 2 of this regulation, Article 14 of the Treaty on the Functioning of the European Union highlights the place occupied by services of general economic interest, such as postal and parcel services, in the shared values of the Union, as well as their role in promoting social and territorial cohesion.

The main elements of the regulation are as follows: we have agreed to expand the scope of key provisions to a certain extent where necessary to all cross-border parcel delivery service providers, not just those designated as providing a universal service. This is right, especially since universal service providers do not always have a large share of the cross-border parcels market. The regulation also covers multinationals and newer players in the parcel sector, including those with alternative business models.

On the provision of information to national regulators, Article 4 applies not only to cross-order parcel operators, but to all parcel delivery companies, other than those with fewer than 50 persons working for them. Regulators can also, where justified, include smaller companies with between 25 and 49 workers. As part of this duty, parcel companies will give information each year on the employment status of workers delivering parcels, along with details of the subcontractors they use. This, in my view, will help to expose the activities of some businesses who do not give their parcel workforce proper terms and conditions of employment, and instead require them to operate on a self-employed or precarious basis. It is encouraging that this aspect of the regulation has been particularly welcomed by trade unions.

Rules on cross-border parcel tariffs in Articles 5 and 6 empower and enable national authorities more specifically to monitor delivery prices and assess cross-border prices that they deem unreasonably high. Whilst the regulation does not impose a cap on prices, it will allow users more easily to compare domestic and cross-border tariffs. Parcel companies will have to disclose prices, and these will be published by the Commission on a dedicated website.

Where parcel delivery is subject to universal service obligations, authorities will have a clearer power to investigate further, where necessary, taking into account the likely impact of prices, including on anyone who is disabled or who has reduced mobility, and smaller companies and citizens in remote areas.

The factors that authorities shall take into account in any assessment also include any relevant costs, quality of service standards and volumes, as well as tariffs of comparable parcel delivery services providers. The existence of price regulation and abuses of dominant market position may also be taken into account, if necessary. These provisions have been drafted, as has the regulation as a whole – and I emphasise this point with care – to make sure that the principles of the Postal Services Directive are not undermined or contradicted.

In line with the 2011 Consumer Rights Directive, Article 7 of this regulation emphasises that consumers are to be provided with proper information on delivery options and charges payable and complaints-handling policies, where applicable. Given the concrete evidence on problems with parcel deliveries in quite a few cases, I would have preferred this provision to be stronger, but it is still a good start. There is indeed plenty of evidence on problems with parcel deliveries.

Finally, I am pleased that the Commission is working with the support of Parliament on a comprehensive study on parcel delivery, and the regulation underlines that standardisation work should include environmental considerations and require a first review two years after entry into force, including on affordability, consumer protection and standards issues.

Biljana Borzan, *izvjestiteljica za mišljenje Odbora IMCO*. – Gospodine predsjedniče, svaki dan u Europskoj uniji dostavi se oko 11 milijuna paketa. Cijene dostave su netransparentne, a neki poštanski operateri i grupe potrošača u izrazito nepovoljnoj poziciji.

Ovom Uredbom se uvodi red na jedno vrlo nelogično tržište prema kojem je, primjerice, dostava u jednom smjeru bila tri puta skuplja od dostave za istu udaljenost u drugom smjeru.

Ova Uredba rezultirat će i rastom e-trgovine. Dostava je potrošačima najvažniji faktor pri *online* kupnji. Čak 70 % građana Europske unije žali se da im je dostava preskupa, a 50 % njih ne zna što treba učiniti u slučaju problema. Zato sam posebno zadovoljna što je usvojena obveza da potrošaču pri kupnji trgovac mora navesti sve oblike dostave koji su mu na raspolaganju, s usporedbom cijena. Isto tako, prije kupnje mora se informirati potrošača što učiniti u slučaju problema.

Želim zahvaliti svojim izvjestiteljima u sjeni u Odboru za unutrašnje tržište i zaštitu potrošača te kolegici Lucy Anderson na odlično obavljenom poslu.

Andrus Ansip, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would first like to thank the rapporteur, Ms Anderson, the shadow rapporteurs and the Chair of the Committee on Transport and Tourism (TRAN). Thanks to your hard work, we were able to reach an agreement on this regulation on cross-border parcel delivery services last December. It is an important step for eCommerce and the Digital Single Markets.

Today's rules do not support cross-border eCommerce. 68% of internet users in the European Union shopped online last year, but only 33% of these e-shoppers bought goods or services from sellers based in another EU country. 17% of SMEs in the European Union sold online in 2016, but only 7.5% of SMEs did so across borders.

High delivery prices are one of the reasons why the potential of cross-border eCommerce still remains untapped in the European Union. They are a major concern for consumers and companies, especially SMEs. Delivery prices vary a lot across Europe, often without justification. On average, someone who sends a two-kilogram parcel to another EU country pays three to five times more than the domestic price. In some cases, it is much higher – up to 22 times as high. With this new regulation, we are addressing these issues through more price transparency and a stronger role for regulators.

A month ago, I was here for the debates on the regulation against unjustified geo-blocking. Today, I am pleased that we can fill in another new and important piece of the puzzle, building on other recent agreements to simplify VAT rules for eCommerce and to strengthen consumer protection. Step by step, we are creating a Digital Single Market. Thank you for your support.

Markus Ferber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zu einem vollständig integrierten europäischen Binnenmarkt für Verbraucher gehört es auch, dass Produkte, die grenzüberschreitend gekauft werden, auch zum Kunden kommen, und zwar sicher und möglichst kostengünstig. Leider sind wir in Europa von diesem Punkt noch ein ganzes Stück entfernt. Um nur mal ein Beispiel zu nennen: Wie kann es sein, dass ein Päckchen von Brüssel nach Aachen ungefähr viermal so teuer ist wie ein Paket von München nach Berlin, obwohl das viermal weiter ist? Dabei wird schon ganz schnell offensichtlich, wozu es geht. Mit nationalen Lohnstrukturen oder Transportkosten hat das jedenfalls nichts zu tun. Wir haben schon den Eindruck, dass es sich einige Anbieter zunutze machen, dass Menschen kein Gefühl dafür haben, was ein grenzüberschreitendes Paket überhaupt kosten kann. Deswegen ist es das zentrale Ziel dieser Verordnung, Preistransparenz zu schaffen, insbesondere für den Verbraucher, aber auch für kleinere und mittlere Unternehmen, die besonders unter überzogenen Preisen leiden, aber die gerade die Möglichkeiten des Binnenmarkts im Internethandel auch nutzen wollen.

Wir als EVP-Fraktion werden dieser Einigung zustimmen. Ich bedanke mich bei der Berichterstatterin. Es hat ein bisschen gedauert, bis wir uns aufeinander zubewegen konnten, aber dann haben wir eine gute Lösung gefunden, die am Ende auch den Rat weitestgehend überzeugt hat. Ich bin mir sicher, dass wir über kurz oder lang durch diese Regelung auch sinkende Verbraucherpreise bekommen werden, und das war alle Mühen wert.

Ismail Ertug, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, verehrte Kommission, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst geht mein Dank an die Berichterstatterin Lucy Anderson und an die Schattenberichterstatter für die hervorragende Arbeit, was letztendlich zu einem guten, tragfähigen Kompromiss geführt hat. Denn es ist klar, dass der Online-Handel in den letzten Jahren deutlich zugelegt hat. Wir sehen, dass er bereits drei Prozent des BIP ausmacht, des Bruttoinlandsprodukts, und insbesondere im grenzüberschreitenden Bereich nimmt er deutlich zu. Ich glaube, der Kompromiss kann sich auch deshalb sehen lassen, weil wir einige Verbesserungen für die Kundinnen und Kunden heraushandeln konnten, zum Beispiel was die Preistransparenz angeht, vor allem aber auch was den Verbraucherschutz angeht.

Versandhändler zum Beispiel müssen zukünftig eindeutig über die Preise für den Versand und für den Rückversand bei internationalen Paketsendungen informieren, was zum Beispiel die Marktaufsicht anbelangt, und die nationalen Regulierungsbehörden müssen die Paketzustellung im Rahmen der Universaldienstverpflichtungen dann letztendlich auch auf hohe Tarife hin prüfen. Rundherum ist das eine gute Lösung. Danke nochmal an alle, die mitgewirkt haben.

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, the e-commerce of the 21st century is a beautiful combination of the free movement of goods and the freedom to provide services. This creates enormous opportunities, and it is important that it does so throughout the European Union. We wanted to make sure that these opportunities are not just for large companies, large operators and large-scale platforms, but also for small retailers and small craft shops that can then rely on reliable and affordable services.

So we have taken an important step in this direction, even though – if it were up to me – we would have gone even further. I am glad that the proposals that I made in terms of the scope – and that is single piece parcel services' tariffs – has been taken on board, because that will in fact enable us to compare like with like. Every single operator, regardless of size, will have to make his or her tariffs public, and they can then be independently reviewed, if need be, by national regulators.

If anyone expected that parcels would be cheaper tomorrow, this is bad news, but we have made significant progress towards greater transparency, more competition and more clarity for consumers in the future. We have fallen short – and I am happy to say so – of price regulation, which was also in the air. I would like to thank the rapporteur, my colleagues and the shadow rapporteurs. I think that we should clearly vote 'yes' in favour in the coming hours.

Marie-Christine Arnautu, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, les députés du Front national voteront contre ce rapport sur la livraison de colis entre États membres pour une raison sociale. Diminuer à tout prix le coût des livraisons se fera au détriment des conditions de travail des salariés, déjà largement victimes du travail dissimulé, du recours abusif aux prestataires de services et du travail détaché.

Contre aussi pour préserver l'équilibre financier des structures chargées du service public, qui n'est possible que grâce à la livraison concomitante de colis. Réduire les marges et accentuer la concurrence lui nuiront nécessairement. Les vœux pieux concernant le service universel serviront, bien sûr, de prétexte à la prétendue gauche ralliée au libéralisme économique généralisé pour voter favorablement.

Contre enfin puisque sur le plan écologique, l'intensification des liaisons aggravera les émissions polluantes, alors même que, dans le secteur des transports, cet argument nous est rebattu jusqu'à la nausée pour favoriser de nouvelles taxes. Encourager les circuits courts constituerait une réelle solution écologique et sociale, solution jamais abordée car contraire aux intérêts financiers des multinationales et aux dogmes du marché unique.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, αδιαμφισβήτητο γεγονός είναι πως οι τιμές διασυνοριακής αποστολής δεμάτων είναι σχετικά υψηλές. Η περίφημη απελευθέρωση των ταχυδρομικών υπηρεσιών δεν οδήγησε σε χαμηλότερες τιμές για τους πολίτες ή για τις μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις. Για συγκεκριμένα προϊόντα οι πωλήσεις μέσω Διαδικτύου είναι απαγορευτικές λόγω των υψηλών τιμών των ταχυδρομικών τελών. Δυστυχώς όμως δύσκολα μπορεί να αντιμετωπιστεί το πρόβλημα αυτό. Θα πρέπει να επιστρέψουμε στο μοντέλο λειτουργίας των εθνικών Ταχυδρομείων και την αντιμετώπισή τους ουσιαστικά σαν υποδομών του κράτους. Ναι στην ιδιωτική πρωτοβουλία, αλλά χωρίς την υπονόμευση και υποβάθμιση του δημόσιου χαρακτήρα των Ταχυδρομείων υπέρ των γιγαντιαίων πολυεθνικών.

Θεωρώ απαράδεκτη την επιδότηση ιδιωτικών εταιρειών με χρήματα των φορολογούμενων πολιτών, με σκοπό να προσφέρουν υπηρεσίες τις οποίες παρείχε μέχρι προ ολίγων ετών το δημόσιο ταχυδρομείο προς όλους τους κατοίκους της χώρας, όπου και αν βρίσκονται, σε σταθερή βάση, προστιτή τιμή και καθορισμένη ποιότητα. Πρέπει να εξασφαλίζονται τα παρακάτω κριτήρια, τα οποία είναι σημαντικά στον τομέα των ταχυδρομικών υπηρεσιών: να είναι προσιτά σε όλους, να πληρούν τους κανόνες του υγιούς ανταγωνισμού, να είναι ανάλογα του κόστους παροχής των υπηρεσιών και, τέλος, να πληρούν τους κανόνες της διαφάνειας και της δημοσιότητας. Επιπλέον, οι ιδιωτικές ταχυδρομικές εταιρείες έχουν συχνά δώσει αρνητικά δείγματα γραφής, με καταπατήσεις των ασφαλιστικών και εργασιακών δικαιωμάτων.

Τέλος, όσον αφορά τις αποστολές δεμάτων εντός των κρατών, ήδη υπάρχουν εποπτικές αρχές και δεν χρειάζεται τίποτα παραπάνω από συντονισμό μεταξύ τους, ώστε να ρυθμίσουν και τις διασυνοριακές αποστολές.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, tämä rajat ylittäviä pakettipalveluita koskeva asetus on todellakin terve-tullut askel kohti tehokkaampia sisämarkkinoita ja hyvää jatkoa viimeksi hyväksytylle maarajoitusten eli geoblokkauksen kieltämiselle.

On selvää, että korkeat toimitusmaksut ovat yksi suurimmista esteistä ostosten tekemiselle verkossa toisista jäsenmaista, koska paketin lähettäminen EU-maiden välillä saattaa maksaa jopa viisi kertaa enemmän kuin maan sisäiset lähetykset. Näin ollen tällä muutoksella pystymme nyt toivon mukaan vauhdittamaan verkkokauppaa ja lisäämään läpinäkyvyyttä ja tehokkuutta EU:n sisämarkkinoilla.

Mutta samaan aikaan kun laitamme sisämarkkinoita kuntoon tässä mielessä, haluaisin nostaa esiin yhden suuren epäkohdan ja se on kiinalaisten verkkokauppojen jyllääminen Euroopan markkinoilla. Tiedän, että komissaari Ansip tuntee erittäin hyvin tämän kysymyksen ja että tässä tärkeä tekijä on ennen kaikkea kiinalaisen postin kehitysmäärä. Se vääristää nyt aika tavalla kilpailua verkkokaupan markkinoilla Euroopassa. Onko komissiossa suunnitteilla mitään, mitä tämän asian eteen voisi tehdä nopeasti?

Olga Sehnalová (S&D). – Pane předsedající, pokud chce dnes někdo poslat balík do jiného členského státu, může být nemile překvapen, ať již tím, kolik za takovou službu zaplatí, nebo způsobem doručení své zásilky. Informace o cenách a podmínkách doručování jsou bohužel často nejasné a neúplné.

Vyjednávači Evropského parlamentu v čele se sociálně-demokratickou zpravodajkou Lucy Andersonovou během trialogu s Radou dosáhli zlepšení, například pokud jde o transparentnost sazeb pro spotřebitele i podniky či pravomoci regulačních orgánů k posouzení nepřiměřenosti cen. Za úspěch považuji i to, že se nová pravidla budou vztahovat na všechny hlavní hráče v odvětví doručování balíků, včetně nakupování na internetu. Je ovšem důležité mít před sebou i pracovní podmínky lidí, kteří v tomto odvětví pracují. Cenová konkurence nemůže být na jejich úkor.

Georg Mayer (ENF). – Herr Präsident! Die Paketzustellung, das ist etwas, mit dem wir heute viel mehr als noch etwa vor 15 oder 20 Jahren in unserem täglichen Leben beschäftigt sind. Die Paketzustellung ist aber auch im höchsten Maße vom Wettbewerb und von einer Schnellebigkeit geprägt, die das Internet uns heute natürlich auch aufzwingt. Es werden in Europa insgesamt vier Milliarden Pakete im Jahr verschickt. Das heißt, irgendjemand bestellt sie und irgendjemand liefert sie auch an jemanden. Wie dieser Prozess geschieht und vor allem wie sich die Preise bilden, das bleibt sehr oft im Dunkeln, und das ist vor allem auch für den Konsumenten in Europa sehr schwer zu durchschauen. Insofern stehe ich dieser Initiative auch positiv gegenüber, mit der man hier Transparenz für den Konsumenten schafft.

Auf der anderen Seite lässt sich natürlich auch trefflich darüber streiten, wie sehr man in diesen Markt eingreifen soll, denn eine Marktregulierung bedeutet auch immer, dass ich natürlich den Markt in einer gewissen Art und Weise in eine Richtung bewege. Es ist also schon auch ein massiver Eingriff in die unternehmerische Freiheit und ein erheblicher Bürokratieaufwand, bezüglich dessen noch zu bewerten bleibt, ob er sich auch wirklich lohnt.

Antonio López-Istúriz White (PPE). – Señor presidente, quiero sobre todo darle la enhorabuena a Lucy Anderson, porque siempre que hace un informe lo hace muy bien y ha sido un placer, como siempre, trabajar con ella.

Desde el Grupo del Partido Popular Europeo hemos querido defender, como siempre lo hemos hecho en todos los informes, a las pequeñas y medianas empresas y a los consumidores. Los consumidores tendrán precios más transparentes, podrán comprar a los proveedores y elegir los servicios estando mejor informados.

Además, este Reglamento no solo se aplica a los operadores tradicionales —los correos postales—. Hemos querido asegurar que las empresas emergentes, es decir, las nuevas plataformas de comercio electrónico, tuvieran que informar de sus tarifas. Hemos defendido que, a día de hoy, dado que los bienes adquiridos en línea llegan a los consumidores a través de numerosos agentes, hay que incluirlos a todos a la hora de dar información.

No obstante, para evitar que los pequeños operadores locales se vean desbordados de carga administra, se han excluido aquellas empresas que tengan menos de 50 trabajadores. Solo espero que eso no conlleve que los nuevos modelos de negocio con fuerte irrupción en el mercado, como Amazon, queden exentos de facilitar información.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, con l'accordo raggiunto in trilogia, le imprese di trasporto dovranno finalmente fornire alle rispettive autorità di regolamentazione una serie di dati per consentire valutazioni oggettive e individuare carenze di mercato. Allo stato, purtroppo, le autorità di regolamentazione di molti paesi non hanno accesso a tali dati, il che ostacola il monitoraggio della concorrenza nei mercati per la consegna dei pacchi.

A seguito di questo accordo, i servizi di consegna transfrontaliera dei pacchi nell'Unione europea saranno più trasparenti e meglio controllati. Una maggiore trasparenza dei prezzi e una sorveglianza più efficace contribuiranno ad aumentare l'efficienza del mercato e a determinare una riduzione delle tariffe, che fino ad oggi non sempre erano pienamente giustificate. La maggiore trasparenza favorirà sicuramente prezzi più bassi per i cittadini, in particolare coloro che vivono nelle zone rurali, e potrà consentire possibilità di sviluppo alle piccole e medie imprese che, come è noto, dispongono di potere negoziale limitato.

Questo regolamento mette ordine in un settore importante ed è fondamentale per lo sviluppo dell'e-commerce. Importante è infine la previsione di criteri di accessibilità economica nel quadro dell'obbligo di servizio universale.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, four billion parcels that are ordered online across the EU each year, and this has the potential to grow much more. 44% of EU consumers buy online, but only 15% order online in another country. Why? Because of concerns about delivery, including the high delivery tariffs. A fully functional digital single market could bring the range of around EUR 415 billion to European economy.

This regulation is very important, because it brings efficiency to the sector, transparency of tariffs and terminal rates, and affordable prices. It will make markets work more effectively by making regulatory oversight of the parcels market more effective and consistent. Delivery operators will have to provide national regulatory authorities with appropriate data and transport of tariffs. This will all help consumer confidence, which will help the market to grow. That will help everybody, and we will complete the digital single market.

Procedura «catch-the-eye»

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, νομίζω ότι ο κανονισμός αντιμετωπίζει ορισμένα από τα ζητήματα τα οποία υπάρχουν, διότι η διασυνοριακή παράδοση των εμπορευμάτων πάσχει επειδή είναι πανάκριβη, και είναι πανάκριβη διότι έχουμε μία κατάχρηση της δεσπόζουσας θέσης των ιδιωτικών μονοπωλιακών επιχειρήσεων, οι οποίες στην ουσία έχουν καταλάβει το χώρο. Μετά την απελευθέρωση στον τομέα των ταχυδρομικών υπηρεσιών, αυτό που είδαμε ήταν να αναπτύσσονται πολλές ιδιωτικές επιχειρήσεις και, ενώ ο τομέας αυτός είναι μια καθολική υπηρεσία, επί της ουσίας οι ιδιωτικές αυτές επιχειρήσεις επιβάλλουν αυξημένες τιμές, με αποτέλεσμα να έχουμε μία δυσμενή μεταχείριση και των καταναλωτών και των μικρομεσαίων επιχειρήσεων.

Επειδή λοιπόν πρόκειται για καθολική υπηρεσία, είναι προφανές ότι οι αρμόδιες ρυθμιστικές αρχές πρέπει να παρέμβουν, για να μπορέσουμε να έχουμε χαμηλές τιμές στη διασυνοριακή παράδοση των εμπορευμάτων.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, esta discussão enquadra-se nas políticas de assalto ao serviço postal universal como serviço público, que a União Europeia, há décadas, promove. Valoriza-se a privatização e a fragmentação do serviço e elimina-se qualquer referência a serviço público. Legitima-se a desregulação e a precariedade laboral, criam-se as condições para facilitar fenómenos de concentração de serviços, por um lado, e a degradação e o aumento do custo do serviço ao utente.

As consequências das vossas políticas estão, aliás, bem patentes no processo de degradação do serviço postal universal em Portugal, bem expressa pela realidade dos CTT e evidenciada nos últimos meses.

A empresa privatizada distribui lucros milionários, desvirtua o objeto principal da sua atividade, promove o encerramento de balcões – mais de vinte –, tendo anunciado o despedimento de oitocentos trabalhadores. Encareceu o serviço, degradou a resposta, nomeadamente nas localidades de menor dimensão ou mais isoladas.

Aproveitamos, por isso, para saudar a luta dos trabalhadores dos CTT na defesa da empresa e da revogação da sua privatização, retomando o serviço postal público e universal de qualidade que sempre prestaram.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Andrus Ansip, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would again like to thank Parliament for its work on this regulation, which is part of our efforts to improve cross-border parcel delivery in the European Union. The Commission is following closely and welcomes steps to improve interoperability between national networks, as well as the development of technical standards by the European Committee for Standardisation.

We are also monitoring progress on the commitments made by European universal service providers to introduce new services, such as cross-border track-and-trace and common labels.

Terminal rates are negotiated in the Universal Postal Union, where the European Union is an observer. New rules apply from the beginning of this year and are already lower for China. We are aware of the issue, but it must be agreed among 192 members.

It is essential that we support all these developments by removing obstacles and aligning rules across Europe. This is the aim of the Digital Single Market strategy where we plan to conclude all pending legislative initiatives by the end of this year.

Lucy Anderson, *rapporteur*. – Mr President, I listened with great interest to all the contributions to that debate. You could tell, particularly from the contributions from colleagues from the Committee on the Internal Market and Consumer Protection and the Committee on Transport and Tourism, that it was very much a team effort. Thank you very much to everyone for their kind comments.

It is absolutely right – and the Commissioner put this well – that this is an important step for eCommerce and for the digital single market. I absolutely agree with that and also that this regulation will go some way towards dealing with the issues around pricing. It also fits in very well with the geo-blocking regulation. In terms of price transparency, we still have some way to go. I welcome the comments from Mr Telička about small retailers and making sure this regulation works for them too.

On the point about Chinese companies and tariffs, part of that has to do with issues regarding the universal postal union rules. I do not think that point was answered by the Commission, but we should go back to it. In terms of privatisation and the impact of privatisation, I do agree in principle with the colleague from the GUE/NGL Group, Mr Pimenta Lopes. That is why I made the point at the beginning on Article 14 and the importance of services of general economic interest. We must not trample over the services and workforces that are of key importance for the functioning of the European Union and for our social cohesion. I hope that we can continue to work on this agenda together.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà domani, martedì 13 marzo 2018.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I would like to congratulate the rapporteur on achieving a consensus on this important issue. Some aspects of it were controversial but she was able to build broad consensus. The cost of sending parcels across Europe can vary massively. Even posting the same parcel on the same journey in opposite directions can cost very different amounts to the customer. In order to better understand this market and monitor its proper functioning, the provision of information on tariffs, company structures and staffing are essential. In turn, this gives consumers more transparency and choice. There is still much work to do to improve the functioning of the single market – a market that we in Wales would very much like to remain a member of.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Desde há décadas que a União Europeia vem promovendo o assalto ao serviço postal universal como serviço público, defendendo – e impondo – a sua liberalização e privatização. Esta discussão insere-se neste contexto e os termos adoptados são elucidativos quanto aos objectivos subjacentes ao relatório. Valoriza-se a privatização e a fragmentação do serviço e elimina-se qualquer referência a serviço público. Legitima-se a desregulação e a precariedade laboral. Cria-se as condições para facilitar fenómenos de concentração de serviços, por um lado, e a degradação e aumento de custos do serviço ao utente, por outro lado. Uma história bem conhecida. As consequências destas políticas estão bem patentes no processo de degradação do serviço postal universal em Portugal, olhe-se à realidade dos CTT evidenciada nos últimos meses. A empresa privatizada distribui lucros milionários, desvirtua o objecto principal da sua actividade, promove o encerramento de balcões – mais de 20 - tendo anunciado o despedimento de 800 trabalhadores. Encareceu o serviço, degradou a resposta, nomeadamente nas localidades de menor dimensão ou mais isoladas. Aproveitamos por isso para saudar a luta dos trabalhadores dos CTT, na defesa da empresa e da reversão da sua privatização, retomando o serviço postal público e universal de qualidade que sempre prestaram.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Obecne opłaty za usługi międzynarodowego doręczania paczek pobierane przez operatorów świadczących usługę powszechną są nawet do pięciu razy wyższe niż opłaty za przesyłki krajowe. Ceny za dostawę przesyłek transgranicznych mogą się znacznie różnić i bywają umowne oraz mylące. Parlament Europejski pragnie, by wszyscy obywatele wiedzieli, za co płacą. Dlatego wprowadzamy przepisy mające na celu zwiększenie przejrzystości usług świadczonych przez operatorów przesyłek oraz pobieranych przez nich opłat. Nowe zasady wpłyną na poprawę transgranicznych usług doręczania paczek dzięki większej przejrzystości stawek oraz rozszerzeniu uprawnień do nadzorowania rynku przysługujących organom regulacyjnym. Nowe przepisy ułatwią konsumentom i przedsiębiorcom sprawdzenie, która firma przesyłkowa proponuje najkorzystniejsze ceny. Zachęci to konsumentów do korzystania z szerszej oferty produktów i do częstszych zakupów w internecie. Większe możliwości zyskają także sprzedawcy detaliczni, którzy do tej pory nie mieli wystarczającej siły przebicia, by negocjować lepsze stawki.

Ева Майдел (PPE), *в писмена форма*. – Отключването на потенциала на дигиталната търговия минава през намирането на работещи решения за физическата доставка на колетни пратки в целия ЕС. На практика този регламент е едно от условията за завършване на единния дигитален пазар в ЕС. Ако желаем малките и средните предприятия да се възползват от възможността да работят с клиенти в цяла Европа, нужно е да осигурим прозрачност при образуването на цените на доставките, ясна възможност за избор на доставчици на международни пратки и повече иновации и в сектора.

Териториалното и икономическо сближаване в ЕС също е пряко зависимо от услугите от общ икономически интерес, като доставката на пратки. Повече конкуренция при доставките ще даде възможности на бизнеса и клиентите от по-отдалечени региони на ЕС да получат качествена услуга при намалени разходи. Потребителите и бизнесът често не са информирани, че съществуват различни варианти за доставка. Улесняването на достъпа до тази информация и инструменти за нагледно сравняване на цените са следователно ключови.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Sve većim rastom sektora dostave paketa javlja se potreba za transparentnošću cijena usluga.

Veća transparentnost omogućila bi potrošačima uvid u cijene usluga i odabir najpovoljnije opcije, a pružateljima usluga bi omogućila uspoređivanje s ostalim konkurentima te bi došlo do pravednog tržišnog natjecanja. Pristupačnost informacija o cijenama usluga dostave trebala bi dovesti do povećanja povjerenja građana u prekograničnu dostavu.

Također, pristupačnost informacija spada u prava potrošača koja moraju biti zajamčena. Ovom odlukom će se povećati i pristup ruralnih područja, koja dosad nisu imala veliki i isplativ izbor usluga, online trgovini. Hrvatski građani, kao i mala i srednja poduzeća, imat će direktnu korist od poboljšanja usluge prekogranične dostave paketa jer se smanjuju naknade za prekograničnu dostavu. To će imati izravan pozitivan učinak na konačnu cijenu proizvoda, a u isto vrijeme se poboljšava i kvaliteta dostave.

Cijene dostave će se izražavati i objavljivati transparentnije kako bi se spriječile moguće malverzacije. Na taj se način teži stvaranju jedinstvenog digitalnog tržišta prilagođenog potrošačima, među kojima su i građani Republike Hrvatske.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Dostava paketov je konkurenčno, inovativno in hitro rastoče področje znotraj sektorja. V EU vsako leto preko spleta naročimo in dostavimo okoli štiri milijarde paketov.

Kar 44 % potrošnikov v EU kupuje znotraj lastne države, veliko manj, zgolj 15 %, pa nakupuje v drugi državi članici. Pri tem potrošniki in mala podjetja v EU izpostavljajo pomisleke predvsem, ko gre za čezmejno dostavo blaga ter razmeroma visoke poštno stroške, kar seveda veča končno ceno. Študije so namreč pokazale, da so cene čezmejnih paketov v povprečju trikrat do štirikrat višje kot domače cene.

Približno 40 % cen čezmejnih paketov ni mogoče razložiti z gospodarskimi dejavniki, kot so stroški dela. Visoke cene dostave in vračila pa so najpogostejše področje kritik, ki jo pri čezmejnem nakupovanju prek spleta izražajo potrošniki. Visoke cene dostave so tudi ovira za e-trgovce na drobno, ki prodajajo prek spleta. Bolj kot na večja podjetja vplivajo na mala in srednja.

Učinkovite rešitve za dostavo so ključnega pomena za podjetja in najpomembnejše za tiste, ki delujejo ali pošiljajo na obmejni območja. Pravni okvir, ki ustvarja preglednejši, cenovno ugodnejši in zanesljiv servis za dostavo paketov, ima potencial za povečanje spletnih nakupov blaga. Direktiva o dostavi paketov ponuja dober primer razširitve okvirjev za trgovino z malimi in srednjimi podjetji, zato take ukrepe podpiram.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie.* – Na rynku pocztowym w UE występują dynamiczne zmiany. Z jednej strony, zmniejsza się skala i wartość tradycyjnych usług pocztowych, a rośnie rynek przesyłek kurierskich sięgający już 47 proc. wartości ogółu usług pocztowych w UE. Z drugiej strony, stopniowo wzrasta liczba przesyłek międzynarodowych, tak że stanowią one już 11 proc. ogólnej wartości usług pocztowych w UE. Proponowane zmiany zakładają zatem słuszenie pogodzenie liberalizacji rynku europejskich usług pocztowych z zagwarantowaniem powszechnej dostępności do przesyłek. Chcę silnie podkreślić, że proponowane rozwiązania nie mogą się skupiać wyłącznie na otwieraniu rynku dla wszystkich podmiotów, gdyż mogą się one kierować tylko kryterium zysku. Równie ważnym kryterium musi być dostępność usług i zapewnienie ich rozsądnych cen.

18. Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr und Führerschein (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Peter Lundgren, a nome della commissione per i trasporti e il turismo, sulla proposta di direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio che modifica la direttiva 2003/59/CE sulla qualificazione iniziale e formazione periodica dei conducenti di taluni veicoli stradali adibiti al trasporto di merci o passeggeri e la direttiva 2006/126/CE concernente la patente di guida (COM(2017)0047 - C8-0025/2017 - 2017/0015(COD)) (A8-0321/2017).

Peter Lundgren, *föredragande.* – Herr talman! Anledningen till att jag tog på mig det här betänkandet var egentligen för att rädda den svenska utbildningsmodellen. Vi har våra transportgymnasier, där svenska elever får ta körkort, lära sig att köra lastbil och lära sig grunderna. När man fått körkortet går man ut på ett etablerat åkeri för att i vardagsarbetet följa med och lära sig hur det fungerar att vara chaufför. Det är det snabbaste sättet att lära sig yrket.

Det fanns då ett förslag från kommissionen att man inte skulle få lov att göra på detta sätt i yrkesmässiga transporter. Anledningen till det var väl att man trodde att det skulle bli en form av lönedumpning där oerfarna chaufförer skulle köra billigare. Så är dock inte fallet i den här utbildningsmodellen, utan här har man en erfaren och rutinerad chaufför som handledare som sitter vid sidan om och är med eleven hela dagarna. På så sätt får eleven också väldigt snabbt insikt i hur det fungerar att jobba som chaufför.

En annan sak som jag är väldigt glad för att jag fick igenom är det vi kallar eldrivna distributionsbilar. Det är alltså mindre lastbilar på 3,5 ton som i framtiden kommer att vara tillåtna att köra med B-körkort och en totalvikt på upp till 4 250 kg. Som jag ser det var det nödvändigt att göra detta, eftersom när man ersätter bensin- eller dieselmotorerna med en elmotor och ett förhållandevis tungt batteri så har man ingen lastkapacitet kvar på dessa bilar. Nu har vi ordnat detta genom att man tillåter B-körkort upp till 4 250 kg.

Jag lade också fram ett förslag om extrema väderförhållanden, vilket det som chaufför är ganska viktigt att ha kunskap om. Jag har själv, som många vet, en bakgrund inom transportbranschen och vet hur ett besvärligt vinterväglag kan se ut. I Norge till exempel har man stora bekymmer. Det är väldigt speciella förhållanden. Det finns ett lagkrav på att man har med sig snökedjor på lastbilen. Det finns dock inget krav på att man ska veta hur man monterar snökedjorna på lastbilen. Då hjälper det ju inte mycket om man har utrustningen med sig men inte har kunskapen om hur man använder den. Det har vi alltså också fått in i det nya, uppdaterade förslaget.

Jag är också glad över att vi fick med ett förslag om att börja arbetet med att inrätta ett EU-register för att hjälpa polisen att få ett verktyg för att kunna upptäcka falska körkort. Det har blivit allt vanligare att nationella poliser i olika medlemsländer stoppar bilar och snabbt kan konstatera att det är ett förfalskat körkort. Detta är ett stort problem. Man kan via internet logga in och beställa egentligen vilken behörighet man vill ha, och till en kostnad av mellan 300 och 400 euro får man ett par veckor senare att körkort hem i brevlådan som är ganska omöjligt för en polispatrull att vid en vägkontroll kunna avgöra huruvida det är falskt eller inte. Får vi ordning på denna databas har vi gett de nationella polismyndigheterna ett verktyg för att kunna upptäcka de falska körkort och på det viset skapa högre säkerhet också på våra vägar.

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, the Commission very much welcomes the agreement reached on this proposal in December here in Strasbourg. I want to thank Parliament, particularly the rapporteur, Mr Lundgren, and the Committee on Transport and Tourism as well as the Council for their constructive and positive approach that allowed reaching a compromise so quickly.

I am particularly pleased that in the negotiations all sides followed the rationale and the key objective of the Commission's proposal, primarily to strengthen the safety on our roads. We should always keep in mind, why we are doing all this. Every year, too many families have to deal with the terrible effects of the severe injuries inflicted to a quarter of a million people because of traffic accidents. Even worse, every year more than 25 000 people die on EU roads. That is a bus load every day.

The Commission is strongly engaged with the Member States and also with you, in the Parliament, to turn this situation around and stop this silent killer on our roads. This piece of legislation will be another important element in the reinvigorated road safety framework we are putting in place. We all agree that it is imperative that we have a high level of standards and requirements when it comes to professional qualifications of those that drive heavy goods vehicles (HGVs). The impact of those crashes are very severe. Our rules are already good, but they certainly will be further improved. The agreement we have reached on this proposal certainly brings these necessary changes that will make the regime even more effective.

In brief, we are satisfied that in the future our system for professional qualifications will bring the following four key benefits: first, training of professional drivers will have a much stronger road safety dimension to it, with a particular emphasis on how to take care of vulnerable road users; second, the mutual recognition of training across the EU is facilitated for the benefit of drivers and companies; third, the content and organisation of the training will be updated to take into account the ongoing technological developments and new realities such as distraction; and fourth, I also welcome the electronic exchange of information, which will facilitate the mobility of drivers and the enforcement of the training obligations.

Congratulations on arriving at such a good compromise and I look forward to a positive vote in the Plenary tomorrow.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Praktyczne umiejętności kierowców, ich wyobraźnia, a także szybka reakcja na potencjalne zagrożenia zwiększają bezpieczeństwo na drogach. I to był istotny cel, którym kierowaliśmy się podczas prac nad dyrektywą dotyczącą szkoleń kierowców zawodowych oraz praw jazdy. Chcę podziękować zarówno panu sprawozdawcy, jak i sprawozdawcom ceniom za poziom dyskusji i otwartość na argumenty, bo dzięki tej współpracy udało nam się przygotować dokument, który dostosowuje treści szkoleń nie tylko do potrzeb kierowców, ale również do zmieniających się rozwiązań technologicznych oraz nowych wyzwań i zagrożeń. Duży nacisk położyliśmy na praktyczne szkolenie wsparte zajęciami z wykorzystaniem technologii informacyjno-komunikacyjnych. Zwróciliśmy uwagę na ochronę środowiska poprzez umiejętność ekologicznego prowadzenia pojazdu oraz podniesienie świadomości zagrożenia, jakie niesie ze sobą używanie urządzeń elektronicznych podczas jazdy. Rozwiązaliśmy kwestię wzajemnej uznawalności kwalifikacji kierowców przez państwa członkowskie poprzez umieszczenie kodu 95 na dokumencie prawa jazdy lub karcie kwalifikacji kierowcy. Myślę, że ważną kwestią dla naszych wyborców stanowią wyłączenia z obowiązku szkoleń. Ale ostatecznie to państwa członkowskie będą decydowały, jakie podmioty i jaka odległość będą wyłączone z dyrektywy. Podsumowując, myślę, że wynegocjowany

tekst będzie miał pozytywny wpływ na jakość i poziom wykwalfikowania europejskich kierowców zawodowych

Maria Grapini, *în numele grupului S&D*. – Domnule președinte, doamnă comisar, în calitate de raportor al grupului S&D pentru modificarea celor două directive privind calificarea inițială și formarea periodică a conducătorilor auto și privind permisele de conducere, doresc să subliniez de la bun început buna colaborare cu raportorul, cu raportorii, dar și cu Comisia.

Știm bine că a fost un vot, dar am ajuns la trilog. După negocierile și votul din comisia TRAN a unor compromisuri care au calificat propunerea inițială a Comisiei Europene, la trilog Comisia a dat dovadă de înțelegere a propunerilor noastre și împreună am reușit să convingem și Consiliul, care la început nu era de acord cu punctul nostru de vedere. De aceea, doamnă comisar, vreau să vă mulțumesc pentru reprezentanții pe care i-ați trimis la negocierea noastră.

Formarea periodică a conducătorul auto este extrem de importantă, nu numai pentru siguranța transportului, dar și pentru un tratament egal pe piața muncii, pe piața internă a lucrătorilor; știm bine că există mobilitatea lucrătorilor.

Recunoașterea reciprocă a calificărilor este, de asemenea, importantă și, să nu uităm, că diminuează costurile, până la urmă, pentru companii, mai ales pentru companiile mici. Mă bucur că a fost acceptată și votată în comisia TRAN și în plen posibilitatea de a combina diferitele forme de cursuri și e-learning, dar și cursuri practice, pentru a avea siguranța transportului și, mai ales, am avut amendamente care au fost acceptate legate de instruirea privind transportul mărfurilor periculoase, transportul animalelor, transportul în condiții meteorologice nefavorabile.

Am ajuns la consens și în ceea ce privește exceptarea unor tipuri de transport și aici, eu personal, m-am gândit mai ales la cei care nu au activitate de bază transport și care lucrează în mediul rural.

Vreau să mulțumesc pentru înțelegere și cred că acest raport va aduce un plus pentru piața internă a transporturilor.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, ons verkeer moet veiliger. In 2016 verongelukten welgeteld 25 670 mensen op onze Europese wegen. Dat cijfer moet naar beneden en goed opgeleide chauffeurs kunnen daar zeker toe bijdragen.

In de eerste plaats moet de opleiding vakbekwaamheid worden aangepast aan de reële risico's van het verkeer. Praktijklessen op de weg moeten daarbij een essentiële rol blijven spelen. Geef daarbij aan de lidstaten de nodige flexibiliteit om de inhoud van die opleiding zelf te bepalen. Zij kunnen de behoeften van het lokale wegverkeer het best inschatten.

Er moet ook een einde komen aan het gesjoemel met valse opleidingen en certificaten. Een kwalijke praktijk die niet alleen nefaste gevolgen heeft voor de andere weggebruikers, maar ook voor de andere marktdeelnemers. Eerlijke transporteurs delven immers het onderspit tegen cowboys die alle regels aan hun laars lappen. Met standaardisering, bijkomende controles en een verbeterde gegevensuitwisseling moeten we die wantoestanden doeltreffend aanpakken. Vandaag geeft het Europees Parlement alvast een sterk signaal.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, señora comisaria, quiero agradecer al señor Lundgren su esfuerzo para llegar a un acuerdo y al resto de los ponentes alternativos el buen trabajo realizado.

Esta Directiva va a mejorar la formación de los profesionales de la conducción en el transporte profesional y acercarla a sus necesidades de hoy en un sector que está en profunda transformación gracias a la evolución de los vehículos, las carreteras y la normativa.

La incorporación de cuestiones como la conducción en condiciones meteorológicas extremas, la medioambientalmente eficiente o la que debe desarrollarse en zonas especialmente congestionadas añade, sin duda, seguridad a las carreteras. Además, aumenta la influencia de los conductores sobre la rentabilidad del servicio que prestan. Por último, va a contribuir a equiparar las condiciones de competencia en el mercado interior. Estos factores, combinados, mejorarán la posición social y laboral de estos profesionales en la cadena de valor del sector del transporte.

Nuestro objetivo principal durante las negociaciones ha sido, pues, facilitar los procesos de formación y reciclaje permanente mediante herramientas tecnológicas o procesos de formación en el vehículo. A la vez, queremos adelantarnos a las necesidades de un sector que vive ya una auténtica revolución de la mano de las nuevas tecnologías de la información y las comunicaciones y la aparición de nuevos vehículos con propulsores limpios y otras características de autonomía y de mantenimiento.

Finalmente, lamentamos no haber conseguido eliminar por completo las excepciones que van a sacar del ámbito de aplicación de esta Directiva a quienes realizan portes como parte de su propia actividad empresarial en el sector primario en trayectos inferiores a cincuenta kilómetros. La mayor parte de estos portes se realizan por carreteras secundarias y en estas vías confluyen condiciones, en general, peores que las de las redes principales, combinadas con la confianza que genera el hábito. Más formación, sin duda, añadiría seguridad vial en estas zonas que concentran más siniestros por la intensidad del tráfico.

Merja Kyllönen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, ensinnäkin kiitokset Peter Lundgrenille hyvästä yhteistyöstä samoin kuin kaikille varjokollegoille tässä tärkeässä asiassa. On hyvin arvokasta, että meillä on yhtenäiset EU:n laajuiset pelisäännöt kuljettajan ammatissa toimimiseen. Näitä yhteisiä pelisääntöjä on syytä tarkastella ja päivittää kaluston teknistä ja teknologista kehitystä vastaavaksi.

Pidän käsillä olevaa uudistusta merkityksellisenä erityisesti liikenneturvallisuuden sekä ympäristön kannalta. Liikenneturvallisuus vaatii meiltä päättäjiltä jatkuvaa työtä ja hereillä oloa. Jokainen onnettomuus, pahimmassa tapauksessa liikennekuolema, on liikaa. Siksi on erinomaisen tärkeää, että meillä on EU:n tasolla yhtenäiset toimintamallit ja pätevyysvaatimukset kuljettajan ammatissa toimimiseen. Näin pystytään varmistamaan turvalliset kuljetukset maasta toiseen riippumatta siitä, missä maassa kuljettaja on koulutuksensa saanut.

Teoriaopetuksen kohdalla olisin toivonut, että olisimme uskaltaneet mennä askelia eteenpäin. Olisin nähnyt fiksumpansa sen, että EU olisi hieman enemmän katsonut tulevaisuuteen sähköisten opintoympäristöjen, *e-learningin*, käytön suhteen. Erityisesti harvaan asutuilla alueilla, joissa on pitkät etäisyydet, sähköistä teoriaopetusta tulisi mielestäni voida jatkossa käyttää joustavammin ja laajemmin.

Jill Seymour, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I never thought I would see the day when I would stand in this Chamber and congratulate our rapporteur. Mr Lundgren has done an excellent job with this report and I thank him for all his hard work. When it comes to HGVs, I cannot think of any Member of this House better qualified for the task.

However, this does not depart from the fact that the CPC Driver Certificate of Professional Competence is a damaging piece of legislation. It has brought misery and hardship to countless drivers in the United Kingdom and across the continent of Europe and I have long campaigned against this unnecessary nonsense. Now that the European Commission has declared that it will not recognise British driving qualifications after Brexit, how short-sighted is that? This surely is an excellent opportunity for Her Majesty's Government to do the right thing and get shot of the CPC once and for all.

Ivica Tolić (PPE). – Gospodine predsjedniče, izvorna direktiva usvojena je s ciljem povećanja sigurnosti prometa na cestama i sigurnosti vozača, a dodatna svrha je unapređenje profesije vozača kako bi se pobudio interes mladih za to zanimanje. Pitanje je, međutim, koliko će predložena izmjena izvorne direktive zaista dati rezultat, a koliko će biti dodatno i nepotrebno kompliciranje odnosno nepotreban administrativni, financijski i vremenski teret vozačima, djelujući pritom upravo negativno na ostvarenje dodatne svrhe.

Ni izvješće o provedbi direktive iz 2012. niti *ex-post* procjena učinka iz 2014. godine ne navode da je kao posljedica primjene mjera došlo do povećanja sigurnosti cestovnog prometa ili do smanjenja broja prometnih nesreća. Dvojbeno je potreba za obučavanjem vozača u onome što rade svaki dan, stječući time praktično iskustvo. Sigurnost prometa na cestama zasigurno bi se unaprijedila poboljšanjem uvjeta rada vozača, višom kvalitetom vozila te boljim provjerama njihovih ispravnosti, o čemu već imamo propise.

Težnja za promicanjem zanimanja profesije svakako je osnovana, no njezina uspješnost ovisi više o uvjetima rada, radnom vremenu, plaćama, mobilnosti te se može ostvariti kroz te vidove regulacije prije nego dodatnim treninzima koji opterećuju vozače i potencijalno odvrćaju mlade od ulaska u profesiju.

Na kraju, smatram da je zaista nužno još jednom razmotriti da li je ova regulativa uopće potrebna, ostvaruje li ona svoju svrhu ili pak njezini nedostaci u vidu dodatnih tereta za vozače nadilaze njezine potencijalne prednosti.

Lucy Anderson (S&D). – Mr President, in a competitive EU market with continuing cross-border services development and a continuous shift towards a digital economy, transport companies often tend to offer more services, but without investing enough on their drivers' training and skills development or their working conditions. Now there is evidence that this has unfortunately caused more accidents involving trucks on EU roads.

The efficiency and safety of the road transport business rely heavily both on the quality of vehicles used and on the skills of the drivers employed by the transportation companies. It also relates to other aspects of the road package, which is why I have tabled separately an amendment to this directive in relation to hired vehicles as drivers need to be aware of the issues around that too. For this reason, the qualification and periodic training of drivers and the ability to verify these skills and enforce the legislation that regulates them across the EU must be regularly updated to match changes. Ensuring the highest possible safety standards is critical, which is why driver training must also focus on protecting vulnerable road users, such as pedestrians, cyclists and persons with limited mobility. In fact, we do need European-wide standards because we need to make sure that we are protecting workers and vulnerable road users across the piece.

Procedura «catch-the-eye»

Андрей Новаков (PPE). – Г-н Председател, когато гледам статистиката за жертвите и ранените по пътищата в Европа, вече не мисля, че това е проблем или катастрофа. Това е война и аз не мисля, че печелим тази война. В този ред на мисли обучението или професионалните шофьори е от изключителна важност и пряко засяга пътната безопасност на милиони хора в цяла Европа.

Считам, че час по-скоро трябва да предприемем действия и приветствам последното предложение на Европейската комisia в тази посока. Считам обаче, че не можем да си позволим да създаваме допълнителна бюрокрация, допълнителни изисквания или финансови тежести за сектора, който се оказва, че е част от гръбнака на европейската икономика и в него са засегнати и заети милиони граждани.

От друга страна трябва да решим няколко проблема: трябва да признаваме сертификатите за квалификация в отделните държави членки. Иначе те губят своя смисъл. От друга страна трябва да сме сигурни, че всеки шофьор, без значение от коя държава – членка на Европейския съюз, идва, покрива абсолютен минимум от изисквания и стандарти, умения и знания, така че да сме сигурни, че управлява безопасно повереното му моторно превозно средство.

PRÉSIDENCE: Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η ασφάλεια στους δρόμους είναι κάτι βεβαίως το πολύ σημαντικό. Έχουμε χιλιάδες δυστυχήματα και, όπως αναφέρθηκε, πάνω από 25.000 άτομα χάνουν τη ζωή τους στους ευρωπαϊκούς δρόμους. Υπάρχει όμως ένα σοβαρό θέμα, κυρία Bulc, που ήθελα να θέσω και είναι τα προσόντα που έχουν οι οδηγοί τρίτων χωρών. Έχουμε πάρα πολλά φορτηγά από την Τουρκία τα οποία κυκλοφορούν στην Ελλάδα και στις υπόλοιπες ευρωπαϊκές χώρες. Το ερώτημα είναι τι είδους κατάρτιση έχουν αυτοί οι οδηγοί και αν πράγματι γίνεται έλεγχος για τα διπλώματα ή έχουμε αρκετές περιπτώσεις όπου είναι διπλώματα-μαϊμού.

Και, τέλος, θέλω να σας ρωτήσω, κυρία Bulc: Εξεδόθη η απόφαση C 590/2016 του Ευρωπαϊκού Δικαστηρίου στις 8/2, η οποία επιβάλλει στην ελληνική κυβέρνηση να σταματήσει να επιτρέπει να πωλείται, μέσω των καταστημάτων αφορολογήτων, αφορολόγητο πετρέλαιο σε φορτηγά, κυρίως τουρκικά φορτηγά και φορτηγά τρίτων χωρών. Τι μέτρα θα λάβετε για να υποχρεωθεί η Ελλάδα να εφαρμόσει αυτή την απόφαση του Δικαστηρίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης C 590/2016, με ημερομηνία 8/2/2018;

(Fin des interventions à la demande)

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, thank you for this short but very rich debate. I would once again like to thank the co-legislators for their constructive approach and flexibility shown in reaching this agreement. I am convinced that the end result will contribute to that objective and that it will address the problems we had identified in our proposals. Let me stress here that these new rules will apply to all drivers operating on our roads, including the third countries.

This is another important contribution, a step forward towards our vision of zero fatalities and serious injuries on our roads, and I am glad that in May I will be able to present to you our more comprehensive Road Safety Package, which involves the policy orientations for the future, concrete proposals on the infrastructure safety and vehicle safety, as well as a list of other tangible actions that we are working on, including the communication on autonomous mobility.

Our next target, in terms of improving the conditions for professional drivers, is already well underway in the discussions on the Road Safety Package, and I look forward to carrying the positive spirit from the Certificate of Professional Competence (CPC) into the next negotiation, and I look forward, as I said before, to a positive vote in plenary tomorrow.

Peter Lundgren, *föredragande*. – Fru talman! Jag tror att vi har tagit flera viktiga steg mot en bättre utbildningsform, som förhoppningsvis också leder till en ökad säkerhet på våra vägar, när chaufförerna får den utbildning som är nödvändig för att kunna framföra fordonen på ett säkert vis.

Jag vill passa på att tacka alla mina skuggföredragande, som har varit väldigt bra att samarbeta med och som har haft mycket konstruktiva förslag. Jag vill också tacka kommissionen, som varit väldigt tillmötesgående och förstått de problem som jag har pekat på i betänkandet. Jag vill även rikta ett stort tack till det estländska ordförandeskapet, som också har varit väldigt konstruktivt i att hitta en lösning.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mardi 13 mars 2018.

Déclarations écrites (article 162)

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Bestehende Vorschriften für die Ausbildung von Berufskraftfahrern sind in der Richtlinie 2003/59/EG geregelt. Nachdem ein Evaluierungsbericht aus dem Jahr 2012 einige Mängel aufgezeigt hatte, schlug die Kommission einen Legislativvorschlag zur Änderung der Richtlinie vor. In dem Bericht wird angeraten, den Vorschlag der Kommission in mehrfacher Hinsicht zu ändern. Der Fokus liegt beispielsweise auf effizientem Fahren, um die Treibhausgasemissionen des Verkehrssektors zu senken (Ziel 20 % weniger Emissionen bis 2030 gegenüber 2008). Die Chancen, welche intelligente Verkehrssysteme bieten, um Emissionen zu reduzieren, die Unfallrate zu senken und einen wettbewerbsfähigen europäischen Verkehrssektor zu entwickeln, werden ebenfalls anerkannt.

Den Mitgliedstaaten sollten Möglichkeiten zur Harmonisierung ihrer Ausbildungspraktiken geboten werden. Eine solche Harmonisierung sollte jedoch sensible Bereiche wie das Führen von Fahrzeugen für die Beförderung gefährlicher Güter, schwerer Güter, Tiere usw. ausschließen. Führerscheinausweise sollten in der vorgeschriebenen Form ausgestellt werden, um die gegenseitige Anerkennung zu gewährleisten. Transportunternehmer sollten den Berichterstatlern zufolge die Quellen kennen, in denen sie Informationen über die vorgeschriebenen Gesetze der verschiedenen Mitgliedstaaten erhalten können, die sie betreffen. Periodisches Training mit einem Fokus auf Verkehrssicherheit ist erforderlich. Betont wird auch die Wichtigkeit eines Netzes nationaler Kooperationsdatenbanken zur Überprüfung der Gültigkeit von so genannten „Certificates of Professional Competence“ (CPC).

19. Europäische Strategie für kooperative intelligente Verkehrssysteme (kurze Darstellung)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle la brève présentation du rapport de István Ujhelyi sur la stratégie européenne relative aux systèmes de transport intelligents coopératifs (2017/2067(INI)) (A8-0036/2018).

István Ujhelyi, előadó. – Tisztelt Elnök Asszony! Kedves Kollégák! Igazán inspiráló olyan témában rapportórnek lenni ebben a házban, ami a közös jövőnkéről szól. Márpedig nincs területe az európai polgár vagy a hozzánk érkező vendégek mindennapjainak, amit ne érintene ez a mostani, az elmúlt egy évben általam gondozott és a shadow-rapportörök által rendkívül jól, összeszokott csapatként létrehozott jelentés, amely az egymással együttműködő intelligens közlekedési rendszerek európai stratégiájáról szól.

Már egy előző hozzászóló is megemlítette, hogy csak 2016-ban 25 670 európai veszítette életét autóbalesetben, 130 000-en sérültek meg. A balesetek megelőzésében, elkerülésében, az emberi élet megóvásában egy forradalmi változás lehet a most tárgyalandó és a Bizottság által hozzánk behozott téma. Ugyanígy a közlekedésszervezés hétköznapijainban, akár hogyha az elképesztő városi vagy autópályákon tapasztalható óriási dugókról, akár pedig a környezetszennyezésről beszélünk, ugyancsak forradalmi változás lehet az, ami az egymással kooperáló, intelligens közlekedési rendszerek európai stratégiájában megvalósulhat. És tegyük hozzá, hogy a hétköznapi életünket is jelentősen befolyásolhatja, javíthatja, akár a gépkocsi szervizeléséről, akár csak a legközelebbi étel, pizza, kávézó feltalálásáról beszélünk. Minden tehát, ami majd a jövőben a gépkocsik, mi mint utasok, a gépkocsikat használók és az út menti jelzőrendszerek összekapcsolásáról szól, és majd később elvezet az automata közlekedési, önvezető rendszerekhez, az ebben a stratégiában valahol benne van.

Kedves Kollégák, a fejlődés, a technológia fejlődése sokkal gyorsabb, mintsem azt mi eddig az Európai Unióban lekövetjük a magunk jogszabályaiban, stratégiáiban vagy éppen támogatási mechanizmusainban. Ezért is használom újból azt a szót, hogy ez egy forradalmi kérdés mindannyiunk számára, hogy az egymással kooperáló intelligens közlekedési rendszereket hogyan tudjuk bevezetni. Éves szinten 30 millió autó összekapcsolhatóságáról beszélünk itt, az Európai Unióban. El tudják képzelni, milyen elképesztő fejlődés, milyen forradalmi, technológiai újdonság lesz ez mindannyiunk életében?

De hadd említsek meg egy-két dolgot, amit majd, hogy ha valaki a jelentést elolvassa, elmélyül benne, akkor talán jobban megért, hogy nekünk közben azzal is foglalkozni kell, hogy Európában milyen elképesztő digitális szakadékok tátonganak egy-egy térségen belül is, nemhogy országok között. És ebben a jelentésben hosszan foglalkozunk azzal is, hogy a járművekben található adatokhoz kik és milyen módon férhetnek hozzá, hogy akkor, amikor kialakulnak az egymással kooperáló közlekedési rendszerek, akkor a mi adatállományunk, a mirőlunk szóló elképesztő mennyiségű adat kinek a kezében és milyen célból használható fel. Köszönöm szépen a kollégáknak a segítségét, akik a rapportörségemben, akár saját titkárságomon, akár pedig az egyéb frakciókban shadow-rapportörként közreműködtek. És azt kell Önöknek mondjam, hogy egy év alatt több mint 100 találkozót bonyolítottunk le, úgy érzem megvan az eredménye. Ha minden igaz, holnap nagy többségű támogatással el tudjuk fogadni ezt a jelentést és akkor a Bizottság folytathatja a munkáját. Köszönöm szépen, Elnök Asszony!

Interventions à la demande

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, digitalisaatio samoin kuin erityisesti nyt puheena olevat vuorovaikutteiset älykkäät liikennejärjestelmät tarjoavat todella hienoja mahdollisuuksia luoda jatkossa entistä turvallisempaa, tehokkaampaa, sujuvampaa ja puhtaampaa liikennettä. Haluan kiittää esittelijää erinomaisesta työstä samoin kuin muita varjoesittelijöitä hyvistä yhteistyöistä.

Nostan tästä mietinnöstä erityisesti esiin kaksi asiaa. Toinen koskee erilaisia teknologioita, joita meillä nyt on käsillä. Mielestäni on erittäin hyvä, että valitsimme tähän teknologianeutraalin lähestymistavan, koska meidän täytyy huomioida, että ajoneuvokanta uudistuu erittäin hitaasti ja että vielä pitkään tulemme olemaan tilanteessa, jolloin meillä on liikenteessä nykyisiä ajoneuvoja, verkottuneita ajoneuvoja ja mahdollisesti kokonaan itseohjautuvia ajoneuvoja ja näiden kaikkien pitää pystyä operoimaan liikenteessä turvallisesti. Eli meidän täytyy ottaa lähestymistapa, jossa kaikki teknologiat pystyvät toimimaan yhteen.

Toinen koskee pääsyä dataan. Tänä päivänä ajoneuvot keräävät erittäin paljon dataa, joka on arvokasta. Olen tyytyväinen, että päädyimme siihen, että komissiolta halutaan ehdotus tämän vuoden loppuun mennessä siitä, millä ehdoin tuota dataa pääsevät myös muut käyttämään ja luomaan näin innovaatioita.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il settore dei trasporti sta affrontando un profondo cambiamento, cui l'Unione europea deve essere in grado di dare risposte efficaci. I veicoli in uso nell'Unione europea sono per lo più vecchi, prodotti con tecnologie che non consentono l'applicazione delle tecniche più avanzate e del dialogo digitale.

Identiche osservazioni possiamo fare anche per gli attuali sistemi stradali, evidentemente non all'altezza. Le nuove tecnologie, di cui i sistemi di trasporto intelligenti cooperativi sono parte, richiedono un'armonizzazione della legislazione, finora confusa e con problematiche sempre nuove. È evidente il ritardo che la Commissione e le istituzioni europee fanno registrare: il sistema istituzionale, in sostanza, non riesce a tenere il passo della rivoluzione tecnologica, che procede a velocità molto più elevate.

C'è poi anche il problema dei costi: per l'introduzione dei servizi C-ITS, affinché cioè circa 30 milioni di automobilisti siano connessi, sono necessari circa tre miliardi di euro all'anno. È legittimo chiedersi: chi sosterrà i relativi costi? Ed è per questo che occorre coinvolgere maggiormente gli Stati membri. Occorre una condivisa ed efficace strategia europea. Cogliere questa sfida è un compito reale e urgente.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η έκθεση για την ευρωπαϊκή στρατηγική για τα συνεργατικά ευφυή συστήματα μεταφορών νομίζω ότι είναι ιδιαίτερα ενδιαφέρουσα, καθώς αντιμετωπίζει πλέον τις σύγχρονες τεχνολογικές προκλήσεις, οι οποίες βεβαίως εάν αξιοποιηθούν θα μπορούσαν να συνεισφέρουν για να έχουμε λιγότερη κυκλοφοριακή συμφόρηση, να έχουμε προστασία του περιβάλλοντος, να μη γίνεται μαζική ρύπανση, ιδίως από πλευράς φορτηγών.

Αυτό σημαίνει βέβαια ότι πρέπει να προχωρήσουμε σε μια στρατηγική σύμφωνα με την οποία η τεχνολογία θα πρέπει να είναι ουδέτερη. Θα πρέπει να δώσουμε τη δυνατότητα σε αυτούς οι οποίοι είναι ιδιοκτήτες φορτηγών και στις μικρομεσαίες επιχειρήσεις να εκσυγχρονίσουν τον μεταφορικό τους στόλο, αλλά αυτό σημαίνει κονδύλια, σημαίνει στήριξη, διότι, αν περάσουμε αυτόματα σε μία ρύθμιση όπου τα παλαιά οχήματα απλώς θα βγούνε σε αχρησία, αντιλαμβάνεστε ότι έτσι θα μείνουν πάρα πολλοί επαγγελματίες χωρίς δουλειά.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Vážené kolegyně, vážení kolegové, systematické utváření inteligentního dopravního systému, který umožní bezpečný, plynulý, ekonomicky vyvážený a k okolnímu prostředí šetrný pohyb osob a zboží představuje velkou výzvu pro dnešní společnost. Evropská unie se snaží jít v této věci příkladem, a to zejména mají-li být splněny mezinárodní závazky v oblasti klimatu a vnitřní cíle Evropské unie.

Jsem velmi ráda, že evropské globální družicové navigační systémy Galileo a Egnos, které nyní dosáhly tak vysoké úrovně technologické kapacity, mohou pomoci. Nesmíme navíc zapomínat, že 92 % silničních nehod je způsobeno lidským selháním a používání technologií CITS je důležité pro účinné fungování některých asistenčních systémů řidiče. Evropská strategie týkající se spolupracujících inteligentních dopravních systémů má obrovský potenciál, avšak ochrana soukromí a údajů musí být na prvním místě a musí být perfektně ošetřena.

Merja Kyllönen (GUE/NGL). – Madam President, thanks for the innovative work we have done together with this important issue. I think the biggest thing is that we are enabling things to happen. We are enabling legislation. We do not find problems, we find solutions: together, hearing what people are asking for, what their worries are, what kind of problems there are already, and what we need to share. We need to share info, and for that we need all the platforms where we can easily share information, and also where we can share the big data, which is very important with the ICT. When we can share good practice, then we can do good work for the customers and for the environment too, so let's find solutions with the enabling way.

(Fin des interventions à la demande)

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the Committee on Transport and Tourism (TRAN), and specifically the rapporteur Mr Ujhelyi, for taking the initiative of putting together this important report.

This report could not have come at a better time. This quick deployment of EU-wide interoperable cooperative intelligent transport systems, better known as C-ITS, is the first milestone towards cooperative, connected and autonomous mobility. And cooperative connected and autonomous mobility – and here is yet another abbreviation – CCAM as we call it, is one of the priorities of the third mobility package that is coming out on 2 May this year.

Let me pick up on a number of issues in the report that are of particular importance for our current and future work. The report stresses that the C-ITS communication approach needs to be technology-neutral, based on hybrid communication and interoperable. I couldn't agree more.

As I said in the beginning, rapid deployment is of the essence. The 'day-one' services should aim at hitting the mass market in 2019. We must, therefore, build on existing technologies and provide investment security to the early adapters.

New technologies such as 5G and satellite will become part of the hybrid communication mix as they become available. But if they are used to provide the same day-one services they must be deployed in a way that is compatible, otherwise the services wouldn't work properly any more, and, most importantly, we wouldn't reach our objective of making our transport system safer.

I am also very pleased that the report recognises the key coordination role of C-Roads in implementing the C-ITS strategy. Our cooperation with the Member States within C-Roads is indeed instrumental in ensuring that C-ITS services are harmonised across borders. I am therefore proud to announce that the C-Roads family is now expanding to 16 Member States and three third-party countries, including Australia.

Finally, I very much welcome the fact that the report mentions data protection and cyber security. Both are indeed required in order to make C-ITS reliable, safe and secure. This is why we intend to cover both areas in a delegated regulation based on the ITS Directive. I hope that we will be able to give you some more details on what to expect in the third mobility package, even if the adoption of the delegated regulation is only foreseen for the end of this year.

C-ITS has great potential for all of us, for all of our citizens in terms of road safety and traffic efficiency. I am very pleased to hear and read that this House agrees with me that this is an area calling for EU leadership. I therefore very much welcome the report and look forward to its adoption in plenary tomorrow.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mardi 13 mars 2018.

Déclarations écrites (article 162)

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. – Currently, we are experiencing an extremely fast-moving technical and digital revolution across all European economy sectors, especially in transport. For policymakers it proves to be a difficult task to keep up with the speed of this rapid development. Therefore, it is important that the EU institutions make substantial efforts to contribute to a common European-wide perspective for the transport sector. Traffic is one of the most significant challenges faced by rapidly growing cities: congested roads are a strain on the environment, the economy and the overall quality of life. For this reason, the EU should encourage and support more research and innovation projects, including the Cooperative Intelligent Transport System (C-ITS) to be able to deal with these problems. Most of all, we should also address the challenges for the C-ITS regarding the guarantee of fair competition in the transport sector and the application of high cybersecurity standards in preventing hacking and cyber-attacks. We should draw our attention to the fact that data protection and confidentiality must be taken into account throughout the processing of data. There is no doubt that the European Strategy on C-ITS is important for the future of the transport sector.

20. Strukturschwache Gebiete in der EU (kurze Darstellung)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle la brève présentation du rapport de Michela Giuffrida sur les régions en retard de développement dans l'Union européenne (2017/2208(INI)) (A8-0046//2018).

Michela Giuffrida, relatrice. – Signora Presidente, signora Commissario, onorevoli colleghi, vorrei innanzitutto ringraziare per il sostegno e per l'appoggio dimostratomi durante la stesura di questa relazione sulle regioni in ritardo di sviluppo nell'Unione europea. Una relazione che evidenzia le gravi ripercussioni della crisi economica e finanziaria che hanno danneggiato gravemente la crescita di queste regioni: sono 47 in otto Stati membri, dove vivono ben 83 milioni di persone.

La relazione rappresenta la continuità di un'iniziativa cruciale, avviata nel 2015 dal Commissario Crețu, che ha come obiettivo quello di portare ad una migliore comprensione della complessità delle sfide cui devono far fronte queste regioni, caratterizzate da debolezza strutturale interna che le rende, o almeno dovrebbe renderle, le maggiori beneficiarie della politica di coesione.

Il percorso che abbiamo intrapreso è stato arduo, in quanto le posizioni dei vari gruppi politici differivano ampiamente, ma credo siamo riusciti comunque ad approdare a un ottimo risultato, pur sacrificando alcuni passaggi in sede di negoziati, per contemperare ovviamente l'interesse di tutti. Siamo partiti dalla consapevolezza che il quadro macroeconomico ha un impatto significativo sulla crescita regionale e che gli squilibri della crisi attuale rischiano non solo di indebolire le economie, ma anche di vanificare lo spirito di solidarietà che caratterizza il contesto europeo e lo stesso principio della politica di coesione, che vedrebbe così minimizzati i suoi sforzi, soprattutto in queste regioni.

Abbiamo cercato di porre all'attenzione della Commissione una serie di buone pratiche, che puntino a favorire e ad incrementare la crescita in queste regioni, soprattutto per quanto riguarda la specificità territoriale. Questo rientra, a mio parere, nell'ambito della rivendicazione del nostro ruolo politico, e prefigura soluzioni diverse da quelle individuate dalla Commissione.

Se vogliamo essere utili, dunque, dobbiamo superare gli steccati ideologici in cui siamo a volte intrappolati, e per questo la relazione delinea tre punti per raggiungere questo equilibrio, un equilibrio che rischia di essere compromesso altrimenti tra politica ed economia, tra coesione e governance economica.

Il vero nodo che abbiamo cercato di sciogliere è la definizione del rapporto tra politica di coesione e politica economica europea, il principio della condizionalità macroeconomica che avalla simmetrie interne ed esterne tra varie regioni, e che dovrebbe essere riformato in un'ottica positiva e costruttiva per incentivare e stimolare le riforme, con l'obiettivo proprio di investire in quei territori che presentano le maggiori difficoltà strutturali.

Discutiamo il rapporto tra politica di coesione e semestre europeo, che dovrebbe fornire raccomandazioni specifiche per paese come stimolo alla crescita e non, al contrario, sotto forma di vincolo. Dobbiamo continuare a ribadire e ad evidenziare l'importanza che ricopre la politica di coesione, strumento essenziale per correggere squilibri di competitività, e che dovrebbe continuare ad elargire finanziamenti ambiziosi a beneficio di queste regioni, rappresentando una priorità per l'Unione europea.

In quest'ottica, gli Stati membri devono giocare un ruolo fondamentale, anche adottando strategie nazionali pensate ad hoc per la crescita di queste regioni penalizzate da carenze strutturali gravi. Come afferma la relazione, bisogna quindi continuare a investire in infrastrutture e in istruzione, ampliando e migliorando le relazioni tra imprese ed istituti di educazione. Le condizionalità dovrebbero essere incentrate, prima che sul rispetto dei parametri macroeconomici, sul rispetto dei valori fondamentali della convivenza e della solidarietà. Ciò è fondamentale per creare un effettivo valore aggiunto europeo per i cittadini grazie ad azioni volte a rafforzare la coesione economica, sociale e territoriale, che deve essere sempre il nostro obiettivo.

Nel ringraziarvi, e ancor prima del voto in plenaria, attendo le vostre osservazioni.

Interventions à la demande

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, οι υστερούσες περιφέρειες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όπως αυτές ορίζονται στη σχετική έκθεση της Κομισιόν, αποτελούν μια εξαιρετικά δύσκολη περίπτωση και χρειάζονται άμεσες πολιτικές πρωτοβουλίες. Προέρχονται από μια χώρα, την Ελλάδα, για την οποία, αν δείτε τον χάρτη της παρουσίας, θα καταλάβετε ότι όλες οι περιφέρειες περιλαμβάνονται σε αυτή την ειδική κατηγορία: χαμηλό εισόδημα, χαμηλή ανάπτυξη –και ο μόνος τρόπος να αντιμετωπιστούν αυτά τα προβλήματα είναι εξειδικευμένες στρατηγικές–, υψηλό κόστος δανεισμού, περιορισμένη πρόσβαση σε κεφάλαια για μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις, αδυναμία των περιφερειών αυτών να έχουν υψηλής κατάρτισης δυναμικό και ανθρώπινο κεφάλαιο και ανεργία.

Τι μπορούμε να κάνουμε; Μπορούμε να εντείνουμε την προσπάθεια στο πλαίσιο της έξυπνης εξειδίκευσης, να συνδυάσουμε τις εθνικές στρατηγικές με τις ειδικές στρατηγικές ανά περιφέρεια, να αναδείξουμε τα ανταγωνιστικά πλεονεκτήματα των περιοχών αυτών, να στηρίξουμε την επιχειρηματικότητα σε επίπεδο θεσμικού πλαισίου μέσω έξυπνων παραγωγικών, ακόμη και κρατικών ενισχύσεων, και κυρίως να αξιοποιήσουμε την πολιτική συνοχής. Μόνο έτσι θα σταματήσουμε τον αναπτυξιακό κατήφορο.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, gli squilibri macroeconomici causati dalla crisi rischiano di vanificare decenni di sforzi attuati con la politica di coesione, in particolare nelle regioni a bassa crescita e dove i livelli preoccupanti di debito pubblico e privato ne impediscono lo sviluppo. Nel difficile rapporto tra politica di coesione e politica economica europea, è necessario che la condizionalità macroeconomica, che dovrebbe vincolare i fondi di coesione al rispetto delle norme di governance economica europea, venga declinata esclusivamente in un'ottica positiva, al fine di incentivare e stimolare le riforme, con l'obiettivo di investire in territori che presentano maggiori difficoltà strutturali.

È sempre più evidente la necessità che gli Stati membri giochino un ruolo fondamentale per una migliore declinazione degli strumenti di politica di coesione, adottando, di concerto con la Commissione, strategie nazionali per la crescita delle *lagging regions*, penalizzate da carenze strutturali anche gravi, investendo massicciamente nelle infrastrutture, ma anche nell'istruzione, e sfruttando il potenziale delle attività tradizionali che contribuiscono a definire l'identità territoriale.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι παρεμβάσεις που πρέπει να γίνουν για τη στήριξη των περιφερειών οι οποίες υστερούν είναι συγκεκριμένες, τις γνωρίζουμε όλοι. Το θέμα είναι να υπάρξει πολιτική βούληση και φυσικά πόροι. Η Ελλάδα είναι μια χώρα της οποίας σχεδόν όλες οι περιφέρειες υστερούν. Έχουμε πάρα πολλά προβλήματα, τα οποία έχουν ενταθεί και λόγω της μνημονιακής πολιτικής.

Θέλω όμως, κυρία Crețu, να αναφερθώ σ' ένα ειδικό θέμα που αφορά τα νησιά Λέσβο, Χίο, Σάμο, Ικαρία και Λέρο, τα οποία έχουν πάρει, μέχρι το τέλος Ιουλίου του 2018, μια ρύθμιση για να διατηρήσουν χαμηλό φόρο προστιθέμενης αξίας. Είναι μια ρύθμιση που ίσχυε πάντα, και αυτά τα νησιά επελέγησαν να εξαιρεθούν, γιατί αντιμετωπίζουν τεράστια προβλήματα λόγω των μεταναστευτικών ροών. Το θέμα είναι όμως ότι πρέπει να συνεχιστεί αυτή η εξαίρεση για όλα τα νησιά του Αιγαίου, να έχουν δηλαδή χαμηλό φόρο προστιθέμενης αξίας, για να μπορέσουν να περάσουν στην ανάπτυξη. Είναι κάτι που πρέπει να εξετάσετε.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la relazione sulle regioni cosiddette in ritardo di sviluppo contiene diverse indicazioni positive, ma anche alcune criticità.

Positiva è la messa in evidenza della necessità di un approccio realmente solidale nell'ambito della sfida migratoria, in mancanza della quale il contributo di fondi di coesione, che già di per sé non dovrebbero essere destinati all'immigrazione, non sarà efficace. Positivo è sottolineare gli effetti estremamente negativi della crisi economica ed i relativi tagli imposti dal patto di stabilità, così come la proposta di valutare l'impatto che l'esclusione del cofinanziamento nazionale e regionale dei fondi strutturali dal calcolo del deficit avrebbe sugli investimenti pubblici.

Non possiamo però essere d'accordo con un'impostazione troppo timida e diversa dalla bozza iniziale sulle riforme strutturali. Non è possibile asserire che le riforme possono aiutare gli Stati membri e le regioni a raggiungere migliori risultati, se la Commissione prima non ne chiarisce lo scopo e la definizione. A causa dell'opposizione della maggioranza di altri gruppi, non vi è alcuna menzione sul pericolo della proposta della Commissione di usare la riserva di performance – 21 miliardi – per destinare queste risorse a privatizzazioni o a interventi di precarizzazione del mercato del lavoro.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η έκθεση για τις λεγόμενες υστερούσες περιφέρειες της Ευρωπαϊκής Ένωσης εμφανίζει μια εικονική πραγματικότητα διότι προβληματικών εξαιρέσεων –ανάμεσά τους και η Ελλάδα– σε μια ευημερούσα κατά τ' άλλα Ευρωπαϊκή Ένωση. Όμως το παραμύθι της λεγόμενης σύγκλισης, που για χρόνια προβάλλατε, έχει χρεοκοπήσει. Η πολιτική συνοχής σας είναι η ζούγκλα που ζουν ήδη οι εργαζόμενοι απ' άκρη σ' άκρη στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Είναι οι επιδοτήσεις, όλες ιδρώτας των εργατών, για τα κέρδη των επιχειρηματικών ομίλων, με προϋπόθεση τα σκληρά αντεργατικά μέτρα διαρκείας στο όνομα της ανάπτυξης.

Στην έκθεση προκλητικά θεωρείτε ως δυσκαμψία ακόμα και τις συλλογικές διαπραγματεύσεις, δηλαδή στοχοποιείτε ακόμα και την υποψία υπογραφής συλλογικής σύμβασης εργασίας. Κριτήριό σας το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο και το Σύμφωνο Σταθερότητας, τα μνημόνια διαρκείας της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των κυβερνήσεων, που προβλέπονται και μετά την τυπική έξοδο από τα μνημόνια. Στις 88 νέες θυσίες-προαπαιτούμενα της τέταρτης αξιολόγησης οι εργάτες στην Ελλάδα με τα συλλαλητήρια τους στις 20 του μήνα απαντούν και διεκδικούν συλλογικές συμβάσεις με αυξήσεις στους μισθούς και βελτίωση των συνθηκών δουλειάς.

Fernando Ruas (PPE). – Senhora Presidente, queria apenas sublinhar o esforço de compromisso da relatora e, muito concretamente, o facto de se ter aproximado das ideias defendidas pelo PPE no que respeita às políticas direccionadas para as regiões menos desenvolvidas e ao futuro do Semestre Europeu.

Assim, a relatora fez aprovar, em sede de Comissão REGI, um relatório bastante equilibrado e de longo alcance, mas, ao mesmo tempo, afirmativo, que expressa de uma forma bem clara a posição do Parlamento Europeu relativamente à estratégia para as regiões com menor crescimento ou com menores rendimentos da nossa União, ou seja, a regiões menos desenvolvidas.

Do conteúdo do relatório, e além da inclusão da proposta relativa à criação para o período pós-2020 de um sistema de incentivos positivos, destacaria mais duas das nossas propostas, que são a ideia da necessidade de um financiamento ambicioso sobre a política de coesão, em vez da expressão inicial «financiamento adequado», e a ideia de que deverão ser criados programas, estratégias e planos de ação específicos, ou seja, feitos à medida para estas regiões através da governação participativa e multinível, de forma a estimular com maior eficácia o emprego e o crescimento e o desenvolvimento sustentado das regiões.

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Doamnă președintă, în Uniunea Europeană există mari decalaje în ceea ce privește veniturile și oportunitățile regiunilor. Un număr de 47 de regiuni din 8 state membre au fost calificate fie regiuni cu creștere economică scăzută, fie regiuni cu venituri mici, ele fiind diferențiate de nivelul PIB-ului pe cap de locuitor.

În multe din aceste regiuni, agricultura rămâne un factor economic important și o sursă de venit esențială. De aceea, politica agricolă comună reprezintă un instrument de finanțare esențial pentru impulsionearea creșterii economice și are o contribuție importantă la stimularea creșterii durabile, la crearea de locuri de muncă, contribuind în același timp la conservarea spațiului rural și la combaterea depopulării zonelor rurale.

De asemenea, o importanță deosebită o au fondurile destinate dezvoltării rurale în stimularea competitivității acestor regiuni, prin intermediul unor proiecte personalizate și bazate pe abordări ascendente.

Prin urmare, consider importantă și binevenită contribuția grupurilor de acțiune locale în dezvoltarea strategiilor locale, sprijinirea colaborării în rețea a părților interesate și validarea și aprobarea proiectelor LEADER individuale.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisar, raportul de astăzi arată o realitate – avem, și e bine că recunoaștem, regiuni mai puțin dezvoltate. Avem chiar regiuni sărace, dacă ar fi să fim sinceri. Ce trebuie făcut?

Eu cred că raportul a arătat linii importante, pe care trebuie să le urmărim, dar cred că concluzia de astăzi, după dezbaterea raportului și sper și să fie votat, este că trebuie să păstrăm fondurile de coeziune și după anul 2020. Nu am ajuns să nu avem disparități în Uniunea Europeană, avem populație săracă, avem zone rurale unde venitul pe cap de locuitor este foarte mic. Responsabilitatea, evident, este foarte mare – a statelor membre, a responsabililor regionali și a administrației locale – însă, cred că, exemplul de bună practică, ceea ce faceți deja doamnă comisar trebuie să continue, pentru a putea să creăm aceleași condiții de viață în spațiul european.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, regije koje zaostaju ne trebaju milostinju niti žele biti paraziti koji će neplanski trošiti novac tuđih poreznih obveznika. Od onih razvijenijih prvenstveno trebaju znanje i najbolje prakse na temelju kojih će se samostalno razvijati u smjeru u kojem njihovi stanovnici žele.

Nužni infrastrukturni projekti kao temelj novog rasta mogu se financirati kroz kohezijsku politiku Unije i zato je jako važno da je sačuvamo u trenutnom obliku i iza 2020.

Ključna je preporuka u ovom izvješću ona o specijalizaciji strategija za pojedine regije jer se njihove potrebe i izazovi razlikuju. Univerzalna rješenja u pravilu ne daju dobre rezultate i drago mi je da smo to konačno prepoznali.

Ova je inicijativa zasad fokusirana na 47 regija u osam država, među kojima nema Hrvatske. Budući da se i neki dijelovi naše države suočavaju s rapidnim odlaskom mladih, padom prihoda i rastućim siromaštvom, tražim, gospođo Crețu, da ih se pri definiranju regija koje zaostaju na razini NUTS III uvrsti na ovu listu.

Момчил Неков (S&D). – Г-жо Председател, регионите с нисък растеж или ниски доходи не трябва да бъдат възприемани като бремене за държавите членки, нито за Европейския съюз. Напротив, политиката на сближаване има много важна роля в даването на точно тези региони и на техните граждани възможност да станат по-конкурентоспособни, по-просперират, от което ще спечелят всички. Поради тази причина силно вярвам, че политиката на сближаване трябва да се запази в сегашния формат и със сегашния бюджет в новата многогодишна финансова рамка.

В моята страна продължаваме да виждаме несправедливости и разширяваща се ножица между столицата и почти всички останали региони и градове. За целта е необходимо държавата да застане зад хората от тези региони, като стане гарант и стимулатор за нисколихвени кредити и инвестиции: инвестиции в цифрова инфраструктура, инвестиции в бъдещето и новите възможности. Няма да има Европа на две скорости, когато няма и държави на две скорости.

Daniel Buda (PPE). – Doamnă președintă, doamnă comisar, regiunile cu decalaje semnificative de dezvoltare și cele cu venituri reduse se confruntă cu provocări comune, respectiv rate de productivitate, de ocupare a forței de muncă și de frecvență a școlii mai scăzute decât în alte regiuni.

De asemenea, scăderea constantă a populației în mediul rural, cauzată în special de migrația tinerilor și a forței de muncă calificate către regiunile mai atractive, a generat în principal o lipsă acută de lucrători în sectorul agricol.

Consider că reducerea decalajelor existente implică măsuri de sprijin în vederea creșterii conectivității, creșterii accesului pe piețele de desfacere, asigurării serviciilor de bază în regiunile rurale, precum și a serviciilor de consiliere profesională și financiară. Totodată, trebuie elaborate politici concentrate pe atragerea tinerilor în agricultură, concomitent cu prioritarizarea investițiilor în infrastructura de bază.

Atrag însă atenția asupra consecințelor pe care Brexit-ul le poate avea asupra regiunilor rămase în urmă, deoarece posibilele tăieri ale finanțărilor vor avea efecte devastatoare din cauza vulnerabilităților cu care se confruntă aceste zone.

(Fin des interventions à la demande)

Corina Crețu, Member of the Commission. – Madam President, dear rapporteur Michela Giuffrida, first of all I would like to congratulate you as rapporteur, but also the Members of the Committee on Regional Development (REGI) for this initiative on this report. The discussion I heard here in Parliament is very meaningful to me. Firstly, because most of you know that lagging regions were one of my top priorities since I became Commissioner so I think it is very important to underline that in the Treaty we have this goal to fill the gaps to reduce disparities, and that is why we are creating these studies on lagging regions to see why so many regions are still stagnating despite the economic growth, despite the fact that we have lower unemployment. We still have regions which are not growing and we do not see results in creating jobs and growth.

I very much welcome the main finding of these reports. It favourably echoes what the Commission strives to underline in its own report on lagging regions and, after listening to the debate, I think overall we share the same views that the social and economic situation of these lagging regions is multi-faceted. It cannot be addressed through a one-size-fits-all policy. On the contrary, as you said here, it requires regionally-differentiated investments and policy responses.

This is why, as you know, in the analysis carried out, two groups of lagging regions were identified: low-income regions, mostly in the eastern periphery of the European Union, and low-growth regions in southern Europe. The pilot project we launched in parallel to complement the analytical strength, namely in test regions in Poland and in Romania, have allowed us to propose hands-on solutions to tackle structural bottlenecks. In Poland, the 'Catching Up' region initiative has helped, for example, to improve the conditions for starting a business, the management of financial instruments, or special planning practices. In Romania, tailor-made specialisation strategies and action plans were elaborated, as well as project pipelines in sectors like biomedicine or agro-food.

I have followed closely all the discussions REGI Committee on our report and on the results of the pilot project. I know that there was a heated debate on our recommendation to strengthen the link between European Structural and Investment Funds and the European Semester. I understand very well that some of you may think that we are demanding too much but, on the other hand, we all know that challenges in the quality of governance hinder the performance of public investments. So if we manage to ensure a link with the European Semester, which is more proportionate and more operational, I believe it will help foster the essential structural changes in the areas which have been targeted with our pilot actions, such as business environment, innovation ecosystems, vocational education or training.

This also means going towards a structural reform system based on incentives. For the next Multiannual Financial Framework we are reflecting on a mechanism which would provide positive incentives to the Member States. In the meantime, the work continues. The pilot actions tested in some regions, as I said, will be extended this year to other regions of both countries and in other countries. I fully agree with you that we need more cohesion than ever because, as I said, reducing disparities is our main goal.

To the idea that you raised, I do not need to underline once again my support for the equal development of all the regions. I fully agree that we are side by side with all the regions. We were with the island of Lesbos, with Madeira, after the earthquake in Italy, so we are with the Solidarity Fund wherever it is needed. You raised a point about EMU and taxes which is not under my responsibility, but I stand ready to come to Parliament every time to provide information on the outcome of the actions we have on the ground everywhere in Europe in all the 290 regions.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mardi 13 mars 2018.

Déclarations écrites (article 162)

Laurențiu Rebega (NI), în scris. – Consider că politica de coeziune trebuie să aibă un rol esențial în promovarea unei dezvoltări armonioase a întregii Uniuni, prin reducerea disparităților dintre nivelurile de dezvoltare ale diferitelor regiuni. Mare parte din teritoriul României se află printre cele 47 de regiuni rămase în urmă identificate în raportul Comisiei Europene. Pentru a asigura dezvoltarea acestor zone, este nevoie de măsuri și programe specifice, adaptate pentru fiecare regiune, care să țină seama de tendințele și disparitățile subregionale.

În acest sens, Comisia Europeană trebuie să renunțe la impunerea de condiționalități macroeconomice și de reforme structurale, iar PIB pe cap de locuitor trebuie să rămână în continuare principalul indicator pentru alocarea fondurilor în cadrul politicii de coeziune, în condițiile în care regiunile cu întârzieri în dezvoltare se confruntă deja cu dificultăți în ceea ce privește accesul la finanțare, precum și cu întârzieri birocratice și administrative care împiedică absorbția fondurilor UE.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Polityka spójności – realizowana za sprawą Europejskiego Funduszu Rozwoju Regionalnego, Europejskiego Funduszu Społecznego (EFS) i Funduszu Spójności – jest główną polityką Unii Europejskiej w dziedzinie inwestycji, wzrostu i rozwoju. Jej celem jest redukcja rozbieżności gospodarczych, społecznych i terytorialnych pomiędzy regionami Wspólnoty. Szczególnie ważny jest fakt, iż polityka spójności urzeczywistnia jedną z najbardziej fundamentalnych wartości Unii Europejskiej, czyli solidarność europejską. W przededniu rozpoczęcia negocjacji nt. kolejnych wieloletnich ram finansowych UE należy podkreślić z całą stanowczością, iż polityka spójności w dalszym ciągu powinna stanowić priorytet Unii i być odpowiednio wspierana przez ambitne finansowanie, nawet w świetle presji na budżet UE. Polityka spójności to główne narzędzie europejskiej polityki gospodarczej na rzecz inwes-

tycji publicznych i prywatnych uwzględniających terytorialną, społeczną i gospodarczą specyfikę regionów.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Cunoscut este faptul că există în UE regiuni cu întârziere în dezvoltare (adică „regiuni cu creștere economică scăzută” și „regiuni cu venituri scăzute”), datorită impactului negativ asupra creșterii economice la nivel regional al crizei economice și al celei financiare prelungite. Aceasta situație se manifestă chiar dacă politica de coeziune a contribuit cu aproximativ o treime din bugetul UE pentru a favoriza creșterea și ocuparea forței de muncă și a reduce disparitățile dintre regiunile UE.

În acest context, se impune o analiză a cofinanțării regionale și naționale din cadrul fondurilor structurale și de investiții europene (fondurile ESI), precum și a impactului acestora asupra deficitelor naționale. Regiunile cu întârziere în dezvoltare se caracterizează adesea prin lipsa reformelor structurale, stagnarea economică fiind cauzată de scăderea investițiilor publice și private.

De asemenea, suntem de acord cu faptul că aceste regiuni se confruntă adesea cu exodul tinerilor și al forței de muncă calificate, ambele fiind resurse necesare pentru revitalizarea economică și socială a zonelor respective, făcând ca aceste regiuni să devină și mai puțin atrăgătoare în ceea ce privește ocuparea forței de muncă și investițiile.

21. Rolle der Regionen und Städte in der EU bei der Umsetzung des auf der COP21 abgeschlossenen Pariser Klimaschutzübereinkommens (kurze Darstellung)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle la brève présentation du rapport de Ángela Vallina sur le rôle des régions et des villes de l'Union dans la mise en œuvre de l'accord de Paris de la COP 21 sur le changement climatique (2017/2006(INI)) (A8-0045/2018).

Ángela Vallina, ponente. – Señora presidenta, señora comisaria, el cambio climático es una evidencia incontestable y una realidad ya cotidiana. Y estamos siendo testigos de un aumento en las temperaturas extremas, los incendios forestales, las sequías, las inundaciones y las tormentas, así como también de la proliferación de especies exóticas invasoras y la pérdida de biodiversidad, y, por otro lado, de la competencia por el agua y la demanda de energía.

Las evidencias sobre la responsabilidad humana en el cambio climático están fuera de toda duda y tienen ya efectos medioambientales devastadores y elevados costes socioeconómicos, en especial sobre las poblaciones más vulnerables. El cambio climático también está acentuando las disparidades sociales en toda nuestra Unión. Algunos grupos sociales están más expuestos que otros debido a la mala salud, los bajos ingresos, la vivienda inadecuada, la falta de movilidad o por cuestiones de género, entre otros factores.

Pero la ciudadanía al completo está ya sufriendo graves problemas de salud debido a la contaminación, con cánceres, alergias, muertes prematuras, etc. Un verdadero drama social que además implica tremendos costes en sanidad. El dinero que no gastamos en invertir para corregir el problema se multiplica después en gasto sanitario. Por eso, el informe que presento deplora, en primer lugar, la retirada de los Estados Unidos del Acuerdo de París y presenta alternativas y respuestas desde la perspectiva del papel de las ciudades y los municipios en la lucha contra el cambio climático.

La Unión Europea tiene mucho trabajo por delante y contribuye —hay que decirlo— con un 9 % de las emisiones mundiales y sus ciudades generan el 75 % de ellas. Más del 70 % de los europeos y el 73 % de los empleos se encuentran en zonas urbanas. Las ciudades tienen una gran responsabilidad en el calentamiento global y a la vez constituyen un gran potencial para las soluciones.

Como no puede ser de otra manera, de verdad quiero agradecer el esfuerzo realizado por los demás eurodiputados y eurodiputadas, ponentes alternativos, llegando a un consenso mayoritario de todos los grupos políticos. Ha sido mucho el trabajo en equipo, en el que han participado varios expertos en la materia y en el que hemos recogido una demanda social importante: poner en la agenda política la lucha contra el cambio climático, una vez más y de manera contundente.

El informe puede constituir un verdadero referente político sobre cuál debe ser el papel de las regiones y ciudades europeas en el cambio climático. Pido también a todas y a todos los miembros de esta Cámara que mañana voten a favor y, por lo tanto, el Parlamento Europeo dé un paso importante en el tema del calentamiento global. Sería un verdadero y definitivo paso de verdad en la lucha contra el calentamiento.

No hay que olvidar que el Parlamento Europeo representa la voz de la ciudadanía, y en este informe subraya la urgencia y la extrema importancia de luchar contra el calentamiento global. Para ello es necesario que la Comisión Europea recoja y asuma las propuestas de este informe, aunque a veces yo, como española, tengo que lamentar profundamente que precisamente el comisario de Acción por el Clima y Energía, el señor Arias Cañete, sea conocido en mi país por las medidas contra las energías renovables practicadas en nuestro país. Ustedes lo saben bien: impuesto al sol, etc. Y, por si fuera poco, el Gobierno de España lleva años practicando una política de recortes de competencias y recursos económicos a las autoridades locales, limitando de forma inaceptable su capacidad de implementación de medidas contra el calentamiento global.

Es hora de que asumamos la responsabilidad política que nos ha sido encomendada por la ciudadanía. No nos quedemos en medias tintas. Tomemos medidas contundentes. Y por eso me gustaría que mañana este informe saliese adelante, y con esa enmienda importantísima que se ha presentado aparte.

Interventions à la demande

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, ως σκιώδης εισηγήτρια εκ μέρους του Ευρωπαϊκού Λαϊκού Κόμματος σε αυτή την έκθεση θα ήθελα να ευχαριστήσω την εισηγήτρια και να θυμίσω στο Σώμα ότι 359 εκατομμύρια Ευρωπαίοι πολίτες, σχεδόν το 72,5% του πληθυσμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης, μένουν σε πόλεις. Εκεί είναι ορατές οι επιπτώσεις της κλιματικής αλλαγής, τα ακραία καιρικά φαινόμενα, οι καταιγίδες, οι πλημμύρες, οι ξηρασίες, η διάβρωση του εδάφους. Στη χώρα μου, την Ελλάδα, είχαμε 23 νεκρούς πριν από λίγο καιρό, μετά από καταστροφικές πλημμύρες. Θα μπορούσε να είχε αποφευχθεί αυτή η καταστροφή, αν υπήρχε ο κατάλληλος σχεδιασμός και οι κατάλληλες υποδομές.

Είναι λοιπόν απαραίτητο να ακούσουμε την τοπική αυτοδιοίκηση, να ενθαρρύνουμε τις επενδύσεις στις πόλεις, στην ενεργειακή αποδοτικότητα, στην καινοτομία για καθαρές πηγές ενέργειας και στις ανανεώσιμες πηγές, αλλά και σε έργα υποδομής. Οφείλουμε, τώρα που μειώνονται οι πόροι, να προσπαθήσουμε να έχουμε τη χρήση των πρόσθετων χρηματοδοτικών εργαλείων από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Στρατηγικών Επενδύσεων, καθώς και από το Connecting Europe Facility αλλά και από το Horizon 2020.

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Doamnă președintă, în prezent, una dintre cele mai mari provocări cu care se confruntă umanitatea sub aspectele dezvoltării durabile, sănătății și economiei mondiale este procesul de încălzire globală. Fără implicarea tuturor actorilor la nivel local și regional, statele nu vor fi în măsură să-și îndeplinească angajamentele asumate prin COP 21.

Credibilitatea angajamentelor asumate de către părți va depinde de implicarea reală și fermă a orașelor și regiunilor, precum și a întreprinderilor și a investitorilor. În acest context, consider că Uniunea Europeană și statele membre trebuie să acorde o atenție sporită Convenției primarilor, menținând acest gen de cooperare pe termen lung, până în 2030 sau chiar 2050, pentru a stimula dinamica celor 6 500 de orașe și regiuni europene semnatare, care s-au angajat să îndeplinească obiectivele Uniunii Europene de reducere a emisiilor de gaze cu efect de seră pentru 2020 și chiar să le depășească.

Pe de altă parte, trebuie subliniat faptul că regiunile și orașele implicate în aplicarea COP 21 au nevoie de investiții hotărâte și inovatoare, care să se orienteze către proiecte durabile, mai ales în domeniul energiei ... (*oratorul a fost întrerupt de către președinte*)

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, ο ρόλος των περιφερειών και των πόλεων είναι ιδιαίτερα σημαντικός για να υλοποιηθεί η συμφωνία του Παρισιού, η COP 21 για την κλιματική αλλαγή, και φυσικά αυτό αφορά όλη την Ευρώπη, αφορά και την Ελλάδα, όπου δυστυχώς δεν υπάρχει συνεργασία ανάμεσα στην κεντρική διοίκηση και στην τοπική αυτοδιοίκηση και στις περιφέρειες. Είδαμε ότι είχαμε τεράστιες φυσικές καταστροφές πρόσφατα στη Μάνδρα, με 23 νεκρούς, και ακόμη μέχρι τώρα διαμαρτύρεται η τοπική αυτοδιοίκηση για να γίνουν τα περίφημα έργα. Αυτό ισχύει για όλη την Ελλάδα.

Το επιπλέον στοιχείο που πρέπει να λάβουμε σοβαρά υπόψη, και έχει σχέση πάλι με την Ελλάδα, είναι ότι έχει μπει σε μια διαδικασία, λόγω των μνημονιακών επιλογών, που περιλαμβάνει την ιδιωτικοποίηση και το ξεπούλημα της ΔΕΣΦΑ, της ΔΕΠΑ, των ΕΛΠΕ και κυρίως μονάδων της ΔΕΗ. Δεν μπορεί να υπάρξει μία πολιτική στήριξης του περιβάλλοντος όταν γίνονται αυτές οι μαζικές ιδιωτικοποιήσεις.

Julie Ward (S&D). – Madam President, implementing the COP 21 objectives must be a joint effort at all levels; therefore, cities and local authorities have a great role to play. In Greater Manchester – in my constituency – the Labour Mayor, Andy Burnham, is holding a Green Summit on 21 March, as part of an initiative to make Manchester the greenest city in Europe. Manchester vote to remain, by the way.

The Green Summit follows extensive stakeholder consultation and brings together environmental experts, interest groups, partner agencies, academics and local people to accelerate Greater Manchester's green ambitions.

Young people are absolutely key to tackling climate change, as proved by the Eco Group from St Christopher's High School in Accrington, also in my constituency. These informed, passionate and creative young people are the leaders of the future. They came to the European Parliament for Child Rights Day in November and met with Michel Barnier's Brexit team. They know that the UK cannot tackle climate change alone. The fight against climate change is a global challenge that we must keep fighting together with our European partners.

Tibor Szanyi (S&D). – Tisztelt Elnök Asszony! Valóban rendkívül fontos a régióknak, illetve a városoknak a szerepe a károsanyag-kibocsátásnak a megfékezésében és egyáltalán az éghajlatváltozással kapcsolatos küzdelemben. Ugyanakkor nem szabad elmennünk amellett a tény mellett, hogy bár az európai lakosság 75%-a városlakónak mondja magát, azonban ennél több, 44%-nyi ember kötődik így vagy úgy a mezőgazdasághoz. És ezért látnunk kell, hogy a mezőgazdaság önmagában, Európában is a legnagyobb egyedi szennyezéskibocsátó. Így gondolom, valamennyien megfontolhatjuk és megszívelhetjük az úgynevezett „okosfalvak” koncepciót, aminek a lényegét illetően, bizony a gondolat közepében, pontosan a környezetvédelem, illetve általában is a környezetünket megvédő, a precíziós mezőgazdaságot lehetővé tevő technikák.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisar, nu știu dacă așa s-a vrut să fie, dar raportul vine foarte bine după celălalt raport dezbătut. Rolul regiunilor și al orașelor în aplicarea acordului de la Paris nu poate fi contestat, așa cum nu putem să contestăm schimbările climatice. Cetățenii, până la urmă, suportă consecințele schimbărilor climatice. De aceea, cred că trebuie să se pună accent pe educația privind protecția mediului.

S-a vorbit aici, sigur, că este nevoie și au un rol important administrațiile locale și regiunile, dar eu cred că ar trebui, concret, să existe capete speciale de buget pentru educația cetățenilor. Pe de altă parte, sistemul de educație trebuie să cuprindă cunoștințe despre încălzirea globală, despre schimbările climatice. Fără o educație a cetățenilor, nu o să putem să ajungem la rezultate foarte bune.

Folosirea energiilor regenerabile este doar una dintre multiplele măsuri ce trebuie luate. Avem altele – împăduriri, interzicerea tăierii pădurilor sunt măsuri indispensabile. Apoi, inovarea și cercetarea sunt necesare pentru a avea tehnologii nepoluante. Iată de ce văd legătura cu dezvoltarea regiunilor mai sărace, pentru că acolo se întâmplă și încălcarea, posibila încălcare, a acordului de la Paris.

(Fin des interventions à la demande)

Corina Crețu, *Member of the Commission*. – Madam President, Madam rapporteur, honourable Members, on behalf of the Commission I would like to thank you all at the European Parliament for preparing this important report. When I say important, I mean mostly politically important, because it calls for further mobilisation in the battle against climate change and because it puts some national actors on the front line, of course alongside the Member States. This is, indeed, where regions and cities should be when it comes to finding solutions for climate change mitigation and adaptation. They have proved to be ambitious, forward-looking and innovative, so we need all of them on board. This is why the Commission welcomes Parliament's call to national governments to further support climate and energy initiatives at local and national level. It mirrors the efforts made at European level to ensure that low carbon and climate-resilient targets are well embedded in all our policies.

As a matter of fact, it seems these efforts have paid off. Climate mainstreaming: the target of at least 20% of the EU budget has helped us to deliver on the Paris Agreement and on our climate and energy objectives. For instance, in the 2014-2020 programming period, close to 25% of the European Structural and Investment Funds will be dedicated to climate-related actions such as energy efficiency, renewables and water retention measures. We take good note of your call for the next Multiannual Financial Framework to be even more ambitious in achieving the objectives of the Paris Agreement.

I can assure you, on behalf of the Commission, that we will do our utmost to ensure that projects financed by the EU budget are in line with these objectives. There will be no place for 'business as usual'. In the meantime, the Commission will continue to support cities and regions through the several ongoing initiatives. I have in mind, for example, the EU Covenant of Mayors, which has been contributing to our climate and energy objectives since 2008. Indeed, EU Covenant cities have already reduced their emissions by 23% and have pledged to reach –27% by the year 2020. I also have in mind the Urban Agenda for the European Union, which was mentioned here by Ms Spyraiki and other honourable Members of the European Parliament. As you may know, twelve partnerships have been put in place under the Urban Agenda, including on climate adaptation and energy transition. Here, cities, regions, Member States and the European institutions are currently working together on action plans to improve legislation, increase knowledge and use European funds more effectively in this area. I had the pleasure, for instance, Ms Ward, to meet the mayor of Manchester last week, and I was very impressed by his pro-European approach and by his active enthusiastic work, hand-in-hand, alongside other cities. Congratulations to all the cities. I think it is very important. He was present at another initiative we had last week on regions in transition, and Manchester was selected as one of these industrial transitions.

To conclude, I would like to mention that this year is the year of so-called Talanoa Dialogue. This word is from Fiji, describing an inclusive and open exchange, and, in preparation for the next UN Climate Conference (COP24), which will take place in Poland in December, local and regional authorities have this opportunity to share their successful policies and good practices through this Talanoa Dialogue. I encourage all stakeholders to use this platform, and I think it will be a valuable contribution to our collective work.

Thank you to Ms Vallina for this report and thank you for your views and for your attention.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mardi 13 mars 2018.

Déclarations écrites (article 162)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – Le città hanno una grandissima responsabilità in materia di riscaldamento globale e quindi possono potenzialmente giocare un ruolo di primo piano per combatterlo. Le innovazioni in materia di energia pulita e i progetti su piccola scala di energie rinnovabili sono fondamentali nel raggiungimento degli obiettivi dell'accordo COP 21 di Parigi. Ciò, insieme ad un trasporto pubblico locale realmente sostenibile e più in generale, ad una consapevolezza e ad una corretta e completa informazione della cittadinanza dell'importanza delle conseguenze del cambiamento climatico. La proposta richiama poi, ed è centrale, l'opportunità di considerare la riduzione delle emissioni di gas serra, i lavori di bonifica e le attività volte a rigenerare e decontaminare i siti industriali inquinati come elemento importante nella valutazione della *performance* dei Programmi Operativi previsti nell'ambito della politica di coesione.

22. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

La Présidente. – L'ordre du jour appelle les interventions d'une minute sur des questions politiques importantes (article 163 du règlement intérieur).

Pál Csáky (PPE). – Pani predsedajúca, ako občan Slovenskej republiky sa chcem vyjadriť k situácii na Slovensku. Chcel by som upriamiť Vašu pozornosť na skutočnosť, že občania Slovenskej republiky dnes majú vyššiu dôveru v inštitúcie Európskej únie ako v orgány Slovenskej republiky. Je to vážna kríza dôvery, predovšetkým k vláde Slovenskej republiky.

Pozor ale: po tom, čo sme poslali delegáciu poslancov Európskeho parlamentu na Slovensko, časť občanov Slovenska si myslí, že týmto krokom sme zobrali na seba aj spoluzodpovednosť za budúci vývoj v krajine. Základom udalostí je veľmi hlboká korupcia, aj korupcia v súvislosti s fondami Európskej únie. Chcem upozorniť na tento moment a požiadať zodpovedných za Európsku komisiu a OLAF, aby sa venovali dostatočne intenzívne tejto problematike.

Samozrejme, vražda novinára musí byť vyšetrená pod medzinárodným dohľadom, a to čím skôr.

Virginie Rozière (S&D). – Madame la Présidente, je voudrais attirer l'attention de mes collègues sur les événements prévus dans le cadre de l'article 17 du traité.

Cet article organise le dialogue, qui est censé être ouvert et transparent, entre nos institutions, d'une part, et les organisations confessionnelles, d'autre part, mais aussi les organisations philosophiques et non confessionnelles. Si j'insiste sur ces dernières, c'est parce qu'elles sont de plus en plus marginalisées au sein de notre Parlement. Je remarque avec inquiétude que les défenseurs de l'humanisme, de la libre pensée, de la liberté de conscience ne sont que très rarement invités à intervenir dans ces événements, alors que, dans le même temps, sont nombreux les rassemblements où on demande aux représentants des trois grands monothéismes de commenter la politique extérieure de l'Union.

C'est d'autant plus problématique qu'on sait que les religions sont parfois utilisées dans certains des États concernés pour opprimer, voire persécuter les populations. Je pense évidemment aux femmes, aux minorités sexuelles, mais aussi aux athées et aux apostats, qui peuvent risquer leur vie de ce simple fait. Nos valeurs de paix, de liberté, d'égalité, n'ont pas besoin du modèle de la foi pour être intégrées. Elles peuvent même parfois être combattues par les formes les plus extrêmes de toutes les religions.

C'est pourquoi je demande solennellement que ce Parlement cesse de privilégier les hiérarchies religieuses et s'attache à garantir la liberté de conscience de chacun.

Arne Gericke (ECR). – (*Beginn des Redebeitrags bei ausgeschaltetem Mikro*)... Wissen Sie was das ist? Das sind Jodtabletten. 45 Millionen Stück davon hat Belgien gekauft, damit sich die Bürger des Landes bei einem Atomunfall besser vor radioaktiver Strahlung schützen können. Reine Vorsichtsmaßnahme? Das bröckelnde Kernkraftwerk in Tihange spricht eine andere Sprache: fingerdicke Risse im Reaktor, immer mehr Störfälle, kaum Dialog mit den Nachbarstaaten, kein grenzübergreifendes Katastrophenschutzkonzept. Und da verordnet Belgien bloß Jod gegen den maroden Meiler. Mit Verlaub, diese Pillen sind ein Beruhigungsmittel für die Tonne.

Ich appelliere an die belgische Regierung, gemeinsam mit meinen Freien Wählern in NRW und Rheinland Pfalz, gemeinsam mit Millionen Bürgern im Dreiländereck: Schließen Sie Tihange, sofort! Ich appelliere an die Kommission: Machen Sie Druck auf die belgische Regierung, im Namen der Sicherheit! Ich appelliere an die deutsche Regierung: Schluss mit dem Schweigen! Aus für Tihange! Nochmal: Stoppen Sie Tihange jetzt, bevor es zu spät ist!

Thierry Cornillet (ALDE). – Madame la Présidente, le principe de listes transnationales aux prochaines élections européennes a été rejeté par notre Parlement.

C'est une occasion manquée de faire émerger un débat transnational qui aurait été disjoint de nos débats nationaux. C'est aussi une occasion manquée de mettre en avant un symbole, celui que l'Union est un tout et pas seulement l'addition des pays.

Nous pouvons ne pas en rester là. Profitons de ce que les citoyens européens vont être appelés en mai 2019 à choisir leurs représentants pour ajouter à cette élection une consultation populaire sur notre avenir commun. Cette consultation pourrait prendre la forme d'une question ou d'une proposition à réponse «oui» ou «non» et elle ferait l'objet d'un deuxième vote en même temps, le même jour, dans une deuxième urne qui y serait consacrée. Ainsi l'ensemble des citoyens européens pourraient être consultés et auraient à cœur, je crois, collectivement, de répondre à une question concernant leur avenir commun.

Je propose donc que notre Parlement soit à l'initiative et que le sujet de cette consultation ou de cette question soit discuté en premier lieu dans notre enceinte.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Senhora Presidente, a minha primeira intervenção como eurodeputada nesta parte do plenário é de apoio aos movimentos populares na defesa das pensões, da habitação, da saúde pública, da escola, da igualdade e da liberdade de expressão. Movimentos em defesa da democracia.

No caso da Galiza e do Estado espanhol, os movimentos populares surgem pela passividade e contra as reformas estruturais do Partido Popular, que visam nivelar por baixo as condições de vida presentes e futuras.

Sobre as pensões, sabe o que está a fazer o governo do Sr. Rajoy? Uma subida de miséria, mentindo, porque o gasto para manter o sistema é inferior ao gasto no conjunto da UE, pelo que se poderia incrementar o esforço, se houvesse vontade política. As diferenças entre homens e mulheres também são grandes e, no caso da Galiza, as pensões são as segundas mais baixas do Estado. E sabem qual é a resposta social? Uma revolução de avós que saíram às ruas exigindo pensões dignas.

Outro movimento é o da habitação, hoje aqui presente. A plataforma de afetados pelas hipotecas, premiada neste Parlamento, quer discutir a lei relativa à habitação no Parlamento Europeu, e o Partido Popular não o permite.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, η αρπαγή Ελλήνων στρατιωτικών από την τουρκική στρατοχωροφυλακή, στα σύνορα του Έβρου, την 1η Μαρτίου και η συνεχιζόμενη έκτοτε ομηρία τους συνιστά παραπέρα κλιμάκωση στην επιθετικότητα του τουρκικού καθεστώτος απέναντι σε κράτη μέλη της Ένωσης, όπως η Ελλάδα και η Κύπρος. Είχαν προηγηθεί η πειρατική παρεμπόδιση του γεωτρύπανου στην κυπριακή ΑΟΖ, ο εμβολισμός σκάφους του ελληνικού λιμενικού και άλλα.

Οι ενέργειες αυτές της Τουρκίας, σε συνδυασμό με την εισβολή τουρκικών στρατευμάτων στη Συρία και την πολιορκία της πόλης Αφρίν παραβιάζουν το διεθνές δίκαιο και αποδεικνύουν ότι η χώρα αυτή δεν έχει καμία πρόθεση να εκπληρώσει έστω και τις στοιχειώδεις υποχρεώσεις που απορρέουν από την ιδιότητά της ως υποψήφιου κράτους για ένταξη στην Ένωση. Είναι αναγκαία η διακοπή της καταβολής προενταξιακής χρηματοδοτικής βοήθειας προς την Τουρκία και η απαγόρευση εξαγωγής ευρωπαϊκών οπλικών συστημάτων που χρησιμοποιούνται εναντίον αμάχων.

Laurențiu Rebega (NI). – Doamnă președintă, astăzi vă voi prezenta mesajul primit de la un cetățean european, care se numește Florin Coman și este elev în județul Gorj, România, care este îngrijorat de situația educației și lipsa școlilor profesionale.

Citez: „Toată lumea dă vina pe tineri pentru felul în care merge țara. Ni se spune că suntem leneși, mileniali, fulgi de zăpadă, și mai știu eu cum. Dar e vina noastră că suntem așa? Nu toți suntem născuți în familii de elită și nu suntem toți genii. Ce oportunități ne oferă nouă țara? Plecăm prin Europa să facem muncă necalificată pentru că acasă avem numai facultăți una și una, dar școli profesionale ba. Părinții își împing copiii să meargă la facultate ca să fie în rândul lumii, dar și aceștia ajung tot la munca de jos. Aș vrea să știu de ce voi, conducătorii țării și ai Europei, nu recunoașteți lipsurile din educație și nu le tratați luând în considerare nevoile reale pe care noi le avem?” Am încheiat citatul.

Sper să primesc și să facem auzite din ce în ce mai multe astfel de mesaje, deoarece trebuie să nu uităm că Uniunea Europeană este pentru și despre cetățenii ei.

László Tőkés (PPE). – Elnök Asszony! Romániában kezdettől fogva hatósági zaklatásnak, retorzióknak és szankcióknak vannak kitéve a székely autonómiamozgalom képviselői, illetve a Székely Nemzeti Tanács által szervezett Székely Szabadság Napjának szervezői és résztvevői.

Ennek egyik legutóbbi, kirívó esete Dabis Attilának, az SZNT külügyi megbízottjának Romániából való indoklás nélküli kiutasítása. A Ceausescu-időkre emlékeztető jogfosztás ellent mond Románia törvényeinek, és megszegi az európai állampolgárok szabad mozgására vonatkozó alapvető szabadságelvét.

Tiltakozom a bírói végzés nélküli kitiltása és nem kívánatos személlyé való nyilvánítása ellen, hiszen Dabis Attila semmi törvényteleniséget nem követett el, hanem csak a romániai magyar nemzeti közösség jogait és érdekeit védelmezi.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisar, vă mulțumesc că la așa o oră târzie stați aici, în Parlament, să ascultați declarațiile noastre politice și, sper, să și duceți mesajul. Doresc să vorbesc, a nu știu câta oară, în cadrul declarației mele politice, despre prevederea din tratat privind libera circulație a lucrătorilor, despre tratamentul egal al cetățenilor europeni. Dar se întâmplă, în fapt, aceste lucruri?

Săptămâna trecută m-am deplasat la Graz, în Austria, cu mașina mea, din orașul Timișoara, aflat în vestul României. Am putut vedea cozi de zeci de kilometri de camioane, care așteptau la controlul de frontieră la intrarea în Ungaria, apoi la intrarea în Austria. Cetățenii și firmele de transport din țara mea sunt discriminate, stau zile sau chiar săptămâni șoferii și dorm în cabină.

Pe de altă parte, noi discutăm aici, în Parlamentul European, și țări ca Germania, Franța și Belgia amendează șoferii care dorm în cabină în parcare. Dar, oare, a sta o săptămână în frontieră și a dormi în cabină sunt condiții sociale mai bune? Eu cred că trebuie să primim un răspuns și vreau să știu de ce România nu este în Schengen, deși, de ani de zile, respectă, tehnic, toate condițiile? Este doar o marginalizare politică?

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Madam President, for 13 years Macedonia has been blocked on its EU path because of the name issue with Greece – 13 wasted years. Why? Well, apparently there is a problem because there is the country of Macedonia and the province of Macedonia in Greece. Is that really a problem? As far as I know, there is a province of Luxembourg and the country of Luxembourg. No problems. There is the state of Azerbaijan and the region of Azerbaijan in Iran. There is Georgia in the USA and Georgia on the outskirts of the EU. Nobody makes a problem out of it. So is this really a problem? No, nobody cares. The problem is that we allow one Member State to block accession countries and that we tolerate these expressions of nationalism. I am aware how sensitive this issue is, but we have neither the energy nor the time for these almost childish name games. So please let us stop it.

Miroslavs Mitrofanovs (Verts/ALE). – Madam President, on Saturday, 10 March, a protest rally was held in Riga, the capital of Latvia. Five thousand participants expressed their deep concern regarding the decision of the Latvian authorities to destroy the system of minority education.

I promised to inform the EU institutions about this disaster. Thirteen years ago, when Latvia joined the EU, the Latvian authorities agreed and incurred obligations to respect and protect national minorities. The recent decision to prohibit the use of minority languages as a tool of instruction in secondary schools is a flagrant violation of these basic principles of the EU. The Russian-speaking minority of Latvia comprises up to 40% of the population of the country.

The ongoing destruction of Russian minority schools undermines the peace and mutual confidence in the society. On behalf of my voters and on behalf of the Russian minority in Latvia, I ask the EU institutions to intervene in this situation and ensure the protection of human rights in Latvia. Let us say it together: stop killing minority schools.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señora presidenta, en el Estado español existen actualmente al menos tres millones de viviendas vacías. Mientras tanto, el número de desahucios sigue siendo insoportable: un desahucio cada ocho minutos.

Son dos caras del desarrollo económico especulativo sobre el que se ha basado la economía española, un modelo económico que ha depredado nuestro territorio y ha atentado directamente contra los derechos básicos de la población, como el derecho a la vivienda.

Mientras, los movimientos sociales autoorganizados, como la Plataforma de Afectados por la Hipoteca, llevan años luchando por los derechos sociales más básicos.

El Gobierno español siempre ha preferido rescatar bancos antes que familias y ahora quiere vetar incluso que se pueda debatir en sede parlamentaria la iniciativa legislativa presentada por la PAH.

Desde Europa queremos mostrar nuestro rechazo al intento de suspender la democracia por parte del Gobierno del PP evitando tan siquiera debatir las propuestas de la PAH, a la que queremos mostrar todo nuestro apoyo desde el Parlamento Europeo. A ellos, a sus propuestas, a su lucha y a su iniciativa.

Anna Záborská (PPE) – Pani predsedajúca, pri príležitosti 8. marca zvykneme vyzdvihovať schopnosti žien, ich profesionálne a športové výkony a vyzývame k odstráneniu prekážok, ktoré bránia ženám realizovať ich potenciál a talenty.

No hoci majú ženy zároveň nezastupiteľnú úlohu ako matky, hoci od nich v tom najdôslednejšom zmysle slova závisí budúcnosť Európy aj sveta, spomenúť tento fakt znamená vystaviť sa obvineniam zo šírenia stereotypov. V roku 2010 dokonca správa výboru Rady Európy pre rovnaké príležitosti nazvala zobrazovanie žien v médiách v roli matiek rovnako stereotypným ako ich zobrazovanie ako pasívnych a menejcenných bytostí, či sexuálnych objektov.

Materstvo nie je stereotyp, ale výsada, zodpovednosť a výkon zároveň. Medzinárodný deň žien by to mal celému svetu hrdo pripomínať.

Alex Mayer (S&D). – Madam President, Anglian Water have 4.3 million customers. They generate GBP 1.2 billion in revenue and last year paid out GBP 320 million to their shareholders. Anglian Water sounds quite profitable to me but the company, with a subsidiary in the Cayman Islands, had a corporation tax bill of zero. Not a single penny to help fund our vital public services.

And now they want to replace their pension scheme with one that's a lot worse for their workers. Local staff who have contacted me are rightly angry. I am of the firm belief that Anglian Water can well afford to pay for their staff's pensions. It is a drop in the ocean for them.

And so my message to them is clear: don't water down your work force's pensions. Think again – you have the power to stop this tidal wave of anger from your workers.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señora presidenta, lo denuncio de nuevo: esta Cámara condena con razón agresiones a los derechos humanos en todos los puntos del planeta, algunos casi desconocidos incluso para nosotros. Pero esta misma Cámara ha sido incapaz de plantearse las agresiones a los derechos humanos y a los principios democráticos que se cometen constantemente en España contra los catalanes.

Tras unas elecciones democráticas ganadas por las fuerzas independentistas, el Gobierno español no acepta el resultado y le encarga a un juez que decida quién debe ser presidente del Gobierno de Cataluña. Eso sería un escándalo mayúsculo en cualquier otro Estado y es un escándalo para cualquier alumno de primer curso de Derecho.

Mientras en España y en otros países europeos la extrema derecha avanza sin freno, esta Casa se calla. Los catalanes estamos a favor de una Europa de la libertad, de los derechos y de la justicia; lo demás nos resulta despreciable. Espero que algún día este Parlamento despierte avergonzado: que no sea demasiado tarde.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Madam President, this Parliament is debating what the EU relationship with Britain will be post-Brexit. For most people, Brexit is undefined, negotiated by the unprepared, seeking unspecified outcomes which will end in an unmitigated disaster for the people of Ireland. So, if the British Government refuses to live up to its commitments on the border of Ireland and on no diminution of our rights, the Brexit negotiations should freeze. The British Government's rejection in March of what they agreed in December is an absolute scandal but, you know, it is not new. Those of us who are used to negotiating with the British know only too well how hard it is to hold them to their commitments. They claim to support the Good Friday Agreement in all of its parts, they say there will be no denial of our rights, they say that they do not want a hard border but, from where we are standing, it looks like they are designing the uniform, training the dogs and sharpening the razor wires.

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, την 1η Μαρτίου δύο Έλληνες στρατιώτες φέρεται να πέρασαν κατά λάθος τα σύνορα Ελλάδας-Τουρκίας και μπήκαν σε τουρκικό έδαφος, στην περιοχή της Θράκης, που είναι και σύνορα της Ευρώπης. Τέτοια περιστατικά έχουν ξανασυμβεί και από τις δύο χώρες και πάντα λύνονταν εντός ολίγων ωρών, σε διοικητικό επίπεδο. Εν προκειμένω όμως οι στρατιώτες συνελήφθησαν, οδηγήθηκαν με χειροπέδες και καλυμμένα πρόσωπα σαν εγκληματίες στα δικαστήρια της Αδριανούπολης και ακολούθως σε φυλακές υψίστης ασφαλείας, όπου κρατούνται παράνομα, χωρίς να τους έχει απαγγελθεί κατηγορία.

Το σοβαρό αυτό συμβάν προστίθεται στη συστηματική επιθετικότητα της Τουρκίας κατά της Ελλάδας, στη σκόπιμη περιφρόνηση του κράτους δικαίου και τη συνειδητή αμφισβήτηση του διεθνούς δικαίου. Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει εδώ και τώρα να αντιδράσει στην ακραία επιθετικότητα της Τουρκίας σε βάρος κρατών μέλους της. Απαιτούμε από τον πρόεδρο Ερντογάν να υποχρεωθεί να τηρήσει σχέσεις καλής γειτονίας, ώστε να επιστρέψουν άμεσα οι Έλληνες στρατιώτες στην Ελλάδα.

Jonás Fernández (S&D). – Señora presidenta, hace unos días teníamos la confirmación de que la Administración Trump decidía imponer aranceles sobre el aluminio y sobre el acero, también sobre los europeos, alegando motivos de seguridad.

Ciertamente alegar motivos de seguridad con respecto a un socio, como es Europa, es una más de las disparatadas ideas que la Administración Trump nos está enseñando en estos últimos tiempos.

En mi región, en Asturias, tenemos empresas muy importantes tanto del acero como del aluminio, empresas que pueden verse perjudicadas por esta amenaza proteccionista de la Administración Trump, no tanto porque exportemos una gran cantidad a los Estados Unidos, sino por el posible efecto de desviación de comercio de esos aranceles.

Apoyo, por tanto, la respuesta firme, la respuesta rápida de la Comisión Europea y exijo que este Parlamento Europeo siga muy de cerca la actividad de la Administración Trump. Muchos creemos en unas buenas relaciones transatlánticas. Esperemos que esta decisión tenga una clara respuesta por parte de Europa.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, dnes je to přesně devatenáct let, co došlo k rozšíření NATO na východ. Dne 12. 3. 1999 tedy vstoupily Polsko, Maďarsko a Česká republika do NATO. Poprvé v samostatné historii těchto států se jim dostalo skutečných bezpečnostních záruk a mohly zároveň přispět ke kolektivní bezpečnostní ochraně demokratického světa.

Se znepokojením ale sleduji to, že NATO je politicky oslabováno na obou březích Atlantiku. Tedy v Evropě, která zažívá sedmdesát let míru, a to nejen díky organizaci Evropské unie, ale také díky NATO. NATO je stabilizátorem pro Balkán, pro Středomoří, včetně zvládnutí migrační krize, ale také například pro vztahy mezi Tureckem a Řeckem, které by jinak mohly přerůst v otevřený konflikt. Aby NATO mohlo dále plnit svoji roli, musí všechny jeho členské státy plnit své závazky, zejména vydávat dostatečné prostředky na obranu. Evropská unie a NATO musí co nejvíce spolupracovat a posilovat tak bezpečnostní záruky pro Evropu i celý svět.

Tibor Szanyi (S&D). – Frau Präsidentin! In den letzten Tagen war ein Video über Wien eines Ministers von Viktor Orbán, namentlich János Lázár, das Hauptthema der öffentlichen Debatte in Österreich und in Ungarn. Als Teil einer billigen Hasskampagne versuchte der Minister von Orbán, Wien – eine der schönsten Städte Europas – so darzustellen, als gäbe es im Bezirk Favoriten apokalyptische Zustände. Er versuchte, die ungarischen Wähler davon zu überzeugen, dass die sauberen Straßen der Stadt als Folge des Zustroms von Migranten voller Müll seien, welche die sozusagen echten Einheimischen verdrängt haben – weiße Christen.

Wir, die ungarischen und europäischen Demokraten, wollen, dass unsere Freunde in Wien, Österreich und Europa wissen, dass die Mehrheit der Ungarn nicht für diese Regierung gestimmt hat. Diese Regierung ist in Ungarn aufgrund von Betrug und Korruption an der Macht. Wir schämen uns zutiefst für ihre hetzerischen Reden und entschuldigen uns nicht nur bei den Menschen in Wien, sondern auch bei allen Europäern, bei den Vertretern der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Wien, die schändlich von Orbáns Minister beleidigt wurden.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D). – Doamnă președintă, stimați colegi, de circa 4 luni România trece printr-o criză medicală acută datorată lipsei de pe piață a imunoglobulinei. Această criză, una artificială, produsă de producătorii, importatorii și distribuitorii de imunoglobulină, pune în pericol viața a circa 5 000 de pacienți. Din fericire, soluția pe termen scurt a fost găsită prin activarea mecanismului de protecție civilă la nivel european. Aici trebuie să scot în evidență beneficiul de a fi membru al Uniunii Europene, care dă o șansă la viață pacienților români afectați de criza imunoglobulinei.

Pe de altă parte, această criză ar trebui să ne dea de gândit nouă, europenilor, și să ne întrebăm dacă nu cumva ar trebui să revedem la nivel european relația dintre Uniunea Europeană și companiile producătoare de medicamente, precum și regulile de funcționare ale producătorilor și distribuitorilor. Este inadmisibil ca, în condițiile în care bugetul Uniunii Europene susține anual cercetarea farmaceutică cu sume de ordinul sutelor de milioane de euro, companiile farmaceutice să șantajeze guvernele naționale, condiționând dreptul la viață al pacienților pentru a-și maximiza profitul.

Julie Ward (S&D). – Madam President, this coming Sunday, the World Water Forum begins in Brasilia. It's very ironic to consider that this high-level event on such a crucial issue takes place in Brazil, a country which is shifting to a dictatorship, where land-grabbing and disregard for environmental concerns are widespread. The recent decree putting the military in charge of Rio's police, fire services and prisons is highly unlikely to solve the city's security problem.

The EU and its Member States must make a much stronger reaction to the increasing state repression. Our governments should support the Alternative Water Forum set to take place next week. This grassroots platform gathers organisations from around the world, including Green Cross, who fight for water to be recognised as a human right, rather than as a commodity. I stand in solidarity with them, and in particular with the indigenous communities in Brazil and elsewhere, who are fighting against corporations trying to seize their lands and their natural resources.

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, there are two pieces of news: good and bad. The good news is that we can see rapid GDP growth in Eastern Europe, and the main reason for this growth is the contribution from EU funds. For example, in my country, Latvia, the Cohesion Fund and other European funds give around 3% GDP growth annually. Every eighth euro in the Latvian state budget is foreign help, as my colleague, the newly-appointed Member of the European Parliament, Mr Mitrofanov, knows very well.

The bad news is that the economies of Eastern Europe have become heavily dependent on this money. Let us imagine that this money is not be available for a period after 2020. The reduction of Cohesion Fund spending might coincide with the next cyclical downturn in the world economy. This combination could lead to a very deep crisis in the economies of eastern EU countries. Let's think about it.

23. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

24. Schluss der Sitzung

(La séance est levée à 23 h 04)

25. Schluss der Sitzungsperiode

La Présidente. – Je déclare close la session 2017-2018 du Parlement européen.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3235

23.5.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. MÄRZ 2018

(C/2024/3235)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 13. bis 15. März 2018

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzungsperiode	4
2. Eröffnung der Sitzung	4
3. Leitlinien für den Rahmen für die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (Aussprache)	4
4. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 22./23. März 2018 (Aussprache)	31
5. Nachruf	47
6. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	48
7. Abstimmungsstunde	49
7.1. Durchführung des Protokolls über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags und über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl (A8-0034/2018 - Jean Arthuis) (Abstimmung)	49
7.2. Abkommen zwischen der EU und Neuseeland über Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich (A8-0029/2018 - Daniel Caspary) (Abstimmung)	49
7.3. Europäische Strategie für kooperative intelligente Verkehrssysteme (A8-0036/2018 - István Ujhelyi) (Abstimmung)	49
7.4. Grenzüberschreitende Paketzustelldienste (A8-0315/2017 - Lucy Anderson) (Abstimmung)	49
7.5. Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr und Führerschein (A8-0321/2017 - Peter Lundgren) (Abstimmung)	49

Inhalt	Seite
7.6. Einrichtung des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich zwecks Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovation in der Verteidigungsindustrie der EU (A8-0037/2018 - Françoise Grossetête) (Abstimmung)	49
7.7. Gleichstellung der Geschlechter in Handelsabkommen der EU (A8-0023/2018 - Eleonora Forenza, Malin Björk) (Abstimmung)	50
7.8. Strukturschwache Gebiete in der EU (A8-0046/2018 - Michela Giuffrida) (Abstimmung)	50
7.9. Rolle der Regionen und Städte in der EU bei der Umsetzung des auf der COP21 abgeschlossenen Pariser Klimaschutzübereinkommens (A8-0045/2018 - Ángela Vallina) (Abstimmung)	50
8. Stimmerklärungen	50
8.1. Europäische Strategie für kooperative intelligente Verkehrssysteme (A8-0036/2018 - István Ujhelyi)	50
8.2. Grenzüberschreitende Paketzustelldienste (A8-0315/2017 - Lucy Anderson)	50
8.3. Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr und Führerschein (A8-0321/2017 - Peter Lundgren)	51
8.4. Gleichstellung der Geschlechter in Handelsabkommen der EU (A8-0023/2018 - Eleonora Forenza, Malin Björk)	52
8.5. Strukturschwache Gebiete in der EU (A8-0046/2018 - Michela Giuffrida)	52
8.6. Rolle der Regionen und Städte in der EU bei der Umsetzung des auf der COP21 abgeschlossenen Pariser Klimaschutzübereinkommens (A8-0045/2018 - Ángela Vallina)	54
9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	56
10. Wiederaufnahme der Sitzung	56
11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	56
12. Antrag auf Anhörung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (Artikel 137 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	56
13. Der nächste MFR: Vorbereitung des Standpunkts des Parlaments zum MFR nach 2020 — Reform des Eigenmittelsystems der Europäischen Union (Aussprache)	56
14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	91
15. Leitlinien für den Haushaltsplan 2019 — Einzelplan III (Aussprache)	91
16. Erklärungen der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik	100
17. Lage in Syrien (Aussprache)	102
18. Perspektiven der EU für die erste Sitzung des Gemeinsamen Rates EU-Kuba (Aussprache)	118

Inhalt	Seite
19. Neue Agenda für die Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien im Rahmen der 13. jährlichen Ministertagung (Aussprache)	128
20. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2018 — Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2018 (Aussprache)	134
21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	152
22. Schluss der Sitzung	152

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. MÄRZ 2018

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro aperta la sessione 2018-2019 del Parlamento europeo.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.04)

3. Leitlinien für den Rahmen für die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sugli orientamenti sulle future relazioni tra l'Unione europea e il Regno Unito (2018/2573(RSP)).

Monika Panayotova, President-in-Office of the Council. – Mr President, honourable Members, we are at a critical juncture in negotiations with the United Kingdom. We need to secure an orderly withdrawal and put in place all the conditions for a transition period based on the status quo. We also need to outline the framework for the future relationship between the European Union and the United Kingdom. It is particularly important for us that there is no backsliding on the commitments from the Joint Report, especially with regard to the three key withdrawal issues, namely citizens' rights, financial settlement and Ireland.

The UK set itself the goal of getting the transition agreed in March, with the shared understanding that this is a part of the overall package that is to be finalised in October. During last week's negotiations, some openings on the transition were made and there was also some movement on the area of withdrawal, but we need to treat these cautiously. We need real and sustained progress in order to meet our deadlines.

Looking beyond the transition period, we are determined to build with the United Kingdom a broad and close partnership. Our commitment to seek such a partnership is shared by the Parliament, as reflected in your resolutions. In fact, even the very first guidelines adopted by the European Council already indicated the desired scope and nature of this partnership.

It is also clear, at least from a negotiation perspective, that the understanding of the framework for the future relationship, which will be reflected in a political declaration accompanying the withdrawal agreement, cannot be more detailed than what we know of the UK position. In that respect, we have, in fairness, acknowledged that even though over the last fourteen months there has been a succession of speeches outlining the UK's view on the future of our relations, we still need more concrete and more operational proposals.

At the same time, there are no indications that the United Kingdom's red lines have changed since last year. All this explains why the draft guidelines due to be adopted by the European Council on 23 March are not more detailed. This will hopefully provide the political space for broader dynamics of the negotiations with the UK.

In a nutshell, and again in reflection of the constraints set out by the UK's position and by our principles and legal order, the forthcoming guidelines foresee that at the core of the partnership will be the elements of a free trade agreement (FTA) focused on goods, but also including services. Trade facilitation elements, such as customs cooperation, addressing barriers to trade, etc., are also envisaged.

Two important sectors are also pointed out in the guidelines: fisheries and aviation, along with the basic principles that should govern cooperation on them. Then, taking into account the importance and the proximity of the UK, the guidelines foresee robust provisions on a level playing field. Securing fair competition between businesses on both sides of the channel is an important task, if we want a properly functioning and ambitious FTA. The same logic applies to governance: the closer our relationship, the stronger its governance should be.

As mentioned before, the future partnership with the UK is meant to be broad. Beyond the economic dimension, it should also reflect the commonality of interests and threats we share with the UK. This is why in the proposed guidelines you see provisions on police and judicial cooperation, as well as on security, defence and foreign policy. The guidelines make it clear that a key point in this context is also preserving the autonomy of decision-making of the European Union. In that sense, the partnership we have in mind largely covers the same four pillars of possible cooperation suggested by your resolution.

Let me conclude by recalling that, more than ever, our unity matters. This holds true for the unity of the 27 Member States, but also for unity among our institutions. In this respect, I am very much reassured by the broad convergence of the priorities set out in your resolution, and those flagged in the guidelines due to be adopted by the European Council.

Thank you very much for your attention.

Jean-Claude Juncker, *Président de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, il y a 349 jours, le Royaume-Uni a notifié au Conseil européen son intention de quitter l'Union européenne. Dans 381 jours, le 29 mars 2019 à minuit, le Royaume-Uni aura quitté l'Union européenne.

(Applaudissements sur certains bancs)

(reacting to off-microphone comments by David Coburn and other Members of the EFDD Group)

The time will come when you will regret your decision.

Depuis les tout premiers jours de ces négociations uniques et difficiles, notre objectif a toujours été et restera de parvenir à un retrait ordonné du Royaume-Uni dans son intérêt propre et dans celui de l'Union européenne. Mais chaque jour qui passe, l'urgence de réunir toutes les conditions nécessaires d'un tel retrait se fait plus grande. Cette urgence doit nous inciter tous, l'Union européenne et le Royaume-Uni, à agir avec méthode, pragmatisme et transparence. Ce sont cette méthode, ce pragmatisme et cette transparence qui sont au cœur de la proposition de texte sur l'accord de retrait que la Commission a approuvée le 28 février dernier et qui ne fait que traduire juridiquement les engagements que nous avons pris ensemble, Commission et Royaume-Uni, en décembre dernier dans le rapport conjoint.

Michel Barnier discute maintenant en détail de notre proposition de texte avec ce Parlement et avec le Conseil des ministres car le projet final sur l'accord de retrait, qui sera transmis à nos partenaires britanniques comme base de négociation, reflétera l'unité des 27 États membres de l'Union européenne et de ses institutions.

Je voudrais remercier Michel Barnier et son équipe pour l'extraordinaire travail qu'ils fournissent depuis des mois, jour et nuit, pour mener à bien ces négociations.

(Applaudissements)

Mein Freund Michel Barnier, sein Team, wir alle stehen dafür, dass von unserer Seite aus strukturiert und besonnen vorgegangen wird. In diesem Sinne haben wir die Vereinbarungen, die wir gemeinsam mit dem Vereinten Königreich getroffen haben, in einen soliden Vertragstext gegossen, der vor allem die Rechte der Bürger präzisiert. Somit ist dieser Text weitaus mehr als eine Ansammlung von Paragraphen. Es geht hier um Zehntausende – *if not more* – Biografien. Wir stellen sicher, dass die Lebensentscheidungen dieser Menschen, der Bürger Europas, nicht dem Brexit zum Opfer fallen. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass EU-Bürger im Vereinigten Königreich auch nach dem Brexit ihre Rechte behalten. Der Entwurf des Austrittsabkommens ist so konkret, dass sich Bürger auch vor britischen Gerichten darauf beziehen können, um ihre Rechte einzufordern.

Für die Zeit nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs ist uns ebenfalls an einer engen Partnerschaft gelegen. Dabei muss allerdings die Einheit des Binnenmarktes gewahrt bleiben, denn Bürger wie Unternehmen müssen sich auf dessen Errungenschaft, auf gleiche Regeln und Institutionen, verlassen können. Ein Rosinenpicken, *cherry picking*, wird nicht möglich sein. Ebenso wenig werden wir zulassen können, dass Standards im Sozialen, Umweltstandards oder Steuerstandards unterboten werden. Mir wäre es lieber gewesen, die Briten hätten sich nicht dafür entschieden, auszutreten. Wer aber die Europäische Union verlassen will, muss ehrlich sagen, was das eigentlich heißt. Wer vier Jahrzehnte gemeinsamer Vereinbarungen und Lösungen hinter sich lassen will, muss die Verantwortung dafür übernehmen, dass nicht alles so bleiben kann, wie es ist.

Ten days ago, Prime Minister May give us some more clarity on how the UK sees its future relationship with the European Union. As my good friend John Bruton wrote in a recent article «the most valuable test that Ms May wishes to apply to a Brexit agreement is that it should be one that would endure and not require constant renegotiation». I could not agree more, which means that everything that we say and that we do on both sides will require the utmost clarity to help us pass the test. It is obvious that we need further clarity from the UK if we are to reach an understanding on our future relationship.

We are preparing for this on the European Union side. Last week, President Tusk circulated draft guidelines that will be discussed by the leaders of the EU 27 next week. As the clock counts down – we have one year to go – it is now time to translate speeches into treaties, to turn commitments into agreements, and broad suggestions and wishes on the future relationship to specific workable solutions.

This is especially important when it comes to Ireland. Both the United Kingdom and European Union have agreed that there should be no hard border between Ireland and Northern Ireland. The Good Friday Agreement must be preserved in all its dimensions, and life for citizens on both sides of the border should be the same as it is today. Both sides agreed in December that there are three options to do this. The first is through the future partnership agreement if possible. The second is through specific solutions that the United Kingdom has said it will put forward. We are ready to work on these two options, but we need to receive concrete proposals from the United Kingdom first.

The third option is the backstop solution. It would apply only if the first two options do not materialise. This scenario would see full alignment on those tools that protect the Good Friday Agreement, North-South cooperation and the all-island economy. The draft protocol on Ireland should not come as a surprise or a shock. It translates faithfully last December's agreement into a legal text.

The European Union, this House and the 27 Member States stand firm and united when it comes to Ireland. For us, this is not an Irish issue, it is a European issue.

(Reacting to off-microphone comment «it is a British issue» by Mr Coburn)

It is a European issue.

It is all for one and one for all. That is what it means to be part of this Union. We pool our resources and our sovereignty to strengthen one another and to give ourselves more sovereignty when dealing with the rest of the world. We see this with Brexit. We see this with threats. We see this across the board.

As we build our future together, we must continue to make each other stronger by working together and building a more united, stronger and more democratic Union. This must be our joint focus. We need to focus on our European future, not the past, not on Brexit.

(Applause)

Elmar Brok, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Ratspräsidentin, Herr Kommissionspräsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Brexit ist schlecht für uns alle. Worum es jetzt bei den Verhandlungen geht, ist, Schaden zu begrenzen. Ich hoffe, dass wir da die notwendigen Fortschritte machen, und ich danke, dass wir die Einheit der Europäischen Union, der Institutionen und der Mitgliedsländer haben. Dies ist sicherlich auch ein Verdienst von Michel Barnier, der mit uns die Dinge in dieser transparenten Weise bespricht.

Meine Fraktion stimmt dem Austrittsvertragsentwurf zu, wobei dann die im Dezember besprochenen Bedingungen bezüglich der offenen Grenzen für Irland, der Frage der Finanzen und der Bürgerrechte erfüllt sein müssen. Wir meinen auch, dass es richtig ist, eine Übergangsregelung zu finden, wie es im Vertrag vorgesehen ist, wenn Großbritannien denn bereit ist, für weitere 21 Monate – oder welcher Zeitraum das auch immer sein wird –, die Bedingungen der Europäischen Union mit den vier Freiheiten, mit den Geldzahlen und mit dem Europäischen Gerichtshof anerkennt. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass wir genügend Zeit haben, dann einen Handelsvertrag auszuhandeln.

Dabei wird immer wieder gesagt – gestern auch vom Bund der deutschen Industrie –, dass man doch eine Zollunion machen soll. Ja, ich bin für eine Zollunion, aber Großbritannien muss dann die Bedingungen erfüllen. Großbritannien hat eine Zollunion abgelehnt, Großbritannien hat auch eine Mitgliedschaft im Binnenmarkt abgelehnt, nach einer Norwegen-Lösung, weil es nicht bereit ist, dafür die Bedingungen zu erfüllen. Und deswegen bleibt nur übrig, einen Handelsvertrag zu verhandeln. Ich meine, dass das ein Handelsvertrag mit einem Drittland ist. Ich finde es richtig, dass Theresa May erstmalig zugestanden hat: Wenn man die europäischen Standards nicht mehr erfüllt, dann hat man weniger Zugang zum europäischen Binnenmarkt – mit all den Konsequenzen des kleineren Partners Großbritannien, was dort gesehen werden muss.

Wir müssen auch feststellen, dass dieser Versuch, einzelne Sektoren herauszunehmen und hier vollen Zugang zu haben, Rosinenpickerei ist. Wenn Großbritannien das nur für die Bereiche will, wo es besonderes Interesse hat, dann geht das nicht. Wer aus einem Golfclub austritt und weiterspielen will, muss auch eine *green fee* bezahlen. Das ist keine Strafe, sondern eine normale Belastung, die gemacht werden muss. Denn die Mitgliedsländer zahlen ja Beiträge und erfüllen die Verpflichtungen. Das ist ein wichtiger Punkt, wie wir hier gemeinsam vorankommen müssen.

Präsident Trump hat Maßnahmen gegen Bombardier in Großbritannien ergriffen, verkündet jetzt Sanktionen gegen Europa bei Stahl und Aluminium. Nur wenn wir alle zusammenstehen – auch die Briten –, haben wir eine Chance, gegen eine solche Politik vorzugehen. Deswegen ist eine Einheit Europas in solchen Fragen eine Überlebensfrage Europas. Das muss auch Herr Farage begreifen, der sein eigenes Land ins Unglück stürzt.

(Beifall)

Roberto Gualtieri, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la risoluzione che ci apprestiamo a votare dimostra che esiste una larga unità nel Parlamento e tra le istituzioni sui punti fondamentali di questo difficile negoziato e a sostegno dell'azione di Michel Barnier e del suo team, a cui vorrei rendere omaggio per il lavoro straordinario e l'alta sensibilità istituzionale.

Siamo ora a un passaggio decisivo di questo sforzo titanico volto a garantire un ritiro ordinato del Regno Unito e a ridurne al massimo l'impatto negativo. E come è sempre stato, noi saremo costruttivi ed esigenti.

In primo luogo, l'accordo di dicembre va tradotto giuridicamente affinché i diritti dei cittadini siano pienamente salvaguardati e ciò deve valere anche per le categorie più vulnerabili: non spetta a loro, ma alle autorità del Regno Unito, garantire che non un solo cittadino sia privato ingiustamente dei propri diritti. Sotto questo aspetto la bozza di trattato, che noi apprezziamo, andrebbe ulteriormente rafforzata. Altrettanto importante è evitare ogni irrigidimento della frontiera in Irlanda. Non si può criticare la soluzione responsabilmente delineata dalla Commissione: spetta al governo britannico presentare proposte convincenti, e ciò non è ancora avvenuto.

In secondo luogo, la transizione deve prolungare tutto l'*acquis* comunitario, e quindi nessuna discriminazione verso i cittadini è accettabile. Noi non consentiremo di trattare le merci meglio delle persone.

In terzo luogo, per il futuro, noi vogliamo tra Unione europea e Regno Unito una partnership la più stretta e la più ampia possibile, e proponiamo che essa sia definita dalla cornice di un accordo di associazione. Ma questa relazione dovrà vedere un adeguato equilibrio tra diritti e doveri, e dovrà garantire l'integrità del mercato unico, la piena autonomia dell'ordine giuridico dell'Unione, la tutela della stabilità finanziaria.

Prendiamo atto con rammarico che Theresa May abbia escluso il mercato unico e anche l'Unione doganale. E se il Governo britannico rivedrà questa posizione, saremo pronti a discutere una relazione economica più stretta. Se così non sarà, lavoreremo per un accordo commerciale che riduca al minimo le barriere, in particolare alla circolazione delle merci, ma che non potrà eliminarle completamente. È bene chiarire che l'Unione non può delegare ad altri il controllo delle proprie frontiere doganali, e che fuori dal mercato unico non esiste il mutuo riconoscimento delle regole. Altra cosa è la cooperazione regolamentare, e per quel che riguarda i servizi finanziari, un utilizzo intelligente del sistema attuale di equivalenza.

In ogni caso noi non accetteremo forme di dumping sociale, ambientale e fiscale: l'Unione europea deve essere una forza che contrasta il protezionismo, ma che protegge i cittadini, i lavoratori, l'ambiente. È questa la sfida a cui ci chiama la globalizzazione, e noi saremo coerenti con tale visione anche nel negoziato con il Regno Unito.

Peter van Dalen, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, de brexit kent alleen maar verliezers aan beide zijden van het kanaal. Afgelopen week kwam er een Brits rapport uit waaruit bleek dat alle regio's in het Verenigd Koninkrijk klappen gaan oplopen door de brexit. Maar ook andere economieën gaan geraakt worden. Aan de Nederlandse economie gaat het waarschijnlijk miljarden kosten. En de Duitse BDI heeft afgelopen week duidelijk gemaakt dat een harde brexit misschien wel 9 miljard extra gaat kosten.

Gelukkig zie ik in het document dat de heer Tusk onlangs publiceerde, dat de Europese Unie toch graag de *status quo* wil handhaven op een aantal terreinen. Ik denk bijvoorbeeld aan de visserij, de luchtvaart, Erasmus, de veiligheid en de handel in goederen. Dat is de juiste richting. Laat ook onze onderhandelaars gaan voor redelijkheid en billijkheid. Niet elkaar het mes op de keel zetten, want ook ná 2019 moeten onze vissers kunnen blijven vissen, onze bedrijven kunnen blijven exporteren en importeren, en moeten onze studenten ook over de grens kunnen blijven studeren. Daarom, als het dan helaas zo is dat die brexit er toch moet komen, dan geen harde brexit, maar een brexit waarbij een redelijke scheiding wordt gemaakt op grond van gezond verstand.

Presidente. – (*a seguito di alcune reazioni senza microfono da parte dell'emiciclo*) Onorevoli colleghi, è inutile fare commenti, tutti i gruppi hanno la possibilità di parlare, quindi esprimeranno le loro idee nel corso del dibattito.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, before coming to Brexit and to thank Michel Barnier, I take this opportunity, Jean-Claude, to tell you that your former Head of Cabinet did something yesterday which nobody has ever done before here in this House, namely to unite the whole Parliament, the left and the right. But it is not only a joke. Maybe you have to sort it out. As you know, I have no problem with Martin Selmayr. I think he is a very dedicated European and a very competent civil servant. No, the problem that we have is with the way the Commission handled this, and so you have to do something about this in some way, because it is bad for Europe and bad for the European Commission.

(Applause)

But, having said that, we are not the only ones who have to sort things out. The UK also has to do so because, as you have indicated Jean-Claude, the problem today is that we don't have a proposal from the UK side on the future relationship with the Union. It is still lacking, and what you said is true. There was this Mansion House speech by Mrs May, but it was mainly repeating the red lines that we have already known about for two years, and I think that in the Mansion House speech what the Prime Minister did was to say, 'Look, we cannot accept the rights of Canada and then the obligations of Norway'. Well I have to tell you that I don't think that we have ever presented that proposal to the UK side. I think that the UK side has to understand that the opposite is also not possible. You cannot have the rights of Norway and then the obligations of Canada. That is also not possible.

So I think that, after all the speeches we have heard now, it is time that we go beyond what I would call the slogans and the soundbites, which is exactly what we try to do in our resolution. It is a long resolution, with more than 65 paragraphs, in which we present what I would call a concept, a vision and an architecture for the future because that is what is lacking for the moment, and an architectural vision that matches both sides: the red lines of the UK on the one hand with the vision and the principles of the European Union on the other side. What we do in the resolution – and can I say to the Council that this is a little different – is that we use the Treaty for that, namely Article 8 and Article 217, which say that in the neighbourhood of the European Union you have to create a special partnership with your neighbours and to do that we create an association with that country.

So our proposal is to start negotiations on an association agreement between the UK and the EU, based on four pillars, one on trade and economics, one on internal security, one on thematic cooperation – for example, research, Erasmus, things like that – and, finally, one on external security and defence matters, because I think that is also a very important field of cooperation between both. For every one of these four pillars, what we do in this resolution is give the principles: what are the fields where we can cooperate, what are the different principles we have to apply, and anyway, what is the advantage of our proposal – and I hope that the Council will also recognise this in the coming days – is that we create one overall governance structure. It is not an inflation of bilateral arrangements, as we have with Switzerland, which will be a good basis for that special partnership, but one overall governance based on association. Last week I had the chance to discuss this with David Davis and also with the Prime Minister and I am quite confident that ultimately Britain will also see the advantages of such an approach, to have a decent, deep association partnership from both sides.

That brings me, finally, to the last paragraphs of our resolution on the rights of all citizens. Personally, it is my feeling that we are very near to an agreement with the UK side on citizens' rights. In fact respecting the rights of the citizens who live there, our EU citizens, and on the opposite side also respecting the rights of UK nationals living on our continent, because this is, in any way, something that we have to achieve. Both sides, UK nationals and EU citizens, cannot be the victims of this whole Brexit, in- and outcome.

(Applause)

Philippe Lamberts, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, dear Prime Minister May, this is neither the first nor the last time, I am afraid, that I will address you in this Hemicycle, where you remain welcome at any time. Ever since you became Prime Minister, I have carefully listened to you on Brexit. I do acknowledge your wish to make the best out of the inconvenient situation the referendum has put your country in, but I am still perplexed by the inner contradictions of your government's positions. Indeed, arguing (a) that the United Kingdom will leave the single market and customs union; (b) that the United Kingdom Government will stand by its commitment to the Good Friday Agreement; and (c) that there will be no new regulatory barriers within the United Kingdom, is a trilemma that cannot be solved.

This has nothing to do with the alleged stubbornness of the EU-27; it has everything to do with the stubbornness of facts. If regulatory divergence is real, it creates a border, and no magical thinking can ever erase it. Therefore, one of the three elements has to give, and I cannot imagine the British Government giving up on, or taking any risk with, peace in Northern Ireland. Therefore, it has to be (a) or (c).

In our view, the only practical solution would be for the UK, or at least Northern Ireland, to remain fully within the single market and customs union. Taking into account your long relationship with us, and the fact that, of course, the UK would then have to apply EU law without being a part of the decision process, it would be fair to establish a privileged channel for your country to express concerns and suggestions. And I agree with you that we have to tailor the transition period to the practical imperatives, rather than align it with any pre-set dates.

The end of that transition should also be the cut-off date of any change in the status of citizens, and we do welcome, as Guy just did, the very significant progress made over the last few months in that respect. A few issues remain to be tackled, however: the non-reversibility of rights, the rights of European residents with disabilities, the status of future spouses, the rights of third-country nationals, as well as voting rights. Our key concern is that no one ends up losing rights. If we want to be creative, we should consider basing citizens' rights on residence rather than on nationality, which may provide at the same time certainty and simplicity.

Prime Minister, one recognises a stateswoman by her ability not so much by being strong facing the other camp, but by confronting her adversaries in a round camp. Now is the time to be bold.

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Juncker, sehr geehrter Herr Barnier! Sie werden sicher im Laufe der letzten Monate registriert haben, dass meine Fraktion sehr intensiv versucht hat, sich in die Diskussion der Erarbeitung von Parlamentspositionen zur Begleitung der Brexit-Verhandlungen einzubringen. Wir haben das vor allem deshalb getan, weil uns am allerwichtigsten ist, dass die Rechte von Menschen sowohl in Großbritannien, aber eben auch innerhalb der EU und natürlich vor allem auch in Nordirland bei den Verhandlungen nicht unter die Räder kommen und eben auch nicht als Verhandlungsmasse von irgendeiner Seite missbraucht werden können. Was diese Fragen betrifft, sind wir schon ein ganzes Stück weitergekommen. Wir können es nicht mehr mit den ersten Ausgangspunkten vergleichen.

Wir werden aber auch weiter darauf achten, dass insbesondere die Aufenthaltsrechte und das Recht auf Freizügigkeit für die Bürger des Vereinigten Königreichs innerhalb der EU beachtet werden müssen. Wir sollten auch darüber nachdenken, weil zum Beispiel in dem Vorschlag, der für den Entwurf eines Scheidungsabkommens unterbreitet worden ist, Einschränkungen enthalten sind, insbesondere was das Recht von UK-Bürgern in Mitgliedstaaten betrifft, Leistungen für Unternehmen anderer Mitgliedstaaten anbieten zu können. Offensichtlich ist das ja etwas, was relativ kurzfristig auch mit hineingekommen ist. Wir werden auch weiter darauf bestehen, dass die Rechte der Bürger in Nordirland gewahrt werden. Hier geht es nicht einfach nur um Rechte, die einfach mal so dahingesagt werden, sondern hier geht es wirklich um alle existierenden internationalen Abkommen, denen wir uns verpflichtet hatten und in denen demokratische Rechte, soziale Rechte und Menschenrechte definiert worden sind.

Eins ist klar: Diese Rechte werden nur im Austrittsabkommen geschützt, nirgendwo anders. Dafür brauchen wir dieses Austrittsabkommen, und deshalb werden wir auch immer wieder auf dieses Austrittsabkommen hinarbeiten und uns hier auch mit einbringen. Wenn es darum geht, ein Mandat für die zukünftigen Beziehungen auszuhandeln, tangiert das natürlich auch die Vorstellungen der politischen Parteien, der politischen Kräfte von der Zukunft Europas, von der Zukunft der EU. Deshalb haben wir selbstverständlich als Fraktion eine ganze Reihe von Problemsichten und lehnen auch bestimmte Zugänge ab, wie sie auch hier in unserer Resolution vorgeschlagen worden sind. Sie beziehen sich insbesondere auf die Vorschläge zu Ziffer 21, 22, 23, 24, die Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen und die Gestaltung der Sicherheitsbeziehungen dieser Zusammenarbeit. Wir werden dazu auch entsprechende Änderungsanträge stellen. Trotzdem haben wir entschieden, dass wir die Resolution mit unterzeichnen, weil sie –wie ich vorhin gesagt habe – wichtig ist für die Fortsetzung des Kampfes um die Rechte von Menschen, von Bürgern und Bürgerinnen in den Bereichen in der gesamten bisherigen EU, aber auch in den Bereichen beziehungsweise Regionen und Ländern, die durch den Brexit selber mit entstehen.

Wir möchten auch noch darauf aufmerksam machen, dass die Arbeitnehmerinnenrechte noch stärker geschützt werden müssen, und zwar die Rechte von eingewanderten Arbeitnehmerinnen. Es geht uns auch um die Frage von Grenzgängern. Auch hier müssen wir nochmal nachlegen, hier gibt es noch einen Bedarf, hier haben wir noch einiges zu tun. In diesem Zusammenhang möchte ich signalisieren, dass wir die Arbeit unserer Fraktion kritisch, aber eben solidarisch bezüglich der Rechte von Bürgerinnen und Bürgern fortsetzen werden.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, two thirds of the British people think the European Commission is trying to bully us in these negotiations and they are right. The EU is bullying us, it bullies Member States, it bullies its next-door neighbours, and it even bullies the third world with its neo-colonial policies.

Of course it does, because the Europe of the Junckers, the Barniers and the Selmayrs is power without accountability. Well, at long last, you have met your match in Donald Trump. Now, you may well scream and shout about his aluminium and steel tariffs, but the EU puts tariffs on 13 000 goods coming into it, meaning that shoes and bras and food are more expensive for simple, ordinary folk who do not understand this because it has never been properly explained to them.

The sheer hypocrisy of criticising Trump when you already have put tariffs on steel and aluminium amazes me, but it does show the folly of us going for a transition period. It shows the utter stupidity of the Labour Party, wanting to sign us up to this permanently, because in this USA dispute we now find ourselves trapped, impotent and unable to act.

We need to be free. We voted Brexit, we voted to make our own trade policy and our own trade decisions. We could do a deal with America in 48 hours. We need to act. Just yesterday, the Trump administration were describing us as their best ally in the world.

Ms May, we did not vote for a transition period, we voted to leave this organisation, we voted to leave the customs union, we voted to leave the single market. So, please, Ms May, at this summit next week, do what Trump has done: stand strong against the European Commission, against the unelected bullies. Bearing in mind the Italian elections – and weren't they wonderful, folks? – it is pretty obvious that the game is up anyway. So she will be doing not just the British people a favour, but the whole of Europe too.

Janice Atkinson, *on behalf of the ENF Group*. – Mr President, I agree with Nigel. This debate is rather pointless. Just like Mr Gualtieri said, it is like the Titanic – it is sinking very fast. The resolution is a federalist's delight and it is business as usual here, yet all around you, Rome burns. Literally!

The populists are winning elections, kicking out the old guard, the very people who wrote this resolution. Across the southern EU states there is horrifically high youth unemployment. In Italy nearly 70% of the youth voted for populist parties. Yet you come up with this framework that actually just reflects the old order, not the new.

However, I do detect a realisation that trying to punish the UK would damage your economies too. When I was in America, in Washington, in December, Wilbur Ross, the Secretary of State for Commerce, said to me, don't take that poison pill that the EU offers us if you want a trade deal with us.

My friend, Nigel Farage, is absolutely right, we can get a deal together in 48 hours, because we're two proud trading nations. You lot haven't got a clue. You're a protectionist racket. That's what Trump told you and that's what Wilbur Ross told you, and that's what you are.

Presidente. – (*in seguito ad alcune reazioni da parte dell'emiciclo*) Abbiamo capito che ci sono opinioni diverse.

Diane James (NI). – Mr President, you have heard from two United Kingdom speakers. You're now going to hear from a third, a fervent Brexiteer, and one who is very, very pleased at the position the United Kingdom is taking and the fact that it is prepared to say 'no' to the European Union, that we do not wish to continue being a vassal state.

Could the bullies in this Chamber – there are two of them at least, I am not going to bother to name them, they have already been named – take some very clear messages back please?

The United Kingdom does not wish to be a vassal state. We really take exception to being told that we should continue having the jurisdiction of the European Court of Justice and that we should continue to be under the onerous single market and customs union regulations. Because, quite frankly, Brexit means Brexit.

If you want to make Brexit hard, be aware. Actions have consequences and for you, European Union, the consequences will be very, very tough and very negative for you.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Esteban González Pons (PPE). – (*inicio de la intervención fuera de micrófono*) ... para el *brexit* y todavía no sabemos qué relación quiere mantener el Reino Unido con nosotros en el futuro. Todavía no sabemos qué consecuencias tendrá el *brexit* para la economía real británica. Ni siquiera sabemos si habrá un segundo referéndum. La población rural de Gran Bretaña cree que el *brexit* ya ha sido. En cambio, la City de Londres cree que el *brexit* no será nunca. La única certeza que nos transmite el Gobierno británico es que se quieren quedar fuera: fuera del mercado único, fuera de la unión aduanera, fuera del pasaporte financiero, fuera de las ayudas comunitarias, fuera del mundo político, social y económico al que pertenecen; por ejemplo, dejar fuera al medio millón de británicos que residen en España y que después del *brexit* el año que viene no van a poder votar y elegir a los alcaldes de sus municipios.

Nos queda un año. Nos queda un año para conseguir un acuerdo equilibrado. Ningún acuerdo sobre *brexit* puede ser bueno. Nos queda un año para conseguir un acuerdo que no nos perjudique a las dos partes. Nos queda un año para que el Gobierno británico entienda que el peor de los acuerdos siempre es mejor que el caos.

Es verdad que la Unión Europea se quedará incompleta sin el Reino Unido, pero el Reino Unido completamente fuera de la Unión Europea se va a quedar perdido. El caos y el pensamiento mágico no son una política y eso hasta yo lo he aprendido de la gloriosa historia de Gran Bretaña.

Richard Corbett (S&D). – Madam President, the emerging position of the EU27 and the resolution that we have before us in Parliament today cannot be a surprise to the UK Government. They respond, in fact, to the ambiguities and the contradictions in that Government's position. The biggest ambiguity of all is the idea that you can have frictionless trade with the rest of Europe while leaving the Customs Union and the single market. Colleagues, the single market and the Customs Union are precisely the tools with which our countries have organised frictionless trade across Europe. You cannot walk out from them, abandon them and still have frictionless trade. The Customs Union also is a vital question when it comes to the Northern Ireland border. All of us are waiting with bated breath to hear how you can turn that border into a customs border but not have any customs controls. How do you do it? How can it be done?

(*Interjection: 'Electronically'*)

Electronically? So, all these nice wizardry things? I think they want to send Harry Potter to find some solution to this border.

(*Applause*)

The leaked government figures, by the way, show that this solution would reduce UK GDP by 4.5% over the next decade. No wonder they wanted to keep those figures quiet and how embarrassed they were when they leaked out. No, there will be deadlock, I fear, in these negotiations, which will continue for so long as we have a government in Britain that is divided internally, that has no majority in its own parliament and which continues to lose public support on this issue. It is time for a change within Britain if these issues are going to be properly addressed.

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Madam President, last week, the CEO of the Port of Dover went to Brussels and presented his view of Brexit. He made it very clear that if the 10 000 trucks going in and out of Dover everyday are only held up by 2 minutes because of Brexit there would be a 17 mile queue outside Dover – and equivalent chaos in Dunkirk and Calais. Yesterday, the Frankfurter Allgemeine Zeitung reported that Brexit alone costs Britain EUR 32 billion a year because of bureaucracy and customs. By the way, EUR 37 billion will be the cost to the remaining European countries. In other words, it is very clear Brexit remains a lose-lose situation.

What surprises me is that almost everybody, except the Brexiteers to my left here, hate Brexit but there is nobody in this House trying to stop it. I think it is time, Mr President, that you make Britain a new offer, an offer which Britain cannot refuse, an offer which gives Britain what they always wanted. Give some more autonomy over their immigration and let's keep them in the European Union.

Dita Charanzová (ALDE). – Madam President, we have now reached the crucial point in negotiations. We all need to know, and especially businesses, under which terms we will be able to cooperate in the future. What is the best scenario? To keep the UK within the internal market to preserve most of the benefits that we have created with the UK together. The fact that the UK refuses that is a fatal mistake. Any other option is simply worse and will build new barriers for EU companies, but also for British companies, and for some businesses, especially SMEs, this new situation will be very hard to cope with.

The worst possible outcome is having absolutely no deal. It would not allow for any transitional period and it would just worsen our mutual relations. It would degrade the EU-UK partnership to a level inferior to what we currently have with Turkey, or even with China, and I do not think either side wishes that.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Madam President, as a British MEP I am experiencing both sides of the Brexit negotiations and what makes me really sad is that it is the European side that is active in protecting citizens' rights and environmental standards, while the Tories are using Brexit to ride roughshod over them.

I noticed this especially in the area of tax, the main area of my work here in Parliament, and where our resolution makes clear that the UK will not achieve a trade deal with the EU unless we match European standards in the fight against tax avoidance and money laundering. So I am glad that my work here on tax won't be wasted, but I am sad that I must use my role as an MEP to protect these high standards in the UK after Brexit.

The situation is similar with citizens' rights where my own government did little to defend our interests, as though the one million British people who work in the EU or have European partners or children just don't matter to them. Brexit is a clear example of ideology triumphing over reason and, as such, it is the epitome of bad government.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nei giorni scorsi Donald Tusk ha detto una cosa giusta ma incompleta: i negoziati sulle relazioni future non possono procedere se il Regno Unito non offre sull'Irlanda del Nord soluzioni che tutelino il «Good Friday Agreement» e i diritti dei nordirlandesi a essere protetti dalla legge dell'Unione.

Di contro, è necessario che il negoziato continui sul tema cruciale della cittadinanza europea, un tema che non può abbandonare le nostre menti. Il «Withdrawal Agreement» deve essere perfezionato entro l'autunno. Né i nordirlandesi, né i cittadini europei in Gran Bretagna, né gli inglesi residenti nell'Unione – in tutto più di 6 milioni – possono tollerare oltre l'ansia in cui vivono. I loro diritti di cittadinanza europea devono essere salvaguardati e recintati («ring-fenced») in tempo utile e bene. Mai devono essere subordinati ad altri capitoli negoziali.

Gerard Batten (EFDD). – Madam President, we have had the Commission's draft withdrawal agreement and we have had Mrs May's response. The Commission wants unconditional surrender and Mrs May will settle for conditional surrender. The EU referendum was brought about and won by the UK Independence Party, and UKIP's position is no surrender. When the British people voted to leave, they voted to take back control: no more money to the EU, no more EU laws imposed upon us, no more open borders. Brexit must mean exit.

Our future relationship with the EU will be one of trade, friendship and cooperation, something that UKIP has argued for for the last 25 years. We will not accept subservience to the EU. We want full independence and the return to our former status as an independent, democratic nation state.

(Applause)

Marcus Pretzell (ENF). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben in diesem Hause mehrfach vorhergesagt, dass der Brexit für Großbritannien katastrophale Auswirkungen haben würde. Nun, zuallererst ist festzustellen, dass dieser Brexit überhaupt erst stattfinden wird aufgrund des Verhaltens der Europäischen Union und aufgrund des Versuchs, diese Union immer weiter zu vertiefen.

Aber kommen wir zurück zu Ihren Vorhersagen. Dieses neunzehnsseitige Papier beschäftigt sich zur Hälfte damit, wie man verhindern kann, dass Großbritannien dieselben Vorteile haben kann wie andere Staaten innerhalb der Europäischen Union. Wenn Großbritannien durch den Austritt auf jeden Fall schlechter gestellt sein wird, warum haben Sie so große Angst davor, dass Großbritannien am Ende besser dastehen wird, wenn Sie es nicht verhindern? Darum geht es Ihnen in dieser Debatte, und es ist unehrlich, diese Debatte auf dieser Grundlage zu führen.

Wir haben gemeinsame Interessen. Wir sollten dafür sorgen, dass wir weiter gemeinsam Handel treiben können. Und das ist mit etwas gutem Willen auch möglich.

Diane Dodds (NI). – Madam President, this morning we have heard of the European Union's desire for a close partnership with the UK post-Brexit. Yet there is no spirit of conciliation and compromise, and nowhere is this more evident than in the draft legal text on Northern Ireland and the Republic of Ireland which this resolution supports. This is aggressive interference in the internal affairs of the United Kingdom. It would be disastrous for Northern Ireland economically. It violates the principle of consent – a core principle of the Belfast Agreement – and it goes well beyond the Belfast Agreement in its north-south proposals. In fact it is a text that No British Prime Minister could agree to. It has achieved the seemingly impossible of uniting the British Parliament against it. Last week my party told Mr Barnier that we wanted practical solutions on the border. These proposals are a very far step away from it.

Danuta Maria Hübner (PPE). – Madam President, now that we are moving toward the future relationship it becomes even clearer that withdrawal of the UK from the Union is not a one-off event and it didn't happen as some people believe. It is a lengthy, law-based, law-driven process based on both legal and political grounds with far-reaching consequences for the lives of people. We are all involved – institutions, states, citizens and businesses. Yes, unity remains crucial but also listening to each other. The European Parliament will be providing consent at the end of this process. The Committee on Constitutional Affairs (AFCO) responsible for the institutional consequences of withdrawal and consent procedure will continue to be an open platform for hearings, debates, meetings with experts, citizens, all stakeholders concerned.

We have to remember that we have also Article 8 of the Treaty on European Union according to which the Union shall develop a special relationship with neighbouring countries as close as possible in the interest of all our citizens and businesses and founded on the values of the Union, and characterised by close and peaceful relations based on cooperation.

This week will bring the Withdrawal Agreement, including transition agreed among the EU27, endorsed by the European Parliament. The European Council will decide next week on additional guidelines on the future relationship and we will vote on our expectations regarding the future in tomorrow's resolution. Hopefully all that will allow us to enter into formal negotiations as soon as possible.

It is true that the clock has not stopped ticking but there is also still time for the UK to rethink the red lines.

Bernd Lange (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Kommissionspräsident, Ratspräsidentschaft! Wenn es so ist, dass *Britain* ein Drittstaat sein möchte, dann müssen wir auch mit einem Drittstaat vernünftig verhandeln und damit anfangen. Das heißt: Bei der Übergangsregelung müssen wir sicherstellen, dass Großbritannien während der Übergangsregelung keine eigenen Handelsabkommen schließt, dass das *level playing field* erhalten bleibt – zum Beispiel bei der Frage von regulatorischer Zusammenarbeit oder bei Beihilfen. Außerdem müssen wir anfangen, über einen Handelsvertrag nach der Übergangszeit zu verhandeln, mit den drei Elementen der Frage der Zölle, der Abwicklung von Zöllen und der regulatorischen Kooperation – damit wir uns nicht immer weiter auseinander entwickeln werden – und auch hinsichtlich der Regeln – also Fragen des geistigen Eigentums, der Arbeitnehmerrechte und so weiter. Das alles muss möglichst schnell angepackt werden.

Ich kann die britische Regierung eigentlich nur auffordern, endlich aus dem Reich der Träumerei auf das Reich der Wirklichkeit zu schauen und in substanzielle Verhandlungen einzutreten!

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Chciałbym przypomnieć, że potrzebujemy Wielkiej Brytanii w tym samym stopniu, w jakim ona potrzebuje nas. Dlatego nasze przyszłe relacje muszą być głębokie i dlatego konieczne są ambitniejsze rozwiązania niż dotychczasowe modele współpracy z państwami trzecimi, zwłaszcza w sferze polityki zagranicznej, bezpieczeństwa i obrony. Powinniśmy skończyć z dążeniem do ukarania Wielkiej Brytanii i wykazać większy realizm w prowadzonych negocjacjach.

Chciałbym powiedzieć jeszcze jedno, o czym koledzy nie mówili. Otóż brexit był i jest także szansą dla Unii, szansą na autorefleksję i reformę, która zmierzałaby do decentralizacji, większej przejrzystości i przywrócenia znaczenia państwowym narodowym, a także oparcia Unii na prawdziwych wartościach europejskich. Niestety nic takiego się nie stało i nadal obserwujemy rozrost praktyk, które składały się na rzeczywisty powód i wynik brytyjskiego referendum. Brak przejrzystości w funkcjonowaniu najwyższych władz instytucji, brak ponoszenia odpowiedzialności za popełniane błędy i wykroczenia oraz arogancja w uzasadnianiu tych praktyk.

Alyn Smith (Verts/ALE). – Madam President, amidst all our talk – quite rightly – about the Single Market and the Customs Union, I think a point worth making is that Scotland voted to remain within our European Union. That is our starting point and that is our domestic issue, but we will be in touch. Don't forget about Scotland.

But in this debate I'd address my remarks to people outside of this Chamber. To the people in England, the people in the United Kingdom, I say as a friend of both, who voted leave: I get it, your anger is justified, your anger is real; but I assure you, your fight is not with the European Union. You were told, you believed the promises; you were told by serious people like David Davis that there was no downside and a considerable upside to voting leave. Well I tell you, dear friends, this is what the future looks like, and it's pretty bloody bleak: a diminished UK, a diminished Europe, a poorer citizenry, a poorer society, a poorer economy. Nobody voted to make themselves poorer. There are no unicorns; there are no windmills for every voter; there is No GBP 350 million for the NHS. They lied to you. You were right, you were genuine, to take those promises at face value. But as we get to the end point of this process, we see what the reality is. There is no shame in changing your mind. There is still time to change course.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Madam President, the strength of this resolution on Ireland is to be welcomed. Every month since the Brexit referendum there has been growing support for the Sinn Féin proposal that the north of Ireland acquire special status to prevent a hardening of the border, to protect the Good Friday Agreement and to defend citizens' rights. Membership of the single market and the customs union for all of Ireland is essential.

The British Government has not presented a single realistic proposal on the Irish border. Their position, dictated by the DUP, is political lunacy that would harm Unionist workers, students, businesses and farmers as much as their Republican counterparts. The back-stop, while not perfect, provides some much-needed certainty. The British Government actually signed up for this in December and, for once, it is time for them to honour their word.

Finally, the Irish people have confirmed, time and time again, that they want to be part of the EU but, like citizens across Europe, they want a social, progressive and democratic EU. The ongoing drive for the further militarisation of Europe, including PESCO, is regressive and undermines the message of solidarity and peace that should be central to this Parliament's response to Brexit.

Marcel de Graaff (ENF). – Madam President, the EU should stop its warmongering between Ireland and the UK when it comes to the border with Northern Ireland. The Irish and the British will work it out together as they did before and you very well know that anything the EU touches becomes a filthy mess. Therefore, Mr Juncker, back off and start working on a decent trade deal. A deal without trade with the UK and your already failed project will certainly go bankrupt. So make a deal without protectionism, a deal without tariff barriers, without EU jurisdiction, without full EU rights for EU citizens in the UK, a deal without free movement of people, a deal that fully respects the absolute sovereignty of the United Kingdom. Get on with it or be gone.

Steven Woolfe (NI). – Madam President, fear, dread, alarm, panic, terror, pain. That is all that you hear, from those on that side of the House, will occur to Britain once we leave the European Union, not the positive message that we have campaigned for: one where Britain will be independent, looking outwardly to the rest of the world and still being friends with the European Union. This paper that you present today is one more attempt at fear, but this fear is to try to shackle Britain and undermine us. The reality is that it is the European Union's fear of Britain: fear of Britain succeeding, fear of Britain leaving this club and doing well.

But I will tell you that Britain has never feared looking forward to the future. We weren't in fear when we came to your aid from the times of Nazism to communism. We weren't fearful when we had to tackle our own economic problems, and we will not live in fear living outside of the European Union. We will embrace it and look forward to a bright future. You ought to learn that lesson now.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8)).

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question.* – Dear colleague, there are so many ties between the European Union and the UK; the UK and the European Union are so intertwined. Who is going to pay all these costs of Brexit if the UK decides one day to come back to the European Union? Are you, the Brexiteers, going to pay them?

Steven Woolfe (NI), *blue-card answer.* – What I will say to you is that Britain will not return to the European Union. What you will find is that more countries will want to leave the European Union. Because when our economy is growing faster than yours, when our regulations are not imposing costs on the small businesses that you have, and when you finally realise that it is politicians and democracy and the people that make the decisions over their lives, not unelected Commissioners, then you will see that more of Europe will want to leave and join Brexit as well.

György Schöpflin (PPE). – Madam President, a key aspect of Brexit is the future relationship between the European Union and the United Kingdom after the latter has become a third state. The auguries are not encouraging. The Brexit vote has brought to the surface the very deep divisions in the UK. These are not new, but they have acquired saliency following the Brexit vote.

The first such division is deeply ideological – that between the intransigent Brexiteers and the committed remainers. There is no common ground here. Then there are the cracks in what holds the country together. How United really are England, Scotland, Wales and Northern Ireland? How much are they desirous of remaining in the same state and, if so, on what terms? There is a crisis in the British constitution.

Finally, there's the centre-periphery problem. You probably all know this. London and the south-east, well that's a powerhouse, but the further north one goes, the weaker things are economically, in terms of status, aspirations and power. That's the way that peripheries work.

Without a redistribution of power, of goods and status – status above all – the crisis of the United Kingdom will persist. And that signifies that the United Kingdom will be an uneasy partner for the European Union.

Pervenche Berès (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Président, l'union douanière et le marché intérieur sont aujourd'hui derrière nous dans la relation avec le Royaume-Uni, puisque ce pays ne nous laisse manifestement que l'accord d'association comme voie possible de la future relation. Il faut être clair. Cela signifie que le régime du passeport n'existe plus et que nous rentrons dans celui de l'équivalence, dans lequel la question de la proportionnalité, bien sûr, devra être intégrée, mais l'équivalence – rappelons-le – est une décision unilatérale de l'Union européenne.

D'une certaine manière, il faut que nous ayons tous conscience que, à travers ce nouvel accord d'association à négocier avec le Royaume-Uni, nous serons un peu en situation de cobayes, car nous voyons bien que les nouvelles données d'un accord d'association ont changé. Les accords commerciaux – nous le savons – ont évolué, pas uniquement parce que c'est le Royaume-Uni. La question du règlement des différends et de la prise en compte des questions fiscales sont des éléments nouveaux que nous testerons, d'une certaine manière, malheureusement, dans cet accord avec le Royaume-Uni.

Un dernier mot pour dire que nous devons intégrer pleinement, dans cette négociation, l'effet sur les pays tiers, car ceux-ci voudraient parfois continuer à entretenir une relation avec l'Union européenne comme si le Brexit n'avait pas lieu. Or, il aura un impact dont nous devons tenir compte.

John Flack (ECR). – Madam President, let us negotiate as equals. Do not try and bully us. We are not Norway or Canada: we have almost double the population of Canada and ten times that of Norway. We are a true world power. We offer Europe friendship and cooperation, but be of no doubt: there will be an independent, free, prosperous British lion off your shores.

You will not chain us. Do not be fooled by political has-beens coming from the UK, like Blair and Clegg, desperate for publicity, acting as some sort of third column trying to stop Brexit or, worse still, agree a deal that will leave the UK so weak we come back, cap-in-hand, in decades to come. Be of no doubt: that will not happen. We are offering you tens of billions of pounds in aid, to plug the holes in your budget, just as my father and grandfather endured rationing in order that food could be sent to a starving mainland. We are your friends – your powerful friends – but do not push us too far.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Alyn Smith (Verts/ALE), blue-card question. – Thank you, Mr Flack, for giving way and taking the blue card. May I congratulate you for being the very first United Kingdom Conservative to actually contribute to this debate today. Does it not strike you as strange that, of all your colleagues, who are acting as the midwife to the Brexit vote – we have heard plenty from the Brexiteers, the charlatans, the shysters, the useful idiots today – you are the first United Kingdom Conservative – the Government of the United Kingdom – to actually speak today? Do you not think you could have said something more than warm words, flannel and nonsense?

(Applause)

John Flack (ECR), blue-card answer. – You consider the offer of friendship and cooperation bad words – that's what the British Conservatives and the British people are offering. The British Conservatives sit here as part of a very large and powerful ECR Group. We are a diverse group with diverse views.

President. – Excuse me, I can see you. There is no need to wave your arms like you're swimming. I can see you.

(Laughter)

I think we need to reflect on this moment. It is an internal UK issue so I will allow you a point of order if it is a point of order, but I will be strict if it is not. You have been warned. Thank you.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD). – Madam President, most people in the chair are not as observant as you, so may I congratulate you on that. Can I ask Mr Smith to please withdraw his remarks on Brexiteers? They are unparliamentary and demean this Parliament.

President. – Mr Woolfe, are you also looking to speak?

Steven Woolfe (NI). – Madam President, as a point of order on parliamentary language, I would ask Mr Smith to withdraw the use of the word 'shyster'. As someone of Jewish heritage, he should be fully aware and understand the power of that term and how demeaning it actually is.

David Campbell Bannerman (ECR). – Madam President, when Mr Smith was speaking, I raised my green card and you ignored it. Are you being fair in this debate? You have been very vocal about the Irish border in the media. Can I please green card Mr Smith about that? It was relevant to the point he made.

President. – Excuse me colleagues, allow me to answer. Thank you, colleagues. First of all, I chair this session totally, as Chair, and I did not see your card, whatever colour it was, so you have to respect my bona fides...

(Interjection from Mr Campbell Bannerman: 'It is this colour, and your staff did, Madam President ... sorry.')

Thank you for the apology. I am trying to keep order in this debate, which is a very important debate for all our citizens. If you were looking for a blue card during a blue-card procedure, then I will have to ask the services what we can do in that regard. But I don't ignore anybody. If I don't see them myself, I hope my services do and I hope the House accepts that.

You can speak when the microphone is on, sir, not when it is not, so bear with me for a moment.

I take note of the comments from other colleagues. I will not allow Mr Smith to respond because it will simply become a very debased debate, so let us move on to our next speaker, and I will consult the services on your point.

Jill Evans (Verts/ALE). – Madam President, 'I am European' is the title of a campaign that my party, Plaid Cymru (the Party of Wales), launched last week calling for people to have the ability to retain their EU citizenship after the UK leaves the EU. The petition received more than 5 000 signatures in just the first few days. Last Wednesday, the House of Commons debated and backed a Plaid Cymru motion on this.

No one has the right to strip people of their citizenship against their will. That's the view of many legal experts but that's what will happen unless there is action now, and it's a question of political will.

I welcome the fact that this resolution again proposes that the EU27 examine how to mitigate the loss of rights of UK citizens, and I urge the Commission and the Council to recognise that for many, their European citizenship is also an essential part of their identity.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, Ireland finds itself in an unenviable position, caught between two large powers, neither of whom history tells us we can trust. We were bullied for years by Britain, then bullied by the EU on Lisbon and Nice, bullied again on bank debt. It is because of this, I believe that Ireland needs a seat on Michel Barnier's negotiating team. It is only in this scenario, can we get the best possible deal for Ireland both North and South.

We hear support from Donald Tusk, support from Manfred Weber, so they tell us, but I hope it isn't just support because it suits them now, because we didn't get support from you in the past.

During these negotiations we've got to be pragmatic. We've got to work together. We've got to protect citizens' rights. We need to be positive. Statements such as you 'will regret it' from Mr Juncker, I hope you mean that from the point of view of you won't make them regret it, but you think they will regret it, because we need this to work out.

I'd like to hear more positive stuff as we heard from Mr Gualtieri that we need to reduce the negative impact as much as possible. We need this to work. We need you all to grow up, stop fighting and support people.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

President. – Just to respond to Mr Campbell Bannerman. Apparently I had given the floor to another speaker before the services saw your blue card, so let there be no doubt about my commitment to fairness in the Chair, and I hope you accept that. Secondly, Mr Flanagan, there is a blue-card request from Mr Rübig. Will you accept it?

Paul Rübig (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. –Frau Präsidentin! Wir haben zurecht erkannt, dass es bei einem *hard Brexit* umso mehr Probleme in Irland geben wird. Können Sie sich vorstellen, dass wir auch im Finanzrahmen der Europäischen Union Vorkehrungen treffen, damit wir im Falle, dass die Konflikte in Irland zu noch größeren Verlusten führen werden, als es sich derzeit darstellt, Irland eine dementsprechende Unterstützung geben können, damit die Katastrophe dort nicht so ausartet, wie wir heute befürchten?

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *blue-card answer*. – Madam President, it will cost Ireland financially and we do need support. In that context, I would ask the European Union and the ECB to stop Ireland borrowing and burning money that the ECB is forcing us to do. Last year we borrowed EUR 4 billion at the behest of the ECB and we burned it into thin air. If the EU is to prove solidarity towards Ireland and that it is our friend at a time when the ECB were engaged in quantitative easing, they've got to stop forcing us to get involved in quantitative squeezing.

Jeroen Lenaers (PPE). – Madam President, in recent months, Mr Juncker, Mr Tusk and Mr Barnier have sounded more and more like the Spice Girls – please, UK, tell us what you want, what you really, really want – because it has been 627 days since the referendum and we have mostly heard from the UK about what they do not want. Somehow, a very narrow referendum result has led to a blueprint for a hard Brexit, where the UK cannot stay in the single market, cannot stay in the customs union, cannot have a customs union and cannot have a Norway- or a Canada-style deal.

Ms May wants to take back control of laws, money and borders, but at the same time, she speaks of the most comprehensive trade deal ever with frictionless trade and no border in Ireland. Where is the sense of reality?

Her speech last week was an opportunity, after two years, to provide and to paint a realistic picture. Instead Ms May again limited herself to empty slogans, carefully drafted to hold together a divided Cabinet and a divided Tory party, still desperately trying to present Brexit as a win-win situation while asking for many more cakes to have and eat and many more cherries to pick. I am glad that this House today states that that is a completely unacceptable position. It is time for Ms May to stop confusing the Brexit negotiations with Conservative Party management and to start developing a credible and serious negotiating position. Let's get on with that.

Mercedes Bresso (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, vorrei tornare sulla proposta che il Parlamento fa di utilizzare la formula dello statuto di associazione per definire le relazioni con il Regno Unito. L'esperienza della Commissione con la Svizzera ci dice che la molteplicità degli accordi bilaterali è francamente impossibile e difficilissima da gestire. Quindi credo che questa sarebbe una buona proposta.

Mi interesserebbe capire quindi dal nostro negoziatore Michel Barnier come la vede, se secondo lui è possibile e in quale contesto, con che dimensioni, in che modalità pensa che potrebbe applicarsi, in particolare ad esempio rispetto all'ipotesi di una commissione bilaterale che gestisca poi tutta la questione della governance e degli accordi fatti.

In secondo luogo, vorrei anche chiedergli a che punto sono le negoziazioni sullo status dei cittadini europei e britannici dopo l'uscita del Regno Unito. Noi finora ci siamo occupati soprattutto di quelli che sono oggi là, ma cosa succederà successivamente?

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, pregovori o novim odnosima Europske unije i Ujedinjene Kraljevine složeniji su od svih dosadašnjih pregovora Unije s globalnim partnerima. Znali smo da će to biti tako i žao mi vidjeti da su obje strane u taj proces ušle nepripremljene.

Ujedinjena Kraljevina, s jedne strane, još uvijek oblikuje svoje želje i ambicije u jednoj unutarnjopolitičkoj borbi, dok je EU, s druge strane, raspet između potrebe za kvalitetnim trgovinskim sporazumom s vrlo bliskim partnerom i želje establišmenta da se Britance kazni za primjer drugima.

Danas su obje strane još uvijek ostale na istoj točki. Ujedinjena Kraljevina članica je Unije i u potpunosti usklađena s EU27. I nakon Brexita ona će ostati država s istim vrijednostima i jakim demokratskim institucijama, i, nemojte zaboraviti, u kojoj živi više milijuna Europljana.

Ako između ovih dvoje partnera ne može biti dogovora, onda je jasno da se radi ili o nedostatku želje ili o nesposobnosti pregovarača.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, για το μπρέξιτ είμαι ταυτόχρονα απαισιόδοξος και αισιόδοξος. Είμαι απαισιόδοξος γιατί θεωρώ ότι η συντηρητική κυβέρνηση του Ηνωμένου Βασιλείου έχει δυσκολίες να το διαχειριστεί και αυτό έχει σχέση και με την ιστορία του συντηρητικού κόμματος. Να θυμηθούμε ότι η Θάτσερ αμφισβητήθηκε από τους φιλοευρωπαίους, ο Μέιτζορ αμφισβητήθηκε από τους αντιευρωπαίους και ο Κάμερον οδηγήθηκε σε προσωπικό πολιτικό αδιέξοδο στην προσπάθειά του να απαντήσει στην πρόκληση του UKIP, την αντιευρωπαϊκή πρόκληση.

Επομένως κατανοώ τις πολιτικές δυσκολίες –είναι διαχρονικές– και αυτό αναδεικνύει και τον σωστό ρόλο που παίζει ο κ. Barnier με τους συνεργάτες του, δηλαδή κάνουν μια σωστή, δύσκολη, έντιμη, αποτελεσματική διαπραγμάτευση σε ένα πολύ δύσκολο πολιτικό περιβάλλον και νομίζω ότι, αν θέλουμε να ψάξουμε μία ευρωπαϊκή προσωπικότητα γύρω από την οποία μπορεί να ενωθούμε εδώ, αυτή είναι ο κ. Barnier, αντί να ψάχνουμε άλλα παραδείγματα τα οποία είναι λιγότερο φωτεινά.

Από την άλλη, είμαι αισιόδοξος, γιατί θεωρώ ότι το τελικό αποτέλεσμα της διαπραγμάτευσης δεν θα είναι ικανοποιητικό, επομένως η δυναμική του μπρέξιτ θα σπάσει και η δυναμική του remain –γιατί αυξάνονται οι υποστηρικτές του remain στο Ηνωμένο Βασίλειο αλλά δεν έχουν βέβαια πολιτική έκφραση– θα ενισχυθεί. Γι' αυτό λοιπόν θέλω να είμαστε με ανοιχτό μυαλό και ανοιχτή αγκαλιά έναντι των φίλων του Ηνωμένου Βασιλείου, γιατί, απ' ό,τι έχω μάθει στην πολιτική και στη ζωή, ποτέ μη λες «ποτέ».

Nicola Danti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Juncker, ogni giorno che passa, tutto ciò che sembrava semplice appare maledettamente più complicato, e conciliare l'uscita dall'Unione europea e il mantenimento dei benefici collegati è sempre più difficile, a meno di non minare l'idea stessa di Europa. Questo dilemma emerge in tutta la sua portata quando affrontiamo il tema del mercato unico, dove non c'è spazio per soluzioni fantasiose, come disse il primo ministro May, e non c'è spazio per soluzioni *à la carte*.

Dopo due anni dal referendum e dopo un anno dall'avvio dei negoziati, abbiamo bisogno adesso di risposte chiare da parte del governo inglese. Le domande sono semplici: mercato unico: sì o no? Unione doganale: sì o no? Accordo commerciale: quale? Una risposta definitiva a queste domande è la premessa per poter finalmente arrivare a definire una strategia di fruttuosa collaborazione per le future relazioni.

Una cosa è chiara, signor Presidente: per l'Europa la protezione e l'integrità del mercato unico, frutto di decenni di costruzione faticosa, non può essere messa in discussione.

James Nicholson (ECR). – Madam President, two weeks ago the Commission published its draft withdrawal agreement containing proposals on Northern Ireland that, at best, show a disregard of the Belfast Agreement and the principle of consent. At worst, they read as an attempt to use Brexit to pull Northern Ireland away from the rest of the United Kingdom.

Then last week, Leo Varadkar and Donald Tusk chose to dismiss the Prime Minister's reasonable call between Brussels, Dublin and London on border issues. This kind of attitude is putting strain on relationships and risks hardening opinions on all sides. I would say to Mr Tusk that you are playing a high-stakes game with the United Kingdom, and with Northern Ireland in particular. You are in serious danger of overplaying your hand.

We want and need solutions that avoid a hard border and respect the constitutional integrity of the United Kingdom and the Belfast Agreement. We can only do that if we all work together.

Gunnar Hökmark (PPE). – Madam President, when our own mini-Trump, Mr Farage, claims here in this plenary that the European Union is bullying the United Kingdom, it is his way of informing us that he now understands the consequences of Brexit. He understands that when you are leaving the internal market, you're leaving it. When you are leaving the common legislation, you are leaving it. When you are leaving the cooperation for security, you are leaving it.

I must say it doesn't take a mathematician to understand the consequences of that. But he now understands and blames European Union for his propaganda. That is as Trump as you can get.

We need to be more grown up than that. The European Union, the European Parliament and the Commission – we are of course a part of the negotiations, but we must be more than that. We must take responsibility for Europe as such, for what is best for Europe; what is best for the United Kingdom, in spite of a disoriented government and political establishment; what is best for the remaining countries, and what is best for all of us regarding the economy, financial markets and security. Let's have that in mind. We are not only part of the negotiations, we are responsible for the future of Europe.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *blue-card question*. – First of all, thank you very much for taking the Blue Card. I have one very simple question, which is: on the basis of what you said, and which attracted a great deal of support, will the European Parliament in your opinion – I am asking you to make a prediction – vote in favour of any agreement that is reached between the European Commission, the European Council and the British Government? Do you think that the European Parliament will vote in favour of it or vote against it?

Gunnar Hökmark (PPE), *blue-card answer*. – Dear colleague, I would like to inform you about democracy. The whole idea of democracy is that things are not decided on before. It is decided when you decide, based upon what you decide on and based upon what you think about that decision. That is the parliamentary system in the United Kingdom, and that is the parliamentary system of this Parliament.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Es ist nicht leicht vorherzusagen, wie dieses traurige Brexit-Theater ausgehen wird. Nicht einmal für uns, die wir uns regelmäßig damit beschäftigen, und schon gar nicht für die unmittelbar Betroffenen – Millionen Menschen, über drei Millionen Bürger aus EU-Staaten in Großbritannien und über eine Million Briten außerhalb des Königreichs. Sie verfolgt diese Frage bis in den Schlaf, ihre Zukunft ist ungewiss. Sie fühlen, dass sie Verhandlungsmasse sind, und fürchten, dass sie am Ende des Prozesses zur Verschlussmasse werden können. Fast 4,5 - Millionen Menschen – viele Mitgliedstaaten haben weniger Einwohner – sind davon betroffen. Sie haben ihre Entscheidungen im Vertrauen auf den Fortbestand von Rechtsnormen getroffen. Sie brauchen klare Entscheidungen und keine Ungewissheiten.

Als europäische Parlamentarier werden wir alles tun, um zu garantieren, dass Recht Recht bleibt. Die Rechte aus der Unionsbürgerschaft bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit. Ich kann mir nicht vorstellen, einem Brexit-Deal zu Lasten der Bürgerrechte zuzustimmen, und da bin ich mir mit vielen Kolleginnen und Kollegen einig.

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Voorzitter, het is duidelijk dat elke stap die we nemen in deze onderhandelingen meer vragen met zich meebrengen, en dat aan beide kanten van het Kanaal.

Dat is zeker het geval voor een groep mensen die tot nu toe, en onterecht, onderbelicht bleef: onze vissers. De vissers in Vlaanderen hebben het moeilijk. Ze willen nieuwe investeringen aangaan, maar krijgen daarbij, door Europese regels, geen steun van de Unie. En net nu wordt één van hun grootste factoren voor bedrijfszekerheid in vraag gesteld. Velen onder hen vissen op basis van historische rechten en afspraken in Britse wateren. En ze doen dat met respect voor het milieu en met respect voor geldende regels.

Of we het nu willen of niet, de visserij maakt onvermijdelijk deel uit van deze onderhandelingen. Het is daarom cruciaal dat in onze nieuwe relatie met het Verenigd Koninkrijk op het vlak van de visserij heldere afspraken worden gemaakt. Eerst en vooral moet het gaan over het in stand houden van de visbestanden. Vissen stoppen, ook na de brexit, niet met zwemmen aan de grens tussen de Britse en de Europese wateren. Maar het belangrijkste punt is het volgende. Voor die bedrijfszekerheid van de Vlaamse maar ook Britse vissers is het belangrijk dat die toegang tot elkaars wateren zoals deze vandaag bestaat, verzekerd kan blijven. En daarnaast moet er een duidelijke link bestaan tussen toekomstige visserijakkoorden en de nieuwe relatie met het Verenigd Koninkrijk, zoals die door onderhandelingen tot stand gaat komen. Zo niet, collega's, – vergeef mij de metafoor – dreigen we in verraderlijk vaarwater verzeild te raken, en dat mogen en kunnen we onze vissers niet aandoen.

Agnes Jongerius (S&D). – Voorzitter, we praten vaak over brexit als een technisch gegeven, maar ik wil hier nog één keer benadrukken: het gaat over mensen en de gevolgen voor diezelfde mensen.

Na TTIP hebben we afgesproken dat handelsverdragen nooit mogen leiden tot verwatering van EU-normen en EU-standaarden. Dat geldt dus ook voor het toekomstige handelsverdrag met de Britten. Dus, goede handhaving bijvoorbeeld op het stuk van voedselveiligheid en milieunormen. Ook willen we garanties dat het VK zich niet gaat ontwikkelen tot een handelspartner die onze sociale standaarden onder druk zet en fiscale dumping stimuleert. Anders zijn het de Europese werknemers die het slachtoffer worden van hun politieke beslissingen.

Bij CETA hebben we afgesproken dat we naar hogere standaarden streven door samenwerking op het gebied van regelgeving. Alleen als de Britten hier ook voor gaan, kan dat leiden tot een duurzame en vruchtbare handelsrelatie.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissionspräsident, lieber Michel Barnier! Ich möchte mich zuerst einmal bei den beiden Herren Juncker und Barnier bedanken, vor allem bei Michel Barnier, mit welcher ruhiger Hand, Konsequenz, Kompetenz, Objektivität und Ernsthaftigkeit er diese Verhandlungen leitet und führt.

(Beifall)

Eine Ernsthaftigkeit, die mir bei der Premierministerin des Vereinigten Königreiches abgeht. Sie meint noch immer, dass sie so etwas wie einen warmen Eislutscher verhandeln muss. Großbritannien soll den Binnenmarkt und die Zollunion verlassen, aber alle Vorzüge behalten. Das ist ausgeschlossen! Das ist unmöglich!

Ich möchte noch einen zweiten Punkt einbringen: Wir müssen die Brexit-Erfahrungen auch dazu nutzen, die europäische Demokratie weiterzuentwickeln. Der Brexit zeigt uns neuerlich, wie die Referenden über den Verfassungsvertrag, dass nationaler Populismus, parteitaktische Spielchen, persönliche Eitelkeiten und eine Stimmungsdemokratie den Menschen im eigenen Land schaden können, aber auch allen Menschen in der Europäischen Union Schaden zufügen können. 4,6 % Prozent aller EU-Bürgerinnen und -Bürger haben direkt oder indirekt über alle 508 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger entschieden. Das halte ich nicht für demokratisch. Das ist der europäischen Demokratie nicht angemessen. Es ist notwendig, auch darüber EU-weit zu diskutieren und die europäische Demokratie weiterzuentwickeln.

Bogusław Liberadzki (S&D). – Pani Przewodnicząca! Panie Przewodniczący Juncker!-Panie Barnier! Chciałem nawiązać do Pana wystąpienia. Trzy momenty szczególnie przypadły mi do gustu. Pierwszy: metodyczne podejście, drugi: transparentność procesu i wreszcie pozytywna ocena dotychczasowej pracy pana Michela Barnier. To są punkty, co do których nie powinniśmy tutaj wyrażać żadnych wątpliwości. Kolejna rzecz. Trzy opcje i w tym opcja: specjalne porozumienie czy rozwiązanie dla Wielkiej Brytanii. Uważam, że jest to naprawdę bardzo daleko idące wyjście naprzeciw. Drugie to wypowiedź pana Roberto Guevary, który zwrócił uwagę na to, że, po pierwsze, nie ma kompetentnej odpowiedzi ze strony rządu Wielkiej Brytanii, po drugie, żeby traktować ludzi lepiej niż towary. Ale za rok, dokładnie za rok, 29 marca 2019 r. brexit może się zdarzyć. Jestem pytany przez przewoźników drogowych, w jaki sposób będą wjeżdżać do Wielkiej Brytanii 30 marca 2019 r., a jest to 4 tys. wjazdów na dobę.

Marietje Schaake (ALDE). – Madam President, time is running out. The UK Government is encouraged and, actually, urged to make and articulate choices on the future trade relations. Political promises cannot remain vague and contradictory forever. For us, a level playing field is essential. We should not make concessions when it comes to high standards or compromises on the unity of our single market, but it is time for a reality check in London: special trade privileges are only negotiable when the United Kingdom also accepts overarching rules and standards. Yet the UK's many red lines only lead to one thing: there will be hurdles and friction when it comes to trade, and that negatively impacts citizens, small and medium-sized enterprises and, of course, many other companies.

A solid future relation does not magically emerge on the basis of speeches. I therefore urge Prime Minister May to come up with a realistic proposal about the trade relations she does want for her country after Brexit in relation to the European Union.

Terry Reintke (Verts/ALE). – Madam President, as this process unfolds, we can all clearly see what the biggest lie was during the Brexit campaign. It was not a bus that was claiming that there would be GBP 350 million for the NHS, it was not the wrong statistics given or the wrong representations of the European Union; it was the claim itself that was a lie – taking back control – because as we see Brexit develop, we see that it does the exact opposite. Millions of citizens – non-British and British EU citizens – are losing control over their lives. They are losing control over the possibilities that they have in their lives. We see the people on the island of Ireland losing control over the peace process which they thought was going in the right direction. We need to say very clearly that when this is going to unfold, when we are going to lose control, who is going to win from this? It is going to be the bullies, it is going to be the people with no scruples. This Parliament has to make sure that the good people are not going to lose control, that we stand up for their rights, that we stand up for them having control over their lives, even in this very horrible situation.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

*Presidente**Procedura «catch-the-eye»*

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente, quiero empezar expresando el deseo de que podamos encontrar entre la Unión Europea y el Reino Unido una asociación futura estrecha, equilibrada y mutuamente beneficiosa que nos permita afrontar de forma coordinada muchos retos que nos son comunes. Yo quiero insistir en una materia en la que debemos seguir cooperando estrechamente, como ya lo ha mencionado el señor Vandenkendelaere.

Desde hace mucho tiempo, pescadores europeos pescan en aguas británicas y en su zona económica exclusiva y, recíprocamente, buques británicos faenan en aguas y en las zonas económicas exclusivas de los Estados miembros. Esto debe seguir siendo así y, para ello, deberemos alcanzar un acuerdo específico de pesca.

También deben proseguir los intercambios de productos de la pesca. Alrededor del 67 % de las exportaciones británicas de pesca y mariscos se destinan a los mercados europeos.

Espero que estos flujos comerciales se mantengan, pero, para ello, tiene que mantenerse también el acceso recíproco a las aguas: los peces no conocen fronteras; la gestión de los *stocks* de pesca que compartimos también debe efectuarse en estrecha coordinación.

La pesca es un ámbito en el que tendremos que alcanzar una relación futura constructiva, mutuamente beneficiosa. El acceso a aguas y el acceso a mercados deben estar estrechamente vinculados.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, han transcurrido ya dos años desde aquel desdichado referéndum en el que se puso de manifiesto —y no por primera vez— un error trágico perpetrado por un gobernante europeo: pretender frenar el populismo y la eurofobia, tan representados en esta Cámara, abrazando sus banderas.

Pero el daño está hecho. Muchos no lo deseábamos. Y lo que hemos visto, a pesar de la complejidad y de la oscuridad que traslucen muchos de los debates sobre el seguimiento del *brexit*, es que la opinión pública europea, que no lo deseaba, ya se ha hecho a la idea. Pero esto contrasta con la confusión reinante en la posición británica: ninguna claridad en relación con Irlanda del Norte, con Gibraltar —territorios que, por cierto, votaron en contra del *brexit*— y, sobre todo, preocupación en torno a los acuerdos de aviación comercial por parte de compañías participadas por capital británico.

Por eso son enormemente exigibles, señor Barnier, claridad, resolución y determinación, porque el tiempo corre en nuestra contra y el reloj de arena nos señala el tiempo de caducidad de la negociación. El momento de llevarla a cabo es ahora. El reloj de arena corre en nuestra contra.

David Campbell Bannerman (ECR). – Mr President, I just want to say briefly in this debate that I am disappointed that none of the realities of the UK leaving have really been touched upon from the EU point of view, such as the fact that the UK will become the largest single market of the EU when we leave – bigger than China, the United States and Japan, for example. We have a GBP 75 billion deficit with the EU of your goods, and we employ 1.5 million Germans through cars, etc. The City of London is very important in funding EU businesses. I have heard none of this today.

What we need is a super Canada deal, one that is bigger, better and deeper than the one with Canada – which is entirely achievable – and a strategic partnership agreement on foreign affairs, defence and security. I thank Mr Verhofstadt for his support for the UK in respect of the dreadful attack on our soil. When it comes to security, we are as one.

Catherine Bearder (ALDE). – Mr President, this Brexit Government still has no plan: no plan on Northern Ireland, no plan for its citizens, and no plan for businesses. No clear plan is a dereliction of duty. The Church Times wrote, and I quote: ‘when a government sees an impending threat to the people in its care, it fails in its duty if it does nothing to remove that threat’. Ms May and her Conservative Government are failing in their duty of care to the country. As the so-called ‘party of business’, it would appear they have no business plan. You can’t run a corner shop without a business plan, let alone a country.

The single market has massive benefits, but it also has rules. This resolution is clear about those rules, and it is reasonable to defend them. But whatever the deal might be, we as the Liberal Democrats demand the people have a say on it. We here will have a vote. It’s likely the Parliament of Wallonia will have a vote. As my hashtag says, #giveusasayMrsMay.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur Barnier, on vous a connu en tant que commissaire à la politique régionale et vous savez bien ce que sont la pêche et la politique de cohésion. Nous voudrions bien savoir si la Commission européenne – comme nous vous l’avons déjà demandé il y a un an – a fait une étude d’impact sur la pêche européenne et notamment en ce qui concerne la Galice, étant donné que la Galice est un pays de pêcheurs qui sera durement touché par les conséquences du Brexit. Nous voudrions bien aussi connaître l’impact sur la libre circulation des personnes. De nombreux jeunes de mon pays ont émigré au Royaume-Uni et nous ne savons pas ce qu’il adviendra d’eux en tant que citoyens de l’Union. Ils sont dans une impasse. Il ne s’agit pas que d’une ou deux personnes; plus de 40 000 personnes originaires de Galice vivent au Royaume-Uni.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, os povos devem ter o direito de decidir de forma soberana os seus destinos, incluindo no que se refere à saída da União Europeia. Esta decisão deve ser respeitada e o sequente processo negocial deve ser isento de pressões, de ameaças e de chantagens.

Reiteramos aqui que o acordo de saída do Reino Unido da União Europeia não deve redundar num enfraquecimento das normas relativas aos direitos dos trabalhadores migrantes nem de outros direitos sociais, designadamente o direito de residência, o direito à igualdade de tratamento, o direito de acesso a serviços públicos de cuidados de saúde e de educação, o direito à transferibilidade das prestações de segurança social, o direito ao reagrupamento familiar e o reconhecimento mútuo das habilitações académicas e das qualificações profissionais.

Qualquer futuro acordo económico e comercial entre o Reino Unido e a União Europeia deve ter em conta as especificidades e os interesses dos diferentes Estados-Membros, e cada Estado-Membro deve ter o direito de estabelecer relações com o Reino Unido nas mais diversas áreas, de acordo com os seus interesses próprios.

Mairead McGuinness (PPE). – Mr President, I dare say there are a few in this House that put a few bob on the horses and we should acknowledge that the Cheltenham Festival is today. There might be a few people there discussing Brexit because actually Brexit will damage the horse-racing industry because it relies on EU rules, and I dare say Mr Farage might be interested in that. This is a huge concern for punters, for breeders, for trainers, and we need to find a solution.

Can I also address Prime Minister Theresa May directly? When she spoke in her speech about a precious union of the United Kingdom, I get that. I fully understand it. But, can I say that the European Union is also precious? Not in the way that sometimes precious is perceived; it’s important, it’s vital, and therefore that’s why we defend it.

Can I say that one of the big hurdles we face, continuing the racing metaphor, is that of the border with Northern Ireland? Jim Nicholson has left the Chamber, but he’s a wise man and he, in my view, is a bridge between the extremes of Sinn Féin and the DUP. Perhaps we should listen to him.

John Howarth (S&D). –Mr President, as the resolution recognises, the logical consequences of the UK Conservative Government's red lines are customs checks and delays at Dover and elsewhere, which will seriously impact the supply chains not only of UK businesses, but also businesses in the EU27. Theresa May's red lines have boxed the UK into a corner, with a free trade agreement now the only option. This will be damaging for the EU and a disaster for the United Kingdom. Whitehall's own assessment of the impact makes for bleak reading. If the UK ends up with only a free trade agreement, it can expect a GDP drop of 5% nationally, including in my South-East constituency. Under WTO rules, which the likes of UKIP want, that would be even worse.

None of this seems to bother the UK Conservatives, who seem to have abandoned UK business entirely, but it will not be their wealthy chums who suffer from this. It will be ordinary people. It is high time this government dropped its red lines and negotiated with an open mind.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident! Wir diskutieren hier und heute Leitlinien für die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Das ist wichtig. Allerdings sage ich Ihnen auch: Wenn ich bei mir zu Hause auf den Marktplatz gehe oder am Stammtisch bin, dann diskutieren die Menschen dort nicht, wie es wohl mit dem Vereinigten Königreich weitergehen wird. Was die Menschen von der Kommission erwarten, ist eine Lösung für die EU-27 der Zukunft, vor allem eine finanzielle Lösung. Und auch da ist der Volksmund sehr klar: „Wir zahlen keinen Cent mehr, wir zahlen eh schon genug.“ Leider kommt diese Botschaft in Brüssel nicht an.

Ein Drittel der Brexit-Lücke, sagt Kommissar Oettinger, soll Deutschland füllen – drei bis vier Milliarden Euro mehr pro Jahr. Schon heute zahlen wir 13 Milliarden Euro mehr, als wir bekommen. Plus vier macht 17, dividiert durch 82 Millionen macht 208 Euro pro Kopf. Deshalb mein Appell in dieser Runde: Finden wir eine Lösung für den Haushalt, diskutieren wir auch Leitlinien für die Beziehungen zwischen der EU und ihren Bürgern!

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Michel Barnier, négociateur en chef pour le Brexit. – Monsieur le Président Tajani, Monsieur le Président Juncker, je vous remercie de me permettre de m'exprimer au terme de ce débat, que nous avons évidemment écouté avec beaucoup d'attention.

Madame la Ministre, Mesdames et Messieurs les députés, je suis heureux de vous retrouver pour faire le point. Les citoyens britanniques, dans leur majorité, ont choisi souverainement de quitter l'Union européenne. C'est un choix que nous regrettons, c'est un choix que nous respectons. Désormais, nous le mettons en œuvre. *Brexit means Brexit.*

Mais à ce stade, je voudrais dire deux choses, préalablement, que tout le monde, ici et ailleurs, doit bien comprendre et garder en mémoire. D'abord, à propos du Royaume-Uni, qui a choisi de quitter l'Union: nous avons eu, j'ai toujours eu, et nous garderons jusqu'au bout, en toute hypothèse et en toutes circonstances, pour ce pays – sa culture, son peuple, son histoire, solidaire de la nôtre dans les moments les plus tragiques, sa diplomatie –, le respect qui est dû à un grand pays, un pays ami et un pays allié.

Ensuite, il est important que tout le monde comprenne que, dans cette négociation extraordinaire, complexe, extraordinairement complexe, notre responsabilité, la vôtre, celle du Conseil et, évidemment, celle de la Commission sous l'autorité du président Juncker, notre responsabilité est de préserver, pour l'avenir et pour le long terme, ce que nous sommes, notre Union, nos valeurs, notre identité, notre marché unique, nos politiques communes. Rien de cela, Mesdames et Messieurs les députés, rien de tout cela n'est négociable, et nous en sommes responsables.

Chaque jour – juste un mot un peu personnel dans la mission qui m'a été confiée, au tout début, par le président Juncker, et que vous accompagnez, Mesdames et Messieurs –, je garde en tête une phrase d'un homme d'État français que je respectais beaucoup, Pierre Mendès France, qui disait, dans un discours, «Ne jamais sacrifier l'avenir au présent». Tout à l'heure, M. Hökmark et M^{me} McGuinness ont dit cela aussi avec beaucoup de force.

Au moment où nous sommes dans cette négociation, au terme de ce débat, je veux partager avec vous trois messages. D'abord, nous devons mettre les choses dans le bon ordre, comme nous l'avons fait depuis le début, pour préparer et construire un nouveau partenariat ambitieux avec le Royaume-Uni: la condition préalable – la *prerequisite* –, c'est d'organiser son retrait de manière ordonnée plutôt que de manière désordonnée. Roberto Gualtieri a insisté sur ce point. Sous l'autorité du président Juncker – que je remercie à nouveau de sa confiance –, la Commission – qui fait son travail, qui fait le travail que vous lui avez confié –, a présenté, il y a quinze jours, ce projet complet de traité. Les choses sont maintenant claires, on peut les avoir entre les mains.

Il s'agit, à travers la proposition de ce projet complet de traité, d'accélérer et de faciliter la discussion avec les Britanniques en travaillant, désormais, sur un texte juridique. Comme l'ont très bien dit Danuta Hübner et le président - Juncker tout à l'heure, le temps est très court. Il est court pour la négociation de l'accord de retrait, il sera court pour la négociation de toute relation future. Il est également court - permettez-moi d'insister sur ce point - pour la préparation que nous devons effectuer dans chacun de nos pays et, ensemble, avec les parties prenantes, pour préparer les conséquences inévitables du Brexit, que les Britanniques ont choisi. Cette préparation - je tiens à le dire en le remerciant - est conduite aussi, au niveau de la Commission, par notre secrétaire général, Martin Selmayr.

Le temps est court. Nous avons, sur ce texte, des points de vigilance particulière, que vous avez rappelés les uns ou les autres dans vos interventions et que vous rappelez, Guy Verhofstadt, dans cette résolution. Évidemment, notre priorité commune, c'est d'abord les citoyens. Nous resterons jusqu'au bout attentifs - c'est-à-dire jusqu'au moment de la ratification de cet accord de retrait - aux garanties que nous avons obtenues dans le rapport conjoint au mois de décembre et sur la mise en œuvre effective de l'ensemble des droits dans le cadre de procédures simples et non coûteuses.

Madame Miranda, vous avez évoqué tout à l'heure, comme Gabriele Zimmer, ou Barbara Spinelli, Jill Evans et Josef Weidenholzer, cette question prioritaire des droits des citoyens britanniques qui vivent et travaillent - et qui ont choisi de vivre et de travailler - dans l'un de nos 27 pays, et, évidemment, des trois millions et demi d'Européens, parmi lesquels beaucoup d'étudiants, qui vivent et travaillent au Royaume-Uni.

Nous attendons aussi du Royaume-Uni un engagement sincère et des avancées dans les prochains jours sur l'ensemble des autres sujets, tels que la gouvernance de l'accord Euratom. Je pourrais multiplier les exemples des sujets que nous n'avons pas complètement négociés, sur lesquels nous n'avons pas encore d'accord, lesquels font partie de tous les sujets de la séparation et qui sont indispensables à un retrait ordonné. Cela concerne évidemment aussi la transition. Nous acceptons - les dirigeants européens ont accepté, vous avez accepté - la demande du gouvernement britannique, présentée par Theresa May, d'inclure une période de transition dans l'accord de retrait. Évidemment, dans cette période de transition courte, dans le respect de l'article 50, toutes les règles de l'Union devront s'appliquer sans aucune distinction. Par exemple, un citoyen qui arrivera durant cette période de transition - Mercedes Bresso a évoqué ce point - devra bénéficier des mêmes droits que celui qui est arrivé avant le jour du Brexit.

Il y a un deuxième point qui est évidemment celui de notre partenariat futur, évoqué dans votre résolution. Vous dessinez, dans ce texte, l'architecture et le contenu - comme le fera le Conseil européen dans quelques jours, sous l'autorité de Donald Tusk - de ce que pourrait être ce partenariat ambitieux avec le Royaume-Uni. Guy Verhofstadt évoquait l'association future avec ce grand pays autour de quatre piliers, et je me retrouve dans cette architecture que vous proposez.

Premièrement, notre relation commerciale. M. Sulík évoquait tout à l'heure les échanges. Il faut évidemment encadrer ces échanges commerciaux et continuer à faire du commerce avec le Royaume-Uni, y inclus dans cette relation commerciale - comme l'ont évoqué M. Vandenkendelaere, M. Millán Mon ou M^{me} Miranda -, un accord équilibré sur la question de la pêche.

Deuxièmement, des coopérations thématiques. M. López Aguilar évoquait l'aviation, M. Peter van Dalen évoquait la recherche ou les universités - je pourrais citer Erasmus. Nous établirons, dans un cadre financier réglementaire différent de celui d'aujourd'hui - puisque le Royaume-Uni a choisi de ne plus être dans l'Union -, un cadre de coopération pour maintenir dans l'intérêt commun ce travail avec les Britanniques.

Troisièmement, une coopération en matière de justice, d'affaires intérieures, de coopération policière ou judiciaire et, enfin, évidemment, avec ce grand pays, un partenariat stratégique pour la politique étrangère, la sécurité et la défense.

S'agissant du premier pilier, celui de la coopération économique, au moment où nous parlons, tous les modèles de coopération avec des pays tiers sont encore sur la table. Ils sont disponibles.

We are open for business. It is the UK that is closing doors.

J'ai écouté attentivement le discours de Theresa May à la *Mansion House*, qui confirme les portes que le Royaume-Uni ferme lui-même objectivement en confirmant des lignes rouges.

Sortir du marché intérieur, quitter l'union douanière, Elmar Brok a rappelé tout à l'heure cette ligne rouge. Esteban González Pons aussi. Retrouver une autonomie réglementaire et commerciale, cela nous a été dit tout à l'heure par plusieurs d'entre vous. Ne plus jamais être lié par la Cour de justice, voilà les lignes rouges que le Royaume-Uni confirme. Nous en prenons acte, mais alors il faut se rendre à l'évidence. On ne peut pas vouloir à la fois le statut d'un pays tiers et demander en même temps les avantages appartenant à l'Union et uniquement à l'Union, comme l'a précisé Philippe Lamberts. On ne peut pas et on ne pourra pas utiliser le marché intérieur à la carte – M. Lenaers tout à l'heure ou M. Danti l'ont dit –, alors qu'il constitue un écosystème intégré et que les quatre libertés, y inclus la liberté de circulation, sont indivisibles et indissociables. On ne peut pas vouloir participer à nos agences sans l'engagement juridique d'adopter et d'appliquer le droit de l'Union et la juridiction de la Cour de justice. On ne peut pas et on ne pourra pas solliciter de l'extérieur la reconnaissance mutuelle des règles et des normes, alors que cela ne peut reposer que sur la confiance, c'est-à-dire une loi commune, une supervision cohérente et une juridiction unique. Mesdames et Messieurs les députés, Monsieur le Président, c'est une idée assez étonnante, en effet, que de croire que les 27 États membres de l'Union et votre Parlement pourraient accepter, en quelque sorte, la convergence quand le Royaume-Uni le souhaite et lui laisser en même temps la possibilité de diverger quand il s'agirait pour lui de créer un avantage comparatif.

To coin a phrase, it's time to face up to the hard facts.

M. Ferreira, M. Lange et M^{me} Scott Cato notamment ont évoqué la question des normes au Royaume-Uni – ce sera un pays tiers et souverain – et puis chez nous aussi. C'est un point très important et c'est une question que j'ai posée il y a quelques semaines et pour laquelle nous n'avons pas encore de réponse du Royaume-Uni. Le Royaume-Uni choisit de quitter l'Union, choisit de quitter le marché unique et l'union douanière. Nous en prenons acte.

Est-ce qu'il veut aussi quitter ou s'éloigner de notre modèle réglementaire, celui-là même que nous avons construit patiemment ensemble avec vous et vous avec nous depuis 44 ans? Un modèle réglementaire qui n'est pas seulement une question de normes, de standards ou de lois, derrière lequel il y a en fait des choix de société que nous avons faits ensemble: l'économie sociale de marché, la protection sociale, la sécurité et certains modèles alimentaires, la régulation financière. Je pourrais citer d'autres exemples de ces choix de société communs que nous avons fait à 28 et qui sont traduits, consolidés par ce modèle réglementaire. Et cette question est très importante. Est-ce que le Royaume-Uni veut aussi s'éloigner de ce modèle-là que nous avons construit avec lui et s'engager dans la voie de la concurrence réglementaire, voire du dumping, contre nous? Cette question n'est pas seulement importante – je le dis en passant – pour l'économie elle-même, pour les citoyens et pour les consommateurs. Elle est aussi très importante pour les conditions politiques de la ratification de tout futur accord de relations entre nous et le Royaume-Uni, parce que ce jour-là, il s'agira pour le Parlement européen de se prononcer, pour le Conseil aussi, mais aussi à l'unanimité pour les 27 parlements nationaux et peut-être même pour certains parlements régionaux. Et je recommande sur cette question de la divergence, voire du risque de dumping, d'être très attentifs, dès maintenant, aux conditions de cette ratification.

Enfin – c'est mon dernier point –, il y a la question de l'Irlande à la charnière, à la jonction de ce que nous sommes, l'Union européenne, et de ce que représente et de ce que veut dire le Brexit. M^{me} McGuinness a évoqué ce point avec beaucoup de force. Chacun sait que l'Union a joué son rôle, a tenu sa place pour le dialogue et la paix en Irlande, pour rapprocher et donner un horizon commun, les conditions de la stabilité et du dialogue entre des communautés autrefois divisées. L'Union n'est pas responsable des conséquences du Brexit mais elle est comptable de cette coopération, de cette stabilité et de cet avenir commun. Voilà pourquoi, comme beaucoup l'ont souhaité, un accord solide et durable sur le Brexit – écoutez-moi bien –, sur le retrait ordonné, doit comporter une solution solide et durable pour l'Irlande et pour l'Irlande du Nord.

C'est là le sens du protocole que nous avons proposé dans ce projet d'accord de retrait. Cette option, cette troisième option que nous avons opérationnalisée fait partie des engagements communs entre nous et le Royaume-Uni au plus haut niveau, celui de Theresa May, du Président Juncker et de Donald Tusk. Et ce document ne fait que mettre en œuvre une des options du rapport conjoint de décembre. Je vous l'ai déjà dit, Madame Dodds, quand nous sommes vus dans mon bureau, il y a quelques jours, et je le dis aussi à M. Nicholson que j'écoute toujours avec attention, elle fait partie ni plus ni moins des options que nous avons décidé d'étudier pour apporter des solutions concrètes. C'est notre responsabilité de préciser de manière opérationnelle comment nous éviterons une frontière dure sur l'île d'Irlande en l'absence d'autres solutions et en tenant compte de la décision du Royaume-Uni de quitter le marché unique et de quitter l'union

douanière. Et je ne cesserai pas de répéter que cette solution de repli (*backstop*), une parmi les trois, nous sommes prêts à la remplacer par toute autre solution meilleure qui serait proposée par le gouvernement britannique. C'est un point qu'a évoqué M. Carthy ou Richard Corbett tout à l'heure.

En conclusion, Monsieur le Président Tajani, Madame la Ministre, Mesdames et Messieurs les députés, je veux simplement confirmer que la solidité et la clarté de la position de l'Union, notre unité sur les sujets du retrait, comme sur l'avenir, c'est cela qui fait notre force dans cette négociation. Évidemment, cette clarté et cette solidité ne seraient pas possibles sans la confiance que vous accordez à notre équipe de négociation et à votre équipe de négociation et nous continuerons à travailler comme je l'ai dit au groupe de pilotage sur le Brexit, à Guy Verhofstadt, dans une attitude permanente de dialogue et de transparence avec vous.

Je tiens, Monsieur le Président, à vous remercier, ainsi que Guy Verhofstadt et chacun des membres du groupe de pilotage sur le Brexit, les présidents des groupes et les présidents des commissions, et vos coordinateurs, pour la qualité et la sincérité de notre travail en commun et je pense que la résolution que vous allez adopter est essentielle pour le succès des étapes que nous avons devant nous.

Monika Panayotova, *Présidente en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, étant donné que nous partageons le même point de vue sur le Brexit, à la suite de l'intervention de M. Barnier en langue française, je vais faire mes remarques de conclusion aussi en français.

Mesdames et Messieurs les députés, je voudrais souligner encore une fois que la présidence estime que l'unité de l'Union des 27 et de nos institutions est essentielle pour le succès des négociations. Nous attendons avec impatience de recevoir demain la nouvelle résolution du Parlement qui, j'en suis persuadée, comme les précédentes, aura une contribution utile au processus.

Nous souhaitons réitérer notre soutien à l'équipe de la Commission européenne chargée des négociations et aussi au négociateur en chef, M. Barnier.

Nous nous engageons à continuer nos échanges avec le Parlement et le groupe de pilotage sur le Brexit au cours des négociations afin d'obtenir le meilleur accord possible pour l'Union et les citoyens.

Presidente. – Comunico di aver ricevuto due proposte di risoluzione conformemente all'articolo 128, paragrafo 5, del regolamento.

La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà mercoledì 14 marzo 2018.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *în scris*. – Încep prin a da credit eforturilor remarcabile depuse în cadrul negocierilor Brexit de reprezentantul UE, Michel Barnier, alături de echipa dumnealui, și de a-l asigura în continuare de suport și solidaritate în special în vederea apărării drepturilor cetățenilor, dar și a respectării angajamentelor legale de contribuție la bugetul UE din partea Marii Britanii.

În al doilea rând, aș vrea să subliniez importanța post-Brexit a respectării în egală măsură atât a drepturilor cetățenilor britanici în cadrul Uniunii Europene, cât și a drepturilor cetățenilor europeni pe teritoriul Marii Britanii și a asigurării bilaterale că nici un cetățean nu va fi privat de drepturi. Consecințele acestei decizii politice nu trebuie să aibă efecte ireversibile asupra celor pe care îi reprezentăm, iar drepturile cetățenilor după retragere trebuie să fie clar specificate și pe deplin respectate de autoritățile ambelor părți, cu deosebire în ceea ce privește persoanele vulnerabile.

Cred într-un parteneriat puternic UE-UK chiar și după retragere, Uniunea și Marea Britanie demonstrând că pot întreprinde acțiuni mult mai sustenabile, eficace și eficiente împreună, decât separat.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Domnilor președinți ai Parlamentului, Comisiei și Consiliului, Brexitul este o discuție tristă, pentru că unul dintre statele mari a decis printr-un referendum și cu un guvern încăpățânat să iasă din Uniunea Europeană. Negocierea de ieșire durează de doi ani și cetățenii europeni sunt îngrijorați din două perspective: respectarea drepturilor cetățenilor europeni aflați în Marea Britanie și acordurile comerciale.

Domnule Michel Barnier, sunteți negociatorul UE și aveți o responsabilitate majoră. Vă rog, dați-ne un mesaj clar: se vor respecta sau nu drepturile cetățenilor în Marea Britanie? Acordurile comerciale vor ține cont de protejarea pieței interne prin impunerea unor standarde de produse similare în schimburile comerciale? Când vor ști cetățenii și companiile care au schimburi comerciale despre modul de lucru al UE cu Marea Britanie, care va deveni terț? Consiliul și Comisia au responsabilitatea de a urgenta finalizarea Brexitului fără efecte negative asupra cetățenilor și companiilor din Uniunea Europeană.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – Dear President, dear Colleagues, The UK is an important member of the EU and it is important that it would remain an important and close ally of the EU after Brexit. Therefore, I support the resolution of the European parliament where it states that close cooperation is foreseen between the EU and the UK in international security, foreign policy, research and development, education. Also, the negotiation process most importantly has to secure citizen's rights and their free movement which has been of the core values of the EU. It has to remain this way. In regards to the EU Single Market, the EU should stand firm for the values it represents and the UK has to respect the values and rules which come. If it doesn't want to 'play' by them, then the UK cannot enjoy the EU Single Market. A pick-and-mix approach for a non-member state should not be an option. Therefore, I support the common line by the EU, that free trade agreement will be offered as an alternative.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – Scotland's coastal communities must not be made to suffer as a consequence of Brexit. A London Tory government deemed our fishing communities expendable on our way in to the EU and it would be no surprise if the industry is deemed by the UK Government to be expendable again on the way out. This resolution calls for a new bilateral partnership agreement and it is vital that the UK agrees only to a deal which will benefit our fishing industry, fully adhering to international law. The agreement must allow Scottish fishermen to fully benefit from our resource-rich waters. And our fishermen's interests must not be bartered away for the interests of the City of London or any other sector. The key word in this resolution is 'agreement' – and the UK government must only agree to a deal which fully protects our coastal communities. As part of that deal, fishing powers must be returned to the Scottish parliament so that we can benefit Scotland's coastal communities, managing our rich fishing resources sustainably and entering future fisheries negotiations as a normal coastal state. I call upon the UK Government to give our fishing communities the priority they deserve in this negotiation.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – EP schválil základné piliere ďalšej spolupráce so Spojeným kráľovstvom po jeho vystúpení z Únie. Partnerstvo a spolupráca v oblasti obchodných a hospodárskych vzťahov, zahraničnej politiky, bezpečnostnej a rozvojovej spolupráce, vnútornej bezpečnosti a tematická spolupráca najmä v oblastiach spoločného záujmu musia byť nosnými myšlienkami každej zmluvne upravovanej oblasti. Budúce vzťahy musia byť založené na vzájomnom rešpektovaní, reciprocite a výhodnosti, musia brať do úvahy existujúce záväzky a musia v maximálne možnej miere zohľadňovať záujmy občanov všetkých zmluvných strán.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *par écrit*. – Nous devons être intransigeants au sujet des droits des citoyens européens dans le cadre du Brexit et de la future relation UE-Royaume-Uni; cette résolution le reconnaît. Nous avons fait des progrès à cet égard, notamment par la mention des futurs époux dans le projet d'accord de la Commission. Cependant, le combat ne s'arrêtera pas ici. Cette résolution donne son consentement à la conclusion par l'UE d'un accord Brexit et d'une période transitionnelle en octobre 2018 ; jusqu'à cette date, la protection des droits de tous citoyens européens sera notre devoir. En tant que députés européens, nous représentons les intérêts des peuples européens, et donc aussi ceux des citoyens du Royaume-Uni jusqu'au retrait formel du Royaume-Uni. Il faudra avant tout assurer le droit de résidence et de mouvement des citoyens européens au Royaume-Uni post-Brexit, s'il est question d'accès au marché européen pour le Royaume-Uni. Il faudra aussi maintenir le droit des citoyens du Royaume-Uni habitant un pays de l'UE de circuler librement dans les pays de l'Union. Nous tiendrons ces intérêts à cœur même en débattant du sort de l'Irlande, aujourd'hui le principal obstacle à un accord servant les intérêts, et assurant les droits du plus grand nombre possible.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), *în scris*. – Guvernul Regatului Unit a stabilit liniile sale roșii: ieșirea din piața unică și din uniunea vamală. UE, la rândul său, are linii roșii: integritatea pieței unice și a uniunii vamale.

Cu linii roșii de o parte și de alta este greu să se ajungă la un acord cu privire la viitorul relațiilor dintre UE și Regatul Unit, așa cum le dorim cu toții, adică fără bariere comerciale și cu circulația liberă a cetățenilor europeni și a celor britanici. Este nevoie de flexibilitate din ambele părți pentru progresul negocierilor.

Din păcate, între aceste linii roșii, problema relației viitoare dintre Irlanda de Nord și Irlanda a rămas încă fără nicio soluție.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Brexit-ügyben szerintem továbbra is csak kármentés folyik, hiszen a brit nacionalisták gátlástalansága, a korábbi konzervatív kormány felelőtlensége, illetve a jelenlegi tehetetlensége miatt előállt jelenlegi helyzetből szinte csak veszteséggel jöhet ki mindkét fél. Jelentésünk is mutatja: az EU szempontjából a veszteség korlátozásában változatlanul az EP a leginkább következetes és felelős szereplő. Ezért is támogatom azt a tárgyalási irányelvünket, hogy az EU–brit kapcsolatok jövőjét lehetőleg egy korszerű társulási megállapodásban szabályozzuk, még ha London szűklátókörűsége ezt egyelőre nem is teszi elérhetővé.

Ugyanakkor az EP-nek abban is kiemelt felelőssége van, hogy a tárgyalási folyamat szoros felügyeletével és teljes egységben biztosítsuk, hogy a megállapodásban érvényesüljön a kötelezettségek és jogok egyensúlya, szavatoljuk az egységes piac sértetlenségét, az EU jogi és politikaalakítási döntési autonómiáját, mert a nem tagállam Nagy-Britannia nem élvezhet a 27-ek kárára velük azonos előjogokat. Szocialistaként számomra különösen fontos szempont, hogy a szociális Európát, valamint a fenntarthatóságot célzó erőfeszítéseinket és uniós normákat, ezáltal az EU versenyképességét se árhassa alá a kilépés utáni rendezés. A nagy-britanniai munkavállalásban erősen érintett tagállam képviselőjeként pedig külön is kérem képviselőtársaim további támogatását a letelepedők, munkavállalók kölcsönös jogainak szigorú érvényesítésében, az átmenet és a post-brexit időszakában egyaránt, ugyanis a Tanácstól a tagállamok eltérő érdekeltsége, sőt egyesek ellenérdekeltsége miatt ezt hiába várjuk el.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Przyszła umowa o partnerstwie z Wielką Brytanią nie może pomijać współpracy w dziedzinie badań naukowych, edukacji oraz kultury i sektora kreatywnego, które są obszarami obopólnych korzyści. Przygotowana przez Parlament Europejski rezolucja słusznie podkreśla to stanowisko. Jako przewodniczący Grupy Monitorującej brexit w Komisji Kultury i Edukacji zaproponowałem, aby na obecnym etapie Unia Europejska zachowała maksymalną elastyczność w zakresie przyszłych rozwiązań dotyczących współpracy ze Zjednoczonym Królestwem. Zdajemy sobie sprawę, że obecnie kraje spoza UE i EOG objęte programem zawierają konkretne umowy dwustronne z UE dla każdego programu. Jednak w toku negocjacji może się okazać, że w interesie UE może być określenie warunków uczestnictwa w programie np. w ramach umowy stowarzyszeniowej. Cieszę się, że powyższe propozycje zostały zaakceptowane. Należy jednak pamiętać, że po wyjściu z UE Zjednoczone Królestwo stanie się krajem trzecim i obowiązywać je będą te same zasady co inne kraje spoza UE.

4. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 22./23. März 2018 (Aussprache)

Presidente. – Prima di passare al prossimo dibattito, devo purtroppo darvi una brutta notizia: è morto poco fa il nostro collega svedese Jens Nilsson, del gruppo socialista. Lo ricorderò prima del voto e faremo un minuto di silenzio.

L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulla preparazione della riunione del Consiglio europeo del 22-23 marzo 2018 (2018/2502(RSP)).

Monika Panayotova, President-in-Office of the Council. – Mr President, next week, leaders will meet in Brussels for a series of key debates. As usual for its spring meeting, the European Council will focus on jobs, growth and competitiveness. The overall picture is positive. The European economy is growing at a fast pace across Member States and unemployment is falling. Looking ahead, this robust performance is expected to continue in the coming years.

The global environment, however, remains uncertain, and we need to continue to ensure the conditions to support confidence. One essential aspect, in order to foster jobs and growth and promote innovation, is to unlock the full potential of the Single Market. The European Council will address the different single market strategies, including when it comes to the Digital Single Market, the Capital Markets Union and the Energy Union, to ensure sustained progress.

Delivering on these strategies in the current institutional cycle is a shared responsibility that will require co-legislators to continue to work closely on a number of legislative files and to speed up the process where necessary.

Policy priorities under the European Semester also help create the right conditions for growth. We will have the opportunity to discuss this tomorrow night. The European Council will provide guidance on the priorities for 2018 and will be invited to endorse the recommendation on the economic policy of the euro area. The European Council will also return to social issues following the debate held in December.

Last but not least, we know how vital trade is to our common prosperity in Europe and globally. That is why any attempts to undermine the rules-based multilateral trading system affect all of us. The European Union should play a leading role in opposing them. The European Council will discuss international trade relations following the US announcements. I know you will discuss this tomorrow and will review ongoing work in the field of trade policy and free trade agreement negotiations.

Beyond the formal session of the European Council, leaders will also exchange views on taxation as part of the Leaders' Agenda. They will hold an open debate, with a particular focus on the challenges associated with digital taxation. In keeping with the spirit of the Leaders' Agenda, there will be no conclusions or formal outcome on this point next week.

Finally, leaders of the euro area will meet in the margins of the European Council. They will hold an open debate on long-term issues that are specific to the euro area. So, altogether, the leaders next week will touch upon many aspects that underpin our economic and social future.

The European Council will also deal with a number of other issues: it will address the preparations for the EU-Western Balkans summit in Sofia on 17 May 2018, since a specific priority of the Bulgarian Presidency is the European perspective and connectivity of the Western Balkans. As you know, this is a major event for the Presidency. The Council will also discuss relations with Turkey.

As you just discussed, the European Council on Article 50 will meet on Friday to review the state of the negotiations with the United Kingdom and adopt additional guidelines on the future relationship with the UK.

Jean-Claude Juncker, *President of the Commission*. – Mr President, just under two weeks ago, I returned from a tour of the Western Balkans. It was a memorable trip for many reasons. What struck me the most was the passion and conviction in the European Union. This gave me a renewed sense of belief and hope that if a region, a dramatic region like the Western Balkans, is so determined to reform from top to bottom in order to join our Union, then we must be a Union worth being part of. The Western Balkans clearly see much more in us than we ourselves see in our Union. I want to see the same belief in our Union across all 27 Member States.

Of course, there is a great deal of work to be done. All bilateral disputes must be resolved and more unity is needed. Each of the Western Balkan partners must continue their reform path, especially when it comes to the rule of law and fundamental freedoms and values.

As I said to all leaders in the region, there will be no fast-tracking. We will put substance over speed. Each case will be taken on its own merits, with no fixed dates or firm deadlines. But I came back from the trip more convinced than ever that it is our shared future. It is about reconciling our history and geography, but it is also another reason to focus on building a stronger, more democratic and united Union. This is what the March European Council is about.

I would like to thank this House and the Bulgarian Presidency for leading the way in recent weeks. The breakthrough on posted workers will ensure that fairness comes first in our labour market. As we collectively agreed: equal pay for equal work in the same place. The agreement on 5G shows that we are serious about our digital leadership and equipping ourselves with the tools we need to thrive in the society of tomorrow.

Mr President, Europe believe in open and fair trade based on a global rule book. Our economy depends on it and our consumers expect it. But as I have said all along: we are not naive free traders. So we will not sit idly by if our industry is hit with unfair trade measures that put European jobs at risk. We will defend our workers; we will defend our industry, and we will do so while respecting the rules that the world agreed to under the WTO.

The United States has regrettably decided to impose restrictions on steel and aluminium which will impact a significant amount of EU trade. We believe in win-win trade, but going it alone on tariffs is a lose-lose for all. Yes, the global steel industry has an overcapacity problem. This is why, since December, along with Japan and the US, we have been looking at how to address this issue globally. Commissioner Malmström met with both of her counterparts this weekend to deepen that cooperation further. And she also expressed our concerns to the United States on the tariffs being imposed on national security grounds.

Exports from the European Union are clearly not a threat to the United States' national security. We are long-standing and trusted security partners and we work together to keep each other safe and secure. As their own figures show, the US only needs 3% of its annual steel production to serve the Pentagon's needs. We will keep making this point in the run-up to the European Council next week. We are expecting more clarity from the American side in the coming days, and we will continue to work with our partners to push for an exemption from these measures.

As always, we will – and we have to – prepare for all eventualities. Should the need arise, the European Union will respond in three ways. Firstly, under WTO rules we have the right to rebalance these measures, and we stand ready to do so. Secondly, we will be ready with safeguard measures if there is a surge in imports into the European Union as a result of the US closing its market. And thirdly, we will seek dispute settlement consultations in the WTO, in conjunction with other affected countries.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir unserer Union mehr Stärke, mehr Handlungsfähigkeit verleihen wollen, müssen wir auch in die Architektur unserer Wirtschafts- und Währungsunion investieren und sie zukunftsfester machen. Die Umstände dafür sind so günstig wie selten zuvor. Die europäische Wirtschaft wächst über Erwarten, in den vergangenen zwei Jahren mit mehr als zwei Prozent. Und sie wächst schneller als die US-amerikanische Wirtschaft. Gleichzeitig haben wir in Europa mehr Menschen in Arbeit als jemals zuvor, 236,3 Millionen – ein neuer Rekord. Das sollte uns Bestätigung und Ansporn zugleich sein, unseren Reformkurs konsequent fortzusetzen.

Und genau das tun wir. So legt die Kommission heute am frühen Nachmittag ein Paket zur Bankenunion vor. Es geht darum, die Finanzstabilität zu sichern, indem wir uns noch stärker mit notleidenden Krediten beschäftigen. Dort haben wir schon einige Erfolge erzielt. Seit 2014 ist der durchschnittliche Anteil notleidender Kredite in der EU schon um ein Drittel gesunken. Dabei wollen wir es nicht belassen. Das ist umso wichtiger, weil bei der Vollendung der Bankenunion Risikominderung und Risikoteilung Hand in Hand gehen. Eine vollendete Bankenunion wäre ein wichtiger Schritt, um unsere Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken.

Genau darum geht es beim Gipfel. Über die Vorschläge, die die Kommission im Dezember vorgelegt hat, haben wir hier im Hause und bei einem früheren Eurogipfel schon diskutiert. Wir wollen den europäischen Stabilitätsmechanismus schrittweise zu einem europäischen Währungsfonds ausbauen. Außerdem wollen wir die Mitgliedsstaaten und solche, die es werden wollen, bei den Reformen unterstützen sowie mit einer Stabilisierungsfunktion sicherstellen, dass selbst im Falle von schweren Schocks Investitionen in Bildung und Infrastruktur weiterhin gewährleistet bleiben.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, chers collègues, compléter l'union économique et monétaire n'est pas une fin en soi, c'est un moyen de créer les conditions d'une vie meilleure, d'une vie plus prospère et plus équitable pour tous nos concitoyens.

Égalité des chances, conditions de travail équitables, protection et insertion sociales doivent devenir une réalité pour tous. C'est pour cela que nous nous sommes engagés à mettre en œuvre le socle européen des droits sociaux. 16 millions de nos concitoyens, par exemple, vivent et travaillent dans un autre État membre que le leur. C'est deux fois plus qu'il y a dix ans et ce phénomène ne fera que s'amplifier. Ces personnes ont, comme tout un chacun, des droits qui doivent être respectés et effectivement mis en œuvre dans un marché européen du travail.

C'est la raison pour laquelle la Commission va présenter aujourd'hui sa proposition de création d'une Autorité européenne du travail qui ne viendra pas se substituer aux autorités nationales mais qui renforcera la coopération et la coordination entre elles. Ceux qui travaillent à temps partiel, ceux qui relèvent du statut des travailleurs intérimaires ont eux aussi droit à une protection sociale convenable. C'est une responsabilité commune, celle de mettre en œuvre le socle des droits sociaux. Il faut évidemment continuer à parfaire le marché intérieur, notamment les marchés de l'électricité qui, en Europe, s'ils étaient totalement interconnectés, les Européens feraient des économies de 40 milliards d'euros par année. Si l'Europe numérique fonctionnait, cela nous apporterait 415 milliards d'euros de croissance nouvelle chaque année. Donc rien que sur l'interconnectivité de l'électricité et de la mise en place totale de l'Europe numérique, nous réaliserions un bénéfice – si je peux m'exprimer de la sorte – de 450 milliards.

Nous avons tous, je crois, conscience qu'il serait essentiel, souhaitable, bienvenu que nous puissions mettre en œuvre tous les éléments dont je viens de vous parler d'ici les élections européennes de l'année prochaine.

(Applaudissements)

Le Président. – Monsieur le Président, je suis heureux que vous envoyiez aujourd'hui, après la réunion du Collège, le texte sur les prêts non performants parce que c'est à la Commission, au Parlement et au Conseil de décider au niveau législatif. Ce n'est pas le conseil de surveillance prudentielle de la Banque centrale européenne qui doit faire des lois mais les institutions européennes, Commission, Parlement et Conseil.

Angelika Niebler, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, verehrte Frau Vertreterin des Rates, verehrter Herr Kommissionspräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte gerne drei Themen ansprechen. Zum Einen: Im Nachgang zu unserer Diskussion über den Brexit möchte ich nur nochmal klar formulieren, auch in Richtung der britischen Regierung: Die Europäische Union ist kein Supermarkt, in den man hineingeht, Waren auswählt und möglichst billig Waren einkauft. Wir haben den europäischen Binnenmarkt, und der europäische Binnenmarkt ist kein Selbstbedienungsladen. Von Michel Barnier und der Kommission sind zur künftigen Zusammenarbeit gute Vorschläge vorgelegt worden. Und wenn wir morgen unsere Entschließung verabschieden, dann haben wir da meiner Ansicht nach auch geliefert und gezeigt, dass wir eine Vorstellung davon haben, wie gute partnerschaftliche Nachbarschaft künftig aussehen soll.

Das zweite Thema, das auch beim Ratsgipfel nächste Woche angesprochen wird, ist das Thema digitaler Binnenmarkt und vor allem auch die Frage der Besteuerung. Ich möchte ausdrücklich unterstreichen, dass ich die Vorschläge der Kommission zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft sehr gut finde. Es ist ein ganz wichtiges Thema auch für unsere Bürger und Bürgerinnen, dass es auch bei der Steuergesetzgebung in dieser Europäischen Union gerecht zugeht. Das wird auch Thema im TAXE 3-Ausschuss sein, über das wir ja auch morgen abstimmen. Und da müssen wir auch mit Blick auf den Brexit genau hinschauen, was sich gerade bei den Britischen Jungferninseln tut. Wir können es nicht zulassen, dass neben dem europäischen Binnenmarkt hier Steueroasen eingerichtet werden.

Letzter Punkt: Thema Wirtschafts- und Währungsunion. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, darüber werden wir noch intensiv diskutieren. Wie Sie wissen, bin ich kein Freund einer Haftungsgemeinschaft. Ich bin der Auffassung, dass Risikoübernahme und Haftung Hand in Hand gehen müssen, und dass wir deshalb hier keine Vergemeinschaftung der Haftung brauchen. Da gibt es unterschiedliche Vorschläge der Kommission. Im Hause werden wir das sicher noch rauf und runter diskutieren.

Maria João Rodrigues, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, this European Council is taking place at a very special moment, where we have polls around the world coming up with a nationalistic tone in Russia, China and the United States. In this context, the European Union needs to assert its own vision and its own way of life and to have a long-term strategy, which should be based on human dignity, fairness, democracy and a clear commitment to sustainable development. Yes, climate change is there, and we need to have a growth strategy driven by sustainable development goals. Yes, the digital revolution can change our way of life, but we want to make the best of this by framing this revolution.

That is why our commitment to the European Pillar of Social Rights is so crucial. We need to tackle not only the old inequalities, but also the new ones. We are now waiting for the final content of the Social Fairness Package to be adopted by the Commission because we need to make sure that all citizens can have access to full coverage via social protection. But can we say that all citizens now have real access to all these benefits? This is not the case. We still have many inequalities across the Union, and that is why we in the European Parliament really expect a forward-looking Community budget – the financial framework – to ensure that these promises will be delivered.

The same applies to the eurozone. We need to stop the trend for divergence. That is why we expect the Commission's proposed budget line to build up fiscal capacity for the eurozone. But then we come to the big problem. How can we finance this? That is where the discussion on taxation, which will take place in this European Council, is so crucial. Let me give a very simple figure. When it comes to large corporations, something very weird is happening. In 2000, their profits were taxed at around 34%; now their profits are taxed at just 24%. So the situation we have is that large corporations are paying less and less tax, while our governments are under pressure to make cuts to welfare and healthcare systems. Something is wrong, and we should not be surprised that citizens are now feeling insecure and that nationalistic and xenophobic positions are gaining ground. We need to reverse this trend. The only way to reverse this trend is for the European Council to say, 'if we want everybody to benefit from this strategy and for the social pillar to be implemented, we need to have the means', and the means will be fair taxation. If the European Council really wants to change the situation in Europe, it needs to be bold on fair taxation.

(Applause)

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, beste collega's, mijnheer Juncker, dank u voor uw komst vandaag, want we hebben u gisteren erg gemist tijdens het interessante debat over de aanstelling van uw kabinetschef Selmayr tot secretaris-generaal van de Europese Commissie.

Nu wil ik het hebben over de toekomst van Europa die sociaal moet zijn. We moeten aan opwaartse convergentie werken en van de EU een plek maken waar het voor eenieder goed is om te leven. Dit doen we onder meer door fraude en sociale dumping aan te pakken. Dit is terecht een prioriteit van de Commissie Juncker, al stel ik me wel kritische vragen bij de manier waarop de Commissie deze sociale doelstelling wil bereiken. Commissaris Thyssen zal vanmiddag bijvoorbeeld haar voorstel voor een Europese arbeidsautoriteit uit de doeken doen. Dit nieuw Europees agentschap zou volgens Thyssen het ontbrekende puzzelstukje moeten zijn in de strijd tegen sociale fraude.

Ik wil echter benadrukken dat we ons goed moeten beraden over de toegevoegde waarde van nieuwe organen. Hebben we die autoriteit echt wel nodig? Voegt ze echt iets toe dat lidstaten zelf niet kunnen? Waarom schaffen we bijvoorbeeld het nog recentelijk opgerichte platform tegen zwartwerk af om het te vervangen door de autoriteit? Het creëren van dure Europese organen mag alleszins geen doel op zich zijn. En het doel van de autoriteit mag evenmin zijn zich in de plaats van de lidstaten te gaan stellen. Ook al is dit vandaag misschien nog niet de openlijke ambitie, ik vraag me af hoe deze Europese arbeidsautoriteit verder in haar rol zal groeien. Haar naam en permanente karakter wijzen in ieder geval op verdere toekomstplannen.

Ik denk dat we erg moeten oppassen voor een sluipende bevoegdheidsuitbreiding, waarbij de Unie beetje bij beetje de bevoegdheden van de lidstaten gaat uithollen. Als vandaag een rookgordijn van goede bedoelingen wordt opgetrokken, maar de ware doelstelling is een Europese sociale inspectie op te zetten, dan betreur ik deze manoeuvre. Ik herhaal dat de toekomst van Europa sociaal moet zijn, maar voeg eraan toe dat Europa geen toekomst heeft zonder het respect voor en van zijn lidstaten.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I want to urge the Council to add two specific items to the normal agenda (the Western Balkans, which President Juncker has spoken about).

The first is that we need from the Council a common reaction from the EU, together with our friends in the UK, on the new aggression by the Kremlin on what is still European soil – in Britain – and I am referring to the poisoning case of Sergei Skripal and his daughter. Mrs May has said that it is an attack against Britain as a country, and I think that a common reaction in the next European Council is absolutely needed and counter-measures need to be decided by the EU.

My second point, naturally, is that, regarding the type of solidarity that we need still to have with the UK, that we hope also for it to be returned. Solidarity from the UK, for example, in our policies towards Mr Trump: it should absolutely be avoided that, behind the EU's back, they send somebody to the US to find a special deal on these trade measures. If Mr Trump finds that there are horrific tariffs from our side, there are also horrific tariffs from their side. He is talking about the 10% on the import of US cars in Europe, and we paid only 2.5%. But there are other examples: tariffs on a train carriage, for example, are 14% in the US, or for pickups – and there are a lot of pickups in the US – we have to pay 25% in tariffs. I think what the European Council should do now is say that there are two options in this starting of a trade war. Either we start a trade war and a war on tariffs by increasing them from both sides, or we do what should be the thing to do: to lower the tariffs in both cases, the tariffs on the European side and the tariffs on the US side, which both sides find so horrific. I hope that that can be the common position. We have no interest in starting a trade war. What we have to offer instead is a trade deal from the European side. In fact, there are many people who were against TTIP but now see that if we had got TTIP we could have avoided what is happening today. I hope that this measure will be taken – no trade war, but a new trade deal.

Reinhard Bütikofer, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, sehr geehrte Vertreterin des Rates! Bevor die Gipfelteilnehmer überhaupt anreisen werden, ist die erste und wichtigste Enttäuschung dieses Gipfels schon zu konstatieren. Die besteht darin, dass offenkundig das Versprechen, das Präsident Macron und Kanzlerin Merkel im Dezember abgegeben haben, dass sie im März, also zu diesem Gipfel, gemeinsame Vorschläge zur Diskussion mit den Kollegen aus den anderen Mitgliedstaaten über die Entwicklung der europäischen Union präsentieren wollten, was gerade unter dem Druck von außen, sei es von Russland, sei es von China, sei es aus den USA, dringlich notwendig ist, nicht eingelöst wird. Diese Enttäuschung wird nicht dadurch aufgewogen, dass der Gipfel sich mit in der Tat sehr wichtigen Themen – von Arbeitsplätzen und Wettbewerbsfähigkeit bis zum Westbalkan, von der Handelspolitik bis zur sozialen Säule, von der Steuerpolitik bis zu außenpolitischen Fragen – beschäftigen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Vertreterin des Rates, die größte Dringlichkeit besteht meines Erachtens darin, dass wir diese Grundorientierung der Union klarkriegen. Hinter der Vertagung der Vorschläge aus Berlin und Paris liegt eine fundamentale Differenz. Wollen wir ein Kerneuropa, wie es Macron vorschwebt? Oder wollen wir ein inklusives Europa? Wollen wir eine Zweiteilung in eine Luxus-EU und eine Holzklassen-EU, oder wollen wir eine gemeinsame europäische Zukunft? Das muss geklärt werden!

Wir brauchen eine Vision von Europa, die inklusiv ist, die die Vielfalt schätzt, die Bürger schützt, Selbstbestimmung stärkt, die Wirtschaft gerechter macht und die ökologisch-soziale Transformation realisiert, die wir unseren Kindern und der ganzen Welt schulden.

Νεοκλής Σουλκιώτης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόδρε, κύριε Juncker, εκπρόσωποι του Συμβουλίου, στην ερχόμενη σύνοδο οι ηγέτες της Ένωσης θα πάρουν αποφάσεις για τα μεγαλύτερα προβλήματα που ταλανίζουν την Ευρώπη: οικονομική κρίση, προσφυγικό, μπρέξιτ, ενεργειακή ένωση και εξωτερικές σχέσεις. Ωστόσο, όσο το Συμβούλιο συνεχίζει τις ίδιες αντιλαϊκές πολιτικές, εμβαθύνοντας και θεσμοθετώντας το νεοφιλελεύθερο μοντέλο, η κρίση θα οξύνεται. Για να δοθούν λύσεις που να εξυπηρετούν πραγματικά τις ανάγκες των λαών, πρέπει να προωθηθούν μέτρα που να δώσουν ώθηση στην πραγματική οικονομία, πολιτικές που θα ενισχύουν την κοινωνική και περιφερειακή συνοχή και θα αντιμετωπίζουν τις ανισότητες που συνεχώς διευρύνονται.

Όσον αφορά την ενεργειακή ένωση, οι προτάσεις που προωθούνται, αντί να επιλύσουν τα προβλήματα που υπάρχουν στον ενεργειακό εφοδιασμό, δημιουργούν νέα αδιέξοδα, καθώς ακυρώνουν τα κυριαρχικά δικαιώματα των κρατών μελών στη διαμόρφωση της ενεργειακής τους πολιτικής. Ένα παράδειγμα αποτελεί η νέα οδηγία για την εσωτερική αγορά φυσικού αερίου, με την οποία επιδιώκεται χειραγώγηση των κρατών με τη μεταφορά μεγαλύτερων εξουσιών στην Κομισιόν, κι ως αποτέλεσμα θα δημιουργηθούν επιπρόσθετα προβλήματα στη δημιουργία νέων υποδομών για την εισαγωγή αλλά και την εξαγωγή φυσικού αερίου.

Έπειτα, όσον αφορά τις ευρωτουρκικές σχέσεις, δυστυχώς η Τουρκία, με τις παράνομες ενέργειες στην Ανατολική Μεσόγειο και το Αιγαίο, συνεχίζει να παραβιάζει το διεθνές δίκαιο, το δίκαιο της θάλασσας, καθώς και τα κυριαρχικά δικαιώματα της Κυπριακής Δημοκρατίας και της Ελλάδας. Την ίδια στιγμή εισβάλλει στο Afrin, αιματοκυλίζοντας τους Κούρδους της Συρίας, ενώ συνεχίζει να καταπατά τις πολιτικές ελευθερίες και τα ανθρώπινα δικαιώματα των ίδιων των πολιτών της. Η Ένωση οφείλει να παρέμβει, ώστε να τερματίσει τις παράνομες ενέργειες της η Τουρκία. Αναμένουμε έμπρακτη αλληλεγγύη και πιο δραστικά μέτρα. Ζητάμε να ασκηθούν πιέσεις στην Τουρκία για να σεβαστεί τα ανθρώπινα δικαιώματα, να τερματίσει την εισβολή στη Συρία, να σεβαστεί τα κυριαρχικά δικαιώματα της Κυπριακής Δημοκρατίας και να στηρίξει την επανέναξη ενός ουσιαστικού διαλόγου για λύση του Κυπριακού. Δυστυχώς όμως, η Ένωση συνεχίζει να χαιδεύει την Τουρκία, με τη δρομολόγηση της έγκρισης της νέας οικονομικής βοήθειας, ύψους 3 δισεκατομμυρίων ευρώ, για το προσφυγικό, καθώς και με τις συζητήσεις για ενίσχυση της τελωνειακής ένωσης και ελευθεροποίησης των θεωρήσεων διαβατηρίων για τους Τούρκους πολίτες.

Laura Agea, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Juncker, membri del Consiglio, le proposte del prossimo Consiglio europeo sono come sempre tante e mirabolanti, ma il nostro timore è che ancora una volta siano solo grandi annunci che difficilmente si tradurranno in qualcosa di concreto per i nostri cittadini.

Cominciamo dalle priorità del semestre europeo. Per noi le politiche economiche dell'area euro non possono in nessun modo continuare secondo la ricetta sbagliata di questa Commissione, basata esclusivamente su austerità e rigore, ai quali noi ci opponiamo senza se e senza ma, perché solo attraverso investimenti in settori ad alto ritorno e politiche espansive sarà possibile creare vera occupazione sostenibile nel medio-lungo periodo.

Per garantire crescita e competitività ci vuole un impegno concreto del Consiglio nel permettere il rispetto del principio di reciprocità, sia nei mercati sia negli appalti pubblici, monitorando gli investimenti esteri e mettendo in atto regole vincolanti di sviluppo sostenibile, manovre che dovrebbero rientrare in tutti gli accordi commerciali e che invece vengono spesso sacrificate.

Per questo motivo vogliamo sapere cosa sta facendo di concreto il Consiglio in merito, e come sta garantendo che i nostri partner stiano rispettando i nostri standard, evitando così una guerra commerciale che rischierebbe di danneggiare le nostre imprese e il «made in», che ci aspettiamo torni ad essere una priorità per l'Europa, per la Commissione e per il Consiglio.

Anche sul mercato digitale troppo spesso è mancato coraggio a questa Commissione. Ad inizio legislatura era stato annunciato il completamento del mercato unico digitale attraverso 16 iniziative: molte di queste, però, sono rimaste a metà, come il *geo-blocking*, dove dal campo di applicazione sono stati esclusi gli audiovisivi, l'area dove i blocchi geografici basati sulla nazionalità sono più evidenti.

L'obiettivo prioritario è uscire dalla spirale recessiva dove siamo piombati, e in questo contesto diventa evidente la priorità che assume l'attuazione dei principi e dei diritti definiti nell'ambito del pilastro europeo dei diritti sociali. E un elemento fondamentale del pilastro sociale è l'attuazione negli Stati membri di politiche di reddito minimo di cittadinanza, così come richiesto da questo stesso Parlamento che ha approvato al riguardo, a larghissima maggioranza, la risoluzione del Movimento 5 Stelle.

Il voto in Italia è la riprova che i cittadini chiedono di tornare ad essere protagonisti, tutelati e difesi dalle istituzioni, e il Movimento 5 Stelle rappresenta oggi la possibilità per l'Italia di tornare ad essere voce forte, autorevole e credibile all'interno delle istituzioni europee.

Harald Vilimsky, im Namen der ENF-Fraktion. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wieder einmal debattiert der Rat über die Fragen Migration und Asyl, und wieder einmal wird nichts anderes als heiße Luft produziert. Seit 2014/2015 erfolgt immer wieder diese Diskussion, und seit 2014/2015 ist es so, dass Millionen von Menschen auf unseren Kontinent drängen. Ja, da sind auch Schutzbedürftige dabei, wo ich meine, es wäre besser, diesen Schutz in der Region zu gewähren. Aber neben diesen sind auch Kriminelle dabei, neben diesen sind auch Terroristen dabei. Und wir haben die Situation – ob das jetzt in Brüssel war, ob das in Paris war, ob das in München war –, dass jetzt auch Österreich Opfer einer terroristischen Aktion geworden ist, wo eine aus Ägypten stammende Person einen Wachsoldaten attackiert hat, ihn mit einem Messer erstechen wollte, nur weil es eine Involvierung des Iran in Syrien gibt – und das alles auf österreichischem Boden.

Ich sage: Es ist höchste Zeit, die Außengrenzen zu schützen. Wir diskutieren schon lange darüber, gemacht wird es nicht. Und solange die Außengrenzen nicht effektiv geschützt werden, appelliere ich dafür, dass man den Mitgliedstaaten das Recht überlässt, ihre Grenzen zu schützen. Da verhandelt Österreich jetzt auf europäischer Ebene, und ich ersuche Sie nur, hier dieser Lösung auch Ihre Zustimmung zu geben.

Krisztina Morvai (NI). – Kedves kollegák! Juncker urat szerettem volna megszólítani, de ő szokás szerint nem bírta ki a vita végéig, távoznia kellett. Minden vonatkozásban jobbulást kívánunk neki. Így akkor Timmermans úrhoz és Tajani elnök úrhoz is szólok. Juncker úr az előző háromórás, igen keserű, a brexitről szóló vita végén azt mondta, hogy most már nem a múltba, hanem a jövőbe kell néznünk. A jövőbe nézve, a jövő heti európai tanácsi ülés kapcsán hadd kérdezzem: Levonta-e az Európai Unió a brexiből azt a következtetést, hogy nem lehet a végletekig kényszeríteni a tagállamokat arra, hogy olyan értékre és olyan intézkedésekre vegyenek át, amelyek az adott népektől, nemzetektől teljesen idegenek? Reménykedhetünk-e mi magyarok abban, hogy e következtetést levonva – és nagyon várom Timmermans úr válaszát – abbahagyják végre Magyarországnak a folyamatos fenyegetésekkel való kényszerítését arra, hogy befogadjuk a tömeges migrációt? Nem szeretnénk és nem fogjuk. Várom válaszát.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Pilar del Castillo Vera (PPE). – Señora presidenta, muchas gracias al Consejo y también al vicepresidente de la Comisión.

Si volvemos la vista atrás a los orígenes de la Unión Europea, el mercado único constituía una visión de futuro acerca de la necesidad de actuar conjuntamente, si queríamos que las economías europeas tuvieran un ámbito para optimizar su desarrollo y poder competir en el mundo.

Esto, que en principio era simplemente una idea, se fue desarrollando lentamente y, ahora, en el siglo XXI, se ha convertido en la única posibilidad que tienen los distintos países europeos para que sus economías sean competitivas y para que sus ciudadanos alcancen cada vez más bienestar. Y, en ese contexto, el mercado único digital es fundamental.

Si nos volvemos a hacer cuatro años, creo que fue un acierto extraordinario, tanto por parte de la Comisión como por parte del Parlamento, centrar uno de los puntos de actuación y decisión en el desarrollo de la transformación digital, y favorecer todo aquello que lo permitiera. Hoy podemos decir que se ha cumplido —*we have delivered in that sense*—. Y, en ese sentido, yo creo que nos vamos a presentar a unas elecciones dentro de poco con un conjunto de decisiones tomadas que son decisivas para que la economía europea alcance precisamente esos niveles de competitividad mundial.

Quiero subrayar la importancia que tiene el acuerdo provisional que se ha alcanzado en materia de espectro radioeléctrico, que es pionero y que va a permitir que el 5G esté en condiciones de desarrollarse en Europa antes de finales de 2020, ofreciendo unas posibilidades extraordinarias para el desarrollo de la transformación digital en Europa.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Die kommende Ratstagung verspricht endlich wieder mal eine Tagesordnung, die nicht nur aus dem Reagieren besteht. Es werden Fragen aufgegriffen, auf deren Beantwortung die Bürgerinnen und Bürger seit langem warten: Jobs, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Da gibt es durchaus einiges vorzuweisen. Der Binnenmarkt ist das Kernstück unserer Union. Ihn weiter auszubauen, vor allem im digitalen Bereich, ist eine wichtige Investition in die Zukunft. Hier sind wir auch schon sehr weit gekommen. Wir sollten gerade jetzt nicht zulassen, dass das durch nationale Alleingänge gefährdet wird.

Leider sind solche Tendenzen auch in der Wirtschaftspolitik bemerkbar. Gerade in der Eurozone aber braucht es mehr europäische Impulse, besonders zu einem Zeitpunkt, wo sich zeigt, dass die Kriseninterventionen entgegen allen Unkenrufen erfolgreich waren. Manches hätte erfolgreicher sein können, hätte man sich nicht vom Austeritätsdogma einengen lassen. Vor allem werden wir vom portugiesischen Ministerpräsidenten hören, wie es auch hätte gehen können. Für uns Sozialdemokraten ist die schwarze Null kein Dogma, uns geht es um einen verantwortungsvollen Umgang mit Budgetmitteln. Das bedeutet vor allem auch den Mut, öffentliche Investitionen zu tätigen, vor allem wenn es darum geht, ein Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern. Daher begrüßen wir, dass sich der Rat seit langem auch wieder mit sozialen Rechten beschäftigt. Nur wenn wir die soziale Säule festigen, dann festigen wir auch unsere Zukunft. Erlauben Sie mir noch zu sagen: Ich glaube, dass es wichtig wäre, dass der Rat auch zu den schrecklichen Entwicklungen in Afrin Stellung bezieht.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie i Panowie Posłowie! Przede wszystkim czas przestać nas dzielić. Ataki na Polskę czy Węgry nie szkodzą rządowi naszych państw, dlatego że opinia publiczna raczej konsoliduje się wobec władz, lecz szkodzą przede wszystkim Europie, którą destabilizują. Europa chce dzisiaj zmian, o czym dobitnie świadczą ostatnie wybory w Austrii czy we Włoszech, i czas, żeby ten głos usłyszały władze Unii Europejskiej – im szybciej, tym lepiej. W perspektywie nadchodzącego szczytu Rady Europejskiej należy oczekiwać jednego: mocnej świadomości tego, że polityka migracyjna, a już szczególnie azylowa, musi szanować suwerenne kompetencje poszczególnych państw. Im szybciej zrozumiemy, czego chcą narody Europy, tym lepsza będzie nasza współpraca.

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, I apologise for my naivety, but I must say I really expected this to be a political debate. I am sorry, Ms Panayotova, but with all due respect and sympathy to you, we have received a list of what is to be on the agenda. I would expect at least an attempt from the side of the President of the Commission to say: these are the priorities, this is how we analyse the situation, the bottlenecks, this is what the ambition is, this is what the President of the European Council and the Presidency expects. Of course, I know that you cannot go into detail, but not to give us any hint on any of the political issues is, I think, really a failure. No wonder, in fact, that the European Council is at a standstill. We are not delivering. We have got issues such as the reform of the EU, greater efficiency, real issues of security, trade, other political sensitivities that we need to address. We are not delivering. This is something that we would like to address concretely in this House with the Council. I do apologise, but this system, in my opinion, unacceptable for the future. Guy Verhofstadt referred to the Russian attack in the UK: I think it is an attack, and I would expect that the Council would hint that this is to be on the agenda and will be debated, with concrete measures against the Russians and concrete concessions vis-à-vis the citizens, the entrepreneurs, the scientists, etc. This is the kind of issue we want to debate and the way we want to debate it.

Rolandas Paksas (EFDD). – Europos Sąjungą graužia biurokratinio trumparegiškumo vėžys. Praktiškai visų institucijų, neišskiriant ir Vadovų Tarybos, darbotvarkės yra perkrautos sudėtingų klausimų ir neaktualiausių klausimų, kuriais tik imituojamas problemų sprendimas. Europos Sąjunga šiandien yra nepajėgi aprėpti ir valdyti bendrųjų ekonominių bei socialinių procesų, kurie turės lemiamos reikšmės Bendrijos likimui. Šalių ekonominiai ir socialiniai skirtumai yra tokie dideli, jog net euro zonos šalims, pavyzdžiui, tokioms kaip Lietuva, kyla grėsmė ilginiui prarasti visą savo žmogiškųjų išteklių kapitalą. Tai veikiau panašu į fiktyvią ekonominę sąjungą, kuri realiai nefunkcionuoja, kurioje nėra bendros politikos kriterijų ir taisyklių, o laisvas darbo jėgos judėjimo principas tapo rykšte ar net masiniu tautų perkėlimu.

Manyčiau, kad atsakingos Europos institucijos turėtų žymiai jautriau reflektuoti tokius neigiamus procesus valstybėse narėse, kurie ne tik neleidžia kalbėti apie žmonių gerovę, bet liudija didėjančią socialinę atskirtį, skurdą ir diskriminaciją. Manau, kad būtų laikas baigti šį užsitęsusių politinių spektaklių ir sugrįžti prie bendros politikos darbotvarkės, prie esminių Europos Sąjungos tikslų ir prioritetų įgyvendinimo kelių paieškos.

Gilles Lebreton (ENF). – Madame la Présidente, Jean-Claude Juncker vient de se rendre dans six États des Balkans, auxquels il a fait miroiter une adhésion à l'Union européenne dès 2025. Le Conseil européen doit en débattre.

L'adhésion de la Serbie est une bonne idée, car c'est un pays qui est un allié traditionnel de la France. L'amitié franco-serbe est d'ailleurs magnifiquement symbolisée par le monument de reconnaissance à la France, que la Serbie a érigé à Belgrade.

L'adhésion du Kosovo serait, en revanche, un cauchemar, car c'est un nid de djihadistes. Un général djihadiste, Lavdrim Muhaxheri, vient, par exemple, de revenir de Syrie avec 400 combattants pour y implanter une antenne du califat islamique.

L'adhésion de l'Albanie serait tout aussi catastrophique, car c'est un État tellement corrompu qu'il fait fuir ses habitants. La seule ambition de ce pays en voie de clochardisation est de se transformer en décharge à ciel ouvert de tous les déchets ménagers de l'Union européenne.

C'est une Europe de la coopération entre peuples souverains que je veux, pas cette Europe du djihad et de l'exploitation de la pauvreté.

Kinga Gál (PPE). – Elnök Asszony! A márciusi Európai Tanács keretében – ha nem is fő témaként – a migráció kérdéséről, a dublini rendszer felülvizsgálatáról is várható újabb vita a bolgár elnökség beszámolója és kiinduló javaslat alapján. Ám ez a javaslat továbbra is a kötelező migránsszétosztáson alapul, ami csak további megosztáshoz vezet majd a tagállamok között, és így bizonyosan nem lehet a valódi megoldás része. Hiszen nem lehet a tagállamoktól elvenni azt a jogot, hogy eldöntsék, kit engednek be és kit nem életvitelszerűen a területükre. Az Unió döntéshozóinak már jó ideje rá kellett volna jönniük, hogy semmilyen kötelező migránsszétosztáson alapuló rendszer nem lesz képes megoldani Európa bevándorlási problémáját. Hiszen azt meghívónak fogják tekinteni az indulásra váró migránsok százezrei. Ehelyett vissza kell szereznie Európának a külső határai feletti teljes ellenőrzést, ugyanis ez az illegális migráció megállításának alapfeltétele. Ezért a szolidaritás megnyilvánulásaként kellene végre tekinteni a külső határok védelmét és az erre fordított milliárdokat, hiszen az európai örökségünk védelméhez és a kontinens stabilitásának megőrzéséhez járul hozzá.

Tanja Fajon (S&D). – Evropska komisija je predstavila jasno zavezanost k prihodnosti širitve zahodnobalkanskih držav. Države Zahodnega Balkana so v dvajsetih letih znatno reformirale institucije in zakone, v nasprotju kar je govoril moj predhodnik v zvezi s Kosovom in Albanijo. Obljubili smo jim članstvo, če bodo vztrajale na tej poti.

Unija je za ta cilj sodelovala po večini s političnimi elitami. Zdaj je čas, da aktivno vključi tudi državljane. Če želimo, da bodo investicije dvajsetih let vzdržne, morajo biti na naši strani tudi državljani. Naša zaveza v naporih in denarju mora biti dvojna. Članstvo ni le politični cilj, postati mora demokratični dosežek za vse družbe Zahodnega Balkana. Pozivam, da se evropski voditelji na vrhu jasno zavežejo k širitvi, glede vrha tudi maja v Sofiji, in da širitev uvrstijo tudi na junjsko zasedanje.

Z zahodnobalkanskimi voditelji moramo sodelovati odprto in iskreno. Dokler pogoji niso izpolnjeni, napredek ni mogoč. Največji del odgovornosti je v rokah voditeljev na Balkanu. Turčija je denimo padla na testu pravne države in spoštovanja človekovih pravic. Več kot 130.000 priprtilj ljudi od poletja 2016 dokazuje, da to ni ne varna ne demokratična država.

Zato za vse tiste EU države, ki na žalost verjamejo nasprotno in zapirajo vrata proslcem političnih azilov: kolega, Unija potrebuje Zahodni Balkan – in nasprotno – za lažje premagovanje skupnih izzivov, stabilnost in mir za mlade, ki namesto bega potrebujejo upanje, varnost in pa evropsko prihodnost.

Mario Borghesio (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la nostra posizione sul tema è molto chiara, perché per noi l'idea di rilanciare il progetto europeo con ulteriori allargamenti è quanto di più sbagliato vi sia.

Non ha senso infatti per noi mettere insieme paesi come Finlandia e Montenegro, non ha senso mettere i paesi dell'Est in competizione con quelli balcanici, dopo aver già messo in competizione quelli del Sud con quelli dell'Est. Vorrei ricordare le gravi conseguenze, per esempio, della questione Embraco, della questione del trasferimento di un'azienda produttiva del mio paese in Slovacchia.

Noi pensiamo che piuttosto dovremmo lavorare e contribuire allo sviluppo e alla stabilità della regione, senza cercare di realizzare sconsiderati passi avanti per mettere tutti sotto la bandiera dell'Unione e scoprire dopo quanto sia stata affrettata e mal preparata un'Unione che peraltro già oggi funziona piuttosto male.

La strategia illustrata dalla Commissione europea fa acqua in realtà da tutte le parti, e ripropone, aggravati, i problemi che poneva già in precedenza il processo di allargamento ad Est. Non sono state stabilite scadenze precise per nessuno, e al di là delle chiacchiere solo Serbia e Montenegro, in realtà, hanno iniziato i colloqui formali per aderire all'Unione europea e sembrano in grado – e concludo – di poter raggiungere l'obiettivo entro il 2025.

Paulo Rangel (PPE). – Senhora Presidente, Presidência búlgara, Senhor Vice-Presidente, queria dizer que há alguma frustração na agenda deste Conselho, porque aquilo que esperávamos, chegando a março, é que, naturalmente, o Presidente Macron e a Chanceler Merkel estivessem em condições de apresentar, pelo menos, um primeiro roteiro para a reforma da zona euro.

Se isso não é possível, ao menos que se façam os princípios e as linhas fundamentais para preparar esse trabalho para a Cimeira ou para o Conselho Europeu de junho.

Entretanto, penso que há dois pontos que são muito importantes. Um é a resposta a Trump e à sua limitação ao comércio internacional, que é totalmente inaceitável e que vai totalmente ao contrário daquela que é a linha da União Europeia. Devo dizer que hoje estaríamos num mundo mais seguro e mais próspero se o TTP com os Estados Unidos e o TTIP com a Europa e os Estados Unidos estivessem já devidamente em vigor ou, pelo menos, muito adiantados – isso sim, poderia combater a concorrência desleal, social e ambiental de alguns mercados, como mercado chinês, e não propriamente outro tipo de retaliações, como esta.

Finalmente, queria dizer que noto, com alguma pena, que a parente pobre deste Conselho é a União da Energia – só o Presidente Juncker falou nela. Para Portugal e para Espanha é decisivo, para a União Europeia é decisivo que se façam as interligações entre a França e a Península Ibérica.

No dia em que forem feitas, a nossa dependência de Putin e a nossa dependência da Rússia diminuirão muito e a Europa ganhará muito com isso.

Pervenche Berès (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-Président, lors de ce Conseil européen, vous allez, sous l'autorité de la présidence, évoquer la question de l'union des marchés des capitaux.

C'est tout à fait essentiel que l'Union avance dans ce domaine, y compris au moment où, malheureusement, nous devons envisager le Brexit. Mais cela ne sera raisonnable que si, en parallèle, nous progressons dans les conditions de supervision des marchés. J'invite donc vraiment le Conseil à être allant sur ce dossier, sans que cela n'épuise nullement la question des progrès dans l'Union économique et monétaire. Et là, franchement, on a parfois, au-delà du réalisme, l'impression d'attendre Godot. On attendait les élections allemandes, on attendait le gouvernement allemand, maintenant on attend l'accord franco-allemand. Cela n'est pas raisonnable, y compris parce que, dans la guerre commerciale qui nous oppose dorénavant aux États-Unis, la meilleure arme de la zone euro, c'est de progresser dans son intégration en matière fiscale et en matière de stratégie d'investissement. J'espère que c'est le message que vous porterez dans ce Conseil.

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, I am pleased to see that economic subjects form a big part of the Council meeting agenda. After all, economic performance plays a very important role in the way that people perceive the functionality of the European Union. I am especially pleased to see that tax issues are an informal part of the Council meeting. I hope that not just digital taxation but also VAT reform and CCCTB will be discussed and we will get closer to their adoption. I call on the leaders of the Member States to proceed and, if necessary, go to enhanced cooperation in the case of CCCTB.

Secondly, I want to mention the energy union. After a very good Commission proposal, short-term national interests, as well as the interests of some groups, could now weaken the result and this would be unfortunate. It would be a lost opportunity for Europe and for our citizens.

Last but not least, I also want to mention the issue of trade, but instead of going into details, I will just declare my support for what President Juncker said about this subject. I hope that we will achieve our goal, which is to support deferred and open trade globally.

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur ein paar Sätze zur Vorbereitung des Balkan-Gipfels, da dieser Punkt ja auch eine Rolle spielt: Ja, wir haben versprochen, die Staaten des westlichen Balkans an die EU heranzuführen, und wir haben versprochen, ihnen bei der Umstrukturierung und bei der Reform ihrer Länder zu helfen. Wir fordern immer mehr und immer wieder, dass diese Länder ihre Schularbeiten machen, bevor sie in die EU hineinkommen. Aber jetzt sind wir in der EU dran, unsere Hausaufgaben zu machen. Und deshalb bitte ich die bulgarische Ratspräsidentschaft: Werben Sie dafür, dass der Rat die Westbalkanstrategie der Kommission positiv annimmt und weiterentwickelt. Sprechen Sie mit unseren griechischen Freunden darüber, wie wir ihnen helfen können bei den mehreren Problemen, die es mit Balkanstaaten gibt, und sorgen Sie bitte dafür, dass keiner der sechs Partner am Katzentisch sitzt, nur weil einige noch nicht so weit sind wie die Mehrheit der europäischen Länder.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodo predsjednice, pitam se hoće li sljedeći samit 22. i 23. ožujka moći apsolvirati ovoliki broj tema koje su na dnevnom redu. U svakom slučaju, drago mi je da su tu i ekonomske teme, a da su i teme koje se odnose na vanjsku politiku i vanjsko djelovanje. Drago mi je da se spominju radna mjesta, rast, konkurentnost i, naravno, zajedničko tržište.

Prošli tjedan je naša EPP grupa boravila u Valenciji gdje smo razgovarali o digitalnom valu, u kojemu Europska unija mora predvoditi. To smatram iznimno važnom temom za nadolazeći sastanak Vijeća i drago mi je da će se raspravljati upravo o digitalnoj Europi. Osobno vjerujem da inovacije mogu promijeniti živote naših građana, a naš zadatak je da inovacije postanu glavnim prioritetom sljedećeg razdoblja.

Vidimo da europsko gospodarstvo jača, vidi se da se rast povećao iznad očekivanja, da se nezaposlenost smanjila, da se ulaganja oporavljaju, da se stanje javnih financija poboljšava. No, moramo voditi računa o našim odnosima sa Sjedinjenim Američkim Državama. Oni se ne smiju temeljiti na sučeljavanju, kao što je rekao gospodin Juncker. Važno je postići kompromis.

Također mi je drago spomenuti da je predsjednik Juncker obišao zemlje zapadnog Balkana ili jugoistoka Europe, kako mi volimo kazati, drago mi je da je primijetio da one vjeruju u europsku budućnost, ali kao što je rekao gospodin Fleckenstein, na nama je da odradimo našu zadaću, da im pomognemo na tom putu. Moramo pružiti punu podršku tim zemljama i omogućiti da što prije ispune uvjete za ulazak u Europsku uniju.

Agnes Jongerius (S&D). – Voorzitter, in november vorig jaar kwamen de regeringsleiders bijeen in Göteborg en zij tekenden daar samen voor de Europese sociale pijler. Die pijler begint langzamerhand vorm te krijgen, maar het tempo moet omhoog. Het voorstel van de Commissie voor een Europese arbeidsinspectie wordt vandaag gepresenteerd, maar het eerder aangekondigde socialezekerheidsnummer is inmiddels alweer van de wagen gevallen. De Europese arbeidsinspectie is een stap in de goede richting, een stap naar een fatsoenlijke en eerlijke Europese arbeidsmarkt, door uitbuiting en oneerlijke concurrentie tussen werknemers en oneerlijke concurrentie tussen bedrijven aan te pakken op Europees niveau. Het voorstel geeft Europa ook tanden om te bijten als het om grensoverschrijdende misstanden gaat. Maar, Voorzitter, als de regeringsleiders werkelijk een sociaal Europa willen, moeten ze nu wel doorpakken. We willen daden zien en niet louter woorden.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, the next Council has much to discuss, and discuss they will, but one area I think they need to focus very strongly on is the Multiannual Financial Framework (MFF), the next budget: Europe without a good budget can be talking forever about what they would like to do, but they cannot do much about it. Especially now that the United Kingdom will be leaving the European Union, regrettably, there will be a EUR 14 billion or so deficit in the budget. I think it is incumbent on the Member States to make up that deficit. After all, if they are all talking about the need to stick together to preserve what we have built, then I think also a strong budget is the key to that. I was delighted to hear our own Taoiseach, Leo Varadkar, say here in this very Chamber in January that Ireland will commit itself to increasing our percentage contribution from 1% to 1.1% or 1.2%. But every other Member State needs to do the same, because if we are to do the things we want to do in relation to security, Erasmus, development aid, the single market, migration or climate change, it is going to take funding. It is estimated that every euro in Europe generates about EUR 4 in added value. This is where the added value is, but the Council must give the commitment to do that now, unanimously, and then we can progress.

Nicola Danti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, a 25 anni dalla sua nascita, occorre fare una riflessione strategica sul senso e sul futuro del mercato unico.

In molti settori il suo completamento è difatti ancora lungi dall'essersi compiuto e viene percepito nelle opinioni pubbliche con distacco, come una sovrastruttura burocratica che limita la libertà di impresa e non protegge a sufficienza i consumatori. Il digitale, la nuova frontiera del mercato unico, viene poi considerato una dimensione senza regole e ostile ai settori dell'economia tradizionale.

Per questo motivo è il momento di un rinnovato slancio politico e di scelte ambiziose. Abbiamo bisogno di un sistema fiscale armonizzato che aiuti una concorrenza virtuosa interna, una tassa europea per i giganti del web, una sorveglianza di mercato dei prodotti efficaci, e nuovi strumenti di tutela dei consumatori.

Ci auguriamo che il prossimo Consiglio faccia proprie queste istanze e rilanci il mercato unico come motore economico e sociale dell'Europa. Il mondo oggi corre veloce: per fare ciò non abbiamo i 25 anni che ci stanno alle spalle, ma i 25 mesi davanti a noi.

Tunne Kelam (PPE). – Madam President, the Estonian Presidency managed to focus the attention of the Council on the digital dimension. It was good, but not enough. Now it is crucial to move ahead, including with the files on the digital market. EU Governments need to decisively deepen the single market, especially their services market, and put an end to deep-seated national protectionism, otherwise optimistic talk about deep integration will remain just talk. By the way, I hope that President Trump's hurried decisions could be used as a positive incentive to finally overcome the EU's traditional cautiousness about our own free trade. Regarding the energy market, yesterday the British Prime Minister declared that there could be no business as usual with Russia after their apparent use of chemical weapons on UK territory. How can one think today that there can still be business as usual on Nord Stream 2? The Council cannot continue to avoid this challenge. It is not about differences between the Council and Commission legal services; it is about protecting EU common interests, exercising our energy solidarity in practice and preventing Mr Putin from undermining EU security and unity on such vital issues.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, non vorrei essere pessimista, ma certamente una lettura di come stanno le cose, delle relazioni che oggi sono state presentate, ci porta a dire che il Consiglio europeo del prossimo 22-23 marzo si profila come l'ennesima riunione delle decisioni rimandate, l'ennesima riunione delle occasioni mancate.

Penso che l'Unione europea non possa ulteriormente mancare le occasioni che si presentano, pena davvero la sua difficoltà profonda. Le elezioni in Italia sono anche state un segnale chiaro da questo punto di vista: l'Unione europea deve iniziare a dare risposte concrete ai cittadini, deve essere un'istituzione percepita come amica, come vicina, e non come un'istituzione lontana e indifferente alle più gravi sfide che i cittadini europei stanno vivendo. Io penso al mio paese, penso al tema dell'immigrazione, penso al tema di una politica economica che non è riuscita a incentivare lo sviluppo, a dare risposte al lavoro in maniera sufficiente.

E così oggi la riforma dell'eurozona, il pilastro sociale dell'UE e le tante, troppe mancanze dell'Unione europea, a partire dalla mancanza di un sussidio sulla disoccupazione europea, che pure era stato posto nel programma, non possono più attendere ritmi lenti e contraddizioni delle politiche nazionali, e così i temi dell'equità fiscale, e mi rifaccio all'intervento di Maria João Rodrigues.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, παρά την ισχυρή απόφαση του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου ενάντια στην Τουρκία για τις απαράδεκτες, προκλητικές και παράνομες παραβιάσεις της, τόσο στην Κύπρο όσο και στο Αιγαίο, η Τουρκία για μια ακόμη φορά κάνει αυτό που κάνει πάντοτε: περιφρονεί, προσβάλλει και προκαλεί τις αποφάσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η υπόθεση της Κύπρου, η υπόθεση της εισβολής στην κυπριακή ΑΟΖ, οι παραβιάσεις στο Αιγαίο, η προσβολή χωρών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης από μία χώρα που συμπεριφέρεται πειρατικά και τρομοκρατικά, όπως την Τουρκία, θεωρώ ότι δεν είναι υπόθεση της Κύπρου και της Ελλάδας, αλλά είναι υπόθεση ευρωπαϊκή, γιατί ένας βασικός θεμελιακός κανόνας της Ευρωπαϊκής Ένωσης είναι η αλληλεγγύη των χωρών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης και θεωρώ ότι είναι πολύ σημαντικό η Ευρωπαϊκή Ένωση να απαντήσει σε αυτή την προκλητική στάση και συμπεριφορά της Τουρκίας.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση δοκιμάζεται γι' αυτό το ζήτημα και αναμένουμε από το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο, που θα συνεδριάσει στις 22 και 23 Μαρτίου, ότι επιτέλους θα στείλει το ισχυρό μήνυμα ότι δεν ανέχεται άλλο να την περιφρονεί και να την προσβάλλει η Τουρκία και ότι θα πάρει μέτρα, ούτως ώστε, εάν συνεχίσει τις παραβιάσεις στην Κυπριακή ΑΟΖ και δεν τις σταματήσει αμέσως, τότε η Τουρκία δεν μπορεί να προσβλέπει και να προσδοκά τίποτε από την Ευρωπαϊκή Ένωση. Ταυτόχρονα, θα ήθελα να απευθύνω έκκληση, αλλά και να απαιτήσω από τον αγαπητό αντιπρόεδρο της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, τον κύριο Timmermans, να εναρμονιστεί επιτέλους και η Ευρωπαϊκή Επιτροπή με το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο και το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και να σταματήσει να λαμβάνει αποφάσεις για αναβάθμιση των σχέσεων Τουρκίας-Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Πρέπει να δώσουμε το μήνυμα ότι δεν μπορούν να γίνουν πλέον ανεκτές αυτές οι συμπεριφορές, γιατί δυστυχώς η Τουρκία αποθρασύνεται και, κλείνοντας, θα σας καλέσω να πάρετε μέτρα, γιατί αύριο θα είναι πολύ αργά με αυτήν την Τουρκία, την Τουρκία του Ερντογάν.

Elly Schlein (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Ministra, Presidente Juncker, ha detto prima che al prossimo Consiglio discuterete di un'Unione più forte e democratica. Cominciate a dimostrare più forza contro l'evasione e l'elusione fiscale delle multinazionali, che ci costano mille miliardi all'anno: si pagavano tre «piani Juncker» di investimenti, con quella cifra.

E se solo aveste volontà politica, già domani potreste approvare misure fondamentali di contrasto, come la rendicontazione pubblica Stato per Stato o la CCCTB, per stabilire un principio semplice: che le tasse si pagano dove si fanno i profitti. E molto più coraggio vogliamo sulla riforma di Dublino: le bozze che circolano al Consiglio sono un insulto al nostro ruolo e mortificano quest'Aula. Solidarietà solo volontaria, che nulla ha mai risolto, procedure di inammissibilità obbligatorie che violano il diritto internazionale e aggravano gli oneri dei paesi di frontiera, meno garanzie per i minori e sanzioni che violano i diritti fondamentali e li monetizzano: una vita vale davvero per voi 30 000 euro?

Il Parlamento vi incalza ad avere una posizione ambiziosa, che superi il criterio ipocrita del primo paese di accesso e lo sostituisca con un meccanismo permanente di condivisione delle responsabilità. Un'Unione più forte, sì, ma con i forti, non con i deboli.

Tonino Picula (S&D). – Gospođo predsjednice, sastanak Vijeća sljedećeg tjedna dobra je prilika da se napravi pregled stanja stvari u Europskoj uniji, da vidimo do kud se stiglo s nekima od najvažnijih inicijativa i zakonskih prijedloga.

Podržavam fokus na radna mjesta, rast i konkurentnost, na praćenje provedbe europskog stupa socijalnih prava te prijedlog Komisije o europskom nadzornom tijelu za rad.

Najave Washingtona o uvođenju dodatnih carina na sve dužu listu proizvoda traže odgovor europskih lidera. Europska unija treba imati strategiju kako se nositi s ovim prijetnjama.

Kao zastupnik iz Hrvatske podržavam predviđeno usvajanje zaključaka o zapadnom Balkanu uoči samita u svibnju u Sofiji. Nadam se da će u zaključcima biti prevladane određene rezerve prema proširenju. Zemlje zapadnog Balkana zaslužuju vjerodostojnu perspektivu članstva.

Nadogradnja europskog projekta u 21. stoljeću od iznimne je važnosti za budućnost Unije, a upravo je proširenje jedan od stupova europskog identiteta i jedna od najuspješnijih politika Europske unije od njenog nastanka.

Catch-the-eye procedure

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem přesvědčen, že výzev, před kterými stojí Evropská unie, je opravdu celá řada. Je jich nespočet, je to brexit, jsou to azylové a migrační otázky, víceletý finanční rámec a role kohezní politiky. Tlak na rozpočet je obrovský a v tomto duchu je třeba vyzvat Evropskou radu, aby byla skutečně jednotná.

To hledisko jednomyslnosti, si myslím, že má svoji klíčovou roli.

Na druhou stranu ti, kteří volají po jednomyslnosti, musí vést upřímný dialog. Myslím si, že to je důležité zdůraznit šéfům vlád, a je to důležité i pro předsednictví. Já bych si dovolil rovněž vyzdvihnout otázku Kypru, protože jsem byl na tomto ostrově v uplynulém období a byl jsem docela šokován, jak je to město rozděleno, jak je rozdělen tento ostrov. Je to trochu ostuda v 21. století pro Evropu, že Kypr zůstává takto rozděleným ostrovem, a myslím si, že by se na to skutečně evropské předsednictví a rovněž Evropská rada měly zaměřit.

Maria Grapini (S&D). – Doamna președintă, domnule comisar, stimați colegi, sigur, e foarte importantă întâlnirea Consiliului. Au spus foarte mulți colegi aici, cred că trebuie să definim ce vrea să fie Uniunea Europeană. Domnul Juncker spune: perfecționarea pieței interne, interconectivitatea. Foarte bine, dar avem încă țări de rang unu, țări de rangul doi, cetățeni de rangul trei, avem produse cu dublu standard. Clarificăm care este viitorul Uniunii Europene? Avem de negociat un Brexit.

Foarte importante sunt temele de la summit. Problema este ca și cum am croi un costum fără să știm mărimea lui. Trebuie să știm ce vrem în viitor și, domnule Timmermans, cu tot respectul, vă rog să nu mai aveți un limbaj dublu. Mergeți în statele noastre și spuneți ceva cetățenilor, veniți aici și vorbiți altceva. Este cazul României, în care v-ați dus ați spus ceva, aseară la LIBE, din nou nominalizați România ca o țară care nu respectă statul de drept. Spuneți ce nu respectăm, pentru că altfel cetățenii sunt nemulțumiți și sigur vom dezvolta euroscepticismul.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, Europsko vijeće u svojoj raspravi i zaključcima o tzv. zapadnom Balkanu ima priliku utvrditi pravo stanje na terenu, postaviti realne ciljeve i poslati jasnu poruku da niti jedna od neintegriranih država neće postati članicom dok ne udovolji svim kriterijima.

Svjedoci smo da Europska unija, ta navodna oaza ljudskih i građanskih prava u svijetu, ignorira činjenicu da je na čelu jedne države kandidatkinje – Srbije, autoritarni vladar koji ugrožava demokratske standarde i vladavinu prava, onemogućuje slobodne izbore i gazi medijske slobode.

Toleriranje Aleksandra Vučića samo je potvrda davno prepoznatog europskog licemjerja zbog kojega Unija gubi ugled u svijetu. Ne zaboravimo, pristupni proces potpuno je besmislen ako kroz njega države kandidatkinje ne postignu značajan napredak. Ne samo deklarativni, već suštinski. Način na koji Vučić vlada Srbijom jasan je znak da takav napredak od te države ne trebamo očekivati dok je on na njezinu čelu.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η έκρυθμη κατάσταση στα Δυτικά Βαλκάνια θυμίζει τις συνθήκες που επικράτούσαν πριν τον Α Παγκόσμιο και τους Βαλκανικούς Πολέμους. Ο διάχυτος αλυτρωτισμός και η καταφανής ρητορική μίσους, ειδικά της Αλβανίας και της κυβέρνησης των Σκοπίων κατά της Ελλάδας, δημιουργούν ένα εκρηκτικό μείγμα, με την ανοχή κυρίως της Merkel και για λόγους που οι Έλληνες γνωρίζουμε καλά. Πέραν των παραπάνω, η Τουρκία του Ερντογάν σφαγιάζει κυριολεκτικά Κούρδους αμάχους στο Αφρίν, έχοντας εισβάλει παράνομα σε συριακό έδαφος.

Η πολιτική της Ένωσης, των προτροπών, των παραινήσεων για κατάπαυση του πυρός, των προφορικών καταδικών, των καλεσμάτων σε διάλογο δεν φέρνει κανένα αποτέλεσμα. Αντιθέτως, η Ένωση συντηρεί το κλίμα μέσω δηλώσεων από επίσημα χείλη, συνεχίζει τις προεναξιακές διαπραγματεύσεις αυτών των χωρών και τις χρηματοδοτεί, αντί να τις απομονώνει και να τους επιβάλλει κυρώσεις. Η Ιστορία όμως, τουλάχιστον για εμάς τους Έλληνες, δεν αλλοιώνεται. Τα σύνορα δεν παραχαράσσονται, οι εθνικές συνειδήσεις δεν εξαγοράζονται και τα εθνικά κράτη μέλη δεν απεμπολούν τα κυριαρχικά τους δικαιώματα.

(End of catch-the-eye procedure)

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Madam President, in reaction to what was said I have a few remarks.

First of all, I want to say something about the poisoning of people in Salisbury. Just try to get your mind around this: in Salisbury, people have been poisoned by a Novichok nerve agent, which is a substance that is banned under a UN convention. A nerve gas was actively used against civilians in one of our Member States. I believe that the European Council should, in clear terms, express its full solidarity with the British people and the British Government in addressing this issue. I believe it is of the utmost importance that those who are responsible for what has happened see very clearly that there is unequivocal, unwavering and very strong European solidarity, so that those responsible are really punished for what they did. We cannot have nerve gas being used in our societies. This should be addressed by all of us and not just left to Prime Minister May and the British Government. It is a collective European responsibility, including under the Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons (OPCW) rules.

I want to thank your Parliament, Madam President, for its clear support for my words right now because it will also send a clear message to all those involved and to the European Council next week.

Yesterday, I was at Dillinger Hütte, in Saarland, to meet with representatives of the European steel industry from Saarland, from Lorraine and from Luxembourg – a very competitive steel industry, able to innovate, able to create green steel in the future, to make sure that steel remains an essential element of the European economy, in a way that is sustainable. Of course, people there were extremely worried about the measures announced by President Trump. I had a very clear message for the people there and I want to repeat it today: the Commission is working day and night to convince our American partners that there are no grounds for these measures. We are security partners. How on earth could European steel be a threat to American security? It is simply impossible, so there are no grounds for these measures. We hope we can convince our American partners of this, but if that fails, if we cannot convince them and they persist in this, the Commission will act with the support of the Member States to protect our European economy.

We do not believe in protection. No war could be predicted in terms of its outcome except for a trade war because we know that a trade war only has losers. Nobody can win a trade war. We hope that we can convince President Trump of that reality, but we will protect our interests if need be and we will help the European steel industry and the European economy to be competitive.

Let me end on this. This is something that will be discussed at the European Council: jobs, competitiveness, growth. The world is changing at breakneck speed. We will need to be more competitive to keep up, but there are different ways of doing this. You can be competitive by lowering your prices, but then you will demolish the social fabric which is the very backbone of Europe. You can also be competitive by being smarter, more innovative, investing, inventing new things. This is what Europe has always been great at – all European nations – and that is why I believe that if we talk about the future of Europe, we talk about better taxation, so that people pay taxes where they make profits and that they do not get away with playing one Member State against another.

(Applause)

We have to make sure that we develop the skills necessary to be able to act on the world stage. It is a delusion to think that we can protect the steel industry of individual Member States if Member States act individually on the world scale. We need the European Union to act together on this. At the end of the day, it will be necessary to build Europe on the basis of the values Europeans share: a social market economy where the values are protected, where the race to the bottom is stopped and where we make sure that through solidarity and by working together, Europe has a strong position on the world stage.

(Applause)

Monika Panayotova, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, first of all I would like to thank the House for its remarks and comments. I will convey all of them to the President of the European Council. I took careful note of the suggestions that were addressed to me personally by Ms Berès, Mr Verhofstadt and Mr Fleckenstein, and I assure you that I will bring all of them to the attention of Mr Tusk.

In response to Mr Telička's criticisms, I would like to bring to your attention three main points. The first one is that it is the role of the Presidency to present to you the state of play in preparations for the European Council meeting. So I am here to listen to you and you can be sure that I will convey your remarks, proposals and ideas to President Tusk. That is the purpose of this debate.

Secondly, Mr Tajani will intervene at the opening of the meeting and he will also have the opportunity to express Parliament's views. Thirdly, President Tusk will be in plenary in April for a full debate with you on all these topics.

In conclusion, I would like to say that we need to ensure that the decisions taken by leaders will be implemented in full over time. In that spirit, the Council will continue, under the Bulgarian Presidency, to regularly discuss the implementation of the European Council conclusions.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – El próximo Consejo Europeo tiene lugar en un momento crucial, donde los vientos nacionalistas soplan con fuerza en Rusia, China y los Estados Unidos. En este contexto, la UE necesita reivindicar su propio proyecto de vida con una estrategia a largo plazo basada en la dignidad humana, la justicia, la democracia y el desarrollo sostenible. Nuestro compromiso con el Pilar Europeo de Derechos Sociales es irrenunciable. Esperaremos el contenido final del paquete de justicia social propuesto por la Comisión, el cual debe garantizar a nuestros ciudadanos una protección social completa para erradicar las desigualdades. La financiación del Pilar Social nos conduce a un asunto fundamental objeto de discusión en el próximo Consejo Europeo: la fiscalidad equitativa. Es inaceptable que las multinacionales paguen cada vez menos impuestos mientras que nuestros Gobiernos aplican recortes en el Estado del bienestar. Si queremos evitar la inseguridad que rodea a nuestros ciudadanos, así como que las fuerzas nacionalistas y xenófobas continúen ganando terreno, debemos revertir esta tendencia. Si los dirigentes de la UE desean realmente cambiar el contexto socio-económico de la UE, su compromiso con una fiscalidad justa debe ser una realidad en el próximo Consejo Europeo.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome the European Council reunion next spring, where pressing issues are going to be discussed. Romania cannot accept, it is completely unacceptable an EU with two or more speeds. If taken, this path could step by step destroy the nowadays EU. There is generally one change for Europe – a solitary EU, with equal rights for members and citizens. It is unfair and incorrect to keep Romania outside the Schengen area, with all kinds of pretexts invoked mainly by Netherland for trade and economic interests, having nothing to do with Schengen area requests and standards. To put it blindly, to keep the advantages of Rotterdam harbour as a main gate for entrance within EU of foreign goods. Constanta harbour, in Romania, to the Black Sea might make a huge competition to the Rotterdam harbour, having lots of geographic and strategic advantages. This situation cannot continue in this way. The Presidency of Romania has to rise this issue stronger than ever at the next European Council meeting, on 22 and 23 March 2018. There are unfortunately double standards inside EU. I addressed again and again this situation which can jeopardise, on a medium and long term basis the EU's future.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – El próximo Consejo Europeo tiene lugar en un momento crucial, donde los vientos nacionalistas soplan con fuerza en Rusia, China y los Estados Unidos. En este contexto, la UE necesita reivindicar su propio proyecto de vida con una estrategia a largo plazo basada en la dignidad humana, la justicia, la democracia y el desarrollo sostenible. Nuestro compromiso con el Pilar Europeo de Derechos Sociales es irrenunciable. Esperaremos el contenido final del paquete de justicia social propuesto por la Comisión, el cual debe garantizar a nuestros ciudadanos una protección social completa para erradicar las desigualdades. La financiación del Pilar Social nos conduce a un asunto fundamental objeto de discusión en el próximo Consejo Europeo: la fiscalidad equitativa. Es inaceptable que las multinacionales paguen cada vez menos impuestos mientras que nuestros Gobiernos aplican recortes en el Estado del bienestar. Si queremos evitar la inseguridad que rodea a nuestros ciudadanos, así como que las fuerzas nacionalistas y xenófobas continúen ganando terreno, debemos revertir esta tendencia. Si los dirigentes de la UE desean realmente cambiar el contexto socio-económico de la UE, su compromiso con una fiscalidad justa debe ser una realidad en el próximo Consejo Europeo.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραφώς*. – Το κράτος δικαίου στην Τουρκία παραβιάζεται κατάφορα. Πρόσφατα, ψηφίσσαμε συντριπτικά στο Ευρωκοινοβούλιο ότι στην Τουρκία δεν μπορεί να υπάρξει καν δικαίη δίκη για τους πολιτικούς διαφωνούντες με το καθεστώς Ερντογάν. Αυτό λοιπόν το κράτος, που καταπιέζει τους λαούς εντός Τουρκίας, που φυλακίζει τους διαφωνούντες, που περιφρονεί την ομόφωνη απόφαση του Συμβουλίου Ασφαλείας του ΟΗΕ για κατάπαυση των στρατιωτικών επιχειρήσεων και συνεχίζει την εισβολή στο Αφρίν, που συνεργάζεται με τους πλέον διαβόητους τρομοκράτες, ενώ βαφτίζει τρομοκράτη όποιον είναι Κούρδος, που παρεμβαίνει με τον στόλο της στους ενεργειακούς σχεδιασμούς της Κύπρου και πλήττει τα ενεργειακά συμφέροντα της ΕΕ, που απειλεί την Ελλάδα και συνεχίζει παράνομα την κατοχή στο βόρειο μέρος της Κύπρου, αυτό λοιπόν το κράτος της Τουρκίας τυγχάνει αδιανόητα ευνοϊκής μεταχείρισης. Το ερώτημα είναι απλό: Στο όνομα ποιων ευρωπαϊκών αξιών ή ποιων συμφερόντων, που είναι επικρατέστερα των πιο πάνω, επιβάλλεται αυτή η στρεβλωτικά ευνοϊκή μεταχείριση της Τουρκίας; Τόσο στρεβλωτική, που θα της εκχωρήσουμε άλλα τρία δισ. ευρώ των ευρωπαίων πολιτών για τη διαχείριση των προσφύγων από τη Συρία, την ίδια ώρα που προκαλεί νέα ανθρωπιστική τραγωδία διογκώνοντας την έξοδο προσφύγων από τη Συρία και ενδυναμώνοντας το Ισλαμικό Κράτος, που για χρόνια χρηματοδοτούσε.

Olga Sehnalová (S&D), písemně. – Vážené kolegyně a kolegové, zařazení sociálních otázek na jednání Evropské rady je nutné jednoznačně přivítat. Sociální a pracovní standardy jsou neodmyslitelným rozměrem jednotného trhu, proto je nutné o nich poctivě diskutovat. Poctivě diskutovat znamená diskutovat se všemi, kterých se opatření s dopadem mohou týkat. Po brexitu bude 85 procent HDP EU tvořeno zeměmi eurozóny. Znamená to, že názor ostatních zemí již tedy není nutné znát a začnou se vytvářet paralelní instituce a summity, které budou rozhodovat za všechny? Je svolání summitu Evropské rady pro pouze 19 zemí signálem, že se takto bude postupovat v budoucnu? Takovýto přístup zpochybňuje onen princip jednoty, o kterém tak často rádi hovoříme, a je krokem zpátky.

5. Nachruf

Presidente. – Come annunciato all'inizio del dibattito che si è appena concluso, purtroppo è scomparso prematuramente il nostro collega Jens Nilsson. È morto questa mattina, in Svezia, a seguito di una breve malattia.

Il collega Nilsson fu eletto per la prima volta al Parlamento europeo nel 2011 e rieletto nel 2014 nelle fila del partito socialdemocratico svedese e sedeva tra i banchi del gruppo S&D. Membro della commissione per i trasporti e il turismo, della commissione per lo sviluppo regionale e della delegazione per le relazioni con la Bielorussia, Nilsson svolse la sua attività politica con un sincero entusiasmo e con una non comune capacità di lavoro. Si batté con determinazione per un'economia sociale, ideale in cui credeva fermamente e che fu per lui la battaglia di una vita.

A nome di tutti noi voglio rivolgere un affettuoso pensiero alla sua famiglia, alla moglie, alla figlia, ed esprimere il più sentito cordoglio ai suoi amici, ai suoi compagni di partito, al gruppo S&D e a tutti coloro che lo hanno conosciuto ed apprezzato. Vi chiedo pertanto di unirvi a me nell'osservare un minuto di silenzio nel ricordo di Jens Nilsson.

(L'assemblea, in piedi, osserva un minuto di silenzio)

Maria João Rodrigues, on behalf of the S&D Group. – Mr President, I am taking the floor on behalf of the S&D Group, the group that Jan Nielsen belonged to. In just a few words, first of all I would like to thank all Members of the European Parliament for this homage and these minutes of silence. We, as the S&D Group, would like to recall him as he was: a very generous man, a man who was very committed to the European project, someone who was also very much in touch with all the people at grassroots level, and the leading actor for a social economy across Europe. Jan Nielsen, we will always remember you with much friendship.

*
* *

Ashley Fox (ECR). – Mr President, last week in Salisbury, my constituency, a man and his daughter were poisoned with a military-grade nerve agent. A police officer who attended the scene was also poisoned. Yesterday, the British Prime Minister announced it was highly likely that Russia was responsible for this outrage, either through a direct state-sponsored assassination attempt or because it allowed a deadly substance to pass into the hands of others. Today, we are awaiting an explanation from Moscow. This must be a wake-up call for all of us. We in the West are being tested: the annexation of Crimea, cyber-attacks in Estonia, and the use of chemical weapons in Salisbury. A disturbing pattern is emerging, one we have to meet firmly and with a united front.

(Applause)

Presidente. – L'applauso della plenaria non ha bisogno di ulteriori commenti.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, I rise in relation to the rules related to the conduct of Members of this House towards one another. This morning, in the debate on the relationship between the European Union and the UK, a Member of this House, Mr Alyn Smith from Scotland, quite rightly used some language to criticise Brexiteers like myself. But he used one particular word in that criticism, which I feel that you, as the President of this Chamber, would actually recognise as being highly disgraceful and would warrant an apology. He called Brexiteers shysters. As you know, the word shyster is derived from the German word for someone who defecates. But it also is a very poignant word for those of us who have Jewish ascendants or Jewish relations in our family, as I do. Shyster is used to criticise Jews on a regular basis for being dishonest and for various other aspects.

I believe that Mr Smith may not have wanted to use that phrase in that context, but now recognising the strength of that, he should apologise. I would ask you to seek that from him.

Alyn Smith (Verts/ALE). – Mr President, I refer colleagues who might not be familiar with the English word, the definition of 'shyster' in the Collins English Dictionary: 'shyster, plural shysters. If you refer to someone, especially a lawyer or politician, as a shyster, you mean that they are dishonest and immoral [...] a person, especially a lawyer or politician, who uses discreditable or unethical methods.'

There is nothing about Jewish anything in it, and nothing could have been further from my mind. Indeed, the allegation is as ridiculous as Mr Woolfe is himself. I refute it absolutely, and I would urge the House not to waste time on such nonsense.

(Applause)

Presidente. – Disonesto e immorale non si può dire a nessuno, però se non c'era da parte sua nessun intento ovviamente come quello inteso dall'on. Woolfe io credo che questo sia un chiarimento sufficiente. Ma disonesto e immorale non si può certamente interpretare nella direzione di un altro collega.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD). – Mr President, thank you for taking the point of order. I rise under Rule 11, Section 3, and to quote the Rules of Procedure, 'the conduct of Members shall be characterised by mutual respect'. Whatever Mr Smith's inadequate comments just now, the fact of the matter is that he has violated the values and principles of the European Parliament, of which we had an outstanding example from Mr Fox's comments earlier on. Notwithstanding, the request is that the President deliver to Mr Smith a formal reprimand.

(Applause)

Lynn Boylan (GUE/NGL). – Mr President, I'd like to bring Parliament's attention to Ibrahim Halawa, who is up in the viewing chamber today because in December 2015 this Parliament voted for a resolution calling for his immediate release. It is great that he is here today, now a free man, who was locked up.

(Loud applause)

President. – Ms Boylan, thank you very much.

David Coburn (EFDD). – Mr President, I don't normally get upset by anything, but Mr Smith is the master of the politically correct. He'd hound anyone to the gates of hell if they said anything politically incorrect. I don't normally worry about these things, but on this occasion I think he's gone over the top and I think he should apologise. Normally he's not so silly, so I think he's not doing himself or his political party any good.

Presidente. – Bene adesso credo, on. Coburn sappiamo che Lei è abbastanza vivace, conosciamo la Sua vivacità. Io credo che alla fine le parole pronunciate o l'intenzione di usare quel termine fosse di critica politica e non di offesa nei confronti del collega, quindi, per come è stata data l'interpretazione, si trattava di una critica politica e mi sembra che non volesse offendere né per motivi razziali, né per motivi politici, quindi credo che la parola vada interpretata come pura critica politica. Se fosse altrimenti saremmo costretti ad intervenire, ma credo che si trattasse, onorevole, soltanto di una critica politica e nulla più.

6. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

7. Abstimmungsstunde

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η Ώρα των ψηφοφοριών.

(Για τα αποτελέσματα και άλλες πληροφορίες σχετικά με τις ψηφοφορίες: Βλέπε Συνοπτικά Πρακτικά)

7.1. Durchführung des Protokolls über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags und über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl (A8-0034/2018 - Jean Arthuis) (Abstimmung)

7.2. Abkommen zwischen der EU und Neuseeland über Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich (A8-0029/2018 - Daniel Caspary) (Abstimmung)

7.3. Europäische Strategie für kooperative intelligente Verkehrssysteme (A8-0036/2018 - István Ujhelyi) (Abstimmung)

7.4. Grenzüberschreitende Paketzustelldienste (A8-0315/2017 - Lucy Anderson) (Abstimmung)

7.5. Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr und Führerschein (A8-0321/2017 - Peter Lundgren) (Abstimmung)

7.6. Einrichtung des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich zwecks Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovation in der Verteidigungsindustrie der EU (A8-0037/2018 - Françoise Grossetête) (Abstimmung)

Πριν από την ψηφοφορία

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Wir sind der Meinung, dass diese Entscheidung hier getroffen werden muss, weil sie für unser Gemeinwesen von großer Bedeutung ist.

Wir sind dafür, dass wir Europäer mehr gemeinsam für unsere gemeinsame Sicherheit tun, und das schließt eine enge Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitsindustrie ein. Aber das, was hier zur Entscheidung steht, ist eine versäumte Gelegenheit. Wir werden die 178 Rüstungssysteme, die wir in Europa haben, damit nicht reduzieren, wir werden die 80 % rein nationaler Rüstungsausgaben damit nicht reduzieren, wir werden die Effizienzrate von 15 % damit nicht erhöhen. Das heißt, wir werden die Ziele, die proklamiert werden, nicht erreichen können. Deswegen kritisieren wir diesen Vorschlag. Wir brauchen nicht mehr Geld für die Rüstung, sondern mehr Effizienz. Wir brauchen nicht mehr Überkapazitäten. Das führt nur zu neuen Rüstungsexporten.

Françoise Grossetête, rapporteure. – Monsieur le Président, le 21 février dernier, la commission de l'industrie, de la recherche et de l'énergie a largement adopté mon rapport sur le programme industriel de défense, ainsi que le mandat de négociation. Je vous demande donc de soutenir et de confirmer aujourd'hui cette décision d'entrer en négociations interinstitutionnelles. Ce règlement que nous souhaitons vise à soutenir la coopération industrielle en Europe pour rendre plus compétitive notre industrie et inciter à l'innovation. Il s'agit donc de développer notre base industrielle et technologique européenne et de limiter les duplications inutiles et coûteuses.

Nos concitoyens demandent que nous agissions pour leur sécurité. Il est donc temps de lancer de meilleures coopérations au niveau européen pour répondre à leurs attentes dans un contexte international que nous savons instable.

Ce règlement devant entrer en vigueur le 1^{er} janvier 2019, il faut que nous puissions rapidement le mettre en œuvre et l'inscrire au budget de l'année 2019. Je vous demande donc de soutenir la décision de commencer ces négociations.

7.7. Gleichstellung der Geschlechter in Handelsabkommen der EU (A8-0023/2018 - Eleonora Forenza, Malin Björk) (Abstimmung)

7.8. Strukturschwache Gebiete in der EU (A8-0046/2018 - Michela Giuffrida) (Abstimmung)

7.9. Rolle der Regionen und Städte in der EU bei der Umsetzung des auf der COP21 abgeschlossenen Pariser Klimaschutzübereinkommens (A8-0045/2018 - Ángela Vallina) (Abstimmung)

Πρόεδρος. - Η Ώρα των ψηφοφοριών έληξε.

8. Stimmerklärungen

8.1. Europäische Strategie für kooperative intelligente Verkehrssysteme (A8-0036/2018 - István Ujhelyi)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, it is quite extraordinary the way in which we conduct the debate on customs and borders as though we were still living in the 19th century, as though crossing an international frontier involved greasy customs officers in peaked caps and epaulettes opening all our bags.

In fact, almost all clearance is done online and in advance these days, and that process is accelerating as technology improves. In particular, I think developments in blockchain will within a few years make all customs checks between advanced economies redundant and this is something we should greatly look forward to.

What an irony that people who see themselves as being forward-looking and futuristic are, when it comes to the question of borders with non-EU countries, the most determinedly stuck in the past.

8.2. Grenzüberschreitende Paketzustelldienste (A8-0315/2017 - Lucy Anderson)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu, protože jsem přesvědčen, že navazuje na zprávy a materiály, které se týkají digitálního trhu v Evropě. Pokud jsme před několika dny, fakticky týdny, přijali zprávu, která se týká on-line prodeje zboží na internetu, tak je dobré i řešit otázku, jak zboží, které se prodává on-line na internetu, doručit ke spotřebiteli. A právě tato zpráva řeší otázku, jak je možné doručit nakoupené zboží po Evropě, aniž by poskytovatelé těchto služeb zvyšovali tarify jenom proto, že se zboží prodává přes hranice členských států.

Já to považuji za velmi důležitý materiál, pokud vytváříme jednotný trh, pak je třeba bourat veškeré hranice uvnitř Evropské unie a jednou z těchto pomyslných hranic je i to, že poskytovatelé služeb účtují mnohem větší tarify ve chvíli, kdy se zboží prodává a převáží z jednoho členského státu do druhého. Proto je materiál dobrý a podpořil jsem ho.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem rovněž podpořil tento návrh nařízení a chtěl bych ocenit roli estonského předsednictví při jeho prosazení. Pro mě je skutečně důležité, aby byly odstraňovány bariéry, které dokonce brání právě pravidlům jednotného vnitřního trhu. Tudíž zlepšení pravidel pro doručování přeshraničních balíčků je skutečně důležité, a byť nejsem příznivcem používání té nejtvrďší formy právní úpravy, to znamená formy nařízení, myslím si, že tady je zcela na místě.

Nepochybně toto opatření, to znamená nařízení, zlepší efektivnost a transparentnost při doručování balíčků, zlepší situaci spotřebitelů. Já chci upozornit na situaci především malých firem, které tuto službu velmi využívají a na mnohdy neférové praktiky právě doručovatelů, které jim komplikují jejich podnikání. Takže já tuto úpravu velmi vítám, a proto jsem ji podpořil.

8.3. Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr und Führerschein (A8-0321/2017 - Peter Lundgren)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, όπως ανέφερα και στη χθεσινή μου ομιλία, χιλιάδες τουρκικά φορτηγά κυκλοφορούν χωρίς τις προϋποθέσεις του νόμου και στην Ελλάδα και στην Ευρωπαϊκή Ένωση και προκαλούν εκατοντάδες δυστυχήματα. Πρέπει να υπάρξει έλεγχος για τα διπλώματα-μαίμου, τα οποία έχουν οι οδηγοί των τουρκικών φορτηγών αυτοκινήτων, πρέπει να ελεγχθούν οι προϋποθέσεις υπό τις οποίες λειτουργούν, γιατί δεν τηρούν καν τις προδιαγραφές. Επιπλέον, στην Ελλάδα υπάρχει μια διαδικασία κατά την οποία τα καταστήματα αφορολόγητων ειδών επιτρέπουν να εφοδιάζονται τα τουρκικά φορτηγά στα σύνορα, στον Έβρο, στους Κήπους, με αφορολόγητο πετρέλαιο, και έτσι τα τουρκικά φορτηγά ανταγωνίζονται αθεμίτως τους Έλληνες επαγγελματίες. Αυτό πρέπει να σταματήσει και πρέπει επιτέλους να εφαρμοστεί η απόφαση του Δικαστηρίου C 590/2016, που εκδόθηκε στις 8 Φεβρουαρίου 2018, αναγκάζει την ελληνική κυβέρνηση να σταματήσει τη λειτουργία των ΚΑΕ στις περιοχές που ανέφερα, δηλαδή στους Κήπους και σε άλλες συντοριακές περιοχές της Ελλάδας, και απαγορεύει να προμηθεύουν αφορολόγητο πετρέλαιο. Πρέπει να εφαρμοστεί επιτέλους αυτή η απόφαση, η οποία αφορά την Κακαβιά, τους Ευζώνους και τους Κήπους Έβρου. Είναι κάτι το οποίο απαιτούμε εδώ και τώρα να εφαρμοστεί.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, pokud jsme při té minulé zprávě, která hovoří o zlepšení podmínek pro přeshraniční doručování zásilek, vyzdvihli roli jednotného trhu, tak i pro toto opatření, to znamená pro možnosti lepšího doručování, je klíčová silniční doprava. Ta je klíčová obecně pro fungování vnitřního trhu. Pro zlepšení účinnosti a bezpečnosti silniční dopravy je nutné, zdá se, přiměřeně zvyšovat požadavky na bezpečnost a na kvalifikaci řidičů. Bohužel situace na trhu práce v mnohých členských státech Evropské unie právě v oblasti silniční kamionové dopravy je velmi napjatá, řidičů je nedostatek, a pokud podvolíme ty nároky, které máme na řidiče, ve smyslu snížení těchto nároků, například nestejných, nerovných podmínek napříč členskými státy, tak si myslím, že se to dotkne i naší bezpečnosti. Proto jsem tuto zprávu přivítal a podpořil jsem ji, protože zavádí přiměřená, srovnatelná pravidla a rovné podmínky do bezpečnosti silniční dopravy.

8.4. Gleichstellung der Geschlechter in Handelsabkommen der EU (A8-0023/2018 - Eleonora Forenza, Malin Björk)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Celem sprawozdania było przedstawienie zaleceń dla Unii w sprawie równouprawnienia płci w handlu, zwłaszcza w kontekście podpisanych porozumień handlowych nowego typu, jak CETA, TTIP czy TiSA, gdzie liberalizacja handlu i porozumienia handlowe dotyczą w większym stopniu usług, norm i regulacji niż zwykłej wymiany handlowej. Jednak trudno się zgodzić na wezwanie do gromadzenia ilościowych i jakościowych danych z podziałem na płeć lub dotyczących wpływu na handel albo wpływu płci w polityce handlowej, podziałem na płeć we wszystkich umowach handlowych i inwestycyjnych. Podobnie nie do przyjęcia jest propozycja konieczności zatrudnienia we wszystkich ministerstwach handlu państw członkowskich lub promowania równej obecności kobiet w wewnętrznej strukturze WTO, Banku Światowego lub innych organizacjach handlowych, gdzie zatrudnienie powinno zależeć od profesjonalizmu osób, a nie od płci, dlatego głosowałem przeciwko sprawozdaniu.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Polityka handlowa Unii Europejskiej nie może kierować się jedynie wąsko pojętymi zasadami wzrostu gospodarczego, konkurencji i wydajności. Powinna być również narzędziem promowania takich wartości jak międzynarodowe normy pracy czy prawa człowieka. Niestety sytuacja pracowniczka kobiet poza granicami Unii Europejskiej jest trudna i choć kobiety istotnie przyczyniają się do rozwoju globalnej gospodarki, pozostają niewidoczne dla polityki handlowej. Większość kobiet w krajach globalnego Południa zatrudniona jest jako pracownice niższego szczebla w takich sektorach jak rolnictwo czy prace sezonowe. Na przykład w południowej Azji w przemyśle konfekcyjnym zatrudnione są na niewolniczych warunkach głównie kobiety. Dlatego uważam, że umowy handlowe powinny wywierać pozytywny wpływ na poprawę sytuacji kobiet. Sprawozdanie, nad którym dziś głosujemy, podąża jednak w złym kierunku, bowiem za pośrednictwem umów o wolnym handlu chce eksportować ideologię płci. Musimy podnosić standardy i przestrzegać cywilizacyjnych norm pracy, ale Unia Europejska nie może przy tym narzucać swojego lewicowego światopoglądu.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie i Panowie Posłowie! Oficjalnie, jak napisał w tym roku komisarz Andriukaitis, Komisja Europejska uznaje różnice podejścia państw do kwestii aborcji, która nie jest przedmiotem polityki ani prawodawstwa Unii Europejskiej. Dlaczego zatem Komisja milczy? A tutaj pani komisarz Thyssen słuchała uzasadnienia raportu pani Forenza i Björk i dlatego milczy, jeżeli mamy do czynienia z angażowaniem Unii Europejskiej w eksport rewolucji aborcyjnej w świecie? Wzywam Komisję Europejską do poszanowania traktatów i przypominam, że nasze państwa – a jest takich na szczęście kilka – które promując cywilizację życia w swoim prawie, mają prawo do szacunku. I obrony tego szacunku mamy prawo domagać się od Komisji Europejskiej.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem se u této zprávy nakonec po dlouhém přemýšlení zdržel, a proto poskytuji toto vysvětlení svého rozhodnutí. Já jsem velký podporovatel volného obchodu. Jsem přesvědčen, že dohody o volném obchodu, které Evropská unie uzavírá s třetími zeměmi, například s Jižní Koreou, objektivně přináší velké ekonomické výhody. Vnímám také jako velmi důležité téma genderu a rovnosti pohlaví a ochrany žen.

Na druhé straně mně připadá, že tato zpráva tak trochu míchá hrušky a jablka. Zkrátka a dobře, trochu na mě z té zprávy vane duch toho, že ne všichni úplně podporujeme volný obchod a ne všichni kolegové jsou příznivci těchto mezinárodních dohod. Proto jsem se zdržel, protože si myslím, že obě témata jsou příliš závažná a měla by se řešit samostatně a ne takto dohromady.

8.5. Strukturschwache Gebiete in der EU (A8-0046/2018 - Michela Giuffrida)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Sprawozdanie proponuje pozytywne rozwiązania wspierające wzrost gospodarczy, zrównoważony rozwój i tworzenie miejsc pracy w słabiej rozwiniętych regionach Unii Europejskiej. Są one oparte na zasadzie pomocniczości i partnerstwa. Rozwiązania te zakładają poprawę relacji między przedsiębiorcami oraz między przedsiębiorstwami a uczelniami wyższymi, inwestowanie w infrastrukturę i edukację, poprawę połączeń między miastami a obszarami sąsiadującymi, większe inwestycje w instytucje publiczne w celu poprawy skuteczności i efektywności administracji publicznej oraz wzmocnienie powiązań między europejskim semestrem a polityką spójności. Mimo że sprawozdanie ogólnie promuje pozytywne rozwiązania, to nie poparłam części dotyczącej finansowania związanego z kryzysem migracyjnym za pomocą europejskich funduszy strukturalnych i inwestycyjnych.

Younous Omarjee (GUE/NGL). – Monsieur le Président, l'île de Mayotte est la région la plus pauvre de l'Union européenne. Eh oui! La région la plus pauvre de l'Union européenne est une région française alors que la France est la deuxième puissance économique de l'Union européenne. Et vous devez savoir qu'actuellement, Mayotte est plongée dans la plus grave crise de son histoire. À Mayotte, 84 % de la population vit sous le seuil de pauvreté, la moitié de la population est constituée d'immigrés illégaux et les services publics sont indigents. Je dis ici depuis Strasbourg que Mayotte est une honte pour la France et que la France fait honte à l'Europe.

Csaba Sógor (PPE). – A lemaradó uniós régiók helyzete azért is rendkívül aggasztó, mivel a jelenlegi trendek konzerválják a lemaradást és nehézkessé teszik a kohéziós politika eszközeinek hatékony felhasználását. Én egy olyan országból jövök, ahol a fejlesztési régiók nagyobbik része lemaradónak számít és két súlyos problémára szeretném felhívni a figyelmet. Az egyik a statisztikai adatok és a valós helyzet közötti különbség: ha az egyes fejlesztési régiókon belüli különbségeket vizsgáljuk meg, akkor látszik, hogy a fejlesztési pólusnak számító nagyvárosok eredményei nélkül még elkésérítőbb lenne a helyzet. Az a trend érvényesül, hogy ezek a fejlesztési pólusok elszívják a forrásokat és a beruházásokat a régió periférikus és kevésbé fejlett térségei előtt, ami felerősíti a már így is súlyos egyenlőtlenségeket és erre semmilyen válasza nincs a fejlesztési politikának. A másik súlyos gond az elvándorlás jelensége: egyrészt az egyes régiókon belül is megfigyelhető a fejlettebb térségek felé történő migráció, másrészt európai szinten is ezt látjuk, már nemcsak keletről nyugatra, hanem délről északra is. Az elvándorlás még nehezebb helyzetbe hozza a lemaradó régiókat, mivel éppen a növekedés lehetőségét magában hordozó aktív, fiatal, munkaképes réteg megy el.

Stefano Maullu (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questa relazione ha il merito di porre all'attenzione del Parlamento europeo lo squilibrio tra le varie regioni, e in particolare di mettere sotto una lente d'ingrandimento le regioni più povere e meno sviluppate dell'Unione.

Ecco, io credo che questo sia un argomento assolutamente centrale in questo momento storico, e lo dico pensando a un'isola, una delle più grandi isole del Mediterraneo, la Sardegna, che soffre – nonostante il principio di continuità territoriale sia garantito dal trattato sul funzionamento dell'Unione europea – di una serie di squilibri assolutamente intollerabili, squilibri che penalizzano l'isola da ogni punto di vista, in particolare nel settore dei trasporti. Diventa quasi impossibile pensare, ma è realtà, che i cittadini di quest'isola, cittadini italiani, cittadini europei, siano impossibilitati a muoversi con la stessa libertà che hanno i loro connazionali italiani, piuttosto che degli altri paesi dell'Unione.

Ecco, io credo che questo sia uno dei punti focali per ridare dignità e giustizia a un'isola che è parte integrante dell'Italia e dell'Europa.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem tuto zprávu podpořil, protože si myslím, že je správné, abychom v rámci evropské solidarity řešili problémy těch nejhudších regionů. Zpráva hovoří o čtyřiceti sedmi regionech v osmi státech a je velmi dobře, já to v té zprávě vítám, že vedle finanční podpory a pomoci, která je základem kohezní politiky, zpráva řeší i další aspekty a problémy těchto chudších regionů.

Je tam třeba otázka pracovního práva, je tam otázka toho, nakolik by jednotlivé vlády členských států měly řešit reformy, které by mohly vést k většímu ekonomickému růstu v daných regionech, protože jakákoliv finanční podpora v rámci kohezní politiky je sice vítaná a podle mého názoru správná, ale nevyřeší dlouhodobě chudobu určitých oblastí. Bez nastartování ekonomického růstu v těchto oblastech bude podpora pouze podporou.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, a third of the current EU budget is allocated to a financial instrument which supports cohesion policy, and we cannot allow this amount of money to be spent inefficiently. For this particular reason, I greatly welcome the report drafted by our colleague, Ms Giuffrida.

My country, Latvia, is one of the clear winners of EU cohesion policy. However, we need to reinforce its social dimension. Social inclusion is crucial for the harmonious growth of the EU, and when I speak about inclusion I speak about minorities and vulnerable groups. They need to be given a role to play, and they need to have a voice at the political stage. They should benefit from EU policies too.

On another role, the implementation of cohesion funds should not become a victim of politicisation. EU cohesion funds are not a vehicle for the European parties to achieve their short-term goals. Nepotism, corruption and politically motivated appointments should be absolutely excluded from our cohesion projects.

8.6. Rolle der Regionen und Städte in der EU bei der Umsetzung des auf der COP21 abgeschlossenen Pariser Klimaschutzübereinkommens (A8-0045/2018 - Ángela Vallina)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

John Flack (ECR). – Mr President, I was proud to be the ECR's shadow rapporteur on this report. We made very useful progress. We made it clear, firstly, that stronger monitoring mechanisms are needed to measure the contribution made by cohesion policy in fighting climate change; secondly, that greater autonomy is needed for cities so that they can adopt their own mitigation plans free from Brussels' interference; and thirdly, that support should be given to the collaboration between businesses and cities in spearheading green tech and decarbonisation. These are all points which I and the ECR were happy to support, but we could not support paragraph 20, which reiterates the need to increase the post-2020 cohesion policy budget. This was a separate amendment which was not included when negotiating the compromises. It has been the long-standing position of the UK delegation and the ECR Group not to support further spending in this area. I therefore advise the ECR to abstain, as I did.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor presidente, combatir el cambio climático necesita tanto de grandes como de pequeñas acciones, y esa escala —la pequeña, la local— es la que mayor compromiso está mostrando a favor de la transición energética.

Los compromisos nacionales que han contraído los gobiernos en el Acuerdo de París se han demostrado insuficientes y, ante ello, quiero felicitar aquí a los municipios y regiones que hoy en día están tomando medidas. En el Estado español, por ejemplo, los ayuntamientos del cambio están desempeñando un papel clave, con medidas, como las de Madrid, Barcelona o Cádiz, para que los edificios públicos estén suministrados con energía 100 % renovable, se apoye la eficiencia energética en los hogares o se erradique la pobreza energética.

En segundo lugar, en las comarcas dependientes del carbón, tenemos que salvaguardar la dignidad de sus gentes. Por ello, exigimos claridad en las fechas de cierre del carbón, pues solo con un horizonte de final marcado y bien señalado se consigue activar a todos los actores sociales necesarios para una transición justa y con alternativas. Desde nuestras ciudades y desde nuestras comarcas debemos poner en manos de la gente el nuevo sistema energético más sostenible.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Poparłam sprawozdanie w sprawie roli regionów i miast Unii Europejskiej we wdrażaniu porozumienia paryskiego z konferencji COP21 w sprawie zmian klimatu z kilku względów. Uważam, że to dobrze, że wzywa się do inwestowania w rozwiązania, które wpłyną na poprawę jakości powietrza w miastach. Powinniśmy wspierać inicjatywy, które pomagają chronić życie i zdrowie naszych obywateli. Dobrym przykładem jest zwiększenie wsparcia dla termomodernizacji budynków publicznych. Zgadzam się z tym, że budżet polityki regionalnej powinien zostać zwiększony po 2020 r. Dodatkowo środki finansowe są niezbędne, aby wspierać innowacje i badania naukowe, które pomogą opracować nowe technologie umożliwiające redukcję zanieczyszczeń. Jest to niezwykle istotne z punktu widzenia szczególnie regionów górniczych, które tak jak polski Śląsk znajdują się w trakcie transformacji energetycznej. Mam nadzieję, że środki na nowoczesne technologie węglowe znajdują się w tym projekcie.

Rosa D'Amato, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il tema del cambiamento climatico sta particolarmente a cuore al Movimento 5 Stelle.

Siamo soddisfatti della relazione poiché tre istanze da noi proposte sono state ricomprese in essa, e segnatamente: uno, la proposta di considerare la riduzione delle emissioni di gas serra, i lavori di bonifica e le attività volte a rigenerare e decontaminare i siti industriali inquinati come elemento importante nella valutazione della performance dei programmi operativi.

Due, il ruolo vitale che regioni, città e autorità locali hanno nella promozione della transizione energetica: le innovazioni in materia di energia pulita e i progetti su piccola scala di energie rinnovabili sono fondamentali nel raggiungimento degli obiettivi di Parigi, insieme ad un trasporto pubblico locale realmente sostenibile e più in generale insieme ad una consapevolezza data dalla corretta e completa informazione della cittadinanza sull'importanza delle conseguenze del cambiamento climatico.

Tre, la condanna dell'irresponsabilità del capitalismo e dei metodi di produzione della vecchia seconda rivoluzione industriale, e quindi di attività economiche e settori dell'industria che generano, ancora oggi in Europa, inaccettabili livelli di inquinamento. Non posso non citare i disastri economici, sociali ed ambientali che nella mia terra hanno fatto l'acciaieria Ilva, la centrale a carbone Enel, e oggi il gasdotto TAP.

L'Europa si faccia promotrice di un mondo che fa delle ultime tecnologie la colonna portante di un nuovo sistema economico, dalla comunicazione internet in 5G fino alla nuova mobilità *driverless*. Dobbiamo cambiare modello economico al più presto, altrimenti saremo travolti da una estinzione di massa, quella causata dall'uomo e dalle sue attività. Occorre una precisa volontà politica, che predisponga meccanismi di incentivazione nella politica di coesione per la diffusione nel territorio delle tecnologie della terza rivoluzione industriale.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, bhí sé de phribhléid agam a bheith i bPáras don chomhaontú athrú aeráide, COP 21, agus anois tá sé de phribhléid agam a bheith gafa leis na *trilogues* maidir le hathrú fuinnimh in-athnuaite agus is léir go bhfuil mórán le déanamh ag ár réigiún agus ag ár gcathracha chun sprioc Pháras a bhaint amach.

Indeed, it has been estimated that 75% of European cities are struggling to make steps to adapt to climate change because of a lack of awareness among decision-makers, lack of technical knowledge and difficulties in accessing funding. So I fully support the call on the Commission to provide increased support for cities and regions in the fields of training and awareness-raising, financial guidance, communication, etc., so that together they can play a decisive role in tackling climate change.

We should support them in investing in green infrastructure, mobility, public transport and smart grids to meet the targets set out the Paris Agreement.

Sa tslí sin bainfimid amach ár sprioc.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

Πρόεδρος. – Η συνεδρίαση διακόπτεται στις 13.34.

PŘEDSEDNICTVÍ: PAN PAVEL TELIČKA

místopředseda

10. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 15.02)

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Antrag auf Anhörung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (Artikel 137 Absatz 2 GO): siehe Protokoll

13. Der nächste MFR: Vorbereitung des Standpunkts des Parlaments zum MFR nach 2020 — Reform des Eigenmittelsystems der Europäischen Union (Aussprache)

President. – The next item is the joint debate on

— the report by Jan Olbrycht, Isabelle Thomas, on behalf of the Committee on Budgets, on the next MFF: Preparing the Parliament's position on the MFF post-2020 (2017/2052(INI)) (A8-0048/2018), and

— the report by Gérard Deprez, Janusz Lewandowski, on behalf of the Committee on Budgets, on reform of the European Union's system of own resources (2017/2053(INI)) (A8-0041/2018).

Jan Olbrycht, sprawozdawca. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Parlament Europejski podejmuje się zajęcia stanowiska w sprawie przyszłych ram finansowych poprzez sprawozdanie z własnej inicjatywy, które przedstawia pewne stanowisko polityczne w sprawie przyszłego wieloletniego budżetu Unii Europejskiej czy wieloletniej perspektywy finansowej. Zdajemy sobie sprawę, że Komisja Europejska przygotowuje się do przedstawienia projektu swoich przyszłych ram finansowych w dniu 2 maja, dlatego też Parlament Europejski podejmuje wysiłek proponowania Komisji Europejskiej, ale również Radzie Europejskiej swojego stanowiska w kwestii tychże ram. W związku z tym pracujemy zarówno nad stroną dochodową, o czym będzie mówił sprawozdawca, jak również nad stroną wydatkową.

Parlament Europejski uważa, że Unia Europejska po roku 2020 powinna utrzymać poziom swoich ambicji i prowadzić działania na poziomie przyjętym wcześniej. To ma znaczenie o tyle, że wyjście Wielkiej Brytanii z Unii Europejskiej – brexit – wpłynie oczywiście na funkcjonowanie Unii Europejskiej, ale uważamy, że Unia powinna mimo to pozostać na określonym poziomie, jeśli chodzi o budżet. Równocześnie pamiętamy, że ważne jest nie tylko to około 1 %, lecz także to, co państwa członkowskie uzgodnią między sobą na najbliższe siedem lat we wszystkich obszarach polityki.

Parlament Europejski w związku z tym zaproponował określoną wielkość budżetu, zdając sobie sprawę, że propozycja może być kontrowersyjna. Wynika ona jednak z określonych wyliczeń dotyczących nominalnego poziomu rolnictwa i polityki spójności, jak również wzmocnienia tych polityk, które uznajemy za bardzo skuteczne, czyli programów takich jak Erasmus, COSME czy program dla bezrobotnej młodzieży. Ale dla nas ważne jest także wyszukanie środków na nowe wyzwania dotyczące obronności oraz bezpieczeństwa.

Parlament Europejski odnosi się do samego sposobu budowania perspektywy finansowej. Dlatego z ogromnym naciskiem mówimy o wzmocnieniu mechanizmów elastyczności. Uważamy, że funkcjonujące dziś mechanizmy elastyczności sprawdzają się i że powinny być poszerzone, tak aby Unia Europejska mogła sprawnie reagować na nowe wyzwania.

Ponadto Parlament Europejski zdecydowanie opowiada się za wyraźnym zakończeniem całej procedury do wyborów w roku 2019. Chodzi nam przede wszystkim o to, żeby nowe działania rozpoczynane w dniu 1 stycznia 2021 r. były dobrze przygotowane, opracowane pod względem legislacyjnym i miały zabezpieczone środki finansowe. Dlatego też jesteśmy gotowi podjąć wszelkie możliwe wysiłki, aby tę procedurę przyspieszyć. I jesteśmy gotowi do bliskiej współpracy z Komisją Europejską w tej sprawie.

Panie Komisarzu! Liczymy na to, że nasza propozycja, nad którą będziemy jutro głosować, zostanie dokładnie przeczytana i poważnie rozważona przez Komisję i Radę, i że stanie się podstawą naszej dalszej współpracy.

Isabelle Thomas, rapporteure. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Mesdames et Messieurs les représentants du Conseil – qui ne sont pas là –, mes chers collègues, je voudrais sincèrement vous remercier.

D'abord, mon corapporteur Jan Olbrycht, avec qui nous avons su travailler en bonne intelligence, dans le respect de nos convictions et dans l'intérêt du Parlement et des citoyens européens et qui, surtout, a réussi à me supporter, et ce n'est pas fini. Merci aussi aux rapporteurs fictifs et au secrétariat de la commission des budgets, ainsi qu'aux rapporteurs des commissions spécialisées.

Demain le Parlement européen aura son mandat de négociation sur l'avenir financier de l'Union européenne. Partant de l'analyse du cadre financier actuel sous-dimensionné, chahuté par des coupes ou des redéploiements incessants, nous refusons de reconduire le manque d'ambition et le manque de sérieux qui ont caractérisé l'exercice de ce CFP.

Notre message est un triptyque qui se veut à la hauteur de la situation.

Premièrement, maintenir les piliers politiques de l'Union que sont la cohésion et la politique agricole sans lesquels nous perdriions le lien qui nous unit.

Deuxièmement, renforcer les politiques phares de l'Union européenne: Erasmus +, le soutien à la jeunesse contre le chômage, la recherche et COSME.

Enfin, troisièmement, ouvrir le chantier des nouveaux défis de la transition écologique de la sécurité et de la défense.

Ce triptyque repose sur un principe que nous voulons inscrire dans le marbre: pas de nouvelle politique sans moyens additionnels.

Ensemble, nous prenons de nouveaux engagements: l'accord de Paris sur le climat qui devra se traduire par un objectif de 30 % des dépenses, le pilier européen des droits sociaux, les objectifs de développement durable de l'ONU. Ces engagements constituent un pacte pour la réorientation de l'ensemble des politiques de l'Union.

Forts des leçons du passé, nous proposons d'élargir les instruments de flexibilité du prochain cadre financier dans la nécessité de trouver le délicat équilibre entre prévisibilité et flexibilité budgétaire. Il doit également restaurer l'unité du budget de l'Union en rétablissant le contrôle parlementaire et en ramenant l'ordre dans la galaxie budgétaire par l'intégration dans le budget de l'Union des instruments financiers et autres fonds fiduciaires.

L'addition est sans appel et le calcul est économe au regard des enjeux et des attentes des Européens. Il faudra porter le prochain cadre à 1,3 % du PIB. À cet égard, et pour sortir du fétichisme du chiffre, je veux rétablir une vérité que certains feignent d'ignorer: le cadre financier actuel est limité à 1 % du PIB de l'Union, contre 1,25 % en 1999. L'Union européenne n'a jamais eu autant à faire avec si peu. Pour sortir du cercle vicieux de cette déflation budgétaire, nous avons échangé nos vœux et nos alliances avec nos collègues Lewandowski et Deprez. Ce débat conjoint et le vote de demain sur les rapports sur les ressources propres et le prochain cadre financier envoient un message clair: le Parlement ne pourra pas donner son consentement sur le prochain cadre financier pluriannuel sans résultat concret sur les ressources propres. Il est temps de sortir de l'impuissance budgétaire.

Le Conseil et le Parlement ont fixé les objectifs. La responsabilité exige de doter le budget de l'Union des moyens pour les atteindre et l'on attend de la part des États membres autre chose que les grands discours ou, en tout cas, que les grands discours soient accompagnés d'espèces sonnantes et trébuchantes.

Nous appelons la Commission à s'inspirer des travaux du Parlement et nous lançons un appel au Conseil pour ouvrir dès demain les négociations.

Gérard Deprez, *rapporteur*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, il est temps de mettre fin à la longue dérive qui s'est installée dans le financement du budget de l'Union.

Le traité est pourtant clair: il prévoit, dans son article 311 que «le budget de l'Union est, sans préjudice des autres recettes, intégralement financé par des ressources propres». Nous en sommes bien loin.

Aujourd'hui, les contributions à charge des budgets nationaux représentent près de 70 % des recettes de l'Union. Pire, depuis le «I want my money back» de Margaret Thatcher, la dérive du système a engendré un monstre d'opacité. Le rabais britannique a donné naissance à des rabais sur les rabais, auxquels se sont ajoutées, au fil des années, des corrections multiples et hétéroclites, qu'il est totalement impossible d'expliquer aux citoyens. En vérité, le budget de l'Union n'est plus aujourd'hui l'instrument d'un projet commun. C'est devenu une caisse, lourde à alimenter pour les uns, intéressante à vider pour les autres. Le juste retour tend à devenir l'alpha et l'oméga du budget européen.

Cette situation a déjà été dénoncée avec force. Notre collègue, Alain Lamassoure, en a fait brillamment le procès. Notre collègue, Janusz Lewandowski, a essayé de la corriger quand il était commissaire, en pure perte dans les deux cas. Plus récemment, sur l'insistance de notre assemblée, les trois institutions ont installé le groupe Monti, qui a fait un travail remarquable. Notre rapport s'inscrit dans la logique des conclusions de ce groupe, lesquelles ont été – j'insiste – approuvées par les représentants désignés par les trois institutions.

Ce faisant, nous poursuivons un triple objectif: il s'agit de respecter – comme je l'ai dit – le prescrit de l'article 311 du traité et de casser les reins à la logique du juste retour; il s'agit, conjoncturellement, de compenser l'effet négatif du Brexit sur le budget; et il s'agit, structurellement, de donner à l'Union les moyens d'affronter les grands et les nouveaux défis qui sont devant nous.

C'est ainsi que nous plaidons pour l'instauration progressive d'un paquet de ressources propres nouvelles afin de mettre le budget à l'abri des aléas et des fluctuations d'une seule ressource. Nous plaidons pour la sélection, dans ce paquet, de ressources nouvelles qui soient en liaison directe avec la création de valeur ajoutée européenne dans les politiques stratégiques de l'Union. Nous plaidons pour la suppression des rabais, de tous les rabais, des rabais sur les rabais, de toutes les corrections existantes ou inventées. Nous plaidons pour la réduction corrélative des contributions budgétaires des États membres, lesquels sont appelées à devenir résiduelles dans les prochaines années.

Trois points essentiels pour conclure: en votant pour ces deux rapports, vous affirmerez la détermination de notre Parlement, lorsqu'il annonce qu'il n'approuvera pas le futur cadre financier pluriannuel s'il ne comporte pas la mise en œuvre de nouvelles ressources propres pour garantir son financement.

Nous vous demandons, par ailleurs, d'approuver notre demande de modification de l'article 311 du traité, lorsqu'il règle la procédure de décision en matière de ressources propres. Le Parlement européen, en tant qu'autorité budgétaire à l'égal du Conseil, ne peut se résoudre à un simple rôle consultatif dans l'introduction de ressources propres. Ce mépris de la démocratie parlementaire n'est pas acceptable.

Enfin, la démocratie parlementaire ne s'accommode pas non plus de la situation dans laquelle le Parlement élu après les élections de 2019 n'aurait aucun mot à dire sur le cadre financier qui va organiser, pendant sept ans, l'utilisation des crédits budgétaires qu'il prévoit.

En conclusion de cette intervention, j'adresse mes remerciements à mon corapporteur Janusz Lewandowski, et aux rapporteurs du CFP, Jan Olbrycht et Isabelle Thomas, à mes collègues et amis, Eider Gardiazabal et José Manuel Fernandes, et à ma collègue, Helga Trüpel, à ma collaboratrice budget, au secrétariat de la commission des budgets, à nos conseillers politiques et à mon ami, Pierre Verkaeren, pour sa précieuse assistance.

Janusz Lewandowski, sprawozdawca. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Projektowanie i uzgadnianie wieloletnich ram finansowych to nigdy nie jest *business as usual*. Zawsze są jakieś szczególne okoliczności: albo historyczne rozszerzenie Unii Europejskiej, albo – tak jak przy obecnie obowiązujących ramach finansowych – głębia kryzysu i rozmowy o grexicie. Teraz okolicznością szczególną jest brexit. Znika jeden z płatników netto, ale znika też najbardziej zagorzały zwolennik utrzymania dotychczasowego sposobu finansowania Unii Europejskiej. Nasze dwa raporty idą w parze. Wiemy doskonale, że pozycja Parlamentu Europejskiego w obu tych kwestiach nie jest taka sama. Najsilniejszą pozycję mamy w budżetach rocznych. W przypadku wieloletnich ram finansowych potrzebna jest zgoda Parlamentu, a w przypadku środków własnych – jedynie konsultacja z Parlamentem. My nie tylko pozycjonujemy Parlament. My także chcemy ośmielić Komisję, a szczególnie *ermutigen Herrn Oettinger*, żeby złożył ambitną propozycję 2 maja, czyli taką, która nie narazi nas na tego typu problemy, jakie sam przeżywałem w latach 2013-2014, kiedy brakowało środków na wypłaty dla zrealizowanych programów unijnych. Nasze dwa raporty łączy też wola zakończenia negocjacji przed wyborami europejskimi. To jest niezwykle ambitne zadanie, zważywszy że poprzednio negocjacje trwały 2,5 roku, a nam zostaje 9 miesięcy na ostateczne uzgodnienia, czyli jest potrzebna wielka wola polityczna i synchronizacja kalendarzy wszystkich instytucji unijnych, bo motyw jest szlachetny, żeby nie było opóźnień, żeby nie zmarnować początków następnej perspektywy, tak jak de facto zmarnowane zostały lata 2015, 2016, a nawet 2017. Po stronie środków własnych, którymi zajmowałem się razem z Gérardem Deprez, mamy paradoks. System jest niezwykle mocno krytykowany, ale od końca lat 1980. bardzo stabilny. Jest nieprzejrzysty, niezrozumiały i rzeczywiście wymusza logikę *juste retour*. Powoduje postrzeganie negocjacji budżetowych jako gry o sumie zerowej, a składki jako kosztu, a nie inwestycji w przyszłość własnego kraju i całej Unii Europejskiej. Jestem swoistą *living memory of* ostatniej propozycji, która opiewała na dwa nowe środki własne, czyli uproszczony VAT i podatek od transakcji finansowych i opiewała również na zasadnicze uproszczenie całego systemu. Niewiele z tego zostało, ale pod wpływem nacisku Parlamentu Europejskiego powołana została grupa wysokiego szczebla pod kierownictwem pana Montiego i my czerpiemy z jej dorobku. Czerpiemy z dorobku grupy Montiego. Wiedząc, że ponawiamy propozycję w nieco lepszym klimacie – w tej chwili już nie ma takiego zaciskania pasa jak w latach 2011-2013 – szanujemy fiskalną suwerenność państw członkowskich. Wiemy, że wszystkie decyzje w zakresie środków własnych muszą być zatwierdzone, ratyfikowane przez parlamenty narodowe. Ale otwieramy się na możliwość przemysłenia systemu, bo tutaj w Parlamencie Europejskim też są ludzie wybrani przez ludzi w 28 krajach – ciągle jeszcze w 28 krajach – więc można tutaj przenieść zasadę *no taxation without representation*. Postulujemy własny koszyk środków własnych. Niektóre powtarzamy. Pojawia się *seigniorage*, który jest najbardziej kontrowersyjny. Postulujemy specjalną rezerwę i odejście od rabatów oraz korektur. Ale przede wszystkim jeszcze raz dziękuję swojemu współsprawozdawcy Gerardowi Deprez, wszystkim doradcom i wszystkim kontrolsprawozdawcom, którzy uczestniczyli w przygotowaniu raportu.

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kommission nimmt die Entwürfe der beiden Berichte, über die heute beraten wird, mit Interesse und Freude zur Kenntnis. Ich sehe in beiden Berichten wegweisende Überlegungen, Strukturen, Erwartungen und Bedingungen des Parlaments, die, wenn Sie von Ihnen verabschiedet werden, mit Sicherheit noch vertieft Eingang finden in die Schlussarbeiten der Europäischen Kommission auf dem Weg zum Mai dieses Jahres. Ich danke namentlich den vier Berichterstattern – Herrn Olbrycht, Frau Thomas, Herrn Deprez, Herrn Lewandowski – für eine herausragende Arbeit mit ihren Mitarbeitern, aber auch für eine gute Zusammenarbeit mit meinen Diensten und mit mir. Parteiübergreifend haben wir gezeigt, dass wir eine Zusammenarbeit praktizieren, die die Debatte über den Haushaltsrahmen ab Mai mit Sicherheit erleichtern wird.

Es geht um die Zukunft Europas, wie Herr Arthuis immer betont, und was dann für die Gestaltung der Zukunft mit Haushaltsmitteln, mit Finanzprogrammen, mit dem mehrjährigen Finanzrahmen geleistet werden kann.

Zunächst zu den *own resources*, zu den neuen Eigenmitteln – eine uralte Geschichte, wer sie nachliest: seit den 1950er Jahren waren sie bisher immer erfolglos unterwegs. Aber die Mittel aus den nationalen Budgets, die einmal bei 10 % der Gesamteinnahmen lagen, liegen jetzt bei 70 %.

Deswegen ist es an der Zeit, eine Diversifizierung unserer Einnahmen zu erreichen. Ich rede von Diversifizierung, das heißt nicht automatisch Erhöhung. Ich würde gerne den Beitrag aus den nationalen Etats etwas verringern und den Anteil von neuen eigenen Ressourcen als weitere Säule aufbauen. Es wurden verschiedene Vorschläge in Ihrem Berichtsentwurf – meine Herren Deprez und Lewandowski – gemacht, die sich auch weitgehend mit dem decken, was die Hochrangige Gruppe um Mario Monti entwickelt hat. Ich darf darauf hinweisen: Diese Gruppe ist keine Gruppe der Kommission, keine Gruppe des Parlaments, keine Gruppe von Mario Monti, es ist eine Gruppe aller drei Institutionen, und es waren auch drei Vertreter des Rates dabei. Und Einstimmigkeit am Ende zu den Vorschlägen sollte eigentlich bedeuten, dass daraus kein Nullsummenspiel entstehen darf.

Wir werden in den nächsten Wochen abschließend beraten, welche Vorschläge wir machen. Aber es werden mit Sicherheit zwei, drei, vier Vorschläge auf der Einnahmenseite von uns konkret definiert, und dies würde die Arbeiten für den nächsten Finanzrahmen, so glaube ich, deutlich erleichtern.

Es wurde das Thema der Rabatte erwähnt. Auch hier denken wir im Gleichklang. Ein erheblicher Teil der Rabatte sind Rabatte vom Britenrabatt, um die Reduktion der britischen Zahlungen für andere Nettozahler zu vermindern. Also fällt, wenn der Britenrabatt fällt, automatisch dieser Teil der Rabatte weg. Nun haben wir weitere Korrekturmaßnahmen und Rabatte, und ich will als Ausgangspunkt, als unseren Kommissionsvorschlag, anführen, dass wir keine Rabatte vorschlagen werden. Und ich darf der Ehrlichkeit halber sagen: Ich schließe auf der Wegstrecke bei den Beratungen trotzdem nicht aus, dass es vielleicht wenige, unbürokratische, maßvolle Rabatte geben muss, wenn man die Einstimmigkeit in den Verhandlungen erreichen will. Soweit zum *Own Resources Report*.

Zum Hauptbericht der Kollegin Thomas und des Kollegen Olbrycht: Ich würde sagen, 90 % Ihrer 167 Seiten decken sich mit dem, was die Kommission entwickeln wird. Wir haben ja auch umfangreich kooperiert. Ich war mehrfach in Ihrem Haushaltsausschuss, ich war in zahlreichen Fraktionen, gehe in weitere Fraktionen, war in Fachausschüssen. Das heißt: Es ist keine Überraschung, dass sich Ihr Bericht weitgehend mit dem Rohentwurf, den wir jetzt verfeinern, deckt und einiges von Ihren Vorschlägen in unseren Vorschlag aufgenommen wird.

Mit unserer Mitteilung vom Februar haben wir versucht, dem Europäischen Rat, dem Rat, aber auch dem Parlament und allen Beteiligten – dem Ausschuss der Regionen, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss – aufzuzeigen, worum es geht. Es ist eine Art Speisekarte. Jetzt müssen Sie entscheiden, jetzt muss der Rat entscheiden, was Sie bestellen. Jean-Claude Juncker, meine Kollegen und ich – wir sind Köche und Kellner, wir warten ab, was Sie bestellen. Wenn Sie ein umfassendes Menü bestellen, das aus Grenzschutz und Sozialpolitik, das aus Forschung und Erasmus besteht, wenn Sie Erasmus verdoppeln wollen, verdreifachen wollen, Horizont aufstocken wollen, dann liefern wir. Und wir stellen in Rechnung und erwarten, dass bezahlt wird. Das ist wie in einem Restaurant.

Nun haben wir eigentlich ein Problem, das wir bestmöglich vermeiden sollten. Ich würde gerne einen Konflikt in diesem hohen Hause und auch im Rat und in der Öffentlichkeit vermeiden, einen Konflikt, der in Kohäsion gegen Migration oder Agrar gegen Verteidigung bestehen könnte. Denn dies würde die europäische Familie erneut in die Gefahr der Spaltung bringen. Wir haben traditionelle Programme, aber traditionell heißt nicht, dass sie ins Haus der Geschichte gehören. Traditionelle Programme können unverändert zukunftsfähig sein. Ich halte die Kohäsionspolitik unverändert für zukunftsfähig. Warum? Schauen Sie sich einmal das *GDP per capita* in den Mitgliedstaaten und Regionen an. Im Durchschnitt liegt das *GDP* pro Einwohner Europas bei 28 000 Euro, in meinem Heimatland bei 40 000 Euro, in

Luxemburg bei 100 000 Euro, in Bulgarien bei 6 800 Euro. Dies hält Europa auf Dauer nicht zusammen, dies ist auf Dauer nicht zumutbar.

Wir müssen den Abstand des *GDP per capita* verringern, aber nicht, indem Luxemburg auf 30 000 runterkommt, sondern indem Bulgarien, Rumänien, die neuen Mitgliedstaaten und Regionen im Süden Europas durch Investitionen wachsen, ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern und damit das *GDP per capita* nach oben kommt. Das nenne ich eine solidarische Union. Dies muss moderne Kohäsionspolitik leisten. Ich weiß nicht, ob Kohäsionspolitik 2050 noch notwendig sein wird, aber ich weiß, im nächsten Jahrzehnt wird sie dauerhaft für die Heranführung von weniger entwickelten Regionen an den Durchschnitt und für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit aller Regionen sowie für soziale Maßnahmen und für kluge Umweltmaßnahmen und für Infrastrukturmaßnahmen notwendig bleiben. Deswegen wäre ein Kahlschlag bei der Kohäsion völlig falsch.

Dasselbe gilt für die Agrarpolitik. Wir werden in unserem Vorschlag die Agrarpolitik vereinfachen, wir wollen das *Greening* verbessern, wir wollen den Agrarsektor und die Umwelt noch stärker miteinander versöhnen, wir wollen dem Landwirt Geld geben, damit er gute Nahrungsmittel in ausreichender Menge und hoher Qualität, in Erfüllung unserer Umwelt- und Tierschutzvorschriften und der Bodenschutz-, Wasserschutz- und Klimaschutzvorschriften produziert. Auch deswegen ist die Agrarpolitik unverändert zukunftsfähig.

Nun haben wir sehr unterschiedliche Agrarstrukturen. Wir haben den Nebenerwerbslandwirt, der 15 Hektar sein eigen nennt, und wir haben das große Unternehmen, das 5 000 Hektar bewirtschaftet. Diesen Spagat müssen wir meistern. Deswegen gehört die Kompromissbereitschaft aller Beteiligten dazu.

Wir haben zwei Lücken, die Brexit-Lücke und die Ausgabenlücke, die durch neue Aufgaben entsteht. Unser Vorschlag: Die Brexit-Lücke schließen wir mit 50 % Umschichtungen und Kürzungen und 50 % ergänzenden Einnahmen. Wenn wir aber neue Aufgaben angehen, wenn wir im Interesse unserer Bürger und Mitgliedstaaten glauben, dass Europa bei Verteidigungsforschung, beim Grenzschutz, bei der Grenzkontrolle, bei der Migration und bei der Flüchtlingshilfe effizienter handeln und finanzieren kann, dann brauchen wir dafür das Geld der Mitgliedstaaten. 80 % *fresh money* und 20 % durch innere Umschichtungen ist unser Vorschlag dafür.

Ein zweitletzter Punkt, das *ceiling*: Sie schlagen 1,3 % vor. Ich halte dies für ehrgeizig, aber für sehr sachorientiert. 1,3 ist nicht jenseits von Gut und Böse, im Gegenteil. Das Parlament schlägt damit einen sehr, sehr gut begründbaren Aufschlag vor. Unsere Formel ist 1,1x, weil wir noch einige Unwägbarkeiten haben. Die Einbeziehung des Entwicklungshilfefonds ist eine Unwägbarkeit, die Frage der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion und welches Geld für die Strukturförderung, für die Reformbereitschaft und für die Heranführung an den Euro investiert werden soll. Eine zweite Unsicherheit: Da erwarten wir noch immer etwas Ratschlag vom Rat, ansonsten setzen wir nach Ostern unseren Vorschlag in konkrete Zahlen um. Und dann werden wir das x von 1,1x in eine konkrete Zahl auflösen.

Ein letzter Punkt: die Nettozahlerdebatte. Sie ist zunehmend sinnentleert. Zu einem Zeitpunkt, wo GAP und Kohäsion bei weit über 80 % der Ausgaben lag, konnte man noch den Mittelrückfluss relativ genau errechnen. Im nächsten im MFR sinken aber GAP und Kohäsion auf etwa 60-61 % aller Ausgaben ab. Und bald 40 % entfallen auf Erasmus, auf Flüchtlingshilfe, auf Forschung, wo es keinen Rückfluss in dem Sinne gibt. Wenn wir für Flüchtlinge in der Türkei und deren Menschenwürde in Bildung, Sicherheit, Kleidung, Nahrung, Schutz investieren, kommt nichts zurück. Aber den Flüchtlingen bleibt der schwierige Weg übers Mittelmeer zu uns erspart, und die Kosten entstehen nicht hier, sondern viel effizienter vor Ort. Deswegen sollten wir die Mitgliedstaaten und auch die Medien überzeugen, dass die Nettozahlerbetrachtung längst überholt ist und den neuen Aufgaben und Programmen nicht mehr genügt.

Besten Dank für Ihre Vorarbeit. Wir hören gerne von Ihnen weitere mündliche Erwartungen, bewerten sie, bauen sie in unseren Vorschlag ein und kommen dann am 2. Mai mit dem Kommissionsvorschlag und Ende Mai mit allen ergänzenden Ausführungsvorschriften dazu. Dass Sie den MFR zu einer Ihrer Prioritäten im Parlament für 2018 erklärt haben, dass Sie Ihre Rapporture früh benennen, dass Sie sich einen intensiven Sitzungsplan bis Februar-März nächsten Jahres vornehmen, dafür sind wir dankbar. Denn wenn es uns nicht gelingt, wesentliche Entscheidungen oder das ganze Paket vor Ostern nächsten Jahres zu verabschieden, sehe ich voraus, dass 2019 gar nichts geschieht, und dann 2020 zum Jahresende der MFR beschlossen wird. Und dann wäre 2021 für Farmer, für Forscher, für Regionen, für Bürgermeister, für die wirtschaftliche Entwicklung Europas wieder ein völlig verlorenes Jahr. Dieses sollte man vermeiden. Dann hätten wir aus der Erfahrung der Vergangenheit gelernt. Dies haben wir 2013 falsch gemacht.

Und noch ein Punkt: Wenn die britischen Freunde uns verlassen und 27 Mitgliedstaaten und die Abgeordneten vieler Fraktionen in der Lage sind, sich bei diesem strittigen Thema zu einigen, setzen sie ein hervorragendes Zeichen, dass Europa lebt und ein Europa von *good governance* ist.

President. – Commissioner, thank you for a very complex and balanced introduction from your side. Like the distribution between the Council and Parliament and the chefs and the menu, I would only perhaps be tempted to say that it is also good for you to assess the ingredients on the menu and tell us from time to time whether it is healthy or less healthy, but that is just a side comment. But the message was clearly understood.

Neena Gill, *rapporteur for the opinion of the Committee on Foreign Affairs.* – Mr President, EU leaders in Rome last year vowed to be big on big issues and small on small ones. That is why the Committee on Foreign Affairs is calling for an ambitious approach to foreign policy in the MFF. I don't need to rehearse all the crises that the European Union is expected to deal with – they span the globe – but what I want to make clear is a call for sufficient resources to meet these expectations, for more flexibility in order to be in step with fast-changing global developments, and for better coordination. But let none of this be a blank cheque to undercut long-term policy objectives in favour of short-sighted goals, such as cracking down on migration or decreasing transparency.

I have a few questions to the Commissioner. How will the Commission ensure better coordination of the external financing instrument? It should go hand in hand with increased transparency. Concretely, what evaluation mechanisms will be put in place to monitor the spending of taxpayers' money on foreign policy and ensure that it is in line with clear and agreed objectives? Finally, do you agree that the role of this House is key in ensuring solid support for EU action and that it is really important that we have agreement before the end of this mandate?

Paul Rübzig, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Entwicklungsausschusses.* – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar! Für uns in der Entwicklungspolitik ist eigentlich ganz entscheidend, dass diese *sustainable development goals* umgesetzt werden: Ziel 2 – Landwirtschaft, Ziel 6 – Wasser, *sanitation* und Ziel 7 – erneuerbare Energie. Hier wollen wir vor allem, dass öffentliche Ausschreibungen stattfinden, damit die Konsumenten sauber nachvollziehen können, wo das Geld hingeht. Auch Versteigerungen oder *beauty contests* sind die Grundlage für eine effiziente Vergabe von Fördermitteln in diesem Bereich. Wir wollen auch das Blending und PPP-Modelle in der Zukunft vorantreiben und auch den Europäischen Entwicklungsfonds EDF in das EU-Budget integrieren. Für uns ist es wichtig, dass wir nach dem *more-for-more*-Ansatz verfahren, wonach jene, die in der Entwicklungspolitik gut mit uns zusammenarbeiten, mehr bekommen, und dass wir vor allem die kleinen und mittleren Betriebe auf beiden Seiten anregen, miteinander zu kooperieren. Das geht nur mit öffentlicher Ausschreibung, Transparenz, und die Besten sollen gewinnen.

Wim van de Camp, *Rapporteur voor advies van de Commissie internationale handel* – Voorzitter, ik dank de commissaris voor zijn buitengewoon heldere en duidelijke uiteenzetting van de procedure. Het advies van de Commissie internationale handel gaat vooral over de eigen middelen. De eigen middelen in de internationale handel zijn vaak ietwat onvoorspelbaar, omdat heffingen en handelsbeschermingsinstrumenten niet altijd tot een structurele bekostiging leiden. Heffingen – kijk even naar de Amerikaanse problemen op dit moment – zijn niet populair in de internationale handel en hiermee hebben wij rekening te houden. Voorts vragen wij aan de commissaris en de Commissie om goed toe te zien op een effectieve controle en heffing van de douanerechten. Daar hebben we wel meer een structureel eigen middel dat wij kunnen gebruiken. Ik wens hem veel succes bij de verdere procedure in verband met dit zeer grote dossier.

Petri Sarvamaa, *rapporteur for the opinion of the Committee on Budgetary Control.* – Mr President, first of all, let me congratulate Commissioner Oettinger on the very solid and sound speech that we have just heard. This is exactly what we need. My sincere thanks and congratulations to all the rapporteurs and shadows for the two reports – you have done an excellent job – but the key point is this: Europe needs a strong budget and a strong MFF.

We have a lot of challenges ahead of us. We are actually facing more serious challenges than we have ever faced since the birth of this Union, and therefore we have to do more together and we have to do more together especially in those things where we can deliver more and get more. This means that we will have to emphasise the clear added value of the EU in the MFF, along with proper controls. On top of all this, we have to draw a line: with no respect for European values, there will be No European money. All this we have to be able to do without forgetting the traditional tasks. This is no small order.

Ali Nedzhmi, *rapporteur for the opinion of the Committee on Budgetary Control*. – Mr President, in order to achieve maximum results through the overall planning process in the EU, the next MFF should be embedded in a broader strategy. This long-term vision, covering the whole period of the next decade, is more of a statement of general strategic direction.

The MFF translates the EU's policy priorities into budgetary means. EU policies are implemented through a wide range of programmes and, from this point of view, the MFF is not a budget for seven years, but rather a collection of resources geared towards accomplishing the Union's main goals. The MFF should prioritise support for the common agricultural and cohesion policies, closing the gap between the Member States, as well as the emerging policy areas related to security and migration. To provide the resources needed, the system for financing the EU budget should be reformed based on the recommendations of the High Level Group on Own Resources. Resources have to be spent more efficiently and effectively and create higher European added value.

In order to achieve our goals for a strong and more ambitious Europe in a rapidly changing political environment, we should increase the MFF expenditure ceilings, foster flexibility mechanisms and special instruments and simplify the EU budgetary system.

Luigi Morgano, *relatore per parere della commissione per i problemi economici e monetari*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, con il voto sui testi in discussione, il Parlamento prende posizione sul futuro quadro finanziario e sul suo finanziamento attraverso vere risorse proprie.

Alla luce delle nuove sfide che l'UE si pone rispetto alla ricerca e alla mobilità giovanile, ma anche sui temi della cultura e dell'istruzione, delle industrie culturali e creative, dei migranti, sui temi sociali, sul completamento dell'eurozona e dell'Unione bancaria, o in materia di sicurezza e di difesa e nuovi programmi, è necessario un discorso di realtà. Servirà dopo il 2020 un bilancio più ampio in termini assoluti, non solo percentuali, nonostante la Brexit, ma anche una più condivisa consapevolezza: i contributi al bilancio europeo non sono una spesa ma un investimento.

Sicuramente possiamo fare insieme di più per rendere più efficace la nostra azione, raggiungere economie di scala, migliori e maggiori beni pubblici di scala europea, e spendendo complessivamente meno. Ma è necessario aumentare le dimensioni del bilancio, il che non deve avvenire affidandosi a maggiori contributi degli Stati membri già vincolati, quindi vanno aumentate le risorse proprie come è stato sottolineato...

(Il Presidente ritira la parola all'oratore)

Anneli Jäätteenmäki, *ympäristön, kansanterveyden ja elintarvikkeiden turvallisuuden valiokunnan lausunnon valmistelija*. – Arvoisa puhemies, terveellinen elinympäristö on edellytys kaikelle hyvinvoinnille. EU on tehnyt sitoumuksia ja asettanut tavoitteita ilmasto- ja ympäristöpolitiikassa sekä myös kestävä kehityksen suhteen.

On välttämätöntä, että myös unionin rahankäyttö on linjassa näiden asetettujen tavoitteiden kanssa. Seuraava rahoituskehyskausi on valmisteltava siten, että nämä asetetut tavoitteet pystytään täyttämään. Komission on annettava esitys näitä tavoitteita kunnioittaen.

Sitten muutama sana ympäristövaliokunnan ulkopuolelta: Mielestäni mietinnössä esitetty 1 ja 3 prosentin rahoitustaso on epärealistinen. Se ylittää jopa komission arviot rahoitustarpeesta. Brexitin aiheuttama budjettivaje on merkittävä haaste. Todellisuudessa se tarkoittaa niukempaa budjettia. Me voimme käyttää tilanteen hyväksi siten, että käymme kriittisesti kaikki EU:n rahoitustarpeet läpi.

Marian-Jean Marinescu, *Raportor pentru aviz, Comisia pentru industrie, cercetare și energie*. – Domnule președinte, mulțumesc raportorilor. Consider că este un raport foarte, foarte bun, foarte echilibrat și este meritul lor că au reușit să facă acest lucru împreună. Mulțumesc și domnului comisar pentru colaborarea de până acum și sper ca și pe perioada negocierii să fie tot la fel de deschis și să fie în contact cu Parlamentul.

Termenul, așa cum că ați spus, trebuie să fie înainte de alegeri, din punct de vedere politic este foarte important să discutăm despre politici imediat după Brexit. Nivelul este evident că va fi decis în Consiliu European, însă, să nu uitați, toată lumea se raportează la bugetul de acum, însă bugetul de acum a fost decis de Cameron. Deci n-ar trebui să ținem cont chiar atât de mult de el.

Despre ITRE, despre politica de cercetare, știu că sunteți în favoarea ridicării plafonului *Horizon* și, de asemenea, aș dori și facilitatea de conectare a Europei din politica de transport să fie ridicată, pentru că a fost foarte jos lăsată de acel buget Cameron și nu uitați de flexibilitate, vă rog frumos.

Sofia Ribeiro, *relatora de parecer da Comissão da Agricultura e do Desenvolvimento Rural*. – Senhor Presidente, Senhor Comissário, quero salientar quatro pontos. É clara a posição dos deputados da agricultura e dos orçamentos num aumento ou, pelo menos, na manutenção do envelope financeiro da Política Agrícola Comum, de modo a que esta continue a ser um dos grandes pilares do projeto europeu, sem cofinanciamentos nacionais no primeiro pilar e sem quaisquer tentativas de renacionalização da mesma.

É clara a nossa posição em defesa do aumento do envelope financeiro do programa POSEI, que garante a sustentabilidade da produção agrícola nas regiões ultraperiféricas e que necessita de ser reforçado, a fim de dar resposta aos enormes desafios que se lhes colocam. É clara a necessidade de voltarmos a ter um POSEI Pescas autónomo independente do FEAMP.

Numa iniciativa liderada por mim, conseguimos a aprovação do relatório final na Comissão dos Orçamentos e que espero seja aprovado em plenário já amanhã.

O Sr. Comissário continua a acenar com cortes nos fundos para a agricultura. Recordo que os agricultores europeus já sofrem, desde 2014, com as decisões diplomáticas da Comissão que resultaram no embargo russo aos nossos produtos agrícolas, e agora quer a Comissão voltar a penalizá-los.

Sr. Comissário, é claro que não podemos cortar na agricultura. Oiça o Parlamento Europeu e junte-se a nós para convenceremos o Conselho.

Nicola Caputo, *relatore per parere della commissione per l'agricoltura*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'attuale sistema di risorse proprie è molto complesso, iniquo, opaco e talvolta incomprensibile: un sistema non soggetto ad alcun efficace controllo parlamentare e mancante quindi, a mio parere, totalmente di legittimità.

Il modo in cui si è evoluto il sistema delle risorse proprie, sostituendo gradualmente le risorse proprie reali con i cosiddetti contributi nazionali, pone un'enfasi eccessiva sui saldi netti tra gli Stati membri, ignorando il contributo del bilancio dell'Unione al conseguimento di obiettivi comuni europei. C'è bisogno di una riforma delle risorse dell'Unione imperativa, per portare ad una maggiore coerenza tra le politiche delle entrate e delle spese di bilancio.

Nella mia relazione ho evidenziato alcune proposte che secondo me meritano il sostegno del Parlamento europeo e della Commissione, e mi riferisco alla riforma della risorsa propria Iva e del sistema di scambio delle emissioni dell'Unione europea, della tassa delle emissioni di CO₂, della tassazione dei trasporti e di quella dell'energia elettrica, di un'imposta sulle transazioni finanziarie a livello europeo, un'imposta sul reddito delle società ed entrate provenienti dal mercato unico digitale.

Clara Eugenia Aguilera García, *ponente de opinión de la Comisión de Pesca*. – Señor presidente, comisario Oettinger, me da una gran alegría escuchar su evolución desde que empezamos el debate del marco financiero. Tras escuchar lo que hoy ha dicho, sus palabras, debo decir que me encanta su evolución.

En nombre de la Comisión de Pesca, deseo destacar la importancia socioeconómica y ecológica del sector pesquero, el medio ambiente marino y la economía azul. Este sector pesquero —pequeño en el presupuesto, pero muy importante— necesita un fondo específico dotado adecuadamente, independiente y accesible en materia de pesca para aplicar esta política —si no, realmente, podría verse gravemente afectada—. También es necesario que se mantenga el nivel de crédito financiero destinado a este sector en el marco financiero actual y que, si surgen nuevas necesidades, se incrementen los créditos financieros para asuntos marítimos. Esto es importante.

Y me sumo a lo señalado por la señora Ribeiro en relación con la PAC: queremos una PAC dotada suficientemente y no que sea renacionalizada.

Helga Trüpel, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Kultur und Bildung*. – Herr Präsident, Herr Kommissar Oettinger, meine Damen und Herren! Die Haushaltspolitik gilt ja gemeinhin als unsexy. Aber das ist sie nicht, das ist das Powerhaus der Politik. Denn alles, was sich in den nächsten Jahren in der europäischen Union entscheiden wird, ist mit diesem mehrjährigen Finanzrahmen verbunden. Ich finde im Prinzip den Vorschlag von Herrn Oettinger, was die Gesamtarchitektur angeht, richtig: etwas weniger für die traditionelle Landwirtschaft, etwas weniger für Kohäsion. Aber die Politik muss in diesem Bereich schneller werden, die Antragsverfahren müssen vereinfacht werden, und sie müssen natürlich – das sage ich als Grüne – ökologischer werden.

Gleichzeitig müssen wir auf die großen Fragen antworten: Verteidigung, Schutz der Außengrenzen, Bekämpfung der globalen Ungleichheit in der europäischen Union, aber gerade im Weltmaßstab, was Afrika und Asien angeht. Und wir müssen dann natürlich die Klimapolitik und das *Paris Agreement* viel ernster nehmen, als wir das bisher getan haben. Und wir müssen neue Schwerpunkte setzen, auch da stimme ich mit Herrn Oettinger überein. Wir müssen mehr ausgeben für Forschung, mehr für Kultur und Bildung, für Erasmus +, mehr für den *European Solidarity Service*, und wir müssen frisches Geld für die Verteidigung zur Verfügung stellen und es nicht aus dem Forschungsprogramm nehmen. Das ist falsch. Aber wir müssen als Europa angesichts von Xi Jinping *forever* und der Erhöhung des chinesischen Militäretats und des schrecklichen Trump, der heute auch noch den Außenminister Tillerson rausgeschmissen hat, eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik entwickeln, die diesen Namen verdient.

Jetzt komme ich zu den Eigenmitteln. Ich habe ja zweimal an den Verhandlungen über die Haushaltspolitik und den mehrjährigen Finanzrahmen teilgenommen. Wir brauchen neue Eigenmittel. Und das bedeutet vor allem eine digitale Steuer, weil wir die digitalen Monopole zur Kasse bitten müssen. Die müssen in Europa Steuern bezahlen – also Google, Facebook, Apple und Amazon. Und wir brauchen eine Plastiksteuer. Das ist wirklich ein grüner, ein ökologischer Vorschlag des Haushaltskommissars. Ich unterstütze das. Mit diesen verschiedenen Maßnahmen kann man den Bürgern für die nächsten Wahlen insgesamt deutlich machen: Die EU liefert, die EU versteht die Nöte der europäischen Bürger.

Monica Macovei, *Raportoare pentru aviz, Comisia pentru libertăți civile, justiție și afaceri interne*. – Domnule președinte, viitorul Uniunii depinde și de cum folosim banii sau, în primul rând, de cum folosim banii. Din perspectiva LIBE, câteva lucruri sunt importante.

În primul rând, securitatea Uniunii și securitatea fiecărui cetățean din Uniune. Avem nevoie de fonduri pentru programele de securitate, agențiile din justiție, agențiile care protejează granițele externe, agențiile din domeniul afacerilor externe și interne și, bineînțeles, cele care protejează drepturile omului, pentru a asigura echilibrul și valorile europene.

Apoi, avem nevoie de fonduri pentru oprirea propagandei false rusești, care este folosită și pentru influențarea alegerilor naționale în multe state, inclusiv în state membre, pentru ruperea unor țări și chiar pentru ruperea Uniunii. Și asta afectează foarte mult securitatea – e cel mai mare pericol la adresa securității Uniunii.

Statul de drept – aici propun un sprijin financiar pentru Comisia de la Veneția, care, după cum știm, evaluează statul de drept, legile justiției în state membre și în state candidate. Pentru oprirea criminalității și confiscarea miliardelor de euro sau a altor monede furate, avem nevoie de un Fond european pentru protecția jurnaliștilor de investigație independenți, care găsesc toate aceste fonduri, găsesc criminali, își riscă viața, sunt șantajați și mor

(Președintele a întrerupt vorbitorul)

Mercedes Bresso, *relatrice per parere della commissione per gli affari costituzionali*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto dalla commissione AFCO un messaggio: noi crediamo che nel pacchetto delle riforme istituzionali di cui si sta discutendo sia fondamentale modificare l'attuale procedura relativa all'MFF, portando su un piede di parità Parlamento e Consiglio, il che vuol dire Parlamento con pieno potere decisionale e Consiglio con voto a maggioranza qualificata. È un tema di riforma, ma molto importante se vogliamo avere davvero una parità fra le nostre istituzioni.

In secondo luogo, mi rivolgo al Consiglio e alla Commissione di nuovo: a nuove sfide e nuove competenze, in un bilancio ordinato, devono corrispondere risorse aggiuntive, risorse che non devono essere prese dalle politiche che tendono a ridurre le disuguaglianze fra le regioni.

Da ultimo, io credo che possiamo arrivare al nostro 1,3 % che proponiamo, attraverso risorse aggiuntive proprie che si aggiungono ai contributi degli Stati, che non devono diminuire.

Iratxe García Pérez, *ponente de opinión de la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género*. – Señor presidente, señor comisario, el marco financiero es el instrumento político más potente que existe para hacer posibles y reales las prioridades políticas de la Unión Europea. Por eso, aunque todavía no se haya hecho ninguna referencia a lo largo de este debate, estoy segura de que comparto conmigo la necesidad de que este marco financiero tenga rostro de mujer. Porque es necesario incorporar a la política europea las políticas dirigidas a erradicar la discriminación entre hombres y mujeres. Porque es necesario hacer también de la lucha contra la violencia de género una prioridad de la política europea. Porque es necesario consolidar, desde la política europea, unos servicios públicos que favorezcan la conciliación entre la vida familiar y laboral. Porque es necesario hacer de la política europea un espacio donde consigamos hacer realidad el principio fundamental de la igualdad entre hombres y mujeres.

Espero que no lo olviden, que no lo olvidemos en el trabajo que tenemos por delante, para hacer de estas perspectivas financieras un instrumento político real que permita hacer de la igualdad de género también una realidad en Europa.

José Manuel Fernandes, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, queria cumprimentá-lo, saudá-los a todos, dar uma palavra especial ao Sr. Comissário pela sua competência e também pelo respeito dos «timings», pela sua envolvimento em relação a este tema e pelo trabalho em conjunto com o Parlamento Europeu.

É importantíssimo que este quadro financeiro plurianual pós-2020 responda aos anseios, às ambições e aos desafios da União Europeia. Queremos uma União Europeia mais competitiva, uma União Europeia mais coesa e, em simultâneo, também mais solidária.

Os desafios estão identificados. A política de coesão deverá continuar, bem como a política agrícola comum, e temos de reforçar a investigação e a inovação, o Erasmus+, o apoio às pequenas e médias empresas, devendo a juventude ser uma prioridade e, por isso, também o reforço da iniciativa para o Emprego dos Jovens.

Temos também o desafio da segurança e da defesa e, por isso, é importantíssimo que o orçamento da União Europeia esteja à altura destes objetivos e destas prioridades políticas.

1,3 % do rendimento nacional bruto não é nada de especial e é uma proposta realista que fazemos. Para além disso, este financiamento deve ser conseguido sem sobrecarregar os contribuintes europeus, os cidadãos europeus, e, por isso, a proposta que apresentamos é essencial com este objetivo, onde, por exemplo, as multas e os lucros do BCE podem vir a ser utilizados.

(O orador aceita responder a uma pergunta «cartão azul» (artigo 162.º, n.º 8, do Regimento).)

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – Stimate coleg, sunt de acord cu foarte mult din ceea ce ați spus. Nici din ce a spus domnul comisar, nici din dezbaterile colegilor, nu a rezultat că ne-am gândi pentru perioada următoare a cadrului financiar multinațional la un buget și pentru dezvoltarea turismului, deși turismul în Europa aduce un număr impresionant de locuri de muncă, contribuie la PIB.

Credeți că este bine ca, măcar din 2020, să avem linie bugetară și pentru turism. Și v-ați gândit ca acele surse suplimentare de care se vorbea aici să fie și din evaziunea fiscală? (*Președintele a întrerupt vorbitorul*)

José Manuel Fernandes (PPE), *Resposta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Até parece que foi combinado, porque eu próprio, com outros colegas, apresentei uma proposta para que o próximo Quadro Financeiro Plurianual tenha uma linha para o turismo, e no nosso relatório...

(*Devido à ausência de interpretação, o orador termina a intervenção em língua inglesa.*)

We do not have interpretation. We have a line for tourism in our proposal, in our report. That's in our report.

President. – I understand that it was not a set-up, that was not agreed.

(*Interjection from Mr Fernandes: 'I can try again'*)

No, that's fine, sorry, it was a misunderstanding. It was just that you said that it looks like a set-up, so I was saying to you it was not a set-up, I understand it is not a set-up.

Daniele Viotti, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie naturalmente al Commissario per la sua relazione che ha voluto farci oggi pomeriggio, per il lavoro che sta facendo e che faremo per i prossimi mesi.

Stiamo discutendo di qualcosa di veramente importante, perché stiamo disegnando non soltanto due documenti della nostra Unione europea, ma stiamo disegnando il futuro dell'Unione europea stessa. Sono dei documenti, delle relazioni d'iniziativa del Parlamento, e poi il lavoro che verrà fatto dalla Commissione, che devono dare un segnale nuovo dell'Europa, un segnale diverso. Ma per dare un segnale, un'idea, un'immagine differente, bisogna che ci siano anche delle politiche differenti, che siano delle politiche nuove e delle politiche che diano una visione e un futuro.

Sono due i lavori su cui ci siamo concentrati in questi mesi, in queste settimane: uno sul nuovo quadro finanziario e uno sulle risorse proprie. Sul nuovo quadro finanziario, ha già detto il collega Fernandes poco fa, e l'ha detto anche Lei in realtà poi, Commissario, l'1,3 % di orizzonte che ci diamo non è un sogno, è qualcosa che è ampiamente realizzabile. Non credo che questo Parlamento sia un Parlamento esoso, è un Parlamento molto responsabile, io penso.

Sappiamo cosa chiedono i cittadini e sappiamo quali sono le risposte che dobbiamo dare, e noi dobbiamo essere il valore aggiunto per i cittadini e per le nostre imprese, soprattutto per le piccole e medie imprese, su enormi questioni come la ricerca, come lo sviluppo, come i giovani, come la crescita, l'ambiente, l'energia, l'agricoltura: è già stato tutto ricordato, sono gli obiettivi enormi che dobbiamo darci. Per questo abbiamo bisogno di risorse aggiuntive. Lei ha detto che non devono essere aggiuntive ma devono essere parallele; io dico che devono essere risorse sufficienti per fare queste politiche: risorse ambiziose.

Noi dobbiamo chiedere meno soldi agli Stati membri, l'ha detto bene Lei, e io credo che sia molto corretto. Ma nel documento che hanno predisposto i relatori, che io ringrazio, il relatore sia del documento sulle risorse proprie sia il relatore sul quadro economico e finanziario, queste risorse ci sono, la loro individuazione è molto chiara, e si sono individuate le aree di lavoro su cui dobbiamo lavorare.

Dobbiamo essere però molto attenti e dobbiamo dare un messaggio molto chiaro ai cittadini, per cui noi non vogliamo aumentare le tasse ai cittadini, non vogliamo incrementare le tasse ai cittadini, non vogliamo mettere delle nuove tasse ai cittadini e neppure alle piccole e medie imprese. Quello che noi vogliamo fare è risistemare il sistema delle risorse proprie dell'Unione europea e avere un'Europa più equa e più giusta sul sistema finanziario, un'Europa più verde, un'Europa in cui le transazioni finanziarie vengono finalmente tassate.

Chiudo, Presidente, facendo riferimento ai tempi. Lei ha detto che abbiamo bisogno – e noi concordiamo assolutamente con Lei – abbiamo bisogno di chiudere entro questo mandato questi due documenti, quello sul nuovo quadro economico e finanziario e quello sulle risorse proprie, ma abbiamo bisogno di chiudere questi documenti in fretta, ma di chiuderli anche bene, perché abbiamo bisogno che le risposte che verranno date ai cittadini e le prospettive che avranno i cittadini dal 2021 siano prospettive e risposte veramente sufficienti, che siano in abbondanza per le richieste che le imprese e il mondo della ricerca, dello sviluppo, e i cittadini stessi ci fanno.

Bernd Kölmel, *im Namen der ECR-Fraktion.* – Herr Präsident! Der neue mehrjährige Finanzrahmen ist die Nagelprobe dafür, welche EU wir in der Zukunft haben wollen. Mehr oder weniger alle reden hier von mehr Subsidiarität, Entbürokratisierung und Sparsamkeit. Aber der vorliegende Entwurf entspricht dem eben gerade nicht. Und mein Vorredner von den Sozialisten hat gesagt, wir brauchen mehr Geld, denn wir wüssten, wie man die Wirtschaft ankurbelt, wir wissen, wie man Start-ups entsprechend erfolgreich machen kann und so weiter. Meine sehr verehrten Kollegen, das glaube ich nicht. Ich glaube nicht, dass wir das besser wissen als die echten Lenker von Firmen. Die wissen, wie man die Wirtschaft vorantreibt.

Wir sollten die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, aber wir sollten nicht in den Mitgliedstaaten Geld einsammeln, um es dann über Brüssel umzuverteilen. Das ist genau das Gegenteil einer schlanken EU. Wir sollten hier Freiräume schaffen. Entbürokratisierung geht damit los, dass man eben weniger regelt und nicht mehr. Und wenn ich weniger regeln will, dann darf ich auch nicht für mehr Haushaltsmittel sorgen. Ich muss mich doch immer fragen, was ich denn tatsächlich erreichen kann. Und da ist doch zunächst mal ganz klar: Der Haushalt der EU ist überwiegend ein Programmhaushalt. Und in einem Programmhaushalt müsste es das Natürlichste der Welt sein, dass die Programme entsprechend zurückgefahren werden, wenn ein Mitgliedsstaat ausscheidet. Aber stattdessen schlägt man hier vor, dass man die Beiträge der Mitgliedstaaten bezogen auf das Bruttonationaleinkommen um 30 % erhöht. Das ist das Gegenteil einer schlanken und sparsamen EU. Die Bürger wollen aber eine schlanke und sparsame EU.

Deshalb plädiere ich für neue Mittel nur dann, wenn wir einen echten politischen Ansatz zur Lösung von Krisen haben, beispielsweise im Migrationsbereich, beispielsweise in der Eurokrise. Aber da muss erst der politische Wille dafür definiert werden. Stattdessen sehen wir, dass jetzt die Mittel für den ehemaligen ESM in eine eigene Haushaltslinie überführt werden sollen, ein temporäres Element ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Jean Arthuis, *au nom du groupe ALDE.* – Monsieur le Président, je voudrais saluer l'engagement prometteur de M. le Commissaire et rendre hommage à nos quatre rapporteurs. Si nous votons les deux rapports d'initiative demain, nous prendrons les moyens de conclure sans doute avec le Conseil avant la fin de cette législature, ce qui permettra d'éviter l'inertie que nous avons connue en 2014 et en 2015 et également de réduire la tyrannie du juste retour.

Cela étant, mes chers collègues, je pense que nous devons garder une marge de flexibilité. Nous voyons combien il a été difficile, pendant l'exécution du cadre financier pluriannuel actuel, de faire face à certaines situations de crise.

La mondialisation met les États membres face à des défis sans précédent en matière de sécurité, de défense, de migration, d'économie numérique, de climat et de lutte contre le terrorisme mondialisé. Nous devons nous préparer à assumer collectivement ces enjeux car nous avons des biens communs européens à défendre et il est évident qu'un certain nombre d'États, à l'échelon national, n'ont aujourd'hui plus les moyens de faire face à ces défis.

Il devrait donc être possible, Monsieur le Commissaire, au lendemain des élections européennes en 2019, si nous avons une majorité, si les États membres en conviennent, d'aller au-delà de 1, 1,1, 1,2 ou 1,3. Une puissance mondiale européenne avec un budget de 1,3 ne va pas faire frémir les États-continentaux, pas plus que les multinationales du numérique ou de la financiarisation. Donc, il devrait être possible de transférer des dépenses qui étaient engagées au plan national, pour les mettre à disposition du budget européen et là, Monsieur le Commissaire, vous aurez le moyen de démontrer ce qu'est la valeur ajoutée européenne parce que nous serons plus efficaces en mettant des moyens nationaux au budget européen. Nous démontrerons que nous pouvons accroître le budget européen sans augmenter globalement la dépense publique en Europe. Voilà le souhait que j'exprime.

Jordi Solé, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, this Parliament has to send a clear message to the Commission and to the Member States concerning the next Multiannual Financial Framework (MFF). If we want an ambitious EU, a Union that is able to deal with key challenges of our times and to deliver real outcomes in terms of progress, sustainability, equality and fundamental freedoms, then we need to reverse the downward trend in the amount spent by the EU, a trend that has been aggravated by the current MFF.

If we need to fight against growing populism and euroscepticism, the worst thing we could do would be to adopt proposals from populists and from eurosceptics, because with a small budget the European Union will be unable to deliver. Thus it would be even more meaningless to those many people who already don't see what the EU is here for. In other words, to demonstrate the added value of the EU, we need to invest more and more efficiently in policies where the EU can really make a difference. This has to be the first key message to the Member States: Don't use Brexit to make further cuts in our budget and diminish our ambitions.

Secondly, the next MFF needs to focus more on delivering results in sustainability and in the fight against climate change. The EU must translate its commitment to the Paris Agreement into a real budgetary majority. That's why our Group stressed so much the importance of aligning the EU budget with the sustainable development goals and to significantly increase climate-related spending to reach at least the 30% target as soon as possible.

Younous Omarjee, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, nous nous rapprochons peu à peu de ce moment fatidique où il n'y a plus de doute sur l'avenir budgétaire de l'Union européenne. Je pense ne pas prendre trop de risques en disant que, après 2020, nous continuerons à être enfermés dans des logiques austéritaires. Faire plus avec moins, dépenser mieux, coupes budgétaires intelligentes, voilà les seules logiques – convenez-en, pas très dynamiques, tout de même – qui nourrissent les négociations actuelles et qui font déjà le deuil des ambitions européennes, de vos ambitions européennes, de nos ambitions européennes. Dans ce contexte, la question que nous nous posons, et qui nous inquiète, est «Ce budget sera-t-il celui du début de la fin de la politique de cohésion et de l'affaiblissement de la PAC?».

Je veux vous dire que, si c'est sur le dos de la politique de cohésion que l'on compte trouver les ressources nécessaires pour financer de nouvelles priorités qui ne sont pas, d'ailleurs, des obligations de l'Union, alors vous nous trouverez sur votre chemin pour le dénoncer.

Sophie Montel, *au nom du groupe EFDD*. – Monsieur le Président, chers collègues, le Brexit, les référendums que vous perdez partout en Europe, les législatives italiennes, aucun de ces événements ne semble encore avoir atteint la tour d'ivoire dans laquelle vous vivez.

Je dis cela car, en haut de cette tour d'ivoire, je vois les européistes gagas que vous êtes demander un budget de l'Union européenne plus important. Je vous vois zélotes de la religion européiste demander une Europe de la défense et une armée européenne. Je vous vois idéologues fanatisés demander l'instauration d'un impôt européen. Mais comment faut-il vous le dire pour que vous le compreniez? Votre Union européenne, les peuples n'en veulent pas. Les 24 langues de l'Union européenne n'y suffisent pas, faut-il vous le dire en espéranto pour que vous déniez prêter l'oreille à ceux qui vous payent pourtant généreusement?

À vrai dire, chers collègues, cette semaine vous multipliez les projets, tous plus fous les uns que les autres. Mais qu'on ne s'y trompe pas: cette bouffée de chaleur n'est pas de celles qui annoncent les étés radieux, mais de celles dont sont faites les ménages. Votre Union va disparaître et, croyez-moi, cet événement sera fêté avec bonheur par les peuples.

Marco Zanni, *a nome del gruppo ENF*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo che quando parliamo di nuovo quadro finanziario pluriennale e risorse proprie, dobbiamo tenere a mente due principi guida.

Il primo principio riguarda nessun aggravio nei contributi per gli Stati membri, soprattutto non aumentare il gap per gli Stati che già contribuiscono in maniera netta al bilancio europeo. E il secondo principio riguarda le tasse: non vogliamo nuove tasse che arrivino dall'Europa e che gravino sui cittadini europei, perché l'UE non ha legittimazione nell'imporre nuova tassazione.

Purtroppo vedo che nella posizione della maggioranza su questi due dossier, questi due principi rischiano di non venire rispettati. Si chiede uno sforzo ulteriore agli Stati membri, soprattutto quelli che già contribuiscono in maniera importante al bilancio dell'Unione europea, e si nascondono nuove tasse europee dietro il nome di «risorse proprie». La tassa sulla CO₂ è una tassa, la tassa sulla plastica è una tassa, la tassa sulle transazioni finanziarie è una tassa, e sappiamo bene la capacità che hanno le multinazionali nel ribaltare costi aggiuntivi che imponiamo su di loro sui consumatori finali.

Purtroppo da questo punto di vista ci sarà da fare una discussione più ampia, perché la tendenza soprattutto nelle tornate elettorali dei popoli europei e dei cittadini europei è che vogliono meno Europa e più Stati membri, e noi nel bilancio ne dobbiamo tenere conto.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, επανειλημμένα η Ευρωπαϊκή Ένωση χρησιμοποιεί ευπαρουσίαστους και κάπως αφαιρετικούς όρους, για να περιγράψει πράγματα που στην πραγματικότητα είναι απλά και ξεκάθαρα: Η Ένωση είναι ένα σύνολο διοικητικών οργανισμών. Ως εκ τούτου δεν μπορεί να έχει ίδιους πόρους, διότι δεν παράγει κάτι ούτε προσφέρει υπηρεσίες επί πληρωμή. Όσα περιγράφονται στις εκθέσεις ως πόροι της Ένωσης δεν είναι παρά έσοδα που αφαιρούνται από τους κρατικούς προϋπολογισμούς ή που αντλούνται από τους πολίτες των κρατών μελών. Ο ΦΠΑ, για παράδειγμα, εάν δεν κατέληγε στην Ένωση, ή τα κράτη θα είχαν μεγαλύτερα έσοδα ή, αν αφαιρούσαν το ποσό που καταλήγει στην Ένωση εντελώς, οι πολίτες θα είχαν σημαντικά μικρότερη επιβάρυνση. Επιπλέον, το εάν τα οφέλη που προσφέρει η Ένωση είναι αντίστοιχα του κόστους που καλούνται να καταβάλλουν τόσο τα κράτη όσο και οι πολίτες είναι ένα ερώτημα το οποίο δεν το εξετάζουν οι εκθέσεις αυτές και κυρίως δεν τέθηκε ποτέ στους ίδιους τους πολίτες.

Τελικά τα οφέλη είναι τέτοια που να δικαιολογούν τη συντήρηση ενός τεράστιου γραφειοκρατικού μηχανισμού; Μήπως με πολύ μικρότερα όργανα απλού συντονισμού μεταξύ των κρατών και χρησιμοποιώντας τους ήδη υπάρχοντες παράλληλους κρατικούς οργανισμούς θα είχαμε τα ίδια οφέλη με πολύ μικρότερο κόστος;

Alain Lamassoure (PPE). – Monsieur le Président, je félicite le commissaire et les rapporteurs. Nous sommes enfin à l'heure de vérité. Plus personne ne peut prétendre qu'avec 1 % du revenu national, il est possible de financer les politiques européennes traditionnelles, les décisions déjà prises sur la politique migratoire, le changement climatique ou la défense, et les futures priorités des années 2020. La meilleure preuve, c'est que le budget européen a, d'ores et déjà, explosé. Au petit budget communautaire resté scotché au niveau d'il y a vingt ans s'ajoutent maintenant une constellation de budgets satellites sous des noms variés. Il y a la vieille lune du Fonds européen de développement, il y a quatre fonds fiduciaires d'urgences diverses, deux fonds d'aide à la Grèce, le mécanisme européen de stabilité, la facilité de prêts aux pays extérieurs à la zone Euro, le Fonds Juncker, etc., et l'année 2018 s'ouvre sur l'annonce d'un nouveau satellite impressionnant: le Fonds «Défense».

Ainsi, les négociations du prochain cadre financier auront un triple enjeu: combien sommes-nous prêts à affecter au financement des politiques européennes? Comment les financerons-nous, par quelles économies, par quelles nouvelles ressources? Comment sera assuré le contrôle démocratique, c'est-à-dire le contrôle parlementaire?

Osons au moins poser les bonnes questions.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). – Señor presidente, señor comisario, hoy estamos ante uno de los debates más importantes de todo el mandato, porque estamos hablando, ni más ni menos, de qué Europa queremos construir en la próxima década. Y esto no es solo un debate presupuestario, sino que es, sobre todo, un debate político, porque allí donde pongamos los recursos estarán las verdaderas prioridades de la Unión.

En esta legislatura hemos firmado muchos acuerdos trascendentales: el Acuerdo de París de lucha contra el cambio climático, los acuerdos de Gotemburgo por un verdadero pilar social; incluso hemos firmado los Objetivos de Desarrollo Sostenible. Y es ahora cuando tenemos que decidir cómo los vamos a financiar y, por lo tanto, es ahora cuando vamos a demostrar cuál es el grado de nuestro compromiso.

En estos últimos meses estamos oyendo grandes frases filosóficas cuando hablamos de presupuesto —lo decía también el señor Omarjee—: unos dicen que hay que modernizarlo y, otros, que hay que hacer más con menos. Esto puede quedar muy bien en un titular, pero esto, presupuestariamente hablando, no es posible —más con menos, no se puede hacer— Y que queramos modernizar un presupuesto no significa que lo podamos recortar, sino más bien todo lo contrario.

Y este Parlamento tiene las ideas muy claras de lo que queremos para el futuro marco financiero y lo podríamos definir en tres bloques.

Primer bloque: mantenimiento de la financiación de las políticas tradicionales, es decir, de la agricultura y la cohesión. Estamos pidiendo a nuestros agricultores y ganaderos que produzcan con criterios medioambientales; que nos ofrezcan productos de calidad a precios asequibles; que mantengan la población en el medio rural y que, encima, los jóvenes se animen a entrar en el sector. Y todo esto no se puede hacer con menos apoyo presupuestario. Y también defendemos una política de cohesión fuerte para que Europa siga manteniendo la competitividad, para que sus regiones reduzcan desigualdades, para que se invierta en innovación y, sobre todo, para que esa competitividad no sea a costa de los salarios y los derechos sociales de los trabajadores y las trabajadoras.

Segundo bloque: las políticas que podríamos llamar «de futuro». Aquí no solo queremos mantener la financiación, sino que queremos aumentar las becas Erasmus, los programas de investigación o los programas de inversión.

Y tercer bloque —y esto es un mensaje muy claro—: nuevas necesidades necesitan nuevo presupuesto; y no queremos contraponer, como decía el señor comisario, unas prioridades contra las otras.

Y quiero destacar, para acabar, dos ideas que espero que la Comisión escuche atentamente.

Primera propuesta: la condicionalidad de los fondos con respecto al cumplimiento de las reglas, porque proponemos un sistema de sanciones para aquellos países que no cumplan las reglas ni sus compromisos, pero desligamos por completo estas sanciones de los fondos de cohesión —los ayuntamientos, las regiones o los parados no son los responsables de que sus Gobiernos incumplan sus compromisos—

Y segunda propuesta: teniendo en cuenta los compromisos de la Unión en la lucha contra el cambio climático, muchas regiones europeas van a tener que hacer una transición energética y productiva radical. La Unión tiene que ayudar a esas regiones y, por eso, proponemos un fondo de transición justo que ponga el acento no solo en las regiones, sino también en los desafíos sociales de esta transición.

Y ¿cómo financiamos todo esto? Ya se ha dicho aquí: con nuevos recursos propios; con impuestos a sectores que ahora no contribuyen al sector público; con impuestos al sector financiero; y con impuestos a las grandes empresas que aprovechan que no hay una regulación europea para evadir sus impuestos.

Y acabo, señor presidente, porque quiero agradecer, de verdad, a los cuatro ponentes el magnífico trabajo que han hecho; por la negociación y por la generosidad a la hora de negociar, porque así podemos tener un acuerdo fuerte, apoyado por la mayoría de los grupos de esta Cámara.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Zabierając głos w tej debacie, chcę bardzo mocno podkreślić, że delegacja polska w grupie ECR opowiada się za wypełnieniem luki finansowej po brexicie, a także zapewnieniem dodatkowych środków na nowe priorytety unijne. Naszym zdaniem obciążenia składką mogą sięgnąć 1,3 % DNB państw członkowskich. Postulujemy likwidację wszystkich rabatów w związku z likwidacją rabatu brytyjskiego, zaprzestanie zwrotów niewykorzystanych w danym roku środków do poszczególnych państw członkowskich, wprowadzenie do budżetu wpłaty z tytułu dostępu Wielkiej Brytanii do rynku unijnego i wreszcie ewentualne ustanowienie unijnego obciążenia finansowego w postaci podatku cyfrowego.

Konieczne jest zapewnienie w budżecie unijnym po roku 2020 przynajmniej na dotychczasowym poziomie środków na politykę spójności i WPR. W ramach tej ostatniej domagamy się zaprzestania trwającej od blisko 15 lat dyskryminacji rolnictwa krajów Europy Środkowo-Wschodniej i wyrównania poziomu dopłat bezpośrednich w nowych i starych państwach członkowskich. Zdecydowanie sprzeciwiamy się uzależnieniu wpłat z przyszłego budżetu Unii od przestrzegania wartości określonych w art. 2 Traktatu, ponieważ niemożliwe jest ustalenie jakichkolwiek obiektywnych kryteriów w tym zakresie. Nawet już istniejąca warunkowość dotycząca przestrzegania dyscypliny finansów publicznych, mimo że oparta na twardym, obiektywnym kryterium, tzw. kryterium z Maastricht, jest przez Komisję stosowana wybiórczo: np. przez kolejnych sześć lat Francja go nie przestrzegała i nigdy nie została ukarana konsekwencjami wynikającymi z paktu stabilności i wzrostu....

(Przewodniczący odebrał mówcy głos)

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Jens Geier (S&D), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Präsident! Herr Kuźmiuk, ich habe Ihren Ausführungen intensiv zugehört. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist Ihre Position ziemlich genau das Gegenteil von dem, was der Kollege Kölmel Ihrer Fraktion vor ein paar Minuten ausgeführt hat. Meine Frage an Sie ist deswegen: Gibt es eine kohärente Position der europäischen Konservativen und Reformer oder gibt es sie nicht?

Zbigniew Kuźmiuk (ECR), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Rzeczywiście w tej sprawie w grupie ECR nie ma jednolitego stanowiska. Jako delegacja polska opowiadamy się za zdecydowanie większym budżetem, wyrównaniem zarówno luki po brexicie, jak i sfinansowaniem dodatkowych priorytetów Unii Europejskiej. Tak się składa, że w grupie ECR w fundamentalnych sprawach nie ma dyscypliny budżetowej. Polska delegacja w tej grupie opowiada się za większym budżetem.

Nils Torvalds (ALDE). – Mr President, there is not much that can be said about structural problems in the multiannual financial framework in one minute, but I will try.

There is a very interesting study out there: 'Economic Challenges of Lagging Regions', and there is a case study in that study about Campania. Campania is the region around Naples. There is a saying about Naples – see Naples and then die. As soon as the cohesion funds come to Naples, they die.

Naples has been part of the system for sixty years, since the start of the regional and structural funds, and still today Naples is lagging behind. A normal person with normal intelligence and a person with normal intelligence in the Commission should probably understand that this form of structural funds doesn't work.

(The speaker continues to speak in German)

Das geht nicht so weiter! Und ich glaube und ich hoffe, dass Kommissar Oettinger das ein wenig verbessert.

President. – On the other hand, I must say that there are other beautiful things about Campania which are definitely on the peak. But anyway, I think we understood the message.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Mr President, I would like to draw the Commissioner's attention to one concern that my Group and I have. We saw last week a paper, probably leaked, that the Commission is planning to combine 12 external instruments into one.

My question to the Commissioner is: do you have a proper impact assessment on what this means for attaining, for instance, development effectiveness goals? What does it mean for defending such wonderful, very focused, rather small instruments as the European Instrument for Democracy and Human Rights? What does it mean for the goals that we want to achieve through the instrument contributing to stability and peace?

My concern is that this new idea, which I think to some extent seems to be a response to the need for flexibility, will be a big mistake. I understand that flexibility is needed, but I don't think it should be done like this. I also believe that the European Parliament will lose a lot of its scrutiny rights if you do that.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor presidente, con un minuto, seré directo y claro. Necesitamos un presupuesto europeo mayor, pero que no vaya en detrimento de la capacidad fiscal de los Estados miembros; deben complementarse. Y también hemos de contar con modelos progresivos sobre las rentas del capital.

Necesitamos más recursos públicos, no menos, para hacer frente a los retos que preocupan a los europeos y europeas, principalmente desempleo, medio ambiente, precariedad y pobreza o fraude fiscal; las ganancias obtenidas con la lucha contra el fraude fiscal serían una excelente fuente de ingresos, junto a nuevas figuras de ecotasas o un impuesto sobre las transacciones financieras.

Sin embargo, las prioridades parecen ser otras. Parece ser más bien el refuerzo de la Europa fortaleza y su militarización, aumentando o, incluso, duplicando el gasto en defensa. No compartimos estas prioridades que marca la Comisión Europea. Las prioridades deberían ser otras: política de empleo, apoyar a pequeños y pequeñas agricultoras, cumplir con la legislación internacional de asilo, y la transición sociológica de nuestras economías y regiones. Y, para ello, necesitamos un presupuesto más fuerte, pero sobre todo más justo.

Marco Valli (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, condivido alcune delle parole dette in questa plenaria dagli oratori sulle priorità del prossimo bilancio e del quadro finanziario pluriennale, ovvero la disoccupazione giovanile, la gestione del fenomeno migratorio e anche la lotta contro il surriscaldamento globale.

Il problema è che, dal mio punto di vista, prima di chiedere dei soldi ancora agli Stati, e quindi ai contribuenti, ai cittadini, bisognerebbe in qualche modo innanzitutto fare una seria valutazione delle performance, e mi rivolgo proprio a Lei, Commissario, che è un tedesco e su questo dovrebbe avere massima attenzione di come vengono spesi i soldi dei contribuenti europei, valutare singolarmente ogni singolo programma per vedere se questo porta dei risultati ed è efficiente, e fare una *spending review* interna prima di andare ancora dagli Stati a chiedere sacrifici, soprattutto con gli Stati che hanno in questo momento difficoltà nella gestione delle finanze pubbliche, non solo magari per colpa loro, come dice il collega Torvalds dall'alto della sua posizione di deputato del Nord Europa.

Però ci sono degli squilibri interni nell'eurozona, che andrebbero risolti prima di andare, appunto, a chiedere altre risorse e gestire queste questioni di bilancio. Quindi i capi di Stato su questo devono trovare una soluzione o la situazione rischia appunto un'implosione totale, proprio perché la disoccupazione e i problemi legati alla domanda non si possono risolvere solo con un bilancio europeo che ha una dotazione proprio molto bassa.

E sulle risorse proprie, anche qua, non possiamo avere nuove tasse, perché i cittadini europei non vogliono nuove tasse, vogliono che venga tassata, giustamente, la speculazione finanziaria, vogliono che vengano tassate le grandi multinazionali, ma non vogliono caricarsi loro di ulteriori oneri che hanno in mente alcuni burocrati qua a Bruxelles. Quindi dobbiamo assolutamente trovare una quadra, ovviamente rivolta verso i cittadini, e non come al solito verso i grandi portatori di interesse.

Steeve Briois (ENF). – Monsieur le Président, les propos tenus tout à l'heure par Isabelle Thomas, en introduction, sont révélateurs de l'échec de l'Union européenne puisque notre collègue a évoqué un budget sous-dimensionné, caractérisé par – je la cite – «un manque d'ambition et de sérieux, et même une impuissance budgétaire».

Considérant que les politiques européennes sont inefficaces pour l'emploi, la croissance et le pouvoir d'achat, considérant que les marges de manœuvres financières des États membres – que vous avez mis à la diète – sont réduites, le bon sens voudrait que l'Union européenne se concentre exclusivement sur sa PAC et sur la politique de cohésion et que le Brexit, d'ailleurs, se traduise par une baisse des dépenses de l'Union. Or, vous proposez l'inverse en demandant à l'Union d'absorber de nouvelles prérogatives comme la sécurité et la défense. Ces deux fonctions régaliennes ne doivent en aucun cas être transférées à l'Union, elles doivent évidemment rester dans le giron des États membres. D'ailleurs, pour financer ce fédéralisme délirant, vous allez même jusqu'à ponctionner 2 % des recettes de la TVA ou même inventer d'autres nouvelles taxes.

Par conséquent, avant d'imposer l'austérité aux peuples européens, que l'Union européenne se l'impose à elle-même.

Siegfried Mureșan (PPE). – Mr President, the next Multiannual Financial Framework should reflect the political priorities which we expect from the Union in the next decade. It should be a balance between traditional priorities on the one side and new priorities on the other side. Traditional priorities – agriculture and cohesion policy – continue to be important, because they are about rural development and food security, and cohesion is about competitiveness. It is about helping the least developed regions of the Union.

To these traditional priorities, new priorities are being added. The citizens of Europe expect us to do more on security, defence, tackling the migration crisis and combating terrorism. If, at the end of the day, we expect the Union to do more, it is not normal to offer it a smaller budget. Commissioner, we also have to stand together in the negotiations with the Member States and the Council and tell them that, if we expect a more robust Union which has more tasks, then a smaller budget is not realistic. We have to spend money well, and we have to update and modernise our policies, reform them and convince citizens that the money is well spent, but at the end of the day, new competences also mean a robust budget.

We have to tell those Member States who are concerned that paying more does not mean that you are in a worse situation. If the Union is to do more and if we are also to contribute more, then it means that we will also receive more in terms of security, combating terrorism and everything that the citizens expect. This is in the interest of all the governments of the Union.

Just to conclude, one sentence on timing. Commissioner Oettinger, we will vote on Parliament's position tomorrow and then you will make the proposal at the beginning of May. The Parliament, our team, will be ready to negotiate. Commissioner, please stand together with us in Parliament in negotiations with the Council to convince them that, the sooner we adopt the next MFF, the better. The Council should not adopt the next MFF when it is politically convenient for them, but when it is good for the beneficiaries in the Member States – for farmers, students, researchers and young unemployed people. The sooner we adopt it, the better for the beneficiaries.

(Applause)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés, melyet Siegfried Mureşan képviselőhöz intéz.* – Képviselő Úr! Önnek is köszönöm, hogy fogadja a kérdésemet. Nem egészen értettem az Ön álláspontjában a mezőgazdasági, illetve a kohéziós pénzeknek a részaránycsökkenése, az egyben az Ön felfogásában jelenti-e ezeknek azösszegecsökkentését is egy nagyobb költségvetés figyelembevételével? Az én álláspontom az, hogy összegben nem szabad ezeket csökkenteni.

Siegfried Mureşan (PPE), *blue-card answer.* – Mr Szanyi, my position is the following: we have to start these complicated discussions with setting the political priorities. We should not start by speaking about the amount, because if we start by speaking about the amount, every participant in the negotiations will want to pay as little as possible and to receive as much as possible. Then the discussions will be divisive, difficult and inconclusive. Firstly, we should find a political common denominator on what we want to achieve with regard to the budget, and only afterwards should we speak about the precise amounts in absolute terms or in relative terms.

Jens Geier (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Kommissar Oettinger, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen vor einer sehr wichtigen Entscheidung für die Zukunft der Europäischen Union. Denn – wie wir in Deutschland sagen: Ein Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik. Und jetzt geht es darum: Welche Politik soll diese Europäische Union in den Jahren 2021 bis 2027 denn verfolgen und wie wollen wir sie am Ende finanzieren? Hier warten wir auch auf Rückmeldungen der Mitgliedstaaten, damit sie uns endlich mal sagen, welche Union sie eigentlich wollen, und uns dann hoffentlich auch mit den notwendigen Mitteln dafür ausstatten.

Es ist gut, wenn wir hier in diesem Haus Regulierungen schaffen, um die politischen Ziele der EU umzusetzen. Aber diese Ziele müssen sich dann letztendlich auch in den Ausgaben der EU widerspiegeln. Das ist nicht weniger wichtig. Durch den Austritt des Vereinigten Königreichs sinken die Einnahmen, und einige Mitgliedstaaten und – wie wir auch gehört haben – einige Mitglieder dieses Hauses sind der Ansicht, dass dann folglich auch die Ausgaben sinken müssten. Angesichts der geschiedenen Aufgaben, die uns nicht zuletzt von den Mitgliedstaaten zugewiesen werden, stellt sich die Frage: mehr leisten mit weniger Geld? Das lässt sich allenfalls in LalaLand realisieren oder vielleicht auch in Interviews in skandinavischen, niederländischen oder österreichischen Zeitungen – und da mir eine blaue Karte gezeigt wird, in britischen sicherlich auch –, aber nicht in der europäischen Realität. Es sei denn, Herr Oettinger, Sie hätten den berühmten Goldesel aus dem Märchen der Gebrüder Grimm im Keller, der vorne Stroh frisst und auf der anderen Seite Gold ausscheidet. Da das aber wahrscheinlich nicht der Fall ist, ist die Frage: Wie finanzieren wir das denn alles in der Zukunft?

Frontex – diese Agentur soll zu einer echten Grenzschutzagentur umgebaut werden, der Europäische Fonds für Verteidigungsforschung wird gefordert, wir brauchen die europäische Arbeitsagentur, um endlich sauber die Einhaltung der Entsenderichtlinie überwachen zu können. Wir wollen Mobilität für Jugendliche erhöhen, wir wollen mehr für die Bekämpfung von Fluchtursachen unternehmen, und in der Forschungspolitik kann die EU nur jedes siebte erfolversprechende Forschungsprojekt wirklich finanzieren. Es fehlt vorne und hinten an Geld. Ich könnte diese Aufzählung fortsetzen.

Wenn das alles gewollt ist, wo wollen wir denn das Geld dafür hernehmen? Wenn wir also ein leistungsfähiges Europa haben wollen, dann geht das nur mit mehr Mitteln, entweder aus den nationalen Haushalten oder – was ich befürworten würde – mit neuen Eigenmitteln der Europäischen Union. Lassen Sie uns mit diesem Werk anfangen!

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – Thank you for accepting the blue card. You mentioned the reduction in revenues following Brexit. Would it not be sensible for you to be looking at actual reductions in the scope of the ambition of this Union, to suit the new financial reality that will come from the – far less – revenue you will get following Brexit, rather than seeking to continue to be all things to all men, even when you know that the money is going to run out?

Jens Geier (S&D), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Etheridge, Sie haben offensichtlich nur auf ein *catchword* gewartet und mir dann nicht weiter zugehört, denn genau diesen Punkt habe ich dann weiterentwickelt. Es liegt doch an den Mitgliedstaaten, welche EU wir hier haben. Ich kann mir unheimlich viel vorstellen. Ich kann mir vorstellen – damit bin ich in meiner Fraktion wahrscheinlich in der Minderheit –, dass wir die Landwirtschaftspolitik renationalisieren und dann nur noch Konkurrenzschutzregeln haben, damit wir uns nicht zu Tode koordinieren. Das kann ich mir alles vorstellen. Ich kann mir auch die Verzehnfachung von Erasmus vorstellen, damit mehr Jugendliche Auslandsaufenthalte haben. Das kann man alles machen. Nur müssen die Mitgliedstaaten entscheiden, welche EU sie denn eigentlich haben wollen. Mein Punkt ist: Mehr leisten wollen, weniger Geld dafür zahlen und genauso viel kassieren, wie man vorher gekriegt hat – das geht nun wirklich nicht.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, keskusteltaessa EU:n rahoituskehityksestä olisi otettava huomioon Britannian EU-eron vaikutukset unionin tuloihin ja samassa suhteessa kiristettävä voittoa. Jotta tulojen laskusta selvittää heikentämättä tavoitteiden saavuttamista merkittävästi monivuotisessa rahoituskehityksessä, olisi keskityttävä selvää eurooppalaista lisäarvoa sisältäviin aloihin ja hankkeisiin, toisin sanoen sellaisiin, joissa Euroopan tasolla toimiminen voi oleellisesti parantaa tuloksia verrattuna kansallisen tason toimiin. Tällaisia ovat esimerkiksi ilmansaasteita kuten pienhiukkasia vähentävät toimet, tiedettä edistävä perustutkimus tai terveyden- ja vanhustenhuollon ongelmia vähentävä robotisaation edistäminen.

Maahanmuuton saaminen hallintaan on lisäksi parasta turvallisuuspolitiikkaa jäsenmaissa, samoin parasta sosiaali- ja sivistyspolitiikkaa.

Rahoituksen suuntaamisen tulisi perustua rahoituksesta riippumattomiin vaikutusarviointeihin. Etukäteisarvioinneissa tulisi selkeästi listata, mille oletuksille arvioinnit pohjautuvat ja vaikutusarviointien tulisi olla läpinäkyviä ja kriittikille avoimia.

Искра Михайлова (ALDE). – Г-жо Председател, уважаеми г-н Комисар, уважаеми колеги, преди всичко искам да поздравя авторите на докладите за това, че те успяха да подготвят Европейския парламент с позиция и то навременна позиция, за да можем да влезем в преговори и със Съвета, и да подкрепим Европейската комисия в очакваното предложение за многогодишната финансова рамка.

Изключително важно е, че в тези доклади се обръща внимание на необходимостта от достигане на елемента „добавена стойност“ от инвестициите на европейския бюджет на европейската финансова рамка. Допълняемостта и комбинирането на финансовите линии могат да доведат до по-висока ефективност и биха дали възможност за гъвкавост в бъдещото прилагане на финансовата рамка.

Искам да подчертая, че тази гъвкавост може да бъде постигната и с привличането на допълнителни частни ресурси и комбинацията между публични и частни ресурси в бъдеще. Ясната връзка между европейския семестър и финансовата рамка на Европейския съюз биха дали баланса, необходим в бъдещото изпълнение.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Madam President, I really fear the outcome that you can already see being sketched. Coming from the Netherlands, I have a prime minister who is saying ‘oh yes, I want to make the budget future-oriented, but mainly there needs to be less money’. What I feel here is that people are saying ‘yes, we want to make the budget future-oriented but maintain the policies on the two big spending blocks, on agriculture and cohesion.’ I can tell you what will come out of those negotiations: it will be less money but maintaining the same old policies that we have right now. Then all the people that are critical of the EU will have a free-for-all day to criticise that outcome.

Therefore, I also plead to this House to focus on what it wants on the contents. Focus on modernisation, on really making the EU budget future-oriented, on really making agriculture green and on making it deliver sustainable food. Look at the infrastructure to really connect us Europeans, really go for innovation, really fight youth unemployment. Then we can talk about future-oriented policies: otherwise, it will be less of the same.

Martina Michels (GUE/NGL). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine Frage, wie man eine Brexit-Haushaltslücke ausgleichen kann, aber im Kern geht es doch um die Frage: Wie soll die Zukunft der Europäischen Union aussehen? Wird es ein solidarisches Europa, bei dem die Angleichung der Lebensverhältnisse oberste Priorität hat? Übersetzen wir das in die Debatte um den finanziellen Rahmen, muss vor allem das vorhandene konkrete solidarische Instrument, die Kohäsionspolitik, gestärkt werden. Von der Kommission erwarte ich dazu endlich klare und eindeutige Aussagen anstatt immer neuer Kürzungsszenarien. Wir fordern: keine Kürzung bei den Strukturfonds, keine Verwendung von Fördermitteln zu Sanktionszwecken und schon gar nicht zu Rüstungszwecken. Keine Region darf aus der Förderpolitik ganz herausfallen.

Eine Verantwortung liegt aber auch bei den nationalen Regierungen, denn ihre Sparideologie hat alle Krisen immer nur verschärft. In Brüssel lautstark von der EU Lösungen einzufordern und zu Hause in den Mitgliedsstaaten Wege zu blockieren, sei es die Transaktionssteuer oder andere Einnahmenveränderungen, verhindert auf Dauer die Investition in ein gerechteres, sozialeres, nachhaltiges und friedliches Europa des Zusammenlebens.

Jörg Meuthen (EFDD). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, verehrte Kollegen! Ich kann kaum glauben, dass wir uneinig sind, wie der nächste Haushalt der EU auszusehen hat. Nach dem Brexit kann es doch keine zwei Meinungen mehr geben. Der EU-Haushalt muss nicht größer werden, wie hier diskutiert wird, sondern er muss natürlich kleiner werden. Die EU verliert ihren drittgrößten Nettozahler. Großbritannien hat in den letzten fünf Jahren fast 40 Milliarden Euro netto beigesteuert, das sind acht Milliarden pro Jahr netto. Statt den Haushalt zu kürzen, fordern Sie nun auch noch EU-Steuern auf Plastik und Diesel und dazu höhere Steuern von den Mitgliedsstaaten. Das macht mich wirklich sprachlos. Wollen Sie das wirklich Ihren Wählern erzählen? Falls nicht: Ich übernehme das gerne.

Wir haben eine klare und sinnvolle Alternative, nämlich das EU-Budget radikal zusammenzustreichen. Keine EU-Armee, eine radikale Rückführung der Kohäsionsfonds, eine deutliche Rückführung der Agrarsubventionen, diese Abteilungen der Kommission entsprechend schließen. Dann werden wir – guter Herr Geier, da Sie sagen, für was Sie alles mehr Geld haben müssen – genug Geld haben, um zum Beispiel sinnvolle Projekte wie Erasmus weiter zu speisen. Das Geld kann man locker x-fach einsparen, wenn man die unsinnigen Subventionen kürzt. Die Bürger haben einfach genug von dieser bürgerfernen EU. Hören Sie den Bürgern zu, sonst werden Sie erleben, dass man bald auch anderswo Servus zur EU sagt.

André Elissen (ENF). – Voorzitter, de grote lijn van de voorstellen is dat de meerjarenbegroting flink omhoog moet gaan, vanwege de brexit, torenhoge ambities en schimmige deals met Turkije, Libië en personeel. Dat betekent dat de lidstaten meer zullen moeten gaan betalen.

Om te voorkomen dat Nederland hiervan de dupe wordt, heb ik de volgende amendementen ingediend. De nettobetalende landen worden opgeroepen om geen euro meer te gaan betalen dan ze nu doen. En de huidige jaarlijkse afdrachtkorting voor Nederland dient behouden te blijven. Het standpunt van mijn partij is helder: Nederland moet niet méér, maar veel minder betalen aan het mislukte EU-project. Als premier Rutte ballen heeft, maakt hij eindelijk eens gebruik van zijn vetorecht om deze meerjarenbegroting te torpederen.

Ten slotte, Voorzitter, – dat moet me van het hart – het is schandalig hoe Juncker zijn ambtenaar Selmayr omhoog heeft gerommeld. Wat ons betreft kan deze Commissie maar beter zo snel mogelijk naar huis worden gestuurd. Dan kan de meerjarenbegroting ook direct naar de prullenbak.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, já nevím, jestli jenom já mám takový pocit *déjà vu*, když poslouchám tuto debatu, nebo jestli jej mají i ostatní kolegové. Kolega Geier přece nemluvil, kolego z Nizozemska, o tom, že chce navyšovat rozpočet. On neříkal, že chce po Nizozemsku víc peněz. On mluvil o tom, že musíme hledat vlastní zdroje pro financování Evropské unie.

Když hledáme vlastní zdroje, to znamená, že přece budeme chtít méně peněz po členských státech. Jestliže se tady nebudeme poslouchat a budeme tady pronášet politické proklamace, tak tato debata je naprosto zbytečná. Kdo jste zažil tuto debatu o vlastních zdrojích tady, tak víte, že je zde vedena čtyři roky ve velmi otevřeném duchu. Vždycky ta debata sklouzne k tomu, že se sekneme u nějakého bodu, ať už u bodu, jestli to má být ekologická daň nebo to má být daň z nějakých služeb, transakcí a tak dále, ale všichni se nakonec shodneme, že by Evropská unie měla být méně závislá na příjmech jednotlivých členských států.

Já nejsem pro to, jak jste říkal, kolego, navyšovat bezhlavě rozpočet. Siegfried Mureșan tady řekl, že peníze tady musí být efektivně využity a o tom je tato debata. My tady nemluvíme o tom, že po vystoupení Velké Británie nahradíme příjmy Velké Británie nějakými příjmy ostatních členských států. My zde dnes diskutujeme o tom, jaký způsob najdeme a ten způsob by měl být dlouhodobý. My neřešíme perspektivu pěti let, ale perspektivu daleko delší. Omlouvám se, že můj projev byl delší.

Silvia Costa (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio i quattro relatori e dico che di fronte alle aspettative dei cittadini, di fronte ai rischi che sono apparsi dalla Brexit, dobbiamo capire che il nuovo MFF ha un grande valore politico.

Penso che sia importante, invece, attivare finalmente le risorse proprie, ma aggiuntive, non solo sostitutive, dei fondi nazionali, anche se i fondi nazionali, come alcuni governi hanno anticipato, possono cofinanziare di più la coesione, purché si tolgano gli investimenti dal patto di stabilità. Ma possiamo finalmente adottare tasse sulle transazioni finanziarie, la *web tax*, e quindi non tassando necessariamente i cittadini, ma le grandi aggregazioni che spesso eludono non solo le tasse, ma eludono anche il riconoscimento del lavoro intellettuale, come nel campo del digitale.

Dobbiamo però individuare – ha ragione chi l'ha detto, il relatore in particolare – le priorità strategiche. I due versanti secondo me sono i giovani e la cultura. Noi dimostriamo ogni giorno quanto l'investimento sui giovani riporti una grande speranza nell'Europa, ma anche nel futuro e nello sviluppo sostenibile. È vero, abbiamo chiesto una triplicazione dei fondi Erasmus. Noi vorremmo arrivare a dieci volte tanto, perché oggi solo il 5 % dei giovani può utilizzare questo strumento importante, anche per il loro futuro e il loro lavoro.

E chiediamo anche di essere più coraggiosi nelle politiche culturali, di investimento nella risorsa europea che è il patrimonio culturale e le imprese culturali e creative. Ci sembra che siano ancora troppo marginali nel dibattito pubblico.

Charles Goerens (ALDE). – Madame la Présidente, 1 %, 1,05 %, 1,1 %, 1,2 %, l'énumération de ces quelques ratios ne vise pas à nous introduire dans l'homéopathie, ni dans la nanoscience mais ce sont bien les options chiffrées qui reflètent le maximum que certains États membres daignent accorder au budget de l'Union européenne.

Le cadre financier pluriannuel est censé préparer l'avenir de notre continent, on veut plus de sécurité aux frontières, plus de sécurité intérieure, consolider la cohésion de l'Union économique et monétaire, plus de résilience aux crises, plus de lutte contre les inégalités, davantage d'investissements pour tirer la croissance, rendre Erasmus accessible à un plus grand nombre de jeunes, c'est très bien de vouloir mais il faut aussi pouvoir.

On sait que le commissaire Oettinger a beaucoup de qualités mais il n'est pas le Père Noël. À qui profite le refus de doter l'Union européenne des moyens dont elle a besoin pour relever les défis auxquels je viens de faire référence? Aux populistes, bien évidemment. Ils veulent le retour à l'Europe du XIX^e siècle. Je ne voudrais pas qu'on dise dans 30 ans que le déclassement des États européens a commencé autour des années 2015-2025 parce que la classe politique à l'époque n'aurait pas été à même d'aller au-delà du moins-disant budgétaire et autres comptes d'apothicaire.

Le commissaire Oettinger, nos rapporteurs ainsi que le vaillant président de la commission budgétaire, Jean Arthuis, très conscients des enjeux actuels, mériteraient d'être soutenus avec un peu plus de conviction et de ferveur dans la cause qu'ils plaident avec beaucoup de talent.

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Wir begrüßen die Beibehaltung der Gelder für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, sofern es dabei gelingt, den zentralen Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen. Wir werden die Klimaziele von Paris nicht erfüllen können, wenn wir die europäische Landwirtschaft nicht ökologisieren. Wir werden die Arbeitsplätze im ländlichen Raum nicht erhalten können, wenn wir alle Gelder für ländliche Entwicklung und Landwirtschaft kürzen. Wir werden die europäische Biodiversität nicht retten können, wenn wir die europäische Landwirtschaft nicht ökologisieren. Deshalb rufe ich Sie dazu auf, die Landwirtschaftsbudgets nur unter der Voraussetzung einer ordentlichen Ökologisierung der Landwirtschaft beizubehalten.

Ein Wort noch zu den zusätzlichen Einnahmen: So etwas wie eine Kerosinbesteuerung ist längst an der Zeit. Ich sehe nicht ein, warum ein Zugticket hier nach Straßburg oder nach Brüssel deutlich mehr kostet als ein Flugticket. So eine Steuer kann nur transnational eingehoben werden. Dasselbe gilt für eine Finanztransaktionssteuer. Oder wollen wir auf die nächste Finanzkrise warten, wo wir es doch eigentlich schon besser wissen müssten?

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhora Presidente, o Quadro Financeiro Plurianual representa a prova dos nove relativamente às reais intenções políticas da União Europeia.

Portugal tem divergido da média da União Europeia. Os salários em Portugal, nos últimos quinze anos, desceram mais de 2 %, enquanto os salários na Alemanha aumentaram quase 3 %, e isto resulta do atual quadro financeiro, onde as verbas da coesão já sofreram um corte substancial quando comparado com o quadro anterior.

Portanto, o que nós queremos é um quadro financeiro plurianual reforçado, com mais meios orientados para a coesão, e não um orçamento virado para a segurança e a defesa. Ou seja, a nossa escolha hoje passa por saber se queremos efetivamente uma Europa mais solidária, uma Europa de paz, uma Europa de coesão, ou se queremos uma Europa fortaleza, uma Europa militarizada e cada vez mais belicista.

Bill Etheridge (EFDD). – Madam President, cut your coat to suit your cloth; spend to suit your income. The anti-logic of this place rejects sound and sane economics. Instead, you look to ever more desperate ways to squeeze the taxpayer until the pips squeak. Interference in Member State tax systems, introduction of new EU-wide taxes, abolition of national vetoes. In short, spend, spend, spend and spend again.

Soon, reality will hit. The truth is that sooner or later you will run out of other people's money. The time will come when the grand ideas of this project will be unaffordable, and this will reach even this place. Some reality is starting to come through now, but when the real truth of financial sanity really hits you, that will be the end of this place and this project.

Barbara Kappel (ENF). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar Oettinger! Der Austritt Großbritanniens aus der EU reißt mit 14 Milliarden Euro ein großes Loch, das nicht leicht zu stopfen sein wird. Immerhin reden wir über 10 % der Eigenmittel bei einem Finanzrahmen von rund 1000 Milliarden Euro. Dazu kommen neue politische Schwerpunktsetzungen im Bereich der Sicherheitspolitik, der Terrorismusbekämpfung oder der Migration, die teuer im Budget aufschlagen. Der MFR 2027 stellt also sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite eine große Herausforderung dar. Im letzten Finanzrahmen flossen rund 72 % des Budgets in die gemeinsame Agrarpolitik und in die Strukturfonds. Hier wird es möglicherweise zu Kürzungen kommen, und es regt sich bereits erster Widerstand.

Daneben gibt es zwei Programme, die sinnvollerweise nicht gekürzt werden sollen, und das sind Horizont 2020 und Erasmus +. Programmlinien wie COSME oder die Connecting Europe Facility sind ebenfalls wichtige Treiber für Wachstum und Beschäftigung. Widerstand gibt es natürlich auf der Einnahmenseite von den Nettozahlern. Hier hat das Parlament einen Anteil von 1,3 % vorgesehen. Eine Gruppe von fünf europäischen Nettozahlern, darunter auch Österreich, hat sich bereits gegen eine Erhöhung der Nettobeiträge und gegen eine lineare Fortschreibung des Budgets ausgesprochen. Sie stehen also vor einer schwierigen Aufgabe, denn ohne massive Einsparungen und eine Reform der Eigenmittel wird es nicht möglich sein, eine nachhaltige Finanzierung des EU-Haushalts sicherzustellen und gleichzeitig all jene Projekte und Programmlinien auf den Weg zu bringen, die politisch erwünscht sind und die tatsächlich einen europäischen Mehrwert bringen.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Bezpieczeństwo naszych obywateli należy do unijnych priorytetów. Pamiętajmy, że do jego podstawowej formy należy bezpieczeństwo żywnościowe, które zostało osiągnięte dzięki wspólnej polityce rolnej. WPR jest to jedna z pierwszych polityk w pełni finansowana ze środków unijnych. Określenie poziomu finansowania WPR wymaga dokonania analizy stanu sytuacji w rolnictwie. W większości krajów członkowskich brakuje młodych rolników. Następuje starzenie się rolników. Gdzie są przyczyny? Otóż dochody rolników średnio wynoszą tylko 50% dochodów innych grup zawodowych, z czego połowę stanowią środki unijne. Jeśli nie zapewnimy odpowiednich środków dla rolnictwa, to będzie nasilał się upadek, bankructwo gospodarstw rolnych. Zaniknie model europejskiego rolnictwa, rolnictwa przyjaznego dla środowiska, które spełnia wysokie normy i standardy. Rolnictwo wpisuje się także w realizację szeregu nowych wyzwań – odnawialne źródła energii to poprawa bezpieczeństwa energetycznego, klimatu – oraz daje nowe miejsca pracy. Rolnictwo to produkcja szeregu surowców dla przemysłu, a także produkcja różnych dóbr publicznych związanych ze środowiskiem i klimatem.

Eric Andrieu (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, les choix budgétaires ne doivent pas se faire, ne peuvent pas se faire – et nous le savons tous – au détriment des enjeux de sécurité alimentaire et de son corollaire, la souveraineté alimentaire.

Oui, les Européens évoluent dans leurs modes de consommation, et oui, les modes de production doivent évoluer encore plus pour garantir aux 500 millions d'Européens une alimentation saine, synonyme de bonne santé pour aujourd'hui et pour demain. Oui, l'agriculture doit évoluer pour être actrice de l'enjeu climatique, mais aussi celui des migrations. Oui, l'agriculture doit préserver notre sol, notre air, notre eau.

Mais pour faire évoluer les pratiques agricoles, il faut avant tout sécuriser le revenu des agriculteurs et pour ce faire, il faut que le budget de la PAC soit maintenu, comme celui de la cohésion. Nous ne pouvons pas demander au monde agricole de changer en supprimant les moyens dédiés au moment où, dans les autres États-continentaux, les moyens donnés à l'agriculture et à l'alimentation progressent.

Merci, Monsieur le Commissaire, de nous aider à convaincre le Conseil de la nécessité d'un budget ambitieux.

Terry Reintke (Verts/ALE). – Madam President, the name of the EU budget, the Multiannual Financial Framework, makes it seem that we are talking about something really technical, but in fact this Multiannual Financial Framework is deeply political and it will give us the possibility either to build a European Union for the future, based on values and principles, or to go back to the past. That is why the MFF should address the shrinking space for civil society that we are observing all over the European Union. Because human rights defenders have to be able to count on us. Faced with Donald Trump and with Vladimir Putin, the European Union is the stronghold of fundamental rights and values, and that is why, dear Commissioner, as well as keeping up the good work of, for example, the EU's human rights instruments, we should also, within the European Union, create a fund to defend the rule of law and fundamental rights in the EU itself. The MFF is direly needed. We need it to build a Europe for the future.

Angelo Ciocca (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, come deputato italiano dico no alla possibilità di aggiungere altre tasse ai cittadini italiani. Cioè, no ad altre tasse europee, no alla follia, appunto, di continuare ad alimentare con tasse il carrozzone europeo.

Oggi se serve recuperare risorse, le risorse vanno recuperate laddove l'Europa butta risorse. Questa sede, la doppia sede ne è un esempio, gli sprechi che abbiamo visto per finanziare la Turchia, gli sprechi che abbiamo visto per finanziare la cultura culinaria degli insetti! Ecco, è impensabile continuare con questa direzione criminale.

Guardate, in questo recipiente è raffigurata una famiglia: una mamma, un papà e un bambino. Come vedete, il livello della pressione fiscale in Italia annega le famiglie italiane. Il bambino è annegato, la possibilità di far figli è annegata nel nostro paese. Allora non possiamo pensare che in una situazione così drastica, così drammatica, così terribile, si aggiungano altre tasse che sono quelle che voi vedete come quelle europee, cioè altre tasse europee danneggerebbero ovviamente le famiglie italiane.

Le famiglie italiane nelle elezioni di domenica hanno chiesto una cosa semplice: portare la tassazione al 15 %, ridurre il livello della tassazione al 15 % per dare respiro ai figli e alle famiglie.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodo predsjednice, pozdravljam povjerenika Oettingera i zahvaljujem i čestitam svim izvijestiteljima i kolegama koji su radili na mišljenjima na ova dva izvješća.

Četiri su glavne poruke. Prvo da je EU proračun zaista premal i ne možemo s njime riješiti sve izazove pred kojima se nalazimo.

Druga poruka je da upravo zbog toga trebamo puno više koordinacije i sinergije s proračunima država članica.

Treća poruka je da su kohezijska i poljoprivredna politika ključne jer jačaju jedinstveno tržište, a od toga koristi imaju svi, a najviše najrazvijenije države članice koje su ujedno neto uplatiteljice u EU proračun.

I četvrta: ovom porukom se pridružujem kolegi Murešanu, koji je istaknuo da naš cilj mora biti što brži dogovor i što brže usvajanje proračuna ako želimo provedbu proračuna imati na vrijeme.

Tiemo Wölken (S&D). – Frau Präsidentin! Jahr für Jahr das gleiche unwürdige Schauspiel: Die Mitgliedstaaten würden am liebsten ihre Beiträge zum MFR kürzen, und gleichzeitig verlangen sie, dass die Europäische Union mehr Aufgaben übernimmt, wie zum Beispiel die Verteidigungsunion. Es ist an der Zeit zu sagen: Wenn wir unsere Verteidigung europäisch organisieren können, dann können wir auch einen echten eigenen europäischen Haushalt organisieren, und zu diesem Haushalt gehören mehr Eigenmittel.

Sprechen wir das böse Wort aus: Eigenmittel. Neue Eigenmittel für die Europäische Union – es tut gar nicht so weh, das Wort zu sagen. Aber Eigenmittel sind kein Selbstzweck, sie sind keine Allmachtsfantasie der Proeuropäer. Sie würden den lähmenden MFR-Prozess aufbrechen, sie wären effizienter, sie wären effektiver, sie würden nationale Haushalte entlasten und sie würden den EU-Haushalt zu einem echten, zu einem europäischen Haushalt machen. Sie würden dafür sorgen, dass wir mehr Geld für die Angleichung der Lebensverhältnisse haben, dass wir Erasmus haben, dass wir die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen können, dass wir die digitale Transformation zu Ende bringen können, die mehr ist als Flugtaxi und Breitbandausbau. Von hier und heute muss an die Staats- und Regierungschefs das Signal ausgehen: Europa muss uns mehr wert sein. Ich würde mir immens wünschen, dass diese Message ankommt.

Андрей Новаков (PPE)). – Г-жо Председател, да искаме все повече от Европейския съюз, да искаме още граждани да вярват в него, а в същото време да говорим за намаляване на бюджетите, е сякаш да пробием резервоара на една кола и в същото време да очакваме, че тя ще се движи вечно. Да бъдем честни един с друг и с хората, които ни гледат.

Да имаш хубав път, ремонтирано училище и повече работни места не е ценност само на новите държави членки. Това е нещо, което искат всички хора, всички граждани от всяка държава на Европейския съюз. И ако това е обща цел и общо благо, ни трябва общи дейности. За тях ни трябва добро финансиране.

Основното послание днес от тази зала трябва да бъде, че вече няма източна или западна Европа, няма северна или южна Европа. Има само една Европа и това е обединена Европа. За нея ни трябва силна кохезия. Краткосрочното решение: нека да намалим средствата там заради Брексит, където хората най-малко ще го усетят. А дългосрочното решение: истински собствени приходи, които не зависят от вноските на държавите членки.

Georgi Pirinski (S&D). – Madam President, the exemplary report before us makes the stark conclusion that the current Multiannual Financial Framework (MFF) quickly proved its inadequacy to meet actual needs and political ambitions. It was pushed to its limits after only two years. There must be no repetition of the situation post-2020 or the Union will further slip into terminal existential crisis. Additional priorities, such as defence, should not be financed at the expense of solidarity.

Today, the Commission is presenting its so-called Social Fairness Package. This and the social pillar cannot remain toothless statements. There must be all the necessary resources for, among other things, a real child guarantee – overturning the paradox of a Union of riches with children in poverty – and, not least, resources for an upgraded European Social Fund able to foster social investment by also blending with financial instruments where appropriate and feasible.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, έχω την ισχυρή πεποίθηση ότι, για να μπορέσουμε να επιτύχουμε με το νέο πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο, οφείλουμε να στοχεύσουμε σε μια πιο κοινωνική, πιο αποτελεσματική, πιο ασφαλή, πιο ισχυρή Ευρώπη. Για να το πετύχουμε αυτό, οφείλω να πω ότι πρέπει να καταθέσουμε συγκεκριμένες πολιτικές που να ανταποκρίνονται στο σήμερα και στο μέλλον της Ευρώπης, και αυτές οι πολιτικές πρέπει να είναι: πρώτον, η ενίσχυση όλων των προγραμμάτων και των πολιτικών για τους νέους μας, γιατί μόνον έτσι μπορεί να έχει η Ευρώπη μέλλον και προοπτική· δεύτερον, να κάνουμε πράξη αυτό που διαρκώς απαιτούμε και ζητούμε όλοι μας, την πραγματική ισότητα μεταξύ ανδρών και γυναικών· τρίτον, να στηρίζουμε την κοινωνική συνοχή· τέταρτον, να εφαρμόσουμε πολιτικές που να ενισχύουν μικρές και απομονωμένες χώρες, όπως είναι η Μάλτα και η Κύπρος, οι οποίες μειονεκτούν σε συγκεκριμένα ζητήματα· πέμπτον, να εφαρμόσουμε μια ολοκληρωμένη πολιτική άμυνας και ασφάλειας, που πραγματικά θα διασφαλίζει την αξιοπρέπεια της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης διαφυλάσσοντας τα σύνορά της και διασφαλίζοντας τις χώρες μέλη· έκτον, οφείλουμε να ενισχύσουμε την ενεργειακή πολιτική στηρίζοντας τα ενεργειακά αποθέματα και τον φυσικό πλούτο όλων των χωρών· έβδομον, να ενισχύσουμε περαιτέρω την ύπαιθρό μας, που αποτελεί ουσιαστικά αυτό που ενισχύει την παραγωγή της χώρας· όγδοον, οφείλουμε –και τελειώνω– να ενισχύσουμε τις μικρομεσαίες μας επιχειρήσεις και να μπούμε δυναμικά στη νέα ψηφιακή εποχή. Μόνο έτσι θα έχουμε πραγματικά μια Ευρώπη του μέλλοντος, που θα ανταποκρίνεται στις απαιτήσεις των λαών αλλά και των πολιτών.

Jonás Fernández (S&D). – Señora presidenta, querido comisario, tenemos hoy un debate muy importante que va a marcar el futuro de la Unión Europea, porque necesitamos ampliar y mejorar los recursos propios de la Unión Europea. Y, dentro de ese paquete de los recursos propios, en estos informes se apunta la necesidad de que los beneficios del Banco Central Europeo contribuyan al presupuesto de la zona del euro, que contribuyan a construir, además, ese pilar fiscal en el conjunto de la zona del euro. Es un instrumento útil. Es un instrumento que podría aportar en torno a 1 000 millones de euros anuales. Un instrumento que además no tiene una naturaleza tributaria, no estaríamos pidiendo a los ciudadanos europeos una mayor carga fiscal. No hay impuestos detrás de este canal de recursos propios. Y, además, no se necesitaría una reforma agravada de los Tratados, como ha dicho la propia Cámara, la propia asesoría jurídica de esta Cámara.

Necesitamos poner en valor la pertenencia al euro. Necesitamos dignificar el euro. El Parlamento y la Comisión están unidos en este camino y el Consejo debe escuchar.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, las próximas perspectivas financieras son muy importantes para muchas regiones y ciudadanos. La financiación europea ha desempeñado un papel crucial en la política agrícola común y también para reforzar la cohesión económica, social y territorial. Tiene que seguir siendo crucial. No podemos defraudar a nuestros ciudadanos y dar argumentos a los antieuropeos y a los populistas. Por todo ello, todos los Estados miembros deben hacer un esfuerzo en este futuro marco financiero, para que nuestros agricultores, ganaderos y pescadores sigan atendidos por la financiación europea y también para que avancen las políticas de cohesión.

Voy a citar algunos desafíos concretos que requieren financiación europea: desde el declive demográfico y el programa Erasmus+ hasta la seguridad y la defensa; también, la investigación e innovación; igualmente, el fortalecimiento de fronteras y la ayuda a los países vecinos y subsaharianos para conseguir estabilidad y bienestar que eviten la inmigración ilegal.

Los retos, señorías, son muchos. La financiación europea es imprescindible. Para que haya esta financiación el esfuerzo de todos los Estados miembros es indispensable, tanto más ahora que faltará la contribución británica debido al *brexít*.

Elly Schlein (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, all'Unione serve un bilancio pluriennale all'altezza delle sfide globali che dobbiamo affrontare insieme, e per questo servono adeguate risorse proprie. L'UE e i suoi Stati membri continuano a essere il primo donatore mondiale di aiuti allo sviluppo, ed è essenziale che il nuovo bilancio pluriennale sia all'altezza degli impegni presi in questi cinque anni.

Diciamoci la verità: il mondo è già molto cambiato da quando sono stati adottati i nuovi obiettivi di sviluppo sostenibile, l'agenda di Addis Abeba, l'accordo di Parigi, con grandi attori che si sfilano. O l'UE saprà farsi guida ed esempio nell'attuazione di questi obiettivi, o rimarranno sulla carta.

Bene la semplificazione degli strumenti finanziari, ma solo nel pieno rispetto dei principi di coerenza delle politiche, trasparenza, e di efficacia degli aiuti, e mantenendo separati gli strumenti specifici per lo sviluppo e l'aiuto umanitario. Fondi fiduciari sono accettabili solo per obiettivi specifici, a durata limitata, con comprovato valore aggiunto. Il loro uso non deve modificare gli obiettivi originari degli strumenti che, per quanto riguarda la cooperazione, deve essere in primis lo sradicamento della povertà e non certo bloccare i flussi migratori.

Da ultimo, rendiamoci conto: servono investimenti a lungo termine nello sviluppo per vincere le sfide globali, altrimenti non perderanno altri, perderemo tutti.

Inese Vaidere (PPE). – Godātie kolēgi! Oettinger kungs! Šī būs pirmā DFS, kad vispirms runājam par to, ko gribam izdarīt, un tad meklējam līdzekļus, kā to īstenot. Vissvarīgākais cilvēkiem ir drošība, tāpēc ir jārod līdzekļi ārējo robežu aizsardzībai, kontrolei. Tad arī Šengena funkcionēs pilnvērtīgi. Papildu finansējums ir jāatrod jaunatnes programmām, zinātnei, mazajiem un vidējiem uzņēmumiem, t. i., mūsu konkurētspējas stiprināšanai.

Cilvēki vēlas dzīvot labāk visā Eiropas Savienībā, tāpēc kohēzijas politikai jāizlīdzina atšķirīgie dalībvalstu ekonomikas līmeņi. Te būtiska ir infrastruktūra. Nedrīkstam aizmirst Eiropas infrastruktūras savienošanas instrumentu, tai skaitā *Rail Baltica*. Mūsu nākotne ir videi draudzīga un resursus taupoša ekonomika, tāpēc īpaša uzmanība veltāma jaunajām tehnoloģijām un izpētei. Pārāk atšķirīgs ir dalībvalstu finansējums kopējai lauksaimniecības politikai, tāpēc jāturpina darbs pie šo atšķirību izlīdzināšanas, bet, lai aizpildītu iztrūkumu, kas radīsies *Brexít* rezultātā, ir jāpalielina dalībvalstu iemaksas un, ietaupot administrācijas izmaksas, jāakceptē jaunie pašu resursi.

Ivo Belet (PPE). – Voorzitter, mijnheer de commissaris, beste collega's, ik denk dat we mogen zeggen dat de Europeanen terecht van de Europese Unie verwachten dat we werk maken van veiligheid, van sociale bescherming, van defensie en van maatregelen voor het klimaat natuurlijk. De mensen verwachten van de Europese Unie dat we hen en ons allemaal beschermen in al deze opzichten en dat we investeren in Europese projecten met een heel duidelijke Europese meerwaarde. Daarvoor – dat mogen we zeggen – zijn er extra middelen nodig. Die kunnen onder andere komen van de extra inkomsten uit de groeiende inkomsten van het emissiehandelssysteem, zoals wij vanuit de Commissie milieubeheer ook hebben voorgesteld.

Dat wil niet zeggen, beste collega's, dat we niet slim kunnen besparen. Uiteraard kan dat en uiteraard moet dat, maar we moeten de mensen niks wijsmaken. Besparen op bijvoorbeeld de cohesiefondsen betekent in onze regio, in Vlaanderen, 250 miljoen op jaarbasis minder. Ook dat mogen we de mensen zeggen.

We mogen ook zeggen dat we de verkondigers van *fake news* – diegenen die zeggen dat Europa zijn prioriteiten niet op orde heeft en dat we te veel geld uitgeven – dat we die moeten aanklagen en dat de maskers eindelijk kunnen vallen.

Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE). – Senhora Presidente, estamos efetivamente perante um dos debates mais importantes deste mandato, porque estamos precisamente a definir prioridades para o próximo Quadro Financeiro Plurianual.

O Parlamento Europeu elaborou e apresentou as suas prioridades. Fizemos o nosso trabalho e amanhã faremos por aprovar compromissos que vertem essencialmente os anseios dos cidadãos europeus que representamos.

Peço, por isso, à Comissão que acolha, que reconheça e que apresente, já em maio, um orçamento forte e coerente com esta posição, com a posição deste Parlamento.

Aproveitava este momento para fazer dois destaques, duas grandes prioridades, que peço que a Comissão tenha em especial atenção. O próximo quadro financeiro plurianual tem e deve contemplar inequivocamente, no pós-2020, um reforço da política de coesão, sobretudo indo ao encontro daquela que é a nova estratégia para as regiões ultraperiféricas.

Estamos a falar de manutenção de derrogações específicas para um apoio nos transportes, nas pescas, o POSEI Pescas, também na agricultura, no reforço para os jovens e também para as pequenas e médias empresas.

Por último, especificamos uma criação de uma linha específica para o turismo, que é um setor importantíssimo e que nós defendemos e queremos que a Comissão acompanhe.

José Blanco López (S&D). – Señora presidenta, no habrá más Europa con menos recursos. No habrá más cohesión social ni vertebración territorial si recortamos los fondos de cohesión, si recortamos la política agrícola común o los fondos pesqueros, tan importantes para regiones como la mía, Galicia. No se podrán afrontar nuevos desafíos, como el cambio climático, la innovación o la despoblación, con recursos cada vez más menguantes. Y no superaremos la desigualdad, esa brecha que se ha abierto con la crisis y que ha llevado a que muchos lugares de la Unión Europea en lugar de converger hayan divergido, si no somos capaces de aumentar el presupuesto.

Hay fórmulas para aumentar el presupuesto: está el impuesto de transacciones financieras, está la ecotasa, están los beneficios del Banco Central Europeo —como se acaba de poner de manifiesto—. Más recursos para hacer frente a ese gran objetivo que es hacer una mayor construcción europea, una Europa más social, más cohesionada y más vertebrada territorialmente.

Ese es el gran desafío al que tenemos que hacer frente con las nuevas perspectivas financieras.

John Howarth (S&D). – Madam President, there is no greater impediment to the creativity of an economy, no more destructive force to social cohesion in a nation, and no greater threat to the future of Europe than the fear and reality of unemployment. It is with a great deal of pride that I can support the priority my group is giving to combating unemployment, particularly youth unemployment, in the next MFF. We need, Commissioner Oettinger, the programmes that the European Union runs in this area to be effective and to be properly taken up.

The priority is indeed jobs, but the priority is also the transformation of the economy through investment in knowledge, technology, innovation, investment, science and research, because the old economy that we have will not do. It will not deliver the jobs that those young people need. If the future of Europe is the future of freedom, then it is also the future of hope for the next generation.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, kohezijska politika iza 2020. dovedena je u pitanje, barem u ovom obliku u kakvom danas postoji. Slažem se s izjaviteljima da bi ona trebala ostati glavna ulagačka politika Unije jer bez smanjenja razlika u razvijenosti između članica ne možemo imati potpuno funkcionalno jedinstveno tržište.

Dok god postoji očita razlika u razvijenosti, bit će i percepcije da razvijenije države koriste one siromašnije i na njima profitiraju. Takva percepcija nužno dovodi do nezadovoljstva i nepovjerenja, a na tome se ne može graditi stabilna Unija.

Kohezijska politika mora postojati i jačati, ali i ostati fokusirana na ono u čemu je najuspješnija. Zato ne mogu podržati uspostavu Europskog fonda za demokraciju iz kojega bi se ulagalo u civilno društvo, jer postoje puno učinkovitiji načini za ostvarenje kohezijskih ciljeva.

Povezivanje politike azila, migracije i integracije s kohezijskom politikom također nije dobar prijedlog jer širi fokus na pitanja oko kojih nema konsenzusa, što je štetno za samu kohezijsku politiku.

Jan Huitema (ALDE). – Voorzitter, beste commissaris, wat me opvalt vanmiddag is dat we het helemaal niet gehad hebben over hoe we het Europees geld efficiënt kunnen inzetten, welke keuzes we maken en dat we ervoor staan dat we zuinig omgaan met het geld van onze belastingbetaler. Begrijp me niet verkeerd. Ik ben een groot voorstander van een sterke Europese Unie en ik vind dat we moeten investeren, opdat we dat in de toekomst blijven.

Waar ik tegen ben is de automatische reflex van dit Parlement om dan maar te zeggen dat we meer geld nodig hebben, zonder dat we gaan kijken waar kan worden bezuinigd. Voor elk huishouden, elk bedrijf en ook de nationale parlementen is het heel duidelijk dat ze keuzes moeten maken. Als we ergens anders meer geld willen besteden, moet we ergens anders gaan kijken waar we het geld weg kunnen halen. Ik vind het jammer dat wij hier, in dit Parlement, zeggen dat alles bij het oude moet blijven en dat we vers en nieuw geld nodig hebben. En niet een klein beetje, nee, maar liefst 30 %.

Waar is alsjeblieft die discussie over de vraag of we in deze veranderende wereld niet ook ons beleid moeten moderniseren en of we niet kritisch moeten zijn op hoe we het Europees geld uitgeven?

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, no fundo deste debate está a Europa que temos e a que queremos ter. Por isso, importa esclarecer que os países chamados contribuintes líquidos foram os mais beneficiados.

Quem contribui tem que saber que os seus impostos favorecem a concentração da riqueza. Os fundos europeus não lograram o desenvolvimento dos países da sua periferia económica, mas desmantelaram o seu tecido produtivo, em nome da modernização. Isto aconteceu na Galiza, com a agricultura, as pescas ou o setor naval, por exemplo.

Os fundos garantiram a ocupação dos mercados dos países da periferia, ao mesmo tempo que asseguraram que o investimento em infraestruturas responde aos interesses do capital europeu e das suas elites. Agora que têm os objetivos alcançados, dizem já estamos desenvolvidos. Que ironia! Quando a nossa juventude volta a emigrar para poder viver. Claro que agora precisam dos fundos para tentar fazer o mesmo noutros países.

Senhor Comissário, até ao presente não houve solidariedade. Há que mudar as prioridades dos fundos.

Patricija Šulin (PPE). – S sredstvi Evropske unije uresničujemo skupne evropske cilje. Dobro delujoča Evropska unija prinaša korist vsem članicam. To je treba glasno povedati in upoštevati v evropskih proračunskih razpravah.

Tako bomo zagotovili zadostna sredstva za tradicionalne izzive, kot je notranji trg, kmetijska in kohezijska politika, ki sta zelo pomembni tudi za Slovenijo. Med novimi izzivi je ključna varnost in obramba zunanjih meja, kajti brez tega so ogrožene vse naše štiri temeljne svoboščine.

V sedanjem sistemu nacionalnih prispevkov se evropski fokus izgubi v nacionalnih željah. Evropska unija tako ostaja marioneta, namesto da bi bila glavni igralec, ki pri svojih šestdesetih ni več otrok, ki bi ji starši morali odmerjati žepnino.

Izstop Združenega kraljestva je idealna priložnost za uresničitev ciljev iz Rimske pogodbe o financiranju Evropske unije z lastnimi sredstvi. Evropski proračun potrebuje reformo sistema virov lastnih sredstev. Skupina na visoki ravni za lastna sredstva je pripravila poročila, ki jih mora Evropska komisija čim prej preučiti.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE). – Doamnă președintă, ne aflăm în prezent într-un moment în care propaganda externă, alături de curentul populist, atacă în mod constant atât competențele, cât și credibilitatea instituțiilor europene, iar o soluție eficace și eficientă este aceea de a ne apropia de cetățenii europeni.

Atunci când dezbatem cadrul financiar multianual, este esențial să stabilim prioritățile bugetare într-un mod direct proporțional cu așteptările cetățenilor europeni și, dincolo de migrație și terorism, tema economică este o temă prioritară pentru cetățenii noștri. Susțin continuarea și întărirea unor programe esențiale: programul de cercetare, COSME, Erasmus +. Avem nevoie de mai multe resurse suplimentare, pe lângă eventualele resurse proprii noi, de creșterea contribuțiilor statelor membre, dar și de o mai mare flexibilitate.

Vreau, însă, să atrag atenția că trebuie să susținem în continuare fondurile de coeziune, pentru că atât politicile de coeziune, cât și politicile agricole reprezintă un liant fundamental al construcției europene și de ele beneficiază un număr extrem de important de cetățeni europeni.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Günther Oettinger, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete, meine Damen und Herren! Wir haben die beiden letzten Stunden intensiv zugehört und mitgeschrieben und werden alle Ihre Argumente, Wortmeldungen, Erwartungen, aber auch Ihre Kritik auswerten und in das weitere Verfahren zur Erarbeitung eines MFR-Entwurfs bis zum 2. Mai einbeziehen. Ich will namentlich denen meinen Respekt zollen, die wie ich von Beginn bis Ende anwesend waren und geblieben sind: Herrn Arthuis, dem Ausschussvorsitzenden, den Kollegen Thomas, Lewandowski, Deprez und Olbrycht. Denn ich glaube, dass das Gesamtbild aller Wortmeldungen wichtig ist.

Warum sage ich dies? Einen Haushaltsrahmen bekommt man nicht hin, wenn man seine eigene Meinung einbringt, aber nicht sieht, dass Demokratie Mehrheit oder gar Einstimmigkeit benötigt. Ich brauche am Ende in diesem hohen Hause die Mehrheit der Abgeordneten, und ich brauche im Rat die Einstimmigkeit: 27 Finanzminister, 27 Minister im Rat „Allgemeine Angelegenheiten“, in Wahrheit 27 Staats- und Regierungschefs, alle Parlamente auf nationaler Ebene. Deswegen sage ich mir und Ihnen: Freunde, lasst uns engagiert reingehen, aber locker bleiben. Wenn nicht jeder Flexibilität anbieten würde, hätten wir keine Chance auf einen nächsten Haushaltsrahmen für das nächste Jahrzehnt.

Ich möchte vorschlagen, dass wir die Aufgaben durchgehen, die wir im Interesse der europäischen Bürger zu erfüllen haben – seien es Bürger in Rom, in Stuttgart, in Dublin, in Warschau, seien es italienische, polnische, irische, deutsche Bürger oder europäische Bürger – in jedem Fall leben sie alle auf dem europäischen Kontinent. Auch die, die Europa nicht so sehr mögen, leben auf dem europäischen Kontinent. Mein Vorschlag ist: Wir sollten die Aufgaben dort erfüllen lassen, wo man sie am besten, am effizientesten erfüllen kann. Wir brauchen eine klare Kompetenzordnung.

Deswegen bieten wir das Argument des Mehrwerts an. Ich will kein Projekt fördern, kein Programm vorschlagen, keinen Euro investieren, wenn nicht der Mehrwert auf europäischer Ebene von uns dargetan werden kann. Und umgekehrt erwarte ich von Ihnen, dass dann, wenn der Mehrwert dargetan, nachgewiesen werden kann, wir auch das Geld dafür bekommen, weil es im Interesse unserer Bürger und Steuerzahler ausgegeben wird. Wenn man europäisch investiert und einen Mehrwert realisiert, ist dies kostengünstiger, als 27 Mal parallel oder 100 Mal oder 200 Mal in Regionen parallel. Können wir uns darauf einigen? Wir brauchen das Geld, damit wir den Mehrwert realisieren können – nicht weniger und nicht mehr. Das ist die beste Form der Investition im Interesse unserer Steuerzahler.

Ich nenne Beispiele: Wir träumen nicht von einer europäischen Armee. Wir wollen keinen Militarismus. Aber wir wissen, dass ein Amerikaner für jeden Dollar eine weit größere Gegenleistung in Form von Waffen und Sicherheitssystemen bekommt als ein Österreicher, ein Deutscher oder ein Franzose, weil uns die Größenordnungen fehlen, weil die Skaleneffekte nicht erzielt werden. Wäre es nicht sinnvoll, wir würden etwas Geld in den europäischen Haushalt einstellen, Waffengattungen standardisieren, gemeinsam ausschreiben, Skaleneffekte realisieren und damit Geld sparen? Nicht mit mehr, sondern mit weniger mehr an Gegenleistung realisieren. Mein Opa hat in der württembergischen Armee gedient. Ich träume von einer europäischen Sicherheitsstrategie, nicht von einer europäischen Armee, von einer Sicherheitsstrategie. Denn wir müssen in Zeiten von „America First“ die äußere und innere Sicherheit unserer Bürger gemeinsam gewährleisten.

Nun glaube ich zweitens, dass der Mehrwert im Bereich Forschung dargetan werden kann. Sie im Hohen Hause und wir in der Kommission reden immer von 3 % für Forschung – 3 % unseres *GDP*. Wir liegen bei knapp 2 %. Ich bin aus Baden-Württemberg und bin auf ein einziges stolz: 4,9 %. 4,9 % für Forschung in meinem Heimatland. Und ich sage unsere italienischen Freunden – ich liebe Italien – 1 % ist zu wenig. Damit wird man im Wettbewerb auf Dauer nicht mithalten können. 3 % hieße bei einem *GDP* von EU-28 450 Milliarden Euro. Bei knapp 300 Milliarden liegen wir. Auf Horizont entfallen 12 Milliarden. Wäre es nicht sinnvoll, mehr in europäische Forschungsprojekte zu investieren?

Deswegen will ich bei zwei Programmen Kürzungen vermeiden. Ich will die Programme „Horizon Europe“, „Horizon post 2020“ und Erasmus+ im Interesse unserer Kinder aufstocken, damit sie in jungen Jahren die Kultur, die Sprachen, die Vielfalt auf dem europäischen Kontinent lernen und sehen.

Ansonsten ist auch mir klar, dass der Brexit ein *game changer* ist. Ich sage es mal sportlich: Wenn ein reicher Onkel nicht mehr zu Weihnachten kommt, liegen eben nicht mehr so viele Geschenke unter dem Weihnachtsbaum. Aber umgekehrt alles durch Kürzungen zu erbringen, würde Programme wie Agrar und Kohäsion gewaltig beschädigen.

Es wurde mir vorher vorgeworfen, die Kommission wolle die Landwirte bestrafen. Genau dieses wollen wir nicht! Wir wollen den Landwirten helfen, damit auch die nächste Generation im ländlichen Raum saubere und gute Nahrungsmittel für unsere Ernährungssicherheit produziert, auch in Steillagen im Schwarzwald, in den Alpen, und gleichzeitig Auflagen für Klimaschutz, Umwelt, Grundwasser, Boden und Nachhaltigkeit erfüllt. Dafür brauchen wir Geld.

Meine Kürzung wird bei 5 bis 10 % sein – nicht weniger und nicht mehr. Mit 5 bis 10 % Kürzung schließen wir einen Teil der durch den Brexit entstehenden Lücke, aber wir zerstören die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik nicht.

Kohäsion: Wenn man sieht, welcher Nachholbedarf an Infrastruktur, an Standards, an Sanierung von Gebäuden, an Sozialem und Umwelt in einigen Mitgliedstaaten, zum Beispiel in den ländlichen Räumen Rumäniens oder in Bulgarien, besteht, dann finde ich schon, dass die Kohäsionspolitik unverändert wichtig ist. Und wir können am Beispiel Estlands, Lettlands, Litauens und der Slowakei nachweisen: Die Kohäsionspolitik wirkt, die Länder kommen zunehmend in den Durchschnitt des europäischen *GDP per capita*. Und wenn wir Geld in wirtschaftlich schwächere Regionen geben und diese an uns heranführen, halte ich dies für einen Beitrag zu einer sinnvollen Union der Solidarität. Man muss im Grunde genommen sehen, dass alle eine Perspektive haben, und nicht nur einige Regionen allein.

Grenzschutz – eine ganz konkrete Frage. Ich höre immer von nationalen Regierungen: Wir brauchen den Grenzschutz in Österreich, in Deutschland dann nicht mehr, den zwischen Italien und Österreich dann nicht mehr, den von Ungarn dann nicht mehr, wenn der äußere Grenzschutz wirksam ist, wenn man die Außenhülle in Bulgarien, Griechenland, Malta, Zypern, Italien und Spanien wirkungsvoll schützt. Es wäre viel kostengünstiger, wir hätten eine starke europäische Grenzschutzbehörde, die Bulgarien, Griechenland, Italien, Spanien, Malta, Zypern wirkungsvoll unterstützt, und im Inneren hätten wir wieder Freizügigkeit. Ich bin gestern von Kehl nach Straßburg gekommen und stand eine halbe Stunde im Stau. Unmöglich! Ich fordere Freizügigkeit innerhalb Europas für Waren, Güter und Menschen, und Grenzschutz im Äußeren. Aber dann brauchen wir doch auch das Geld, damit man die Mitarbeiter entsprechend bezahlen kann. Deswegen meine Frage, gerade an das Hohen Haus: Wenn ich einen Mehrwert nachweise, unterstützt Ihr mich dann, das Geld europäisch auszugeben und damit effizienter und kostengünstiger als 27 Mal national oder 250 Mal regional?

Aber eines geht nicht. Mir zu sagen: keine Kürzung bei der Kohäsion, wie es neun Landeshauptleute in Österreich tun und mir Unterschriftenmappen vorlegen, keine Kürzung im Agrarbereich, wie es die Ministerin getan hat, mehr Vorbeitrittshilfen für den Westbalkan, mehr für Forschung, und 1,0 als *ceiling*. Also, Adam Riese sollte ein Kollege von uns sein und uns beraten. Die Quadratur des Kreises schaffen weder Sie noch ich.

Und allein, wenn Sie sagen, bei Rubrik V können wir kürzen. Liebe Freunde, lasst uns ernsthaft bleiben! Wir sollten uns bemühen, den Haushaltsrahmen ab 2. Mai als Priorität zu sehen. Wir bieten unsererseits jede Transparenz an. Auch in den nächsten Wochen legen wir vor, was Sie wissen sollten, damit Sie sich vorbereiten können. Denn durch die Wahl haben wir eine zweigeteilte Zeitspanne, bis der Haushaltsrahmen in Kraft tritt. Das Schlechteste wäre, wir hätten keinen Haushaltsrahmen. Denn egal, wo man steht: Landwirte, Forscher, Regionen, Kommunen brauchen Klarheit. Je früher sie Klarheit haben, desto besser können sie planen, desto besser vorbereitet geht jeder Bürger – egal, ob er ein Deutscher ist, ein Pole ist oder sich als Europäer fühlt – in das nächste Jahrzehnt.

Wir werten Ihre Wortmeldungen intensiv aus; besten Dank dafür. Und wir freuen uns auf die Beratungen, die am 2. Mai beginnen.

(Beifall)

Jan Olbrycht, *sprawozdawca*. – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Pan komisarz lubi ostatnio mówić o Komisji jako dostawcy usług. Jeżeli Komisja jest dostawcą usług, to pojawia się pytanie, w jaki sposób będzie je świadczyć? Po pierwsze, musi uzyskać jednogłośnie państw członkowskich, ale również zgodę Parlamentu Europejskiego. A chciałbym tu wyraźnie powiedzieć, że Parlament ma kilka pytań, które pragnie zadać przed 2 maja. Nie poruszyliśmy tej kwestii w czasie debaty, a warto, żeby dzisiaj padło to pytanie. Oczekujemy mianowicie od pana komisarza i Komisji Europejskiej odpowiedzi na pytanie o linię budżetową dla strefy euro. Na czym ma ona polegać, z jakich źródeł będą pochodzić środki i w jaki sposób ma być umieszczona w budżecie? Zatem pierwsze pytanie brzmi: jak ma wyglądać linia budżetowa dla strefy euro?

Drugie pytanie do pana komisarza: co z polityką spójności i Europejskim Funduszem Społecznym? To jest pytanie, które nurtuje dzisiaj Parlament Europejski. Czekamy na odpowiedź 2 maja. Po trzecie, czekamy na odpowiedź dotyczącą jednego funduszu inwestycyjnego. Na czym ma polegać ta koncepcja? Tu też oczekujemy informacji od pana komisarza 2 maja.

Dobrze wiemy, że czeka nas wszystkich bardzo trudne zadanie w postaci uzyskania jednogłośnie. Dlatego chciałbym przekazać panu komisarzowi, że liczymy na wspólne działanie, ale również na odpowiedź na nurtujące nas pytania dotyczące wewnętrznych uzgodnień w Komisji Europejskiej.

Isabelle Thomas, *rapporteure*. – Madame la Présidente, Monsieur Oettinger, je salue sincèrement votre engagement et vous remercie d'indiquer que nos travaux feront leur chemin dans la proposition législative et – avez-vous dit – ceci à 90 %. Pourvu que le diable ne se cache pas dans les 10 % restants. Et par exemple, au hasard, la cohésion, Monsieur le Commissaire, réduire les écarts de richesse par pays, c'est bien, mais réduire les écarts de richesse entre villes et campagnes et aussi dans les quartiers pauvres de nos pays riches, c'est encore mieux. Savez-vous que dans votre pays, 100 % des Länder ont signé une lettre ouverte pour le maintien des montants de la politique de cohésion.

Figurez-vous que 1,3 %, c'est peu, c'est même économe de notre part, et il faut être conscient que si nous devons descendre sous ce seuil, il y aurait des politiques sacrifiées. Je répète ce chiffre: 1,25 % en 1999 avec la moitié moins de missions de la part de l'Union européenne et avec la contribution du Royaume-Uni.

Je ne suis pas surprise de voir les députés anti-européens se dresser contre nos rapports parlementaires mais au moins, chers collègues ne le faites pas sous des prétextes fallacieux, assumez! Aucun des rapports ne propose l'augmentation de la participation des États membres, au contraire! C'est pour cela que nous avons lié le consentement sur le rapport du cadre financier pluriannuel à celui sur les ressources propres. Et, de même, les ressources que nous proposons ne reposent aucunement sur les citoyens.

Ce qui me surprend beaucoup plus, c'est d'entendre mes collègues qui se targuent d'être européens, parfois plus européens que tous, nous expliquer qu'on peut faire plus avec moins. Cela n'est pas exact. Comme l'a dit notre collègue M. Lamassoure, l'heure de vérité approche. En matière budgétaire, il n'y a pas d'échappatoire possible et on verra qui est réellement européen et qui fait semblant.

Si nous parvenons, dans cette assemblée, à rassembler plusieurs centaines de députés autour d'un compromis malgré nos divergences, on peut espérer, Monsieur le Commissaire, que les États membres pourront faire la même chose à 27 seulement.

Gérard Deprez, rapporteur. – Madame la Présidente, je suis très heureux de ce débat et de la tonalité générale des interventions d'une grande majorité de collègues, en ce qui concerne en particulier la nécessité de nouvelles ressources propres. Oui, le budget de l'Union européenne a besoin de nouvelles ressources propres. Oui, nous avons raison de lier l'acceptation du cadre financier pluriannuel à l'incorporation de nouvelles ressources propres.

J'ai noté avec plaisir, Monsieur le Commissaire, que vous vous inscrivez dans cette ligne. Si ma mémoire est fidèle, vous avez laissé entendre que la Commission travaillait déjà sur quatre ou cinq possibilités de nouvelles ressources propres. Continuez dans cette voie, Monsieur le Commissaire, persévérez! Vous êtes dans le bon, et si vous restez dans le bon, vous bénéficierez d'un soutien massif de notre Parlement.

Je veux aussi répondre à quelques interventions de collègues qui ont énergiquement mis en garde, à l'occasion de l'introduction de nouvelles ressources propres, contre une augmentation des taxes payées par les citoyens. Ressources propres, chers collègues, ne veut pas nécessairement dire taxes supplémentaires pour les citoyens. Si, demain, on parvient à un accord sur la taxation des grandes entreprises numériques qui, actuellement, jouent avec nos pieds et ne paient quasiment pas d'impôts, alors qu'elles font des milliards de bénéfices, on ne taxe pas davantage les citoyens. Si, demain, on trouve le moyen adéquat pour prélever quelques centimes d'euros sur les transactions financières spéculatives, on ne taxe pas les citoyens, au contraire. Si, demain, on répartit autrement les bénéfices de la Banque centrale européenne, on ne taxe pas les citoyens. Il faut arrêter avec les fantasmes. Nous avons besoin de nouvelles ressources propres et nous avons besoin de ces nouvelles ressources propres, parce que nous avons plus que jamais besoin d'Europe.

Janusz Lewandowski, rapporteur. – Madam President, I hope for a solid vote tomorrow in this House. Once more, many thanks to everybody who has been involved with this dossier.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan keskiviikkona 14. maaliskuuta 2018.

Kirjalliset lausumat (työjärjestyksen 162 artikla)

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, la Commission proposera début mai un projet de cadre financier pluriannuel 2021-2027 (CFP). Le prochain CFP devra être d'autant plus ambitieux qu'il devra relever le défi d'absorber la perte de la contribution nette du Royaume-Uni, soit 6 à 9 milliards d'euros. Beaucoup d'acteurs appellent à dépecer les «vieilles politiques». Dans ce sens, vous avez déjà annoncé une baisse du budget de la PAC de 7 %. Une telle baisse correspondant à 4 milliards d'euros par an, cela signifie faire peser l'intégralité de la perte de la contribution britannique à la PAC actuelle sur la PAC de demain tout en lui demandant de contribuer aux nouvelles politiques à hauteur de 20 %. Je tiens à vous rappeler, Monsieur le Commissaire, que cette politique est essentiellement une politique de soutien au revenu. Une telle baisse aura un impact direct et quasi-proportionnel sur le revenu des paysans. Combien d'exploitations disparaîtront du fait de l'absence de soutien ? Nous défendons au Parlement européen le maintien du budget de la PAC tout en la réformant: mieux répartir les aides, recentrer la PAC sur une politique économique et intégrer les enjeux environnementaux et climatiques de manière intelligente sont nos objectifs.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – Üdvözljük, hogy az Európai Parlament kimondja: a Közös Agrárpolitika és a Kohéziós Politika esetében meg kell őrizni a jelenlegi pénzügyi kereteket, az új politikai prioritásokra adott uniós szintű válaszokat pedig új forrásokból és nem a már működő programok kárára kell finanszírozni. Sikerült kiharcolni, hogy a Parlament állásfoglalása szerint a Közös Agrárpolitika esetében meg kell őrizni annak külön költségvetési fejezetét, ugyanakkor nem támogatjuk, hogy az EP a Kohéziós Politikát „szolidaritás” címszó alatt összemosná a migrációval és egy költségvetési fejezetbe tenné a migráció kezelésére fordított forrásokkal. Félő, hogy ezzel az Európai Unió felzárkóztatási forrásokat csoportosíthatna át migrációs célokra. Kohéziós források elosztásánál fontos, hogy a Parlament kimondja: a régiók fejlettségének kell maradnia az egyik kritériumnak. Ugyanakkor nem támogatjuk meg nem alapozott, szociális, környezetvédelmi és demográfiai alapon kiválasztott mutatók bevezetését. Az EP által javasolt kiegészítő feltételek veszélye, hogy a hazánknak jutó források csökkenhetnének, a demográfiai feltétel egyik célja, hogy a bevándorlók arányához kösse a források elosztását. A költségvetés bevételi oldala kapcsán támogatjuk, hogy a brexit miatt kieső bevételeket pótolni kell, az uniós költségvetés nem csökkenhet, Magyarország is hajlandó növelni befizetéseit. Fontosnak tartjuk, hogy új uniós bevételi források bevezetése esetén tiszteletben kell tartani a tagállamok pénzügyi szuverenitását, valamint azt, hogy nem nőhetnek a polgárok adóterhei.

Benedek Jávor (Verts/ALE), in writing. – Cohesion policy is an important tool of solidarity within the EU, reducing differences of development among MS. The European flow of sources had a great effect on the economic and social circumstances of most of the new Member States.

There are various discussions on the efficiency and effectiveness of the cohesion policy, which included suggestions to link cohesion policies to conditionalities related to the rule of law, to the participation in certain common European policies or to the EPPO.

However, that cohesion policy is an economic tool rather than a political one and that the potential suspension of payment will punish first and foremost the citizens, thus leading to an unfair situation.

Given that corruption hinders the core of the aims of the policy, an ideal mechanism would include institutional guarantees and conditionalities linked to fighting corruption and ensure the capacity to issue sanctions.

EPPO would be instrumental in this sense, as corruption often lies at the top of the political caste, which generally holds control over law enforcement agencies.

Additionally, a system of ongoing evaluation and analysis of corruption and anti-corruption performance, as well as intervention based on direct management upon necessity, are to be put in place.

Андрей Ковачев (PPE), в писмена форма. – Дългосрочният бюджет е важен елемент от дебата за бъдещето на ЕС, защото не можем да реализираме европейските политическите приоритети, без да разполагаме с достатъчни и предвидими финансови ресурси. Следващата многогодишна финансова рамка трябва ясно да отразява приоритетите ни. Смятам, че трябва да бъде увеличен дялът на общия бюджет на ЕС, отпуснат за мерките на политиката на сближаване след 2020 година, като се отчете големият принос на европейските фондове за подобряването на жизнения стандарт на европейските граждани и за преодоляването на социално-икономическите различия между регионите.

Законодателният процес за приемане на следващата МФР трябва да приключи преди изборите за Европейски парламент, за да осигури достатъчно време за преговорите по секторното законодателство на ЕС и да се избегнат забавяния при изпълнението на новите програми. ЕС трябва да продължи да предоставя финансова помощ на България за извеждане от експлоатация на спрените ядрени мощности, за да се осигури ефективна защита на околната среда и общественото здраве.

Нито една държава членка не може да се пребори с трансграничните здравни предизвикателства сама. Европейският бюджет трябва да подкрепя държавите членки в борбата със здравните неравенства, които подкопават социалното сближаване и пречат на европейската интеграция, както и да обезпечи ефективна европейска външна политика и политика на сигурност.

Момчил Неков (S&D), в писмена форма. – Първата важна задача при реформирането на МФР е да се подсигурим, че Брексит няма да има отрицателни последици върху финансирането на програми, които са доказали своята европейска добавена стойност. Такава програма е Еразъм+, която въпреки своя безспорен успех представлява едва 1,36% от общия бюджет на ЕС за периода 2014-2020 г. През текущия програмен период от нея ще се възползват едва четири милиона млади хора и то предимно студенти.

Отстоявам позицията, че бюджетът на Еразъм+ трябва да се увеличи неколкостранно в бъдещата МФР и програмата да стане по-достъпна, като обхване не само студентите, но и учениците, стажантите и младите хора със скромни финансови възможности. Освен подсилване на успешните програми ще имаме нужда от средства и за нови политики в областта на образованието и уменията.

В момента 70 милиона европейци нямат базови умения, а 44% са цифрово неграмотни. Функционалната и медийната грамотност в ерата на фалшивите новини също са голямо предизвикателство, с което трябва да се справим. Ако ЕС не инвестира в образованието на своите граждани, няма как да очаква просперитет.

Pavel Poc (S&D), písemně. – Evropský víceletý finanční rámec téměř od svého začátku prokazoval několik nedostatků. Vysokou úroveň nesplacených závazků už v roce 2014 počínaje a nedostatkem prostředků na nové priority, který se Komise s Radou rozhodly nesystematicky řešit ad hoc přesunem obálek z úspěšných programů, konče. Vítám zprávu o budoucím VFR: příprava pozice Parlamentu k VFR po roce 2020, protože považuji za nutné se těchto chyb do budoucna vyvarovat. Evropané potřebují silnou Unii, která dokáže reagovat na zásadní problémy. Unii s udržitelným hospodářským růstem, kvalitními pracovními místy a podporou hospodářské, sociální a teritoriální koheze. Zástupci členských zemí už nesmí blokovat unijní příspěvky určené na opatření na boj proti změně klimatu. Ty jsou mimořádně důležitou hluboko pod úrovní 20 %, ke kterým se samotné členské státy zavázaly. Je potřeba navýšit prostředky plynoucí do programu LIFE, jenž vykazuje vysokou úspěšnost, ale který vůči ostatním evropským programům trpí chronickým podfinancováním. Jsem velmi rád, že se Parlamentu podařilo vytvořit silnou pozici. Jsem také osobně

velmi rád, že Evropský parlament otevřeně uznal, že financování nové zemědělské politiky musí jít ruku v ruce se zavedením praktik šetrnějších k životnímu prostředí i ke zdraví obyvatel.

Soraya Post (S&D), *in writing*. – I call for the next MFF to be feminist – to be non-discriminatory and promoting human rights.

I call for maintaining the designation of 'Roma people' as beneficiaries of the ESF and the ERDF fund, and to explicitly exclude segregational practices from funding.

I call for an improved regulation of the YEI and Erasmus+ to safeguard non-discriminatory participation for young people coming from a disadvantaged socio-economic background, thereby closing the gap between the Roma and non-Roma youth and guaranteeing that also young Roma can fulfil their true potential. And similarly, any other groups, such as people with disabilities, who are now not reached by these programmes.

I believe that the internal aspect of the security of European residents, such as the right to live free from gender-based and interpersonal violence, has been neglected by the EU, so I demand that the next MFF should provide relevant solutions.

I call for human rights, democracy, and rule of law to be integral in the next MFF, including the protection and support of NGOs and human rights defenders, who are under pressure; the next MFF must maintain a dedicated EIDHR, one of the strongest tools we have to promote human rights and democracy.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Wenn wir über den neuen EU-Haushalt debattieren, dann heißt es auch, dass das Feilschen um Macht und Geld beginnt. Ich plädiere dafür, dass wir eine ehrliche Diskussion über das EU-Budget führen. Denn am Ende muss ein vernünftig ausgestalteter Haushalt stehen, der die aktuellen Herausforderungen stemmen kann. Wenn Ministerin Köstinger sagt, es dürfe keine Einbußen für die Bauern geben, erwarte ich mir das auch für die Beschäftigungsinitiative. Landwirtschaft darf nicht automatisch Vorrang vor arbeitslosen Jugendlichen haben. 700 Millionen für arbeitslose Jugendliche stehen 55 Milliarden für den Löwenanteil des EU-Budgets entgegen. Die lange andauernde Arbeitslosigkeit gehört zu den größten sozialen Problemen der Gegenwart. Der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit muss sich auch im EU-Haushalt widerspiegeln. Im EU-Parlament haben wir uns bereits klar für zusätzliche Finanzinstrumente ausgesprochen – jetzt müssen endlich auch die Mitgliedstaaten ernsthaft über diese Instrumente für den EU-Haushalt diskutieren. Mit europäisch koordinierten Abgaben wie der Finanztransaktionssteuer, der Digitalsteuer oder der CCCTB könnte der EU-Haushalt unterstützt werden, ohne dass die nationalen Haushalte zusätzlich belastet werden.

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. – Arvoisa puhemies, EU:n tulevaa rahoituskehystä vuosille 2021-2027 esitetään kasvatettavaksi nykyisestä yhdestä prosentista bruttokansantuloa 1,3 prosentin tasoon. Paine budjetin kasvattamiseen on kova Brexitin sekä lisääntyvien tehtävien, kuten puolustusyhteistyön ja muuttoliikkeen hallinnan vuoksi, mutta silti pidän ehdotusta ylimitoitettuna. EU:n budjetista käytetään nykyään 70 prosenttia maatalouteen ja koheesiotukiin. Rahoituksen painopistettä tulisi siirtää vahvemmin tulevaisuuden kasvua tukeviin hankkeisiin, kuten innovaatioihin, tutkimukseen ja turvallisuuteen. Parlamentin esityksessä tulevan tutkimusohjelman rahoitusta kasvatetaan 1,5-kertaiseksi ja nuoriso-ohjelmien, kuten Erasmus-rahoina jopa kolminkertaistetaan. Suunta on täysin oikea. Nämä ovat Euroopan tulevaisuuden kannalta keskeisiä ja tärkeitä alueita. Samanaikaisesti ei kuitenkaan haluttaisi leikata muualta. Tämä ei ole realistista. On selvää, ettei määrärahoja voida pelkästään lisätä, myös painopistettä on kyettävä muuttamaan. Samalla myös rahoituskriteerit on uudistettava. On täysin kestävä matkalla, että tuemme jättimäisillä koheesiovaroilla maita, jotka viisveisaavat Euroopan unionin yhteisistä arvoista ja rikkovat oikeusvaltioperiaatetta. Euroopan unionin perusarvojen kunnioittaminen on otettava rahoituksen ehdoksi.

Maria Gabriela Zoană (S&D), *în scris*. – Este important să admitem că Europa se confruntă cu două mari provocări: îmbătrânirea populației și depopularea zonelor rurale. Viața la țară nu mai este atractivă pentru tineri din punct de vedere educațional, economic și social. Sunt probleme imense legate de infrastructură, dar și de inexistența serviciilor de calitate în domeniul sănătății în zonele rurale.

Migrarea masivă a populației din mediul rural în mediul urban a condus la găuri importante în economie. Populația majoritară rămasă în zonele rurale este reprezentată de persoane cu vârste ridicate, care nu mai au capacitate de muncă. Cadrul financiar post 2020, în mod obligatoriu, trebuie să mențină Politica Agricolă Comună, iar pilonul I este esențial. Numai cu investiții masive în zonele rurale vom reuși să atragem tinerii, investiții care se vor concretiza în locuri de muncă bine plătite, instituții de învățământ de bună calitate, conexiuni de internet de mare viteză, centre de divertisment, infrastructură. Altfel, ne vom confrunta cu o lipsă acută de lucrători în sectorul agricol.

Ne dorim nu doar securitate alimentară, ci și suveranitate alimentară. Acest lucru se poate realiza doar printr-un proces de reformă a politicii comerciale și a politicii de dezvoltare în beneficiul cetățeanului.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – O relatório sobre o quadro financeiro plurianual reflete um compromisso político alargado e contém posições de bom senso e ambição que devem consideradas em todo o processo de decisão.

Destaco em particular a proposta de aumentar para 1,3% do PNB os contributos nacionais para o orçamento da UE e o princípio de que novas prioridades devem ser financiadas com novos recursos, sejam transferências nacionais, sejam recursos próprios obtidos pela União.

As propostas contidas no relatório salvaguardam os compromissos europeus com o desenvolvimento sustentável, com o cumprimento do Acordo de Paris e com a implementação do pilar dos direitos sociais, além de defenderem o mesmo nível de financiamento e maior eficácia na aplicação da política de coesão e da política agrícola comum.

Saliento algumas das prioridades contidas na resolução, designadamente o reforço das políticas para os jovens, incluindo a duplicação dos apoios ao emprego dos jovens e a triplicação dos fundos para o programa Erasmus, a proteção das crianças em risco de pobreza e exclusão, os incentivos aos países que acolhem refugiados e o fundo de transição para apoiar a reconversão do setor da energia e a descarbonização. É uma proposta de convergência para um bom acordo para o futuro da UE.

14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

15. Leitlinien für den Haushaltsplan 2019 — Einzelplan III (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana Daniele Viottin budjettivaliokunnan puolesta laatima mietintö vuoden 2019 talousarvion suuntaviivoista – Pääluokka III (2017/2286(BUD)) (A8-0062/2018).

Daniele Viotti, relatore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, se mi consente un dato personale appena prima di iniziare: per me è un grande onore aprire questo anno di bilancio e questa prima discussione, e sarà un onore per me ricoprire il ruolo di relatore di bilancio, e voglio ringraziare l'esempio che mi hanno dato i relatori degli anni precedenti – con cui ho avuto modo di collaborare come relatore ombra lo scorso anno – il collega Mureșan, ma anche il collega Geier, il collega Fernandes e la collega Gardiazabal. E naturalmente auguro buon lavoro al Commissario Oettinger, con il quale immagino lavoreremo nelle prossime settimane e nei prossimi mesi per tutto l'anno.

È difficile naturalmente riassumere in pochi minuti il contenuto delle linee guida su cui abbiamo lavorato in queste settimane con i colleghi, e ne approfitto anche per ringraziare i relatori ombra con cui c'è stato un proficuo lavoro e anche un franco e proficuo lavoro in queste settimane per arrivare a un documento che possa avere il più ampio voto in quest'Aula. Citerò soltanto alcuni temi, perché è impossibile naturalmente rileggere tutto il documento e tutto il testo.

Naturalmente noi abbiamo il dovere, come Parlamento, come Unione europea, di rivolgere le nostre attenzioni soprattutto a quanti ancora oggi soffrono della crisi economica e finanziaria che ha colpito il nostro continente, che ha colpito il mondo intero negli anni passati e sulla quale probabilmente non è stato fatto abbastanza. Penso in particolare ai lavoratori e alle lavoratrici, penso in particolare ai giovani, penso alle piccole e medie imprese, che spesso hanno dovuto chiudere o che ancora oggi sono in difficoltà e con grande coraggio cercano di andare avanti nonostante la crisi e nonostante poche rassicurazioni e pochi interventi che sono stati fatti nei loro confronti.

Penso anche, e vorrei riassumere soprattutto sulla questione giovanile le mie attenzioni di contenuto in particolare. Ne abbiamo parlato fino adesso, rispetto al dibattito sul prossimo quadro finanziario pluriennale e al tema delle risorse proprie: noi abbiamo bisogno assolutamente, come Europa, di puntare tutte le nostre possibilità, tutti i nostri sforzi, tutte le nostre risorse, non soltanto economiche, sulle giovani generazioni.

Per questo noi abbiamo bisogno che anche dal prossimo anno, al di là del nuovo quadro finanziario, l'iniziativa giovani sia una iniziativa che abbia una corposa dotazione e abbia una reale dotazione, Commissario, perché possano essere veramente implementate le iniziative negli Stati membri. E penso a Erasmus e a Erasmus +, sul quale dobbiamo dare garanzie a tutti i giovani che chiedono di poter accedere, perché lo diceva benissimo Lei, rispondendo a un collega italiano che ha una visione un po' distorta dell'Unione europea: noi abbiamo bisogno che da subito quanti più giovani possibile possano diventare parte di questo continente.

Vado velocemente su altri due elementi: uno è il tema della difesa, sul quale sta facendo moltissimo l'Unione europea, e su questo noi dobbiamo impegnarci, naturalmente, e sulla questione dei fenomeni migratori. Dobbiamo sì, guardare dall'interno i fenomeni migratori, e quindi essere capaci di accogliere quanto è giusto accogliere e avere le risorse per poter accogliere, ma dobbiamo anche guardare all'esterno ed essere capaci di prevenire, nel lungo termine, le fasi migratorie.

Due ultime considerazioni: vorrei parlare ancora dell'ambiente, naturalmente, del 20 % del nostro quadro finanziario da dedicare all'ambiente, e vorrei parlare soprattutto di un'Europa sociale. Ci sono due bilanci che vanno di pari passo: una è l'Europa degli investimenti e l'altra è l'Europa che invece deve stare a fianco ai cittadini che non ce la fanno, che sono più poveri, che hanno difficoltà anche ad accedere alla sanità, oppure sono in fase di disoccupazione. I nostri Stati non sono in grado di dare risposte e noi dobbiamo essere vicini ai nostri Stati membri.

Le ultimissime due considerazioni: la prima è un principio che dobbiamo darci, che è un principio caposaldo del nostro Parlamento e che vogliamo portarci dietro anche nel prossimo negoziato. Per ogni nuovo progetto devono essere previste nuove risorse e nuovi soldi. Lei prima ha fatto l'esempio della cucina, Commissario europeo, noi siamo soltanto i cuochi e siamo la cucina. Bene, se a questa cucina vengono chieste più portate, se a questa cucina vengono chiesti più piatti – arrivo subito alla conclusione, Presidente – questa cucina deve avere anche una cambusa che abbia molte più risorse.

Infine sul negoziato: se la Commissione – e finisco – se la Commissione sarà una Commissione ambiziosa troverà questo Parlamento, come sa, assolutamente alleato. Se il Consiglio avrà voglia di trattare sin dall'inizio troverà questo Parlamento prontissimo a trattare sin dall'inizio. I populismi non si combattono – guardi, Presidente – i populismi non si combattono solo con le parole, ma si combattono con le politiche e possiamo combatterli anche con il bilancio del prossimo anno.

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren! Ich will eingangs Herrn Abgeordneten Viotti danken und Respekt bekunden für die handwerklich und inhaltlich wertvolle Arbeit, mit der er die Leitlinien des Parlaments vorbereitet hat. Und gern sage ich Ihnen, Herr Viotti, mein Interesse an einem regelmäßigen Gedankenaustausch in den nächsten Monaten zu, denn wir sollten versuchen, die Kommissionsarbeit und die Parlamentsprioritäten ab heute, vom März bis zum Herbst, wenn die Entscheidungen zwischen dem Rat, dem Parlament und auch der Kommission zu treffen sind, größtmöglich abzustimmen.

Einerseits, so will ich behaupten, sind Ihre Schwerpunkte und die der Kommission beim Haushalt 2019 weitgehend vergleichbar mit denen des Jahres 2018. Was Ihnen in diesem Jahr wichtig war, bleibt Ihnen auch im nächsten Jahr wichtig. Andererseits ist es ein Haushalt, bei dem die britischen Freunde erstmals nicht mehr das ganze Jahr als Mitglieder dabei sind – der Brexit wirkt wahrscheinlich ab Ende März nächsten Jahres. Aber nach den Beratungen der Unterhändler und meinem Kontakt mit unserem Chefverhandler Michel Barnier gehen wir davon aus, dass die Briten bereit sind, nicht nur am Beratungsverfahren im Rat als ein Mitgliedstaat konstruktiv mitzuwirken, sondern mit allen Rechten und allen Pflichten im nächsten Jahr auch für das gesamte Jahr am Haushalt teilzunehmen. Dies kann die Arbeit erleichtern.

Ihre Schwerpunkte sind unsere Schwerpunkte. Es geht um Wachstum und Beschäftigung und damit um die Bekämpfung der in zahlreichen Regionen Europas noch immer zu hohen Arbeitslosigkeit, insbesondere auch der Jugendarbeitslosigkeit. Es geht zweitens darum, dass wir genehmigte Maßnahmen auch finanzieren und genau sagen, dass wir dort Wort halten, wo wir Programme haben. Unsere Partner haben Erwartungen in die Programme und müssen ihre Programme so durchfinanzieren, dass die Mittelbereitstellung entlang der gemachten Zusagen auch gewährleistet ist. Das gilt für Horizont 2020, es gilt für die Connecting Europe Facility, es gilt für COSME, für die kleinen und mittleren Unternehmen und es gilt für Erasmus +. Nur ein Beispiel: Connecting Europe, eine Infrastruktur, egal ob Straße, Schiene, Energie, wird grenzüberschreitend beantragt, geprüft, genehmigt, vergeben, gebaut und abgerechnet.

Das heißt, wir haben große Projekte, die wir vor ein, zwei, drei Jahren begutachtet und genehmigt haben und die jetzt auch im nächsten Jahr mit einem entsprechenden Finanzanteil bedient werden müssen. Diese Erwartung haben die Mitgliedstaaten, haben die Investoren und hat die entsprechend bauausführende Firma. Wort halten bei den gemachten Zusagen ist ein Teil unseres Haushaltsvorschlags und dessen, was durch Sie dann später zu genehmigen ist. Es geht darum, dass wir die Möglichkeiten der Flexibilität im nächsten Jahr nutzen, um gerade dort, wo neue Aufgaben bestehen, die ansteigende Bedeutung haben, auch die Aufgabenwahrnehmung zu finanzieren: Bereitstellung von humanitärer Hilfe, Migrationsmaßnahmen, Stärkung der Kontrollen an den Außengrenzen, Unterstützung der am meisten betroffenen Mitgliedsstaaten, wenn es um die Flüchtlingsaufgaben geht.

So kann ich Ihnen sagen, dass die Kommission Ihnen heute Morgen die Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei in einer zweiten Tranche vorschlagen will. Jetzt ist die Zeit reif. Die drei Milliarden, die Sie und die Mitgliedstaaten vor zwei Jahren bereitgestellt haben, sind durch *commitments* mittlerweile voll belegt, und die Zahlungen werden alsbald die drei Milliarden erreicht haben. Wir müssen jetzt über eine zweite Tranche von diesen drei Milliarden beraten und entscheiden. Nur ein Beispiel: Wir haben für Hunderttausende von Flüchtlingskindern Schulangebote, Unterricht in den entsprechenden Unterbringungszentren und -lagern. Wir müssen jetzt für das nächste Schuljahr, das im September beginnt, für 5000 Lehrer die Gehaltsgrundlagen schaffen, damit man ihren Vertrag für das nächste Schuljahr entsprechend unterschreiben kann. Dafür brauchen wir Klarheit, die zweite Tranche, und eine anteilige Mitfinanzierung wird im *Draft Budget 2019* enthalten sein.

Wir schlagen vor, dass der europäische Haushalt auf der Wegstrecke bis zum Ende des MFR eine Milliarde bereitstellt und die Mitgliedstaaten zu ergänzenden zwei Milliarden bereit sein sollten. Der Rat, Ihr Partner, unser Partner, hat seine Leitlinien am 20. Februar dieses Jahres beschlossen. Wenn man die Leitlinien des Rates und den Entwurf des Kollegen Viotti vergleicht – allzu große Unterschiede bestehen nicht. Zwischen der Position des Parlaments, die Sie heute beraten, der des Rates, die verabschiedet ist, und dem, was wir vorbereiten, gibt es überbrückbare Unterschiede, die beim guten Willen aller Beteiligten, obwohl sich langsam der Tag der europäischen Wahl nähert, auf der Wegstrecke bis Oktober/November eigentlich in Einklang gebracht werden sollten. Um diese gemeinsame Entscheidung für einen Haushalt 2019 zeitgerecht bis November zu erreichen, wollen wir alles tun, um zu vermitteln, aber auch Ihnen Auskunft zu geben, was Sie vertiefend in den nächsten Wochen für Ihre Beratungen an Auskünften über den Haushaltsvollzug 2018 und unsere Planaufstellung für 2019 wissen müssen. Wir legen Ihnen und dem Rat dann wohl noch im Mai das *Draft Budget 2019* vor. Der Zeitplan bis Herbst ist von uns allen schon entsprechend in der Vorbereitung. Besten Dank für Ihre Mitwirkung!

PREȘEDINȚIA: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Monika Hohlmeier, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal darf ich mich am Anfang bei meinem Kollegen Viotti ganz herzlich bedanken, nicht nur für die gute Zusammenarbeit, sondern vor allem auch dafür, dass er wirklich eine sehr gute Basis von *guidelines* für das Haushaltsjahr 2019 vorgelegt hat.

Lieber Herr Kommissar, ich freue mich, dass wir eine so breite gemeinsame Basis haben, insbesondere was Horizont 2020 und was auch Erasmus anbelangt. Bei Horizont 2020 haben Sie besonders das Thema COSME erwähnt. Ich möchte darüber hinausgehend auch noch *Future Emergence Technologies* erwähnen – ein tolles Programm, das aber ziemlich unterfinanziert ist und bei dem es sehr viele herausragende Projektanträge gibt, wo wir auch überlegen müssen, ob wir in irgendeiner Weise im Jahr 2019 Mithilfe leisten können.

Des Weiteren haben wir eine sehr intensive Priorität auf die Frage gelegt, wie wir vermeiden können, dass junge Menschen arbeitslos sind. Ich wünsche mir, dass es uns gemeinsam mit der Kommission und den Mitgliedstaaten gelingt, die *Youth Employment Initiative* weiter so zu stärken, dass die jungen Menschen wirklich dauerhaft Arbeitsplätze finden und nicht nur eine vorübergehende Unterbringung. Denn unser Ziel ist es, junge Menschen dauerhaft zu qualifizieren und ihnen dann dauerhaft einen sicheren Arbeitsplatz beziehungsweise zukunftsträchtige Arbeitsplätze zu geben.

Des Weiteren haben wir es weiterhin mit den Themen Sicherheit und Migration zu tun. Die Sicherheit wird weiterhin eine sehr, sehr große Rolle im Zuge des nach wie vor vorhandenen Terrorismus spielen und uns herausfordern.

Ich glaube, dass wir im nächsten Jahr vor allem darauf Wert legen müssen, dass wir uns nicht von Diskussionen wie über den Brexit und anderem leiten lassen, sondern inhaltlich intensiv an der Fortentwicklung der Europäischen Union arbeiten, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen.

Isabelle Thomas, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, je tiens d'abord à féliciter chaleureusement notre rapporteur Daniele Viotti pour son excellent travail.

En adoptant les orientations pour le budget 2019 de l'Union européenne, le Parlement assure son rôle d'autorité budgétaire et envoie, à ce titre, un signal ferme aux autres institutions en vue des négociations à venir.

Deux regrets qui sont autant d'alarmes pour les procédures à venir.

Le premier concerne la Commission européenne, qui n'a pas joué toute la transparence lors de la dernière conciliation pour le budget 2018 en dissimulant qu'elle envisageait de transformer l'augmentation consentie sur l'initiative pour la jeunesse en une simple avance sur les budgets 2019-2020.

Nous rappelons à la Commission en tant qu'autorité budgétaire qu'il s'agit bien d'une augmentation numéraire de ce programme. Nous attendons de nos partenaires qu'ils soient plus sincères lors des négociations à venir.

J'alerte également sur une formulation ambiguë qui laisse à penser que le Parlement renoncerait à sa position historique, sur laquelle de nouvelles initiatives pourraient être financées par des coupes dans d'autres programmes. Pour mon groupe, il n'en est rien. Ainsi, les nouveaux programmes de sécurité ne pourront en aucun cas se substituer aux programmes de solidarité.

Le Parlement doit maintenir son cap et déjouer toutes sortes de manipulations. Nous serons plus prudents lors des prochaines conciliations budgétaires.

Bernd Kölmel, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar Oettinger! Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich kann Ihnen in vielen Bereichen zustimmen. Sie haben zwei wunderbare Beispiele genannt: Migrationsspolitik, da müssen wir tatsächlich Schwerpunkte setzen. Schwerpunkte im Haushalt heißt, wir brauchen ausreichend Geld, und zwar auf verschiedenen Ebenen. Einerseits müssen wir zum Beispiel Frontex stärken, denn wir müssen die Außengrenzen sichern. Wir brauchen auch vernünftige Verfahren für alle ankommenden Menschen. Gleichzeitig müssen wir aber natürlich auch in den Ländern, wo diese Menschen herkommen, Schwerpunkte für die Ausgaben setzen, denn jeder Euro, den wir dort investieren, ist wesentlich besser investiert als wenn wir warten, bis diese Menschen eine gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer machen und wir erst hier investieren.

Genauso gibt es auch Investitionen in grenzüberschreitende Projekte. Da kann die EU eindeutig einen Mehrwert liefern. Dennoch glaube ich, dass die Gesamtstruktur unseres Haushalts immer noch verkehrt ist. Wir erwecken völlig falsche Eindrücke bei den Bürgern, wenn wir so tun, als ob wir in der EU mit einem Budget der EU die Arbeitslosigkeit in Europa definitiv bekämpfen könnten. Wir können einzelne Maßnahmen treffen, die sind aber regelmäßig nicht so nachhaltig, als wenn wir tatsächlich die Wirtschaft von vielen bürokratischen Fesseln befreien würden, wenn wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen würden, dass die Wirtschaft wachsen kann. Dazu gehört zum Beispiel, dass man endlich die Disparitäten in der Eurozone bekämpft. Da müssten wir ansetzen und nicht bei irgendwelchen Subventionen, die letztlich eigentlich nur ein Strohfeuer sind.

Gérard Deprez, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, je veux tout d'abord féliciter notre collègue, M. Viotti, pour son investissement, sa créativité, sa façon toute italienne et son sens des compromis. Et je veux lui dire «Monsieur Viotti, vous êtes béni par les dieux». Je viens d'entendre – si la traduction est correcte – M. le commissaire dire «Monsieur Viotti, vous avez placé vos accents, ils sont les nôtres», et j'ai entendu ensuite le commissaire dire, en examinant les propositions du Conseil, «elles sont pratiquement les vôtres». Mais c'est remarquable, Monsieur Viotti.

Je ne vais donc pas en profiter pour répéter ce que mes collègues et le commissaire ont dit en matière de priorités, je veux simplement insister sur deux choses, qui me paraissent importantes au stade actuel. Premièrement, les jeunes, tous les jeunes doivent expérimenter concrètement, dans leur vie, que l'Union européenne est faite pour eux, qu'elle investit en eux, qu'elle compte sur eux. C'est pourquoi, nous le répétons tous, il faut renforcer considérablement les moyens mis à la disposition d'Erasmus + et l'élargir aux jeunes des milieux populaires par les apprentis. Il faut évaluer les mesures prises en soutien à l'emploi des jeunes et renforcer les programmes les plus performants. Il faut mettre en œuvre rapidement le corps européen de solidarité pour renforcer, chez les jeunes, les valeurs d'entraide et de solidarité.

Deuxièmement, les classes populaires qui ont progressivement été gagnées par l'euroscepticisme et le populisme doivent être réconciliées avec l'idée européenne. L'Europe – et c'est un membre du groupe ALDE qui vous le dit – ne peut pas être seulement l'affaire des milieux dirigeants, des entrepreneurs, des milieux universitaires et de la classe moyenne intellectuelle.

Il y a peu, les trois institutions ont solennellement proclamé le socle européen des droits fondamentaux. Proclamer, c'est bien, mais mettre en œuvre, c'est mieux. Nous devons chercher, tous ensemble, là où il y a moyen d'ajouter une valeur européenne dans le domaine social.

Indrek Tarand, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, as so often happens in the Committee on Budgets, I agree with Mr Deprez – so I could save the next 50 seconds and not say anything – but I will still make four quick points.

I appreciate that the rapporteur has brought to the attention of the Commission and Council the need for a properly managed negotiation process, and I hope this serves as a warning to encourage the full engagement of all parties. We need to do that. I am glad as well that the Youth Employment Initiative, Erasmus, research and climate will lead these future negotiations because it was about time to acknowledge that our climate action goals are falling short and it is about time we engaged decisively to achieve them.

Finally, I am speaking on behalf of my group, but I have a slightly different approach to defence issues. So give us more defence. Otherwise, we will all be killed by some kind of nerve agent.

Patrick O'Flynn, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, for all the posturing that went on in the Chamber this morning during the Brexit debate, one might suppose that the EU is in a position to send Britain packing with no departure agreement. However, this motion blows such an idea out of the water when it notes that the December deal to launch phase two of Brexit talks included an undertaking that the UK 'will contribute to and participate in the implementation of annual budgets for 2019 and 2020 as if it had remained in the Union'. In cold hard cash over two years, this equates to nearly EUR 20 billion net, yet as Brexit Secretary David Davis made clear, nothing is agreed until everything is agreed.

Were the UK simply cut adrift, you would have an enormous immediate financial black hole and no obvious means of filling it. The conclusion surely is that it is time for the EU to drop the brow-beating and the bullying and come to a sensible deal. The truth is that it cannot afford to do otherwise.

Bernard Monot, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, ce rapport sur les orientations générales du budget 2019 est emblématique de la vision dogmatique de l'Union européenne. Vos arguments politiques pour justifier vos dépenses budgétaires inutiles sont une litanie d'intentions totalement déconnectées des réalités et des besoins des Européens. Les dirigeants européens vivent dans l'illusion de se croire indispensables. Comme si, avant l'Union européenne fédéraliste, il n'y avait rien! Mais vous êtes les seuls à le croire. Votre souci existentiel maintenant est que la majorité des citoyens rejette de plus en plus votre Union européenne mondialiste et ultralibérale. En Autriche, en Italie – Monsieur Viotti –, en France, dans les pays de l'Est et même en Allemagne, les peuples se réveillent et n'acceptent plus votre idéologie mondialiste et la submersion migratoire que vous imposez.

Dans votre angoisse, vous attribuez ce phénomène de révolte populaire aux mouvements politiques eurocritiques qui défendent la culture, l'identité nationale et les économies de chaque pays. Mais qui est au pouvoir depuis des décennies? Qui est responsable du chômage de masse, de la désindustrialisation, de ses ravages sociaux? Qui a organisé la soumission atlantiste des pays d'Europe? Qui a favorisé l'émergence du terrorisme islamiste et de l'insécurité des Européens? Ce ne sont pas les partis «populistes», c'est vous!

Alors, ne venez pas jeter sur nous vos propres turpitudes et assumez vos incompétences!

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhor Presidente, queria saudar o Senhor Comissário, dar os parabéns aos relatores, ao relator principal e aos relatores-sombra e recordar – e é sempre bom recordar – que o orçamento da União Europeia é um orçamento de investimento. Só 6% é que são destinados às despesas de administração e de funcionamento. Isto significa que este é um orçamento com um grande valor acrescentado.

Em alguns Estados-Membros mais de 70% do investimento público resulta do orçamento da União Europeia. Ainda que corresponda apenas a 1% do Produto Interno Bruto, tem um valor acrescentado enorme, insisto nesta afirmação.

O orçamento de 2019 deverá ser um orçamento que deve continuar a promover a coesão económica, social e territorial, a solidariedade, e deve ser um orçamento para a juventude. O desemprego jovem tem valores que são inaceitáveis. O orçamento da União Europeia, através dos montantes que disponibiliza, mesmo na política de coesão, através do Erasmus+, do reforço da iniciativa Emprego Jovem, deve ajudar a que este flagelo seja minorado. Para além disso, o apoio às pequenas e médias empresas, à investigação e à inovação são essenciais.

Termino dizendo que, se estamos de acordo, Conselho e Comissão, no que diz respeito às prioridades, não será difícil também nos pormos de acordo em relação aos montantes necessários para executarmos essas mesmas prioridades.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). – Señor presidente, después de haber tenido un intenso debate sobre perspectivas financieras, abordamos ahora las orientaciones generales para el presupuesto de 2019, y me quiero sumar a las felicitaciones que se han hecho al ponente, Daniele Viotti, por el magnífico trabajo que ha realizado junto a los ponentes alternativos.

Son unas orientaciones que siguen haciendo hincapié en los principales desafíos que tenemos para el próximo año. Porque, a pesar de que hemos salido de la crisis económica en términos macroeconómicos, es verdad que las desigualdades no hacen más que crecer, y tenemos que poner el presupuesto del lado de los más desfavorecidos. Y tenemos que ver en este presupuesto reflejado el acuerdo sobre el pilar social que se firmó en Gotemburgo para que esto no se quede, una vez más, en una bonita declaración de intenciones.

Y el desempleo juvenil también tiene que seguir siendo una prioridad. Sigue siendo muy alto en muchas de nuestras regiones y, desde luego, es intolerable que mi país no sea capaz de utilizar estos fondos para acabar con el desempleo juvenil. Y aprovecho —ya lo han hecho otros oradores también— para reiterar que la voluntad del Parlamento al negociar los presupuestos de 2018 era aumentar el dinero disponible para la Garantía Juvenil. Y me gustaría pedirle al comisario que nos aclare cuál es la postura de la Comisión.

Y acabo: también tenemos que seguir invirtiendo en nuestro planeta. Porque nuestros compromisos contra el cambio climático, a favor de una transición energética y, en definitiva, a favor de un modelo de desarrollo sostenible tienen que tener su reflejo en este presupuesto.

Una última frase: las prioridades del Parlamento y del Consejo suelen coincidir, pero, luego, a la hora de poner los recursos, el Parlamento siempre pone el dinero y el Consejo siempre lo quiere recortar.

Siegfried Mureşan (PPE). – Mr President, I will tell you four things. Firstly, Commissioner, please take into account the main elements from the guidelines drafted by our colleague, Daniele Viotti, that will be approved by a large majority in plenary when you put forward the draft budget in May. I can say, speaking as a general rapporteur for the 2018 Union budget, that last year, when you presented the draft budget, you took account of the conclusions in our guidelines in a more than satisfactory manner, and that made the budgetary procedure much easier. The more you take into account, the higher the likelihood that we can find a good agreement in the conciliation procedure at the end of the year.

My second message is that trust is important. Trust between Parliament and the Commission and all of the Commission departments is important. Let's use the beginning of this budgetary procedure to establish such trust. Thirdly, Commissioner, last year we jointly decided in the conciliation procedure to increase the amounts for heading 1A – research, innovation, Erasmus scholarships, and small and medium-sized enterprises – because money was needed there. But in the 2019 budget guidelines the Council is now asking you to try to find ways to redeploy – and hence reduce – the budgets for 2019 and 2020 in those areas. Please stand together with us in defending the increases. The amounts were needed for that heading, and any reductions are a move in the wrong direction.

My fourth and last message, very briefly, is let's find ways in the budget for next year to finance measures to tackle fake news and disinformation propaganda. Fake news is a threat to the Union and to our Member States. Let's find ways to act.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, oui, esquisser les contours d'un budget européen dans le cadre contraint que nous connaissons n'est pas chose facile, et je souhaite remercier mon ami, Daniele Viotti, des propositions qu'il fait et qui peuvent permettre de relever les défis les plus urgents auxquels l'Union européenne est désormais confrontée: gestion des migrations, bien sûr, lutte contre le chômage des jeunes, lutte contre le changement climatique, soutien à la recherche fondamentale et à l'innovation, encouragement de la mobilité et de l'investissement, autant de politiques qui ne doivent, en aucun cas, être financées au détriment des politiques structurelles que sont les politiques de cohésion et de la PAC.

Je l'ai rappelé à nombreuses reprises dans cette assemblée, notre Union mérite les moyens de ses ambitions. La balle est désormais dans le camp de la Commission et du Conseil, qui doivent entendre l'appel des élus européens qui veulent absolument éviter la montée des populismes et des extrémismes. Ils doivent accepter de financer ces politiques avec des ressources propres.

Je voudrais simplement rappeler, pour terminer, que la lutte contre la fraude fiscale et ce que certains appellent pudiquement l'optimisation fiscale mériteraient d'avoir un budget convenable pour l'Union européenne.

Intervenții la cerere

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le scelte sul bilancio dell'Unione per il 2019 si svolgeranno parallelamente alle scelte sul prossimo quadro finanziario pluriennale e sulla riforma del sistema delle risorse proprie. Cercare un accordo ambizioso e globale è indispensabile per influenzare in modo positivo i negoziati paralleli.

Al centro dell'attenzione vanno posti i problemi della sicurezza e della disoccupazione, in particolare quella giovanile. Preoccupanti sono i ritardi nell'attuazione della politica di coesione, così come quelli nell'attuazione del programma contro la disoccupazione giovanile.

Bene gli aumenti degli stanziamenti, ma occorre migliorare le sinergie tra tale programma, il fondo sociale e bilanci nazionali, per evitare che l'iniziativa per l'occupazione giovanile vada semplicemente a sostituire i finanziamenti nazionali per i giovani cosiddetti NEET.

Un accenno infine alla lotta al cambiamento climatico e alla *green economy*: in un periodo in cui gli Stati Uniti non sono più disposti a rispettare i loro impegni nella lotta al cambiamento climatico, ritengo che il bilancio 2019 debba rafforzare il ruolo di prima linea dell'Unione, prevedendo per esempio un sostegno finanziario supplementare per il programma LIFE.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident! Lieber Herr Kommissar Oettinger, vielen Dank für Ihre Ausführungen zum Haushalt 2019, vorher zum mehrjährigen Finanzrahmen – eine echte Diskussionsgrundlage. Ich darf Sie zitieren: Herr Ober, ich möchte gern bestellen im Namen der Bürger unseres gemeinsamen Heimatlandes Deutschland: eine Runde Rothaus für den Stammtisch. An den sollten wir uns gemeinsam setzen, um zu hören, was die Leute draußen zu dem sagen, was Sie hier erklären: Deutschland muss mehr zahlen. Ein Drittel des Brexit-Lochs sollen unsere Steuerzahler füllen. Das heißt, drei bis vier Milliarden Euro Miese mehr pro Jahr. 13 bestehende plus 4 macht 17, durch 82 Millionen macht 208 Euro pro Kopf oder umgerechnet 13 Kästen Tannenzäpfle für jeden deutschen Bürger – ein stolzer Preis!

Sparen wir uns das! Oberkante! Deutschlands Steuerzahler können nicht mehr zahlen, keinen Cent mehr, lieber Herr Oettinger. Bitte berücksichtigen Sie das. Dann sind Sie im heimischen Biergarten weiter willkommen. Prost!

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ο προϋπολογισμός της Ένωσης αποτελεί την έκφραση ενός παρωχημένου και αντιπαραγωγικού συστήματος, το οποίο δεν διορθώνεται με αποσπασματικές παρεμβάσεις ή με αντιμετώπιση μόνο των συμπτωμάτων των στρεβλώσεων και όχι των αιτιών τους. Είναι ουτοπικό να πιστεύουμε ότι οι επιπτώσεις της χρηματοπιστωτικής, οικονομικής και κοινωνικής κρίσης αποτελούν πλέον παρελθόν, όπως απαράδεκτη είναι και η συλλήβδην στοχοποίηση πολιτικών κινήματων και πολιτικών αντιπάλων μέσω του προϋπολογισμού.

Ο στόχος του προϋπολογισμού δεν αφορά μόνο την τυπική κατανομή πιστώσεων αλλά παραμένει απόλυτα θεωρητικός. Δεν οδηγεί σε βιώσιμη ανάπτυξη, δεν αντιμετωπίζει επαρκώς τις υπάρχουσες προκλήσεις ή διαφαινόμενες απειλές και εντείνει τις οικονομικές ανισότητες μεταξύ των εύρωστων και ασθενέστερων κρατών μελών. Δυστυχώς στην ενωμένη Ευρώπη, όπου τα κράτη μέλη ασκούν την οικονομική και φορολογική τους πολιτική καθ' υπαγόρευση και έχουν πλέον απωλέσει την πλήρη εθνική τους κυριαρχία, η ευμάρεια των πολιτών ανατίθεται σε τρίτους δίχως εξασφαλίσεις για τη χρηστή, αμερόληπτη και ανεξάρτητη διαχείριση των διαθέσιμων πόρων.

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, Uniunea Europeană este supusă constant la o serie de provocări și, pentru a rămâne competitivă, trebuie să țină seama de schimbările rapide care au loc, de intensificarea concurenței la nivel mondial și de modificările profunde cauzate de digitalizare în toate sectoarele.

Cercetarea, competitivitatea, inovația și IMM-urile active sunt esențiale pentru a permite creșterea economică și crearea de locuri de muncă în Uniunea Europeană. Dar, pentru aceasta este important să se ofere acestor societăți un mediu favorabil pentru a clădi o economie a Uniunii Europene cu adevărat competitivă la nivel mondial, respectiv programe care să țină cont de cerințele specifice și de resursele administrative reduse ale acestora.

Bugetul Uniunii Europene pe 2019 ar trebui să consolideze toate instrumentele relevante pentru combaterea șomajului în rândul tinerilor, în special în regiunile Uniunii Europene rămase în urmă din punct de vedere economic, acordând o atenție deosebită îmbunătățirii competențelor antreprenoriale și profesionale, recunoașterii calificărilor la toate nivelurile de educație și de formare profesională, inclusiv promovarea competențelor digitale și a spiritului antreprenorial în domeniul digital.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ο προϋπολογισμός του 2019 καλείται να αντιμετωπίσει πολλές προκλήσεις: η ανεργία των νέων, η συνοχή, η μετανάστευση είναι τρία βασικά θέματα. Για την ανεργία των νέων τα κονδύλια που διατίθενται είναι ψίχουλα. Αν λάβει κανείς υπόψη ότι ο κ. Draghi έχει μέχρι στιγμής διαθέσει 2,5 τρισεκατομμύρια ευρώ στην ποσοτική χαλάρωση, τα ποσά που διαθέτει η Ευρωπαϊκή Ένωση για τη στήριξη της απασχόλησης των νέων πραγματικά δεν δημιουργούν καμία δυναμική για σημαντική απασχόληση, πολύ δε περισσότερο για χώρες όπως η Ελλάδα, όπου αυτή τη στιγμή είμαστε πρωταθλητές στην ανεργία των νέων ενώ πάνω από πεντακόσιες χιλιάδες νέοι έχουν μεταναστεύσει.

Ταυτόχρονα, πρέπει να διατεθούν κονδύλια για τη στήριξη της περιφέρειας, για να έχουμε περιφερειακή συνοχή, και, τέλος, κονδύλια για τη μετανάστευση –στήριξη της Ελλάδας, η οποία πραγματικά δεν αντέχει άλλους πρόσφυγες και παράνομους μετανάστες, κύριε Oettinger.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, I would say to the Commissioner that while all these things are very important – youth unemployment, immigration, Brexit – I would like to refer to the European defence plan that was recently established.

The European Union cannot continue to be a soft power only. The European Union needs to build security and defence capabilities because the main concern of European citizens nowadays is security. We have to respond to these concerns, giving more money, more funds, to European defence and security institutions like Europol, like the European Counter-Terrorism Centre, to Frontex and so on and so forth.

Of course, the new PESCO policy has to play a very important role because, as I said, we cannot continue to rely only on economic relations, on trade or on humanitarian aid or development aid. Europe, if it wants to become a global actor, needs stronger security and defence capabilities.

(Înceierea intervențiilor la cerere)

Günther Oettinger, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich kann zur letzten Wortmeldung sagen, dass ich eben dies genauso sehe. Europa muss für seine äußere und innere Sicherheit mehr leisten als in der Vergangenheit, weil die Gefahren und Risiken für unsere europäischen Bürger nicht abgenommen, sondern zugenommen haben. PESCO ist dafür ein Konzept, das von den Mitgliedstaaten weitgehend unterstützt wird, und wir werden mit einer Pilotphase 2019/2020 den Mehrwert im Bereich Verteidigungsforschung und Verteidigungsindustrie austesten und auf der Erfahrung aufbauend im nächsten Haushaltsrahmen 2021ff deutlich mehr Geld in unseren Vorschlag einbeziehen, mit der Bitte, diesen auch entsprechend hier zu beraten und zu unterstützen.

Mehrere Kollegen haben sich auf das Thema Jugendarbeit bezogen. Ich bin mit Ihnen sehr einig, dass die nachhaltige und weitere Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit für viele junge Menschen in zahlreichen Regionen Europas entscheidend ist. Deswegen werden wir auch im Haushaltsrahmen 2019 entsprechende Mittel zur Fortführung unserer Projekte vorschlagen.

Wir stellen zwei Punkte hier fest: Zum einen die Sorge, dass in einigen Mitgliedstaaten, in denen eigentlich diese europäischen Mittel hochwillkommen sein sollten und auch willkommen sind, die Absorption längst nicht zu 100 % gelingt. Das heißt, es gelingt nicht, die Mittel abzurufen und in Projekte, in Arbeitsplätze umzusetzen. Entweder, weil die Kapazitäten und die Aufnahmefähigkeiten im Markt nicht bestehen oder weil die Verwaltungskraft nicht ausreicht. Deswegen steht dieses Thema der Absorption, der Abschöpfung, für mich im Vordergrund, denn mehr Mittel machen nur dann Sinn, wenn sie auch abgerufen werden und über Projekte in Arbeitsplätze für junge Menschen umsetzbar sind. Wir haben da zwischen den Mittelansätzen und der Mittelverwendung in zahlreichen Mitgliedstaaten noch immer eine erhebliche Differenz.

Das zweite Thema wird im Zuge der Verhandlungen mit dem Rat zu besprechen sein. Sie wissen, bevor ich für den Haushalt verantwortlich geworden bin, gab es den *Midterm Review*; das ist Ihr Verdienst. Und in diesem *Midterm Review and Revision* haben wir 1,2 Milliarden Euro auf der Wegstrecke bis Ende 2020 an zusätzlichen Mitteln gemeinsam mit dem Rat für Jugendarbeit beschlossen. 2017 — auch dies war vor meiner Zeit — wurden dafür 500 Millionen in den Haushalt eingesetzt. 2018 — da war ich dabei — haben wir 350 Millionen eingesetzt. Auf dem Weg zu 1,2 Milliarden haben wir jetzt noch den Restbetrag von 350 Millionen. Wenn man die auf die beiden Jahre aufteilt, kann man damit nicht viel an Mitteln verstärken. Wenn wir sie im nächsten Jahr einsetzen, haben wir 2020 ein Problem. Also bleibt die Frage: Ist die Deckelung auf 1,2 Milliarden vom Rat verbindlich, oder kann man hier nochmals über Veränderungen, Umschichtungen oder Aufstockungen nachdenken? Wir kommen darauf mit Sicherheit im Trilog und in der *Conciliation* im Herbst zurück.

Eine kleine Ergänzung: Ein Kasten Rothaus-Bier, Tannenzäpfle, kostet 19,60 Euro. Damit bekommen Sie mit dem Betrag nur acht Kisten und nicht 13, wie von Ihnen veranschlagt.

President. – It probably depends on the kind of beer!

Daniele Viotti, *relatore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io da italiano posso intervenire parlando del costo del vino, più che di quello della birra, ma tornerei in argomento. Non so se sono stato benedetto da Dio, come ha detto il collega Deprez, certo è che la discussione è stata molto molto utile, mi ha fatto piacere sentire le parole in apertura del Commissario europeo e anche adesso in chiusura, e anche le parole dei colleghi che hanno sottolineato quei punti su cui io non ho potuto addentrarmi nel corso della mia relazione iniziale.

Voglio dire che noi abbiamo due doveri, e questo è chiaro dalla discussione che abbiamo fatto quest'oggi pomeriggio e dagli obiettivi che ci diamo, che non sono sempre gli stessi, cambiano di anno in anno ma vanno sempre nello stesso filone. I due obiettivi sono quello di dare crescita e sviluppo alle nostre imprese e al nostro continente, e dall'altro canto è quello di rendere un pochino più sereni i nostri cittadini europei.

L'ha citato, credo, la collega Gardiazabal il fatto che abbiamo un dovere, che si sono presi anche gli Stati membri, di dare contenuto al cosiddetto pilastro sociale dell'Unione europea. Io credo che saremo in grado con il lavoro della Commissione, con il lavoro del Parlamento — e come ho detto noi siamo disponibili a metterci a lavorare da subito — e voglio sperare anche con il lavoro del Consiglio, a dare le risposte a questi due problemi.

Per il momento mi sembra che siamo, come dire, sulla buona strada. Come al solito i problemi arrivano intorno al 27-28-29 luglio, quando il Consiglio presenta la sua prima versione, quella tutta sforbiciata, del progetto di bilancio presentato dalla Commissione. Speriamo che quest'anno il lavoro sia un pochino più facile. Per il momento ringrazio tutti i colleghi che sono intervenuti per i suggerimenti che ho annotato, così come ha fatto il Commissario, e lavoreremo sulla base degli orientamenti che questo Parlamento voterà domani.

Președinte. – Dezbaterile a fost închisă.

Votul va avea loc joi, 15 martie 2018.

16. Erklärungen der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Președinte. – Înainte de deschiderea următoarei dezbateri privitoare la Siria, așa cum s-a convenit, doresc să dau cuvântul doamnei vicepreședintă a Comisiei și Înaltei Reprezentante a Uniunii pentru Afaceri Externe și Politică de Securitate, doamna Mogherini, care va aborda pe scurt 2 chestiuni:

— progresul privind pactele globale ale ONU referitoare la refugiați și pentru asigurarea unei migrații legale, desfășurate în condiții de siguranță și de ordine.

— perspectivele de pace pentru peninsula Coreeană în lumina ultimelor evoluții.

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, on the UN Global Compact on Migration and Refugees, let me start with good news, a good story for once, a little big European achievement over the last few months.

You might remember last December I came to Strasbourg and here in this hemicycle we talked about the detention centres in Libya. I took, in front of you and most of all in front of all those people suffering inside these detention centres in Libya, a commitment to bring back to their homes 15 000 migrants from within the detention centres to their countries of origin in a safe manner, with assisted voluntary returns made with our assistance through the International Organization for Migration (IOM). At that moment we had just reached an unprecedented agreement between our European Union, the African Union and the United Nations, in particular the United Nations agencies for migrants and refugees, at our EU-Africa Union Summit in Abidjan.

Thanks to these agreements, in the first two months of this year, January and February, we managed to rescue and free more than 16 000 people from the camps in Libya. In two months we managed to achieve more than in the previous year and already in 2017 the results were 10 times better than the previous one, than 2016. Now, in the detention camps there are still some 4 000 to 5 000 people. That is far too much and we are going to continue our work with the United Nations and with the African Union to empty the camps. We've managed to bring 16 000 people out of there in two months. I believe we can make it and empty them completely within the coming maximum couple of months.

This has been possible for one reason. We joined forces, first of all within Europe, second with our African partners and friends and, on a global scale, within the UN system. I'm glad to start with this positive note, acknowledging that again still the work to be done is a lot but because sometimes we forget to focus on the achievements we managed to build. I think that humans are important to lead us towards the solutions and the way.

This is only one piece of the puzzle we are trying to put together. The work on safe and dignified returns goes together with saving lives and arresting human traffickers both at sea and on land, it goes together with our Trust Funds to tackle the root causes of migration and with our new External Investment Fund to create jobs and growth in the most fragile regions of origin. The challenge of human mobility in our century is huge. We have experienced it directly, but continents like Africa experience it every day even more. But experience tells us that it is manageable. No country can manage this alone, but together we can set up a humane, dignified and secure mechanism for governing human mobility.

This is the spirit of the New York Declaration that we approved two years ago – solidarity, shared responsibility, multilateralism and engagement. Around these four pillars we have built a common ground. This should be also the spirit of the two Global Compacts on Refugees and Migrants. It is not by standing aside or pretending we can put a wall between us and the rest of the world that we will shape common solutions. We remain convinced that all states can benefit from closer international cooperation, be they countries of origin, transit or destination – and some countries are all three at the same time. Some countries are experiencing the situation of being at the same time countries of origin, transit and destination.

Work on both Global Compacts has now concluded on the consultative phase, and negotiations and formal consultations on the actual text started last month. I believe this is a unique opportunity to bring forward the European vision on migration and bring there, at the global level, the experiences, the lessons, we have learned and the partnerships we have built. It is a vision grounded on human rights, responsibility and mutual solidarity; a vision where traffickers and smugglers and the connected criminal organisations find no place, where we reduce irregular migration and instead we have the courage to invest in more regular and safe channels for migrants. To achieve this we will need strong UN coordination under the leadership of the IOM and the UNHCR, under the respective Compacts.

The first and second negotiating sessions in New York on the Global Compact on Migration are now behind us, showing a strong concordance of voices across the globe. There is still a lot of work to do but there is a good basis to develop a common understanding on how to humanely and efficiently manage migration together now and in the long term.

Also, on the Global Compact for Refugees, formal consultation has started in Geneva and it is important to ensure a balanced and inclusive outcome for refugees and also for the host communities. For the past 18 months the European Union has established strong leadership in the process, thanks also to the partnerships we have developed in these years. Now with the withdrawal of the United States from the Compacts back in December, the Compacts need more than ever a strong and united Europe.

Let me say that I regret that one of our Member States has recently presented a position that is not in line with the position of the 27 other Member States. Here our common work and also your contribution as a Parliament will be essential because together we can push towards inclusive and balanced Compacts to improve the lives of millions of people, to address the concerns of European citizens and to turn migration from a common challenge into a shared opportunity for human development.

I will now move from the UN to the Korean peninsula. For months and years now we have been working as a European Union to avoid the nightmare scenario of a nuclear crisis on the Korean peninsula and we have, let's say, gained some experience in work on nuclear negotiations. Since the Winter Olympics, the news coming from the Far East has given us some hope. The situation on the Korean peninsula could turn from a potential catastrophe into a demonstration of the power of multilateral diplomacy and, let me add, wise leadership. I especially want to thank and recognise the efforts that the President of the Republic of Korea, President Moon, has exercised over this month.

Last week, the Democratic People's Republic of Korea (DPRK) communicated, through the voice of the South Korean special envoy, its willingness to enter into negotiations on denuclearisation. Reportedly, North Korea would refrain from testing nuclear weapons or missiles during these negotiations. If these announcements were to be confirmed they could create the necessary conditions towards a negotiated solution.

The summit meeting between President Moon and Kim Jong Un in April could start to build the necessary trust, de-escalate tensions and improve inter-Korean relations. President Trump's potential readiness to accept the invitation to a summit by the month of May represents another possible element of a breakthrough towards a diplomatic solution.

The unity of the international community will be an essential factor to determine whether we collectively succeed or fail. We Europeans, the European Union and the Member States, are ready to do our part, as we always did. Our policy of critical engagement with the DPRK is more valid than ever. We stand for maximum pressure and dialogue. Both are necessary to avert the danger of war. We have always stressed the need to come to full denuclearisation – irreversible, verifiable denuclearisation of the Korean peninsula – through peaceful diplomatic means.

The European Union sanctions regime on the DPRK is currently the most restrictive towards any country in the world. We implemented all the UN Security Council resolutions on the DPRK and we adopted additional autonomous measures. We also worked with third countries to help enforce the full implementation of all resolutions and we will continue this approach and shortly will launch a new outreach to third countries. We will maintain, in this way, the direct and indirect pressure on DPRK.

But we have always believed that sanctions are a tool and not a goal in themselves. Our objective is, has always been and remains, to help open the political path for a peaceful, negotiated solution of North Korean denuclearisation. That is why we encourage and support this new high-level diplomatic initiative.

I would like again to praise the leadership and courage shown by the Republic of Korea, President Moon and the entire government. I am happy and proud to say that next Monday in Brussels, I will welcome the Korean Foreign Minister to our Foreign Affairs Council to discuss together the way forward and how the European Union can continue to support their work to accompany these efforts, as we have constantly done during this month, in an even more effective manner.

Our goal, as I said, is the complete, verifiable and irreversible denuclearisation of the Korean peninsula. I believe this is a goal that we can achieve with wisdom, unity and the determination that I think we have shown together with our partners internationally in this month.

(Applause)

Președinte. – Acest punct a fost închis.

17. Lage in Syrien (Aussprache)

Președinte. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră privind situația din Siria (2018/2626(RSP)).

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, this week marks the tragic anniversary of the Syrian war. It has been seven years and the war is not over yet. After some encouraging signs of de-escalation in the second half of last year, we have been warning, as the European Union last month, about the risks of a new escalation, and we have tried to prevent it, mainly with our work in the Security Council of the United Nations that led to the adoption of the Security Council Resolution 2401.

What we see today is a dramatic re-escalation of military activities. Afrin first, then the tragedy of eastern Ghouta. With every new escalation a new level of horror is reached. In eastern Ghouta we have witnessed the intentional bombing of civilians and medical facilities and snipers shooting at those who are trying to flee.

There is only one rational and moral thing we can do. We can only keep working together with the United Nations to achieve what has not been achieved so far: a political solution in Geneva as the foundation of a just and lasting peace.

We believe the most urgent task now is to stop the fighting and bring relief to the civilian population. At the end of February, as I mentioned, the UN Security Council adopted unanimously, thanks also to our work, the work of our Member States in the Security Council, the Resolution 2401, demanding a 30-day cessation of hostilities all around Syria, with the only exception of operations against Daesh and al-Qaeda.

At our meeting of the EU Member States Foreign Affairs Ministers, our Foreign Affairs Council on 26 February, we were united in calling for a full and immediate implementation of the Resolution. And right after we met, the same day, I wrote to the Foreign Ministers of Russia, Iran and Turkey, the three guarantors of the Astana Process, because they have committed to creating four de-escalation zones in Syria – and let me recall that eastern Ghouta is one of these four zones. So they have taken a clear responsibility and we expect them to fulfil it.

In my letter I called on them to contribute to the full and immediate implementation of the Security Council Resolution, and this includes taking all necessary steps to ensure that the fighting stops, that humanitarian access is ensured, and to allow for life-saving deliveries of assistance and medical evacuations. In eastern Ghouta over 1 000 people are now in need of evacuation as doctors, medicines and medical appliances are lacking.

Thanks also to our work, together with the United Nations, on the first days of March a UN aid convoy was finally allowed to enter Duma. It was the first aid convoy since November and it brought some much-needed relief to thousands of people trapped in eastern Ghouta. Our first concern is always saving lives; it is always the humanitarian needs. But the shelling resumed while the operations were still ongoing and the convoy had to leave before the aid could be fully unloaded. This shows that a daily five-hour truce can be a first step, but it is clearly not sufficient. Syria needs a full cessation of hostilities as agreed by the UN Security Council, and it is also unacceptable that the Syrian regime removed critical medical items from the convoy in clear violation of international humanitarian law.

As our diplomatic work for a truce continues every single day, as our humanitarian support to Syrians continues, we must also keep focusing on peace talks, on a political solution in Geneva. I know it is difficult to talk about peace negotiations, and even more to engage in peace negotiations, while thousands are still dying, but let us keep in mind two things. First, that peace is all the more urgent when the fighting gets worse; and second, that peace can only come from a comprehensive political agreement under UN auspices. I believe we should have learned that by now. Limited agreements do open windows of hope, and bring limited improvement, but have always collapsed owing to the lack of broader political agreement on the future of Syria.

The new escalation of violence in eastern Ghouta, but also in Afrin, can push further away the chances for a political solution to the conflict and can easily lead to an even more dramatic escalation, even in these hours. We need to concentrate all our energies in supporting and revitalising the UN-led negotiations in Geneva in a determined and consistent manner, gathering the efforts of all the partners in the region and the international community.

Support in Geneva will be one of the key goals of the second Brussels conference we will host on the future of Syria and the region at the end of April. We will gather the international community, the regional players, around three objectives. First, to renew our humanitarian support to the people of Syria, both inside Syria and in the neighbouring countries. Second, we will work on the recovery of areas where the fighting has ended, particularly the areas liberated from Daesh, bringing back services and normal life to communities, men, women and children, that aspire to a sort of normal life. Reconstruction, as we said several times and very clearly – and we will repeat in Brussels at the end of April – will only begin after a credible and inclusive political agreement has been reached, but the perspective of reconstruction can help the Geneva process. This is why we continue to work also to prepare for peace as the most powerful leverage we have to encourage a positive dynamic and outcome of negotiations.

This is the first objective of the Brussels conference in April: use our convening power, which is quite remarkable, together with the United Nations, to unite a real international and regional consensus, to give a political push to intra-Syria negotiations in Geneva. This is not because we are naive or blind – on the contrary, after seven years we know how difficult it is to end this war, and even those that have tried partial political avenues to gather different formats have realised very clearly the limits of this exercise. It is only through collective UN effort that we can get there.

But we know that it would simply be impossible to bring peace to Syria without everyone's contribution. This is why we are insisting on strong political commitment to negotiations to be expressed in a united manner at the Brussels conference coming up in a couple of months from now, because we cannot afford to stop working for peace, and it is exactly in the darkest moments that the work for peace is most needed. We, the European Union, are not giving up on the Syrian people and will call on the rest of the world to do the same.

Cristian Dan Preda, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, Madame la Haute représentante, nous ne pouvons plus vraiment parler d'une guerre civile en se référant à la Syrie. Il s'agit plutôt d'un massacre. L'horreur des images nous provenant de la Ghouta orientale nous laisse sans voix. Je pense tout particulièrement aux enfants qui subissent un traitement barbare de la part du régime syrien et de ses alliés.

Nous sommes forcés de constater la paralysie totale de la communauté internationale face à ce drame humanitaire. Non seulement les résolutions du Conseil de sécurité de l'ONU sont violées aussitôt votées, mais, pire encore, les bombardements se sont intensifiés depuis le vote de la résolution.

Poutine, au sommet de sa forme, est en train de jouer à son jeu favori de pompier pyromane, en apportant d'un côté un soutien sans faille au régime Assad et, de l'autre, en nous proposant une trêve de cinq heures, qui est à la fois irréaliste et cynique. Aucune aide humanitaire digne de ce nom ne peut être apportée aux civils pris au piège dans la Ghouta en l'espace de cinq heures. Le régime syrien et ses protecteurs russe et iranien ne laissent qu'un seul choix aux populations: partir ou mourir. Mais partir où? Dans une autre région sous les bombes?

Une seule chose est sûre: on ne peut pas massacrer des centaines de milliers de civils et ensuite espérer les réintégrer dans une future société syrienne dirigée par le clan Assad. Il n'y aura aucune reconstruction sans que les bourreaux payent pour leurs crimes.

Victor Boştinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, all our efforts to implement a ceasefire in eastern Ghouta are failing one after another. Assad's regime, under the complacent eyes of its allies, Russia and Iran, is continuing with full impunity the bombing of villages, civilians, hospitals and ambulances and continuing to drop chemical weapons. Children now account for a quarter of civilian deaths. The humanitarian situation is only worsening and the humanitarian aid cannot get in. It is unbearable to stand by in front of such a human tragedy and suffering. Russia is continuing to undermine UN credibility and mocking the international community, while every day we are watching the 'Butcher of Damascus' exterminating his own people.

There is no peace process without a ceasefire all over Syria, including in Afrin, Ghouta and Idlib. The only result from what is happening in Syria is more and more suffering, war and radicalisation spread all over the region. This is why we should acknowledge the impressive solidarity demonstrated by the neighbours of Syria towards the refugees. The S&D Group calls on the Member States to step up financial support for host countries and welcomes the fact that the Brussels II conference on Syria will aim to channel more support for the international community to refugee hosting countries. The UN-led process is the only way forward for Syria. In the meantime, we have to make sure that the ceasefire is implemented and all evidence and testimony of human crime in Syria is preserved in order to ensure that international justice will prevail in that country.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Jean-Luc Schaffhauser (ENF), *question «carton bleu»*. – Cher collègue, ma question sera assez brève. Il y a des témoignages de chrétiens qui soulignent que, depuis maintenant très longtemps, des missiles – on parle même de bombes défendues – seraient envoyés à partir de la Ghouta sur le reste de la population syrienne, qui est en fin de compte attaquée, et qu'il ne s'agirait pas de rebelles mais de terroristes. Donc, soutenez-vous des terroristes qui s'attaquent depuis plusieurs années à des civils à partir de la Ghouta?

Victor Boştinaru (S&D), *blue-card answer*. – Mr Schaffhauser, let's be serious. This debate and the resolution to be voted on by the plenary is based on evidence provided by the UN and the UN Security Council, strong evidence which speaks of crimes committed, not allegations. This is why I treat all the victims as just human beings, not belonging to this or that faith or ethnic group. They are all human beings who are being completely destroyed. I am devastated by the violence. So the ceasefire is good for all, and I really hope that you will stop peddling allegations in this House.

Anna Elżbieta Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, there has been no progress in eastern Ghouta since the adoption of UN Security Council resolution 2401. Moreover, even more war crimes have been perpetrated by the forces of Bashar al-Assad, even with the support of Security Council members. Yesterday there was a special area formula meeting of UN Security Council members, with testimony of the Syrian negotiating commission members urging UN Security Council members for a binding resolution with the adoption of Chapter 7 measures and all measures possible to achieve a real cessation of hostilities and bring lasting peace.

I support the draft joint resolution and I would like to stress there should be no future and post-conflict Syria for Bashar al-Assad.

Marjetje Schaaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, we have seen hospitals – in Aleppo, Idlib, Damascus – being bombed, and bombed again soon after, to target aid workers like the White Helmets. And again, we have seen children choke on sarin and mustard gas. And again, people reduced to red lines crossed. And again we hear how these people were actually terrorists and therefore legitimate targets for Assad, Putin and Iran's Revolutionary Guards. And again, we hear there is no military solution as bombs create realities on the ground. And again, vetoes for UN Security Council Resolutions. And again, a blank statement from the UN out of words. And again, vital aid convoys blocked and robbed. And again...

High Representative Mogherini and colleagues, are you not also getting sick of this debate again and again and again? The toxic, cynical and bloody cycle that is the war in Syria must stop. It is not too late for us in the EU to play a more effective and meaningful role towards peace, justice and accountability for Syrians.

Barbara Lochbihler, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Durch die Militäroffensive in Ost-Ghuta sind mehr als 1200 Zivilisten getötet und Tausende verletzt worden. Die syrische Regierung und ihre Verbündeten begehen mit ihren massiven Bombardierungen der belagerten Zivilbevölkerung Kriegsverbrechen. Es muss sofort einen Waffenstillstand geben, und der Zivilbevölkerung muss unverzüglich humanitäre Hilfe zukommen. Auch im Norden Syriens müssen die Waffen schweigen, und die NATO muss die Türkei auffordern, ihren völkerrechtswidrigen Einmarsch in die Region Afrin zu beenden.

Für eine Konfliktlösung wird es nötig sein, alle Parteien an den Verhandlungstisch zurückzuholen. Keinesfalls dürfen aber die erforderlichen Gespräche dazu missbraucht werden, Beziehungen mit Kriegsverbrechern zu normalisieren. Ich verurteile es entschieden, wenn, wie berichtet, der italienische Innenminister den Vertreter des syrischen Geheimdienstes und mutmaßlichen Kriegsverbrecher Ali Mamluk zu einem Treffen in Rom empfängt. Die EU muss sich weiterhin entschieden dafür einsetzen, dass die Kriegsverbrecher zur Rechenschaft gezogen werden. Die Mitgliedstaaten sollten dazu die Strafverfolgung von syrischen Kriegsverbrechern vor ihren nationalen Gerichten verstärken und unterstützen. Die Brüsseler Geberkonferenz zu Syrien im April muss die humanitäre Hilfe in der Region langfristig garantieren. Gleichfalls müssen aber auch Geflüchtete aus Syrien durch großzügige *Resettlement*-Programme und durch legale Zugangswege in Europa Schutz finden.

Javier Couso Permuy, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, me parece estar viviendo un *déjà vu* en esta Cámara. Tuvimos el caso Alepo. Todos movilizados porque se estaba derrotando a los terroristas. Hasta un ex secretario general de la OTAN, presunto criminal de guerra en Yugoslavia, tuiteaba: «¡Qué tragedia si cae Alepo!». Pero Alepo no cayó. Fue liberado. Liberado del terror, de la persecución religiosa, de un califato islamofascista. ¿Estuvo alguno en Alepo? Yo sí. Vi a su población retornar. Vi sus iglesias abiertas de nuevo. Vi un Alepo que volvía a renacer.

Hoy se clama por los rebeldes de Guta oriental. ¿Rebeldes!? Ni Yaish al-Islam ni Failaq al-Rahmán ni por supuesto la Al-Qaeda renombrada son rebeldes. Son terroristas que usan armas químicas; que usaron en 2015 a quinientas mujeres como escudos humanos en jaulas; que disolvieron a tiros en 2007 manifestaciones civiles; que bombardean con morteros Damasco; que usan la población como rehenes y que impiden los corredores humanitarios.

Esta guerra terrible en la que se ha utilizado la carta terrorista para un cambio de régimen debe terminar, pero no con indignación forzada, no con sanciones, no con la reiteración del error estúpido. Con una salida negociada y realista que lleve a conversaciones con todas las partes no terroristas. Hace dos días conmemorábamos el 14.º aniversario del 11 de marzo. ¿Saben? Ciento noventa y tres personas en mi país asesinadas por Al-Qaeda.

Es un insulto que algunos en este Parlamento le hagan el trabajo sucio a los terroristas que matan sirios, pero también europeos.

Fabio Massimo Castaldo, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il 24 febbraio il Consiglio di Sicurezza delle Nazioni Unite approva la risoluzione 2401 chiedendo un immediato cessate il fuoco per permettere la consegna di aiuti umanitari e l'evacuazione di malati e di feriti dalle zone di conflitto.

L'impatto di questa risoluzione sul campo: nullo. L'offensiva di Assad a Goutha Est e Idlib e quella turca ad Afrin non si sono fermate nemmeno per un istante. Le ultime notizie ci parlano di migliaia di civili in fuga dalla regione di Afrin, con le truppe turche pronte ad assediare la città. Una possibile catastrofe nella città di Duma, con l'imminente attacco delle truppe governative ed i bombardamenti su zone residenziali di Idlib, incluso un asilo nido.

Allo stesso tempo, le iniziative politiche arrancano. Il processo di Ginevra è di fatto bloccato, le zone di distensione previste da quello di Astana non sono mai state implementate. Più che altro si stanno affermando delle zone di spartizione vera e propria; non una, ma tante Sirie, tutti alla ricerca della fetta più grande. E pur sperando che la conferenza di Bruxelles del 4 e 5 aprile possa contribuire a sbloccare in qualche modo la situazione, ho paura che si riveli un semplice promemoria dell'incapacità della diplomazia e della comunità internazionale, inefficaci e finora irrilevanti.

La verità è che le varie forze sul campo in Siria stanno giocando una partita a scacchi letale, ognuna perseguendo i propri interessi strategici, accomunate solo dal fatto di nutrire un completo disinteresse verso le vite dei civili. Sotto la falsa premessa della lotta al terrorismo, le alleanze e le realtà mutano vorticosamente. Basti pensare alla paradossale relazione tra Stati Uniti e Turchia, fino a ieri, storici alleati della NATO, di cui sono il primo, il secondo esercito, ora in una contrapposizione geopolitica tale da indurre i generali di un'America sempre meno superpotenza a tuonare ammonimenti verso una possibile avanzata turca, oltre Afrin e verso Manbij.

In Siria, il fine giustifica i mezzi, tuonano i cannoni e tace la ragione in questa situazione tragica e caotica, dove la diplomazia ha finora vistosamente fallito. Con lo spettro di una escalation involontaria sempre incombente, voglio lanciare un appello e un ammonimento: ad Assad ed Erdogan, chiedo di dimostrare un briciolo di responsabilità e anche di umanità; sospendano immediatamente tutte le attività militari e permettono agli aiuti umanitari di raggiungere i bisognosi. E a tutti gli attori che operano sul terreno, incuranti delle tragiche conseguenze umane delle relazioni invece dico: state e stiamo camminando sull'orlo dell'abisso, è un cammino sempre più sdruciolevole ed una volta che si scivola, quello che ci attende è una lunga, lunga caduta.

Franz Obermayr, im Namen der ENF-Fraktion. – Herr Präsident! Syrien ist ein Paradebeispiel der Doppelzüngigkeit internationaler politischer Akteure. Auf der einen Seite kritisiert das Weiße Haus die Opfer an syrischen Zivilisten in der Region Ost-Ghuta, europäische Politiker pochen martialisch auf eine Feuerpause, und auf der anderen Seite schweigen dieselben Protagonisten und sehen tatenlos zu, wenn der NATO-Partner Türkei mit Unterstützung von fundamentalistischen islamischen Freischärlern in Syrien einmarschiert und eindeutig Völkerrecht bricht. Derweil lässt man wieder die Kurden, die auch die christlichen Minderheiten gegen den IS verteidigten, im Stich, überlässt die Region Afrin und seine Zivilbevölkerung ihrem Schicksal, und damit nimmt man auch den Tod von Kindern und Frauen, was in Zukunft durchaus passieren kann, stillschweigend zur Kenntnis.

Wenn Frau Mogherini jüngst am 6. März die gute Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU betont, so ist es für mich eine Verhöhnung der Männer und Frauen von Afrin, die sich gegen die türkische Armee zu verteidigen versuchen. Was für ein Zynismus: Diese Frauen und Männer in Afrin verteidigen sich mit NATO-Waffen gegen einen NATO-Aggressor.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η κατάσταση στη Συρία είναι το πλέον χαρακτηριστικό παράδειγμα πολιτικής και ανθρώπινης παράνοιας. Η ανθρώπινη παράνοια έγκειται στο ότι όλες οι εμπλεκόμενες δυνάμεις έχουν επιδοθεί σε έναν άτυπο διαγωνισμό απάνθρωπων επιθέσεων και βομβαρδισμών που παραπέμπουν ευθέως σε εγκλήματα πολέμου. Η πολιτική παράνοια φαίνεται από το γεγονός ότι υπάρχει μια συνεχής ρευστότητα σε στρατηγικές συμμαχίες, όπου σύμμαχοι λόγω συμφερόντων του χθες, σήμερα αλληλοβομβαρδίζονται.

Η Ευρώπη, από την άλλη, καταδικάζει τον Άσαντ, ο οποίος μάχεται ενάντια στη Λεγεώνα αλ-Ραχμάν και την Τζαΐς αλ-Ισλάμ, οι οποίες υποκινούνται από το Κατάρ και τη Σαουδική Αραβία αντίστοιχα. Αυτές όμως οι οργανώσεις έχουν καταδικαστεί από την ίδια την Ευρώπη, διότι οι μαχητές της έχουν διαπράξει τρομοκρατικές ενέργειες, ενώ παράλληλα δεν ακούγεται καμία φωνή για τη φίλη σας Τουρκία, η οποία έχει εισβάλει παράνομα στη Συρία με θύματα αθώους στο Αφρίν. Δυστυχώς αυτή η πολιτική διπολική διαταραχή μεταφράζεται σε φόρο αίματος αθώων ανθρώπων και η Ευρώπη της ατολμίας έχει καταστεί ηθικός αυτουργός.

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, in today's *Le Monde*, Syrian and Lebanese politologists conclude that the international community is resigned to the current, monstrous scenario, which has become a 'new normal'. Let us be clear, the Assad regime would not have existed today if Russia and Iran had not have forcefully intervened to prop it up.

They intervened and there was a void left by the absence of a clear commitment by the EU and US. We also need to be clear that there are terrorist groups, but also terrorist regimes. All of them have to be assessed on the basis of the criminal deeds and mass murders.

The EU has planned to take strategic approach to this conflict, to use all means to enforce Security Council resolutions. There is one thing we have to be very clear about: there can be no sustainable peace without accountability for the crimes committed. There is no doubt about the main actors responsible. While ISIS has been mainly defeated, there remains the Assad regime, Russia and Syria and now Iran.

Therefore, these main actors cannot be allowed to walk away from the economic and human consequences of their military intervention and indiscriminate use of force. There must be strong international moral and political pressure not only to end the intervention, but to make them contribute fully to the reconstruction of Syria.

Additional targeted sanctions should be imposed on Russia and Iran following their role in the bombardment of the Syrian population in eastern Ghouta.

Elena Valenciano (S&D). – Señor presidente, en realidad, yo creo que la alta representante ha expresado clarísimamente lo que nosotros podemos hacer. A mí me agota un poco la reiteración de que la Unión Europea no hace nada. Yo creo que sí; el problema es que no sé yo si está en manos de la Unión Europea la solución.

Creo, señora Mogherini, que usted ha hecho un enorme esfuerzo —y lo sabemos todos— por conseguir una posición unánime en el Consejo de Seguridad de la parte de los Estados miembros, lo que no siempre es sencillo; en este asunto, menos. Y creo que es una excelente idea promover una reunión en Bruselas que pueda impulsar el proceso de Ginebra.

Creo que la Unión Europea, en el espacio que la Unión Europea tiene y que la señora Mogherini representa, está haciendo todo lo posible. Eso no significa que Siria sea el gran fracaso de la comunidad internacional de los últimos años. Probablemente, es el caso más sangrante, el más grave de todos. Porque han fracasado todos los intentos de negociación y porque han saltado por los aires todas las reglas del Derecho internacional, del Derecho internacional humanitario y de la humanidad más básica. Porque están muriendo muchísimos civiles, muchísimos niños y niñas.

¿Cuál es nuestro papel? Nuestro papel es justamente impulsar que sea posible una negociación política que detenga este infierno. Y hay responsables a los que habrá que juzgar en su momento, desde luego. Creo que, tal vez, sí podríamos presionar un poco más a Turquía. Turquía está haciendo un doble juego intolerable, y creo que en eso la Unión Europea tiene que ser clara.

Charles Tannock (ECR). – Mr President, I would say to the High Representative that just hours after UN Security Council Resolution 2401 was passed for a 30-day ceasefire in Syria, on 24 February, the Assad regime's Air Force was recorded to be bombing across eastern Ghouta again. This was a fateful start to a ceasefire that was declared this week a failure by the US ambassador to the UN, Nikki Haley. I note her warnings that if a solution cannot be imposed by the UN, then the US may be forced to take action independently.

Further comments from Russia suggesting that it would retaliate against the US directly in the event of any attacks against the Assad regime must be a cause for the gravest of alarms. As tensions between the UK and Russia increase following the recent assassination attempt of a former Russian spy on British soil, such high stakes diplomacy come at the worst possible time. The dismissal today of one of the most sensible voices in the US administration by President Trump – that is US Secretary of State, Rex Tillerson – is also of grave concern for what's going on in the world.

Right now our priority for the EU must be securing a durable ceasefire in Syria and getting the Geneva process of negotiation back on the table.

Hilde Vautmans (ALDE). – Voorzitter, mevrouw Mogherini, u heeft het zelf gezegd, de situatie in Syrië is dramatisch. Zeven jaar, vierhonderdduizend doden. De laatste drie maanden alleen al zijn meer dan drieduizend kinderen gedood en hebben 13 miljoen mensen humanitaire hulp nodig. Daar komt dan bovenop dat we eindelijk, na lang aandringen, die VN-resolutie hebben aangenomen, maar die wordt dan vervolgens niet ten uitvoer gelegd. Wat erger is, de hulpkonvoien geraken niet tot bij de slachtoffers. Collega Schaake heeft het al gezegd, ziekenhuizen worden gebombardeerd, ambulances worden gebombardeerd. Hoe onmenselijk kan onmenselijkheid eigenlijk nog zijn? Soms heb ik het gevoel dat we eigenlijk een beetje gewend aan het raken zijn aan die beelden. Kinderen met schuim op de lippen, mosterdgas, bombardementen, massale vernielingen op zo'n afschuwelijke schaal. En we kijken ernaar en we praten.

Ik vind het goed dat u heeft gezegd dat we moeten zorgen dat het staakt-het-vuren wordt gerespecteerd. We moeten zorgen dat er een *no-flyzone* is. We moeten zorgen dat er hulp bij de slachtoffers komt. Dat is nu prioriteit nummer één.

Maar ik heb hier helaas weinig horen zeggen over het feit dat we toch moeten zullen gaan spreken met Iran, met Turkije, met Rusland. Als Europa echt zijn taak ter harte neemt, is dat iets wat ik u vraag te doen. Neem die rol op! U bent een sterke vrouw! U kan dat!

En het tweede punt is: we zullen de daders moeten terechtstellen voor welk tribunaal dan ook.

Bodil Valero (Verts/ALE). – Herr talman! Under förra sammanträdesperioden i Strasbourg tog jag upp Turkiets attacker mot Afrin – attacker som i stället för att minska har eskalerat. Häromdagen kom ett nödrop från en kurdisk man i min *messenger*. Han ber oss i parlamentet att fördöma och att agera mot Erdoğan's attacker. Han menar att om de turkiska attackerna inte stoppas kan vi stå inför ett nytt Srebrenica.

Nu finns det också starka bevis på att Natolandet Turkiet ända till nyligen har låtit tusentals ton material för tillverkning av sprängmedel nå Daesh. Det är oacceptabelt, och EU-länderna borde omedelbart stoppa all export av sådana varor samt vapen till Turkiet. Vi vet också att en stor del av de vapen som Daesh använder kom från EU-länder. Både från Bulgarien och Rumänien har vapen nått Syrien via USA och Saudiarabien, vilket är i strid med artikel 7 i den gemensamma ståndpunkten.

Jag tycker därför att det är anmärkningsvärt att tre partigrupper har blockerat att alla referenser till Daeshs vapen nämns i resolutionen. Sanningen är att när världen tack vare kurderna lyckats stoppa Daesh, så används Daeshs vapen mot dem vi borde vara ytterst tacksamma mot. Det är skamligt!

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, δεν νομίζω ότι θα πω κάτι για το οποίο υπάρχει οποιοσδήποτε εδώ μέσα που διαφωνεί. Εγώ ντρέπομαι που μιλάμε για τη Συρία ξανά και –επαναλαμβάνω– νομίζω ότι εκφράζω όλους. Για ποια Συρία μιλάμε, αγαπητοί συνάδελφοι; Και ποίων άλλων επιχειρημάτων χρειαζόμαστε, για να παραδεχτούμε ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν κατάφερε να πλησιάσει την ειρήνη; Και δεν επιφορτίζω ευθύνες στην κ. Mogherini, αναφέρομαι στην Ευρωπαϊκή Ένωση συνολικά. Να παραδεχτούμε ότι δεν τα καταφέρνουμε. Δεν μας ακούει ούτε ο κ. Πούτιν ούτε ο κ. Άσαντ ούτε ο κ. Τραμπ ούτε ο πρόεδρος της Τουρκίας Ερντογάν.

Υπάρχει σωρεία πληροφοριών για το τι τρέχει στη Γούτα και –πολύ σωστά– μαθαίνουμε τι ακριβώς συμβαίνει εκεί, με τόσες χιλιάδες νεκρούς. Έχει πέσει ένα πέπλο μυστηρίου πάνω από το τι συμβαίνει στο Αφρίν, που το επέβαλε ο πρόεδρος της Τουρκίας. Δεν ξέρουμε τίποτα. Ακροθιγώς μπορούμε να ακούσουμε κάτι. Και εμείς όλοι που υπερασπιζόμασταν τις κουρδικές δυνάμεις όταν πολεμούσαν το ISIS σήμερα σιωπάμε. Ντροπή!

Raymond Finch (EFDD). – Mr President, recent events in Syria have shown just how drastic a rethink Western policy needs. We have reached a point where a supposed cornerstone ally, Turkey, is conducting military operations against fellow allies in the fight against both ISIS and the Assad regime. Whilst this is nothing new, the audacity of their fight in bringing them on a collision course with American personnel in the region is.

But the issues go much deeper. The Syrian people have suffered for seven long years. For what? To remove Assad when it is now clear such an objective is unachievable without further mass slaughter and further instability? How many lives does your naive power politics take? All your foreign policy has done is destabilise the Middle East. We have seen for decades now the suffering caused by your failures both at home and abroad. What will it take for you to wake up and change direction? Let's look at how we can speak honestly with every nation and look for solutions without choosing sides for military adventurism. Interference in the internal affairs of sovereign nations is only neo-colonialism and stores trouble.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, Συρία: Εφτά χρόνια, 350.000 νεκροί, 20.000 παιδιά. Μακελειό που προκλήθηκε με τον πόλεμο που κήρυξαν οι Ηνωμένες Πολιτείες, το NATO και η Ευρωπαϊκή Ένωση σε ανταγωνισμό με τη Ρωσία και το Ιράν για τον έλεγχο πηγών και περασμάτων ενέργειας. Μεγάλες είναι οι ευθύνες του ευρωατλαντικού μπλοκ, της Σαουδικής Αραβίας και άλλων συμμάχων τους για τη συγκρότηση και εξοπλισμό του ISIS. Με την ήττα του ISIS εντείνεται ο ανταγωνισμός για τη λεία με επίθεση της Τουρκίας, απειλές και επιθετικές ενέργειες του Ισραήλ.

Δεν είναι όμως μόνο η Συρία. Κλιμακώνεται η επιθετικότητα της Τουρκίας στο Αιγαίο, την Κύπρο, το Ιράκ όπως και με τη σύλληψη και κράτηση δύο Ελλήνων στρατιωτικών, την οποία καταγγέλλουμε και ζητούμε την άμεση απελευθέρωσή τους. Οι δυνάμεις, μεταξύ αυτών και η ελληνική κυβέρνηση, που προωθούν την πολιτική της γεωστρατηγικής αναβάθμισης μιλούν για λογαριασμό μεγάλων οικονομικών ομίλων και του ανταγωνισμού τους σε βάρος των λαών. Οι λαοί σήμερα πρέπει να απαντήσουν καταδικάζοντας τους ιμπεριαλιστικούς πολέμους και τις επεμβάσεις. Καμιά αλλαγή συνόρων και συνθηκών που θα την πληρώσουν οι λαοί με το αίμα τους.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

David McAllister (PPE). – Mr President, as we have just heard, the seven-year-long conflict in Syria is a tragedy and having in mind Russia's, Iran's and Turkey's meddling we all know that this became a proxy war years ago. I can only underline what the High Representative / Vice-President stated. The European Union, despite all the difficulties, must continue to push strongly for a political solution of the conflict to end the appalling atrocities. Together with the United States, we have to insist on the implementation of the 2015 UN Security Council Resolution 2254, as well as Resolution 2401, which was adopted just three weeks ago.

Full implementation would ensure the delivery of immediate, safe, unimpeded and sustained humanitarian assistance. Full implementation would ensure the evacuation of the critically sick and wounded, and full implementation would ensure that the suffering of the Syrian people would be brought closer to an end. I welcome the EU-hosted second Brussels conference in April which will aim at supporting the UN-led Geneva process, focusing on humanitarian support to Syrians inside and outside Syria.

Dear Federica Mogherini, we all sincerely hope that you will succeed in keeping the attention and response to the Syrian crisis at the top of the international agenda. Thank you for your work.

Neena Gill (S&D). – Mr President, eastern Ghouta is fast becoming a hell on earth. Assad continues to drop bombs not on terrorists but on civilians and to loot their health supplies. Four chlorine attacks have been reported since the start of the year. President Putin dismissed these as ‘fake news’ and ‘boring’. The UN Security Council is weaker than ever. The US is right to push for a new resolution closing loopholes that allow attacks on terrorists by Russia and Assad.

The EU is the largest humanitarian donor in this conflict and has leverage. How will we use it? So my questions to you, High Representative are: how are you preparing the ground for a unified EU position that increases pressure on Russia? What is being done to ensure a revision of the UN operating principles so we can stop Assad from dictating the global aid response? One of the most harrowing reports last week was that of women and girls across Syria facing abuse in accessing aid. It is important that the April conference finds effective ways to stop this ...

(The President cut off the speaker)

Bas Belder (ECR). – Dank u wel, Voorzitter, mevrouw Mogherini, ik wou eigenlijk uw aandacht vragen voor een drietal belangrijke militaire ontwikkelingen op het Syrische slagveld en hoe u daartegen aankijkt.

Ten eerste, de bronnen die ik raadpleeg in de regio zelf, informeerden mij dat de staking van de strijd tegen ISIS momenteel gebeurt, omdat de Syrische Koerden richting Afrin zijn vertrokken, een resultante van de Turkse militaire operatie aldaar. Het is een slechte zaak voor de Europese veiligheid als de strijd tegen ISIS opdroogt, dus op het ogenblik niet gebeurt.

En dan ten tweede, u heeft goede connecties met Teheran, met Iran. Welnu, de opbouw van een volledige militaire infrastructuur in de Syrische Golan is natuurlijk een groot gevaar voor een totale regionale oorlog waarin de buurlanden Libanon, Syrië, Israël en natuurlijk ook Jordanië meegezogen zullen worden. Praat u erover in Teheran? Dat is een groot risico. Onderkent u de ernst?

En dan ten derde, Idlib, daar is op het ogenblik de grootste concentratie van jihadisten. Turkije werkt ermee samen. Hoe kijkt u daar tegenaan? Dat is ook een enorm gevaar voor onze veiligheid in Europa.

Yannick Jadot (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Madame la Haute représentante, sept ans de guerre civile et d'horreur, 400 000 morts dont une majorité de civils. Dans la Ghouta orientale, à Idlib, à Afrin, la communauté internationale est impuissante face aux massacres.

Raser des villes, raser des écoles, raser des hôpitaux, ce n'est pas combattre le terrorisme, c'est du terrorisme. Le message de Poutine, d'Assad, d'Erdoğan et des dirigeants iraniens est clair: vous voulez plus de démocratie, vous aurez la guerre, vous voulez plus de liberté, vous aurez la mort. Ce n'est pas en déroulant, au château de Versailles, le tapis rouge à Poutine qu'on va régler la question des massacres.

Oui à l'aide humanitaire, oui au processus de paix onusien, mais l'Europe a une responsabilité et nous devons sanctionner les responsables de ces horreurs là où cela leur fait mal: leur liberté, leur argent, leur orgueil. Leur liberté, battez-vous pour un tribunal international sur les crimes en Syrie; leur argent, faisons une liste Magnitski élargie, confisquons leurs biens, interdisons leur territoire; et leur orgueil, organisez, poussez le boycott politique de cette coupe du monde...

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κυρία Επίτροπε, είπατε ότι η ειρήνη μπορεί να επιτευχθεί με πλήρη πολιτική συμφωνία υπό την αιγίδα του ΟΗΕ. Ή σε άλλο κόσμο ζούμε ή άλλο κόσμο περιγράφουμε. Πριν επτά ημέρες το ισχυρότερο θεσμικό όργανο στον πλανήτη, το Συμβούλιο Ασφαλείας του ΟΗΕ, αποφάσισε ανακωχή στη Συρία για να παραδοθεί επιτέλους ανθρωπιστική βοήθεια. Και μέχρι σήμερα συνεχίζουμε να θρηνούμε εκατόμβες αμάχων. Γιατί; Για τον ίδιο λόγο, κυρία Επίτροπε, που δεν εφαρμόζουν τα κράτη μέλη την κοινή θέση για την απαγόρευση πωλήσεων ευρωπαϊκών όπλων. Οι ευρωπαϊκές πολεμικές βιομηχανίες κάνουν διαρκώς ρεκόρ κερδών. Πού τα πουλάνε, κυρία Επίτροπε; Έχετε κάποια συγκεκριμένη πρωτοβουλία να μας πείτε που μπορεί να αναλάβει η Ευρωπαϊκή Ένωση εκτός από αναλύσεις και ευχολόγια; Μπορεί η Ευρωπαϊκή Ένωση να επιβάλει εμπάργκο όπλων προς τα κράτη της περιοχής που βομβαρδίζουν στη Συρία, στην Υεμένη και αλλού; Η Τουρκία έχει εισβάλει στη Συρία και βομβαρδίζει ανηλεώς τους Κούρδους και απειλεί όλους τους γείτονές της. Μπορεί η Ευρωπαϊκή Ένωση να επιβάλει άμεσα κυρώσεις στην Τουρκία; Εάν δεν μπορείτε –εγώ πιστεύω ότι δεν θέλετε–, η δεύτερη σύνοδος του Απριλίου θα αποδειχθεί μια φάρασα.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Frau Mogherini, warum erwähnen Sie nicht, dass in dieser Woche der syrische Gesandte bei den Vereinten Nationen klargemacht hat, dass die syrische Verwaltung in den befreiten Gebieten 24 Tonnen Giftgas-Kampfmittel gefunden hat, dass sich Syrien 140 Mal an die Vereinten Nationen gewandt und um Hilfe und Unterstützung gebeten hat, um festzustellen, von wem diese Kampfstoffe kommen? Dass die Syrer hier klar festgestellt haben, dass Kampfmittel aus der Türkei und ebenso aus dem Irak nach Syrien an die Terroristen geliefert werden. Heute ist doch eigentlich eine historische Stunde: Um 13.03 Uhr warnte der russische Generalstab vor einem möglichen Angriff nach einem inszenierten Giftgasangriff, wo offensichtlich alle Komparsen in Stellung gebracht sind, dass in wenigen Tagen möglicherweise die Vereinigten Staaten Damaskus und Syrien mit einem massiven Raketenangriff angreifen wollen. Das ist doch Ihre Stunde, jetzt für Frieden zu sorgen, das öffentlich zum ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Jaromír Štětina (PPE). – Dámy a pánové, dnešní nejčerstvější zprávy potvrdily, že turecká armáda obklíčila město Afrín a zahájila jeho obléhání. Zdá se, že se v provincii Afrín bude opakovat situace z východní Ghúty. V Afrínu je stejně jako v Ghútě několik desítek tisíc civilních obyvatel. Jak v Afrínu, tak v Ghútě blokáda brání vjezdu humanitárních konvojů. Jak v Afrínu, tak v Ghútě byly zabity stovky civilních obyvatel. V obou městech je hlad a nedostatek vody.

Rozdíl je v tom, kdo se zločinu na civilních obyvatelích účastní. V Ghútě to jsou letadla Assáda a ruské armády, Afrín bombarduje armáda turecká. A já se ptám: Je turecká armáda, která vraždí civilisty, stále naším spojencem? S každým zemřelým dítětem je trháno mezinárodní humanitární právo na kusy. Za toleranci zla v této nejhorší podobě neseme spoluvinu my všichni. Žádné spojenectví nemůže ospravedlnit zabíjení civilistů.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, não basta sossegar más consciências com apoio humanitário e promessas de futura reconstrução da Síria. A União Europeia tem de fazer ouvir-se contra a campanha militar que a Turquia prossegue massacrando curdos em Afrin, incluindo cortando-lhes energia, água e comida, através do controlo de uma barragem. E contra a corresponsabilidade pelos ataques químicos assassinos de Assad por parte da Rússia e do Irão.

A União Europeia tem, também, imediatamente, de combater o fornecimento ilegal de armas a terroristas na Síria e para além dela. Um relatório da *Conflict Armament Research* conclui que 90% das armas utilizadas pelo Daesh e outras forças terroristas são produzidos na Europa de Leste, oriundos de Estados-Membros como a Bulgária, compradas e depois revendidas sem consentimento dos produtores e em violação do Tratado sobre o Comércio de Armas ou a posição comum da União Europeia relativa à exportação de armas. Estas armas de fabrico europeu acabam nas mãos de grupos terroristas.

À medida que o Daesh perde terreno no Iraque e na Síria e investe em atos de terrorismo, o comércio ilegal de armas e a responsabilidade dos Estados Unidos, mas também da União Europeia, da Arábia Saudita e da Turquia, têm de ser travados urgentemente pela União Europeia.

A Europa não...

(O Presidente retira a palavra à oradora)

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Hr formand! År efter år, måned efter måned ser vi den frygtelige borgerkrig i Syrien fortsætte. Og den simple konklusion er, at vi i Europa og i USA tog fejl, da vi ikke besluttede os for ikke for alvor at intervenere, før situationen endte helt galt. Desværre kan man sige, at vi i Europa i mange, mange år før det havde være meget efter amerikanerne hver gang, de havde forsøgt at intervenere i forhold til humanitære katastrofer, og nu står vi med resultatet: Resultatet, hvor Iran, Tyrkiet og Rusland er blevet lukket ind som centrale aktører i Mellemøsten, resultatet, hvor vi ser en borgerkrig, der bare fortsætter og fortsætter uden nogen realistisk ende i sigte. Derfor er der kun én ting tilbage at håbe, nemlig at den fejlslagne politik, som Obama og som EU har ført over for Syrien, må stoppe, og at vi begynder at indse, at kun hvis vi tager situationen alvorligt, kun hvis vi intervenserer rigtigt, kan situationen i Syrien bringes til en ende og lidelserne for civilbefolkningen stoppe.

Lorenzo Cesa (PPE). – Grazie Presidente, onorevoli colleghi, Alto rappresentante Mogherini, purtroppo, ancora una volta ci troviamo in quest'Aula a parlare di Siria: sette anni di conflitto, come Lei ha detto, non si intravede una soluzione ad una guerra civile che ha messo in ginocchio il popolo siriano, forti tensioni tra i paesi del Medio Oriente, appelli per il cessate il fuoco del Consiglio di sicurezza dell'ONU sistematicamente inascoltati, aiuti umanitari che continuano ad essere impediti o filtrati dal regime e non riescono purtroppo a raggiungere le popolazioni martoriate.

Allora di fronte a questo che fare noi europei? Occorre tornare ad essere centrali cercando di compensare la mancanza di iniziativa degli Stati Uniti. Dobbiamo colmare il progressivo disimpegno di alcuni Stati membri, che solo sulla carta mantengono un incondizionato appoggio all'opposizione siriana, sostenere fortemente l'ONU e soprattutto la prossima conferenza sul futuro della Siria che si terrà ad aprile dovrà rappresentare un punto di svolta fondamentale, diciamo, mettiamocela la tutta, Alto rappresentante Mogherini.

Per arrivare ad uno straccio di pace, occorre dare una forte spinta propulsiva, facciamo valere il nostro impegno europeo, non dico solo il Suo, ma di tutte le cancellerie europee, è una scommessa che possiamo vincere nell'interesse del popolo siriano e nell'interesse dell'Europa.

Wajid Khan (S&D). – Mr President, two weeks after UN resolution 2401 was passed, the situation has only got worse in eastern Ghouta. Bombs continue to rain down with impunity on homes, schools and hospitals, and the evacuation of the wounded remains impeded. More than two million people, half of them children, are living under siege and have been prevented from receiving a single aid convoy of vital food and medicine.

All these actions are a breach of international humanitarian law. The ceasefire was blatantly ignored. There is a complete disregard for civilian lives. I welcome the UN investigation into these crimes to bring those responsible to justice.

We call on all parties to fully implement the UN resolution urging the Syrian Government to abide by international humanitarian law and immediately allow the safe delivery of humanitarian aid across the country. My hope is that the upcoming conference on the future of Syria will be an opportunity to mobilise international support for a UN-led political solution.

After seven years of raging war, unspeakable suffering and collective failures, it is high time we give Syrians a positive message.

Sajjad Karim (ECR). – Mr President, it has been seven years now that the Syrians have been asking us: what have we done to deserve this? A matter of days ago, the UNHCR found a four year-old wandering the desert trying to escape, but today he was stunned and silent, no longer even putting that question anymore. What is happening in eastern Ghouta is that Russia and its cohorts are carrying out bombings and causing people to flee. Then, that very same state, Russia, is poisoning the minds of Europeans against those fleeing Syrians when they come here seeking refuge.

What is happening today in Syria is nothing but a stain on the conscience of humanity, and the international community's inability to face the perpetrators within a UN framework is paid for in the blood of Syrians.

High Representative, you face an impossible situation, and yet today in this very House, we hear voices that are sympathetic to the Russian line. We must be ready to face...

(The President cut off the Speaker).

Ελένη Θεοχάρους (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Ύπατη Εκπρόσωπε, αυτό που συμβαίνει στη Συρία είναι αληθινή γενοκτονία. Όσα συμβαίνουν στη Γούτα είναι τραγικά, αλλά όσα συμβαίνουν στο Αφρίν είναι ακόμη τραγικότερα. Οι Κούρδοι υφίστανται μαζικές σφαγές, είναι μόνοι, χωρίς υποστήριξη, και, αφού πολέμησαν γενναία το Ισλαμικό Κράτος, τους έχουμε εγκαταλείψει να υφίστανται την επιδρομή και τις φρικαλεότητες του Ερντογάν και του τουρκικού στρατού, ο οποίος επιτίθεται με ευρωπαϊκά άρματα μάχης και ευρωπαϊκά κανόνια. Ο τουρκικός στρατός δεν πρόκειται να σταματήσει στο Αφρίν και όποιες περιοχές καταλάβει θα τις κρατήσει για πάντα.

Είναι απαραίτητη η εκχειρία αυτή τη στιγμή σε όλη τη Συρία και η αποχώρηση όλων των ξένων δυνάμεων για τη στήριξη του άμαχου πληθυσμού. Παράλληλα, κυρία Εκπρόσωπε, υπάρχει κίνδυνος σύρραξης ρωσικών και αμερικανικών δυνάμεων σε περίπτωση προβοκατόρικων χτυπημάτων με χημικά όπλα. Η Ευρωπαϊκή Ένωση επιβάλλει κυρώσεις στη Ρωσία. Το ερώτημα είναι γιατί η Τουρκία παραμένει ανενόχλητη να εγκληματεί κατά της ανθρωπότητας, να επιτίθεται κατά της Ελλάδας, της Κύπρου, της Συρίας, κάθε γειτονικής της χώρας. Δεν μπορούμε να αδιώκουμε συνεχώς το εγκληματικό βασίλειο του Ερντογάν. Ευχαριστώ, κύριε Πρόεδρε.

Der Präsident. – Wir kommen jetzt zu den spontanen Wortmeldungen. Ich bedaure sehr, sagen zu müssen, dass ich fast viermal so viele Wortmeldungen habe, als wir eigentlich vorgesehen haben. Deshalb habe ich mich dazu entschlossen, so zu verfahren, dass wir von jeder Fraktion einen Redner nehmen, und von den anderen Fraktionen berücksichtigen wir die Nationalitäten, die schon gesprochen haben. Selbst dann passt es noch nicht ganz.

Es tut mir deshalb doppelt Leid, weil ich verschiedenen Leuten das Wort entziehen musste, weil sie zu viel Redezeit gebraucht haben. Es fällt übrigens auf, dass von jenen, denen ich das Wort entzogen habe, weil sie zu lange gesprochen haben, die große Mehrzahl nicht mehr da ist, während diejenigen, die sich an die Redezeit gehalten haben, fast alle noch da sind. Man bemerkt es von hier oben schon, dass einige zu lange sprechen und dann sofort gehen.

Spontane Wortmeldungen

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señor presidente, llevamos siete años hablando, siete años adoptando resoluciones de las Naciones Unidas, como la 2401, que nadie respeta. Todos los esfuerzos de la comunidad internacional han fracasado, y mientras solo en enero y febrero mil niños murieron o fueron heridos, nada pasa, nada cambia. El 25 % de los cuatrocientos mil muertos son niños.

Desde Europa, tenemos que trabajar para que en Siria quienes están violando los derechos de los niños sean juzgados por crímenes de lesa humanidad. Tienen que cesar los ataques a hospitales y colegios. Tenemos que insistir en los corredores humanitarios en Guta oriental y en Afrín, porque los niños están atrapados. Desde Europa podemos hacer mucho más por visibilizar el sufrimiento de los menores y por exigir al régimen sirio, con Rusia, con Irán, y a Turquía y a quienes no respetan las resoluciones que paren ese baño de sangre de niños inocentes y de civiles.

Arne Lietz (S&D). – Herr Präsident, Hohe Vertreterin! Ich unterstütze die klare Resolution des Europäischen Parlaments zur Situation in Syrien. Die EU muss jede Ressource nutzen, um sich diplomatisch in den Syrienkrieg einzubringen, der bisher Hunderttausenden von Menschen das Leben gekostet hat und weiteren Millionen von Menschen das Leben zur Hölle auf Erden macht. Diese Resolution soll auch eine klare Botschaft an den Iran und Russland senden, die sich durch Bombardierungen und Militäreinsätze mitschuldig am Töten der Zivilbevölkerung machen. Diese Einsätze gehören vor internationale Gerichte. Beide Länder müssen zur Deeskalation beitragen und die Vereinbarungen zum Waffenstillstand einhalten. Die humanitäre Hilfe der UN muss zudem ins Land gelassen werden.

Zudem fordere ich die Türkei auf, ihren Einmarsch in Afrin in Nordsyrien sofort zu beenden. Als ich vergangene Woche selber an einer Fachtagung in Libyen – unter anderem zu Syrien – teilnahm, besuchte die AfD-Delegation aus Deutschland Syrien selbst. Die AfD traf sich mit syrischen Machthabern und wollte in einer ausgesprochen zynischen Weise darauf hinweisen, dass Syrien ein sicheres Herkunftsland sei. Herr Meuthen, es ist perfide und außenpolitisch gefährlich, wenn Vertreter Ihrer Partei durch so einen Besuch versuchen, die eigene Abschiebungspolitik zu kaschieren.

Branislav Škripek (ECR). – Mr President, as we speak around 500 000 people are surrounded in Afrin by Turkish-backed jihadists who openly threaten the people of Afrin to convert to their extremism or be beheaded. When will we understand that Turkey is indeed carrying out a jihad with the goal of ethnic cleansing and genocide? Turkey has said so itself. We cannot continue to ignore these facts. We have to understand that the goal of Turkey is to expand its borders and wipe out the people of northern Syria and Iraq. Turkey threatened this week to invade Iraq.

We have to draw the conclusion that we cannot continue with Turkey as we did. If we continue with Turkey the same way, we will have no argument left to judge anyone else based on human rights issues. We need to downsize our relations with Turkey and upgrade our relations with the Federation of Northern Syria and the Kurdistan Regional Government and reassess our relations with the Kurds in Turkey. If we do not, we would be allowing Turkey to kill Kurds anywhere it wants. We cannot allow that.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, esta agressão à Síria, que dura há sete anos, é apoiada pelos Estados Unidos e os seus aliados e está sustentada numa sistemática propaganda de guerra que, objetivamente, branqueia a ação criminosa dos grupos terroristas responsáveis por hediondos crimes.

Esta propaganda fomenta falsidades, escondendo que os grupos terroristas mantêm refém populações, em Ghouta, têm rejeitado as tentativas de negociação de paz, têm boicotado os esforços de auxílio às populações, têm impedido a utilização de corredores humanitários. Quem defenda os direitos do povo sírio e a paz não pode converter grupos terroristas em oposição e não pode ser conivente com agressores nas suas monstruosas criações.

Somos solidários com as vítimas desta guerra e apelamos aos esforços para pôr fim à agressão à Síria e concretizar uma solução negociada no respeito pela soberania do povo sírio.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, nous sommes face à plusieurs faits. Premièrement, une intervention extérieure pour déstabiliser un régime démocratiquement élu, contre les lois internationales, comme cela s'est vu en Iraq et en Libye.

Deuxième fait: la Russie empêche cela, change le rapport de force, rétablit le pouvoir légitime qu'on croyait perdu.

Troisième fait: l'Occident, face à cela, n'a plus que les fausses informations: l'observatoire international des droits de l'homme, mené par les Frères musulmans, organisation considérée comme terroriste pour certains, dénonce l'utilisation de gaz interdits, sauf qu'on ne le trouve que parmi les rebelles, qui sont, en fin de compte, des terroristes. C'est un fait de guerre d'utiliser, contre les lois de la guerre, les hôpitaux et les écoles pour se protéger et envoyer des bombes comme le font ces terroristes.

Enfin, l'assassinat d'une personne, un espion russe, me fait penser au cas de David Kelly, que devraient se rappeler les Anglais.

Enfin, je vous dis oui, nous devons faire la paix, mais nous devons la faire d'une manière solidaire, en regardant la vérité.

(L'orateur accepte de répondre a une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8 du règlement))

Indrek Tarand (Verts/ALE), blue-card question. – Mr Schaffhauser, I want to ask you a question. How would you react to the question that the cornerstone of Middle East peace is an independent Kurdish state which would cut Iraq and Syria into different territories?

Jean-Luc Schaffhauser (ENF), réponse «carton bleu». – Cher collègue, c'est une affaire complexe et je ne crois pas qu'on puisse traiter la question kurde qui est extrêmement difficile. Je pense que les Kurdes ont fait un bon travail. Est-ce que cela leur donne pour autant le droit d'avoir un État, c'est une autre question, que nous ne pouvons pas traiter si facilement ici et maintenant.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, μετά τη στρατιωτική ήττα των δυνάμεων του ISIS στη Συρία πολλοί πίστεψαν ότι η επικράτηση της ειρήνης στην περιοχή ήταν θέμα χρόνου. Δυστυχώς όμως αυτό δεν συνέβη για δύο λόγους: Ο πρώτος ήταν διότι επεδείχθη ανοχή και βοηθήθηκαν να επιτεθούν οι αντικαθεστωτικές δυνάμεις της Συρίας στις δυνάμεις του Άσαντ και παράλληλα η διεθνής κοινή γνώμη επέτρεψε στην Τουρκία να εισβάλει στο Αφρίν. Έτσι επανήρχισαν οι συγκρούσεις, επανελήφθησαν οι απώλειες σε αμάχους και εμπολέμους, οι άμαχοι εξεκολούθησαν να βομβαρδίζονται και τελικώς η κατάσταση ξέφυγε από τον έλεγχο και έχει πλέον περιέλθει σε ένα τέλμα.

Για να μπορέσει να βρεθεί λύση σ' αυτό το πρόβλημα, θα πρέπει να πιεστεί η Τουρκία να αποχωρήσει από τη Συρία, να σταματήσει τις επιχειρήσεις στο Αφρίν και να εκκενωθούν οι άμαχοι από την ανατολική Γούτα, διαφορετικά θα είμαστε απλοί θεατές μιας καταστάσεως την οποία δεν μπορούμε να ελέγξουμε.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Arne Gericke (ECR), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Sie fordern Lösungen für Syrien. Wir reden ja vom gleichen Land. In welcher Weise würden Sie nicht konsequent auch eine neue Lösung für Zypern verlangen?

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *απάντηση σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα*. – Η υποστήριξη μας προς την Κύπρο είναι συνεχής και σταθερή. Βεβαίως, η Τουρκία είναι αυτή η οποία παραβιάζει τις διεθνείς συμβάσεις, το διεθνές δίκαιο, επιτίθεται σε χώρες στις οποίες δεν πρέπει να επιτίθεται και διατηρεί την κατοχή τμήματος της Κύπρου επί τόσα χρόνια. Άρα σαφώς είμαστε εναντίον της Τουρκίας και σαφώς ζητούμε να αποχωρήσουν τα τουρκικά στρατεύματα από την Κύπρο και να σταματήσει γενικώς η Τουρκία να συμπεριφέρεται σαν ένα κράτος-πειρατής.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, gospođo povjerenice, 353 935 – to je broj ljudi ubijenih u ratu u Siriji, tijekom sedam godina njegova trajanja i čiji identitet je poznat. Sirijski observatorij za ljudska prava procjenjuje da ukupan broj žrtava prelazi i brojku od pola milijuna.

Za točno dva dana zakoračit ćemo u osmu godinu rata u Siriji koji je dvanaest milijuna ljudi ostavio bez krova nad glavom i učinio ih izbjeglicama. U sedam godina u Siriji su se nizali jedan masakr za drugim. Jedan je to od najkrvavijih sukoba ikada, koji je prouzročio najveću humanitarnu krizu koju svijet pamti. Ne zaboravimo ni to da je u jeku rata Daesh u napaćenoj Siriji proveo genocid nad kršćanskim stanovništvom. Siriji treba mir, ne daljnja eskalacija nasilja.

Privremena primirja nisu dala trajno rješenje. Humanitarni koridori ne mogu postati način života sirijskih građana koji su postali izbjeglice unutar i izvan vlastite zemlje.

Zakazali smo jer je rat u Siriji otišao predaleko i vrijeme je da mu dođe kraj.

(Govornik je pristao odgovoriti na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice (članak 162. stavak 8. Poslovnika))

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *απάντηση σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα*. – Κύριε Πρόεδρε, ευχαριστώ, παρ' όλο που θα κάνω ένα παράπονο: Ορισμένοι από εμάς ήρθαμε νωρίς εδώ, αλλά η διαχείριση του χρόνου δεν ήταν σωστή. Το ερώτημά μου είναι πολύ απλό: Η Τουρκία, από όλα τα μέρη που εμπλέκονται στη Συρία, παραβιάζει το ομόφωνο ψήφισμα του Συμβουλίου Ασφαλείας. Είναι ηθικά σωστό, όπως το ανέφερε η κ. Mogherini, να παρέχουμε εμείς δισεκατομμύρια ευρώ στην Τουρκία για να διαχειρίζεται τους Σύρους προσφυγές και ταυτοχρόνως να κάνει επίθεση στο Αφρίν, για να έχουμε νέους Σύρους πρόσφυγες; Αυτό είναι ένα ερώτημα που πρέπει να απαντήσουμε όλοι μας.

Marijana Petir (PPE), *odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice*. – Osobno smatram da bi uloga Europske unije trebala biti drugačija i proaktivnija i čini mi se da je upravo sve ovo danas čemu svjedočimo u Siriji, ali i općenito na Bliskom istoku, jedan pokazatelj nedovoljne aktivnosti naše vanjske politike u Europskoj uniji. Najlakše je prebaciti odgovornost ili novac nekom drugom da rješava probleme. Mislím da bi bilo puno korisnije i za Siriju i za cijeli Bliski istok da pokažemo drugačiju vrstu odgovornosti.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, não pode cortar a palavra aos seus colegas que estão nesta casa, que pediram, há duas horas, a palavra para o procedimento «catch the eye», e autorizar «cartões azuis» durante o «catch the eye». Não pode fazer isso, Sr. Presidente, não pode. Não são as regras desta casa. Eu quero falar. Só peço ao Sr. Presidente que cumpra a sua obrigação e me dê o direito de falar.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Faria.

Erstens bemühe ich mich, hier nach Treu und Glauben die Regeln anzuwenden und auszulegen. Da können Sie lange mit dem Finger schütteln, jetzt hören Sie mir zu. Wir haben nach der Tagesordnung eigentlich fünf Minuten für spontane Wortmeldungen vorgesehen. Das bedeutet fünf Redner. Ich habe regelmäßig den Fall, dass ich eine erheblich größere Zahl als fünf Redner habe, und dann muss ich eine Auswahl treffen.

Ich bedaure sehr, Ihnen sagen zu müssen, dass Sie sich weder als erster gemeldet haben, noch zwei Stunden gewartet haben, dass ...

(Zwischenrufe von Herrn Faria)

Sie sollten ganz einfach zuhören. Ich sage: Sie haben sich als erster gemeldet, ja. Aber weder sich als erster gemeldet zu haben noch zwei Stunden gewartet zu haben, ist ein Kriterium. Lassen Sie sich von Herrn Marias erklären, dass ich da halt streng sein muss. Und ich habe klar erklärt, dass ich mich in diesem Fall bei der Auswahl auf die Nationen beschränke, die noch nicht zu Wort gekommen sind. Das ist ein Kriterium, das ist fair, und daran müssen auch Sie sich halten, auch wenn Sie zu meiner Fraktion gehören.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, I think we all described the same situation. In your words I found the same frustration, the same horror, the same atrocities, the same counting of victims and years, and I think the analysis is clear and broadly shared. Not unanimously, but broadly.

We also indicated all the same things that need to happen to bring peace: a ceasefire, humanitarian access, accountability not impunity, political negotiations and the preservation of diversity. I could continue with a list that I am sure is reflected in the documents you are going to discuss and vote on and on which the European Union is, and continues to be, the first player.

I have heard different tones and different accents, but I have not heard different proposals on things we should do differently. What are we doing? We are, and will continue to be, the first humanitarian donor. I put this first because I keep insisting on this. It is about saving lives

We are the convening power that for more than a year now has been the one gathering the international community, keeping – as some of you said – Syria on top of the international agenda – there are not many others doing that at this moment – and continuing to work with the United Nations to unite the international community in sustaining, or trying to sustain, intra-Syrian talks.

We are the only ones supporting the united Syrian opposition in Geneva, in Brussels – everywhere – and giving concrete support to their preparation for entering into direct negotiations in Geneva. We are the only ones that talk to all the international and regional players.

Some of you said that it is time that we started talking about this or about that with this actor or with that actor. We are already doing that. What do you think I discuss when I discuss with the Turkish Foreign Minister, the Iranian Foreign Minister, the Russian Foreign Minister, the Saudi Foreign Minister, the Jordanian Foreign Minister or the US Secretary of State? I could continue.

We are doing this every single day and we are the only ones, apart from the United Nations – and this is why we are working so closely together – who are talking to everyone with the same agenda, which is not our agenda. It is the Syrian's people agenda. We are the only ones that have no hidden agenda other than the end of the war in a way that is possible and inclusive, which means with a transition. Because everybody knows that without a comprehensive political agreement any solution would last for what, one week, one month, six months? And then things would start again.

So it is out of realism and also out of European interest because we share the same region that we are continuing to do this. Let me say that sometimes I feel we have remained – I am not sure if this is proper English, but the interpreters will help me – the only voice of reason in this conflict. I don't know if you noticed but common sense is not necessarily the natural thing to apply in this world today.

So are we doing enough? We are doing all we can. Is it producing results? Not all the results we would like to see. I think we are doing the right things, the things that are in our capacity to do and there are many of them. I am not saying the European Union role is limited. No, we have a huge role.

If you took away all the things we are doing on the political, diplomatic and humanitarian side, the situation would be so much worse. It is not a justification. It is a tragedy, but it is like this.

Are you asking me if this always works? No, this doesn't always work. Some of you said this or that leader is not listening to us. I don't know if you have noticed but we are not living in times in which many people listen to many others. We live in difficult times.

We're doing our best. I think we are achieving some results. It is frustrating because we have achieved many results, especially on saving lives and on stopping the fighting. We are far from reaching what we want, but we have to insist because we have been left with a big responsibility. Again, our work does not always bring results but this is what we have to continue to do with unity, because this is something I am quite proud of.

Many say that we are divided, not only on this crisis but on most, if not all, the other things we are doing on external action and foreign policy. But not only have proved to be united as Europeans, if you look at the UN Security Council resolutions, we have helped build the unity of the international community.

It is thanks to the European Union Member States and the work we have coordinated in New York that unanimity was reached in the Security Council. Not only were the Europeans united, but we managed to unite the international community, as we will do again in Brussels on 24 and 25 April.

We have to continue playing this role because there is no one else left doing this. Is it enough? I repeat, no it is not enough. But we live in difficult times and we have to insist on doing this for as long as we do not manage to gather a sufficient international consensus and enough international support under the UN umbrella to find a solution to this conflict.

Der Präsident. – Zum Abschluss der Aussprache wurden gemäß Artikel 123 Absatz 2 der Geschäftsordnung sieben Entschließungsanträge eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 15. März 2018, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Humanitaarkatastroof Süürias jätkub ning süveneb Süüria ja tema liitlaste Venemaa ja Iraani tegevuse tõttu. Selle tõttu on elu kaotanud juba üle 400 000 inimese; Süürias on 6,1 miljonit sisepagulast ning mujal riikides 5 miljonit Süüria pagulast. Jätkuvad keemiarünnakud ja pommitamised tsiviilelanike, abi- ja meditsiinitöötajate ning tsiviiltaristute vastu peavad koheselt lõppema. Süüria, Venemaa ja Iraan peavad austama ÜRO Julgeolekunõukogu resolutsiooni 2401. Humanitaarabile tuleb tagada turvaline ligipääs konfliktipiirkondadesse. EL peab jätkama sanktsioonide karmistamisega ning tuleb seista selle eest, et nende kohutavate kuritegude toimepanijad saaksid kohaselt kohtu ette toodud ning karistatud.

Csaba Sógor (PPE), írásban. – A szíriai helyzet kapcsán folyamatosan ugyanazokba a kérdésekbe ütközünk. Valóban érdekében áll-e a feleket támogató erőknél, hogy véget érjen a vérontás, és elkezdődhessen az újjáépítés és a politikai rendezés? Függetlenül attól, hogy éppen melyik oldal állt nyeresre a konfliktusban, ez a kérdés mindig felmerült és megnyugtató válasz sosem érkezett rá. Az európai országok mozgásteret nem tűnik túl nagynak, továbbra is csak megfigyelők vagyunk a folyamatban, amelyben a globális hatalmak mellett a térségi regionális hatalmak is alakítói a rendezésnek, miközben a menekültek közül sokan élnek ma közöttünk Európában. Egyesek szerint a harci cselekmények esetében már győztess lehet hirdetni, de egyáltalán nem biztos, hogy a „béke megnyerése” egyszerű lesz. Az biztos, hogy a Szíriában élő millióknak és az onnan elmenekült embereknek is az az érdekük, hogy visszakapják az országukat végre. De ki áll mellettük?

18. Perspektiven der EU für die erste Sitzung des Gemeinsamen Rates EU-Kuba (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu den Perspektiven der EU für die erste Sitzung des Gemeinsamen Rates EU-Kuba (2018/2528(RSP)).

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, the path of dialogue and cooperation, as we just discussed, is not always the easiest, but it is always a path worth taking. As Europeans we have always believed and invested in dialogue. I would say even more so when we have differences and difficulties.

Last summer this Parliament voted to open a new phase in our relationship with Cuba. We decided, all the European institutions together, to continue to build, or to undertake to build, new channels for a deeper and stronger dialogue with Cuba. Because we believe this is the best possible way, not only to build a more peaceful and cooperative international environment, but also to improve the daily lives of our people, both in Europe and, crucially, inside Cuba.

It is quite clear that we do not see eye-to-eye on all issues, we do have several disagreements with the Cuban Government. But only through dialogue and engagement can we address our differences, explore avenues of cooperation in different sectors and accompany Cuba in its modernisation, in particular in these times of change, with the end of President Castro's mandate coming up.

Today, we are here to discuss the preparations for the first joint Council between the European Union and Cuba and the way ahead. But let me start with a quick mention of what has happened since we signed our political dialogue and cooperation agreement.

Our cooperation has started to make a positive difference for the people, and this is, I believe, what counts the most. I have seen it during my visit to Cuba at the beginning of this year. I have visited the centre for Cuban youth that we have opened in old Havana, together with UNICEF, that is providing young Cubans with the skills they need to live better lives and the space to meet and work on common projects in many different fields. I have also seen the new Centre for EU-Cuba Cultural Relations in the historic Palacio del Segundo Cabo.

International cultural relations for the people of Cuba are an opportunity to meet the world and to look beyond their island, as well as to strengthen their own cultural tradition. And finally, while there, I heard the stories of 180 000 men, women and children who were hit by Hurricane Irma.

We, the European Union, intervened immediately with our humanitarian aid in their support, and we are also helping them restart their farms and rebuild their homes in a more sustainable way so that the next hurricane will be less devastating than the last one.

These are three examples of concrete projects that have already improved the life of the Cuban people thanks to our cooperation. For me, this is the sign of how promising this new season in our relations can be. The first joint Council meeting which we plan to hold in mid-May will be the opportunity to consolidate and expand this work. Together with the Foreign Minister Bruno Rodríguez, we expect to launch a number of sectoral dialogues in new areas of cooperation.

Let me mention just three of them. First, renewable energy, which is key for both of us. Second, sustainable agriculture, especially for the areas hardest hit by the hurricane. Third, culture. I mentioned that already. Let me stress in particular as we mark the year of European Culture and in the year when the City of Havana celebrates its 500th anniversary. This is a field where I see enormous potential for our relations to be increased and deepened.

Of course the Joint Council will also be an opportunity to discuss other issues, for instance the US embargo and its extraterritorial effects. As you know, the European position is very clear. We have already expressed it several times, we believe the embargo does not achieve the goal of improving the lives of the Cuban people. On the contrary, it is only damaging the Cuban people and the Cuban economy.

As we prepare for the Joint Council, we are also working to formalise our annual human rights dialogue. As you know, such dialogue already started informally in 2015. Since then, it has allowed us to exchange on human rights issues directly, in a very open, frank, constructive manner with the Cuban authorities. And let me say if we care about human rights in Cuba – and we in this room all care – if we care about widening the space for civil society, this is the best path to follow, to the benefit of the Cuban people.

Our political dialogue and cooperation agreement is the tool we need to better accompany and support a process of economic and social reform. It is the best tool we have to work for sustainable development, social justice, democracy and human rights. We do have disagreements as I said, and I am sure our Cuban friends would say the same.

But there is also a lot that unites the European people and the Cuban people. We both believe in international cooperation and dialogue as the best way to address international disputes. We believe that a multilateral global order is possible and it would help us build a more sustainable development world-wide. And I won't mention here all the cultural, historic links, the social links that are there between our people.

So let us continue to engage, aware of the differences, ready to address them, in a spirit of dialogue, respect and frankness, aware also of the opportunities for our common work in different sectors of cooperation, and continuing to work on our side in unity.

The European Parliament, together with all other European institutions, continues to invest in dialogue respectfully, without hiding the differences and the difficulties, but also while taking all the opportunities that this dialogue can bring about.

Luis de Grandes Pascual, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señora Mogherini, parece que, a pesar de que las relaciones entre instituciones sigan avanzando con normalidad, Cuba no está cumpliendo con sus compromisos. Es cierto, señora vicepresidenta: el camino del diálogo es el mejor para abordar los desacuerdos, pero yo creo que no hay voluntad política.

El régimen cubano sigue utilizando las detenciones arbitrarias, los despidos de funcionarios y el hostigamiento para silenciar las críticas. No son mis palabras. Con esta contundencia comienza el informe que Amnistía Internacional publicó hace unas semanas sobre Cuba. En un momento en que el país se encuentra ante un supuesto relevo generacional, la realidad es que han elegido 605 miembros de la Asamblea Nacional entre 605 miembros designados previamente por el régimen.

A pesar de la supuesta apertura de Cuba al mundo, la isla mantiene la censura en internet, así como restricciones indebidas al acceso a la información y a la libertad de expresión. Solo el año pasado, la Comisión Cubana de Derechos Humanos y Reconciliación Nacional registró al menos 5 155 arrestos de opositores. Entre tanto, Eduardo Cardet, miembro del Movimiento Cristiano Liberación, permanece en la cárcel desde el año 2016.

Creemos, señora Mogherini, que, junto a las formas diplomáticas, debiera exigir, cuando menos, el cumplimiento de los acuerdos al régimen. Muchos creemos que el fin del castrismo abre una oportunidad a las nuevas generaciones del pueblo cubano. Y ello a pesar de que existan indicios de que nada se quiere cambiar.

La Unión Europea no puede mirar a un lado. La realpolitik tiene límites, y no todo deben ser alfombras rojas. Sigamos esperanzados en que a todas las dictaduras les llega el fin.

La Unión Europea no solo puede contribuir, sino que debe participar activamente, con diplomacia, sí, pero no avalando nuevas formas totalitarias.

Elena Valenciano, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, hace ocho meses aprobamos en esta Cámara el Acuerdo de Diálogo Político y de Cooperación con Cuba. Fue difícil esa aprobación. Muy pocos meses después, a principios de año, la alta representante viajó a Cuba. Creo que fue un viaje importante y que demostró la voluntad de la Unión Europea de establecer un diálogo constructivo con La Habana. Claro, las cosas no van a cambiar en tan poco tiempo, eso es evidente. Pero nuestro impulso desde el inicio ha sido ese: tratar de construir una relación que fundamentalmente pretenda mejorar la vida de los cubanos y también de los europeos, porque es una relación que tiene que ser simétrica.

Ciertamente, en Cuba hay todavía un bloqueo político que deberá resolverse, probablemente en los próximos meses. Y entonces, cuando se haya resuelto el recambio en Cuba y se haya mantenido en mayo la reunión del Consejo Conjunto, entonces creo que será el momento de decirle a la señora Mogherini que venga a esta Cámara a explicar cuánto hemos avanzado. No he entendido muy bien la obsesión de algún grupo por hacer el debate hoy, cuando todavía no se ha reunido ese Consejo, es decir, cuando el mecanismo aún no se ha puesto en marcha. Hoy lo único que podemos hacer es felicitar a la señora Mogherini por su viaje a Cuba, porque eso marca una diferencia fundamental en lo que van a ser nuestras relaciones con la isla, con el conjunto, además, de América Latina, porque todos sabemos la importancia estratégica que tiene esa isla por muy pequeña que sea.

Así que yo emplazo a la señora Mogherini a que más adelante, cuando realmente hayamos podido medir y construir ese trabajo que hemos decidido hacer, venga a esta Cámara -a la que siempre viene, por otro lado, cuando se la llama— a explicarnos los avances que se hayan podido producir.

Nosotros vamos a seguir reclamando de las autoridades cubanas democracia, libertad, desarrollo y equilibrio en el país, porque esa es la función que tenemos nosotros como diputados en este Parlamento.

Le agradezco mucho a la señora Mogherini, una vez más, su esfuerzo.

Bas Belder, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, mevrouw Mogherini, ik heb in de aanloop van dit debat – en dat probeer ik altijd serieus voor te bereiden – gesproken met een aantal personen uit mijn eigen land, Nederland, die er sinds vele jaren jaarlijks komen.

En wat ik heb gehoord over – en dit gaat niet over democratie, mevrouw Valenciano, dit gaat over elementaire zaken: voedselschaarste, geen mogelijkheid om directe buitenlandse hulp te aanvaarden omdat de staat dat blokkeert. Het is gewoon – ik heb het gisteren uit vele monden gehoord – een schrijnende situatie. Waar blijft het buitenlandse hulpgeld? Wordt het geïnvesteerd in toerisme? Ondertussen lijdt de bevolking en is zij behoeftig. Een gaarkeuken in de industrie in de havenstad Cienfuegos mag niet, omdat de staat dat blokkeert.

Ik heb er grote moeite mee als hier gesproken wordt over de “Cubaanse vrienden”, want zulke vrienden zijn onbarmhartig jegens hun eigen bevolking. En dan spreken we nog niet over de meer dan 300 arbitraire arrestaties die vorige maand hebben plaatsgevonden: 347. Vanmorgen vroeg mij een Cubakenner: “Wat doet de EU precies qua mensenrechten?” Hij was werkelijk ontzet over het stilzwijgen van de EU. Mevrouw Valenciano, ...

(De spreker wordt door de Voorzitter onderbroken.)

María Teresa Giménez Barbat, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, señora Mogherini, en su primera visita tras la firma del primer Acuerdo Unión Europea-Cuba, usted no encontró tiempo para reunirse con opositores, ni con los premios Sájarov, ni con ningún representante de la sociedad civil, que llevan años sufriendo las consecuencias del régimen dictatorial de la isla.

Se habló de los beneficios de este Acuerdo para incrementar el comercio, las inversiones de la Unión Europea, pero ¿qué ocurre con la situación de los derechos humanos? ¿Dónde está esa modernización de la que hablaba en sus primeras declaraciones? Cuba sigue siendo una sociedad políticamente cerrada, donde partidos políticos y organizaciones de la sociedad civil independiente no pueden funcionar legalmente.

Los informes anuales sobre derechos humanos de asociaciones internacionales, como Human Rights Watch o Amnistía Internacional, nos advierten de que la situación no ha mejorado. Las últimas víctimas de las prácticas de ese Gobierno han sido, por ejemplo, la señora Dulce Amanda Durán, amenazada con ir a la cárcel si no renuncia a su trabajo en la Comisión Cubana de Derechos Humanos y Reconciliación Nacional; el señor José Díaz Silva, líder del movimiento Opositores por una Nueva República; y el sacerdote Jonniel Rodríguez Riverol, que, además, ha sufrido violencia física por parte de las fuerzas del régimen.

Esa comisión cubana nos advierte de que en febrero el número de detenciones arbitrarias ha aumentado: ha llegado a 347, lo que significa más de doce por día. Desde que se iniciaron los diálogos entre la Unión Europea y Cuba, no se ha producido ningún avance de la situación de los derechos humanos y no me queda claro cuáles son las expectativas del diálogo de derechos humanos que se tiene abierto.

Lo que sí tengo claro es que no podemos afirmar que la Unión Europea esté más cerca de Cuba y del pueblo cubano si se da la espalda a toda esa parte de la sociedad que ignoramos y ese Acuerdo de Diálogo Político se convierte en un acuerdo con objetivos puramente económicos.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, tengo que empezar también por decir que no sé exactamente a qué se debe la urgencia este debate, teniendo en cuenta que no se ha reunido aún el Consejo Conjunto, que debe reunirse en mayo. Coincido con la compañera socialista en que deberíamos haber esperado a esa reunión para hacer una evaluación y entonces tener un debate con la alta representante. A no ser que haya algunos grupos en esta Cámara más preocupados por torpedear el Acuerdo, en la línea de la Administración Trump, que por realmente mirar al futuro e intentar que este Acuerdo sea un auténtico éxito, que es lo que todos deseamos.

A mí simplemente en este debate me queda felicitar a la señora Mogherini por su labor en esto. Creo que la nueva relación que se abre con Cuba es un éxito de la diplomacia europea, uno de los grandes éxitos de este mandato. La felicito por su viaje y, además, quiero decirle que me parecen bien las cuestiones planteadas para el próximo Consejo. Ha mencionado el ámbito de las energías renovables, de la agricultura sostenible y de la cultura. Me parecen desde luego tres ámbitos en los que se puede avanzar. Y, sobre todo, quiero pedirle que insista en el avance de este Acuerdo y en que la cooperación pueda ir lo más lejos posible, porque todos sabemos, evidentemente, que tenemos a la Administración Trump, que quiere torpedear ese Acuerdo, y es muy importante que la Unión Europea...

(el presidente retira la palabra al orador).

João Pimenta Lopes, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, Cuba e o seu povo são vítimas, há quase seis décadas, de um criminoso bloqueio que se agrava, com brutais impactos e consequências. Nenhuma área ou setor é poupado.

Não obstante, o povo cubano tem afirmado com determinação e confiança a escolha soberana de cumprir os valores da revolução para o desenvolvimento do país. É desse esforço coletivo e de uma incomparável capacidade de resiliência e superação que Cuba alcançou feitos sociais notáveis e reconhecidos avanços, nomeadamente na Medicina – conquistas que poucos países da América Latina ou mesmo da Europa lograram, sobretudo se pensadas no contexto da atroz agressão que o bloqueio representa.

A União Europeia, hoje o segundo maior parceiro comercial de Cuba, deve contribuir para o derrube desse bloqueio e consolidar o acordo de diálogo e cooperação, garantindo a ratificação de todos os Estados-Membros, com vista a cimentar as relações entre as duas partes, na base do respeito mútuo. O Parlamento Europeu deve valorizar os avanços positivos das relações bilaterais entre as duas partes e contribuir para o seu sucesso.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, whilst the collapse of the Soviet Union heralded an advance in democracy, in individual liberty and economic wealth unprecedented in human history, as we know, its ideology lingered on in some quarters.

Having visited Cuba and knowing how warm and welcoming the people are, I was pleased to see the thawing of relations between the Western world and Cuba, led by the United States. They have suffered for too long under a dictatorial communist government, and I have no doubt that their reintegration into the global system will highlight once again the benefits of the Western liberal order.

Madam High Commissioner, if the EU is to help in the process of reintegration it must do so by working with the Cuban people in a fair and equitable manner, and not impose the usual neo-colonialist trade agreement that benefits the few and penalises the majority.

Mr President, it is my fervent hope that as Cuba develops the last echelons of this particularly nasty brand of Socialism practised in Venezuela, North Korea and elsewhere will likewise follow suit.

David McAllister (PPE). – Mr President, as previous speakers have already pointed out, the signing of the political dialogue and cooperation agreement established a new legal framework for the relations between the European Union and Cuba, while maintaining our EU's interests. The agreement attempts to support human rights, to improve the living conditions and social rights of Cuban citizens, and to strengthen trade between the EU and Cuba. So far so good. But, obviously, the success of this agreement depends on its implementation and compliance with it. In my opinion, we should not just focus on economic relations, but work systematically in promoting the values of democracy and human rights, including the rule of law and good governance.

I would like to point out that, in the past 15 years, this European Parliament awarded the Sakharov Prize three times to Cubans who fought for fundamental human rights. The Castro regime represses nearly all forms of political dissent; its rank of freedom of expression is among the worst in the world. Just to point out one recent example: last Wednesday, the former Presidents of Colombia and Bolivia, Andrés Pastrana and Jorge Quiroga, tried to travel to Havana to receive an award on behalf of a democratic initiative of Spain and the Americas. They were detained at Havana airport and denied entry to Cuba. With these actions, the Castro regime once again unsuccessfully tries to silence the voice of freedom and democracy in the country.

A final remark: I regret, especially after the adoption of the European Parliament's July 2017 resolution, that it has so far not been possible to organise a visit of a Committee on Foreign Affairs (AFET) delegation to Cuba. Those responsible sit in Havana.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), pregunta de «tarjeta azul». – Me gustaría preguntarle de qué derechos humanos está hablando, porque me gustaría que me dijera si usted sabe que en el Estado español hay presos políticos y si usted sabe que en el Estado español el derecho a la vivienda y el derecho a la salud están seriamente cuestionados.

David McAllister (PPE), blue-card answer. – Honourable colleague, I don't know whether you expect an answer to this kind of question. I think it is completely inappropriate to compare the situation in a democracy like Spain, a valued Member State of the European Union, with a regime in Havana led by the Castros, who have been suppressing people for decades. There are political prisoners and much more. You should go to Cuba and look for yourself at what a devastating state this country is in. How dare you ask a question like that!

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente, yo no sé si la intención de traer este debate hoy aquí era cuestionar el trabajo de la señora Mogherini y el Acuerdo que la Unión Europea firmó con Cuba, pero, si es así, realmente tengo que decir, en nombre de nuestro Grupo, que queremos felicitar a la alta representante por su trabajo y queremos felicitarnos por el Acuerdo que hicimos con Cuba.

Creo que este es un Acuerdo importante. La pregunta no es si hay derechos humanos o no en Cuba, sino cómo defendemos que los derechos humanos se aseguren en Cuba, cómo aseguramos las libertades, y este Acuerdo precisamente va en esa dirección.

Señorías, se acaban de replegar los Estados Unidos, el señor Castro se va el mes que viene y la Unión Europea tiene un Acuerdo con Cuba. Y, en ese contexto, ese Acuerdo lo que hace es abrir relaciones.

Europa es un amigo de Cuba y ese amigo de Cuba va a abrir precisamente su democracia y va a abrir sus tecnologías; va a abrir sus economías y sus empresas.

La idea, precisamente, es que este Acuerdo favorece el desarrollo de estas ideas y de estos derechos, no los perjudica. Porque quienes cuestionan este Acuerdo, ¿qué quieren? ¿Volver al bloqueo? ¿Es que quienes están defendiendo libertades y derechos humanos en Cuba creen que con el bloqueo a Cuba o dando la espalda a Cuba se van a asegurar esos derechos? ¿No es, por el contrario, lo que estamos haciendo en Europa y lo que está haciendo la señora Mogherini lo que favorece el desarrollo de libertades y derechos para los cubanos?

Pavel Telička (ALDE). – Mr President, I say to the Vice-President that you have referred to friends in Cuba. Well, I have also met friends, but very different from the ones that you spoke of. Our representatives of 30 organisations, including those that hold the Sakharov Prize, have come up with a declaration which I will read out to you, at least the major part of the content.

„Through this declaration we manifest our total rejection of the spurious and anti-democratic process that is about to take place in our country of birth. In these Cuban elections, millions of Cubans who reside outside the island are not allowed to vote. For those within Cuba, the choice is limited to the one and only candidate listed for each available position. That leaves Cuban citizens, of course, with no freedom of choice.

We also recognise that the most important issue in the process of Cuban democratisation is the holding of free elections with a plurality of political parties and programmes allowed to compete on equal terms. Cubans within the island and those abroad should be allowed to participate and the elections should be held in the presence of supervision of international observers.

We appeal to High Representative / Vice President Mogherini to finally and unconditionally support the plea for free and democratic elections.“

(The President cut off the speaker)

Der Präsident. – Herr Kollege Telička! Ich habe Sie nicht ermahnt, weil Sie schon wesentlich über der Zeit waren. Aber Sie haben wesentlich zu schnell gesprochen. Es ist für die Dolmetscher unmöglich, zu übersetzen. Sie sollten als jemand, der gelegentlich selber die Sitzung leitet, darauf Rücksicht nehmen.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señor presidente, celebramos el avance del Acuerdo de Diálogo Político y de Cooperación suscrito entre en la Unión Europea y Cuba, porque este Acuerdo entierra definitivamente la infame Posición Común de los que no quieren relaciones normales sino rendición. Este Acuerdo es un buen ejemplo del buen desarrollo de las relaciones internacionales, cuando se abordan desde el respeto a la soberanía, el diálogo entre iguales y el paraguas de la Carta de las Naciones Unidas.

Además, es una muestra de lo que puede lograr una Unión Europea que no siga la unilateralidad de los Estados Unidos y que apueste por una política exterior independiente. Esperemos que la reunión del primer Consejo Conjunto, en mayo, profundice en ese camino, y esperamos que este modelo de relaciones internacionales sustituya a la deriva injerencista de irrespeto que se tiene con otros países de la región, como Venezuela.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr President, the Political Dialogue and Cooperation Agreement gives the opportunity for better cooperation between the European Union and Cuba in the future. We should continue to promote such dialogue but in a responsible way, with focus on the sustainable development, democracy and human rights.

Our aim is to stimulate reforms in this country but their actual implementation is no less important. Respect for human rights in Cuba remains our biggest concern. An improvement in this area will be necessary in order to achieve the proper implementation of the agreement between Cuba and the EU. The agreement still needs to be ratified by all the Member States. So, we have time to observe the ongoing reforms and, if necessary, to put additional pressure on the Cuban authorities.

I believe that the EU-Cuba Cooperation Agreement opens up a new space for improved relations. But the European Union must keep its human rights and fundamental freedoms as a basis of this new relationship. Substantial improvements must become a condition for further talks with the Cuban Government.

If we want Cuba to become a modern country, this process must begin with respect of their fundamental rights and freedoms. Hence, the EU policy towards Cuba must remain conditional on democratic changes in this area.

Francisco Assis (S&D). – Senhor Presidente, a celebração de um acordo de diálogo e cooperação entre a União Europeia e Cuba constitui, em si mesmo, um ato positivo, que, estou convencido, suscita o apoio maioritário dos europeus e pode contribuir para incrementar o relacionamento político, económico e comercial com um país com quem temos fortes ligações históricas e que têm uma importância estratégica significativa.

Agora, há uma coisa que é preciso dizer. É que estes avanços não podem significar o esquecimento daqueles que, em Cuba, continuam a ser vítimas da repressão de um sistema fortemente autoritário, que não tem dado sinais nenhuns de abertura do ponto de vista político.

Pelo contrário, como já aqui foi dito, continuam a verificar-se situações de prisões completamente arbitrárias, a liberdade de expressão é completamente posta em causa, o direito de associação não existe e há muitos homens e mulheres da cultura, dessa cultura, em torno da qual se quer estabelecer um diálogo com Cuba, há muitos homens e mulheres de cultura que, pela simples razão de discordarem do regime, têm visto a sua voz ser silenciada.

As expectativas de que as alterações ocorridas nos últimos anos pudessem levar a uma maior abertura do regime foram, até aqui, completamente postas em causa. Por isso, a União Europeia deve, do meu ponto de vista, apostar no incremento deste relacionamento, mas ao mesmo tempo deve ser de uma exigência absoluta em matéria de respeito pelos direitos humanos, porque estes são sistematicamente postos em causa em Cuba.

Michael Gahler (PPE). – Herr Präsident! Ich finde auch: Dialog ist besser als kein Dialog, insbesondere dann, wenn man unterschiedlicher Auffassung ist. Ich bin im Übrigen auch schon seit langem gegen die US-Sanktionen, und ich unterstütze auch das, was wir an Projekten bereits auf den Weg gebracht haben. Aber ich finde, es geht um mehr als nur darum, den Raum für die Zivilgesellschaft zu erweitern. Und es geht auch nicht abstrakt um Menschenrechte, sondern konkret um Bürgerrechte. Denn die Kubaner gehören einer Nation an, die wirklich auch dem europäischen Kulturraum zugehört, Spanisch spricht und auch eine Tradition in echter Demokratie entwickeln sollte. Das Land ist das einzige Land in der westlichen Hemisphäre, wo Opposition per se illegal ist. Und das geht nicht! Ich finde, wenn wir Venezuela und das Regime dort richtigerweise kritisieren, dann sollten wir Kuba umso mehr kritisieren, denn in Venezuela wird die Opposition zwar unterdrückt, aber sie ist nicht per se illegal.

Ich finde, was wir am 11. März erlebt haben, diese Wahlfarce, war ein Rückschritt und war kein Schritt in die Zukunft. Das ist ein Ausdruck politischer Unmündigkeit gewesen, in der diese Menschen dort gehalten werden. Ich habe ein Bild von Reuters gesehen, da standen zwei Jungpioniere, vielleicht so zehn Jahre alt, in Hab-Acht-Stellung neben Wahlurnen und haben dort die Wähler in Empfang genommen. Das ist etwas, was mich wirklich an die Vergangenheit erinnert.

Ich frage Sie: Treffen Sie sich bei diesem Treffen mit der Opposition? Sind Sie bereit, dort konkret zu verlangen, dass die nächste Wahl eine demokratische Wahl ist? Das wäre eine konkrete Frage.

Pina Picierno (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, intanto per ribadire – è già stato detto ma lo voglio ribadire anch'io – come questo strumento che abbiamo in questa sede adottato, ratificato nella scorsa estate, come sia uno strumento fondamentale, colleghi. Fondamentale per tante ragioni, alcune di merito, che sono state ben illustrate dalla commissaria Mogherini, ma anche per altre ragioni un po' più profonde, vorrei dire.

Perché la storia ci ha insegnato che l'isolamento aiuta sempre gli estremismi e non aiuta mai le popolazioni che vengono sempre penalizzate dall'assenza di dialogo. E per un'altra ragione importante allo stesso modo, io credo, perché il dialogo è l'unico modo per rafforzare i trend positivi e per contrastare i trend negativi, ancora di più nel campo dei diritti umani.

Allora, io non posso che esprimere apprezzamento – ringraziamento, vorrei dire persino – alla commissaria Mogherini per il lavoro importante che ha già svolto, per la nuova stagione di relazioni che ha inaugurato, per questa capacità di dialogo forte, perché voglio dire – e ho chiuso – il dialogo è l'unica possibilità...

(Il Presidente ritira la parola all'oratrice)

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente, el Acuerdo de Diálogo Político y de Cooperación con Cuba puso fin a una situación excepcional: la carencia de un acuerdo de este tipo con la isla.

La reunión próxima del Consejo Conjunto, señora Mogherini, se produce en un momento muy especial, justamente cuando los veteranos dirigentes de la revolución están siendo relevados.

A mi juicio, los cambios en los altos cargos deberían ir más allá: deberían acarrear, impulsar cambios políticos y económicos en Cuba, cambios que la aproximen a los principios y estándares que los europeos consideramos universales y que, en todo caso, son ya mayoritarios en América Latina —me refiero a la democracia pluripartidista, el respeto de los derechos fundamentales, el Estado de Derecho, la economía abierta y también el Estado social—.

Este diálogo en el Consejo Conjunto debe favorecer los intereses de la Unión y de sus ciudadanos y también los de los ciudadanos cubanos, sin abdicar de nuestros principios y valores. Por eso, los derechos humanos deben estar presentes en su agenda —y basta con citar una figura, ya evocada por el señor Luis de Grandes: la figura de Eduardo Cardet, un líder opositor que sigue detenido después de quince meses—.

Los ciudadanos cubanos están muy cerca de los europeos. Recuerdo el elevado número de personas de origen español y de mi tierra gallega que residen en Cuba. Es lógico que yo quiera para ellos todo lo que quiero para nosotros, es decir, el marco de libertades y de bienestar del que, en general, disfrutamos los europeos.

Este es el Parlamento del Premio Sájarov en favor de la libertad de expresión, que tantas veces ha galardonado a ciudadanos cubanos —tres veces, si recuerdo bien—. Confío en que este dato, señora Mogherini, le sirva de guía, de fuerza inspiradora en su próximo diálogo con las autoridades cubanas.

Laima Liucija Andrikiénė (PPE). – Mr President, the Political Dialogue and Cooperation Agreement (PDCA) between the EU and Cuba can be seen as a new chapter in EU-Cuba relations. This agreement provides for enhanced political dialogue, improved bilateral cooperation and joint action in multilateral fora.

For the EU, the PDCA is a tool for supporting a process of change and modernisation in Cuba. For Cuba, it represents the so-called normalisation of the relationship with important and economic and trade partners and helps to diversify its external obligations.

The forthcoming EU-Cuba joint ministerial council is an important gathering which should aim to discuss important political issues, trade and investment, as much as human rights. Economic, political and social modernisation is vitally important for the country. However, protection of human rights and fundamental freedoms must go hand in hand with placing EU-Cuba relations on a higher level.

We know that the human rights situation is getting worse. Violations of freedom of religion or belief in Cuba have been on a steep rise. In this situation, the EU cannot be sidelined. The possibility of applying human rights clauses as an integral part of the agreement must be clearly and openly discussed during the Joint Council meeting. And the EU should raise the question of religious freedom in Cuba and should encourage Cuba to fully ratify the International Covenant on Civil and Political Rights.

Spontane Wortmeldungen

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι σχέσεις Ευρωπαϊκής Ένωσης-Κούβας θα μπορούσαν να αποτελέσουν μια νέα ιστορική ευκαιρία για τις δύο πλευρές, υπό τον όρο ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι διατεθειμένη να ακολουθήσει ένα νέο πλαίσιο συνεργασίας. Στο οικονομικό πεδίο η συνεργασία πρέπει να στηριχθεί στο αμοιβαίο όφελος και στο δίκαιο εμπόριο. Δεν θα πρέπει να επιδιώξει Ευρωπαϊκή Ένωση να εγκαθιδρύσει ένα νέο αποικιακό καθεστώς στην Κούβα. Ο λαός της Κούβας έχει υποφέρει από την αποικιοκρατία επί αιώνες και έχει δείξει πώς αντιδρά.

Σε πολιτικό επίπεδο πρέπει να ενισχυθεί η συνεργασία, η ειρηνική συνύπαρξη, ο σεβασμός της εθνικής κυριαρχίας και η αρχή της μη επέμβασης στα εσωτερικά της Κούβας. Χρειάζεται βεβαίως να εμπεδωθεί η Δημοκρατία στην Κούβα και να ενισχυθούν τα ανθρώπινα δικαιώματα. Όμως η προώθηση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων δεν πρέπει να αποτελέσει άλλοθι για τη Δύση προκειμένου να επιβάλει λύσεις απ' έξω και να ανατρέψει την κατάσταση η οποία έχει διαμορφωθεί και θα διαμορφωθεί απ' τον ίδιο τον κουβανικό λαό.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Señor presidente, «seamos realistas y hagamos lo imposible», decía el Che Guevara. El Acuerdo de Diálogo Político y de Cooperación, señora vicepresidenta de la Comisión y alta representante, es un momento histórico porque abre un capítulo nuevo en las relaciones de reciprocidad y, por eso, también la felicitamos. Por fin, la Comisión Europea deja de seguir una posición oscura, como fue la promovida por el presidente Aznar — aquel de la foto del trío de las Azores—, porque Cuba no necesita tutelas, sino un nuevo ciclo que comienza.

El levantamiento del bloqueo es un ejemplo. Europa no debe de ser el adalid internacional de ningún bloqueo. Y, además, Cuba deja de ser el único país de América Latina y el Caribe que no tiene una relación bilateral con la Unión Europea.

Ángela Vallina (GUE/NGL). – Señor presidente, desde luego, este Acuerdo debe servir para consolidar unas relaciones estables entre Cuba y la Unión Europea en el marco, además, del Derecho internacional y de la Carta de las Naciones Unidas, en el marco de la legalidad, del respeto de la soberanía de los Estados, y en el marco de los valores y principios marcados en la política exterior de esta Unión.

Desde mi Grupo deseamos que continúen los pasos hacia la normalización de relaciones políticas y comerciales, el respeto de Cuba como sujeto político internacional, de su identidad propia, y el respeto de su modelo económico y social de vía alternativa al capitalismo.

Le solicito por último, señora Mogherini, que siempre tenga en mente las palabras que usted dijo en su reciente visita a La Habana, porque la Unión Europea, en su política exterior, debe tender puentes y abrir puertas mediante la cooperación y el diálogo: es la única vía y la única diplomacia. Ánimo.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, signora Alto rappresentante, onorevoli colleghi, nel gennaio del 1959 il movimento del 26 luglio rovesciava il regime di Batista e dava avvio al primo Stato socialista dell'America Latina. Oggi, a distanza di quasi 60 anni, Cuba si sta preparando ad aprire un nuovo capitolo nella sua storia.

L'accordo di cooperazione e di dialogo UE-Cuba è un primo traguardo verso un futuro di vicinanza tra cubani ed europei, un segnale forte di sviluppo sostenibile e collaborazione contro la politica miope di Donald Trump, ostinato a perpetuare un anacronistico *bloqueo* dalle conseguenze inaccettabili.

Sono dunque d'accordo, Alto rappresentante, con le parole che Lei ha detto all'Avana: dobbiamo costruire ponti e aprire porte attraverso la cooperazione e il dialogo, permettendo a Cuba di uscire dall'isolamento e aprirsi al mondo. La nostra mano è tesa, ma ricordiamoci che si tratta di un passo a due. L'Unione europea si aspetta da Cuba risposte concrete, fatti e non parole, soprattutto nel campo del rispetto dei diritti umani e del ruolo della società civile, che deve poter operare liberamente.

Sarà compito di noi parlamentari monitorare che la barra del timone resti dritta verso la difesa dei diritti dei cittadini cubani.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, many of you referred to Cuban civil society, and I agree that it has a critical role to play and to fulfil in cooperation with our delegation. Indeed it is not true and it has never been true that we do not have bilateral relations between the European Union and Cuba. There is a Cuban Ambassador in Brussels who is accredited to the European Union, and our delegation is active in Havana and all over the island, not only for diplomatic exchanges, but also for running the various projects, including the humanitarian and development projects that we run on the island. We definitely have a strong and active diplomatic channel and presence, both of Havana in Brussels and of the European Union in Havana.

Through our delegation in Havana, the role of civil society is constantly being encouraged. Meetings and regular exchanges take place. I myself, during a recent visit and previous visits, have always managed to meet members of civil society, although my visits were always extremely short.

As many of you have said, that it is clear that our ideas, principles and practices in terms of human rights and democracy are different. This is no mystery. Isolation has never proven to be a way to encourage positive development. What can encourage positive development and channel our approach, our principles and our expectations is a strong, open, frank and constructive dialogue based not only on respect, but also on very clear messages that we never hide. It is more communication and more cooperation that will bring about positive developments, including in the area of fundamental freedoms.

It is no mystery that Cuba, the Member States and the European Union as a whole have different political systems; this is obvious to all of us. The role of civil society and the issue of human rights and fundamental freedoms are part of our dialogue and our common work. One key element of the agreement we have is also the formalisation of the human rights dialogue. This is also one of the reasons why this Parliament approved and backed the agreement we negotiated.

As I said, isolation has failed over decades to bring any positive developments, either in the island, or in our relations, including as regards relations between the European Union and the region. Some of you referred to the fact that Cuba also has a regional role in the Caribbean and in Latin America. Having this channel of dialogue open can be useful and helpful.

Isolation, on the contrary, has traditionally strengthened conservative forces. This is why we all consider it important that this agreement has entered into force and why this Parliament gave its consent last year to adopt this historical agreement, which the Member States by unanimity adopted it. This is the expectation with which we enter into this process. Some of you rightly mentioned: now we have the agreement and the institutional backing on the European side to this agreement, we know all the opportunities and challenges are still in front of us. We simply have the instruments to enter into a different phase.

The point is now to implement this agreement using this instrument, and I count on this Parliament to accompany this process as we proceed with the implementation of the agreement in all its different sectors, which also means holding the first Joint Council in May. When I was in Havana in January, we also discussed opening different sectoral dialogues, exploring the different opportunities that open up, as well as addressing the difficulties we might have, including the formulation of the human rights dialogue. I would expect that this Parliament will accompany us in this implementation phase, keeping clear our perspectives, our differences and our points of convergence.

Let me finish by supporting very much what David McAllister, Chair of the Committee on Foreign Affairs (AFET), mentioned about the opportunity to have an AFET delegation visiting Cuba. I raised this personally with the Cuban authorities during my visit in January, including with the President of the National Assembly of the Parliament there, who welcomed this idea. Obviously, I will continue to encourage a move in this direction, because I believe that contacts need to be deepened in respect of the differences and in openness of the differences at all levels – institutions, civil society, human rights activists and the Parliament have an important role to play here.

I thank you for this debate and I thank you most of all for the work you will continue to do to accompany me in the implementation of this agreement.

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO*Vicepresidente*

El presidente. – Se cierra el debate.

19. Neue Agenda für die Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien im Rahmen der 13. jährlichen Ministertagung (Aussprache)

El presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate a partir de la Declaración de la vicepresidenta de la Comisión y alta representante de la Unión para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad sobre la nueva agenda para las relaciones UE-Asia Central en el marco de la 13.^a reunión ministerial anual (2018/2526(RSP)).

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, last summer, the Council of the European Union asked me and the Commission to propose a new EU strategy on Central Asia, to be adopted next year.

As you might know, a few months ago, during my second visit to the region, I visited three of the five Central Asian countries. I was in Samarkand, where we had a very positive EU-Central Asia ministerial meeting. We have that ministerial meeting every year, which proves to be extremely useful and I am glad for the European Parliament's continuous contribution to our work and also for your efforts to put this issue on the agenda, where it should be.

Central Asia is often perceived as a remote part of the world but, in fact, Europe and the five Central Asian countries are now closer than ever. I believe this is more important now than before. Their neighbourhood is our neighbourhood.

The Silk Road is not only a literary memory of the past, but one of the most important global infrastructure projects. Central Asia is, even more than in the past, a crossroads between Europe and the Far East, between Russia and South East Asia. Events in Afghanistan or in the Middle East are as important for us as for our partners in Central Asia. Their security is clearly also our security.

We see clearly that, as the world is changing, this region is changing, too. Free elections and peaceful transitions of power are becoming a more regular feature. Central Asia has become more independent and stronger, a partner for the East and for the West, not the chessboard for some great game among empires. Today, Central Asian countries are seeking a closer partnership with the European Union.

This is the clear message I got from all the leaders and ministers I have met from the region, especially in the last year: they are eager to deepen and increase cooperation with the European Union in all the different sectors. I believe this is a political will and the political signal we should get. They see us, the European Union, as a reliable, predictable, cooperative power with no hidden geopolitical agenda. And they see us as an indispensable partner for sustainable development and for modernisation.

I would like to focus on three aspects of our relationship where we have already achieved a lot and where I see a lot of potential for greater progress.

First, we are partners for change. For instance, we have supported Kyrgyzstan, Tajikistan and Kazakhstan on their way to joining the World Trade Organisation, and we want to do the same for Uzbekistan and Turkmenistan.

European companies are keen to invest in the region, to the benefit of both the European Union and Central Asia, and improving the business environment is an interest we share. Also, to this end, we have launched a new generation of enhanced partnership and cooperation agreements. We signed one with Kazakhstan, we are negotiating one with Kyrgyzstan, and we look forward to opening negotiations soon with Uzbekistan. These agreements are also an incentive for domestic reforms, in line with international values, norms and standards, so I hope that the European Parliament will soon give its consent to the ratification of our Partnership and Cooperation Agreement with Turkmenistan.

When we talk about change, it is not just about business. I want to be very clear on this. It is, first and foremost, about expanding rights all around the region for the sake of the people of Central Asia.

With independent media and an open space for civil society, institutions in Central Asia will be more credible, states will be more resilient in times of crisis, and economists would be more solid and attractive. Uzbekistan and Kyrgyzstan are engaged in important reform processes. We want to accompany them on this path. This is what I discussed during my visit last December, if I am not mistaken, to both countries and we want to work for that example to be followed by others in the region.

Second, we are partners for regional cooperation. Central Asia remains one of the least integrated regions in the world. In Samarkand I saw great interest in our European experience on how to solve common problems through regional cooperation. Central Asia faces many challenges that no single country can address alone, from water scarcity to the fight against international trafficking, from trade to the issue of foreign terrorist fighters and the radicalisation of, especially, the younger generations.

When it comes to intercontinental trade routes, Central Asian countries want to be more than just transit countries. They hope that these big infrastructure projects will bring sustainable development to their countries and support trade within the region, not only through the region. These are demands we can only support.

It is also for this reason that I intend to present to the October Foreign Affairs Council a new strategy on connecting Europe to Asia. It will highlight the key principles which we believe should guide international work to promote connectivity. This new strategy will aim to give our partners, including Central Asian countries, more than one choice. It should help them avoid the debt trap and the trap of poor-quality projects.

Last, but not least, the third sector of cooperation. The European Union and Central Asia are partners for security. We have a shared interest in supporting, for instance, an Afghan-led and Afghan-owned peace process. Uzbekistan will co-host a regional conference on Afghanistan at the end of March, in a few weeks from now.

This is essential for our own security, and I will be there, personally, with the Afghan Government, with our Central Asian partners and with all our international interlocutors. International cooperation is the only way to tackle challenges that are cross-border by definition, such as radicalisation or the phenomenon of foreign terrorist fighters.

We cooperate on border management with Central Asian countries and we have recently decided to deploy an EU counter-terrorism expert to Central Asia, who will be based in Bishkek in Kyrgyzstan. We will also participate in the high-level regional conference on counter-terrorism which Tajikistan will be hosting in early May.

It is quite clear, also from the debates we have had previously, that we live in a world that is moving fast but not always in the right direction, which is quite dangerous and challenging. We are probably living in the most delicate moment since the end of the Cold War and there is very little space for positive news.

Still, when I travel to a region like Central Asia I see more opportunities to take than threats to tackle: opportunities for change, for democratic perspectives, for economic growth and for cooperation on the different sectors I have mentioned now. This will be the core of our work, and our new strategy that the Council asked for, and the European Parliament has an important role to play in this process.

So let us invest together in this partnership because security and development in Central Asia is also our own security and development.

Laima Liucija Andrikiienė, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, Central Asia has the potential to be a major gateway between Europe and Asia with a growing market and significant potential for investment and trade, so the EU's new Strategy for Central Asia should provide a more forward-looking and goal-oriented vision and supporting tools. It would also help to respond adequately and timely to current challenges such as the ongoing democratisation processes in the region, fighting terrorism and extremism, as well as environmental issues.

In general, over the past years the geo-political environment has changed significantly in the region. The US has lost prestige, and its presence and its interest is decreasing in the region. The European Union, in spite of losing a bit of attraction because of the financial and refugee crisis and Brexit, can stay as active as China and Russia in the region – of course, not in a similar scope yet, but the EU is still key to Central Asia and its future.

Two new regional initiatives, China's OBOR and the Russian-led Eurasian Economic Union, are taking the lead in investment and could potentially transform Central Asia's political landscape, so the necessary instruments should be implemented in Central Asian countries in order to keep Russia's and China's political and economic influence under control.

The EU should focus on realistic initiatives that fit with the existing regional projects, and the EU needs to be more actively present in each country of Central Asia in order to address the emerging geopolitical challenges and expand cooperation with the countries of the region.

Liisa Jaakonsaari, *S&D-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, maailmassa on liian vähän hyviä uutisia tällä hetkellä, ja pieni toivon pilkahdus sisältyy nyt tähän Keski-Aasiaan ja kehitykseen. Aivan niin kun korkea edustaja Mogherini sanoi, siellä halutaan tehdä yhteistyötä ja halutaan vakautta alueelle. Se on tänä päivänä erittäin tärkeää.

Tämä EU:n keskeinen strategia on senkin takia tärkeä, että siinä halutaan sitoa enemmän alueen valtiot tähän kokonaisuuteen. Kysyisinkin korkealta edustajalta, voitaisiinko ajatella, että myös Venäjä voitaisiin ottaa kaikkine ongelmineen, joita tällä hetkellä on, enemmän mukaan tähän prosessiin. Erityistä huomiota pitää todellakin kiinnittää puolueettomaan oikeuslaitokseen, hyvään hallintoon, ihmisoikeuksien toteuttamiseen ja Kansainvälisen työn järjestön ILO:n standardeihin. Tämä on tärkeä asia, ja tässä on paljon uutta.

Ryszard Czarnecki, *w imieniu grupy ECR*. – Państwo Przewodniczący! Azja postsowiecka to bardzo ważny region, region zróżnicowany, choć może za mało o tym mówimy. Jest tam pięć dawnych republik radzieckich i jest też Mongolia, która formalnie nie była częścią Związku Radzieckiego. Jest to kraj, o który toczy się – nie ma co ukrywać – geopolityczna wojna. Rosną tam wpływy Turcji. Kiedyś goszczący w Brukseli przedstawiciel parlamentu jednego z tych krajów powiedział mi: no cóż, jeden naród turecki i dwa państwa: tureckie i właśnie jego. Rosną wpływy Iranu. Istotne są nasze europejskie wpływy. Są też wpływy amerykańskie. Pytanie tylko, czy nie są może trochę mniejsze, niż były. I są też wpływy rosyjskie, chociaż myślę, że są one coraz mniejsze niż kiedyś. Jest to region ważny w wymiarze ekonomicznym. Jest to region również istotny w naszych relacjach w kontekście Chin.

Jozo Radoš, *u ime kluba ALDE*. – Gospodine predsjedniče, gospodo visoka predstavnice, karakteristika položaja srednje Azije danas je negativno nasljeđe sovjetskog vremena, nerazvijene demokratske institucije, nekonkurentno gospodarstvo, ekološki problemi, ukliještenost između dvije velike sile, Kine i Rusije, čiji geostrateški interesi ne moraju biti u skladu s napretkom i prosperitetom srednje Azije, gospodarska i energetska ovisnost o Rusiji i izloženost nestabilnosti i terorizmu s juga.

Podržavam izjave Komisije i zaključke Vijeća o srednjoj Aziji, a posebno one koji se tiču poticanja korištenja obnovljivih izvora, povećanje energetske učinkovitosti, snaženje borbe protiv terorizma, efikasna zaštita granica, puno korištenje obrazovne inicijative, i mislim da posebno treba naglasiti potrebnu pomoć Europske unije u mirnom rješavanju otvorenih pitanja i sporova koji postoje među pet zemalja srednje Azije.

Želio bih ipak pohvaliti prevladavajući pozitivan ton koji je visoka predstavnica, ukazujući na sve probleme, ipak iskazala kada je govorila o perspektivama i potencijalima srednje Azije. Ali, puno se toga promijenilo 2007. godine, kada je donesena strategija odnosa Europske unije i srednje Azije. Kina je danas puno ambicioznija i snažnija, Rusija ima agresivniju politiku, a ugroze terorizma su daleko veći nego što su bili te 2007. godine.

Stoga podržavam zahtjev Vijeća i stav Parlamenta da se što je moguće prije donese nova strategija odnosa srednje Azije i Europske unije.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Hohe Vertreterin! Das Gemeinsame Kommuniqué von Samarkand zeigt, dass die erfolgreiche Erarbeitung der neuen Zentralasienstrategie mindestens zwei Brüche gegenüber der bisherigen Politik der EU erfordert: Soll die neue Strategie – wie gewünscht – gemeinsam mit den zentralasiatischen Partnerländern entstehen, kann das nur durch einen Interessenausgleich erfolgen, der die konkreten Herausforderungen und Rahmenbedingungen beider Seiten abbildet. Der bisherige Ansatz, der vor allen Dingen auf die Durchsetzung und Absicherung primär wirtschaftlicher Interessen zielt, ist kein Erfolgsmodell.

Soll sich die neue Strategie – wie im Ratsdokument benannt – wirklich an den SDGs ausrichten, dann muss sich zwangsläufig auch unsere Sicht auf den Entwicklungsstand der Länder ändern. Es wird dann weniger um die Frage nach dem Zustand von Infrastrukturen und die Frage der Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen gehen, sondern vielmehr darum, wie Beziehungen aussehen sollen, die einen relevanten Beitrag zur Lösung der bestehenden gravierenden sozialökonomischen Probleme und Umweltprobleme sowie zur Modernisierung und Demokratisierung der Gesellschaften und des Staatswesens leisten.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Madame la Haute représentante, chers collègues, avons-nous à nous occuper de l'Europe centrale et à faire payer aux États membres, ainsi qu'à leurs citoyens, le prix peut-être de nos échecs? Car nous risquons l'échec.

Nous n'avons aucune compétence pour nous occuper d'une zone complexe travaillée par l'islamisme et au carrefour du grand jeu entre la Russie, l'Amérique, l'Iran, l'Inde et la Chine. L'échec cuisant de l'Afghanistan en est le témoignage.

Nous n'avons, en outre, aucune légitimité pour interférer dans ces zones qui ne sont pas européennes de culture ou d'histoire et n'ont aucune raison de le devenir.

Nous risquons aussi l'échec si nous avons la même logique mortifère que celle du partenariat oriental dans le Caucase où l'Union européenne a tenté de déraciner des nations de leur environnement historique, ou en Ukraine.

Nous devons par contre apporter d'une manière équilibrée notre pierre au développement économique de la région, car sinon, si nous restons dans ces logiques précédentes, nous risquons un bilan à nouveau catastrophique de l'action extérieure.

Eduard Kukan (PPE). – Mr President, in the past few years the relations between the EU and five Central Asian partners have intensified. This is documented not only by the frequency of high-level meetings, but also by the amount of upgraded agreements that this House has passed.

I think it is an encouraging development, notably in regard to the new EU Central Asia Strategy anticipated next year. The EU should continue in this trend of active engagement with the region. It has a unique balancing position in Central Asia, and is perceived as a positive force. Our bilateral relations should focus on common security challenges, supporting the resilience of partners, enhancing our economic relations and backing regional cooperation. Particular attention should be dedicated to improving the rule of law and respect for fundamental freedoms in five countries. The EU should be clear of the areas where improvement is needed and should stand ready to assist.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Asia centrale è una regione in evoluzione, un partner strategico per l'Europa. È un'area in cui la nostra azione può fare la differenza, in cui abbiamo ottenuto diversi risultati, come la quasi eradicazione del lavoro minorile in Uzbekistan nel settore tessile, anche grazie al lavoro di questo Parlamento.

In vista della nuova strategia, oltre alle opportunità economiche e di commercio, appena consolidate dalla ratifica della partnership con il Kazakistan, dobbiamo proseguire la cooperazione per il consolidamento delle istituzioni, la lotta alla corruzione, ma soprattutto occorre una rinnovata attenzione agli aspetti sociali e ai diritti umani, su cui c'è ancora molto da fare, come mostrano i tanti casi di persecuzione politica. Penso ad esempio a Maks Bokaev e Iskander Erimbetov, riferendoci proprio al Kazakistan.

Un'Asia centrale stabile e resiliente è cruciale, viste anche le sfide in termini di sicurezza poste dalla frontiera afgana, o per esempio dagli scontri per il controllo dell'acqua. Da questo punto di vista il nuovo impulso nella cooperazione infraregionale è certamente da incoraggiare ed è interesse dell'Europa.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente, desde el colapso de la Unión Soviética, la región del Asia Central se ha ido consolidando como una especie de subcontinente emergente. Su situación geográfica, sus ingentes recursos naturales y económicos, así como los retos a los que se enfrenta, la convierten en un área de notable interés para la Unión Europea. Y yo celebro el interés —como usted nos ha dicho, señora Mogherini— que existe en la región por la Unión Europea, y que se esté trabajando para la renovación en 2019 de la Estrategia de la Unión Europea para Asia Central.

Debemos seguir acompañando a estos países en sus reformas hacia la modernización política y económica. Son países —iba a decir— en transición. Ya se ha recordado aquí alguno de sus retos: la mejora en términos de gobernanza democrática, la seguridad y el auge del yihadismo, los tráfico ilícitos, los recursos naturales —tanto energéticos como hídricos— y la gestión de estos. Podemos ayudar en todo ello y debemos seguir impulsando su integración regional y reforzando nuestra presencia y visibilidad allí.

La Unión Europea debe perseverar en su posicionamiento como un actor global, en particular, en aquellas regiones cercanas —los vecinos de nuestros vecinos—, dado que lo que allí acontece tiene repercusiones directas en nuestro día a día. Lo vemos en el caso del Sahel, de Oriente Medio, y lo vemos también en el caso de Asia Central.

Jo Leinen (S&D). – Herr Präsident, Frau Mogherini! Vielen Dank für Ihr Engagement in Zentralasien. Zu lange war das doch ein weißer Fleck auf der politischen Landkarte hier in Europa. Wir haben ja gehört, welche Einflusszonen es rund rum gibt, Russland, Türkei, Iran und insbesondere China. Da ist natürlich die Einflussnahme direkt und massiv. Sie sagen, die Regierungschefs begrüßen eine engere Partnerschaft mit uns. Aber was haben wir zu bieten?

Wir sind eine SoftPower, wir ermahnen sie zu Reformen, mehr Demokratie, mehr Menschenrechten, und China macht die großen Investitionen. Also gibt es neben der SoftPower noch etwas, was wir diesen Ländern noch anbieten können? Aus der östlichen Nachbarschaft müssen wir lernen, dass wir die Länder einzeln betrachten. Ich glaube, wir brauchen maßgeschneiderte Programme für die einzelnen Länder. Ich würde aber auch begrüßen, was sie sagten, dass wir die regionale Kooperation stärken. Das haben wir in Afrika mit Erfolg gemacht, das können wir auch in Zentralasien machen: den Ländern dort das Beispiel der EU anbieten, dann werden sie insgesamt stärker.

Ramona Nicole Mănescu (PPE). – Mr President, I first want to thank Ms Mogherini for her statement on Turkmenistan. As rapporteur for Turkmenistan, I can only express my concerns on the situation in this country: lack of respect for human rights, corruption and low democratic standards. Such topics are indeed sensitive and difficult to approach through direct talks, producing little or no result through the classic diplomatic tools. A constant new presence in Turkmenistan would be constructive and efficient, more than isolation, if we want to achieve our goals and not just talk about them.

Most of my colleagues share this position, and this is why the European Parliament has already requested a fully-fledged delegation in Ashgabat. If we all consider that a Partnership and Cooperation Agreement (PCA) with Turkmenistan as a legal support will offer a strong platform for constructive relations, then I can only ask High Representative Ms Mogherini to give us full support to achieve this goal as soon as possible.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, the European Union strategy for Central Asia, which is currently under revision, must become a strong instrument for our foreign policy. The security challenges in this region are also our security challenges, and we need to work collectively against Islamic radicalisation. Among the five countries, only Kazakhstan has an enhanced partnership and cooperation agreement, which includes strong provisions on security. I hope that in the near future we will be able to develop similar agreements with the remaining four countries.

High Representative Ms Mogherini, I know that during your last visit to Samarkand you laid the basis for the creation of common counter-terrorism action, and we really appreciate your diplomatic efforts in this. Indeed, there is no place for geopolitical competition when we speak about security-building, because China, Russia and Afghanistan all have a role to play in it, and I am sure today that you have enough diplomatic leverage to promote regional security cooperation.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Azja Centralna to swego rodzaju subregion, który wydawałoby się, że został pozostawiony sam sobie, a przynajmniej Rosji i Chinom. Niewiele tam się zmieniło od czasów Związku Radzieckiego, zwłaszcza w kwestiach ustrojowych. Panują dyktatury, rządy autorytarne, nie ma demokracji.

Natomiast są to państwa bogate w różne zasoby: nie tylko gaz i ropę, ale i rudy metali, także metali szlachetnych. Narody i społeczności tych państw zasługują na to, żeby dołączyć do rodziny demokratycznych narodów świata. By tak się stało, nie ulega żadnej wątpliwości, że trzeba zwiększyć współpracę Unii Europejskiej z tymi państwami. To jest jedyna droga ku demokracji. Również współpracę gospodarczą, gdyż będzie ona służyła społecznościom i narodom tych państw.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, paní Mogheriniová, já jsem velmi pozorně poslouchal váš projev. Mně se líbí stejně jako některým kolegům, že se snažíte posílit spolupráci se zeměmi Střední Asie. Považuji to za velmi důležité, protože jak už tady bylo řečeno, dnes narůstá zájem velmocí o tento region a my bychom neměli tento region přenechávat Číně a Rusku a měli bychom se v tomto regionu ekonomicky mnohem více angažovat. To je první důvod.

Druhý důvod zde byl také zmiňován, to je otázka nebezpečí terorismu. Pokud bychom nechali Střední Asii být, tak se nám do budoucna může stát, že se v této oblasti bude rekrutovat mnohem více mladých džihádistů, že zde bude narůstat islámský radikalismus, a to už je konkrétní ohrožení pro Evropu. Neplatí tedy teze některých kolegů, kteří tvrdí, že nás tento region nemusí zajímat, že nemá dopad na Evropu. Z hlediska mezinárodní bezpečnosti je to zkrátka oblast, která potenciálně, pokud nás nebude zajímat, může být pro nás rizikem. Takže vítám Vaši vyšší aktivitu a prosím, pokračujte v ní dále.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η δέκατη τρίτη ετήσια σύνοδος υπουργικού επιπέδου της Ευρωπαϊκής Ένωσης με τις χώρες της Κεντρικής Ασίας πραγματικά είναι μία ενδιαφέρουσα συνάντηση· οφείλει να αντιμετωπίσει σοβαρά ζητήματα –και, όταν μιλούμε για τις χώρες της Κεντρικής Ασίας, μιλούμε για πλούσιες χώρες με φυσικό αέριο, πετρέλαιο, ορυκτά, αλλά ταυτόχρονα με φτωχούς λαούς. Η ατζέντα βεβαίως πρέπει να αντιμετωπίσει και τον πολιτικό διάλογο με σεβασμό στην εθνική κυριαρχία των κρατών αυτών και την ειρηνική συνύπαρξη, την οικονομία, με στόχο βεβαίως το αμοιβαίο όφελος και το δίκαιο εμπόριο, αλλά ταυτόχρονα πρέπει να ληφθούν μέτρα για το χτύπημα της εγκληματικότητας και της διαφθοράς, να επιβληθούν όροι εφαρμογής της εργατικής νομοθεσίας, να απαγορευθεί η παιδική εργασία, να υπάρξει περιβαλλοντική προστασία και ταυτόχρονα μία ολοκληρωμένη στρατηγική για την αντιμετώπιση του τζιχαντισμού και του ισλαμικού εξτρεισμού.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, very briefly because I've seen that there's large convergence among you, amongst us, on the need to continue to invest strategically in our relations with Central Asia – as a region to increase their regional cooperation, but also with each individual country of the five. I am determined to continue to do so. I have seen, as I said in the beginning, clearly a trend in these last three years in all our ministerial meetings, in all the bilateral meetings I've had with them – Presidents and Foreign Ministers – that the intention from their side is to do more with us in all fields.

I will only say that I count on your support to continue doing this. I commit to doing this more and more in all the different fields from the economic to human rights and rule of law, to security and to regional developments, including the security issue, the geo-political dynamics, the crossroads between east and west and north and south, and obviously also on sustainable development and own resources, including water.

There is one question I would like to answer: what can we offer? What I have seen, what they expect us to offer, is the European way, is the standards, is the quality. They know I believe that this comes in a package. It's European standards on human rights and rule of law. It's European standards on economic investments and business climate and rules of the game for the economic environment. It's European standards and the European way on the way in which institutions work. It's the European way in which society develops.

The feeling I have is that they would like to take the European Union as a model for their societies, for their economies, for their regional relations, for their security models. They know it's a long way, but this is the direction I feel they intend to follow, without necessarily being trapped into the geo-political spheres of influence competition, but being able to move towards that kind of European way that we could offer. It is somehow a declination of the soft power we have, but it's also very concrete. It's true that from other places money could come more easily, but I think countries around the world, and in Central Asia included, are starting to realise that it is not necessarily the money that comes easily which is the best investment long term. I think this is the thing we can offer, which is sometimes complicated but always worthwhile trying.

El presidente. – Se cierra el debate.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), in writing. – As you know EU-Central Asia relations are developed under the EU strategy for Central Asia signed in 2007 and reviewed in 2015. For nearly 11 years this EU strategy has played a vital role in reforming Central Asian states and making them important partners of the EU. Progress achieved in the countries under the partnership with the EU should be saved and build up. Therefore, I believe that the EU has to create and implement a new agenda which will develop stronger relations between EU and Central Asia states through strengthen dialogue and cooperation on important topics for both sides such as human rights, education, development, environment and security, particularly in the context of endless conflict in Afghanistan and growing threat of terrorism and Islamic fundamentalism in the region. In this context, it is important to note that region's stability and prosperity can be achieved only through active participation of the EU and its readiness to cooperate with Central Asia states on common challenges and interests. The new EU strategy towards the region should be based on this assumption.

20. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2018 — Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2018 (Aussprache)

El presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate conjunto sobre:

— el informe de Hugues Bayet, en nombre de la Comisión de Asuntos Económicos y Monetarios, sobre el Semestre Europeo para la coordinación de las políticas económicas: Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento para 2018 (2017/2226(INI)) (A8-0047/2018), y

— el informe de Krzysztof Hetman, en nombre de la Comisión de Empleo y Asuntos Sociales, sobre el Semestre Europeo para la coordinación de las políticas económicas: aspectos sociales y relativos al empleo del Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento para 2018 (2017/2260(INI)) (A8-0052/2018).

Hugues Bayet, rapporteur. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je voudrais tout d'abord remercier tous ceux qui ont négocié ce texte et qui ont permis d'arriver à ce résultat. Merci à Tom, Bernd, Caroline, Miguel et Bas. Vous le savez, le rapport sur le Semestre européen que nous allons voter demain est une avancée sur la politique économique et budgétaire à mener et donne des pistes de solution afin de diminuer l'accroissement des inégalités socio-économiques au sein d'un même pays et de limiter la croissance du phénomène des travailleurs pauvres ou encore d'aller vers une convergence plus forte entre les États membres.

Je pense qu'on peut se réjouir: la situation économique s'améliore et un nouveau cap commence à se dessiner. C'est évidemment ce qu'on demande dans ce rapport et la Commission – que je remercie, d'ailleurs – a repris dans ses recommandations pays par pays quelques-unes de nos remarques. Elle a, en effet, décidé de mettre plus l'accent sur l'intégration du pilier des droits sociaux et des questions environnementales dans les lignes directrices de ses recommandations.

On le sait, le citoyen européen est demandeur d'un climat socio-économique stable et sain, dont l'objectif principal doit être le plein emploi. L'Europe reste le continent le plus riche au monde, avec des potentialités de développement encore importantes, comme, par exemple, dans le domaine de la transition énergétique, mais il est primordial que nos instruments socio-économiques servent la cause des citoyens, de leurs emplois et de leur bien-être. Les travailleurs sont confrontés quotidiennement à l'impact de la mutation rapide de l'économie et, comme hommes et femmes politiques, nous devons pouvoir réagir à ces changements, les accompagner pour éviter qu'ils en soient les premières victimes.

C'est pourquoi nous avons intégré dans ce rapport toute une série de points, mais je voudrais souligner cinq points qui me semblent majeurs. Le premier point se concentre sur l'importance et le besoin d'une augmentation des investissements privés et publics, afin d'investir dans l'économie réelle. Les investissements privés arrivent seulement au niveau de 2008, les investissements publics sont encore 40 % en-deçà des investissements de 2008. Nous avons également demandé à la Commission de faire une évaluation des obstacles à la mise en place des grands projets d'investissement, qui sont souvent des partenariats public-privé, et à leur amortissement dans le temps. Sans investissements publics, par exemple en termes d'infrastructures ou de soins de santé, il n'y a malheureusement pas d'investissements privés, et si on additionne ces deux facteurs, il ne peut y avoir de création d'emplois.

Le deuxième point porte sur les finances publiques responsables. En effet, nous insistons sur le fait que les orientations budgétaires, au niveau national et au niveau de la zone euro, devront permettre la viabilité à long terme des finances publiques, ainsi que leur bonne gestion. Cette bonne gestion doit aller de pair avec une hausse des salaires. C'est une proposition qui est soutenue également par le président de la BCE, Mario Draghi, afin de permettre aux travailleurs d'avoir un pouvoir d'achat plus élevé et, ainsi, de relancer l'économie dans son ensemble, peut-être plus efficacement que les mesures actuelles.

Ensuite, nous avons abordé la problématique des réformes structurelles, notamment pour renforcer la garantie pour la jeunesse, l'importance des politiques d'éducation, les aides aux microentreprises ou encore la garantie de la durabilité des systèmes de sécurité sociale. Bref, tout ce qui fait la plus-value de notre continent face au reste du monde. Ne nous cachons pas, cette plus-value est en danger et nous devons non seulement la préserver, mais aussi l'intensifier pour que l'Europe soit à nouveau synonyme d'espoir pour ces millions de jeunes.

On parle évidemment de l'harmonisation fiscale européenne, de tout le travail qui a déjà été réalisé par le Parlement européen et de la nécessité d'aller plus loin, vers un système commun d'imposition des sociétés équitable et, enfin, le dernier chapitre porte sur une plus grande intégration lors des négociations sur le Semestre des différents acteurs, tels que le Parlement européen, mais aussi les parlements nationaux et/ou régionaux ainsi que les partenaires sociaux. Je pense vraiment que l'appropriation du Semestre par ces différents acteurs est une condition sine qua non d'une meilleure application des recommandations pays par pays.

Ceci n'est évidemment qu'une première étape. D'autres mesures sont encore à prendre, comme, notamment, réformer le pacte de stabilité et de croissance afin de permettre aux États de réinvestir dans les services aux citoyens et de relancer l'emploi. Mais je pense que nous sommes sur la bonne voie pour un réel changement économique et social en Europe et j'espère que ce rapport aura une large majorité demain.

Krzysztof Hetman, *sprawozdawca*. – Panie Przewodniczący! Roczna analiza wzrostu gospodarczego formalnie rozpoczyna wdrażanie 8. cyklu koordynacji i zarządzania polityką gospodarczą Unii Europejskiej, czyli europejski semestr. W swoim komunikacie Komisja zaproponowała priorytety, na których państwa członkowskie powinny skupić swoją uwagę przy wdrażaniu krajowych polityk i reform w celu osiągnięcia trwałego wzrostu sprzyjającego włączeniu społecznemu w ramach tzw. szlachetnego trójkąta, zwiększania inwestycji, realizacji reform strukturalnych i zapewniania odpowiedniej polityki budżetowej.

Główny sygnał płynący z tegorocznego sprawozdania na temat dorocznej analizy wzrostu wskazuje, że gospodarka europejska umacnia się. Po wielu latach spowolnienia gospodarczego wzrost PKB jest większy, niż prognozowano. Bezrobocie systematycznie spada. Poprawiła się sytuacja w finansach publicznych państw członkowskich i obserwujemy ożywienie inwestycyjne. Te pozytywne sygnały napawają optymizmem, dlatego też Unia Europejska i poszczególne państwa członkowskie muszą wykorzystać ten sprzyjający moment, aby kontynuować reformy i umacniać pozytywny trend.

Nie ulega bowiem wątpliwości, że przed nami jeszcze wiele pracy. Bezrobocie wśród młodzieży cały czas utrzymuje się na niepokojąco wysokim poziomie ponad 16 %. Aż 6,3 mln osób w wieku 15-24 lat nie pracuje ani nie uczy się. Wysoki pozostaje też poziom ubóstwa i wykluczenia społecznego. Widoczny jest problem z powrotem na rynek pracy osób długotrwale bezrobotnych, zaś aż 44 % pracowników brakuje podstawowych umiejętności cyfrowych. Borykamy się też z niedopasowaniem umiejętności pracowników do potrzeb pracodawców.

Proszę zwrócić uwagę na ten paradoks. Z jednej strony, w wielu miejscach wciąż mamy wysoki poziom bezrobocia, a z drugiej – przedsiębiorcy coraz częściej zgłaszają problem braku rąk do pracy. Dotychczas był to rynek pracodawcy, teraz jest to rynek pracownika. A problem ten, czyli osób wciąż pozostających bez pracy oraz pracodawców poszukujących pracowników, występuje w regionach zarówno bogatych, jak i peryferyjnych.

Nie wykorzystujemy również w pełni potencjału MŚP i nowych technologii. Tymczasem musimy mieć świadomość, że dynamicznie zmieniające się rynki pracy wymagać będą reform i wprowadzania nowych rozwiązań zarówno w obszarze edukacji i szkoleń, jak i organizacji pracy. Wyzwania obejmują też problemy demograficzne oraz szeroko pojętą równowagę między życiem prywatnym i pracą, w tym kwestię urlopów rodzicielskich i opieki nad dziećmi, ale także powrotu na rynek pracy czy opieki nad osobami długotrwale chorymi i starszymi.

Jestem zdania, że wymienione przeze mnie zagadnienia powinny stanowić najważniejsze priorytety, na których państwa członkowskie muszą skupić swoją uwagę przy wdrażaniu krajowych polityk i reform, aby osiągnąć trwały wzrost sprzyjający włączeniu społecznemu. Konieczne są dalsze intensywne działania na rzecz poprawy konkurencyjności gospodarki europejskiej i zwiększania produktywności naszych przedsiębiorstw.

Nie możemy jednak przy tym zapominać, że w centrum naszych działań musi znaleźć się człowiek, dlatego prace na rzecz poprawy kondycji europejskiej gospodarki muszą iść w parze z pracami na rzecz wzmocnienia naszej polityki społecznej. Uważam, iż włączenie od tego roku w cykl europejskiego semestru filaru praw socjalnych może stanowić skuteczne narzędzie do realizacji tego celu. Mam zatem nadzieję, że założenia filaru zostaną trwale połączone z zaleceniami dla państw członkowskich w ramach semestru. Chciałbym jednak podkreślić, że nawet najlepiej sformułowane cele i zalecenia nie będą miały przełożenia na realną pozytywną zmianę, jeżeli pozostaną wyłącznie na papierze. Dlatego niezwykle istotne jest, aby państwa członkowskie poprawiły poziom wdrażania zaleceń wydawanych w ramach semestru.

Nedzhmi Ali, *rapporteur for the opinion of the Committee on Budgets*. – Mr President, strong economic governance and better policy coordination between the Member States could not be done without the European semester. This year, the process of macroeconomic budgetary and structural policy coordination is particularly important for the Union in the context of the preparation of the next MFF. In this regard, a real synergy between budgetary and monetary policies should be introduced in order to stimulate growth and job creation as well as to revive investments. Ambitious reforms of the euro area governance should be proposed, including the introduction of a special instrument to support the adoption of the euro by the non-euro Member States who have committed themselves to adopting the euro. Important is the evolution of the European Stability Mechanism towards the European Monetary Fund. Public and private investment in infrastructure, research and development, innovation and education should be encouraged in order to achieve the goals of budgetary growth and employment policies. Most effectively, those goals could be achieved implementing a strong and well-resourced cohesion policy. Having in mind the situation with the jobs for young people in the EU, we should underline the importance of the implementation of the Youth Employment Initiative.

Monika Panayotova, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, thank you for the opportunity to discuss today the European Semester, a topic of particular relevance in these times. The Council attaches great importance to the Semester, and I am pleased to exchange views with Parliament on this subject.

If we are to make Europe relevant to peoples' daily lives, we need to achieve good results on growth and jobs, high-quality education, social protection and inclusion, as well as environmental sustainability. We should stress here that it is question of ownership. Implementation of structural reforms under the European Semester is key for strengthening the resilience and potential growth of Member States and the European Union as a whole. An agreement on common objectives is therefore important. Your reports show that we see these common objectives, and I am glad that we have this opportunity to discuss them with you today and that you have done so recently with national parliaments.

To start on a positive note, evidence suggests that Europe's economy is strengthening, employment is growing, investment is recovering and public finances are improving. Yet, clearly, many challenges remain. You have identified a number of them in your reports. While the recovery is turning into expansion and is becoming more broad-based, some Member States still face major structural challenges. High debt levels and high youth unemployment rates remain a source of concern. Also, investment activity has not yet reached the levels we aspire to.

Boosting investment remains a priority in order to promote a more robust recovery and to secure healthy growth rates in the long run. The extension of the European Fund for Strategic Investment in terms of financial capacity is an important step towards achieving this goal. Let us continue to work together to stimulate social investment and human capital, to lift the remaining barriers, and to foster a truly favourable investment climate. Furthermore, we need to support growth with smart fiscal policies while paying close attention to the long-term sustainability of our budgets and debts.

We also need to implement the necessary structural reforms on our product and labour markets in order to prepare our economies for the challenges ahead. We must provide our young citizens with high-quality education and invest in their skills today.

The Single Market is a great EU asset, and we should join forces for its further development. During the presidency, we plan on making progress on the initiatives of the Digital Single Market Strategy, as we think digitalisation is crucial for the competitiveness of the industry in the European Union.

In view of these challenges, the Bulgarian Presidency has outlined the digital economy and skills for the future as one of our four priorities. We are committed to contributing to the process of completing the Digital Single Market as a source of growth and competitiveness, while also focusing on the development of skills and competences of the 21st century.

As we are now leaving crisis times behind us, the legacy of the crisis remains a concern. Some citizens are trapped in a cycle of poverty and social exclusion from which they cannot easily escape. This is an important issue for the presidency. Our policy efforts need to be geared toward those with the most disadvantages. They also need to be geared towards those regions and sectors which are undergoing the most difficulties. We need to think of new solutions to new problems whilst seizing the opportunities ahead of us.

The collaborative economy represents a huge potential, but it cannot be a reason to backtrack on employment and social rights. Employment and social policies need to adapt to the changes in the labour markets, but at the same time workers' rights should remain protected.

Environmental policy, together with the greening economy and greening the European Semester can contribute in a very significant manner to the broad policy objectives of stimulating sustainable growth and creating jobs. The environmental implementation review initiative will be again on the Council's agenda next year. What is key is to focus on the full implementation of the reforms and to carefully monitor the progress in each Member State. We should share our experiences and use best practices examples to learn from each other. Only by closely working together to constantly push for reforms, and to continuously support inclusive growth and job creation, will we be successful in creating tangible benefits for every citizen and in rebuilding trust in a strong and prosperous European Union.

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Mr President, it is a pleasure to talk this House today, and a special pleasure because it is nice to be able to bring some good news. This year's Semester takes place amid steady economic expansion. Europe is seeing the highest growth rate in a decade, investment is picking up, employment is at record levels and the unemployment rate is almost where it was before the crisis. The share of people at risk of poverty or social exclusion fell to the pre-crisis level. Public finances are improving and the banking sector is well capitalised. Our strategy of investment, structural reforms and responsible policies is working.

Still, in some Member States the legacy of the crisis is visible in the high levels of debt and non-performing loans, and in the unemployment rates. Indeed, also, the risk of poverty and social exclusion remain high in some countries and 18 million people are seeking a job. We need to use the current good times to strengthen our economic foundations, improve resilience and support convergence.

I take from the two reports on the Annual Growth Survey which we are discussing today, that we share views on the challenges and where the European Union and Member States should focus their efforts. We must make sure that today's growth is inclusive and sustainable and that our economies and societies are prepared to harness the opportunities and address the challenges that technology and globalisation bring.

So let me thank the two rapporteurs, Mr Bayet and Mr Hetman, and the rapporteur for the Committee on Budgets for these excellent reports.

Raising productivity is the only way to achieve higher living standards and greater prosperity. For this we need investment, not just in infrastructure but also in human capital, research and innovation, and this requires ensuring an investment-friendly environment including by tackling corruption and ensuring respect for the rule of law. Beyond that, only an educated, skilled labour force can seize new opportunities when the labour market changes, and only with proper social security can people make the necessary transitions in the new world of work. Human beings is indeed what Europe is about.

In terms of fiscal policy, we stress the need for the right balance between supporting growth and ensuring sustainable public finances. Good times should be used to build buffers and reduce high debts. Fair, growth-friendly taxation and well-targeted spending remain crucial. The European Semester has proven instrumental for the coordination of policies in the Union. We run it in a spirit of cooperation and partnership. We engage in discussions with the national authorities and stakeholders at national and at European level, including the national parliaments and social partners.

Last week, the Commission issued its assessment of the economic and social challenges for 27 Member States, including the relevant detailed analysis of macroeconomic imbalances. We see that the imbalances are receding in the context of a favourable economic environment. We de-escalated the macroeconomic imbalances procedures for four countries. Slovenia has successfully corrected its imbalances and left the procedure. France and Bulgaria were de-escalated from excessive imbalances to imbalances. So was Portugal, which still needs to address the high levels of public, private and external debt.

We also see that the implementation of country specific recommendations has slightly improved as compared with last May. Since 2011, Member States have made at least some progress on more than two-thirds of their recommendations. When implementing reforms, Member States can count on the support of our Structural and Investment Funds as well as our Structural Reform Support Service.

Last week we adopted the Annual Work Programme for the Structural Reform Support Programme to support 24 - Member States, with more than 140 projects.

Maybe the most important message of this Semester is that economic growth and social progress go hand in hand. This year's Semester is a landmark. Our country reports have never been so social. You know that we proclaimed the European Pillar of Social Rights at the Social Summit a few months ago, and this is our joint political commitment by the Commission, by the European Parliament and by the Council to move forward with the stronger social Europe. But the success of the pillar depends on the extent to which we implement it at European level, but especially at national level. The Semester is our key instrument to make the principles and rights included in the pillar a reality on the ground.

Following the proclamation, for the first time the principles of the pillar are now embedded in the Semester. To help with monitoring and implementation we have developed, together with the Member States, a social scoreboard with 14 headline indicators that cover the three dimensions of the pillar: equal opportunities and access to the labour market, to education also, dynamic labour markets and fair working conditions and public support, social protection and inclusion.

Ladies and gentlemen, we need to use the good times to build a resilient economy – one that is less vulnerable to economic shocks and more able to respond to them. For this, we need reforms that combine the goals of stability and efficiency with a strong focus on fairness and inclusiveness. That is why we are now starting the second phase of the 2018 European Semester by taking the dialogue to the Member States on the basis of the country reports, and such strengthened dialogue will be very valuable in the preparation for the 2018 set of country specific recommendations in May.

Nuno Melo, *relator de parecer da Comissão ENVI*. – Senhor Presidente, não querendo repetir argumentos recorrentes de todos os anos, queria sublinhar um aspeto em que insisti no relatório de opinião de que fui autor.

Entre os anos 2000 e 2017, pereceram, em incêndios, perto de 200 pessoas em Portugal. Em 2017, arderam mais de 440 mil hectares, que destruíram área de floresta, empresas, residências e veículos, só no meu país. Países como Itália têm sido regularmente sacudidos por terremotos trágicos que provocam inúmeras vítimas. O norte da Europa regista inundações, tal qual no sul as situações de seca se agravam. Desde 1980, para além da perda de vidas humanas, os Estados-Membros da União Europeia sofreram mais de 360 mil milhões de euros de prejuízos devido a fenómenos meteorológicos ou climáticos extremos.

A proteção civil é precisamente uma das áreas em que a União Europeia pode e deve intervir, com vantagem para todos, ajudando na prevenção e no combate mais eficazes destes fenómenos. Trata-se, como se compreende, de reforçar as capacidades europeias de reação e de ajudar os Estados-Membros que se confrontam com catástrofes e cujas capacidades nacionais se mostrem insuficientes. É um aspeto que este propósito faz todo o sentido seja considerado pelas instituições europeias.

Искра Михайлова, *докладчик по становището на комисията по регионално развитие*. – Г-н Председател, г-жо Комисар, г-жо Министър, уважаеми дами и господа, комисията по регионално развитие в своето становище приветства факта, че съществува положителна динамика, която да благоприятства продължаването на възстановяването чрез икономически растеж, социално сближаване, структурни реформи и териториално сближаване.

Приветстваме по-доброто фокусиране на специфичните за всяка държава препоръки, като изразяваме загриженост по отношение на неравномерната степен на изпълнението им в държавите членки. Подчертаваме важната роля на политиката за сближаване в процеса на възстановяване, тъй като тя е основната инвестиционна политика в Европа, като считам, че взаимодействието ѝ с европейския семестър следва да бъде подобро, за да се увеличи допълнителният мултипликативен ефект на инвестициите за сближаване и техния принос за устойчив и приобщаващ растеж.

Необходимо е взаимно допълване и синергия между кохезионните фондове, Фонда за стратегически инвестиции и останалите инструменти и програми на Общността, което ще допринесе за насърчаване на инвестициите. Специфичните за всяка държава препоръки следва да отразяват по-добре особеностите на държавите членки. Подчертавам и ролята на програмата за подкрепа на структурните реформи.

Julie Ward, *rapporteur for the opinion of the Committee on Culture and Education*. – This year's annual growth survey takes place in a new political landscape, with the recent adoption of the European pillar of social rights as well as the November communication from the Commission on strengthening European identity through education and culture. I welcome this political shift, but we must make sure it translates into concrete measures and results. The annual growth survey shows an overall reduction of unemployment, a reduction of early school leaving and a rise in high education attainment. This is good news, but we should not be fooled by raw figures: this progress does not benefit people from different social backgrounds in an equal way. Vulnerable young people and young people from lower social and economic backgrounds are still at high risk of unemployment. Their background and postcode still massively impact their educational path, as well as their future economic and professional opportunities. We must ensure that the jobs that are created are of high quality, in line with the ILO's Decent Work Agenda, and continue to fight precarious employment situations.

Evelyn Regner, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter*. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin Thyssen, sehr geehrte Frau Panayotova! Die Botschaften des Frauenausschusses sind ganz einfach und klar. Von Arbeitslosigkeit, von Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, von Armut, von sozialer Ausgrenzung sind immer wieder und auch vorwiegend Frauen betroffen. Es ist traurig, dass wir auch im Jahr 2018 noch immer vor allem eines fordern müssen. Aber keine Sorge, wir werden nicht müde, es zu tun: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Und dafür muss das Europäische Semester ein Instrument sein. Im Europäischen Semester fehlt jedoch die geschlechtersensible Perspektive. Die Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Frauen und Männern muss in allen Bereichen gewährleistet und gefördert werden. Das ist der zweite Grundsatz der sozialen Säule, und das muss vollständig ins Europäische Semester integriert werden.

Tom Vandenkendelaere, *namens de PPE-Fractie*. – Voorzitter, allereerst wil ik collega Bayet bedanken voor de goede samenwerking en zijn harde werk aan dit verslag dat hij zonder twijfel tot en met de stemming morgen zal leveren.

We vonden een goed evenwicht, denk ik, in dit verslag rond drie speerpunten:

Allereerst wordt in het verslag geijverd voor een goede balans tussen publieke en private investeringen. Investerings kunnen op korte termijn de vraag stimuleren, wat in de huidige economische context cruciaal is.

Ten tweede is een verantwoord begrotingsbeleid onontbeerlijk voor duurzame economische groei. Als we de overheidsfinanciën onder controle willen houden, dan moeten we ons echt beginnen voorbereiden op dé olifant in de kamer: de toenemende vergrijzing. Als we nu onze verantwoordelijkheid niet nemen en de betaalbaarheid van pensioenen en zorg niet prioriteit nummer één maken, dan is dit schuldig verzuim ten opzichte van elke jongere in Europa.

Ten derde: structurele hervormingen. Productiviteitsverhogende structurele hervormingen zullen niet alleen investeringen aantrekken, maar ook reële inkomens verhogen. Digitalisering en technologische vooruitgang zorgen voor een grondige hertekening van onze arbeidsmarkt. We moeten gaan voor dynamische arbeidsmarkten, ondersteund door toegankelijke socialezekerheidsstelsels.

De Commissie publiceert haar landenspecifieke aanbevelingen op 23 mei. Ik kan alleen maar een lans breken voor een grotere betrokkenheid van alle nationale parlementen in dit proces, alsook van de sociale partners.

Javi López, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, el análisis del Semestre Europeo desde la perspectiva del empleo y de los asuntos sociales nos brinda la oportunidad —una oportunidad de oro— cada año, en este Parlamento, de tener un diagnóstico compartido pero, sobre todo, de dar respuestas concretas a las situaciones que padecen los europeos en este campo.

Hay que recordar la desigualdad, la pobreza, la precariedad laboral o el desempleo. Por eso, en esta situación, hoy, más que nunca, más que un diagnóstico compartido, son necesarias respuestas concretas. ¿Por qué? Porque estamos empezando a ver el fin del mandato europeo, de esta legislatura, porque el crecimiento está acompañando para que hoy podamos poner respuestas encima de la mesa de forma muy clara, y porque cada vez que abrimos las urnas nos encontramos la ira y el desencanto de los electores que nos gritan reclamando respuestas.

En este sentido, en el Grupo de los Socialistas y Demócratas Europeos hemos sido muy claros proponiendo flexibilidad fiscal para favorecer las inversiones sociales, proponiendo un marco de rentas mínimas que sea una herramienta para luchar contra la pobreza, y proponiendo tener mecanismos para abordar la brecha salarial de género en los centros de trabajo y también promover el diálogo y la negociación colectiva.

Son propuestas claras que tienen que ir de la mano de no dar ni un paso atrás en los compromisos que ya tiene este Parlamento en el ámbito del pilar europeo de derechos sociales o de flexibilidad fiscal. Porque queremos que este Parlamento sea ambicioso y acompañe las propuestas de la Comisión. Hay que recordar propuestas novedosas, como la autoridad laboral europea, o un marco de condiciones mínimas a nivel europeo. Esos análisis, esos mensajes tienen que ir acompañados de las propuestas y las respuestas que necesitan ya los europeos a los problemas.

Bernd Lucke, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich möchte mich zunächst zur Geschäftsordnung äußern. Deshalb hatte ich gerade das Zeichen gemacht. Wenn Sie das also bitte noch nicht auf meine Redezeit anrechnen würden.

Ich möchte zur Geschäftsordnung die Bemerkung machen und die Bitte äußern, dass die deutsche Übersetzung des Berichts überprüft und korrigiert wird. Sie ist meines Erachtens nicht richtig. Ich möchte hier auf Ziffer 18 des Berichtes verweisen. Dort heißt es in der deutschen Übersetzung: „weist auf die Tatsache hin, dass der Anstieg des Reallohns in letzter Zeit hinter dem Produktivitätswachstum zurückblieb, auch wenn es zu Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt gekommen ist“. Das entspricht nicht dem englischen Original. Ich möchte darauf hinweisen, weil die englische Originalformulierung in den Schattenberichterstattertreffen intensiv verhandelt worden ist. Im englischen Original ist eine Gleichzeitigkeit dieser beiden Entwicklungen festgehalten worden, also das Produktivitätswachstum war stärker als das Wachstum der Löhne, und gleichzeitig hat sich auf dem Arbeitsmarkt die Situation verbessert. In der deutschen Übersetzung hingegen wird der Eindruck erweckt, als sei das irgendwie eine widersprüchliche Entwicklung oder als bestünde ein Nachholbedarf bei den Realöhnen. Genau das wollten wir im Bericht verhindern. Es müsste also eine deutsche Übersetzung meines Erachtens heißen: „währenddessen es zu Verbesserungen gekommen ist“.

Vielen Dank für Ihre Geduld, was diese Geschäftsordnungsbemerkung betraf. Wenn Sie gestatten, fange ich dann jetzt mit meinem Redebeitrag an.

Meine Damen und Herren! Wir haben hier zwei sehr unterschiedliche Stellungnahmen gehört, einerseits von der bulgarischen Ratspräsidentschaft und andererseits von Frau Thyssen, und ich habe mich darüber gewundert, wie unterschiedlich das ausgefallen ist. Frau Thyssen, Sie haben alles in den rosigsten Farben gemalt. Haben Sie wirklich gesagt: „Die Banken sind gut kapitalisiert“? Ich glaube, da gibt es viele Leute, die das ganz anders sehen. Haben Sie wirklich gesagt, die Arbeitslosigkeit sei wieder auf Vorkrisenniveau? Da möchte ich Sie doch bitten, sich mal die Statistiken anzugucken. In Italien, in Spanien, in Griechenland ist die Arbeitslosigkeit heute mehr als doppelt so hoch wie vor zehn Jahren, mehr als doppelt so hoch wie vor Beginn der Krise. Ich verstehe nicht, wie Sie ein solches Bild zeichnen können.

Was Frau Panayotova gesagt hat, war sehr interessant. Sie hat gesagt: „Ein großer Trumpf in der EU ist der Binnenmarkt.“ Ich stimme Ihnen völlig zu. Aber was Sie nicht gesagt haben, ist: „Ein großer Trumpf ist das andere große Integrationsprojekt der EU: der Euro.“ Warum haben Sie eigentlich nicht gesagt: „Der Euro ist ein großer Trumpf“? Haben Sie das vergessen zu sagen, oder sind Sie mit mir der Auffassung, dass der Euro kein großer Trumpf ist, dass der Euro vielleicht sogar ein Hemmnis ist? Denn wenn wir in diesen Bericht, der hier verabschiedet worden ist, hineinschauen, dann wird in Ziffer 2 genau das gesagt, woran es in der Eurozone krankt. Da heißt es dort: „Wir haben strukturelle Probleme, wir haben unzureichendes Wachstum des Produktionspotenzials, der Produktivität, der Wettbewerbsfähigkeit, wir haben einen Mangel an ehrgeizigen und sozial ausgewogenen Strukturreformen“. Ja, über diese Dinge kann man doch nicht sprechen, ohne dass man gleichzeitig sagt: Wir haben eine Währung, die keine Abwertung erlaubt und damit die Wiederherstellung von Wettbewerbsfähigkeit sehr, sehr stark erschwert.

Caroline Nagtegaal, namens de ALDE-Fractie. – Voorzitter, waar ik vandaan kom, Rotterdam, de grootste haven van Europa, hebben we een hele duidelijke moraal: zeg wat je denkt en doe wat je zegt. Geen woorden, maar daden.

Europa kan van die Rotterdamse mentaliteit wat leren en kan wel een beetje Rotterdam gebruiken. Als wij afspraken maken, moeten we die nakomen. Als wij samen een probleem hebben, moeten we er niet eindeloos met elkaar over praten, maar het samen oplossen. Alleen dan staan we sterker. Alleen dan helpen we Europa echt vooruit.

„Afspraak is afspraak“ moet wat mij betreft ook gelden voor het economisch beleid van de Europese Unie. Want economie is ook op elkaar kunnen vertrouwen. Om een volgende crisis te voorkomen, moeten de lidstaten hervormen, zodat hun economie heel veerkrachtig is, ook als het tegenzit. Ze moeten de tering naar de nering zetten en zich klaarmaken voor de toekomst. Laten we elkaar vooral aan deze gemaakte afspraken houden. Dan trekken we elkaar omhoog in plaats van naar beneden.

Ik ben ervan overtuigd dat dit de weg voorwaarts is voor Europa. Dan zijn zaken als een eigen budget voor de eurozone of een verdere overdracht van bevoegdheden aan Brussel wat mij betreft niet nodig. De primaire verantwoordelijkheid moet liggen waar ze hoort, en dat is bij de lidstaten. Als de lidstaten hun economie hervormen, dan profiteren we daar samen van. En dat is nou precies wat mensen van Europa en ook van mij verwachten.

Jean Lambert, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, I think the Employment Report acknowledges the need to bring together the Semester, the Social Pillar – as we were hearing – and also the Sustainable Development Goals: I do not think we should forget those. I welcome the Council's recognition of the need for the greening of the economy, employment and society, and that echoes some of what is in the Employment Report. I look forward to seeing us strengthen that dimension – that just transition dimension – within the Semester. It is important for the direction of amounts of investment, of training and, indeed, the development of the society in which we live. We heard some of the challenges from a colleague earlier. Also, I think we do need to be looking to see Member States adopt national action plans to reduce child poverty, because I think when we are looking at breaking that cycle we need to be doing much more. I think it is appalling that we are still seeing in Parliament reports requests for decent nutrition for children in one of the richest regions of the world.

Miguel Urbán Crespo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, a pesar de que nos hablan de una supuesta recuperación de la economía, la pregunta real es a quién está beneficiando esa recuperación de la economía. ¿A los de siempre? ¿A las multinacionales? ¿A los multimillonarios? Porque la realidad que se vive fuera de estas moquetas, en la calle, es de crisis permanente. Los derechos que se perdieron durante la crisis financiera no se han recuperado, la precariedad laboral no deja de aumentar y las pensiones están en peligro.

El vertiginoso aumento de la desigualdad es el verdadero reto que afronta Europa. Esta desigualdad es el resultado de la actual arquitectura económica de la Unión Europea, del Pacto de Estabilidad y Crecimiento, el Semestre europeo o nuevas instituciones, como el Fondo Monetario Europeo, que son parte del problema y no de la solución. Y esos son elementos que nos separan justamente de este informe. Porque esto no se arregla con una pequeña reforma de los mecanismos de gobernanza.

Señorías, para acabar con las profundas desigualdades que atenazan a Europa necesitamos reformas urgentes, que permitan un cambio de modelo productivo, social y ecológicamente sostenible, capaz de crear empleo de calidad en todos, en todos los países miembros. Un plan que no puede realizarse en los marcos estrechos del Pacto de Estabilidad y Crecimiento ni en los proyectos, como el plan Juncker. Lamentamos, por ello, no poder dar nuestro apoyo al informe, aunque estamos de acuerdo con muchas de las aseveraciones que hace.

Bernard Monot, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, le Semestre européen constitue une étape de la mise sous tutelle économique complète de la France et des dix-huit autres États de la zone euro.

Depuis la soi-disant indépendance de la BCE, le pouvoir de contrôle démocratique a été retiré aux États et aux peuples. La crise de la dette de 2011 en a été la conséquence directe puisque la monétisation de l'endettement public est devenue impossible.

Deuxièmement, la fixation irrévocable du taux de change a engendré des divergences macroéconomiques profondes et croissantes entre les États de la zone euro. Aucun mécanisme correcteur n'existe, ce qui explique les super-excédents de l'Allemagne!

Troisièmement, avec l'union bancaire, le pouvoir de contrôle des banques est basé à Francfort. Le chantage à la stabilité financière des banques peut ainsi s'exercer sans que l'État ne puisse intervenir. Chypre en 2013 et la Grèce en 2015 en sont les cas d'école.

Enfin, les marges de manœuvre budgétaires des États sont progressivement éliminées.

Depuis le critère des 3 % de Maastricht, l'Allemagne a obtenu à la fois le pacte budgétaire et le Semestre européen: une camisole de force qui ne marche pas.

La prochaine étape sera l'instauration, avec l'aide de M. Macron, d'un fonds monétaire européen qui sera une camisole qui obligera les États à se soumettre à une politique budgétaire «à la schlague».

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ανέξοδες ευχές της έκθεσης για το ευρωπαϊκό εξάμηνο για δήθεν αυξήσεις μισθών θυμίζουν το ανέκδοτο της δίκαιης ανάπτυξης του ΣΥΡΙΖΑ στην Ελλάδα. Θα βγούμε, λέει, από τα μνημόνια, θα επιστρέψουμε όμως στο ευρωπαϊκό εξάμηνο του βούρδουλα της μόνιμης επιτροπείας και των μνημονίων. Ο ευρωπαϊκός κοινωνικός πυλώνας, οι κοινωνικοί του δείκτες, επιτάσσουν κι άλλη αύξηση των ορίων συνταξιοδότησης, γενίκευση ευέλικτης απασχόλησης και κινητικότητας, δηλαδή μετανάστευση και ξεριζωμός, φιλικό επιχειρηματικό περιβάλλον –βλέπε κατάργηση απεργιακού δικαιώματος, όπου πρωτοστατεί ο ΣΥΡΙΖΑ στην Ελλάδα–, κατάργηση συλλογικών συμβάσεων και σύνδεση του μισθού με τα κέρδη –δηλαδή πάντα θύμα των κερδών–, φτωχοί οι άνεργοι, οι μερικά απασχολούμενοι, τώρα φτωχοί και οι πλήρως απασχολούμενοι με φάρμακο το ελάχιστο εισόδημα εξαθλίωσης.

Λέτε «ευκαιρία η ανάκαμψη, αντιμετωπίζω το χρέος», δηλαδή κι άλλα μέτρα και χιλιάδες πλειστηριασμοί στην Ελλάδα· τζάμπα χρήμα και φοροαπαλλαγές για το κεφάλαιο. Καταπολέμηση της φοροδιαφυγής; Κοροϊδία! Ο Παναμάς εξαιρείται από τους φορολογικούς παραδείσους. Μόνιμη επωδός η τήρηση του Συμφώνου Σταθερότητας και οι μεταρρυθμίσεις, που υποτίθεται ότι οι εργαζόμενοι πρέπει να κάνουν δικιά τους υπόθεση. Μία υπόθεση έχουν οι εργαζόμενοι: οργάνωση και αγώνας για αυξήσεις και συλλογικές συμβάσεις, ανατροπή αυτής της πολιτικής.

David Casa (PPE). – Sur President, iva matul is-sena li għaddiet rajna li fl-Unjoni Ewropea l-qagħda tal-impjegi qieghda titjeb. Qegħdin ukoll naraw inqas faqar fl-Ewropa u inqas esklużjoni soċjali kif qalet tajjeb il-Kummissarju, però dan biżżejjed? Użgur li le. Naturalment kif intqal qabli għandna rata għolja ta' haddiema żgħażaġh illi mhumieq qegħdin isibu x-xogħol. Għandna problema tal-faqar fost it-tfal kif qalet il-kollega tiegħi Lambert, però naturalment irridu nkomplu u ma nieqfux hawn.

Irridu nkomplu naraw illi pereżempju l-investment isir wiehed illi jara titjib fis-swieq tal-prodotti u s-servizzi u dan biex iwassal għal tkabbir fit-tul u anke biex jgħin biex l-infiq tal-fondi pubbliċi jsir iktar sostenibbli. Irridu naraw kif ngħinu lill-kumpaniji żgħar u medji għaliex naturalment dawn jgħolqu hafna impjegi fl-Ewropa. Irridu naraw illi l-ekonomija tagħna u l-iżvilupp tagħha jimxu id f'id iva mar-realtajiet soċjali lil hinn mill-politika tal-populizmu, imma rridu ngħarfu li s-saħħa tal-ekonomija tagħna tiddependi fuq kemm inkunu qegħdin nitrattaw l-ekonomija fir-realtajiet illi jeżistu bħalissa fl-Ewropa.

Jiena nahseb illi jekk nahdmu flimkien u ma mmorrux la f'estrem u lanqas fiehor, is-suċċessi li kellna matul din l-aħħar sena terġa' tirrepeti ruhha jekk Alla jrid is-sena d-dieħla.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D). – Señor presidente, señora comisaria, ustedes han convertido el Semestre Europeo en un buen elemento para el análisis, pero son incapaces de resolver a través del Semestre los problemas que denuncian.

Denuncian la alta precariedad del empleo, pero se niegan a poner encima de la mesa una directiva de condiciones justas que acabe con ella en toda la Unión Europea. Denuncian los bajos salarios como un riesgo para el crecimiento económico y también para la cohesión social, pero se niegan a llevar a cabo una política de coordinación de salarios o a establecer un marco europeo de salarios mínimos que acabe con los salarios bajos. Denuncian el alto riesgo de exclusión social, pero se niegan a poner encima de la mesa una directiva de rentas mínimas o a financiar políticas nacionales de renta que acaben con ese riesgo de pobreza que hay en la segunda economía del mundo.

Deben dar un paso adelante y deben dejar de ser buenos analistas y convertirse en buenos políticos, buenos políticos que resuelvan los problemas de la gente. Para eso se creó el Semestre Europeo, no solo para analizar la realidad, sino para acabar con las desigualdades que denunciamos a través de este instrumento político.

Ulrike Trebesius (ECR). – Herr Präsident! Das Europäische Semester ist ein jährlich wiederkehrender Prozess, der die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit der EU verbessern soll. Der Hauptbericht in diesem Jahr ist angemessen, und wir werden ihn unterstützen. Ich habe jedoch als Schattenberichterstatterin des EMPL-Ausschusses nur die arbeits- und sozialpolitischen Empfehlungen zu beurteilen.

Vor acht Jahren ist die Eurokrise ausgebrochen. Sie hat Europa und ganz speziell den Mitgliedstaaten der Eurozone bleibenden Schaden zugefügt. Sie hat gezeigt, dass in einem sehr heterogenen Wirtschaftsraum eine gemeinsame Währung für alle Staaten und Regionen nicht sinnvoll ist. Staaten und Regionen haben spezifische Probleme und brauchen spezifische Lösungen dafür.

Die Vorschläge meines Ausschusses gehen genau in die entgegengesetzte Richtung. Alle Forderungen zielen darauf ab, mehr Kompetenzen und Verantwortung auf die EU-Ebene zu heben. Wo immer es ein Problem gibt, wird der Ruf nach Zentralisierung und innereuropäischer Umverteilung laut. Beispiele sind der Ruf nach einer europäischen Arbeitslosenversicherung, mehr Kompetenzen für die neu zu schaffende Europäische Arbeitsmarktbehörde und mehr Mittel für die soziale Säule. In keinem einzigen Fall gibt es eine Forderung nach der Reduzierung der EU-Kompetenzen oder gar der Einsparung von Mitteln. Das ist mit Hinsicht auf den durch den Brexit fehlenden Geldfluss das falsche Signal. Bürgernähe, bürgernahe Demokratie und nationale beziehungsweise regionale Verantwortlichkeiten müssen gestärkt und nicht ausgehöhlt werden.

Yana Toom (ALDE). – Mr President, the proclamation of the European Pillar of Social Rights opens up new opportunities for us. Among the goals of the European Semester are structural reforms to create more jobs and growth. The pillar aims to provide equal opportunities on the labour market to improve social protection and inclusion.

The challenges of balanced economic growth and social protection are closely interconnected, since poverty undermines economic development. In addition, poverty is a security risk. Poverty reduces the people's trust in the European project and prevents support for important reforms. Poverty degrades human dignity and is not compatible with the European values that we defend in this institution. Poverty distorts democratic processes and gives a chance to irresponsible populists. Therefore, the pillar should become an important and necessary tool for ensuring a better future for Europe.

At the moment, the 20 principles of the pillar are important, but not legally binding declarations. To start the work of the pillar, we need legislative initiatives from the Commission. The progress of the country-specific recommendations shows that the Member States are reluctant to implement advice that is not based on legally binding norms. If there are no legislative initiatives, the pillar becomes an empty formality. Without a doubt, we cannot afford that now.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, first of all, I would like to thank the rapporteur, Mr Bayet, for his great work in trying to get Parliament together on a European Semester report, which is not always very easy. I think we managed to do very well, and I would like to thank him for that also – although he is now very much occupied, of course, but that is all right! On the plus side, what the report very clearly states is that there is more room for public investment. What is also a very important message to the Member States is that we really have to take the public investments agenda seriously now. Also, if you look at the Pillar of Social Rights and the implementation of that, I think the report has some good recommendations, equally that the reforms should be socially and environmentally just and also with the implementation of the Paris Agreement. Where the report is a bit weaker is on the reform of the Stability and Growth Pact, where we really know that reform is still very much needed. Also, on tax avoidance and the fight that Europe has to lead there, the report should be strengthened. On the annual anti-corruption report, I think the Commission should really take its responsibility to fight corruption within Europe. We tabled some amendments, and with that we can have a very good report adopted.

Κωνσταντίνα Κούνεβα (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κυρίες και κύριοι, τον περασμένο Νοέμβριο στο σόου του Γκέτεμποργκ πανηγυρίσαμε τη διακήρυξη του ευρωπαϊκού κοινωνικού πυλώνα. Τώρα τέρμα οι φιάσες και κάτω οι μάσκες! Ήρθε η ώρα της αλήθειας. Υιοθετούμε την έκθεση που ζητά ο σχεδιασμός της οικονομικής πολιτικής για τα κράτη μέλη, να ενσωματώσει επιτέλους οικονομικές πολιτικές. Οι προοδευτικές ομάδες του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου καταφέραμε να βελτιώσουμε αρκετά το κείμενο· υιοθετήσαμε τα αυτονόητα, νομοθεσία, τη χρηματοδότηση για την υλοποίηση των στόχων, όπως λέει ο πυλώνας στον πρόλόγό του, πως χρειάζεται για να γίνει η διακήρυξη πραγματικότητα.

Οι συντηρητικές ομάδες όμως θέλουν στην αυριανή ψηφοφορία στην Ολομέλεια να τα καταργήσουν. Σκίζει τα ρούχα του ο κ. Verhofstadt για την Ευρώπη αλλά ας μας πει: Πώς γίνεται να έχουμε κοινωνικές πολιτικές χωρίς νομοθεσία; Σήμερα ο κ. Timmermans έκλεισε τη συζήτηση για το συμβούλιο κορυφής λέγοντας πως η Ευρώπη των αξιών πρέπει να έρθει στο προσκήνιο. Περιμένουμε στις 22 Μαρτίου να μας πουν οι αρχηγοί κρατών και κυβερνήσεων πώς θα χτίσουμε αυτή την Ευρώπη των αξιών και εκεί θα φανεί ξεκάθαρα η θέση της κάθε χώρας και κάθε κόμματος. Εκεί θα φανεί ποιο κομμάτι της κοινωνίας στηρίζει ο καθένας μας και ποιος τραβάει την Ευρώπη πίσω.

Barbara Kappel (ENF). – Herr Präsident, Frau Ministerin, Frau Kommissarin! Die aktuelle Analyse zum Europäischen Semester ist in konjunkturpolitischer Hinsicht eine positive. Die Wirtschaft ist in den letzten 18 Quartalen stetig gewachsen. Ein Aufschwung macht sich in allen Mitgliedstaaten bemerkbar. Die Arbeitslosigkeit hat den tiefsten Stand seit zehn Jahren und damit fast Vorkrisenniveau erreicht. Das betrifft sowohl die Langzeit- als auch die Jugendarbeitslosigkeit. Die gute Konjunktur ist förderlich für die öffentlichen Finanzen und für die Investitionstätigkeit.

In den Länderberichten für das Europäische Semester 2018 weisen drei Mitgliedstaaten übermäßige und nur noch acht Mitgliedstaaten wirtschaftliche Ungleichgewichte aus. In Schlüsselbereichen wie der Haushaltspolitik, der fiskalischen Steuerung, bei den Finanzdienstleistungen und dem verbesserten Zugang zu Finanzmitteln werden Fortschritte erzielt, was zu einem höheren Umsetzungsgrad der länderspezifischen Empfehlungen führte.

Es gibt jedoch auch Schwachpunkte, nämlich die nach wie vor hohe öffentliche und private Verschuldung und die schleppende Umsetzung von Strukturreformen, mangelnde Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Weitere Reformen sind also notwendig, gerade in Zeiten einer guten Konjunktur.

Dariusz Rosati (PPE). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Pani Minister! Chciałbym przede wszystkim powiedzieć, że w dużym stopniu podzielam tezy zawarte w tegorocznej analizie wzrostu gospodarczego, jak również oba sprawozdania przygotowane przez naszych kolegów, pana Huguesa Bayeta i pana Krzysztofa Hetmana. Chciałbym im bardzo za to podziękować. W analizie Komisja kreśli optymistyczny obraz sytuacji gospodarczej w Unii Europejskiej. Mamy powody do zadowolenia. Wzrost gospodarczy utrzymuje się na dość wysokim poziomie, po raz pierwszy przekraczając w strefie euro tempo wzrostu nawet w Stanach Zjednoczonych.

Jednak proszę pamiętać, że każde ożywienie ma swój kres, a obecny okres ożywienia gospodarczego w Stanach Zjednoczonych trwa już ponad 103 miesiące. To jest w tej chwili drugi w historii najdłuższy okres prosperity. W związku z tym prędzej czy później nastąpi spowolnienie. I w tym kontekście chcę powiedzieć, że Europa nie jest do końca przygotowana na to spowolnienie gospodarcze, które z całą pewnością za cztery, sześć, osiem kwartałów dotknie kontynent europejski.

Widzę dwa obszary zagrożeń. Po pierwsze inwestycje, w przypadku których obserwujemy słabą dynamikę. Poziom inwestycji jest ciągle poniżej poziomu z okresu 2007-2008, czyli 10 lat temu. I to jest pierwszy powód do niepokoju. Drugi powód to bardzo wysokie zadłużenie, zwłaszcza sektora prywatnego. Chciałbym zwrócić uwagę, że stosunek pożyczek do PKB w sektorze prywatnym w Unii Europejskiej w ciągu ostatnich siedmiu lat wzrósł o 10 %, a w strefie euro o 20 %. Są to dwa obszary, którymi musimy się zająć za pomocą działań strukturalnych, bo w przeciwnym wypadku nie będziemy przygotowani na nadchodzącą recesję.

Agnes Jongerius (S&D). – Mr President, if it were up to me, the Annual Growth Survey would be called the Sustainable Growth Survey, because that is what we should be aiming for – not just any growth, but sustainable, inclusive growth: growth that benefits not just the top, but also those at the bottom. Growth based on quality jobs, not on precarious jobs which will pay the rent but harm the soul.

I am an optimist by nature, but in my view the picture painted in the eight years is overly optimistic. Doing better does not yet mean doing well when it comes to poverty precariousness and inequality, and I am sure that the pensioners in Greece and the young graduates in Spain will know what I am talking about, as will the Romanian truck drivers and the workers in the Bulgarian garment sector.

Our internal market has brought some benefits, but also a huge number of disadvantages. We need European social policy to counterbalance this, which is why I am glad that today the Commission presented a recommendation on access to social protection. This is a first step towards the social sustainable Europe that I have in mind, but more is needed: we need binding social floors in our Member States which guarantee social protection for all, and don't just aim for it.

Czesław Hoc (ECR). – Panie Przewodniczący! Sprawozdanie porusza słuszne kwestie dotyczące wzrostu zatrudnienia i godnych miejsc pracy, ograniczania ubóstwa, wspierania osób ze skrajnych grup wiekowych, zwiększania dostępu do edukacji, troski o małych i średnich przedsiębiorców, integracji osób niepełnosprawnych na rynku pracy czy też inicjatywy na rzecz jednolitego rynku cyfrowego. Eurostat szacuje, że 44 % Europejczyków nie posiada umiejętności cyfrowych, podczas gdy 90 % wszystkich miejsc pracy wymaga ich posiadania. Jednak trudno zgodzić się, by Europejski filar praw socjalnych był zaprojektowany jako uzupełnienie krajowych systemów zabezpieczenia społecznego. Jego włączenie do procedur europejskiego semestru będzie próbą forsowania jednolitych standardów w polityce społecznej, która przecież pozostaje w kompetencji państw członkowskich. Regulacje unijne lub krajowe nie mogą tworzyć nowych barier na rynku wewnętrznym i osłabiać w ten sposób konkurencyjności gospodarki Unii Europejskiej. A proces budowy unii gospodarczej i walutowej musi być przejrzysty i zgodny z zasadami jednolitego rynku.

Thomas Mann (PPE). – Herr Präsident! Zunächst die gute Nachricht: Die Beschäftigungsquote in der EU hat in der zweiten Jahreshälfte 2017 einen Wert von mehr als 72 % erreicht. Das sind 235 Millionen Beschäftigte. Die Politik der Solidarität und der Solidarität hat Früchte getragen. Die EU ist auf dem Wachstumspfad, das belegt das Europäische Semester.

Doch die schlechte Nachricht: Die Lage unterscheidet sich stark von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat. Deshalb gehören Wirtschaftsstrukturen auf den Prüfstand. Um negative Entwicklungen künftig zu vermeiden, sollen Erfahrungen von *best practice* gesammelt werden und positive Triebfäden identifiziert werden. Eine der Problemzielgruppen sind nach wie vor die Langzeitarbeitslosen. Die gehören in den Fokus. Wir brauchen mehr soziale Investitionen. Auch bei der Jugendarbeitslosigkeit ist die Durchschnittsquote mit derzeit 17,9 % in der Eurozone zu hoch. Wir haben uns im EP für die Jugendgarantie stark gemacht. Die daraus folgende Jugendbeschäftigungsinitiative ist mittlerweile auf 8,8 Milliarden Euro angewachsen.

Es muss zu mehr qualitativen Arbeitsplätzen kommen und zu einer besseren Produktivität in vielen Unternehmen, gerade im ländlichen Bereich, als wichtige Voraussetzung für steigende Löhne, die allerdings in die Zuständigkeit der Sozialpartner fallen. Stellen wir uns weiteren Herausforderungen, etwa der Beseitigung der gesellschaftlichen Ungleichheit und der Reduzierung des Armutsrisikos in weiten Teilen der europäischen Union!

Jakob von Weizsäcker (S&D). – Mr President, when the economic crisis hit us about a decade ago, euro Humpty Dumpty was sitting on a wall. We rushed to prevent him from falling and only just managed to do so. Today he is still sitting there, starting to be in a better mood, as witnessed in the Annual Growth Survey 2018. That is excellent news. By 2020, he may even start smiling.

But just watching his cyclical mood swings is not enough; we need him to climb down that wall safely. In order to achieve this, we will need to complete banking union, both in terms of risk reduction and risk sharing, but more fundamentally we need greater clarity about who is in charge of what in the euro area. What should the role of monetary policy be in the next crisis? What should be the role of markets absorbing shocks? What should be the role of various elements of an enhanced European fiscal capacity? Which of these elements should be automatic, which discretionary, and which ones tied to nationality and how? And how do we assure democratic legitimacy and accountability? Many possible answers to these questions have already been put forward by the Commission, by this House and by various expert groups. Last year, President Macron was elected. Tomorrow, a new German government will be formed. The time has come finally to put the necessary elements together and help Humpty Dumpty climb down that wall safely.

Gunnar Hökmark (PPE). – Mr President, let's make it very clear that new jobs and social security will never come from legislation on social issues or on labour markets on a European level; it will only come via the reforms that enable new entrepreneurship, investments and innovations. And let's be very clear about the differences we see in Europe today: we have Member States with a high level of growth, and we have Member States who are still suffering from the crisis and from the problems coming from that. The main problems are coming from the fact that we have a lack of structural reforms. What we need is cohesion or structural reforms, giving opportunities for a convergence of growth, and we need to have higher targets: we need to set targets for higher levels of potential growth, and this can only be done if we are secure, if we are more attractive for investments, if we are more open for entrepreneurship, or if we create labour markets that are open for new jobs and more flexible. We can do it: we can see that a number of Member States who were hit by the crisis have recovered, and other Member States have gone quite well. The recovery we see today is fragile because of monetary policy. Now we need to make it stable by structural reforms.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i dati contenuti nell'analisi annuale sulla crescita per il 2018 confermano alcune tendenze: l'economia europea è in ripresa in tutti i paesi, gli effetti benefici di tale ripresa sono distribuiti in maniera estremamente diseguale all'interno della società, permangono fortissime disparità regionali e territoriali all'interno dell'Unione.

L'obiettivo del semestre europeo è quello di garantire convergenza e stabilità nell'Unione europea tramite il coordinamento delle politiche economiche dei suoi Stati membri. Ad oggi però tale obiettivo rimane sulla carta, se non viene accompagnato da benefici reali per i cittadini, così come ha valore prettamente teorico una crescita dell'economia non accompagnata da una riduzione del livello di povertà, della precarietà, dell'esclusione sociale, da un aumento dei livelli salariali, da un miglioramento delle condizioni dei gruppi più vulnerabili.

Usiamo questi dati per fare quindi politiche mirate ai bisogni della società e non permettiamo che il semestre europeo sia solo contabilità e burocrazia. Senza maggiore convergenza e coesione sociale non ci può essere nessun futuro per l'Europa.

Verónica Lope Fontagné (PPE). – Señor presidente, como ha dicho nuestro compañero Thomas Mann, los últimos datos sobre la tasa de empleo confirman la tendencia ascendente y el acierto de las políticas europeas de los últimos años, así como la necesidad de continuar con ellas, centrándolas cada vez más en los aspectos sociales. Por eso, quisiera centrar mi intervención en los casi 120 millones de personas que todavía se encuentran en riesgo de pobreza o exclusión social, en especial los niños.

La creación de empleo, que se está dando principalmente entre los adultos mejor cualificados, contrasta con la dificultad para incorporarse de los menos cualificados. Por ello, la aplicación de la nueva Agenda de Capacidades para Europa debe ser una prioridad.

Sin embargo, para reducir verdaderamente la pobreza, necesitamos políticas a largo plazo que contribuyan a la integración efectiva y sostenible de los más alejados, políticas que tienen que contar con la colaboración activa de las ONG especializadas y de las propias organizaciones de personas que viven en situación de pobreza. Necesitamos aunar políticas activas de empleo con políticas sociales, para asegurar una igualdad de oportunidades en todos los ámbitos, que garanticen la no discriminación, en especial en lo relativo al acceso y a la promoción en el mercado laboral.

Michael Detjen (S&D). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Um es vorweg zu sagen: Bei den beschäftigungs- und sozialpolitischen Zielen ist der heute vorgelegte Jahreswachstumsbericht ein Rückschritt im Vergleich zu den in den vergangenen Jahren erreichten Ergebnissen. Ich hätte mir ein ehrgeizigeres Projekt gewünscht.

Die Anforderungen an ein soziales Europa sind zu benennen und müssen oberste Priorität haben. Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut ist zu nennen, und die Garantie für existenzsichernde Löhne, von denen die Menschen auch wirklich leben können. Zehn Jahre nach dem Ausbruch der europäischen Finanzkrise wächst nach wie vor der Niedriglohnssektor weiter an. Armut trotz Arbeit ist ein Skandal in Europa, aber leider allzu oft Realität. Europa kann und muss hier gegensteuern. Darum fordert meine Fraktion schon lange eine EU-Richtlinie für faire Arbeitsbedingungen, und zwar für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch für prekär Beschäftigte. Dazu gehört unsere Forderung nach einem Mindesteinkommen und nach dem Zugang zu sozialem Schutz für alle. Armut und Arbeitslosigkeit sind nicht nur für das Wirtschaftswachstum gefährlich, sondern für das ganze europäische Projekt.

Markus Ferber (PPE). – Herr Präsident, Frau Ministerin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Europäische Kommission behauptet ja schon seit längerem, dass sie beim Europäischen Semester weg will von einer Reihe nicht zusammenhängender Einzelempfehlungen und hin will zu einem kohärenten gesamteuropäischen Ansatz. Bei dem Paket, das in der vergangenen Woche veröffentlicht wurde, habe ich an manchen Stellen nun das Gefühl, dass das auch gelingen könnte. Erstmals hat die Europäische Kommission in ihren Länderberichten sieben Mitgliedstaaten wegen aggressiver Steuergestaltung unter Beobachtung genommen; das sind Belgien, Zypern, Ungarn, Irland, Luxemburg, Malta und die Niederlande. Dass die Europäische Kommission europäische Steuersünder erstmals beim Namen nennt, ist ein Novum. Bisher hat die Kommission stets behauptet – ich habe da einen Brief von Kommissar Moscovici –, dass es Steueroasen in der Europäischen Union gar nicht gebe. Ich bin froh, dass die Kommission im Europäischen Semester nun einen Realitätscheck durchgeführt hat. Damit ist sie immerhin schon ein Stück weiter als der Ministerrat, der in dieser Woche seine schwarze Liste mit Steueroasen nochmals um drei Länder reduziert hat.

Ich erwarte aber nun, dass die Kommission es nicht bei diesen Feststellungen belässt. In den länderspezifischen Empfehlungen muss die Kommission die Defizite klar benennen und ambitionierte Reformen einfordern. Hier darf man nicht auf halber Strecke stehen bleiben. Es wird umso wichtiger, dass die länderspezifischen Empfehlungen auch tatsächlich umgesetzt werden. Wir als Europäisches Parlament sind bereit, dabei zu helfen.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, le rapport de notre collègue Hugues Bayet permet d'identifier à quel point la question de la reprise de l'investissement public est une question critique, y compris par la mobilisation des marges de manœuvre dans les pays où existent aujourd'hui des surplus. D'abord, parce que c'est l'investissement public qui stimule l'investissement privé, mais aussi parce que c'est celui qui nous permettra de réussir la transition écologique et sociale, de défendre notre modèle social et de créer de l'emploi.

In fine, la proposition que nous faisons aujourd'hui est une proposition équilibrée dans ses dimensions économiques, sociales et environnementales qui, finalement, concourt à la mise en place d'un modèle durable. Pour cela, la création du Semestre européen est un facteur qui doit être utilisé dans tout son potentiel. C'est pour cela aussi que la commission des affaires économiques et monétaires, pour la première fois cette année, vous propose de vous en servir concrètement pour lutter contre les inégalités, articuler les recommandations que la Commission fera aux différents États membres, avec les objectifs de développement durable des Nations unies, ou vous servir de ces recommandations pour lutter contre les discriminations sur le marché du travail, notamment entre les hommes et les femmes.

Enfin, je voudrais indiquer à quel point, pour nous, la question d'une gestion responsable des finances publiques sur le long terme doit être compatible avec une hausse des salaires. Nous ne sommes pas les seuls à le dire. Encore faut-il que, au Conseil, vous puissiez nous aider à être entendus.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Domnule președinte, Europa nu mai constituie o îngrijorare pentru restul lumii în ceea ce privește creșterea economică și reducerea șomajului. Dar, așa cum ați arătat, doamnă comisar, avem încă țări cu dezechilibre excesive și țări în care șomajul la tineri este încă inacceptabil. Mai mult, Europa, trebuie să recunoaștem, a rămas în urmă în ceea ce privește ritmul de creștere a productivității.

De aceea, consider că semestrul european este instrumentul puternic prin care, în mod coordonat la nivelul Uniunii, fiecare stat membru acționează pentru crearea stimulentei în vederea creșterii productivității și, în general, pentru un standard de viață mai bun.

Consider că în cadrul discuțiilor pe care le vom avea cu privire la viitorul Uniunii, Comisia Europeană și colegii mei din parlament trebuie să venim cu soluții cum să întărim responsabilitatea statelor membre pentru a îndeplini recomandările care se fac în cadrul semestrului european.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte drei Punkte ansprechen. Zum Ersten: Die Berichte zeigen uns sehr deutlich, dass erst zwei Drittel der länderspezifischen Empfehlungen von den Mitgliedstaaten großteils umgesetzt wurden. Und dies in einer Zeit, wo die europäische Wirtschaft stärker wächst als in den letzten zehn Jahren. Dies in einer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit mit 10,5 % auf dem niedrigsten Stand seit 2009 ist und wir die niedrigsten Zinsen hatten. Es ist an der Zeit, die Strukturreformen vollständig umzusetzen und die länderspezifischen Maßnahmen zu erfüllen.

Zweitens: Das Europäische Semester ist ein Prozess, und daher begrüße ich, dass erstmals die Prioritäten der Säule sozialer Rechte berücksichtigt werden und dass – es wurde bereits angeschnitten – viele Mitgliedstaaten wegen aggressiver Steuergestaltung unter Beobachtung gestellt werden. Ja, wir verbessern das Europäische Semester.

Mein dritter Punkt: Das Europäische Semester ist unverzichtbar für die wirtschaftspolitische Koordinierung in den Mitgliedstaaten, und für das Ansprechen der Herausforderungen und des Handlungsbedarfs. Es ersetzt aber nicht die Weiterentwicklung der Währungsunion zu einer vollständigen Wirtschafts- und Sozialunion. Daher fordere ich: Bauen wir das Haus der Bankenunion fertig, beschließen wir die neuen fehlenden Maßnahmen der Kapitalmarktunion, vertiefen wir die Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion! Solide Volkswirtschaften beschäftigen sich auch in guten Zeiten und gerade in diesen mit der Behebung ihrer Schwächen. Wir haben noch einiges zu tun und benötigen auch einen effizienten Sanktionsmechanismus.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, I strongly welcome the emphasis Mr Hetman's report places on the crucial role of education and economic development, labour market access and individual wellbeing. As the latest CSRs for my country warn, beside the distorting effects of undeclared work, it is a weak education and vocational development sector that weighs most on long-term competitiveness, growth and convergence. Despite being a persistent area of past recommendations, only limited progress has been achieved in what concerns basic skills, high early school leaving, Roma inclusion and rural-urban disparities in education. It does not help either that, instead of being a respected education and career pathway for young professionals, vocational education remains only a second-choice option and, in most cases, is not adapted to labour market needs. I sincerely hope that we will take more heed of advice in these areas and stop practices that jeopardise our future.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η λειτουργία της ευρωζώνης οδήγησε σε αυξημένα ελλείμματα και χρέη των ευρωπαϊκών Νότο, με στρατιές φτωχών και ανέργων. Αντίθετα, η Γερμανία παραβιάζοντας το σύμφωνο σταθερότητας έχει πλεονάσματα 8,5%. Η Ελλάδα έχει μετατραπεί σε ένα απέραντο κοινωνικό νεκροταφείο, με την ανεργία των νέων να χτυπάει ταβάνι. Για να μπορέσει ο ελληνικός λαός να έχει μέλλον, πρέπει να καταργήσει τα μνημόνια, να διαγράψει το επονείδιστο χρέος και να διεκδικήσει ένα ειδικό καθεστώς, εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της ευρωζώνης: μια ειδική σχέση με εξαιρέσεις για ορισμένους κλάδους της ελληνικής οικονομίας, προκειμένου να ανασάνει ο ελληνικός λαός, μια ειδική σχέση η οποία θα οδηγήσει σε ανάκτηση της εθνικής νομισματικής κυριαρχίας εντός ευρώ, με την Τράπεζα της Ελλάδος να ασκεί αυτόνομη νομισματική πολιτική μέχρι το ύψος του ποσοστού συμμετοχής της τράπεζας αυτής στο μετοχικό κεφάλαιο της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας. Μόνο υπό αυτούς τους όρους η Ελλάδα μπορεί να έχει μέλλον εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης και ευρωζώνης, μιας Ευρωπαϊκής Ένωσης η οποία οφείλει να οικοδομήσει την κοινωνική Ευρώπη και να μην εξαιρεί τον Παναμά από τη λίστα των φορολογικών παραδείσων.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Marianne Thyssen, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank Members for this very rich debate. Many Members mentioned the problem of aggressive tax planning. This Parliament has been very vocal in trying to root out tax evasion and tax avoidance, and I agree with you.

The erosion of the tax base is one reason why resources for essential public services have been squeezed. This year the Commission has stressed the issue of aggressive tax planning in seven European Member States in their country reports. These are practices that we know have the potential to undermine fairness and the level playing field in our internal market and they increased the burden on the EU taxpayers.

It is also a recognised fact that important steps are being taken by Member States across the Union to halt the tide of tax avoidance. But you can count on us to continue working alongside Member States to make this a reality.

Let us not spoil the window of opportunity. Acknowledging that the legacy of the crisis is still visible in some Member States and that gross disposable household income has not returned to pre-crisis levels in all parts of Europe. But now is the time for increasing convergence and strengthening resilience for bad times.

Now is the time to implement reforms, including those linked to the pillar, to strengthen social resilience, to support and empower entrepreneurs and workers and other citizens, women and men, young and old alike, wherever they are born so that they can embrace the changes of the 21st century, and no longer have to fear them.

We can only succeed if we act together, and thus our dialogue does not stop today. Our intention is to pursue dialogue with you, the European Parliament, with Member States, with national parliaments, with social partners and all relevant stakeholders throughout the cycle of the Semester. Likewise, we encourage Member States to involve social partners and civil society in the definition and implementation of major reforms.

The European Parliament's active participation in the debate on the annual growth survey is important. I salute the work done by the rapporteurs, by the committees and the Members involved in the drafting of the reports. Your insights and views are very valuable to feed into our work on the European Semester.

In recent years, at the height of the crisis as well as in the current more favourable conditions, the European Semester has proven instrumental to foster, guide and support reform processes in Member States. I look forward to continuing our constructive dialogue in the coming months.

Monika Panayotova, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, honourable Members, before making my concluding remarks I would like to respond to the questions specifically addressed for my attention by Mr Lucke.

I would like to say that the future of the European monetary union is a question of interest for all European citizens, so we will work on creating optimal conditions for strong and sustainable economic growth in the European Union, through initiatives to strengthen the European monetary union. In March, leaders of the euro area will hold an open debate on long-term issues that are specific to the euro area, and work on the follow-up to the December Euro Summit is ongoing, with a view to a first set of decisions by the leaders in June.

Concerning my concluding remarks, I would like to thank you very much for your remarks. You addressed important points and your remarks will provide valuable input for discussions in the Council that touch upon many aspects of the European Semester, such as education, employment – with particular accent on youth employment – competitiveness, environmental and social policies. The Country Reports published by the Commission last week represent the next important step in the current European Semester. They formed the basis for the work which will eventually lead to the adoption of this Semester's country-specific recommendations during the summer.

When working on the European Semester and debating the country specific recommendations, we should always remember the importance of reaching as many citizens as possible, to increase national ownership. So I commend the initiatives taken in this regard, including the increased dialogue in the capitals and the consultations with the social partners.

Hugues Bayet, *rapporteur*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, Madame la Ministre, merci pour ces échanges.

Pour conclure, je voudrais dire que si l'expansion économique est plus solide en 2018, les inégalités entre nos concitoyens sont, elles, toujours bien trop présentes et donc dans le cadre de cet outil de coordination qu'est le Semestre et avec cette nette amélioration économique, je pense que l'on ne peut pas se tromper.

Je crois qu'il faut vraiment des actions fortes qui soient – comme vous l'avez dit, Madame la Commissaire – équilibrées et inclusives, et là-dessus il y a encore beaucoup à faire, mais je me réjouis tout particulièrement – et c'est en partie grâce à vous, Madame Thyssen – de l'intégration pleine et entière du pilier social et de ses 14 indicateurs dans le Semestre européen car, contrairement à ce que certains pensent, le social n'est pas qu'une dépense mais peut aussi être un moteur de l'économie. Il y a d'ailleurs eu de nombreuses études qui ont démontré qu'un investissement de 2 % du PIB européen dans le secteur social permettrait de créer près de 20 millions d'emplois en Europe, et notamment des emplois féminins. Il était donc plus que temps, si nous voulons vraiment être efficaces, d'analyser nos politiques économiques sous l'angle social et environnemental, et évidemment je m'en réjouis.

Enfin, j'espère que la Commission et le Conseil nous suivront dans des mesures fortes au bénéfice des Européens. Je crois qu'il y va de la survie de l'Europe.

Krzysztof Hetman, *sprawozdawca*. – Panie Przewodniczący! Przede wszystkim chciałbym podziękować Państwu za dzisiejszą ciekawą debatę, Komisji Europejskiej za przygotowanie kompleksowej i zrównoważonej rocznej analizy wzrostu, jak również moim koleżankom i kolegom posłom z innych grup politycznych za wspólną pracę nad tym ważnym sprawozdaniem.

Dzisiejsza debata wyraźnie pokazała, że wszystkim nam przyświeca jeden cel, jakim jest silna gospodarczo Unia Europejska, która troszczy się o swoich obywateli i chce zapewnić im godne życie, stabilne zatrudnienie i dostęp do wysokiej jakości usług społecznych. Bardzo się cieszę, że dzisiaj podczas debaty kilka razy wybrzmiała kwestia związana z opieką i ogólnie z dziećmi. Osobiście jestem jednak zwolennikiem podejścia pragmatycznego oraz tak zwanego zło- tego środka. Uważam bowiem, iż obierając sobie zbyt ambitne i nierealne cele, ryzykujemy, że zwyczajnie nie będziemy w stanie ich osiągnąć, przez co zamiast przybliżyć się do celu pozostaniemy w tym samym miejscu.

Z drugiej strony, zbytnio koncentrując się na jednym z aspektów, czy to gospodarce czy kwestiach społecznych, możemy zaniedbać ten drugi, co również spowoduje zachwianie cennej równowagi między nimi. Musimy bowiem pamiętać, że gospodarka i kwestie społeczne są ze sobą ściśle powiązane i zależne od siebie. Nie możemy mieć silnej polityki społecznej, jeśli nie mamy silnej gospodarki, i na odwrót. Myślę, że w sprawozdaniu na temat rocznej analizy wzrostu udało nam się tę potrzebę zbilansowanego podejścia odzwierciedlić. Dlatego liczę na Państwa poparcie w jutrzejszym głosowaniu.

El presidente. – Se cierra el debate conjunto.

La votación tendrá lugar mañana.

Querría dar las gracias a las señoras y a los señores intérpretes por su profesionalidad y dedicación, así como por salvaguardar los intereses colectivos, una vez más, de esta Cámara.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Brojke govore pozitivno i pokazuju da stopa zaposlenosti u EU-u raste te da je u drugom tromjesečju 2017. godine dosegla 72,3 % s ukupno 235,4 milijuna zaposlenih, što predstavlja napredak prema postizanju cilja strategije Europa 2020. koji se odnosi na stopu zaposlenosti od 75 %.

Porast rasta zaposlenosti značajniji je među starijim radnicima, visokokvalificiranim radnicima i muškarcima, dok je slabiji među mladima, niskokvalificiranim radnicima i ženama, na čijem napredovanju treba i dalje raditi. No, bez obzira na blago poboljšanje u području zaposlenosti, stopa nezaposlenosti mladih i dalje je zabrinjavajuće visoka te iznosi 16,6 % odnosno 18,7 % u europodručju.

Dokument Godišnji pregled rasta za 2018., zajedno s integriranim europskim stupom socijalnih prava, važan je dio ukupnih politika za kvalitetna radna mjesta, održivi rast i ulaganja, čiji je cilj povećanje produktivnosti i plaća, otvaranje radnih mjesta, smanjenje nejednakosti i siromaštva i poboljšanje socijalne zaštite i pristupa javnim uslugama te njihove kvalitete.

Ujedno smatram da je ovo izvješće važan pokazatelj za države članice u pogledu onoga što bi trebale uzeti u obzir pri izradi nacionalnih politika i planova reformi. Poseban je naglasak potrebno staviti na prilagođavanje obrazovne politike i unaprjeđenje okvira za stjecanje vještina, posebno digitalnih, koje su u današnje vrijeme izuzetno potrebne.

Ádám Kósa (PPE), *írásban.* – A tények magukért beszélnek: a magyar adatok nagyságrendekkel jobbak, mint az EU-sak: a fiatalok munkanélkülisége az euróövezetben 18,7%-os, hazánkban 10,7%! Az EU kéri a tagállamokat, hogy csökkentsék az élelmiszerek adóját, ami a társadalmi igazságosság szempontjából fontos intézkedés. Magyarországon ezt már megvalósítottuk: 2017-ben a baromfihús, tojás és friss tej áfakulcsa csökkent 5%-ra. 2018-ban az élő hal, halfilé, házi sertés belsőségei áfája mérséklődik. Az EU-ban 2015-ben 119 millióan voltak kitéve a szegénység vagy a társadalmi kirekesztődés kockázatának, ami messze van az Európa 2020 stratégia céljától. 2008 óta a szegények száma kétmillióval nőtt, miközben egyetlen évben 2,5 millió bevándorló érkezett az EU-n kívülről, ráadásul ezek nagy része képzetlen. Magyarország ezért sem szeretne bevándorló országgá válni. Hazám ugyancsak élen jár a megtermelt javak elosztása terén is: a törvény szerint ha a GDP növekedése 3,5%-nál magasabb, akkor a nyugdíjasoknak nyugdíjprémium jár. Örülök, hogy a jelentés arra kéri a tagállamokat, hogy fokozzák a fogytékossággal élők munkaerőpiaci befogadását, ennek érdekében mindent meg kell tennünk a jövőben!

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – Le 13 mars 2018, le Parlement européen a appelé la Commission à renforcer sa surveillance des nations européennes. Objectif annoncé: encore plus d'austérité et une attaque des systèmes de retraite. En vérité, la longue crise économique et financière en Europe a mis en évidence que la compétence des «experts» de la Commission est limitée en matière économique. Immigration massive, gel des salaires, rabotage des retraites n'ont pas relancé la croissance. Les pays les plus dynamiques du monde comme la Chine agissent à l'inverse des recommandations de la Commission. La Chine a appliqué la préférence nationale sans immigration, et elle croît de plus de 6 % chaque année depuis 1991. Revitaliser l'Europe passera par la préférence européenne et le lancement d'industries nouvelles. Pour preuve, Ariane est né en 1973 d'une coopération entre 8 États membres de l'Union européenne, la Suisse et la Norvège, hors de l'égide de la Commission de Bruxelles.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), kirjallinen. – Jos EU haluaa kilpailla USA:n kaltaisen kilpailukykyisen ja tehokkaan markkinatalouden kanssa, tulee ensin varmistaa Euroopan sisämarkkinoiden toimivuus. EU:n kilpailukykyongelmat ovat laajoja, monitahoisia ja syvällisiä. Keskustelussa tulisi kiinnittää huomiota keskeisiin sisämarkkinoiden esteisiin, jotka ilmenevät hintojen suurena vaihteluna EU:n sisällä. Tällaisia esteitä ovat kieli- ja kulttuurieroista johtuva markkinoiden sirpaleisuus sekä epäsuorat kaupan ja markkinoille tulon esteet, kuten muista poikkeava sääntely tai paikallisten tuottajien suosinta. Näennäisratkaisut, kuten erilaisten tukien maksaminen lukuisiin eri kohteisiin, kuten aluekehitykseen, investointitukeen, pankkitukeen, uusiin instituutioihin ja hallintoon, heikentää Eurooppaa pitkällä aikavälillä, vaikka tavoite olisi ollut hyvä. Ellei tukia kohdenneta optimaalisesti koulutukseen, tutkimukseen ja teknologian kehittämiseen, lisäävät ne vain menoja ja tehottomuutta. Myös maahanmuuttopolitiikka tarvitsee enemmän huomiota. Jos se voisi onnistua, olisi se parasta sosiaali-, koulutus-, ja turvallisuuspolitiikkaa kaikissa EU-maissa.

21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

22. Schluss der Sitzung

(Se levanta la sesión a las 23.05 horas)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3236

23.5.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. MÄRZ 2018

(C/2024/3236)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 13. bis 15. März 2018

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
3. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Billigung) (Artikel 69c GO): siehe Protokoll	4
4. Entscheidung der USA, Zölle auf Stahl und Aluminium zu verhängen (Aussprache)	4
5. Wiederaufnahme der Sitzung	23
6. Aussprache mit dem Premierminister Portugals, António Costa, über die Zukunft Europas (Aussprache)	24
7. Antrag auf Aufhebung der Immunität	45
8. Abstimmungsstunde	46
8.1. Leitlinien für den Rahmen für die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (B8-0134/2018, B8-0135/2018) (Abstimmung)	46
8.2. Statistik des Eisenbahnverkehrs (A8-0038/2018 - Karima Delli) (Abstimmung)	46
8.3. Ernennung des Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank (A8-0056/2018 - Roberto Gualtieri) (Abstimmung)	47
8.4. Gemeinschaftsmaßnahmen zur Bekämpfung der Newcastle-Krankheit (A8-0026/2018 - Adina-Ioana Vălean) (Abstimmung)	47

Inhalt	Seite
8.5. Weitere Makrofinanzhilfe für Georgien (A8-0028/2018 - Hannu Takkula) (Abstimmung)	47
8.6. Einwände gegen die Delegierte Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 347/2013 in Bezug auf die Unionsliste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse (B8-0136/2018) (Abstimmung)	47
8.7. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung infolge eines Antrags Deutschlands – EGF/2017/008 DE/Goodyear (A8-0061/2018 - Ingeborg Gräßle) (Abstimmung)	48
8.8. Personelle Zusammensetzung des Sonderausschusses für Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (Abstimmung)	48
8.9. Der nächste MFR: Vorbereitung des Standpunkts des Parlaments zum MFR nach 2020 (A8-0048/2018 - Jan Olbrycht, Isabelle Thomas) (Abstimmung)	48
8.10. Reform des Eigenmittelsystems der Europäischen Union (A8-0041/2018 - Gérard Deprez, Janusz Lewandowski) (Abstimmung)	48
8.11. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2018 (A8-0047/2018 - Hugues Bayet) (Abstimmung)	48
8.12. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2018 (A8-0052/2018 - Krzysztof Hetman) (Abstimmung)	48
9. Stimmerklärungen	48
9.1. Leitlinien für den Rahmen für die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (B8-0134/2018, B8-0135/2018)	48
9.2. Der nächste MFR: Vorbereitung des Standpunkts des Parlaments zum MFR nach 2020 (A8-0048/2018 - Jan Olbrycht, Isabelle Thomas)	51
9.3. Reform des Eigenmittelsystems der Europäischen Union (A8-0041/2018 - Gérard Deprez, Janusz Lewandowski)	53
9.4. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2018 (A8-0047/2018 - Hugues Bayet)	54
9.5. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2018 (A8-0052/2018 - Krzysztof Hetman)	55
10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	56
11. Wiederaufnahme der Sitzung	56
12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	56
13. Internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität – die Bedrohung für öffentliche Dienstleistungen (Aussprache über ein aktuelles Thema)	56
14. Schutz von Investigativjournalisten in Europa: der Fall des slowakischen Journalisten Ján Kuciak und von Martina Kušnírová (Aussprache)	68
15. Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage – Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (Aussprache)	86
16. Angriff der USA auf Unterstützungszahlungen der EU für landwirtschaftliche Betriebe im Rahmen der GAP (im Zusammenhang mit spanischen Oliven) (Aussprache)	104

Inhalt	Seite
17. Soziale Verantwortung der Unternehmen (Aussprache)	112
18. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	122
19. Europass: Rahmen für Kompetenzen und Qualifikationen (Aussprache)	122
20. Programm Kreatives Europa (2014-2020) (Aussprache)	134
21. Partnerschaftliches Fischereiabkommen EU/Komoren: Kündigung – Partnerschaftliches Fischereiabkommen EU/Komoren: Kündigung (EntschlieÙung) (Aussprache)	140
22. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	146
23. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	146
24. Mittelübertragungen: siehe Protokoll	146
25. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	146
26. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	146
27. Schluss der Sitzung	146

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. MÄRZ 2018

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

1. Eröffnung der Sitzung

(Posiedzenie zostało otwarte o godz. 8.31)

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Billigung) (Artikel 69c GO): siehe Protokoll

4. Entscheidung der USA, Zölle auf Stahl und Aluminium zu verhängen (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest oświadczenie Komisji w sprawie decyzji Stanów Zjednoczonych o nałożeniu cel na stal i aluminium (2018/2629(RSP)).

Jyrki Katainen, Vice-President of the Commission. – Mr President, we have taken note of the decision of the US President last week to impose tariffs on imports of steel and aluminium to the United States. We have also taken note of the possibility for allies to be excluded from the scope of such measures. We expect that the EU as a whole will be excluded, as a key political, security and economic partner that trades fairly with the United States. The EU and the US are strong historic allies. We share and promote fundamental values such as democracy, the rule of law and human rights. We also believe in, and stand for, an undistorted market economy, as well as open, rule-based and fair trade.

In past years, both the US and the EU have faced increased imports and dumping of steel and aluminium – mostly from Asia. To a large extent, this has been the consequence of global overcapacity, in particular in China, fuelled by massive domestic subsidies. As a response, both the EU and the United States have taken action against this in the form of anti-dumping measures on Chinese steel and aluminium imports, which are allowed by the WTO. Thanks to this, our industry has been able to survive for the time being.

The problem is not over yet, and this is why we have created a Global Forum on Steel Excess Capacity in which the EU and US work together with China and others to address the root causes of the problem. This group aims at identifying and eliminating overcapacity and the support measures that fuel it. Such work should be expedited. We should also better enforce WTO rules and, ideally, update rules on subsidies which are incomplete and do not cover all situations well. This would provide stronger discipline on massive subsidies that can create distortions and hurt EU and US companies.

The EU has already started to work with the US on this agenda. This is why we have created a trilateral cooperation on a level playing field with Japan as well. The first meeting took place this weekend in Brussels, on which Commissioner Malmström will debrief you. Work will accelerate and intensify in the near future. We hope that China will understand the value of a strong rules-based order and join our effort, even if it means going further in the reform of their economic model, where the state still has a strong role.

In the meantime, we sincerely hope that the process of exclusion of EU steel and aluminium exports from the scope of US measures will be expedited, transparent and smooth. We believe that our exports do not cause any threat to US security. Commissioner Malmström had a bilateral exchange with US Trade Representative Lighthizer on this matter in the margins of the trilateral meeting this weekend and can tell you more about this.

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, as you know, President Trump signed off on import duties of 25% on steel and 10% on aluminium last week, under Section 232 of the 1962 Trade Expansion Act. This is a US law from the Cold War and it was justified on national security grounds. These measures will enter into force on the night between 22 and 23 March 2018.

We regret the adoption of these measures justifying tariffs on the basis of national security considerations. They risk undermining the multilateral trading system and, moreover, the European Union – which is made up of friends and allies in NATO – is not a threat to the national security of the US. During my meeting with US Trade Representative Robert Lighthizer this Saturday, I made it clear to him that we are very disappointed indeed that long-standing allies and security partners from Europe need to justify their exports of steel and aluminium and prove that they are not a threat to US security. We are of the firm view that the EU should be excluded as a whole from the Section 232 measures announced next week, and I made this very clear to Ambassador Lighthizer.

Unfortunately, I did not leave Saturday's meeting with sufficient clarity regarding the exclusions. We are in contact with my US counterpart to obtain more clarity as soon as possible and we have been told that the US Trade Representative will publish a more detailed outline of the procedures for the exclusions very soon on their website.

This would be very damaging to transatlantic relations and to the global rules system, which is based on a common global order that we have constructed together with our US partners. If the EU is not exempted from the measures, there will have to be a firm and resolute, but proportionate, response.

We are continuing the preparations to ensure that we can respond, in line with WTO rules, in the event that we are not excluded from the scope of the Section 232 measures. Last week, the College of Commissioners discussed three strands of work for future measures that would defend our interests and those of the trading system. They will be fully in line with international obligations and in accordance with WTO procedures.

The first strand is that we would exercise our rights in the WTO. We are talking to friends and partners across the world who are also affected by the Section 232 decisions and who would be impacted by this measure. We are seeing if we can coordinate our rights in the WTO. But WTO proceedings take time, so we are also looking at other, more immediate, measures. The second track would be to protect our market from potentially significant trade diversion.

By the US's own assessment, steel imports should be reduced by 13 million tonnes, and there could be a surge of steel or aluminium imports into the EU following US tariffs. We are therefore preparing to put in our own safeguard measures while maximising our openness. We urge our trading partners to do likewise. We do not want to encourage further closing of the steel and aluminium markets.

We suspect that the US's steps are not actually based on security considerations, but that they are economic safeguard measures in disguise. We are therefore entitled to use the WTO safeguard agreement to rebalance the benefits we have granted to the US in the past. These allow for measures corresponding to the economic loss suffered, and we are discussing different US products.

So these are the three tracks we are discussing. We are ready to act in a proportionate way according to WTO rules. We do not want things to escalate. We do not share the view that trade wars are good and that they are easy to win. On the contrary, they are very bad for the world and they are very easy to lose. So things should not be escalated; we will manoeuvre carefully, but of course we need to protect the interests of the citizens and our jobs.

Dialogue with the US is intense. It is continuing this week, and we hope that very soon we can report to you in more detail on the outcome of this. Thank you very much, and I am looking forward to the debate.

(Applause)

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Vizepräsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EVP-Fraktion hat die heutige Debatte beantragt und wurde dankenswerterweise von den anderen Kollegen unterstützt. Das heutige Signal, das wir brauchen, ist, dass das Europäische Parlament voll hinter der EU-Kommission steht. Wir sind geschlossen, wir sind geeint als Europäer und wollen gemeinsam auf die Herausforderung der Zölle auf Stahl und Aluminium reagieren.

Meine Fraktion, die Europäische Volkspartei, steht für freien Welthandel. Wir haben das in den letzten Abstimmungen, beispielsweise zu CETA, dokumentiert und demonstriert, und wir wissen, dass in den letzten Jahrzehnten der Handel dazu geführt hat, dass die Welt insgesamt reicher geworden ist. Südkorea, die Türkei, viele Staaten in Afrika, auch China haben vom Welthandel massiv profitiert; die Welt ist damit insgesamt wohlhabender geworden. Und auch der Wohlstand Europas basiert eben bewusst auf dem Handel. Wir sind wettbewerbsfähig, wir haben gute Produkte, wir sind kreativ, und die Welt beneidet uns um diese Produkte.

Das dritte positive Argument für den Welthandel sind die Auswirkungen für den Verbraucher: die Auswahl wird größer, die Produkte werden günstiger – alle profitieren. Deswegen: Ja zum Welthandel.

Das Zweite, was uns wichtig ist, ist die Fragestellung: Was passiert in den USA, und wie bewerten wir die Maßnahmen? Auch aus der Sicht der EVP-Fraktion gibt es keine Begründung für die derzeitigen Maßnahmen gegen die Europäische Union. Welche Sicherheitsinteressen sollen denn betroffen sein? Es gibt kein Dumping in der Europäischen Union. Die Maßnahmen sind ungerechtfertigt, und es trifft Arbeitsplätze. Die EVP wird das nicht dulden.

Ein dritter Punkt ist uns wichtig, dass wir über adäquate Maßnahmen jetzt diskutieren, so wie Cecilia Malmström sie vorgestellt hat. Wir als EVP-Fraktion glauben, dass die Maßnahmen, die in der Kommission diskutiert werden, adäquate Maßnahmen sind. Wir dürfen nicht überreagieren, aber wir müssen entschieden reagieren. Wir glauben deswegen, dass das in die richtige Richtung geht. Wir brauchen jetzt Geschlossenheit und Entschlossenheit.

Und zum Vierten: Wir müssen reden. Wir müssen miteinander argumentieren und überzeugen, beispielsweise dass in den USA 33 000 Jobs an der Produktion von Stahl, aber über 180 000 Jobs an der Verarbeitung von Stahl hängen. Das heißt, Donald Trump schädigt auch seine Arbeitsplätze. Und wir müssen endlich über das eigentliche Problem reden, nämlich über China. Wir brauchen eine Deckelung für den europäischen Markt, direkte Maßnahmen, damit es jetzt nicht zu Überkapazitäten und noch mehr Dumping auf dem europäischen Markt kommt. Und wir müssen es schaffen, mit den USA gemeinsam über China und die Überproduktion dort zu reden. Wenn wir die iPhones mit den BMW gegenrechnen, dann wird es einen lachenden Dritten geben, und das ist China. Das darf uns nicht passieren. Deswegen auch Dank an Paul Ryan und viele Freunde in den Vereinigten Staaten, die die Diskussion ja Gott sei Dank angestoßen haben.

Und zu guter Letzt: Wir sollten aus diesen Debatten mit den Vereinigten Staaten auch die Chancen erkennen. Die Welt ist verwirrt darüber, was in Washington passiert. Das gilt für Mexiko, für Kanada, für Japan, für Mercosur – sie sind verwirrt. Und deswegen kann die Europäische Union die Region sein, die jetzt die Partnerschaft mit dem Rest der Welt anbietet. Wir spüren in den Gesprächen, dass eine neue Offenheit da ist. Wenn Donald Trump Mauern bauen will, dann müssen wir Europäer umso stärker Brücken bauen.

Bernd Lange, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Vizepräsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist klar, dass Herr Trump aus rein innenpolitischen Gründen diese Abschottungszölle erhoben hat. Die Wahl in Pennsylvania, die *mid-term-review*-Wahlen im November, das sind die Gründe. Selbst nach amerikanischem Recht ist es äußerst umstritten, ob diese Maßnahmen durch dieses Gesetzes aus dem Kalten Krieg von 1962 mit der nationalen Sicherheit überhaupt abgedeckt sind. Da wird es einige Prozesse geben.

Aber es kann nicht sein, dass aufgrund von innenpolitischen Überlegungen letztendlich internationales Recht unterlaufen wird. Und darum geht es ja. Er hat Maßnahmen gegen den Rest der Welt erhoben, 25 % auf Stahl und 10 % auf Aluminium gegen alle Importeure. Deswegen ist für uns Sozialdemokraten das entscheidende Momentum, wieder auf den Weg des Rechts zurückzukommen. Das heißt, dass wir ein deutliches Signal senden, und da unterstützen wir die Maßnahmen der Kommission, aber ebenso ein starkes gemeinsames Handeln mit den Partnern, die auch davon betroffen sind, wie zum Beispiel Japan, Brasilien, Mexiko und andere Länder. Wir müssen gemeinsam dem Herrn Trump sagen: Wir stehen zu der Geltung des Rechts und nicht zur Geltung des Rechts des Stärkeren. Insofern gilt es, hier gemeinsam zu handeln und auch mit den kritischen Kräften in den Vereinigten Staaten zu diskutieren, dass diesem innenpolitisch motivierten Handeln durch den amerikanischen Kongress Einhalt geboten wird.

Emma McClarkin, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, Commissioner Malmström, thank you for your statement this morning. The United Kingdom and the European Union are close allies of the United States – the UK both as a Permanent Member of the UN Security Council, and as a nuclear power. The close cooperation between the UK, the EU and the US through NATO and other international forums is the cornerstone of international peace and security. So it is with great regret that we now see the impact that the US decision to impose tariffs on steel and aluminium will have on us here in the EU.

The ECR therefore welcomes the UK and the EU's clarity that tariffs are not the right way to address the global problem of steel overcapacity. Instead, a multilateral solution is needed. Nonetheless, it is right that the UK and the EU seek to defend our domestic industries from US tariffs, but any countermeasures by the EU must be in accordance with international trade law and should not exacerbate an already tense situation. We should lead by example, to demonstrate that we believe in free trade and the rules-based multilateral trade system.

I would like to reiterate the UK's commitment to working closely with the EU and its partners to consider the scope for exemptions as outlined by the US. However, I would like clarification on three points. Firstly, Canada, Mexico and Australia have been excluded from these measures, with the US citing their close security alliances for this decision. Does the Commission believe that the US is seeking for the EU to negotiate a security agreement to address those concerns? Secondly, is the Commission re-evaluating its measures to tackle the overcapacity of steel? Thirdly, which EU markets will be most affected by diverted trade to Europe because of these tariffs?

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, trade rules and negotiations are complex. We saw this during years of negotiating the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), negotiations that are stalled after a dramatic change in the American approach. Normally trade arrangements are certainly not the kind of topic to be shaped in a number of angry tweets one morning – tweets that sent stock markets plummeting and Gary Cohn resigning.

We condemn the harsh accusations in the EU's direction and frankly are puzzled by what we see. Adding insult to injury, the President's tweets now also speculate about imposing tariffs on European cars and other accusations. For a country that exports so many German cars, this is at least a bad business proposition. Many jobs are created in the US by European companies and vice versa. We don't live in a zero-sum world but we are actually mutually dependent.

Senior officials have suggested national security is the reason to impose broad steel and aluminium tariffs also in Europe, and as allies we believe these arguments are misguided and not justified.

The same goes for the notion that individual Member States may negotiate exemptions. American hints at undermining the EU as well as British hints at being open to special treatment can only be read as being made in bad faith and must be challenged, where the British governments will find out soon, if necessary, what the benefits of a common approach globally in the EU are (or were, in their case).

For decades the US and the EU have worked together to craft a rules-based system: rules for human rights, war and peace, and also trade. Does that mean that the system or the World Trade Organisation (WTO) is perfect? Not at all. But does history suggest that our citizens benefit from shaping globalisation, from being rule makers instead of rule takers? Absolutely. That is precisely what makes the soundbites of the current US administration so disturbing. Right at the time we need to work together as the liberal democracies of this world to curb unfair trade practices of China and others, we are divided.

As Vice-President of the Transatlantic Legislators Dialogue, I look to members of Congress in particular for their leadership and solid affirmation of the Transatlantic Relation.

We do not need a trade war and will do what we can to stop it. The Commission has my Group's full support as well. But we are ready to adapt proportionate and WTO-compliance countermeasures when it's necessary.

Yannick Jadot, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, Monsieur le Vice-Président, après l'accord de Paris, après l'accord iranien sur le nucléaire, le président Trump veut s'exonérer des règles communes, veut s'exonérer du multilatéralisme et c'est un danger pour nous tous. C'est un danger pour nous tous qui nous oblige à une réaction ferme, évidemment à travers l'Organisation mondiale du commerce et les règles multilatérales, mais, si cela ne suffit pas, notamment en ce qui concerne les délais, il faudra que la réaction européenne soit à la hauteur du préjudice subi. Pas d'escalade commerciale, mais ni plus ni moins que le préjudice subi. Il faut être ferme de ce point de vue-là.

Si la décision de Trump est inacceptable, elle renvoie aussi l'Union européenne à ses propres insuffisances. Nous avons une politique commerciale commune, que vous portez, mais nous n'avons pas de diplomatie commerciale commune. Nous n'avons pas de diplomatie commerciale commune, nous l'avons vu. À chaque cas de dumping important de la part de la Chine ou d'autres pays, les États européens sont divisés. Chacun réagit, chacun essaie de sauver son secteur économique, ici les machines-outils, là le vin, ou là les investissements chinois dans le port du Pirée.

Si nous n'avons pas de diplomatie commerciale commune, c'est parce qu'il y a un défaut majeur dans cette Europe. Nous n'avons pas de politique industrielle commune. Tant que nous aurons 28 souverainismes nationaux en matière industrielle, nous serons divisés et nous ne pèserons pas. Nous avons tenté, y compris au sein de ce Parlement, avec le rapport Martin, de dire ce que nous devons faire sur la sidérurgie pour la moderniser, pour innover, pour faire de l'efficacité carbone, de l'efficacité énergétique, y compris peut-être avec une taxe carbone aux frontières, mais si nous ne faisons pas cela, à ce moment-là, nous serons toujours en difficulté vis-à-vis des États-Unis, de la Chine et de tous les autres. La décision américaine, c'est une opportunité pour l'Europe d'avoir enfin une politique industrielle et une diplomatie commerciale communes.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Vizepräsident! Ja, Herr Katainen, Sie haben völlig recht, dass es bei dieser aktuellen Debatte um den Handelskonflikt um viel mehr geht als nur um die US-Pläne zur Erhöhung von Zöllen auf Stahl und Aluminium. Wir leben in einer globalen Weltwirtschaft, und wir müssen uns ihr stellen, sowohl hinsichtlich der Produktion, des Absatzes, des Verkaufs, des Handels – eines fairen Welthandels – als auch hinsichtlich der sozialen und damit verbundenen Umweltbedingungen und -auswirkungen. Wenn die Stunde gebietet, mit Augenmaß zu handeln, dann kann es nicht um Auge um Auge oder jeder gegen jeden gehen, sondern es muss darum gehen, wirklich in den globalen, in den internationalen Foren, über die wir in der WTO, in dem von ihnen genannten Stahlforum verfügen, gemeinsam mit den USA, China und mit anderen Produzenten darum zu ringen, wie diese globale Weltwirtschaft organisiert werden muss.

Deshalb stimme ich Ihnen durchaus zu. Rufen wir das WTO-Schiedsgericht an, um in der Sache prüfen zu lassen, was der US-Präsident am Ende nach der gestrigen Wahl und der Stimmabgabe in Pittsburgh beschließen wird! Bereiten wir die schnelle Einsatzfähigkeit unserer WTO-kompatiblen Schutzmaßnahmen im Volumenbereich von 2,8 Milliarden Euro vor, falls eine von Trump erzwungene Abschottung des US-Marktes zwischenzeitlich zur Umlenkung von Überschüssen auf den Stahlmarkt nach Europa führt! Vor allem aber suchen wir dort nach gemeinsamen Lösungen! Denn es muss um Lösungen für die Menschen gehen, die tatsächlich Nachteile aus der Entwicklung des Welthandels erfahren. Es gibt Armut, es gibt sozialen Abstieg, es gibt Umweltzerstörung auf allen Kontinenten. Wir lassen nicht zu, dass Trump diese Missstände in seinem eigenen Land auch dafür nutzt, um mit Egoismus seine Agenda durchzusetzen. Ich glaube,

wir müssen diese Lösung gemeinsam umsetzen, und in dem Sinne haben Sie auch die Unterstützung von der GUE/NGL.

Przewodniczący. – Staralem się tolerować przedłużenie czasu wypowiedzi o 15-20 sekund w imieniu grup politycznych, bo uważam, że jest to wystąpienie specyficzne, szczególnie ważne gatunkowo. Natomiast przekroczenie czasu o 30 sekund jest zbyt długie, panie Scholz, i na przyszłość proszę tego unikać. Wpłynęła także propozycja pytania w ramach niebieskiej kartki, ale chciałbym prosić pana Rubiga, który się o nie zwrócił, oraz pozostałe koleżanki i pozostałych kolegów, o stosowanie tej procedury bardzo ostrożnie w debacie poseł–poseł, ponieważ jest to raczej prezentacja stanowisk grup politycznych. Zatem bardzo proszę szanownego pana Rubiga o wybaczenie i ewentualnie o powstrzymanie się od niebieskiej kartki w tej części debaty między posłami. Jednocześnie chciałbym także prosić o wzięcie pod uwagę faktu, iż musimy zakończyć debatę do godz. 10.00. Potem nastąpi długa debata z udziałem premiera Portugalii. Chciałbym więc, żebyśmy zmieścili się w limicie czasowym. Dziękuję za zrozumienie.

William (The Earl of) Dartmouth, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, first of all some basic facts. China has been dumping steel. The European Steel Association (EUROFER) set this out in a statement in October 2015. Secondly, in the United States there are whole communities – indeed large towns – whose industry has been hollowed out, indeed devastated, by competition, competition that has likely been unfair. Thirdly, when running for election, the President of the United States made promises. These promises included tariffs.

Now we, as a party, favour free trade. Indeed, one compelling reason for Brexit is that the European Union is itself protectionist, despite what Mr Weber said. Before anybody blue cards me, that is what the customs union is – there is an external tariff wall. To give just one example, the EU imposes duties on agricultural goods that can be up to 67%. We would of course prefer it if the President of the United States did not introduce new tariffs. Nevertheless, it is important to understand the reasons.

If I may make a suggestion to the EU national governments, the United States would be much more likely to take note of what continental European governments want on tariffs if those same European governments were to spend the two percent of gross domestic product on security that is their obligation. That would be better for a peaceful world than the large EU tariff walls.

Nicolas Bay, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, eh oui! Il va falloir vous y faire, le président Trump tient les promesses du candidat Trump. Alors que la balance commerciale a connu l'an dernier un déficit record, 566 milliards de dollars, les États-Unis réagissent avec des mesures fortes pour protéger leur économie et tout particulièrement leur industrie de l'acier et de l'aluminium. Cette contre-offensive, Donald Trump l'avait annoncée à Da Nang au Viêt Nam, dans un discours que j'ai évoqué ici même en novembre dernier.

Aujourd'hui, la Commission européenne répond au président américain par des menaces qui sont insensées. Et voilà que les grands prêtres du libre-échange nous refont leurs habituels sermons, comme M. Moscovici, qui déclare «le protectionnisme, c'est le nationalisme et le nationalisme, c'est la guerre». Mais que M. Moscovici, qui fut l'un des plus calamiteux ministres français de l'économie, nous épargne ses formules creuses et éculées. Voilà des décennies qu'on nous rebat les oreilles avec le catéchisme de l'ouverture totale des frontières, mais ces utopies se fracassent aujourd'hui sur le mur des réalités car notre continent ne cesse de se désindustrialiser et ce sont des centaines de milliers d'emplois qui ont été sacrifiés. En France, pour ne parler que de la sidérurgie, ce sont les usines de Florange et de Gandrange qui ont été liquidées et notre production d'acier ne cesse de plonger, puisqu'elle a été divisée par deux en dix ans. Toutes les grandes puissances mondiales protègent leur économie. Une voiture américaine importée en Chine est taxée à 25 % tandis qu'une voiture chinoise aux États-Unis n'est imposée actuellement qu'à 2,5 %, c'est-à-dire dix fois moins.

À la suite du décret de Trump, on a d'ailleurs beaucoup parlé du départ de son conseiller, Gary Cohn, mais beaucoup moins du soutien que lui a apporté Elon Musk, entrepreneur avant-gardiste s'il en est.

Le jour où Trump a annoncé ces mesures, la Commission européenne lançait un nouveau plan d'action contre le réchauffement climatique. Mais les prétentions écologistes de la Commission sont aujourd'hui en totale contradiction avec son libre-échange forcé. Pour réduire les émissions de gaz à effet de serre, il faut relocaliser les économies et rapprocher les centres de production des lieux de consommation.

Voilà pourquoi les mesures de ce président, certes milliardaire, mais qui défend les classes moyennes et populaires de son pays, sont légitimes. Elles doivent nous inviter à repenser notre modèle économique. Il faut en finir avec ce système d'appauvrissement généralisé dans lequel ce sont les pauvres des pays riches qui enrichissent les riches des pays pauvres. L'avenir, ce sont les protections et les réglementations, c'est la condition nécessaire à toute relation commerciale équilibrée.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η απόφαση του προέδρου Τραμπ να επιβάλλει δασμούς στις εισαγωγές χάλυβα και αλουμινίου είναι μία προαναγγελθείσα, πολύ σωστή κίνηση για τις ίδιες τις ΗΠΑ και τους πολίτες. Δίνει προτεραιότητα στις αμερικανικές βιομηχανίες. Η Ένωση καλό θα ήταν να δίνει κι εκείνη προτεραιότητα στους Ευρωπαίους πολίτες και όχι να προωθεί τη μετανάστευση των βιομηχανιών της Ευρώπης. Επίσης, ο κύριος Juncker δεν έχει καταλάβει πως δεν υπολογίζουν τις δηλώσεις του ούτε οι ηγέτες των κρατών της Ένωσης, πόσο μάλλον ο πρόεδρος των ΗΠΑ.

Όσο για τη δήθεν αγανάκτηση των ευρωπαϊκών κρατών για τη μη εξαίρεσή τους από το καθεστώς δασμών, ας θυμηθούν σχεδόν όλοι τις δηλώσεις τους εναντίον του Τραμπ, όπως επίσης και το γεγονός πως με ελάχιστες εξαιρέσεις, όπως η Ελλάδα, καμία χώρα της Ένωσης δεν πληροί την προϋπόθεση του 2% των αμυντικών δαπανών στο πλαίσιο του NATO. Δεν έχουν λοιπόν πρόβλημα στο να αφήνουν τις ΗΠΑ να αναλαμβάνουν το οικονομικό βάρος της ασφάλειάς τους, αλλά ταυτόχρονα ζητούν, στο πλαίσιο της Συμμαχίας πάντα, οι ΗΠΑ να μη λαμβάνουν μέτρα τόνωσης και προστασίας της οικονομίας τους, ώστε να συνεχίσουν οι μεγάλες ευρωπαϊκές πολυεθνικές να κερδοσκοπούν. Πρέπει να το πάρετε απόφαση ότι η πολιτική της παγκοσμιοποίησης, την οποία υπηρετούσατε με σθένος, για τα συμφέροντα των πολυεθνικών αρχίζει να καταρρέει.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrte Kommissare, liebe Kollegen! Zunächst möchte ich die Kommission dafür loben, dass sie sich in den letzten Tagen besonnen und klug verhalten hat, statt der Versuchung zu erliegen, in das Säbelrasseln des amerikanischen Präsidenten einzustimmen. Gleichzeitig können wir nicht einfach ängstlich unsere Hände in den Schoß legen und hoffen, dass, wenn wir gar nicht reagieren, der Sturm einfach an uns vorbeizieht. Wir leben in einer anderen Situation als im Jahr 2002, wo wir auf die Maßnahmen der damaligen Präsidentschaft Bush nicht reagiert haben und sie einfach haben verpuffen lassen. Deshalb ist es jetzt richtig, dass die EU derzeit über Gegenmaßnahmen berät, welche nicht nur maßvoll und durchdacht sein wollen, sondern natürlich auch WTO-konform sein müssen. Die WTO-Statuten geben uns in dieser Situation genügend Spielraum, um angemessen reagieren zu können.

Donald Trumps protektionistische Strategie wird in Zeiten der global vernetzten Wertschöpfungsketten schon mittelfristig nicht aufgehen, und das ist auch hier eine Botschaft an alle Kollegen: Schutzzölle und Protektionismus gehen zum Nachteil der eigenen Arbeitnehmer. Also bleiben wir hier global und offen denkend. Das Problem liegt ohnehin nicht sonderlich zwischen den USA und der EU, das liegt in ganz anderen Gegenden der Welt.

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Alessia Maria Mosca (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi e commissari, il messaggio oggi deve essere molto chiaro: le guerre commerciali non sono la risposta alla crescente e legittima richiesta di tutela dei lavoratori. Le guerre commerciali danneggiano gli stessi cittadini a cui si promette protezione.

A fronte di un lieve aumento occupazionale nelle acciaierie, le misure potranno creare una perdita netta, come minimo, di 140 000 posti di lavoro negli Stati Uniti, e a subirne le conseguenze saranno in primis gli operai delle aziende che producono derivati di acciaio e alluminio. Come reazione ai dazi potrà seguire l'innalzamento dei dazi sulle esportazioni americane, e anche in questo caso a pagarne le spese saranno gli operai e i consumatori americani con meno lavoro e costi più alti.

Noi europei non dobbiamo farci trascinare in questa escalation. Dobbiamo batterci per non arrivare a un mondo di muri. Al contempo la nostra risposta dovrà essere ferma: deve essere chiaro che tutti, il Presidente Trump incluso, sono chiamati al rispetto delle regole e all'eliminazione di tutti i comportamenti distorsivi per una competizione corretta.

Bene ha fatto la Commissione a tenere questo atteggiamento di fermo equilibrio. Sarà fondamentale che tutti i paesi membri si muovano uniti e compatti. È un'occasione per dimostrare che l'Unione europea è forte e può essere la più responsabile nel promuovere un ordine globale equo e sostenibile. Oggi più che mai è necessario lavorare all'Organizzazione mondiale del commercio per imprimere al commercio valori di reciprocità e giustizia. I problemi globali necessitano infatti di soluzioni globali.

Joachim Starbatty (ECR). – Herr Präsident! Trump will sein Land groß machen, aber er macht es klein. Wer Industrien schützt, die schrumpfen, weil der Wettbewerb weltweit so stark ist, macht sein Land nicht stark, sondern wettbewerbsunfähig. Herr Lange hatte darauf hingewiesen, welche Arbeitsplätze davon abhängen, wenn wir den Stahl so verteuern und welche Arbeitsplätze wegfallen. Trump schadet seinem Land. Und wenn wir Retorsionsmaßnahmen ergreifen, wie proportioniert sie auch immer sind – ich glaube nicht, dass wir damit etwas erreichen. Herr Trump reagiert ja wie ein trotziges Kind und sagt, ja gut, dann mache ich eben noch mehr.

Wir sollten eine andere Strategie wählen, nämlich die Strategie, dass wir die Zölle senken. Warum werden auf amerikanische Autos 10 % Zoll erhoben, aber nur 2,5 % in den USA? Lasst uns doch die 10 % heruntersetzen. Wer hat bei uns denn Angst vor amerikanischen Autos? Das ist ein Zeichen, lasst uns doch das machen, was bei TTIP steht, und es einseitig machen. Denn wenn es richtig ist, dass ein billiger Import die Wettbewerbsfähigkeit steigert, dann können wir davon nur profitieren.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Daniel Caspary (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“.* – Sehr geehrter Herr Starbatty! Ich habe mit großem Interesse Ihren Vorschlag für eine einseitige Zollsenkung vernommen. Stimmen Sie mir zu, dass wir genau im Rahmen der TTIP-Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten nicht nur die Zölle auf Autos, sondern fast alle Zölle zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten senken wollten, und diese Verhandlungen im Moment vor allem an der fehlenden Verhandlungsbereitschaft des US-Präsidenten scheitern?

Zweitens: Stimmen Sie mir zu, dass wir eben genau nicht einseitig Zölle für Autos aus Amerika senken können, sondern dass wir Zölle immer für alle senken müssen, und dass natürlich die Wettbewerbssituation in Ländern mit niedrigen Sozial- und Umweltstandards, wie in China oder wie in Indien, für uns sehr, sehr schwierig ist und wir deswegen natürlich alles durcheinanderbringen würden, wenn wir einseitig Zölle auf Autos senken würden?

Joachim Starbatty (ECR), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“.* – Lieber Herr Caspary! Ich stimme Ihnen zu zwei Dritteln zu, aber Ihre letzten Schlussfolgerungen kann ich nicht nachvollziehen. Wenn Zollsenkungen wirklich günstig sind für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, dann sollten wir es machen – egal, was Herr Trump darüber denkt. Ich finde, es ist richtig, wenn wir ein Zeichen setzen: Wir wollen nicht Zölle erhöhen, sondern wir setzen Zölle herunter. Das ist ein Zeichen, das Herr Trump versteht. Wenn wir sagen: Wir wollen unser Europa nicht durch Protektionismus, sondern durch freien Handel groß machen – das ist die Sprache, die Herr Trump vielleicht versteht.

Nadja Hirsch (ALDE). – Mr President, the transatlantic relationship is much more than steel, peanut butter and orange juice. It is a profound strategic, political and economic bond, built by brave leaders and visionaries. Currently, President Trump is behaving neither like a leader, nor a visionary. The truth is that he won't bring back jobs to the US steel and aluminium sector in any significant numbers. His confrontational actions, if not stopped, will only cost more jobs on both sides of the Atlantic.

Let's be honest, it is not the European Union that is treating the US badly as in the case of most unfair trading practices China is to blame. If the EU were resorting to unfair practices then President Trump could have worked it out with the Transatlantic Trade and Investment Partnership, but he was the one who stopped the negotiations. He is responsible for our still having different tariffs on cars and he is responsible for our seeing almost no progress in recent years.

Dear President Trump, if you are ready to become a world leader in tackling unfair trade methods, you will have to look for allies, and you might find them here. I am a Member of the European Parliament, working every day for prosperous trade relations between our two continents – and by the way you, Mr Trump, can't fire me for doing that.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Herr Präsident! Wir sind alle empört über Präsident Trump. Zum wievielten Mal eigentlich? Manche besonders empörte Stimmen haben sogar behauptet, Donald Trump sei dabei, die USA zu einem Schurkenstaat zu machen. Es könne nicht sein, was ist. Es ist aber. Ich sage: Verkriechen wir uns nicht in hilflosem Zorn. Das, was wir gerade erleben, ist erst der Auftakt.

Donald Trump glaubt tatsächlich, dass die Welthandelsordnung ein Nullsummenspiel sei. Er möchte eine Welthandelsordnung, die mit der bisherigen bricht. Er möchte eine Welthandelsordnung, in der die USA bestimmen können und die Regeln dann entsprechend ihren Interessen angepasst werden. Die Rücksichtslosigkeit, mit der er derzeit gegen Alliierte vorgeht, soll seine Entschlossenheit bei dieser Absicht zum Ausdruck bringen. Der Adressat sind aber nicht wir, der Adressat ist China. Trump wählt eine chinesische Vorgehensweise. Ein chinesisches Sprichwort sagt: Man töte das Huhn, um den Affen zu erschrecken. Wir sollen das Huhn sein.

Ich glaube, wir müssen einen Handelskrieg vermeiden und gleichzeitig die europäischen Interessen verteidigen. Das ist zweifellos eine höchst schwierige Aufgabe. Dazu gehört, dass wir vor das WTO-Schiedsgericht ziehen, wie es die Kommission vorgesehen hat. Dazu gehört auch, dass wir signalisieren: Wir lassen uns von den USA nicht alles bieten, wir halten nicht nur die andere Wange hin. Ich wünsche ihnen, Frau Kommissarin, und der ganzen Kommission, dass es eine Geschlossenheit der Mitgliedstaaten hinter Ihrem Vorgehen gibt. Denn wenn es den USA jetzt gelänge, entsprechend unterschiedlicher industrieller Interessen Europa auseinanderzudividieren, würden wir alle verlieren. Ich wünsche ihnen eine glückliche Hand.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – Monsieur le Président, il est clair que la décision de M. Trump constitue une déclaration de guerre dirigée contre les industries de l'acier et de l'aluminium de l'Union européenne. Elle menace des dizaines de milliers d'emplois et la vie de territoires, de villes, sur un fond d'affaiblissement de nos industries. Ce protectionnisme est d'ailleurs combiné avec la baisse des impôts sur le capital aux États-Unis et les fluctuations compétitives du dollar. Cela relancera les taux d'intérêt à la hausse et l'inflation qui constituent des impôts sur les pauvres tandis qu'ils alimentent les marchés financiers.

Ces jeux combinant guerre commerciale et guerre monétaire peuvent devenir très dangereux pour les travailleurs des deux côtés de l'Atlantique et pour le monde entier. La solution n'est donc pas dans la guerre économique, dont les seuls fantassins sont les travailleurs, ici et aux États-Unis.

Il convient donc, dans l'immédiat, de déclencher les mécanismes de sauvegarde de nos industries, de l'emploi, mais en même temps, il faut développer un nouveau projet de partenariat commercial avec une action commerciale commune de l'Union européenne, à partir de l'intérêt général humain, avec des prix stables pour l'acier et un nouveau système monétaire mondial.

Tiziana Beghin (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi e commissari, proprio perché credo nel commercio, ritengo che i dazi doganali siano uno strumento importante quando li si usa contro i paesi che non rispettano le regole. Ma il problema, qui, è che i dazi di Trump su acciaio e alluminio si applicheranno anche a quei paesi che le regole le hanno sempre rispettate, come quelli europei che producono senza fare concorrenza sleale agli americani.

E allora questi non sono dazi nati per proteggere l'economia americana, ma sono dazi che servono per ottenere qualcos'altro. Sì, perché gli americani ci hanno già fatto capire che li toglieranno se investiremo di più nella Nato e nelle spese militari, magari acquistando armi o altri F35, oppure se abbasseremo le nostre leggi sulla qualità del cibo, magari autorizzando in Europa più OGM, glifosato, carne agli ormoni e quant'altro.

Il commercio internazionale, commissaria, va incentivato quando porta prosperità, e limitato quando danneggia l'economia, ma non va mai e poi mai usato come scusa per ottenere qualcos'altro. Non dobbiamo cedere agli Stati Uniti sul principio di precauzione, ma dobbiamo anche evitare a tutti i costi questa escalation verso una guerra commerciale che porterà solo danni ai nostri cittadini e ai nostri produttori.

L'Europa deve quindi trovare soluzioni alternative per far capire agli americani che siamo sempre i loro alleati, ma non cediamo ai ricatti.

Mario Borghesio (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, incredibili le reazioni ai dazi di Trump. Isteriche quelle della super lobby di Davos, ma ancora più grottesche quelle della Cina comunista, che è diventata l'alfiere del libero scambio. E poi la forte reazione della Germania e della signora Merkel, quando la causa di tutto è proprio la Germania super esportatrice, con un avanzo di 287 miliardi in evidente contrasto con le regole europee.

La lezione che dobbiamo trarne è che il libero scambio è un mito incapacitante, che produce – questo sì – guerre, e anche povertà. La Germania ha realizzato un enorme surplus commerciale, imponendo cose che hanno reso il suo export ipercompetitivo, bassi salari e cambio basso dell'euro contro il dollaro. Quindi, anziché contromisure anti-USA, la Germania si impegna piuttosto a ridurre il suo surplus commerciale.

L'UE avvia al più presto una procedura di salvaguardia sull'import di acciaio e alluminio per proteggere le imprese UE dall'afflusso verso l'Europa di produzioni provenienti da realtà molto agguerrite come Cina, Brasile, Corea, India che, a fronte dei nuovi dazi americani, non mancheranno di riversarsi sul mercato europeo. E difendiamo la nostra produzione, come nel caso dell'Embraco, che voi lasciate sola! Non volete parlare dell'Embraco? È una vergogna! Basta con il trasferimento di produzione a danno della protezione dei nostri lavoratori! Vergogna! Difendiamo l'Embraco!

Diane James (NI). – Mr President, insulting world leaders, be it Trump or even Prime Minister May, appears to have become the norm. But let me just remind you of some key facts here before we start throwing bats and whatever at the USA. The European Union is the largest protectionist trade block in the world: EUR 17 billion a year charged to exporters via the common external tariff. Even the Commission admits to 5 000 non-tariff barriers. And then we have all of the red tape and the regulation, which equally acts as a tariff barrier or a barrier to trade in some context.

Therefore, to keep criticising Mr Trump and the USA because of his trade policy is not going to be in the least bit helpful, because he's going to be able to come back and say: 'What about in your own backyard? Why don't you sort out your own trade policy in the first instance?' Diplomacy is going to be absolutely pivotal here. We don't need revenge, we don't need retaliation and we don't need penalty. Just remember how important the USA market is for European Member States.

(The President cut off the speaker)

Daniel Caspary (PPE). – Herr Präsident! Wir sind nicht verantwortlich für die chinesischen Überkapazitäten, und wir sind auch nicht verantwortlich für die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Stahlindustrie. Deswegen sind diese US-Maßnahmen gegen uns ungerechtfertigt, falsch und schädlich für beide Seiten. Aber, liebe Kollegen, wir tragen Verantwortung, dass wir gemeinsam mit allen Partnern in der Welthandelsorganisation sicherstellen, dass im globalen Handel weiterhin die Macht des Rechts und nicht die Macht des Stärkeren gilt. Deswegen ist es gut, dass die Europäische Kommission auf Gespräche setzt. Deswegen ist es gut, dass die Europäische Kommission Gegenmaßnahmen vorschlägt, die ein deutliches Zeichen setzen, die aber besonnen sind und die die Lage nicht weiter eskalieren lassen.

Präsident Trump rufe ich zu:

Dear Mr President, tear down this wall. Tear down those measures which are harming the transatlantic relations, and tear down those unjustified measures against your close friends and allies.

Victor Boştinaru (S&D). – Mr President, reckless protectionism and nationalism can only isolate the United States and hurt the international rules-based trading system. Yes, a potential trade war can be triggered by new duties on steel and aluminium and can heavily impact first and foremost American jobs. Therefore, this Parliament can only invite President Trump and the US administration to take into consideration the potential damage before going any further. Do not forget: trade war can go global. Moreover, it is important for the EU to take all necessary measures – but well-calibrated in substance – to safeguard and to protect our internal market and workers and industries.

I will finish, nevertheless, by stating the obvious. Whilst transatlantic relations are facing an important number of challenges and disruptions in the short term, the long-term fundamentals remain strong. The cooperation between the EU and US as like-minded partners remains crucial, notably when it comes to trade and investment, and any further action on both sides should remain balanced and take into consideration the importance of our strategic relations and for the sides' role at world level.

Sander Loones (ECR). – Voorzitter, laat ons eerlijk tegen elkaar zijn. Amerika kiest steeds meer partij voor zichzelf, voor Amerika. Ze vinden steeds meer dat hun aloude bondgenoten hun eigen boontjes moeten doppen.

We zien dat in het Midden-Oosten, waar van Europa wordt verwacht dat wij de hete kolen meer zelf uit het vuur halen. We zien dat in de discussie over defensie en de NAVO, waar Amerika vindt dat wij meer zelf moeten gaan investeren. We zien dat ook in de vrijhandel over de Atlantische Oceaan, die niet gemakkelijker wordt. TTIP is afgevoerd. En vandaag wordt er gesproken over invoertarieven op aluminium en staal. Laat ons ook dat niet wijs maken: dit is geen nieuwe evolutie. We zagen dit al onder Obama, we zien dit nu opnieuw onder Trump.

Ik wil er dan ook toe oproepen: laat ons vooral naar onszelf kijken, laat ons niet in de val trappen, niet overreageren, integendeel. Laat ons de handschoen opnemen, fier, met vertrouwen, zelfvertrouwen. Wij kiezen tégen een handelsoorlog. Wij kiezen tégen protectionisme. Wij kiezen vóór eerlijke en correcte vrijhandel, omdat die goed is voor onze ondernemingen, onze banen en onze consumenten. Een handelsoorlog maakt Amerika en Europa *not great again*, maar maakt ons allemaal klein.

Not great again.

Fredrick Federley (ALDE). – Herr talman! Jag tycker att många av mina kolleger väl har beskrivit förtjänsten av frihandel och hur viktigt det är att vi från Europeiska unionens sida nu inte driver på för att få ett handelskrig. Om det kommer åtgärder som riktar sig mot oss kommer vi självklart att behöva svara, men det gäller att vi försiktiga med en väldigt, väldigt obalanserad herre på andra sidan Atlanten som kan agera på ett sätt ena dagen för att nästa dag gå i en helt annan riktning.

Det som gör mig mest beklämd i detta är egentligen kanske inte de direkta tullar som föreslås nu, utan det är de omedelbara konsekvenserna som får spridning. Vi ser till exempel hur Electrolux stoppar investeringar i USA, och detta är bara början på den kedjereaktion vi skulle komma att få se om det blir ett handelskrig i full skala.

Samtidigt tappar EU och USA kraft att rikta energin som vi borde ha gjort gentemot Kina och de väldigt oräddvisa handelsförhållanden som Kina har. Jag hoppas därför att vi kan komma tillbaka till förhandlingsbordet gemensamt med USA, arbeta för ökad frihandel och rikta skotten dit de ska, framför allt mot Kinas oräddvisa handelsregler.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Mr President, Donald Trump does not care about lower-income workers, their jobs, their wages or their rights. We know this from his actions in providing tax breaks for the richest, and his regular attacks on vital services such as health care. But he was elected because he exploited the genuine concerns of many working people in the United States: people who haven't received the benefits of free trade and globalisation, who in fact have lost their jobs and their faith in politics. Trump's latest actions in imposing trade tariffs must be seen in this context.

However, the European Commission is playing in to his game by promoting a dangerous trade agenda. Through deals such the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) and Mercosur, the EU will actually increase the alienation and distrust that has already surged in many Member States. Any honest observer will attest that this agenda is, rather than enriching everyone, actually exacerbating the race to the bottom on global labour rights and standards.

If we want to respond effectively to Trumpism then we need to abandon a trade agenda that will only widen inequalities in Europe and across the globe.

Franck Proust (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, permettez-moi de vous poser une question: pensez-vous que toutes les réunions que vous faites actuellement entre administrations américaine et européenne servent véritablement à quelque chose, avec Donald Trump?

Bien entendu, ce n'est pas vous que je remets en cause. Si je pose la question, c'est parce que je pense que son plus fidèle conseiller semble être son poste de télévision et son plus proche porte-parole, c'est son compte Twitter. Quand on partage ensemble plus de deux siècles d'histoire, le président des États-Unis n'utilise pas Twitter pour annoncer des mesures si graves pour l'économie. Quand on mène ensemble des combats avec des objectifs communs, il doit rassembler et ne pas tordre le bras de ses alliés.

Faut-il «tweeter» en caractères gras pour se faire entendre? On peut monter sur nos grands chevaux, demander la guerre commerciale ou négocier, c'est dans tous les cas jouer un jeu stupide qui fait courir un grand risque à de nombreux secteurs. Après avoir fait la course à celui qui a le plus gros bouton nucléaire, Donald Trump joue à celui qui a les plus gros droits de douane. Entre cela, la concurrence déloyale et la mondialisation sans règles, l'Europe doit compter sur elle-même et, surtout, s'assumer.

En tout cas, on peut concéder à Donald Trump une chose: il fait des miracles. Un peu comme Moïse, il écarte tout sur son chemin, à la fois ses conseillers et, malheureusement, même le bon sens.

Jeppe Kofod (S&D). – Mr President, we all know that the post-World War order of free and fair rules-based trade is something we built together with the Americans, and therefore we also know that what Trump is doing right now is a major tactical and strategic mistake by unilaterally imposing tariffs that could disturb that rule-based order. That will be a long-term consequence if we enter into a trade war, so we should avoid that. We also have legitimate concerns about actors like China that are dumping steel on the global market, and we have to face them together – China and others – in the World Trade Organization. We agree upon that.

Secondly, we live in integrated economies, and we see that globalisation is changing the nature of work and of our industries rapidly, and I think that conversation – how to help workers and industries to transform – is an important discussion that we share with the Americans, and we should have that discussion with them.

Bilateral tariffs will only damage workers and will only make it more painful on both sides of the Atlantic, so let's get to help the workers in a real way by discussing how they can be qualified and helped to get new jobs and live in a globalisation area where they are challenged.

Evžen Tošenovský (ECR). – Pane předsedající, dnes diskutujeme o nové aktivitě prezidenta Donalda Trumpa o stanovení cla pro ocel a hliník. Toto rozhodnutí je podle mne směrem k mezinárodnímu obchodu nešťastné, špatné rozhodnutí. Vyvolává absolutně zbytečné emoce směrem k ekonomické spolupráci Spojených států amerických a Evropské unie. Samozřejmě se okamžitě objevily návrhy na odvetná opatření. Každá obchodní válka je nebezpečná a přináší pouze ztráty na obou stranách. Je proto důležité okamžitě hledat diplomatická řešení, dříve než se spustí dominový efekt.

Je zřejmé, že celosvětová nadprodukce oceli se dá vyřešit jen dohodou všech zainteresovaných stran. Věřím, že je zbytečné zde vyzývat nejvyšší představitele Komise k urgentním obchodním diplomatickým jednáním, a děkuji za dnešní informace paní komisařce. Dopad na ocelářský průmysl může být dramatický, a to zvláště po velmi silných regulacích v oblasti CO₂ a omezení použití uhlí. Již dnes je situace v ocelářství skutečně na hraně a málokdo si uvědomuje nepositelnost oceli například v dopravě nebo ve stavebnictví.

Pokud se nám nepodaří tento problém celní ochrany vyřešit, tak mám obavu nejen z možných obdobných akcí v jiných oblastech, ale i z vážného poškození evropského ocelářství.

Salvatore Cicu (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signori commissari, credo che abbiate ragione nell'individuare l'impegno e il tentativo per evitare in assoluto una escalation e una crisi nei rapporti commerciali con gli Stati Uniti.

Ma credo che l'aspetto più interessante e più importante, e nello stesso tempo drammatico, sia quello di impedire in assoluto che l'Europa si trovi ad affrontare, per responsabilità di Trump, per responsabilità di questi dazi, una crisi che potrebbe nascere, perché solo nel 2017 abbiamo dovuto confrontarci con importazioni esagerate, soprattutto nel settore dell'acciaio, della siderurgia, che provengono da paesi extraeuropei.

Io credo che sia un attacco vero e proprio nei confronti del sistema commerciale europeo. Credo che questo attacco vada fronteggiato con l'interlocuzione diplomatica, con la ricerca di soluzioni che evitino, appunto, il disastro di una crisi vera, ma nello stesso tempo sono fortemente d'accordo su una compattezza rispetto alle clausole di salvaguardia che la Commissione intende assumere.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D). – Señor presidente, las medidas del presidente Trump a las importaciones del aluminio y del acero son injustas, innecesarias, y ponen en riesgo las relaciones comerciales transatlánticas. No pueden justificarse en defensa de la seguridad nacional. Es una deslealtad que implica no considerar a la Unión Europea como un aliado de los Estados Unidos.

En la Unión sufrimos también las consecuencias de la sobrecapacidad mundial del aluminio y el acero por el exceso de producción de países que no actúan bajo las reglas de la economía de mercado. Por ello, es más necesario que nunca defender la regulación de la globalización y el comercio basado en normas: hay que impedir que impere la ley del más fuerte, que pretende imponer medidas proteccionistas y populistas perjudicando a todos.

La Unión hace bien en dar una respuesta contundente, pero equilibrada, actuando con inteligencia, con una voz única y en coordinación y cooperación con nuestros socios en la OMC. Es responsabilidad de todos evitar una guerra comercial que solo conduciría a menos crecimiento y a pérdida de empleos. Por eso, debemos de pedir todos a Trump que recapacite.

Iuliu Winkler (PPE). – Domnule președinte, decizia președintelui Trump a fost o surpriză amară pentru noi, pentru Grupul PPE, susținător al comerțului liber și echitabil pus în slujba oamenilor. Noi știm că protecționismul nu rezolvă probleme, ci le creează. Un război comercial nu are câștigători, ci numai perdanți. Cetățenii americani, susținătorii președintelui Trump, vor pierde. Industriile americane și europene vor pierde. Statele din estul Europei, printre care și România, țara mea, vor avea mult de suferit. Marii producători globali de oțel, Rusia, Ucraina, Turcia, sunt vecinii noștri. Ei își vor îndrepta exporturile către noi. De aceea, solicităm Comisiei Europene să găsească răspunsul cel mai rapid, ferm și convingător, în același timp proporționat, pentru apărarea industriilor Europene și evitarea unui război comercial, care ne-ar costa pe toți bunăstarea cetățenilor noștri.

Karoline Graswander-Hainz (S&D). – Herr Präsident, wer te Kommissarin, wer te Kolleginnen und Kollegen! Am Anfang Aluminium und Stahl, dann deutsche Autos und jetzt schon Industrie- und Agrarprodukte. Trumps Pläne zu Strafzöllen auf europäische Produkte sind schwer zu durchschauen, folgen aber einer perfiden Strategie. Während alle Branchen um US-amerikanische Absatzmärkte zittern, sollen alle Handelspartner um bilaterale Ausnahmen buhlen. Das steht in krassem Widerspruch zu unseren Visionen einer multilateralen Handelspolitik auf der Basis von Werten und Grundlagen des Rechts.

Klar ist: Die angekündigten Strafzölle haben keine rechtliche Grundlage, und Europa wird nicht vor umfangreichen Gegenmaßnahmen zurückschrecken. Eine Verhandlungslösung kann aber nur gelingen, wenn wir nicht nur egoistisch auf Ausnahmen für Europa pochen, sondern gemeinsam mit unseren Verbündeten für einen fairen und regelbasierten Handel eintreten. Es ist wie auf dem Schulhof: Mobbing hört auf, wenn niemand mehr mitmacht.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señor presidente, señores comisarios, señorías, la historia nos enseña que las guerras comerciales no son buenas ni siquiera para los que las proponen, aunque se diga, superficialmente, que son fáciles de ganar. La comisaria Malmström nos recordaba que se sabe cómo empiezan pero no se sabe cómo acaban.

La Comisión ha reaccionado con mesura, preparando un catálogo de contramedidas en defensa de los intereses de nuestros ciudadanos y de nuestras empresas y acordes con las normas de la Organización Mundial del Comercio.

Hoy resulta increíble tener que recordar que comercio es progreso, que comercio es paz, y que las murallas, los muros, las barreras, el unilateralismo se sitúan hoy en el paleolítico de la historia y suponen jugar una carta claramente perdedora.

En estas circunstancias difíciles hay que apoyar a la Comisión, su estrategia negociadora de acuerdos preferenciales, y apostar y doblar la apuesta en favor del libre comercio y en favor de un sistema de reglas justas, predecibles, estables, que incentive y fomente el comercio mundial y los intercambios.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, a decisão do Presidente Trump de impor tarifas de 25 % à importação de aço e 10 % à importação de alumínio constitui uma declaração de guerra comercial totalmente inaceitável. Esta medida protecionista esconde-se por detrás de uma falsa justificação de segurança nacional, viola as regras da Organização Mundial do Comércio, atinge gravemente a economia europeia e põe em risco a economia global.

A Comissão Europeia tem, por isso, o apoio deste Parlamento para, se a decisão se mantiver, pôr em execução uma resposta proporcional, mas firme, que defenda os milhares de empregos europeus que estão sob ameaça.

Há um problema no mercado mundial de aço e alumínio, mas esse problema chama-se China e exige uma resposta concertada da comunidade internacional contra o *dumping* chinês, e não medidas que erram o alvo e atingem de forma injusta e inaceitável a economia da União Europeia.

Esther de Lange (PPE). – Voorzitter, ik wil u meenemen naar de stad IJmuiden aan de Noordzee, waar 9 000 mensen werken aan de productie van 7 miljoen ton staal. Want over hen gaat dit debat, en over het verschil tussen gelijk 'hebben' en gelijk 'krijgen'.

Want natuurlijk 'hebben' we gelijk. Niemand kan ons uitleggen – en het klópt ook niet – dat Europees staal en aluminium in deodorantbusjes en conservenblikken in Amerika een bedreiging zouden vormen voor de nationale veiligheid. Natuurlijk is dat niet zo.

Maar of we ook gelijk 'krijgen', dát is nu de vraag. Zeker nu er iemand in het Witte Huis zit die internationale regels en afspraken aan zijn laars lapt. Als die laars trouwens uit de schoenencollectie van zijn dochter Ivanka komt, dan komt hij waarschijnlijk *made* uit China. Ziedaar de hypocrisie van de familie Trump.

Maar om gelijk te krijgen, zullen we moeten optreden als Europese Unie. Uiteraard proportioneel, want aan escalatie heeft niemand wat, maar wel duidelijk. Dat betekent twee dingen: op zeer korte termijn vrijwaringsmaatregelen, zodat onze markten niet extra worden overspoeld, en de aanpak van het daadwerkelijke probleem, namelijk overproductie en dumping vanuit China. Niet om gelijk te krijgen, maar voor die mensen in IJmuiden en andere plekken in Europa wier baan hiervan afhangt.

Edouard Martin (S&D). – Monsieur le Président, au préalable, j'aurais aimé éclairer M. Bay – mais il n'est plus là, c'est dommage – et l'informer qu'à Florange il y a encore plus de 2 000 travailleurs qui transforment chaque année près de 3 millions de tonnes d'acier.

Ceci étant dit, même s'il est vrai que les mesures unilatérales de Trump sont détestables, le fond de sa décision mérite réflexion. C'est la question de l'avenir de l'industrie qui est posée. Aujourd'hui les États-Unis, demain l'Union européenne, car nous souffrons des mêmes symptômes: le manque d'investissement et le manque d'anticipation.

On nous répond en sautant comme des cabris: libre-échange, libre-échange, libre-échange. Mais de quel libre-échange parle-t-on? Quel est le juste prix? Si le libre-échange ne consiste qu'à tirer toujours les prix vers le bas, la Chine va nous mettre tous à genoux. Donc il ne faut pas répondre à la provocation par la provocation, au contraire! Vous devez et nous devons être à l'offensive pour demander en urgence une révision des règles de l'OMC pour réintroduire le social et l'environnemental dans la fixation des prix internationaux.

Zgłoszenia z sali

Romana Tomc (PPE). – Napovedi ZDA glede uvedbe carin me seveda zelo skrbijo, ampak reči, da jih ni bilo mogoče pričakovati, bi bilo naivno. Žal mi ne moremo ukazovati drugim, kako naj se obnašajo, lahko pa vplivamo na to, kako se bomo obnašali mi.

Seveda si ne želim nobene trgovinske vojne, to bi bilo škodljivo za vse, predvsem pa za naše evropske državljane, ampak moramo se vprašati ob tem tudi to, kaj nas je pripeljalo v takšno situacijo. Saj se še spomnimo, približno dve leti nazaj je bilo od tega, ko je bilo zelo veliko protestov, tudi v tej dvorani, proti trgovinskemu sporazumu TTIP. In danes se ti navdušujejo nad prosto trgovino.

Ne moremo si več privoščiti, da se vedno znova znajdemo v situaciji, ko se moramo braniti in očitno je, da Evropa postaja vse bolj ranljiva na gospodarskem, ekonomskem področju in da moramo sprejeti takšne ukrepe, ki bodo v prvi vrsti zaščitili evropske vrednote, evropsko gospodarstvo in evropske meje.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnilor comisari, dezamăgirea noastră, tristețea nu țin loc de măsuri pentru protecția companiilor, a produselor românești, a cetățenilor din România.

Domnul Trump ne-a obișnuit cu decizii radicale. Până la urmă, dă dovadă că nu respectă un partener. Suntem membri ai Organizației Mondiale a Comerțului și cred, doamnă comisar, că din cele trei măsuri, nu aș începe cu prima, cu acționarea în justiție. Chiar dumneavoastră ați spus că durează foarte mult. Cred că trebuie să ne adresăm Organizației Mondiale a Comerțului, să facem o negociere și, sigur, mai ales, să protejăm piața, pentru că, în alte situații, când am cerut în această plenară să avem măsuri de protejare a pieței, nu de închidere a pieței, ci de protejare, pentru că avem intrare de produse cu preț de dumping, nu s-a întâmplat acest lucru.

De aceea, cred că nu ne trebuie un război comercial, dar trebuie foarte ferm să revenim, pentru protecția produselor europene – evident, și românești – și a companiilor europene. De aceea, pledez pentru o negociere și măsuri de salvagare.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, las medidas adoptadas por Trump suponen una amenaza económica para todo el mundo y un retroceso democrático. La seguridad nacional que las justifica perjudica a un aliado histórico. Por eso, estas medidas son inaceptables y son antiguas.

Schuman ya demostró, en 1950, que la seguridad y la estabilidad se potencian recorriendo justo el camino contrario. La industria americana debería poner de su parte recordando a su presidente lo ocurrido con medidas similares adoptadas por Bush en 2002, que acabaron en un desastre para los Estados Unidos.

Por eso, apoyo las propuestas expuestas por la comisaria Malmström, animo a que se implementen contando con todos los agentes relevantes en el ámbito industrial, e informo de que el Gobierno vasco se ha puesto a plena disposición de las autoridades comunitarias para colaborar en el diseño de una estrategia compartida.

El País Vasco es una región industrial fuertemente impactada por este anuncio. Ya participó en el diseño de las medidas frente a la anterior crisis —generada por la sobrecapacidad china— y acaba de comunicar a las autoridades europeas su confianza y su oferta de colaboración para evitar una guerra comercial que a nadie conviene.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, με απόφαση του προέδρου των Ηνωμένων Πολιτειών, από την επόμενη εβδομάδα θα επιβληθούν πρόσθετοι φόροι στις εισαγωγές προϊόντων χάλυβα σε επίπεδο 25% και 10% σε προϊόντα αλουμινίου. Η απόφαση αυτή προφανώς ελήφθη για την προστασία των αμερικανικών βιομηχανιών από τον ανταγωνισμό των εισαγωγών, και λέω «προφανώς», διότι δεν τίθεται θέμα εθνικής ασφαλείας των Ηνωμένων Πολιτειών. Όμως η απόφαση αυτή δημιουργεί προβλήματα και στις ευρωπαϊκές χώρες αλλά και στις Ηνωμένες Πολιτείες. Υπάρχει κίνδυνος να χαθούν εκατοντάδες χιλιάδες θέσεων εργασίας, αυξάνεται το κόστος παραγωγής και γενικότερα σε πολιτικό επίπεδο θα υπάρξει τριβή μεταξύ των δύο μερών. Από τα μέτρα αυτά θίγονται ιδιαίτερα οι ελληνικές αντίστοιχες βιομηχανίες.

Σε μια εποχή που η χώρα διέρχεται κρίση οικονομίας, οι βιομηχανίες χάλυβα και αλουμινίου στην Ελλάδα δαπανούν μεγάλα ποσά για επενδύσεις σε προϊόντα τεχνολογίας, για να μπορέσουν να ανταποκριθούν στις απαιτήσεις των αγορών. Εάν όμως για τα μέτρα των Ηνωμένων Πολιτειών ληφθούν αντίμετρα και υπάρξει οικονομικός πόλεμος, αυτό θα γίνει προς ζημία όλων. Γι' αυτό η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να απαιτήσει να εξαιρεθούν τα προϊόντα αυτά από τα ...

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Milan Zver (PPE). – Evroatlantske povezave so strateškega dolgoročnega pomena za ZDA in tudi za Evropsko unijo. Koreninijo v skupni kulturi, skupni kulturni podlagi, skupnih vrednotah, v gospodarstvih, ki so nas doslej povezovale.

Ukrep ZDA za drastičen dvig carin za jeklo in pa tudi za aluminij pa gre v nasprotno smer. Vsekakor gre za novi protekcionizem, ki namesto sodelovanja vzpostavi v prvo vrsto konfrontacijo. Spomnimo se, kam je protekcionizem pripeljal pred enim stoletjem. Pomeni predvsem zapiranje gospodarstev namesto sodelovanje in spoštovanje konkurence.

Odziv Evropske unije je zaenkrat dober. Čestitam Evropski komisiji, da pripravlja odločen in pa sorazmeren odgovor znotraj pravil Svetovne trgovinske organizacije.

Rad bi pa ponovil to, kar je zjutraj povedal naš predsednik Weber: tudi če bodo ZDA ali pa kdorkoli drug gradili zidove, bomo mi še naprej gradili mostove.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, j'aurais juste trois questions par rapport au débat que nous avons eu.

La première question, Madame la Commissaire: est-ce que vous pensez sincèrement que, aujourd'hui, l'OMC a la capacité de faire respecter les règles au niveau international et, dans l'affirmative, comment entendez-vous mener cette politique au sein de l'OMC? Nous l'avons tous dit, nous sommes pour le multilatéralisme, mais nous voyons aujourd'hui qu'il fait défaut par rapport au respect des règles.

Deuxièmement, en ce qui concerne le soutien de l'industrie: bien entendu, nous ne sommes pas pour le protectionnisme, mais le libre-échange soumet nos industries aujourd'hui à une pression énorme par rapport à des compétiteurs qui ne respectent pas un certain nombre de règles. Comment soutenir nos industries si, effectivement, nous n'abordons pas cette question de manière claire?

Troisièmement, nous aurons des effets dérivés par rapport à la fermeture des marchés américains. Nous avons parlé de la surproduction chinoise. Comment allons-nous appliquer les nouveaux instruments de défense commerciale, mais aussi la distorsion significative? Êtes-vous prête, Madame la Commissaire, à activer les outils que nous venons de voter ici, dans cette assemblée?

Christian Ehler (PPE). – Mr President, interestingly, the tariffs are not based on the basic trade legislation from the 1980s, but on the National Security Act of 1962. The expected reaction of the Commission would be that we go to the World Trade Organization (WTO) and we might indicate retaliatory measures.

But couldn't it be a tactical measure that this is being based on the 1962 Act? This is because we are not quite sure whether or not, in terms of the WTO, if we lose the case based on national security concerns, then this could make the WTO system explode. If the measures were based on the Trade Act of 1989, then a WTO decision would have vertical effect on this specific measure, but if you lose the case on that measure, based on the national security angle, then, in principle, there would be a horizontal effect and that would make the system explode.

I am just asking what your perception is of the tactical aspect of what Mr Lighthizer is going to do.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, Commissioner, this is an unfortunate situation. Everyone knows – and has been told here – that a trade war cannot be won. Maybe it is time, using this situation, to send the United States an invitation to a European Union-United States summit to discuss all these issues: political and diplomatic cooperation, the economy, trade, investments, security and defence. Maybe Mr Trump has forgotten that the closest allies of the United States are the European Union countries, not only Australia. Maybe we should use this situation in a positive way in order to have this summit. There have been too many situations recently where the European Union has had to respond to its close ally, the United States of America. It is probably time for discussions, and the President of the Council, the President of the Commission and Ms Mogherini should launch this initiative.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η απόφαση του Τραμπ να επιβάλει δασμούς στις εισαγωγές προϊόντων χάλυβα και αλουμινίου δεν πρέπει να μας εκπλήσσει. Ο ίδιος και στην προεκλογική περίοδο και αργότερα είχε πει ότι η πολιτική του είναι «πρώτα η Αμερική», και αυτό σημαίνει μια κλειστή οικονομία, προκειμένου να στηρίξει τις αμερικανικές επιχειρήσεις, και έχει τη δυνατότητα να εφαρμόσει αυτή την πολιτική, διότι η αγορά των ΗΠΑ είναι μια τεράστια αγορά και μπορεί να αντέξει τα κλειστά σύνορα. Το θέμα είναι τι συμπεράσματα βγάζει η Ευρωπαϊκή Ένωση, η οποία είχε μια πολιτική ελεύθερου εμπορίου όπου επιτρέψαμε τις αδρόες εισαγωγές, πάμφθηνες εισαγωγές προϊόντων χάλυβα από την Κίνα, με αποτέλεσμα να διαλυθεί η χαλυβουργία στην Ευρώπη. Επομένως πρέπει να ληφθούν συγκεκριμένα μέτρα, ιδίως για τις ελληνικές βιομηχανίες χάλυβα και αλουμινίου που υποφέρουν και θα υποφέρουν από αυτές τις πολιτικές του Τραμπ.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι λογαριασμοί είναι ανοικτοί και τα συγκρουόμενα συμφέροντα των μονοπωλίων μεγάλα. Υπερσυσσωρευμένα κεφάλαια που δεν βρίσκουν κερδοφόρα διέξοδο, ασθμαίνουσα ανάκαμψη, καπιταλιστικές οικονομίες που αλληλοδιαπλέκονται με ανακατατάξεις ισχύος. Οι ημιτελείς συμφωνίες του κεφαλαίου, όπως η διατλαντική, η διειρητική, του Παρισιού για το κλίμα, φανερώνουν τους ανταγωνισμούς Ηνωμένων Πολιτειών, Κίνας, Ρωσίας και Ευρωπαϊκής Ένωσης, με τα ιδιαίτερα συμφέροντα Γερμανίας και Γαλλίας. Οι δυνάμεις του κεφαλαίου ανταγωνίζονται αλλά συμφωνούν και έχουν κοινή γραμμή για το πώς θα εντείνουν την εκμετάλλευση σε βάρος των εργατών. Οι δασμοί που όλοι ξορκίζουν και τελικά επιβάλλει καθένας στον ανταγωνιστή του για λογαριασμό των συμφερόντων της κερδοφορίας των δικών του ομίλων είναι ένα ακόμα εργαλείο των αστικών κρατών με ζημιωμένους τους εργαζόμενους. Δεν είναι απλά πόλεμος ούτε μόνο εμπορικός, έχει όνομα και λέγεται καπιταλισμός, το σάπιο εκμεταλλευτικό σύστημα που δεν γιατρεύεται, δεν εξανθρωπίζεται. Όσο τα αδιέξοδα μεγαλώνουν, οι λαοί με την ταξική τους πάλη να μη δεχθούν να γίνουν θύματα στον βωμό αυτών των ανταγωνισμών.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, my background is sport, and in sport we often say that you have short-term pain for long-term gain. In other words, if you train hard, you will reap the rewards in due course. But what we are seeing in the United States now is short-term gain for long-term pain. But that does not really worry Donald Trump. He made promises in the election and, regardless of the consequences, he wants to be able to say: 'I promised ABC, I have delivered ABC'. Long-term pain, short-term gain, perhaps. We have had a long relationship with the United States and we want that to continue. This week, for instance, in my own country we have our national holiday, St Patrick's Day, and the United States will turn green. But there is more to the United States than Donald Trump. Nevertheless, we cannot roll over on this one, and it is important that the Commission – and I am quite sure they will – take a proportionate, mature attitude and, hopefully, the matter can be resolved.

José Blanco López (S&D). – Señor presidente, hace poco más de un año debatíamos un tratado de libre comercio con Obama. Hoy estamos ante una guerra comercial en ciernes con Trump de consecuencias imprevisibles. ¡Cómo cambian los tiempos! Europa no la ha iniciado, pero Europa debe intentar defenderse y debe tratar de evitarla.

Empresas y miles de trabajadores, muchos de ellos de mi región, Galicia, están en vilo ante el futuro de sus puestos de trabajo en una industria que está ya sacudida por la sobrecapacidad y las prácticas de dumping de China. Si los Estados Unidos quieren hacer frente al problema es ahí donde deben dirigir su mirada, no hacia su socio europeo.

Se impone prudencia pero, desde luego, también se impone firmeza. Empresas y trabajadores necesitan la certeza de que Europa va a utilizar todo el arsenal diplomático y todo lo que tenga a su disposición para garantizar el futuro de esta industria.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, I will try to answer a few questions. The EU, together with Brazil, Canada and Mexico, are the countries most affected by this, but there are others who also export steel. Exactly how it strikes within the European Union: we do not have the figures here but we are of course in close dialogue with the Member States. There are about nine or ten countries affected in the European Union, but the consequences are, of course, much larger. We do not know much about the Australian exceptions. I have also read about it on Twitter. The exceptions for Canada and Mexico are related to a satisfactory outcome of the negotiations of NAFTA, so we are still looking for more information there. In the EU we are security partners to the United States. That goes a long way back. We work together in NATO; we have stood together in Iraq, Afghanistan and many other places in the world; we are cooperating in the fight against IS; and our friendship and strategic partnership goes way back.

On tariffs, we need to clarify a few issues. Yes, the EU has tariffs on cars vis-à-vis the US and other countries, but the US has higher tariffs on other items. For instance, there are 25% tariffs on trucks and pickups, and you cannot discuss tariffs unilaterally. We try to take away tariffs in trade agreements. When there are no trade agreements, these are the tariffs, and they are not only vis-à-vis the US, but they are against all countries with whom we do not have a free trade agreement. So that is why you cannot negotiate them individually. It is part of a bigger picture.

We believe that this measure is a safeguard in disguise and that the exception that does exist in the WTO, but which is meant to be used for wartime, is misused. So we are confident that we could win such a case in the WTO, and we are reaching out to other friends and allies to see if we can make a joint approach to the WTO. On trade distortions, Ms Arena, that is why we have the safeguard measures that we are ready to put into place. Whether a summit is the way to solve this is beyond my pay grade. I think we have to try to solve these issues quite urgently actually.

But as long as the measures have not entered into force, we hope to avoid a significant trade dispute. The root problem, as many of you have said, is over-capacity in the steel and aluminium sectors. Certain countries are using massive subsidies and producing non-market conditions, so the EU and the US should work together on this, and we are doing so. The EU have, from our side, done our part. As you know, with your help, we have modernised the trade defence instruments. We are using them and we are trying to uphold rules against those countries which distort trade or which have unfair practices. That is why we met, together with the US Trade Representative and also with Minister Seko from Japan, this weekend to discuss how we jointly can work to face this challenge. We achieved a to-do list and an action plan and we will meet jointly again. It was a very constructive meeting, and the aim is, of course, to work to improve the level playing field.

Protection is never a good answer, and that is why we are reaching out to other parties of the world in order to jointly stand up for the principles of the rules-based international global trading system and the multilateral organisations. WTO is not perfect, but it has served us well – us, the US and many other countries of the world – and we would rather work together to strengthen it and not weaken it. That is why we are also reaching out to other countries and have this very ambitious trading agenda. We are creating a circle of friends with parties across the world who are of the firm belief that trade is a good thing if we make good trade agreements based on fair, sustainable and transparent trade. That is good for our people and for our companies. That is why we stand up to do this within the framework of WTO rules and the global trading system.

I want to thank you for the strong support you have given to the Commission and our approach to adopt WTO-compatible measures. We are doing this in a measured and calm way. I also want to thank you because I know many of you have reached out individually to US counterparts in Congress and elsewhere. That is indeed very useful. So thank you very much for this debate.

(Applause)

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, thank you very much for this House's very strong support for the policy the Commission has adopted in this fight. It's very important that the whole EU is united when addressing this kind of trade issues and difficulties. We also acknowledge in the Commission the good cooperation with the Congress of the United States. Both main parties – Republicans and Democrats – share the view on rules-based world order and rules-based trade with us. We have to acknowledge this good cooperation. The business sector in the United States also shares our views. So we have to acknowledge this.

This is not a dispute between Europe and the United States as such. That is why the Commission will concentrate on problem-solving instead of provoking further problems in this fight. What do we want to do is to clear up this mess. I think there are good reasons which both sides will, at the end of the day, accept that we don't need and we don't want a trade war. Instead we should concentrate on improving our trading conditions between the two trading blocks and like-minded continents.

This incident is a good reminder for all of us: when we want to build or harness globalisation, it must be based on rules-based world order instead of the rule of the strongest.

Trade agreements are good examples of building a rules-based world order. Actually, the reality is as simple as this: we have to choose between the two options. Either we want to have trade agreements which bring values to trade and strengthen the rules-based world order, or then we are in a situation where we are at the moment, where arbitrary decisions can harm all of us.

We will try to find a solution as soon as possible, and we want to enhance our trading and security cooperation with the United States.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

(Posiedzenie zostało na chwilę zawieszono.)

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Francisco Assis (S&D), por escrito. – A decisão anunciada pelo Presidente dos EUA, Donald Trump de introduzir elevadas tarifas à importação de aço e alumínio configuram um sinal muito preocupante de retrocesso na abertura comercial e põem em causa o futuro das relações comerciais entre as duas maiores economias mundiais. A Comissão Europeia deve agir com cautela, mas com firmeza. Uma guerra comercial não é do interesse de nenhuma das partes.

Ivo Belet (PPE), schriftelijk. – De Amerikaanse president probeert lidstaten van de EU tegen elkaar uit te spelen. De Britten hebben dat ook geprobeerd in de brexit-onderhandelingen: ze zijn van een koude kermis thuisgekomen. Binnen de EU is het besef gegroeid dat we in dergelijke conflictdossiers veel sterker zijn als een solidair en eensgezind blok. Als Trump toch doorzet met zijn puberale maatregelen, tegen de adviezen in van zowat al zijn economische adviseurs, dan heeft de EU geen keuze daarop te antwoorden.

Ondertussen moeten we versneld uitzoeken hoe we het concept van een grensheffing op CO₂ kunnen uitrollen: dat idee zit ingebouwd in het akkoord over de hervorming van het ETS-stelsel die we onlangs hebben afgerond. Het zou erop neerkomen dat er aan de Europese grenzen een heffing wordt betaald op CO₂-intensieve producten die in de EU worden verkocht. Producten die niet volgens de schoonste productietechnologieën zijn geproduceerd, worden onderworpen aan extra kosten, net zoals in het Europese ETS, het emissiehandelsstelsel van de EU. Daarbij komen o.a. Amerikaans staal en aluminium in het vizier. Maar in het bijzonder zou de zwaar vervuilende import vanuit China kunnen worden aangepakt. In het licht van de geplande Amerikaanse heropleving van de zwaar vervuilende steenkoolindustrie is dit een meer dan verantwoorde oefening.

Birgit Collin-Langen (PPE), schriftlich. – Ich unterstütze das Vorgehen der Kommission. Zunächst gilt es – wie zwischen Partnern üblich – den Dialog zu suchen. Sollte dieser jedoch scheitern, unterstütze ich die möglichen Gegenmaßnahmen, wie sie die EU-Kommission in der vergangenen Woche angekündigt hat. Europa ist wettbewerbsfähig, wir stellen hochwertige Produkte her, wir sind erfindungsreich und kreativ, und daher lassen wir uns nicht unter Druck setzen.

Adam Gierek (S&D), na piśmie. – Dziś na świecie wszyscy chcą produkować i korzystnie sprzedawać. Powoduje to głęboką nierównowagę finansową – zadłużenie wielu krajów i zapaść gospodarczą licznych regionów świata. Ta nierównoważona globalizacja i nadprodukcja wielu towarów, w tym stali, wywołała niekorzystne zjawisko powrotu w USA do narodowego protekcjonizmu w postaci 25% cła na stal. Ogromna nadwyżka produkcji stali w Chinach może być w związku z tym jeszcze większym strumieniem skierowana po dumpingowych cenach do Europy. Jaka będzie wtedy kondycja naszego (polskiego) hutnictwa? Czy to początek wojny handlowej na świecie? Czy to początek zrywania powojennego porządku na linii Europa-USA? Świat musi zasiąść do „okrągłego stołu” i zreformować WHO lub stworzyć nową instytucję międzynarodową o szerszych kompetencjach. W przeciwnym razie dojdzie do chaosu gospodarczego i politycznych wstrząsów, a nawet do lokalnych gorących wojen. Optuję za szybkimi dyplomatycznymi krokami ze strony UE w celu porozumienia się z partnerami UE: m.in. z Japonią, Brazylią, Meksykiem i in. Zrównoważenie gospodarek krajów UE stanie się niewątpliwie asumptem do przyszłej, optymalnej reindustrializacji oraz ustanowienia nowego globalnego rynku.

Agnes Jongerius (S&D), *schriftelijk*. – Vrienden lijken vijanden te worden. De Amerikaanse president Trump en de voorzitter van de Europese Commissie Juncker houden elkaar in een wurggreep als zij hun protectionistische handelsmaatregelen doorzetten en uitbreiden.

Wij, zowel hier in de EU als in de VS, moeten dan ook alles doen om een handelsoorlog te voorkomen. De VS en de EU moeten juist samenwerken om de echte problemen die gepaard gaan met handel aan te pakken. Ik verzet mij al jaren tegen het dumpen van staal door landen zoals China. Ik maak mij zorgen over strategische overnames door buitenlandse mogendheden. Ik pleit al tijden voor het opnemen van zowel sociale als milieunormen in handelsverdragen. Tegen de heren zou ik daarom willen zeggen: houd je hoofd koel, trek je niet terug achter de eigen dijken en werk vooral samen.

Artis Pabriks (PPE), *rakstiski*. – ASV prezidenta Donalda Trampa lēmums par tarifu piemērošanu tērauda un alumīnija importam ir ekonomiskais nacionālisms. Tā ir populistiska un nepareiza politika, kas uz kādu laiku dos Trampam atbalstu vienkāršās tautas aprindās, bet ekonomiskos jautājumus neatrisinās, vienlaikus iedzenot pamatīgu plaisu starp sabiedrotajiem. Šis lēmums nozīmē apzinātu starptautiskās tirdzniecības sistēmas vājināšanu, Pasaules Tirdzniecības Organizācijas un tās noteikumu noārdīšanu. Tas novedīs pie filozofa Tomasa Hobsa aprakstītā visu kara pret visiem. Ja Eiropai netiks piemērots izņēmums, tai būs jāatbild ar to pašu, kas vēl tālāk eskalēs situāciju pa spirāli uz augšu. Rezultātā sākotnēji politiski ieguvēji no ASV un ES saspīlējuma tirdzniecības attiecībās būs Ķīna un Krievija. Situāciju ar Ķīnas alumīnija un tērauda importu vajadzēja ASV risināt kopā ar Eiropu un tās sabiedrotajiem. Ja nepieciešams, tirdzniecības noteikumus var mainīt, bet nedrīkstam no tiem pilnībā atteikties. ES šobrīd būtu īpašas pūles jāvelta uz noteikumiem balstītas tirdzniecības stiprināšanai, piemēram, ratificējot līgumus ar Japānu un Singapūru.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Rosnące tendencje protekcyjistyczne na świecie mogą stanowić poważne zagrożenie dla naszych producentów. Żeby temu przeciwdziałać, potrzeba uporządkowania procesów globalizacyjnych i liberalizacyjnych. Droga do tego celu wiedzie przez przyjęcie pewnych zasad, reguł, dobrych praktyk na poziomie światowym.

Do niedawna forum dla przyjmowania takich zasad była Światowa Organizacja Handlu (WTO), lecz stopniowo traci ona na znaczeniu, czego przykładem jest choćby fiasko grudniowych rozmów na Konferencji Ministerialnej w Buenos Aires. Niemalą rolę w demontowaniu WTO odgrywa administracja prezydenta Trumpa. Protekcyjizm narusza zasady handlu przyjęte między partnerami. Nie użyłem tu określenia „narusza zasady wolnego rynku”, ponieważ są sytuacje, w których – za uzgodnieniem dwustronnym lub wielostronnym – przyjmuje się pewne preferencje dla niektórych uczestników wolnego rynku. Takie odejście od zasad wolnego rynku musi mieć jednak głębokie uzasadnienie.

Należałoby określić na poziomie międzynarodowym, jaka sytuacja zagrażająca interesom narodowym czy bezpieczeństwu musi wystąpić na rynku, aby wprowadzać tak ostre rozwiązania ochronne w postaci jednostronnych decyzji, bez żadnych uzgodnień, konsultacji. Przyjęła się zasada zgodna z dobrymi praktykami handlowymi, aby podejmowane działania były zawsze proporcjonalne do zaistniałej sytuacji. Jeśli ta proporcja zostaje naruszona, dochodzi wtedy do działań odwetowych drugiej strony, co stanowi właściwie początek wojny handlowej.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

5. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 10.07.)

6. Aussprache mit dem Premierminister Portugals, António Costa, über die Zukunft Europas (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione con il Primo ministro del Portogallo, António Costa, sul futuro dell'Europa (2018/2576(RSP)).

Prima di dare la parola ad António Costa, vi ricordo che è possibile richiedere il «*catch-the-eye*» usando l'apparecchio per il voto elettronico. Per introdurre la vostra richiesta inserite la carta di voto e utilizzate uno qualsiasi dei bottoni per il voto elettronico. Procedo ora all'apertura del sistema che resterà aperto durante l'intervento del primo ministro Costa.

Monsieur le Premier ministre, merci d'être ici. Comme vous le savez, le Parlement européen a décidé d'être le cœur du débat sur l'avenir de l'Europe. Voilà pourquoi nous avons invité tous les premiers ministres pour discuter avec nous. Ce ne sera donc pas une séance formelle, ce sera un vrai débat politique avec vous, et je suis heureux d'accueillir une nouvelle fois parmi nous António Costa, ancien député au Parlement européen, cette fois en tant que premier ministre. C'est un ancien collègue, il sera donc à l'aise parmi nous. Un grand merci et bon travail à vous au Portugal, pays très important pour l'Union européenne, notamment en ce qui concerne le renforcement du dialogue avec l'Afrique ou l'Amérique latine.

Soyez le bienvenu, vous êtes ici chez vous, en tant qu'ancien député de ce Parlement, et je vous donne tout de suite la parole.

António Costa, Primeiro-Ministro de Portugal – Senhor Presidente do Parlamento Europeu, Senhor Presidente da Comissão Europeia, Senhoras e Senhores Deputados, agradeço, em primeiro lugar, ao Presidente Tajani a oportunidade de me dirigir ao Parlamento Europeu para debater convosco o futuro da Europa.

É um grande prazer, para mim, regressar a esta Casa, onde servi, ainda que brevemente, como deputado e como vice-presidente, e que tanto tem contribuído, enquanto a única instituição diretamente eleita pelos cidadãos, para melhorar a transparência e a democracia na Europa.

Saúdo também a presença do Presidente da Comissão, cuja visão, pragmatismo e experiência e o seu europeísmo nos têm ajudado na busca de soluções, a superar divisões e a reforçar a nossa União.

Nos últimos anos, a União Europeia foi sacudida por uma sucessão de crises sem precedentes na sua história e que a abalaram nas suas fundações – da grande recessão económica de 2008 ao Brexit e à dramática crise dos refugiados no verão de 2016.

Vivemos agora, é verdade, um momento de apaziguamento. Podemos finalmente celebrar o regresso do crescimento económico e evitámos que o Brexit se tornasse um princípio de desagregação.

Em qualquer caso, não há razões para complacência. A União Europeia tem de estar à altura da sua responsabilidade histórica. Em Bratislava, os Estados-Membros comprometeram-se a prosseguir unidos e a tornar a União mais atrativa e merecedora da confiança e do apoio dos nossos cidadãos.

Em Bruxelas, perante este Parlamento, o Presidente Juncker apresentou, em nome da Comissão, um ambicioso Livro Branco sobre o futuro da Europa. Em Gotemburgo, proclamámos os vinte princípios do Pilar Social, e a agenda dos líderes, proposta pelo Presidente Tusk, tem permitido um debate franco e direto entre os chefes de Estado e de Governo.

A questão, hoje, é muito simples: queremos continuar a prometer muito e a cumprir pouco, ou somos capazes de honrar os compromissos que assumimos perante os nossos cidadãos? Teremos nós a coragem de fazer opções e de dotar a União dos meios e dos instrumentos para responder aos desafios com que estamos confrontados?

Talvez por Portugal ter regressado à Europa, após longos 48 anos de ditadura e treze anos de anacrónicas guerras coloniais, em África, e por termos experimentado as tensões do período revolucionário fundador da nossa democracia, Portugal sabe bem que ser europeu não é uma mera coincidência geográfica ou histórica. Mais do que uma moeda única, mais do que um mercado interno, a Europa é, sobretudo, uma comunidade de valores.

Ser europeu é pertencer a um sistema de valores. A paz, a defesa incondicional da democracia, o primado do Estado de Direito, a liberdade, a igualdade, a dignidade da pessoa humana e a solidariedade – foram estes valores que trouxeram Portugal à Europa. Foi a vontade de consolidar a democracia reconquistada e de poder partilhar um espaço comum de liberdade, de segurança, de paz e de prosperidade.

Foi com esta visão que Mário Soares subscreveu o pedido de adesão de Portugal à então CEE, logo em 1977, e assinou o tratado de adesão em 1985. Aproveito, por isso, para agradecer, mais uma vez, ao Presidente Antonio Tajani a homenagem que este Parlamento prestou a este grande europeu e seu antigo membro.

Partilhar uma casa comum, partilhar os mesmos valores não significa, obviamente, prescindir da nossa própria identidade nem renunciar à liberdade de cada um fazer as suas escolhas.

O futuro da Europa não é compatível com um pensamento único, qualquer que ele seja. A democracia na Europa não pode estar espartilhada por uma ideia de «there is no alternative». Significa, pelo contrário, acordar, entre todos, um conjunto de regras comuns de convivência e dar a cada um a liberdade de poder seguir o seu próprio caminho, de acordo com essas regras comuns e para benefício de todos.

Como numa grande família, viver a 28 ou a 27 numa mesma casa nem sempre é fácil. Por isso, são necessárias regras. Mas essas regras não servem para uniformizar as políticas. As regras servem para que os compromissos comuns possam ser alcançados através das diferentes políticas que os eleitorados escolham, democrática e soberanamente.

Em Portugal, definimos uma alternativa à política de austeridade, centrada em mais crescimento económico, mais e melhor emprego e maior igualdade. A reposição de rendimentos devolveu confiança aos agentes económicos, permitindo o maior crescimento económico desde o início do século, um crescimento sustentado no investimento privado, nas exportações e no emprego.

É verdade que fizemos diferente, mas cumprimos as regras e temos, aliás, hoje, finanças públicas mais sólidas do que tínhamos há três anos.

Sáímos, em 2017, do procedimento por défice excessivo. Tivemos, no ano passado, o défice mais baixo dos 43 anos da nossa democracia e, na semana passada, a Comissão Europeia retirou a Portugal da lista de países com desequilíbrios macroeconómicos excessivos.

(Aplausos)

Mas o mais importante de tudo é que a afirmação da soberania democrática devolveu a confiança nas instituições democráticas e na União Europeia, como mostra o último barómetro, com um claro apoio dos portugueses à União Europeia.

Não temos, por isso, qualquer crise existencial. É na União, e com todos os que o queiram, que desejamos construir o nosso futuro. E temos inúmeros desafios pela frente: as alterações climáticas, a instabilidade na nossa fronteira externa, o terrorismo, a globalização, a transição digital e as migrações. Mas temos de ter consciência de que nenhum dos grandes desafios que enfrentamos será melhor resolvido fora da União, por cada Estado-Membro isoladamente, por mais populoso ou próspero que seja.

Só a União Europeia, em conjunto, conseguirá liderar uma ação concertada à escala mundial para a aplicação do Acordo de Paris, vital para responder às alterações climáticas que ameaçam a humanidade na sua existência.

Só unidos na cooperação estruturada permanente poderemos assumir uma responsabilidade crescente, de forma solidária e em complementaridade com a NATO, face à instabilidade nas nossas fronteiras, que ameaça a paz e a nossa segurança.

Só unidos poderemos reforçar a cooperação policial, a cooperação judicial e a troca de dados entre os nossos serviços de informações para enfrentar o terrorismo, que espalha o medo nas ruas das nossas cidades.

Só a União dará força a uma política comercial capaz de contribuir para regular os mercados globais e proteger os elevados padrões sociais, ambientais e de segurança alimentar que queremos preservar, regulando a globalização, que desafia a sustentabilidade do modelo social europeu.

Só o desenvolvimento do Pilar Social e do mercado único e o investimento conjunto na sociedade do conhecimento e na transição energética nos permitem assegurar o crescimento e o emprego digno, a única resposta eficaz às angústias que a transição digital e a automação colocam sobre o futuro do trabalho.

(Aplausos.)

Só à escala europeia é possível ir à raiz do problema das migrações, que alteram o equilíbrio das nossas sociedades, agindo na promoção do crescimento inclusivo e do desenvolvimento sustentável, da paz e dos direitos humanos em África, na cooperação com os países de origem e de trânsito, acompanhando o apelo do Secretário-Geral das Nações Unidas, António Guterres, a um novo pacto global para as migrações, assim como só solidariamente entre todos poderemos assegurar a defesa da nossa fronteira externa comum contra as redes de criminalidade organizada que promovem o tráfico de seres humanos e partilhar, de modo solidário, o dever humanitário de garantirmos proteção internacional a todos quantos dela carecem.

Sim, é verdade que todos estes desafios existem e que temos de os enfrentar. Não com grandes debates institucionais ou paralisantes revisões dos tratados – o essencial é definirmos o que queremos fazer.

A arquitetura institucional é apenas um instrumento que nos permitirá a sua concretização. Inverter a ordem é contra-producente e divide-nos no acessório antes de nos unir sobre o essencial. E o tempo urge. O nosso foco tem de estar nos cidadãos, ouvindo-os e devolvendo-lhes a confiança na nossa capacidade de enfrentar e vencer cada um destes desafios.

Aquilo que distingue a política democrática do populismo é que a política democrática não explora os medos nem vive dos problemas. Pelo contrário, a política democrática responde aos problemas, combate o medo e as angústias e devolve esperança ao futuro de todos os cidadãos.

A globalização não se enfrenta fechando fronteiras ou erigindo muros, retrocedendo numa lógica protecionista ou numa deriva xenófoba. Devemos deixar claro que estas não são nem nunca serão as opções da Europa. A União Europeia só terá a ganhar se continuar a projetar a visão de uma Europa aberta ao mundo, do Japão ao Mercosul.

O que a globalização nos exige é que sejamos capazes de investir nas qualificações, na inovação e nas infraestruturas que nos inserem nas redes globais, e só uma sociedade coesa – económica, social e territorialmente – garante uma competitividade sustentada.

É nossa responsabilidade política responder aos anseios legítimos dos cidadãos europeus, mas só o conseguiremos fazer se soubermos construir uma verdadeira União, mais coesa económica, social e politicamente. Para que isso seja possível, há duas prioridades muito claras: concluir a União Económica e Monetária – o projeto mais ambicioso que já conseguimos pôr em prática – e dotarmos a União de recursos à medida das suas responsabilidades e dos desafios que temos de enfrentar.

Senhoras e Senhores Deputados, a convergência é a chave para a união na Europa. Só ela poderá garantir a necessária estabilidade da zona euro, assegurando a redução dos riscos e a partilha dos benefícios.

A crise financeira que vivemos expôs as fragilidades da moeda única. Confrontados com uma emergência, evitámos, em grande parte por ação esclarecida do Banco Central Europeu, a desagregação que chegou a ameaçar-nos e criámos, com o plano Juncker, um novo instrumento de apoio ao investimento, que, com o contributo deste Parlamento, viria mesmo a ser reforçado.

Contudo, mesmo com estes avanços, as fragilidades estruturais da zona euro permanecem por resolver. As assimetrias e os desequilíbrios entre os seus membros reduzem o crescimento potencial e põem em causa a estabilidade da moeda única.

Enquanto a União Económica e Monetária se mantiver incompleta, serão maiores os riscos de novas crises. Precisamos de aproveitar este momento de crescimento e de otimismo nos mercados para dar um novo impulso à União Económica e Monetária, que reforce a convergência e previna novas crises.

(Aplausos.)

A União Económica e Monetária nunca poderá funcionar satisfatoriamente apoiada apenas no seu pilar monetário. Por economia de tempo, não vou desenvolver, aqui, os temas da União Bancária, que iniciámos e que importa concluirmos, da necessidade de clarificarmos regras orçamentais obscuras ou da evolução do Mecanismo Europeu de Estabilidade. Centrar-me-ei no que julgo essencial para otimizar a zona euro como união monetária, corrigindo as assimetrias e reforçando a convergência.

Qualquer união monetária madura dispõe de uma capacidade orçamental, e é nesse sentido que venho defendendo a criação de uma capacidade orçamental própria da zona euro, articulada com o exercício do Semestre Europeu. Esta capacidade orçamental poderá servir como instrumento de estabilização contra choques externos, mas o seu objetivo primordial deve ser o investimento, dotando as recomendações específicas por país, consolidadas nos programas nacionais de reformas, de instrumentos financeiros para a sua implementação.

Não se trata de estabelecer uma união de transferências nem mecanismos de financiamento às ineficiências nacionais. Quero ser claro: não defendo transferências permanentes.

O mecanismo de convergência que proponho, de alguma forma próximo do instrumento para as reformas referido recentemente pela Comissão, deverá assentar numa base contratual, de forma a executar reformas desenhadas à medida de cada país, em função dos seus próprios bloqueios estruturais, que permitam melhorar o seu potencial de crescimento, com metas quantificadas e calendarizadas, cujo cumprimento condicione a transferência faseada das tranches de financiamento. Por exemplo, olhando para o «country report» de Portugal, a nossa prioridade deve ser o investimento na educação, na formação ao longo da vida, na investigação e no desenvolvimento e na inovação, fixando métricas de sucesso e calendários de concretização.

O apoio à convergência é a medida certa para responsabilizar cada Estado-Membro pela realização das reformas de que necessita. É o melhor instrumento para garantir a estabilidade da zona euro e combinar o crescimento económico com a disciplina orçamental.

Trata-se de criar incentivos às reformas, uma condicionalidade positiva e não uma condicionalidade punitiva. É que não podemos continuar a olhar para a zona euro como um conjunto de economias que competem entre si e depois com o resto do mundo. Temos de tratar a zona euro como um espaço integrado, cuja prosperidade e coesão beneficiam todos os seus membros, em que o valor agregado do conjunto depende do sucesso de todos e de cada um.

(Aplausos.)

A estabilização duradoura e sustentável da zona euro é a primeira condição para podermos construir o futuro da Europa em bases sólidas. A segunda condição é dotarmos a União de um orçamento à medida das suas exigências e das suas ambições.

No seu recente relatório sobre o próximo quadro financeiro plurianual, o Parlamento Europeu defendeu que só será possível concretizar mais políticas e mais programas europeus com mais recursos e não com menos. Acompanhamos este Parlamento e partimos para este novo ciclo de negociações sobre o quadro financeiro plurianual com uma posição clara.

Temos de reforçar os recursos próprios da União e é necessário um aumento das contribuições de todos os Estados-Membros. Portugal está disponível para aumentar a sua contribuição e apoia a criação de novos recursos próprios, como proposto no relatório Mário Monti, objeto de sugestões múltiplas.

Só assim podemos honrar o compromisso que assumimos para com os cidadãos de garantir maior segurança face às alterações climáticas, às ameaças externas e ao terrorismo, e o futuro do nosso modelo social, do emprego e da gestão das migrações, sem sacrificar políticas que são já parte da identidade da União Europeia, como a política agrícola comum ou a política de coesão.

Seria um grave erro sacrificar estas políticas. O sucesso da política agrícola comum não se reduz à garantia da segurança alimentar da Europa, assim como o sucesso da política de coesão não se limita ao contributo que tem dado para a modernização económica e social dos nossos territórios. A sua maior mais-valia foi ter trazido a União Europeia para o dia-a-dia dos seus cidadãos, foi ter deixado que a Europa deixe de ser uma abstração para ser algo concreto na vida das pessoas. Com a política agrícola e a política de coesão, a Europa chegou a cada aldeia, a cada vila, a cada parcela do nosso território, das grandes metrópoles às regiões ultraperiféricas.

Temos de falar verdade aos nossos cidadãos. Não podemos querer mais da Europa sem darmos mais à Europa. Não podemos atribuir mais responsabilidades à Europa sem aumentarmos as nossas contribuições e os seus recursos próprios.

Mas não podemos, obviamente, simplesmente querer mais, sempre mais, mais e mais. Temos também de ser capazes de fazer diferente e fazer melhor, explorando a indispensável complementaridade de políticas e de instrumentos e melhorando a sua eficiência.

Desde logo, entre competitividade e coesão, não há mais lugar para uma Europa da produtividade e uma Europa da coesão. Precisamos de uma economia mais competitiva no mercado global e de uma sociedade mais coesa internamente. Mas também devemos ter a consciência de que a política agrícola tem de dar um contributo acrescido para enfrentarmos as alterações climáticas e a política de coesão tem de contribuir para a prevenção da radicalização nas periferias urbanas e tem de se centrar mais nas pessoas como instrumento do nosso pilar social.

Do mesmo modo, o objetivo da coesão não pode estar ausente de programas como o Horizonte 2020 ou do Fundo Europeu de Defesa, que não devem agravar as assimetrias entre as nossas economias. Só numa complementaridade do conjunto destas políticas poderemos ter mais convergência. É por isso que a convergência deve ser o critério do valor acrescentado, que deve estar transversalmente presente em todas as políticas e instrumentos, que se devem complementar, reforçando o potencial do sucesso agregado.

Senhor Presidente, Senhoras e Senhores Deputados, todos temos noção da dificuldade destes debates, quer sobre a conclusão da União Económica e Monetária quer sobre a adoção do próximo Quadro Financeiro Plurianual. Mas nada do que hoje é difícil ganha em ser adiado.

Pelo contrário, adiar tornará tudo ainda mais difícil, porque diminuirá a confiança que os cidadãos depositam na nossa capacidade de tomar decisões e de respondermos às suas necessidades, anseios e aspirações.

Por isso, devemos fazer tudo, mas mesmo tudo, para fechar estes debates durante o atual mandato do atual Parlamento Europeu.

(Aplausos.)

Esta é uma responsabilidade de todos. Temos de estar à altura do nosso tempo. Falo, naturalmente, por Portugal. Podem contar connosco. Mais uma vez, como sempre, Portugal também conta com a Europa, e a Europa pode contar com Portugal. Os desafios que temos pela frente são muito exigentes, mas, sempre que duvidarmos da nossa capacidade de unidos os vencermos, recordemos e inspiremo-nos numa grande mulher, Simone Veil, a primeira Presidente do Parlamento Europeu diretamente eleito pelos cidadãos: «Je suis, je reste toujours optimiste. La vie m'a appris qu'avec le temps, le progrès l'emporte toujours. C'est long, c'est lent, mais en définitif, je fais confiance.»

(Aplausos.)

Jean-Claude Juncker, *Président de la Commission*. – Monsieur le Président, Monsieur le Premier ministre, Mesdames et Messieurs les députés, je suis, en effet, très heureux de participer à ce troisième débat sur l'avenir de l'Europe en présence et sous l'animation du Premier ministre portugais, mon ami António.

J'étais au Portugal à la fin du mois d'octobre de l'année dernière et j'avais alors eu le grand honneur d'être invité par le président de la République portugaise et de procéder à un échange de vues avec les membres du conseil d'État sur le même thème, celui de l'avenir de l'Europe. J'ai aussi eu le privilège de dialoguer avec le Premier ministre et dans le cadre d'un dialogue citoyen avec les citoyens étudiants de Coimbra sur les grands enjeux européens et sur leurs espoirs pour l'avenir de l'Union. C'est dire combien ce sujet occupe, et à juste titre, les esprits de nos amis portugais et non seulement de leurs dirigeants politiques, mais je crois pouvoir dire aussi d'une grande partie de la société portugaise. Le Portugal est un pays que j'aime beaucoup, j'y ai passé l'un des moments les plus importants de ma vie. Les Portugais sont très présents dans mon pays d'origine, le Luxembourg: 20 % de la population luxembourgeoise est d'origine portugaise.

Tous mes voisins ou presque sont portugais. C'est une joie de chaque jour de les entendre parler portugais.

Anecdote: très souvent, lorsque j'étais Premier ministre dans mon pays, nos amis portugais m'arrêtaient dans les rues et sur les trottoirs pour me dire: «M. le Premier ministre, il y a trop d'étrangers au Luxembourg», ce qui prouve à l'évidence que l'intégration des citoyens portugais au Luxembourg est très réussie.

(Rires)

En outre, je ne saurais oublier que c'est le peuple portugais qui, en avril 1974, a mis fin quasiment à un demi-siècle d'oppression et de dictature, ouvrant ainsi une voie pacifique vers la démocratie. Événement qui a suscité soulagement et espoir sur tout notre continent.

Deuxième anecdote: jeune homme, j'ai participé à des manifestations devant le consulat portugais. Vers la fin de la dictature dans votre pays, jusqu'à ce jour, la police grand-ducale enquête sur l'affaire suivante: quelqu'un a jeté une pierre sur l'une des fenêtres du consulat général, la police n'a pas trouvé le responsable: il est devant vous.

(Rires)

Le Portugal, après la révolution des œillets, s'est immédiatement et logiquement tourné vers l'Europe, sous la conduite inspirée de Mário Soares pour ancrer sa jeune démocratie dans un ensemble solidaire. Nous partageons les mêmes ambitions, la paix – qu'on oublie trop souvent et sans laquelle rien d'autre ne serait possible – et le respect de l'état de droit et des droits fondamentaux. Ce sont des valeurs à vocation universelle sur lesquelles notre Union a été bâtie et c'est sur la préservation de ces valeurs que nous devons bâtir l'avenir de notre Union, car n'oublions jamais qu'aucune de ces valeurs, paix, démocratie, état de droit n'est une évidence. Il faut constamment les défendre et je sais que nous pouvons compter sur nos amis portugais qui ont toujours montré qu'ils savent donner vie et couleur à nos valeurs communes et notamment à la solidarité européenne. L'accueil que réservent les Portugais et le gouvernement portugais aux réfugiés le démontre très clairement. Le Portugal, faisant plus que sa part, a relocalisé beaucoup de réfugiés venant de Grèce et d'Italie, ce qui pour le reste constitue un exemple dont certains devraient s'inspirer.

(Applaudissements)

Ces dernières années, le Portugal a été particulièrement éprouvé par la crise économique et financière et je suis heureux de voir que le Portugal affiche aujourd'hui de bons résultats économiques. Le Portugal est sorti l'année dernière de la procédure de déficit excessif et la semaine dernière, la Commission a conclu que les déséquilibres macroéconomiques ne sont plus excessifs. Qui l'aurait cru, il y a quelques années? Qui l'aurait cru? La vérité est que le pays est passé d'un niveau de déficit de 10 à 11 % à un niveau de moins de 2 %. Le chômage est en train de se corriger vers le bas et le taux d'emploi augmente considérablement de jour en jour. La vérité est que ces progrès ont exigé des Portugais tout au long de ces douloureuses années des efforts considérables que les autres Européens ne mesurent pas toujours à leur juste valeur. C'est une belle performance collective qui fait honneur à chaque Portugais. Je voudrais donc rendre hommage ici aux Portugais, à ceux qui ont dirigé le pays tout au long des années de crise et qui l'ont mené vers la correction des déséquilibres et surtout au peuple portugais, surtout aux plus modestes.

(Applaudissements)

Surtout aux plus modestes des Portugais qui ont contribué avec un courage admirable et avec un succès certain à ce grand effort national. Je voudrais aussi souligner que ces résultats remarquables donnent tort à ceux qui avaient reproché à la Commission européenne d'appliquer le pacte de stabilité avec plus de sagesse, voire d'intelligence et de cœur en lui octroyant une grille de lecture prenant en compte les défis sociaux nombreux au Portugal. La situation s'est améliorée, mais évidemment il reste des choses à faire. Il s'agit maintenant de consolider les efforts obtenus afin de fermer définitivement la page sur ces années sombres et se tourner résolument vers l'avenir. Oui, le Portugal connaît encore des déséquilibres, mais qui sont, à mes yeux, maîtrisables. Une plus grande croissance de la productivité reste essentielle à l'amélioration de la compétitivité et de la réduction de la dette. Le Portugal sait qu'il peut compter sur la Commission et sur notre programme d'appui à la réforme structurelle pour mener à bien ses réformes nécessaires. Je travaille notamment avec le Premier ministre à la définition d'un projet pilote visant à améliorer les qualifications et compétences des adultes ayant un faible niveau de formation. Et j'ai confiance dans la détermination des autorités portugaises, des forces politiques responsables en vue de corriger les faiblesses structurelles qui restent et qui peuvent encore freiner le plein développement économique du pays. Ce sont là des questions dont j'ai toujours discuté franchement, ouvertement,

amicalement avec le Premier ministre et je compte continuer cet effort parfois difficile mais toujours franc, amical et ouvert parce que j'ai toujours pensé qu'on ne construit pas l'avenir de l'Europe en humiliant les pays, en ne respectant pas la dignité des peuples. J'ai voulu, dans le cas du Portugal, comme dans d'autres cas, remplacer la sanction anticipative par le dialogue constant qui d'ailleurs mène, comme le prouve le cas du Portugal, à de meilleurs résultats.

(Applaudissements)

L'intervention du Premier ministre devant cette assemblée a démontré que nous partageons, pour ce qui est de l'Europe, le même rêve, le même amour et que nous pensons tous que l'Union européenne reste le meilleur avenir pour nous-mêmes et pour les générations à venir. Il conviendra donc, dans les mois qui viennent, que nous complétions ensemble le travail commencé ces dernières années sur l'union de l'énergie, l'union numérique – le Premier ministre en a parlé –, l'union des marchés de capitaux et évidemment sur l'approfondissement de la zone économique et monétaire, sujet sur lequel nous avons, à la Commission, une large intersection de vues avec nos amis portugais. Cela est vrai, notamment, pour ce qui est de la nécessité de mettre en place de nouveaux instruments pour assurer la stabilité, la résilience de la zone euro et pour renforcer sa convergence interne. La Commission a fait à ce sujet des propositions très précises, y compris un nouvel instrument d'appui aux réformes nationales et un mécanisme de stabilisation qui nous permet de faire face à des chocs asymétriques majeurs car il sera, Mesdames et Messieurs les députés, de notre devoir de donner aux prochaines perspectives financières des moyens qui soient à la hauteur de nos ambitions. Comme l'a souligné António, nous avons beaucoup de responsabilités, anciennes ou, nouvelles, que ce soit en matière d'immigration, de politique de défense, de recherche, d'innovation ou d'éducation. Je crois savoir qu'au Portugal, le budget national représente 43 % du revenu national brut et la part de celui de l'Union européenne s'élève à 1 %, ce qui veut dire que sur 100 euros, 43 euros vont au ministère des finances à Lisbonne, dont un euro seulement pour l'Europe. Je salue la volonté affirmée, réaffirmée aujourd'hui, du Premier ministre d'augmenter la contribution portugaise au budget européen pour que nous puissions être à la hauteur de nos responsabilités. Voilà encore un exemple portugais à suivre par – je l'espère – beaucoup d'autres. Mais nous savons que des choix souvent difficiles restent à faire. L'Europe que nous léguerons à nos enfants dépendra de ces choix. À nous de décider maintenant de l'Europe que nous voulons pour demain. Laissez-moi prendre un seul exemple: celui du programme pour la recherche et l'innovation «Horizon 2020», ce qui n'est pas tout à fait innocent puisque le commissaire Carlos Moedas qui a la chance et le bonheur d'avoir la nationalité portugaise et qui est fier d'être commissaire, en a la charge et il fait un travail – je voulais le dire – absolument remarquable. Mais c'est aussi un programme clé pour la croissance et le développement des entreprises européennes.

(Applaudissements)

Nous consacrons, Mesdames, Messieurs, actuellement 80 millions d'euros à ce programme – celui dont je viens de parler. Si nous décidions de faire passer ce montant à 120 millions dans le prochain cadre financier, cela permettrait d'ici 2040, de créer 420 000 emplois supplémentaires et d'accroître le PIB de 0,3 %. Si nous allions – je rêve – jusqu'à 160 millions, cela se traduirait par la création de 650 000 emplois d'ici 2040 et par un accroissement du PIB de 0,5 %. Si nous le faisons – en fait, je crois que nous devrions le faire –, l'Union européenne deviendra l'un des principaux acteurs mondiaux dans le domaine de la recherche et de l'innovation.

Enfin, nul besoin de dire que les mois qui viennent seront cruciaux pour l'avenir de l'Europe. Ce sont sur les faits et non sur les paroles que nous serons jugés, et le Portugal qui, depuis son adhésion et même avant, a été de toutes les avancées européennes, a largement démontré qu'il respecte ce qu'il dit, quelles que soient les difficultés et elles furent grandes. L'avenir de l'Europe passe aussi par le Portugal.

(Vifs applaudissements)

Presidente. – Ora inizia il dibattito con i presidenti rappresentanti in nome dei gruppi politici, vi prego di rispettare il tempo a voi assegnato per permettere al maggior numero possibile di deputati di poter intervenire in questo dibattito e permettere poi ad António Costa di dare risposte. Gli argomenti in discussione sono tanti e sono lieto che abbia sostenuto la posizione del Parlamento europeo sulle risorse proprie; noi abbiamo fatto alcune proposte, la web tax, la tassa sulle speculazioni finanziarie e la tassa ambientale.

La parola subito a Manfred Weber a nome del gruppo del Partito popolare europeo.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Meine Herren Präsidenten! Sehr geehrter Herr Premierminister, willkommen im Europäischen Parlament! Weil der Präsident darauf hingewiesen hat, dass die Themenfülle so groß ist, werden auch wir uns in den Reden immer konzentrieren. Beim letzten Mal, als Andrej Plenković da war, der kroatische Kollege, sprach ich im Namen der EVP-Fraktion über die christlichen Werte dieses Kontinents. Heute möchte ich über einen anderen Sachverhalt auf diesem Kontinent sprechen, nämlich über das Gefühl der Angst der Menschen auf diesem Kontinent, die Verlustängste, die da sind, Richtung Migration, Globalisierung, Klimawandel, die Veränderungen, vor denen die Menschen stehen. Europa steht inmitten einer Debatte zwischen Hoffnung und Angst, zwischen Partnerschaft und Egoismus, zwischen Europa und Nationalismus. Es ist die Debatte, die wir auf diesem Kontinent haben.

Die Geschichte Portugals gibt uns eigentlich eine gute Indikation. Vor 500 Jahren, als die Chinesen ihre Flotte verbrannt und sich eingekerkelt haben, sind Portugiesen wie Vasco da Gama in die Welt hinaus aufgebrochen, haben die Indien-Route entdeckt und haben jahrhundertlang davon profitiert. Ihr Land hat davon jahrhundertlang profitiert. Auch in der kurzen Zeit der Geschichte der letzten Jahre hat Portugal bewiesen, dass Aufbruch, dass Gestalten, dass Brückenbauen der richtige Weg in der Finanzkrise ist. Es wurde bereits von Jean-Claude Juncker angesprochen, ob Portugal die richtigen Antworten gegeben hat. Ich möchte ausdrücklich einen Namen nennen, der das mit gestaltet hat nämlich Ihr Vorgänger, Pedro Passos Coelho, der maßgeblich dazu beigetragen hat, dass Portugal heute auf diesen Weg gekommen ist und diese ökonomischen Daten hat, dass Wirtschaftswachstum da ist. Dass Portugal auf diesem Erfolgsweg ist, ist ein gemeinsamer Erfolg, und deswegen Gratulation dazu! Die Segel richtig zu setzen, das ist die Aufgabe.

Wenn wir nochmal auf diese Frage der Angst zurückkommen, dann schaue ich mal in der Geschichte des Kontinents zurück, wie wir mit den großen Angstfragen der Menschen umgegangen sind. Mit der Frage, Armut zu haben, mit der Frage, im Alter arm zu werden, mit der Frage, die Krankheit nicht abgesichert zu haben. Wir haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor 150 Jahren die Idee der sozialen Marktwirtschaft entwickelt, dass der Staat sich darum kümmert, die Ängste der Menschen aufzunehmen. Ich glaube, wir sind heute in der Pflicht, neu darüber nachzudenken, wie wir denn diese soziale Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt, in einer europäischen Welt, neu verwirklichen können. Wir glauben an die Sozialpartner. Wir erleben allerdings, dass die Konzerne europäisch aufgestellt sind und die Gewerkschaften leider Gottes noch nicht europäisch organisiert sind, um wirklich ein Gegengewicht zu bilden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stellen im europäischen Budget über 86 Milliarden Euro für den Sozialfonds zur Verfügung, für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Für uns als EVP heißt Sozialpolitik nicht in erster Linie versorgen, sondern ermöglichen. Deswegen ist es richtig, dass wir die Gelder Richtung Bildung investieren, Richtung Ausbildung, Qualifizierung – übrigens nicht nur für die jungen Leute sondern auch für die 50+, für die ältere Generation, die es oft schwer hat auf den Arbeitsmärkten, für Behinderte, für all die Menschen, die Unterstützung brauchen.

Moderne Sozialpolitik ist auch moderne Steuerpolitik, wenn Handwerker ihre Rechnungen zahlen, ihre Steuern zahlen und die Großkonzerne sich raushalten. Herr Premierminister, da ist das Problem der Einstimmigkeit bei der Steuerpolitik im Rat eines der großen Probleme, eine der großen Aufgaben. Dass wir Sozialpolitik neu begreifen, bedeutet mehr gemeinsame Gesetzgebung in der Steuerpolitik.

Fast 9 % der Arbeiter in Europa haben derzeit nicht genug zum Leben, fallen unter das Armutsrisiko – Menschen, die in die Arbeit gehen. Deswegen muss jeder Arbeiter von dem, was er verdient, auch in Würde leben können. Und deswegen müssen entweder die Sozialpartner oder der Staat, wenn es notwendig ist, für den entsprechenden Rahmen sorgen.

Lassen Sie mich zu guter Letzt sagen: Die größte soziale Frage für uns Europäer ist vielleicht nicht mal die interne europäische Frage, sondern die globale Frage. Papst Franziskus hat einmal in einer seiner ersten Enzykliken geschrieben, diese Wirtschaft, die wir heute haben, tötet. Eine sehr starke Anklage an das, was wir derzeit als Wirtschaftssystem haben. Deswegen müssen wir Europäer, wenn wir in die Zukunft gehen, überlegen, wie diese Wirtschaft, wie dieses Wirtschaftsmodell weiterentwickelt wird. Ich würde mich dafür aussprechen, dass wir bei Handelsfragen zukünftig nicht nur über Tarife oder über Zölle reden, sondern dass wir bei Handelsverträgen auch über soziale Mindeststandards reden. Wenn wir es gewährleisten können, dass in europäischen Supermärkten kein Produkt mehr verkauft wird, für das Kinder arbeiten mussten, dann wäre es eine große Sache für Europa.

(Beifall)

Maria João Rodrigues, em nome do Grupo S&D. – Senhor Presidente, o nosso caloroso bem-vindo ao Primeiro-Ministro de Portugal: um primeiro-ministro com uma longa carreira europeia, na realidade um líder europeu, que, com o seu discurso, acaba de nos provar duas coisas: primeiro, que tem sido possível, em Portugal, mostrar que há uma alternativa progressista, centrada na resposta aos cidadãos, àquilo que pretendem e àquilo a que eles aspiram. Mas, com o seu discurso, também provou que tem uma visão ambiciosa e progressista para a nova fase do projeto europeu. Por isso, bem-vindo, em nome do Grupo S&D, o único grupo do Parlamento Europeu que incorpora delegações dos 28 - Estados-Membros.

In fact, the European Union is confronted with new challenges. In this polarised world we are surrounded by nationalistic tones, and we need to make sure that the European Union is asserting itself as a beacon of international cooperation and of a progressive agenda. We need European-scale action to respond to climate change, to set new trade agreements, to make sure that we respond properly to the digital revolution and to the migration and refugee crises. For this, yes, we need a European scale. But in order to respond properly, we need to ensure the unity of European citizens, and this unity can only be based on implementing the European Social Pillar in such a way that children, young people, women and men can comply with their new needs. What is happening with the Social Pillar is that, if you really want to implement it, we need also to count on a powerful social-fairness package, which was presented yesterday by the Commission. But we really want to implement it.

But this is not enough, because if we want to sustain the welfare system, we also need to push for investment turned to the future, creating more and better jobs. And let me come with a powerful truth: this will only happen if we have the proper means, and the proper means will be (and you have referred to this) to have a budget turned to the future, to have a eurozone coming back to convergence, and financing this with new resources. The new resources should be based on tax fairness. We, the S&D Group, want to go to these new sources of taxation, and they must be based on whatever is producing added value and is not benefiting the European Union as a whole. This is the case with large-scale companies, the digital economy, financial transactions.

So this is our expectation. Today in Parliament we will vote on the Parliament position on the European budget for the future, and we are pleased to count on clear support from the Portuguese Government. But let me tell you, since we know that Europe needs to connect with European citizens: we intend to launch a large-scale debate across Europe at all levels – local, national and European – to connect with citizens, to come with our proposals and to listen to them. We, the S&D Group, will deploy our instruments to provide these large debates, because we have a democratic deficit, and a democratic deficit can only be reduced with large debates and delivering in the direction of what citizens really need.

Ulrike Trebesius, im Namen der ECR-Fraktion. – Herr Präsident! Herr Premierminister Costa, ich habe heute gelernt, dass wir uns einig darin sind, dass die EU und das Euro-System aktuell nicht besonders gut funktionieren. Aber ich fürchte, hier enden unsere Gemeinsamkeiten auch schon. Während die große Koalition der Pro-Europäer hier Zentralisierung, gemeinsame Kassen und am Ende den EU-Superstaat möchte, halte ich diesen Weg für falsch. Zentralisierung beschädigt Eigenverantwortung und Kreativität.

Europa braucht Eigenverantwortung und Kreativität, nicht nur an den Gütermärkten. Leider sehen wir, dass die marktwirtschaftlichen Akteure durch immer mehr Regulierungen belastet werden und gleichzeitig immer mehr staatliche Industriepolitik aus Brüssel betrieben wird.

Europa braucht auch politischen Wettbewerb. Deswegen ist der Brexit nicht nur eine Bedrohung. Er ist auch eine Chance, weil die Briten kreativ werden müssen, um ihre Probleme zu lösen. Diese Kreativität kann ein positives Beispiel für uns sein und damit uns allen nutzen.

Es ist wichtig, dass die Schweiz, die im Herzen Europas sitzt und kein Mitglied dieser EU ist, unseren Bürgern jeden Tag zeigt, dass man ohne EU und ohne Euro außerordentlich gute wirtschaftliche Ergebnisse erzielen kann.

Für uns in Deutschland ist die Schweiz inzwischen sogar wichtig, weil dort deutschsprachige Medien sind, die sich nicht der bei uns im Lande allgegenwärtigen politischen Korrektheit unterworfen haben und die ein anderes Bild der Realität zeichnen. Alternative Fakten sind vielleicht verbal eine Erfindung aus den USA, aber wir müssen sie schon lange in unseren Ländern ertragen, beispielsweise beim Thema Euro oder eben auch beim Thema Migration. Es ist gut, wenn wir viele unterschiedliche Stimmen in Europa behalten, die auch den medialen Wettbewerb gegen die Übermacht der Staatsmedien erhalten.

Wie Sie hören, habe ich drei Mal über Wettbewerb gesprochen. Über Wettbewerb auf den Gütermärkten, wo Europa zu wenig innovativ ist. Über Wettbewerb um bessere politische Lösungen, wo Gleichmacherei aus Brüssel die Eigenverantwortung und die Kreativität überdeckt. Und über Wettbewerb um bessere Informationen und Medien, wo immer noch zu viele Journalisten sich dem herrschenden Mainstream anpassen.

Die sogenannten Pro-Europäer, die unserem Kontinent mehr schaden als ihnen vielleicht bewusst ist, geraten jedoch zunehmend unter Druck, wie die Wahlen in vielen Ländern in den letzten Monaten gezeigt haben. Und wir sind sehr froh, dass sich in der EU unter der Führung der Niederlande, Dänemarks, Finnlands, Irlands, Schwedens und der drei baltischen Staaten Widerstand gegen diese Zentralisierung formiert. Das macht mir wirklich Mut.

Herr Premierminister Costa! Ich bin und war und werde immer eine unverbesserliche Optimistin sein. Und ich werde optimistisch sein, dass sich am Ende die Vernunft durchsetzen wird.

Guy Verhofstadt, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, last week, Prime Minister, it was in China, President Xi Jinping crowned himself emperor for life of that enormous continent. Also last week, it was Donald Trump who started an old-fashioned, but, I think, dangerous trade war. And also last week, Vladimir Putin gets away with murders of former Russian spies on European soil. I should say: welcome back to the future. Welcome to the new world order, a world order based on empires and no longer on nation states, on the 196 nation states we count.

It is clear that, in such a world older, we have to look to one thing if we want to talk about a reform of Europe. What is our interest? How can we defend our interests in this new world order? And how can we defend also our security? Because in the future we will only count on ourselves in this new world order.

In such a new world order, the key question is: are we ready now with the European Union? My answer to this is: no! We are not ready for the moment, and I give always the example of how the Americans reacted to the financial crisis, Prime Minister, and how we reacted to the financial crisis in 2008. They, in nine months, Democrats and Republicans, decided a three-stage rocket: cleaning up the banks – 400 billion TARP; an investment programme three times bigger than ours – 900 billion (they are the capitalists and we are the so-called Keynesians, but the opposite is true); and at the same time, a quantitative easing programme of 1.2 trillion. And we, after nine years, are still discussing the banking union inside the European Union. And we have still not cleaned up all our banks in Europe. And that's not the only example; the example is also valuable for other fields.

The real problem we have is that we are still not a real Union as our founding fathers wanted. We are still a confederation of nation states that is based on the unanimity rule. So what we need as reform – and you have indicated in a lot of your interventions – are three things. First of all, a European Defence Community. We are alone in the world of tomorrow, so we need to do that homework. We are spending 40% of American military expenditure and we are only capable of doing 10% of the operations of the American army. So there is a field where we need absolutely to create that community as fast as possible.

My second point – you have indicated it and I agree completely with you: the new euro governance, a euro budget, a fiscal capacity. It is completely ridiculous to have a single currency and not behind that single currency a fiscal capacity and a full authority. It is not only with the Stability and Growth Pact that we can do the business.

Finally, and that's my third point (and here I'm in disagreement a little bit with you and with the tone of your intervention): we need also institutional reform, a renewed European democracy. We need, for example, a European Parliament that is not only responsible for the expenditure but also for the income, as in any normal European democracy. We need also, in my opinion (as I said already to President Juncker) not a Commission of 28. Let's bring it back to a real European government of 12 or 15 people. And we need to get rid of the unanimity rule.

Let's be honest, also in matters of foreign policy. I give the example now of what is happening in Britain: this attack on European, on British soil. We have still no opinion of the European Union. Ms Mogherini is completely silent about it. Why? Because she needs, for example, 28 agreements before she can take a position on such a crucial issue.

I think it's time that we did this reform now. Why, Mr Prime Minister? We have a window of opportunity of two years to do so. After Brexit there was No Nexit, No Frexit, No Dexit, fortunately. But it's not won. There could be a Frexit, a Dexit and a Nexit if, in the coming two years, we don't succeed. And that's your responsibility, and that's our responsibility, and that's in fact our common responsibility. So let's do it now, in the coming two years.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Premier ministre, quand vous êtes arrivé à la tête du gouvernement portugais en 2015, le plus dur de la crise était derrière le dos, mais votre pays était encore loin d'être sorti de la zone de tempête. Vous avez fait la démonstration, d'une part, que les partis de droite n'ont pas le monopole de la gestion responsable des finances publiques et, d'autre part, que cette gestion responsable n'était pas nécessairement antinomique avec un progrès vers plus de justice sociale. En témoignent les mesures prises en faveur des petits revenus et la revalorisation des services publics. Ne serait-ce que pour cela, vous méritez tous nos encouragements.

De même, nous partageons votre ambition résolue en faveur du projet européen, seul moyen – comme vous l'avez dit – pour les Européens de faire face aux défis de ce siècle.

Si l'Union européenne veut retrouver un soutien franc et massif de ses citoyens, elle doit résolument changer de cap et tourner le dos – et vous l'avez fait – à l'obsession austéritaire pour mettre le paquet sur l'investissement. Mais attention, pas n'importe quel investissement: tous les investissements qui favorisent la possibilité pour chacune et chacun de mener une vie digne en respectant les limites physiques et biologiques que la nature nous impose.

De ce point de vue, Monsieur le Premier ministre, on ne peut pas dire que le Portugal fasse, à ce stade, figure de leader de la transition écologique. J'en veux pour preuve la prospection pétrolière au large de vos côtes ou les méthodes de pêche intensive à la sardine. Nous sommes convaincus qu'il est crucial pour l'Europe d'être à la pointe de la transition écologique de l'économie, non seulement pour répondre aux impératifs climatiques, mais pour devenir un fournisseur de solutions au reste du monde.

Ces investissements doivent procéder à la fois du secteur privé, bien sûr, mais aussi du secteur public, y compris au niveau européen. Là aussi, nous partageons votre ambition pour un budget européen robuste et ambitieux, alimenté notamment par des ressources propres. Vous parlez de taxation sur les plateformes numériques, vous parlez aussi de toutes les formes de taxation de la pollution, et la taxe sur les transactions financières appartient d'ailleurs à cette catégorie.

Permettez-moi de conclure par un bémol: je n'ai jamais compris comment votre coalition s'est rangée spontanément en soutien d'un traité commercial comme le CETA. Ce type de traités commerciaux d'inspiration néolibérale va à l'encontre totale des politiques de justice sociale que vous menez dans ce pays. Si tous les sociaux-démocrates de cette Assemblée avaient voté contre, le CETA serait aujourd'hui mort et enterré.

Tania González Peñas, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, señor Costa, Portugal es hoy un faro de esperanza para quienes soñamos con otra Europa, con una Europa verdaderamente social, y los logros de las fuerzas progresistas portuguesas están ahí para quien quiera verlos.

Tras revertir parte de las medidas impuestas por la troika, Portugal no solo crece a buen ritmo, sino que, además, lo hace reduciendo el desempleo y la desigualdad. Portugal es la prueba palpable de que las políticas de austeridad agravaron la crisis económica de 2008, en lugar de aliviarla.

Desde España, miramos con envidia el pacto suscrito en Portugal entre el Partido Socialista y las fuerzas progresistas, y nos preguntamos por qué los socialistas en España han preferido otras vías, dejando gobernar al Partido Popular en lugar de entenderse con las fuerzas del cambio. Sin embargo, señor Costa, no perdemos la esperanza y confiamos en que, más pronto que tarde, se despejen los obstáculos que impiden que sigamos el mismo camino que ustedes.

La recuperación económica del sur de Europa necesita una Unión Europea diferente —como decía— a la altura de sus responsabilidades, más preocupada por el bienestar de sus pueblos y menos por las ganancias de las grandes entidades financieras. Cuando asistimos al proceso de integración europea, Europa era sinónimo de bienestar y de prosperidad. Hoy, tras la aplicación de las políticas de austeridad y los recortes sociales, esa percepción ha cambiado mucho.

Tres grandes reformas pueden ser los pilares para construir una Unión que ponga en el centro de su actividad la igualdad y la seguridad de nuestras poblaciones: una tasa para las transacciones financieras, la reestructuración de la deuda de los países del Sur y la transformación del Banco Central Europeo en una institución al servicio de la economía real.

No le quepa duda de que una península ibérica gobernada por las fuerzas progresistas sería una formidable alianza para impulsar la transformación democrática que la Unión Europea necesita. En estos tiempos de xenofobia y escepticismo, hay que avivar la esperanza de un futuro que no deje a nadie atrás.

Jiří Payne, *za skupinu EFDD*. – Pane premiére, dámy a pánové, prožíváme období obrovské nestability. Všechno se mění, netušíme, co přijde za pár roků. Nevíme, jak bude vypadat Evropa a v této nejistotě se šíří propaganda nejruznějšího druhu.

Na jedné straně jsou to fundamentalisté evropotvorné, eurofilní politiky, kteří tvrdí, že s Evropskou unií musíme zůstat na věčné časy, že Evropská unie je jediná instituce v dějinách lidstva, která vydrží na věky věků. To je nezodpovědná politika, protože ta situace je velmi nejistá a opravdu nedokážeme předpovědět, co bude za pár roků. Podobně se šíří propaganda jiných politiků, kteří říkají, že je potřeba z Evropské unie odejít okamžitě, nejlépe zítra, ať to stojí, co to stojí, i kdyby měl následovat kolaps a katastrofa. To je také nezodpovědná politika. Obojí je fundamentalismus stejného druhu. Možná jsou tady také lidé, kteří prospěchářsky vycházejí z toho, že zůstaneme v Evropské unii, dokud budou přicházet dotace. Všechny tyto přístupy jsou špatné, protože povinností politika je správně vyhodnotit aktuální situaci a podle toho se rozhodovat každý den. Nemůžeme vycházet z fundamentalistických představ, že víme, co je správné.

Právě v dobách politiky je to důležitější, protože neexistuje stálá odpověď, abychom přehodnocovali situaci. Evropská komise dala najevo, že Lisabonská smlouva v zásadě končí. Předložila Bílou knihu o budoucnosti Evropy a předložila několik scénářů, jak by mohl projekt dál vypadat. Vyzývá k diskusi o těchto alternativách a je zřejmé, že pravděpodobnost udržení Lisabonské smlouvy je velmi limitovaná.

Tuto nejistotu prohlubuje i nevyjasněné postavení Ruska, nevyjasněná situace Číny, situace v severní Africe, na Blízkém východě, migrace, oslabené NATO, které v důsledku politiky Evropské unie stále ztrácí svoji váhu a autoritu, a to ohrožuje nás všechny. Do toho přispívají vraždy novinářů, vraždy bývalých špiónů a v této nejisté situaci stále více sílí volání po posílení demokracie. Občané evropských států cítí, že se rozhoduje o nás bez nás, že nemají vůbec žádný vliv na to, co se odehrává v Bruselu nebo tady. Sílí hlasy, které volají po skutečné alternativě, která by nahradila Lisabonskou smlouvu nějakým demokratickým zřízením. Nejde o to, abychom vyvolali konflikty, všichni si přejeme spolupráci evropských států, ale založenou na zcela jiných principech, než jaké tady vidíme dneska. Opravdu hledáme jinou cestu.

Pane premiére, my jsme popsali jednu takovou alternativu a Vy jste ji dostal prostřednictvím Vaší ambasády v Praze. Velmi bychom si přáli, abyste si ji přečetl a abychom začali diskutovat o skutečných alternativách, nejenom o tom, jak uchovat moc v Bruselu. Všechno to dobré, co Evropská unie dělá, lze totiž udělat i bez těchto institucí. A to je alternativa, o které bychom měli hovořit.

Marcel de Graaff, on behalf of the ENF Group. – Mr President, there will be no future for Europe as we know it, because there is no past or future in Islam. Every reminder of a non-Islamic past will be destroyed, every possibility of a non-Islamic future will be killed.

The future of Europe will be the Caliphate. But first, Europe will be torn apart by religious and ideological wars, and that is the warning we get from almost every ex-Muslim who dares to speak out, who *dares* to speak out. Because ex-Muslims are murdered everywhere. That is the future of Europe, unless European countries start a programme of de-Islamising now.

(Murmurs of dissent)

The EU is not useless. The EU is not just an obstacle to fight this terrible threat. No. The EU itself is the threat to the future of Europe. It embraced the globalist agenda of self-destruction of European culture and the agenda of replacing the European people by people from Islamic countries.

It opened its borders and spent billions to invite millions of uneducated people from a backward culture that will launch Europe straight back into the Middle Ages. Islam means gender inequality, polygamy, child marriage, slavery and honour killings. It means death for unbelievers. It means absolute power to a political and religious elite.

The future of Europe must be a future of revolt against the EU, against the globalist agenda, against Islamisation. It must be a future for our cultural heritage, for our national identity, for our national sovereignty, or there will be no future at all.

Therefore, I welcome the victory of the eurosceptic parties in Italy. I welcome the stubborn resistance of Viktor Orbán, who fights the disruptive agenda at source. I welcome the courage of the Visegrad Group in fighting the madness of Merkel's open-border policy. Patriots fight together for the future of Europe, for the future of our children, and we will prevail.

Presidente. – Si può non essere d'accordo, on. Bütikofer, andiamo avanti con il dibattito.

La parola all'on. Epitideios.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Mr President, in two sentences: what the colleague just did amounted to hate speech. I want you to look into that.

(Applause)

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε –καλώς ήρθατε, κύριε πρωθυπουργέ–, ένα από τα πολλά θέματα τα οποία θα απασχολήσουν και στο μέλλον την Ευρωπαϊκή Ένωση είναι η σχέση της με την Τουρκία. Θα επισημάνω το θέμα αυτό, διότι σ' αυτό ακριβώς το θέμα η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει σημειώσει παταγώδη αποτυχία. Η ανεξήγητα και απαράδεκτα ανεκτική στάση της έχει αποθρασύνει την Τουρκία, η οποία συμπεριφέρεται ως κράτος-πειρατής. Εισβάλλει ανενόχλητη στο έδαφος της Συρίας, παραβιάζει την ΑΟΖ της Κύπρου, συλλαμβάνει πολίτες διαφόρων χωρών (Ηνωμένων Πολιτειών, Γερμανίας, Τσεχίας) και για να τους απελευθερώσει απαιτεί να αποδεχθούν παράλογες απαιτήσεις της και η τελευταία πρόκληση της είναι η σύλληψη δύο Ελλήνων στρατιωτικών, τους οποίους φυλάκισε στις φυλακές υψίστης ασφαλείας της Αδριανουπόλεως, για να εκβιάσει και την Ελλάδα, η οποία αδιαφορεί για τις υπόλοιπες απειλές της Τουρκίας. Τη στάση αυτή της Τουρκίας σάς ζητώ να την καταδικάσετε απερίφραστα και να απαιτήσετε και εσείς την άμεση απελευθέρωση των δύο Ελλήνων στρατιωτικών.

Αυτή η φαινομενικά ανεξήγητη όμως συμπεριφορά της Τουρκίας έχει εξήγηση. Και η εξήγηση αυτή έγκειται στο ότι η Τουρκία έχει υπογράψει με διάφορες χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης συμφωνίες αγοράς στρατιωτικού υλικού. Πρόσφατα υπέγραψε 31 τέτοιες συμφωνίες με τη Γερμανία. Με την Ιταλία από το 2007, επί κυβερνήσεως Πρόντι, εγκρίθηκε η παράδοση στην Τουρκία στρατιωτικού υλικού ύψους ενός δισεκατομμυρίου ευρώ. Το 2016, επί κυβερνήσεως Ρέντσι, η εταιρεία Magusta παρέδωσε 51 επιθετικά ελικόπτερα στην Τουρκία, αξίας 134 εκατομμυρίων ευρώ. Όμως και η Ισπανία έχει ανάλογες συμφωνίες με την Τουρκία. Κατασκευάζει ένα αποβατικό σκάφος για λογαριασμό της Τουρκίας και πιθανόν να κατασκευάσει ή να ναυπηγήσει ελικοπτεροφόρο ή αεροπλανοφόρο τύπου Χουάν Κάρλος. Τελειώνω λέγοντας ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να αφήσει αυτούς τους κυνισμούς και τα κροκοδείλια δάκρυα που χύνει για την παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στην Τουρκία ...

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή.)

Presidente. – On. Epitideios, La prego di concludere.

Se parlate oltre il tempo a voi assegnato, togliete tempo agli interventi dei vostri colleghi, quindi credo che sia interesse di tutti avere più spazio all'interno di questo dibattito.

Ora la parola al Primo ministro Costa. Chiedo anche a lui di essere breve nelle risposte, in modo che ci possa essere il maggior numero possibile di interventi. Ha capito anche l'italiano.

António Costa, Primeiro-Ministro de Portugal – Vou procurar concentrar-me em três questões fundamentais para não consumir muito tempo.

Em primeiro lugar, de facto, o grande desafio que se coloca, hoje, à União Europeia é que a esperança vença os medos que minam a confiança no futuro da Europa. Nessa batalha, é absolutamente essencial centrarmo-nos nas respostas concretas aos cidadãos, porque ou os cidadãos consideram que, nas políticas europeias e nas decisões que tomamos, elas se concretizam e respondem aos seus anseios, ou efetivamente nós alimentaremos exclusivamente aqueles são contra a Europa, o discurso populista e aqueles têm uma visão protecionista relativamente ao futuro.

Para que a Europa seja mais eficaz, temos, em primeiro lugar, de consolidar aquilo que é o mais importante que já alcançámos e que é a base sobre a qual podemos construir o nosso futuro: a União Económica e Monetária. Em segundo lugar, temos de dotar a União dos meios necessários para que a União possa fazer aquilo que pedimos à União que faça, e isso implica, efetivamente, reforçar o orçamento da União.

Significa isto que temos de ter uma visão que fomente a convergência, porque é a convergência a chave no conjunto da União Europeia. A convergência tem de estar presente em tudo.

É verdade, precisamos de uma nova política industrial, e o Horizonte 2020 ou a cooperação estruturada para a defesa são, aliás, uma boa oportunidade para desenvolvermos essa política industrial. Mas essa política industrial não deve concorrer para agravar as assimetrias. Deve, pelo contrário, ter também presente este objetivo de convergência e fazer-nos participar, todos, nesse esforço conjunto.

Seguramente, algumas das economias são boas competidoras na produção de submarinos. Há outras que serão, certamente, excelentes competidoras na produção de têxteis ou calçado técnico. Se conseguirmos reunir as capacidades de cada um, reforçaremos a convergência e não estaremos com estas novas políticas a enfraquecer a coesão e a convergência.

Para esta nova Europa, não acredito que precisemos de um império. Nós não seremos a China, nós não seremos a Rússia, e creio que não desejamos ser nem a China nem a Rússia.

Cada um tem a sua história e a nossa história é uma história de Estados-nações. Essa história de Estados-nações tem provado, desde o pós-guerra, que tem conseguido construir a criação política mais original e criativa que a humanidade já produziu, que é a União Europeia. Isso tem de ser feito no respeito pela identidade, com a dotação dos meios necessários para que a União possa ser eficaz.

O atraso na resposta à crise de 2008 e à crise das dívidas soberanas em 2011 não foi pelo facto de a Comissão ter 28 comissários. Esse atraso deveu-se a haver uma divisão política profunda e a não termos conseguido perceber, a tempo, que tínhamos problemas estruturais da zona euro a que importava responder. Agora que aprendemos a lição, não podemos perder mais tempo, e agora que não há, neste momento, nenhuma crise em cima da mesa, tomemos as decisões certas para evitar que qualquer nova crise possa vir.

Aquilo de que a Europa precisa não é fechar-se ao mundo, nem é fazer uma depuração étnica no seio da Europa. A Europa é um continente de diversidade, e essa diversidade tem sido um fator de riqueza.

Creio que foi o Deputado Weber que invocou a viagem de Vasco da Gama à Índia e como isso beneficiou a Europa. Direi mesmo que, desta sala, devo ser o maior beneficiário dessa viagem, visto que, tendo origem indiana, porventura não estaria aqui, se Vasco da Gama não tivesse ido à Índia.

Aquilo que tem distinguido a Europa e dá força à Europa é mesmo sermos uma comunidade de valores. Desde logo, um valor fundamental, que é o da tolerância, o da capacidade de inclusão, sem relativismos multiculturais, porque, obviamente, há direitos humanos que, sendo direitos fundamentais, não são suscetíveis de serem discutidos, nem em nome do local de origem, nem em nome da religião. A igualdade de género é um valor absoluto em si e não há religião ou valor religioso que possa enfraquecer a defesa, na Europa, da igualdade de género.

(Aplausos.)

Mas isso não significa que nós sacrifiquemos esses valores, que são também os valores fundadores da Europa.

Por fim, queria dizer ao Senhor Verhofstadt o seguinte: porventura, não nos distingue a necessidade ou não de alterações institucionais. Distingue-nos qual deve ser o ponto de partida. Aquilo que digo é o seguinte: começarmos por discutir as alterações institucionais divide-nos, paralisa-nos e impede-nos de tomarmos as decisões que são essenciais. Começemos por aquilo que é essencial. Podemos avançar na defesa com a cooperação estruturada? Avancemos. Podemos avançar com o reforço da capacidade orçamental, criar uma capacidade orçamental na zona euro? Avancemos. Não começemos por discutir se é necessário um ministro das Finanças. Começemos por discutir e concretizar aquilo que é essencial: termos uma capacidade orçamental da zona euro. Depois de termos a capacidade orçamental da zona euro, então aí, porventura, retiraremos a conclusão óbvia e necessária de que necessitamos de um ministro das Finanças e necessitamos de um maior controlo por parte do Parlamento Europeu sobre a execução da política económica no conjunto da zona euro. Não começemos pelo fim, começemos pelo princípio, e o princípio tem de ser responder e resolver os problemas dos cidadãos.

(Aplausos.)

Procedura «catch-the-eye»

Nuno Melo (PPE). – Queria começar por saudá-lo pela presença no Parlamento Europeu. Porque tenho pouco tempo, vou focar-me no essencial.

Pergunto-lhe se acha, como adiantou em Portugal, que, com o lançamento de impostos europeus, os portugueses não serão taxados e, enfim, se achará que serão, então, quem, porventura os marçianos, que me conste. Pergunto-lhe se acha mesmo que, para conseguir um aumento de 1,2 % da dotação financeira para o orçamento da União Europeia – e nós defendemos esse aumento, até defendemos maior, estamos a falar de 380 milhões de euros – precisa de mais impostos, se não lhe chegam os impostos que já cobra e pagamos em Portugal.

Gostava de recordar ao Sr. Primeiro-Ministro que, quando governava o centro-direita, há pouco tempo, antes si, aplicando um programa de austeridade que os socialistas aprovaram depois de arruinar as contas públicas até 2011, o Sr. Primeiro-Ministro, na oposição, acusava esse governo de ir além da troica.

Hoje, o Sr. Primeiro-Ministro, de uma assentada – não é o Presidente Mário Tajani, não é ninguém –, quer que se lancem três impostos de uma só vez. Queria dizer ao Sr. Primeiro-Ministro que o Sr. Primeiro-Ministro não vai além da troica. O Sr. Primeiro-Ministro é a troica, sem troica. Governe melhor, consiga gerir bem o seu orçamento e não tribute mais os portugueses, que já pagam muitos impostos, demasiados impostos.

Iratxe García Pérez (S&D). – Señor presidente, señor primer ministro, durante muchos años nos estuvieron diciendo que no había alternativa en Europa, que las políticas de austeridad, las políticas de recortes y las políticas de sufrimiento que han afectado a los más necesitados eran la única posibilidad. Su Gobierno ha demostrado que otra Europa es posible. Se ha hecho una política de equilibrio de las cuentas públicas, posibilitando también el crecimiento social: subiendo las pensiones, subiendo el salario mínimo, haciendo una política social dirigida a quien más lo necesita. Esa es la Europa que queremos construir.

Y sí, señora González, le voy a responder: yo también desearía que en España hubiera un gobierno de progreso. Y, si hoy no hay un gobierno de izquierdas en España, es porque su partido político, Podemos, prefirió ganar al PSOE en unas elecciones en vez de desalojar al Partido Popular del gobierno.

La socialdemocracia europea va a seguir trabajando porque otra Europa es posible y porque necesitamos dar esperanza a tantos ciudadanos y ciudadanas que están esperando que actuemos.

Mark Demesmaeker (ECR). – Mr President, I would like to welcome Mr Costa. Mr Costa, citizens look at us as a Union where fundamental rights and freedoms are at the core, and where there is no place for authoritarianism. That is why so many are worried by what is going on in Spain and in Catalonia, your neighbours. For more than four months, elected politicians and civil society leaders have been in prison – in pre-trial detention – for their political activities. There are political prisoners in Spain, and so I am asking you: do we really accept that EU governments repress political dissent through arbitrary detention? The Spanish Government imposed direct rule on Catalonia and called regional elections. It is now clear that it just does not accept the results of these elections. So I am asking you: can we allow Member States to suspend democracy? The Taoiseach, your Irish counterpart, told us here that not repression, but dialogue, is the only way out. I couldn't agree more. Do you agree as well?

Charles Goerens (ALDE). – Monsieur le Président, on sait aujourd'hui que les Européens les plus convaincus vivent outre-Manche. On aura rarement vu tant d'Européens déçus de devoir quitter l'Union européenne et il est d'autant plus réconfortant d'entendre le discours que vous venez de prononcer.

On sait que les maillons faibles dans la construction européenne aujourd'hui sont, hélas, les États membres, qui sont allergiques à la moindre dose de solidarité. Les dirigeants de ces États prospèrent sur les difficultés – pour employer vos termes –, et ils ont, en même temps, le culot d'accuser l'Europe d'être incapable d'apporter des réponses tout en freinant des quatre fers quand il s'agit de donner à la même Europe des compétences dont celle-ci aurait besoin pour répondre aux attentes de leurs citoyens.

Que peut-on faire, de votre point de vue, pour éviter que cette forme – oui, je pèse mes mots – de crétinisme ne soit de nature à bloquer toute révision des traités? Va-t-on attendre jusqu'à ce que le moins-disant budgétaire et le moins-disant institutionnel arrivent à rejoindre les rangs de ceux qui veulent avancer, ou plaidez-vous en faveur – si cette situation devait perdurer – d'une Europe à deux vitesses?

Ana Miranda (Verts/ALE). – Como galega, sinto-me emocionada por falar na nossa língua no Parlamento Europeu.

Em primeiro lugar, queria dar os parabéns às forças políticas que permitiram abrir o caminho ao Governo de Portugal. Um caminho de fazer frente e dar resposta à austeridade e aos problemas sociais.

Em segundo lugar, queria chamar a sua atenção para um problema europeu de muita gravidade, comum aos nossos povos: a tragédia dos incêndios que sofreu Portugal, a Galiza e outros povos europeus. Nunca esqueceremos fotografias assim. Nunca, Senhor Presidente, nunca!

As alterações climáticas e a falta de prevenção merecem uma resposta política que deve ser coordenada na Europa para colmatar défices de capacidade recorrentes e emergentes, porque os incêndios não têm fronteiras. Portugal solicitou ativar o mecanismo de proteção civil da União Europeia. A Espanha não.

Qual é a sua opinião sobre a necessidade de reforçar o mecanismo de proteção civil europeia para que seja mais flexível, atempado e com mais meios financeiros e humanos e de coordenar a luta contra os incêndios com a política agrícola, do ambiente e dos transportes? Também quero lembrar a política dos transportes.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, Senhor Primeiro-Ministro, com o determinante contributo dos comunistas, com a luta dos trabalhadores e do povo foi possível encetar em Portugal um caminho de recuperação e conquista de direitos e rendimentos. A União Europeia – não o esquecemos – manifestou, desde cedo, a sua oposição e as ameaças a esse caminho.

Enfrentemos a realidade: duas décadas de euro, contra todas as promessas feitas, significaram para Portugal estagnação económica, dívida, défices, dependência, divergência, retrocesso. Ora, se os constrangimentos e as imposições da União Europeia, e em particular os do euro, comprometem a possibilidade de resposta aos problemas do país, a solução não é sucumbir ao reforço desses constrangimentos e virar costas aos problemas, a solução é enfrentar estes constrangimentos e imposições para resolver os problemas.

A solução não passa, ainda que com novas roupagens, por existir nas velhas promessas e ilusões que a vida deitou por terra, passa por, corajosamente, romper com as amarras que impedem o desenvolvimento soberano do país e este é o melhor contributo que Portugal pode dar para a construção de uma Europa de cooperação, de paz e de progresso.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, les partisans de l'Europe fédérale invoquent de moins en moins souvent la paix pour justifier leur projet, et pour cause, leur belle Union européenne a réussi à nous brouiller avec de grandes puissances comme la Russie et les États-Unis, avec de futurs anciens membres, comme le Royaume-Uni, et même avec des membres actuels, comme la Pologne.

Ils n'invoquent plus non plus la prospérité et on comprend pourquoi quand on voit la situation du Portugal, dont le produit intérieur brut reste inférieur à celui de 2008, au terme d'une cure d'austérité d'une dureté sans précédent.

Ne reste plus que l'argument en forme de blague du coût de la non-Europe, c'est-à-dire l'idée que tout irait plus mal si l'Union n'existait pas.

Ouvrez les yeux, Mesdames et Messieurs les eurocrates, votre union fédérale a échoué, les peuples la rejettent. Si vous voulez sauver ce qui peut l'être et aller vers une Europe des nations, relisez le livre blanc sur l'avenir de l'Europe et inspirez-vous de ses scénarios qui proposent de respecter davantage les aspirations des peuples.

Presidente. – On. Gardini. Qui è segnata la sua richiesta. Bene, allora, on. Rangel.

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Primeiro-Ministro, saúdo o seu discurso pró-europeu no qual nos revemos. Pena que os seus parceiros de coligação sejam totalmente antieuropeus.

Queria também dizer que deixou aqui uma novidade e uma omissão. A novidade é que, sendo todos nós a favor de recursos próprios, nós somos muito claros em que não haja aumento da carga fiscal sobre os mesmos de sempre. Deixou aqui a porta aberta para um grande aumento da carga fiscal sobre os cidadãos contribuintes.

Segunda é a omissão que o Sr. Lamberts aqui deveria conhecer. Portugal tem o défice mais baixo de sempre, mas também tem o investimento público mais baixo de sempre. A saúde, os serviços públicos, nomeadamente a segurança rodoviária, a proteção civil, as infraestruturas, nos últimos anos foram completamente esquecidos para se conseguir cumprir as metas europeias e, por isso, eu deixo aqui este desafio e uma pergunta muito clara ao Primeiro-Ministro que é uma pergunta construtiva, apesar do balanço quanto aos serviços públicos portugueses nos últimos 2/3 anos ser, de facto, um balanço muito, muito negativo.

E a pergunta que deixo é a seguinte: tendo agora uma oportunidade de reprogramação dos fundos europeus, está disposto a fazê-lo de uma maneira que a prevenção dos fogos e o apoio às zonas afetadas sejam altamente privilegiados, porque a tragédia dos incêndios -que não tem nenhum precedente na história portuguesa e não tem precedente na história europeia – só foi possível, decerto, por haver um grande desinvestimento ao longo dos anos, mas também nestes meios, e por isso está disposto a fazer uma reprogramação que tenha em atenção justamente cuidar dessas populações e cuidar dessas regiões? Se o fizer terá o nosso aplauso.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, arvoisa pääministeri, oli hyvin mieluisaa kuulla, että korostitte erittäin voimakkaasti eurooppalaisia yhteisiä arvoja, tarvetta pitää kiinni yhteisistä oikeusvaltioperiaatteista, demokraattista arvoista ja tasa-arvosta.

Olen hyvin huolestunut siitä, että monet Euroopan unionin jäsenvaltiot ovat huolestuttavasti liukumassa pois näistä yhteisistä arvoista. Kysynkin, miten aiotte toimia huippukokouksessa sen eteen, että saamme varmistettua sen, että kaikki jäsenvaltiot ovat sitoutuneita näihin arvoihin. Korostitte myös tarvetta palauttaa luottamus Euroopan unioniin. Tässä kaikkein tärkeintä on mielestäni se, että jäsenvaltiot myös pitävät kiinni yhdessä sovituista säännöistä ja tekevät ne asiat, mistä yhdessä on sovittu. Vasta siten voimme palauttaa kansalaisten ja jäsenvaltioiden keskinäisen luottamuksen Euroopan unioniin.

Olen samaa mieltä siitä, että meidän täytyy lisätä yhteistä panostusta muun muassa yhteiseen turvallisuuteen. Meidän pitää ottaa voimakas rooli kansainvälisessä kauppapolitiikassa ja vastata yhdessä maahanmuuton haasteisiin. Se kuitenkin edellyttää myös sitä, että pystymme luopumaan joistakin aikaisemmista tavoitteista, koska ei ole realistista, että pystymme kasvattamaan budjettia niin mittavasti, että kaikki uudet haasteetkin pystyttäisiin yhtä aikaa kattamaan samalla kun panostamme näihin uusiin alueisiin.

José Blanco López (S&D). – Señor presidente, usted se ha convertido, señor Costa, en una nueva esperanza para Europa con la demostración de que, frente al «austericismo», era posible crecer y corregir las desigualdades que tanto euroescepticismo han generado y, con ello, un incremento del populismo en el conjunto de Europa. Pero yo, hoy, le voy a interpelar por otra cuestión.

Usted ha dicho —y yo lo comparto— que tenemos un gran desafío, que es la lucha contra el cambio climático: impulsar una transición energética basada en energías renovables. Su país ha sido un ejemplo: ha sido un país que, en un mes de mayo pasado, fue capaz de subsistir durante cuatro días con viento, con energía solar y con energía marítima.

Pero yo le pido, señor Costa, que se alíe en el Consejo con los países que quieren más ambición en materia de energías renovables para poner de acuerdo con los objetivos de París los objetivos de la Unión Europea en la materia. Échenos una mano en el Consejo para pasar de las palabras a los hechos.

Lukas Mandl (PPE). – Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Premierminister, ich habe Ihren Ausführungen sehr aufmerksam zugehört und war über weite Strecken sehr beeindruckt. Ich habe mir zwei Seiten lange Notizen gemacht zur Frage des zukünftigen EU-Budgets. Zur Frage des mehrjährigen Finanzrahmens haben einige Nettozahlerstaaten eine andere Meinung. Wir glauben nicht, dass ein Fokus auf mehr Sicherheit oder auf qualitativ hochwertige Landwirtschaft, die klein strukturiert ist, mehr Geld bedeuten muss.

Ich will meine Frage aber fokussieren auf etwas, das Sie über die europäischen Werte gesagt haben, dass die Werte des Friedens und der Demokratie – Europa als Wertegemeinschaft – Portugal in die Europäische Union geführt haben. Ich möchte Sie fragen, wie die Haltung Portugals zu Südwesteuropa und Südosteuropa ist, wo die Europäische Kommission eine Kommissionsstrategie für den Westbalkan vorgelegt hat, was die Zukunftsszenarien für Albanien, Bosnien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien – die sechs Westbalkanstaaten – sein können, und wie wir es schaffen können, dass die von Ihnen genannten europäischen Werte auch für Südosteuropa den Weg in die Europäische Union ebnen können, sodass beide Seiten ihre Hausaufgaben schaffen. Da die Mitgliedstaaten im Rat ein entscheidendes Wort mitzureden haben, ist das meine Frage an Sie.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Primeiro-Ministro, hoje, neste Parlamento, vamos aprovar uma proposta que é excelente para Portugal e é cinco estrelas também para a União Europeia, que é o próximo quadro financeiro plurianual, os próximos fundos, que defendem precisamente os princípios da solidariedade, da convergência e da coesão territorial económica e social.

Mas estes princípios não podem ser apregoados – têm de ser praticados. A solidariedade tem de se praticar e é importante que não fique associada ao ditado «não olhes para o que eu faço, olha antes para aquilo que eu digo».

Por isso, pergunto-lhe, em relação à reprogramação financeira que vai ser feita para o Portugal 2020: vai retirar dinheiro do interior e das regiões mais pobres, como o Norte, para dar às mais ricas? Ou, ao invés, vai dar corpo aos princípios, que aqui defendeu, da solidariedade e da coesão territorial e vai ajudar as regiões que mais precisam, as regiões mais pobres, como o Norte, o Centro, o Alentejo e as regiões também com dificuldades, como as regiões ultraperiféricas?

É a pergunta que aqui fica para que nos responda solenemente e para que os princípios estejam de acordo também com a prática.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Excelentíssimo Senhor Primeiro-Ministro, devo saudar Vossa Excelência por ter aceitado vir à casa europeia da democracia debater a União e os desafios que ela enfrenta neste momento.

É com muito gosto que ouço, hoje, o Sr. Primeiro-Ministro do meu país defender, apesar das forças políticas que apoiam a sua solução governativa, uma maior coesão e integração em domínios tão essenciais como a reforma da União Económica e Monetária e as novas fontes de financiamento comunitário.

Apraz-me, Sr. Primeiro-Ministro, vê-lo hoje, aqui, a defender um regresso aos valores que fundaram a União Europeia. Tudo isto contrariando aquela sua tendência inicial, tão crítica da Europa, que, segundo me recordei, chegou a apelidar de Império de Austeridade e que tanto agradava aos partidos de extrema-esquerda que apoiam o seu executivo.

O Sr. Primeiro-Ministro falou de solidariedade europeia e eu contraponho-lhe com a falta de solidariedade que grassa em Portugal, fruto do desinvestimento continuado na proteção dos nossos concidadãos, que se traduz na falta de solidariedade para com os velhos e os novos e para quem vive no interior, e que, infelizmente, é a norma e o drama de um país desertificado e envelhecido. Como pretende Vossa Excelência contrariar isto?

Termino, agradecendo o ato de contrição que o Senhor Primeiro-Ministro fez aqui hoje.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule prim-ministru ...(*răspunzând afirmațiilor din sală*) ... sorry. Mulțumesc. Domnule prim-ministru, m-ați convins: sunteți proeuropean. Aici sunt. V-am vizitat de foarte multe ori țara. Aveți o țară turistică. Pentru mine este clar: sunteți un proeuropean.

Am câteva întrebări; nu vreau să repet ce s-a întrebat aici. Domnule prim-ministru, cum vedeți viitorul Uniunii Europene, din punctul de vedere al încrederii cetățenilor? Ce fel de Europă putem să avem? Credeți în nevoia de a renunța la această împărțire în două Europe: Schengen/non-Schengen? Credeți în importanța informării cetățenilor, pentru a nu fi cetățeni eurosceptici? Credeți în viziunea comună de a avea o politică pe migrație? De exemplu, n-ați atins care este viziunea dumneavoastră legată de migrație. Considerați că, în politica de coeziune, intră și dezvoltarea turismului în Europa?

Presidente. – Chi vuole parlare? Un'informazione, però, prima che voi interveniate. È stato rispettato in proporzione, nel «*catch-the-eye*», la proporzione... scusate, i calcoli non li ho fatti io, tutti i servizi hanno fatto i calcoli in base alla proporzione dei gruppi, in base ai numeri dei gruppi. Non è un mio capriccio, quindi, prego onorevole. Questi sono i dati, potete venire a contare e vi dico quanti sono stati, quindi è stato fatto in base alla proporzione. In base alla proporzione c'erano quattro... Onorevoli, non possiamo fare un dibattito sul Portogallo. Prego onorevole.

Maria João Rodrigues (S&D). – Mr President, indeed this should not be a debate between Portuguese in Portuguese. Nevertheless, we are really regretting that three Portuguese Members of the EPP Group and one Portuguese Member of the ALDE Group were given the floor, and not one Portuguese Member from the S&D Group. This is completely unbalanced, and you need to correct this.

Presidente. – Onorevole, io Le rispondo molto volentieri. On. Zorrinho, un attimo, le rispondo molto volentieri.

I numeri –, se mi fate rispondere vi dico cos'è successo perché così almeno sapete quello che è successo – i numeri sono, per i partecipanti al «*catch-the-eye*», in proporzione alla consistenza dei gruppi politici, se nel gruppo del Partito popolare europeo non c'erano parlamentari diversi da quelli portoghesi non è mia responsabilità, io ho dovuto far parlare il gruppo del Partito popolare europeo, tant'è che avevo dato la parola all'on. Gardini, che a me risultava iscritta e non era iscritta, io mi sono limitato a rispettare le proporzioni che ci sono, ma per me possiamo andare avanti, se volete rinviare il voto, per me possiamo far parlare pure tutti quanti gli iscritti. Non ho problemi, io posso stare qua, se volete votare all'una, se volete possiamo stare un'altra ora seduti qua a dibattere. Non è un mio problema.

On. Zorrinho, se vuole dire qualcosa, ma l'on. Costa saprà come difendersi, non è che abbia problemi.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, de facto, tivemos aqui um magnífico debate sobre o futuro da Europa. Na forma como foram distribuídos os tempos, foi dada a palavra a quatro deputados portugueses do PPE, que, infelizmente, não aproveitaram esse tempo para discutir o futuro da Europa, mas para discutir o passado de Portugal, que ninguém quer, que ninguém lembra, e de que ninguém tem saudades.

Queria perguntar ao meu Primeiro-Ministro, saudando-o por estar aqui, como é que ele vê a aplicação da chave que são as políticas de convergência na luta contra o populismo e contra o protecionismo e para dar melhores condições de vida aos cidadãos, porque esse é verdadeiramente o segredo da governação em Portugal e esse é verdadeiramente o segredo que podemos ter para termos uma Europa com mais futuro.

(Fine della procedura «catch the eye»)

Presidente. – Il Primo ministro del Suo paese ha avuto tutto il tempo possibile, nel corso del suo intervento, per spiegare il lavoro che svolge il governo. Ha parlato a lungo e adesso gli do la possibilità di rispondere a tutte le domande, quindi non credo che abbia preoccupazioni, il Primo ministro António Costa, a rispondere anche alle critiche che sono venute da parlamentari di altri paesi.

(Fine della procedura «catch the eye»)

Do la parola al Primo ministro Costa, prego.

António Costa, Primeiro-Ministro de Portugal – Senhor Presidente, queria começar por agradecer as múltiplas e variadas questões e as palavras de incentivo relativamente à continuação de uma política que tem permitido não só virar a página da austeridade, como tem permitido obter bons resultados: bons resultados na consolidação das finanças públicas, um défice que, no ano passado, ficou perto de 1,1 %, com o início da redução da dívida pública, ao mesmo tempo que tivemos o maior crescimento desde o início do século, temos uma taxa de desemprego que tem vindo a cair sustentadamente e está, neste momento, abaixo dos 8 %. As vossas palavras incentivam-nos e reforçam a nossa energia para darmos continuidade ao sucesso e ao resultado destas políticas.

Gostaria de sublinhar, aqui, uma coisa importante. A mudança de política não teve só relevância económica. Permitiu também demonstrar que, dentro da Europa, não estamos condenados a um pensamento único e há a liberdade de desenvolver alternativas políticas. Isso é fundamental para reforçar a democracia e a confiança dos cidadãos. Se, hoje, o euroceticismo em Portugal voltou a baixar, deve-se, em muito, aos portugueses terem compreendido que é possível estar na Europa de formas diferentes.

O Sr. Deputado João Ferreira colocou uma questão que tem que ver com as dificuldades que o euro coloca a países como Portugal. Sabemos, pelo menos desde a união monetária nos Estados Unidos, que as uniões monetárias não diminuem as assimetrias – pelo contrário, acentuam-nas. Todos os estudos preparatórios do euro, desde o relatório McLaughlin ao Relatório Delors de 1989, diziam claramente que, para que o euro não tivesse um efeito assimétrico, era necessário dotar a zona euro de uma capacidade orçamental.

Há dois anos, alguns achavam que não podíamos sair da austeridade sem sair do euro, e outros achavam que não podíamos estar no euro saindo da austeridade. Hoje, sabemos que é possível estar no euro sem austeridade. Mas aquilo que também sabemos é que todos os que disseram que era necessário uma capacidade orçamental tinham razão, continuam a ter razão e é isso que eu espero – é que haja efetivamente uma capacidade orçamental.

Aquilo que não é possível é vir a cada um dos nossos países dizer que queremos mais dinheiro da Europa e depois dizer, ao mesmo tempo, que queremos dar menos dinheiro à Europa. A Europa não produz dinheiro por si própria. O dinheiro da Europa vem dos europeus e vem por uma de duas vias: ou porque os Estados-Membros aumentam as transferências à custa dos impostos dos seus nacionais, ou aumentamos os recursos próprios da União Europeia através de impostos sobre o conjunto da economia europeia. Ou, então, encontramos o justo equilíbrio entre estas duas fontes de financiamento.

Quero que o próximo orçamento seja um orçamento mais robusto e, para isso, tem de ter mais meios. Por isso, não tenho medo de dizer: Portugal está disponível para dar mais dinheiro à União Europeia. Mas apoiamos também que, para além do reforço que é feito à custa dos impostos dos portugueses, haja ao nível europeu novos recursos, que, aliás, só serão eficazes se existirem à escala europeia. Ou algum país vai conseguir taxar com efetividade as multinacionais americanas do digital, se não o conseguirmos fazer à escala europeia? Vamos conseguir taxar melhor os produtos ambientais à escala europeia ou à escala nacional? Vamos ou não vamos ter definitivamente coragem de aprovar a taxa sobre as transações financeiras?

Devemos ter coragem e devemos taxar, e é este o discurso de verdade que devemos fazer perante os nossos cidadãos.

Migrações: Schengen é um grande «acquis» da nossa União. Foi Schengen que deu a liberdade de circulação dentro da União Europeia. Há doze anos, era Ministro do Interior e preparei, na presidência portuguesa, o alargamento de Schengen aos então novos Estados-Membros, e o orgulho-me muito das condecorações que recebi, desde a Polónia à República Checa, por ter alargado Schengen até aos novos Estados-Membros, devolvendo a liberdade de circulação que esses povos, durante décadas, não tiveram, porque estavam fechados para lá da cortina de ferro. É esse património de liberdade de circulação que temos de ser capazes de defender e que temos de ser capazes de continuar a afirmar.

Perguntam-me se a Europa deve ser construída a duas velocidades ou, como prefiro dizer, em geometria variável. Não. Na medida do possível, devemos continuar a construir a Europa a 28 ou a 27, mas temos de respeitar a liberdade daqueles que não querem fazer o que há outros que querem fazer. Não há forma de nos mantermos unidos sem respeitar a liberdade. Mas a liberdade de quem não quer ir mais longe não pode limitar a liberdade de quem quer ir mais depressa. Portanto, desde que essa geometria variável não seja exclusiva nem definitiva e mantenha sempre a porta aberta a que se junte quem se quer juntar – tal como acontece com o euro, tal como acontece com Schengen –, não há nenhuma razão para nos mantermos paralisados, só porque alguns não querem andar ao mesmo ritmo, e essa liberdade também devemos respeitar.

A energia é uma questão chave. Em Portugal, já atingimos 60 % da produção com energias renováveis e 30 % do consumo com energias renováveis. Temos bem consciência de que temos condições naturais que outros não têm. Mas, para podermos partilhar estas condições naturais, é fundamental que não atrasemos mais o processo das interconexões energéticas. É preciso ligar a Península Ibérica ao centro da Europa, ligar a França, da França à Alemanha, e a toda a Europa, para que toda a Europa possa beneficiar de um excesso de capacidade de produção de energias renováveis que naturalmente existem na Península Ibérica e que dificilmente poderão existir, por razões puramente naturais, em outras regiões da Europa.

Queria terminar com duas questões concretas. Primeiro, relativamente aos incêndios. Queria agradecer à Deputada Miranda o facto de ter falado num magnífico português de inspiração galega – não podendo eu retribuir em galego, retribuirei em português – e dizer-lhe o seguinte: os incêndios são uma tragédia e os passos que a Comissão Europeia já apresentou para melhorar o Mecanismo Europeu de Proteção Civil são importantes. A existência de uma reserva europeia que complemente a responsabilidade nacional de cada um dos Estados-Membros para poder acorrer em situação de tragédia é absolutamente fundamental. Mas mais importante ou tão importante, pelo menos, é podermos agir sobre as causas dos incêndios, e aquilo de que precisamos é que a próxima política agrícola comum tenha também em conta a necessidade de adaptar a floresta no sul da Europa às novas condições climáticas e permita fazer uma alteração significativa da nossa composição florestal. Precisamos de ter menos eucaliptos, precisamos de ter menos pinho e precisamos de ter mais sobreiros, precisamos de ter mais carvalhos, precisamos ter mais oliveiras, precisamos de ter árvores que sejam resilientes ao fogo e que sejam capazes de contribuir para um desenvolvimento rural sustentável. Essa mudança a política agrícola deve também, desejavelmente, contribuir para fazer.

(Aplausos.)

A última questão a que quero responder é a questão da Catalunha. A questão da Catalunha é uma questão interna do Reino de Espanha, que tem de ser gerida seguramente por diálogo, mas no respeito pelo valor do Estado de Direito, da Constituição da Espanha e da soberania e unidade da Espanha. Aquilo que temos de fazer, aqueles que são defensores do Estado de Direito, é defender sempre o Estado de Direito, seja quando está em causa a autonomia do poder judicial, seja quando está em causa a dignidade da pessoa humana, seja quando está em causa a soberania da Constituição espanhola, que todos devemos respeitar como Estado democrático e de Direito que é parte integrante desta nossa União.

(Aplausos. A Assembleia aplaude, de pé, o orador.)

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Ana Gomes (S&D), *por escrito*. – Portugal está na PESCO para construir a Europa da Defesa e Segurança face a ameaças de terrorismo e guerra híbrida. Para financiá-la – e a outras políticas – são precisos mais recursos próprios para o orçamento da UE, mas também para os erários dos Estados-Membros. Ora tais recursos têm sido injustamente sonegados – não apenas via «apagões fiscais» como o que Portugal sofreu às mãos do Governo mais troikista que a Troika – mas pelo «dumping» fiscal em que Estados-Membros rivalizam entre si, numa corrida para o fundo que aproveita escandalosamente grandes multinacionais, fortunas, organizações criminosas (incluindo terroristas), em detrimento dos cidadãos e PME sobrecarregados de impostos e recebendo em troca menos Estado social e pior Estado em geral.

A Holanda, por exemplo, funciona como principal «paraíso fiscal» para empresas sediadas em Portugal. O Senhor Primeiro Ministro propôs lançar impostos europeus sobre transações financeiras, empresas poluentes e plataformas digitais. Não pensa que a receita desses impostos pode, e deve, ser partilhada também com os orçamentos nacionais? Não pensa ser crucial que a UE avance com harmonização fiscal e parta para um combate coerente e eficaz contra os paraísos fiscais, dentro e fora da UE, a nível global?

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Encetámos em Portugal, Com a luta dos trabalhadores e do povo, um caminho de reposição e conquista de direitos e rendimentos. Este caminho contou com a oposição e as ameaças da União Europeia, que preferiria manter Portugal amarrado ao declínio e ao empobrecimento da governação PSD-CDS e da «troika». Quando os constrangimentos e imposições da União Europeia e em particular os do Euro impedem a resposta aos problemas do País, a solução não é vergar aos constrangimentos (eventualmente até reforçados) e virar costas aos problemas, mas sim enfrentar esses constrangimentos e imposições para resolver os problemas. A solução não é insistir, com novas roupagens, nas velhas promessas e ilusões que a vida fez cair por terra, mas sim romper corajosamente as amarras que impedem o desenvolvimento soberano do País. Este é o melhor contributo que Portugal pode dar para uma Europa de cooperação, de progresso e de paz.

7. Antrag auf Aufhebung der Immunität

Presidente. – In seguito al decesso di Jens Nilsson, il Parlamento constata la vacanza del suo seggio a decorrere dal 13 marzo 2018, a norma dell'articolo 4, paragrafi 1 e 6, del regolamento.

*
* *

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, no debate anterior com o primeiro-ministro português, nas intervenções iniciais dos presidentes de vários grupos, essas intervenções ultrapassaram largamente o tempo estabelecido.

A primeira intervenção do nosso grupo cumpriu com o tempo estabelecido. Se há que retirar tempo ao «catch the eye» – e julgo que é este o procedimento que está combinado, mas que não foi seguido –, há que retirar tempo ao «catch the eye» dos grupos que ultrapassaram o tempo na sua primeira intervenção. O nosso grupo, tendo cumprido com o tempo que lhe tinha sido atribuído na primeira intervenção, viu-se privado de tempo no debate em «catch the eye», e isso não está de acordo com as regras que estão estabelecidas e não queríamos aqui deixar de lavar o nosso firme protesto.

Presidente. – On. Ferreira, sono stati dati in proporzione gli spazi a tutti i gruppi, sono stato elastico con tutti i gruppi, però al Suo gruppo non credo sarebbero spettati altri interventi. Onorevole, Lei può dire di no, ma questa è la situazione. Lei può non essere d'accordo, io rispetto il suo disaccordo, ma i conti sono stati fatti in maniera matematica, sono stati fatti dai servizi, quindi non dipende da me. Dipende soltanto da quella che è la situazione dell'Aula.

Le autorità competenti della Repubblica ellenica mi hanno trasmesso una richiesta di revoca dell'immunità parlamentare dell'on. Georgios Kyrtsos, al fine di avviare un procedimento penale nei suoi confronti dinanzi al tribunale di primo grado di Atene. Conformemente al regolamento, tale richiesta è inoltrata alla commissione giuridica del Parlamento, che è competente in materia.

8. Abstimmungsstunde

Presidente. – Procediamo ora alle votazioni.

Iniziamo con gli orientamenti sulle future relazioni tra l'Unione europea e il Regno Unito.

8.1. Leitlinien für den Rahmen für die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (B8-0134/2018, B8-0135/2018) (Abstimmung)

— *Prima della votazione:*

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor presidente, solo quería hacer una aclaración respecto a la votación que vamos a realizar sobre la objeción relativa a la lista de proyectos de interés común. Quería aclarar el efecto que tendrá esta votación: si la objeción sale adelante —cosa a la que animo a esta Cámara—, ello no significará que caigan todos los proyectos de la lista, incluidos los que ustedes consideren positivos, sino que la Comisión Europea nos tendrá que presentar una nueva versión de lista con menos proyectos de gas y, por tanto también, más proyectos eléctricos, que es lo que los firmantes hemos pedido en esta objeción.

Presidente. – Grazie on. Benito Ziluaga per il suo intervento, però ora iniziamo a votare sugli orientamenti sulle future relazioni tra l'Unione europea e il Regno Unito. La Sua osservazione riguardava una votazione successiva a quella che stiamo per avviare.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

8.2. Statistik des Eisenbahnverkehrs (A8-0038/2018 - Karima Delli) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung:*

Sven Giegold, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, with reference to Rule 190(4), we would like to postpone this vote. Before this vote, the ECON coordinators tried to get additional parliamentary control rights for our House in the nomination of ECB board members. Unfortunately, we have received a very disappointing answer from the Eurogroup today regarding our demands for more gender diversity and for more say from this House about who will become board members, and regarding the question of more competition and transparency in the selection process.

We hope for your support in order to put pressure on the Council to get more parliamentary say over the nomination of board members. Therefore, we should vote to postpone this vote for the nomination. We have every legal right to wait a bit longer.

(Applause)

Der Präsident. – Das ist ein Vertagungsantrag nach Artikel 190 der Geschäftsordnung. Nach Artikel 185 der Geschäftsordnung gibt es Gelegenheit für einen Redner, dagegen zu sprechen.

Brian Hayes, on behalf of the PPE Group. – Mr President, on behalf of our group, I would like to oppose the proposition that has been made that we should postpone this vote. And I'd like to set out the reasons why we should proceed with this vote and ask this House to confirm this nomination.

If we do not proceed with this vote and give an opinion on the proposal that has come from the Council, it means that the Council will not be able to make the appointment and a vacancy will continue. A vacuum will establish itself within the ECB. And I don't think any of us support that principle on the basis of the independence and the credibility of monetary policy within the ECB.

I would remind colleagues on all sides that the ECB has already given an opinion on this matter. The Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) has supported the nomination that is before this House today by a significant majority. We have had two hearings, one in camera and one public hearing, where the candidate has demonstrated an excellent understanding of monetary policy and also demonstrated a commitment to the European Union.

So it is our view that we should proceed with the vote because, if this House wants to be taken seriously, we should jealously guard all of the procedures that we have. We have followed the letter of the law. While there can always be improvements, and especially on the question of agenda – and that is a matter for Member States to improve – we should proceed with this vote and do the right thing for the long-term viability of the euro project.

(Applause)

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen und in Sonderheit Herr Giegold! Ich habe jetzt hier die Abstimmung übernommen und war etwas eilig. Normalerweise nehme ich jeden dran, der sich für die Gegenrede zu Wort meldet. Mir wurde dann gesagt, dass eine schriftliche Voranmeldung einer Gegenrede von Frau Kollegin Berès da war. Herr Giegold, wenn Sie da keine Bedenken haben? Ich danke Ihnen sehr.

Pervenche Berès, au nom du groupe S&D. – Monsieur le Président, c'est un moment aussi important pour les droits de ce Parlement européen. Je voudrais corriger mon collègue Brian Hayes, parce que le vote en commission des affaires économiques et monétaires n'a pas été un soutien large. Si vous comptez le nombre d'abstentions et le nombre de votes contre, ils étaient équivalents au vote en faveur, donc je ne pense pas que M. de Guindos ait eu une très grande majorité en commission des affaires économiques et monétaires. Mais je veux dépasser ce stade de notre débat car je connais l'importance pour notre institution de ce qui est en train de se jouer. Dans le respect des pleines compétences et de l'autorité de la légitimité de la Banque centrale européenne, nous devons renforcer la transparence, l'équilibre, le calendrier de désignation des membres de cette institution, au-delà de ce qui est écrit dans la lettre du traité. Et c'est pour cette raison que je tends une main aux autres groupes pour qu'ensemble nous continuions cette bataille comme institution unie vis-à-vis du Conseil, de l'Eurogroupe et du Conseil européen, pour que nous puissions obtenir, sur la base des six critères que nous avons définis au sein de la commission des affaires économiques et monétaires, une amélioration de la procédure, et j'espère avoir votre soutien en ce sens.

(Das Parlament lehnt den Antrag auf Rücküberweisung in den Ausschuss ab.)

8.3. Ernennung des Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank (A8-0056/2018 - Roberto Gualtieri) (Abstimmung)

8.4. Gemeinschaftsmaßnahmen zur Bekämpfung der Newcastle-Krankheit (A8-0026/2018 - Adina-Ioana Vălean) (Abstimmung)

8.5. Weitere Makrofinanzhilfe für Georgien (A8-0028/2018 - Hannu Takkula) (Abstimmung)

8.6. Einwände gegen die Delegierte Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 347/2013 in Bezug auf die Unionsliste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse (B8-0136/2018) (Abstimmung)

- 8.7. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung infolge eines Antrags Deutschlands – EGF/2017/008 DE/Goodyear (A8-0061/2018 - Ingeborg Gräßle) (Abstimmung)**
- 8.8. Personelle Zusammensetzung des Sonderausschusses für Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (Abstimmung)**
- 8.9. Der nächste MFR: Vorbereitung des Standpunkts des Parlaments zum MFR nach 2020 (A8-0048/2018 - Jan Olbrycht, Isabelle Thomas) (Abstimmung)**
- 8.10. Reform des Eigenmittelsystems der Europäischen Union (A8-0041/2018 - Gérard Deprez, Janusz Lewandowski) (Abstimmung)**
- 8.11. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2018 (A8-0047/2018 - Hugues Bayet) (Abstimmung)**
- 8.12. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2018 (A8-0052/2018 - Krzysztof Hetman) (Abstimmung)**

Der Präsident. – Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

9. Stimmerklärungen

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt werde ich mir erlauben, einige aufzufordern. Die Herren Caspary und Weber, Frau Bearder, Herrn Weidenholzer, Frau in 't Veld. Könnten Sie sich bitte beeilen? Die Kollegen scheinen das nicht zu hören.

Es folgen nun die mündlichen Erklärungen zur Abstimmung.

9.1. Leitlinien für den Rahmen für die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (B8-0134/2018, B8-0135/2018)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Момчил Неков (S&D). – Г-н Председател, Брексит ще донесе промяна в Европейския съюз както за гражданите, така и за бизнеса. За нас българите, както и за всички европейци, е важно в кратки срокове да се постигне споразумение, което да гарантира правата на гражданите, за да могат всички тези стотици хиляди европейци да живеят без притеснения за бъдещето си.

За последното десетилетие стокообменът между Великобритания и България се е удвоил на 1,2 милиарда евро на годишна база. Без споразумение след Брексит българският износ за Обединеното кралство, равняващ се на 500 милиона евро, е застрашен. В наш интерес е тази икономическа връзка да се запази поне на днешните нива.

Сигурен съм, че и другите държави поглеждат с притеснение върху развитието на търговските и политическите отношения с Великобритания. Трябва да се изостави езикът на политическите обвинения и да погледнем прагматично на бъдещите отношения между Европейския съюз и Обединеното кралство.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Mr President, with Ms Theresa May making it clear last week that the EU's access to the single market will be reduced, a hardening of the Irish border becomes inevitable. The risk is that this would be a step backwards in the peace process. The Good Friday Agreement strengthened the relationship between communities in Northern Ireland, between north and south, and across the Irish Sea, between communities that had been torn apart by violence and conflict. The Agreement was made possible because both countries were in the Union. The philosophy of it was that when you strengthen one of the relations, you strengthen all of them. The risk now is that by damaging one we can damage them all.

I therefore plead with the negotiators to be careful negotiating the future of the relations. I understand that every side is out to get as much as possible in the negotiations, but if we lose the peace, then the eventual gains are worth nothing.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, eu o să am o altă abordare. Legislația electorală britanică nu permite finanțarea străină și, până când nu avem certitudinea că rezultatele referendumului din iunie 2016 sunt legale, nu putem vorbi despre o viitoare relație Uniunea Europeană – Marea Britanie. De ce spun asta? Senatul american a detaliat modul în care agenții Kremlinului au finanțat campania pentru Brexit cu sute de milioane de dolari proveniți din spălare de bani.

Conform concluziilor Deutsche Bank și Poliției metropolitane, în perioada 2010-2014 a existat o infuzie considerabilă de capital rusesc în Marea Britanie. Comisia electorală din Marea Britanie a început investigarea omului de afaceri Arron Banks în legătură cu originea fondurilor care i-au permis să evite falimentul și să finanțeze Brexitul. Ca atare, nu avem certitudinea că acest referendum a fost corect și trebuie dusă până la capăt investigația privind finanțarea rusească.

Petras Auštrevičius (ALDE). – Mr President, I support this resolution as a blueprint for governing the future relations between the European Union and the UK after the UK's withdrawal takes place. It is important to provide maximum certainty for our citizens and businesses as soon as possible.

Thus, the resolution proposes setting up a well-defined governance framework for a comprehensive association and partnership. It highlights four main pillars for our future relationship, such as economic relations, foreign affairs, security and thematic cooperation. However, if the citizens' rights issues must be resolved on the basis of mutual respect and reciprocity, the future cooperation in the fields of security and defence should be based – and I hope it will happen – on the realistic assessment of European security needs.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Przede wszystkim chciałem wyrazić satysfakcję z przyjęcia sugestii zgłoszonych przez Komisję Kultury, którą miałem przyjemność reprezentować. Przypomnę, że naszym postulatem było wyraźne określenie w tych negocjacjach stosunku do programów takich jak między innymi Erasmus+. Wydaje mi się, że odseparowanie dwóch elementów – programów Erasmus+ dedykowanych młodym ludziom, ale także nauczycielom, od programów dedykowanych wprost nauce jest dobrym posunięciem. W związku z tym można było głosować za tymi rozwiązaniami bez żadnych wątpliwości. Jeszcze raz chciałem podziękować za przyjęcie sugestii przygotowanych przez Komisję Kultury.

Tibor Szanyi (S&D). – Szavazatommal támogattam ezt a fontos, az Európai Parlament szinte minden jelentős pártcsoportja által jelzett határozatot, amely azt bizonyítja, hogy az EU érdekei szempontjából a brexit kapcsán mindkét fél oldalán elkerülhetetlen veszteségek korlátozásában változatlanul az EP a leginkább következetes és felelős szereplő. Ezért is támogattam azt a tárgyalási célt, illetve EP-irányelvet, hogy az EU-brit kapcsolatok jövőjét lehetőleg egy korszerű társulási megállapodásban szabályozzuk, mégha a brit fél tárgyalási pozíciója ezt nem is teszi lehetővé.

A határozat megítélésem szerint azt is elősegíti, hogy az Európai Parlament a tárgyalási folyamat szoros felügyeletével biztosítsa, hogy a majdani kilépési megállapodásban érvényesüljön a kötelezettségek és jogok egyensúlya, szavatoljuk az egységes belső piac sértetlenségét, és az EU jogi és politikai alakítási döntési autonómiáját.

Jan Zahradil (ECR). – Pane předsedající, hlasujeme tady už poněkolkáté o úpravě vzájemných vztahů Evropské unie a Spojeného království po jeho odchodu z Evropské unie a já při každém tom hlasování mám pocit, že se v každé zprávě objeví několik podhozených požadavků, o kterých všichni víme, že budou pro druhou stranu, pro Spojené království, těžko přijatelné. Kladu si otázku, proč tomu tak je?

Nechci podléhat nějakému stihomamu, ale začínám mít dojem, že Evropský parlament to používá jako součást vyjednávací taktiky nebo že chce vyostřit tu situaci před nějakým případným konečným hlasováním anebo že dokonce, v tom nejhorším možném scénáři, ani o žádnou dohodu nestojí. Já bych si velmi přál, aby tady panovala vzájemná citlivost a abychom každou tuhle zprávu koncipovali a konstruovali natolik vyváženě, aby taková podezření nemohla vznikat.

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, we've had strong support for the resolution today from Members of this Parliament – the resolution on what the future relationship between the United Kingdom and Europe would be. I very much welcome the fact that the situation in Ireland has been underlined again in this resolution: that there should be no hard border between the north and the south in Ireland, and that the Good Friday Agreement in all its forms would be protected.

We are now approaching the 20th anniversary of the Good Friday Agreement: an Agreement that was ratified by an overwhelming majority of people, both the north and south of the island. It was supervised by Mr George Mitchell, US Envoy at the time, and indeed the European Union gave it its strong support and has continued to do that.

I very much welcomed the comments by the President of the Commission, Mr Juncker, yesterday when he said Europe stands with Ireland on this issue, and I think that's a very important statement, a very strong statement, and that situation needs to be protected as we move forward to the next phase of negotiations.

Ashley Fox (ECR). – Mr President, we welcome the acknowledgment of the importance of our relationship, our common values, our close connections and our historical links. We share the aspiration for a strong and effective partnership covering trade, foreign policy, internal security and areas of thematic cooperation, but we cannot support a resolution which ignores the parameters set out by our Prime Minister. To suggest that the best solution would be membership of the single market and customs union, to pay into the budget and to accept the jurisdiction of the ECJ is to call for EU membership in everything but name. That would mean undertaking all the obligations of EU membership but with no say, which would be neither democratic nor sustainable.

Differences remain and tough talks lie ahead, but I believe there is nothing preventing us from reaching a unique and mutually beneficial agreement, reflecting the new rights and obligations, apart from the political will and a sense of pragmatism. It is overwhelmingly in the interests of both the UK and the EU27 to have a unique deal with the freest possible trade and the closest possible security relationship. Let's make it happen.

Jiří Payne (EFDD). – Pane předsedající, dosavadní jednání s Velkou Británií vychází z představy, že Velká Británie doplatí na brexit. Ale když se podíváme na statistiky vzájemného obchodu, tak se ukazuje, že kontinent na brexit doplatí daleko více než Velká Británie. Naše podniky na kontinentě potřebují jasné a předvídatelné podnikatelské prostředí. Naléhavě potřebujeme znát informaci, jak to dopadne s volným obchodem. Naléhavě potřebujeme ujištění, že dohoda o volném obchodu s Velkou Británií bude uzavřena. Evropská komise svým vyjednáváním hazarduje s našimi osudy a prohlubuje negativní důsledky brexitu pro všechny.

Zoltán Balczó (NI). – Az Európai Unió büntetni akarja az Egyesült Királyságot, egyben elvéve más országok kedvét egy esetleges kilépéstől. Olyan feltételeket támaszt, amit a brit kormány nem fogadhat el. Megtartaná az Európai Unió Bíróságának joghatóságát a kilépés után is. Az ír-északír határ problémáját Donald Tusk úgy oldaná meg, hogy gyakorlatilag kiszakítaná Észak-Írországot az Egyesült Királyságból.

Az EU elvárja, hogy a britek a kilépés után is betartsák a közös adóügyi jogszabályokat. Az átmeneti idő lejártáig megtiltana más országokkal való szerződés megkötését. Ha az Európai Unió nem veszi figyelembe a britek méltányos érdekeit, akkor a kilépés szerződés megállapodás nélkül fog megtörténni. Ez pedig mindkét fél számára a legrosszabb lenne.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, thank you as usual on the swift and sure way in which you got us through this lengthy vote. The British problem, or from our perspective the European problem, is very simply stated. Right from the beginning we wanted to be in a common market, not a common government.

Even as late as February 2016, if David Cameron had been able to come back with any significant retrieval of power, it is clear that he would have won the referendum. But faced with the choice, the other 27 or the Commission, or from whatever breakdown, it was clear that people would rather lose the second-largest financial contributor than set the precedent that powers could float back rather than just upwards.

So we find ourselves now having to look for such a deal from the outside. I have to say, there were a lot of voices in this House that before the referendum used to argue for precisely that, particularly among my federalist friends who used to say we need to find associate status for the United Kingdom: in the market but outside everything else. I understand that people are affronted, that the referendum has jangled nerves, but surely that's still the best outcome for both sides.

9.2. Der nächste MFR: Vorbereitung des Standpunkts des Parlaments zum MFR nach 2020 (A8-0048/2018 - Jan Olbrycht, Isabelle Thomas)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Petras Auštrevičius (ALDE). – Aukšti Europos Sąjungos tikslai gali būti pasiekti tik garantuojant pakankamą tiek tradicinių, tiek naujųjų politikų finansavimą ir paramą joms. Solidari, lanksti ir į ateitį orientuoto Europos Sąjungos biudžeto politika gali suteikti reikiamą postūmį mūsų ekonomikų konkurencingumui, inovacijoms ir darbo vietų kūrimui. Pagaliau Europos Sąjungos biudžetas privalo būti susietas su Europos Parlamento rinkimais, t. y. penkerių metų politiniu ciklu, o ne europiečių gyvenimo biologiniu ciklu – 7 metais. Akivaizdu, kad valstybių narių tolimesnė ekonominė konvergencija, vidaus rinkų neiškraipymas ir pasiekiamų rezultatų išmatavimas bei skaidrumas privalo likti svarbiausiais Europos Sąjungos biudžeto planavimo principais. Europos Sąjungos daugiametis biudžetas privalo būti Europos Sąjungos politinių idėjų bei ambicijų įgyvendinimo pagrindas.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Wczoraj komisarz Oettinger wyraził zadowolenie z osiągnięcia 90 % zgodności między Parlamentem Europejskim a Komisją. Zawsze warto jednak zwrócić uwagę na to, co mieści się w obszarach rozbieżności, czyli w tych 10 %. Na szczęście okazuje się, że nie są to kwestie najważniejsze.

To, co jest kluczowe i co łączy Parlament z Komisją, to przede wszystkim zgoda, na przykład, na zwiększenie nakładów na obronność, na bezpieczeństwo utrzymania polityki spójności – polityki niezwykle ważnej, bo obejmującej samorządy terytorialne różnych szczebli, jak również na utrzymanie tak ważnych programów jak Erasmus+. To oczywiście szczegół w wielkim budżecie Unii Europejskiej, natomiast z punktu widzenia młodego pokolenia bardzo istotne jest, że stawiamy na edukację, na innowacje, na kreatywność. Za to chciałem serdecznie podziękować, zwracając się jeszcze raz do komisarza Oettingera o zadbanie także o te 10 %, bo choć nie są to kwestie kluczowe, mogą jednak w pewnych momentach okazać się istotne.

Jasenka Selimovic (ALDE). – Mr President, the next Multiannual Financial Framework will set the tone for our action after 2020, and I am sorry to say that we didn't seize the opportunity to reform how the budget is voted. I believe the budget should no longer be voted by unanimity in the Council. Unanimity means very often unsustainable compromises where every Member State competes to get the biggest rebate or to pay less. The EU budget is not, it should not be, the Christmas tree which every single Member States is decorating in its own way. It should, in contrast, reflect the priorities for the Union as a whole and it should enable us to close the democratic deficit. That's why I am sorry that we didn't take this opportunity.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök úr, Szavazatommal támogattam a 2020 utáni időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keretről szóló jelentést. Az Európai Unió politikai törekvéseihez megfelelő pénzügyi erőforrásokat is kell rendelni. Enélkül az euroskeptikus polulista erők további tényerését kockáztatjuk, és végeredményben az egész európai projektet. Ennek megfelelően kiemelten támogattam az Unió saját forrásainak növelését.

Aláhúzom továbbá a pénzügyi hatákonyság fontosságát is. Ezt egyrészt olyan programokkal lehet elérni, mint például az úgynevezett „okos falvak”, amely a többéves pénzügyi keret fő prioritásain keresztül egyszerre több területre is pozitív hatással lehetne. Másrészt nagyobb hangsúlyt kell fektetni az uniós források felhasználásának átláthatóságára, hogy ne történhessenek meg a magyar kormány által elkövetett nagy összegű csalásokhoz hasonló esetek.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já jsem hlasovala pro pozici Evropského parlamentu k finančnímu rámci po roce 2020. Již podle pozměňovacích návrhů, o kterých jsme dlouho hlasovali, je zřejmé, že jednání o společné pozici muselo být velmi složité.

Nakonec návrh obsahuje i návrh na prodloužení plánovacího období ze sedmi let na pět plus pět, tedy na deset let. To je ta část, se kterou já osobně plně nesouhlasím, protože se domnívám, že sedmileté období je optimální, máme s ním dobré zkušenosti. Na druhou stranu velmi oceňuji to, že Evropský parlament podpořil navýšení programu Erasmus+, který je klíčový pro mladé lidi, podpořil navýšení výdajů na bezpečnost a podpořil nakonec také jízdenku pro mladé od osmnácti let, která je takovým pilotním programem pro mládež Evropské unie. Oceňuji tedy práci kolegů na této zprávě, kterou jsem mohla podpořit.

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, I too am happy to support the proposals here today as we move forward into the next round of MFF. We know that, post Brexit, if we are at that point, the funding will be reduced considerably, by about 12 billion, and how we are going to fill that gap. I think it is important we look at this, and I know the Prime Minister of my own country when he was here recently said that Ireland would be willing to increase contributions to the European Fund, and that is important.

As a Member of the Committee on Transport Committee and Tourism I had an opportunity to try and influence and put wording into the proposals here. I think transport infrastructure, particularly if we are trying to address or are trying to improve territorial cohesion and address the peripherality issue for some Member States – I was speaking particularly about Ireland, which post Brexit will be further isolated geographically, and we need to address cooperation with third countries in this whole area of transport infrastructure.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhor Presidente, apoio esta proposta. As políticas de coesão e a política agrícola comum são fundamentais para uma Europa inclusiva e promotora da igualdade de oportunidades. Diminuir as suas dotações financeiras poderá intensificar o sentimento de descrença na União, abrindo espaço à proliferação de focos de populismo antieuropeu.

É absolutamente necessário reforçar o orçamento da União Europeia. A proposta de aumentar as contribuições dos países, numa percentagem que me parece absolutamente exequível, e dos recursos próprios deve ser o cavalo de batalha daqueles que querem continuar a consolidar a União Europeia.

No caso das regiões ultraperiféricas, que represento, importa assegurar o apoio a setores económicos vitais, como a pesca e a agricultura. Mas também o turismo, a investigação e a inovação são determinantes para que regiões como os Açores continuem a convergir económica e socialmente com a União Europeia. Aí se enquadram a manutenção e o eventual aumento do POSEI e a criação de um POSEI Pescas, fundamental para assegurar a política comum de pescas na região.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor presidente, hoy nos aproximamos a un cambio cualitativo en la forma de realizar y ejecutar los presupuestos europeos. Al mismo tiempo, nos encontramos en un punto crítico: la ciudadanía europea nos observa con la esperanza de que estos cambios incluyan a las personas en el centro de las políticas, ahora que se proclama por decreto una supuesta recuperación.

Esta esperanza solo tendría respuesta si el nuevo marco financiero plurianual asumiera e hiciera suyos los principios del pilar social, por ejemplo, presupuestando una renta mínima o presupuestando políticas de género e igualdad, en vez de aumentar las partidas de defensa y seguridad.

Esto sería posible si la Unión se dotara de un sistema robusto, progresivo y justo de recaudación y redistribución. Este, además, sería un marco creíble y aceptado si se adoptaran mayores medios de control político y ciudadano, un control ejercido de forma transparente.

Todo esto, lamentablemente, no ha quedado reflejado en la propuesta, a pesar de las medidas parciales y las buenas intenciones. Por eso, he votado en contra.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök úr, A 2020 utáni Európai Unió pénzügyi kerete fogja meghatározni azt, hogy milyen szerepet tölt be majd az EU a polgárok életében. Ezért fontos fenntartani a közös költségvetés jelenlegi forrásainak összegét az Egyesült Királyság kilépésének dacára. Azt gondolom, hogy a tagállamoknak is be kell látniuk: nagyobb hozzájárulásra van szükség, ha eredményeket akarunk elérni. A legfontosabb közös politikáink jelentik ugyanis a polgárok számára az EU-t. Ha csökken a kohéziós vagy a mezőgazdasági politika jelentősége, továbbá az EU nem tud értékelhető intézkedéseket előidézni a társadalmak számára fontosnak tartott területeken, akkor mi marad?

Az uniós intézmények fenntartása a polgárok szemében önmagában nem érték, csak akkor, ha azok megfelelő eszközök révén javítani tudnak az életükön, ezért akár a digitális gazdaságra, akár az elmaradott térségek felzárkóztatására, akár az európai élelmiszer-termelésre gondolunk, az EU és az európaiak jövőjéről beszélünk.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem si vědom toho, že jsme na jistém předělu, že je před námi spousta výzev. Proto jsem podpořil finanční stabilitu, směřování do budoucna a zároveň tedy podporuji kohezní politiku dlouhodobě, protože je to politika, která pomáhá naší soudržnosti a měla by být tím skutečným odrazem evropské politiky jako takové. Pro mě bylo podstatné, že v této zprávě byla zachována role kohezní politiky jako takové, že byl posílen Erasmus, což je velmi dobrý program pro mladé, a že jsme nadále schopni reagovat na výzvy jako brexit i na nové výzvy, které se promítají do rozpočtu. Já tu zprávu hodnotím jako celkově vyváženou, a proto jsem ji podpořil.

9.3. Reform des Eigenmittelsystems der Europäischen Union (A8-0041/2018 - Gérard Deprez, Janusz Lewandowski)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Przede wszystkim chcę zwrócić uwagę, że wysiłek zasypania dziury budżetowej, która powstaje po wyjściu Wielkiej Brytanii, rzeczywiście jest istotny i zasługuje na szacunek. Przy tej okazji warto jednak zwrócić uwagę na wysiłki podjęte w celu zreformowania tego całego zasobu dochodów, z jakich korzysta Unia Europejska. Na co zwracam uwagę? Przede wszystkim na zalecenie utrzymania obecnych zasobów własnych oraz stopniowe wprowadzanie nowych zasobów, które mogłyby się opierać na trzech kompletnie nowych elementach: przede wszystkim na wpływach z VAT-u w zmienionej formie, części dochodów z opodatkowania osób prawnych, rencie menniczej, czyli dochodach uzyskanych z banku centralnego pochodzących przede wszystkim z emisji pieniądza, ale także na podatku od transakcji finansowych, opodatkowaniu sektora cyfrowego lub podatkach środowiskowych. Bardzo istotne jest zwrócenie uwagi, że zasoby własne, czyli te 80% składające się z dwóch elementów podstawowych, są kluczowe i za to należy się szacunek tym, którzy opracowali niniejszy dokument.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Mr President, somewhere between 14 to 19% of the EU budget will be lacking when Brexit happens. It is obvious that this gap will be closed partly by raising the Member States' national contributions and partly by cutting some costs, but there is a risk that it will be difficult to close it completely. We therefore have to explore new possibilities to finance the Union, such as collecting revenues from the emission trading schemes. Getting own resources is also a possible way of solving the problem that occurs every year in the Council when 27 or 28 Heads of State fight over who will pay less and get a rebate. Getting own resources will strengthen the Union, increase its capacity and lessen the burden we put on our citizens.

Michaela Šojdřová (PPE). – Pane předsedající, stejně jako kolegové i já jsem podpořila návrh zprávy na reformu vlastních zdrojů také s ohledem na to, že musíme řešit dopady brexitu. Dalším důvodem je jistá nepřehlednost v systému financování rozpočtu. Shodneme se na tom, že je třeba zjednodušit, zpřehlednit příjmové strany rozpočtu, to je nepochybně na místě.

Nesouhlasila jsem, a tedy nehlasovala jsem, se zavedením některých návrhů na ekologické daně nebo podílu z daně z právnických osob. Tyto záležitosti nejsou dostatečně prodiskutované a je třeba je ještě daleko lépe zvážit. Na druhou stranu jsem souhlasila s výzvou, aby Evropská komise předložila příslušné právní předpisy týkající se DPH a návrh na reformování vlastního zdroje založeného právě na DPH v rámci nadcházejícího legislativního balíčku.

Petras Auštrevičius (ALDE). – Mr President, I support the proposed reform of the European Union system of own resources which, among other things, addresses the Brexit budget gap arising after the UK's withdrawal. Currently, national contributions based on the GNI resource represent around 83% of overall EU revenue which, regrettably, results in the 'fewer returns' logic which hijacks budgetary discussions in the Council, as everybody knows exactly how much they have put in.

The new own resources system will significantly reduce national contributions by Member States and would use a basket approach, reinforcing EU policies with added value. I believe this proposal would not only lead to more transparency, but, as well, a better understanding of the Union's budget to all our citizens.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, the European Union needs a stable financial environment. It is very regrettable that the enhanced cooperation on the financial transaction tax is shared only by 11 Member States. This tax could raise EUR 57 billion per year if implemented across the entire EU. This money could be dedicated to the personal and professional development of our citizens, resource the demographic revitalisation of our regions and substantially strengthen our social pillar.

This report, which I voted in favour of, invites the Commission to elaborate a new own resource for the Union budget. This rhetoric is good; however, we need to be realistic, otherwise enhanced cooperation will remain our lowest common denominator. We need, first of all, to create real incentives for the Member States to share more in order to get even more in return. Without mutual trust in the financial sectors, we will not be able to go any further than the enhanced cooperation.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, dacă Brexitul se va dovedi legal și nefinanțat de banii rusești, atunci va lăsa un gol care trebuie acoperit fără a reduce resursele Uniunii și fără a afecta finanțarea proiectelor europene. E foarte important să aducem banii pe care deja îi avem, dar sunt furați și mă refer la fraudă. Repet, numai fraudarea TVA-ului la fonduri europene este de cinci miliarde de euro pe an. Banii ăștia îi putem aduce înapoi. Trebuie să fie o prioritate combaterea fraudei vamale de asemenea, combaterea oricărui tip de fraudă.

De asemenea, bugetul trebuie să aibă politici cu valoare adăugată europeană și să coreleze veniturile cu obiectivele Uniunii, în special în domeniile pieței unice, energiei, mediului și transportului. E nevoie și de o reformă a resursei umane – viitorul finanțării Uniunii nu trebuie lăsat în mâinile unor persoane corupte. De aceea, propun să introducem regula: fără penali în Parlamentul European și fără penali în instituțiile europene, asta ca să avem o relație de încredere cu cetățenii.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, όπως ανέφερα και κατά τη συζήτηση, η Τρόικα στην Ελλάδα έχει επιβάλει μια σκληρή φορομπηχτική πολιτική μέσω των μνημονίων με ιδιαίτερα αυξημένο ΦΠΑ. Ειδικότερα έχει επιβάλει νομοθεσία η οποία κατήργησε το προνομιακό καθεστώς μειωμένου φόρου προστιθέμενης αξίας που ίσχυε στα νησιά του Αιγαίου. Ο χαμηλός φόρος προστιθέμενης αξίας βοήθουσε στην οικονομική ανάπτυξη των νησιών λόγω της απόστασης τους από την κυρίως Ελλάδα αλλά και λόγω του ανταγωνισμού από την Τουρκία, η οποία έχει ιδιαίτερα χαμηλό ΦΠΑ. Με βάση τα ισχύοντα σήμερα, η Λέσβος, η Χίος, η Σάμος, η Ικαρία και η Λέρος από την 1η Ιουλίου 2018 θα χάσουν επίσης το δικαίωμα του μειωμένου φόρου προστιθέμενης αξίας. Πρόκειται για νησιά που πλήττονται από τις τεράστιες μεταναστευτικές ροές, γι' αυτό λοιπόν πρέπει να διατηρηθεί ο μειωμένος φόρος προστιθέμενης αξίας σε Λέσβο, Χίο, Σάμο, Ικαρία και Λέρο και ταυτόχρονα να επανέλθει ο μειωμένος φόρος προστιθέμενης αξίας για τα νησιά του Αιγαίου.

9.4. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2018 (A8-0047/2018 - Hugues Bayet)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök úr, Szavazatommal támogattam a gazdaságpolitikai koordináció európai szemeszteréről szóló jelentést. Egyetérték annak a beruházásokról és a növekedésről szóló megállapításaival. Különösen arra vonatkozóan, hogy a termelékenység növelése érdekében több beruházásra van szükség a kutatásba, a fejlesztésbe és az innovációba, valamint a technológiai korszerűsítésbe. A gyermekgondozásba, a szociális lakhatásba, az oktatásba, képzésbe, egészségügybe, kutatásba, a digitális innovációba és a körforgásos gazdaságba való befektetések mindenképpen növelnék a termelékenységet és a foglalkoztatást.

A konvergenciát és a befogadást illetően szintén osztom a jelentéstevő véleményét, többek között az adórendszer és a nem foglalkoztatott, oktatásban és képzésben nem részesülő fiatalok vonatkozásában is. A jelentés kapcsán sajnálatos módon meg kell említeni azonban, hogy az abban megfogalmazottakkal a magyar kormány szöges ellentétben cselekszik, veszélyeztetve ezzel Magyarország uniós forrásoktól független, önálló gazdasági növekedését és a foglalkoztatás javulását.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, abbiamo curato un malato con farmaci scaduti che hanno peggiorato le sue condizioni e ancora vogliamo accanirci con la stessa ricetta?

Questo è quanto emerge dalla relazione: ci si focalizza sui vincoli di bilancio, sull'insufficiente implementazione delle regole di governance europea e sulla mancata applicazione delle riforme strutturali da parte dei paesi membri. Ma non si spende alcuna parola sull'inadeguatezza delle misure di austerità che hanno soffocato i cittadini e le aziende europee. Al contempo, si chiedono ulteriori sforzi e sacrifici per il consolidamento fiscale e per le riforme strutturali, ma non si spinge sulle politiche sociali e sulle misure per la lotta all'evasione e all'elusione fiscale, così come non si trovano riferimenti ad azioni correttive per la gestione di squilibri macroeconomici indotti da eccessivi surplus commerciali, come ad esempio in Germania.

Ora, se errare è umano, perseverare è un'altra cosa, e ritengo che fosse assolutamente necessario imprimere un'altra direzione alle scelte politiche e abbandonare il percorso che ha messo in ginocchio parte dell'Europa. Per queste considerazioni, il mio voto è stato negativo.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, previziunile economice ale Comisiei arată o continuare a creșterii economice într-un context politic în schimbare. Se așteaptă ca această creștere să se mențină atât în zona euro, cât și în Uniunea Europeană, la 2,1% în 2018 și la 1,9% creștere în 2019.

Ciclul semestrului european 2018 presupune armonizarea fiscalității europene și combaterea evaziunii fiscale. Bugetele Uniunii trebuie să ofere un stimulent pentru creștere durabilă, convergență, incluziune, astfel încât să putem crea condiții mai bune de muncă și de viață pentru cetățenii Uniunii.

Este foarte important, de asemenea, să investim în cercetare și inovare, pentru că numai așa vine progresul și duce la schimbarea și la mersul înainte al Uniunii Europene și al fiecărui stat în parte, și asta în toate domeniile.

9.5. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2018 (A8-0052/2018 - Krzysztof Hetman)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já jsem hlasovala pro zprávu Evropského parlamentu o provádění evropského semestru. Tato zpráva klade větší důraz na zaměstnanost a sociální kritéria. Roční analýzu růstu považuji za velmi důležitý nástroj, který členským státům poskytuje důležitou zpětnou vazbu pro to, na jaké oblasti se mají zaměřit a jaké reformy mají uskutečňovat.

Je potřeba větší flexibilitu pro pracovní úvazky a nezavrhnout ani typické formy zaměstnávání, pokud chceme skutečně pomoci k větší zaměstnanosti. Tyto formy také umožňují zaměstnancům sladit pracovní povinnosti s jinými. I tito zaměstnanci si ovšem zaslouží dostatečnou sociální ochranu. Proto jednou z největších výzev reforem bude vždy nalezení rovnováhy mezi flexibilitou a sociální ochranou. Nejdůležitějším nástrojem růstu však zůstává vzdělávání a samozřejmě i v digitálních technologiích, kde není dostatečná vzdělanost zaměstnanců.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in Europa ci sono quasi 19 milioni di persone senza lavoro, con picchi di disoccupazione assolutamente preoccupanti.

Inoltre il dato di 119 milioni di europei a rischio di povertà e di esclusione sociale è del tutto inaccettabile. La frammentazione del mercato del lavoro, le forme contrattuali precarie, senza tutela, finì a se stesse e del tutto inutili per un percorso occupazionale futuro, e ancora la presenza, non solo in Italia, del fenomeno del caporalato, impongono all'Unione europea e ai governi dei paesi membri misure efficaci e di lunga durata.

Apprezzo il fatto che nella relazione emerga una maggiore attenzione sugli aspetti sociali, e quindi si punti su un'adeguata protezione sociale attraverso il reddito minimo o un regime di indennità di disoccupazione. Purtroppo, però, ci sono anche delle criticità, a partire dalla supposta necessità di ulteriori riforme strutturali, al permanere della gabbia del patto di stabilità e crescita, sino all'aumento dell'età pensionabile. Proprio in questa considerazione, noi abbiamo dovuto votare «meno».

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το ευρωπαϊκό εξάμηνο μειώνει την εθνική κυριαρχία των κρατών μελών. Επί της ουσίας αποτελεί ένα εργαλείο ελέγχου της οικονομικής πολιτικής των κρατών και ταυτόχρονα ένα εργαλείο επιβολής του συμφώνου σταθερότητας. Υποτίθεται ότι τα κράτη μέλη έχουν πλήρεις αρμοδιότητες στο θέμα της απασχόλησης και στο πεδίο της κοινωνικής πολιτικής. Αυτό άλλωστε προβλέπεται και από την αρχή των δοτών εξουσιών που καθορίζει η Συνθήκη αλλά επίσης και από την αρχή της επικουρικότητας. Ταυτόχρονα λοιπόν η Ευρωπαϊκή Ένωση επεμβαίνοντας δεν θεσμοθετεί επί της ουσίας ούτε ελάχιστο ευρωπαϊκό μισθό ούτε ελάχιστο ευρωπαϊκό εισόδημα ούτε ελάχιστο επίδομα ανεργίας και φυσικά οι ρυθμίσεις που επιβάλλει με το ευρωπαϊκό εξάμηνο ούτε αντιμετωπίζουν την ανεργία ούτε μειώνουν τον κοινωνικό αποκλεισμό ούτε επιφέρουν κοινωνική δικαιοσύνη. Διατηρούν τις επισφαλείς θέσεις εργασίας. Είναι μία αποτυχημένη πολιτική.

Der Präsident. – Damit sind die Erklärungen zur Abstimmung geschlossen.

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 14.09 Uhr unterbrochen.)

PŘEDSEDNICTVÍ: PAN PAVEL TELIČKA

místopředseda

11. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 15.04)

12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

13. Internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität – die Bedrohung für öffentliche Dienstleistungen (Aussprache über ein aktuelles Thema)

President. – The next item is the topical debate (Rule 153a) on international cooperation in the fight against cybercrime – the threat to public services (2018/2627(RSP)).

Helga Stevens, Auteur. – Voorzitter, het internet is zo goed als onmisbaar geworden in zowat alle facetten van ons leven. We sturen een WhatsApp-berichtje naar een geliefde, plannen een route via Google Maps, kijken kattenvideo's op YouTube, doen online aankopen en betalingen. Kritieke infrastructuur, zoals bijvoorbeeld ziekenhuizen, kunnen niet meer functioneren zonder het internet. Kijk maar naar Eurocontrol: de communicatie van onze Europese luchtverkeersleiding maakt gebruik van dezelfde internetkabels als Facebook en Amazon.

Maar dat internet wordt ook gebruikt voor minder vrolijke zaken. Bijna dagelijks zijn er incidenten die stof leveren voor een goed filmscenario. Onlangs vergrendelden hackers bijvoorbeeld op afstand de elektronische sloten van alle kamers van een Oostenrijks hotel in ruil voor losgeld.

We zullen meer en meer geconfronteerd worden met allerlei vormen van cybercriminaliteit. Hierbij zijn helaas soms ook buitenlandse overheden betrokken. We zijn veel kwetsbaarder dan we denken. Daarom moeten nationale en Europese autoriteiten samen alles in het werk stellen om onze veiligheid online te garanderen voor vandaag, maar ook voor morgen. Wij moeten veel meer investeren in preventie, detectie en respons.

Ons wettelijk kader hebben we al versterkt. De nieuwe gegevensbeschermingsverordening zal de normen voor gegevensbescherming verhogen. Het voorstel van de Commissie inzake EU-certificering voor veilige ICT-producten eveneens. We streven bij voorkeur over de gehele lijn een hoge en internationale beveiligingsstandaard na.

Wij zullen er echter niet komen met wetgeving alleen, want die kan de razendsnelle technologische ontwikkelingen niet altijd bijbenen.

Europol, het Europese agentschap voor politiesamenwerking, zal binnenkort een expertisecentrum voor decryptie krijgen. Dat is goed nieuws. Dat moet kleinere lidstaten ondersteunen bij het kraken van versleutelde berichten. Hiermee kunnen ze cybercriminelen die anoniem proberen te blijven, sneller opsporen en aanpakken. Hiervoor krijgen ze vijf miljoen aan extra middelen van de Europese Commissie.

De nieuwe Europolbaas Catherine De Bolle verklaarde al dat de strijd tegen misdaad en terrorisme niet los kan worden gezien van de ontwikkeling en het gebruik van nieuwe technologie. Nationale overheden moeten ook beseffen dat ouderwets politiewerk hand in hand moet gaan met de omarming van technologische vernieuwing. Die bedenking geldt ook voor justitie. Terwijl criminelen de allerlaatste snufjes gebruiken, zijn politie en justitie vaak op achtervolgen aangewezen met gedateerd materiaal.

Maar we moeten ook kijken naar de burgers. Overheden moeten hen bewuster maken van de risico's van het internet, zodat ze alerter zijn voor diverse vormen van cybercriminaliteit. Ook moeten ze worden aangemoedigd om altijd een klacht in te dienen als ze het slachtoffer worden van bijvoorbeeld cyberpesten, fishing of hacking. Dat gebeurt veel te weinig, maar zonder die melding kan de politie niet in actie komen. Meldingen zijn dan ook nodig om beter zicht te krijgen op cybercriminaliteit, zodat we die gericht kunnen aanpakken.

Tot slot wil ik erop wijzen dat gegevens een waardevol goed zijn, niet alleen voor de particuliere gebruiker die ze wenst af te schermen, maar ook voor de politiediensten. Onze politie- en inlichtingendiensten hebben toegang tot gegevens nodig om misdrijven op te sporen en terreurcomplotten op tijd te ontdekken. Een te dogmatische zienswijze op privacy verhindert de politie en het gerecht om hun werk te doen. Dat is wat ik heb vernomen tijdens mijn werkzaamheden als co-rapporteur in de Bijzondere Commissie terrorisme.

Collega's, in het belang van onze burgers moeten we een goede balans vinden tussen privacy en veiligheid. Het is geen of-of-discussie, maar een en-en-discussie. Zowel privacy als veiligheid zijn belangrijk. Politiediensten moeten hun werk kunnen doen, namelijk ons beschermen tegen terroristen en criminelen, zowel offline als online.

Monika Panayotova, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, in 2017, internet access reached 51% of the world's population. Devices connected to the internet reach 8.4 billion worldwide. With the number of targets expanding at such rates, cybercrime is likely to become the world's number one threat, capable of causing serious economic damage estimated at no less than USD 6 trillion over the next two years alone.

Cybercrime and the criminal use of the internet violate privacy and human rights. They jeopardise the integrity of our data, attack the security of our critical infrastructures and seek to disrupt the provision of services vital for our security and economy. These are serious threats and they require our full and immediate attention. Already in 2013, the first EU Cybersecurity Strategy prioritised the fight against cybercrime. Since then, we have been constantly expanding the efforts we make to improve our resilience and our preparedness to counter these threats, so that citizens and businesses can fully enjoy the benefits of cyberspace.

Allow me to briefly outline some of the efforts which demonstrate the prominent place that the matter occupies on our political agenda. The ambitious Cybersecurity Package presented by the Commission on 13 September 2017 was followed by a set of Council conclusions and an action plan for their implementation. They emphasise the need to enhance the EU's capacity to prevent, deter and respond to cyber-attacks. In this regard, they encourage the exchange of best practices, investment in cybersecurity training, awareness raising and cyber hygiene. As part of this package, the Council has also started examining the proposal for a Cybersecurity Act that addresses the need for a strong and permanent mandate for ENISA, referred to as the EU Cybersecurity Agency, and for enhancing the EU cybersecurity certification to

promote the availability of secure products and services.

We are happy that the work on this file is progressing steadily in parallel with the work in Parliament. We are confident that the constructive dialogue will allow a swift closing of the negotiations and the timely adoption of the act. I would also like to recall that in September last year, the very first Digital Summit took place in Tallinn, allowing our political leaders to give strategic directions for future work in the digital domain. They confirmed the strong commitment of the European Union to fight cybercrime and the criminal use of the internet. This is part of the overall aim of making Europe a global leader in cybersecurity by 2025, in order to ensure the trust, confidence and protection of our citizens and businesses online.

Thus, it is not surprising that discussion has concentrated on the need to achieve the highest level of resilience for digital infrastructure, industries and services, to create a competitive advantage and to attract investment. This was further developed by the October 2017 European Council, which placed combating terrorism and online crime among the prerequisites for successfully building a digital Europe together with a common approach to cybersecurity.

I do not want to prolong my intervention, so I will limit myself to mentioning a number of other relevant initiatives including the EU Internal Security Strategy 2015-2020, which also prioritised the prevention of and fight against cybercrime as one of the three priorities of EU internal security. Secondly, the EU Policy Cycle, which is aimed at tackling the most important threats to the EU posed by organised and serious international crime, including cybercrime. I could also mention cyber dialogues between the European Union and key international partners, as well as cyber diplomacy on which the Council adopted conclusions in June 2017 towards a joint EU diplomatic response to malicious cyber activities.

Very positive news is that, on 9 March 2018, Ministers reached a general approach in the Council on the directive on combating fraud and counterfeiting of non-cash means of payment. The Directive aims to update the current rules to ensure that a clear robust and technology-neutral legal framework is in place. It also eliminates operational obstacles that hamper investigations and prosecutions and provides for actions to enhance public awareness of techniques such as phishing or skimming. Trilogues are now ready to start as soon as you have your mandate from Parliament's side.

Finally, let me conclude by briefly mentioning that in May this year, we expect Member States to finalise the transposition of the 2016 NIS Directive. It is the first legislative act that seeks to achieve a high common level of security of network in the information systems within the European Union and to improve the functioning of the internal market by creating trust. Let us keep in mind that strong and trusted encryption is of high importance, not only for establishing and maintaining such trust, but also for assuring respect for human rights and fundamental freedoms. Their protection, including in cyberspace, is our paramount task and joint responsibility.

Julian King, *Member of the Commission*. – Mr President, as we have heard, today it is not just computers and phones that are connected, but our homes, hospitals, governments, electricity grids, the news we read and the cars we drive. So we have to take cyber-attacks against our systems very seriously.

They can have a huge economic impact. We have heard some of the examples. Bank and credit card fraud in the eurozone alone amounts to some EUR 1.5 billion a year. Every month, one in five industrial computers are attacked. Aviation systems are subject to an average of 1 000 cyber-attacks a month.

But the threat continues to evolve and change. It is becoming more strategic. Cyber means have been used to undermine democratic institutions, to spread disinformation and to cast questions over elections. The internet of things means that tens of billions more devices are going online. This will inevitably create a huge number of extra potential vulnerabilities, and at the same time potential new tools to perform cyber-attacks. So what from the Commission side are we proposing to do about this?

First of all, we continue to support Member States in the implementation of the NIS Directive, as we have heard, ahead of the transposition deadline in May.

This will ensure operators of essential systems assess risk, prepare a strategy, and properly protect their systems. Some Member States are also extending these measures beyond the critical sectors already set out in legislation to other sectors at risk, in particular public administrations. The NIS Directive will also boost national capabilities and competence to promote the exchange of information about threats and incidents.

In parallel, we are continue the implementation of the action set out in the cybersecurity package presented last September, based around strengthening resilience, creating effective deterrents and reinforcing international cooperation. The Cyber Security Act, which this House and the Council are currently discussing, focuses on making us more resilient. It aims at giving ENISA a permanent mandate and it is setting up an EU-wide framework for cybersecurity certification systems, again as we have heard.

From the Commission side, we are convinced that a European certification process is an important step towards creating security by design. The Commission, the European Parliament and the Council have agreed that this is a priority file and it is of paramount importance that negotiations are concluded within the current mandate of Parliament.

Making us more resilient also means making sure the EU retains and develops essential capabilities to secure its digital economy infrastructure and society and democracy.

To this end, we have announced the creation of a network of European cybersecurity competence centres to reinforce capabilities across Europe and overcome the current fragmentation of research, with the cybersecurity research and competence hub at the heart of that.

The network should bring together research and expertise in cybersecurity from across the European Union and lead to the scaling-up of existing research and technological capacities in the competence centres in Member States, while making sure that research is transformed into specific products and services that will directly increase our cybersecurity.

On 1 February, the Commission launched a call for proposals for a EUR 50 million pilot project to support the creation of this network, an important step in its development. However, as we stressed in our joint communication last September, it is crucial to complement our efforts to build resilience with efforts to build effective deterrents.

We need to make sure that cybercrime does not pay. That means making it easier to detect and easier to prosecute. As long as there is little or no chance of getting caught, cybercrime will remain an all-too-attractive option for criminals and hostile governments alike. We have already proposed a directive to strengthen the ability of law enforcement authorities to combat fraud and the counterfeiting of non-cash means of payment.

To tackle barriers to prosecution, we are also working on a legislative proposal on obtaining electronic evidence for criminal investigations and prosecutions. Over the last two years we have carried out an extensive consultation process and conducted an impact assessment. This issue is complex and requires a carefully balanced approach, having an efficient instrument from law-enforcement point of view, while ensuring full respect for fundamental rights, data protection and ensuring legal certainty for business. I am confident that we will soon present a solid legislative proposal for consideration by the co-legislators.

In parallel, we are advancing work on our practical measures to simplify cooperation between judicial authorities and cooperation between our law-enforcement authorities and service providers, based on the existing legal framework. This includes cooperation inside the European Union and with our key international partners, notably the United States.

The Commission also actively participates in the ongoing preparatory work in the Council of Europe on the possible additional protocol to the Budapest Convention on Cybercrime, which will deal with cross-border access to e-evidence.

On the side of operational efforts that have been underlined, we are beefing up capacity at Europol's Cybercrime Centre. Law-enforcement capacities need to keep pace with fast-changing technological tools and cybercriminals' ways of working. This means more cooperation and sharing of experience and reinforced cyber-forensics and detection capabilities.

A strong cooperation framework with external partners is of the utmost importance, given the global nature of the threat. The Europol Cyber-crime centre provides technical and forensic support to a number of international investigations which have led, for instance, to the take-down last summer of two of the largest criminal dark web markets.

Aside from making ourselves more resilient and building more deterrents, we need stronger international cooperation to make cyberspace stable and secure. This is why the cybersecurity package has an important international dimension.

In order to shape this international cooperation, the EU has ongoing cyber-dialogues in place with the United States, Japan, India, South Korea, China and Brazil. Through these cyber-dialogues, the EU promotes the application of existing international law, the implementation of universal norms of responsible state behaviour, and regional cyber-confidence-building measures, as well as the international cooperation through the Budapest Convention on Cybercrime.

The dialogues allow for the enhancement of cooperation with third countries to strengthen global cyber-resilience and the multi-stakeholder model of internet governance, as well as to advance the protection of human rights and fundamental freedoms. They contribute to global cyber-stability, including through the exchange on responses to malicious cyber-activities that should encourage cooperation, facilitate mitigation of immediate and longer-term threats, and influence the behaviour of potential aggressors.

On all these proposals my colleagues and I are actively working with you for the speedy adoption and implementation of initiatives on the ground, and look forward to continuing this fruitful cooperation, to the benefit of all our citizens.

Roberta Metsola, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, let me start by thanking you, Commissioner, for your work on this issue. You will find us as a strong partner to continue to work forward on such an important subject, because the spike that we witnessed in online crimes over the last years should concern us all.

Cybercrime and criminals have become more organised, more brazen and more serious. They are using the very tools that we have created to make people's lives easier against us. We have seen computer systems that we thought impregnable hacked. We have seen the spread of government-controlled social media trolls blur the lines between propaganda and views. There are still too many credit cards and identities stolen and far too many children remain exploited.

Tools created for the good of mankind, and which are largely used for good, are being abused, and we must respond by closing the loopholes. With the increasing number, nature and gravity of cybercrime, with the increasing prevalence of the dark net, we need more and better coordination between Member States at international level, as well as with the private sector, to protect EU citizens, companies and our critical infrastructure.

We need to ensure that our law enforcement authorities are provided with the necessary tools, resources and staff in order to effectively investigate and prosecute cybercrimes, and that this is done in full respect of fundamental rights and privacy expectations. From here, let me call on the Member States which have not yet done so, to ratify the Council of Europe Convention on Cybercrime – as we call it, the Budapest Convention. We have to work together and, of course, we need Europol, CEPOL, Eurojust and ENISA to be granted sufficient resources and tools in order to allow them to build the necessary capabilities to cope with the increasing workload and to continue their valuable work in the area of cybercrime.

Finally, together I know that we can find the solutions that keep people and companies secure online and respect citizens' privacy, and go after the criminals who think that they can mask their identities.

(The President cut off the speaker)

Петър Курумбашев, *от името на групата S&D*. – Г-н Председател, първо позволете ми да поздравя инициаторите на тази дискусия – нашите колеги от ЕКР. Наистина много необходима дискусия в подходящото време. Подходящото време е, защото Европейската комисия внесе своите предложения, особено по отношение на мандата на ЕНИСА – Европейската агенция за киберсигурност. То е амбициозно, прави този мандат постоянен. От друга страна, бих казал, че може да се иска много повече.

Много съм впечатлен, че ние сме почти в парадоксалната ситуация, в която държавите членки, които са най-напред в своята киберсигурност, препятстват това Европейската агенция за киберсигурност да бъде по-силна. Имаме държави членки, които имат своите служби с 600, някои с 1000 служители в тази област. В същото време Европейската агенция за киберсигурност има 50 човека и с това предложение за удвояване на бюджета предполагам, че най-много може да стигне до 100 човека като капацитет.

От друга страна кой друг би могъл да организира отговора на европейско ниво, когато има атака, кибератака към повече държави членки? Кой, г-н Комисар, в момента е отговорен, ако ние имаме атака от типа на „Wan’a sry“ върху двадесет държави членки? Или ние ще оставим този въпрос всяка държава да го решава поединично и да се спасява поединично. Имаме в момента отделни държави членки, които имат добре развити структури, и има други държави членки, които изобщо не слагат сериозно внимание върху организирането на своите киберслужби.

Следващият въпрос, който стои, е въпросът за стандартизацията: дали европейските държави ще успеят да се споразумеят да имат свой сертификат, основан на сериозни международни стандарти, и дали този сертификат ще бъде толкова добре отворен, че ще може да бъде ползван не само в Европейския съюз, а и сред нашите партньори от Съединените Щати, Индия и други държави.

Monica Macovei, *în numele grupului ECR*. – Domnule preşedinte, creşterea treptată a popularităţii monedelor digitale a atras după sine creşterea criminalităţii informatice, pentru că le oferă hackerilor controlul asupra acestor контури virtuale.

Аş vrea să mă refer la un aspect specific: la Bitcoin şi la OneCoin. Bitcoin este una din acele претендирани монети digitale, care de fapt nu există, care nu este вregistrată la нicio autoritate competentă, care este promovată de fondatorii сăи ca o монета digitală ce va вбогати инвеститорите в timp, внсă nu există нicio довада а acoperirii в bani а acestei монети virtuale. Bitcoin nu poate fi folosită, pentru că nu pot fi efectuate plăţi şi este doar un instrument de speculă. O schemă Ponzi folosită de companii precum OneLife Network Ltd, cu sediul в jurisdicţia offshore din Belize. Dacă ne uităm pe site, vedem că e temporar вчhis.

Acum, OneCoin este Bitcoinul regional şi este o монета, de asemenea, care nu există. Există, de exemplu, regional в Moldova, в Bulgaria şi в România – se fac investigaţii. Este вандут de o реtea criminală, care funcţionează pe un sistem piramidal şi care se numeşte OneLife.

Nathalie Griesbeck, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, en effet, l’internet nous offre à la fois de belles et de très nombreuses opportunités dans le quotidien, mais en même temps de violentes et de nouvelles menaces, et en particulier la menace majeure qu’est la cybercriminalité. La cybercriminalité se multiplie – les collègues l’ont rappelé – et en très grand nombre. Cela nous affecte tous, dans les services publics. Je pense à l’attaque de WannaCry qui a été un exemple qui nous a mobilisés et qui est donc à suivre en ce qui concerne la protection. Il n’y a pas de frontières pour la cybercriminalité. Quel est notre rôle?

Premièrement, face aux États membres, peut-être leur demander de mettre en œuvre très rapidement le cadre européen concernant la protection des données. Cela nous permettra de restaurer la confiance des citoyens.

Deuxièmement, sensibiliser les citoyens aux petits gestes, mais aussi à la prise de conscience de l’importance de se protéger sur l’internet et de protéger l’internet des objets à travers ce qu’on appelle la cyber-résilience et, troisièmement, doter les autorités judiciaires et répressives de capacités et de ressources économiques et humaines suffisantes pour lutter efficacement contre cette menace, notamment par l’intermédiaire du Centre européen de lutte contre la cybercriminalité d’Europol. Je salue, à cet égard, Monsieur le Commissaire, le paquet «cybersécurité», présenté par la Commission. Il convient aussi de réformer – vous l’avez dit – l’agence ENISA pour se doter en Europe d’une agence forte en matière de cyberdéfense et, enfin, de protéger nos infrastructures, nos réseaux et les contenus. À cet égard, le rôle des entreprises est majeur. Seuls, nous ne pouvons pas agir uniquement au niveau public. Les entreprises doivent confectionner des objets sécurisés, savoir évaluer, sécuriser, appréhender les vulnérabilités qui menacent les produits ou les services et aussi signaler systématiquement les cyberattaques. Il est crucial aussi de travailler au chiffrement – je sais que c’est un thème sensible – dans la confection des outils pour garantir la sécurité et l’intégrité des réseaux en respectant les libertés. Allons plus fort et plus vite ensemble!

Jan Philipp Albrecht, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Sehr geehrter Herr Kommissar King, sehr geehrte Ratspräsidentschaft, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren das Thema *cybercrime* und Cybersicherheit ja nicht zum ersten Mal. Die Debatte hält schon einige Zeit an, wir haben in diesem Haus viele Resolutionen mit einer ganzen Reihe von Anforderungen verabschiedet. Wir haben auch viele Gesetze auf den Weg gebracht, die wichtig sind und die große Fortschritte sind. Trotzdem werden in jüngster Vergangenheit und die ganze Zeit immer wieder selbst bestgeschützte Netzwerke von Regierungsinstitutionen und Behörden gehackt, und es wird ganz offensichtlich, dass wir einen Riesennachholbedarf haben. Ich möchte einfach mal zehn Forderungen kurz zusammenfassen, wo ich glaube, dass wir wirklich endlich etwas tun müssen.

Erstens brauchen wir im Rahmen der ENISA-Reform, der gemeinsamen Verordnung zu einem *cybersecurity act*, verpflichtende Mindestanforderungen für IT-Produkte. Wir bekommen Jahr für Jahr auf dem europäischen Markt eine ganze Ladung von Produkten, die dem Mindestmaß an Standards für Sicherheit überhaupt nicht entsprechen. Wir haben keine solchen verpflichtenden Standards. Das muss sich ändern! Wir brauchen eine Haftung. Wenn Lücken überhaupt nicht geschlossen werden, muss klar sein, dass es auch eine Haftung gibt, die die Unternehmen trifft, die solche Lücken auf den Markt bringen. Es darf keine staatlich geförderte Unsicherheit geben. Es kann nicht sein, dass unsere Behörden Sicherheitslücken aufkaufen, um sie zu nutzen, dabei aber Lücken verschweigen und damit verhindern, dass die Infrastruktur nachgebessert wird.

Eine sichere Infrastruktur geht vor. Wir müssen Lücken erschließen statt verschweigen, und es muss auch nicht immer alles ins Internet. Ich glaube, wir müssen bei den Weiterentwicklungen von Technologie sehr darüber nachdenken, ob man wirklich alles immer mit dem Internet verbinden muss, oder ob es auch Möglichkeiten gibt, da Trennungen vorzuziehen. Außerdem müssen wir Produkte überprüfbar machen. Wir brauchen Personalprofis, die bezahlbar sind. Das sind Punkte, die wir definitiv angehen müssen. Wir brauchen eine Cyberstrategie, bei der auch die Netzkompetenz von Polizei und Justiz deutlich ausgebessert wird. Wir brauchen offene, überprüfbare Standards, die unsere Aufsichtsbehörden überprüfen können. Es ist ein Skandal, dass viele Behörden nicht einmal wissen, was in den Systemen auf ihren Rechnern passiert.

Jiří Maštálka, *za skupinu GUE/NGL*. – Pane předsedající, pojmy jako hacker a kybernetika se používají v dnešní době denně. Státy se vzájemně osočují z napadání různých internetových serverů nebo ovlivňování voleb. Někteří odborníci mluví o takzvané studené kybernetické válce. To, že kybernetických útoků neustále přibývá a s největší pravděpodobností dále bude, to je realita.

Otázka je, zda je možno se na ně účinně připravit, případně jim předcházet. Mezinárodní výměna zkušeností na tomto poli je zcela zásadní. Problematika kyberbezpečnosti je však složitá. Internet je živý organismus, který si najde svou cestu, a obávám se, že bude vždy krok napřed před námi politiky. Pravidla je třeba nastavit vyváženě, aby nedocházelo k porušování základních práv občanů, jako je svoboda slova. Ale nemůžeme připustit likvidaci svobody internetu a záměrné špiclování občanů. Regulace není totéž co cenzura. Stojí před námi obrovský úkol, na jehož konci musí být zvýšení bezpečnosti našich občanů.

Auke Zijlstra, *namens de ENF-Fractie*. – Voorzitter, slimme internetcriminelen hacken regelmatig apparatuur en zo'n hack heeft vaak grote gevolgen. De Nederlandse Tweede Kamer vroeg daarom vorig jaar aan de Nederlandse regering om het internet der dingen beter te beveiligen. Ik heb daarop onmiddellijk aan de Europese Commissie gevraagd of een dergelijke eenzijdige maar verstandige maatregel wel op die manier kan worden genomen.

En: dat verbaast u niet, dat kan dus niet. Het moet Europees. De Commissie wil als maatregel tegen hacken verdergaande censuur op internetplatforms en weer een Europees agentschap vol met ambtenaren. Dit, Voorzitter, is Brussel ten voeten uit. Het maakt niet uit hoe kostbaar of hoe slecht een oplossing is, als het maar Europees is.

Voorzitter, het is onterecht dat de lidstaten geen zelfstandige maatregelen kunnen nemen. Ook op dit gebied kunnen lidstaten beter, sneller en alerter optreden dan Brussel. Wellicht kunnen we dan nog wat internetvrijheid behouden.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, στις αρχές του 21ου αιώνα προστέθηκε στις απειλές που υπήρχαν μέχρι τότε στα διάφορα κράτη και άλλη μία: οι επιθέσεις στον κυβερνοχώρο. Αν και γενικά δεν υπάρχει ένας καθολικά αποδεκτός ορισμός του κυβερνοχώρου, αυτός μπορούμε να πούμε ότι αποτελείται από το σύνολο των ηλεκτρονικών υπολογιστών, των δικτύων, το διαδίκτυο, των εγκαταστάσεων και των τηλεπικοινωνιακών δυνατοτήτων ενός κράτους. Οι απειλές που είναι δυνατόν να προέλθουν στον κυβερνοχώρο είναι επιθετικές οι οποίες έχουν ως στόχο να καταστρέψουν ή να δημιουργήσουν προβλήματα στη λειτουργία των προαναφερθέντων μέσων. Επειδή οι δυνατότητες στο διαδίκτυο είναι πολύ μεγάλες, πολλές χώρες αντιμετωπίζουν τον κυβερνοπόλεμο ως απειλή κατά της ίδιας της υπαρξέως τους και γι' αυτό τον έχουν εντάξει και στις στρατηγικές

τους προτεραιότητες. Για να μπορέσουμε να ανταποκριθούμε σε αυτές τις απαιτήσεις, πρέπει τα κράτη να φροντίσουν ώστε οι υπηρεσίες άμυνας στον κυβερνοχώρο να συνεργαστούν μεταξύ τους, να ανταλλάσσουν πληροφορίες και κυρίως να κάνουν ασκήσεις ούτως ώστε να αποκτήσουν την απαιτούμενη εμπειρία για να αντιμετωπίσουν το πρόβλημα.

Емил Радев (PPE). – Г-н Председател, информационните и комуникационните технологии предоставят не само възможности за развитие на обществото и икономиката, но и предизвикателства пред европейската и международната сигурност. Според редица анализи, следващата криза на сигурността ще бъде породена от използването на новите технологии като оръжие срещу критичната инфраструктура или дори за военни цели и се предполага, че ще доведе до огромни икономически и социални щети. Тук не говоря единствено за кибератаки, спонсорирани от определени държави, а за атаки дори от отделни индивиди, притежаващи уменията да нанесат вреди.

Това налага засилване на международното сътрудничество с цел преодоляване на ефекта от киберпрестъпност, кибератаки, електронен шпионаж и други. Регионални инициативи и мерки, като киберцентъра на Европол, заедно с технологичните компании, следва да задълбочат дебата в рамките на ООН за създаване на международен кодекс за поведение за държавите в киберпространството, както и да координират усилията в предотвратяването и разследването на кибератаки, включително чрез обмен на информация.

В този контекст е изключително важно колкото се може повече държави, не само от Европа, да се присъединят и ратифицират Конвенцията от Будапеща за киберпрестъпленията. А защо не дори да се започне работа по конвенция на ООН за борба срещу киберпрестъпленията. Време е да разберем, че киберпрестъпленията са реалност! Те изискват и реални контрамерки.

Nicola Danti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, le crescenti opportunità di connessione e di diffusione delle informazioni, il sempre maggiore utilizzo dei prodotti e dei servizi digitali e l'Internet delle cose hanno un impatto positivo su ogni aspetto della nostra vita quotidiana. D'altro canto espongono anche a nuovi pericoli e accrescono la vulnerabilità dei servizi pubblici, perché capaci di attraversarne confini e frontiere.

La sottrazione di dati sensibili, i casi crescenti di frodi nei pagamenti, la diffusione di materiale dal contenuto illegale e gli attacchi cyber su vasta scala, che hanno riempito le cronache dei giornali, dimostrano che le nostre società non sono ancora sufficientemente attrezzate per difendersi da questi rischi.

La direttiva NIS è stato il primo provvedimento sul tema della sicurezza informatica, con il quale ci si è posti l'obiettivo di garantire la resilienza delle infrastrutture strategiche, aumentarne il coordinamento nella prevenzione e nella risposta alle minacce cibernetiche: un passo in avanti di cui già apprezziamo i benefici, ma che non può dirsi all'altezza delle sfide a causa delle reticenze degli Stati membri.

Un anno dopo l'approvazione della direttiva sulla sicurezza delle reti, abbiamo in questi mesi un'altra occasione per irrobustire il sistema di *cybersecurity*, e di farlo in maniera coordinata attraverso un nuovo atto europeo su cui stiamo lavorando, che dovrà raggiungere due obiettivi ambiziosi. Il primo: il rafforzamento dell'agenzia dell'Unione europea per la *cybersecurity*, l'ENISA, con maggiori risorse e con poteri operativi. Il secondo: la creazione di un nuovo sistema di certificazione paneuropeo per garantire la sicurezza dei prodotti e dei servizi digitali, capace quindi di aumentare la fiducia nei consumatori che ogni giorno utilizzano beni e servizi connessi.

Solo investire in risorse e competenze in questo campo potrà far sì che il mercato unico digitale sia capace di consegnare a cittadini e imprese un sistema più sicuro e affidabile.

Evžen Tošenovský (ECR). – Pane předsedající, digitální systémy pronikají do všech oblastí života, včetně veřejných služeb. Stáváme se na nich závislí. Hranice mezi kritickou a nekritickou infrastrukturou je stále méně zřetelná, plně autonomní systémy a 5G sítě se již brzy stanou realitou. Ochrana proti kybernetické kriminalitě je proto zásadním úkolem a základem musí být robustní spolupráce na evropské a mezinárodní úrovni. Členské státy Evropské unie mají své profesionální systémy a postupy. Ale potřebujeme prohloubit koordinaci a výměnu informací v rámci evropského ekosystému. Budeme diskutovat roli agentury ENISA, je zde i dimenze spolupráce policejních a justičních orgánů, včetně agentur EUROPOL a EUROJUST.

Ale nelze vytvořit „pevnost Evropa“, kybernetická kriminalita nerespektuje hranice. A o to důležitější je proto mezinárodní spolupráce s našimi euroatlantickými spojenci, ale i se zeměmi, jako je Izrael nebo Jižní Korea.

Urmas Paet (ALDE). – Mr President, cyber security has become a part of global affairs and the threat is real, with possible lethal consequences. Imagine the consequences of a successful cyber attack on a nuclear plant, on an air-traffic control facility or on a hospital.

There are more and more network disruptions for political purposes, and various state actors have been involved in malicious cyber activities in pursuit of political, economic or security objectives, including attacks on critical infrastructure, cyber espionage and disinformation campaigns. Because of this, we need to update European cyber defence capabilities, we need more cooperation among Member States, the EU, NATO and other like-minded countries. We need to build trust. We need to train more experts in cyber defence. We need more joint exercises and we also need to improve accountability, which requires further development of a common understanding of the international law applicable to cyberspace.

The next attack might create far more damage than we have seen so far, and every future conflict can have a cyber dimension.

Indrek Tarand (Verts/ALE). – Mr President, let me fire my salvo. Currently intelligence agencies like the NSA have a habit of hoarding security vulnerabilities and exploits in order to gather intelligence. This means that they don't disclose these vulnerabilities in a timely manner to the manufacturers of the affected products, who thus remain unaware and can't immediately patch their products and services.

Unfortunately, this modus operandi relies on the hope that these vulnerabilities are not discovered in parallel by anyone else, which is not very probable, especially if enough time goes by. This in turn makes everyone vulnerable, be it to attacks from a hostile nation-state or cyber criminals.

Due to the nature of digital technologies themselves we are either all secure or none of us are.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Wczoraj odbyliśmy debatę na temat wieloletnich ram finansowych. Cieszyła zgodność między Parlamentem a Komisją co do uznania bezpieczeństwa jako jednego z najważniejszych elementów właśnie tej perspektywy finansowej. Dziś rozmawiamy o cyberbezpieczeństwie. Musi ono zostać uznane za zadanie kluczowe, w innym wypadku nie odniesiemy bowiem sukcesu. Wciąż brakuje nam czasu, konsekwencji, determinacji, a zwłaszcza skuteczności w definiowaniu samego problemu.

Zwrócę uwagę na fakt, że cyberbezpieczeństwo wiąże się z atakami na programy, z zadaniami pozyskiwania informacji w sposób nieuprawniony, z różnymi wirusami, również z podszywaniem się pod osoby nieuprawnione czy z kradzieżą informacji, a przede wszystkim z zagrożeniem bezpieczeństwa – bezpieczeństwa obywateli i podmiotów gospodarczych. Na co chcę zwrócić teraz największą uwagę? Jeżeli nie rozstrzygniemy, nie odniesiemy sukcesu w ochronie obywateli i podmiotów gospodarczych, bezpieczeństwo Europy zostanie poważnie zagrożone. A ono już jest poważnie zagrożone. I jeszcze jedno na koniec: nieprzerwanie uważam, że lekceważenie tej problematyki, również od strony technologicznej, sprzyja niestety przeciwnikom Europy, integracji europejskiej, a także naszemu bezpieczeństwu.

Miriam Dalli (S&D). – Mr President, we have been hearing today that digital technologies are an integral part of our daily life and the backbone of our economies. This makes it more crucial for the European Union to continue to equip itself with strong cybersecurity legislation, whilst investing in further research on how to protect citizens online. I believe that this is our opportunity to train young ICT experts who can combat this phenomenon and the crimes we are facing now and also the crimes of the future.

Cybersecurity is not about infrastructure alone. It is also about educating users on the risks that they will be facing in cyberspace. The matter is more urgent since a number of public services across the EU are now available online. All it takes sometimes is just a click of a button or a password that is too easy to crack. My message today to the Commission and European governments is that it is not enough to arm yourselves with unhackable infrastructure. Educate citizens to think then click, not the other way round.

James Nicholson (ECR). – Mr President, the European Union has rightly prioritised the issue of cybersecurity, in my opinion, for some time. Cybercrime is costing the EU citizens and businesses throughout. The Barroso Commission in 2013 said one of the strategic priorities on cybersecurity was to drastically reduce cybercrime. This remains a noble aim. But sadly, the reality is that cybercrime has grown five times within the last four years, and this is expected to grow even further in the coming years. We need to ensure our intelligence agencies and police forces across Europe have all the necessary tools and comprehensive policy framework to take on these criminals. Equally, it is vital that we continue to raise the awareness among citizens of the importance of protecting their data against viruses and malware.

While the United Kingdom will be leaving the European Union, we are not leaving Europe, and it is vital that we continue to work together, particularly on issues of security and cross-border crime. Hackers and other criminals seeking to attack us do not make a distinction between the EU and non-Member States.

Heinz K. Becker (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, wert Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen längst: Die Verlagerung weiter Teile unseres Lebens in die digitale Welt macht unser Leben erfreulicherweise meist einfacher, aber gleichzeitig gefährdeter durch Terroristen und *Cybercrime*-Täter. Das Internet macht nicht vor Ländergrenzen Halt, daher ist die oberste Priorität die europaweite Zusammenarbeit zwischen der EU-Kommission, den EU-Mitgliedsstaaten und uns hier im Parlament. Wir zeigen hier Entschlossenheit.

Der maximale Schutz der kritischen Infrastruktur muss verhindern, was vor wenigen Wochen in Lettland passiert ist, wo das Online-Gesundheitssystem von Hackern lahmgelegt wurde. Dieser maximale Schutz muss sich auf Unternehmen, Behörden und Bürger übertragen, und wir müssen alle dafür sorgen, dass ein gezieltes Bewusstsein zu diesem Thema entsteht. Das fängt an bei den Herstellern, ebenso wie bei den Bürgern, die keinen Virenschutz haben oder nicht einmal updaten. Die Devise heißt, nicht nur die Datenwelt zu schützen, die die Verkehrssysteme, die Bahn-, Flug- und Straßenverkehr betrifft, sondern auch die Kraftwerke, Staudämme, Industriebetriebe, Spitäler, alle Behörden und so weiter. Ich glaube, wir wissen ganz genau, dass auch die Europawahlen und alle Wahlen davon betroffen sind. Daher: Europa muss handeln, jetzt!

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η καταπολέμηση του ηλεκτρονικού εγκλήματος αποτελεί άμεση αναγκαιότητα για την εμπέδωση της δημοκρατίας, της ελεύθερης κυκλοφορίας ιδεών, της προστασίας των προσωπικών δεδομένων και του σεβασμού της προσωπικότητας. Ταυτόχρονα όμως η καταπολέμηση του κυβερνοεγκλήματος πρέπει να σέβεται τα θεμελιώδη δικαιώματα των πολιτών και τις προσωπικές τους ελευθερίες. Ιδιαίτερη μορφή κυβερνοεγκλήματος είναι η διαδικτυακή παρέμβαση στο πλαίσιο προεκλογικής περιόδου σε διάφορα κράτη μέλη. Έτσι, πέραν των άλλων, δημιουργούνται ψευδή προφίλ (*fake profiles*) στο Facebook, προκειμένου εν συνεχεία να διενεργούνται κυβερνοεπιθέσεις με καθαρά πολιτικούς σκοπούς και στόχους. Στο πλαίσιο αυτό, πραγματοποιούνται συντονισμένες κυβερνοεπιθέσεις με στόχο την πολιτική και ηθική απαξίωση όλων όσων με την πολιτική τους δράση ενοχλούν το πολιτικό και οικονομικό κατεστημένο. Με τον τρόπο αυτό, πέραν των ποινικών αδικημάτων που λαμβάνουν χώρα γίνεται και καταπάτηση κάθε έννοιας ανοικτής και δημοκρατικής κοινωνίας, και όλα αυτά, κύριε Πρόεδρε, ενόψει των επικείμενων ευρωεκλογών.

Axel Voss (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar! Das wahre Ausmaß der Cyberangriffe, wird immer noch unterschätzt, und die wirtschaftlichen Schäden sind ja von den Kolleginnen und Kollegen auch schon entsprechend benannt worden. Die Dunkelziffer ist nur noch zu groß, und ich habe nach wie vor auch das Gefühl, wir sind im Umgang mit dem Ganzen noch zu behäbig. Das heißt, die Zeit spielt eine extreme Rolle, und wir müssen hier einfach schneller zu Rande kommen.

Das verdeutlicht letztlich auch zweierlei, auch das wurde eben schon angesprochen: Wir müssen eigentlich mehr Aufklärung betreiben, damit das auch in der Bevölkerung mehr verankert ist. Zweitens müssen wir erkennen, dass das ein globales Problem ist und wir deshalb auch die Zusammenarbeit mit den gleichgesinnten Partnern in der Welt entsprechend stärken müssen, wie wir das machen, weil die Technologie einfach die Grenzen zu sehr verwischt. Wir müssen auch stärker versuchen, hier gemeinsame Standards zu schaffen. Die Herausforderung ist nicht nur *cyber crime*, es ist das Internet der Dinge, es ist die unterschiedliche Gesetzgebung und es ist das menschliche Handeln.

Was brauchen wir? Wir brauchen Konzepte, eine Strategie, wie wir Cyberattacken verhindern können, eine Strategie, wie wir darauf reagieren können, wobei meines Erachtens auch ein *hack back* mit inkludiert sein sollte. Wir brauchen eine Strategie, wie wir unsere Systeme robuster gestalten können. Das ist das, was die Kollegen auch schon gesagt haben, wir brauchen Standards, wir brauchen die gemeinsamen Regeln, die Aufklärung, *security by design*, Meldepflichten, das Austauschen mit Datenschutzdingen, Übungen und die Zusammenarbeit mit anderen Staaten.

Jeroen Lenaers (PPE). – Voorzitter, vorige week was Rob Wainwright, de scheidend directeur van Europol, voor een laatste keer te gast bij onze Commissie burgerlijke vrijheden, justitie en binnenlandse zaken. Ik vroeg hem wat voor hem de grootste prioriteit was voor het Europese veiligheidsbeleid in de komende tijd. Hij zei zonder te aarzelen: *cybersecurity*. Zonder te aarzelen.

Meer dan de helft van de mensen op deze wereld is tegenwoordig verbonden met het internet. Ook het aantal apparaten dat verbonden is met het internet, dat *connected* is, wordt alleen maar groter. Waar je vroeger alleen met je computer en een irritant inbelmodem het internet op kon, zijn nu onze koffiezetapparaten, onze thermostaten en onze tandenborstels *connected*.

We gaan tegenwoordig niet meer het internet op, maar we zijn non-stop online. Dat is mooi voor het gebruiksgemak dat daarmee gepaard gaat, maar het is ook kwetsbaar. Ook dat hebben we gezien. DDoS-aanvallen, hacks om bedrijfsgegevens te stelen, verkoop van drugs en andere verboden middelen op het *dark web*, cyberaanvallen op kritieke infrastructuur.

Één ding is in ieder geval duidelijk: cybercriminelen laten zich niet beperken door grenzen. Een efficiënte aanpak kan zich dat dus ook niet permitteren. De richtlijn ter beveiliging van netwerk- en informatiesystemen was een belangrijke stap om de EU weerbaarder te maken. Versterking van Enisa en ontwikkeling van het keurmerk zijn belangrijke stappen, maar het is nog niet genoeg. Meer dan honderd landen beschikken momenteel over de capaciteit om digitaal te spioneren digitaal en hun professionaliteit groeit.

Mijn vraag aan de Commissie is: hoe gaan we ons daar in de komende jaren tegen wapenen?

Carlos Coelho (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Presidente do Conselho, Senhor Comissário King, o cibercrime deixou de ser um risco para ser uma realidade com um impacto cada vez maior nas nossas vidas e no funcionamento das nossas comunidades.

Do agendamento da consulta médica até ao controlo da rede de distribuição de eletricidade, vivemos numa cidade interligada que obriga a uma atuação determinada, tanto a nível europeu como nacional, tanto no setor público como no privado, tanto na prevenção como no combate.

Defendemos, e nalguns casos aprovámos já, o reforço da Agência para a Segurança das Redes e da Informação (ENISA), o reforço das competências e dos meios da Europol, um maior financiamento e uma cooperação estreita com atores privados, como o Facebook e a Google.

Desta forma, temos vindo a equipar a União e os Estados-Membros para esta nova realidade. Mas precisamos também de adaptar os nossos meios de prova, ou seja, garantir que a polícia portuguesa tenha acesso a provas que estão num servidor na Irlanda, apesar de o crime investigado ter sido contra um cidadão português.

Este exemplo torna claro que a ausência de fronteiras no mundo digital dita, urgentemente, a criação de uma abordagem europeia para a prova digital. É por isso que apelo, hoje, para que a Comissão Europeia apresente uma proposta legislativa que venha a regulamentar a prova digital, permitindo um combate mais eficaz e certamente maiores salvaguardas na defesa dos direitos europeus.

Michał Boni (PPE). – Mr President, digital is crucial for future competitive advantages and for everyday life. But the most essential things is trust. Trust based on guarantees to make all digital activities secure, and cybercrime as an offence clearly punishable, when we use the banking system, pay for digital services, use administrative services, watch movies at the tablet, send data to our doctor via telemedicine platform.

This is the preventive function of cybersecurity policies fighting against cybercrime possibilities. Much more secure and protected devices, networks, platforms are the purpose of EU debate on cybersecurity package.

Key for the prevention is cybersecurity hygiene; new attitude: to pay attention to the rules ensuring security in cyberspace.

So what do we need for an effective fight against cybercrime? A proper legislative framework, similar globally; international standards and certification schemes; cooperation and shared responsibility of all stakeholders: public authorities, private sector, civic society and consumer organisations; law enforcement; real and virtual capacity and tools, to act effectively against the dark net internationally. And coordination of common actions, in Europe and globally, based on exchange of all information.

Julian King, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you for this debate, which I think has been very timely and has underlined again the importance of these issues. Last year we saw major attacks with WannaCry and NotPetya, but we also saw politically-motivated attacks. I think together, that has raised the awareness of the need to tackle these different cyber threats. I think we are responding. I am very grateful for the support that I hear and indeed the encouragement to keep working on these issues.

From the Commission side we are committed to develop a cybersecurity agency with real competences and capacities and to develop a certification system that really delivers increased cybersecurity. We will work with the Member States to that end. We will work to promote a really effective public-private partnership. We will, as encouraged by you all, work to build the resilience of our infrastructures, our platforms, services and devices, but also to address the behavioural challenge: to build our behavioural and societal resilience too against some of these threats, because, as has been underlined by many of the speakers, in order to benefit to the full from the digital single market and all the social advantages we get from an ever-more interconnected society, we need to deal with the threats and the challenges that seek to undermine it.

Monika Panayotova, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I listened to your debates with great interest, and if we had to summarise the main aspects of the issue, I have to say that on the one hand, cyber security questions are clearly linked to the development of the digital single market, providing opportunities for citizens and European industry to make the most of the digital economy. On the other hand we are facing ever-increasing cyber security challenges, and one of them is the cyberattack WannaCry mentioned by many of you.

These challenges ahead of us can be faced, and the ambition of making Europe the leader in cybersecurity by 2025 can be achieved, through multidimensional cooperation, a comprehensive approach and strengthening the legal framework.

In order to increase the preparedness at national and EU level, the key word to overcome those challenges is cooperation and the multidimensional aspects: public-private cooperation, cooperation between Member States, economic cross-border and cross-sector collaboration, cooperation between the relevant services of the Member States, the EU institutions, the new agencies as well as third countries and organisations.

As the Presidency, we are determined to advance the legislative work as much as possible. We consider the Cyber Security Act as a priority and hope to reach a general approach before the end of our term so that the trilogues can start under the Austrian Presidency.

The aim is to give a stronger and permanent mandate to the European Union Agency for Network and Information Security (ENISA), the new EU cyber security agency, and to avoid fragmentation of the cybersecurity market of services, goods and processes by establishing a framework for certification schemes at EU level. Discussions are still ongoing, notably the task and mandate of the ENISA as well as on certification.

Let me assure you of the Council's firm commitment to continuing the work that I have outlined and our readiness to adopt and effectively implement concrete measures in the field in order to ensure an open, free, safe and secure cyberspace while protecting with strong determination the fundamental rights and freedoms of our citizens.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Sono molteplici i motivi di allarme sociale che possono essere alimentati dalla criminalità informatica. Alcuni di questi sono emersi nei diversi interventi dei relatori, nel corso di questo dibattito, e tutti richiedono attenzione ed azioni concrete, a partire dall'attuazione della direttiva recante misure per un livello comune elevato di sicurezza delle reti e dei sistemi informativi nell'Unione. D'altro canto, come già evidenziato nella risoluzione di questo Parlamento sulla lotta contro la corruzione e seguito dato alla risoluzione della commissione CRIM, la criminalità informatica è un mezzo spesso utilizzato nel riciclaggio di denaro e nella contraffazione. Questa forma di criminalità, pertanto, costituisce una fonte notevole di reddito per molti gruppi criminali e, anche per queste ragioni, la legislazione dell'Unione e la cooperazione tra gli Stati membri e con le agenzie dell'Unione in tale settore deve essere rafforzata. Non possiamo ignorare, infatti, che attraverso l'uso fraudolento di Internet per scopi illegali, come la promozione del traffico di droga o della tratta di esseri umani, le organizzazioni criminali sono riuscite ad ampliare notevolmente il volume dei loro traffici illeciti mettendo anche a repentaglio la sicurezza dei cittadini.

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – Cyberprzestępczość – przez swój międzynarodowy charakter i rosnące szkody, jakie wywołuje – staje się coraz większym wyzwaniem dla państw członkowskich, Unii Europejskiej i społeczności międzynarodowej. Szacuje się, że cyberataki, czyli ataki z użyciem komputerów i sieci, przynoszą gospodarce światowej straty nawet do 400 miliardów euro rocznie. W zeszłym roku doszło do ponad 4 tysięcy prób wyłudzenia okupu dziennie, a 80 procent firm europejskich doświadczyło przynajmniej jednego incydentu związanego z cyberbezpieczeństwem.

Tymczasem 51 proc. obywateli UE czuło się niedoinformowanych, jeśli chodzi o zagrożenia cybernetyczne, a 69 proc. firm nie miało podstawowej wiedzy na temat swojej podatności na zagrożenia cyfrowe. Z tego względu należy poprzeć podwojenie przez Komisję Europejską nakładów na Agencję Bezpieczeństwa Sieci i Informacji (ENISA), przemianowanej w zeszłym roku na Agencję Cyberbezpieczeństwa UE (EU Cybersecurity Agency). Agencja ma organizować co roku ćwiczenia w zakresie cyberbezpieczeństwa i m.in. bronić przed zewnętrznymi próbami wpływania na wybory.

W oparciu o wspólną deklarację UE-NATO, podpisaną podczas szczytu NATO w Warszawie dnia 8 lipca 2016 r., UE współpracuje też z NATO na rzecz przeciwdziałania zagrożeniom hybrydowym i w zakresie cyberbezpieczeństwa. Zacieśnieniu współpracy odpowiednich unijnych i natowskich komórek cyberbezpieczeństwa oraz wypracowaniu wspólnych standardów mają służyć coroczne wspólne ćwiczenia w dziedzinie przeciwdziałania zagrożeniom dla cyberbezpieczeństwa i hybrydowym, którym w bieżącym roku przewodzić będzie UE.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE), *γραπτώς*. – Το έγκλημα στο διαδίκτυο αποτελεί αναμφισβήτητη σημαντική απειλή στον σημερινό κόσμο και πρόκειται να απασχολήσει τις κοινωνίες μας στο μέλλον. Σύμφωνα με στατιστικά στοιχεία, το κυβερνοέγκλημα αυξάνεται σε ένταση, πολυπλοκότητα και μέγεθος, καθώς σε ορισμένα κράτη μέλη παρατηρείται ότι η καταγγελλόμενη κυβερνοεγκληματικότητα υπερβαίνει το παραδοσιακό έγκλημα. Επίσης, περίπου το 80% των επιχειρήσεων στην Ευρώπη έχουν βιώσει τουλάχιστον ένα περιστατικό παραβίασης της ασφάλειας στον κυβερνοχώρο. Χαρακτηριστικά, μόλις τον περασμένο Μάιο, η παγκόσμια κυβερνοεπίθεση «WannaCry» επηρέασε χιλιάδες δίκτυα, ηλεκτρονικούς υπολογιστές, νοσοκομεία και σιδηροδρομικές γραμμές σε ολόκληρη την Ευρώπη. Τα πρόσφατα αυτά περιστατικά κατέδειξαν με σαφήνεια τον εξαιρετικά υψηλό βαθμό τρωτότητας της ΕΕ. Επομένως, το ερώτημα που τίθεται είναι πώς μπορούμε να αντιμετωπίσουμε αποτελεσματικά το έγκλημα στον κυβερνοχώρο στο πλαίσιο συνεργασίας σε ευρωπαϊκό επίπεδο και πώς μπορούμε να προστατεύσουμε καλύτερα τους ευρωπαίους πολίτες; Ως εισηγήτρια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στην έκθεση για την καταπολέμηση του εγκλήματος στο διαδίκτυο προσπάθησα να απαντήσω σε αυτά τα ερωτήματα και να χειριστώ αυτό το πολύπλοκο νομικό και κοινωνικό ζήτημα με αποτελεσματικό τρόπο. Η καταπολέμηση του εγκλήματος στον κυβερνοχώρο δεν είναι απλή υπόθεση, απαιτεί υψηλή ειδίκευση, συνεχή κατάρτιση και εκπαίδευση, καλύτερο συντονισμό, συνεργασία με τρίτες χώρες και νομική ασφάλεια.

14. Schutz von Investigativjournalisten in Europa: der Fall des slowakischen Journalisten Ján Kuciak und von Martina Kušnírová (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Council and Commission statements on protection of investigative journalists in Europe: the case of Slovak journalist Ján Kuciak and Martina Kušnírová (2018/2628(RSP)).

Monika Panayotova, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, today's debate has been triggered by the appalling assassination of Ján Kuciak and his partner Marina Kušnírová. First of all, I would like to offer my sincere condolences to their families, friends and colleagues.

The Council strongly condemns this crime and expects the perpetrators to be brought to justice. Mr Kuciak was a journalist who was not afraid to investigate serious crime. He wanted to shed light on what needs to be eradicated in our societies and devoted his life to fighting corruption and the abuse of power. Mr Kuciak's courageous behaviour deserves our respect and recognition. The work of journalists like him is a truly vital part of any healthy democracy.

Media freedom is an indispensable pillar of any democratic society. Journalists are among the guardians of properly-functioning democracies. Where there is no freedom of speech and people fear for their lives every time they express a critical view, there is no democracy. It is for these very reasons that freedom of speech, media freedom and pluralism are guaranteed under the EU Charter of Fundamental Rights. They are among the core democratic values on which the European Union is founded.

These freedoms are an obligation on our governments, and all democracies must make it an absolute priority to protect journalists from financial or political pressure. Let me be clear: in our Union, attacks designed to silence media representatives are completely unacceptable. If they happen, we must act immediately: we must condemn the crime, find and punish the perpetrators and re-establish public trust in the ability of our democratic institutions to function.

We are all conscious of the responsibility our governments have to protect journalists and defend media freedom. The Slovak law enforcement authorities, together with international experts, are investigating the crime. A delegation from the European Parliament was in Bratislava last week. I look forward to what they will have to say.

The Council welcomes the timely initial response of the Slovak authorities, including their initiative to provide a detailed briefing during the February session of the General Affairs Council in Brussels, on 27 February. It signalled a clear commitment on the part of the Slovak Government to ensure a quick investigation.

The Council stands ready to provide any assistance to the Slovak authorities in investigating this appalling crime. We owe this to Mr Kuciak and to all journalists working to make our societies better.

Julian King, *Member of the Commission*. – Mr President, we are all still deeply shocked by the assassination of Ján Kuciak, a 27-year-old investigative reporter, and his partner Martina Kušnírová two weeks ago in Slovakia. We strongly condemn it and express again our deepest condolences to their families and loved ones.

Last week President Tajani made a strong call for a detailed, in-depth international investigation. All of the political groups requested an independent inquiry commission to investigate what happened. As President Juncker said, the killing or intimidation of journalists has no place in Europe, no place in any democracy. On behalf of President Juncker and all my colleagues in the Commission, can I say that we fully agree that the top priority for all of us must be to carry out an independent and thorough investigation of the facts and bring those responsible to justice?

We call upon the Slovak authorities to do this quickly. We are aware that their investigation relies upon the cooperation of Europol and the Italian authorities. Europol is ready to support the investigations with all the instruments and expertise at its disposal. The EU also provides several additional tools to support police and judicial cooperation between Slovakia and Italy. We encourage the authorities to make full use of this extra support. This cooperation should be put in place as rapidly as possible in order for justice to be done.

In order to find out whether this case involved misuse of EU funds and had a cross-border dimension, we invite the authorities to cooperate fully with the European Anti-Fraud Office (OLAF). If misuse of funds were proven this case would illustrate again why we need the European public prosecutor.

The murders of Ján Kuciak and Martina Kušnírová, as well as that of Daphne Caruana Galizia five months ago, show that investigative journalism remains a dangerous profession everywhere in the world, including here in Europe. We can't accept this. As First Vice-President Timmermans stated, no democracy can survive without the free press, which is why journalists deserve respect and protection. We have to do our utmost to ensure journalists' safety and to stop such crimes from happening again in any EU Member State.

Media freedom and pluralism are essential pillars of our modern democracy. They are guarantees of an open and free democratic debate. They are fundamental rights, as enshrined in Article 11 of the EU Charter of Fundamental Rights. They're intrinsically linked to the values which we treasure and which we can never take for granted.

Journalists have the right to investigate, to ask uncomfortable questions and to report effectively. This is what Ján Kuciak was doing. That, it appears, is why he was murdered.

Every day we witness the challenges that political, technological and sociological changes pose to pluralism, to the status of facts and investigative journalism throughout the world. In 2016 the Commission dedicated its annual colloquium on fundamental rights precisely to these issues – media pluralism and democracy. Several Members of this House took part in those discussions actively. They explored the multiple links between a free pluralistic media and democracy and agreed to promote and protect that pluralism and freedom of the media in the EU.

The assassinations in Slovakia show that we need to continue to be vigilant, including in Europe, and do more to protect these fundamental rights on a national as well as an EU level. Member States have a duty to make sure that press freedom and journalists are protected on their territory, in law but also in spirit. It is up to national governments, in this sad case Slovakia, to make sure that their citizens are protected and to bring those guilty of crimes to justice in accordance with their constitutional legal order and with international human rights obligations.

Under the Treaties, the Commission has limited powers concerning media freedom. However, we can and do monitor, encourage and guide. For instance, we are acting to make sure that journalists can do their essential work in safety.

Journalists are the watchdogs of our democratic societies. With their relentless work and investigations they enable a free and independent media to hold those in power to account.

In this context, we are completing our work on an initiative that we announced in our work programme last October to strengthen the protection of whistleblowers. Whistleblowers who unveil illegal activities are an important source of information for journalists. Protecting them from retaliation is, therefore, a vital part of safeguarding investigative journalism.

The best guarantee of media freedom and pluralism is to ensure the independence of media regulators. This is why the Commission has proposed strengthening the rules for the independence of national audiovisual regulators as part of the revision of the Audiovisual Media Services Directive. This includes requirements of independence that relate also to budgetary and structural provisions.

But it is not only about laws. We also monitor risks to media pluralism across Europe and map violations of media freedom. We support journalists under threat as well as investigative journalism. We have recently begun funding a scheme dedicated cross-border investigative journalism.

Many of these initiatives, and I salute this, are independent projects financed by this Parliament. One particularly useful instrument is the EU-financed media pluralism monitor, which aims to identify and highlight risks to media pluralism. Unfortunately, the results show that No Member State is immune from risks when it comes to media pluralism. I can assure you that we will continue to monitor the situation in all Member States, including in Slovakia.

As this case demonstrates, both the EU and its Member States need to do more to protect investigative journalism across Europe. The murder of this young journalist and his partner is an attack on all that Europe stands for, our values, our right to freedom of speech, our right to ask difficult questions, our rights justice and our capacity to hold those in power properly to account. This is what distinguishes our democracies and keeps them healthy and vibrant.

Mr President, if you'll permit me, two words on another matter. We live in extraordinary times. Various forces seem intent on attacking the rule of law, the very values that lie at the heart of our open societies. We have seen recently the first offensive use of nerve agent on European territory since World War II, something that the Council of Europe called a 'dangerous breach of the rule of law'.

I want to join First Vice-President Timmermans in repeating again, on behalf of the Commission, our full solidarity with the people of Salisbury, indeed the people of Britain, as they tackle this attack.

President. – Thank you, Commissioner for both issues. On the latter issue Parliament has taken a very strong position and I can only reiterate and fully support what you have said.

Ivan Štefanec, za skupinu PPE – Pán predsedajúci, pred dvomi týždňami sme boli všetci ochromení hrôzou z činu, ktorý sa stal na Slovensku. Dvaja mladí ľudia, investigatívny novinár Ján Kuciak a jeho priateľka Martina Kušnírová, boli brutálne popravení vo svojom vlastnom dome. Ak bol cieľom vrahov vyvolať v ľuďoch strach a apatiu, tak z tohto miesta im oznamujem, že sa im to nepodarilo.

Občania Slovenskej republiky, ktorí si už pomaly zvykli na denno-denné správy o miliónových kauzách a na zázračné slovné spojenie „skutok sa nestal“, vyšli v obrovskom počte do ulíc. Tieto protesty sa neniesli v znamení nenávisti a násilia. Boli a sú za slušné Slovensko. Za Slovensko, kde nerozhodujú kontakty a známosti, kde nevládne medzinárodná mafia, ale kde má každý rovnaké šance a kde poctivá práca vedie k slušnému životu. Za také Slovensko, aké chceli mať Ján Kuciak a Martina Kušnírová.

Čo môžeme urobiť my, poslanci Európskeho parlamentu, aby bolo Slovensko a Európa slušnejšie? Myslím, že veľmi veľa. V prvom rade musíme pokračovať tam, kde Ján Kuciak musel rukou vraha skončiť. Môžeme rozkryť schémy a cesty, akými sa európske peniaze dostávajú do rúk mafii. Môžeme zlepšiť legislatívu na ochranu novinárov a vyslať jasný signál, že takéto praktiky jednoducho nepripustíme. Meno Jána Kuciaka nesmie byť zabudnuté. Aj preto za Európsku ľudovú stranu navrhujeme, aby stáž pre novinárov v Európskom parlamente bola pomenovaná po Jánovi Kuciakovi. Uctíme si jeho pamiatku a dotiahneme prácu Jána Kuciaka do konca.

Claude Moraes, on behalf of the S&D Group. – Mr President, I speak for my group, but also with Ms Gräßle I co-chaired the delegation last week to Slovakia. This was a difficult delegation, and I think we both express our shock and sympathy to the family and friends of Ján Kuciak and his fiancée, Martina Kušnírová, for their loss, and we did so at their residence, which was a very moving moment. I think the entire delegation understood, in that moment, that this attack to silence journalists has shocked the entire country, and it is right that the European Union sends a delegation and tries to understand why this silencing of journalists anywhere in the EU is in fact an existential threat both to that country and to the European Union, as has been expressed. Together with my colleague Ms Gräßle, we had the task of trying to understand what was happening in the country. We spoke to journalists, to NGOs, to representatives of the protesters, right through to the Prime Minister, President and all of the Ministers and, as Ms Gräßle will say, to the highest audit and agricultural payment agencies' authorities. We tried to understand what was happening.

But this debate centres very much on the question of press freedom. What I would have to say is that from the journalists we understood that they regard themselves as free to express what they want to express. But also in our investigation we understood that there were also threats existing before Ján Kuciak was murdered, and this investigation is an urgent one. For this reason, as Commissioner King has mentioned, there is a lot of cooperation with outside agencies. But we would urge not just assistance from Europol, but we would request – and we did request in Slovakia – that there is a joint investigation team and that there is that level of urgency and an opening of the investigation so that there is maximum trust and people see that the investigation is as open and as trusted as it can be.

The question of fundamental rights and press freedom is one for this whole House and indeed for the Commission and Council to consider. What happened to Ján Kuciak is something that we will investigate over the coming days: the connections between the allegations of corruption that we investigated without fear or favour. I would say that the entire delegation were not fearful of asking those difficult questions. In the final sentence, if I may, I would just say that we will make those observations clear in our report. Please read our report. But I would say that, if we have to protect journalists either in Slovakia or the rest of the EU, we will do it.

President. – I am sure that I speak on behalf of the whole House when I say we are looking forward to the report and getting acquainted with the findings.

Branislav Škripek, za skupinu ECR – Pán predsedajúci, vážený pán komisár, vážení kolegovia, v slovenskej národnej hymne sa spievajú slová „to Slovensko naše dosiaľ tvrdo spalo, ale blesky hromu vzbudzujú ho k tomu, aby sa prebralo“. A je veľkou tragédiou, že blesky hromu boli výstrely v dedinke Veľká Mača, ktoré usmrtili nevinných ľudí, Jána Kuciaka a Martinu Kušnírovú. Novinára, ktorý sa zaoberal protikorupčnými skúmaniami. Zaplatili najväčšou cenou, vlastnými životmi. Ján Kuciak odhaľoval korupčné politické kauzy a mafiánske zločiny. No poviem vám, že máme aj ďalších novinárov: Pavol Rýpal a Miroslav Pejko nebojácne odhaľovali rôzne škandály a sú dodnes nezvestní a stráca sa nádej, či ešte žijú.

Ľudí otupila ľahostajnosť, z ktorej ich prebrali až výstrely poprav y Jána Kuciaka a jeho snúbenice. A Slovensko skutočne ožilo. Do mnohých našich miest vyšli demonštrovať Slováci a Slovenky, aby zapálili sviečky a vyjadrili jasný nesúhlas so smerovaním našej krajiny. Konajú sa aj rôzne koncerty a umelci rušia predstavenia, aby dali najavo, že toto nemôže tak ostať. Je hanbou vlády Róberta Fica a jeho ministrov, kam našu spoločnosť dohnala. Slovensko sa dostáva z letargie, a až doteraz chobotnica korupcie natáhovala svoje chápadlá až na najvyššie miesta riadenia štátu. Ja pevne verím, že tomuto nastáva koniec.

Vážení kolegovia z monitorovacej komisie, ja Vám ďakujem za prácu, ktorú ste odviedli, lebo sme potrebovali aj takýto zásah. Som vďačný, že ste pomenovali konkrétne problémy, s ktorými sa Slovensko musí vysporiadať. Toto je čas, kedy slovenských politikov, poctivých policajtov aj vyšetrovateľov čaká práca, ako aj celú našu občiansku verejnosť, veľká práca, ako nastaviť nové paradigmy výkonu spravodlivosti, vymožiteľnosti práva, ktorú sľuboval náš premiér pred rokmi, keď nastupoval do svojej funkcie, a doteraz sa zdá, že sa mu to nepodarilo.

Ďalej treba obnoviť dôveru v štát, ktorý háji slobodu a bezpečnosť občanov, ako aj novinárov, ktorí nebojácne odhaľujú korupciu. Je potrebná dôkladnejšia kontrola európskych peňazí, pretože sú zdrojom korupcie na Slovensku.

President. – I must say that it is surely not just me who has the highest respect for the Slovaks and the message that they sent out in the streets of many Slovak towns and cities.

Sophia in 't Veld, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, last week the delegation stood at the house where Ján Kuciak and Martina Kušnírová lived and, as Claude Moraes already said, it was an emotional moment and it also gave a very strong sense of purpose to the work of the delegation, because Ján wrote about corruption, fraud and organised crime and possible connections with government circles. Was he killed because of his work? Because exposing wrongdoing is likely to get some very powerful people really upset, maybe even upset to kill for. Just months earlier, Daphne Caruana Galizia was also killed.

Two journalists killed in the European Union because they did their job: scrutinising those in power. Those killings are an attack on democracy, and it doesn't just affect Maltese or Slovakian democracy but it affects the European Union as a whole.

We saw a kind of double reality in Slovakia. On the one hand, the legislative framework is solid. The basic democratic institutional structures are in place, and media and civil society are vibrant and critical. On the other hand, there is a parallel reality of corruption, fraud, state capture and organised international crime. In this shady world it's very difficult to distinguish between truth, half truths, lies and imagination. This uncertainty creates a climate of deep distrust and frustration of citizens with the public institutions. It's therefore crucial that the murder investigation is independent. I strongly advocate the full involvement of Europol – and not just to provide technical expertise, but with full access to the files.

Then, Commissioner, I hear what you're saying, I've heard it before: the European Commission has very little powers to intervene. Well, I disagree with that. We have discussed it often. But this would finally be the opportunity to put forward a legislative proposal for a really strong mechanism for an annual health check for democracy, the rule of law and fundamental rights, because I am convinced that in Slovakia that would have really been support for the 'good' people.

Finally, we found a nation that is in shock, traumatised and angry – but also a nation that is resilient, and our visit was a message to the people of Slovakia. We stand shoulder to shoulder with you as Europeans to defend our shared values.

Benedek Jávor, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the tragic assassination of Ján Kuciak shocked everybody in Slovakia and in the European institutions alike. As a member of the EP delegation to Slovakia, I believe that now the most important thing is an impartial and in-depth investigation to unveil who and what were behind this brutal murder.

But we also have lessons to learn at EU level. The first is that the media freedom situation of investigative journalism and journalists must be an issue for the EU as well. We cannot hide behind the mantra that media issues belong to the Member States and are Member State competences. We need better legal protection for journalists and journalistic sources, including whistle-blowers, now. We have to analyse the situation in the Member States regarding access to information regimes in the Member States and the possible protection of investigative journalists' personal data in requests for data procedures. We must step up against practices to intimidate journalists by threatening them or by strategic law suits. We have to have European anti-SLAPP measures today and we should invest financial resources to support, strengthen and protect independent media in the Member States in the next post-2020 MFF at the latest.

Second, there is the question of EU funds. How is it possible that major frauds regarding EU funds were happening for years and finally it was neither the Slovakian authorities nor the European institutions who uncovered them, but a 27-year-old investigative journalist who paid for this with his life? This must warn us that the control mechanisms to check the spending of EU funds are not strict and effective enough and so are not able to prevent EU funds enriching organised crime groups and politically well-positioned oligarchs in the Member States.

Kateřina Konečná, *za skupinu GUE/NGL*. – Pane předsedající, smrt se nedá nikdy ospravedlnit a už vůbec ne, jedná-li se o tak mladé lidi, kteří se pouze snažili dobrat pravdy. Smrt Jána Kuciaka a Martiny Kušnírové musí být co nejdříve prošetřena, abychom znali pravdu o tomto zbabělém a odporném činu. Ještě jednou mi dovolu vyjádřit upřímnou soustrast rodinám pozůstalých.

Případ, o kterém se tu dnes bavíme, je naprosto odsouzeníhodný, ale chtěla bych všechny přítomné poprosit, aby zde nedělali ze Slovenska zemi okupovanou mafiány. Neudělali jsme to na Maltě a neměli bychom to dělat na Slovensku. Všichni tady věříme v demokratickou kontrolu a nedělitelnost moci, a tak nechme slovenské orgány konat. Teď opravdu není chvíle pro sbírání levných politických bodíků. Události na Slovensku nemá soudit ulice, Evropská unie a ani Evropský parlament, ale nezávislý slovenský soud.

V této souvislosti považuji za naprostou drzost, že náš kolega Manfred Weber školí premiéra Fica z toho, koho má vyhodit z vlády. Chtěla bych tedy vědět, jestli i země střední Evropy mohou diktovat, kdo bude v německé vládě, když už se konečně rýsuje. Doufám, že ano, protože tu jinak dochází k dvojímu metru. Prosím veďme tuto debatu s úctou ke Slovensku a jeho demokratickým a nezávislým institucím. Slovensko si zaslouží pomocnou ruku, pokud o ni požádá, a nikoliv odsuzování na základě spekulací.

(Řečnice souhlasila s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Michaela Šojdrová (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty*. – Já bych se chtěla paní Konečné zeptat, co se jí nelíbí na tom, když slovenští občané jdou svobodně vyjádřit svůj názor. Oni na ulici nerozhodují, oni se tam schází proto, aby vyjádřili svůj nesouhlas s tím, když vláda nejedná, když nechce vzít zodpovědnost za situaci, která tam je. Ulice nerozhoduje, ale ulice volá po tom, aby na Slovensku byla tato vražda řádně vyšetřena.

Takže se ptám: Proč nesouhlasíte s tím, když lidé jdou do ulic vyjádřit svůj názor?

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty*. – Paní kolegyně, na to, že jsem mluvila česky, se divím, že mi nerozumíte. Já jsem neřekla, že nesouhlasím s tím, že ulice vyslovuje svůj názor. Já jsem jen řekla, že máme věřit nezávislým soudům a věřit Slovensku a odmítám, aby naši kolegové, Vaši kolegové, Váš Manfred Weber, zasahovali do toho, kdo má být na Slovensku jakým ministrem, případně jak má být složena vláda. Na to nemáme právo, a pokud toto dovolíme, otevíráme Pandořinu skříňku, která se nám může setsakramentsky vymstít.

Marco Valli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho fatto anch'io parte della delegazione del Parlamento che ha visitato la Slovacchia la settimana scorsa, e quanto successo a Ján Kuciak e alla fidanzata Martina ha colpito fortemente tutti.

Come prima raccomandazione, fortemente bisogna fare delle indagini indipendenti e attraverso anche una forte cooperazione con le polizie internazionali, soprattutto quella italiana, viste le possibili implicazioni della mafia, della criminalità organizzata. E su questo punto la polizia italiana ha numerose informazioni e sarebbe opportuno coinvolgerla in tutto l'arco e delle investigazioni.

Inoltre, la commissione per il controllo dei bilanci approfondirà la questione legata all'utilizzo dei fondi strutturali, soprattutto nell'ambito dell'agricoltura e dello sviluppo, visto che potrebbero esserci anche lì delle connessioni legate, appunto, a possibili frodi, o necessità comunque di ulteriore trasparenza.

Infine, utilizziamo questo momento per cercare di chiedere l'attuazione di una procedura che porti il giornalismo investigativo ad essere fortemente tutelato, e il reato per associazione mafiosa un qualcosa di non solo recepito in Italia, ma anche nel resto dei paesi dell'Unione europea.

PRÉSIDENCE: SYLVIE GUILLAUME

Vice-présidente

Dominique Bilde, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, en 2016, le Centre pour le pluralisme et la liberté des médias évaluait à 53 % le risque pour l'indépendance de la presse en Slovaquie. C'était sans compter le climat de corruption endémique souligné par plusieurs indices internationaux, notamment celui de *Transparency International*.

Combien de bains de sang, comme l'assassinat de Ján Kuciak et de Martina Kušnírová, pour que l'Union européenne prenne enfin à bras le corps la question de la criminalité financière rampante. Son inaction dans l'affaire du meurtre de Daphne Caruana Galizia – d'ailleurs, on avait eu le même discours et, depuis, on n'a plus entendu parler de rien – est symptomatique de son attentisme, comme l'est la division par deux, le 23 janvier dernier, de sa liste déjà très lacunaire des paradis fiscaux.

À l'heure où la Commission agite des chiffons rouges, comme la menace imaginaire des fausses informations, son inertie face au recul dramatique de la liberté de la presse est d'autant plus scandaleuse que le courage de vrais journalistes d'investigation se paie au prix du sang.

Ingeborg Gräßle (PPE). – Frau Präsidentin! Ich möchte mich bei den Delegationsmitgliedern für ihre Präsenz in der Slowakei bedanken. Ich möchte uns vor voreiligen Schlüssen warnen. Wir wissen – Stand jetzt – nicht, warum der Journalist erschossen wurde. Wir müssen der Staatsanwaltschaft und der Polizei alle Möglichkeiten geben, nach allen Richtungen zu ermitteln, und dürfen nicht Vorverurteilungen und voreingenommene Wege aufzeigen – es wäre ein schwerer Fehler –, wenn wir wollen, dass diese Geschichte aufgeklärt wird. Dazu gehört aber auch, dass wir natürlich die systemischen Probleme innerhalb der Slowakei angehen müssen, und mir hat nicht gefallen, dass wir enge Regierungsmitarbeiterinnen mit Mafiaverbindungen haben. Das geht nicht. Ich möchte, dass hier auch die Besorgnis der Bevölkerung aufgegriffen wird, und ich möchte, dass wir hier auch für klare Verhältnisse sorgen.

Herr Kommissar King, wir haben auch einige Bitten an Sie: Die Kommission hat den jährlichen Antikorruptionsbericht eingestellt. Wir glauben, dass es gut und wichtig wäre, diesen Bericht wieder zu machen. Wir haben aus der Sicht der Haushaltskontrolle gesehen, dass wir in den Agrarfonds Probleme haben. Wir in der Haushaltskontrolle werden diese Probleme jetzt aufarbeiten, in jedem Bereich – bei der Zahlstelle, bei den Agrarfonds. Wir werden uns ganz intensiv und ausführlich mit der Slowakei auseinandersetzen, ohne irgendwelche Vorverurteilungen. Bis jetzt waren wir mit den slowakischen Behörden eigentlich immer ganz zufrieden. Die Slowakei war nicht das Land, wo wir die größten Probleme gesehen haben, aber zugegebenermaßen haben wir auch eine Helikoptersicht, wir sehen nicht alles. Aber wir werden

einige Dinge nachholen und sehr intensiv arbeiten, mit dem Ziel, der Slowakei zu helfen, sie eben nicht zu verurteilen. Die Slowakei ist ein wichtiges Mitglied unserer europäischen Familie, und deswegen verdient sie unser aller Solidarität, aber auch, dass wir bestimmte Korruptionszustände abstellen.

Monika Smolková (S&D). – Pani predsedajúca, 26. február, kedy sme sa dozvedeli o brutálnej vražde novinára Jána Kuciaka a jeho priateľky, bol čiernym dňom nielen pre Slovensko, ale aj pre celú Európsku úniu. Boli zavraždení dvaja mladí ľudia, ktorí chceli žiť spoločne. Plánovali si založiť rodinu a verili hodnotám spoločnej Európy. Tento brutálny čin musí byť vyšetrený, aby sme nevzali mladým ľuďom nádej, že žijeme v demokratických krajinách, kde platia zákony.

Žijem na Slovensku, kde sa tento ohavný čin stal. Bezprostredne zažívam atmosféru, ktorú tento čin vyvolal u ľudí. Je to strach, neistota, možno až beznádej, že sa páchatelia neodhalia. Ja si túto nádej nechcem dať vziať a pevne verím, že táto vražda bude potrestaná aj preto, že našim kriminalistom pomáhajú aj zahraniční experti.

Minulý rok sme boli svedkami vraždy novinárky na Malte. Prosím, spoločne urobme maximum pre to, aby sme podobné smutné prípady už nemali. Tentokrát to bola Malta a Slovensko, ale mohli sa stať aj kdekoľvek inde. Novinári majú nezastupiteľné miesto v našej spoločnosti. Ochrana novinárov musí byť jasne deklarovaná, musia mať pre svoju prácu vytvorené také podmienky, aby neboli zastrašovaní, aby nemuseli pracovať a žiť pod policajnou ochranou. Táto smutná udalosť však naskočí mnoho otázok.

Legitímnu otázkou je, čo sme urobili pre to, aby v Európskej únii organizovaný zločin nemal miesto. Čo sme urobili pre to, aby nebol nekontrolovateľný pohyb teroristov v Európskej únii. Urobili sme dostatočné opatrenia na to, aby sme vytvorili účinné mechanizmy kontroly čerpania eurofondov s možnosťou trestného stíhania, ak sa zistia podvody? Pri daňových únikoch a vyhýbaníu na daniach prichádza EÚ ročne o 1 bilión euro. Opakujem, 1 bilión euro. Toto sú témy, ktorým sa investigatívni novinári venujú.

Preto sa pripájam k výzve, ktorú Komisii napísalo 17 novinárskych organizácií, aby vysokopostavení predstavitelia únie nemárnili čas a na svoje slová nadviazali činmi. Komisia podľa tohto listu musí zaujať vedúce postavenie a vyžadovať od štátnych predstaviteľov a verejných osobností, aby vytvárali prostredie, v ktorom je zásadná úloha žurnalistiky rešpektovaná. Prvým krokom k tomu je rýchle sfunkčnenie európskeho prokurátora, zriadenie európskeho úradu vyšetrovania Európskej spravodajskej agentúry. A povedzme si úprimne, že aj odstránenie daňových rajov v rámci Európskej únie a prijatie európskej legislatívy, ktorá zabráni daňovým únikom a podvodom. Sme to dlžní Jánovi Kuciakovi a jeho priateľke, ale aj občanom EÚ.

(Rečníčka súhlasila s tým, že odpovie na otázku položenú zdvihnutím modrej karty (článok 162 ods. 8 rokovacieho poriadku).)

Tomáš Zdechovský (PPE), otázka položená zvednutím modré karty. – Vážená paní kolegyně, já vím, že pocházíte z východního Slovenska a to je vlastně i hlavním tématem nebo bylo hlavním tématem posledních článků Jana Kuciaka. Proto se Vás chci zeptat: Jak Vy osobně vnímáte to, co psal, a to, co popisoval? Jak Vy vnímáte ty praktiky? Vy jste tady dnes vyzývala k tomu, že musí novináři mít ochranu. Jak Vy osobně vnímáte to, že on o tu ochranu žádal a nedostal ji od policie? A jak Vy osobně hodnotíte práci slovenských úřadů z pozice členky vládní strany SMER?

Monika Smolková (S&D), odpověď na otázku položenou zdvihnutím modrej karty – Veľmi rada odpoviem.

Žijem na východnom Slovensku a vám garantujem, že žiadnu mafiu na východnom Slovensku nemáme.

Ja pozývam poslancov, pokiaľ sa chcú pozrieť, mám skutočne prehľad aj o tom, ako hospodária jednotliví farmári, a chcem vám povedať, že okrem talianskych podnikateľov tam máme nemeckých, holandských a rôznych iných, ktorí možno dopredu vedeli, ako dostávať dotácie. Mnohí naši farmári o tom ešte nevedeli, neboli pripravení, čiže chcem povedať, že len využívajú to, ako sme nastavili dotácie v Európskej únii. Je načas pozrieť sa na spoločnú poľnohospodársku politiku a dotácie.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Występuję tu w podwójnej roli: jako członek naszej misji na Słowację i jako koordynator swojej frakcji politycznej w Komisji Kontroli Budżetowej. Muszę powiedzieć, że w tej sytuacji trzeba mówić bardzo precyzyjnie.

Z jednej strony, przyjmując spore środki z Unii Europejskiej na rolnictwo, Słowacja w sposób oczywisty może spodziewać się, że rozdział tych środków będzie skrupulatnie przestrzegany. Z drugiej strony to, co dzieje się na Słowacji, jest wewnętrzną sprawą tego kraju. Słowacy decydują, czy chcą wcześniejszych wyborów czy nie. Ta decyzja należy do słowackich władz, prezydenta, rządu, do słowackiego społeczeństwa i my w to ingerować nie będziemy. Mamy prawo oczekiwać jasnych i przejrzystych procedur. Na koniec proponuję tylko, abyśmy nie mówili o procedurze ogólnej, Pani Poseł, ponieważ jest to przyznanie się do bezradności władz Pani kraju.

Petr Ježek (ALDE). – Paní předsedající, vražda Jána Kuciaka a Martiny Kušnírové je strašná a příslušné orgány musí odhalit a potrestat viníky. Média, zejména tištěná, v dnešní době čelí ekonomickým problémům v souvislosti s internetovým zpravodajstvím, sociálními sítěmi a dalšími změnami celého prostředí. Zvláště časově náročná investigativní žurnalistika nemá mnohdy dostatek prostředků. Role tradiční novinářiny je v demokracii nezastupitelná o to víc, že v dnešním světě na nás cílí množství falešných zpráv a dezinformací. O jejím významu svědčí i odhalení typu Panamských dokumentů. Politici musí respektovat a v případě potřeby bránit svobodu projevu a vytvářet podmínky pro svobodnou práci médií, o bezpečnosti novinářů nemluvě. Na Maltě byla zavražděna Daphne Caruanová Galiziová a teď se vraždilo na Slovensku. Je absolutní nutností udělat vše, aby se něco takového neopakovalo.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Wie schon zuvor in Malta sehen wir auch diesmal wieder das gleiche Muster: Es gibt Neuwahlen oder Diskussionen über Neuwahlen, einzelne Rücktritte, aber was wir eigentlich brauchen, ist die Aufklärung der Morde und die Aufklärung der Taten, über die die Journalisten recherchiert haben. Das steht in Malta genauso aus wie es jetzt in der Slowakei aussteht. Deshalb sollten wir auf der Seite derjenigen stehen, die derzeit in der Slowakei – wie es schon in Malta passiert ist – auch jetzt wieder auf der Straße für die Einhaltung der europäischen Werte demonstrieren.

Aber hier können wir auch Dinge tun, und deshalb rufe ich Sie auch auf, Herr Kommissar: Setzen Sie wenigstens jetzt den jährlichen Antikorruptionsbericht der EU-Kommission wieder ein und sorgen Sie für ein jährliches Monitoring von Grundrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in allen europäischen Mitgliedstaaten. Das würde auch der Gleichbehandlung Genüge tun. Schließlich finde ich, dass sich auch die sozialdemokratische Parteienfamilie fragen lassen muss, ob Robert Fico mit seinen Äußerungen über Journalisten als Prostituierten, Schlangen und Hyänen nicht zu dem Klima für diesen Mord beigetragen hat. Wann distanzieren Sie sich von Robert Fico? Das würde ich schon gerne noch von Ihnen wissen.

Στέλιος Κούλογλου (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, υπάρχει ένα ερώτημα γι' αυτούς τους ανθρώπους για τους οποίους συζητάμε σήμερα: Είναι σύμπτωση ότι τρεις μήνες μετά τη δολοφονία της μαλτέζας δημοσιογράφου είχαμε καινούργιες δολοφονίες; Όχι, δεν είναι σύμπτωση. Είναι αποτέλεσμα του γεγονότος ότι υπάρχει εύφορο έδαφος για την ανάπτυξη εγκληματικότητας. Η οικονομική ολιγαρχία γίνεται όλο και πιο ανεξέλεγκτη, οι φορολογικοί παράδεισοι εξακολουθούν να υπάρχουν στην Ευρώπη και δεν υπάρχει προστασία επαρκής ούτε των δημοσιογράφων ούτε των μαρτύρων δημοσίου συμφέροντος. Στη χώρα μου, στην Ελλάδα, υπάρχει ένα μεγάλο σκάνδαλο, το σκάνδαλο Novartis, που προχωράει, ερευνάται, χάρις στις μαρτυρίες των μαρτύρων δημοσίου συμφέροντος (των whistleblowers), οι οποίοι δεν προστατεύονται ούτε πανευρωπαϊκά.

Mr King, I would like to ask you a question. A month ago, together with colleagues from all the political Groups in the Parliament, we sent a letter to Mr Timmermans, First Vice-President of the Commission, asking him to protect journalists against lawsuits. Daphne was a victim of that. We have no answer. Any news?

Another short question for the Commission: the current Prime Minister of Slovakia was calling the journalists «prostitútká» like prostitutes. Any comment, Ms Panayotova, about that?

(The President cut off the speaker)

Roberta Metsola (PPE). – Qeghdin illum hawn nitkellmu dwar assassinju ta' ġurnalist, Jan Kuciak. Ahna f'Malta wkoll ġarrabna assassinju ta' ġurnalista – dak ta' Daphne Caruana Galizia.

Kien hemm min kellu kull interess li hasad il-hajja taghhom, biex igib fi tmiem dak li kienu qeghdin jaghmlu. L-investigazzjonijiet dwar ir-rabiet u x-xibka ta' korruzzjoni, u l-investigazzjonijiet dwar il-hasil ta' flus huma ta' xkiel ghal min irid jostor il-verita'. Ta' xkiel ghal min ikun irid jahbi l-fatti. Ta' xkiel ghal min irid isir sinjur b'mezzi illegali.

Il-mexxejja u min ghandu r-responsabbiltà li jinvestiga dawn l-assassinji ghandhom piż kbir fuq spallejhom. L-gheruq ta' xi jwassal għall-assassinji ahna nafuhom. Nafu li l-istituzzjonijiet meta jkunu dghajfa u n-nuqqas ta' infurzar tal-liġijiet huma velen u ghas-soċjetà u vitamini għall-kriminali. Il-mekkanizmu biex iċ-ċittadini Ewropej ikollhom mohhhom mis-trieh mid-demokrazija, il-harsien u l-applikazzjoni tal-liġi kif ukoll id-drittijiet tal-bniedem qed isir aktar urġenti. Jehtieg li dan il-mekkanizmu jkun applikabbli għal kull pajjiż u jidhol fis-sehh malajr.

Il-gurnalisti qed iħallu prezz għoli. Qed iħallu b'theddid ta' azzjonijiet legali, b'kawżi fil-qrati, b'intimidazzjoni u saħansitra bi qtil kif rajna f'Malta u s-Slovakkja. Sadanittant u ahna nehtiegu azzjoni, ser inkomplu niġġieldu l-korruzzjoni tkun fejn tkun, nirsistu għall-istituzzjonijiet indipendenti u serji.

U hawnhekk nispiċċa, ir-riga ghandha tkun għal kulhadd. Kullimkien.

We are all for Ján and we will never stop fighting for justice for Daphne.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Die Nachricht vom gewaltsamen Tod des Journalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová haben überall großes Entsetzen ausgelöst, genauso wie die Ermordung von Daphne Galizia. Wir müssen alles tun, um die Schuldigen zu finden und sie vor Gericht zu stellen. Vor allem müssen die Hintergründe aufgeklärt werden und es muss auch ermittelt werden, warum die Behörden versagt oder einzelne Amtsträger vielleicht sogar in die Vorfälle involviert waren. Das muss schonungslos und ohne Rücksichtnahme passieren, unverzüglich. Aber wir müssen uns auch fragen, welche Auswirkungen solche Verbrechen auf die Berufsausübung von Journalisten haben. Das sind wir den Opfern schuldig.

Eine lebendige Demokratie braucht unabhängigen Journalismus; das ist wie die Luft zum Atmen. Journalisten müssen ungehindert ihrer Arbeit nachgehen können, ohne Angst vor Repression, Verfolgung oder gar Tod. Deshalb müssen wir allen Versuchen, die Unabhängigkeit der Medien zu beschneiden und die Freiheit der Berufsausübung einzuschränken, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Vor allem aber braucht es dringend eine Legislativinitiative zum Schutz von *Whistleblowern*. Wir können das Geschehene nicht ungeschehen machen, aber wir können es vielleicht in Zukunft verhindern.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, Ján Kuciak investiga cum unul dintre cele mai brutale syndicate ale mafiei italiene s-a infiltrat în Slovacia. Avea informații că bani europeni din subvenții agricole au ajuns la aceștia și a descoperit legături între oficialii slovaci și mafia calabreză.

Dar de ce a murit? Ján a solicitat informații, pe baza legii informațiilor publice din Italia, de la finanțele italiene, care, potrivit legii, înștiințează persoanele despre care se cer informații, dacă acestea vor să facă apel. Practic, în Italia, criminalii sunt efectiv anunțați când cineva solicită informații despre ei.

Trebuie să facem urgent standarde în legislația Uniunii, care să protejeze identitatea jurnaliștilor de investigație. Putem lua exemplul din diverse legi privind protecția martorilor sub acoperire. Altfel, practic, forțăm jurnaliști de investigație să își divulge datele personale, le împachetăm viețile și le facem cadou organizațiilor criminale.

Eva Joly (Verts/ALE). – Madame la Présidente, chers collègues, Ján Kuciak a payé de sa vie et de celle de Martina Kušnírová son goût de la vérité et son dégoût de la corruption qui gangrène la Slovaquie.

Face à l'intolérable, je suis aux côtés de leur famille et de ces milliers de Slovaques qui expriment leur ras-le-bol et leur soif de justice. D'abord, en exigeant une enquête approfondie et impartiale sur ces assassinats. Ensuite, en appelant à une plus grande protection des journalistes et des lanceurs d'alerte. Enfin, en veillant à ce que toute la lumière soit faite sur la criminalité organisée que dénonçait Ján Kuciak.

Cette affaire illustre tout l'intérêt du futur Parquet européen alors que des fonds européens sont détournés et que des groupes mafieux et des responsables politiques semblent parties liées. Le Parquet européen saura mettre la distance indispensable entre la justice et le politique. Il garantira que les enquêtes sensibles soient menées de manière réellement indépendante et coordonnée. Les Européens sont fatigués de la corruption, mettons fin à l'impunité.

József Nagy (PPE). – Pani predsedajúca, násilie a strach nesmie ovládať naše životy. Preto som rád, že aj Európsky parlament sa pripája k mediálnemu a politickému tlaku, aby sa ohavná vražda mladého novinára Kuciaka a jeho priateľky vyšetrila.

Na Slovensku ľudia na uliciach právom protestujú, lebo sa v mnohých oblastiach života nevedia dočkať spravodlivosti. Naším vyšším cieľom preto musí byť, aby ľudia mohli získať dôveru v štátne inštitúcie. Aby nemávali len rukou nad možnosťou žiadať o spravodlivosť. Vyšetrovacia komisia Európskeho parlamentu dospela k viacerým kľúčovým zisteniam.

Poburuje ma, že napríklad ignorancia niektorých európskych štandardov bráni na Slovensku vo vyšetrovaní kriminálnych káuz. Ale najväčším problémom je, že aj tam, kde legislatíva je v súlade s normami EÚ, existuje obrovský deficit pri uplatňovaní v praxi.

A to je dôvod, prečo na Slovensku naozaj prevláda silná nedôvera voči inštitúciám, a to je aj dôvod, prečo si zločinci čoraz viac dovoľujú. Áno, každá vražda je ohavným činom bez ohľadu na osobu obete a každý nevyšetrený trestný čin oslabuje vieru v spravodlivosť a ďalej povzbudzuje páchatel'ov.

Naša rezolúcia by mala požadovať okrem dôsledného vyšetrenia prípadu novinára Kuciaka a jeho partnerky aj objasnenie v prípadoch záhadného zmiznutia našich dvoch dlhodobo nezvestných investigatívnych novinárov Pavla Rýpala a Miroslava Pejka.

Birgit Sippel (S&D). – Frau Präsidentin! Wenn mitten in Europa Journalisten getötet werden, die zu Korruption, zu möglichen Verbindungen zwischen Kriminalität und Politik recherchiert haben, dann muss das auf die europäische Agenda. Denn wir dürfen nicht hinnehmen, dass Korruption das Vertrauen in öffentliches Handeln erschüttert. Wir dürfen nicht zulassen, dass Journalisten aufgrund ihrer Recherchen bedroht oder gar getötet werden. Denn unabhängige, kritische Medien sind ein unverzichtbarer Pfeiler der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Deshalb müssen nationale und europäische Akteure gemeinsam für Aufklärung sorgen, müssen Recherchen fortgesetzt und klare Konsequenzen gezogen werden. Das ist nicht nur eine Anerkennung der journalistischen Arbeit, sondern es wäre ein klares Signal, dass wir gemeinsam Korruption und Machtmissbrauch überall entschieden entgegenreten.

Mark Demesmaeker (ECR). – Voorzitter, bij het horen van het radionieuws op 26 februari overviel ook mij een gevoel van afschuw. Voor de tweede keer in korte tijd werd in een van onze Europese lidstaten een journalist vermoord. Ik heb zelf jarenlang als journalist gewerkt, daarom raakt dat nieuws mij zeer diep.

Ján Kuciak en zijn partner Martina Kušnírová werden in koelen bloede doodgeschoten. Kwam hij in zijn onderzoek naar mogelijke inmenging van de maffia in het Slowaakse staatsbestel te dicht bij de waarheid? We moeten het grondig laten uitzoeken.

Journalisten, de waakhonden van onze democratie, moeten niet alleen met rust worden gelaten, ze moeten ook actief worden beschermd. Onze overheden moeten aan journalisten garanderen dat ze hun werk kunnen doen, dat ze hun fundamentele recht op toegang tot informatie kunnen uitoefenen zonder daarbij het risico te lopen dat hun persoonlijke gegevens worden gelekt, worden doorgegeven aan derden, in het ergste geval aan criminele organisaties.

Voor Kuciak en zijn vrouw is het jammer genoeg te laat. Maar laat ons lessen trekken voor de toekomst – en ik sluit me aan bij de commissaris – laat ons de Slowaakse regering, in samenwerking met Europol, een onafhankelijk en onpartijdig onderzoek uitvoeren en daarbij ook de nodige aandacht besteden aan mogelijke medeplechtigheid van ambtenaren.

(De spreker wordt door de Voorzitter onderbroken.)

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Madam President, the recent murders of the Slovakian journalist and his partner are terrible, but unfortunately this is not something new. Across the world we find too many cases to deplore and condemn, among others the murder of Anna Politkovskaya in Russia and the hundreds of journalists and crucial rights defenders murdered in Mexico. They were killed because they were investigating and denouncing corruption and the abuse of power.

What can we do? Of course we should attack the causes of these tragedies. This means that we cannot leave those who fight for justice and freedom all alone. Corruption is destroying the kernel of our systems. Corruption is not just a private matter. That's why we have to push governments and political and social bodies to fight, for themselves, against their internal, structural corruption. European insistence and monitoring in this direction is the best contribution you can make. If we do not fight corruption systematically, we are leaving critical citizens alone and unprotected.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señora presidenta, el pasado 26 de febrero fueron asesinados el periodista eslovaco Ján Kuciak y su pareja, Martina Kušnírová. Ján estaba investigando presuntos vínculos de conexión entre políticos eslovacos y la mafia calabresa. Este asesinato, este acto de cobardía, es un atentado contra uno de los pilares fundamentales de la Europa democrática: la libertad de expresión y el periodismo de investigación. Mi más profunda y enérgica condena.

Lamentablemente, no es el primer caso y, desgraciadamente, puede que no sea el último atentado contra periodistas en un Estado miembro de la Unión. Es necesario recordar ahora y tener presente a Daphne Caruana Galizia, que pagó con su vida denunciar e investigar constantes violaciones del Estado de Derecho en Malta. Ni Eslovaquia ni Malta merecen lo que está ocurriendo, y es obligación de este Parlamento exigir el cumplimiento a todos los Estados miembros de lo establecido en el artículo 11 de la Carta de los Derechos Fundamentales, que garantiza la libertad de información.

Celebro y valoro de manera muy positiva la misión que enviamos a Eslovaquia hace una semana. Espero que las reuniones mantenidas con los diferentes actores e instituciones ayuden a arrojar un poco de luz sobre este atentado. Es fundamental que Europol, señor comisario, se involucre mucho más en las investigaciones sobre el terreno para el esclarecimiento de estos asesinatos. Europol juega un papel determinante con arreglo a su propio Reglamento.

Monika Beňová (S&D). – Pani predsedajúca, opakovane už niekoľkýkrát chcem aj ja vyjadriť poľutovanie nad smrťou mladého novinára a jeho priateľky. A chcem Vás ubezpečiť, že rovnako to cítia aj všetci ľudia na Slovensku. Hovorím to nielen ako politička, nielen ako poslankyňa Európskeho parlamentu, ale aj ako žena a mama. Môj syn bude mať tento rok 30 rokov a viem si predstaviť, aké ťažké to musí byť pre jeho rodičov.

Chcem Vás rovnako ubezpečiť, že všetky príslušné orgány, ktoré sa zaoberajú touto brutálnou vraždou, robia všetky úkony, ktoré vedú k tomu, aby sa táto vražda vyšetrila. Nikomu na Slovensku teraz nejde viac o to, aby bola táto vražda vyšetrená.

Samozrejme, že našou povinnosťou je chrániť práva a životy novinárov v celej Európskej únii, a my politici by sme s novinármi mali mať korektné vzťahy a mali by sme sa navzájom rešpektovať. Ak to tak nebolo v minulosti na Slovensku, chcem vysloviť presvedčenie, že to tak bude, a chcem zároveň požiadať všetky kompetentné orgány v - Európskej únii, aby sme pristúpili aj k tomu, aby sa rozšírili práve pre rôzne podozrenia v Európskej únii a v iných krajinách, ako je Slovensko, právomoci európskej prokuratúry.

(Rečníčka súhlasila s tým, že odpovie na otázku položenú zdvihnutím modrej karty (článok 162 ods. 8 rokovacieho poriadku).)

Sophia in 't Veld (ALDE), blue-card question. – Ms Beňová, I think everybody agrees that we need to have an independent investigation. The problem is, of course, that the work of Ján Kuciak was investigating, in particular, people in power. So how can the investigation into his murder be independent if the very people he was targeting are in charge of that? Would you like to argue with your party in Slovakia that they should allow Europol in as a full member of the investigation?

Monika Beňová (S&D), odpoveď na otázku položenú zdvihnutím modrej karty – Sofia, poznáme sa už veľa rokov, sme spolu už dlhé roky vo výbore LIBE a môžem Ťa ubezpečiť, že naozaj, tak ako povedal aj prezident Slovenskej republiky, všetky orgány, alebo všetci tí, ktorí sa zúčastňujú na vyšetrovaní vraždy pána Kuciaka, majú enormný záujem na tom, aby sa táto vražda vyriešila. A tak ako povedala pani Gräšle, nevidím cestu v tom, že teraz budeme v pléne Európskeho parlamentu obviňovať jednotlivých členov vlády alebo vládu ako celok, že snád participovala na vražde. To predsa nemôžeš myslieť vážne ani Ty.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Dla mnie te dwa bulwersujące mordy, zarówno ten na Malcie, jak teraz na Słowacji, popełnione na dziennikarzach śledczych, podobnie jak trudny los wielu sygnalistów, o których kiedyś, niedawno, również tutaj debatowaliśmy, mają nieco szersze znaczenie. I wydaje mi się, że to są drastyczne przykłady, które pokazują znacznie szerszy problem. Jaki jest to problem? Mianowicie, różnice między fasadą a rzeczywistością. Fasadą zbudowaną z deklaracji, czasami też fasadą budowaną tutaj, w Parlamencie, z przywiązania do wartości i zasad przejrzystości, wartości europejskiej demokracji, a rzeczywistością. I ta rzeczywistość, jak wiemy, jest nieco bardziej skomplikowana. Rzeczywistość tę badają właśnie dziennikarze śledczy. I tu chciałem powiedzieć, że to, co ujawniają dziennikarze śledczy – a czasami też sygnaliści – to nie jest tylko rozbieżność między fasadą a rzeczywistością na Malcie i na Słowacji, tylko również w innych krajach europejskich. I radziłbym kolegom, żeby baczniej przyglądali się również sytuacji w swoich krajach.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Señora presidenta, ninguna democracia puede sobrevivir sin prensa libre, decía el comisario. Queremos lamentar el drama de este asesinato por investigar la verdad.

Ser periodista es una profesión de alto riesgo en muchos lugares, por investigar casos de corrupción, de narcotráfico, de fraude fiscal o de evasión de capitales, pero en algunos Estados miembros se están produciendo también graves ataques a la libertad de expresión —como afirmaba también el comisario en relación con el pluralismo—, como acontece en el Estado español, donde se está reprimiendo y amordazando la libertad de expresión de periodistas y también la de artistas y tuiteros.

Todo mi apoyo a esas personas represaliadas por el ejercicio de su derecho a la libertad de prensa y a la libertad de expresión. Que se lo digan a la periodista Ana Pardo de Vera; al vicepresidente del Consejo de Informativos de Televisión Española, Xabier Fortes; a Nacho Carretero por la incautación del libro «Fariña» sobre el narcotráfico; a Pablo Hasél; a César Strawberry; a la tuitera Cassandra; al artista al que le retiraron su obra de ARCO. Que se lo digan a tantas personas reprimidas por la ley mordaza.

Frank Engel (PPE). – Madame la Présidente, dans un nombre croissant de pays européens, il semblerait que, si on est journaliste, si on enquête, si on risque de trop s'approcher d'intérêts cupides, criminels, mais surtout privés de certains puissants, on vit une vie dangereuse. On a commencé, l'année dernière, ce qui s'apparente à une série avec Daphne Caruana Galizia, qui est morte parce qu'elle enquêtait. Ján Kuciak est mort, avec sa compagne, parce qu'il enquêtait. On me dit qu'en Pologne, un journaliste est encore en train de lutter pour sa vie. Il n'est pas encore mort, mais pourrait bien l'être à la suite d'une attaque lâche qui a été perpétrée contre lui, parce qu'il enquêtait lui aussi sur de possibles intérêts coupables, cupides, des puissants.

La privatisation de l'État à laquelle nous sommes en train de faire face, où des intérêts mafieux puissants assujettissent les autorités publiques légitimes, est un fléau que nous nous devons de combattre. Nous assistons à la captation d'États en Europe, avérée à plus d'une reprise, et ce n'est pas un état des choses qui est tolérable au XXI^e siècle, ni d'ailleurs les éternelles intimidations de journalistes, les dénigrements de gens qui font leur travail.

M. Orbán, premier ministre de Hongrie, nous a allégué, il y a quelques jours, que lui, il sait: c'est M. Soros qui est derrière la mort de M. Kuciak. Peut-on tomber plus bas? Jusqu'où peut-on aller dans une rhétorique politique inacceptable qui crée des atmosphères dans lesquelles des gens meurent et où chaque mort comme celle-là est une mort de trop?

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8 du règlement intérieur))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), question «carton bleu». – Cher collègue, ne croyez-vous pas – et je vous ai écouté très attentivement – que nous avons besoin en ce moment de renforcer les services de sécurité européens communs? Ne croyez-vous pas que nous avons besoin de créer une agence européenne du renseignement? Pas seulement contre le terrorisme, mais aussi contre la criminalité en Europe, parce que nous voyons des choses abominables qui se passent en Europe, en Slovaquie, en Grande-Bretagne, partout.

Frank Engel (PPE), réponse «carton bleu». – Cher collègue, je n'ai pas l'impression que le problème que nous traitons ici soit en premier lieu un problème d'existence ou de non-existence d'agence européenne. Je suis en faveur d'une police criminelle européenne, d'une espèce de FBI européen. On en aura besoin, bien plus tôt encore, je crois, que de services ou d'agences de renseignement, mais ici nous avons un autre problème, à savoir que l'État slovaque est structurellement – très probablement – complice d'intérêts mafieux. Il n'y a aucune agence de police européenne ou nationale qui puisse modifier cet état des choses et il faut faire en sorte que les États redeviennent indépendants au sens de «non soumis à des intérêts mafieux».

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι δημοσιογράφοι και οι μπλόγκερς βρίσκονται υπό διωγμό, και στην Ευρωπαϊκή Ένωση και σε όλο τον κόσμο, διότι ασχολούνται με τα άπλυτα της οικονομικής ολιγαρχίας. Βγάζουν στη φόρα τι συμβαίνει στους φορολογικούς παραδείσους. Εμφανίζουν διερευνητικές υποθέσεις γύρω από το ξέπλυμα μαύρου χρήματος και επομένως βρίσκονται στο στόχαστρο. Δολοφονήθηκε, όπως γνωρίζουμε, στη Μάλτα η Daphne Caruana Galizia, τώρα έχουμε στη Σλοβακία τη δολοφονία του Ján Kuciak και της Martina Kušnírová, και όλα αυτά συμβαίνουν διότι έκαναν έρευνες γύρω από σκληρά οικονομικά συμφέροντα. Μάλιστα στην περίπτωση της Σλοβακίας ερεύνησαν το πώς έγινε διασπάθιση του ευρωπαϊκού χρήματος, των κονδυλίων που έχουν σχέση με την Κοινή Αγροτική Πολιτική, όπου εκεί εμπλέκεται ακόμη και η μαφία. Είναι προφανές ότι χρειάζεται να ερευνηθούν όλες αυτές οι υποθέσεις και ταυτόχρονα η OLAF και η Επιτροπή Ελέγχου του Προϋπολογισμού να ελέγξουν τι συμβαίνει με τα ευρωπαϊκά κονδύλια στη Σλοβακία.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού.))

Maria Grapini (S&D), *întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonașului albastru”*. – Doamnă președintă, stimate coleg, aveți dreptate: crima este oribilă, nu numai împotriva unui jurnalist, împotriva oricărui om, dar jurnaliștii, cu atât mai mult, sunt expuși, așa cum s-a spus aici, datorită investigațiilor. Credeți oare că ar trebui ca tot ce este legat de fonduri europene, de cheltuirea banilor publici în orice stat membru să aibă o transparență mai mare și să fie supus unui sistem de informare publică, pentru a putea preveni crime împotriva jurnaliștilor care deconspiră?

Νότης Μαριάς (ECR), *απάντηση σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα*. – Συμφωνώ με τις παρατηρήσεις σας, ότι πρέπει η Ευρωπαϊκή Ένωση να ελέγξει σοβαρά τη διασπίδαση του χρήματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης και τις κοινοτικές απάτες, και αυτό αφορά υποθέσεις και της Κοινής Αγροτικής Πολιτικής αλλά και άλλα κονδύλια. Σε αυτή εδώ την αίθουσα έχω πει επανειλημμένα ότι πρέπει να ελεγχθούν και τα κονδύλια που παίρνουν οι διάφορες ΜΚΟ, χρήματα τα οποία υποτίθεται ότι προορίζονται για τους πρόσφυγες αλλά δεν πηγαίνουν εκεί. Γίνεται ένα μεγάλο πάρτι και είχα ζητήσει να έχουμε παρέμβαση της OLAF σε όλα αυτά τα ζητήματα, και της Επιτροπής Ελέγχου του Προϋπολογισμού. Νομίζω ότι είναι στο χέρι μας να ελέγξουμε τις απάτες οι οποίες υπάρχουν σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης γύρω από τα κοινοτικά κονδύλια.

Jaromír Štětina (PPE). – Paní předsedající, vražda novináře je nejvyšším útokem na svobodu slova, útokem na demokracii. To slovenští občané pochopili a vyšli do ulic demonstrovat proti moci zodpovědné za vraždu Jána Kuciaka.

Jiskra přeskočila z Východu. Ukrajinci na Majdanu pochopili, že jim vládnou titíž,

kteří vládli za komunismu, že se v jejich zemi z nejplamennějších komunistů stali největší a nejbohatší kapitalisté, nejmnocnější oligarchové. Toto pochopili i Slováci. Vražda novináře k tomu byla roznětkou.

Desetitisíce Slováků v ulicích začínají chápat, že ona slavná československá sametová revoluce z roku 1989 není ukončena. Že je ji potřeba dokončit všemi demokratickými prostředky, které nám poskytla. Zdá se, že se Majdan stal stěhovavým. Do ulic vyšli i Maďari a Gruzíni, kteří mají své oligarchy. Do ulic vyšli začátkem roku i Češi protestující proti tomu, že jim vládne bývalý agent československého KGB, agent Státní bezpečnosti, bývalý člen komunistické strany, dnes bohatý oligarcha a premiér země a majitel vlivných médií.

Dámy a pánové, střední a východní Evropu obchází stín lidového odporu. Zavražděný Ján Kuciak padl v tomto boji.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Bill Etheridge (EFDD), *blue-card question*. – Thank you for accepting the blue card. You describe a series of nations and scenarios in those nations that appear to be talking about something riddled with corruption and whole systems that don't seem to work. Would you agree with me then that, if we are talking about huge sums of taxpayers' money going through the EU to be distributed into these kind of systems, there is a basic flaw in the system, whereby you are actually slushing money into a system which is then being stolen, effectively, by criminal organisations, be they state sponsored or oligarchs?

Jaromír Štětina (PPE), *odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty*. – Já jsem nehledal finanční toky, já jsem chtěl upozornit na to, že naše země jsou stále prošpikovány komunisty, kteří ovládají v našich zemích východního bloku všechny zásadní politické a ekonomické posty. To je všechno, co jsem chtěl říci.

David Casa (PPE). – Sinjura President, illum ahna ninghaqdu mal-poplu Slovakk u nikkundannaw bla ebda rižervi l-assassinju tal-gurnalist Jan Kuciak. L-istat ta' kull demokrazija tiġi mkejla fuq il-libertà u s-sigurtà tal-ġurnalisti ta' dak il-pajjiż u fl-Ewropa bħalissa dan l-istat mhuwiex wiehed tajjeb.

Sa ftit taż-żmien ilu konna qegħdin niddiskutu l-assassinju tal-ġurnalista Maltija Daphne Caruana Galizia u ż-żewġ każijiet huma simili hafna; korruzzjoni, abbuż ta' poter u kultura ta' impunità. Dak li ġara lil Jan u Daphne sfortunatament ma jistax jinbidel però dak li jista' jinbidel huwa l-protezzjoni li noffru lill-ġurnalisti.

L-abbuż minn sistemi legali biex titpogġa sarima ma' halq il-ġurnalisti m'għandu ebda post fl-Unjoni Ewropea u għalhekk ahna qed nitolbu lill-Kummissjoni biex tippromovi liġijiet kontra l-użu ta' SLAP.

Jiena nilqa' b'sodisfazzjon il-kliem tal-Viċi President Timmermans fejn qal li l-Kummissjoni ser taħdem biex tikkumbatti dan l-abbuż. Ejjew nonoraw il-memorja ta' Daphne u ta' Jan billi nkunu ahna li nkomplu l-hidma tagħhom u nipproteġu dak li huma kienu jissimbolizzaw.

Heinz K. Becker (PPE). – Frau Präsidentin! Nichts ist klarer in diesem Europaparlament als die Tatsache, dass es unabhängige europäische Untersuchungen gemeinsam mit den Behörden in der Slowakei geben muss. Jene Themen, über die der Journalist Kuciak recherchiert hat, müssen bis zur Gerichtsverhandlung konsequent weiterverfolgt werden. Es geht um Mord und Mafiaverstrickungen in der slowakischen Politik und um Korruption im Zusammenhang mit europäischen Geldern. Hier ist die volle Einmischung des Europäischen Parlaments selbstverständlich notwendig. Daher mein Respekt vor Manfred Weber, der das verlangt. Nicht nur die Demonstrationen der letzten Tage, sondern auch der Eurobarometer zeigen, dass die slowakische Bevölkerung mehr Vertrauen zur EU hat als zu den eigenen Behörden. Schluss mit diesem Spiel in Europa! Europol ist bestens aufgestellt, um hier die Arbeit zu machen. Wir alle in Europa haben die Verantwortung, Journalisten als Kontrollmacht der Demokratie zu schützen.

Interventions à la demande

Miroslav Mikolášik (PPE). – Pani predsedajúca, ohavná vražda Jána Kuciaka a jeho snúbenice, slečny Kušnírovej, zanechala hlbokú stopu na Slovensku.

Musím povedať, že vláda, ktorá v minulosti najmenej desať káuz – ekonomických a politických káuz – zamietla pod koberec, prehlásila tieto kauzy za irrelevantné, alebo, že sa skutok nestal, stratila dôveru občanov.

Musím povedať, že občania na Slovensku vyšli do ulíc, pretože už nemajú dôveru v túto vládu. Stotisíc občanov v tridsiatich mestách na Slovensku vyšli, aby demonštrovali, aby vyjadrili svoju vôľu zmeniť Slovensko na krajinu slušných ľudí. A to si myslím, je nevyhnutné a je to možné len vtedy, ak dôjde k zásadným politickým zmenám na Slovensku a pravdepodobne aj k pádu vlády a k vypísaniu volieb.

Prihovám sa aj za to, aby Europol aj OLAF zasiahli v tejto veci a vyšetrili spolu so slovenskými orgánmi.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, señor comisario, estamos de acuerdo en que el asesinato de un periodista y su pareja en Eslovaquia es un atentado criminal contra la libertad de expresión, que es la libertad de decir lo que alguien no quiere escuchar, y contra la libre comunicación, que es la libertad de publicar lo que alguien no quiere que se sepa. Máxime cuando se trata de periodistas de investigación comprometidos contra el fraude, la evasión fiscal y la corrupción, que requiere periodistas libres de amenazas y también juristas y abogados libres de amenazas.

Pero es, además, un atentado mafioso, que nos habla de una delincuencia mafiosa transeuropea, paneuropea, que requiere una comunidad europea —sí— de cooperación judicial, de información y de inteligencia, contra la delincuencia transfronteriza. Y lo que vemos es que está retrocediendo y se está deteriorando el principio de confianza mutua y de reconocimiento mutuo, que hace posible la cooperación judicial contra la criminalidad mafiosa transfronteriza.

Y por eso digo, con toda claridad, que, frente a la mafia paneuropea, hace falta una respuesta paneuropea que proteja, frente a la delincuencia organizada, valores esenciales y fundacionales de la construcción europea.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Przyznam, że nie jestem zwolennikiem zewnętrznych elementów demonstrowania własnych poglądów w postaci koszulek, tabliczek, napisów. Tym razem jednak zrobiłem wyjątek.

Zrobiłem wyjątek właśnie w tej sprawie i z dwóch powodów: po pierwsze dlatego, że nie mamy tutaj do czynienia z inflacją takiego demonstrowania poglądów, a wręcz odwrotnie – okazujemy określony stosunek Parlamentu Europejskiego do morderstwa i do ataku na imponderabilia europejskie. Po drugie – wolność, sprawiedliwość, demokracja, szacunek dla prawa są podstawami, filarami Europy i jeżeli Parlament Europejski tych wartości nie będzie bronić, będzie słabszy albo przestanie funkcjonować. Dlatego też apeluję o szczególną ochronę pracy dziennikarzy śledczych i korespondentów wojennych oraz o reagowanie adekwatnie do sytuacji, z którymi mamy do czynienia.

Ana Gomes (S&D). – Madam President, I led the mission to Malta following the assassination of Daphne Caruana Galizia. I must say that I see very worrying parallels, and it's not just because they were investigative journalists working to expose the corrupt and the captured, but it's also because the investigations point out two mafiosi having done the professional job of assassinating both Daphne and Ján Kuciak and his partner. This is extremely worrying, and it is a reason why we absolutely must have Europol and OLAF not only associated with the investigation: they must co-lead the investigation. That's exactly what we see, for instance, in Malta. The former Commissioner who was dismissed with a scathing report never faced charges and was actually made an adviser to the Prime Minister. What does the Commission have to say about that? The question of capture by the corrupt of our political establishments is the crucial question that must be addressed.

Vladimír Maňka (S&D). – Pani predsedajúca, mladí ľudia by nemali zomierať a už vôbec nie takto. Slovenskej vláde záleží, aby skutok bol čo najskôr vyšetrený a objasnený. Tento týždeň sa aj preto zapojí medzinárodný vyšetrovací tím.

Hoci páchatelia nepoznáme, časť opozície vraždu zneužíva na politické ciele.

V dobe kybernetických útokov a falošných správ môžu byť takéto tendencie zneužitie na rozvrátenie demokracie kdekoľvek v Európe.

Dnes tu zaznelo aj niekoľko nepravdivých informácií, napríklad, že zavraždený novinár požiadal o ochranu a nedostal ju. Nepožiadal. Naopak, pár dní pred smrťou povedal, že neverí, že by na Slovensku niekto mohol zaútočiť na novinára.

Vážené kolegyne, kolegovia, v týchto ťažkých chvíľach sa opierame o vašu podporu, solidaritu a spolupatričnosť.

Jiří Maštálka (GUE/NGL). – Paní předsedající, vražda mladých novinářů je samozřejmě ohavný čin. Stejně ohavný byl čin, když byl zavražděn Oles Buzyna, investigativní novinář v Kyjevě a my jsme mlčeli. Byl to člověk, který měl jen odlišný názor, než má náš chránělec Petro Porošenko.

Já věřím slovenským orgánům. Před několika lety byl zavražděn ústavní soudce Slovenské republiky Ernest Valko, můj přítel. Jeho případ byl vyšetřen, pachatelé byli nalezeni. Věřím i v tomto případě, že se tak stane.

V souvislosti s vraždou mladých novinářů si kladu otázku: Udělali jsme my společně dost pro to, aby se takové věci neděly? Není ten problém evropský, společný? Měli bychom se asi více zamýšlet nad tím, jak více spolupracovat proti praní špinavých peněz, organizovanému zločinu, jak chránit novináře.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η δολοφονία του σλοβάκου δημοσιογράφου Ján Kuciak και της συντρόφου του έφερε στην επιφάνεια πολλές παθογένειες οι οποίες υπάρχουν στα πολιτικά συστήματα ορισμένων χωρών της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η πιο σημαντική από αυτές είναι η διαφθορά που υπάρχει στα υψηλά κλιμάκια της πολιτικής ηγεσίας. Αυτή, για να διατηρήσει τα προνόμιά της, δεν διστάζει να διαφθείρει, να χειραγωγεί και να εκβιάζει δημοσιογράφους που μπορούν να αποκαλύψουν τις παράνομες δραστηριότητές της. Όσοι από τους δημοσιογράφους δεν θιλήσουν να υποταγούν αντιμετωπίζουν διάφορες και επικίνδυνες καταστάσεις, πολλές φορές απειλείται και η ζωή τους.

Εκείνο το οποίο έχει σημασία είναι ότι πρέπει οι δημοσιογράφοι να αφήνονται απερίσπαστοι να εκτελέσουν το έργο τους, διότι οι εκβιασμοί και οι επιθέσεις εναντίον τους παραβιάζουν τις αρχές της ελευθερίας του Τύπου, που είναι βασικός πυλώνας για τη δημοκρατία. Από την άλλη πλευρά όμως και οι δημοσιογράφοι πρέπει να σέβονται το λειτούργημά τους και να μη δίνουν αντιπάλους καθ' υπόδειξη και καθ' υποβολήν. Εύχομαι το αίμα του Ján Kuciak να είναι το τελευταίο που χύνεται στο βωμό της ανεξαρτησίας του Τύπου.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl vyjádřit zármutek a solidaritu jak rodinám obětí, tak samozřejmě všem slovenským občanům. My nevíme skutečně, kdo je pachatelem tohoto ohavného činu, a musíme trvat na řádném vyšetření, to bych chtěl podtrhnout. Nicméně pochybnosti nad tím řádným vyšetřením vyjádřila například i matka jedné z obětí. Myslím, že je úkolem slovenských orgánů tyto pochybnosti rozptýlit.

Myslím si, že v Evropské unii nesmí být vraždění novinářů, je to velká ostuda našeho společenství. Já bych zde chtěl připomenout slovník pana premiéra Fica v těch minulých desítkách let. On skutečně zůstává, podle mého názoru, v tomto slovníku někde na Dálném východě a myslím, že nepřímo mohl i legitimizovat ty útoky, které na novináře byly. Myslím, že to je důležité, aby zde zaznělo, že tyto útoky mohla legitimizovat i vyjádření pana premiéra Fica.

Pro mě je důležité, aby vyšetření bylo skutečně garantováno i evropským orgánem, to znamená Europol. Je to naší společnou zodpovědnost.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la brutale uccisione di Ján Kuciak e della sua compagna, avvenuta a distanza di sei mesi da un'altra esecuzione, quella di Daphne Caruana Galizia, giornalisti entrambi che avevano denunciato nei loro paesi casi di corruzione e frode, non rappresentano solamente crimini efferati, ma veri e propri attacchi alla libertà di stampa, al diritto dei cittadini di conoscere la verità e quindi alla democrazia stessa.

Per queste ragioni, a fronte di tali drammatici episodi, sono necessarie investigazioni approfondite, connotate dalla più assoluta imparzialità per fare chiarezza sulle responsabilità e sulle cause di tali omicidi. Ma più in generale, e proprio per prevenire minacce, ritorsioni ed efferati attentati, per questo occorre tutelare la libertà, l'indipendenza e il pluralismo dei media, istituendo finalmente un quadro normativo europeo a tutela degli informatori e dei giornalisti d'inchiesta che troppo spesso, ancora oggi, sono costretti in funzione del loro lavoro, volto a denunciare abusi e corruzione, ad esporre se stessi e i loro familiari a gravi rischi.

Eduard Kukan (PPE). – Pani predsedajúca, situácia na Slovensku je napätá. Politická kríza, ktorá nastala po vražde novinára Jána Kuciaka a jeho partnerky, ukazuje na temnú stránku demokracie. Táto tragédia poukázala na to, že súčasná slovenská vláda nie je schopná riešiť problémy, ktoré traumatizujú slovenskú spoločnosť. Sú to bohužiaľ tie isté problémy, na ktoré poukazoval mladý zavraždený novinár. Korupcia, klientelizmus, a dokonca podozrenia z prepojenia vládnej moci s organizovaným zločinom. Slovenská verejnosť je právom znepokojená a pobúrená. Ale tiež odhodlaná prejsť svoj občiansky postoj voči tejto politickej situácii.

Nech už v tejto diskusii odznelo čokoľvek, pravdou je, že vláda Roberta Fica doteraz nedokázala prinavrátiť dôveru a získať dôveru ani slovenskej, ani európskej verejnosti, a to dokonca v otázkach spravodlivosti a nezávislosti vyšetrovania tejto bezprecedentnej úkladnej vraždy.

Európsky parlament musí v tejto chvíli zareagovať jasne. Vražda novinára je útokom na slobodu slova a základy demokracie nielen na Slovensku, ale v celej Únii. V tejto situácii by sme mali stať spolu, povedať nie a prispieť k tomu, aby sa takéto ohavné činy už nemohli nikdy opakovať.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, já si myslím, že jsme tady vyslechli hodně slov kritiky a myslím si, že bychom si měli možná vzít z toho případu Jána Kuciaka trochu poučení a trochu optimismu do práce. Měli bychom si říci jednu věc, která stále platí, že pravda jednou zvítězí nad lží a nenávistí. A jestli nám tato smrt připomene toto poselství a jestli my si z toho odneseme to, že se probudíme, přestaneme jako politici kritizovat novináře za jejich práci a přestaneme být latentní k tomu, když někdo z politiků kritizuje a vyhrožuje novinářům, tak si myslím, že je to věc, která může posloužit pro všechny státy uvnitř Evropské unie. Není to první smrt, předtím byla smrt novinářky na Maltě. Je třeba za svobodu slova, za demokracii i za to, aby novináři mohli pracovat, neustále bojovat. Protože ten, kdo spí v demokracii, ten se probudí jednou v totalitě.

Francis Zammit Dimech (PPE). – Il-qtil tal-ġurnalista Ján Kuciak f'it xhur biss wara l-qtil ta' Daphne Caruana Galizia jqajjem il-kwistjoni serja ta' kemm il-midja hija protetta fl-Ewropa. Iqajjem il-kwistjoni li ssemmiet minn diversi kelliema dwar kemm qed inharsu lill-ġurnalisti investigattivi.

Naturalment lili jolqotni wkoll il-fatt tal-iżviluppi političi differenti fis-Slovakkja u f'Malta għaliex, fis-Slovakkja kellek ir-riżenja l-ewwel tal-Ministru tal-Kultura, issa wkoll ir-riżenja tal-Viċi Prim Ministru responsabbli mill-intern u l-fatt li Malta baqa' għaddej "business as usual" qisu s'issa minkejja li għad ma nafux min ordna l-qtil ta' Daphne Caruana Galizia qisu kollox irridu nqisuh bħala xi haġa normali.

Kontra dawk kollha li riedu jagħluq haq il-ġurnalisti rridu nwasslu l-messaġġ ċar li dan il-Parlament qiegħed hawn biex jiddefendi d-dritt tal-libertà tal-espressjoni, mhux biss tal-ġurnalisti imma tal-popli kollha; tal-poplu Malti li tilef l-informazzjoni kollha li kienet tagħtih Daphne, tal-poplu Slovakk li tilef l-informazzjoni kollha li kien jagħtih Ján Kuciak.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, vraždu Jána a Martiny pochopili občané na Slovensku jako útok na svobodu slova a pochopili to správně. A má-li mít jejich smrt nějaký smysl, pak se nesmí stát, aby tato vražda nebyla vyšetřena.

Také občané v České republice pochopili, že je třeba se bránit a je třeba bránit svobodu slova, proto také dnes v Praze a na dalších místech České republiky budou lidé manifestovat a vyjadřovat soustrast se smrtí slovenského novináře a jeho přítelkyně. Je to také proto, že i v České republice prezident Miloš Zeman útočí na média a svobodu slova. Český prezident se ve svém nedávném inauguračním projevu také otřel o média, včetně veřejnoprávní televize. Populisté v naší zemi lákají občany k zestátnění veřejnoprávních médií výměnou za odpuštění koncesionářských poplatků.

Dámy a pánové, je i na nás, na politicích, poslancích Evropského parlamentu, abychom se zastali svobody slova.

(Fin des interventions à la demande)

Julian King, Member of the Commission. – Madam President, this is an important debate. I very much welcome Parliament's support – the support that all of you have expressed – for getting to the bottom of this case as rapidly as possible.

I recall that Europol deployed its support team to Slovakia on 28 February. They are there to provide on the spot support and assistance to the Slovak investigation and to share their specialist knowledge of investigative, technical and forensic methods. I reiterate that we call upon the Slovak authorities to engage fully with OLAF in order to find out whether this case does indeed involve misuse of EU funds with a cross-border dimension. These are very important matters and we will not rest until we get to the bottom of them.

I have heard the calls from several of you to look again at the arrangements for scrutiny on rule of law matters and indeed, in some cases, to look at potential legislation. I will pursue that with colleagues, but the Commission does remain completely committed to the fight against corruption through a series of targeted initiatives, through the scrutiny that we carry out in the European Semester, and through our practical and financial support for a wide range of projects in the field of anti-corruption. I repeat again that we will be coming forward with a legislative initiative to strengthen the protection of whistle-blowers at the EU level. We agree that whistle-blowers who unveil illegal activities play an important role, including as sources of information for journalists, and we agree that protecting whistle-blowers from retaliation is crucial for safeguarding investigative journalism. So we will return to that.

This horrible crime is, as a number of you have said, unfortunately not an isolated case. There have been other attacks against journalists, in particular investigative journalists, and that clearly calls for a collective response from all of us, because freedom of expression and a free media are anchors of our democracies. So to all those who seek to undermine our democratic values and to those who want to silence independent voices, in particular in the media, we need to send a strong signal. We will not be intimidated or silenced. We will speak up and protect the values that we hold so dear.

Monika Panayotova, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, let me assure you that the Council attaches great importance to the protection of journalists and the defence of media freedom. We are all shocked by the appalling circumstances surrounding the death of Mr Ján Kuciak and Ms Martina Kušnírová. Our words of condemnation must now be followed by a strong response from the law-enforcement authorities. We are confident that the Slovakian law enforcement authorities, assisted by Europol as well as teams from several countries, will be capable of upholding the rule of law in the face of this brutal murder.

I can assure the House that the Council has taken careful note of the views the honourable Members have expressed here today, and this is a very important issue for us.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu lors de la prochaine période de session.

Déclarations écrites (article 162)

Eugen Freund (S&D), *schriftlich*. – Medien und Pressefreiheit sind die Eckpfeiler der Demokratie. Als ehemaliger Journalist trifft mich die Ermordung von Ján Kuciak und seiner Lebensgefährtin Martina Kušnírová daher besonders. Kuciak hatte Informationen über ein Netzwerk der kalabrischen 'Ndrangheta, das bis in höchste slowakische Regierungsstellen reichen soll. Der Mord ist aller Wahrscheinlichkeit nach auf seine Recherchearbeiten zurückzuführen. Leider handelt es sich hierbei jedoch um keinen Einzelfall, denn in der jüngsten Vergangenheit gab es einige solcher Fälle. Diese Tatsache widerspiegelt erneut, von welcher Bedeutung der Schutz von Journalisten ist. Bis zu dem Doppelmord galt die Slowakei aus politischer Sichtweise als Vorzeigeland auch in Hinblick auf die Nachbarländer Polen und Ungarn. Die Tatsache, dass vor ein paar Tagen der slowakische Innenminister Kaliňák zurückgetreten ist, wirft doch einige Frage auf, die beantwortet werden müssen, gerade weil Kuciak auch gegen Kaliňák recherchiert haben soll.

Die Slowakei steckt nun in einer tiefen Regierungskrise; es muss wieder Stabilität einkehren. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Ermordung von Ján Kuciak und seiner Lebensgefährtin lückenlos aufgeklärt wird.

15. Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage – Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle la discussion commune sur:

— le rapport d'Alain Lamassoure, au nom de la commission des affaires économiques et monétaires sur la proposition de directive du Conseil concernant une assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés (ACCIS) (COM(2016)0683 — C8-0471/2016 — 2016/0336(CNS)) (A8-0051/2018), et

— le rapport de Paul Tang, au nom de la commission des affaires économiques et monétaires sur la proposition de directive du Conseil concernant une assiette commune pour l'impôt sur les sociétés (COM(2016)0685 — C8-0472/2016 — 2016/0337(CNS)) (A8-0050/2018).

Alain Lamassoure, *rapporteur*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, le projet ACCIS a deux objectifs politiques majeurs. Pour les entreprises, il offre un espace fiscal unique concernant l'impôt le plus important. Cela signifie simplicité, justice, conditions de concurrence égales. Pour les États membres, c'est le seul moyen de mettre fin définitivement à la tentation de voir certains réinventer des lois nationales qui reviennent à voler de la matière fiscale aux pays voisins. La concurrence fiscale est légitime. Encore faut-il lui appliquer les règles et les principes que nous appliquons dans tous les autres domaines au sein du grand marché: transparence, loyauté, équité.

S'agissant de fiscalité, le Parlement européen n'a malheureusement pas le droit d'amendement. C'est pourquoi la commission des affaires économiques et monétaires, sur la proposition de Paul Tang et de moi-même, a voulu se concentrer sur trois recommandations politiques majeures.

Premièrement, le projet a besoin de ses deux jambes: l'harmonisation, la consolidation. Toutes les entreprises que nous avons consultées sont catégoriques là-dessus: la seule assiette commune apporterait plus de complications sans l'avantage de l'espace fiscal commun.

Deuxièmement, s'il y a un régime européen commun, il doit s'appliquer à toutes les entreprises, quel que soit le secteur, quelle que soit la taille.

Enfin, troisièmement, ce projet est l'occasion idéale de traiter le problème de la taxation des activités numériques et, notamment du modèle économique particulier des plateformes de services. Ces plateformes existent maintenant depuis dix ans. Le moment est venu que la loi fiscale prenne en compte leur existence et leurs particularités. Par exemple, Google et Facebook ont des dizaines de millions d'abonnés dans mon pays et n'y paient aucun impôt. Notre Parlement européen sera la première institution politique au monde à mettre des propositions concrètes sur la table. Nous attendons avec intérêt ce que la Commission – Monsieur le Commissaire, la semaine prochaine – et l'OCDE proposeront ensuite.

Je voudrais apporter une précision politique. À l'initiative notamment de la France, un autre projet d'imposition du numérique occupe actuellement les services et les médias spécialisés. Il s'agit d'une autre approche, qui se veut plus simple et plus rapide, une taxe sur les ventes ou sur certaines des recettes commerciales des entreprises numériques. Attention! Ce projet, présenté comme ayant la souplesse et la rapidité d'un félin, aura quand même la durée de gestation d'un pachyderme et il accouchera, au mieux, d'une souris, rapportant une poignée de milliards d'euros par an. En outre, comme tout impôt indirect, la charge réelle en sera supportée non par l'entreprise contribuable, mais par ses clients, avec un risque de double taxation.

Que nul ne s'y trompe! La vraie révolution fiscale, ce ne sera pas une recette de poche éphémère, mais l'harmonisation de l'ensemble de la fiscalité des entreprises. Nos grands prédécesseurs l'ont rêvée, à nous d'y parvenir.

Paul Tang, rapporteur. – Madam President, it is good to be here. This week, the *Financial Times* reported that corporate tax rates have been falling ever further since the crisis, and it raises the question of sovereignty. The only sovereignty the Member States currently have is to lower the tax rate, whereas I would think that if countries had a choice, they could not just decrease, but also increase the tax rates. The proposal that the European Parliament discusses today is a real game-changer. It changes the nature of tax competition.

Let's start with consolidation. Consolidation is the principle that firms no longer decide where to make profits and pay taxes, but it is up to the countries to decide where they make profits and where they pay taxes. It puts an end to profit-shifting. This reduces the pressure towards lower tax rates within the EU.

But we also need a profit border control, and that has been included in a proposal by the European Parliament as well. Controlled Foreign Corporation (CFC) rules and switch-over rules – it sounds a bit technical but what it amounts to is very simple: if a tax rate in a country outside EU is lower than 50% the Member States have the right to tax extra, according to the statutory rights. This is a border control that we need to have in place. Reducing the pressure on marginal tax rates and making sure that we let multinationals pay their fair share. That's what people ask from us.

The second important element in the proposal is taxing the digital economy, which has long been overdue and should have been done much earlier. We have made calculations that Google and Facebook didn't pay 5 billion in taxes over a three-year period, because we are working with an outdated corporate tax system. That is a problem. The current corporate tax systems are outdated. They come from a time with chimneys and blue-collar workers.

But globalisation and digitalisation has changed things. And location has become a choice, something that is particularly true for the tech giants, which have no physical presence but are very present in our lives. And in this way, they avoid paying taxes in large, high-tariff countries and reduce their tax bill.

Third, and I think this is a very clear statement from the European Parliament, we think that the current proposal amounts to a simple and robust corporate tax system. It should not just apply to the large corporates, but should be extended to include all firms. So we need a lower threshold to give benefits and bring a level playing field to all the firms within Europe.

I hope very much that the European Parliament will tomorrow give a very clear signal that, despite all the political differences we have, we can agree that we want a fair, efficient and modern corporate tax system for the 21st century. That could be the signal for the countries to start debating this. I very much hope that especially the large countries, Germany and France, will put pressure on the smaller countries, countries like the Netherlands, Ireland, Malta, Luxembourg that are the pirates within the European Union. They come to another country and try to appropriate these countries' tax base. These are not the actions of a European partner.

A fair and efficient tax system in the 21st century is what we need. I call on the support of the European Parliament but I also call on the countries to restore their sovereignty and back up these proposals in this year.

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, je suis heureux de participer aujourd'hui à ce débat, votre débat sur l'assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés. Un débat qui est l'aboutissement du travail vraiment remarquable du Parlement sur ce sujet. Je souhaite souligner particulièrement l'engagement sans faille des rapporteurs Paul Tang et Alain Lamassoure pour expliquer, pour promouvoir les bénéfices de l'ACCIS aux quatre coins de l'Europe. Ils ne l'ont pas fait seulement ici dans cette enceinte, ils ont, comme on dit en français, «mouillé la chemise».

La proposition d'ACCIS est beaucoup plus qu'un simple ajustement technique. Elle pose la question de la fiscalité que nous souhaitons construire en Europe pour les années à venir et, comme vient de le dire Paul Tang, en vérité, c'est bien de l'imposition des sociétés au XXI^e siècle que nous allons maintenant débattre, à savoir une fiscalité plus juste, une fiscalité plus efficace, plus attractive, plutôt que le maintien de clivages nationaux et de lourdeurs administratives et au final une course au moins-disant fiscal, dont personne ne sort jamais vainqueur.

Il y a urgence parce que d'autres économies, nous les connaissons, développent leur propre stratégie fiscale – pour dire les choses franchement, nous l'avons vu avec la réforme fiscale américaine. Quelle sera la réaction de l'Europe? Allons-nous simplement nous en remettre aux États membres, au nom du principe de souveraineté fiscale? Si nous le faisons, nous risquons d'aboutir à des réactions nationales contradictoires sans vision à long terme et là encore, tout le monde y perd. Je pense plutôt que nous avons tout à gagner et tous à gagner à définir une stratégie collective à l'échelle de l'Union européenne avec un véritable impact sur la scène internationale. C'est ce qu'offre le projet d'ACCIS réajusté que j'ai présenté en octobre 2016, un projet fondamental qui se décompose, comme vous le savez, en deux propositions: la mise en place d'une assiette commune pour l'impôt sur les sociétés et sa consolidation. En disant cela, je réponds tout de suite à Alain Lamassoure que je suis d'accord avec lui, que faire les choses en deux étapes ne signifie pas qu'on les scinde mais que l'un précède l'autre et que l'un ne peut pas aller sans l'autre. Ce sont bien les trois «C» de CCCTB (ACCIS, en français) que la Commission propose. Si cette décomposition a été faite pour des raisons pragmatiques, je veux rappeler qu'il est crucial d'avancer sur les deux fronts en même temps et c'est très clairement ce qu'attendent de nous les entreprises qui souhaitent cette fiscalité moderne.

L'ACCIS favorisera avant tout la croissance et la compétitivité de l'Union européenne, c'est de cela qu'il s'agit. Elle permettra de soutenir et d'attirer les entreprises et les investisseurs dans un véritable marché unique fiscal grâce à la levée des obstacles nationaux et à la simplification des procédures administratives. Elle offrira aussi une fiscalité plus juste, dans laquelle les taxes seront enfin payées là où le profit est généré, et nous savons que cette demande d'équité est absolument majeure et massive pour nos concitoyens. Enfin, elle répond aux préoccupations légitimes de tous ceux qui, depuis des années, sont révoltés par les scandales créés par une évasion fiscale à répétition et aussi par des pratiques d'optimisation fiscale condamnables. L'ACCIS va supprimer les asymétries entre les systèmes nationaux, qui sont actuellement exploitées par ceux qui pratiquent la planification fiscale agressive. Elle éliminera aussi – Paul Tang l'a souligné – les prix de transfert et les régimes préférentiels qui sont aujourd'hui les principaux vecteurs de l'évasion fiscale.

Bien évidemment – et Alain Lamassoure a fait ce lien –, je ne peux pas introduire ce débat sans parler aussi de la fiscalité des entreprises numériques, sujet qui est dans tous les esprits. Nous allons en effet en parler en fin de semaine à Buenos Aires au G20 Finances. Nous allons examiner les travaux de l'OCDE en la matière.

De quoi s'agit-il? Les entreprises proposent de plus en plus de services en ligne alors que notre système fiscal est toujours fondé sur les principes d'une économie nationale, industrielle, où on connaît les centres de décision, où on localise la présence physique. C'est une époque pré-Internet qui est aujourd'hui largement révolue et soyons conscients que de plus en plus, l'économie de l'information, l'économie technologique et l'économie tout court vont se confondre, tant nos entreprises incorporent de plus en plus de données dans leur activité.

C'est pourquoi, j'accueille avec beaucoup de force la proposition du Parlement européen de définir l'établissement permanent numérique qui est une évolution nécessaire vers une fiscalité moderne et plus juste. J'accueille aussi très favorablement votre volonté d'introduire un facteur numérique dans la clé de répartition de l'impôt. Nous devons naturellement analyser sa définition avec attention, mais la direction me paraît bonne. Comme je l'ai déjà dit plusieurs fois devant cette assemblée, je reste convaincu qu'avec l'ACCIS, nous avons l'outil puissant et même l'outil optimal pour introduire, de manière structurelle, cette fiscalité des entreprises numériques dans les règles relatives à l'impôt sur les sociétés du XXI^e siècle. En parallèle, d'autres mesures plus ciblées sont aussi étudiées, même si – je le dis à Alain Lamassoure et je fais écho à ce qu'il a dit – je reste persuadé que la vraie réforme, c'est la réforme structurelle, c'est l'introduction de la présence numérique dans l'assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés. Mais le 21 mars prochain, je ferai aussi des propositions plus spécifiques ou plus ciblées sur la fiscalité du numérique en présentant deux textes simultanément. D'une part, une proposition de révision des règles de l'impôt sur les sociétés, pour prendre en compte les nouvelles formes d'activité, avec pour objectif d'intégrer ce nouveau texte dans l'ACCIS – j'en ai parlé –, mais d'autre part aussi une proposition plus spécifique, qui sera applicable jusqu'à ce qu'une révision des règles d'imposition des sociétés permette de taxer les profits là où la valeur est réellement créée. J'aurai néanmoins à cœur – je le dis à Alain Lamassoure – d'éviter les risques de double imposition et aussi cette démarche pachydermique qui accouche d'une souris dont il parlait joliment. Il faut trouver et il y a les moyens de trouver une troisième voie intelligente et c'est ce que la Commission va essayer de proposer la semaine prochaine avec suffisamment d'ambition pour, effectivement, toucher les entreprises numériques et aussi suffisamment de finesse pour parvenir à un consensus, car une bonne proposition fiscale est celle qui permet de créer un consensus pour qu'elle soit adoptée dans les conditions que nous connaissons, c'est-à-dire à 28.

Pour conclure, j'appelle à cette tribune les États membres à rester ambitieux parce que l'enjeu est considérable: il s'agit de rien de moins que de la définition d'un véritable modèle fiscal européen. Je suis heureux que la présidence bulgare traite ce sujet avec priorité, pas dans cet hémicycle mais en général. Une bonne avancée des discussions pourrait mener à un accord avant la fin de notre mandat commun, le mandat de ce Parlement européen et le mandat de la Commission européenne. Je souhaite qu'après des travaux solides sous la présidence bulgare, nous puissions déboucher sur un accord sous la présidence autrichienne, donc avant la fin de cette année. Cela me semble un objectif raisonnable et souhaitable. Vous pouvez compter sur ma détermination pour tout mettre en œuvre afin que cet objectif soit respecté. J'entends ici ou là les Cassandre annoncer que ce projet n'aboutira jamais, que c'est un serpent de mer qui est déjà bloqué depuis sept ans. À ces pessimistes, l'optimiste que je suis voudrait donner un exemple pris dans l'actualité toute récente pour redonner espoir. Hier, au Conseil «Ecofin», les ministres des finances se sont mis d'accord – eh oui, à 28! – pour imposer des règles de transparence inédites aux intermédiaires, comme les banques, les avocats, les autres conseillers sur les montages fiscaux qu'ils créent, et le Parlement européen avait voté sur ce sujet un rapport à une écrasante majorité il y a quelques semaines. C'est une avancée majeure pour la révolution de la transparence que j'ai appelée de mes vœux depuis ma prise de fonctions et pour laquelle je me bats à vos côtés. C'est une étape de plus, c'est une victoire de plus qui renforce ma détermination à aboutir à un accord sur l'ACCIS, mais si je mentionne cela ce n'est pas pour souligner un succès, c'est simplement pour dire que nous l'avons fait en neuf mois, non pas neuf ans, mais neuf mois. C'est dire que quand on veut et quand on met un peu d'énergie politique sur un sujet, on peut. Chers amis, Mesdames et Messieurs les députés, j'ai la conviction, en écoutant vos rapporteurs, que vous le voulez et, quand vous le voulez, nous le pouvons. Maintenant, place au débat!

Evelyn Regner, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Rechtsausschusses*. – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar Moscovici! Mäuse haben wir schon genug. Ein paar große, schöne, erfolgreiche Tiere, das wäre es schon.

So sperrig es klingt: Die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage ist das Herzstück der Steuergerechtigkeit in Europa. Nur damit können wir es schaffen, dass Steuern auch wirklich dort bezahlt werden, wo Gewinne erwirtschaftet werden.

Als Europäisches Parlament gehen wir allerdings noch einen Schritt weiter. Mit der digitalen Betriebsstätte wollen wir in Zukunft auch Internetmultis dazu bringen, dass sie ihre Steuern zahlen. Hier möchte ich gleich auch die österreichische Regierung in die Verantwortung nehmen. Ich erwarte, dass in der kommenden Ratspräsidentschaft die konsolidierte Körperschaftsteuer Top-Priorität hat, denn wer ja zur Google-Steuer sagt, der muss auch ja zur gemeinsamen Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage sagen, der Basis für Steuergerechtigkeit. Gratulation an Paul Tang und Alain Lamassoure: Ihr habt großartige Arbeit geleistet!

VORSITZ: EVELYNE GEBHARDT

Vizepräsidentin

Markus Ferber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Einer der zentralen Punkte, der es Unternehmen erleichtert, innerhalb der Europäischen Union aggressive Steuerplanung zu betreiben, ist schlichtweg die Tatsache, dass wir noch 28 Steuersysteme haben. Deswegen ist es richtig, gerade bei den Körperschaften mit einer einheitlichen Bemessungsgrundlage anzufangen, um einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Steuer auch wirklich bezahlt wird, dass Trickserieen erschwert werden.

Die Besteuerung von digitalen Firmen wurde bereits angesprochen. Ich halte das für sehr, sehr wichtig, denn unser Körperschaftsteuerrecht geht immer noch von einer physischen Betriebsstätte aus, wo etwas real produziert wird. Im digitalen Zeitalter ist das aber nicht immer der Fall. Die Betriebsstätte ist irgendwo, nämlich dort, wo ein Server steht, aber nicht unbedingt dort, wo die Wertschöpfung erfolgt. Und dass wir hier vorangehen und nicht warten, bis die OECD Vorschläge macht, halte ich für sehr erwähnenswert.

Ich möchte aber für die morgige Abstimmung auch darauf hinweisen, dass wir das, was wir im Ausschuss miteinander erarbeitet haben – wofür ich den Berichterstattern auch wirklich dankbar bin –, auch so behalten. Ich glaube nicht, dass wir hier mit Ideologie weiterkommen. Dass Forschungskosten abgesetzt werden dürfen, aber nicht bei Finanzinstituten, das ist schon sehr von Ideologie getrieben. Dass wir einer Absenkung der Schwellenwerte nicht zustimmen können, das ist, glaube ich, auch klar. Und dass wir uns auch beim Thema der Steuersätze zurückhalten sollten, ist auch klar, das ist die Kompetenz der Mitgliedstaaten.

Mein Appell wäre: Lasst uns das, was wir im Ausschuss erarbeitet haben, miteinander beschließen! Dann haben wir einen seriösen Vorschlag für den Rat.

Hugues Bayet, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, je tiens tout d'abord à remercier Paul et Alain pour cet important rapport, qui était attendu par la société civile, car, évidemment, tous nos concitoyens ont subi les différents scandales fiscaux – LuxLeaks, Panama Papers, et j'en passe. Tous ces scandales ont un point commun, c'est le fait que de grandes multinationales ne paient quasiment pas d'impôts en jouant sur les 28 systèmes fiscaux au sein de l'Union. Or, que nous soyons un citoyen, une PME ou une multinationale, il est normal, juste et éthique que chacun contribue, en fonction de ses revenus, à la vie en société, car c'est l'impôt qui finance la sécurité sociale, les soins de santé, les écoles, les transports en commun, les infrastructures ou, encore, le développement de notre économie. Cela, de nombreuses multinationales l'avaient visiblement et scandaleusement oublié. Le résultat, c'est que, chaque année, les États européens perdent 1 000 milliards de recettes fiscales. C'est, évidemment, insupportable!

Le but des deux directives que nous abordons aujourd'hui, c'est de parvenir à une définition identique du bénéfice imposable dans les pays européens, afin d'en finir avec le jeu des multinationales, qui cherchent à profiter des différences entre nos systèmes fiscaux dans l'Union. Concrètement, ce projet d'ACCIS propose qu'il n'y ait plus qu'un seul lieu d'imposition, un seul contact avec une administration fiscale pour toutes les multinationales ayant une activité dans l'Union.

Au début, seules les grandes entreprises de plus de 500 millions de chiffre d'affaires seront concernées, mais le Parlement a renforcé la directive proposée par la Commission, en élargissant le domaine d'application de cette directive à toutes les entreprises d'ici sept ans. Je pense que c'est une bonne chose. Avec ce texte, les sociétés exerçant des activités transfrontalières devront se conformer à un système européen unique pour déterminer le revenu imposable, plutôt qu'aux différents régimes nationaux dans lesquels l'activité est exercée.

Nous avons aussi introduit des mesures pour taxer les entreprises numériques, qui doivent, elles aussi, contribuer à leur juste part, vu les énormes bénéfices réalisés. Ces deux directives devraient donc, en partie, répondre aux préoccupations actuelles sur l'imposition des sociétés.

Un bémol, malheureusement, à savoir le fait que nous ne réussissions pas à nous mettre d'accord sur un taux d'imposition minimum. Ce taux d'imposition permettrait pourtant une réelle harmonisation fiscale au niveau européen et devrait réduire la concurrence intra-européenne, qui est trop forte à l'heure actuelle.

Monsieur le Commissaire, nous comptons sur vous pour ce dossier important.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement intérieur))

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – I listened with interest. You talk about tax harmonisation and, obviously, less competition on tax, which will mean that tax rates inevitably will go up, I would suggest. Are you not concerned that, if tax rates across the EU are higher, that would inevitably lead to large companies upping sticks and moving their operations into more competitive tax environments outside of the EU, and therefore we all lose out because we lose the jobs, the business and the wealth?

Hugues Bayet (S&D), réponse «carton bleu». – Madame la Présidente, cela va être très court, parce que je pense que mon collègue n'a pas encore compris beaucoup de choses par rapport à l'évasion fiscale. Cela fait des années qu'on nous ressasse le même élément. Non, il est impossible pour une multinationale de se priver d'un des plus grands marchés au monde – 500 millions de consommateurs. Quand nous serons tous d'accord pour imposer des taux d'imposition plus élevés, ils resteront chez nous parce qu'ils ne peuvent pas se passer de notre marché européen.

Et je ne suis pas à la disposition des multinationales.

Die Präsidentin. – Nur zur Klarstellung: Ich werde pro Redner oder Rednerin nur eine blaue Karte annehmen, weil sonst die Zeitverzögerungen zu groß werden. Deswegen kommen wir jetzt zum nächsten Redner.

Sander Loones, namens de ECR-Fractie. – Voorzitter, ik wil dat elk Europees land ondernemingen kan aantrekken en banen kan creëren. Ik wil dat ook de kleine lidstaten een kans maken en dat niet alles naar de grote lidstaten gaat. Ik wil dat landen bevoegd blijven voor fiscaliteit en dat we dus benadrukken dat de Europese Unie een samenwerkingsplatform en geen land is, en dat het ook dus niet aan de Europese Unie is om belastingen in te voeren.

Om al deze redenen ben ik tegen deze voorstellen voor het CCTB en voor een CCCTB. Ik weet wel dat die termen, CCTB enzovoort, redelijk droog en technisch en als boekhouderstaal klinken, maar dat zijn ze niet. Dit gaat veel verder. Dit gaat veel fundamenteeler. Dit gaat over onze fiscale politiek en het einde daarvan. Dit gaat over een transfer van kleine naar grote lidstaten, want dat is wat bedrijven zullen doen. Zij zullen hun bedrijf, hun winsten en hun banen verschuiven van kleinere, innovatieve economieën naar de grotere economieën in de Europese Unie. Naar Frankrijk en Duitsland, omdat daar meer fabrieken staan, omdat daar een grotere afzetmarkt is. Wij verzetten ons daartegen.

We staan gelukkig niet alleen. Er zijn ook een aantal andere delegaties die dit doen. Ik verbaas mij dat de Parti Socialiste dit voorstel wel steunt, dat die blijkbaar banen in Duitsland en Frankrijk verkiest boven banen bij ons in Vlaanderen, Wallonië en Brussel. Ik weet wel waar onze prioriteiten liggen. Dat is bij onze mensen en onze economie.

Lieve Wierinck, *namens de ALDE-Fractie*. – Voorzitter, al jaren pleiten wij voor een gelijk speelveld en eerlijke belastingen. De CCCTB is een zeer belangrijke stap in deze richting. Vandaag zou ik jullie dan ook willen vragen om jullie achter dit verslag te scharen. Eindelijk zal de belastbare basis in de hele Europese Unie dezelfde zijn, met één doel voor ogen: waarde belasten waar ze wordt gecreëerd.

Het is echter niet onze bedoeling om de concurrentie tussen lidstaten te elimineren. Integendeel, door een gelijk speelveld te creëren zal er sprake van concurrentie zijn op hoofdzakelijk drie vlakken: werkkrachten, infrastructuur en belastingvoet. Dit zal de concurrentiekracht van onze lidstaten en uiteindelijk die van de hele Europese Unie versterken. Als kers op de taart zullen onze bedrijven nog maar met één systeem rekening moeten houden, in plaats van met 27 verschillende, wat de administratieve lasten aanzienlijk zal verminderen. Dit ene systeem is ook meteen een sterke basis voor het belasten van de digitale reuzen zoals Facebook, Google en Amazon. Bovendien schept het een kader om ons te wapenen tegen aanvallen op onze Europese belastinginkomsten door derde landen.

Samengevat staat de CCCTB voor meer inkomsten die door een bredere basis zullen worden gedragen en een Unie die sterker in de wereld staat. Het is een historische kans. Ik hoop dan ook dat de Raad ons advies ter harte neemt en snel met resultaten komt.

(De spreker gaat in op een “blauwe kaart”-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement).)

Sander Loones (ECR), *“blauwe kaart”-vraag*. – Mevrouw Wierinck, interessant om uw speech te horen. We weten allemaal dat jullie als partij traditioneel voor voorstellen zijn voor meer en meer Europa.

Ik wil u alleen een vraag stellen. U heeft de stemming gezien in de Commissie economische en monetaire zaken. Er heeft daar een minderheidsstemming plaatsgevonden onder een aantal interessante partijen, zoals het CDA, maar ook kleine partijen uit kleine lidstaten: Denemarken, Finland, enzovoort. Hun argumentatie is zeer duidelijk: wat hier op tafel ligt, is niet goed voor kleine lidstaten, maar zal banen doen verschuiven naar grote landen. Bent u daar niet bang voor? Jullie voeren zelf, of wij voeren samen een politiek om banen in België te creëren. Maar die banen zullen zo verschuiven naar bijvoorbeeld Duitsland.

Lieve Wierinck (ALDE), *“blauwe kaart”-antwoord*. – Neen, ik daar ben ik niet bang voor. We gaan inderdaad gelden creëren waar de waarde wordt gecreëerd. Het is belangrijk dat alle lidstaten de eerlijke belastingen mogen ontvangen die door de CCTB zullen worden gecreëerd. Ik ben er helemaal niet bang voor. Dit is een eerlijke belasting en gaat ervoor zorgen dat grote multinationals en andere bedrijven hun belasting gaan betalen zoals de kleine man ze moet betalen.

Eva Joly, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, la solution à l'évasion fiscale des entreprises a un nom: l'ACCIS, l'assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés. Derrière cet acronyme obscur se cache une révolution fiscale. Finis les transferts de bénéfices d'une filiale et d'un pays à l'autre pour échapper à l'impôt! Cette réforme adapte notre système de taxation aux réalités de notre temps. Les multinationales seront enfin taxées comme une seule entité en Europe et l'impôt sera payé là où a réellement lieu leur activité, y compris pour les entreprises numériques comme Google ou Amazon, qui seront taxées en fonction du lieu où elles offrent leurs services, et non pas seulement dans le pays où elles installent leur siège.

Mais l'évasion fiscale a ses complices, ce sont les gouvernements nationaux, qui bloquent cette réforme depuis sept ans maintenant. Je leur dis: cela suffit! Qu'ils cessent leur hypocrisie, eux qui feignent l'indignation à chaque nouveau scandale fiscal. Place à l'action! C'est ce que les citoyens demandent.

Si nos gouvernements n'arrivent pas à se mettre d'accord sur cette réforme essentielle, j'appelle la Commission européenne à user des pouvoirs à sa disposition, en proposant de faire passer ce texte à la majorité qualifiée plutôt qu'à l'unanimité. L'utilisation de l'article 116 du traité relève de sa responsabilité. Qu'elle s'en saisisse pour faire avancer la justice fiscale, comme nous l'a promis le président Juncker. Qui refuse d'agir contre l'évasion fiscale détruit l'Europe!

Martin Schirdewan, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Dass Eigentum verpflichtet, ist nicht nur ein Sprichwort, sondern das steht auch genauso im deutschen Grundgesetz. Dort heißt es in Artikel 14 Absatz 2, ich zitiere: „Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“. Doch viel zu oft ist aus dieser Pflicht eine falsche Freiwilligkeit geworden.

Die Steuerskandale von LuxLeaks über die Panama Papers bis hin zu den Paradise Papers, mit deren Enthüllungen das Europäische Parlament sich bekanntlich in einem Sonderausschuss auseinandersetzen wird, sind noch immer in aller Munde und haben für berechtigte Empörung gesorgt. Denn sie haben gezeigt, dass Google, Apple, McDonald's, Facebook, Starbucks und wie sie alle heißen mögen die Staaten jährlich um hunderte Milliarden Euro prellen. Daher begrüßen wir als Linke, dass hier auf europäischer Ebene an einer Gesamtkonzernbesteuerung gearbeitet wird, die es den Konzernen nicht mehr erlauben soll, ihre Gewinne von A nach B zu verschieben, um auf Kosten des Allgemeinwohls Steuerzahlungen zu vermeiden. Wir sehen darin einen richtigen Schritt weg von einem nicht funktionierenden Steuersystem.

Wie immer steckt aber auch hier der Teufel im Detail. Die im Text enthaltenen laxen Regeln erlauben es Unternehmen nämlich weiterhin, ihre hier erwirtschafteten Gewinne an nichteuropäische Tochtergesellschaften zu verschieben. Das öffnet Tür und Tor für weitere Steuervermeidungspraktiken. Darüber hinaus ist kein Mindeststeuersatz vorgesehen, und das wird unserer Ansicht nach den Steuerdumpingwettbewerb verschärfen. Davon hat niemand etwas außer den Unternehmen, die weiterhin ihrer gesamtgesellschaftlichen Pflicht nicht nachkommen wollen. Gut gemeint ist eben noch lange nicht gut gemacht!

Bill Etheridge, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, tax harmonisation: an attack on the principles of competition and national sovereignty. Of course, if you can eradicate competition you can raise taxes all across the EU, which is actually what you want to do. You seek to rush in this new, fiendishly complex scheme so it may even affect the UK during the dreaded transitional period. The committee even wants to reduce the threshold for this, from EUR 750 million a year down to zero, over a seven-year period. We need simpler taxes that can be set at a national level and encourage competition, not an effort to stifle competition. By removing the chance for nation states to compete on tax, you inevitably increase tax levels and make us all less competitive.

What is the impact of this? Companies fleeing the high-tax, regulation-filled EU could move elsewhere. Smaller EU countries which currently manage to actually prop up their economies by being competitive on tax, such as Ireland, will be penalised. Of course, when tax is increased, the whole economy of all of the EU will be suppressed and held down by this wet blanket of desire to control and to tax all the time.

I hope that the UK adopts a very competitive position on corporation tax policy post-Brexit. I would like to see us competing as an island off the coast of the EU that gives a real competitive advantage to business, that says: we want you here; we want wealth creators here; we are a friendly nation to people who want to make money and we are not like the EU, which is addicted to endless taxation so that they can spend on huge schemes. We, in the UK, should favour business, growth and employment.

Bernard Monot, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, la lutte contre les fuites des recettes fiscales des multinationales, notamment les multinationales américaines de l'économie numérique, est la priorité absolue du Front national.

L'évasion, l'optimisation et la fraude fiscales coûtent à l'État français près de 100 milliards d'euros de recettes par an. Monsieur Moscovici, sans ces pertes de recettes, la France présenterait des excédents budgétaires.

Le fonctionnement de l'Union européenne est la cause directe de ce dumping fiscal destructeur. Grâce à la complicité active de plusieurs États membres, comme l'Irlande ou le Luxembourg, des sociétés comme Apple parviennent à payer un impôt effectif sur leurs bénéfices dans l'Union européenne, qui est proche de zéro – conséquence directe du mondialisme.

Nous sommes favorables à de nombreux aspects des rapports Tang et Lamassoure, surtout sur le concept d'établissement permanent numérique. Cette solution permet de régler la difficulté qui naît de l'aspect immatériel de l'économie numérique transfrontalière.

Nous sommes aussi favorables à la formule de répartition de la base imposable présentée dans le rapport Lamassoure. Cette formule permettrait de redistribuer efficacement la base fiscale imposable vers les États où l'activité économique est effectivement réalisée.

Par contre, nous ne sommes pas favorables à la suppression du seuil de 750 millions de chiffre d'affaires, qui concernerait trop d'entreprises et pas uniquement les grandes multinationales. Tout comme nous sommes opposés à la fédéralisation de ces recettes fiscales nouvelles, qui appartiennent naturellement aux États.

C'est pour ces deux dernières raisons que nous voterons l'abstention. Mais le Front national soutient la lutte des grands États européens contre la vampirisation fiscale opérée par les multinationales américaines du numérique avec la complicité de quelques petits États de l'Union européenne!

Diane James (NI). – Madam President, I wonder if I might just remind the Chamber that the Common Consolidated Corporate Tax Base was first attempted and shelved in 2011, and it is hard to understand, or even identify, what has fundamentally changed since then. A little bit of risk analysis here: we do have two Member States, Ireland and the Netherlands, who currently shelter the big internet giants and who do give them a certain amount of tax advantage. But the risk analysis for them is: are they actually going to support this, and are there other countries that are as yet unidentified that might react in a similar way?

I am just going to return for a moment to this aspect of tackling American companies. We talked this morning about Trump and what he is doing in terms of protectionism. Has anyone done the risk analysis of what might happen if we implement this? Equally, remember that the big entrants in the market are now China and India. Are we actually sending a message to them that they are not wanted in the European Union?

Dariusz Rosati (PPE). – Pani Przewodnicząca! W tej Izbie wielokrotnie nawoływaliśmy do tego, aby podatki były płacone tam, gdzie tworzona jest wartość. I dlatego z zadowoleniem witam projekt dyrektywy dotyczący wspólnej bazy podatkowej dla korporacji. Uważam, że nie może istnieć skutecznie działający, efektywny i jednolity rynek w sytuacji, kiedy poszczególne państwa członkowskie stosują różne bazy podatkowe, różne zasady odliczania rozmaitych elementów kosztów od podatku i w ten sposób wprowadzają bardzo istotne zniekształcenia do mechanizmu konkurencji. W tej sprawie powinniśmy naprawdę mówić jednym głosem.

Jednolita baza podatkowa w skali całego rynku Unii Europejskiej nie powinna być elementem konkurencji podatkowej między państwami, lecz powinna być elementem ułatwiania działalności jednolitego rynku. Z drugiej strony chcę bardzo wyraźnie podkreślić, że jestem przeciwny harmonizacji stawek podatkowych.

Często słyszymy, zwłaszcza z lewej strony sali, nawoływania do tego, by stawki podatkowe zostały ujednolicone. Chcę powiedzieć wszystkim kolegom, którzy wygłaszają tego typu propozycje, że tak długo, jak nie mamy ujednoliconego, czy zrównanego poziomu rozwoju poszczególnych państw członkowskich, nie możemy mieć jednolitych stawek podatkowych.

Podatki są obciążeniem przedsiębiorstwa. W zamian za te obciążenia przedsiębiorstwa otrzymują określone usługi od państwa. W niektórych krajach poziom usług świadczonych na rzecz przedsiębiorstw jest oczywiście niższy i powinniśmy brać to pod uwagę. W związku z tym, co do harmonizacji stawek – nie, natomiast jeśli chodzi o harmonizację bazy podatkowej – tak.

Pervenche Berès (S&D). – Madame la Présidente, les nouvelles technologies et le développement des pratiques d'optimisation fiscale agressive des grandes entreprises rendent caduc le système de calcul et de collecte de l'impôt sur les bénéfices des entreprises et rendent nécessaire la mise en place d'une assiette consolidée commune en Europe.

Nos systèmes d'impôt sur les sociétés ont été conçus pour une économie dans laquelle les entreprises avaient une place physique sur un marché local ou national, ce qui ne prend en compte ni le développement du marché unique, ni l'essor de l'économie numérique. Les principes de bon sens, selon lesquels une entreprise doit payer ses impôts là où elle génère du profit s'effritent. C'est la raison pour laquelle nous nous réjouissons de voir aujourd'hui ce projet sur la table. Il vient de loin, il a pu être relancé grâce à l'érosion des bases fiscales des entreprises ou à la multiplication des scandales, que ce soit le cas d'Apple qui ne payait que 0,005 % d'impôt sur le bénéfice dans un pays où l'impôt était déjà bien bas, à hauteur de 12,5 %, ou le scandale de LuxLeaks qui a révélé combien des accords passés entre le Luxembourg et les multinationales comme Amazon limitaient considérablement la possibilité d'imposition.

Mais nous nous réjouissons aussi que, sous l'impulsion de votre rapporteur et de notre commission des affaires économiques et monétaires, nous ayons dorénavant la définition d'un établissement permanent numérique. C'est une grande avancée pour ceux qui veulent effectivement taxer le numérique. Sur la base de cette proposition d'un impôt... *(La Présidente retire la parole à l'oratrice)*

David Campbell Bannerman (ECR). – Madam President, one of the areas the EU is not meant to interfere in is that of national tax sovereignty, yet here we have not one but two reports, Tang and Lamassoure, that propose EU tax harmonisation by harmonising the corporate tax base. Indeed, they set a floor – a base level below which corporation taxes cannot be set. Will that floor be 33% as in France? President Macron has called for a binding, harmonised range of tax rates, backed by a penalty of lost cohesion funding if it is not followed. This is simply tax trespass.

Pity poor Ireland with its 12.5% corporation tax. Mr Varadkar, stop exaggerating border issues for your EU paymasters and wake up to EU proposals that threaten your entire economy! For the EU proposes to abolish unanimous votes – so bye-bye to the Irish veto. Will plans to consolidate taxes, to share them round the whole EU, end all national budget control? That fits with the proposed eurozone Common Finance Minister.

A common corporate tax base is simply an ...

(The President cut off the speaker)

Petr Ježek (ALDE). – Madam President, if there is a strong political will in this House to achieve fairer taxation, it makes sense to deal with both CCTB and the consolidation file together. It is high time to deliver. According to a *Financial Times* analysis, big multinational companies are paying significantly less tax than before the 2008 financial crisis, with companies' effective tax rates falling by 9% since then.

These proposals are the remaining missing pieces for the EU to fight tax avoidance. They will further strengthen our internal market and improve our tax system, which the TAXE and PANA committees have proved is necessary to counter aggressive tax planning and tax avoidance.

Taxation should take place where the value is created. Too often this natural principle is not respected. Parliament's position also addresses a specific loophole in our taxation system: the digital dimension. Again, we used a very simple principle. Digital businesses in the EU without a physical establishment have to be treated in the same way as businesses having one in the EU.

It is up to the Member States to find an agreement which responds to the need to keep up with rapid globalisation development. I therefore call on the Member States to join us in this renewed initiative to create a fairer tax environment for the benefit of fairer competition and, above all, the citizens.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señora presidenta, suele señalarse que el dumping fiscal en la Unión Europea se hace a partir del tipo nominal del impuesto de sociedades, lo que es efectivamente un problema, y, por ello, debemos dirigirnos hacia la armonización de ese tipo nominal. Pero no se habla tanto de la problemática del dumping a partir del cálculo de la base imponible, que también funciona como un elemento central del dumping fiscal en la Unión Europea.

Y, por eso, es tan importante esta propuesta —la BICCIS— de armonizar y consolidar el impuesto de sociedades: que haya normas comunes sobre el cálculo de esa base imponible, un impuesto que grave toda la actividad de las multinacionales en el conjunto de la Unión Europea, y también que se aborde la cuestión de las empresas digitales y de cómo pagan impuestos, porque, al final, de lo que estamos hablando con estas medidas es de recuperar soberanía fiscal.

La soberanía fiscal que tienen los Estados miembros en estos momentos es simplemente la soberanía de bajar los impuestos. Recuperar la soberanía fiscal, hacer que las multinacionales paguen de una vez —no como ocurre ahora, como hemos visto en el reciente informe del *Financial Times*— es armonizar la fiscalidad a escala de la Unión Europea, y esta propuesta es muy, muy importante.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Madam President, it is clear that the current system of taxing multinational corporations isn't working. The so-called 'arm's length' principle is out of date and ineffective. But for unity in taxation to work effectively as a means to end profit shifting, it needs to be global.

My main concern is that Member States are being asked to transfer further powers to the Commission in exchange for the promise that this new system will end the ability of multinationals to shift profits, but shortcomings in the proposal mean that this goal is unlikely to be achieved. Profit shifting outside of the EU is not addressed at all and it will actually increase the incentive for multinationals to shift profits outside the EU. By creating a common tax base across the EU, the proposal will, in fact, promote a race to the bottom on tax rates because the headline rate itself will be the only measure left for Member States to compete on.

The Irish Government has signalled its concerns over this proposal and, no doubt, will continue to do so. But, at the same time, the Irish Government needs to act now to end the dangerous and unsustainable situation in which it actively markets the Irish state as a tax avoidance hub and in which our public finances are severely over-reliant on the corporation tax receipts of a handful of multinationals.

We need tax justice, we need tax fairness and we need national tax sovereignty. There is no reason why we cannot achieve all of these things.

Barbara Kappel (ENF). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Den öffentlichen Haushalten der Europäischen Union gehen jedes Jahr wegen aggressiver Steuerplanung und Steuervermeidung rund 70 Milliarden Euro an Steuereinnahmen verloren. Das sind in erster Linie Mindereinnahmen aus der Körperschaftsteuer. Diese beiden heute diskutierten Berichte, die eine Harmonisierung der Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage anstreben, sollen diese Lücke in einnahmentechnischer Hinsicht schließen. Die Körperschaftsteuer ist neben der Mehrwertsteuer und der Einkommensteuer eine der wichtigsten Steuerbereiche. Mittels CCTB und CCTB sollen einfachere Steuervorschriften für die Berechnung des grenzüberschreitenden steuerpflichtigen Gewinns und eine bessere Vergleichbarkeit geschaffen werden, Unterschiede und Diskrepanzen in Bezug auf die Bemessungsgrundlage beseitigt und faire Wettbewerbsbedingungen insbesondere zwischen Multis und KMU geschaffen werden, ohne dabei die Besteuerungshoheit der Mitgliedstaaten in Frage zu stellen.

Zur Erreichung einer möglichst hohen multinationalen Effektivität dieser beiden Berichte, dieser zwei Bereiche soll es Einklang geben mit den Vorgaben der OECD-PEPs-Aktionen und der internationalen Rechnungslegungsrichtlinien nach den IFRS – so zumindest sah es der Kommissionsvorschlag vor. Das Europäische Parlament hat hier einige Veränderungen vorgenommen, nämlich die Schwelle für die verpflichtende Anwendung der Richtlinie von 750 Millionen Euro über einen Zeitraum von sieben Jahren auf Null gesenkt, die Möglichkeit eines unbeschränkten Verlustvortrags ausgeschaltet, die Anrechnung von FuE-Aufwendungen massiv reduziert und neue Kriterien zum Beispiel für die Qualifikation einer Muttergesellschaft geschaffen, abweichend von den IFRS. Das ist nicht hilfreich für einen multinationalen Ansatz zur Bekämpfung der Steuervermeidung, und das geht auch zu Lasten des Wettbewerbs für den Wirtschaftsstandort Europa.

Werner Langen (PPE). – Frau Präsidentin! Ich möchte zuerst den Berichterstatter, Herrn Tang und Herrn Lamassoure, herzlich danken und auch Kommissar Moscovici ermuntern, dass er seine Arbeit zur Verhinderung eines ungesunden Steuerwettbewerbs fortsetzt.

Wir haben schon viel in Angriff genommen, aber es gibt noch viel zu tun, weil die Mitgliedstaaten nach wie vor in vielen Fragen in einer Blockadehaltung sind. Gerade die Ergebnisse der beiden TAXE-Ausschüsse, aber auch des PANA-Untersuchungsausschusses haben gezeigt, wo die Lücken sind, wo wir nachbessern müssen, wo wir insbesondere das Steuersystem in das 21. Jahrhundert transferieren müssen, wenn es darum geht, dass internationale Unternehmen insbesondere der Digitalwirtschaft ihren gerechten Anteil an der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur, der Verwaltung und auch der Sozialstaaten leisten und nicht nur davon profitieren, dass sie Geschäfte machen können. Das ist ein gemeinsames Ziel hier im Parlament, und ich kann sagen, wir unterstützen das alles.

Eine andere Frage sind die Mindeststeuersätze. Da wir ohnehin keinen Einfluss auf die Steuergestaltung in diesem Sinne haben, wäre es falsch, wenn wir Mindeststeuersätze fordern würden. Es wäre auch nicht im Sinne der gemeinsamen Anstrengungen, kleine Fortschritte zu erzielen. Deshalb hoffe ich, dass es gelingen wird, diese Fragen, wie die einer gemeinsamen Steuerbemessungsgrundlage, in Zukunft in das Mitentscheidungsverfahren zu nehmen. Wenn die Steuersätze weiter in der nationalen Kompetenz bleiben, dann hätten wir auch inhaltlich mehr Einfluss.

Jeppe Kofod (S&D). – Madam President, it is high time to ensure that taxes are paid where profits are made, and the sad truth is that, a long time ago, we, as Member States and nations, lost sovereignty around corporate taxation in the age of globalisation. What this proposal on a Common Consolidated Corporate Tax Base is doing is actually taking a first big step to ensure that we can regain sovereignty around corporate taxation – ensure that big multinational corporations again start paying their fair share of taxes – and it is also creating much better and more equal competition between small and medium-sized enterprises and big corporations, thus ensuring growth and jobs in Europe.

It is important to note that what we have been seeing now and over the past decades is a race to the bottom on corporate taxation, raising inequalities between our societies and in our societies. With this Common Consolidated Corporate Tax Base we are taking a step to eliminate that race to the bottom.

So this is an important step we are taking in Parliament and in the European Union, and we should go global with it. This is the first step. We need to create a corporate tax system that fits the 21st century, and what we are doing in Europe is actually not impeding nation-state sovereignty. It is a step to enhance sovereignty and also to ensure that everybody contributes with fair taxes – and that we should applaud!

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodo predsjednice, revolucija informacijskih tehnologija i modernizacija distributivnih lanaca osigurali su tvrtkama veliku prisutnost na tržištima daleko od njihovog sjedišta. Pojedine države to su iskoristile kako bi privukle velike biznise stimulativnim poreznim stopama i dodatnim pogodnostima.

Dobar dio država članica ne može se i ne želi natjecati u toj poreznoj utakmici jer bi to tražilo rezove u javnoj potrošnji pa sad imamo ovu inicijativu kojoj je cilj zacementirati postojeće stanje.

Ne smijemo zaboraviti da su europske nacije predvodile svijet u istraživanjima i inovacijama onda kad su se međusobno najviše natjecale. Ta unutarnja konkurencija za Europu može biti samo dobra jer će motivirati sve članice da konstantno rade na povećanju konkurentnosti i učinkovitosti te ih prisiliti da eliminiraju nepotrebne troškove kojima političari često kupuju naklonost birača.

Marco Zanni (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, tassare le multinazionali in maniera giusta e dove ricevono i loro ricavi è sicuramente un principio giusto e condivisibile, però facciamo attenzione ad alcuni punti di questo provvedimento.

Si devono tassare e si devono controllare le multinazionali, non le piccole e le micro imprese che già oggi fanno fatica a essere *compliant* con tutti gli oneri amministrativi che già hanno nello svolgere la loro attività.

Quindi, implementare questo provvedimento per tutte le aziende è pericoloso e controproducente. E il secondo punto deve essere molto chiaro: non bisogna, con questo provvedimento, drenare risorse dagli Stati membri. L'imposizione fiscale è una competenza che rimane in mano agli Stati membri e questi provvedimenti non devono essere collegati a nessuna risorsa propria da far confluire all'interno del bilancio europeo.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, σύμφωνα με έρευνα, τα αποτελέσματα της οποίας δημοσίευσαν προχθές οι Financial Times, από το 2008, οπότε ξέσπασε η διεθνής χρηματοπιστωτική κρίση, έχουν μειωθεί εντυπωσιακά οι φόροι για τις μεγαλύτερες πολυεθνικές επιχειρήσεις ενώ αυξάνονται συνεχώς οι φόροι εισοδήματος και οι φόροι κατανάλωσης στο όνομα της εξυγίανσης των δημόσιων οικονομικών. Οι συνέπειες αυτής της πολιτικής είναι η συρρίκνωση της μεσαίας τάξης, το αδιέξοδο πολλών μικρομεσαίων επιχειρήσεων και η οικονομική περιθωριοποίηση ευρύτερων λαϊκών στρωμάτων. Αυτό σε ό,τι αφορά την οικονομία και την κοινωνία, γιατί υπάρχουν επίσης προφανείς πολιτικές επιπτώσεις, δηλαδή περιορίζεται η αξιοπιστία του πολιτικού συστήματος και σε πολλές περιπτώσεις στρέφεται ο κόσμος εναντίον μας.

Οι εκθέσεις που συζητάμε, του κ. Lamassoure και του κ. Tang, είναι στη σωστή κατεύθυνση. Τους ευχαριστούμε και αξίζουν την υποστήριξή μας. Τις θεωρώ μάλιστα ρεαλιστικές, δηλαδή λένε πράγματα τα οποία είναι λογικά και μπορούν να προχωρήσουν, αρκεί να υπάρξει η πολιτική θέληση, και νομίζω ότι είναι εποικοδομητική και η στάση της Ευρωπαϊκής Επιτροπής. Αυτό που πρέπει να κάνουμε είναι να ζητήσουμε από τις κυβερνήσεις των χωρών μας να προσαρμοστούν στο σκεπτικό που αναλύουμε εδώ, γιατί συχνά εμείς τα λέμε καλά, αλλά στις χώρες προέλευσής μας γίνονται εντελώς διαφορετικά πράγματα.

Jens Geier (S&D). – Frau Präsidentin, sehr verehrter Herr Kommissar Moscovici, sehr verehrte Damen und Herren! Wir haben diese Woche in verschiedenen Zusammenhängen über den Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der EU gesprochen, den sogenannten Brexit, der für mich als Mitglied des europäischen Haushaltsausschusses ein besonderes Problem mit sich bringt, nämlich ein etwa 10 %iges Loch im Haushalt der Europäischen Union und damit die zwingende Notwendigkeit, die Ausgaben umzuplanen.

Wir stehen vor dem Spagat zwischen dem Anspruch der europäischen Bürgerinnen und Bürger und der Regierungen der Mitgliedstaaten auf eine leistungsfähige EU und einer Einnahmensituation, die zusammenbricht.

Heute haben wir den Eigenmittel-Bericht des Europäischen Parlaments und unseren Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen beschlossen. Ich glaube, es kann kaum ein besseres neues Eigenmittel geben für den Haushalt der Europäischen Union als die *common corporate tax base*. Wir sollten das beantragen. Das ist ein Mittel, das der europäischen Regulierung unterliegt und im gemeinsamen Markt wichtig ist – ein europäisches Instrument für einen europäischen Haushalt.

Marcus Pretzell (ENF). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst ist die Idee, dass man dort besteuert, wo Wertschöpfung stattfindet, eine richtige Idee. Es ist auch deshalb richtig, weil damit eine Schieflage beseitigt wird, die derzeit gerade zwischen international agierenden Konzernen und mittelständischen Unternehmen in massiver Weise besteht. Aber, mein Vorredner hat das eben in eindrucksvoller Weise noch einmal bestätigt, es gibt erhebliche Zweifel daran, ob hier alle Beteiligten tatsächlich auch solche hehren Ziele verfolgen, oder ob sie ganz andere Ziele verfolgen.

Wir haben heute die Forderung nach gemeinsamen Steuersätzen gehört. Wir haben sogar gehört, man möge doch von Seiten der großen Staaten Druck auf die kleineren Länder ausüben, damit diese so besteuerten, wie das die großen Staaten denn gerne hätten. Und wir haben eben gehört, wir brauchen eine Finanzierung des europäischen Haushalts über diesen Weg. Meine Damen und Herren, das ist ein Irrweg. Genau das gilt es zu verhindern!

Andreas Schwab (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar Moscovici! Ich möchte zunächst den beiden Berichterstatern, Paul Tang und Alain Lamassoure, danken. Ich möchte jetzt nicht alles nochmals wiederholen, was richtigerweise schon gesagt wurde, sondern vier Punkte in den Mittelpunkt stellen.

Erstens: Aus meiner Sicht ist das kein Gesetz, das jetzt eine bestimmte Sorte von Unternehmen bestrafen möchte, sondern es ist ein Gesetz, das Gleichheit herstellen möchte – Gleichheit zwischen kleineren und mittleren Unternehmen, die in Europa ansässig sind oder sonst irgendwo auf der Welt, und den Großunternehmen, die die Chance haben, über Steuergestaltung die Freiräume zu nutzen, die die Mitgliedstaaten ihnen gelassen haben.

Deswegen ist es zweitens eben auch wichtig, deutlich zu machen, dass wir mit diesem Gesetz nicht die Freiheit der Mitgliedstaaten – und zwar völlig egal, ob das große oder kleine Mitgliedstaaten sind – einschränken, sondern dass wir Souveränität zurückgewinnen, damit wir tatsächlich einen Gleichklang in Europa hinbekommen im Steuerrecht, bei dem die einzelnen Mitgliedstaaten dann mit unterschiedlichen Steuersätzen auch wieder einen fairen Wettbewerb ermöglichen können. Auch das erscheint mir sehr wichtig.

Wenn wir diese *common corporate tax base* bekommen, wird ein Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten entstehen, aber es wird ein Wettbewerb sein, der dann gerecht ist. Und deswegen glaube ich, dass wir mit diesem Vorschlag einen Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit hinbekommen, und ich bin dankbar, dass es gelingt, diesen Weg einzuschlagen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Doru-Claudian Frunzuliță (S&D), *blue-card question*. – I know you are a specialist on this matter, Mr Schwab. Since the very beginning I have supported the merger of both directives on corporate tax, including by aligning the entry into force of the base and the consolidation on 1 January 2020. Taking into consideration your experience, don't you think that it is too early? Do you think 1 January 2020 is feasible, when we are almost in the middle of 2018?

Andreas Schwab (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Lieber Kollege Frunzuliță! Ich glaube, dass es der richtige Zeitpunkt ist, weil wir auch nicht ewig warten können. Wir haben jetzt schon lange gebraucht. Im Jahr 2008 hat dieses Parlament zum ersten Mal über diesen Vorschlag gesprochen. Es ist erwähnt worden, dass die Mitgliedstaaten hier nur sehr langsam mitmachen wollten. Und erst als die Europäische Kommission mutig einzelne Fälle herausgegriffen hat, ist deutlich geworden, wie groß der Schaden ist. Ich glaube, 70 Milliarden im Jahr können sich die EU-Staaten auf Dauer nicht erlauben. Wir müssen einen Schritt gehen, und deswegen glaube ich, dass es der richtige Zeitpunkt ist.

Damit konnte ich auch den vierten Punkt, der mir wichtig war, noch erwähnen.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señora presidenta, armonizar la base del impuesto de sociedades y consolidar el reparto entre Estados es absolutamente imprescindible en un mercado único. Todo lo contrario es competencia desleal. Y este es un paso imprescindible para luchar contra la elusión fiscal y, sobre todo y especialmente, para que haya lealtad entre los Estados de un mismo mercado único.

Esto me parece esencial y este paso me parece que la Comisión lo dio bien, los ponentes que han llevado a cabo este informe lo han mejorado en el Parlamento Europeo, y yo me alegro de ello. Pero también tengo que advertir a sus señorías de que, desgraciadamente, el Consejo no viene haciendo caso a las recomendaciones que plantea el Parlamento. Desgraciadamente, el Consejo no nos escucha. Y como estos informes son de consulta, desgraciadamente, el Consejo legisla sin tenernos en cuenta.

Y yo quiero hacer esta denuncia, porque las aportaciones que se han hecho en este Parlamento son muy importantes para mejorar la iniciativa que representó la Directiva en su momento.

Luigi Morgano (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sappiamo come alcuni recenti scandali fiscali abbiano portato alla luce la corsa al ribasso fiscale in molti Stati, purtroppo anche nell'Unione europea, quantificato tra i cinquanta e i settanta miliardi di euro l'anno di mancato gettito per le finanze pubbliche.

Chi ci guadagna sono soprattutto le grandi multinazionali del digitale – ma non solo – che sfruttano differenze, asimmetrie e complicazioni esistenti nei sistemi fiscali degli Stati membri, oltre ad accordi ad hoc. Chi ci perde sono i cittadini europei.

Il Parlamento avanza una proposta coraggiosa nella sua semplicità. Con l'armonizzazione della base imponibile che prevedono i testi in discussione, si chiedono fondamentalmente due cose: ristabilire il legame tra il luogo di imposizione e il luogo di realizzazione dei profitti, ripristinare parità di condizioni per grandi multinazionali e piccole e medie industrie, che sono l'ossatura del sistema economico europeo.

Con soddisfazione, anche personale, rilevo che la commissione per i problemi economici e monetari ha voluto mantenere un'attenzione alla deducibilità degli utili non distribuiti trasferiti a riserve da imprese cooperative e consorzi cooperativi, e la possibilità di assegnare parte delle risorse derivanti da un'imposta UE sulla base imponibile comune al bilancio europeo per ridurre i contributi nazionali diretti.

Spontane Wortmeldungen

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem přesvědčen o tom, že zdanění výrobků a služeb by mělo skutečně zůstat v Evropské unii. To samozřejmě nebrání tomu, aby byla přijata jednotná procesní pravidla. Měli bychom tudíž hledat strategii, jak zůstane právě na území Evropské unie ta daň. Daň se musí platit tam, kdy byl generován zisk. Myslím si, že to je pravidlo, kterému vyhovuje i návrh Evropské komise. Jsem rád, že ho zpravodajové vylepšili.

Já bych chtěl tuto situaci ovšem odlišit od nekalé daňové soutěže, to znamená, že jestliže členské státy si stanoví oprávněně svoji daňovou politiku a není to nekalá daňová soutěž, tak je to skutečně v jejich kompetenci. Ale v okamžiku, kdy jsme svědky, že dochází i mezi členskými státy k jakési nekalé daňové soutěži, musím se přiznat, že to ne zcela rád vidím – a to je velmi jemně řečeno – ,a bylo by dobré, aby i na tuto otázku byla schopna třeba Evropská komise reagovat.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nell'attuale contesto economico internazionale si pone agli Stati membri la sfida di garantire che i redditi da attività economiche siano tassati nel luogo in cui viene creato il valore. Il riferimento è in particolare alle grandi società multinazionali in grado di trasferire facilmente gli utili negli Stati membri con aliquote fiscali più basse.

I sistemi esistenti di tassazione delle società riflettono le realtà economiche del secolo scorso, nelle quali le imprese presentavano un chiaro legame con il mercato locale. Le direttive di cui disponiamo oggi puntano a creare una base comune per la tassazione nell'Unione di talune società, cosicché gli utili imponibili dovranno essere divisi tra gli Stati membri in cui opera l'impresa. Ciò potrà rivelarsi un potente strumento nella lotta alla pianificazione fiscale aggressiva, ma per permettere a una nuova normativa di esprimere tutto il suo potenziale, occorre una maggiore cooperazione tra le amministrazioni fiscali nazionali, fondamentale anche per l'Unione dei mercati dei capitali, il mercato unico digitale e il piano di investimenti per l'Europa.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, cette proposition est très importante pour lutter contre l'évasion et l'optimisation fiscales. La directive de lutte contre l'évasion fiscale n'empêche pas que les multinationales utilisent des techniques financières pour éviter de payer des impôts. Notre groupe – Verts/ALE – a publié l'étude «Tax Shopping» sur l'entreprise de textile galicienne Inditex Zara, qui a évité de payer des impôts en Espagne entre 2011 et 2014. Je vous avais contacté à l'époque et vous m'avez dit par Twitter que vous suiviez les rapports. C'est un exemple de ce contre quoi nous luttons aujourd'hui avec la proposition dont nous débattons dans ce Parlement.

Marco Valli (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la proposta di questo Parlamento, andando a vedere nel merito, è ancora molto più ambiziosa di quello che mi aspettavo all'inizio della discussione.

Devo dire che quello che è contenuto è sicuramente un qualcosa di molto progressista, che va nell'ambito della lotta contro la disuguaglianza in ambito della tassazione. Le multinazionali devono pagare le tasse laddove svolgono attività economica.

Rimangono dei piccoli problemi, dal mio punto di vista, che possono diventare anche grossi, ad esempio sulla soglia dei 750 milioni di fatturato che colpirà solo il 10 % delle multinazionali, se eliminata dopo 7 anni, andrà a colpire tutte le aziende. Bisogna fare uno studio tecnico su questo, e la Commissione dovrebbe applicarsi, affinché venga applicato con una soglia intorno ai 50 milioni di euro, perché andrebbe a colpire le multinazionali, escludendo poi le piccole aziende che potrebbero avere difficoltà nell'applicare e recepire questa questione.

E sulle risorse proprie potremmo anche essere d'accordo, ma non bisogna assolutamente applicare un aumento delle risorse che gli Stati devono convogliare al bilancio dell'Unione. Quindi sono assolutamente d'accordo, solo a patto che questo non comporti ulteriori oneri per gli Stati.

Brian Hayes (PPE). – Madam President, the principle of taxation policy in trying to encourage investment and industrial policy – particularly in peripheral parts of the European Union or less developed parts of the Union – is an essential point that we should never lose. I recognise that there is a significant majority in this House for both of these reports, as has been the case for many, many years, but there is not a significant majority, or anywhere close to that, in the Council.

That is because there is a real concern among smaller Member States that this proposal could lead to a hollowing out of the public tax position in those Member States, and could lead to a real reduction in terms of their total tax take in favour of larger Member States with big domestic populations. There has been no serious impact assessment on this proposal and we are very concerned about the way in which it could impact radically on smaller Member States.

We have to do more to address aggressive tax planning, and the best way of doing that is at OECD level.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Pani Przewodnicząca! To zaskakujące, że na rynku europejskim nadal istnieją liczne bariery, przeszkody czy wręcz szykany wobec podmiotów prowadzących działalność gospodarczą. Tyle lat już minęło, a cały czas mierzymy się z barierami, które wydawały się proste.

Rozumiem, że harmonizacja 28 systemów podatkowych nie jest łatwa i nie jest dziś możliwa. Nie jestem natomiast w stanie zrozumieć, dlaczego wciąż istnieje aż tak wiele różnego rodzaju przeszkód uniemożliwiających normalne rozliczanie podatków. Bardzo się cieszę z dwóch etapów, które są w chwili obecnej proponowane. Akceptuję także okres przejściowy, w którym funkcjonowałby zaproponowany mechanizm kompensacyjny. Natomiast kluczowe znaczenie ma obecnie dobre zdefiniowanie głównego adresu prowadzenia działalności gospodarczej i rzeczywiście szybkie przejście do realizacji.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodo predsjednice, čestitam izvjestiteljima, kolegama Lamassoureu i Tangu i smatram da su dva važna koraka u sprječavanju utaja poreza i prebacivanja profita napravljena kroz prijedloge ove dvije direktive.

Dakle, prvi korak – utvrđivanje zajedničke osnove poreza na dobit – važan je jer se zaustavljaju porezne prakse davanja skrivenih potpora i privlačenja kompanija na način da im se omogućava maksimalno smanjivanje porezne osnove, a isto tako, zahvaljujući ovome prijedlogu smanjuju se administrativni troškovi i značajno se pojednostavljaju procedure za kompanije na cijelom jedinstvenom tržištu.

Drugi korak – zajednička konsolidirana osnovica poreza na dobit – važna je jer sprječava prebacivanje dobiti kompanija u države s nižim porezima i uvodimo praksu, naravno, konsolidiranja rezultata i raspodjele u skladu s ostvarenim prihodima, imovinom, brojem zaposlenih, ali i podacima u slučaju digitalnog poslovanja.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Pierre Moscovici, membre de la Commission. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés au Parlement européen, d'abord, merci à tous pour ce débat de qualité, je ne connais pas le vote, par définition, il aura lieu demain. Je ne veux pas en préjuger mais je suis heureux que nous avançons ensemble de manière largement transpartisane pour appeler les États membres à agir vite, comme ils l'ont fait sur les intermédiaires, parce que nos concitoyens le demandent et c'est vrai que ce débat permet de faire apparaître l'ambition très vaste de la proposition.

Je tiens une nouvelle fois à saluer le travail des rapporteurs qui ont su mobiliser, convaincre, promouvoir le projet d'ACCIS à travers l'Europe.

J'entends les interrogations qui se font jour, et il est normal qu'une réforme aussi ambitieuse suscite des questionnements, des débats d'idées, mais nous en sommes au moment des choix politiques. Il est temps que l'Europe soit ambitieuse dans sa réforme fiscale pour attirer les entreprises, rester compétitive au niveau mondial, lutter contre la fraude et l'évasion fiscales et avec ACCIS, nous avons précisément une réponse unique aux préoccupations à la fois des entreprises et des citoyens et c'est pour cela que cette réforme est si importante. Aux entreprises, nous offrons un véritable marché unique, avec des règles simplifiées, uniformes et des conditions de concurrence loyales et équitables, et aux citoyens, nous montrons notre détermination à lutter contre l'évasion fiscale qui se nourrit précisément des asymétries entre systèmes fiscaux nationaux. Grâce aux propositions que je ferai la semaine prochaine avec votre soutien à l'avenir, la fiscalité des entreprises numériques fera aussi – si les États membres le décident – partie intégrante du projet d'ACCIS et donc nous aurons vraiment cette architecture fiscale sur l'imposition des sociétés pour le XXI^e siècle qui concernera toute l'économie, quelles que soient ses strates, ses secteurs ou ses formes.

Face aux clivages nationaux, face aux lourdeurs administratives actuelles, je pense que nous avons là la clé de voûte du système fiscal moderne, compétitif, transparent, que nous voulons. Je compte sur les deux présidences qui viennent, la présidence bulgare à l'heure actuelle et la présidence autrichienne pour achever les travaux.

Je voudrais répondre en outre à quelques points soulevés par les membres du Parlement. D'abord, non, ce projet n'est pas une attaque contre la souveraineté des États membres. Il ne s'agit d'ailleurs jamais de cela dans les projets que nous formulons parce que la Commission européenne, vous le savez, n'a aucune forme de compétence par exemple sur les taux. Il s'agit juste d'harmoniser les conditions de fonctionnement dans le marché unique pour le bénéfice des entreprises et cela ne relève pas seulement du niveau national mais par ailleurs, le niveau national conserve bien sûr l'essentiel de ses prérogatives. Évidemment, il s'agit aussi de lutter contre l'évasion fiscale qui est favorisée par les complexités liées aux frontières fiscales mais là encore, la réponse est européenne. M^{me} Joly est revenue sur l'utilisation de l'article 116 qui permet de régler les distorsions de concurrence sur le marché intérieur. Je ne crois pas qu'on puisse l'utiliser comme base juridique pour une proposition législative comme l'ACCIS mais vous savez que la Commission européenne réfléchit au moyen de revenir sur cette question de l'unanimité en matière fiscale dont nous constatons qu'elle est effectivement à tout le moins une source de complexité, surtout quand nous avons des projets aussi ambitieux.

Enfin, sur la question de savoir s'il y a là une base pour une ressource propre à l'avenir ou sur la question des taux d'imposition ou sur l'harmonisation fiscale, je le répète: en créant une base commune, nous allons incontestablement vers une convergence fiscale. L'harmonisation fiscale, qui est une ambition que je partage, dépend aussi, dans ce contexte, de la volonté des États membres, car il n'y a pas de retour sur la souveraineté fiscale. Je ne crois pas qu'il y ait là un poids fiscal additionnel – en tout cas ce n'est pas compris dans la proposition – et donc je pense que, avec toutes les sensibilités qui s'expriment ici, vous pouvez avancer avec confiance vers l'assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés qui est compatible avec une grande partie des visions que j'ai entendues ici. D'ailleurs, les rapporteurs ne me paraissent pas provenir forcément des mêmes familles politiques, et pourtant, ils ont fait un travail extrêmement proche, puisque nous avons ici une proposition qui peut vraiment rassembler car il s'agit de moderniser, de rendre transparents nos systèmes fiscaux, de combattre l'optimisation fiscale agressive. Cet outil extrêmement puissant est entre vos mains et comme d'habitude, je crois que le Parlement et la Commission ont bien travaillé et que, par votre vote de demain, vous marquez qu'à nos côtés, vous demandez aux États membres d'avancer avec la même force et la même ambition.

Alain Lamassoure, rapporteur. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, je vous remercie pour vos réponses, et je remercie toutes celles et ceux de nos collègues qui ont participé à ce débat très intéressant et très enrichissant, qui laisse présager demain une majorité assez nette en faveur des propositions adoptées par la commission des affaires économiques et monétaires.

Je voudrais lancer un appel au Conseil, parce que la balle va être maintenant dans son camp et il est temps que le Conseil, au niveau approprié, c'est-à-dire au niveau politique des ministres, se saisisse de ce dossier. Or, nous savons – nous avons vu d'autres exemples et, sur ce sujet, un exemple il y a quelques années – que le Conseil sait parfaitement comment se débarrasser de textes qui le gênent, sans avoir à voter formellement contre. La première manière consiste à dire «Il y a d'autres urgences» et, en 2011, c'est vrai, nous étions en pleine crise de la zone euro, il y avait le feu à la maison, ce n'était peut-être pas le moment de s'occuper de changer le mobilier.

Une autre méthode consiste à laisser s'enliser le dossier en le reportant de réunion en réunion, et c'est là que la priorité dans le temps, qui pourrait être donnée par le Conseil à une solution limitée de l'imposition du numérique par un impôt indirect, pourrait être néfaste.

Enfin, il y a une autre méthode qui consiste à vider le projet de sa substance, et ce que nous pouvons savoir des travaux du groupe de travail, qui travaille sous l'autorité de l'ECOFIN, est très inquiétant dans la mesure où ils ont achevé une première lecture du premier projet de directive, en supprimant purement et simplement l'essentiel des dispositions proposées par la Commission européenne, vidant de son sens la proposition initiale.

Je lance donc un appel pour que, sur la base des propositions de la Commission avec les modifications suggérées – je l'espère, demain – par le Parlement européen, le Conseil se saisisse enfin de ce sujet essentiel pour obtenir ce progrès dont l'Union européenne a besoin.

Paul Tang, rapporteur. – Madam President, I would first of all like to thank my colleagues for their contributions in this debate. Special thanks also go to the rapporteurs and the shadow rapporteurs for working together on these files, as well as to Alain Lamassoure and also to Pierre Moscovici. I think we worked together very productively. I very much appreciate it.

We have the vote tomorrow, but it doesn't mean our work ends after tomorrow. We can't just have a vote in the European Parliament. We still have to reach out to national parliaments, national governments and the public to put pressure on for this reform. I also expect that from Members of the European Parliament, and I am sure that Alain Lamassoure and I will continue to work outside this House to press for this reform, because this year will be the moment of truth. I am very pleased when Pierre Moscovici says that this year we should have the discussion in the Council and this year we should put the pressure on. This is the year when the Member States have to show their true colours. In the end, I think that, even if we don't have the 27 on board, we should push this, because it puts pressure on the countries that remain outside an agreement. Currently, the situation is that Google and Facebook are in Dublin, but the tax reasons for being there become much less if other countries already start to tax Google and Facebook. This will change the dynamics.

Hearing this debate, another point came to my mind: first of all that reform is very difficult, especially for countries on their own. They fear losing competition, so the best option for reform is to do it together. So we need to restore sovereignty for Member States as well, by trying to reform together. I hope, again, that Parliament will give the starting signal and vote in favour with broad support for a fair and efficient corporate tax system in the 21st century.

Die Präsidentin. – Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Donnerstag, 15. März 2018, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Το φορολογικό ντάμπινγκ και ο επιθετικός φορολογικός σχεδιασμός είναι καθημερινό φαινόμενο στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Η Ολλανδία του Dijsselbloem, το Λουξεμβούργο του Juncker και η Μάλτα είναι χώρες που παρέχουν κίνητρα φοροαποφυγής στις διάφορες πολυεθνικές. Επομένως, ο επιθετικός φορολογικός σχεδιασμός ουσιαστικά αποτελεί τη δεύτερη φύση της Ευρωπαϊκής Ένωσης, μια και η ίδια η ΕΕ επιθυμεί να υπάρχουν γκρίζες ζώνες μέσω του αθέμιτου φορολογικού ανταγωνισμού μεταξύ των κρατών μελών. Ήρθε ο καιρός σε πανευρωπαϊκό επίπεδο να δημιουργηθεί ένα δίκαιο φορολογικό σύστημα με κοινή βάση φορολογίας εταιριών, χωρίς γκρίζες ζώνες, για να σταματήσει το φορολογικό ντάμπινγκ των πολυεθνικών εταιριών και να φορολογούνται τα κέρδη τους στις χώρες όπου αποκομίζονται. Επιπλέον θα πρέπει να κλείσουν όλα τα νομοθετικά «παράθυρα» που νομιμοποιούν την πρακτική των ενδοομιλικών συναλλαγών και οδηγούν σε φοροαποφυγή που στερεί τους κρατικούς προϋπολογισμούς από τεράστια φορολογικά έσοδα. Όμως τελικά περισσεύει η υποκρισία, αφού το Ecofin ομόφωνα αφαίρεσε ακόμα και τον Παναμά από τη μαύρη λίστα των φορολογικών παραδείσων. Επομένως, το κλειδί για το χτύπημα της φοροδιαφυγής και της φοροαποφυγής στην ΕΕ βρίσκεται στο Συμβούλιο, όπου πρέπει να ληφθούν σοβαρές αποφάσεις. Όμως εκεί υπάρχουν κράτη μέλη που όχι μόνο δεν επιθυμούν να ληφθούν συγκεκριμένα μέτρα αλλά εμποδίζουν παντελώς τη λήψη των αναγκαίων αποφάσεων.

Othmar Karas (PPE), schriftlich. – Die Arbeit der LuxLeaks und Panama-Papers-Ausschüsse hat es gezeigt: Aggressive Steuervermeidungspraktiken sind kein Problem eines einzelnen Landes oder einer einzelnen Firma, sondern ein strukturelles Problem der Steuerpolitik in Europa und weltweit. 60 Milliarden Euro an potenziellen Steuereinnahmen gehen jedes Jahr in der EU dadurch verloren, Lücken zwischen nationalen Systemen, Doppelbesteuerungen und der hohe Verwaltungsaufwand behindern Wachstum und Investitionen und große Firmen können sich meist völlig legal für jeden Teil ihrer Tätigkeit das „steuerschonendste“ Land aussuchen. Dagegen ist die Gemeinsame konsolidierte Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage die effektivste Medizin. Wir wollen, dass Unternehmen ihre Steuern dort zahlen, wo die Wertschöpfung stattfindet. Wir wollen EU-weit harmonisieren, was wo besteuert wird. Wir wollen einheitliche Regeln für die Berechnung steuerpflichtiger Gewinne und deren Konsolidierung gemeinsam einführen. Wir wollen Bürokratie reduzieren und dadurch 3,4 % mehr Investitionen und 1,2 % mehr Wachstum in der EU generieren. Und wir wollen digitale Aktivitäten von Online-Konzernen einbeziehen und eine „digitale Betriebsstätte“ für internetbasierte Geschäfte definieren. Die Idee ist nicht neu, sondern wurde schon 2011 geboren. Heute wie damals hat das Europäische Parlament geliefert. Die Mitgliedstaaten müssen endlich aufhören, sich gegenseitig ein Bein zu stellen, und diese wichtige Initiative noch in dieser Legislaturperiode beschließen.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), písemně. – Stěžejní myšlenkou a cílem, kterého musíme dosáhnout je, aby firmy odváděly daně tam, kde tvoří zisk. Jsem zcela proti daňovým rájům a daňovým podvodům. Domnívám se, že nám ale chybí definice toho, co daňový ráj vlastně je. Musíme rozlišovat mezi tzv. daňovou optimalizací a účelovými podvody. Zároveň jsem stále přesvědčen, že fiskální politika by měla zůstat plně v kompetenci členských států. Jako KSČM například navrhujeme dvě daňové sazby, nižší pro malé a střední podniky a vyšší pro velké firmy. Navrhovaná směrnice ale počítá s tím, že do sedmi let bude platit pro všechny právnické osoby minimální jednotná daňová sazba napříč EU. Pevně podporuji jednomyslné rozhodování v Radě o těchto krocích.

16. Angriff der USA auf Stützungszahlungen der EU für landwirtschaftliche Betriebe im Rahmen der GAP (im Zusammenhang mit spanischen Oliven) (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnug folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über den Angriff der USA auf Stützungszahlungen der EU für landwirtschaftliche Betriebe im Rahmen der GAP (im Zusammenhang mit spanischen Oliven) von Czesław Adam Siekierski im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und Bernd Lange im Namen des Ausschusses für internationalen Handel (O-000006/2018 - B8-0007/2018) (2018/2566(RSP)).

Czesław Adam Siekierski, autor. – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Procesy zachodzące poza granicami Unii Europejskiej mają coraz większy wpływ na sytuację unijnego sektora rolno-żywnościowego. Kolejnym przykładem uwarunkowań zewnętrznych oddziałujących na sytuację w naszym rolnictwie są amerykańskie restrykcje handlowe w odniesieniu do hiszpańskich oliwek, choć w przyszłości można się spodziewać, że dotknięte mogą być także różne produkty z innych krajów. Rosnące tendencje protekcyjnistyczne na świecie mogą stanowić poważne zagrożenie dla naszych producentów.

Chciałbym teraz zaprezentować list. W dniu 13 lipca 2017 r. wszczęto postępowanie w sprawie cel antydumpingowych i wyrównawczych dotyczące dojrzałych oliwek z Hiszpanii, po tym jak stwierdzono, że dopłaty utrzymywane przez producentów oliwek w Unii powodują, iż produkty z oliwek mogą być wwożone do Stanów Zjednoczonych po cenach niższych od rynkowych. Mając na uwadze, że wzrost eksportu z Hiszpanii ma bardzo niewielki wpływ na sytuację dwóch amerykańskich producentów oliwek, najbardziej niepokojącym aspektem sprawy jest to, że w postępowaniu w sprawie cel wyrównawczych bada się niektóre środki wsparcia stosowane w ramach wspólnej polityki rolnej, mimo że w pełni spełniają one kryteria płatności kategorii zielonej obowiązującej w WTO. Środki będące przedmiotem postępowania w sprawie cel wyrównawczych to system płatności podstawowej, pomoc dla młodych rolników itp., które nie mają związku z produkcją. Nie wpływają na poziom cen na poszczególnych rynkach rolnych. Nie zakłócają handlu międzynarodowego. W dniu 19 stycznia 2018 r. Departament Handlu nałożył nieuzasadnione cło wyrównawcze na hiszpańskie oliwki w wysokości przekraczającej 17%.

Jakie działania w tej sprawie podjęła już Komisja? W jaki sposób Komisja wspiera firmy hiszpańskie? Jakie działania są planowane w reakcji na zagrożenie, w jakim znalazła się wspólna polityka rolna? Czy Komisja rozważa możliwość wniesienia skargi na USA do Światowej Organizacji Handlu?

To jest koniec pytania. Na koniec chciałbym również podkreślić, że oprócz walki z protekcyjnizmem musimy także dążyć do zapewnienia równych warunków konkurencji na rynku światowym. Chodzi tu o sprawy standardów środowiskowych, klimatycznych i socjalnych.

Bernd Lange, Verfasser. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind ja in der Frage der Oliven von den USA in zwei Richtungen Gegenstand einer Untersuchung, andere würden sagen unter Beschuss. Das eine sind Antidumping- Untersuchungen gegen einzelne Hersteller von Oliven. Auch hier kann man in der Tat sehr kritisch die Frage stellen, ob das ein gerechtfertigter Untersuchungsgegenstand ist, weil wir zweifelsohne keine Dumpingverfahren in der EU zulassen. Wir werden wahrscheinlich im Juni dann ein Ergebnis dieser Antidumping- Untersuchungen von den Vereinigten Staaten sehen. Ich kann in gewisser Weise auch Verständnis dafür aufbringen, dass man diese Antidumping-Untersuchung mal startet.

Aber die zweite Linie, Antisubventionsmaßnahmen: Der Vorwurf, in der Europäischen Union würde Subventionsbetrug betrieben – dafür habe ich überhaupt kein Verständnis. Denn es richtet sich nicht gegen einzelne Unternehmen, sondern, wie mein Vorredner schon sagte, gegen die europäische Agrarpolitik. Das ist ein Hohn, weil wir eindeutig mit der letzten Reform der europäischen Agrarpolitik die Kriterien der *green box* innerhalb der WTO erfüllen. Insofern ist das ein Angriff auf die Strukturen der WTO, und das kennen wir natürlich aus anderen Zusammenhängen. Wir haben das schon heute morgen diskutiert, was Stahl anbelangt.

Hier werden ganz bewusst Strukturen, die von 164 Ländern akzeptiert werden, in Frage gestellt. Deswegen müssen wir auch sehr deutlich sagen, dass wir diese Antisubventionsuntersuchungen und das Verhängen von Zöllen nicht akzeptieren können. Das ist letztendlich reiner Protektionismus! Wir haben die Kommission schon dreimal gefragt, wie der Stand in der Oliven-Frage ist, also welche Maßnahmen die Kommission bisher ergriffen hat. Gerade jetzt, nach dem Verhängen der Zölle im Januar wird die Kommission die USA bei der WTO verklagen. Gibt es denn Überlegungen, Sicherheitsmaßnahmen, Gegenmaßnahmen zu kreieren?

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Madam President, yes the Commission is fully aware of the importance of this case, not only in terms of the economic impact on the Spanish exporters but also because of its systemic importance, relating to the targeting of the EU common agricultural policy: the 'green box' support available to Spanish farmers, which you have raised.

So we have been actively involved in those investigations from the very beginning, and have provided all the necessary assistance to the Spanish Government and the exporters concerned. We have made several technical and political interventions to legally rebut the US allegations and politically dissuade the US authorities from taking countervailing measures against EU CAP 'green box' subsidies. Despite all these efforts, as you know, the US authority nevertheless decided to take preliminary countervailing measures. We are very concerned about this decision, because these subsidies are not trade distortive and they do comply with the rules of the World Trade Organization (WTO).

We will continue to exert pressure on the USA. I have personally raised the issue with the relevant ministers and secretaries; and some of my colleagues in the Commission, notably Commissioner Hogan, have also raised this personally several times with relevant ministers and secretaries; and we will continue to talk with and assist the Spanish Government. There are talks on this regularly, including with the Spanish companies concerned, with the aim of avoiding the imposition of any unjustified measures by the USA.

If this is not successful, we will carefully analyse the factual and legal aspects of the final decision due at the beginning of June, and will weigh all possible options on how to challenge these measures, including through WTO action.

Esther Herranz García, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora presidenta, señora comisaria, señorías, resulta inaceptable el ensañamiento que muestra la Administración de Trump contra las exportaciones europeas. Entre los muchos procedimientos similares que han abierto los Estados Unidos, el emprendido contra las aceitunas de mesa españolas es especialmente preocupante. Si prospera, se pondría en cuestión de manera caprichosa el modelo de ayudas de la política agrícola común, que está perfectamente en línea con las normas de la Organización Mundial del Comercio, como ha dicho la comisaria. Creo que la Unión Europea no debería poner la otra mejilla, sino responder a los Estados Unidos con sus mismas armas.

En Andalucía, comunidad fuertemente castigada por la crisis económica, la acción estadounidense puede acarrear graves perjuicios, perjuicios para muchas familias que viven del olivar y del procesamiento de las aceitunas. El éxito de este sector se ha debido a su trabajo y a su capacidad para introducir mejoras tecnológicas. Las ayudas europeas no son el motivo del aumento de la competitividad de los productores españoles.

Creo sinceramente que la Comisión Europea está haciendo bien su trabajo junto al Gobierno de España y que debe seguir haciéndolo dando una respuesta contundente a estas investigaciones.

Desde el Grupo Popular Europeo hemos presentado una enmienda para pedir que se investiguen los subsidios que reciben producciones estadounidenses como la almendra y el maíz, pues hay razones de peso para pensar que se trata de ayudas verdaderamente distorsionadoras del comercio.

Clara Eugenia Aguilera García, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, como han dicho otros diputados, las medidas proteccionistas de Trump suponen un ataque al sistema de ayudas europeo de la PAC, y esto es lo preocupante de esta situación. Y anuncian una guerra comercial a nuestros sectores exportadores.

Se han abierto investigaciones —como ya se han referido— desde el pasado mes de junio, en un caso, y en el mes de julio, en otro caso, a varias empresas españolas, andaluzas, de Sevilla concretamente; tres empresas que tienen una alta competitividad en este sector de la aceituna de mesa, concretamente, la aceituna de mesa negra. Una de ellas es una cooperativa. Estas son las aceitunas que tanto critica y que aparentemente tanto están afectando a las empresas californianas en la comercialización de sus productos.

Esto ha supuesto ya que, de forma provisional, se haya impuesto un incremento de aranceles de una media del 22 % a las empresas afectadas. La decisión final se determinará el próximo mes de junio. Si el resultado es negativo, se impondrían a las importaciones de aceituna de mesa negra procedente de España unos aranceles importantes, por una duración de hasta diez años.

Vemos claro cuál es el objetivo de los estadounidenses: debilitar la capacidad exportadora de estas empresas, que ya tienen una fuerte implantación en el mercado estadounidense, para beneficiar claramente a dos empresas californianas. La Comisión lo está haciendo bien, está apoyando al sector y al Gobierno de España. La animo a seguir así.

Señorías, para terminar, el problema es que la excusa son las ayudas que reciben de la política agrícola común. Ahora son las aceitunas, mañana pueden ser otros productos u otros sectores. Por tanto, no nos podemos dejar avasallar. Apoyamos a la Comisión en sus acciones y, por tanto, les pido a todos los diputados y a todos los grupos que apoyen la propuesta de Resolución común que hemos presentado. Será, sin duda, una buena noticia para este sector.

Jørn Dohrmann, *for ECR-Gruppen*. – Fru formand! Frihandel er vigtig for os alle, for velstand og for frihed. Nu ser vi, at USA starter en spiral af afgiftspålæggelser. I dag er det oliven fra Spanien, i morgen kan det være svindekød fra Danmark, og det er en trussel imod vores vækst og velfærd. Derfor er det yderst vigtigt, at vi taler med store ord og fornuft over for hinanden. Ingen er tjent med handelskrig, særligt ikke det arbejdende folk, som bliver taget som gidsler. At indføre handelsrestriktioner er en socialistisk tankegang, som aldrig har virket. Det er ikke amerikansk, det er egoistisk. Nu skal vi sende et klart signal om, at vi ønsker frihandel og dialog også med USA. USA skal også vide, at vi ikke altid køber produkter fra USA, der ikke er miljøvenlige.

Ivan Jakovčić, *u ime kluba ALDE*. – Gospođo povjerenice, moram reći da razumijem Vašu retoriku od jutros kad smo govorili o čeliku i aluminiju i sada Vašu retoriku kada govorimo o španjolskim maslinama, ali ja vas želim upozoriti: Rat je počeo! Rat je počeo!

Podržavam umjerenu retoriku, ali očekujem čvrste odluke. Mi moramo shvatiti da rat slijedi i to svakim danom sve više. Nema nikakve dileme da je sve ono što Vi činite dobronamjerno, ali mi moramo biti spremni na protupoteze i to na način da možda ova današnja američka administracija želi samo jedno: želi podvojiti Europsku uniju.

Španjolske masline dobit će svoje carine, ali hrvatske neće, grčke neće, a mi imamo zajedničku poljoprivrednu politiku. I moramo nastaviti s tom zajedničkom poljoprivrednom politikom. I tvrdim da mi u našoj zajedničkoj poljoprivrednoj politici moramo igrati na vrhunsku kvalitetu i na taj način ćemo biti najkonkurentniji na svjetskom tržištu, ali to je pitanje nas samih.

U ovom slučaju vrlo je jasno da pravila Svjetske trgovinske organizacije (...), pa ja mislim da će Trump voditi politiku, da će samo odmahivati. Reći će: „Ma kakva Svjetska trgovinska organizacija!“. Vidimo što čini kada govori o poslovanju na Pacifiku, kada govori o poslovanju s drugim državama i ja mislim da smo mi ovdje nesprenni.

Nema nikakve dileme da ako netko kaže: „America first!“, ja vas pozivam da mi isto kažemo: „Europe first!“. Potpuno sam otvoren za svjetsku ekonomiju, potpuno sam otvoren za potpuno liberalnu ekonomiju, ali netko kaže: „America first!“ Izvolite vi iz Komisije reći: „Europe first!“

Florent Marcellesi, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora presidenta, la guerra comercial de Trump contra la aceituna española es injusta, arbitraria y contraria a las reglas del comercio mundial. Las ayudas que recibe el sector no distorsionan el mercado y cumplen con la llamada «caja verde» a nivel internacional.

Al mismo tiempo, el futuro del sector no pasa por reforzar la exportación masiva de la gran industria, basada en el monocultivo, pasa por otro modelo agrícola que prime el medio ambiente, las buenas condiciones laborales, la salud pública y el bienestar animal.

Así que en Andalucía, en Extremadura, en el País Valenciano diversifiquemos nuestro campo, fomentemos el consumo de proximidad, la agricultura ecológica, las pequeñas explotaciones y la soberanía alimentaria. Esta es la mejor respuesta a Trump: una transición justa hacia un campo vivo y sostenible.

Espero que apoyen las enmiendas del Grupo Verts/ALE en ese sentido para que podamos apoyar esta Resolución en su conjunto. Para salvar la aceituna y a su gente, ni Trump, ni monocultivo.

Lola Sánchez Caldentey, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta, muchas gracias, señora comisaria, en noviembre el Departamento de Comercio de los Estados Unidos emitió una Resolución que plantea imponer aranceles a la aceituna española. Esta medida puede tener unos costes dramáticos en el sector y son miles las familias que dependen de la aceituna.

La medida evidencia que Trump gobierna al servicio de los *lobbies*, aunque ello le haga caer, como en este caso, en incoherencia, porque nos acusan de competencia desleal por subvencionar nuestra agricultura, cuando la agricultura estadounidense está muy subvencionada. Además, nuestras subvenciones están homologadas por la OMC.

Es preocupante que se pueda sentar un precedente contra otros de nuestros productos agrarios, pero nuestra respuesta no debería ser más guerra.

Exigimos a Trump que retire esta medida injusta y arbitraria, que sufrirán sobre todo los pequeños y medianos agricultores y los trabajadores del sector.

Pedimos a la Comisión Europea que redoble sus esfuerzos para hacer frente a esta amenaza y que su respuesta se centre en los trabajadores, las pymes y las cooperativas. Además, subrayamos la necesidad de que la futura PAC desarrolle resistencias a este tipo de amenazas exteriores y para ello debemos apostar por nuestro mercado interior y superar los riesgos que suponen la continua apuesta por la exportación.

Debemos primar a los pequeños y medianos agricultores y agricultoras y la sostenibilidad de nuestro mundo rural sobre los grandes beneficios de la empresa agroindustrial, y favorecer los ciclos cortos y la agroecología.

El reto es mayúsculo. Nos jugamos el presente y el futuro de nuestro mundo rural y el de cientos de miles de empleos.

Philippe Loiseau, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, vous le savez, les États-Unis veulent bloquer les importations d'olives noires espagnoles. Déjà lors des négociations avec l'Australie, le secteur agricole avait été exclu des négociations, position d'ailleurs complètement opposée à celle de l'Union européenne, qui est prête, elle, à sacrifier ses éleveurs.

Les Américains considèrent que les olives espagnoles sont vendues à un prix peu élevé grâce aux subventions de la PAC, et ont un impact sérieux sur leur industrie. Les Espagnols, quant à eux, considèrent que leurs efforts de réduction des coûts et des investissements sont les seules raisons pour lesquelles ils produisent des olives à un prix compétitif.

Par conséquent, comment aider les producteurs espagnols? La solution se trouve assurément dans la renégociation des traités et des accords commerciaux. L'objectif premier de notre politique agricole doit être de nourrir et non d'imposer une compétitivité sans limite ayant pour finalité une agriculture spéculative. Ce système à bout de souffle n'a plus de sens, surtout lorsque l'on sait que l'Espagne importe, elle aussi, des olives. Face à cette situation avec les États-Unis, nous devons absolument révolutionner nos règles commerciales.

Michel Dantin (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, depuis de longs mois, la Commission est restée bien silencieuse. Alors que depuis quelques jours, l'affaire de l'acier défraie la chronique, cette affaire ne concerne pas que l'Espagne, elle concerne toute l'Europe à travers les olives espagnoles.

Oui, comme cela a été dit, c'est une attaque contre la politique agricole commune, c'est une attaque contre les efforts que nous avons demandés depuis plusieurs décennies aux agriculteurs européens pour se plier à des contraintes internationales. C'est la légitimité de notre politique commune qui est mise en cause aujourd'hui par les États-Unis. Pourtant, faut-il rappeler que les États-Unis aident deux fois plus que l'Europe les agriculteurs pour chacun de leurs hectares?

L'Europe semble prête à livrer telle ou telle part de son agriculture dans les accords internationaux et nous sommes silencieux pour la défendre, lorsque nous sommes attaqués dans l'un de nos outils essentiels.

Madame la Commissaire, nos concitoyens nous demandent une Europe qui les protège. Une Europe qui les protège, c'est une Europe qui s'exprime en temps et en heure, c'est une Europe qui agit immédiatement et pas un an après, c'est une Europe qui est capable de faire preuve de tactique face à l'adversaire. C'est ce que nous vous demandons, c'est ce que nous attendons de vous, pas au mois de juin, mais tout de suite, c'est un signal à envoyer à nos agriculteurs.

Paolo De Castro (S&D). – Signora Presidente, Commissaria, onorevoli colleghi, dopo acciaio e alluminio, le olive da tavola spagnole potrebbero essere solo le prime di una serie di eccellenze agroalimentari europee, vittime della scellerata guerra commerciale avviata dall'amministrazione statunitense.

Una decisione, quella delle autorità americane, che assume tratti surreali se si pensa che i produttori spagnoli vengono accusati di esportare al di sotto del prezzo di mercato a causa degli aiuti diretti della politica agricola comune.

Una politica che, a differenza del *Farm Bill* statunitense, ha da tempo deciso di eliminare qualsiasi aiuto distorsivo, rendendo l'Unione europea uno dei pochi blocchi commerciali al mondo in grado di vantare la quasi totalità conforme alle politiche agricole alla scatola verde del WTO.

I nostri agricoltori, dopo la crisi dovuta all'embargo russo, rischiano ora di veder venire meno un mercato che, con un volume complessivo di export superiore ai 20 miliardi di euro lo scorso anno, rappresenta il più importante partner commerciale dell'Unione europea.

Risulta quindi quanto mai necessaria, Commissaria, l'immediata riapertura di un tavolo di discussione con le autorità statunitensi, al fine di evitare ulteriori pesanti ripercussioni sul settore agroalimentare europeo.

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Dieser Vorstoß der US-Regierung, die Agrarförderungen Europas als Wettbewerbsverzerrung darzustellen, ist meiner Ansicht nach nur der Anfang. Wir müssen uns dagegen entschieden zur Wehr setzen, sonst werden wir in Kürze in anderen Bereichen dieselben Probleme haben.

Außerdem möchte ich vorschlagen, dass wir in Zukunft die erste Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik noch sehr viel stärker an öffentliche Leistungen binden, so wie Klimaschutz, sauberes Wasser, Biodiversität, gesunde Lebensmittel, Tierwohl oder Landschaftsschutz, um jeglichen Verdacht zu zerstreuen, dass es sich hier um Marktstützungsmaßnahmen handelt, und deutlich zu machen, dass es hier um öffentliche Leistungen geht, die im Rahmen der *green box* legal sind.

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ*Αντιπρόεδρος*

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Señor presidente, señora comisaria, la situación provocada por los Estados Unidos con las aceitunas de mesa manifiesta claramente la vulnerabilidad a la que son sometidos las y los agricultores de este sector como consecuencia de una política agraria con vocación exportadora. Antes ya tuvimos el ejemplo del embargo ruso.

La Unión Europea y los Estados Unidos promueven políticas agrarias neoliberales y devastadoras, con precios en origen por debajo de los costes de producción, que, al tiempo que proporcionan materia prima barata a la agroindustria, vuelven a los y las agricultoras totalmente dependientes de las ayudas.

Quiero denunciar la hipocresía y la falsedad que hay tras el libre comercio, porque en esta batalla ni los Estados Unidos ni la Unión Europea defienden a las y los agricultores: defienden solamente el negocio agroexportador.

Por eso, pregunto a la Comisión: ¿qué medidas concretas va a tomar para proteger la pequeña y mediana agricultura en las áreas de producción afectadas? ¿Qué medidas va a tomar para defender los puestos de trabajo directos e indirectos? ¿Qué medidas va a tomar para defender precios justos y salarios dignos y también para que los beneficios se queden en los territorios? Y, por último, ¿qué medidas concretas va a tomar para acabar con la vulnerabilidad de las y los olivereros?

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já zde nebudu opakovat, co již bylo řečeno, a souhlasím se svými předřečníky. Pouze jsou mezi nimi konstatování, že španělští producenti oliv dostávají jen ty finanční podpory, které náleží i ostatním zemědělským producentům v Evropské unii, a nedostávají tedy žádné speciální výrobní dotace. Takže podle mého názoru nejde o porušení žádných pravidel, natož pravidel WTO.

Paní komisařko, podle mého názoru by Evropská komise měla v nastalé situaci především, za prvé, poskytnout expertní podporu španělským producentům oliv, to zde ještě nezaznělo. Pro tyto producenty představuje vyšetřování ze strany orgánů USA nepochybně značnou zátěž. Za druhé, měli bychom zvážit možnost napadení amerického rozhodnutí u orgánů WTO pro řešení sporů. Je také namístě využít diplomatickou službu, to znamená zintenzivnit i diplomatické úsilí na podporu a obhajobu společné zemědělské politiky Evropské unie, která, znovu opakuji, je v souladu s pravidly WTO.

Vzhledem k dosavadní neústupnosti americké strany bychom měli i vyhodnotit riziko rozšíření amerických antidumpingových opatření i na další evropské zemědělské produkty, protože toto riziko skutečně hrozí, a myslím si, že bychom na to měli být připraveni. Zároveň bychom měli důrazně varovat americkou stranu, že politika protekcionismu může vyvolat nestabilitu a nejistotu na světových trzích, která poškodí světový obchod a v konečném důsledku se obrátí právě především proti USA.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D). – Señor presidente, yo quiero empezar por agradecer a la Comisión y a la señora comisaria y a su equipo los esfuerzos en colaborar con el Gobierno de España, con el Gobierno de la Junta de Andalucía y con el sector para tratar de hacer frente a esta situación absolutamente injusta, y que comparto con todos que supone un riesgo sistémico, por la amenaza que supone para la PAC.

Sé que se están haciendo todos los esfuerzos posibles, pero lo que me pregunto es: si no se consigue evitar que se llegue a la situación final y adquiere firmeza, ¿cuál puede ser el siguiente producto? ¿Cuál es la cadena? ¿Dónde para Trump? Porque es evidente que aquí no tiene ninguna razón para abrir esta investigación. Yo creo que está actuando por defender los intereses particulares de determinadas empresas estadounidenses, que no son los intereses generales de los estadounidenses, y, desde luego, saltándose todas las normas de la Organización Mundial del Comercio.

Pero la cuestión clave es: ¿se puede hacer algo para evitarlo?, ¿cómo podemos ir juntos Parlamento, Consejo Comisión, sector, agricultores, todos, para tratar de parar a Trump si es posible?

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señor presidente, señora comisaria, el boicot a la aceituna de mesa no es un problema español, andaluz o sevillano, es un problema europeo: ataca al corazón de la Unión Europea, ataca nuestra PAC, nuestra identidad.

Yo le voy a pedir a la Comisión que le dé a este sector el mismo tratamiento que ha venido aplicando esta semana ante el también ataque arbitrario e injusto de la Administración de Trump a otros sectores también europeos. Le pido esa misma contundencia y el mismo tratamiento.

Y también le voy a pedir que asesoren, que ayuden y que acompañen a las empresas, que están haciendo un ingente esfuerzo para defenderse ante las instituciones estadounidenses: que las acompañen, las asesoren —como digo— y las ayuden para que puedan afrontar esta situación de enorme dificultad.

En definitiva, seguridad y contundencia. Pero tampoco puedo dejar de reconocer el ingente esfuerzo que la Comisión está haciendo y la animo a que continúe en esa senda.

Διαδικασία «Catch-the-Eye»

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, saúdo a comissão por acompanhar a investigação que os EUA estão a levar a cabo para determinar a existência de eventuais práticas de concorrência desleal na exportação de azeitona espanhola para o mercado norte-americano.

Entendo que importa assegurar a transparência deste processo para que não constitua um fator de distorção do mercado e das regras da OMC. Não podemos é aceitar que haja aplicação predominada de novas tarifas punitivas às exportações espanholas de azeite, para além das taxas nacionais que já vigoram para o setor, uma vez que afeta não apenas produtores espanhóis mas também portugueses, já que, para satisfazer as necessidades do mercado interno e para cumprir os compromissos de exportação, a azeitona e o azeite produzidos em Portugal acabam por ir para Espanha a granel.

Apesar de ser um defensor do mercado único e de, obviamente, saudar o investimento estrangeiro no meu país, não posso deixar de lamentar que na região do Alentejo a plantação de olival super intensivo, em milhares de hectares, esteja a arrasar verdadeiros tesouros arqueológicos e a alterar irreversivelmente a morfologia da paisagem e a orografia.

Quero, por isso, alertar que esta cultura intensiva do olival é também responsável por um verdadeiro crime ambiental devido às pressões no uso da água, ao esgotamento do solo e à contaminação dos lençóis freáticos.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'aspetto più preoccupante di questa vicenda è che l'indagine sul dazio compensativo, imposto dagli Stati Uniti, prende di mira le misure di sostegno previste dalla PAC.

Ricordo che la PAC ha subito una trasformazione per effetto di numerose riforme volte ad adeguare la maggior parte delle misure di sostegno alla scatola verde dell'OMC, ed è ancora concepita in modo da garantire la piena conformità con gli accordi dell'OMC stessa.

La decisione degli Stati Uniti mette quindi in discussione in modo ingiusto ed arbitrario la totalità dei programmi di sostegno dell'Unione europea all'agricoltura, con possibili conseguenze per tutti i beneficiari della PAC.

La Commissione deve cooperare con le autorità spagnole per proteggere le imprese interessate da questa aggressiva misura protezionistica, che qualora divenisse permanente avrebbe un impatto economico per i produttori di olive spagnole stimato dai 350 ai 700 milioni di euro nei prossimi 5-10 anni.

La Commissione dovrebbe altresì adottare tutte le misure necessarie, sia a livello bilaterale che in seno all'OMC, per difendere il sistema di sostegno previsto dalla PAC.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor presidente, tras el reciente ataque del presidente Trump al acero y al aluminio, ahora le toca el turno a la aceituna española.

La aceituna de mesa es un sector estratégico para España, en especial para Andalucía y Extremadura. Somos el mayor productor mundial y el mayor exportador: más de 332 000 toneladas vendidas a 180 países, con 450 industrias que transforman la oliva en aceituna de mesa. Pero, sobre todo, es importante destacar que este sector genera más de 8 000 puestos de trabajo directos e innumerables puestos de trabajo indirectos, en recolección, cultivo, empresas auxiliares, transporte y una larga lista.

El sector aporta además a España alrededor de 1 000 millones de euros al producto interior bruto. Si no se adoptan medidas, este ataque no será el último. Posiblemente, en un futuro próximo, sucederá lo mismo con cualquier otro producto al que los Estados Unidos consideren una amenaza. Por eso, la Comisión tiene que dar una respuesta sólida, contundente, que proteja la actividad de la industria agroalimentaria y, sobre todo, a las familias y a los pequeños productores, a las cooperativas agrarias y a los trabajadores y a las trabajadoras.

Paul Rübiger (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin! Es ist wichtig, dass wir auch Anreize setzen, um diesen Zöllen entgegenzutreten. Es ist wichtig, dass wir die gesamte Wertschöpfungskette betrachten und schauen, in welchen Bereichen der Wertschöpfungskette wir zum Beispiel im Lebensmittelexport unsere Exporteure unterstützen können, sodass sie auch im Export stärker werden können. Wir haben gerade vorher von der Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage geredet. Herr Moscovici hätte hier eine schöne Aktivität vorbereiten können, nämlich eine 50 %ige Reduktion, sodass wir auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähiger werden. Wir werden nur gewinnen können, wenn wir wettbewerbsfähiger werden. Mit zusätzlichen Strafmaßnahmen sind nur die Konsumenten gestraft. Hier hat die Europäische Union eine Vorbildrolle. Ich bedanke mich bei Ihnen persönlich.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señor presidente, como sevillana, como andaluza, como española y como europea estoy profundamente preocupada por este ataque a la aceituna de mesa, que da trabajo a tantas familias en Andalucía. Estas empresas están siendo el chivo expiatorio de esta política agresiva, injusta y proteccionista del señor Trump.

No podemos dejar solo al sector olivarero, que se está defendiendo con mucho dinero, millones: cinco millones de euros lleva en abogados.

Hoy es la aceituna de mesa, como dicen mis compañeros; mañana, el acero; y pasado, ¿qué va a ser?

Señora Malmström, yo le digo que Europa puede defenderse, y lo vamos a hacer y lo haremos de su mano, como usted está haciendo hasta ahora.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-the-Eye»)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank the honourable Members for bringing this up and for continuing to support the Commission in our efforts in this matter. We share your concerns and I do not accept the accusation that the Commission has been silent on this.

Since the very first day, we have raised it with our American partners in different ways. There have been letters and personal meetings where we have raised it with the relevant ministers. We have raised it over the telephone. We continue to raise it, and some of my colleagues are doing the same because we share the view not only that this is a disaster for Andalucía, and the producers there, but also that the anti-subsidy part of those investigations raises serious systemic issues, which might affect not only Spanish farmers but also the entire EU support granted to farmers across the EU under the common agricultural policy. We have made that point, very clear.

So we will continue to defend EU agricultural policy until the end of this investigation, at both the technical and the political level.

We have worked very closely with the Spanish Government on this. Only this morning I had contact with the Spanish Minister. We have also worked with the authorities from Andalucía. We offered support for the written and oral intervention that Spain made on this. We also offered assistance during the US verification. That was declined, as it was not needed, but we continue to work very closely with Spain and with Andalucía. We will continue to exert pressure on the US authorities until the end of this because we firmly believe – as you too have said, honourable Members – that these subsidies are totally in compliance with the rules of the World Trade Organization (WTO).

As you know, we also had a discussion this morning on steel. This discussion is not easy, given the US administration's protectionist attitude towards international trade. If our efforts should fail we will carefully analyse the situation. We expect a final decision in June and we will weigh all possible options to challenge a measure, including in the WTO. We will, of course, do so in close cooperation with the Spanish Government.

I would like to thank the House for continuing to exert pressure in this matter. We will continue to follow it very closely.

Πρόεδρος. – Έχω λάβει, σύμφωνα με το άρθρο 123 παράγραφος 2 του Κανονισμού, επτά προτάσεις ψηφίσματος¹.

Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί την Πέμπτη 15 Μαρτίου 2018.

¹ Βλέπε Συνοπτικά Πρακτικά

17. Soziale Verantwortung der Unternehmen (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση επί της δηλώσεως της Επιτροπής σχετικά με την εταιρική κοινωνική ευθύνη.

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, I'm happy to talk tonight about corporate social responsibility. It's an issue that is dear to my heart personally and to this Commission especially, and I know that many European citizens that you represent also attach great importance to this. I'm happy to update you where we stand on this.

The European Union, including the Member States, have a great track record on corporate social responsibility. I would say that it's one of the best track records in the world. We have led, our Member States have led and a very large number of our businesses have led, including our small and medium-sized enterprises. And this is not only about ethics and respect for others and the environment, it is about long-term sustainable growth and profits for business: shareholder value.

The Commission has recognised from the start that the EU has a valuable role to play here. We can facilitate the implementation of CSR principles, bringing together companies from across different industries and individual sectors to find common solutions. We can incentivise it, including by setting benchmarks and other requirements, and we can also, if necessary, legislate. In 2011 we issued a communication setting out a range of actions. Among others, these actions have aimed to enhance the visibility of CSR and disseminate good practices; improve company disclosure of social and environmental information; further integrate CSR into education, training and research; emphasise the importance of national and sub-national CSR policies; and better align European and global approaches to corporate social responsibilities. We have adopted policies right across our work, from development to agriculture, to labour rights, to justice.

A major step forward was the 2015 Directive on non-financial disclosure. This allows shareholders to have proper disclosure and put pressure on companies to change practices if necessary, and I would say that our work has delivered results.

In 2014 we carried out a major consultation on CSR. It showed that over two thirds of the respondents were happy with what we have delivered, and that is not just only public sector engagement. Of course there's always more to be done, and that's why during this mandate the work has continued. We have continued to mainstream CSR across our policies. In the last year we adopted a revised shareholders' right directive. We have been giving effect to our new public procurement legislation, paying attention to social and environmental elements, and we are working to finalise guidelines on socially-responsible public procurement. And of course, we adopted here the conflict minerals regulation – we will discuss that tomorrow; I'll be happy to give you an update then – to ensure responsible trade in four minerals: tin, tantalum, tungsten and gold. And only last week we adopt an action plan on sustainable finance. On the basis of the recommendations set out by the high-level expert group on the subject, the Commission is setting out a roadmap to boost the role of finance in achieving well-performing economy that delivers on environmental and social goals. That is just the tip of the iceberg of what we have been doing. We are continuing to engage with business and stakeholders.

Whilst public authorities, of course, have a role to play, the final responsibility must always be with the businesses themselves. CSR must be in their DNA. And we are continuing to engage internationally, both through multilateral fora such as the UN and OECD, and of course bilaterally. We have been developing a good dialogue with Japan, for instance, on these issues, and I expect us to develop more such dialogues, because we want other countries to come up to our levels.

It has been increasingly clear that there is no dividing line between CSR and our wider work on implementing the United Nations sustainable development goals. If you act against companies using timber that has been illegally logged, that is an issue both of the CSR and the SDGs. If you act against the import of materials produced in sweatshop conditions in a third country, that is an issue of corporate social responsibility and sustainable development goals, and it's true of our work on business and human rights as well.

So under this Commission, we are taking a holistic and integrated approach. We are putting our work at the heart of our implementation of the SDGs. Whether you label them CSR or SDG doesn't really matter; the matter is of course that you take the most effective and proportionate action to address a situation. That can be through legislation, but it can also be through promoting industry-led standards. Under our 2016 communication on SDGs we have set up a multi-stakeholder platform, made up of stakeholders from business, trade unions, NGOs and others, and I expect that within this platform there will be a working group on CSR. That started its work in January only, and it continues to meet. It will give us valuable input and ideas how to take this work further. We have encouraged it to look at the progress we have already achieved and give us advice on what more needs to be done.

So we are looking very much forward to receive the input, carrying on also our own stocktaking exercise of what has been done and what more can be done, and the result of this work will feed into the autumn communication of the SDGs. So with this, I hope I updated you on an issue I know is very important to you as well, and I'm looking forward to the discussion.

Alberto Cirio, a nome del gruppo PPE. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie Commissario della relazione.

Io vorrei solo, Commissario, che Lei avesse ben chiaro che l'argomento di oggi sulla responsabilità sociale delle imprese è stato sollecitato da un caso specifico, che è stato oggetto di un'interrogazione orale confermata da 69 europarlamentari italiani, su un caso specifico che si chiama caso Embraco. Lo dico anche ringraziando la delegazione dei lavoratori di Embraco, che ci hanno raggiunti dopo quindici ore di pullman dall'Italia questa mattina, che stanno seguendo i nostri lavori.

Perché, Commissario, la situazione è questa: Embraco è un'azienda che c'è in Italia, che c'è in Piemonte, è un'azienda che fa parte del gruppo Whirlpool, ed è un'azienda che, nonostante non stia attraversando un momento di crisi, ma abbia la situazione economica favorevole, decide di spostarsi e decide di delocalizzare. Il problema è che decide di spostarsi non al di fuori dell'Unione europea, ma all'interno dell'Unione europea, e precisamente in Slovacchia, dove il costo del lavoro è inferiore.

Allora noi dobbiamo capire, Commissario, qual è la posizione della Commissione. Uno, se è accettabile che un'azienda che sta bene possa spostarsi e mettere in crisi i 500 lavoratori che vengono licenziati per spostarsi altrove. Due, se questo altrove può essere in Europa. L'Europa è nata per creare ricchezza, non per spostarla da un paese all'altro. E tre – e chiudo, Commissario – noi dobbiamo capire se questi paesi europei hanno utilizzato fondi europei per creare situazioni di agevolazione a queste imprese per spostarsi, perché questo sarebbe davvero gravissimo, perché questi sono soldi dei cittadini europei, anche di quei cittadini, di quei 500 lavoratori, che ora rischiano di perdere il posto.

Come loro, il gruppo Italia Online, sempre in Piemonte, sta mettendo a rischio altri 500 posti di lavoro. Io credo che se l'Europa vuole essere credibile, deve avere una parola chiara in questo senso.

Daniele Viotti, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anch'io voglio portare la mia solidarietà alle lavoratrici e ai lavoratori della Embraco, che sono qui presenti e che sono a Torino a lottare per i loro posti di lavoro, e anche alle lavoratrici e ai lavoratori di Italia Online che nelle stesse ore, negli stessi giorni, stanno patendo le stesse sofferenze che stanno patendo questi lavoratori.

Però bisogna anche essere molto chiari, perché questa interrogazione orale che noi avevamo presentato oggi e questa discussione doveva chiudersi con una risoluzione, una risoluzione del Parlamento in cui si chiedevano alla Commissione delle misure molto precise. Purtroppo domani noi non avremo il voto in questo Parlamento per colpa del Partito Popolare Europeo e per colpa delle destre, che non hanno voluto assumere, insieme a noi, una responsabilità di fronte alle cittadine e ai cittadini, alle lavoratrici e ai lavoratori.

Perché noi volevamo fare una risoluzione in cui si chiedeva alla Commissione innanzitutto di dare delle risposte precise su cosa succede con i fondi strutturali europei, se questi fondi strutturali vengono utilizzati da alcuni paesi per permettere la ricollocazione, volevamo chiedere alla Commissione di darci conto di come le aziende lavorano e come le aziende rispettano la responsabilità sociale, e volevamo naturalmente anche chiedere alla Commissione di rispondere su quello che sta succedendo in questi casi specifici. Purtroppo questo non potrà avvenire domani.

Io sono convinto che l'Europa abbia fatto molte cose in questi ultimi tre o quattro anni, le abbia fatte per le imprese e le abbia fatte anche per creare posti di lavoro, ma è il momento che quest'Europa, la Commissione europea e il Consiglio incomincino a interessarsi anche degli interessi delle lavoratrici e dei lavoratori.

Anthea McIntyre, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, corporate social responsibility (CSR) has been defined as the responsibility of companies for their impact upon society. It refers to companies voluntarily going beyond what the law requires to achieve social and environmental objectives during the course of its business activities.

The Commissioner has told us how well companies of all sizes across the EU are leading the way in the development of CSR policies. Many companies are progressively integrating CSR into their company strategies on a voluntary basis, and businesses which acknowledge that they are a part of the community where they employ people are to be welcomed and encouraged.

In my own region of the West Midlands we have a brilliant example of CSR: Cadbury's, the well-known chocolate company developed Bourneville, a model village on the south side of Birmingham for its factory workers to live. It was described as one of the nicest places to live in Britain. They put social responsibility at the heart of their company's ethos. CSR is not just a benefit to society, it benefits the company too, often helping them to compete in the labour market and to become an employer of choice.

I would like to see the Commission and Member States continue to promote the voluntary take-up of CSR initiatives. But let's ensure that companies always retain the flexibility and the freedom to shape their own CSR policy according to their specific circumstances and the needs of their employees.

Enrique Calvet Chambon, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, muchas gracias, señora comisaria, no solo hablo en nombre del Grupo ALDE, sino que da la bendita casualidad de que soy el coordinador encargado de la elaboración de una propuesta de Resolución común sobre el tema de la responsabilidad social de las empresas.

La realidad de que no se haya llegado a un acuerdo para votar mañana es que todos los Grupos, que hemos tenido 72 horas para trabajar sobre ese tema, hemos visto que había posibilidad de alcanzar acuerdos si nos dejan trabajar un poco más de tiempo.

Evidentemente, la posición del Grupo ALDE es que no está el Parlamento para tratar un problema concreto de una empresa —imagínense ustedes cuántas empresas hay—, sino para hablar de potenciar, de mejorar esa situación *win-win* que es la responsabilidad social de las empresas. Se trata de un excelente instrumento de las empresas que crea una situación *win-win* porque permite mejorar el diálogo social, permite a las empresas, sin duda alguna, mejorar su productividad, su competitividad y su imagen, y, a la vez, evidentemente, tiene unas repercusiones sociales muy favorables.

Por lo tanto, vamos a desarrollar, a adaptar, a mejorar lo que ya dijo, por ejemplo, la Comisión en 2013 sobre la responsabilidad social de las empresas. Sí he de decir que no conviene transformar el concepto, y ahí vamos a debatir bien hasta dónde puede llegar. Es un instrumento en manos de las empresas y es un instrumento para reaccionar socialmente ante las decisiones estratégicas de las empresas, pero no es un instrumento que tenga que fijar la estrategia de las empresas, sino que se va a adaptar de la manera más social; ni es un instrumento que jamás puede utilizarse para impedir la movilidad ni la libre instalación de las empresas ni sus estrategias a largo plazo y menos cuando se trata de ir de Europa a Europa. Eso también es verdad.

Reforcemos la responsabilidad social de las empresas, pero no la transformemos en un obstáculo a la creación de una Europa muy móvil, muy diversa y muy competente.

Marco Affronte, *a nome del gruppo Verts/ALE*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il problema della collocazione delle aziende è un problema ampio, nasce a causa di un sistema che abbiamo costruito, il sistema della globalizzazione di un mercato aperto e libero e che è sovrano su tutto quanto.

Il problema però è anche come l'Unione europea risponde a questo tipo di problemi e come risponde di fronte ai lavoratori della Whirlpool e dell'Embraco che sono qui ad ascoltare oggi questo dibattito. E noi come Parlamento forse non abbiamo la responsabilità di dover dare delle risposte concrete, ma almeno potevamo avere una risoluzione che dicesse come noi vogliamo rispondere a questo tipo di problematiche.

Risoluzione che invece domani non avremo, perché ci siamo presi un mese di tempo per pensarci, risoluzione che dovrebbe avere dei punti fermi per dire quali sono le risposte a questi problemi, per esempio, una tassa minima comune che sia condivisa fra tutti i paesi per evitare che i paesi si facciano concorrenza fra loro rubandosi le aziende e per esempio un uso chiaro, pulito e corretto dei fondi europei per evitare che le aziende che prendono questi fondi poi se ne scappino in un altro paese, cosa che appunto sta succedendo continuamente.

Queste sono le risposte che oggi forse i lavoratori dell'Embraco volevano sentirsi dire e che domani invece non avranno.

Patrick Le Hyaric, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, pour fonctionner, une entreprise bénéficie de nombreux moyens publics offerts par la collectivité: l'école et la formation, les services de santé et de protection sociale, les transports publics, les routes et des infrastructures diverses, et parfois même les crédits européens y contribuent.

Ces entreprises ont donc, vis-à-vis de la société et de leurs salariés, une responsabilité sociale, territoriale et écologique. Or, elles se préoccupent évidemment plus de leur taux de rendement au détriment de l'intérêt général. Nous devons donc définir un cadre contraignant fixant les responsabilités sociales. La RSE ne peut pas être un concept creux et sans efficacité comme j'en entends parler ici. Les délocalisations ou les réductions d'effectifs devraient être bloquées dès lors qu'il s'agit d'augmenter les profits boursiers. Lorsqu'il s'agit de modernisation technologique ou numérique qui fait augmenter la productivité, il faudrait encourager la réduction du temps de travail et favoriser des mises en formation.

La responsabilité sociale, c'est aussi un nouveau partage de la valeur, donc l'amélioration des salaires et le respect des entreprises sous-traitantes. Ceci doit nous conduire à créer un salaire minimum. C'est aussi payer ses contributions au bien commun, alors qu'une étude vient de montrer que les impôts des multinationales ont diminué de 9 % depuis 2008.

Oui, il y a bien urgence à fixer un cadre efficace, pas creux comme on l'entend ici, dans l'intérêt de toute la société.

Tiziana Beghin, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, piuttosto che della responsabilità sociale delle imprese, questa sera bisognerebbe discutere della responsabilità sociale dell'Europa. Perché, come hanno già spiegato i miei colleghi, il fatto che l'Embraco tenti di trasferirsi in Slovacchia e mandare a casa 500 lavoratori è un problema, non tanto perché questa azienda ha necessità di trasferirsi per qualche motivo, perché è già in attivo, il problema è che è la struttura stessa dell'Europa che permette e incentiva questi comportamenti. Ed è inutile trovare soluzioni palliative, bisogna risolvere il problema alla radice.

Forse Bratislava ha usato i fondi europei per favorire sgravi fiscali, ma non sarebbe questo, e non è questo il punto. La Slovacchia è più competitiva dell'Italia anche perché, pur facendo parte dell'euro, ha una tassazione inferiore e un costo del lavoro minore.

Se l'Europa incentiva la circolazione del capitale tra Stati così diversi, dovrebbe almeno valutarne gli impatti sull'occupazione e sull'economia, e ovviamente attuare concrete misure compensative per le persone che perdono il lavoro.

La risposta dell'Europa è però troppo debole, e questo non mi stupisce, visto che nemmeno qui, dentro al Parlamento europeo, riusciamo a trovare un compromesso e votare domani una risoluzione sul caso Embraco. E vorrei che i lavoratori qui presenti sapessero che devono ringraziare l'ostruzionismo del Partito Popolare, dell'ECR, dell'ALDE, che cercano di cancellare ogni riferimento al caso Embraco.

Tra nove mesi la tregua negoziata a favore dei lavoratori di Embraco finirà, e queste 500 persone che sono qui questa sera, 500 famiglie, si troveranno di nuovo di fronte allo spettro della disoccupazione. Ecco, per allora, signora Commissaria, dovrà essere trovata una soluzione.

L'Europa deve porre fine alla concorrenza fiscale e sociale tra i suoi paesi, altrimenti inizierà una corsa al ribasso dove a perderci saremo tutti noi.

Mario Borghezio, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, c'è molta malafede in questo dibattito, la malafede di chi si è dimenticato di aver votato a cuor leggero per l'estensione dell'Europa a questi paesi dell'Est, che hanno una legislazione sociale e una situazione economica produttiva molto diversa e concorrenziale.

Si è innescata una guerra fra popoli, anziché fare l'Europa dei popoli, per gli interessi di chi voleva sfruttare questo allargamento all'Est per motivi finanziari. E allora, cara signora commissario Malmström, Lei non deve venire qui a raccontarci, come fa da anni, le solite balle sulle risposte quando ci sono queste crisi. Lei deve riconoscere gli errori gravissimi che ha commesso questa Europa dei banchieri.

Avete eletto presidente di questo governo europeo il teorico dell'evasione fiscale multinazionale, che vuole continuare evidentemente con voi a realizzare queste politiche di sopraffazione dell'economia reale di chi lavora e produce, piccoli imprenditori e gli operai che ce l'hanno in quel posto, è una vergogna, vi dovrete vergognare di fronte a questa gente, anziché continuare a fare i vostri giochi, con i vostri partiti complici che non hanno nemmeno il coraggio di scrivere nelle risoluzioni il nome di questa fabbrica, il nome, perché nella mia Torino la parola operaio si scrive con la «O» maiuscola, vergogna!

(L'oratore batte sul tavolo durante il suo intervento. L'on. Šojdrová chiede di porre una domanda «cartellino blu», ma l'oratore lascia l'Aula appena terminato il suo intervento).

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący, zanim rozpocznę wystąpienie, chciałabym prosić, żeby uspokojono galerię. Proszę Państwa, Państwo są tutaj tylko słuchaczami i nie powinni przeszkadzać nam w dyskusji. Będę Państwu bardzo wdzięczna.

Panie Przewodniczący! Tworzenie zachęt dla biznesu, aby był odpowiedzialny społecznie, jest niezwykle ważne. Szczególnie w dzisiejszych czasach, kiedy pogoń za zyskiem przesłania inne równie ważne aspekty. Przedsiębiorstwa, a szczególnie te większe, stanowią często integralną część danego obszaru geograficznego i stają się jednym z istotnych źródeł zatrudnienia i dochodu. Na szczęście coraz częściej przedsiębiorstwa tworzą rozmaite programy w ramach społecznej odpowiedzialności biznesu. Mam tego przykłady również w moim regionie.

Jestem jednak przekonana, że tworzenie programu w ramach społecznej odpowiedzialności biznesu powinno wynikać z woli danego przedsiębiorstwa. Nie powinno się wprowadzać takiego obowiązku legislacją europejską. Powinniśmy raczej skupiać się na zachętach dla przedsiębiorców, które mogą przyjmować różną formę – na przykład zachęt podatkowych, a także wizerunkowych. Należy zwiększyć świadomość konsumentów i przekonywać ich, że warto kupować produkty czy korzystać z usług przedsiębiorstw promujących dobre warunki zatrudnienia, ochronę środowiska czy wspierających lokalną społeczność.

Zaskoczyła mnie propozycja, by w ramach społecznej odpowiedzialności biznesu wprowadzić zakaz relokacji firm z jednego kraju do innego. Decyzja o modelu biznesowym oraz o miejscu działalności należy do firm. Jest to podstawowa, zagwarantowana traktatami wolność w ramach Unii Europejskiej. Uważam, że powinniśmy więcej uwagi poświęcić instrumentom, dzięki którym jesteśmy w stanie niwelować skutki relokacji i zapewnić pracownikom przekwalifikowanie lub inne atrakcyjne zatrudnienie. Europa ma instrumenty do wykorzystania w tym celu. Jednym z nich jest fundusz społeczny. Jego efektywne wykorzystanie może zapewnić równowagę między ochroną pracowników i swobodą zarządzania firmą.

(Mówczyni zgodziła się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Tiziana Beghin (EFDD), Domanda «cartellino blu». – Collega, io vorrei chiederle – spero che sia stato un errore di traduzione – vorrei chiederle di chiedere scusa alle persone che ha appellato come «solo spettatori». Vorrei che si rendesse conto che quelle sono prima di tutto persone che stanno perdendo il posto di lavoro per queste regole, che effettivamente sono sui trattati: Lei ha parlato di libertà di stabilimento. Vorrei capire quale ricchezza crea, in una Unione europea, togliere il lavoro e il sostentamento a cinquecento famiglie per spostarle da un'altra parte, dal Suo punto di vista.

Danuta Jazłowiecka (PPE), odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Mówiąc o słuchaczach, odniosłam się do hałasu, jaki powodowali słuchacze na galerii. Natomiast jeżeli chodzi o Pani pytanie, uważam, że bardzo ważne jest, byśmy grali w otwarte karty. Jeżeli na danym rynku firma ma problemy z utrzymaniem pracowników, zwalnia ich stopniowo po pięć, dziesięć osób i nie może skorzystać z żadnego innego instrumentu, należy wykorzystać instrumenty zapewnione przez Unię Europejską – na przykład fundusz społeczny, który pozwoli na przekwalifikowanie zwalnianych pracowników. Bardzo dużo przykładów w Europie pokazuje, że osoby te są wówczas jeszcze bardziej zadowolone z pracy, którą wykonują.

Agnes Jongerius (S&D). – Mr President, I want to talk about two things tonight. First, I want the Commission to investigate cases where companies decide to relocate their production within the EU. We need to make sure that EU funds have not been used in such a way that they are actually creating competition between Member States.

Secondly, it is unacceptable that large companies can pretend to be socially responsible by developing social initiatives, or through charity, when, on the other hand, they are not paying the taxes they owe to society. I heard the Commissioner mention a roadmap, but can I please ask for an ambitious new action plan on corporate social responsibility (CSR) with legal requirements, with stronger reporting obligations and with more effective control mechanisms?

To come back to the question of taxes, this action plan should also include the disclosure of tax payments in CSR reporting. It is time to expose this hypocrisy, and for that I am counting on the Commission and its proposal before the end of the year.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Mr President, Commissioner, I would also like to use this opportunity, a little bit like Ms Jongerius, to raise the concern that the Commission is not acting, even if the Council and Parliament have both called for such a comprehensive action plan on responsible business conduct. And I think most of us don't understand why the Commission is not going to do this, because now, in the absence of actions at EU level, the Member States are acting. For instance, we see that France already has put in place a law on duty of vigilance; the Netherlands is fighting against child labour; and others are following: the UK, Switzerland and so on. We need a level playing field so that all companies would have to follow the same rules on corporate social responsibility. And by the way, I think this notion of corporate social responsibility is already a bit outdated. We should talk about corporate accountability, which is a

broader subject, and we need European-level actions.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL). – Señor presidente, promover el desarrollo sostenible, combatir la generación de residuos, proteger la biodiversidad, etcétera, etcétera. Estos son valores de responsabilidad social de Carrefour, pero podrían ser los de Mercadona, los de Embraco, los de Inditex o los de muchas otras.

La realidad es muy diferente. Muchas siguen transfiriendo actividades a países con mano de obra más barata, como el ejemplo de Embraco, que cerrará su filial en Italia para irse a Eslovaquia. Hacer campañas de *marketing* es totalmente legítimo, pero no confundamos publicidad con regulación, porque si lo hacemos, damos un paso más hacia el desastre.

Hay empresas que miran hacia otro lado cuando sus subcontratas usan mano de obra esclava. Es lamentable, pero «es el mundo, son las reglas del juego», me dirán muchos de ustedes. Precisamente eso es lo que hay que hacer: cambiar las reglas del juego, o, más bien, ponerle reglas al juego, porque ahora no existen. Estamos como en la selva.

No podemos dejar la vida de la gente y la vida sobre la tierra en manos de la buena voluntad de las empresas. Necesitamos leyes, leyes vinculantes, que hagan responsables a las empresas por las consecuencias de su actividad sobre la sociedad y sobre el mundo, y para que, si hay violaciones, por supuesto haya sanciones.

Patrick O'Flynn (EFDD). – Mr President, it is not unreasonable to expect major companies to pay a fair share of tax and be aware of their effect on the societies in which they operate. After all, individuals with far less power and wealth are expected to meet these basic benchmarks.

The EU's approach to corporate social responsibility is, in fact, not all that well developed. For many years the EU served effectively as a facilitator for tax-dodging by corporations, enabling smaller Member States, such as Luxembourg or Ireland, to strike sweetheart deals that eroded the tax bases of larger members. It is now attempting to construct a new system that will make profit-shifting and other aggressive avoidance more difficult within the EU, but this would be better done globally by the OECD. Other measures to improve corporate responsibility can be implemented at a national level, so long as governments are not shorn of powers to do so. For example, rules limiting the salary of the highest-paid employee of a corporation to a fixed multiple of the lowest-paid employee could be put to national electorates in elections.

Too often in recent years, the corporate sector has taken refuge behind high-profile, politically-correct sponsorship schemes which provide a sheen of good publicity, which is then used to camouflage a generally ruthless approach on such issues as importing cheap labour rather than training local labour. A survey published on Monday by the Financial Times showed that, over the past decade, the effective tax rate paid by multinational corporations has plummeted, even as the tax ramp on workers has got worse.

All of us on the right of centre in politics would do well, I think, to recognise that nothing has done more to undermine the standing of free-enterprise economics than the excesses of multinational corporations. Unless there is big improvement in their behaviour, it is likely to give radical leftists a way into power, bringing with them all kinds of prosperity-destroying ideas.

Romana Tomc (PPE). – Veseli me, da je zavedanje o pomenu družbeno odgovornega obnašanja doseglo veliko podjetij, ki delujejo v Evropski uniji. Ne še čisto vsa, prav gotovo pa vsa tista, ki izkazujejo dobre rezultate poslovanja.

Ta se namreč zavedajo, da dolgoročnega poslovnega uspeha ni mogoče doseči, ne da bi pri svojem poslovanju upoštevali vplive na okolje in na ljudi.

Vendar družbena odgovornost ni nekaj, kar bi bilo mogoče uveljaviti čez noč. Gre za filozofijo, ki zahteva čas. Zato je pomembno, da o tem govorimo in poudarjamo pozitivne učinke, ki jih seveda ni malo. Podjetja, ki so družbeno odgovorna, so načeloma bolj uspešna na trgu, nudijo boljša delovna mesta in se bolj odgovorno obnašajo do varovanja okolja.

Kot članica Odbora za zaposlovanje me zanima predvsem vidik, povezan z zaposlenimi. Na tem področju se pozitivni rezultati kažejo v večji pripadnosti zaposlenih, večji motivaciji, manj bolniških odsotnosti in to vse seveda spet vodi v skupni boljši rezultat.

Zavedati se moramo tudi tega, da je ponekod družbena odgovornost zelo spodbujena z ukrepi države, z davčnimi olajšavami. In mi kot snovalci političnih smernic moramo podpirati dobre prakse na področju družbene odgovornosti, vendar opozarjam, moramo pri tem paziti, da podjetja ne obremenimo z novimi zahtevami in novimi obveznostmi. Tako bomo pridobili vsi: podjetja, zaposleni, okolje in družba kot celota.

Evelyn Regner (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Malmström! Soziale Verantwortung von Unternehmen darf nicht bei Transparenz und freiwilligen Verhaltenskodizes aufhören. Was in Italien passiert ist, zeigt wieder mal deutlich: Wir brauchen einen europaweiten Rahmen zur Einbeziehung der Belegschaft in Unternehmensentscheidungen. Die Existenz von fast 500 Arbeitnehmern und ihren Familien wurde mit einem Schlag vernichtet. Wie kann die Kommission es rechtfertigen, dass es noch immer keine Richtlinie für Information und Konsultation für ganz Europa gibt?

Die Kommission muss sich auch im Rahmen der Debatte über die Zukunft der Europäischen Union Gedanken machen, wie wir den europäischen Rechtsrahmen für multinationale Unternehmen besser gestalten wollen. Die Jahrzehnte, in denen die Europäische Union allein den Shareholder-Zugang gestärkt hat, müssen vorbei sein! Die bis heute gelebte soziale Verantwortung der großen Konzerne folgt dem Verständnis eines Milton Friedman der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts. Er meinte, die CSR bestehe allein aus der Bereitstellung von Jobs und Steuern. Wie wir sehen, wird nicht einmal mehr das heute gelebt. Also brauchen wir diesen europaweiten Rahmen. Sehr geehrte Frau Malmström, setzen Sie sich dafür ein!

Olga Sehnalová (S&D). – Pane předsedající, společenská odpovědnost firem samozřejmě není PR charita. Společenskou odpovědností firem rozumím vedle financování veřejně prospěšných projektů, firemních, environmentálních či sociálních politik i to, jakým způsobem svou činností ovlivňují atmosféru ve společnosti.

Bavme se tedy i o dvojích standardech. O pracovních podmínkách v mateřských a dceřiných firmách, o vztazích mezi produktivitou práce a mzdami, o placení či neplacení daní. Bavme se tom, zda firmy nevytvářejí zaměstnance a spotřebitele první a druhé kategorie, a to nejen z pohledu třetích zemí, ale i zde, v Evropské unii. I to může mít vliv na vztah lidí ke společnosti, ve které žijeme. Čeština má jedno přílehlavé doporučení: „Zaměst si před vlastním prahem“.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, come ha sentito incombe un dramma su 497 lavoratrici e lavoratori italiani. Potrebbero essere di qualsiasi altro paese europeo. Quello che conta è che questo pericolo lo corrono perché le regole europee non sono regole sufficienti.

Jacques Delors parlò per la prima volta di responsabilità sociale nel Libro bianco del 1993, chiedendo alle imprese comportamenti responsabili e chiedendo al Parlamento, già all'epoca, di definire delle norme che fossero efficaci.

Oggi non abbiamo queste norme. È vero che sono state riscritte più volte quelle che riguardano la responsabilità sociale, e l'abbiamo fatto anche di recente. Però c'è un *vulnus*: non sono obbligatorie. E quando queste regole sono semplicemente facoltative e mettono in discussione solo la reputazione delle imprese che non le rispettano, succede quello che stiamo commentando.

Perché Whirlpool ed Embraco hanno dei bellissimi volumi, che pubblicano tutti gli anni, sulla loro responsabilità sociale, dicono che sono sostenibili le loro attività, che sono socialmente e ambientalmente responsabili. Non è così! Dicono che hanno un ottimo rapporto con i territori e con le associazioni che li organizzano e li rappresentano. Non è così! Occorre cambiare le norme relative alla responsabilità sociale.

Poi io credo che sarebbe molto utile una cosa, un atto politico. La Commissione intervenga su Whirlpool. Contano molto di più i fatti, anche quelli piccoli o apparentemente piccoli, di tante dichiarazioni di principio. Se convocate l'azienda e chiedete all'azienda di cambiare direzione di marcia, rimettendo le cose al loro posto, avrete fatto un'eccezione rispetto alla regola, ma un atto politico del quale vi daranno atto molte persone.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente, han pasado ya casi veinte años desde que se publicó el Libro Verde, el primer gran documento que la Unión Europea elaboró para el fomento de la responsabilidad social de las empresas. Durante los diez primeros años, señora comisaria, la Unión Europea hizo muchas cosas y las hizo bien; en los últimos siete u ocho años, no ha hecho casi nada, casi nada.

La Unión Europea ha dejado de ser el instrumento de fomento de la responsabilidad social y la experiencia nos demuestra que, desgraciadamente, la voluntariedad se ha acabado convirtiendo en una especie de política en favor del *marketing* social y no de la responsabilidad social.

Aquí hay un problema grave, porque los ciudadanos, los trabajadores que nos acompañan hoy no creen en la responsabilidad de las empresas si no hay verdaderamente coherencia entre lo que es responsabilidad social y lo que es su comportamiento laboral.

Y esta es la demanda que yo quiero hacer: hace falta una política europea de fomento de la responsabilidad social; hace falta una política integral en favor de la responsabilidad social de las empresas en todos los ámbitos de su actividad laboral, fiscal, social, etcétera.

Διαδικασία «Catch-the-Eye»

Alessandra Mussolini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i lavoratori dell'Embraco-Whirlpool non hanno solamente lo spettro del licenziamento a dicembre prossimo, loro hanno visto dei tagli ai loro stipendi di 300 euro, non hanno più la mensa, devono mangiare freddo, non hanno più i mezzi per andare al lavoro, vanno con i loro mezzi pagandoseli da soli.

Questa è una cosa gravissima. Quindi noi chiediamo, oltre all'unità sulla risoluzione che dobbiamo fare, molto forte, che sia interrotta, sospesa, cancellata qualsiasi iniziativa negativa contro i lavoratori. Perché noi dobbiamo smetterla con lo shopping fiscale in Europa, con lo shopping salariale, non possiamo parlare di questo: è gravissimo!

Qual è la responsabilità sociale di fronte a persone che hanno 55-58 anni? È difficile trovare lavoro a questa età. C'è una flessibilità in uscita molto facile, ma è difficilissimo avere una possibilità di entrata e di ricollocarsi.

Allora questa è ruberia sociale, si prende e si porta, magari anche con fondi pubblici regionali o addirittura dell'Unione europea. Bisogna interrompere qualsiasi azione negativa nei confronti di questi lavoratori che sono stati mandati via solo per un applauso. È gravissimo, Presidente!

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, quello che sta accadendo all'azienda Embraco si chiama dumping sociale per salari più bassi, dumping fiscale per aliquote inferiori, ed è un comportamento deprecabile e irresponsabile perché non punta a valorizzare le risorse umane, ma a licenziare.

Embraco, che in passato ha beneficiato di sostegno e finanziamenti pubblici, dichiara di aderire ad un codice etico e ai principi del *global compact* delle Nazioni Unite, salvo poi dimostrare una pratica aziendale tutt'altro che improntata ai principi di responsabilità sociale.

La responsabilità sociale delle imprese deve divenire invece elemento fondamentale delle politiche europee ed essere un requisito indispensabile per accedere ai fondi pubblici e per partecipare ad appalti. I fondi europei non possono essere usati per trasferire posti di lavoro.

Mi aspetto quindi che la Commissione europea adotti provvedimenti esemplari, qualora dovesse essere confermato che gli incentivi messi in campo dal governo slovacco costituiscono una violazione delle norme sugli aiuti di Stato. I sussidi pubblici non possono in alcun modo avvantaggiare alcuni paesi membri a scapito di altri all'interno del mercato unico.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, εταιρική κοινωνική ευθύνη σημαίνει ότι οι επιχειρήσεις πρέπει να φορολογούνται εκεί όπου βγάζουν τα κέρδη. Και φυσικά αυτό δεν συμβαίνει, διότι η πολυεθνικές αξιοποιούν τους φορολογικούς παραδείσους, και έτσι φοροδιαφεύγουν, φοροαποφεύγουν. Δισεκατομμύρια πλέον δεν πηγαίνουν στους προϋπολογισμούς των κρατών μελών.

Αλλά βέβαια σε αυτό σιγοντάρει και το ECOFIN, το οποίο με πρόσφατη απόφασή του στις 23 Ιανουαρίου έβγαλε τον Παναμά από τη λίστα των φορολογικών παραδείσων, και αυτό με τη συμφωνία της ελληνικής κυβέρνησης, του κυρίου Τσακαλώτου, και μάλιστα χθες συνέχισε το ίδιο πράγμα: Πάλι με σύμφωνη γνώμη του κυρίου Τσακαλώτου και της Ελλάδας, το ECOFIN αφαίρεσε άλλες τρεις χώρες από τη μαύρη λίστα των φορολογικών παραδείσων, μεταξύ των οποίων και τα νησιά Μάρσαλ. Είναι δυνατόν να συνεχιστεί αυτή η κατάσταση;!

Από και πέρα μνημείο κοινωνικής ανευθυνότητας των επιχειρήσεων είναι φυσικά οι μετεγκαταστάσεις. Αφού πήραν τα χρήματα της Ευρωπαϊκής Ένωσης, μετεγκαθίστανται πλέον σε άλλες περιοχές και αφήνουν χιλιάδες ανέργους. Κλασικό παράδειγμα η Embraco, που έφυγε από την Ιταλία για τη Σλοβακία.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Pane předsedající, jsem přesvědčena, že téma společenské odpovědnosti firem je jedno z těch vůbec nejzásadnějších, které bychom měli v jednadvacátém století vyřešit. Považuji za naprosto nepopíratelný fakt, že stejně tak jako každý jednotlivec a stát, tak i firmy a korporace mají obrovskou odpovědnost za stav tohoto světa. Pokud budou firmy degradovat životní prostředí a zneužívat levné pracovní síly, tak se nám tady bude těžko hovořit o lidských právech a ochraně klimatu. Pokud nebudou firmy a korporace platit daně a budou je raději „ulívat“ do daňových rájů, pak tady budeme mít další a další vyšetřovací komise. Daně budou platit ti, kteří „ulívají“ peníze neumí, a budeme řešit nedostatek prostředků na důchody. Toto není udržitelný stav, toto je v centru budoucích krizí, toto ukazuje na nespravedlnost současného systému. A my musíme konat a to hned.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Oświadczenie Komisji chyba nie zostało zrozumiane. Mam wrażenie, że interpretacja tego dokumentu jest zbyt często rozszerzająca, a w niektórych podanych egzemplifikacjach niezbyt precyzyjna. Odpowiedzialność, o której mówimy jako o odpowiedzialności społecznej za aktywność firm europejskich i podwykonawców na zewnątrz, poza Europą, jak i ze względu na skutki uzyskiwane tu w Europie, musi być mocno zrewidowana. Mam wrażenie, że ten dokument powinien być bardziej adekwatny, bardziej aktualny i jednocześnie lepiej odpowiadający zasadzie, która jest powszechnie przyjęta – że odpowiedzialność firm to nie jest żadna łaska, że ewentualne skutki społeczne nie oznaczają czynienia na rzecz swoich pracobiorców jakiegoś nadzwyczajnego wysiłku. To jest po prostu przewidywanie określonych skutków, które mają bardzo szerokie, bardzo globalne znaczenie i takie też efekty aktywności. Natomiast na koniec dodam tylko jedną rzecz. Nie może być tak, że wymaga się tego od Europy, od podmiotów europejskich, a nie stosuje wobec podmiotów zewnętrznych.

Julie Ward (S&D). – Mr President, the EU's policy on corporate social responsibility should include a gender aspect. Here are some specific measures the Commission can take. Firstly, encourage corporations to increase the representation of women and LGBTIAQ+ in management positions and at all levels. Secondly, support lifelong learning for women at work, including trade union learning, particularly in male dominated sectors. Thirdly, ensure adequate work conditions and rights for women and LGBTIAQ+ people throughout the supply chains. Fourthly, avoid sourcing material from conflict areas where there is widespread gender-based violence.

With regard to ethics and CSR, can I applaud the tireless work of the 'Art Not Oil' coalition whose powerful culture and sustained campaign depicting oil soaked birds was successful in persuading the Tate Art Gallery to dump the multinational BP.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, společenská odpovědnost firem je stále populárnější téma. Klade důraz na to, aby podniky při své činnosti dobrovolně zohledňovaly ochranu lidských práv, životního prostředí a další společenská kritéria. Jen chci připomenout, že to není nic nového. Již před devadesáti lety firma Tomáše a Jana Baťových věděla, že se musí o své zaměstnance starat, pokud má být dlouhodobě udržitelná. Nešlo jim totiž jen o svůj vlastní zisk.

Společenská odpovědnost firem by měla zůstat převážně dobrovolná. Nemůžeme přece firmám přikázat, že musí podnikat pouze na určitém konkrétním místě. Já ale rozumím kolegům z Itálie, rozumím také zaměstnancům, kteří se sem přišli prezentovat, rozumím jejich obavám a jejich pohnutkám, nicméně myslím, že to je především v tomto případě italská vláda a vlády národních států, které se musí angažovat se svými pobídkami a podmínkami pro výhodné podnikání firem.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-the-Eye»)

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, we are discussing many different, very important issues today. The subject of this debate, as communicated to the Commission, was corporate social responsibility. Now we are on a much wider agenda. As I said, the European Union does a lot on corporate social responsibility, inside and outside Europe. We can always do more, of course, and that is why we have set up this multi-stakeholder platform to give us input and ideas, and we are also carrying out an internal assessment to see whether there are loopholes or things we can do better. And I have taken good note of things you said.

The granting of regional investment aid, however, that involves the relocation of jobs from elsewhere in the EU is subject to strict Commission control. The state aid rules provide safeguards to prevent Member States from using public money to incentivise the relocation of jobs from one country in the EU to another. That is at the heart of fair competition in the internal market, and it is why, as long ago as 2014, we introduced specific conditions to ensure that regional investment aid cannot be granted to incentivise the relocation of jobs and business activities from one country to another. Arrangements were strengthened in 2017 to ensure that these rules work well in practice.

The company the honourable Members are referring to today has not received any support under regional development funds in Italy. We have contacted Slovakia to investigate whether any investment aid was given to Embraco from them, and we are still awaiting a response. We, as the Commission, can act under state aid rules only if companies or sectors get a selective advantage that is not available for everyone, and we work to ensure that the general labour and taxation rules in Europe work for everybody.

Should you have any indication that state aid might have led to relocation, my colleague Commissioner Vestager and her staff are ready to have a look at the relevant information. And, as I said, we are working constantly in a dialogue, not only with big, small and medium-sized companies but also with NGOs, with stakeholders and with trade unions and labour organisations, to see how we can endeavour to improve corporate social responsibility.

Then on the tax issue, that is a totally different issue – related, I agree, to a certain extent, but subject to other types of activity and legislation – which was discussed in this Chamber earlier today, I think.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί την Πέμπτη.

18. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

19. Europass: Rahmen für Kompetenzen und Qualifikationen (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η έκθεση του Thomas Mann και του Svetoslav Hristov Malinov εξ ονόματος της Επιτροπής Απασχόλησης και Κοινωνικών Υποθέσεων και της Επιτροπής Πολιτισμού και Παιδείας σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για ένα κοινό πλαίσιο για την παροχή καλύτερων υπηρεσιών για τις δεξιότητες και τα επαγγελματικά προσόντα (Europass) και για την κατάργηση της απόφασης αριθ. 2241/2004/EK (COM(2016)0625 - C8-0404/2016 - 2016/0304(COD)) (A8-0244/2017)

Thomas Mann, *Berichterstatter*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit mehr als 100 - Millionen Lebensläufen seit 2005 ist der Europass eine erfolgreiche, kostengünstige Initiative auf europäischer Ebene. Sie hilft Jung und Alt, Fähigkeiten, Kompetenzen, Qualifikationen, aber auch berufliche und persönliche Eignungen zu dokumentieren. Standardisierte Formulare werden genutzt, um Transparenz zu schaffen und den Bewertungsprozess zu erleichtern. Lernende und Arbeitssuchende erhalten die Gewissheit, dass qualifizierte Daten zu einer wichtigen grenzüberschreitenden Entscheidungshilfe werden, sowohl für Arbeitgeber, speziell kleine und mittelständische Unternehmen, als auch für Behörden und für Institutionen.

Unser Ziel war, den Europass zu vereinfachen, benutzerfreundlicher zu gestalten und zu einem noch effizienteren Instrument zu machen. Im Europäischen Parlament waren wir uns einig, dass die Umwandlung des Europasses in ein völlig neues Formular zu radikal gewesen wäre. Auch im Rat hatten 14 Mitgliedstaaten erhebliche Bedenken. Die EU-Kommission reagierte konstruktiv, sodass aus einem anfänglich stark kritisierten Vorschlag Schritt für Schritt ein substanzielles Portfolio für mehr europäische Mobilität wurde. Nach zehnmonatiger Arbeit mit sehr vielen technischen Meetings einigten wir uns Mitte Dezember 2017 im vierten Trilog. Der Einsatz des Europasses wird nicht verpflichtend, er bleibt freiwillig.

Ich danke den Schattenberichterstattern und den Mitgliedern der beiden Ausschüsse, Beschäftigung und Soziales sowie Kultur und Bildung, für das Klima der Offenheit und Fairness. Lieber Herr Svetoslav Malinov, wir als Ko-Berichterstatter haben exzellent zusammengearbeitet, kein Zweifel, was auch, glaube ich, eine gute Grundlage für diesen Bericht ist. Rat und Kommission haben den Konsens genauso angestrebt und mit uns erreicht. Das Ergebnis: Der Europass wird nicht überfrachtet, die administrativen und die finanziellen Aufwendungen für die Mitgliedstaaten sind absolut überschaubar, das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist ausgeglichen. Das Fortbestehen der nationalen Europass-Center bleibt gesichert. Diese Expertengruppe besteht seit 2004. Da gibt es Kompetenz, da gibt es Know-how, alles wird unter Beweis gestellt, sie war niemals eine Verhinderungsmaschine.

Es ist uns gelungen, die Einführung von ESCO in den Europass zu verhindern. Zwar sind wir uns einig in der Zielsetzung – bessere Bildung, eine bessere Qualifikation und noch sehr viel mehr –, doch eine einheitliche Terminologie für die Festlegung von beruflichen Eignungen und Schlüsselqualifikationen hat noch nicht die nötige Reife. Wir betrachten ESCO; im Augenblick ist es ein Projekt, das noch erprobt werden muss, bevor es dann wirklich eingesetzt werden kann.

Die Ergebnisse des vierten Trilogs wurden in einer gemeinsamen Sitzung beider Ausschüsse Beschäftigung und Kultur abgestimmt. 64 waren dafür, vier haben mit nein gestimmt, und keiner hat sich enthalten. Ich denke, das ist ein guter gemeinsamer Erfolg. So haben wir eine Chance. Ein überarbeiteter Europass – vielleicht kann er schon Anfang des nächsten Jahres an den Start gehen. Europäische Mobilität hätte dann ein neues und sehr attraktives Gesicht.

Светослав Христов Малинов, докладчик. – Г-н Председател, уважаема г-жо Комисар, уважаеми колеги, инициативата Европас се роди преди близо дванадесет години и имаше за цел да отговори на една остра потребност на европейските граждани, а именно да осигури лесен достъп до възможностите и средствата за оценяване на техните умения и квалификации. Всеки гражданин има нужда от това и най-вече когато търси работа и решава какво и къде да учи.

Различията в езиците, определенията, форматите на документите и методите за оценка и валидиране затрудняват всички: от студентите и търсещите работа до работодателите и държавните институции. Да не говорим и за допълнителните проблеми, породени от нарастващата мобилност на европейците от новоприсъединилите се държави и гражданите от трети страни. Безспорна е необходимостта от ясна обща рамка, общи принципи, обща терминология, обхващащи всички страни.

Така и започна Европас, преди всичко като досие от документи, осигуряващи максимална прозрачност на квалификациите и компетентностите на гражданите, използвана на доброволен принцип. От самото начало Европас има ясно заявени цели, валидни и досега: да помогне на гражданите да представят ефективно своите умения и квалификации, за да намерят работа и възможности за обучение; да помогне на работодателите да разбират и оценят уменията и квалификации на работната сила; да помогне на организациите в областта на образованието и обучението по най-разумния начин да определят и представят съдържанието на учебните планове.

Никой не може да оспори факта, че Европас е една от най-успешните и най-популярни инициативи на Европейския съюз. Но макар и успешна, инициативата Европас не прави изключение от общото правило, че напредъкът на технологиите постоянно изисква промени. И не само това – ревизията на Европас трябва да отрази както промените на пазара на труда, така и новите форми и практики в образованието и обучението. Тя трябва да даде на хората по-добри и по-лесни за употреба инструменти за представяне на техните умения, както и за получаване на полезна и актуална информация за възможностите за учене и за пазара на труда.

Променяме Европас така, че да предоставя онлайн услуги на европейските граждани, като например създаването на електронно портфолио и оценка на уменията, така наречената „Skills’ intelligence“. Променяме Европас така, че гражданите с лекота да предоставят информация за своите умения и квалификации, придобити извън формалното образование и обучение, например доброволческо участие, учене в процеса на работа, стажове, самостоятелно обучение.

Тъй като промените в Европас са задължително обвързващи за всички държави членки, от самото начало търсихме и накрая постигнахме консенсус в защита на компетенциите на националните държави относно стандартите за различните системи за придобиване на квалификация. Търсехме промени, които да гарантират по-лесен достъп до Европас за хората с увреждания и още по-добра защита на личните данни. Търсехме промени, които да бъдат смели и полезни, без обаче да предизвикат прекомерна административна тежест за държавите членки, както и прекомерни нови организационни разходи.

Убеден съм, че постигнахме тези промени. Убеден съм, че за в бъдеще европейските граждани ще ползват Европас по-лесно, по-често и дори с по-голямо удоволствие.

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, in the fast-changing world of work, new digital technology is opening up new challenges but also new opportunities. The skills that people have when they leave school should be a solid basis, but now more than ever before, people need to grow and upskill during their lives and professional careers. Working patterns more and more often mean a change of job or profession, working in new ways or taking on new tasks, some of which we cannot predict today.

People need to be able to easily show and present their skills, identify their skills gaps and easily find the right learning opportunities to fill them. For over a decade, Europe has helped people to showcase their skills and qualifications across Europe. Many of you might know the Europass CV, which has had over 100 million downloads since it was created. It has already been successful, but the time has come – as the two rapporteurs said – to modernise it. In doing so, we want to make the most of the new technologies to ensure that Europass continues to support the needs of those looking for upskilling, mobility and career opportunities.

I would like to warmly thank the two rapporteurs, Mr Mann and Mr Malinov, for your very constructive approach to this during the interinstitutional discussions. The amendments from you strengthen the Commission’s proposal, for instance by highlighting the need for Europass to be fully accessible to people with disabilities or elderly persons. I want to thank the entire team in Parliament and the Council for the excellent cooperation, allowing us to reach a timely agreement on this Europass decision.

We have made progress on the implementation of the New Skills Agenda for Europe. The Commission has delivered on all its ten priority actions. Our aim, which is well reflected in the text that we have now agreed, is to provide an ambitious, forward-looking framework that offers modern tools for describing skills. The new Europass will include the electronic skills portfolio, which will allow users to create, store and share documents and information on their skills and qualifications. It will include a self-assessment tool that will allow users to identify new skills they may need, share the results, add them to their CV, store the results in Europass and map their progress over time by comparing with previous self-assessment results. It would also include skills intelligence, which is up-to-date information on trends and demands in different sectors, countries and professions across Europe. This information can help individuals in their career management.

All these tools to support people’s careers and upskilling choices bring an added value to Europeans. The new Europass text lays the basis for the next step towards closer cooperation and easier communication of skills and qualifications across the labour market, education and training sectors. Let me underline the important role of Europass in helping to deliver on the European Pillar of Social Rights. The right to education, training and lifelong learning and the right to active support for employment is enshrined in the Pillar. The modernised Europass can now play its full part in actively supporting these rights.

Together, we can deliver on our commitment to making the most of people's skills. This is good news for individuals, as better matched skills improve their work and life opportunities. However, it is also good news for employers – they can easily find workers with the skills that they need – and it is good news for Europe. Unlocking people's talent is the key to competing and succeeding in the global economy. So thank you again for the work you have done.

Bogdan Andrzej Zdrojewski, w imieniu grupy PPE. – Thomas Mann i nasz kolega Hristov Malinov stworzyli znakomity duet. Nie tylko dobrze przygotowali sam dokument, ale także stworzyli doskonały wzorzec dyscypliny czasowej, co w Parlamencie Europejskim jest rzadkością. Bardzo im za to dziękuję, bo jest to oznaka szacunku dla wszystkich pozostałych kolegów posłów do PE.

Poruszę tylko dwie sprawy: to, co cechuje Europass, zostało wymienione na pierwszym miejscu i są to przymioty: otwartość, dobrowolność, elastyczność, a także dostosowanie do potrzeb rynku. Jeżeli dodamy do tego nowe wyzwania związane z cyfryzacją, uproszczeniem, większą dostępnością i najlepszą odpowiedzią na zmieniające się warunki, należy im przyklasnąć, pogratulować rozwiązań i oszczędzić nam tym samym czas na dalszą dyskusję.

Marita Ulvskog, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, Madam Commissioner,

I'm glad that the Council and Parliament have agreed to the creation of an online platform managed by the Commission with the aim to make easily available information to end users through a single portal. There will be services offering guidance for transnational learning, mobility and information on skills and qualifications that could be relevant to the particular needs for third country nationals and that will be especially useful when it comes to integration.

The aim to make Europe as more user friendly is an important one as it's making potential users more aware of it. The Member States will work together with different stakeholders to achieve this according to the agreement, perhaps the Commission's new proposal for a European Labour Authority can also be helpful in that regard. We have nonetheless reached a compromise on skills intelligence, which was controversial from the start. Now users of the online platform will be able to find an analysis of supply and demand of skills in the labour market and of corresponding learning opportunities.

Our labour markets are, as has been said earlier here, changing very quickly, and the most important skill moving forward will be flexibility. Member States who do not already have education and training systems that allow and support lifelong learning will need to get on that quickly, and I'm glad also that the Commissioner mentioned the social pillar, since this is one of the points on that agenda.

Czesław Hoc, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Z zadowoleniem przyjmujemy nowy europejski program na rzecz umiejętności, kompetencji i kwalifikacji. Dokonano korzystnych zmian w zakresie przejrzystości portfolio Europass, co ważne, na zasadzie dobrowolności. Zmiany wprowadzane są stopniowo, nie zwiększając kosztów administracyjnych. Przypomnijmy, Europass to zestaw dokumentów pozwalających zaprezentować umiejętności i kwalifikacje w sposób jasny i zrozumiały w całej Europie, a więc *curriculum vitae*, paszport językowy, Europass mobilność – czyli wiedza i kwalifikacje nabyte w innym kraju europejskim, oraz suplementy do dyplomu potwierdzające kwalifikacje zawodowe i ukończenie studiów wyższych. Obecne korzystne zmiany to praktyczne dostosowanie usług Europass do potrzeb i oczekiwań użytkowników i usługodawców, z poszanowaniem różnorodności obowiązków, w tym osób niepełnosprawnych, uproszczeniem systemu i poprawą skuteczności, także z wykorzystaniem możliwości przyszłych systemów cyfrowych. Europass poprawi zrozumienie efektów uczenia się w warunkach formalnych i pozaformalnych, a także w drodze doświadczeń praktycznych, w tym mobilności. Wielkie gratulacje dla obu sprawozdawców.

Martina Dlabajová, za skupinu ALDE. – Milý Thomasi, milý Svetoslave, děkuji za spolupráci. Naši pozitivní spolupráce si velmi vážím už od začátku, od jednání výborů až po završení na trialogu. Říká se, že nejlepším způsobem, jak předvídat budoucnost, je ji vytvářet. Pokud se zajímáme o budoucí potřeby trhu práce, tak to podle mne platí dvojnásob.

Prosperita Evropy závisí na jejím největším bohatství, a nejsou to nerostné zdroje, ani nejmodernější technologie, ale jsme to my, Evropané, kteří tady žijeme a pracujeme. V rychle se měnícím globálním světě budou motorem naší konkurenceschopnosti hlavně naše dovednosti. Proto tak záleží na připravenosti absolventů, neboť díky svému uplatnění na trhu práce budou moci vykonávat zajímavou a kvalifikovanou práci a vést lepší život.

Nová verze Europassu přizpůsobená novým technologiím a specifickým potřebám je odpovědí na to, jak dovednosti lidí ještě více podpořit a zviditelnit. S novým Europassem budou moci snadněji prezentovat svoje dovednosti a kvalifikace a vybírat si z nabídek práce po celé Evropě. Europass je významným nástrojem k podpoře pracovní mobility. Cestování za prací je důležitým řešením snižování nezaměstnanosti, zejména u mladých lidí, která je v některých zemích a některých regionech alarmující.

Domnívám se, že potenciál pracovní mobility zůstává v Evropě stále nevyužitý. Měli bychom tedy mladé Evropany více podporovat, aby získávali nejen studijní, ale i pracovní zkušenosti v zahraničí. Vyjet za hranice pohodlí a jistoty domova a obstat v zahraniční konkurenci jim dodá sebevědomí a rozhled. A právě takové Evropany potřebujeme.

Νικόλαος Χουντής, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, το Europass με μια πρώτη ματιά μοιάζει να είναι ένα απλό εργαλείο όπου τα επαγγελματικά προσόντα, οι δεξιότητες και οι ικανότητες θα μπορούν να συγκεντρώνονται, να προσδιορίζονται και να κοινοποιούνται, ώστε να υπάρχει καλύτερη διασύνδεση ανάμεσα σε αυτούς που αναζητούν μόρφωση και εργασία και σε αυτούς που τα παρέχουν. Είναι όμως γνωστό ότι τα εργαλεία δεν είναι ουδέτερα ούτε λειτουργούν αυτόνομα, αλλά υλοποιούν συγκεκριμένες πολιτικές. Στην ουσία είναι τα μέσα για την εφαρμογή πολιτικών κατευθύνσεων. Συνεπώς το Europass καλείται να υποστηρίξει και να πλαισιώσει τεχνικά τις νεοφιλελεύθερες πολιτικές της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την εκπαίδευση και την απασχόληση.

Ποιο θα είναι λοιπόν το κέντρο βάρους αυτής της πλατφόρμας που θα δημιουργηθεί; Θα είναι η διευκόλυνση των εργαζομένων στην αναζήτηση εργασίας και η εξασφάλιση αξιοπρεπών και ποιοτικών θέσεων εργασίας; Θα είναι η ενίσχυση της ολόπλευρης μόρφωσης και πνευματικής καλλιέργειας; Πολύ φοβάμαι πως δεν θα είναι. Αντιθέτως, ο στόχος θα είναι μια συλλογή από αποστειρωμένα τεμάχια γνώσεων, έτοιμα για συναρμολόγηση ανάλογα με τις εκάστοτε επιταγές της αγοράς και των κυρίαρχων οικονομικών συμφερόντων. Ένας πλειστηριασμός δεξιοτήτων που θα λειτουργήσει ως μέσο πίεσης των αμοιβών προς τα κάτω και θα επιδεινώσει τις συνθήκες εργασίας, αφού θα έχουμε υψηλές δεξιότητες με χαμηλές αμοιβές.

Μέσα σε αυτό το πλαίσιο ενισχύεται ακόμα περισσότερο η εργαλειακή και η χρησιμοθηρική προσέγγιση της εκπαίδευσης. Η οικονομική κρίση, η ανεργία, η επισφάλεια, η εργασία χωρίς δικαιώματα και η μετανάστευση των νέων, ειδικά από την Ελλάδα και τις χώρες του Νότου, δεν οφείλονται στην έλλειψη εργαλείων ούτε στην αναντιστοιχία προσφερόμενων και ζητούμενων δεξιοτήτων. Είναι αποτέλεσμα των νεοφιλελεύθερων πολιτικών της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του τρόπου λειτουργίας της.

Isabella Adinolfi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo che possiamo dirci soddisfatti del lavoro svolto. Avremo uno strumento normativo efficace per l'individuazione, la comprensione e la comunicazione delle competenze e qualifiche.

Finalmente attraverso un portale unico, gratuito e accessibile anche ai disabili, saranno a disposizione dei cittadini svariati strumenti e servizi per utilizzare e valorizzare, anche a livello europeo, le competenze e le qualifiche apprese in ambito nazionale, con il riconoscimento delle competenze acquisite anche in contesti di apprendimento non formale e informale, competenze che troppo spesso sono sottovalutate e difficili da comunicare.

Il nuovo quadro normativo non potrà quindi che avere effetti positivi per i cittadini europei che studiano e che cercano lavoro, nonché per i datori di lavoro e le istituzioni educative e di formazione, favorendo così la trasparenza e la mobilità.

Vorrei in ogni caso ricordare che molto resta da fare a livello di istruzione, educazione e occupazione, soprattutto per la fascia più giovane. Occorre che i governi investano massicciamente in politiche educative e di alfabetizzazione di lungo periodo, e che le politiche del lavoro mirino a garantire lavori stabili, di qualità e adeguatamente retribuiti, evitando misure tampone e di corto respiro, che sono buone soltanto per la campagna elettorale.

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI*Wiceprzewodniczący*

Claude Rolin (PPE). – (*début de l'intervention hors micro*)... merci à Commission pour sa proposition, merci aux corapporteurs pour leur travail de qualité.

La nouvelle stratégie en matière de compétences poursuit un objectif essentiel: ne laisser personne sur le bord du chemin. Au cœur de celle-ci, un outil va permettre une plus grande transparence: le portfolio Europass. Plus complet qu'un CV, c'est un document qui va aider les citoyens à inventorier leurs compétences et qualifications. Il existe déjà, mais il était temps de le rénover, de le mettre au goût du jour. À l'avenir, il sera adapté aux évolutions numériques et reprendra aussi les besoins et tendances de chaque secteur professionnel. Toute expérience a de la valeur et avec l'Europass on va pouvoir valoriser toutes les compétences acquises dans les différentes formes d'apprentissage, qu'il soit formel, non formel ou informel, ou qu'il s'agisse même de volontariat ou de travail associatif. Une place est également réservée à l'apprentissage tout au long de la vie, et les expériences de mobilité encouragées par les Europass mobilité Erasmus + seront mis en exergue dans ce nouveau portfolio. Les services révisés d'Europass seront adaptés aux besoins et aux attentes des différents acteurs, que ce soient les apprenants, les demandeurs d'emploi, les employeurs, les établissements d'enseignement et de formation, les partenaires sociaux, les centres nationaux Europass ou les autorités nationales compétentes. Le succès de ces nouveaux outils tient d'ailleurs à l'engagement de tous en faveur d'un même objectif: établir et avancer vers une Europe qui soit réellement une Europe sociale, à l'écoute de tous les apprenants, de l'ensemble des travailleurs mais aussi de l'ensemble des entreprises.

Monika Smolková (S&D). – Pán predsedajúci, v úvode by som chcela sa predovšetkým poďakovať všetkým kolegom, ktorí spolupracovali na vytváraní nového rámca Europass. Som rada, že po vyše desiatich rokoch existencie bude platforma Europass modernizovaná a prístupnejšia jej užívateľom. Revízia, ktorou teraz Europass prešiel, bola už potrebná, aby sme ho priblížili dnešným užívateľským návykom a aby sme ho posunuli o krok ďalej.

Napriek tomu, že za posledné desaťročie bolo prostredníctvom stránky Europass vygenerovaných viac než 100 miliónov životopisov, som presvedčená, že Europass potrebuje viac viditeľnosti. Medzi mnohými je stále neznámy, a preto by som si želala, aby sa začal viac používať na národnej úrovni. Najmä školy, univerzity, mládežnícke organizácie môžu prispieť k jeho väčšej využiteľnosti.

Vytvorením novej platformy Europass, ktorá bude odrážať súčasnú technologickú inováciu, budú mať používatelia ľahší prístup k informáciám, ktoré budú prínosné pre ich kariérny rast, výber vzdelávacej dráhy alebo prijímací proces do zamestnania.

Platforma Europass bude založená na online nástrojoch s obsahom a funkciami, ktoré budú užívateľsky prístupné a zároveň budú poskytovať vysokú mieru ochrany osobných údajov. Užívatelia budú mať mnoho nových možností ako Europass využívať, a preto verím, že bude aj naďalej pre všetkých prospešný.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, alati i usluge u sklopu sustava Europass osigurat će lakšu razmjenu informacija i bolje razumijevanje vještina i kvalifikacija.

Želimo li da građani bolje iskoristavaju karijerne prilike, uspostava kvalitetne mreže za razmjenu informacija od velike je važnosti. Mogućnost odlaska u najrazvijenije zemlje Europe na školovanje ili rad predstavlja veliku priliku za mnoge građane slabije razvijenih članica i države bi od toga mogle prosperirati jer bi im se jednoga dana mogli vratiti vrhunski školovani kadrovi koji su učili od najboljih.

Sve to tako lijepo izgleda u teoriji. U praksi se ljudi teško vraćaju jer im njihove matične države ne nude prilike kakve očekuju i kakve mogu dobiti u razvijenim članicama. Njihovo je pravo odabrati gdje žele živjeti i raditi i to pravo trebamo braniti, ali kao odgovoran zakonodavac moramo voditi računa i o interesima slabije razvijenih članica koje ubrzano gube stanovništvo, naročito mlade i obrazovane, čime je njihova ekonomska i demografska opstojnost ugrožena.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE). – Mr President, Madam Commissioner, dear colleagues, I would like to congratulate the rapporteurs and thank my colleagues for their contribution to this important file. I am convinced that we have ensured that the new common framework will make the Europass services more user-friendly and will adapt them to the needs and expectations of both the users and the providers, while respecting the established national structures and its voluntary basis.

In addition, the revised Europass services should now be better adapted to digital developments, which is essential in our technologically-driven society. Moreover, the accessibility of Europass for older people and persons with disabilities had to be improved in order to facilitate and encourage their participation in the labour market and in society as a whole. We will achieve that with the planned modernisation of the tools and expansion of the platform. One of the main objectives for our group was to improve significantly the understanding of learning, acquired not only in formal, but also in non-formal and informal settings, and through practical experiences, including mobility.

The methods of teaching and learning are constantly evolving, and we need to ensure that the Europass services recognise those developments.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor presidente, la actualización de la herramienta Europass será muy necesaria, especialmente en este momento de elevado desempleo juvenil y de progresiva digitalización de los mercados de trabajo, donde se combinan nuevos tipos de cualificaciones con nuevos tipos de trabajo.

Es un paso adelante que esta herramienta incorpore la posibilidad de incluir en el currículum conocimientos, habilidades y cualificaciones no formales e informales. Sin embargo, considero que es una lástima que esta reforma no incluya la posibilidad de establecer una interoperabilidad entre las diferentes lenguas, volviendo a tropezar en la misma piedra que hizo que Europass nunca llegase a ser del todo exitosa.

Si los jóvenes optan por no utilizar Europass para actualizar sus currículum o buscar ofertas de trabajo, es porque no lo consideran una herramienta comparativamente útil —así lo han manifestado diversas asociaciones—.

Pero no olvidemos que esta herramienta es solo una pequeña pieza dentro de un engranaje que sigue roto. Nuestros jóvenes desempleados siguen formándose y accediendo a puestos de trabajo de mala calidad, las condiciones laborales son cada vez más precarias y en muchos países el exilio es un auténtico drama. Urge buscar una solución e implementar políticas para la calidad en el empleo.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, a shared language to describe the competences of EU citizens in a transparent and interoperable way between Member States is essential in a common European space. Students and jobseekers, as well as employers and education institutions, should be able to convey and understand information easily on skills and qualifications. By supporting information sharing in this field in a consistent way across borders, Europass documents have already proven their usefulness, both for individuals looking for work or study opportunities throughout Europe, and for employers in selecting candidates with the appropriate skills to their needs. This is why it is so important to keep it relevant, in step with changing technologies and practices, interoperable with other EU instruments, and capable of describing skills acquired through non-formal learning.

Having said this, I also welcome the report's emphasis on keeping this instrument simple and effective and its objective of improving accessibility for older people and persons with disabilities. Evidence shows that people with lower digital literacy are less likely to use Europass, and therefore less likely to benefit from its advantages.

Agnes Jongerius (S&D). – Voorzitter, de economische zon schijnt in Europa, maar voor veel Europeanen is het nog steeds schone schijn. De jeugdwerkloosheid in een aantal lidstaten is nog altijd torenhoog en veel ouderen staan langs de zijlijn van de arbeidsmarkt.

Daarom is de Europass een goede aanvulling om mensen weer aan het werk te helpen: een gratis onlineplatform waar mensen gemakkelijk een cv kunnen aanmaken of informatie kunnen toevoegen aan een officieel certificaat waardoor het eenvoudiger te begrijpen is voor werkgevers of instellingen in het buitenland. In een tijdperk waar steeds meer over de grens wordt gewerkt, vacatures steeds meer online worden gevonden en sollicitaties ook digitaal kunnen worden verstuurd, is een platform als Europass een logische keuze.

Toch moeten we ervoor waken dat mensen de aansluiting op de Europese arbeidsmarkt verliezen. Digibeten lopen het risico de aansluiting te missen en deze groep verdient onze blijvende aandacht. Niettemin bedank ik de rapporteurs voor hun werk. Het voorstel voor de hervormde Europass in de vaart der volkeren krijgt uiteraard mijn steun.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěla poděkovat všem zpravodajům, kteří umožnili takový rychlý průběh schválení revize Europassu. Europass je totiž velmi vítanou bezplatnou evropskou službou, slouží už dvanáct let všem zájemcům, kteří chtějí získat informace o dovednostech a kvalifikacích, a napomáhá také zvýšení mobility v rámci společného trhu pro pracovníky a pro služby.

V tomto okamžiku chci využít té situace a říct, že jsem ráda, že tuto legislativu nepotkaly stejné problémy jako například e-kartu, která měla umožnit také zjednodušení pro poskytování služeb na vnitřním trhu. Samozřejmě je třeba této modernizace, protože nevyužívá dostatečně digitálních služeb, takže v tomto směru je to vítaná modernizace tohoto nástroje. Také by mělo dojít ke zlepšení práce vnitrostátních středisek Europassu.

Pane předsedající, já se domnívám, že jsem měla minutu a půl, ale pokud ne, tak ráda ukončím tím, že poděkuji všem za spolupráci, a věřím, že Europass bude sloužit.

Silvia Costa (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi congratulo molto con i relatori delle commissioni cultura e lavoro e con i relatori ombra, e ringrazio molto anche per l'ottimo accordo ottenuto con la Commissione e il Consiglio.

Questo è davvero un primo passo concreto verso l'applicazione dell'agenda europea per le nuove competenze, ma è soprattutto il segnale che ormai le vere risorse su cui puntare in Europa, anche per un nuovo pilastro sociale, per l'inclusione, ma anche per l'innovazione e il lavoro, sono le risorse umane.

Credo che si tratti, con questo provvedimento, di aver adeguato anche attraverso la piattaforma online, con strumenti e servizi più accessibili, anche la possibilità di riconoscere reciprocamente abilità e competenze anche formali e non formali, in un quadro europeo di sostegno maggiore, in particolare, non solo alle nuove generazioni, ma anche agli adulti che perdono il lavoro o che cercano nuove opportunità.

La cosa interessante è che si danno opportunità non soltanto ai singoli, ma anche ai datori di lavoro, a coloro che si occupano di formazione. E garantiamo in particolare tre aspetti che voglio ricordare solo come titoli: la maggiore protezione anche dei dati personali rispetto al passato, l'accesso maggiore agli svantaggiati, il volontariato – le competenze vengono riconosciute – e soprattutto, e chiudo, il riconoscimento anche delle competenze dei cittadini di paesi terzi.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Po upływie ponad dekady od przyjęcia decyzji wprowadzającej Europass wymaga ona pilnie uaktualnienia i dostosowania nie tylko do nowej sytuacji na rynku pracy, ale również z uwagi na rewolucję technologiczną, która zaszła w tym czasie. Zgadzam się ze sprawozdawcami, że uczynienie z Europassu zupełnie nowego instrumentu byłoby działaniem zbyt radykalnym. System ten powinien jednak w większym stopniu koncentrować się na poprawie zrozumienia efektów uczenia się osiągniętych w warunkach pozaformalnych i nieformalnych, a także w drodze doświadczeń praktycznych, w tym mobilności.

Poprawki zaproponowane przez komisje parlamentarne są istotne z kilku powodów. Podstawowym mankamentem systemu Europass jest jego słaba rozpoznawalność wśród potencjalnych beneficjentów. Dlatego też dobrym pomysłem jest przemianowanie krajowych punktów koordynacji umiejętności na Krajowe Centra Europass. Ten pozornie prosty ruch pozwoli rozpropagować system w społeczeństwach państw członkowskich. Warte poparcia są również zmiany zapewniające udział organizacji społecznych w ocenie posiadanych umiejętności i kwalifikacji. Zwiększy to elastyczność systemu, utrzymując przy tym obowiązek wiązania ocen z istniejącymi wymogami. Istotne jest zwiększenie udziałów w systemie Europass osób niepełnosprawnych i starszych. Biorąc pod uwagę, iż są to grupy społecznie dyskryminowane na rynku pracy, konieczne jest ułatwianie im wykazywania posiadanego wykształcenia lub umiejętności, nawet tych nabytych w sposób nieformalny lub pozaformalny. Dziękuję sprawozdawcom za doskonałą pracę.

Emilian Pavel (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, dragi colegi, Europass este, în principal, cunoscut în toată Europa ca formatul standard de CV, îndrăgit sau criticat, dar cu siguranță folosit de mulți europeni și nu numai. Ne dorim să transformăm Europass într-un spațiu online al cetățenilor care doresc să își promoveze competențele și calificările la nivel European, dar și să găsească noi oportunități de muncă, formare sau educație.

Ca eurodeputat socialist, voi fi mereu un mare suporter al inițiativelor europene care susțin direct cetățenii în a se dezvolta personal și profesional. Încurajez cu tărie facilitarea accesului pe acest portal al tuturor persoanelor cu dizabilități sau cu un grad mai mic de cunoștințe digitale, dar și asigurarea unei mai bune protecții a datelor personale care vor fi stocate pe Europass. Salut de asemenea includerea recunoașterii abilităților obținute prin educație non formală sau informală. Sper ca Europass să impulsioneze astfel statele membre în a implementa, la rândul lor, aceste mult așteptate proceduri de recunoaștere.

Consider noua platformă Europass o idee de succes a Uniunii Europene. De aceea, vă îndemn să îi asigurăm o dezvoltare și o implementare eficientă și de calitate și, nu în ultimul rând, o finanțare pe măsură.

Zgłoszenia z sali

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Także z mojej strony wyrazy uznania dla sprawozdawców za przyjętą strategię i prace nad dostosowaniem Europass do wymagań współczesnego rynku pracy. Decyzja Unii Europejskiej będąca podstawą prawną platformy Europass obowiązuje już od wielu lat, a była przyjęta jeszcze przed kryzysem gospodarczym. Dlatego potrzebne są w niej zmiany odzwierciedlające szanse i wyzwania stojące przed dzisiejszymi pracownikami i pracodawcami. Europass to kluczowa inicjatywa na rzecz zwiększenia przepływu pracowników na europejskim rynku pracy poprzez ułatwienie uznawania ich kompetencji na poziomie różnych krajów. Takie zmiany jak wprowadzenie elektronicznego portfolio czy możliwość oceny własnych umiejętności są kluczowe dla mobilności pracowników w Unii Europejskiej, co przecież stanowi jeden z filarów integracji gospodarczej kontynentu. W rezultacie zmieniona decyzja pozwoli na zapewnienie większego niż obecnie wsparcia dla osób poruszających się na europejskim rynku pracy. Dlatego dokument wypracowany w ramach rozmów trójstronnych zasługuje na pełne wsparcie Parlamentu.

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, Europass este un instrument folosit inițial mai mult de tineri. În timp, aria de folosire s-a extins la toate categoriile de vârstă. Evoluția modului în care oamenii lucrează, învață sau comunică în prezent, precum și instrumentele și serviciile Uniunii Europene trebuie să țină cont de evoluțiile rapide ale societății, tocmai pentru a răspunde exigențelor actuale sau viitoare și a fi conectate la progresul rapid al tehnologiilor emergente.

Competențele dobândite la nivel național pot fi folosite acum oriunde în Europa. Este normal ca după zece ani să existe o actualizare a cadrului Europass, pentru a exista o corelare mai bună cu nevoile pieței, respectiv nevoile cursanților, ale persoanelor în căutarea unui loc de muncă, ale furnizorilor de educație și formare, ale recrutorilor și ale angajatorilor, mai ales întreprinderile mici și mijlocii.

Va fi benefic pentru Europa să existe o platformă la nivel european care să ofere servicii integrate, acoperind întreaga gamă a serviciilor europene referitoare la oportunități de învățare, orientare profesională și transparența calificărilor, precum și extinderea utilizării unui cadru de clasificare europeană a abilităților, competențelor, calificărilor și ocupațiilor drept limbaj și instrument operațional comun pentru educație, formare și muncă.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, να επισημάνω ότι σύμφωνα με το πρόγραμμα, απ' ό,τι βλέπω, θα τελειώσουν οι συζητήσεις στις 10.30, επομένως μην έχετε κανένα άγχος. Δεν πρόκειται να φτάσουμε τα μεσάνυχτα –έτσι βλέπω από το ηλεκτρονικό σύστημα.

Εν πάση περιπτώσει η Ευρωπαϊκή Ένωση, αφού με την πολιτική της λιτότητας και της βίαιης δημοσιονομικής προσαρμογής δημιούργησε εκατομμύρια ανέργους, εκατομμύρια φτωχούς, τώρα τους δίνει το Europass, τη μεγάλη λύση. Όμως το Europass είναι ένα Europass για τις άτυπες μορφές εργασίας. Είναι Europass για τη μερική απασχόληση. Είναι Europass για την εκ περιτροπής απασχόληση. Αυτές δηλαδή τις μορφές εργασιακών σχέσεων που με αποφάσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης έχουν εγκαθιδρυθεί και οι οποίες δεν διασφαλίζουν πραγματική απασχόληση, δεν διασφαλίζουν και πραγματικούς μισθούς. Είναι ένα Europass για τη μετανάστευση. Πεντακόσιες χιλιάδες Έλληνες έχουν φύγει από τη χώρα μου λόγω του μνημονίου. Επομένως δεν θεωρώ ότι το Europass λύνει το πραγματικό πρόβλημα της ανεργίας.

Przewodniczący. – Bardzo Panu dziękuję. Przez sympatię chcę Panu powiedzieć, że nie spieszę się, ale moim obowiązkiem jest dobrze i w sposób zorganizowany prowadzić debatę. Z tego względu zwracam uwagę na przekroczenie czasu.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl podpořit tento návrh nařízení a zprávu, protože upravuje stávající služby Europassu potřebám a očekáváním uživatelů a poskytovatelů, studentů a uchazečů o zaměstnání, pracovníků a zaměstnavatelů. Hlavním cílem je jeho zjednodušení, transparentnost, interoperabilita v jednotlivých členských státech a účelnost.

Protože se ukazuje, že je málo využívaný některými sociálními skupinami, které nejsou digitálně plně gramotné, je, myslím si, velmi důležité zvýšit tuto jeho vlastnost, to znamená mít i digitální použití. Zájem o Europass rovněž roste v Česku, již v roce 2015 ho využilo přes dvě stě tisíc lidí. Na druhou stranu si nejsem úplně jistý, jestli požadavek anonymních životopisů, které mají předcházet diskriminaci, čemuž rozumím, je zcela správný. Budu o tom ještě přemýšlet.

Julie Ward (S&D). – Mr President, I wanted to put on record my enthusiastic support for Europass. In my previous life, before I even thought about entering politics, I discovered Europass and have enjoyed using it ever since. I also encouraged the many young people with whom I used to work to use Europass. This included NEETs, and I can report that it was a very empowering experience for them.

Now we have the prospect of an improved and updated Europass, and what is particularly good about the revision of this online tool is the way that it will be more inclusive and accessible for people with disabilities, for example. The new version will also enable migrants and refugees to log and showcase their skills and qualifications, and their formal and informal education. We know that they have much to offer. So we now need to see this excellent tool supported at Member State and European level, with a raft of socially progressive policies, programmes and resources in the area of education, lifelong learning, mobility and new employment initiatives.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, thank you honourable Members for this debate and for the strong support you have shown. I think we can agree that in a fast-changing global economy the skills and know-how of our society are the sole basis for prosperity and for safeguarding our social achievements.

Today marks an important step on how we prepare for the future of work and ensure that people have the support they need to grow their skills and put them to best use. This is not the only way to address the issues, but it is an important tool. Because this new Europass will support greater cooperation among stakeholders in the labour market and in the education and training sectors. It reaches out directly to people, offering them new tools and information to truly serve their needs. The Commission is looking forward to working closely with stakeholders on delivering on this new Europass.

We see strong support here in the plenary, I also hope that the vote yesterday will show that. And we hope that, after it has gone to Council, it will enter into force before the summer. So again, thank you very much to the two rapporteurs, and the shadow rapporteurs, for the work you have done. It is rare to see such a broad consensus in the plenary for a proposal.

Przewodniczący. – Pani Komisarz! Jednak dobre propozycje uzyskują poparcie.

Thomas Mann, Berichterstatter. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich herzlich für eine, wie ich finde, wirklich qualifizierte Debatte. Einige waren noch nicht ganz einverstanden, aber der große Teil hat das deutlich gemacht.

Was wollen wir denn mit dem Europass machen? Wir wollen sagen: Jugendliche und Studenten und erfahrene Arbeitnehmer, zeigt eure Talente, zeigt eure Kompetenzen, stellt euch, sorgt dafür, dass wir gute Daten haben, die euch helfen sollen, damit eine Fortbildungsmaßnahme kommt, damit ihr einen Job finden könnt, damit ihr auch einen Job wechseln könnt! Das ist die Herausforderung, die wir haben.

Wir haben versucht, diesen wichtigen Rahmen, der ja schon existiert hat, zu modernisieren, dafür zu sorgen, inklusiver zu werden, einfacher zu werden, benutzerfreundlicher zu werden – ich glaube, das ist unumwunden wichtig – und zu sagen, wir müssen alle digitalen Möglichkeiten, die existieren, dabei nutzen. Transparenz schaffen, das ist auf alle Fälle ein wesentliches Element. Ich denke schon, dass wir eine gute Grundlage haben, mit der wir arbeiten können. Wann immer wir sagen, Mobilität ist nötig: Hier gibt es ein solches gutes Angebot, ein qualifiziertes Instrument, mit dem wir arbeiten können. Vielleicht können wir hinterher sagen, wir haben unseren Beitrag dazu geleistet, dass wirklich mehr Mobilität stattfinden kann.

Светослав Христов Малинов, докладчик. – Бих искал в края на този успешен дебат да споделя, че началото на работата по досието беше трудна. Всъщност тя беше толкова трудна, че крайт не се виждаше, не беше ясно и дали ще има край. Сега е може би моментът накрая на този процес да споделя, че много неща можеха да бъдат избегнати, ако комуникацията на Европейската комисия със заинтересованите страни беше започнала по-рано и беше по-добре планирана. Можехме да имаме малко по-смела и малко по-решителна обнова на Европас.

Но сега, накрая на този дебат, искам да благодаря за търпението, компетентността и всеотдайността на всички, които работиха за успешната обнова на Европас. За мен бе удоволствие да работя не само с колегата Томас Ман като съ докладчик, но и с всички колеги – докладчици в сянка, някои от които останаха в залата дори в този късен час. Огромна благодарност към изключителния екип от асистенти, съветници, лингвисти, които ни помагаша, предпазиха ни от грешки и съумяха да съчетаят в едно цяло всички поправки, предложения, опасения и надежди на участващите в изготвянето на промените.

Бих искал да уверя всички колеги, които взеха думата, че ние наистина точно това искахме да постигнем: да направим този инструмент по-подходящ за младите, за техните възможности и познания, да го отворим към по-уязвимите и към по-възрастните и да задължим доколкото е възможно държавите да направят Европас по-видим, още по-популярен, защото наистина над 60 милиона CV-та бяха направени, над 120 милиона посещения на уебсайта, но все още Европас не е достатъчно популярен, все още има хора, за които той не е достъпен.

И най-вече мисля, че поставихме много здрава основа за надграждане и модернизация, защото следващата обнова на Европас няма да дойде след дванадесет години, а според мен много много по-рано. Поставихме добра основа за следващата ревизия. А иначе съм убеден, че утре трудът ни ще получи максимална подкрепа и огромно мнозинство.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 15 marca 2018 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cette réforme d'Europass correspond, certes, à une amélioration sur le plan technique, puisque les candidats Europass auront désormais accès sur une plateforme unique à une gamme complète de services, de la conception de CV en ligne à des outils d'autoévaluation ou bien à des offres d'emplois. Il est également louable de consacrer le rôle décisif des agences nationales dans le fonctionnement d'Europass et d'encadrer de façon rigoureuse la protection des données personnelles. Pour autant, il est regrettable que la Commission croie trouver dans la mobilité académique et professionnelle le sésame aux difficultés réelles rencontrées en matière de formation et d'emploi de la jeunesse, puisque le chômage des moins de vingt-cinq ans s'est stabilisé en 2018 à un niveau très haut de 18,4 %. La mobilité professionnelle est un leurre tant les différences entre les États membres en matière de formation restent considérables, rendant de fait impossible toute équivalence stricte des diplômes et des compétences. En outre, Europass risque d'accentuer l'immigration en provenance d'États membres fortement touchés par le chômage et où les revenus sont plus faibles que la moyenne européenne, conduisant à un phénomène de fuite des cerveaux qui accentuerait les déséquilibres déjà existants.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm az Europass felülvizsgálatáról szóló rendeletet. Az Europass egy szabványosított, átláthatóbb keretet biztosít a szakmai dokumentumoknak – pl. önéletrajzoknak –, azzal a céllal, hogy az uniós polgárok készségei és kompetenciái bármely EU-tagállamban érthetőek legyenek. Az egységesített önéletrajzok átláthatóbbak, így megkönnyítik a munkaadók számára a jelentkezők összehasonlítását. Az Europass fő célja az, hogy az uniós polgárok képesítései és kompetenciái átláthatóak legyenek a tagállamokon belül és azok között is. Az Europass gondoskodik arról, hogy a formális és a nem formális, illetve a gyakorlati (pl. mobilitással kapcsolatos) keretek között elsajátított tanulás minél közérthetőbb legyen. Az Europasst 2005-ös indulása óta több mint 100 millió ember vette igénybe, mégis szükség volt az átalakítására, mivel túl összetett és bonyolult volt a használata. A változtatások egyik fő célja, hogy az Europasst több ember, különösen a fogyatékossgal élők számára is hozzáférhetővé tegyék. A változtatáshoz az online platform technikai átalakítását, digitális akadálymentesítését javasoltuk. Emellett az eddig elérhető dokumentumtípusok (önéletrajz, nyelvi útlevél, mobilitási igazolvány, oklevélmelléklet, bizonyítvány-kiegészítő) mellett további elemek is bevezetésre kerülnek. Ilyen az új e-portfólió és az úgynevezett digitális készségintelligencia adatbázis. Hazánkban az elmúlt tizenkét év alatt több mint 3,5 millió Europass önéletrajzot és 26 ezer nyelvi útlevelet készítettek.

Claudia Tapardel (S&D), *in writing*. – Although the EU provides a wide range of tools and services to support the exchange of information and a better understanding of skills to facilitate mobility and encourage the transparency of qualifications, these tools are yet to be exploited at their full potential. Evidence has shown that despite some success stories, such as the Europass CV, potential beneficiaries are generally unaware of the available services to facilitate mobility. Additionally, the development of these tools has not been in line with changes in the way people acquire skills, learn and communicate today. This affects the integration on the European labour market.

I fully support the new proposal, which will modernise EU tools and services to ensure that the changing needs of all potential beneficiaries from the labour market are reflected. As the Europass will convert from a document-based facility into a service-based platform, its scope of activity will widen and will thus ensure that users' needs will be the core of the framework services. I strongly believe that for an integrated and functional European labour market this is necessary, and from now on all potential users will constantly be updated to the technological developments and new forms of sharing information.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. –Šis pranešimas dėl geresnės paslaugų įgūdžių ir kvalifikacijos srityje kokybės liečia svarbius ateities požiūriu klausimus. Tikslas yra ES piliečių kvalifikacijų ir kompetencijų skaidrumo užtikrinimas valstybėse narėse ir tarp valstybių narių, o tai apima internetines priemones, informaciją ir atvirųjų standartų rengimą siekiant geriau užtikrinti įgūdžių ir kvalifikacijos, skaidrumą ir suprantamumą. „Europass“ turėtų būti siekiama gerinti supratimą apie mokymąsi, vykstantį ne tik formaliojo, bet ir neformaliojo mokymosi bei savišvietos aplinkybėmis, taip pat mokymąsi iš praktinės patirties. Pagal šiame reglamente numatytą naująją „Europass“ sistemą esamos „Europass“ paslaugos pritaikomos prie naudotojų ir teikėjų poreikių ir lūkesčių, t. y. besimokančių, darbo ieškančių asmenų, darbdavių (ypač mažųjų ir vidutinių įmonių), valstybinių užimtumo tarnybų, profesinio orientavimo specialistų, švietimo ir mokymo paslaugų teikėjų, socialinių partnerių, savanorių, jaunimo organizacijų, darbo su jaunimu paslaugų teikėjų, nacionalinių „Europass“ centrų ir atsakingų nacionalinių institucijų. Visos priemonės ir įrankiai turėtų būti tinkamai parengti ir suderinti tokiu būdu, kad nesutaptų jų konkretūs tikslai ir kad nebūtų viršytos „Europass“ galimybės bei netrukdytų kitoms teisinėms nuostatomis.

20. Programm Kreatives Europa (2014-2020) (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Silię Costę w imieniu Komisji Kultury i Edukacji w sprawie wniosku dotyczącego rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady zmieniającego rozporządzenie (UE) nr 1295/2013 ustanawiające program „Kreatywna Europa” (2014-2020) (COM(2017)0385 – C8-0236/2017 – 2017/0163(COD)) (A8-0369/2017).

Silvia Costa, relatrice. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, oggi è una bella giornata per i giovani, per la musica e per l'Europa. Con questa modifica al regolamento di Europa creativa e questo cofinanziamento europeo triennale riconosciamo il valore, diamo un futuro all'Orchestra dei giovani dell'Unione europea, fondata 40 anni fa da Claudio Abbado e Lionel Bryer, istituita dal Parlamento europeo.

Ringrazio ancora i colleghi, il Consiglio e la Commissione per la fruttuosa collaborazione. Questa orchestra è unica nel suo genere, perché è costituita da giovani musicisti provenienti da tutti gli Stati membri dell'Unione, selezionati ogni anno secondo criteri di qualità. Una vera e propria officina di giovani talenti che trascendono i confini culturali e collaborano per raggiungere l'eccellenza in campo musicale.

Infatti, grazie a questa straordinaria esperienza, che io definirei di cittadinanza musicale europea, una grande parte degli oltre 3000 musicisti che fino a oggi hanno fatto parte dell'orchestra sono oggi, in Europa e nel mondo, direttori d'orchestra, solisti e insegnanti, ma hanno anche fatto crescere la cultura musicale di molti giovani.

L'orchestra è stata diretta dai più grandi musicisti, da Claudio Abbado a Barenboim, da Bernstein a Rostropovič, si è esibita nei più importanti festival musicali d'Europa e del mondo, guadagnandosi il rispetto di tutta la comunità culturale. Direi un vero ambasciatore culturale dell'Unione europea, che ha valorizzato la ricchezza del nostro patrimonio musicale, favorito il dialogo interculturale e creato davvero le premesse per una maggiore cultura musicale diffusa.

In un momento in cui l'Europa si trova ad affrontare tante sfide, è bello che nell'anno europeo del patrimonio culturale si sia trovato questo accordo, perché dobbiamo ricordare che la musica è stata la prima lingua comune europea.

Ma per permettere tutto ciò occorrono finanziamenti adeguati. Abbiamo alle spalle un periodo molto travagliato per l'orchestra da quando, nel 2016, rischiò di chiudere per carenza di risorse. Per questo io mi sono battuta, insieme a tanti miei colleghi, che ringrazio, per salvare innanzitutto l'esperienza dell'orchestra, e ora per metterla in sicurezza fino al 2020, anno in cui sarà approvato il nuovo programma europeo dedicato alla cultura settennale. In quell'occasione, mi auguro, Commissario, che verranno ripristinati gli ambasciatori europei della cultura, includendo anche altre istituzioni eccellenti europee.

Naturalmente noi chiediamo all'EUYO di sviluppare una maggiore capacità di coinvolgimento dei musicisti di tutti gli Stati membri, che devono fare selezioni il più possibile adeguatamente pubblicizzate, e anche di diversificare le proprie entrate al fine di garantire con sponsor e con altri contributi – e naturalmente con i loro spettacoli e le loro tournée – di garantire la propria sostenibilità e ridurre la dipendenza dai finanziamenti dell'Unione.

Ma come parlamentare europea e come italiana, consentitemi anche di dire che dopo la Brexit l'orchestra, che ha sede a Londra, rischiava anche di perdere lo status giuridico di organismo europeo. Per questa ragione, insieme al governo italiano, alla Rai e al comune di Ferrara, ma anche insieme ad altre collaborazioni, abbiamo offerto la possibilità all'Orchestra dei giovani dell'Unione europea di trasferirsi in Italia, ottenendo anche un sostegno finanziario dal nostro paese, ma anche di continuare l'esperienza della Summer School in Austria, a Grafenegg, a Bolzano, e di avere un'antenna anche a Bruxelles, grazie al governo belga, quindi in una logica davvero europea.

L'orchestra quindi, direi – e questo lo dico con molto orgoglio, e dovremmo esserne fieri tutti, credo – è la prima istituzione culturale dopo la Brexit che è stata vissuta dal mondo della cultura in quel paese con grande apprensione e con grande preoccupazione – è la prima che viene ospitata in un altro Stato membro, in una logica di solidarietà e per salvaguardare la libertà di movimento di tanti giovani, di condivisione di un'esperienza culturale e formativa europea.

Tibor Navracsics, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members of the European Parliament, the European Union Youth Orchestra was funded at the request of this House in 1976 and received the patronage of successive Presidents of the Commission, Parliament and heads of state and government. Since its creation, the European Union Youth Orchestra's mission has been to unite Europe's most talented young musicians under internationally renowned conductors in an ensemble that transcends cultural, social, economic, religious and political boundaries in the common pursuit of musical excellence. It demonstrates the vital role of culture and education in strengthening our European identity, a point which was strongly highlighted by EU heads of state and government at an informal summit in Gothenburg last year.

In 2016, the European Union Youth Orchestra experienced very serious financial difficulties that threatened their existence. Since then, the Commission and the European Parliament, with the support of the Council, have worked together to find solutions allowing the orchestra to continue its activities on a sustainable basis.

I am proud that we have found a solution to keep the European Union Youth Orchestra alive. You will vote on the amendment to the creative Europe programme that will ensure annual funding to the orchestra until the end of this financial programme in 2020. I would like to thank the rapporteur, Ms Costa, and the shadow rapporteurs for their commitment and their excellent cooperation throughout discussions.

Bogdan Brunon Wenta, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Chciałbym wyrazić poparcie dla proponowanych zmian w rozporządzeniu ustanawiającym program Kreatywna Europa, które umożliwia także zapewnienie finansowania dla Młodzieżowej Orkiestry Unijnej do końca 2020 r. Jak już tu powiedziano, orkiestra jest unikalną inicjatywą, która od wielu lat umożliwia młodym europejskim artystom wspólne granie, koncertowanie i międzynarodowe występy na najwyższym poziomie. Do tej pory blisko 3000 młodych muzyków przeszło przez jej szeregi, koncertując na czterech kontynentach.

Wieloletni wkład orkiestry w rozwijanie talentów muzycznych i promowanie europejskiej kultury jest nie do podważenia. Niemniej jednak wyjątkowe traktowanie tej inicjatywy przez instytucje unijne nie może odbywać się kosztem nowych przedsięwzięć artystycznych, których twórcy także zabiegają o środki z programu Kreatywna Europa. Z tego względu uważam, że wynegocjowany tekst poprawki, który wzywa Orkiestrę do dywersyfikacji źródeł finansowania i zastrzega, że środki są przyznawane wyjątkowo do końca 2020 r., jest dobrym rozwiązaniem, a wypracowany przez nas dokument jest kompromisem równoważącym interesy różnych stron. W związku z tym uważam, że zasługuje on jak najbardziej na wsparcie Parlamentu Europejskiego.

Monika Smolková (S&D). – Pán predsedajúci, poďakovať mojej kolegyni Julie Ward, ona bude za našu skupinu hovoriť. Ja som si s ňou vymenila poradie, pretože o päť minút som v Slovenskej televízii online, takže ďakujem veľmi pekne, a teraz môj rečnícky čas. Program Kreatívna Európa je programom pre všetkých. Pre tých, ktorí sa aktívne doň zapoja a požiadajú o podporu v oblasti filmového priemyslu, kultúry, prekladania kníh, a iných, ale je aj pre tých, ktorí sú konzumentami takto podporenej kultúry.

Dnešným legislatívnym uznesením podporíme mládežnícky orchester Európskej únie, ktorý sa skladá z mladých hudobníkov, ktorí boli vybratí vo svojich členských štátoch. Konkurzy do tohto orchestra sú veľmi náročné, nie je tam jednoduché sa dostať, čo svedčí o vysokej kvalite tohto orchestra.

Som presvedčená, že vystúpenia mladých hudobníkov na rôznych festivaloch a turné v rámci EÚ, aj na medzinárodnej úrovni, bude pre každého poslucháča obohatením o kultúrny zážitok a obohatia aj európskeho kultúrne dedičstvo. Program Kreatívna Európa je programovaná a finančne zabezpečená do roku 2020 a pevne verím, že bude aj v novom viacročnom finančnom rámci.

Przewodniczący. – Pani Poseł, już Pani nie zatrzymujemy, bo wiem, że musi Pani zdążyć do Telewizji.

Izaskun Bilbao Barandica, en nombre del Grupo ALDE. – Señor presidente, quiero expresar mi pleno acuerdo con las medidas que se proponen para garantizar el apoyo comunitario a las actividades de la Joven Orquesta de la Unión Europea. Esta orquesta difunde los valores de la Unión utilizando el talento de hoy, el de nuestros jóvenes intérpretes, que difunden un aspecto único del patrimonio cultural europeo.

Nuestro continente acumula el mayor catálogo mundial de compositores y obras musicales clásicas que recorren y describen nuestra historia. Ayudar a contarla formando jóvenes para que den el salto a la élite de los profesionales de la música y hacerlo fomentando la convivencia transversal y multicultural es una idea genial.

Ahora que se ponen las bases para hacer crecer este proyecto, quiero animar a que se profundice la capacidad de esta orquesta para conectar con la ciudadanía europea. Hay grandes obras musicales creadas por culturas tradicionales europeas y vinculadas a su tradición folclórica: deberían estar más presentes en los programas.

Descentralizar las actuaciones y utilizar este activo para simbolizar que la diversidad que nos une en Europa es toda la diversidad es otra buena idea, como mantener antenas de este programa para estas culturas minorizadas, cuyas industrias culturales son capaces de triunfar en la gala de los Premios Goya con películas como *Handia* o de enviar a la lista de los Óscar películas como *Loreak*.

Isabella Adinolfi, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il valore culturale dell'Orchestra dei giovani dell'Unione europea è indubbio e rappresenta un esempio concreto di integrazione.

L'orchestra è nata con il patrocinio del Parlamento europeo nel 1976, e costituisce un'occasione unica di crescita, umana e professionale, per i giovani musicisti che vi prendono parte, ed è quindi un patrimonio da salvaguardare.

Il lavoro che abbiamo svolto in sede di triloghi ha sicuramente migliorato il testo: siamo riusciti a far inserire diversi concetti, come il fatto che si tratta di una misura provvisoria ed eccezionale che terminerà il 31 dicembre 2020. Secondo: abbiamo fatto inserire la circostanza secondo la quale la sovvenzione che proviene dall'attuale dotazione finanziaria di Europa creativa sarà a carico sia del sottoprogramma Cultura, sia della sezione transettoriale. In questo modo si è riusciti ad evitare che venga penalizzato troppo il sottoprogramma Cultura.

E, infine, abbiamo esortato l'orchestra affinché raggiunga sempre una maggiore indipendenza finanziaria, aumenti la propria visibilità sui media, si esibisca in un maggior numero di concerti negli Stati membri e garantisca sempre una maggiore rappresentatività degli Stati nella sua composizione.

Si tratta di aspetti migliorativi, che insieme ai miei colleghi siamo riusciti a far inserire, e che rendono sicuramente il testo più equilibrato e circoscritto.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Koleżanki i Koledzy! Oczywiście wspieramy tę orkiestrę. Wspieramy tę inicjatywę. Natomiast jesteśmy też przekonani, że w tym mechanizmie funkcjonowania potrzebne są pewne korekty. Przede wszystkim orkiestra musi zadbać o własną promocję, lepiej się promować. Musi zadbać też o alternatywne środki finansowe. Musi zadbać o większą przejrzystość. Krótko mówiąc, musi wykonać kilka czynności, aby to finansowanie po 2020 r. mogło być kontynuowane. Z drugiej strony, zwrócę uwagę na własne doświadczenie – doświadczenie jako ministra kultury. Wówczas budowaliśmy I, CULTURE Orchestra, młodą orkiestrę złożoną z Białorusinów, Ukraińców, także z Mołdawian, Gruzinów etc., po to, aby oni współpracowali ze sobą, tworzyli nowe wartości, ale przede wszystkim funkcjonowali w bardzo napiętym reżimie pracy. Te wymagania powodowały, że szybciej się uczyli, lepiej się poznawali, a przedsięwzięcia, które realizowali, od razu były lepiej promowane. Jedna uwaga do pani Silvii Costy: nie uzgodniliśmy elementu związanego z przejściem z Londynu na inny obszar ewentualnej aktywności. Powinno być to przedmiotem ewentualnych prac Komisji, ale liczymy także na propozycję pana komisarza.

Момчил Неков (S&D). – Г-н Председател, най-напред бих искал да благодаря на докладчика Силвия Коста, която е пред мен, за нейния дългосрочен принос и работа по програмата „Творческа Европа“. Постигнатото предварително споразумение с Европейския парламент на 25 януари ще подsigури финансирането на европейския младежки оркестър до 2020 г., което безспорно е добра новина и аз напълно заставам зад това решение.

От създаването си през 1976 г. досега младежкият оркестър неведнъж е доказвал своята европейска добавена стойност. Той е единственият по рода си в рамките на Европейския съюз, чийто състав е изцяло подбран от държавите в Съюза. Осигуряването на тези средства до 2020 г. обаче не разрешава проблема с нуждата от дългосрочно финансиране и необходимостта от намаляване на зависимостта от Европейския съюз във финансово отношение.

Наред с това, допълнителни усилия са нужни в посока подобряване на географското представяне на музикантите. Моята страна – България, например е сред тези групи държави, които са слабо представени по географски принцип. Трябва да работим и за увеличаване на неговата популярност, за да има равно и справедливо участие на музиканти, солисти, диригенти от целия Европейски съюз.

Дейността на младежкия оркестър ще трябва да бъде в унисон и с приоритета на подпрограма „Култура“ за привличането на нова публика сред младите хора. Досегът на младите до културата трябва да бъде приоритет както на европейско, така и на национално ниво. За съжаление културата не е сред приоритетите на Европейския съюз, съдейки по нищожния бюджет, който се отделя за нея. В България ситуацията е сходна.

Проучване на българската асоциация на работодателите в областта на културата показва, че 53% от младежите не посещават културни събития, защото нямат пари, 41% не ходят, просто защото няма къде, а 33% не са насърчавани от родителите си. Данните са повече от красноречиви. При все това правителството на Борисов отсъди, че на младите хора в България не им е нужен културен чек, по-важно е да се кърпят пътища и да се строят магистрали. Сами можете да си направите изводите.

Francis Zammit Dimech (PPE). – Interessanti naqsam maghkom il-fatt li proprju kif kien sar f'pajjizi ohra permezz tal-kampanja Save European Youth Orchestra, fil-Belt Valletta f'Malta, li issa hi l-Belt Kapitali Ewropea tal-Kultura, sentejn ilu kienet saret protesta permezz tad-daqq tal-muzika mill-mużiċisti Maltin sabiex jitolbu lill-Unjoni Ewropea tkompli tghin b'mod finanzjarju lill-Orkestra taż-Żgħażaġh tal-Unjoni Ewropea.

Huwa tajjeb li l-appell tal-mużiċisti instema' anke għaliex hi l-mużika li hi parti mill-identità kulturali tagħna u permezz tal-mużika qed nibagħtu messagg ta' għaqda, messagg ta' paċi. Jiena naqsam hsieb li għaliha huwa għal qalbi, il-hsieb li kien esprima wiehed mill-fundaturi tal-Unjoni Ewropea Jean Monnet li kien qal "If I do it again I would begin with culture".

Huwa wkoll importanti però li issa l-Orkestra tfttex metodi ġodda ta' finanzjament biex tassigura li tibqa' sostenibbli għax wara kollox is-sena 2020 mhijiex daqshekk 'il bogħod u nilqa' wkoll l-aċċenni li saru fir-rapport rigward il-htieġa li jkun hemm għażla trasparenti, mużiċisti minn pajjizi Ewropej differenti.

Fl-ahharnett la qed nitkellmu fuq il-programm Ewropa Kreattiva naghmel l-appell biex kif sar f'dan il-każ insibu dejjem aktar mezz biex ngħinu l-hajja kulturali għaliex il-hajja kulturali tmur lil hinn minn dik ekonomika u fl-opinjoni tiegħi tirrappreżenta l-vera ruh u identità tagħna bħala Ewropej.

Γιώργος Γραμματικάκης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να συγχαρώ την εισηγήτρια κ. Costa και τον Επίτροπο Navracsics, γιατί διασφαλίζουν τη συνέχεια και την πολύτιμη δραστηριότητα της Ευρωπαϊκής Ορχήστρας Νέων. Έχει πάντως, νομίζω, σημασία κύριε Πρόεδρε ότι το πρόγραμμα Δημιουργική Ευρώπη συζητείται την ίδια εβδομάδα που διαμορφώνεται το μέλλον του ευρωπαϊκού προϋπολογισμού. Σημειώνω λοιπόν με μεγάλη μου λύπη ότι, παρά τα μεγάλα λόγια που ακούγονται συνέχεια για τον ευρωπαϊκό πολιτισμό, η χρηματοδότησή του φτάνει μόνο το 0,15% του συνολικού προϋπολογισμού. Είναι λοιπόν ανάγκη, το είπαν και άλλοι, να διασφαλιστεί ότι η χρηματοδότηση του προγράμματος θα αυξηθεί ουσιαστικά μετά το 2020.

Θα ήθελα να κλείσω αυτή τη σύντομη παρέμβαση αναφερόμενος στην ανάγκη στήριξης της μουσικής. Μόνο το 3% –ναι, πολύ καλά ακούσατε– του προγράμματος διατίθεται στην υποστήριξή της και κυρίως βέβαια της κλασσικής μουσικής. Όμως η μουσική είναι μια πραγματικά διεθνής γλώσσα, που ενώνει λαούς και πολιτισμούς, και η στήριξη των ποικίλων μορφών της πρέπει να αποτελέσει προτεραιότητά μας. Είναι θετικό ότι τον Φεβρουάριο δρομολογήθηκε η πρωτοβουλία Music Moves Europe, η οποία ευελπιστώ ότι θα ενσωματωθεί στο πρόγραμμα για σταθερή χρηματοδότηση.

Julie Ward, on behalf of the S&D Group. – Mr President, I'm speaking on behalf of my political group, the S&D Group. I'm very glad that a temporary solution was found to sustain the work of the European Youth Orchestra, as it is the only organisation of its kind that brings together young people from all 28 EU Member States every year to work together culturally and artistically at the highest levels of excellence.

The orchestra, established in London since 1976, recently moved its headquarters to Italy. Yet another illustration of the loss of cultural influence that Brexit is already bringing to the UK, with the Capital of Culture scheme sadly excluding UK cities. Since its formation, the orchestra has provided a route to employment for thousands of Europe's young EU musicians and attracted a global reputation for its excellence.

The amended regulation aims at ensuring the financial survival of the orchestra until 2020, given its unique institutional nature and its history. However, it is important for the sustainability of the organisation that it diversify its revenues and increase its visibility and ensure full transparency and greater geographical balance in its selection process. We must also ensure that we use this opportunity to debate the role of arts and culture in Europe's development, and that we design stable and coherent funding schemes in the future Creative Europe programme.

Ensuring better independence and transparency in decision-making also demands better involvement of the cultural sector in the assessment and implementation of creative Europe. And I hope, Commissioner, that you will revisit the list of concerns that I brought to you personally last year from Culture Action Europe.

Zgłoszenia z sali

Michaela Šojdová (PPE). – Pane předsedající, tento rok je Evropským rokem kulturního dědictví a já jsem velmi ráda, že můžeme podpořit kulturní aktivity mladých lidí. Já budu hlasovat pro toto nařízení, protože to považuji za nezbytné, aby Orchestr mládeže Evropské unie mohl nastartovat svoji transformaci. Myslím, že mu musíme dát čas na to, aby se skutečně změnil v udržitelný projekt, nezávislý na finančních prostředcích, které jsou přidělovány z programu Kreativní Evropa. Samozřejmě on si může a měl by si i po roce 2020 žádat o veřejnou podporu, ale měl by být více nezávislý, jeho financování by mělo být transparentní. Víme dobře, kolegyně a kolegové, že v Evropě máme desítky kvalitních orchestrů, orchestrů mladých lidí a já opravdu nevím, proč by tady měl existovat jeden jediný, který je financovaný výlučně z evropských prostředků, které má takto garantované. Nechme, ať soutěží a bojuje o svoji kvalitu.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η έκθεση της κ. Costa για το πρόγραμμα Δημιουργική Ευρώπη 2014-2020 νομίζω ότι θίγει τα ζητήματα τα οποία πρέπει να απασχολήσουν το Σώμα, διότι πρόκειται καταρχάς για μία σημαντική πρωτοβουλία, η οποία αφορά τον πολιτισμό. Ειδικότερη μνεία βεβαίως πρέπει να γίνει στην Ορχήστρα των Νέων της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που έχει δείξει μέχρι στιγμής μια ιδιαίτερα ενδιαφέρουσα δραστηριότητα. Όμως θα πρέπει η Ορχήστρα να ανοιχτεί και σε άλλες αντιλήψεις και προβλήματα και σκέψεις της πολιτιστικής κληρονομιάς και της μουσικής και ταυτόχρονα πρέπει να είναι και αντιπροσωπευτική για όλα τα κράτη. Χρειάζονται βεβαίως και νέες πρωτοβουλίες για τη στήριξη του πολιτισμού, γεγονός που απαιτεί αύξηση του προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Πρέπει να στηριχθούν οι νέοι καλλιτέχνες, πρέπει να στηριχθούν η μουσική, το θέατρο, τα βιβλία, οι ταινίες. Με ένα τέτοιο τρόπο μπορεί να προχωρήσει η Ευρωπαϊκή Ένωση προς τον πολιτισμό.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Tibor Navracsics, *Member of the Commission*. – Mr President, first let me thank you for all your very constructive and supportive contributions in this debate. I think this atmosphere is what we need in future negotiations about the next multiannual financial framework when we talk about the role and the place of culture in the next MFF. So I need your help to lobby for a more established position for culture for the next MFF.

As for the European Youth Orchestra, which was established in 1976 as one of the first building blocks of the future European identity. We've had some difficulties recently, but this report and this solution can fund a very solid and smooth financial background for the operations of the European Youth Orchestra, currently in the UK and in the future in Italy, because the European Youth Orchestra will move its administrative and operational headquarters from the UK to Italy in the second half of this year. So thank you for your support and thank you in advance for your future help in lobbying for culture and for a more solid place for culture in the next MFF.

Silvia Costa, *relatrice*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, voglio ringraziare i dieci colleghi che sono intervenuti, e questo dimostra che c'è ancora interesse per la cultura in questo Parlamento, che apparentemente è un po' vuoto, e ringrazio molto il Commissario per il suo intervento.

Credo che sono stati toccati... anche se alcuni non ci sono più, vorrei rispondere molto brevemente: tematica delle risorse. Ecco, vorrei dire che abbiamo condiviso fortemente un approccio che non è soltanto il cofinanziamento europeo l'unica risorsa dell'Orchestra europea, è una parte delle loro entrate, perché ci sono anche alcuni paesi, in modo diverso, che cooperano, ci sono gli sponsor, c'è l'ospitalità. Ma certamente avere di fronte tre anni con un cofinanziamento certo consente anche di programmare e di avere altre buone opportunità.

Per quanto riguarda la visibilità, è giustissimo: l'abbiamo chiesto, abbiamo preso un impegno con la European Broadcasting Union di dare più visibilità a un'orchestra che appunto è europea e che deve essere più conosciuta e avere delle performance anche lì.

Per quanto riguarda l'equilibrio, giustissimo, richiesto da vari colleghi, fra i diversi paesi, questo dipende da due cose: un coinvolgimento e una maggiore, diciamo, non solo trasparenza, ma capacità di coinvolgimento dei singoli Stati membri che fanno la preselezione, e poi naturalmente un'attenzione e anche un equilibrio geografico nella selezione finale.

Vorrei anche dire che l'orchestra ha anche realizzato quest'anno – lo dico alla collega Bilbao quando diceva della visibilità nei vari paesi – vorrei rassicurarla: quest'anno, proprio per l'anno europeo, saranno tredici i paesi europei in cui ci saranno delle tournée, oltre a paesi anche fuori dall'Europa.

Naturalmente esiste un problema di fondo – l'abbiamo detto anche in conclusione – che è quello delle risorse. Noi sappiamo che Europa creativa, come diceva prima giustamente il collega Grammatikakis, è soltanto lo 0,15 % del budget complessivo. Noi chiediamo un assoluto raddoppio almeno di questa cifra, anche se sappiamo che vi sono le difficoltà, ma si tratta di trovare delle priorità: la cultura è ciò che rende l'Europa Europa, ed è quello che può ricostruire anche una risposta alla crisi, che è una crisi anche identitaria, è una crisi di dialogo interculturale, ma anche di significati.

Chiudo solo dicendo che da questo punto di vista, vorrei ricordare che il Parlamento, alcuni di noi colleghi abbiamo proposto già dall'anno scorso un progetto pilota sulla musica, ma vogliamo anche che in tutte le altre politiche europee la dimensione culturale sia più presente.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 15 marca 2018 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Młodzieżowa Orkiestra Unii Europejskiej (EUYO) utworzona w 1976 r. składa się z młodych muzyków ze wszystkich krajów członkowskich i od 40 lat reprezentuje Unię Europejską. Od momentu powstania orkiestra odgrywa znaczącą rolę w promowaniu wartości europejskich, dialogu międzykulturowego, wzajemnego szacunku i zrozumienia przez kulturę.

Finansowanie unijne jest kluczowe dla przetrwania orkiestry. Bez takiego wsparcia EUYO nie mogłaby prowadzić działalności, a wchodzący w jej skład młodzi muzycy zostaliby pozbawieni niepowtarzalnej szansy występowania na scenach międzynarodowych, dalszego budowania kariery zawodowej oraz rozwijania talentu pod okiem uznanych dyrygentów.

W przeszłości programy takie jak „Kreatywna Europa” wspierały finansowo EUYO na różne sposoby. Przykładowo: na lata 2016 i 2017 orkiestra otrzymała dotację na działalność jako organizacja, która dąży do osiągnięcia celu leżącego w ogólnym interesie UE lub realizuje zadania należące do polityki kulturalnej UE.

Cieszy mnie fakt, że ze względu na wyjątkowy charakter tej orkiestry i jej rolę w budowaniu wspólnych wartości europejskich Komisja proponuje, aby uznać ją za „organ wskazany w akcie podstawowym” i tym samym zapewnić jej stabilne finansowanie na następne lata działalności.

21. Partnerschaftliches Fischereiabkommen EU/Komoren: Kündigung – Partnerschaftliches Fischereiabkommen EU/Komoren: Kündigung (Entschließung) (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest wspólna debata nad:

— zaleceniem sporządzonym przez João Ferreirę w imieniu Komisji Rybołówstwa w sprawie projektu decyzji Rady wypowiadającej Umowę o partnerstwie w sektorze rybołówstwa pomiędzy Wspólnotą Europejską a Związkiem Komorów (14423/2017 — C8-0447/2017 – 2017/0241(NLE)) (A8-0058/2018) oraz

— sprawozdaniem sporządzonym przez João Ferreirę w imieniu Komisji Rybołówstwa zawierającym projekt rezolucji nieustawodawczej w sprawie projektu decyzji Rady w sprawie wypowiedzenia Umowy o partnerstwie w sektorze rybołówstwa między Wspólnotą Europejską a Związkiem Komorów (14423/2017 — C8-0447/2017 – 2017/0241(NLE) – 2017/2266(INI)) (A8-0055/2018).

João Ferreira, relator. – Senhor Presidente, Senhor Comissário, estamos aqui, hoje, perante um debate inédito. Certamente terá sido este facto que suscitou tanta atenção e tantas presenças dos deputados.

Este Parlamento é chamado a discutir e a decidir sobre uma proposta de denúncia de um acordo de pescas em vigor com um país terceiro. As relações bilaterais no domínio da pesca entre a União Europeia e as Comores datam de 1988, ou seja, há três décadas que a União Europeia mantém com as Comores algum tipo de acordo de pescas, que lhe permite o acesso aos recursos pesqueiros deste país.

As Comores integram o lote dos países menos desenvolvidos. O setor das pescas, o segundo mais importante do país, logo a seguir à agricultura, corresponde a um peso significativo, quer no PIB do país quer no emprego. Todas as operações domésticas são artesanais e de pequena escala e envolviam, há não muito tempo, cerca de oito mil pescadores. Os stocks suscetíveis de exploração na zona económica exclusiva das Comores correspondem, na sua maioria, a grandes peixes pelágicos, atum e espadarte.

As capturas anuais efetuadas pelos pescadores locais correspondem a menos de metade dos stocks estimados. As restantes quantidades de peixe são exploradas por frotas industriais estrangeiras, que as desembarcam noutros locais, e o processamento de pescado é igualmente realizado fora das Comores, incluindo as capturas, nalguns casos as capturas da frota local. Este é um quadro que devemos ter presente ao analisar a proposta da Comissão Europeia de denúncia do acordo pescas entre a União Europeia e as Comores.

Esta denúncia torna-se inevitável em face do envolvimento das Comores em operações que violam o regulamento relativo à pesca ilegal, não declarada e não regulamentada, a pesca INN, nomeadamente ao permitir a troca de bandeira a embarcações envolvidas neste tipo de atividades de pesca.

Entendemos, todavia, dever chamar a atenção da Comissão Europeia, através da resolução que, hoje, aqui discutimos, para algumas questões. O combate à pesca INN não deve, do nosso ponto de vista, incidir exclusivamente na identificação de países terceiros não cooperantes. Uma luta efetiva contra todas as formas de pesca INN passa por encontrar formas de auxiliar os países, em particular pequenos Estados insulares em desenvolvimento, como é o caso das Comores, a melhorarem as suas políticas de gestão marinha.

Nessa medida, é lamentável que, ao longo de quase 30 anos em que a União Europeia manteve com as Comores acordos de pesca, não tenha sido possível lograr resultados mais palpáveis no desenvolvimento do setor das pescas comoriano, nomeadamente ao nível da capacidade de controlo e vigilância, do desenvolvimento científico e da formação técnica de pescadores e observadores, entre outros domínios.

É, além disso, com viva apreensão que registamos que avaliações realizadas por organismos das Nações Unidas criticam aquilo a que chamam a posição de poder da União Europeia no estabelecimento dos acordos de pesca e na definição dos preços do pescado, ao mesmo tempo que referem que os acordos de parceria falharam no apoio ao desenvolvimento da indústria local, de resto uma evidência.

Esta realidade justifica que, no contexto desta resolução, se façam propostas suscetíveis de contribuir para a continuidade do apoio ao desenvolvimento do setor das condições de pescas nas Comores, para a melhoria das atividades relacionadas com as pescas, para a melhoria da qualidade de vida dos pescadores e, bem assim, para o combate à pesca INN.

São estas, entre outras, algumas das preocupações que constam da resolução que hoje discutimos e amanhã votaremos.

Tibor Navracsics, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, the Comoros was included in the list of non-cooperating countries in the fight against illegal, unreported and unregulated (IUU) fishing on 11 July 2017, because it failed to comply with undertakings to combat IUU fishing.

The decision to include the Comoros on the list of non-cooperating countries was taken after a thorough analysis of the Comoros' stance on the fight against IUU fishing, and following its pre-identification in October 2015 and years of discussions with the Comoros. The areas of concern haven't been addressed by the Comoros and the Comoros haven't fully implemented the measures agreed.

The main shortcomings leading to this listing were related to, firstly, the flag-of-convenience policy pursued by the Comorian authorities and lack of control over its foreign-based fleet register; secondly, evidence of illegal long-distance fishing activities by the Comorian fleet; thirdly, the poor or non-existent monitoring and control capacities of the national authorities, and finally, the outdated Comorian legal fisheries framework also played a part in the decision.

According to our rules against IUU fishing, the Commission must propose the denunciation of any bilateral fisheries agreement with such a country. Therefore, the Commission proposed a denunciation of the partnership agreement in the fisheries sector between the European Community and the Comoros.

We share the issues raised by Parliament in the draft motion for resolution and welcome your support. The Commission remains fully open to working closely with the Comorian authorities to guide them towards a better fisheries management framework, if they express the wish to do so. We are fully conscious of the difficult social situation in the Comoros.

Taking effective measures against illegal fishing is essential to protecting the valuable national resources that can be a significant source of economic and social development in the Comoros.

Verónica Lope Fontagné, en nombre del Grupo PPE. – Señor presidente, señor comisario, la Unión Europea es uno de los principales actores en la gobernanza de los océanos y la lucha contra la pesca ilegal es una de sus piedras angulares. Gracias a su acción exterior, exporta sus estándares de sostenibilidad y sirve como incentivo a terceros países para que mejoren su gestión pesquera, situación que resulta beneficiosa tanto para la Unión y sus consumidores como para la sostenibilidad de los ecosistemas y los recursos pesqueros.

Pese a las advertencias sobre el incumplimiento de las Comoras en materia de lucha contra la pesca ilegal, ya que en 2015 ya se les sacó una tarjeta amarilla, no han adoptado ningún tipo de medidas correctoras, incumpliendo así sus obligaciones. Por ello, considero correcta la decisión de 2017, por la que se las declaraba como país no cooperante, y apoyo la decisión de terminar el acuerdo pesquero.

Soy consciente de que esta decisión perjudicará a varios Estados miembros y, entre ellos, el mío, pero tenemos que mandar un mensaje claro y contundente, en el que se manifieste el firme compromiso en la lucha contra la pesca ilegal, así como el rechazo a cualquier negocio que proceda de la misma. Sin embargo, esta decisión no debe suponer el fin de las relaciones de cooperación con las Comoras y es importante que este procedimiento se detenga en el caso de que se subsanen sus deficiencias, retirando la tarjeta roja y permitiendo la vuelta de la flota de la Unión al caladero.

Ricardo Serrão Santos, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, formalmente e naturalmente, aprovo a denúncia do acordo com a União das Comores. É a decisão adequada no contexto de dossiês que me foi dado analisar. Mas, dito isto, relembro que este pequeno Estado insular do Índico é considerado um dos países menos desenvolvidos do mundo e que a sua economia é muito dependente da assistência financeira e técnica de outros países.

O combate à pesca INN é, com toda a pertinência, uma prioridade da União Europeia. O relatório da FAO do ano passado revela que a pesca ilegal é crescente na África de Leste, ocasionando perdas de 325 milhões de euros na descarga e cerca de 800 milhões nos produtos processados.

Na reunião de ministros das Pescas dos Países da ACP que decorreu nas Bahamas, em setembro do ano passado, foram reconhecidas as enormes perdas económicas e ambientais devido às pescas ilegais não regulamentadas e não comunicadas. Mas a denúncia de acordos, apesar de inevitável, não é a solução para acabar com estas práticas.

Na sequência da aplicação do sistema de cartões, de denúncia dos acordos e da inclusão dos países na lista de países INN, a Comissão Europeia deverá estreitar esforços de cooperação em reformas cabais.

Acresce que as Comores albergam uma importante população de celacantos, uma relíquia da biodiversidade e de valor mundial, um fóssil vivo ameaçado pela pesca ilegal naquela região do Índico.

Reforço a necessidade de que a Comissão promova, de forma intensiva, auxílios ao desenvolvimento da administração, da governação das pescas e da biodiversidade marinha nas Comores. Um historial de quase 30 anos de acordos entre a União Europeia e as Comores, sem melhorias visíveis na atividade, mostra que alguma coisa falhou e também falhou da nossa parte.

O facto de o acordo ser agora denunciado deve ser, por isso, um incentivo para melhorar, na medida do possível, o acompanhamento da cooperação para o desenvolvimento deste arquipélago, dito descoberto pelos portugueses em 1505, e depois colonizado e administrado pela França durante vários séculos.

Czesław Hoc, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Pragnę wyrazić zaniepokojenie skutkami wypowiedzenia umowy o partnerstwie w sektorze rybołówstwa między Unią Europejską i Związkiem Komorów, które wpłyną w znacznym stopniu na trudną obecnie sytuację społeczną w tym kraju. Zwracam uwagę na fakt, że współpraca w dziedzinie rybołówstwa między Unią Europejską a Komorami trwa od prawie 30 lat, a kontrybucja finansowa – w szczególności wsparcie sektorowe alokowane przez Unię Europejską – nie zagwarantowała w wystarczającym stopniu rozwoju sektora rybołówstwa w Komorach.

Wskazane jest zatem, by Unia Europejska przyczyniła się do odpowiedzialnego, zrównoważonego rybołówstwa w wodach Komorów, do aktywnej współpracy naukowej i technicznej, a nade wszystko do aktywnej, konkretnej pomocy w zwalczaniu nielegalnych, nieraportowanych i nieregulowanych połowów (NNN), a także w zwalczaniu wzmożonej działalności piratów somalijskich. Należy pamiętać, że w tego rodzaju umowach o partnerstwie korzyści są obopólne, a wartością dodaną jest rozwój infrastruktury i przemysłu rybnego w krajach trzecich. W takich przypadkach należy działać bardzo roztropnie i perspektywicznie i nie pozwalać na degradację gospodarki państw trzecich.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, señor comisario, quiero solicitarles su apoyo para una decisión que adoptamos por primera vez en la historia de los acuerdos pesqueros entre la Unión Europea y terceros países: se trata de denunciar el Acuerdo que mantenemos con las islas Comoras, que otorga setenta licencias de pesca a barcos de España, Francia y Portugal en aguas de estas islas. El Acuerdo forma parte de la red de convenios de esta naturaleza que permiten a nuestra flota pescar atún en aguas del Índico.

Esta medida responde a la firme voluntad de la Unión de mantener su liderazgo mundial en la lucha contra la pesca ilegal, no declarada y no reglamentada, y el liderazgo se adquiere con coherencia entre lo que decimos y lo que hacemos, y en ella se basa nuestra credibilidad.

Las islas Comoras están incurso en un procedimiento de «tarjeta roja» que puede identificarlas como país no colaborador en la lucha contra la pesca ilegal. Esta situación se debe a que se ha constatado que barcos con este abanderamiento incurren en prácticas ilegales de pesca. Sus autoridades ponen escasísimas energías y medios para monitorizar y controlar la actividad pesquera; tampoco actualizan su obsoleto ordenamiento jurídico en materia pesquera, que contraviene las obligaciones que impone la legislación internacional.

Por estas razones, proponemos esta decisión por primera vez. Hasta ahora, la Unión Europea nunca había rescindido un acuerdo pesquero y, aunque el impacto económico y social de esta medida no será grande, estamos evidentemente ante un fracaso, pero un fracaso necesario, porque seguir así es incompatible con los valores de la Unión.

La Unión Europea defiende la pesca sostenible y basada en reglas claras, pero también debe mostrar su firme compromiso en la lucha contra la pesca ilegal a nivel mundial. Hoy estamos convirtiendo en hechos este compromiso y lo hacemos con dos objetivos: el primero, contribuir a estimular otro comportamiento del sector y las actividades pesqueras de las Comoras; pero, además, enviamos un mensaje a otros países que pueden caer en las mismas tentaciones: si quieren seguir trabajando con la primera potencia pesquera mundial, deben asumir sus responsabilidades, reformar su industria pesquera y adoptar todas las medidas legales y materiales para erradicar este tipo de pesca ilegal.

Younous Omarjee, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, ce qu'on nous demande, c'est d'inscrire sur une liste noire un pays pauvre, très pauvre, à qui l'Europe reproche de ne pas veiller suffisamment aux intérêts des flottes européennes qui, dans les eaux propres de ce pays, s'arrogent le droit, contre quelques euros, de piller les ressources.

Je dénonce ces accords de pêche. Je dénonce aussi des logiques qui, ensuite, conduisent à les dénoncer. Je dénonce ce zèle, toujours un peu facile, avec lequel l'Union européenne aime s'affirmer forte avec les faibles et faible avec les forts, parce que, pendant ce temps, dans les eaux de la Guyane française, les flottes brésiliennes continuent de pêcher en toute illégalité.

Je serai particulièrement attentif à ce que les flottes, après ces accords, qui seront dénoncés, ne se replient pas sur les eaux de Mayotte et de l'île de la Réunion, en considérant qu'ils y ont un droit naturel de pêche. Le pillage des ressources de l'océan Indien doit cesser.

Sylvie Goddyn, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, le rapport de M. Ferreira expose avec clarté le problème de la pêche illégale et la pratique du pavillon de complaisance, qui remettent aujourd'hui en cause l'accord de pêche que nous avons avec les Comores. Nous devons néanmoins poursuivre un dialogue constructif avec ce pays, pour qu'il commence à lutter sérieusement contre la pêche illégale.

Mais au-delà des Comores, de grands pays tels que le Viêt Nam, la Chine, la Russie, le Brésil ou la Thaïlande sont aussi régulièrement impliqués dans la pêche illicite, non déclarée et non réglementée, voire, pour certains, dans l'esclavage de marins, sans en être inquiétés. Ainsi, le Viêt Nam n'a reçu qu'un carton jaune, alors que les bateaux bleus, qui proviennent essentiellement de ce pays, pillent depuis longtemps les eaux de l'océan Indien et du Pacifique. Les petits États insulaires du Pacifique pâtissent d'une situation qui se dégrade et assistent au pillage de leurs zones économiques exclusives.

C'est aussi le cas de nos régions ultrapériphériques européennes et, plus précisément, françaises. En Nouvelle-Calédonie, par exemple, des bateaux bleus vietnamiens sont régulièrement arraisonnés par la marine nationale française. En Guyane, on constate que des navires pratiquant la pêche illégale sont parfois armés et, partout, on observe une multiplication des bateaux-mères postés à la limite des frontières maritimes et approvisionnés par de plus petits navires.

Sur ce dossier, la Commission ne pourra être crédible que si elle sanctionne tous les pays qui pratiquent ou tolèrent la pêche illégale et si elle s'affranchit totalement de la politique du fort avec le faible et du faible avec le fort.

Werner Kuhn (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Eigentlich ist das ein trauriger Abend, wenn wir heute als letzten Tagesordnungspunkt über die Kündigung des Fischereiabkommens mit den Komoren reden müssen. Diese Inselgruppe hat eine Wirtschaft, die nur 1 000 US-Dollar Pro-Kopf-Einkommen im Brutto sozialprodukt hat. Sie liegt zwischen Madagaskar und Mosambik in einer sehr fischreichen Gegend, und wir haben – die Kollegen haben das bereits dargestellt – schon seit 1988 partnerschaftliche Beziehungen. Das sind 30 Jahre, die sozusagen auch Entwicklungshilfe betreffen. Aber diese Wirtschaft hat sich überhaupt nicht weiterentwickelt. Das liegt sicher auch an dem Staatssystem, das auf den Komoren herrscht, und das ist autokratisch. Die 1,8 Millionen, die wir jährlich im Rahmen dieses Fischereiabkommens in den Haushalt der Komoren gegeben haben, damit wir die 70 Lizenzen realisieren konnten, sind irgendwo hingeflossen, aber bestimmt nicht in den Aufbau der eigenen kleinen handwerklichen Fischereiflotte.

Und da liegt das Problem. In der Internationalen Commission for the Conservation of Atlantic Tunas – dazu gehört auch der Indische Ozean – sind dort auch jedes Jahr die Japaner, die Chinesen und die Südkoreaner versammelt und legen die Quoten fest, auch für *Bigeye tuna*, für *Bluefin tuna*, im Indischen Ozean, für Schwertfisch et cetera pp. Dort habe ich selber erlebt, wie auch gemeinsam illegale Fischerei bekämpft werden kann, wie Schiffe an die Kette gelegt werden. Das sind doch keine komorischen Fischereifahrzeuge, die dort sozusagen illegal fischen, das sind möglicherweise Chinesen, Russen oder andere. Da müssen wir gemeinsam eingreifen, damit das so nicht weiter passieren kann.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señor presidente, como han dicho otros diputados, esta la primera vez que la Unión Europea da por finalizado un acuerdo de colaboración de pesca por motivos de pesca ilegal. Es una razón importante, lo que pasa es que la situación del país es un drama.

Lamento profundamente que las autoridades de las Comoras no hayan puesto en marcha medidas correctoras para resolver los problemas detectados, y que en estos 30 años de acuerdo con la Unión Europea no hayan sido capaces de poner en marcha un sistema de seguimiento y vigilancia para el control de la pesca ilegal.

La Unión de las Comoras es un grupo tres islas del sureste africano, en el océano Índico, que destaca por ser uno de los países más pobres del mundo. Quiero destacar también la importancia de tener medidas efectivas de lucha contra la pesca ilegal, no declarada y no reglamentada, uno de los pilares básicos de nuestra política pesquera. La Unión debe velar por que estas actividades pesqueras, tanto dentro como fuera, se basen en los mismos principios y normas reguladoras para la conservación y gestión de los recursos marinos.

Insisto en lo que el Parlamento Europeo destaca en su informe: que la finalización del acuerdo de pesca no debe, no debe nunca, suponer el final de la cooperación con las Comoras. Pedimos a la Comisión Europea que continúe el diálogo con estas, para asegurar que se pueda reactivar la cooperación con el sector de la pesca lo antes posible y así contribuir a acabar con la pobreza en que viven los ciudadanos allí.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr President, the European Union develops different types of fisheries relationships with third countries. Multilateral actions, as well as bilateral agreements, are at the core of such relationships. The common denominator for all of them is responsible and sustainable fishing.

Unfortunately, this is no longer the case with the Union of Comoros. Their involvement in operations breaching the IUU Regulation means that we have to act. We cannot conduct business as usual with countries that do not follow the law or share the same values as we do.

The European Union is committed to combatting illegal, unreported and unregulated (IUU) fishing. We have to do everything in our power to fight against the depletion of fish stocks and the detriment of maritime habitats. Such a situation distorts competition and puts honest fishing operators at an unfair disadvantage, as well as weakening coastal communities, especially in developing countries.

That being said, I fully support the proposal of the Commission. I think it's time we put our foot down and strongly say no to IUU fishing in places like Comoros.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le Comore basano la loro sopravvivenza su un'economia di sussistenza fortemente dipendente dall'estero.

Un'eccezione è però rappresentata dal settore della pesca, strategicamente prioritario, ma che registra delle battute di arresto a causa di carenze che inibiscono lo sfruttamento intelligente delle opportunità offerte dalle acque dell'arcipelago.

La denuncia dell'accordo danneggia pesantemente la già fragile economia delle Comore, ma dobbiamo interrogarci su che cosa è accaduto, perché se le riserve ittiche sfruttabili sono stimate a 33 000 tonnellate all'anno e il volume del pescato locale si attesta oggi a meno della metà, è perché la restante parte continua ad essere sfruttata da flotte straniere che si arricchiscono sulle spalle della piccola comunità.

Che cosa non ha funzionato? Se tutto questo è accaduto, dobbiamo chiederci questo: quanto effettivamente l'Unione europea abbia fatto per la protezione dei pescatori locali e contro la pesca illegale, e impegnarci ora per azioni che possano lottare contro queste pratiche e contribuire allo sviluppo e al miglioramento delle condizioni di pesca nel piccolo arcipelago.

Zgłoszenia z sali

Νότης Μαριιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι Κομόρες είναι ένα σύμπλεγμα τριών ηφαιστειογενών νησιών που βρίσκονται μεταξύ της Μαδαγασκάρης και της Αφρικής. Πρόκειται για φτωχά νησιά με 850.000 κατοίκους, χαμηλό ΑΕΠ και βεβαίως πλούσια αποθέματα σε αλιεία, ιδίως για τον τόνο και τον ξιφία, και είναι δεδομένο ότι αυτή τη στιγμή γίνεται πράγματι και παράνομη και λαθραία αλιεία και αλλαγή σημαίας και ως εκ τούτου δεν τηρείται η συμφωνία με την Ευρωπαϊκή Ένωση. Όμως πρέπει να αναρωτηθούμε: Πρώτον, η προστιθέμενη αξία αυτής της συμφωνίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης με τις Κομόρες ποια ήταν; μπόρεσε αυτή η συμφωνία να βοηθήσει τους φτωχούς τοπικούς πληθυσμούς; –η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει θέση ισχύος σε αυτή τη συνεργασία, όπως είπε και ο ΟΗΕ– και, τέλος, τι θα γίνει με Κορεάτες, Ιάπωνες, Κινέζους, οι οποίοι αλιεύουν παράνομα σε αυτή την περιοχή;

Τελικά, πρέπει να μπει τάξη αλλά πρέπει η Ευρωπαϊκή Ένωση να βάλει μία τάξη και απέναντι σε αυτούς που είναι ισχυροί και οι οποίοι παραβιάζουν τις διατάξεις και ψαρεύουν στην περιοχή αυτή. Και αναφέρομαι σε Κινέζους, Ιάπωνες και Κορεάτες. Κάτι πρέπει να γίνει και με αυτούς.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Tibor Navracsics, Member of the Commission. – Mr President, the denunciation of this fisheries partnership agreement is, sadly, a first for the EU under the implementation of the regulation combating illegal, unreported and undocumented fishing (IUU) and measures forcing therein.

This is a legal obligation, and it shows that the Commission is looking globally at its external policy. The EU cannot continue with fisheries agreements when third-country partners do not take effective action to combat IUU fishing.

The decision is fully consistent with the EU's ocean governance agenda under which the Union cooperates with third countries with the purpose of improving compliance with international measures, including on combating IUU fishing.

João Ferreira, relator. – Senhor Presidente, Senhor Comissário, Caros Colegas, quero agradecer as intervenções de todos e sublinhar uma mensagem final para a Comissão Europeia, que creio que resulta clara das várias intervenções.

Esta denúncia não deve significar o fim de uma relação de cooperação com as Comores no domínio das pescas, razão pela qual instamos a Comissão Europeia a trabalhar no sentido de, logo que possível, restabelecer essa relação, considerando as comunidades piscatórias e as pescas artesanais de pequena escala como um fator central do desenvolvimento desta cooperação, promovendo investimentos e assistência técnica em áreas tão diferentes como o sistema de administração e governação das pescas, as capacidades de monitorização, de proteção da costa, de fiscalização e de vigilância, a ativação de estruturas de apoio ao setor da refrigeração, da distribuição e do processamento do pescado, a construção de infraestruturas de desembarque e de segurança, a renovação da frota de pequena escala comoriana, reforçando condições de segurança e a capacidade de permanência no mar, enfim, entre muitos outros aspetos.

Os acordos de pesca sustentável celebrados pela União Europeia com outros países, do nosso ponto de vista, devem trazer benefícios mútuos. O reforço da soberania destes países sobre os seus recursos, o desenvolvimento de atividades económicas associadas à pesca, a proteção dos recursos marinhos e a promoção do desenvolvimento das comunidades pesqueiras devem ser objetivos centrais desta relação de cooperação, e não, como também foi aqui assinalado, a depauperação de recursos. Se formos por esta direção, será uma forma eficaz de combatermos também a pesca INN.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 15 marca 2018 r.

22. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

23. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

24. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

25. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

26. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

27. Schluss der Sitzung

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 22.34)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3237

23.5.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. MÄRZ 2018

(C/2024/3237)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 13. bis 15. März 2018

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Petitionen: siehe Protokoll	4
3. Lage in Syrien (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
4. Soziale Verantwortung der Unternehmen (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
5. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
6. Umsetzung der Verordnung über Mineralien aus Konfliktgebieten – Konfliktmineralien: flankierende Maßnahmen (Aussprache)	4
7. Aktionsplan für die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (Aussprache)	15
8. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	23
8.1. Lage auf den Malediven	23
8.2. Die Festnahme von Menschenrechtsverteidigern im Sudan, insbesondere der Fall des Trägers des Sacharow-Preises Salih Mahmoud Osman	28
8.3. „Gnadentötungen“ in Uganda	32
9. Wiederaufnahme der Sitzung	37

Inhalt	Seite
10. Abstimmungsstunde	38
10.1. Lage auf den Malediven (RC-B8-0168/2018, B8-0168/2018, B8-0169/2018, B8-0171/2018, B8-0172/2018, B8-0174/2018, B8-0175/2018, B8-0176/2018) (Abstimmung)	38
10.2. Die Festnahme von Menschenrechtsverteidigern im Sudan, insbesondere der Fall des Trägers des Sacharow-Preises Salih Mahmoud Osman (RC-B8-0159/2018, B8-0159/2018, B8-0160/2018, B8-0161/2018, B8-0162/2018, B8-0163/2018, B8-0164/2018) (Abstimmung)	38
10.3. „Gnadentötungen“ in Uganda (RC-B8-0165/2018, B8-0165/2018, B8-0166/2018, B8-0167/2018, B8-0170/2018, B8-0173/2018) (Abstimmung)	38
10.4. Partnerschaftliches Fischereiabkommen EU/Komoren: Kündigung (A8-0058/2018 - João Ferreira) (Abstimmung)	38
10.5. Partnerschaftliches Fischereiabkommen EU/Komoren: Kündigung (EntschlieÙung) (A8-0055/2018 - João Ferreira) (Abstimmung)	38
10.6. Europass: Rahmen für Kompetenzen und Qualifikationen (A8-0244/2017 - Thomas Mann, Svetoslav Hristov Malinov) (Abstimmung)	39
10.7. Programm Kreatives Europa (2014-2020) (A8-0369/2017 - Silvia Costa) (Aussprache)	39
10.8. Festlegung des Sitzes der Europäischen Arzneimittel-Agentur (A8-0063/2018 - Giovanni La Via) (Abstimmung)	39
10.9. Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (A8-0051/2018 - Alain Lamassoure) (Abstimmung)	39
10.10. Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (A8-0050/2018 - Paul Tang) (Abstimmung)	39
10.11. Leitlinien für den Haushaltsplan 2019 — Einzelplan III (A8-0062/2018 - Daniele Viotti) (Abstimmung)	39
10.12. Lage in Syrien (RC-B8-0139/2018, B8-0139/2018, B8-0141/2018, B8-0142/2018, B8-0143/2018, B8-0144/2018, B8-0146/2018, B8-0150/2018) (Abstimmung)	40
10.13. Angriff der USA auf Stützungszahlungen der EU für landwirtschaftliche Betriebe im Rahmen der GAP (im Zusammenhang mit spanischen Oliven) (B8-0137/2018, B8-0137/2018, B8-0138/2018, B8-0145/2018, B8-0147/2018, B8-0148/2018, B8-0149/2018, B8-0151/2018) (Abstimmung)	40
10.14. Soziale Verantwortung der Unternehmen (B8-0140/2018, B8-0152/2018, B8-0153/2018, B8-0154/2018, B8-0155/2018, B8-0156/2018, B8-0157/2018, B8-0158/2018) (Abstimmung)	40
11. Mitteilung des Präsidenten	40
12. Stimmerklärungen	40
12.1. Europass: Rahmen für Kompetenzen und Qualifikationen (A8-0244/2017 - Thomas Mann, Svetoslav Hristov Malinov)	40
12.2. Programm Kreatives Europa (2014-2020) (A8-0369/2017 - Silvia Costa)	41
12.3. Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (A8-0051/2018 - Alain Lamassoure)	42
12.4. Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (A8-0050/2018 - Paul Tang)	42

Inhalt	Seite
12.5. Leitlinien für den Haushaltsplan 2019 — Einzelplan III (A8-0062/2018 - Daniele Viotti)	43
12.6. Lage in Syrien (RC-B8-0139/2018, B8-0139/2018, B8-0141/2018, B8-0142/2018, B8-0143/2018, B8-0144/2018, B8-0146/2018, B8-0150/2018)	43
13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	43
14. Wiederaufnahme der Sitzung	44
15. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	44
16. Leistungsgebundene Reserve der ESI-Fonds (Aussprache)	44
17. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	48
18. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	48
19. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	48
20. Schluss der Sitzung	48
21. Unterbrechung der Sitzungsperiode	48

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. MÄRZ 2018

Elnököl: JÁRÓKA LÍVIA

alelnök

1. Eröffnung der Sitzung

Az ülés megnyitása

(Az ülést 9.00-kor nyitják meg.)

President. – Good morning, everybody, and a very warm welcome to Commissioner Cecilia Malmström. It is a wonderful, beautiful, day, the Hungarian national day, so I am extremely happy to welcome you all to our plenary sitting today.

2. Petitionen: siehe Protokoll

3. Lage in Syrien (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

4. Soziale Verantwortung der Unternehmen (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

5. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

6. Umsetzung der Verordnung über Mineralien aus Konfliktgebieten – Konfliktmineralien: flankierende Maßnahmen (Aussprache)

Elnök asszony. – Az első pont vita a következő kérdésekről:

a Bernd Lange által az INTA bizottság nevében a Bizottsághoz a konfliktusövezetből származó ásványokról szóló rendelet végrehajtásáról szóló szóbeli választ igénylő kérdésről (O-000017/2018 – B8-0009/2018)(2018/2557 RSP),

a Linda McAvan által a DEVE bizottság nevében a Bizottsághoz a konfliktusövezetből származó ásványokkal kapcsolatos kísérő intézkedésekről szóló szóbeli választ igénylő kérdésről (O-000016/2018 – B8-0008/2018) (2018/2542(RSP)).

Bernd Lange, Verfasser. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben ja vor einem Jahr die neue Gesetzgebung über den fairen Umgang mit sogenannten Konfliktmineralien beschlossen. Das war ein wichtiger Schritt im Rahmen einer wertebasierten Handelspolitik und auch weg von einem nur auf Abkommen bilateraler Art gerichteten Handelspolitik hin zu einer Orientierung auf Wertschöpfungsketten. Das ist angesichts globaler Wertschöpfungsketten genau der richtige Ansatz. Ich danke auch der Kommission für die sehr produktive Begleitung der Verhandlungen. Das war sicherlich ein großer Erfolg für alle Institutionen der Europäischen Union.

Diese Gesetzgebung wird am 1. Januar 2021 voll in Kraft treten. Wir haben ganz bewusst ja etwas länger Zeit gelassen, weil das ein neuer Ansatz ist – ein neuer Ansatz, der einen verantwortungsvollen Umgang, eine Sorgfaltspflicht der Unternehmen für die gesamte Wertschöpfungskette erfordert. Das ist natürlich etwas Neues, das bisher in der Praxis noch nicht erprobt worden ist. Und deswegen ist dieser längere Zeitraum auch richtig.

Wir haben die vier wichtigsten sogenannten Konfliktmineralien in den Fokus genommen – Tantal, Wolfram, Zinn und Gold –, die gerade in Regionen gewonnen werden, die durch Bürgerkriege und andere Auseinandersetzungen belastet sind, und wo Menschen gezwungen werden, auch Kinder gezwungen werden, diese Mineralien abzubauen. Ich glaube, jeder, der Goldschmuck oder ein Smartphone hat, sollte sicher sein, dass die Materialien, die da verwendet werden, eben nicht aus Zwangsarbeit, aus brutalen Situationen resultieren. Deswegen: Für diese vier Mineralien die gesamte Wertschöpfungskette mit einer Sorgfaltspflicht, von der Mine über den Schmelzbetrieb bis hin zum Produkt.

Diese vier Mineralien, die wir in den Fokus genommen haben, umfassen 35 % des globalen Handels, 35 % sind eine Menge. Insofern werden wir da auch einen wichtigen Schritt im globalen Kontext setzen. Und jetzt haben die beiden Ausschüsse diese Debatte und die Anfrage zur mündlichen Beantwortung gestellt, weil in der Vorbereitung bis zum Januar 2021 natürlich einige Schritte zu unternehmen sind. Denn die Gesetzgebung ist der erste Schritt, aber dann gibt es eben einige Schritte hinsichtlich der Umsetzung. Und wir wollen natürlich die Gesetzgebung so gestalten, dass es keine Schlupflöcher gibt, die ermöglichen, dass diese gute Gesetzgebung unterlaufen wird. Insofern wollen wir sicherstellen, dass das Maximum dieses positiven Effekts wirklich Anklang findet. Nebenbei an die Industrie: Wir haben natürlich den 1. Januar 2021 festgelegt, aber das hindert niemanden daran, die Gesetzgebung schon vorzeitig anzuwenden.

Die Fragen konzentrieren sich im Wesentlichen auf den Bereich: Wie sieht es eigentlich mit der Anerkennung von freiwilligen Industrieschemen aus? Wir haben in der Gesetzgebung gesagt, wenn bestimmte Industrien vorangehen und zuverlässige eigenverantwortliche Industrieschemen haben wollen, wird das anerkannt. Gibt es da schon Untersuchungen und gibt es da auch Vereinbarungen mit der OECD, bestimmte Schemen in den Blick zu nehmen?

Dann haben wir im Rahmen der Gesetzgebung auch nach begleitenden Maßnahmen gefragt, sowohl was Klein- und Mittelbetriebe hier bei uns anbelangt, die sicherlich besondere Schwierigkeiten haben, als auch bezüglich der Frage, wie man entwicklungspolitisch Hilfestellung vor Ort geben kann.

Die Transparenz der Daten war auch ein wichtiger Gesichtspunkt. Dabei geht es um die *data base*, ob da schon eine gewisse Vorentwicklung stattgefunden hat.

Und zum Schluss natürlich: Ich habe gesagt, 35 % Prozent der Mineralien sind erfasst, das heißt aber, 75 % sind nicht erfasst. Wie ist die Zusammenarbeit mit anderen Ländern weltweit, um letztendlich 100 % zu erfassen?

Linda McAvan, author. – Madam President, before talking about the technical side of the conflict minerals supply chain, it's maybe worth pausing and remembering why we are having this legislation at all. Because it's not a technical issue, it's about human rights. It's about combating violence against women and girls, and it's about improving governance in some of the world's most fragile and poorest countries.

I've been an MEP for almost 20 years and I've seen many great speakers in this Chamber. But one of the most memorable was Dr Denis Mukwege, who came here in November 2014. Dr Mukwege spoke passionately about his country, the Democratic Republic of Congo, and about its enormous mineral wealth. He made a direct link between the illegal exploitation of that wealth and the appalling abuse of human rights and violence against women, the rapes and worse of women and girls, who he treats in his hospital in Panzi. I visited the hospital in Panzi and if you can go, please go, it is an extraordinary place, and Dr Mukwege is an extraordinary man.

What he said struck a chord with many of us here, because back in November 2014 Parliament was examining the proposal from the Commission on how to tackle conflict minerals. We had, to be frank, a rather thin proposal from the Commission, which talked about voluntary measures. I'm looking at Judith Sargentini here, and I have to pay her tribute because she fought for many years for legislation in this field before the last elections.

But when Dr Denis Mukwege came, it did have an impact. People started to listen. Parliament listened. You listened, Madam Commissioner, Neven Mimica listened, and eventually the Council even listened and we brought in a mandatory system. And now we have to make that mandatory system work.

We are seeing some progress. I would like to pay tribute to Global Witness, and Amnesty International as well, for pushing us along this path. Global Witness published a report last summer. They surveyed a number of mineral-exporting companies, showing that whereas none reported on due diligence in 2013, almost 50% were reporting by last year, and as the legislation takes hold we expect that number to increase.

But the report also showed gaps. Only one gold-exporting company was reporting, and the standard of reporting was extremely weak. That's where our accompanying measures come in. We need to work with these companies to improve reporting and standardise the content. And we need to do more.

The 2014 Commission communication lists 14 areas of work. Late last year, we saw the first Development Cooperation Instrument (DCI) proposal come on stream, it was a good project, and what we are asking today is a timetable for the other proposals which need to come between now and 2021. We need projects with companies – yes – but also with governments. We need projects with civil society, with women's organisations. And we need the EU to step up its diplomacy. We need to be asking these countries, when we have our political dialogue, what they are doing about the due diligence on conflict minerals, and we need to be asking our Member States as well what they are doing to ensure that this legislation is implemented and that the OECD due diligence guidelines are actually effective across the European Union. We need regular reporting back to this Parliament, and we also need the Council and the public at large to be kept informed.

Why do we need to do that this? We need to do it because we need to make this legislation work. We need to deliver on the promise made in Addis Ababa on financing for development and on ensuring more domestic resource mobilisation. If we have legal channels for mineral exports, we will have better tax revenues in some of these countries.

We need to deliver on sustainable development goals, not least of which is SDG 16 on good governance, and this would help tackle corruption and stop fuelling armed conflicts. Most of all, we need to do it because we owe it to the people, to the women and the children whom Denis Mukwege spoke about and whom he treats in his hospital. It would be a real legacy of this Parliament and your work, Commissioner, over the last five years, if we could make sure that this legislation takes hold and is effective, and if we could see a change in the future.

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Madam President, allow me to congratulate you on your national day.

This is indeed very important legislation. We can jointly be proud of it. We worked hard together, and it is – as the two rapporteurs have said – the clear evidence of the value-based trade agenda. It is complex and difficult, so we need to have an integrated approach. I appreciate this possibility to update you on what we are doing to prepare for the full implementation of this.

The regulation stipulates that the requirement of EU importers of tin, tantalum, tungsten and gold shall apply as from January 2021, so that companies, Member States and the Commission can efficiently prepare. There are a series of actions explicitly set out in the regulation, and we are busy finalising them. For instance, the guidance to help companies on the identification of conflict-affected and high-risk areas and other supply-chain risks they may consider in their due diligence process.

We are also preparing guidance for the Member States' competent authorities in their upcoming enforcement activities, in particular, the so-called ex-post checks on importers and a delegated regulation on the methodology that the Commission will use to recognise and validate industry due diligence schemes, which would be instrumental in ensuring that the regulation is operational.

These initiatives are well advanced and they should be adopted already in the first half of this year. In the subsequent step, building on these initiatives, the Commission will adopt and implement the act establishing a list of global responsible smelters and refiners and find a first indicative non-exhaustive list of conflict-affected and high-risk areas from external expertise already next year, which is well in advance of the deadline.

In addition to the initiatives explicitly mentioned in the regulation, we are also advancing the accompanying measures, and we are fully committed to honour the promises of a more political nature that we made during the negotiations on this regulation. In this regard, I would like to emphasise four work streams that we know are important for you.

Firstly, the measures to support SMEs: both of the honourable rapporteurs mentioned the oral question put, to support SMEs in their efforts to implement policies for responsible sourcing of minerals. In January this year, the Commission finalised our study on the support system for SME supply chain due diligence. On this basis, by the end of next year the Commission will deliver an online tool designed to help SMEs in their due diligence efforts. This will be available to SMEs in the EU that want to develop and implement due diligence of mineral supply chains, irrespective of whether they have the obligation or not under the regulation. Particular attention will be paid to the competitiveness aspect of SMEs applying due diligence.

Of particular relevance to SMEs will be the translation of the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) guidance into all EU languages, which the Commission will provide as early as the spring of this year.

Secondly, the measures to foster uptake of responsible sourcing policies among downstream companies. Companies producing goods, including tin, tantalum, tungsten and gold, but which do not themselves import the metals and minerals to the EU, do not have legal obligations under the regulation. Nevertheless, it is important that also these so-called downstream companies consider responsible sourcing as far as possible. Last year, the Commission published non-binding guidelines on how to implement the directive on non-financial reporting, explaining that companies are expected to disclose relevant information, in particular on conflict mineral supply chain due diligence. These include notably companies that are active in the downstream.

Later this year, we will also make available an online transparency platform where downstream companies can showcase their work on due diligence and exchange best practices. This transparency exercise would be very much welcomed by civil society organisations. In addition, the aforementioned efforts to support SMEs will also be available to downstream companies.

Thirdly, the measures taken to provide the necessary funding for projects on the ground, I would like to highlight a few. We have support to the project promoting responsible supply chains in the area of conflict minerals, which was approved in December 2017. It will foster cooperation between producer and consumer countries on responsible sourcing of minerals through the European Partnership on Responsible Minerals. That is EUR 5.4 million. We have also supported the OECD's important work on due diligence and responsible sourcing to the tune of EUR 4 million for the period 2014-2019. We have supported the International Conference on the Great Lakes Region for regional initiatives against the illegal exploitation of natural resources. That is EUR 3 million that we paid before, with an indicative amount of a further EUR 3 million for the next stage of the initiative.

We also provide support to artisanal and small-scale gold and diamond mining in Burkina Faso, Côte d'Ivoire and the Central African Republic, to the tune of around EUR 4 million. We are considering projects in a number of African countries. We have a maximum here of EUR 4 million. These important financial efforts are in line with the commitment I made to you, together with my colleague, Commissioner Mimica, and of course Vice-President Mogherini, in a letter that we sent to you in March 2015.

Moreover, in implementing these measures, the Commission and the External Action Service attach great value to the multi-stakeholder approach. So we are working closely with industry and civil society.

Fourthly and finally, I would like to stress the important work we have to encourage third-country producers and consumers of minerals and metals to adopt and implement policies for the responsible sourcing of minerals based on the OECD guidelines. Our efforts here are based on three pillars: firstly, we have senior-level technical dialogues that have been carried out over the last two years with major economies in countries of special relevance. This includes, for instance, China, India, Malaysia, Thailand, Indonesia and the United Arab Emirates. In this regard, our outreach, together with the OECD secretariat, has delivered tangible results in China, where they have adopted guidelines on the responsible sourcing of minerals, and also in India, where there have been various initiatives launched on the responsible

sourcing of gold, in particular.

Secondly, there are proposals to include references to responsible sourcing of minerals based on the OECD guidelines in our free-trade agreements, for instance with Mexico.

Thirdly, substantial support, including funding, for the OECD's work on the responsible sourcing including promotion and awareness-raising across the globe in producing and consuming countries alike.

You can see that we have worked a lot since we concluded our common work here. Many strands of work, an integrated approach that can deliver but also inspire similar initiatives in other important markets. Thank you again for the opportunity to discuss this with you.

Bogdan Brunon Wenta, w imieniu grupy PPE. – Pani Przewodnicząca! Wszystkiego najlepszego z okazji święta narodowego Pani kraju! Pani Komisarz, dzień dobry! Wczoraj wieczorem dyskutowaliśmy tutaj o innych sprawach, więc wyrażam szacunek, że jest Pani z nami dziś tak wcześnie rano.

Jako sprawozdawca – z ramienia Komisji Rozwoju – opinii do rozporządzenia w sprawie minerałów konfliktowych postulowałem wprowadzenie środków towarzyszących mających na celu wspieranie i kontrolę przestrzegania należytej staranności w łańcuchu dostaw minerałów w krajach pochodzenia. Z punktu widzenia naszej komisji jest to bardzo ważne. Jak Pani Komisarz powiedziała, pierwszy środek towarzyszący pochodzący z instrumentów finansowania współpracy na rzecz rozwoju (DCI) obejmuje tylko część z 14 obszarów działań wymienionych w komunikacie z 2014 r. O planach i powiązaniach Pani Komisarz też już wspominała.

Czy Komisja zamierza przedstawić dodatkowe środki towarzyszące obejmujące wszystkie pozostałe obszary w tym komunikacie? Zadam też bardziej interesujące pytanie o harmonogram: jak będzie to wyglądało czasowo? O budżecie częściowo też już Pani mówiła, ale czy będą jakieś powiązania? W planie działania jest mowa o interesujących synergiach z planem inwestycji zewnętrznej European External Investment Plan. O jakie synergie dokładnie chodzi i w jaki sposób będą one powiązane? I na zakończenie: czy istnieją inne środki towarzyszące finansowane z instrumentów innych niż instrument finansowania współpracy na rzecz rozwoju?

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, le groupe socialiste et démocrate – vous le savez – a été un fervent défenseur de cette législation et, particulièrement, en ce qui concerne l'obligation de cette législation et non pas la démarche volontaire. Je tiens également à me joindre à Bernd Lange sur les remerciements qu'il a formulés à l'intention de la Commission européenne, parce que nous avons pu travailler ensemble pour modifier la proposition initiale et la rendre effectivement obligatoire, malgré les nombreux freins qui existaient au sein des différentes discussions.

La législation a mis au cœur du mécanisme la reconnaissance des schémas industriels, qui sont vraiment un élément clé au niveau de la législation. Or, on a vu éclater un scandale de corruption et de blanchiment d'argent, en 2016, sur la raffinerie et les métaux pourtant certifiés dans un schéma industriel LBMA jusqu'en 2017. Ce cas montre les limites du fonctionnement des schémas industriels et, particulièrement, le manque de transparence des schémas industriels actuellement.

Mes questions sont de trois ordres. Premièrement, au vu de ce manque de transparence des schémas industriels, allez-vous exiger de ceux-ci qu'ils s'alignent entièrement, comme nous l'avons demandé lors des négociations, sur les principes de l'OCDE, à savoir la déclaration publique et détaillée pour donner accès à l'entièreté de l'information?

Deuxièmement, allez-vous faire des analyses approfondies par des pratiques d'audit, par sondage, dans le cas de ces schémas industriels?

Troisièmement, allez-vous garantir que les entreprises restent individuellement responsables de leur devoir de diligence quand elles n'adhèrent pas à un schéma en tant que tel? C'est vraiment essentiel de garantir l'efficacité de ces schémas si on veut garantir l'efficacité de la législation.

Je viendrai maintenant sur les mesures d'accompagnement. J'ai lu hier, dans un document qui nous a été fourni, qu'une initiative intitulée «Partenariat européen pour des minerais responsables», qui regroupe les experts pour travailler en amont, c'est-à-dire dans les mines d'exploitation, est financée par la DG DEVCO à hauteur de plus de 5 millions d'euros. Cette initiative réunit des acteurs, tels que Intel, Apple et Philips. Pouvez-vous me dire dans quelle mesure ces acteurs financent également cette action?

Ελένη Θεοχάρους, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, το πρόβλημα δεν λύνεται με αυστηρή αστυνόμευση και κανονισμούς που εγκρίνονται έξω από την Αφρική. Άλλωστε από την απαρχή της ιστορίας της ανθρωπότητας οι πόλεμοι γίνονταν για τα 3TG και άλλα πολύτιμα μέταλλα και υλικά κατασκευής όπλων. Ο Τρωικός Πόλεμος δεν έγινε για μια ωραία Ελένη αλλά για το χρυσάφι της Λυδίας και της Φρυγίας. Η Κύπρος αλλάζει συνεχώς κατακτητές για τον χαλκό, τον χρυσό, τα απέραντα δάση και τώρα για το φυσικό της αέριο. Η ιστορία επαναλαμβάνεται.

Η Αφρική έχει τεράστια κοιτάσματα πολύτιμων μετάλλων των οποίων η εκμετάλλευση γίνεται προς όφελος τρίτων και όχι των αφρικανικών λαών και οι περιοχές όπου υπάρχουν τα πολύτιμα ορυκτά είναι πεδία σκληρών συγκρούσεων. Αν γινόταν έντιμη και διαφανής εκμετάλλευση του ορυκτού πλούτου, η Αφρική θα ήταν η πλουσιότερη ήπειρος και θα μπορούσε να ξεφύγει από τη φτώχεια, την υπανάπτυξη και την εξάρτηση από την ξένη βοήθεια. Αντ' αυτού, η εκμετάλλευση του ορυκτού πλούτου είναι αιτία αιματηρών συγκρούσεων, πολέμων και σφαγών. Η Αφρική παραμένει υπανάπτυκτη και συνεχίζει να δαπανά τα κέρδη από τα πολύτιμα μεταλλεύματά της για να αγοράζει όπλα με τα οποία αλληλοσκοτώνονται οι Αφρικανοί. Δεν δαπανά τα έσοδά της για την παιδεία, τη δημοκρατία, την ευημερία του πληθυσμού, αλλά για την καταπάτηση όλων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και ειδικά των δικαιωμάτων των παιδιών, σε μια άγρια μορφή σύγχρονου δουλεμπορίου, όπως καταπελτικά κατήγγειλε η Παγκόσμια Τράπεζα για τη Δημοκρατία του Κονγκό το 2008.

Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο το 2007 έκανε ένα πολύ σημαντικό βήμα: Προσπάθησε με τα συνοδευτικά μέτρα να ρυθμίσει την εμπορία των 3TG, ειδικά για παραγωγή από περιοχές συγκρούσεων. Η Ευρωπαϊκή Ένωση ωστόσο έχει μεγάλη ευθύνη για την όλη κατάσταση. Τι κάνουμε λοιπόν ως Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και τι κάνει η Επιτροπή εκτός από ημίμετρα;

Louis Michel, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, en adoptant, le 17 mai 2017, le règlement sur l'approvisionnement responsable, nous avons voulu rompre le lien entre la commercialisation des minerais et le financement des conflits. C'était là une avancée spectaculaire pour réglementer cet approvisionnement responsable. Mais il est évidemment nécessaire de prendre des mesures d'accompagnement vigoureuses pour améliorer la gouvernance locale.

Madame la Commissaire, je vous remercie pour votre engagement personnel et pour les efforts que la Commission a consentis pour répondre aux préoccupations du Parlement. Je regrette cependant que les montants alloués aux mesures d'accompagnement soient principalement engagés par la Commission et très peu par les États membres: 20 millions sur la période 2016-2020 pour l'ensemble des pays concernés, cela me paraît évidemment totalement insuffisant. Ce sont là donc des montants très faibles. J'ajoute que je ne vois nulle part l'engagement d'un dialogue politique permanent avec les pays partenaires. J'exprime la même préoccupation que ma collègue Maria Arena concernant le manque de transparence des schémas industriels – je n'y reviendrai pas. Je remercie évidemment la DG DEVCO d'avoir engagé 5 millions d'euros en 2017 pour des mesures qui visent à soutenir les autorités locales, à renforcer les communautés locales, à soutenir le secteur privé pour la mise en œuvre du devoir de diligence, mais c'est évidemment insignifiant par rapport, bien entendu, aux besoins. Je pense que nous avons besoin de beaucoup plus, et nous y veillerons. Je regrette évidemment. Nous sommes déjà allés très loin, nous avons obtenu des avancées importantes, mais nous aurions pu aller beaucoup plus loin, notamment au niveau de la traçabilité de toutes les entreprises concernées.

Madame, je vous fais évidemment confiance pour suivre ce dossier et nous reviendrons certainement à charge pour voir où en sont les montants, que nous espérons beaucoup plus importants, pour vraiment résoudre cette question.

Judith Sargentini, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Voorzitter, ik ben blij dat er Europese wetgeving is die handel in conflictmineralen aan banden gaat leggen. Maar ik ben blij met enige kanttekeningen.

Een daarvan is: ik wilde niet alleen de invoer van ruwe grondstoffen aan banden leggen. Ik wilde ook consumentengoeieren, zoals onze onafscheidelijke mobiele telefoon, mee reguleren. Dat is niet gelukt.

Het andere wat ik jammer vind, is dat het zo lang moet duren. Amerika heeft al in 2013 invoerbepalingen opgelegd en wij gaan eigenlijk pas in 2021 écht controleren. Dat vind ik jammer. Maar goed, we hebben het. En nu moeten we ervoor zorgen dat het in 2021 ook staat en goed wordt geïmplementeerd.

Mijn vragen aan de commissaris zijn dan ook: hoe zorgen we ervoor dat het ontwikkelingsgeld dat beschikbaar is voor die implementatie niet alleen maar naar bedrijven gaat om hun bureaucratie op orde te krijgen, maar dat mijnbouwgemeenschappen in landen als Congo én hun overheden de ruimte krijgen om die bedrijven ook echt te controleren?

De volgende vraag is deze: wat hebben we zelf al gedaan, wat heeft de Europese Commissie gedaan om de aanbestedingsregels zo te veranderen dat ook wij hier geen computers meer kopen zonder te weten welke mineralen en metalen erin zitten, en stelt u dat soort eisen ook aan servicecontracten van commerciële aanbieders? Dat zou ik graag willen weten.

Een laatste punt als het mag. Er is hier steun voor regelgeving om handel waar mensenrechten mee worden geschonden aan banden te leggen. Textiel, bijvoorbeeld. Doe daar alstublieft wat mee, want de volgende stap moet een ander product zijn.

Elnök asszony. – Képviselőtársaim! Tarsuk be az időkorlátokat! Ne haragudjanak, tudom, hogy nagyon fontos kérdés, és sokat kell róla beszélni, de hogy igazságosak legyünk egymáshoz, tartsuk be a d'Hondt szerinti. Úgyis úgy próbáltam adni most az időt, hogy mindenkit engedtem túlmenni. Tartsuk be ahhoz, hogy a következő napirendi pontok is időben elkezdődhessenek.

Helmut Scholz, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Frau Präsidentin! Ich möchte mich ausdrücklich an Sie, Frau Malmström von der Kommission, aber auch an den abwesenden Rat wenden, weil ich ihn bei dieser sehr wichtigen Aussprache über ein wichtiges Gesetzgebungsverfahren vermisste: Im Kongo gibt es inzwischen mehr als vier Millionen Binnenflüchtlinge. Laut UNICEF sind 13,1 Millionen Menschen dort auf humanitäre Hilfe angewiesen, davon allein 7,8 - Millionen Kinder. Das sind Schicksale im Kampf um die Kontrolle über die Rohstoffe, und deren Verkauf nach Europa und Asien macht die Warlords, aber auch Händler und Käufer reich. So werden Waffen finanziert. Über diese Bedeutung haben wir hier schon verschiedentlich diskutiert.

Ich frage Sie: Über welche konkreten Informationen verfügt die Kommission über die damit verbundenen Lieferwege und Geldflüsse? Wenn sie über keine entsprechenden Informationen verfügen: Was unternehmen Sie, um an diese Informationen zu kommen? Die mehr als 360 Unternehmen in der *Responsible Minerals Initiative* haben quasi vorausseilend gehandelt und ihre Richtlinien stark an die OECD-Richtlinien angepasst. Diese Woche haben sie bereits ihren Unternehmen die neuen Instrumente zur Berichterstellung geliefert. Im Juni 2018, also in diesem Jahr, wird deren Nutzung dann verbindlich. Wann kommen wir?

Frau Malmström, gerade weil ich damals so froh war, dass wir gemeinsam gearbeitet haben und viel erreichen konnten, mache ich mir heute Sorgen, dass Skeptiker und Bremser die Initiative versanden lassen möchten. Dazu gehört auch die bereits angesprochene Transparenzpflicht.

Wie weit ist die Kommission in ihren begleitenden unterstützenden Maßnahmen gekommen? Wie bereiten wir auch in Zentralafrika die Umsetzung vor? Wie bereiten wir die Unternehmen in der europäischen Union vor? Wo stehen die Mitgliedsstaaten? Da ist noch ganz viel zu tun! Kollege Michel hat darüber gesprochen. Wurden Planstellen eingerichtet? Sind die benötigten Zolllinien rechtlich vorbereitet, um die Verordnung umsetzen zu können?

Abschließend eine Anregung an uns alle: Wir sollten jetzt schon über die Downstream-Verpflichtungen aussprechen.

Nathan Gill, on behalf of the EFDD Group. – Madam President, ultimately, the goal of the developing world is long-term economic growth that is sustainable and which will lead to the reduction of poverty. This cannot occur in an environment where corruption is commonplace. Where corruption and uncertainty are rife, few entrepreneurs will risk their money in business ventures where corrupt officials help themselves to the proceeds, so a lack of investment leads to stagnation, and a fall in investment kills off any growth.

Because there is no trade parity with sub-Saharan Africa, the true value of the natural resources is not met, and it is all too easy for the black market economy and criminal manipulation of the nation's resources to happen. Despite over USD 1 trillion in aid from the West to Africa over the last 50 years, the situation has, in fact, become worse. There is a correlation.

We continue to call for fair trade with Africa, and not aid. If we allow Africa to develop supply chains by cutting back tariffs and trade barriers on finished and manufactured products, rather than distorting supply chains by forcing Africa to export raw materials, there would not be a market to be exploited in conflict minerals. You would see professionals filling up the entire supply chain from engineering to marketing, which would improve the whole economy and force the people in power to manage their resources more effectively, making corruption much harder.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, au préalable, j'aimerais juste vous dire que lorsque vous ne tenez pas le temps, c'est une injustice pour les autres. Donc, soit nous dérapons tous – mais alors je ne vois pas comment cela est possible –, soit vous donnez le temps qu'il faut à chacun. Je tiens à vous le dire.

En ce qui concerne cette question des minerais de conflit, je crois que s'il y a des minerais de conflit, c'est qu'il y a un conflit, je dirais même il y a un conflit parce qu'il y a des minerais. Autrement dit, nous sommes dans des jeux géopolitiques et des jeux de puissance. Je rappelle que l'opération rébellion en République démocratique du Congo (RDC) vers 1995 — et j'y étais — a été manipulée, complètement menée par les États-Unis et que tout ceci a été fait, effectivement, pour avoir la main sur ces minerais. Donc il faut situer toujours cette affaire dans son contexte géopolitique de la guerre pour prendre le contrôle des minerais. Certes, il faut de l'auto-certification, certes nous devons avoir plus de transparence mais ma collègue Maria Arena — et là je suis d'accord avec elle — a bien montré les limites de ce schéma industriel et comment il peut être perverti. Prenez la RDC: nous ne parlons jamais de M. Kagame mais celui-ci occupe ce pays et prend ces minerais très allègrement alors qu'il est considéré chez nous comme un homme très démocrate et, par ailleurs, ceci avec le soutien de sociétés canadiennes, américaines et allemandes. Personne ne parle de cela, en quoi votre auto-certification va apporter quelque chose? Ce qu'il faut faire, c'est mettre les choses à leur place. Il ne peut pas y avoir liberté de commerce pour des minerais très sensibles. Il faut renationaliser, il faut remettre les États au centre et mettre un équilibre avec le Conseil de sécurité pour prendre effectivement le contrôle de ces matières premières et ne pas laisser le commerce libre se faire parce que nous aurons toujours un dévoiement.

Elnök asszony. – ... úr, és az észrevételét is, ezért is engedtem, hogy az első körben a pártok képviselői tovább beszélhessenek. Most a függetlenek nevében hallgatjuk meg Synadinos urat egy percben. Parancsoljon!

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η εφαρμογή των προβλεπόμενων εκτελεστικών σταδίων θα καθυστερήσει με λογικοφανείς προφάσεις. Προφανώς, το συμφέρον όσων επιδιώκουν μόνο οικονομικό όφελος και ανταγωνιστική πρόσβαση σε πολύτιμα ορυκτά και μέταλλα με υψηλή προστιθέμενη τεχνολογική αξία είναι ανάλογο του διακυβεύματος. Η στυγνή πραγματικότητα είναι πως η εισαγωγή ορυκτών πόρων που προέρχονται από περιοχές συγκρούσεων έχει συχνά μικρότερο κόστος απ' ό,τι η υιοθέτηση μεταρρυθμίσεων υπό τις αρχές της κυκλικής οικονομίας. Οι πρακτικές εξόρυξης και εμπορίας τους με όρους προκλητικής αισχροκέρδειας παραπέμπουν ευθέως σε εκπτώσεις της ηθικής και της ανθρωπίνης αξιοπρέπειας.

Η Επιτροπή οφείλει κατ' ελάχιστον να εκτελέσει τα όσα ημίμετρα υιοθετήθηκαν ήδη, προκρίνοντας μεταξύ άλλων την ένταξη των μεταλλωρύχων υπό καθεστώς κανόνων δικαίου και αξιοποιώντας τις κατευθυντήριες γραμμές και αρχές του ΟΟΣΑ και των Ηνωμένων Εθνών, που αφορούν σε απαιτήσεις δέουσας επιμέλειας στην αλυσίδα εφοδιασμού και σε εργασιακά και ανθρώπινα δικαιώματα.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl (PPE). – Madam President, Commissioner, I will speak for the rapporteur from the EPP, Iuliu Winkler, and ask the questions he would have liked to ask, as he cannot be here.

Firstly, has there been any feedback on the Handbook for Economic Operators detailing the criteria on conflict-affected and high-risk areas?

Secondly, what is the state of play on the Member States' competent authorities? Has the deadline of 9 December been met? If not, has the Commission taken any steps to assist in the establishment of these key national bodies?

Thirdly, is the translation process of the OECD Due Diligence Guidance making progress?

Fourthly, likewise, has the Commission taken steps to support SMEs in their preparatory efforts for complying with the due diligence requirements?

Lastly, what is the Commission approach in promoting OECD due diligence standards and what related outreach actions have been undertaken in this regard? Have major strategic partners shown an interest or already taken concrete steps in establishing similar standards for due diligence in order to prevent the financing of conflicts through the trade in illicitly mined minerals?

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, parlare di tracciabilità dei minerali di conflitto, tantalio, stagno, oro e tungsteno, significa avere a cuore l'etica e la trasparenza.

L'approvvigionamento responsabile e la tracciabilità obbligatoria è una via obbligata. Il commercio illegale dei minerali alimenta focolai di violenze che tendono ad eternizzarsi. L'adozione del regolamento è recente, e abbiamo preso atto delle misure di accompagnamento definite dalla Commissione in collaborazione con l'OCSE.

Il 2021, anno in cui si applicheranno gli obblighi agli importatori dell'Unione europea, è giunto alle porte. Tutte le imprese estrattivo-commerciali dei minerali si devono adeguare alle misure, comprese le imprese locali costituite nei contesti di estrazione.

La Commissione deve dimostrare lo stesso grado di ambizione del Parlamento nella redazione delle misure di accompagnamento. Il nostro coinvolgimento è essenziale, così come diventa urgente l'adozione di misure aggiuntive, che includano i piccoli lavoratori locali come destinatari privilegiati.

Occorre inoltre un'analisi approfondita di come estendere l'approvvigionamento responsabile di altri minerali che non rientrano nel regolamento, come ad esempio il cobalto.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Mr President, the Conflict Minerals Regulation was adopted one year ago, but its requirements will start to apply only as of 2021. Whilst we are eager to hear what steps and measures the Commission has taken, there are already some very good initiatives coming from the Member States, and I am happy to announce that Finland and Sweden just this week announced that together they would prepare a sustainability certificate that would cover the whole supply chain – mining, production, use and recycling of minerals.

This is an excellent initiative because the supply and sustainability chain should not end with the consumer, but should also take into account the reuse and recycling of minerals. Electric cars and other new consumer products are increasing the demand for rare minerals every year and not just in Europe, but worldwide, so this is a golden opportunity for the EU to set standards for sustainable risk-free supply chains and due diligence requirements.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL). – Señora presidenta, antes de la aprobación de este Reglamento ya criticamos que era una oportunidad perdida para tener una ley firme y totalmente vinculante, una ley sin vacíos legales que nos diese absolutas garantías de que en la Unión Europea no importamos minerales de sangre.

A pesar de ello, votamos a favor, porque pensamos que el Reglamento de minerales de zonas de conflicto iba en la dirección correcta. Ahora es el momento de evaluar qué ha hecho la Comisión con el voto de confianza que le dimos. Pero de los veinte millones de euros que prometió la Comisión, cinco y medio han sido destinados a una iniciativa neerlandesa de amplia participación privada.

Sinceramente, nos preocupa la prioridad que está dando la Comisión a los intereses de las grandes empresas y corporaciones. Para mejorar las condiciones de vida de las poblaciones mineras, se deberían poner en primer lugar las necesidades de las víctimas.

Por todo ello, pedimos medidas y financiación para fortalecer la gobernanza del sector minero artesanal, para asegurar su coexistencia con el sector industrial, fomentar la regularización del sector informal, crear mecanismos de coordinación y diálogo entre los distintos actores para garantizar la coherencia, y, por supuesto, hacer todo ello incluyendo siempre a los actores locales.

Tenemos la oportunidad de exportar derechos humanos de forma real y efectiva. ¿Por qué somos tan tímidos? ¿Quién nos está frenando?

Y, para terminar, solo quiero dar las gracias a la señora Sargentini por decirlo: es urgente también abordar las violaciones de derechos humanos que se cometen en el sector textil.

„Catch the eye” eljárás

Seán Kelly (PPE). – Madam President, Commissioner, all wars are bad, be they trade wars or military wars, and we have heard enough about trade wars in the last couple of weeks. Conflicts are to be avoided, as well. Therefore, it is important that we discuss conflict minerals today and the effect they are having on the world. Great credit is due to the Members here who have taken on this responsibility, together with the Commission. They have made excellent progress.

I was interested in the points made by the Commissioner, where she put more emphasis on the ‘carrot’ than on the ‘stick’ in relation to such matters as guidance to Member States, in relation to export checks, support for SMEs and, especially, the online tools and financial support – which is never enough but, at the same time, is significant. She mentioned discussions with India and China to ensure that there is responsible sourcing of minerals, and she has also done a huge amount of work on free-trade agreements, on including a chapter on conflict minerals in them – and she mentioned Mexico. All this is very good but I think we also need to hear a bit more about the ‘stick’.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, I very much welcome the questions related to accompanying measures aimed at the promotion of the implementation of and compliance with due diligence for the minerals’ countries of origin. Indeed, in their joint communication, the Commission and the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy expressed their commitment to the implementation of accompanying measures for an integrated EU approach to responsible sourcing, with the purpose not only of ensuring a high level of participation by companies in the Union, but also of guaranteeing that a global, coherent and comprehensive approach is put in place in order to promote responsible sourcing from conflict-affected and high-risk areas.

Following the launch of the first development cooperation instrument-funded accompanying measure in late 2017, it is important to assess whether other accompanying measures responding to the objectives encompassed in the joint communication will be designed, and whether these additional measures would cover very relevant aspects such as the implementation of fair taxation for minerals.

Finally, with regards to the actors involved, it is of great importance that the interventions envisaged include local authorities and civil societies as well.

Νότης Μαριιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η Αφρική είναι μια πλούσια ήπειρος με τεράστια κοιτάσματα πετρελαίου, φυσικού αερίου, ορυκτού πλούτου, μεταλλευμάτων, όμως οι λαοί της υποφέρουν. Είναι φτωχοί, είναι άνεργοι, και αυτό γιατί τα μεταλλεύματα, τα διαμάντια, τον χρυσό τα εκμεταλλεύονται οι πολυεθνικές, οι οποίες έχουν υπερκέρδη, και φυσικά όπου υπάρχει πλούτος υπάρχει και πεδίο συγκρούσεων για την αρπαγή του. Υπάρχουν λοιπόν περιοχές εμπόλεμες, περιοχές με εμφύλιο πόλεμο, όπου εκεί πραγματικά υπάρχει εκμετάλλευση των ορυκτών και εκεί μάλιστα έχουμε και την παιδική εργασία.

Η παρέμβαση λοιπόν που πρέπει να γίνει στο πεδίο αυτό είναι αποφασιστική. Θεωρώ ότι προσδιορίζεται παρέμβαση για το 2021. Είναι αρκετά αργά. Υπάρχουν ημίμετρα. Νομίζω ότι πρέπει να λάβουμε μέτρα που να έχουν όχι μόνο σχέση με την εισαγωγή των ορυκτών αλλά και των τελικών προϊόντων. Χρειάζονται παρεμβάσεις όχι υπέρ των εταιρειών αλλά υπέρ των ιδίων των μεταλλωρύχων. Και φυσικά θα πρέπει να υπάρξει αποφασιστική παρέμβαση για να σταματήσουν οι συγκρούσεις σε αυτές τις περιοχές.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Señora presidenta, ¿minerales de conflicto o minerales de sangre? Entre 2018 y 2021 transcurrirán tres años en los que las empresas y multinacionales mundiales y europeas, particularmente, seguirán haciendo una nueva versión del colonialismo explotador de minerales.

Ha quedado claro que el marco voluntario no funciona y que muchos de los minerales que llegan a Europa proceden de la violencia, de la falta de respeto de los derechos humanos, de la corrupción y, también, de la financiación a grupos armados. Por lo tanto, la trazabilidad —y coincidimos con la Comisión y con la autora— es muy necesaria, pero una trazabilidad que vaya más allá de la Guía de Debida Diligencia, que es un sistema bien conocido por las empresas; hemos verificado las páginas web de muchas empresas que son explotadoras de minerales en el Congo y en otros continentes y solamente el 10 % la aplican.

En esta intervención también quiero destacar la importancia de que la regulación obligatoria se aplique en toda la cadena de suministro y la cadena comercializadora. Desde aquí también quiero transmitir mi apoyo a la plataforma europea sobre los minerales de conflicto.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, είναι γνωστό ότι ο χρυσός, ο κασσίτερος, το βολφράμιο και το ταντάλιο είναι ορυκτά τα οποία χρησιμοποιούνται για παραγωγή προϊόντων υψηλής τεχνολογίας. Το πρόβλημα είναι ότι τα ορυκτά αυτά εξορύσσονται σε περιοχές κυρίως της Αφρικής όπου υπάρχουν συγκρούσεις, υπάρχουν εμφύλιοι πόλεμοι, κυριαρχούν καθεστώτα τα οποία είναι διεφθαρμένα, τα οποία καταπιέζουν τον λαό, χρησιμοποιούν τον λαό τους, ως επί το πλείστον παραβιάζοντας τα ανθρώπινα δικαιώματά του, ως εργάτες και αποκτούν μεγάλα χρηματικά ποσά, τα οποία δεν διαθέτουν για την ευημερία των λαών τους αλλά για να αγοράζουν όπλα και να συνεχίζουν τους πολέμους για τον έλεγχο των περιοχών αυτών. Υπό την έννοια αυτή είναι πολύ σωστή ή παρέμβαση της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ούτως ώστε να βρεθεί ένας τρόπος να γίνει μία νομοθεσία η οποία θα συμβάλει στο να εμποδίζεται αυτή η ανεξέλεγκτη κατάσταση. Πρέπει οπωσδήποτε οι εισαγωγείς να ακολουθούν κάποιους κανόνες –αυτό είναι σωστό–, πλην όμως πρέπει να ληφθούν και άλλα μέτρα και επιπλέον η Ευρωπαϊκή Ένωση να εφαρμόσει σοβαρούς ελέγχους, ούτως ώστε να μην παραβιάζονται αυτά τα μέτρα.

(„Catch the eye” eljárás vége)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Madam President, I want to thank Mr Lange and Ms McAvan for putting this on the agenda. There is clearly a huge interest in these questions, and I fully understand that because it is also important to us. This is very important legislation on a serious problem of grave violation of human rights in certain areas. This could contribute, but of course it will not solve the problems fully.

I also understand your impatience on this, but I want to remind you that the legislation has not yet entered into force. I answered many of your questions already in my introductory remarks, but am happy to come back to them. We are now focusing more on the incentives than on the legislation. When that enters into force, then we will have other tools as well.

We are working specifically to help SMEs to prepare for this with our online tool. The translations of the OECD guidelines will be done later this spring. The transparency platform for downstream companies is also targeting SMEs in particular.

We are working closely with our Member States and experts. There are only five Member States who still need to appoint their authority. The others are working on it, as some of you mentioned. There are lots of initiatives happening in the Member States today – we can come back to a fuller list of that at a later stage. There have also been some results from our outreach, for instance we see now that China is adopting legislation and that there are discussions going on in India as well. On the industry scheme alignment, this is done by a delegated act based on the OECD methodology, and yes, there will be shadow audits, but companies do remain individually responsible.

On the Apple-Intel participation in the European partnership, it is key here to have a partnership between business, NGOs and governments. They will adequately complement the regulation with technical assistance and good mining practices for small and artisanal miners.

On the transparency of schemes, the methodology adopted by, or developed by, the OECD is to recognise industry schemes to make sure that they fully respect the five steps of OECD due diligence guidance, including reporting. This alignment methodology is developed and monitored in conjunction with civil society organisations, including, for instance, the organisation Global Witness, which is very helpful in this regard.

The Commission is not financing big private companies. We are focusing financing through a call for proposals on local activities for artisanal and small-scale miners to enhance their socioeconomic capacities, increase their productivity, make them, in due time, eligible to access credits, take care of the gender issue, and help them address the worst cases of child labour affecting the mining areas.

There are also proposals to target the capacity of local authorities, so we are really trying to work on a bottom-up approach. Those expected to present proposals for EU funds will mainly be civil society organisations, and many of them have very significant experience in this field. We appreciate this and want to support it.

On the Non-financial Reporting Directive, we have made a very clear commitment in this regard as part of the political agreement on the regulation, and we are fully committed to honouring it. The Non-financial Reporting Directive provides that the companies covered by the Directive shall include in their management report the principal risks related to those matters linked to the undertaking's operations, including business relationship, products or services which are likely to cause adverse impact in these areas and to show how the undertaking manages those risks.

So we specified last year, in non-binding guidelines on non-financial reporting, that companies are expected to disclose relevant information on due diligence to ensure responsible supply chains for tin, tantalum, tungsten and gold. On this basis, it is clear that the Commission expects companies covered by the directive to include reporting on the responsible sourcing of 3TG.

As you know, we are planning a review of the regulation, even though it has not entered into force yet. In that review we could decide to include new minerals – the methodology has been developed to be neutral in that case. We will also make an assessment of whether it is enough or there is a need for new legislative measures, and we will be happy to work with you in this regard.

As you see, we have been doing a lot already to prepare and to make the accompanying measures in order to have all that ready when it finally enters into force. I thank you for your strong interest in this, and I commit, Madam President, honourable Members, regularly to come back and report where we are. I know that the interest is significant, and we promised at the adoption of this that the Commission would keep you regularly informed about what is happening. I remain at your disposal whenever you should wish, and thank you again for this debate.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

7. Aktionsplan für die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő pont vita a Bizottság nyilatkozatáról: „Cselekvési terv az alternatív üzemanyagok infrastruktúrájának kiépítéséhez” (2017/3034(RSP))

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Madam President, thank you for this opportunity to discuss our Action Plan on alternative fuels infrastructure. The Commission warmly welcomes the European Parliament's initiative. As Members of this House, you have already called for a high level of ambition with the adoption of the Alternative Fuels Infrastructure Directive in 2014. The Commission shares this ambition. The provision of a comprehensive, easy-to-use infrastructure for alternative fuels is a key prerequisite for the transition to low-emission mobility.

Our first priority was to ensure that the Alternative Fuels Infrastructure Directive is properly implemented in all Member States. That is why we did not hesitate to launch immediate infringement procedures against those Member States not complying with the directive. With the second Mobility Package, of 8 November 2017, we delivered an additional policy stimulus, particularly with our Action Plan on alternative fuels infrastructure.

By 2030 more and broader action will be needed. We need a larger part of the existing fleet to run on alternative fuels in order to meet the EU commitments under the Paris Climate Treaty. However, we don't think that the directive needs to be revised at this stage. The Council and Parliament adopted this directive four years ago as the first ever legal instrument to ensure the promotion of a new market for alternative-fuel vehicles and vessels. Since then, a lot of progress has been made.

Yes, the completeness, coherence and ambition of the national policy frameworks vary greatly. Our analysis of the implementation of the directive shows that, on average so far, the planning under the national policy frameworks which Member States had to submit pursuant to the Directive would not meet the level and consistency of ambition that will be needed after 2020, when more vehicles are expected to hit the roads. However, in many places the directive has acted as a catalyst and has stimulated and broadened national planning and strategies.

It is therefore time for joint and concerted action, but not for reopening negotiations. So, with the Action Plan on alternative fuels infrastructure, we are now providing an important and very concrete stimulus. We are making available an additional EUR 800 million in the form of innovative financing instruments for the rollout of infrastructure: up to EUR 350 million through the Connecting Europe Facility (CEF) 'Blending' call and up to EUR 450 million through the CEF Debt or InnovFin instruments. We can already see how the blending of grants and loans under CEF Blending works in practice. Several consortia will now start to roll out fast-charging infrastructure on strategic highways. This is good news for Europe. But there are also less developed parts of Europe where continued support action is needed. Here Member States can benefit from substantial cohesion policy support to accelerate such investments.

In the current period of the Multiannual Financial Framework (MFF) EUR 70 billion has been allocated from the Cohesion Fund and the European Regional Development Fund for promoting sustainable mobility and transport, including the deployment of alternative fuels infrastructure. Through the Action Plan we are also facilitating better collaboration among authorities and market players in relation to good practice. We have already started this process in the form of alternative fuels roadshows in Member States and have received a lot of positive feedback.

It is fundamental to stress the need for greater efforts to introduce alternative fuels and clean vehicles. A major lack of infrastructure is no longer a valid argument against it. The basic infrastructure is starting to be put in place in many parts of the European Union.

Consumer buy-in depends on quality of choice. It is highly relevant that more vehicle models are being introduced into the market and this is happening quickly. With the second Mobility Package, we have made important proposals to further support market direction, including proposals for a new CO₂ emission performance standard and for the revision of the Clean Vehicles Directive. Low-emission and zero-emission vehicles will be favoured by consumers if the infrastructure is not only comprehensive but also easy to use. This is not the case at the moment, particularly not across borders.

With the Action Plan, we have now outlined an approach for further discussion with public authorities and market players about needs and approaches for addressing the interoperability of services, including payment services, in the most effective way. We are already supporting authorities on very practical issues of data collection in order to map better the location and availability of charging and filling stations for consumers in Europe.

Let me conclude. Together, all the points of action under this Action Plan will help to ensure that we have in place a comprehensive, easy-to-use spec on infrastructure for the recharging and refuelling of alternative-fuel vehicles by 2025.

Massimiliano Salini, *a nome del gruppo PPE*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, la decisione della Commissione, attraverso questo piano di azione, di intervenire su una materia così rilevante come quella della riduzione delle emissioni in atmosfera nell'ambito del settore dei trasporti, cioè nell'ambito di quello che ormai è diventato il grande imputato, il grande responsabile, il più importante responsabile dell'inquinamento, ecco, è un'azione corretta purché svolta in maniera equilibrata.

Noi, da un lato, infatti, dobbiamo garantire la diffusione di combustibili alternativi, ma non possiamo nemmeno mettere in croce l'industria di produzione e tantomeno i consumatori, gli utilizzatori, che attraverso un processo che se non fosse graduale si ritroverebbero a dover sostenere costi totalmente fuori mercato.

Bene, la decisione di mantenere un approccio neutrale, sostenendo o finanziando tutte le possibili forme alternative, è molto corretto ed equilibrato. Valuteremo quindi nel tempo se sia sufficiente questa comunicazione oppure se sarà necessario anche un nuovo intervento normativo.

Ismail Ertug, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Kolleginnen und Kollegen! Der Transportsektor ist der einzige Sektor, der nach wie vor bei den Emissionen zulegt, so auch letztes Jahr beziehungsweise die Jahre davor. Wir haben 2016 erneut 0,5 % mehr Treibhausgase im Mobilitätsbereich gehabt als 2015.

Sie haben darauf hingewiesen, dass wir bereits die Richtlinie zu *Clean power for transport* aus dem Jahr 2014 gehabt haben. Da muss ich ihnen ganz offen sagen, Herr Kommissar – wohl wissend, dass das nicht Ihr Versäumnis ist, weil sie damals noch nicht in Aktion waren – dass das eine große Chance war, die die Mitgliedsstaaten zerstört haben. Wir haben seinerzeit mit Ihrer Hilfe im Annex II im Anhang ganz klare quantitative Ziele gehabt, die letztendlich vorgesehen haben, bis zum Jahr 2020 in den verschiedenen Kategorien jeweils so und so viel Infrastrukturen aufzubauen. Genau diesen Annex II hat der Rat rausgenommen, sodass wir nun vier volle Jahre verloren haben. Wenn es nach diesem Anhang gegangen wäre, dann hätten wir im Jahr 2020 800.000 Ladesäulen. Jetzt haben wir gerade mal 130.000. Das sind Zahlen der *Alternative Fuels Observatory*, die stimmen also. Deshalb ist das eine große Chance, die wir letztendlich versäumt haben.

Umso mehr wundert es mich, dass die Kommission jetzt erneut wiederum nur mit einem *Action Plan* kommt. Es ist Gesetzgebung angesagt, es ist eins vor zwölf. Die anderen Regionen dieser Welt machen es uns vor. Wir wissen um die Entwicklung in China, wir wissen auch, unter welchem Druck unsere Industrie steht. Deshalb lade ich Sie alle ein, insbesondere Sie als Kommission, diese Infrastruktur, deren Kosten wir wohl durchgerechnet haben, jetzt in Form eines europäischen Investitionsfonds aufzubauen. Da gibt es die Möglichkeit mit 24 Milliarden Euro, die sich die Industrie und die Europäische Union teilen könnten, einen schnellen Hochlauf zu gestalten, was die Infrastrukturen anbelangt. Wenn wir das nicht schaffen – Sie haben auch bei der CO₂-Gesetzgebung darauf hingewiesen –, weiß ich nicht ob, die Automobilkonzerne und die Industrie die Ziele für 2025 erreichen können. Lassen sie uns deshalb ambitioniert sein! Allein mit diesem *Action Plan* werden wir leider nicht das erreichen, was wir wollen!

Kosma Złotowski, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Przejście europejskiego sektora transportu na paliwa alternatywne to proces, który już trwa. Jego przebieg jest co prawda wciąż lekko chaotyczny i napędza go głównie energia jego największych entuzjastów oraz niektórych państw członkowskich, ale trudno nie docenić regularnych postępów. Kluczem do sukcesu w upowszechnianiu ekologicznych środków transportu jest bez wątpienia dostępność terminali i miejsc, gdzie takie alternatywne paliwo można zatankować, czy załadować, niezależnie od tego, czy jest to energia elektryczna, gaz, czy wodór.

W planie działania przygotowanym przez Komisję słusznie dostrzeżono największe wyzwania, jakie przed nami stoją: po pierwsze – dostosowanie istniejących i wciąż budowanych elementów sieci TEN-T do potrzeb użytkowników pojazdów napędzanych paliwami alternatywnymi, po drugie – rozbudowa niezbędnej infrastruktury na obszarach podmiejskich, gdzie postępy w tym zakresie są nikłe. Nie możemy zapominać, że odejście indywidualnych użytkowników od samochodów spalinowych to pierwszy krok. Drugi krok, może znacznie ważniejszy, to przejście na paliwa alternatywne sektora drogowego transportu towarów. Tutaj dostęp do odpowiedniej infrastruktury jest już ściśle powiązany z opłacalnością i ceną takich usług. Niestety, Panie Komisarzu, problem tkwi w tym, że sprawa to nie została w zasadzie w omawianym dokumencie poruszona.

Gesine Meissner, im Namen der ALDE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Ich glaube, hier im Parlament sind die meisten wirklich auf einer Linie. Ich stimme voll und ganz Ismail Ertrug von der S&D zu. Wir haben auch beide in der letzten Periode an diesem Gesetz gearbeitet, und wir haben schon damals im Trilog alle beide vollkommen zu Recht sehr bedauert, dass die Mitgliedstaaten so wenig ambitioniert waren. Ich würde mir darum – genau wie er – eigentlich auch wünschen, dass wir statt eines *action plan* vielleicht schon eine andere Form von neuer Gesetzgebung haben. Ich weiß, das geht schlecht, weil die Umsetzungsziele 2022 ja erst noch vor der Tür stehen. Wir können aber schon jetzt sehen, dass bei den nationalen Plänen, die vorgelegt werden müssen, viel zu wenig ambitioniert gehandelt wurde.

Das hat viele Gründe. Der Ölpreis war zu niedrig, darum hat man das nicht in Gang gesetzt. Es ist auch so, dass eben neue, auf dem Markt verfügbare Technologien von den Verbrauchern nicht angenommen werden, weil sie nicht wissen, ob sie dann ihr Fahrzeug fahren können. Und das gilt tatsächlich für alle Bereiche. Ich weiß das genau, ich habe damals sehr stark dafür geworben, dass man LNG gerade bei Schiffen stärker einsetzt. Viele Häfen sind schon entsprechend ausgestattet. Man kann das ja machen, natürlich mehr im Norden als im Süden, weil da andere Grenzwerte gelten. Also wir müssen unbedingt alle Kräfte bündeln, um schneller voranzukommen, und ich hoffe, dass wir das hier schaffen.

Karima Delli, au nom du groupe Verts/ALE. – Madame la Présidente, chers collègues, je vous ai entendu, Monsieur le Commissaire, et, au fond, la Commission nous dit que si les États respectent leur engagement en matière d'infrastructures, nos transports seront bientôt moins polluants. Mais s'ils ne le font pas?

Deux ans après le scandale du *dieselgate*, qui a prouvé que les constructeurs trichaient aux tests de pollution et que les États les ont couverts, vous nous dites «Ayez confiance!». Confiance? Mais aujourd'hui, les constructeurs tardent encore à sortir du diesel pour développer des modèles électriques propres. Pourquoi? Parce que, selon eux, les États membres tardent à mettre en place des bornes de recharge pour les batteries de véhicules électriques et, pendant qu'ils se renvoient la balle, ce sont les Européens qui respirent les vapeurs nocives pour leur santé.

Cessez de leur faire simplement confiance, Monsieur le Commissaire, rouvrez la législation, fixez des objectifs contraignants pour que, demain, nos transports soient réellement propres et que, enfin, la pollution de l'air baisse et disparaisse à jamais partout en Europe.

Lynn Boylan, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Madam President, decarbonising the transport sector and meeting the Paris Agreement targets can only be achieved by aligning consumer behaviour with consumer attitudes. It is clear that consumers want the greener transport options but market barriers, and especially a lack of green infrastructure, are leaving us running on the spot.

I welcome the Commission's Action Plan but the national policy frameworks submitted by Member States are lacking in ambition. In my own country's national action plan, I am most concerned about the infrastructure gaps in terms of charging points for electric vehicles. It is disappointing that the targets for electric recharging points in Ireland's national policy framework do not correspond with the expected number of electric vehicles in the country. The depressingly low ambitions will get us nowhere and will only set us up to fail, wedding ourselves to a future of fossil-fuel dependency. If we want effective use of investment, support is crucial in making the uptake of electric vehicles a tangible reality.

Dario Tamburrano, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, oggi vorrei osare e andare un pizzico *out of the box*, un po' avanti e po' indietro nel tempo.

Quasi ottant'anni fa, in Europa già operava una soluzione di trasporto merci senza emissioni, alimentata ad energia rinnovabile. Gli italiani nel 1938 avevano difficoltà di approvvigionamento di combustibili e svilupparono pertanto una filovia che trasportava materiali grazie a dei filocarri elettrici modificati (i «*trolley truck*») di derivazione Fiat. La Filovia dello Stelvio raggiunse gli ottanta chilometri di estensione. Era alimentata ad energia idroelettrica. Venne dismessa nel 1956.

Oggi il governo svedese, Siemens e Volvo Scania stanno sperimentando da anni tale soluzione. I risultati sono ottimi, i progressi tecnologici hanno migliorato l'affidabilità del sistema rendendo possibile il trasporto merci elettrico a lunga distanza, altrimenti difficile con il solo accumulo elettrochimico.

I costi al chilometro sono relativamente contenuti e recuperabili con l'esercizio grazie all'efficienza della trazione elettrica. Si innesta su infrastrutture esistenti, è possibile una logistica flessibile senza soluzione di continuità verso i centri urbani raggiungibili muovendosi fuori dalle linee elettrificate: per brevi percorsi con l'energia accumulata in batterie durante i tragitti autostradali, con generatori elettrici di bordo o con classici motori endotermici alimentati a combustibili alternativi. È un'innovazione che non stravolge gli equilibri occupazionali di guidatori e compagnie di trasporto.

Il Parlamento europeo si esprime già nel giugno 2016 a favore di questa soluzione, ma servono visione e coordinazione a livello UE, fondi per avviare le infrastrutture. Queste sono le grandi opere che vorremmo lasciare alle generazioni che verranno.

Andrzej Grzyb (PPE). – Pani Przewodnicząca! Chciałem bardzo serdecznie podziękować za informacje Panu Komisarzowi, bowiem dzisiejsza debata poświęcona planowi działania dotyczącemu infrastruktury paliw alternatywnych musi stymulować – czy powinna stymulować – rozwój samochodów napędzanych gazem ziemnym, wodorem lub zasilanych prądem z sieci, a tym samym wspomóc również naszą walkę z zanieczyszczeniami powietrza oraz z emisją gazów cieplarnianych. Są to wyzwania dla państw członkowskich, a także dla samorządów, przedsiębiorców i innych interesariuszy, bez których nie da się tego wprowadzić.

Najłatwiej jest jednak uczynić to na poziomie komunalnym, gdzie istnieje duża kwota transportowa służąca przede wszystkim obniżeniu emisji, jeżeli w pojazdach komunalnych zastosowane zostaną czyste technologie. Ważne jest również finansowe wsparcie dla rozwoju infrastruktury, którą mogą stymulować zamówienia publiczne. Z zadowoleniem przyjmuję deklarację o ośmiuset milionach. I ostatnia sprawa: wydaje mi się, że jest to ściśle połączone z dyrektywą o wspieraniu czystych pojazdów. Tutaj Komisja poszła w bardzo dobrym kierunku i myślę, że w dalszym ciągu należy te cele upraszczać.

Inés Ayala Sender (S&D). – Señora presidenta, en el año 2020, es decir en menos de dos años, el Opel Corsa eléctrico empezará a salir de la fábrica de Figueruelas, en mi región. La Comisión ya había señalado que, para 2020, necesitaríamos casi 800 000 estaciones de recarga para los combustibles alternativos. Actualmente, según el estudio que el señor Ertug ha publicado, solamente hay 120 000. Así pues, faltan 680 000 para combustibles alternativos, y también para los vehículos eléctricos, por supuesto.

La contabilidad nos dice que realmente hacen falta 24 000 millones para conseguir una red suficiente para que los coches que están ya en la calle y los que van a seguir saliendo puedan ser comprados normalmente por sus usuarios. Y usted, señor Hahn, solo nos ofrece 800 millones como incentivo; nos hacen falta, como puede usted imaginar, muchísimos más.

De ahí que para conseguir este cambio necesitamos un fondo, que tiene que ser urgente, puesto que, en menos de dos años, debería estar ya disponible. Y de ahí que le pida que, para el nuevo MEC Energía, no nos pase como la última vez, que casi tuvimos que empujar para conseguir que hubiera dinero; y, desde luego, una legislación más valiente y urgente.

Mark Demesmaeker (ECR). – Commissaris, de infrastructuur voor alternatieve brandstoffen en de markt voor milieuvriendelijke voertuigen zijn een beetje zoals de kip en het ei. Ze kijken allebei naar elkaar en ondertussen gebeurt er weinig. We doen te weinig om de vooropgestelde doelstellingen voor basisinfrastructuur tegen 2025 te halen.

Met zo'n 130 000 alternatieve oplaad- en tankpunten en amper 5 % voertuigen aangedreven door alternatieve energie hebben we nog een lange weg te gaan.

In uw actieplan benadrukt u terecht 'urgentie' en wijst u voor een stuk de goede richting aan. Ik wil daaraan toevoegen dat we een duurzame overstap naar emissiearme mobiliteit alleen mogelijk zullen maken als we een sterke ambitie combineren met een realistische aanpak. Alleen zo kunnen we ons wapenen tegen de wereldwijde concurrentie in koolstofarme voertuigen en technologieën.

Daarbij onderstreep ik het belang van technologie-neutraliteit, een vraaggedreven ondersteuning en een aanpak die is opgewassen tegen en flexibel is met het oog op de snelle technologische ontwikkelingen.

Tot slot roep ik de vervoersector, de energiesector en alle overheden in de EU op om hun steentje bij te dragen. Alleen als iedereen zijn verantwoordelijkheid neemt, zal de Europese burger gebruik kunnen maken van een degelijke infrastructuur.

Matthijs van Miltenburg (ALDE). – Voorzitter, rijden op elektriciteit en waterstof, dat heeft de toekomst. En om de klimaatdoelstellingen van Parijs te halen, moeten we wel over op alternatieve brandstoffen. Daarbij hoort een ambitieus beleid voor de uitrol van de infrastructuur van deze brandstoffen. Actie op Europees niveau is cruciaal. Ik zie het actieplan als een eerste stap.

Laten we de consument eens centraal stellen. De consument met een elektrische auto mag niet stil komen te staan op zijn weg door heel Europa. Informatie over de beschikbaarheid van laadpalen moet betrouwbaar zijn. Informatie over de kosten moet beschikbaar en transparant zijn. En de betaling, als men gaat laden, als men brandstoffen gebruikt, moet gemakkelijk gaan verlopen.

Ik roep de lidstaten op, ik roep de Commissie op, ik roep de industrie op om met veel meer ambitie de uitrol van infrastructuur voor die alternatieve brandstoffen ter hand te nemen. Want alleen samen – industrie, Commissie, lidstaten, consumenten daarbij centraal stellen – als we dat doen, dan maken we echt van duurzaam vervoer een Europees succesverhaal.

Claude Turmes (Verts/ALE). – Madame la Présidente, imaginez un moment que je sois un Martien et que je regarde la Terre.

J'ai un président Juncker, qui dit: «L'Europe est le leader des technologies vertes et des énergies renouvelables». Et puis j'ai un président chinois qui dit: «Moi, je suis le leader des technologies vertes, des voitures électriques, de l'énergie renouvelable».

Donc, que fait le Martien? Il commence à calculer. L'Europe n'a même pas 10 000 bus électriques. La Chine en a 200 000. L'Europe n'a même pas 200 000 points de recharge. La Chine en a 1,4 million.

Nous sommes nulle part et nous avons une Commission européenne qui n'a pas le courage de proposer une législation forte sur les infrastructures et qui suggère aux citoyens européens que, avec 800 millions, nous allons faire la différence.

Je vous dis en tant que Martien: c'est la Chine qui est numéro 1 et, nous, nous sommes ridicules, et si on continue comme cela, nous serons inexistants dans le domaine des technologies vertes. C'est à pleurer, il faut un tout autre effort.

Andor Deli (PPE). – A Bizottság által elkészített cselekvési terv valóban ambiciózus célokat vetít a 2020 és 2025 közötti időszakra, szóval az elkövetkezendő nyolc évre. Ugyanakkor engedjenek meg egy pár észrevételt, pár hiányosságra is hogy felhívjam a figyelmet. Elsősorban úgy gondolom, hogy a technológiai neutralitással van gond a cselekvési tervben, ugyanis túlságosan előtérbe helyeződik újból és újból az akkumulátoros autók, illetve az ahhoz társuló infrastruktúra kérdése. Ugyanakkor emlékeztetnék arra, hogy rengeteg közpénzből finanszírozott kutatás és fejlesztés zajlik Európa-szerte, EU-s pénzekből is történnek ilyenek, aminek szintén megvan a létjogosultsága, és nem szabad, hogy ezek a pénzek, és ezek a befektetett energiák kárba vesszenek az miatt, mert kizárólag az akkumulátoros technológiára hagyatkozunk. Fontos a diverzifikáció az európai mobilitásban. Nem egy síkon mozgó mobilitásban kell gondolkoznunk.

Továbbá felhívnám még a figyelmet arra is, hogy a bizottsági kalkulációknak realisztikusnak, piaci alapokon nyugvónak kell lenniük. Ugyanis az állami támogatási rendszer, ami jelen pillanatban sok tagországban létezik, nem egy állandónak vehető dolog, és ezért nem hagyatkozhatunk arra a kalkulációban, hogy örökre megmaradnak.

„Catch the eye” eljárás

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, jos haluamme edistää vaihtoehtoisia polttoaineita on tietenkin erittäin tärkeää, että kuluttajilla on käytössään kattava latauspisteverkko eri puolilla Eurooppaa.

Tämä komission toimintasuunnitelma on varsin hyvä ja osoittaa sen, että investointitarpeet ovat todella mittavat. Puhutaan viidestä miljardista eurosta nyt aivan muutamassa vuodessa, ja vielä 20 miljardia lisää pitäisi investoida vuoteen 2025 mennessä, kun puhutaan nimenomaan sähköautoista, vedystä ja kaasusta. On tärkeää, että luomme mahdollisuuksia ihmisille siihen, että sähköautoja voi ladata ennen kaikkea kotona, koska tiedämme, että lataaminen on erittäin hidasta. Rakennusten energiatehokkuusdirektiivissähän otetaan tämä kysymys nyt huomioon, mutta sen lisäksi on hyvä toimintatapa, että ennen kaikkea näiden ydinverkkojen äärelle, kaupunkialueille ja esikaupunkialueille pyritään nyt tuomaan mahdollisimman kattava verkosto.

On muistettava, että polttoaineen jakelu on markkinalähtöistä toimintaa. Näin sen pitää olla myös näiden vaihtoehtoisten polttoaineiden osalta tulevaisuudessakin, mutta infrastruktuurin vauhdittamiseksi on perusteltua, että pyrimme suuntaamaan myös investointiavustuksia nyt tälle alueelle.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sono dell'opinione che piuttosto che promuovere carburanti alternativi, con vantaggi ambientali ormai molto contenuti, sarebbe più utile orientarsi decisamente verso quelli che consentono davvero di raggiungere le migliori prestazioni ambientali, come l'elettrico, solo transitorio da fossile, il biometano, solo transitorio da metano, e l'idrogeno da fonte rinnovabile.

Lo sviluppo dell'infrastruttura di ricarica è strategico per la diffusione di veicoli elettrici. Ma la predisposizione della rete delle colonnine di ricarica deve precedere e non seguire la diffusione delle auto elettriche, altrimenti cittadini e imprese non avranno possibilità di utilizzarle. Altra incongruenza è l'obbligo di presenza di ricariche elettriche solo negli edifici di nuova costruzione, che di fatto ostacola la diffusione delle auto elettriche.

Il progresso è possibile anche grazie alle innovazioni tecnologiche a supporto delle infrastrutture. Due processi: lo *smart charging* e il *vehicle-to-grid* consentono rispettivamente di controllare il volume della ricarica evitando sovraccarichi alla rete durante le ore di elevata domanda, e di invertire il flusso energetico delle batterie dei veicoli, contribuendo alla stabilità del sistema.

È in questa direzione che dobbiamo andare.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, νομίζω ότι από τη συζήτηση προκύπτει η αναγκαιότητα να περάσουμε σε αποφασιστικά βήματα για εναλλακτικές μορφές ενέργειας. Είναι δεδομένο ότι υπάρχει πλέον απόλυτη δέσμευση της Ευρώπης στα ορυκτά καύσιμα και αυτό σημαίνει αυξημένη ρύπανση. Είδαμε μάλιστα τι συνέβη με το Dieselgate, γεγονός το οποίο έχει κλονίσει την εμπιστοσύνη των ιδίων των καταναλωτών.

Το ερώτημα είναι αν έχουμε επιλογές και οι επιλογές αυτές φυσικά είναι το φυσικό αέριο, είναι το υδρογόνο και είναι ο ηλεκτρισμός. Θα υπάρχουν όμως προβλήματα, διότι χρειάζονται επενδύσεις στο να έχουμε φερ' ειπείν σημαντική έρευνα, για να δημιουργηθούν μπαταρίες οι οποίες πραγματικά θα μπορούν να φορτίζουν χωρίς προβλήματα τα ηλεκτρικά αυτοκίνητα, και κυρίως χρειάζονται υποδομές φόρτισης των ηλεκτροκίνητων οχημάτων. Αυτές δεν υπάρχουν στα ευρωπαϊκά κράτη και νομίζω ότι εδώ πρέπει να υπάρξει η αποφασιστική παρέμβαση της Επιτροπής.

Eleonora Evi (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, 1,5 % è la quota di veicoli elettrici circolanti oggi in Europa, 1,1 %, la quota di vendite nel 2016. È ancora troppo poco se pensiamo, a fronte di quelli che sono i 35 milioni di veicoli diesel sporchi che continuano a circolare nelle nostre città e continueranno probabilmente purtroppo a farlo per diversi decenni.

Io penso anche al mio paese, all'Italia, insieme a Ungheria e Repubblica Ceca, siamo gli unici paesi a dare priorità ai veicoli alimentati a gas naturale, anziché ai veicoli elettrici. È una visione improntata su un modello fossile, illogico e anacronistico. Il Movimento 5 Stelle ovviamente vuole superare questa logica e recuperare il ritardo nella diffusione di auto elettriche, a beneficio ovviamente dell'ambiente, del clima e dei cittadini.

Non è solo una questione di infrastruttura: serve maggiore impegno da parte dei costruttori di auto che purtroppo, ad oggi, non danno alcuna assicurazione e alcuna garanzia sufficiente di impegno, anche per non perdere il vantaggio competitivo poiché appunto, come è stato ricordato dal collega Turmes, ormai la Cina ci sta superando anche in questo.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Pani Przewodnicząca! Rozwój infrastruktury związanej z paliwami alternatywnymi jest ważnym krokiem zmniejszającym emisje CO₂. Niewątpliwie powinniśmy go wspierać, nie zapominając jednocześnie o innych paliwach alternatywnych.

Mówiąc o tej kwestii, powinniśmy pamiętać o dwóch sprawach: po pierwsze, jak już wspomniano, istnieją duże dysproporcje w infrastrukturze (przykładowo Cypr posiada zaledwie 35 stacji ładowania, Bułgaria – 100, Polska – 600 i znajdują się one głównie w centrach dużych miast, a w małej Austrii jest ich 4 tysiące, widzimy więc jak duża jest dysproporcja).

Po drugie, nie możemy zapominać, że w krajach Grupy Wyszehradzkiej (w Polsce, czy Słowacji) znajdują się liczne zakłady produkcyjne z sektora tradycyjnej motoryzacji, produkujące na przykład silniki spalinowe, pojazdy spalinowe, komponenty do ich produkcji itp., dzięki którym wielu mieszkańców znajduje pracę. Jako że chodzi o setki tysięcy miejsc pracy, ważny jest czas i dodatkowe środki na przekwalifikowanie pracowników, aby nie doszło do gwałtownego wzrostu bezrobocia.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, domnule comisar, ați făcut o prezentare foarte clară a situației actuale și, sunt de acord, avem directive, avem directivă pentru combustibil alternativ, avem și pachetul de mobilitate din 2017. Ați specificat însă că, în cadrul politicilor naționale, implementarea directivei nu a ajuns la ambițiile privind utilizarea combustibilului alternativ. Ați putea să ne spuneți și de ce? Câteva exemple? Pentru că, eu cred că ceea ce ați spus dumneavoastră, că statele pot să folosească fonduri din Fondul de dezvoltare, din Fondul de coeziune, nu se aplică încă în toate statele.

Și mai este o problemă. Eu cred că nimeni de aici nu dorește să nu avem autovehicule curate. Problema este că trebuie să vedem cum. Avem nevoie de o industrie creativă, inovatoare, cu automobile care să nu polueze și avem nevoie de infrastructură. Eu mă gândesc cât de trist este acum, că avem așa puțină infrastructură – nu vorbesc acum de mediul rural – în mediul urban. În mediul rural este un dezastru și nu aș vrea ca, prin trecerea la combustibili alternativi, să deconectăm zonele sărace și mediul rural de conectivitatea în transport. De aceea, trebuie să ne gândim foarte bine care sunt măsurile pe care putem să le luăm.

Olga Sehnalová (S&D). – Paní předsedající, jednou z priorit evropské dopravní politiky je dekarbonizace dopravy. Pokud ovšem vážně chceme, aby v Evropské unii mohla jezdit čistší vozidla, pak je důležité, aby zavádění infrastruktury pro alternativní paliva nabralo skutečně rychlejší spád, a to jak na transevropské dopravní síti, tak v městských a příměstských oblastech. V přijaté směrnici o infrastruktuře pro alternativní paliva z roku 2014 se stanovují cíle v souvislosti s veřejně přístupnými dobíjecími body v rámci vnitrostátních politik. Komise si v již zmiňovaném sdělení z května loňského roku uvědomuje, že pokud mají být tyto cíle splněny, musí se počet veřejně přístupných dobíjecích stanic zásadně zvýšit. Proč tedy místo přepracovaného znění směrnice, v němž by předložila návrhy, jak toho dosáhn-

out, přišla pouze s nezávazným sdělením?

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, il est vrai que la nécessité de réduire les émissions de gaz à effet de serre dans les transports est une évidence et, aujourd'hui, une urgence. De nombreuses solutions s'offrent à nous et l'Union européenne a le devoir de les encourager toutes, afin qu'elles interviennent en complémentarité. On parle beaucoup de l'électricité et du gaz naturel, mais il ne faut pas oublier l'hydrogène, dont la maîtrise est désormais techniquement assurée.

L'Union européenne doit être beaucoup plus directive envers les États pour l'orientation vers une nouvelle structuration territoriale des approvisionnements en énergies renouvelables et alternatives. Les constructeurs ont aussi leur responsabilité, mais l'Union européenne doit donner l'exemple et non seulement apporter un encouragement financier beaucoup plus significatif que celui qui est proposé ici, mais aussi une véritable législation contraignante, qui doit être mise en place le plus rapidement possible. Naturellement, l'Union européenne doit aussi encourager la recherche et continuer à travailler sur ces questions d'alternatives en matière d'énergie.

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Doamnă președintă, domnule comisar, la nivelul Uniunii Europene, dar și la nivel mondial, ne confruntăm cu o majoritate covârșitoare a sistemelor de propulsie ale autovehiculelor prin ardere internă, sisteme care utilizează combustibili convenționali. Din urma arderilor acestora rezultă apariția emulsiilor poluante, care au un efect nociv asupra populației, a mediului înconjurător și amplifică efectul de seră, ceea ce sporește încălzirea globală.

Familia europeană trebuie să aibă o poziție defensivă asupra poluării masive, să adopte diferite mecanisme prin care să mărească utilizarea de energii alternative. Problema se resimte și la nivel industrial, unde este nevoie de transporturi de mărfuri bazate pe combustibili alternativi. Trebuie să ne gândim serios și la implementarea în zonele urbane a mijloacelor transport în comun bazate pe astfel de energii. Aceste mișcări vor da naștere unui mediu sănătos și vor spori competitivitatea în toate sectoarele, pentru a găsi cele mai bune soluții.

Avem nevoie de o politică ambițioasă și realistă, dacă ne dorim infrastructuri potrivite pentru combustibilii alternativi. Să privim asupra viitorului – orașe și țări mai curate, un aer mai sănătos și respirabil, resurse petroliere protejate și, ceea ce consider cel mai important pentru viața fiecărui locuitor, culturi agricole mult mai sănătoase.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, thank you for this very interesting debate. We need even greater ambition and better collaboration among public and private players to speed up the deployment of an alternative-fuels infrastructure in the European Union that is available and easy to use for all consumers. We will do our share of the work and take further steps to improve consumer awareness and buy-in to this market.

First, as part of the third Mobility Package, in May 2018 we will publish a common methodology for alternative-fuels price comparison. The idea is to inform consumers about the cost of driving for 100 kilometres in an alternative-fuel car versus a conventional car. The information will be displayed at petrol stations and via dedicated online tools, which we will help Member States to develop.

Second, timely, reliable information about the location and availability of recharging points will have a major impact on consumer buy-in. We are therefore helping Member States in collecting information on the location and availability of charging points. This information will be available at national access points, to be freely used in consumer-friendly apps.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Kirjalliset lausumat (työjärjestyksen 162 artikla)

Monika Beňová (S&D), *písomne* – O tom, že sa v uplynulých rokoch boj proti klimatickým zmenám stupňuje, sa dnes už nedá pochybovať. Avšak otázka, na ktorú sú rozdielne odpovede, znie nasledovne: stačí to? Parížska dohoda je najrozsiahlejšia dohoda na ochranu životného prostredia a boju proti klimatickým zmenám v histórii. Samostatne je tento dokument nezáväzný. Je potrebná jeho ratifikácia a implementácia prostredníctvom konkrétnych riešení. Akčný plán pre alternatívnu infraštruktúru je konkrétny prípad implementácie Parížskej dohody. Zároveň je súčasťou veľkej európskej stratégie dekarbonizácie. V roku 2017, v kontexte druhého balíčka mobility, Komisia publikovala komunikáciu, kde sa jednoznačne vyjadrila, že robustná infraštruktúra pre alternatívne palivá je kľúčový komponent stratégie pre dekarbonizáciu a v dnešnej forme je nepostačujúca. To znamená, že ak sa nezačne rozsiahle plánovanie a budovanie tejto infraštruktúry, tak bude prechod k dekarbonizovanej preprave spomalený. V súčasnosti je nevyhnutné reformovať tento akčný plán a zabezpečiť vybudovanie potrebnej infraštruktúry.

8. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

8.1. Lage auf den Malediven

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana keskustelu seitsemästä Malediivien tilannetta koskevasta päätöslauselmaesityksestä (2018/2630(RSP)).

Jean Lambert, author. – Madam President, I speak in my capacity as chair of the Delegation for relations with the countries of South Asia. We all deeply regret the state of affairs in the Maldives, not least as there are elections due in September this year. The people there deserve a free and full choice of candidates who can campaign robustly. I welcome reports in today's news that the state of emergency there is unlikely to be extended, and I hope that turns out to be true.

The issue of the judicial system is crucially important in events there and, looking at some of the recent events, many of us are left wondering about certain legal decisions and what has motivated them. There is a need for a credible and consistent system of justice, which is able to operate independently, regardless of who brings a case or who is accused. Courts should never be a political instrument for political parties, so we need the whole system to be free of harassment, intimidation and corruption, from wherever that comes. There is not only one source in this.

Fabio Massimo Castaldo, autore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è l'ennesimo assalto alla democrazia in quel piccolo atollo paradisiaco dell'Oceano Indiano, meta ambita di turisti in tutto il mondo, da anni piombato nel caos: sto parlando delle Maldive.

Il braccio di ferro ora tra i giudici della Corte suprema e il Presidente Abdullah Yameen, che ha spinto il Parlamento a dichiarare lo stato di emergenza in modo illegale, sospendendo preziose libertà fondamentali e dando il via a un'ondata di arresti arbitrari. Tra questi spicca quello del giudice Abdullah Saeed, capo della Corte suprema. A lui e agli altri prigionieri politici vengono negati i diritti più elementari: di ieri è la notizia che il governo avrebbe addirittura intercettato i meeting tra il giudice e i suoi legali, violando il loro diritto alla riservatezza.

Oggi, come sempre, abbiamo il dovere di sostenere gli oppositori politici detenuti e in esilio, come l'ex Presidente Nasheed, i difensori dei diritti umani che ogni giorno subiscono minacce e persecuzioni da parte delle autorità governative, i giudici e gli avvocati, anch'essi vittime di intimidazioni e interferenze improprie.

Chiedo al governo delle Maldive di porre fine immediatamente allo stato di emergenza, e all'Unione europea di far rispettare le misure previste anche degli accordi di Cotonou, e bloccare i responsabili di questa situazione. Se non agiamo in modo convinto, siamo complici anche noi di Yameen.

Charles Tannock, author. – Madam President, it is now almost three years since our first resolution in this Parliament in relation to the political crisis engulfing the Maldives. That resolution was a response to the 13-year prison sentence handed down to the country's first democratically-elected President, Mohamed Nasheed, on trumped up terrorist charges, which were condemned by the UN Working Group on Arbitrary Detention. At that time, we criticised the politicisation of the judiciary and cautioned against any further backsliding on the rule of law. Three years on, the situation has significantly worsened. Freedom of expression, assembly and the press have been stifled, Members of Parliament and protesters have been routinely arrested, and now we see the country under state of emergency rule aimed at strengthening President Yameen's hold on power.

Aside from the urgency of these domestic issues, we have seen repeated accusations of Maldivian-flagged vessels involved in oil transfers to North Korea and reports of an increasing numbers of citizens being recruited by ISIS/Daesh. It is vital that we see an end to the state of emergency now, see all elected Members of Parliament allowed to take up their seats, and find a course to ensure that genuinely free and fair elections can take place as scheduled in September 2018, with opposition candidate Nasheed being allowed to stand. We, in the European Union, must continue to apply pressure to achieve this outcome, and I welcome today's resolution.

Tomáš Zdechovský, Autor. – Paní předsedající, je to už několikátá rezoluce, která se týká Malediv, a myslím si, že ta situace se opravdu z toho, co dneska víme, vůbec nezlepšila, ba naopak se zhoršila.

Proto jsem velice rád, že jsme se shodli na této rezoluci napříč politickými stranami a napříč politickými proudy v Evropském parlamentu. Doteď se Evropská unie, myslím, snažila o konstruktivní dialog s představiteli Malediv, i když říkala, co je špatné a co špatně není. V současné době už ale musíme přistoupit k určitým druhům sankcí, není možné dále čekat a dívat se na to, co se děje dnes na Maledivách. Je třeba se podívat na to, že lidskoprávní i politická situace v zemi se neustále zhoršuje, že dochází k omezování lidských práv a svobod, rozšiřování pravomocí prezidenta, polarizaci justice.

To, čeho se nejvíce bojíme, je znovuzavedení trestu smrti. Opoziční lídři usilují o obnovu pluralitní demokracie a vládu práva. Jsou však opakovaně vystavováni útokům ze strany autorit a policie. Dokonce jsou proti nim vykonstruována soudní řízení. Je tedy třeba vyzvat všechny státy, které jsou aktivní na Maledivách, včetně velkých hráčů, jako jsou Indie a Čína, aby spolupracovaly s Evropskou unií a znovu se snažily nastolit demokratické principy v této zemi.

Miguel Urbán Crespo, autor. – Señora presidenta, Maldivas es uno de los destinos turísticos más atractivos y exclusivos del mundo y también es un punto geoestratégico clave en las rutas comerciales de la región. Pero la realidad para sus habitantes es muy distinta al paraíso que se nos vende.

El país se enfrenta a una crisis política que estalló en febrero al decretarse el estado de emergencia después de que el poder judicial ordenara la libertad de varios miembros de la oposición. El estado de emergencia suspendió las garantías constitucionales y los mecanismos de control y separación de poderes; una situación que agrava el clima de represión contra la libertad de expresión y reunión y la persecución y ataques a opositores políticos, periodistas y miembros de la sociedad civil, así como a defensores de los derechos humanos.

La Unión Europea es uno de los principales socios comerciales de Maldivas y, por tanto, tenemos los medios para actuar. Pedimos que esta Unión Europea no prime sus intereses comerciales y geoestratégicos frente a los intereses de las clases populares de Maldivas y actúe. Señorías, que actúe.

Urmas Paet, author. – Madam President, the declaration of a state of emergency in the Maldives, despite the peaceful protest of hundreds of citizens and international condemnation, has led to a large number of human rights and fundamental freedoms being suspended and abused. The authoritarian rule of President Abdulla Yameen is damaging the country and its people. Of grave concern is the threat of resuming state-sanctioned executions. The shift towards radical Islamism and increasing radical Islamist militancy is worrisome.

The European Union must use all instruments to promote respect for human rights and democratic principles in the Maldives, even if that means suspending financial assistance or using targeted measures. The state of emergency should be lifted. Fundamental human rights and the rule of law must be respected. In the meanwhile, the EU also needs to coordinate its travel advice for European tourists.

Wajid Khan, author. – Madam President, my Group is alarmed with the deterioration in human rights, democracy and rule of law in the Maldives, particularly in the run-up to the presidential elections. A functional parliament and an independent judiciary are fundamental pillars for a working democracy, therefore any interference with the work of the Supreme Court is unacceptable in a country that calls itself a young democracy. We call for the immediate lifting of the state of emergency and the implementation of the Supreme Court order to reinstate opposition MPs and release political prisoners.

The state of emergency cannot be used as an excuse to violate the Constitution and crack down on members of civil society, the media, judges and political opponents. We encourage the regional actors to play a positive role in helping to resolve the political crisis in the Maldives. If the situation does not improve, we ask the EU to consider targeted measures in order to promote human rights and democratic principles. It is time for President Yameen to stop ruling with an iron fist and enter into a genuine dialogue with opposition parties and civil society, ensuring free and fair elections. It is in the interest of all Maldivians.

Cristian Dan Preda, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, nous sommes bien sûr préoccupés par les récentes évolutions politiques aux Maldives. C'est pour cela que nous avons, nous le PPE, proposé ces résolutions. Le président - Yameen cherche à asseoir son pouvoir autoritaire de manière brutale en annihilant toute opposition politique, en cherchant à utiliser le pouvoir judiciaire à sa guise et en obstruant toute indépendance de la presse et de la société civile. Son acte le plus récent est l'installation de l'état d'urgence, qui lui permet de supprimer le respect des libertés fondamentales.

Je crois qu'il faut avoir une réaction proportionnelle à la déviation totale de tout principe démocratique du régime de Yameen. Il serait important qu'une mission de ce Parlement se rende aux Maldives pour que nous signalions notre inquiétude quant à la situation politique actuelle. De plus, nous devons joindre nos énergies à celles d'autres acteurs régionaux, tels que l'Inde, pour soutenir un processus de retour vers le respect des normes démocratiques aux Maldives. Je ne pense pas que nous puissions nous allier, dans ce contexte, à la Chine, car Pékin ne peut en aucun cas être un partenaire pour nous en matière de démocratie et de droits de l'homme.

Jacques Colombier, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, menaces, agressions, poursuites pénales contre l'opposition et arrestations sont monnaie courante aux Maldives. La montée de la violence et les atteintes aux droits de l'homme y sont dénoncées bien sûr à juste titre, mais il faut remonter aux sources de cette situation, qui est la pire des violences parce que pérenne, parce qu'imposée à tous. C'est celle qui est générée par la charia, par l'application intégrale de la loi islamique. Elle ravale les femmes à un rang inférieur, stigmatise et persécute les minorités chrétiennes. Tout ceci s'inscrit contre la liberté et la dignité de l'homme.

Aux Maldives, comme dans beaucoup de pays musulmans, elle est le mal intrinsèque. Aux Maldives, elle est l'envers du décor paradisiaque. Aux Maldives, des manifestants peuvent parader dans les rues en brandissant des drapeaux de Daech. Elle fait en sorte que les Maldives sont aujourd'hui parmi les plus gros pourvoyeurs de terroristes qui sévissent en Syrie et en Irak, ceux qui assassinent avec la barbarie la plus abjecte dans nos rues. Nous nous étonnerons toujours, dans cette assemblée qui se gargarise de droits de l'homme, que celle-ci ne soit jamais dénoncée en premier lieu, où que ce soit.

Geoffroy Didier (PPE). – Madame la Présidente, derrière l'apparence idyllique des Maldives se cache en fait une sombre réalité. La situation des droits de l'homme ne cesse de s'y détériorer.

En se servant de l'état d'urgence qui a été proclamé et, surtout, en l'instrumentalisant, les équipes du président Yameen sont en train de violer allègrement un grand nombre de droits fondamentaux. Je pense à la liberté de réunion et d'association, à la liberté d'expression, ainsi qu'au libre accès à une justice indépendante et impartiale.

Bien sûr, l'Union européenne doit utiliser tout l'arsenal juridique qui est à sa disposition pour tenter de mettre fin à cette situation. C'est d'ailleurs pourquoi j'ai choisi de suivre sans réserve l'adoption de cette résolution. Mais ne soyons pas naïfs, ne nous contentons pas d'énoncer des vœux pieux qui n'impressionneront en rien les équipes en place.

C'est la raison pour laquelle je veux aussi saisir cette occasion pour que nous alertions l'opinion publique européenne en lui disant: «Avant de vous rendre sur place, sachez-le, les Maldives ne sont plus du tout le paradis que vous croyez».

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych se chtěl připojit ke svým předřečníkům, pokud popisují situaci na Maledivách. Skutečně by naším klíčovým zájmem měly být svobodné volby a soudy, které jsou nezávislé a nestranné. Pan prezident Jamín postupuje proti občanské společnosti, vyhlásil výjimečný stav, který sice může skončit, každopádně samo vyhlášení výjimečného stavu ještě dále tu situaci eskalovalo.

Myslím si, že Evropské unii by slušelo, aby více působila právě na té diplomatické úrovni k uklidnění situace. Možná, že toho není příliš, co bychom mohli udělat. Měli bychom také sdělit občanům, že to nebe zalité sluncem, kde tráví své dovolené, je zemí, která vyhláší výjimečný stav, která chce zavést trest smrti. Myslím, že tato sdělení by měla k našim občanům dolehnout velmi naléhavě, protože situace na Maledivách je velmi složitá a je také předmětem určitých velmocenských bojů mezi Čínou a Indií. Pokud si mám vybrat, na čí straně v této situaci jsem, tak jsem samozřejmě na straně maledivských občanů a, řekněme, prozápadní demokratické Indie.

Neena Gill (S&D). – Madam President, a decade ago the first democratic elections and the adoption of a new constitution provided important cause for optimism on the path chosen by the Maldives. Democratic transitions take time, but as someone who has consistently called for strong EU support for the Maldives, it pains me to see the turn that has been taken over the past few years. Opposition, journalists, human rights activists, face attacks from authorities and extremists, and the recent state of emergency further encroaches upon the vital rights and freedoms.

So my questions to the Commissioner are: what measures can we take to support the UN-facilitated dialogue between all parties in the Maldives in the run-up to the elections that have to take place this year? Secondly, do you share the concerns over reports that China has despatched a fleet of 11 warships to the East Indian Ocean in a sign of support to the Maldivian authorities, further increasing military build-up in the South China Sea? I would say it is crucially important that we have regional actors who are at play, and it is important that we get support for the S&D amendment.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι Μαλδίβες είναι γνωστός τουριστικός προορισμός, όμως εκεί πλέον η παραβίαση των θεμελιωδών δικαιωμάτων είναι στην ημερήσια διάταξη. Έχουμε ένα απολυταρχικό καθεστώς του προέδρου Γιαμίν, ο οποίος μάλιστα αξιοποιεί το γεγονός ότι έχει κηρύξει κατάσταση έκτακτης ανάγκης και έτσι έχει φιμώσει πλέον τους πολιτικούς του αντιπάλους, τους bloggers, τους δημοσιογράφους. Όμως το Ανώτατο Δικαστήριο στις Μαλδίβες αποφάσισε να επαναφέρει δώδεκα τουλάχιστον βουλευτές και να τους δώσει τις έδρες τους και να ακυρώσει και διάφορες ποινικές διώξεις κατά των πολιτικών αντιπάλων του καθεστώτος. Είναι κάτι που δεν αρέσει στον πρόεδρο Γιαμίν και θέλει να επέμβει και στο Ανώτατο Δικαστήριο. Είναι προφανές ότι στη χώρα αυτή αναπτύσσεται πλέον η επιρροή του ISIS, εφαρμόζεται η σαρία, διώκονται όσοι έχουν άλλες θρησκευτικές πεποιθήσεις. Πρέπει επιτέλους να μπει τέλος στην αυθαιρεσία του καθεστώτος.

Carlos Iturgaiz (PPE). – Señora presidenta, como han señalado algunos compañeros en este hemiciclo, no es la primera vez que comentamos la situación en Maldivas.

Y hay que decir que en ese pequeño país que son las islas Maldivas siguen sin darse los mínimos para ser una democracia: no se respetan los derechos humanos, se intervienen desde el Gobierno las instituciones judiciales y, además, se persigue a políticos y periodistas por levantar la voz contra el Gobierno de ese pequeño país – Gobierno autoritario y dictatorial, no lo olvidemos.

Y por todo eso es tan importante apoyar esta propuesta de Resolución, señora presidenta, porque debemos recordar que este país, Maldivas, recibe muchas ayudas económicas de las instituciones europeas y no las invierte ni en democracia ni en respeto de los derechos humanos ni en libertad religiosa, sino que, lejos de esa libertad religiosa, cada vez más, es un nido del Dáesh, de los yihadistas extremistas que se dedican a exportar el terror por todo el mundo.

En definitiva, es un paraíso explosivo, señora presidenta.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, le cas des Maldives a déjà fait l'objet d'une résolution en octobre dernier. Nous avons pu alerter sur la situation compliquée de ce pays qui connaît une dérive politique autoritaire: la séparation des pouvoirs est malmenée, le droit des minorités religieuses aussi, l'opposition est muselée.

Déjà grave, la situation s'est détériorée avec l'instauration de l'état d'urgence et son prolongement sur une base non constitutionnelle et, maintenant, avec la menace de rétablir la peine de mort.

Force est de constater que le président actuel fait monter la pression dans la perspective des élections qui doivent se tenir à l'automne prochain. Dans ce cadre-là, l'Union européenne doit être intransigeante et faire pleinement usage de tous les instruments dont elle dispose pour inciter le gouvernement des Maldives à rentrer dans les normes de fonctionnement démocratique normal: mettre un terme aux intimidations pesant sur l'appareil judiciaire et les journalistes, libérer les opposants politiques, respecter le droit des minorités et respecter le moratoire sur la peine de mort. La fermeté diplomatique devra, si nécessaire, s'accompagner de sanctions financières et du gel des avoirs à l'étranger de certains dirigeants.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, the situation in the Maldives remains a source of concern. It has continued to deteriorate since our last debate. The European Union remains mobilised and has intensified its diplomatic actions to support democracy and the rule of law in the Maldives.

The country is an important partner for the European Union in the fight against climate change. As current Chair of the Alliance of Small Island States, the Maldives plays an important role in support of the Paris Agreement, and we are interested in deepening our cooperation in this field. At the same time, EU Member States are playing an active part in the development of tourism in the Maldives. In 2017, more than 645 000 tourists – almost 50% of visitors to the Maldives – came from Europe.

We are also interested in developing cooperation on counter-terrorism and on countering violent extremism with the Maldives. However, the EU has closely followed the recent deterioration of the situation in the Maldives and immediately informed the authorities of its concerns. A statement was issued on 6 February in reaction to the declaration of the state of emergency by the Maldivian President. Our EU Ambassador was there to deliver an EU demarche from 19-21 February. He pressed for the restoration of the functioning of the parliament, called for an immediate lifting of the state of emergency and a return to constitutional normality, respect for constitutionally-guaranteed rights and the rule of law, and the immediate release of political prisoners. He also encouraged the UN-facilitated dialogue to allow for a political solution for the preparation of credible, inclusive and transparent presidential elections.

Upon my proposal, the Council adopted conclusions on the Maldives on 26 February. It was the first time, and it sent a strong political signal in support of the return to constitutional rule of the Maldivian authorities and people. The situation is not in accordance with the principle of democratic rule and separation of powers, and if this situation does not improve, the Council may consider targeted measures. The Council underlined that the parliament and the judiciary should be enabled to return to their normal functioning, in accordance with the Constitution, and called for the immediate lifting of the state of emergency and restoration of all constitutionally guaranteed rights. The Council condemned politically motivated arrests and called for the immediate release of all political prisoners.

Since the adoption of the conclusions, the situation has not yet improved. At the request of President Yameen, the parliament renewed, on 20 February, the state of emergency for an additional 30 days. A number of fundamental constitutional rights are still suspended. To date, there has been no release of political prisoners, and former President Gayoom, who is 81 years old, has not been released from house arrest.

We commend the deployment of an electoral follow-up mission, led by honourable Member of the European Parliament, Eduard Kukan, in January 2018, which carried out an assessment of the implementation of the recommendations of the 2014 EU Electoral Observation Mission. We are looking forward to Mr Kukan's report and call for the competent Maldivian authorities to fully consider his conclusions, with a view to organising credible, transparent and inclusive elections.

It is essential to restore constitutionally guaranteed rights and lift the state of emergency, as well as to respect and protect the rule of law, human rights and fundamental freedoms, including the freedom of expression and the right to fair trial. The EU encourages all stakeholders to work with the UN to facilitate such a dialogue, and the EU is ready to support UN facilitation. We will continue to closely follow the evolution of the situation, with a view to deciding on the next steps.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan keskustelujen päätteeksi.

Kirjalliset lausumat (työjärjestyksen 162 artikla)

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Młoda, bo zaledwie dziesięcioletnia, malediwska demokracja przeżywa obecnie ogromny kryzys. Należy jednak podkreślić, iż kryzys ten to nie tylko ostatnie kilka tygodni, które bez wątpienia stanowią eskalację problemu i są najbardziej spektakularne. Początki problemów sięgają kilka lat wstecz, gdy prezydent Yameen umacniał swoje autorytarne rządy, zakazując pokojowych demonstracji, aresztując politycznych oponentów czy zamykając niezależne media.

Uważam zatem, iż Unia Europejska musi bezkompromisowo domagać się powrotu praworządności i rzeczywistego trójpodziału władzy oraz poszanowania praw człowieka. W tym celu należy wykorzystać cały pakiet dostępnych nam narzędzi, włączając w to ewentualne zawieszenie pomocy finansowej dla Malediwów czy sankcje wobec konkretnych osób. Musimy również uważnie obserwować zbliżające się wybory prezydenckie – nie tylko w odniesieniu do samego ich przebiegu, ale również procesu zgłaszania kandydatów, istnieją bowiem uzasadnione obawy, iż niektórzy z oponentów prezydenta Yameena nie zostaną dopuszczeni do wystartowania w nich.

8.2. Die Festnahme von Menschenrechtsverteidigern im Sudan, insbesondere der Fall des Trägers des Sacharow-Preises Salih Mahmoud Osman

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana keskustelu kuudesta päätöslauselmaesityksestä ihmisoikeuksien puolustajien pidätyksistä Sudanissa ja etenkin Saharov-palkinnon saaneen Salih Mahmoud Osmanin tapauksesta (2018/2631(RSP)).

Jadwiga Wiśniewska, *autorka*. – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Jesteśmy bardzo zaniepokojeni sytuacją w Sudanie. Prawa człowieka w Sudanie są notorycznie łamane. W związku z łamaniem praw człowieka, bardzo trudną sytuacją gospodarczą, wzrostem cen wybuchły na początku tego roku protesty, w których zginęło kilkanaście osób. Kilkadziesiąt zostało rannych. Aresztowano setki ludzi, liderów opozycji, dziennikarzy, studentów. Przetrzymuje się ich w więzieniach bez postawienia zarzutów i bez procesu. Aresztowano laureata Nagrody im. Sacharowa Saliha Mahmouda Osmana, obrońcę praw człowieka. Dlatego też za pomocą tej rezolucji chcemy bardzo stanowczo potępić przemoc sudańskiego reżimu przeciwko osobom biorącym udział w pokojowych protestach, a także chcemy wezwać władze Sudanu do poszanowania i ochrony podstawowych praw człowieka, w tym mniejszości narodowych, etnicznych i religijnych. Kryzys, w jakim znajduje się Sudan, zarówno ekonomiczny, jak i polityczny, nie skończy się dopóty, dopóki podstawowe prawa człowieka będą łamane. A my, jako Unia Europejska, przekazujemy tak duże pieniądze dla Sudanu, że mamy instrumenty, żeby wpływać na sudański reżim.

Bogdan Brunon Wenta, *autor*. – Przypadek Saliha Mahmouda Osmana, a także przykłady użycia siły wobec osób pokojowo protestujących, ograniczenie wolności słowa i wyznania czy represjonowanie dziennikarzy to dowody na trwający kryzys rządów prawa w Sudanie. Torturowanie osób zatrzymanych, brak informacji o miejscu zatrzymania Saliha Osmana i pozostałych aktywistów, uniemożliwianie im kontaktu z prawnikami czy z rodziną stanowią poważne nadużycia i są niezgodne ze standardami międzynarodowymi.

Jak wiadomo, część obrońców praw człowieka została zwolniona z aresztu w lutym. Jednak siłowe uwarunkowanie przez służby bezpieczeństwa wypuszczenia pozostałych zatrzymanych i zagwarantowania, że nie będą uczestniczyli w dalszych protestach pokojowych, jest sprzeczne z międzynarodowymi zobowiązaniami Sudanu w zakresie praw człowieka. Dlatego apeluję o natychmiastowe uwolnienie Saliha Mahmouda Osmana, prawnika i laureata Nagrody im. Sacharowa, oraz kilkudziesięciu innych aktywistów, którzy są przetrzymywani z powodu ich legalnej i pokojowej pracy w obronie praw człowieka i na rzecz demokracji w Sudanie.

Michèle Rivasi, *auteure*. – Madame la Présidente, nous nous retrouvons à nouveau ici pour parler du Soudan, un pays qui, de façon répétée, continue de bafouer les droits fondamentaux depuis l'accession au pouvoir du chef d'État el-Béchr, en 1989.

L'occasion qui nous est donnée d'évoquer la situation scandaleuse de Salih Mahmoud Osman, défenseur des droits humains et prix Sakharov, ne doit pas occulter la situation globale au Soudan, un pays gouverné par un dictateur, qui est toujours sous mandat d'arrêt par la Cour pénale internationale pour génocide, crimes contre l'humanité et crimes de guerre, un pays où l'on enferme systématiquement des défenseurs des droits humains, les opposants politiques ou les défenseurs des droits des femmes, un pays qui pratique ouvertement la torture, qui muselle la presse, qui restreint l'activité des ONG ou bien les expulse sans sommation.

Il faut le dire et le répéter: toute forme de coopération avec les autorités soudanaises bafoue les obligations résultant du droit international et met en danger les personnes livrées par les autorités européennes au dictateur Omar el-Béchir. Depuis le processus de Khartoum, des États membres collaborent ouvertement avec un régime criminel dans la gestion d'une politique migratoire de toute façon honteuse.

L'Union européenne met plus de 200 millions de dollars dans le cadre d'une stratégie plus large d'externalisation du contrôle... *(la Présidente interrompt l'oratrice)*... migratoires. Il faut donc arrêter la coopération avec le Soudan.

Marie-Christine Vergiat, auteure. – Madame la Présidente, fin 2017, Salih Mahmoud Osman, prix Sakharov 2007, nous alertait à Bruxelles sur les risques pour les droits de l'homme au Soudan, au regard de l'évolution de la coopération de l'Union européenne avec son pays dans le cadre du processus de Khartoum.

Début janvier, alors que le pays était de nouveau secoué par d'importantes manifestations pacifiques contre l'augmentation du coût de la vie et notamment des produits de base, il a été arrêté avec plus de 140 journalistes, leaders et militants de l'opposition, dont ceux du Parti communiste soudanais, activistes, avocats, défenseurs des droits de l'homme. Le NISS (Service national de la sûreté et du renseignement), de sinistre réputation, et les forces rapides de sécurité, anciens janjawids, agissent au mépris des lois, y compris soudanaises et c'est justement le NISS qui a arrêté Salih Osman. Il est diabétique et sa santé s'est rapidement dégradée, faute de soins. Il serait hospitalisé.

Si les relations entre l'Union européenne et le Soudan ont un sens, si elles servent à quelque chose, c'est le moment de le montrer et d'obtenir la libération de Salih Osman et de tous les prisonniers politiques au Soudan. Monsieur le Commissaire, je compte sur vous.

Louis Michel, auteur. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, pour avoir exercé leur droit de manifester pacifiquement, des étudiants, des avocats, des manifestants et des défenseurs des droits humains ont été arrêtés arbitrairement, voire torturés.

En 2007, nous avons attribué le prix Sakharov à Salih Mahmoud Osman, avocat des droits de l'homme, pour son combat contre l'injustice au Soudan. Depuis plus de trois décennies, cet avocat lutte pour le rétablissement de l'état de droit dans son pays.

La situation générale des droits de l'homme au Soudan, comme cela vient d'être dit à plusieurs reprises, reste désastreuse. Le service national du renseignement et de la sécurité abuse outrageusement de ses pouvoirs étendus pour restreindre les droits politiques et civils, notamment par l'intimidation, la détention et la torture. Ce n'est évidemment pas acceptable. Je crois que la communauté internationale, au travers de cette résolution, se doit de renforcer encore bien plus la pression sur les autorités soudanaises.

Ana Gomes, author. – Madam President, Sakharov laureate Salih Mahmoud Osman came to the European Parliament last November to warn against the EU cooperating with tyrants under the Khartoum Process, namely with the brutal regime of Omar al-Bashir, who led wars against his own people in Darfur, in South Sudan. He was using EU funds and complacency and further repressing and oppressing the Sudanese, not deterring but instead making ever more migrants and refugees forced to flee misery and persecution. Salih was so right that he himself was again put in jail last month, as well as dozens of human rights defenders and civil society opposition activists. Well, all protests are violently silenced in Sudan. As a European, I am in pain and in shame for Salih and all the other brave Sudanese.

Commission, Council and Member States: you will betray European values, interests and the trust of EU citizens and our African friends if you do not act immediately and decisively to get Sakharov laureate Salih Mahmoud Osman and all these brave Sudanese activists out of jail, and if you do not hear their warnings and their pleas to us, and if you do not get Omar al-Bashir, indicted as a criminal by the International Criminal Court (ICC), arrested and sent to trial.

Pavel Svoboda, za skupinu PPE. – Paní předsedající, Súdán porušuje prakticky všechna základní lidská práva. Evropská unie musí podpořit ty, kdo v Súdánu bojují za jejich dodržování. Žádám propuštění všech, kteří jsou kvůli lidským právům nezákonně vězněni. Symbolickým zástupcem všech takto vězněných je Sálih Mahmúd Usmán, nositel Sacharovovy ceny za rok 2007.

Súdán trestá vězením a mučením uplatňování svobody slova nebo svobody shromažďování. Zásadním způsobem omezuje existenci nebo vznik nezávislého tisku, omezuje činnost mezinárodních humanitárních neziskových organizací. Nedodržuje svobodu náboženského vyznání. Ano, Súdán kriminalizuje rouhání nebo přestoupení z islámu na jiné náboženství. Křesťané v Súdánu jsou diskriminováni a spoléhají na naši pomoc. Súdán je totiž pátou nejhorší zemí světa z hlediska zajištění svobody vyznání.

Josef Weidenholzer, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin! Der Sudan ist für Europa ein wichtiges Land. Das Land ist im Umbruch und mit großen Herausforderungen konfrontiert. Es beherbergt Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen, und es ist im Vergleich zu seinen Nachbarstaaten relativ stabil. Aber das ist eine trügerische Stabilität. Sie kann es nämlich nur geben, wenn die in diesem Land allgegenwärtige Willkür durch rechtsstaatliche Strukturen ersetzt wird und die Menschenrechte respektiert werden. Das ist noch ein sehr langer und weiter Weg.

Ich war mit einer Delegation des Unterausschusses für Menschenrechte im Dezember im Sudan und konnte mich davon überzeugen, dass dieses Problem vielen Menschen durchaus bewusst ist. Wir trafen auch mit verschiedenen Menschenrechtsaktivisten zusammen, die ihre Sorgen, aber auch ihre Hoffnungen mit uns teilten. Sie setzen ihre ganzen Hoffnungen auf Europa, insbesondere auf das Europäische Parlament. Daher ist unsere heutige Entschließung, in der wir die sofortige Freilassung von Salih Mahmoud Osman fordern, so wichtig und zentral.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Działania władz w Sudanie polegające na systematycznych represjach członków opozycji demokratycznej oraz na łamaniu praw człowieka wymagają reakcji społeczności międzynarodowej. Uwwięzienie Saliha Mahmouda Osmana jest jaskrawym, ale niestety zaledwie jednym z wielu przypadków stosowania przemocy przez sudański rząd. W wyniku stycziowych protestów zatrzymanych zostało także ponad 140 innych działaczy praw człowieka i opozycjonistów. Zatrzymania przebiegały z użyciem siły. Dochodzą do nas też raporty o stosowaniu tortur wobec aresztowanych. Dialog z sudańskimi władzami jest potrzebny, ale musi być bardziej zdecydowany. Jednak uważam, że w sytuacji, gdy ignorują one zalecenia społeczności międzynarodowej, jak chociażby poprzez odrzucanie rekomendacji ONZ w maju 2016 r., powinniśmy przede wszystkim ukierunkować nasze wsparcie na lokalnie działających obrońców praw człowieka i społeczeństwo obywatelskie. Uważam, że Unia Europejska musi na tym polu wspierać Organizację Narodów Zjednoczonych i Unię Afrykańską.

Julie Ward (S&D). – Madam President, I was humbled to meet Salih Mahmoud Osman last December when he came to visit the European Parliament. Ten years after receiving the Sakharov Prize, the arrest of Mr Osman is unacceptable. As part of a crackdown against free voices in Sudanese society, peaceful protesters demonstrating against rising prices are arrested. The situation in the country is very worrying, as widespread violations of human rights are reported on a daily basis.

The High Representative must use all means at her disposal to urge the Sudanese authorities to release Mr Osman and all political prisoners. I also repeat my call to the EU and Member States to step up efforts in presenting Mr al-Bashir to the International Criminal Court. He must be brought to justice regarding the grave accusations of genocide, war crimes and crimes against humanity filed against him.

I would also like to thank NGOs such as Front Line Defenders and Waging Peace, without whom we could not do our important work of standing up for human rights. Waging Peace in particular drew attention to Boris Johnson's support of the UK-Sudan Trade and Investment Forum, billed as 'an opportunity for foreign business and investors'. Be quite clear: there must be no trade that disregards human rights.

Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, důvodem naší urgentní rezoluce je zatýkání stovek lidí, kteří manifestují v Súdánu za svá lidská práva. Mezi zadrženými jsou akademici, novináři, studenti a také bojovníci za práva vyznání, svobody vyznání, křesťané. Nejznámějším jménem je advokát Sálíh Mahmúd Usmán, který zastupuje a obhájí obhájce lidských práv. Je vážně nemocný a chybí mu lékařská péče. Svědčí také o tom, že lidé ve vězení jsou mučeni, a proto musíme zvednout hlas za to, aby Sálíh Mahmúd Usmán byl co nejdříve osvobozen. On nás vyzývá, abychom neopouštěli obyvatele Dárfúru, a tak mu vzkazujeme: „Vážený Sálíhu Usmáne, my neopouštíme a vyzýváme soudanskou vládu, aby okamžitě propustila Vás i další vězně.“

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, señor comisario Hahn, en un debate, ayer por la tarde, tuve ocasión de afirmar que la defensa europea de las libertades requiere periodistas libres de amenazas, pero también abogados y activistas de derechos humanos libres de amenazas.

Y eso concierne a la política interior de la Unión Europea, cuando se trata de asegurar la cooperación judicial y en el marco de la euroorden, para impedir la impunidad, pero también a la política exterior europea, que tiene la obligación de dar la cara por la liberación de Mahmoud Osman, ganador del Premio Sájarov en 2007, galardonado por Human Rights Watch en 2017 y activista de derechos humanos y abogado que se ha distinguido por la defensa jurídica y por la asistencia jurídica al servicio de aquellos que ven sus libertades amenazadas en Sudán: activistas, opositores, estudiantes, académicos y periodistas reprimidos. Y este activista de derechos humanos lo paga con la represión y la cárcel.

Por tanto, la Unión Europea tiene la obligación de emplear toda su capacidad diplomática y persuasiva y el peso de su ayuda exterior para asegurar la liberación cuanto antes de Mahmoud Osman.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych se chtěl připojit na stranu všech svých předřečníků, kteří kritizují situaci v Súdánu a velmi naléhavě volají po osvobození nejen pana Usmána, ale zároveň všech uvězněných a nespravedlivě mučených. Pan Usmán je pouze jeden z mnoha, myslím, že jeho příklad nás právě má dovést k tomu, abychom skutečně pozvedli svůj hlas velmi silně.

Situace v Súdánu je šílená, nejen ta hospodářská, ale zejména situace právě na poli ochrany lidských práv. Vlastně žádná lidská práva v Súdánu prakticky neexistují. Existují pouze ta práva, která odpovídají státnímu zřízení a jeho tamější ideologii. Myslím si, že bychom měli velmi silně zvážít, kam posíláme naši podporu ve formě peněz a zda ji je možno přeměřovat například na neziskové organizace, které se dnes v Súdánu potýkají s velmi výraznými problémy právě při ochraně slabých a znevýhodněných.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, the situation in Sudan continues to pose a threat to international peace and security in the region. Following the crackdown on peaceful protests, civil society and human rights defenders conducted by the Sudanese authorities, I strongly support the call for the unconditional release of Salih Mahmoud Osman, as well as any other human rights defenders and civil society activists who are being detained solely as a result of their legitimate and peaceful work.

All human rights defenders need to be able to perform legitimate human rights activities openly, without restrictions and without fear of reprisals. They have an essential role in ensuring democracy, human rights, the rule of law, stability and sustainable development, but this is probably too much for today's Sudan. The Sudanese authorities have to put an end to targeting all human rights defenders and activists, conduct thorough investigations into all allegations of torture and ill-treatment, and bring the perpetrators to justice.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Madam President, the European Union is looking with growing concern at the human rights situation in Sudan, in particular, at freedom of expression and freedom of assembly. The nationwide protests against the rising commodity prices, which started earlier this year, have been met with an excessive use of force by the authorities. In recent months, we have witnessed a surge in arrests and detention of, among others, human rights defenders, journalists, student activists and members of the opposition, including leaders of political parties.

Media freedom has deteriorated further, with seizures of several newspapers. Among those arrested is Mr Salih Mahmoud Osman, a well-known Sudanese human rights lawyer and the laureate of the 2007 Sakharov Prize. Despite the release of dozens of detainees in mid-February, a move which the EU welcomed, more than 100 remain in detention. The EU delegation in Khartoum is doing its utmost to keep an updated logbook of all those detained.

Specific cases of concern, like that of Mr Salih, are closely monitored and systematically raised in meetings with the Sudanese authorities. The EU delegation in Khartoum has also met the families of those detained as well as the Sudanese Human Rights Commission, whose work it continues to support. Moreover, numerous EU local statements have been issued, urging the government of Sudan to respect freedom of expression and to release all political detainees.

Furthermore, on 27 February, the EU special representative for human rights, Mr Stavros Lambrinidis, called for respect for due process for all human rights defenders in Sudan, including Mr Salih, in his speech at the UN Human Rights Council.

I would like to thank Parliament for its continued engagement, illustrated not only by today's debate, but also for the recent statement issued by Vice-President Hautala and Pier Antonio Panzeri, Chair of the Subcommittee on Human Rights, calling for the release of Mr Salih as well as the visit of the Subcommittee on Human Rights to Sudan last December. The protection and promotion of human rights remains at the core of the EU's engagement with Sudan, and we will continue to staunchly condemn all abuses and support brave human rights defenders.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, παίρνω τον λόγο να διαμαρτυρηθώ γιατί δεν μου δώσατε τον λόγο στο catch-the-eye. Το γεγονός ότι σας ξέφυγε ο χρόνος, διότι επιτρέπετε στους ομιλητές να μιλούν τουλάχιστον δεκαπέντε δευτερόλεπτα επιπλέον είναι πρόβλημα δικό σας και αυτό δεν πρέπει να είναι εις βάρος των ομιλητών. Ζήτησα εγκαίρως τον λόγο, πολύ δε περισσότερο επειδή έχω υπογράψει το ψήφισμα αυτό, και παρακαλώ την επόμενη φορά να μην έχετε διακριτική μεταχείριση εις βάρος του ECR.

Puhemies. – Edustaja Marias, Teidän täytyy kuitenkin tietää, että puhemies viime kädessä joutuu arvioimaan sen, kuinka paljon catch-the-eye-puheenvuoroja voidaan myöntää, ja mielestäni Te ette voi valittaa, että yleensä joutuisitte kärsimään tästä. Sitä paitsi ei ole mitään subjektiivista oikeutta catch-the-eye-puheenvuoroihin.

Te olette aivan oikeassa siinä, että puhemiehen täytyy pitää tiukasti huolta siitä, että puheajoista pidetään kiinni. On totta, että tässä keskustelussa olen joutunut "väkivaltaisesti" keskeyttämään kolme puhujaa, eli kopauttamalla nuijaa ja sulkemalla mikrofonin, ja se ei ole hyvä asia.

Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan keskustelujen päätteeksi.

Kirjalliset lausumat (työjärjestyksen 162 artikla)

Monica Macovei (ECR), in writing. – In 2007 we awarded human rights lawyer Salih Mahmoud Osman the Sakharov Prize. Now we must defend him as he has defended so many others. He, along with other human rights defenders, opposition party leaders, journalists and students are arbitrarily detained as Sudan's president Omar al-Bashir takes criminal action against the rights and freedoms guaranteed by the Constitution he swore to protect. Sudanese armed forces and police kill students and peaceful protesters with live ammunition, and the human rights abuses in Sudan continue to increase. The Sudanese authorities must stop these atrocities, as well as stop confiscating newspapers, harassing and imprisoning journalists, and torturing detained persons. President Omar al-Bashir must ensure that international law is being followed, and call for the Sudanese Government to stop these violations in all accounts.

8.3. „Gnudentötungen“ in Uganda

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana keskustelu viidestä Ugandan armomurhia koskevasta päätöslauselmaesityksestä (2018/2632(RSP)).

Marek Jurek, autor. – Pani Przewodnicząca! Europa powinna być światłem dla świata. I dobrze, że dzisiaj mówimy o tych strasznych przypadkach tak zwanych zabójstw z miłosierdzia w stosunku do niepełnosprawnych dzieci w Ugandzie. I mam nadzieję, że wszyscy zgodnie w tej sprawie podejmiemy rezolucję mobilizującą władze Ugandy do przeciwdziałania.

Tylko powstaje pytanie: czy to nam czegoś nie przypomina, czy my nie widzimy podobnych rzeczy u siebie? Przecież parę miesięcy temu władze jednego z naszych największych państw, Francji, podjęły decyzję, że nie należy przyznawać statusu reklamy społecznej reklamie pokazującej szczęśliwych młodych ludzi z zespołem Downa. Dlaczego? Bo tak jak w przypadku tego pogańskiego zabobonu, to psuje samopoczucie, ich widok źle wpływa. Postawmy sobie naprawdę jedno proste pytanie – czy w dzisiejszych czasach „jądro ciemności” nie przemieściło się do naszej starej Europy?

Michaela Šojdrová, Autorka. – Paní předsedající, na zabíjení „z milosti“ v Ugandě nás upozornil belgický dokument a osobní svědectví naší kolegyně. Nevíme přesně, o jak časté a rozšířené případy se jedná, ale každopádně je to šokující věc, proti které musíme zvednout hlas. Jsme pochopitelně vždy proti jakémukoli násilí. Evropský parlament by měl k těmto nelidským praktikám zaujmout stanovisko ve zprávách o stavu lidských práv, o humanitární krizi v Africe a ve světě. Osobně jsem zjišťovala od lidí žijících v Ugandě, zda se s případy zabíjení „z milosti“ setkali, zda je mohou potvrdit jako vážnou hrozbu. Bylo mi odpovězeno, že existují takové případy, pracovníci ve zdravotnictví se setkali s předčasným ukončením těhotenství v případě hendikepovaných dětí nebo lidé s dlouhodobou nemocí jsou ponecháni osudu a zemřou.

Život je hoden naší ochrany od početí do přirozeného konce. Proto zvedám spolu s vámi hlas proti těmto praktikám. Prosím jen, abyste posoudili sami, zda se jedná o urgentní rezoluci stejné naléhavosti, jakou budeme přijímat proto, abychom okamžitě vyzvali soudanskou vládu k propuštění a k zastavení týraní vězňů v Súdánu. Jako zpravodajka za skupinu Evropské lidové strany doporučuji proto se při hlasování zdržet, ale zároveň chci poděkovat paní navrhovatelce, kolegyni ze skupiny Aliance liberálů a demokratů pro Evropu, že na tento případ upozornila.

Nejsem formalistka, nejde jen o to, že nám chybí konkrétní jména, události či svědectví. Jde mi o to, aby urgentní zprávy zůstaly urgentními a tedy silným nástrojem Evropského parlamentu k okamžitým zásahům. Ať už přijmeme tuto zprávu nebo ne, vyzývám k této diskusi Evropskou komisi, aby situaci monitorovala, zjistila, jak rozšířená je tato praxe a zda se jedná o systémovou, nikoliv nahodilou záležitost. Na základě těchto faktů by pak Evropská komise měla jednat s ugandskými úřady o zastavení nepřijatelné nelidské praxe.

Lola Sánchez Caldentey, autora. – Señora presidenta, el asesinato de niños discapacitados en zonas rurales de Uganda responde a la carencia de un Estado social fuerte, y no son las únicas violaciones de derechos humanos que ocurren en este país.

La pobreza extrema se debe al control del país por parte de una oligarquía. El presidente Museveni lleva en el poder treinta años. La Unión Europea consideró fraudulentas las últimas elecciones en las que ganó y, desde entonces, el país ha incrementado su tendencia autoritaria.

La libertad de expresión en Uganda no existe: muchos críticos con el Gobierno están encarcelados, cuando no han sido asesinados. También hay presos políticos.

La cuestión de género es dramática: los datos sobre feminicidios son escalofriantes.

Pese a todo, la Unión Europea esto no lo ve y apoya al Gobierno ugandés como un socio que actúa de tapón de personas migrantes hacia Europa.

En Uganda hay más de un millón de refugiados procedentes de Sudán y de Somalia. La Unión Europea debería primar la promoción y el respeto de los derechos en su acción exterior, y no subordinar esa cooperación a sus propios intereses geoestratégicos y de seguridad. Estamos cansados de repetirlo.

Hilde Vautmans, Auteur. – Voorzitter, Karin is drie jaar oud. Een fantastisch mooi kind, maar geboren met klompvoetjes. Ze leeft helemaal alleen met haar moeder in extreme armoede, want haar vader en de rest van de familie hebben ze verstoten. Want een gehandicapt kind is een schande voor de familie in Oeganda en in vele Afrikaanse landen. De moeder is ten einde raad. Ze overweegt zelfs om haar kind om te brengen. *Mercy killing*, de zogenaamde genademoord om eigenlijk zichzelf en haar kind meer leed te besparen.

Collega's, dit is een waargebeurd verhaal uit Oeganda – voor degenen die eraan zouden twijfelen – opgetekend door onderzoeksjournalist Gerald Bareebe en naar Europa gebracht door journalist Rudi Vranckx. Voor velen – en ik hoor het hier vandaag ook – is het zoiets van: bestaat dit wel? Is dit wel waar? Het is zo wreed dat we ons moeten afvragen of het waar is. Want collega's, ik heb geen cijfers, er zijn geen statistieken, dit gebeurt in de taboesfeer. Dit is, echt waar, iets waar niemand over wil praten.

Dus laten we hier vandaag een standpunt innemen. Laten we massaal de resolutie steunen. Laten we de stilte doorbreken. Laten we de Europese Commissie vragen een onderzoek in te stellen. Laten we vragen, collega Michel, dat de Commissie ontwikkelingssamenwerking en de Commissie burgerlijke vrijheden, justitie en binnenlandse zaken, Sophie ... dat jullie dit ter hand nemen. Laten we ervoor zorgen dat de hulporganisaties families ondersteunen het taboe te doorbreken. Alle kinderen, met of zonder handicap, overal ter wereld, verdienen een waardig leven.

Cécile Kashetu Kyenge, Autrice. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i diritti dei bambini, tutti i bambini, sono inviolabili.

Da qui la nostra più ferma condanna verso ogni tipo di violazione di cui sono vittime i bambini portatori di handicap, non solo in Uganda. Dobbiamo debellare questi crimini rituali, opporci a forme di superstizione barbare, combattere contro le credenze che legittimano questi fatti orribili, purtroppo a supporto dell'avidità finanziaria di persone che cercano il potere.

Il governo ugandese deve moltiplicare gli sforzi, con il sostegno prioritario dell'Unione europea, per definire ed attuare politiche volte a salvaguardare e a migliorare le condizioni dei bambini portatori di handicap, e anche ad includerli a pieno titolo nella loro società attraverso leggi che garantiscano la loro incolumità, ma anche attraverso servizi che preservino la loro integrità. Questi bambini non sono diversi dagli altri. La disabilità non deve portare alla negazione dei diritti civili ed umani fondamentali, al contrario.

Michela Giuffrida, a nome del gruppo S&D. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, eutanasia in greco significa «buona morte».

Per eutanasia attiva, quanto viene definito così in Uganda, ci riferiamo invece a omicidi brutali, violenti, crudeli, che nella maggior parte dei casi appunto riguardano bambini affetti da disabilità, ma anche albinisti e omosessuali.

In Uganda accade qualcosa di raccapricciante, e di questo si sa poco, ma si sa che la situazione è preoccupante e ricorda, a mio parere, il più buio e triste periodo dell'Europa della metà del secolo scorso, e deriva da sentimenti e motivazioni spinte, di fronte alle quali noi non possiamo restare a guardare. Si tratta del mancato rispetto dei diritti umani, di casi di bambini che vengono abbandonati al loro destino.

Cosa fa l'Unione europea? Cosa si fa per garantire la libertà di stampa e quella delle donne? Bisogna intervenire, al governo chiedere il rispetto dei diritti della persona, soprattutto dei più deboli, attraverso un supporto convinto e concreto, al più presto.

Marie-Christine Arnautu, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, vous vous indignez à juste titre du sort réservé à de nombreux enfants handicapés en Ouganda, euthanasiés parce qu'ils sont considérés comme un poids pour la société. Ces actes plus que choquants, monstrueux, sont absolument révoltants. Et que vous le vouliez ou non, l'émotion qu'ils suscitent est un reste de l'éthique chrétienne que beaucoup ici rejettent. Malheureusement, comme souvent, les protestations qu'on entend dans cet hémicycle ne sauraient masquer l'hypocrisie du Parlement.

C'est heureux que vous condamnerez l'euthanasie des enfants en Ouganda mais vous restez silencieux lorsque des gouvernements comme la Belgique et les Pays-Bas légalisent l'euthanasie, y compris des enfants.

Dans cette Union qui se gargarise tant des droits de l'homme, une société eugéniste émerge, une société qui admet qu'on puisse se débarrasser de ses anciens, mais aussi de ses handicapés via les dépistages prénataux. L'ex-conseiller de François Mitterrand, M. Attali, disait déjà en 1981: «Dès qu'il dépasse 60-65 ans, l'homme vit plus longtemps qu'il ne produit et il coûte cher à la société. [...] L'euthanasie sera un des instruments essentiels de nos sociétés futures...». Je crois que nous y sommes.

Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl rovněž podpořit své kolegy, pokud popisovali skutky, které se dějí v Ugandě. Zabíjení „z milosti“ je pro mě stejně kruté jako vražda. Je to skutečně něco jiného než eutanazie a i ta je pro mě poněkud sporná.

Myslím si, že je to šokující a každý případ je skutečně děsivý, zvláště pokud se týká postižených, pokud se dotýká pověr, které jsou v tomto státě velmi rozšířené, dotýkají se albínů, homosexuálů. Myslím, že je důležité, abychom skutečně zjistili, jak moc časté je toto jednání, a je to naším úkolem, abychom po tom neztratili tato jednání ze zřetele a dále tlačili na vládu v Ugandě. Tlak na prezidenta musí být silný, protože se nebude týkat pouze těchto jednání, ale i mnoha politických vězňů a obecně špatné situace, která v Ugandě je.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, considering the hundreds of ritual killings of children – the so-called mercy killings of disabled children and women – that take place in Uganda each year, this is an abominable situation.

It is incredible that, in the 21st century, we should face such a situation. The practice is taking place mainly among the rich elite. I would like to express my concern over the lack of data, which makes the fight against this practice very difficult. There are no official numbers available, as it is the police, and not the justice system, in Uganda who investigate these phenomena.

I strongly condemn these cruel acts of violence, especially towards children, while I strongly share the opinion that it is primarily the responsibility of the state to protect its citizens, including the vulnerable. The European Union definitely has to address this situation, in one way or another, and especially with regard to the funds that the European Union is giving to the Ugandan Government.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, πραγματικά είναι ιδιαίτερα δύσκολο να πιστέψει κανείς αυτό το οποίο συμβαίνει στην Ουγκάντα. Και όμως συμβαίνει! Δεν αμφισβητείται. Ότι δηλαδή δολοφονούν νεογέννητα ή μεγαλύτερα παιδιά, επειδή είναι ανάπηρα· άλλες οικογένειες τα εγκαταλείπουν, τα παρτάνε να πεθάνουν. Και αυτές τις δολοφονικές πρακτικές τις ονομάζουν «ευθανασία»! Οι δολοφονικές αυτές πρακτικές πρέπει όχι μόνο να καταδικαστούν, αλλά και να τιμωρηθούν, διότι υπάρχει ένα ταμπού στην Ουγκάντα: να θεωρούν ντροπή να έχουν σε κάποια οικογένεια ένα παιδί το οποίο είναι ανάπηρο. Νομίζω ότι χρειάζεται αποφασιστική καταδίκη, παρέμβαση της Ευρωπαϊκής Ένωσης στο θέμα αυτό. Και φυσικά δεν υπάρχουν στοιχεία, διότι κανείς δεν το αναφέρει· διότι το θεωρούν δήθεν μια πρακτική η οποία συμβαίνει. Ε λοιπόν, πρέπει αυτό να σταματήσει και άμεσα να καταδικαστεί η κυβέρνηση της Ουγκάντα.

Maria Heubuch (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Meine Fraktion ist wirklich besorgt darüber, mit welchem Mangel an Ernsthaftigkeit dieses Thema als Dringlichkeit hier ausgesucht wurde. Es gibt keine Anhaltspunkte, inwieweit das Umbringen von behinderten Kindern in Uganda verbreitet ist. Wir haben es jetzt mehrfach gehört, und lediglich ein Dokumentarfilm mit Einzelfällen war die Grundlage für diese Entscheidung. Ich möchte damit nicht das Leid dieser Kinder und dieser Familien kleinreden. Aber ein Dokumentarfilm führt jetzt dazu, dass Uganda in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit gerät. Uganda, ein armes Land, das bereit war, mehr als eine Million Flüchtlinge aufzunehmen. Ich glaube, das ist jetzt kein Ruhmesblatt, wenn wir hier so über Uganda sprechen. Das ist auch der Grund, warum wir als Fraktion diese Entschliebung nicht mit unterzeichnet haben.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, the behaviour and attitudes towards children and adults with disabilities in part of Uganda is truly horrifying, as has been said. Innocent children are marginalised, stigmatised, attacked and even murdered under the guise of ‘mercy killing’. What an unmerciful abuse of the word ‘mercy’!

This is a clear and tragic case of extreme violation of the most fundamental human rights. Human rights groups have attempted to better the situation, but have at times fallen victim to violence themselves. I urge the Ugandan Government to cooperate with human rights organisations, and the EU, to develop and implement education, health and social programmes that will be effective in changing attitudes towards disabilities and supporting disabled people and their families. We cannot allow these gross abuses of human rights to continue. A huge cultural change is needed in Uganda and we must do all we can to bring it about.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, over the years, Ugandans and partners have expressed outrage at cases of child sacrifice, essentially perpetrated by witch doctors for certain rituals. Yet, there is an equally alarming practice referred to as ‘mercy killing’. This implies parents of children with disabilities killing their children or deliberately letting them die of starvation or through the denial of medical attention.

Poverty and social stigma play a significant role, but not much information is available on the scale of the problem or the number of children concerned. In a recent documentary by a local TV station, some parents confessed to having engaged in mercy killings to save their children from severe suffering throughout their lives. Some also confessed to acts of mercy killing to save themselves from the difficulties of raising a child with a disability.

Although Uganda’s legal framework provides for the protection of children, and specifically that of children with disabilities, only limited initiatives have been taken to avert the practice. This is partly attributed to the apparent social tolerance of such killings. The situation is further complicated by the fact that people with disabilities often face marginalisation and rejection. Such entrenched social barriers, coupled with inadequate support from communities and government, as well as families, can leave carers with the feeling of having no choice.

The European Union, through the European Instrument for Democracy and Human Rights and other initiatives for the justice and law and order sector, provides support to the Government and to non-state bodies to address issues affecting children and discrimination against marginalised women and children.

We ask the Government to address the problem of mercy killings. Parents of children with disabilities need support in providing special care for these children. The Government is encouraged to put in place adequate social services, medical care, special needs education and other facilities to enable children with disabilities to enjoy the same rights as any other children. The Government should, furthermore, ensure that the perpetrators of mercy killings are brought to justice. The EU stands ready to work with the Government of Uganda in addressing this issue.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan keskustelujen päätteeksi.

Kirjalliset lausumat (työjärjestyksen 162 artikla)

Rolandas Paksas (EFDD), raštu. – Žmogaus teisių apsauga ir tinkamas jų užtikrinimas yra kiekvienos valstybės pareiga ir tvaraus vystymosi pagrindas. Privalo būti kuo skubiau imtasi efektyvių veiksmų siekiant efektyviai užkirsti kelią neįgaliųjų vaikų žudymo praktikai, kildinamai iš įsitikinimo, kad tokiems vaikams geriau mirti, negu kentėti dėl skausmingos ir nepagydomos negalios. Motinos, nenužudžiusios neįgaliųjų, yra smerkiamos visuomenės. Esama problema turėtų būti sprendžiama pasitelkiant kokybiškas švietimo, mokslo priemones, pavyzdžiui, suaugusiems rengiant seminarus ir specialius mokymus, į mokyklų ir aukštųjų mokymo įstaigų programą įtraukiant paskaitas apie neįgaliųjų sveiko vystymosi visuomenėje teisę. Taip pat būtina skatinti politinį bendradarbiavimą su Uganda remiant šios šalies vyriausybės, NVO ir pilietinės visuomenės pastangas parengti ir įgyvendinti politikos priemones, skirtas neįgaliųjų poreikiams ir teisėms.

(Istunto keskeytetään klo 11:55)

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

9. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 12.01)

Anja Hazekamp (GUE/NGL). – Voorzitter, miljoenen dieren worden dagelijks door heel Europa gesleept. Ze staan dagenlang aan de buitengrenzen van Europa in de brandende zon te wachten.

Één miljoen burgers hebben gevraagd om een einde te maken aan deze situatie. 223 leden van dit Parlement hebben gevraagd om een speciale onderzoekscommissie. Vanmorgen hebben drie leden op de eerste rij besloten dat ze dat niet willen. En ik heb daar maar drie woorden voor: *shame on you!*

President. – Thank you. I will forward your comments to the President of Parliament.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señora presidenta, esta noche han asesinado a la concejala del PSOL Marielle Franco en Río de Janeiro. Han asesinado a una activista, feminista, de los derechos humanos, anticapitalista; una activista asesinada en un clima de violencia política preelectoral en Brasil.

Desde aquí, nuestra solidaridad a sus compañeros y a sus compañeras y, sobre todo, nuestra condena, firme, desde el Parlamento Europeo, a este clima de violencia en Brasil.

Daniele Viotti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, volevo comunicare a Lei e alla Presidenza che ieri si è svolto un fatto veramente increscioso in questo palazzo, perché durante la conferenza stampa di un nostro ex collega, l'onorevole Salvini, la claque che si è portato dietro l'onorevole Salvini ha impedito alla stampa di fare domande e alla stampa di chiedere le cose che dovevano essere chieste. Sono stati anche minacciati fisicamente dei giornalisti all'interno di questo palazzo, è stato impedito ai giornalisti di fare delle domande. Io chiedo che si intervenga su questo.

Clare Moody (S&D). – Madam President, I am speaking on behalf of my colleagues, Julie Girling, Molly Scott Cato, and myself. We all represent Salisbury, in the south-west of England. It is also the city where I live. As British pro-EU MEPs, the Brexit resolution meant this has been a difficult week, but the unwavering solidarity ...

(Interruption by the President)

President. – Could I just say to you that this is a disgrace. The lady is making a statement about a serious issue. Please listen.

(Applause)

Clare Moody (S&D). – Madam President, as I said, as British pro-EU MEPs, the Brexit resolution meant this has been a difficult week, but the unwavering solidarity we have received from this Chamber, in the face of the nerve agent attack, has been deeply appreciated. Our constituents will be reassured by your determination to work with us to ensure their future security.

(Applause)

President. – Thank you, Ms Moody. You can hear the applause.

Excuse me, Madam, I am going to call you. Madam Atkinson would you please take the floor now – with a point of order I hope.

Janice Atkinson (ENF). – Madam President, can I ask whether Ms Moody condemns her party leader for not condemning what is going on in Russia, and I would say to you, colleagues, I'm flying to Russia this afternoon ...

(The President cut off the speaker)

President. – Colleagues, this is not question time or a debate. I will now move to the vote.

(Applause)

10. Abstimmungsstunde

President. – I have started the vote so I am going to go through this vote.

Mr Coburn, I am going to continue this vote. I will come to you at the end. Please resume your seat.

10.1. Lage auf den Malediven (RC-B8-0168/2018, B8-0168/2018, B8-0169/2018, B8-0171/2018, B8-0172/2018, B8-0174/2018, B8-0175/2018, B8-0176/2018) (Abstimmung)

— *After the vote:*

David Coburn (EFDD). – Madam President, thank you. That was very gracious. It is a serious point of order. Ms Moody's was not a point of order. This was a political speech, not a point of order, and she should not have been allowed to do that.

Enrique Calvet Chambon (ALDE). – Señora presidenta, me parece que no hemos votado, en el apartado 7, el texto original, lo cual invalidaría el resultado de la votación.

Compruébelo, por favor.

President. – Just to clarify that we voted on amendment 3, which was adopted, and therefore the original text fell. Thank you for double checking.

10.2. Die Festnahme von Menschenrechtsverteidigern im Sudan, insbesondere der Fall des Trägers des Sacharow-Preises Salih Mahmoud Osman (RC-B8-0159/2018, B8-0159/2018, B8-0160/2018, B8-0161/2018, B8-0162/2018, B8-0163/2018, B8-0164/2018) (Abstimmung)

10.3. „Gnadentötungen“ in Uganda (RC-B8-0165/2018, B8-0165/2018, B8-0166/2018, B8-0167/2018, B8-0170/2018, B8-0173/2018) (Abstimmung)

10.4. Partnerschaftliches Fischereiabkommen EU/Komoren: Kündigung (A8-0058/2018 - João Ferreira) (Abstimmung)

10.5. Partnerschaftliches Fischereiabkommen EU/Komoren: Kündigung (EntschlieÙung) (A8-0055/2018 - João Ferreira) (Abstimmung)

10.6. Europass: Rahmen für Kompetenzen und Qualifikationen (A8-0244/2017 - Thomas Mann, Svetoslav Hristov Malinov) (Abstimmung)

10.7. Programm Kreatives Europa (2014-2020) (A8-0369/2017 - Silvia Costa) (Aussprache)

10.8. Festlegung des Sitzes der Europäischen Arzneimittel-Agentur (A8-0063/2018 - Giovanni La Via) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

Giovanni La Via, relatore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il Parlamento europeo non può essere chiamato ad apporre timbri su decisioni altrui, tra l'altro prese informalmente a margine di incontri ministeriali senza una base giuridica legalmente vincolante, e per di più attraverso un sorteggio.

Per questi motivi, insieme ai colleghi di tutti i gruppi politici, che ringrazio per la collaborazione, abbiamo deciso di ricordare le prerogative di colegislatore del Parlamento europeo e insistere sul pieno rispetto della procedura legislativa ordinaria in relazione all'ubicazione degli organismi e delle agenzie europee.

Infatti, in quanto unica istituzione direttamente eletta che rappresenta i cittadini dell'Unione, il Parlamento è il primo garante del rispetto del principio democratico, e intendiamo far nostro questo principio con il voto di oggi, in cui diciamo sì alla sede individuata, ma un sì condizionato al rispetto delle regole e dei tempi necessari a garantire la piena operatività dell'agenzia.

Questa, però, per quanto ci riguarda, sarà l'ultima volta. Aspettiamo un confronto in sede negoziale per ribadire il ruolo che il Parlamento europeo merita e che si vede riconosciuto dai trattati.

— *After the vote, request for referral back to committee:*

Giovanni La Via, rapporteur. – Madam President, I ask for the referral of the matter back to the committee for inter-institutional negotiation in accordance with Rule 59, paragraph 4, subparagraph 4.

10.9. Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (A8-0051/2018 - Alain Lamassoure) (Abstimmung)

10.10. Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (A8-0050/2018 - Paul Tang) (Abstimmung)

10.11. Leitlinien für den Haushaltsplan 2019 — Einzelplan III (A8-0062/2018 - Daniele Viotti) (Abstimmung)

— *Before the final vote:*

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Madam President, have we voted on paragraph 39?

President. – Yes we did.

10.12. Lage in Syrien (RC-B8-0139/2018, B8-0139/2018, B8-0141/2018, B8-0142/2018, B8-0143/2018, B8-0144/2018, B8-0146/2018, B8-0150/2018) (Abstimmung)

10.13. Angriff der USA auf Stützungszahlungen der EU für landwirtschaftliche Betriebe im Rahmen der GAP (im Zusammenhang mit spanischen Oliven) (B8-0137/2018, B8-0137/2018, B8-0138/2018, B8-0145/2018, B8-0147/2018, B8-0148/2018, B8-0149/2018, B8-0151/2018) (Abstimmung)

10.14. Soziale Verantwortung der Unternehmen (B8-0140/2018, B8-0152/2018, B8-0153/2018, B8-0154/2018, B8-0155/2018, B8-0156/2018, B8-0157/2018, B8-0158/2018) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

Enrique Calvet Chambon (ALDE). – Señora presidenta, ruego a sus señorías, en aplicación del artículo 190, apartado 4, del Reglamento interno, que acepten posponer la votación de este punto, además de, por supuesto, dilatar la fase de enmiendas ampliando el plazo para su presentación. El motivo para ello es que hemos tenido 36 horas prácticamente para trabajar sobre un tema tan importante por encargo de la Conferencia de Presidentes y hemos llegado a la conclusión —la gran mayoría de los grupos— de que, en un tema tan delicado, nuevo, complejo e importante, como es el de la responsabilidad social de las empresas, probablemente podremos alcanzar —lo digo como coordinador encargado de intentar lograr una resolución común—, por lo menos, más puntos en común si podemos debatir con más tiempo.

Por lo tanto, ruego a sus señorías que acepten, sobre la base del mencionado artículo, el aplazamiento de la votación.

Parliament approved the request

11. Mitteilung des Präsidenten

President. – Could I ask for your attention for a special announcement please. Members, we often forget those who work in this House. I would ask Mr José Holguera to stand, please. This is his last day in Strasbourg before retirement.

(Applause)

This gentleman – because this is a gentleman, I have checked his credentials – has been in charge of the plenary Minutes and has worked for Parliament, mostly for plenary sittings, for 32 years.

Mr Holguera, enjoy your break and thank you for your services.

(Sustained applause)

12. Stimmerklärungen

12.1. Europass: Rahmen für Kompetenzen und Qualifikationen (A8-0244/2017 - Thomas Mann, Svetoslav Hristov Malinov)

Oral explanations of vote

Момчил Неков (S&D). – Г-жо Председател, подкрепих доклада за реформата на обща рамка за предоставяне на по-добри услуги в областта на уменията и квалификацията, защото той акцентира върху два много важни момента.

На първо място трябва да отбележим, че в сегашната си форма документите „Европас“ се използват предимно от високообразовани хора за сметка на трайно безработните, нискоквалифицираните и хората с увреждания. Една от целите на реформата е именно подобряване на достъпността. Всеки млад човек, независимо от икономическата и социална ситуация, в която се намира, трябва да има равен достъп до възможностите за стажове и работа.

На второ място, всички знаем колко важна е автобиографията при кандидатстване за работа. Уменията, придобити от доброволчество или престой в чужбина например, могат да се окажат много по-ценни за един работодател в сравнение с една допълнителна магистратура. С реформата автобиографията „Европас“ ще бъде персонализирана, което означава, че младите хора ще могат да изтъкват свои умения и компетентности, които са усвоили извън училище или университета.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-жо Председател, уважаеми колеги, гласувах в подкрепа на този толкова важен доклад „Европас“, защото е важна онлайн платформа за консолидиране на ресурсите на Европейския съюз, свързани с умения и квалификации, самооценки и информация за възможностите за обучение в Европейския съюз.

С модернизацията на текста всички наши граждани ще могат да използват разширения портал с електронни инструменти, за да документират и представят всичките си умения и квалификации, както и образователно-професионалния опит. Обновеният инструмент значително ще опрости образователната и професионалната мобилност в цяла Европа, което е напълно необходимо.

Нашите приоритети в преговорите бяха защита на личните данни, повишената видимост на платформата и най-високите стандарти за достъпност на хората с увреждания. Ще ги видите отразени в окончателната версия на текста. Важно е нашите граждани да разполагат с най-добрите и лесни за употреба инструменти, за да покажат своите умения и своите квалификации в най-добрата възможна светлина.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I voted in favour of this report. I welcome revision of the Europass framework and the opportunity to increase transparency of skills and qualifications across Europe. Europass is the top European initiative for documenting skills, qualifications and professional experience. This report is a significant step in ensuring we use this framework to the best of our ability for the benefit of all EU citizens.

The revision of Europass brings with it many important advantages. It will allow for the inclusion of non-formal skills and newer skills such as digitalisation. Development of the framework will allow citizens to use online services, such as the creation of an e-portfolio and skills assessment.

Dá bhrí sin, vótáil mé ina fabhar mar is tuarascáil an-mhaith í agus tá súil agam go n-éireoidh léi.

12.2. Programm Kreatives Europa (2014-2020) (A8-0369/2017 - Silvia Costa)

Oral explanations of vote

Jan Zahradil (ECR). – Paní předsedající, já jsem si tu zprávu přečetl s velkým pobavením. Já jsem hlasoval proti ní. Jsou tam takové úžasné věci, jako třeba *European Union Youth Orchestra*. Já proti tomu samozřejmě nic nemám, ale když tady čtu, že tento orchestr, jehož patronem je předseda Evropského parlamentu a předseda Evropské komise, v roce 2014 nesplnil kritéria pro financování a že tedy lobbboval u pana Junckera a pan Juncker tam orchestr ve své kapacitě zařadil zpátky jakožto těleso, které je způsobilé obdržet přímé finanční dotace, a že je to asi 600 000 EUR za rok, tak se opravdu musím smát, jaké velmi roztočivé projekty tento titul Kreativní Evropa skrývá. To by se spíš mělo jmenovat kreativní Juncker a já mám velké pochyby o tom, zda to stojí za podporu, takže jsem hlasovat proti tomuto celému tisku.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-жо Председател, уважаеми колеги, подкрепих доклада, тъй като той предлага създаването на орган, определен с основен акт и следователно отговарящ на условията за финансиране чрез статут, а ние гарантираме неговото продължаване и неговата следваща дейност. Важно е да не забравяме, че този орган е създаден през 1976 г.

След промяната на културната политика на Европейския съюз през 2014 г., която преди това беше подкрепена от фондовете на Съюза като посланик на културата, финансирането ще бъде достъпно само чрез „Творческа Европа“. След трудния период от гледна точка намирането на подходящо финансиране ние сме в позиция и в момент, в който имаме правомощия да осигурим приемственост на този орган и да възглавява пълния спектър от културни разнообразия, които представляват Европейския съюз.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I welcome this report, which aims to solidify the European Union Youth Orchestra's status and ensure its continuation long into the future. The European Union Youth Orchestra has been supported by the Creative Europe programme in various ways in the past and it is imperative that we create a legally sound and transparent solution to ensure sustainable support for the orchestra in the long term.

The orchestra has been a great way to bring musicians across the continent together. Regular training is provided for young musicians and there are countless performance opportunities in festivals and tours within the EU and at international level. This is an excellent way to teach young people professionalism and provide them with the skills necessary for a career in the cultural and creative sector. The orchestra's 3 000 alumni have gone on to work with major orchestras around the world, and I for one would love to see young Irish musicians given more opportunities to showcase their talents like this.

Hopefully the orchestra will have an opportunity to play *Dóchas Linn Naomh Pádraig* on St Patrick's Day.

D'aontódh tú leis sin, a Uachtaráin.

12.3. Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (A8-0051/2018 - Alain Lamassoure)

Oral explanations of vote

Jan Zahradil (ECR). – Paní předsedající, já samozřejmě uznávám nutnost boje proti takzvaným daňovým rájům, i když je velká otázka, co to vlastně je, daňový ráj. Já myslím, že za daňový ráj určitě nemůžeme označovat zemi, která si rozhodnutím vlastních autonomních ústavních orgánů, vlastní vlády, vlastního parlamentu udržuje nižší daně, než je třeba průměr Evropské unie. Já naopak daňovou konkurenci považuji za zdravou a považuju ji za motor evropské ekonomiky a růstu ekonomik jednotlivých států.

Jakékoliv snahy o vytváření společných daňových základů já považuji za jakési postupné, plíživé vlamování se do daňové suverenity členských zemí. Myslím, že tím to nekončí, tím to jenom začíná, že od těch základů se potom dostaneme k daňovým sazbám, napřed k daním nepřímým, potom k daním přímým, a proto jsem tuto zprávu podpořit nemohl. Myslím, že je to otevírání Pandořiny skříňky a že je to velmi nebezpečné.

12.4. Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (A8-0050/2018 - Paul Tang)

Oral explanations of vote

Gerolf Annemans (ENF). – Voorzitter, de Europese Unie trekt hier vandaag de vennootschapsbelasting naar zich toe.

In België hebben we circa twintig decennia lang een beweging gekend voor meer Vlaamse autonomie, meer autonomie voor Vlaanderen. Een Vlaamse beweging die die evolutie heeft zien stilleggen door de huidige Belgische regering, die op een nogal brutale manier een eind heeft gemaakt aan die evolutie.

Maar tot voor enkele jaren was de kern van die autonomiebeweging fiscale autonomie. Dat was de spits. En de gedachte daarachter was heel simpel: met fiscale autonomie zal Vlaanderen beter in staat zijn om welvaart en economische ontwikkeling voor de Vlaamse bevolking te waarborgen. Dus we probeerden als Vlaamse beweging die bevoegdheden terug te krijgen van België.

Nu gaan we ze zien verdwijnen naar Europa, terwijl zeven nationale parlementen zich daartegen hebben verzet. Het is een schandaal en geen goede evolutie. We hadden een andere oplossing moeten vinden voor de problemen die we voor ons hadden. Ik hoop dat hier snel een einde aan komt, want dit is niet wat we willen.

12.5. Leitlinien für den Haushaltsplan 2019 — Einzelplan III (A8-0062/2018 - Daniele Viotti)

Oral explanations of vote

Момчил Неков (S&D). – Г-жо Председател, уважаеми колеги, дадох подкрепата си за доклада относно общите насоки за изготвяне на бюджета за 2019 година, защото напълно подкрепям тезата, че когато Съветът предлага нови политически приоритети, следва да бъдат финансирани с нови бюджетни кредити. Създаването на условия за реализация и разгръщане на потенциала на младите хора в Европейския съюз би следвало, когато се правят програми за тях и са приоритет, да получават сериозна финансова подкрепа от бюджета на Европейския съюз.

Вместо това се налага практиката всяка нова инициатива да бъде финансирана за сметка на съществуващи програми, които са доказали своята добавена стойност. Такъв е примерът с Европейския корпус за солидарност. Аз напълно заставам зад инициативата, която ще позволи на млади хора от целия Европейски съюз да участват в доброволчески дейности и допринасят за социалнополлезни каузи. Това обаче не трябва да бъде в ущърб на Еразъм+, която е доказано най-успешната програма на Европейския съюз в областта на младежта и образованието.

12.6. Lage in Syrien (RC-B8-0139/2018, B8-0139/2018, B8-0141/2018, B8-0142/2018, B8-0143/2018, B8-0144/2018, B8-0146/2018, B8-0150/2018)

Oral explanations of vote

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, the conflict in Syria is probably the most outrageous disaster we are confronted with. This resolution has a critical meaning not only for Syrians and for the Middle East region, but also for Europe and the future security structure in the world.

When we take a decision on Syria with the scope to target Assad's regime, in practice, we make an impact on a very fragile regional framework that will determine our future safety. From this consideration, I voted against this resolution. The report in the way it has been drafted puts the EU on the side of the problem and not on the side of the solution.

Let us ask ourselves what concrete results we managed to achieve by introducing restrictive measures against Syrian officials. Is the EU really acquiring the face of diplomacy, and can we really call our approach inclusive and multilateral if we exclude big players such as Russia or Iran? That is why again and again, I voted against this resolution.

President. – We did not vote on corporate social responsibility so we should not have an explanation of vote on that.

13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(The sitting was suspended at 12.47)

VORSITZ: RAINER WIELAND*Vizepräsident***14. Wiederaufnahme der Sitzung***(Die Sitzung wird um 15.03 Uhr wieder aufgenommen.)***15. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll****16. Leistungsgebundene Reserve der ESI-Fonds (Aussprache)**

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über die leistungsgebundene Reserve der ESI-Fonds von Iskra Mihaylova im Namen des Ausschusses für regionale Entwicklung (O-000005/2018 - B8-0006/2018) (2018/2546(RSP)).

Lambert van Nistelrooij, *replacing the author.* – Mr President, thank you for having this specific point together with Johannes Hahn, the former commissioner for regional policy. Mr Hahn, I remember that you were always there when we were negotiating on the regulations for this period, 2014-2020, and that you were in the debate when we talked about the performance reserve. The performance reserve is really an innovation. We talk in this House about performance-based budgeting; we talk about the fact that those partners in the Member States, regional cities and Member States themselves reach the milestones and they are rewarded for it. It is to praise those who really perform and to give them another incentive to do their utmost.

And what happens now? Now we stand with the question: what's the point? The Regional Development Committee wants to test the Commission on the feasibility, to do a reality check on the performance reserve. As the President already said, it's about the ESI funds, it's about the Regional Development Fund, about the European Social Fund and the Cohesion Fund... and in these funds we put aside EUR 21 billion. That's 6% of the whole budget for the 7 years, for the best to serve the best.

Parliament, already last year – it was in Westphal report, on 13 June last year – established their building blocks for the rest of the period and gave a glimpse into the next period. Parliament there said that we wanted to have quicker decision-making, a faster track if possible, for this reserve that we had made. Since then we have had no answer from the European Commission on this point. So we want to hear clearly what the Commission is willing to do. The questions are clear. First, does the Commission intend to commence performance earlier when those programmes in the Member States are ahead of schedule and the evaluation can be done earlier. Second, depending on the outcome of any such anticipated performance review, is the Commission willing to release the performance reserves earlier?

Next year, we go to the citizens. We have our elections. We did our negotiating in the year 2013; in 2014 we started; 2016.... 2017.... 2018, and now we have to wait until 2019 to have an evaluation, and then this money that's already in the envelope of the Member States can be committed to be spent later in 2021-22-23.

How can I explain to my voters that Europe delivers, that Europe has better regulation, that Europe has an open ear and delivers, where companies and schools and public authorities take the right path? So this is the question: where is the flexibility on the side of the Commission? But then something happened: the Commission itself came forward in December with a new proposal to take the money of the performance reserve, and they had the intention, and I quote the College, to test the main features of the reform delivery tool in a pilot already in 2018-2020. And that was for quite another goal: to prepare countries, if they want to, to join the eurozone. And this got us to the question: what are we doing with the performance reserve? Who can explain this way of acting?

So this is the question the REGI Committee wants to bring forward and I hope that you can come with at least a clear message – because it was so silent, it was too silent. We were surprised when near St. Nicholas, at the beginning of December, we got this present and we didn't understand it anymore.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Mr President, indeed it's a kind of coming home to participate again in a debate about structural funds and regional policy, and everything which is related to this. It's also good to see some well-known faces again here in the plenary.

I am speaking primarily representing my successor and I don't want to intervene too much, but there is a common Commission view, of course, on this issue. I would really like to emphasise – and to begin this intervention by underlining – that the applicable provisions of the common provisions regulation as adopted by the co-legislators don't foresee an earlier performance review, or an earlier release of the performance reserve. Hence, it would be necessary to amend these provisions if the performance review was to be carried out ahead of the deadlines specified in the current legislation. The Commission does not intend to propose such a change in the current provisions applicable to the date of the performance assessment and the allocation of the reserve for the following reasons:

First, the rate of project selection is an important indicator of progress of programmes and of their potential final achievements, but it's not an automatic or a sufficient guarantee that the physical and financial intermediate objectives, so-called milestones, of the programmes measured by the performance framework will be achieved. Moreover, the so-called selection rate is not among the indicators included in the performance frameworks and the performance reserve may be released only when and if all indicators included in the performance framework meet the milestones in line with the applicable legal provisions.

Secondly, in order to avoid excessive burden on Member States and regions, reporting on the achievement of milestones takes place in the framework of the annual implementation reports. Any anticipated performance review would require separate reporting on the achievement of the milestones to take place before that date. Moreover, the performance framework and performance reserve are included in the programmes at the level of priority axes, and anticipated performance reviews may therefore result in a situation where some priority axes in one programme receive their reserve while others have still to undergo another performance review in 2019. This would therefore add complexity to the system and increase the burden on Member States and regions without bringing tangible benefits.

Therefore, the Commission doesn't intend to use its right of initiative to propose amendments to these rules as the potential benefits are significantly outweighed by the associated disadvantages, such as administrative burden, complexity, inconsistency across Member States and programmes, and unplanned changes to the indicative budgetary profile. The additional work for the legislators to process a potential amendment comes in addition to this. Having said that, the Commission stands ready to listen and to discuss specific ideas to improve this instrument with the European Parliament.

Lambert van Nistelrooij, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, thank you for giving me the floor again for the PPE Group. There are, of course, no inconsistencies between the two stories. You can understand that. We think – and we want to underline this – that the visibility of our policy should be underlined. With all the complexities maybe we have created a very heavy instrument with this performance reserve, but that does not mean that, in the sense of better regulation and even on the request of a Member State, it can present these milestones on the priority axes at the speed we need. So there should be flexibility and I am happy that the total silence until now on this subject in this House is broken and that you are offering us this dialogue. We will definitely take it.

Secondly, this debate is also in the framework of the new proposal by the Commission, and I can say that, if nothing is moving and no flexibility is coming from the performance reserve, I think that we will have serious doubts as to whether we have to be positive on the extent of the proposal that the Commission made in December alone. If you don't move on the one side and you add full flexibility on the other side, I don't think that the College is being consistent. So we have to speak. Otherwise it won't fly.

Nicola Caputo, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ogni Stato membro dispone di una riserva di efficacia dall'attuazione dei fondi strutturali e di investimento europei pari al 6 % delle risorse stanziare.

Alcuni paesi hanno già adottato decisioni per oltre il 70 % della spesa relativa alle rispettive assegnazioni al Fondo di sviluppo regionale e al Fondo sociale. Tuttavia, in seguito alla risoluzione di questo Parlamento, adottata quasi un anno fa, sulla costruzione di pilastri per una politica di coesione dell'Unione europea post 2020, non sono pervenute ulteriori informazioni in merito allo sblocco della riserva di efficacia.

La Commissione deve assolutamente, a mio avviso, sbloccare tale riserva, anticipando la verifica dell'efficacia dell'attuazione per i programmi che sono avanti sulle scadenze previste. Tra le iniziative del pacchetto di completamento dell'Unione economica e monetaria, recentemente presentato dalla Commissione, vi è la proposta di modifica del regolamento generale sui fondi strutturali per permettere agli Stati membri di lasciare in tutto o in parte la riserva di efficacia nella disponibilità della Commissione, allo scopo di realizzare un proprio piano di riforme strutturali, che l'Europa pagherebbe attraverso una procedura semplificata e senza bisogno di cofinanziamento nazionale.

La Commissione ha anche teorizzato una bipartizione tra regioni a basso reddito e regioni a bassa crescita. Si tratta di un meccanismo che, per quanto semplice all'apparenza, può generare equivoci e perplessità, anzitutto rispetto alla nozione stessa di riforme strutturali che, per come intesa dalla Commissione, appare in completa antinomia rispetto a quella di infrastrutture.

La mia posizione è chiara, proprio perché sono consapevole del ritardo infrastrutturale che continua a penalizzare le regioni in ritardo di sviluppo – come il Mezzogiorno d'Italia, che ho il privilegio di rappresentare in quest'Aula – e delle difficoltà che quotidianamente il loro tessuto produttivo incontra, sono convinto che la politica di coesione debba perseguire, contrariamente a quanto proposto dalla Commissione, il suo fine originario: ridurre, cioè, il gap tra i territori, ma tra tutti i territori, senza distinzioni tra «buoni» e «cattivi», che nelle intenzioni di qualcuno dovrebbe tradursi in obiettivi diversi per i fondi della coesione.

Dobbiamo sgombrare il campo dall'equivoco che i fondi europei, che sicuramente possono contribuire a tanto, da soli possano fare tutto. Sarebbe un errore imperdonabile, non solo accettare, ma addirittura promuovere l'idea che essi possano diventare la riserva per tutti i bisogni e per tutte le emergenze che l'Europa si trova ad affrontare. Al contrario, cerchiamo tutti insieme di rilanciare la politica di coesione modernizzandola, riscoprendone gli obiettivi e restituendo ai territori l'unica vera politica europea di investimenti strategici di lungo periodo.

Kosma Złotowski, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzy! Środki z rezerwy na wykonanie stanowią bardzo ważne narzędzie zachęcające państwa członkowskie do szybkiego i efektywniejszego realizowania projektów finansowanych z Europejskiego Funduszu Rozwoju Regionalnego i Europejskiego Funduszu Społecznego. Zasady korzystania z tej rezerwy powinny być jasne, a państwa członkowskie powinny być informowane o jej uruchomieniu w takim momencie, który pozwoli te środki jak najlepiej wykorzystać. Komisja powinna umożliwić państwom członkowskim uruchomienie rezerwy na wykonanie, biorąc pod uwagę fakt, że znaczna część programów jest realizowana z wyprzedzeniem. Pociąga to za sobą konieczność dostosowania daty przeglądu wyników dotyczących osiągnięcia celów pośrednich, od którego zależy uruchomienie tych środków. W maju 2017 r. Parlament Europejski jednoznacznie stwierdził, że obecnie czas pomiędzy spełnieniem warunków a uwolnieniem rezerwy na wykonanie jest zbyt długi, przez co ogranicza się jej skuteczność i efektywność. Problem ten jest szczególnie widoczny teraz, gdy zbliża się koniec obecnej perspektywy budżetowej i kreślimy kształt wieloletnich ram finansowych po 2020 r. Chciałbym usłyszeć jasną deklarację Komisji w tej sprawie oraz precyzyjną odpowiedź na pytanie Komisji Rozwoju Regionalnego.

Ana Miranda, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, on behalf of the Verts/ALE Group I would like to thank Mr van Nistelrooij for this initiative. It is important that we have the opportunity today to speak about the performance reserve for the European Structural Funds. Commissioner Hahn, you may remember that the Verts/ALE Group supported the performance reserve in the current funding period. We are convinced that it's very useful for the quality of the funding programmes. It is based on a new focus on results and milestones that have to be achieved. Some – if not all – regions and territories have done their job and are working hard towards the results by putting in place support for energy transition, creating new jobs and continuing to fight poverty and social exclusion. They have done everything the Commission asked of them, and now, Commissioner Hahn, the same Commission wants to take away the money that was put in reserve to honour their efforts? Seriously? Commissioner, the latest proposal from the Commission on the performance reserve has damaged the credibility of the European Union in the regions. For the Verts/ALE Group it is not acceptable to destroy the performance system at the moment, when it is at full speed. The regions have committed themselves to quality spending and result orientation. The Commission must not discourage them. More in general, Commissioner, we observe that the Commission continues to propose new budgetary instruments. So what is the Commission doing to resolve the problem? Deviating resources that have already been allocated? We fundamentally disagree with this approach.

Rosa D'Amato, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, lo diciamo senza giri di parole: dirottare ben 21 miliardi – circa 2,4 per l'Italia – destinati alla politica di coesione, e quindi alla coesione economica, sociale e territoriale, per rivolgerli ad altri obiettivi, tipo privatizzazioni o *Jobs Act*, è l'ennesimo schiaffo ai nostri territori, che mai come adesso hanno bisogno di investimenti per lo sviluppo.

Il Movimento 5 Stelle, sulle riforme strutturali, è assolutamente contrario a tutte quelle misure che intaccano il *welfare state*, inclusi gli interventi sul mercato del lavoro, mentre siamo aperti a misure relative, ad esempio, al miglioramento sulla capacità amministrativa o alla lotta all'evasione fiscale.

Le elezioni italiane hanno dimostrato che i cittadini non vogliono queste riforme calate dall'alto, che servono solo le multinazionali per abbassare i diritti dei cittadini. Siamo rimasti francamente sorpresi dalla proposta della Commissione di liberare anticipatamente queste risorse per destinarle, tra l'altro, alle riforme strutturali. Non capiamo la fretta, tanto più che le norme attuali prevedono che una verifica avrà luogo soltanto nel 2019. Le riforme strutturali non hanno nulla a che vedere con la ratio della politica di coesione.

Chiediamo alla Commissione di ascoltare le richieste e gli appelli che arrivano dalle autorità regionali e locali, quindi non tagliare i fondi della coesione, non distorcere gli obiettivi di queste preziose risorse che servono alle regioni più povere. Faremo di tutto, anche grazie alla forza che arriva dai cittadini italiani, per trasformare questa Europa in una terra in cui nessuno – nessuno – rimarrà indietro.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I would like to welcome the Commissioner back to regional development. I would also compliment my good friend, Lambert van Nistelrooij, on the great work he has done in this area for many years. When he speaks, he speaks with authority and knowledge and we would be well advised to listen to him.

Therefore, I believe it is necessary to call on the Commission to commence the performance review earlier for programmes that are ahead of schedule. In Ireland, for instance, we have established many programmes with ESI funding for 2014-2020. For recovering from the recession in 2008, the Programme for Employability, Inclusion and Learning, for example, has been a fantastic development in providing employment training and educational opportunities. This programme aims to help one million people integrate into the working world and encourages a continuation of third level education, including those with disabilities and those with financial disadvantages. The programmes implemented aim for sustainable and quality employment. Some examples of these programmes include training for the unemployed and Springboard Plus, which offer free part-time and full-time conversion courses at certificate, degree and postgraduate level.

However, in order to keep on track and continue progressing, it is important that performance reviews be delivered. These programmes have been funded by ESI, so I think these reviews should be made earlier than 2019 for the programmes ahead of schedule. The European Regional Development Fund has had a significant impact in decentralising development from main cities and spreading this development into rural parts of the country by developing the Southern and Eastern Regional Operational Programme and the Border, Midland and Western Regional Operational Programme. It is important for these programmes to be reviewed so that their strengths and weaknesses can be established and work done rather than endlessly spending EU funding without knowing if it is actually effective.

So I would encourage the Commission to consider commencing these performance reviews before 2019, in order to avoid a backlog, and to allow the performance reserve to be utilised effectively.

Spontane Wortmeldungen

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, vreau să o felicit pe colega mea, în primul rând, pentru întrebarea adresată și, ca un om care a lucrat în business, spun că a bloca 21 de miliarde și a nu le da acolo unde trebuie, mi se pare absolut de neacceptat și nu înțeleg motivația dumneavoastră, domnule comisar, potrivit căreia n-ați putea începe mai repede evaluările, pentru că ar crea o birocrație suplimentară pentru cei care trebuie să raporteze. Păi consultați statele, consultați regiunile și o să vedeți că vor vrea să raporteze.

Orice întârziere în a da niște bani pe reforme înseamnă o pierdere. Și nu mai înțeleg un lucru – cum să existe ideea de a lua acești bani, am înțeles din luările de cuvânt de aici? Factorul motivațional: a fost gândită această sumă pentru a se da pentru cei care au performanță. Și, sigur că nu pot să nu fac referire la ce a spus colega noastră, că nu au legătură reformele structurale cu politica de coeziune, mi se pare straniu. Vă rog, domnule comisar, să ne răspundeți.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Mr President, the performance framework and the reserve are among the main elements of the reinforced result-orientation of cohesion policy in the current period and the Commission remains committed to the strong performance orientation of ESI funds. For reasons of consistency, coherence, simplification and having a level playing field across Member States, it is essential to maintain uniform conditions for applying the performance framework and to ensure that the achievement of milestones is assessed at the same time.

Let me reiterate that the Commission is always ready to listen to ideas and proposals from the European Parliament. Mr President, honourable Members, thank you for this debate. May I say very personally that you can be reassured that, as a former Commissioner for this policy and having invested a lot of energy in the reform of this policy, I still have a very close eye on it and on performance in particular.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

17. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

18. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

19. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

20. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 15.30 Uhr geschlossen.)

21. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich möchte allen Kollegen danken, die noch bis zum Schluss geblieben sind und möchte insbesondere den Diensten und den Dolmetschern für ihre Arbeit in dieser Woche und den Gästen für ihr Interesse danken.

Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3264

23.5.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.111028

(C/2024/3264)

Datum der Annahme der Entscheidung	5.4.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.111028	
Mitgliedstaat	Deutschland	
Region	Bayern	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Bayern: Streuobstpflge (KULAP – I82)	
Rechtsgrundlage	Gemeinsame Richtlinie zur Förderung von Agrarumwelt-, Klima- und Tierschutzmaßnahmen (AUKM) in Bayern, Teil VII: Streuobstpflge (KULAP – I82)Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO)Verwaltungsvorschriften zu Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (VV-BayHO)	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete, Beihilfen für Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 17 500 000 EUR Jährliche Mittel: 3 500 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität	80,0 %	
Laufzeit	bis zum 31.12.2027	
Wirtschaftssektoren	Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in den Landkreisen sowie den kreisfreien Städten Bayerns https://www.stmelf.bayern.de/ministerium/liste-der-aemter-fuer-ernaehrung-landwirtschaft-und-forsten/index.html	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



**Bekanntmachung der Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von Lysin
mit Ursprung in der Volksrepublik China**

(C/2024/3265)

Der Europäischen Kommission (im Folgenden „Kommission“) liegt ein Antrag nach Artikel 5 der Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern ⁽¹⁾ (im Folgenden „Grundverordnung“) vor, dem zufolge die Einfuhren von Lysin mit Ursprung in der Volksrepublik China gedumpte sind und dadurch den Wirtschaftszweig der Union schädigen ⁽²⁾.

1. Antrag

Der Antrag wurde am 8. April 2024 von METEX NOOVISTAGO (im Folgenden „Antragsteller“), dem einzigen Unionshersteller von Lysin, eingereicht. Der Antrag wurde im Sinne des Artikels 5 Absatz 4 der Grundverordnung vom Wirtschaftszweig der Union für Lysin gestellt.

Eine allgemein einsehbare Fassung des Antrags und die Analyse, inwieweit der Antrag von den Unionsherstellern unterstützt wird, sind in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier verfügbar. Abschnitt 5.6 dieser Bekanntmachung enthält Informationen über den Zugang zum Dossier für interessierte Parteien.

2. Untersuchte Ware

Diese Untersuchung betrifft Lysin und seine Ester, Salze dieser Erzeugnisse und Futtermittelzusatzstoffe, bezogen auf die Trockenmasse bestehend aus 68 GHT oder mehr, jedoch nicht mehr als 80 GHT L-Lysin-Sulfat, und nicht mehr als 32 GHT anderen Bestandteilen wie Kohlenhydraten und anderen Aminosäuren (im Folgenden „untersuchte Ware“).

Interessierte Parteien, die Informationen zur Warendefinition übermitteln möchten, müssen dies binnen 10 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung tun ⁽³⁾.

3. Dumpingbehauptung

Bei der angeblich gedumpten Ware handelt es sich um die untersuchte Ware mit Ursprung in der Volksrepublik China (im Folgenden „betroffenes Land“), die derzeit unter den KN-Codes ex 2309 90 31, ex 2309 90 96 und 2922 41 00 (TARIC-Codes: 2309903141, 2309903149, 2309909641, 2309909649) eingereiht wird. Die KN- und TARIC-Codes werden nur informationshalber und unbeschadet einer späteren Änderung der zolltariflichen Einreihung angegeben. Der Gegenstand dieser Untersuchung unterliegt der Definition der untersuchten Ware in Abschnitt 2.

Dem Antragsteller zufolge ist es aufgrund nennenswerter Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b der Grundverordnung nicht angemessen, die Inlandspreise und -kosten in der Volksrepublik China zu verwenden.

Zur Untermauerung der Behauptung, dass nennenswerte Verzerrungen bestehen, stützte sich der Antragsteller auf die Informationen in der für die Zwecke von Handelsschutzuntersuchungen erstellten Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über nennenswerte wirtschaftliche Verzerrungen in der Volksrepublik China vom 20. Dezember 2017 ⁽³⁾. Insbesondere seien bei Herstellung und Verkauf der untersuchten Ware offenbar die Verzerrungen gegeben, die unter anderem in den Kapiteln über Grund und Boden, Energie, Kapital, Rohstoffe und Arbeit angeführt seien, sowie Verzerrungen, die sich speziell auf die chemische Industrie auswirkten. Der Antragsteller verwies auch auf den aktualisierten Länderbericht vom 10. April 2024 ⁽⁴⁾, der das Vorliegen dieser Verzerrungen bestätigte ⁽⁵⁾.

⁽¹⁾ ABL L 176 vom 30.6.2016, S. 21.

⁽²⁾ Der allgemeine Begriff „Schädigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 der Grundverordnung bedeutet, dass ein Wirtschaftszweig der Union bedeutend geschädigt wird oder geschädigt zu werden droht oder dass die Errichtung eines Wirtschaftszweigs der Union erheblich verzögert wird.

⁽³⁾ Commission Staff Working Document on Significant Distortions in the Economy of the People's Republic of China for the Purposes of Trade Defence Investigations vom 20. Dezember 2017, SWD(2017) 483 final/2, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD\(2017\)483&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD(2017)483&lang=en)

⁽⁴⁾ Der aktualisierte Länderbericht steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel zur Verfügung; Commission Staff Working Document on Significant Distortions in the Economy of the People's Republic of China for the Purposes of Trade Defence Investigations vom 10. April 2024, SWD(2024) 91 final, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD\(2024\)91&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD(2024)91&lang=en).

⁽⁵⁾ Im Länderbericht zitierte Dokumente sind auf hinreichend begründeten Antrag ebenfalls erhältlich.

Darüber hinaus stützte sich der Antragsteller auf den 14. Fünfjahresplan Chinas, der für den Zeitraum von 2021 bis 2025 gilt und in dem es heißt, dass die chinesische Regierung entschlossen sei, die chemische Industrie weiter engmaschig zu überwachen. Es wurden mehrere Artikel unterbreitet, um die Einmischung der chinesischen Regierung in chinesische Unternehmen, die Lysin herstellen, zu belegen. Darüber hinaus nahm der Antragsteller auf die Feststellungen der Kommission in mehreren kürzlich durchgeführten Antidumpinguntersuchungen Bezug.

Daher stützt sich die Dumpingbehauptung nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung auf einen Vergleich eines Normalwerts, der rechnerisch ermittelt wurde anhand von Herstell- und Umsatzkosten, die unverzerrte Preise oder Vergleichswerte widerspiegeln, mit dem Preis der untersuchten Ware bei der Ausfuhr in die Union (auf der Stufe ab Werk).

Aus diesem Vergleich ergeben sich für das betroffene Land erhebliche Dumpingspannen.

Angesichts der vorliegenden Informationen vertritt die Kommission die Auffassung, dass im Sinne des Artikels 5 Absatz 9 der Grundverordnung genügend Beweise vorliegen, die tendenziell darauf hindeuten, dass es aufgrund nennenswerter Verzerrungen mit Auswirkungen auf Preise und Kosten nicht angemessen ist, die Inlandspreise und -kosten des betroffenen Landes heranzuziehen, und dass somit die Einleitung einer Untersuchung nach Artikel 2 Absatz 6a der Grundverordnung gerechtfertigt ist.

4. Behauptung bezüglich Schädigung und Schadensursache

Der Antragsteller legte Beweise dafür vor, dass die Einfuhren der untersuchten Ware aus dem betroffenen Land gemessen am Marktanteil gestiegen sind.

Aus den vom Antragsteller vorgelegten Beweisen geht hervor, dass die Menge und die Preise der eingeführten untersuchten Ware sich unter anderem auf die Verkaufsmengen, die in Rechnung gestellten Preise und den Marktanteil des Wirtschaftszweigs der Union negativ ausgewirkt und dadurch die Gesamtergebnisse, die finanzielle Lage und die Beschäftigungssituation des Wirtschaftszweigs der Union sehr nachteilig beeinflusst haben. Aus den vom Antragsteller vorgelegten Beweisen geht ferner hervor, dass die Preise der eingeführten untersuchten Ware sich unter anderem auf die Verkaufsmengen des Wirtschaftszweigs der Union negativ ausgewirkt und dadurch die Gesamtergebnisse des Wirtschaftszweigs der Union sehr nachteilig beeinflusst haben.

5. Verfahren

Die Kommission kam nach Unterrichtung der Mitgliedstaaten zu dem Schluss, dass der Antrag im Namen des Wirtschaftszweigs der Union gestellt wurde und dass die vorliegenden Beweise die Einleitung eines Verfahrens rechtfertigen; sie leitet daher nach Artikel 5 der Grundverordnung eine Untersuchung ein.

Bei der Untersuchung wird geprüft, ob die untersuchte Ware mit Ursprung in dem betroffenen Land gedumpte ist und ob der Wirtschaftszweig der Union durch die gedumpten Einfuhren geschädigt wird.

Sollte sich dies bestätigen, wird nach Artikel 21 der Grundverordnung weiter geprüft, ob die Einführung von Maßnahmen nicht etwa dem Unionsinteresse zuwiderliefe.

5.1. Untersuchungszeitraum und Bezugszeitraum

Die Untersuchung von Dumping und Schädigung betrifft den Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 (im Folgenden „Untersuchungszeitraum“). Die Untersuchung der für die Schadensanalyse relevanten Entwicklungen betrifft den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums (im Folgenden „Bezugszeitraum“).

5.2. Stellungnahmen zum Antrag und zur Einleitung der Untersuchung

Interessierte Parteien, die zum Antrag (zum Beispiel zu Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Schädigung oder der Schadensursache) oder zu Aspekten im Zusammenhang mit der Einleitung der Untersuchung (zum Beispiel zu der Frage, inwieweit der Antrag unterstützt wird) Stellung nehmen möchten, müssen dies binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung tun.

Anträge auf Anhörung, die die Einleitung der Untersuchung betreffen, müssen binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung gestellt werden.

5.3. Verfahren zur Dumpingermittlung

Die ausführenden Hersteller ⁽⁶⁾ der untersuchten Ware aus dem betroffenen Land werden gebeten, bei der Untersuchung der Kommission mitzuarbeiten.

5.3.1. Untersuchung der ausführenden Hersteller

a) Stichprobenverfahren

Da in dem betroffenen Land möglicherweise eine Vielzahl ausführender Hersteller von dem Verfahren betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, kann die Kommission die Zahl der zu untersuchenden ausführenden Hersteller auf ein vertretbares Maß beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 17 der Grundverordnung durchgeführt.

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle ausführenden Hersteller oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter gebeten, der Kommission binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Angaben zu ihrem Unternehmen vorzulegen. Diese Angaben sind über TRON.tdi (im Folgenden „TRON“) unter folgender Adresse zu übermitteln: https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi/form/AD706_SAMPLING_FORM_FOR_EXPORTING_PRODUCER. Informationen zum Zugriff auf TRON enthalten die Abschnitte 5.6 und 5.8.

Die Kommission hat ferner mit den Behörden der Volksrepublik China Kontakt aufgenommen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Auswahl der Stichprobe der ausführenden Hersteller benötigt; zum selben Zweck kontaktiert sie möglicherweise auch die ihr bekannten Verbände ausführender Hersteller.

Ist die Bildung einer Stichprobe erforderlich, können die ausführenden Hersteller auf der Grundlage der größten repräsentativen Menge der Ausfuhren in die Union ausgewählt werden, die in der zur Verfügung stehenden Zeit in angemessener Weise untersucht werden kann. Alle der Kommission bekannten ausführenden Hersteller, die Behörden des betroffenen Landes und die Verbände der ausführenden Hersteller werden von der Kommission (gegebenenfalls über die Behörden der Volksrepublik China) darüber in Kenntnis gesetzt, welche Unternehmen für die Stichprobe ausgewählt wurden.

Sobald die Kommission die erforderlichen Informationen erhalten hat, um eine Stichprobe der ausführenden Hersteller zu bilden, teilt sie den betroffenen Parteien mit, ob sie in die Stichprobe einbezogen wurden. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die ausführenden Hersteller, die für die Stichprobe ausgewählt wurden, binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über ihre Einbeziehung in die Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Die Kommission nimmt in das zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmte Dossier einen Vermerk zur Stichprobenauswahl auf. Stellungnahmen zur Stichprobenauswahl müssen binnen 3 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe eingehen.

Der Fragebogen für ausführende Hersteller steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2727>) zur Verfügung.

Der Fragebogen wird auch allen der Kommission bekannten Verbänden ausführender Hersteller sowie den Behörden des betroffenen Landes zur Verfügung gestellt.

Unbeschadet des Artikels 18 der Grundverordnung gelten ausführende Hersteller, die ihrer Einbeziehung in die Stichprobe zugestimmt haben, jedoch hierfür nicht ausgewählt werden, als mitarbeitend (im Folgenden „nicht in die Stichprobe einbezogene mitarbeitende ausführende Hersteller“). Unbeschadet des Abschnitts 5.3.1 Buchstabe b darf der Antidumpingzoll, der gegebenenfalls auf die von diesen Herstellern stammenden Einfuhren erhoben wird, die gewogene durchschnittliche Dumpingspanne nicht übersteigen, die für die in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller ermittelt wird ⁽⁷⁾.

⁽⁶⁾ Ein ausführender Hersteller ist ein Unternehmen im betroffenen Land, das die untersuchte Ware herstellt und in die Union ausführt, entweder direkt oder über einen Dritten, auch über ein verbundenes Unternehmen, das an der Herstellung, den Inlandsverkäufen oder der Ausfuhr der untersuchten Ware beteiligt ist.

⁽⁷⁾ Nach Artikel 9 Absatz 6 der Grundverordnung bleiben Dumpingspannen, deren Höhe null beträgt, geringfügig ist oder nach Maßgabe des Artikels 18 der Grundverordnung ermittelt wurde, unberücksichtigt.

b) Individuelle Dumpingspanne für nicht in die Stichprobe einbezogene ausführende Hersteller

Nach Artikel 17 Absatz 3 der Grundverordnung können nicht in die Stichprobe einbezogene mitarbeitende ausführende Hersteller beantragen, dass die Kommission für sie eine unternehmensspezifische Dumpingspanne (im Folgenden „individuelle Dumpingspanne“) ermittelt. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen ausführende Hersteller, die eine individuelle Dumpingspanne beantragen möchten, den Fragebogen binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Stichprobe ordnungsgemäß ausgefüllt zurücksenden. Der Fragebogen für ausführende Hersteller steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2727>) zur Verfügung. Die Kommission wird prüfen, ob nicht in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden ausführenden Herstellern ein unternehmensspezifischer Zoll nach Artikel 9 Absatz 5 der Grundverordnung gewährt werden kann.

Allerdings sollten sich nicht in die Stichprobe einbezogene mitarbeitende ausführende Hersteller, die eine individuelle Dumpingspanne beantragen, darüber im Klaren sein, dass die Kommission dennoch beschließen kann, keine individuelle Dumpingspanne für sie zu ermitteln, wenn beispielsweise die Zahl der zu untersuchenden mitarbeitenden ausführenden Hersteller – einschließlich der in die Stichprobe einbezogenen – so groß ist, dass eine solche Ermittlung eine zu große Belastung darstellen und den fristgerechten Abschluss der Untersuchung verhindern würde.

5.3.2. *Zusätzliches Verfahren für das betroffene Land, in dem nennenswerte Verzerrungen auftreten*

Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden alle interessierten Parteien gebeten, unter Vorlage von Informationen und sachdienlichen Nachweisen ihren Standpunkt zur Anwendung des Artikels 2 Absatz 6a der Grundverordnung darzulegen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen diese Informationen und sachdienlichen Nachweise binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingehen.

Insbesondere fordert die Kommission alle interessierten Parteien auf, zu den im Antrag angegebenen Inputs und Codes des Harmonisierten Systems (HS) Stellung zu nehmen, ein geeignetes repräsentatives Land oder geeignete repräsentative Länder vorzuschlagen und Hersteller der untersuchten Ware in diesen Ländern zu nennen. Diese Informationen und sachdienlichen Nachweise müssen binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingehen.

Kurz nach der Einleitung der Untersuchung unterrichtet die Kommission nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe e der Grundverordnung durch einen Vermerk in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier die von der Untersuchung betroffenen Parteien über die relevanten Quellen (gegebenenfalls auch über die Auswahl eines geeigneten repräsentativen Drittlands), welche die Kommission zur Ermittlung des Normalwerts nach Artikel 2 Absatz 6a heranzuziehen beabsichtigt. Im Einklang mit Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe e können die von der Untersuchung betroffenen Parteien binnen 10 Tagen zu dem Vermerk Stellung nehmen.

Für die endgültige Auswahl eines angemessenen repräsentativen Drittlands wird die Kommission prüfen, ob der wirtschaftliche Entwicklungsstand in den betreffenden Drittländern ähnlich ist wie im betroffenen Land, ob die untersuchte Ware in diesen Drittländern tatsächlich hergestellt und verkauft wird und ob die entsprechenden Daten ohne Weiteres verfügbar sind. Gibt es mehr als ein repräsentatives Drittland, wird gegebenenfalls Ländern der Vorzug gegeben, in denen ein angemessener Sozial- und Umweltschutz besteht. Den der Kommission vorliegenden Informationen zufolge könnte Brasilien ein geeignetes repräsentatives Drittland sein.

In diesem Zusammenhang fordert die Kommission alle Hersteller im betroffenen Land auf, ihr innerhalb von 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Informationen über die bei der Herstellung der untersuchten Ware verwendeten Vormaterialien (Rohstoffe und Halbzeug) und den entsprechenden Energieverbrauch zu übermitteln. Diese Angaben sind über TRON.tdi unter folgender Adresse zu übermitteln: https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi/form/AD706_INFO_ON_INPUTS_FOR_EXPORTING_PRODUCER_FORM. Informationen zum Zugriff auf TRON enthalten die Abschnitte 5.6 und 5.8.

Sachinformationen zu Kosten und Preisen nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung müssen darüber hinaus binnen 65 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung vorgelegt werden. Solche Sachinformationen sollten ausschließlich aus öffentlichen Quellen stammen, die ohne Weiteres verfügbar sind.

5.3.3. *Untersuchung der unabhängigen Einführer* ⁽⁸⁾ ⁽⁹⁾

Die unabhängigen Einführer, die die untersuchte Ware aus dem betroffenen Land in die Union einführen, werden gebeten, bei dieser Untersuchung mitzuarbeiten.

Da möglicherweise eine Vielzahl unabhängiger Einführer von dem Verfahren betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, kann die Kommission die Zahl der zu untersuchenden unabhängigen Einführer auf ein vertretbares Maß beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 17 der Grundverordnung durchgeführt.

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle unabhängigen Einführer oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter gebeten, der Kommission binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung die im Anhang erbetenen Angaben zu ihren Unternehmen vorzulegen.

Ferner kann die Kommission mit den ihr bekannten Einführerverbänden Kontakt aufnehmen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Auswahl der Stichprobe der unabhängigen Einführer benötigt.

Ist die Bildung einer Stichprobe erforderlich, können die Einführer auf der Grundlage der größten repräsentativen Verkaufsmenge der untersuchten Ware in der Union ausgewählt werden, die in der zur Verfügung stehenden Zeit angemessen untersucht werden kann.

Sobald die Kommission die erforderlichen Informationen erhalten hat, um eine Stichprobe zu bilden, teilt sie den betroffenen Parteien ihre Entscheidung bezüglich der Einführerstichprobe mit. Die Kommission nimmt ferner einen Vermerk zur Stichprobenauswahl in das zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmte Dossier auf. Stellungnahmen zur Stichprobenauswahl müssen binnen 3 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe eingehen.

Die Kommission wird den in die Stichprobe einbezogenen unabhängigen Einführern Fragebogen zur Verfügung stellen, um die für ihre Untersuchung benötigten Informationen einzuholen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Parteien binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Der Fragebogen für Einführer steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2727>) zur Verfügung.

5.4. *Verfahren zur Feststellung einer Schädigung und zur Untersuchung der Unionshersteller*

Die Feststellung einer Schädigung stützt sich auf eindeutige Beweise und erfordert eine objektive Prüfung der Menge der gedumpten Einfuhren sowie ihrer Auswirkungen auf die Preise in der Union und auf den Wirtschaftszweig der Union. Zwecks Feststellung, ob der Wirtschaftszweig der Union geschädigt wird, wird der der Kommission bekannte Unionshersteller der untersuchten Ware gebeten, bei der Untersuchung der Kommission mitzuarbeiten.

Um die Informationen über die Unionshersteller einzuholen, die sie für ihre Untersuchung benötigt, wird die Kommission dem ihr bekannten Unionshersteller (METEX NOOVISTAGO – im Folgenden „Antragsteller“) Fragebogen zusenden.

Der Unionshersteller muss innerhalb von 30 Tagen nach der Zustellung einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

⁽⁸⁾ Dieser Abschnitt betrifft nur Einführer, die nicht mit ausführenden Herstellern verbunden sind. Einführer, die mit ausführenden Herstellern verbunden sind, müssen Anhang I des Fragebogens für die betreffenden ausführenden Hersteller ausfüllen. Nach Artikel 127 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union gelten zwei Personen als verbunden, wenn a) sie leitende Angestellte oder Direktoren im Unternehmen der anderen Person sind, b) sie Teilhaber oder Gesellschafter von Personengesellschaften sind, c) sie sich in einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis zueinander befinden, d) eine dritte Person unmittelbar oder mittelbar 5 % oder mehr der im Umlauf befindlichen stimmberechtigten Anteile oder Aktien beider Personen besitzt, kontrolliert oder hält, e) eine von ihnen unmittelbar oder mittelbar die andere kontrolliert, f) beide von ihnen unmittelbar oder mittelbar von einer dritten Person kontrolliert werden, g) sie beide zusammen unmittelbar oder mittelbar eine dritte Person kontrollieren oder h) sie Mitglieder derselben Familie sind (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558). Nach Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union ist eine „Person“ eine natürliche Person, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung, die keine juristische Person ist, die jedoch nach Unionsrecht oder nach einzelstaatlichem Recht die Möglichkeit hat, im Rechtsverkehr wirksam aufzutreten (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).

⁽⁹⁾ Die von unabhängigen Einführern vorgelegten Daten können im Rahmen dieser Untersuchung auch zu anderen Zwecken als zur Dumpingermittlung herangezogen werden.

Der Fragebogen für Unionshersteller steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2727>) zur Verfügung.

5.5. **Verfahren zur Prüfung des Unionsinteresses**

Sollten Dumping und eine dadurch verursachte Schädigung festgestellt werden, ist nach Artikel 21 der Grundverordnung zu entscheiden, ob die Einführung von Antidumpingmaßnahmen nicht etwa dem Unionsinteresse zuwiderliefe. Die Unionshersteller, die Einführer und ihre repräsentativen Verbände, die Verwender und ihre repräsentativen Verbände, die Gewerkschaften sowie repräsentative Verbraucherorganisationen werden gebeten, der Kommission Informationen dazu zu übermitteln, ob die Einführung von Maßnahmen dem Unionsinteresse zuwiderliefe. Um bei der Untersuchung mitarbeiten zu können, müssen die repräsentativen Verbraucherorganisationen nachweisen, dass ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der untersuchten Ware besteht.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Informationen zur Bewertung des Unionsinteresses binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung übermittelt werden. Die Angaben können entweder in einem frei gewählten Format oder in einem von der Kommission erstellten Fragebogen gemacht werden. Die Fragebogen, darunter auch der Fragebogen für Verwender der untersuchten Ware, stehen in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2727>) zur Verfügung. Nach Artikel 21 der Grundverordnung übermittelte Informationen werden nur dann berücksichtigt, wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Übermittlung durch Beweise belegt sind.

5.6. **Interessierte Parteien**

Um bei der Untersuchung mitarbeiten zu können, müssen interessierte Parteien wie ausführende Hersteller, Unionshersteller, Einführer und ihre repräsentativen Verbände, Verwender und ihre repräsentativen Verbände, Gewerkschaften sowie repräsentative Verbraucherorganisationen nachweisen, dass ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der untersuchten Ware besteht.

Ausführende Hersteller, Unionshersteller, Einführer und repräsentative Verbände, die Informationen nach den Verfahren der Abschnitte 5.3.1, 5.3.3 und 5.4 zur Verfügung gestellt haben, gelten als interessierte Parteien, wenn ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der untersuchten Ware besteht.

Andere Parteien können erst dann als interessierte Partei bei der Untersuchung mitarbeiten, wenn sie sich bei der Kommission gemeldet haben, und nur dann, wenn ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der untersuchten Ware besteht. Die Einstufung als interessierte Partei gilt unbeschadet der Anwendung des Artikels 18 der Grundverordnung.

Der Zugang zu dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier erfolgt über TRON.tdi unter folgender Adresse: <https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>. Um Zugang zu erhalten, folgen Sie bitte den Anweisungen auf dieser Webseite ⁽¹⁰⁾.

5.7. **Möglichkeit der Anhörung durch die untersuchenden Kommissionsdienststellen**

Jede interessierte Partei kann eine Anhörung durch die untersuchenden Kommissionsdienststellen beantragen.

Der entsprechende Antrag ist schriftlich zu stellen und zu begründen; er muss ferner eine Zusammenfassung der Punkte enthalten, die die interessierte Partei während der Anhörung erörtern möchte. Die Anhörung ist auf die von den interessierten Parteien im Voraus schriftlich dargelegten Punkte beschränkt.

Für die Anhörungen gilt folgender Zeitrahmen:

- Anhörungen, die vor Ablauf der Frist für die Einführung vorläufiger Maßnahmen stattfinden sollen, sollten binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung beantragt werden. Die Anhörung findet in der Regel binnen 60 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung statt.
- Nach dem Stadium der vorläufigen Feststellungen sollten Anträge binnen 5 Tagen nach dem Datum der Unterrichtung über die vorläufigen Feststellungen oder des Informationspapiers gestellt werden. Die Anhörung findet in der Regel binnen 15 Tagen nach der Mitteilung bezüglich des Unterrichtungsdokuments oder dem Datum des Informationspapiers statt.

⁽¹⁰⁾ Bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail (trade-service-desk@ec.europa.eu) oder telefonisch (Tel. +32 22979797) an den Trade Service Desk.

- Im Stadium der endgültigen Feststellungen sollten Anträge binnen 3 Tagen nach dem Datum der Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen gestellt werden. Die Anhörung findet in der Regel innerhalb der Frist für Stellungnahmen zur endgültigen Unterrichtung statt. Im Falle einer weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen sollten Anträge unmittelbar nach Erhalt dieses weiteren Unterrichtungsdokuments gestellt werden. Die Anhörung findet in der Regel innerhalb der Frist für Stellungnahmen zu dieser Unterrichtung statt.

Der genannte Zeitrahmen berührt nicht das Recht der Kommissionsdienststellen, in hinreichend begründeten Fällen auch Anhörungen außerhalb des jeweils genannten Zeitrahmens zu akzeptieren und in hinreichend begründeten Fällen Anhörungen zu verweigern. Wird ein Antrag auf Anhörung von den Kommissionsdienststellen abgelehnt, werden der betreffenden Partei die Gründe für die Ablehnung mitgeteilt.

Grundsätzlich können die Anhörungen nicht zur Darlegung von Sachinformationen genutzt werden, die noch nicht im Dossier enthalten sind. Im Interesse einer guten Verwaltung und um die Kommissionsdienststellen in die Lage zu versetzen, bei der Untersuchung voranzukommen, können die interessierten Parteien nach einer Anhörung jedoch aufgefordert werden, neue Sachinformationen vorzulegen.

5.8. *Schriftliche Beiträge, Übermittlung ausgefüllter Fragebogen und Schriftwechsel*

Der Kommission für die Zwecke von Handelsschutzuntersuchungen vorgelegte Angaben müssen frei von Urheberrechten sein. Bevor interessierte Parteien der Kommission Angaben oder Daten vorlegen, für die Urheberrechte Dritter gelten, müssen sie vom Urheberrechtsinhaber eine spezifische Genehmigung einholen, die es der Kommission ausdrücklich gestattet, a) die Angaben und Daten für die Zwecke dieses Handelsschutzverfahrens zu verwenden und b) den interessierten Parteien dieser Untersuchung die Angaben und Daten so vorzulegen, dass sie ihre Verteidigungsrechte wahrnehmen können.

Alle von interessierten Parteien übermittelten schriftlichen Beiträge, die vertraulich behandelt werden sollen, müssen den Vermerk „Sensitive“⁽¹⁾ (zur vertraulichen Behandlung) tragen; dies gilt auch für entsprechende mit dieser Bekanntmachung angeforderte Informationen, ausgefüllte Fragebogen und sonstige Schreiben. Parteien, die im Laufe der Untersuchung Informationen vorlegen, werden gebeten, ihren Antrag auf vertrauliche Behandlung zu begründen.

Parteien, die Informationen mit dem Vermerk „Sensitive“ übermitteln, müssen nach Artikel 19 Absatz 2 der Grundverordnung eine nichtvertrauliche Zusammenfassung vorlegen, die den Vermerk „For inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien) trägt. Diese Zusammenfassung sollte so ausführlich sein, dass sie ein angemessenes Verständnis des wesentlichen Inhalts der vertraulichen Informationen ermöglicht.

Kann eine Partei, die vertrauliche Informationen vorlegt, ihren Antrag auf vertrauliche Behandlung nicht triftig begründen oder legt sie keine nichtvertrauliche Zusammenfassung der Informationen im vorgeschriebenen Format und in der vorgeschriebenen Qualität vor, so kann die Kommission solche Informationen unberücksichtigt lassen, sofern nicht aus geeigneten Quellen in zufriedenstellender Weise nachgewiesen wird, dass die Informationen richtig sind.

Interessierte Parteien werden gebeten, alle Beiträge und Anträge, darunter auch Anträge auf Registrierung als interessierte Partei, gescannte Vollmachten und Bescheinigungen, über TRON.tdi (<https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>) zu übermitteln. Mit der Verwendung von TRON.tdi oder E-Mail erklären sich die interessierten Parteien mit den Regeln für die elektronische Übermittlung von Unterlagen im Leitfaden zum SCHRIFTWECHSEL MIT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION BEI HANDELSCHUTZUNTERSUCHUNGEN einverstanden, der auf der Website der GD Handel veröffentlicht ist: <https://europa.eu/!7tHpY3>. Die interessierten Parteien müssen ihren Namen sowie ihre Anschrift, Telefonnummer und eine gültige E-Mail-Adresse angeben und sollten sicherstellen, dass die genannte E-Mail-Adresse zu einer aktiven offiziellen Mailbox führt, die täglich eingesehen wird. Hat die Kommission die Kontaktdaten erhalten, so kommuniziert sie ausschließlich über TRON.tdi oder per E-Mail mit den interessierten Parteien, es sei denn, diese wünschen ausdrücklich, alle Unterlagen von der Kommission auf einem anderen Kommunikationsweg zu erhalten, oder die Art der Unterlage macht den Versand per Einschreiben erforderlich. Weitere Regeln und Informationen bezüglich des Schriftverkehrs mit der Kommission, einschließlich der Grundsätze für Übermittlungen über TRON.tdi oder per E-Mail, können dem genannten Leitfaden für interessierte Parteien entnommen werden.

⁽¹⁾ Eine Unterlage mit dem Vermerk „Sensitive“ gilt als vertraulich im Sinne des Artikels 19 der Grundverordnung und des Artikels 6 des WTO-Übereinkommens zur Durchführung des Artikels VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (Antidumping-Übereinkommen). Sie ist ferner nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43) geschützt.

Postanschrift der Kommission:
Europäische Kommission
Generaldirektion Handel
Direktion G
Büro: CHAR 04/039
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

TRON.tdi: <https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi>

E-Mail-Adresse für Angelegenheiten, die das Dumping betreffen:

TRADE-AD706-LYSINE-DUMPING@ec.europa.eu

E-Mail-Adresse für Angelegenheiten, die die Schädigung betreffen:

TRADE-AD706-LYSINE-INJURY@ec.europa.eu

6. Zeitplan für die Untersuchung

Nach Artikel 6 Absatz 9 der Grundverordnung wird die Untersuchung innerhalb eines Jahres, spätestens jedoch innerhalb von 14 Monaten nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung abgeschlossen. Nach Artikel 7 Absatz 1 der Grundverordnung können vorläufige Maßnahmen eingeführt werden, und zwar spätestens sieben Monate, allerspätstens jedoch acht Monate nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung.

Im Einklang mit Artikel 19a der Grundverordnung erteilt die Kommission vier Wochen vor der Einführung vorläufiger Maßnahmen Auskünfte über die geplante Einführung der vorläufigen Zölle. Den interessierten Parteien werden drei Arbeitstage eingeräumt, um schriftlich zur Richtigkeit der Berechnungen Stellung zu nehmen.

Falls die Kommission beabsichtigt, keine vorläufigen Zölle einzuführen, die Untersuchung aber fortzusetzen, werden die interessierten Parteien mittels eines Informationspapiers vier Wochen vor Ablauf der Frist nach Artikel 7 Absatz 1 der Grundverordnung von der Nichteinführung der Zölle in Kenntnis gesetzt.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, werden den interessierten Parteien 15 Tage eingeräumt, um schriftlich zu den vorläufigen Feststellungen oder zum Informationspapier Stellung zu nehmen, und 10 Tage, um schriftlich zu den endgültigen Feststellungen Stellung zu nehmen. Gegebenenfalls wird in weiteren Unterrichtungen über die endgültigen Feststellungen die Frist angegeben, in der interessierte Parteien schriftlich dazu Stellung nehmen können.

7. Vorlage von Informationen

In der Regel können interessierte Parteien nur innerhalb der in den Abschnitten 5 und 6 dieser Bekanntmachung angegebenen Fristen Informationen vorlegen. Bei der Vorlage sonstiger, nicht unter diese Abschnitte fallender Informationen sollte folgender Zeitrahmen eingehalten werden:

- Sofern nichts anderes bestimmt ist, sollten Informationen für das Stadium der vorläufigen Feststellungen binnen 70 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung vorgelegt werden.
- Sofern nichts anderes bestimmt ist, sollten interessierte Parteien nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zur Unterrichtung über die vorläufigen Feststellungen oder zum Informationspapier im Stadium der vorläufigen Feststellungen keine neuen Sachinformationen vorlegen. Nach Ablauf dieser Frist können interessierte Parteien nur dann neue Sachinformationen vorlegen, wenn sie nachweisen können, dass diese neuen Sachinformationen erforderlich sind, um Tatsachenbehauptungen anderer interessierter Parteien zu widerlegen, und wenn diese neuen Sachinformationen außerdem innerhalb der für den rechtzeitigen Abschluss der Untersuchung zur Verfügung stehenden Zeit überprüft werden können.
- Um die Untersuchung innerhalb der vorgeschriebenen Fristen abschließen zu können, nimmt die Kommission nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zur Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen bzw. gegebenenfalls nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu einer weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen keine Beiträge der interessierten Parteien mehr an.

8. Möglichkeit, zu den Beiträgen anderer Parteien Stellung zu nehmen

Zur Wahrung der Verteidigungsrechte sollten die interessierten Parteien die Möglichkeit haben, sich zu den von anderen interessierten Parteien vorgelegten Informationen zu äußern. Dabei dürfen die interessierten Parteien nur auf die in den Beiträgen der anderen interessierten Parteien vorgebrachten Punkte eingehen und keine neuen Punkte ansprechen.

Diese Stellungnahmen sollten innerhalb des folgenden Zeitrahmens abgegeben werden:

- Sofern nichts anderes bestimmt ist, sollten Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien vor Ablauf der Frist für die Einführung vorläufiger Maßnahmen vorgelegt wurden, spätestens am 75. Tag nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung abgegeben werden.
- Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf die Unterrichtung über die vorläufigen Feststellungen oder das Informationspapier hin vorgelegt wurden, sollten, sofern nichts anderes bestimmt ist, binnen 7 Tagen nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu den vorläufigen Feststellungen oder zum Informationspapier abgegeben werden.
- Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf die endgültige Unterrichtung hin vorgelegt wurden, sollten, sofern nichts anderes bestimmt ist, binnen 3 Tagen nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu der endgültigen Unterrichtung abgegeben werden. Im Falle einer weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen sollten Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf diese Unterrichtung hin vorgelegt wurden, spätestens am Tag nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu dieser Unterrichtung abgegeben werden, sofern nichts anderes bestimmt ist.

Der genannte Zeitrahmen berührt nicht das Recht der Kommission, in hinreichend begründeten Fällen zusätzliche Informationen von den interessierten Parteien anzufordern.

9. Verlängerung der in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Fristen

Eine Verlängerung der in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Fristen sollte nur in Ausnahmefällen beantragt werden und wird nur bei Nachweis eines wichtigen Grundes gewährt.

In jedem Fall sind Verlängerungen von Fristen für die Beantwortung der Fragebogen normalerweise auf 3 Tage begrenzt; grundsätzlich werden höchstens 7 Tage gewährt.

In Bezug auf die Fristen für die Vorlage anderer Informationen nach dieser Bekanntmachung sind Verlängerungen auf 3 Tage begrenzt, sofern nicht nachgewiesen wird, dass außergewöhnliche Umstände vorliegen.

10. Mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit

Verweigern interessierte Parteien den Zugang zu den erforderlichen Informationen oder erteilen sie diese nicht fristgerecht oder behindern sie die Untersuchung erheblich, so können nach Artikel 18 der Grundverordnung vorläufige oder endgültige positive oder negative Feststellungen auf der Grundlage der verfügbaren Informationen getroffen werden.

Wird festgestellt, dass eine interessierte Partei unwahre oder irreführende Informationen vorgelegt hat, so können diese Informationen unberücksichtigt bleiben; stattdessen können die verfügbaren Informationen zugrunde gelegt werden.

Arbeitet eine interessierte Partei nicht oder nur eingeschränkt mit und stützen sich die Feststellungen daher nach Artikel 18 der Grundverordnung auf die verfügbaren Informationen, so kann dies zu einem Ergebnis führen, das für diese Partei ungünstiger ist, als wenn sie mitgearbeitet hätte.

Werden die Antworten nicht elektronisch übermittelt, so gilt dies nicht als mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit, sofern die interessierte Partei darlegt, dass die Übermittlung der Antwort in der gewünschten Form die interessierte Partei über Gebühr zusätzlich belasten würde oder mit unangemessenen zusätzlichen Kosten verbunden wäre. In diesem Fall sollte die interessierte Partei unverzüglich mit der Kommission Kontakt aufnehmen.

11. Anhörungsbeauftragte

Interessierte Parteien können sich an die Anhörungsbeauftragte für Handelsverfahren wenden. Sie befasst sich mit Anträgen auf Zugang zum Dossier, Streitigkeiten über die Vertraulichkeit von Unterlagen, Anträgen auf Fristverlängerung und sonstigen Anträgen in Bezug auf die Verteidigungsrechte der interessierten Parteien oder von Dritten, die sich während des Verfahrens ergeben.

Die Anhörungsbeauftragte kann Anhörungen ansetzen und vermittelnd zwischen interessierten Parteien und den Dienststellen der Kommission tätig werden, um zu gewährleisten, dass die interessierten Parteien ihre Verteidigungsrechte umfassend wahrnehmen können. Eine Anhörung durch die Anhörungsbeauftragte ist schriftlich zu beantragen und zu begründen. Die Anhörungsbeauftragte prüft die Gründe, aus denen der jeweilige Antrag gestellt wird. Solche Anhörungen sollten nur stattfinden, wenn die Fragen nicht zeitnah mit den Dienststellen der Kommission geklärt wurden.

Alle Anträge sind frühzeitig zu stellen, um die geordnete Abwicklung des Verfahrens nicht zu gefährden. Zu diesem Zweck sollten interessierte Parteien die Anhörungsbeauftragte zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach Eintritt des Ereignisses, das ein Tätigwerden ihrerseits rechtfertigt, um eine Intervention ersuchen. Bei Anträgen auf Anhörung, die nicht innerhalb der in Abschnitt 5.7 dieser Bekanntmachung aufgeführten Fristen eingereicht werden, prüft die Anhörungsbeauftragte auch die Gründe für die Verspätung, die Art der aufgeworfenen Probleme und die Auswirkungen dieser Probleme auf die Verteidigungsrechte, wobei den Interessen einer guten Verwaltung und dem fristgerechten Abschluss der Untersuchung gebührend Rechnung getragen wird.

Weiterführende Informationen und Kontaktdaten können interessierte Parteien den Webseiten der Anhörungsbeauftragten im Internet-Auftritt der Generaldirektion Handel entnehmen: https://policy.trade.ec.europa.eu/contacts/hearing-officer_en.

12. Verarbeitung personenbezogener Daten

Alle im Rahmen dieser Untersuchung erhobenen personenbezogenen Daten werden nach der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹²⁾ verarbeitet.

Ein Vermerk zum Datenschutz, mit dem alle natürlichen Personen über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der handelspolitischen Schutzmaßnahmen der Kommission unterrichtet werden, ist auf der Website der GD Handel abrufbar: <https://europa.eu/lvr4g9W>.

⁽¹²⁾ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

ANHANG

☐ Sensitive version (zur vertraulichen Behandlung)

☐ Version for inspection by interested parties (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien)

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

ANTIDUMPINGVERFAHREN BETREFFEND DIE EINFÜHREN VON LYSIN MIT URSPRUNG IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA

INFORMATIONEN FÜR DIE AUSWAHL DER STICHPROBE DER UNABHÄNGIGEN EINFÜHRER

Dieses Formular soll unabhängigen Einführern dabei helfen, die unter Abschnitt 5.3.3 der Einleitungsbekanntmachung angeforderten Informationen zur Stichprobenauswahl bereitzustellen.

Beide Fassungen, die „Sensitive version“ (zur vertraulichen Behandlung) und die Version „For inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien), sollten nach Maßgabe der Angaben in der Einleitungsbekanntmachung an die Kommission zurückgesandt werden.

1. NAME UND KONTAKTDATEN

Machen Sie bitte folgende Angaben zu Ihrem Unternehmen:

Name des Unternehmens	
Anschrift	
Kontaktperson	
E-Mail-Adresse	
Telefon	

2. UMSATZ UND VERKAUFSMENGE

Geben Sie für den Untersuchungszeitraum bitte Folgendes an: den Gesamtumsatz des Unternehmens in EUR und – für die untersuchte Ware im Sinne der Einleitungsbekanntmachung – den Wert der Einfuhren und der Weiterverkäufe auf dem Unionsmarkt nach der Einfuhr aus der Volksrepublik China in EUR sowie die entsprechende Menge in Tonnen.

	Tonnen	Wert (in EUR)
Gesamtumsatz Ihres Unternehmens (in EUR)		
Einfuhren der untersuchten Ware mit Ursprung in der Volksrepublik China		
Einfuhren der untersuchten Ware (jeglichen Ursprungs)		
Weiterverkäufe der untersuchten Ware auf dem Unionsmarkt nach der Einfuhr aus der Volksrepublik China		

3. GESCHÄFTSTÄTIGKEITEN IHRES UNTERNEHMENS UND DER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN ⁽¹⁾

Bitte machen Sie Angaben zu den genauen Geschäftstätigkeiten des Unternehmens und aller verbundenen Unternehmen (bitte auflisten und Art der Verbindung mit Ihrem Unternehmen angeben), die an Herstellung oder Verkauf (im Inland oder zur Ausfuhr) der untersuchten Ware beteiligt sind. Zu diesen Tätigkeiten könnten unter anderem der Einkauf der untersuchten Ware oder ihre Herstellung im Rahmen von Unterauftragsvereinbarungen, ihre Verarbeitung oder der Handel mit ihr gehören.

Name und Standort des Unternehmens	Geschäftstätigkeiten	Art der Verbindung

4. SONSTIGE ANGABEN

Machen Sie bitte sonstige sachdienliche Angaben, die der Kommission aus der Sicht Ihres Unternehmens bei der Stichprobenbildung von Nutzen sein könnten.

5. ERKLÄRUNG

Mit der Übermittlung der genannten Angaben erklärt sich das Unternehmen mit seiner etwaigen Einbeziehung in die Stichprobe einverstanden. Wird das Unternehmen in die Stichprobe einbezogen, muss es einen Fragebogen ausfüllen und einem Besuch in seinen Betriebsstätten zustimmen, welcher der Überprüfung seiner Angaben dient. Lehnt ein Unternehmen eine Einbeziehung in die Stichprobe ab, wird es bei dieser Untersuchung als nicht mitarbeitendes Unternehmen geführt. Die Kommission trifft die Feststellungen in Bezug auf nicht mitarbeitende Einführer auf der Grundlage der verfügbaren Informationen; dies kann zu einem Ergebnis führen, das für das betreffende Unternehmen ungünstiger ist, als wenn es mitgearbeitet hätte.

Unterschrift des/der Bevollmächtigten:

Name und Funktion des/der Bevollmächtigten:

Datum:

⁽¹⁾ Nach Artikel 127 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union gelten zwei Personen als verbunden, wenn a) sie leitende Angestellte oder Direktoren im Unternehmen der anderen Person sind, b) sie Teilhaber oder Gesellschafter von Personengesellschaften sind, c) sie sich in einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis zueinander befinden, d) eine dritte Person unmittelbar oder mittelbar 5 % oder mehr der im Umlauf befindlichen stimmberechtigten Anteile oder Aktien beider Personen besitzt, kontrolliert oder hält, e) eine von ihnen unmittelbar oder mittelbar die andere kontrolliert, f) beide von ihnen unmittelbar oder mittelbar von einer dritten Person kontrolliert werden, g) sie beide zusammen unmittelbar oder mittelbar eine dritte Person kontrollieren oder h) sie Mitglieder derselben Familie sind (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558). Nach Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union ist eine „Person“ eine natürliche Person, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung, die keine juristische Person ist, die jedoch nach Unionsrecht oder nach einzelstaatlichem Recht die Möglichkeit hat, im Rechtsverkehr wirksam aufzutreten (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).



C/2024/3269

23.5.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.112838

(C/2024/3269)

Datum der Annahme der Entscheidung	11.3.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.112838	
Mitgliedstaat	Kroatien	
Region	Kroatien	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	TCTF: Program državne potpore za kompenzaciju rasta troškova proizvodnje u sektoru ratarstva	
Rechtsgrundlage	Act on Agriculture (Official Gazette 118/2018, 42/2020 and 127/20, 52/21 and 152/22)	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 15 000 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität		
Laufzeit	bis zum 30.6.2024	
Wirtschaftssektoren	Anbau einjähriger Pflanzen	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministry of Agriculture Ulica grada Vukovara 78, Zagreb	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/3270

23.5.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.101759

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3270)

Datum der Annahme der Entscheidung	25.5.2023	
Nummer der Beihilfe	SA.101759	
Mitgliedstaat	Kroatien	
Region	Kroatien	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Development and implementation of a completely new urban mobility system based on new autonomous electric vehicle technology	
Rechtsgrundlage	State Aid Act (OJ 47/14, 69/17), National Recovery and Resilience Plan, Organization and Scope of State Administration Bodies Act (OJ 85/20)	
Art der Beihilfe	Ad-hoc-Beihilfe	Project 3 Mobility Ltd
Ziel	Forschung, Entwicklung und Innovation	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 179 499 215 EUR	
Beihilfehöchstintensität		
Laufzeit		
Wirtschaftssektoren	Forschung und Entwicklung	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministry of Sea, Transport and Infrastructure Prisavlje 14	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/3271

23.5.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.112447

(C/2024/3271)

Datum der Annahme der Entscheidung	16.2.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.112447	
Mitgliedstaat	Niederlande	
Region		
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	TCTF: Regeling voor het subsidiëren van aanvullende financiering voor eco-activiteiten in de context van de crisis veroorzaakt door de Russische agressie tegen Oekraïne	
Rechtsgrundlage	Regeling subsidie aanvullende financiering eco-activiteiten Oekraïnecrisis	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 50 000 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität		
Laufzeit	bis zum 30.6.2024	
Wirtschaftssektoren	Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Minister van Landbouw, Natuur en Voedselkwaliteit Postbus 20401, 2500 EK Den Haag	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind,
finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/3274

23.5.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11433 – SÜWAG / ALTERRIC / JV)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3274)

1. Am 14. Mai 2024 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Süwag Grüne Energien und Wasser AG & Co. KG („Süwag“), kontrolliert von E.ON SE (beide Deutschland), und
- Alterric Deutschland GmbH („Alterric“), kontrolliert von EWE AG (beide Deutschland).

Süwag und Alterric werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über ein Gemeinschaftsunternehmen erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen an einem neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in den folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Süwag ist tätig in der Energieerzeugung, dem Betrieb von Energienetzen, sowie in der Versorgung von Endkunden mit Strom, Gas und Wärme,
- Alterric ist tätig in der Planung, Realisierung, dem Betrieb und der Wartung von Windenergieanlagen, sowie in der Stromversorgung.

3. Das Gemeinschaftsunternehmen wird in der Planung, Realisierung und dem Betrieb von Windenergieanlagen, sowie in der Stromversorgung tätig sein.

4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11433 – SÜWAG / ALTERRIC / JV

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/3275

23.5.2024

**Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11503 – VITOL / SARAS)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3275)

1. Am 14. Mai 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Vitol Holding B.V. („Vitol“, Niederlande), indirekt kontrolliert von Vitol Holding II S.A. (Luxemburg), der obersten Muttergesellschaft der Vitol-Gruppe,
- Saras S.p.A. („Saras“, Italien), kontrolliert von Massimo Moratti S.p.A. di Massimo Moratti (Italien), Angel Capital Management S.p.A. (Italien) und Stella Holding S.p.A. (Italien).

Vitol wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die alleinige Kontrolle über die Gesamtheit von Saras erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Vitol ist in erster Linie im weltweiten Handel und Vertrieb von Energie- und Rohstoffprodukten tätig,
- Saras ist in erster Linie in der Erdölraffination und Stromerzeugung aus seinen Industrieanlagen und Windparks in Italien sowie im Großhandel mit raffinierten Erdölzeugnissen in Italien und Spanien tätig.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11503 – VITOL / SARAS

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/3358

23.5.2024

Veröffentlichung eines Antrags auf Genehmigung einer nicht geringfügigen Änderung einer Produktspezifikation für eine geschützte geografische Angabe im Weinsektor gemäß Artikel 97 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 105 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates

(C/2024/3358)

Gemäß Artikel 17 der Verordnung (EU) 2024/1143 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ können die Behörden eines Mitgliedstaats oder eines Drittlands oder eine natürliche oder juristische Person mit einem berechtigten Interesse, die in einem Drittland niedergelassen oder ansässig ist, innerhalb von drei Monaten ab dieser Veröffentlichung bei der Kommission Einspruch erheben.

ANTRAG AUF ÄNDERUNG DER PRODUKTSPEZIFIKATION

„Forlì“

PGI-IT-A0512-AM03

Datum der Antragstellung 19.10.2016

1. Für die Änderung geltende Vorschriften

Artikel 105 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 – nicht geringfügige Änderung

2. Beschreibung und Gründe der Änderung

2.1. Einführung einer neuen Kategorie von Weinbauerzeugnissen „teilweise gegorener Traubenmost“ und eines neuen Weintyps „Passito“

Infolge dieser Änderung muss der Begriff „Weine“ durch den angemesseneren und in den einschlägigen EU-Rechtsvorschriften verwendeten Begriff „Weinbauerzeugnisse“ ersetzt werden. Die Änderung ist lediglich redaktioneller Art und betrifft die Artikel 1, 2 und 9.

In Bezug auf die Erzeugniskategorie „teilweise gegorener Traubenmost“, die in die Artikel 2 bis 9 der Produktspezifikation (und die entsprechenden Punkte des Einzigsten Dokuments) aufgenommen wurde, die die Vorschriften für die verschiedenen Arten von teilweise gegorenem Most und die entsprechenden Weintypen enthalten, handelt es sich um eine redaktionelle Änderung zur Wiedereinführung dieser Erzeugniskategorie, die traditionell im Rahmen der g. g. A. „Forlì“ hergestellt wurde. Sie war bereits in früheren Fassungen der Produktspezifikation vorgesehen, wurde aber bei der Ausarbeitung der konsolidierten Produktspezifikation im Jahr 2011 versehentlich weggelassen.

Was den Typ „Passito“ (Wein aus eingetrockneten Trauben) betrifft, so hat sich im Laufe der Zeit ein Segment von Liebhabern dieser Art von Erzeugnis herausgebildet, dessen Herstellung eine Trocknung der Trauben vorsieht. Durch die Aufnahme dieses Erzeugnisses in die Produktspezifikation wäre daher eine entsprechende Vermarktung möglich.

Diese Änderung betrifft Artikel 2 und andere Artikel der Produktspezifikation (Artikel 3 bis 9) sowie die entsprechenden Punkte des Einzigsten Dokuments.

2.2. Aufnahme/Streichung von Rebsorten

Die Rebsorte „Terrano“ wurde gemäß Artikel 100 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 aus der Produktspezifikation gestrichen, da es eine g. U. „Teran“ gibt. Diese Änderung betrifft Artikel 2 und andere Artikel der Produktspezifikation sowie die Punkte 5b (Höchstserträge) und 7 (Wichtigste Keltertraubensorten) des Einzigsten Dokuments.

Die Bezeichnung der Rebsorte „Pignoletto“ wurde durch das Synonym „Grechetto Gentile“ ersetzt, um eine entsprechende Vermarktung der aus dieser in der Provinz Forlì traditionell verwendeten Rebsorte gewonnenen Weine mit g. g. A. zu ermöglichen.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2024/1143 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse und über garantiert traditionelle Spezialitäten und fakultative Qualitätsangaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013, (EU) 2019/787 und (EU) 2019/1753 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 (ABl. L, 2024/1143, 23.4.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1143/oj>).

Die Bezeichnung der Rebsorte „Pignoletto“ wurde durch das Synonym „Grechetto Gentile“ ersetzt, weil sich die Erzeuger dazu entschieden haben, „Pignoletto“ gemäß den geltenden EU-Rechtsvorschriften als mit einer anderen geschützten Ursprungsbezeichnung im Zusammenhang stehend zu vermarkten.

Diese Änderung betrifft Artikel 2 [der Produktspezifikation] sowie die Punkte 5b (Höchstserträge) und 7 (Wichtigste Keltertraubensorten) des Einigen Dokuments.

2.3. Weinbaunormen

Für die Kategorie „teilweise gegorener Traubenmost“ wurden die Traubenerträge je Hektar (Tonnen/Hektar) und der natürliche Alkoholgehalt (in % vol) der Trauben hinzugefügt.

Für die Rebsorte „Grechetto Gentile“ wurde ein Höchstsertrag von 24 Tonnen je Hektar festgelegt.

Die Änderung betrifft Artikel 4 der Produktspezifikation und Punkt 5b des Einigen Dokuments.

2.4. Vorschriften für die Weinbereitung

Für die neue Kategorie „Passito“ (Wein aus eingetrockneten Trauben) wurde ein Weinertrag der Trauben von höchstens 50 % hinzugefügt.

Im Einklang mit den geltenden EU-Rechtsvorschriften wurde festgelegt, dass die Weinbereitung in der gesamten Emilia-Romagna erfolgen kann, während die Verarbeitung zu Perl- und Schaumwein (zweite Gärung) auch in den an die Region Emilia-Romagna angrenzenden Regionen zulässig ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die mittlerweile als traditionell geltenden Verfahren zur Erzeugung und Verarbeitung dieser Weintypen in benachbarten Verwaltungseinheiten, in denen die für die zweite Gärung geeigneten technischen Anlagen vorhanden sind, bewahrt werden müssen.

Diese Änderung betrifft Artikel 5 der Produktspezifikation und Punkt 9 (Weitere wesentliche Bedingungen – Ausnahmen in Bezug auf das Weinbereitungsgebiet) des Einigen Dokuments.

Die Änderung wurde vorgenommen, um klarzustellen, dass in den geltenden (EU- und nationalen) Rechtsvorschriften vorgesehene önologische Verfahren während des gesamten Erzeugungsprozesses zulässig sind.

Diese Änderung betrifft nur Artikel 5 der Produktspezifikation.

2.5. Eigenschaften beim Genuss

Die analytischen und organoleptischen Merkmale wurden für den neuen Typ „Passito“ (Wein aus eingetrockneten Trauben) und die Kategorie „teilweise gegorener Traubenmost“ sowie für den Weintyp „Rosé“ mit Angabe der Rebsorte beschrieben. Der letztgenannte Weintyp war bereits berücksichtigt, aber nicht ausreichend beschrieben.

Die Änderung betrifft Artikel 6 der Produktspezifikation und Punkt 4 des Einigen Dokuments.

2.6. Beschreibung und Aufmachung der Weine: Aufnahme einer besonderen Bestimmung für den neuen Typ „Passito“ (Wein aus eingetrockneten Trauben)

Für den Typ „Passito“ (Wein aus eingetrockneten Trauben) wurde eine besondere Bestimmung aufgenommen, um die optionale Verwendung des Begriffs „appassimento“ (Trocknen von Trauben) auf dem Etikett zu ermöglichen, und zwar entsprechend den geltenden EU-Rechtsvorschriften in Schriftzeichen, die nicht größer sind als der Name „Forlì“.

Die Änderung betrifft Artikel 7 der Produktspezifikation und Punkt 9 (Zusätzliche Kennzeichnungsvorschriften) des Einigen Dokuments.

2.7. Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet

Die Beschreibung der für die Qualität der Weinbauerzeugnisse maßgeblichen ökologischen und historisch-kulturellen Aspekte wurde in Bezug auf die Boden- und Klimaverhältnisse des Gebiets sowie auf die im Laufe der Jahrhunderte gewachsene Tradition des Traubenanbaus und der Traubenverarbeitung verbessert.

Die Änderung betrifft Artikel 9 der Produktspezifikation und Punkt 8 (Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge) des Einigen Dokuments.

EINZIGES DOKUMENT

1. Name des Erzeugnisses

Forlì

2. Art der geografischen Angabe

g. g. A. – geschützte geografische Angabe

3. Kategorien von Weinbauerzeugnissen

1. Wein
4. Schaumwein
5. Qualitätsschaumwein
8. Perlwein
11. Teilweise gegorener Traubenmost

4. Beschreibung des Weins/der Weine

„Forlì“ Bianco [Weißwein]
Farbe: strohgelb von unterschiedlicher Intensität,
Geruch: angenehm intensiv, mit ausgeprägten blumigen und/oder fruchtigen Noten, die je nach verwendeter Rebsorte und Anbauumgebung variieren,
Geschmack: von trocken bis süß, aromatisch,
Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 10,00 % vol,
Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 13,0 g/l.
Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ Bianco Vivace [lebhafter Weißwein]
Farbe: strohgelb,
Geruch: angenehm intensiv mit blumigen und fruchtigen Noten,
Geschmack: von trocken bis süß, aromatisch,
Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 10,00 % vol,
Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 13,0 g/l.
Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ Bianco Frizzante [weißer Perlwein]

Farbe: strohgelb,

Geruch: angenehm intensiv, mit vorwiegend frischen blumigen und fruchtigen Noten, die je nach verwendeten Rebsorten variieren,

Geschmack: von trocken bis süß, aromatisch,

Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 10,00 % vol,

Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 13,0 g/l.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ Bianco Spumante [weißer Schaumwein]

Farbe: strohgelb,

Geruch: mit frischen blumigen und fruchtigen Noten, zuweilen in Kombination mit Aromen von Brotkruste unterschiedlicher Intensität, je nach Dauer der Lagerung auf der Hefe,

Geschmack: von naturherb bis süß, frisch, tendenziell aromatisch,

Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 10,00 % vol,

Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 12,0 g/l.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ Rosso [Rotwein]

Farbe: rubinrot unterschiedlicher Intensität,

Geruch: wenig, mit fruchtigen Noten von unterschiedlicher Reife, zuweilen begleitet von blumigen Noten, meistens Veilchen, und würzigen Noten, je nach verwendeten Rebsorten und Anbaugebiet,

Geschmack: von trocken bis süß, angenehm weich und mit optimaler Säure,

Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 10,00 % vol,

Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 17,0 g/l.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ Rosso Passito [Rotwein aus eingetrockneten Trauben]

Farbe: rubinrot unterschiedlicher Intensität,

Geruch: mit fruchtigen Noten von unterschiedlicher Reife, zuweilen begleitet von blumigen und/oder würzigen Noten,

Geschmack: von trocken bis süß, charakteristisch, ausgewogen,

Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 13 % vol,

Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 24 g/l.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ Rosso Vivace [lebhafter Rotwein]

Farbe: rubinrot unterschiedlicher Intensität,

Geruch: wenig, mit frischen fruchtigen und blumigen Noten von je nach Kombination der Rebsorten und Anbaugebiet unterschiedlicher Zusammensetzung,

Geschmack: von trocken bis süß, angenehm weich und mit optimaler Säure,

Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 10,00 % vol,

Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 17,0 g/l.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ Rosso Frizzante [roter Perlwein]

Farbe: rubinrot unterschiedlicher Intensität,

Geruch: wenig, mit frischen fruchtigen und blumigen Noten,

Geschmack: von trocken bis süß, aromatisch mit angenehmer Frische,

Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 10,00 % vol,

Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 17,0 g/l.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ Rosso Novello [roter Jungwein]

Farbe: leuchtend rubinrot,

Geruch: wenig, mit ausgeprägten fruchtigen Noten,

Geschmack: angenehm weich und mit optimaler Säure,

Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 11,00 % vol,

Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 17,0 g/l.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ Rosato [Roséwein]

Farbe: rosa von unterschiedlicher Intensität und in verschiedenen Farbtönen,

Geruch: mit vorherrschenden fruchtigen Noten,

Geschmack: von trocken bis süß, mit optimaler Weichheit und Frische, aromatisch,

Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 10,00 %, vol

Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 14,0 g/l.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ Rosato Vivace [lebhafter Roséwein]

Farbe: rosa von unterschiedlicher Intensität und in verschiedenen Farbtönen,

Geruch: mit vorherrschenden fruchtigen Noten,

Geschmack: von trocken bis süß, mit optimaler Weichheit und Frische, aromatisch,

Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 10,00 % vol,

Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 14,0 g/l.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ Rosato Frizzante [Rosé-Perlwein]

Farbe: rosa von unterschiedlicher Intensität und in verschiedenen Farbtönen,

Geruch: mit leichten blumigen Noten, begleitet von ausgeprägteren fruchtigen Noten,

Geschmack: von trocken bis süß, mit optimaler Weichheit und Frische, aromatisch,

Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 10,00 % vol,

Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 14,0 g/l.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ Rosato Spumante [Rosé-Schaumwein]

Farbe: rosa von unterschiedlicher Intensität und in verschiedenen Farbtönen,

Geruch: mit blumigen und fruchtigen Noten, begleitet von Hefenoten, je nach Dauer der Lagerung auf der Hefe,

Geschmack: von naturherb bis süß, frisch und aromatisch,

Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 10,00 % vol,

Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 12,0 g/l.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ mit Angabe einer weißen Rebsorte (auch Weine vom Typ Frizzante, Spumante und Vivace)

Farbe: strohgelb von unterschiedlicher Intensität,

Geruch: angenehm intensiv, mit einer breiten Palette an blumigen und/oder fruchtigen Noten, die je nach Rebsorte und Anbaugebiet in ihrer Zusammensetzung und Intensität variieren. Beim Weintyp Spumante können sich je nach Dauer der Lagerung auf der Hefe auch Hefenoten zeigen. Weine mit Angabe der Rebsorte „Moscato“ weisen für diese Rebsorte typische Noten auf,

Geschmack: von trocken bis süß, mit unterschiedlich ausgeprägter Frische, aromatisch,

Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 10,00 % vol,

Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 12,0 g/l.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forli“ mit Angabe einer roten Rebsorte (auch Weine vom Typ Frizzante und Vivace)

Farbe: rubinrot unterschiedlicher Intensität,

Geruch: wenig, mit fruchtigen Noten von unterschiedlicher Reife, zuweilen begleitet von blumigen Noten, meistens Veilchen, und würzigen Noten, je nach verwendeter Rebsorte und Anbaugebiet,

Geschmack: von trocken bis süß, je nach Weintyp von unterschiedlicher Weichheit und Frische, aromatisch und vollmundig,

Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 10,00 % vol,

Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 17,0 g/l.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forli“ Rosato mit Angabe der Rebsorte gemäß Artikel 2 Absätze 4 und 5 der Produktspezifikation, auch Weine vom Typ Frizzante und Vivace

Farbe: rosa von unterschiedlicher Intensität und in verschiedenen Farbtönen,

Geruch: mit blumigen und fruchtigen Noten, zuweilen begleitet von Hefenoten, je nach Dauer der Lagerung auf der Hefe,

Geschmack: von naturherb bis süß, frisch und aromatisch,

Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 10,00 % vol,

Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 14,0 g/l.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ Novello mit Angabe einer roten Rebsorte

Farbe: leuchtend rubinrot von unterschiedlicher Intensität und je nach Rebsorte mit roten bis violetten Reflexen,

Geruch: wenig, mit ausgeprägten fruchtigen Noten,

Geschmack: weich und mit optimaler Säure,

Mindestgesamtalkoholgehalt (in % vol): 11,00 % vol,

Mindestwert für den zuckerfreien Extrakt: 17,0 g/l.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ Rosso Mosto di uve parzialmente fermentato [roter teilweise gegorener Traubenmost]

Farbe: recht intensiv purpurrot,

Geruch: fruchtig mit guter Intensität,

Geschmack: süß, harmonisch und ausgewogen.

Der vorhandene Alkoholgehalt (in % vol) muss mehr als 1 % und weniger als 3/5 des Gesamtalkoholgehalts betragen.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ Bianco Mosto di uve parzialmente fermentato [weißer teilweise gegorener Traubenmost]

Farbe: strohgelb bis goldgelb von unterschiedlicher Intensität,

Geruch: fruchtig, blumig,

Geschmack: süß, harmonisch und ausgewogen.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

„Forlì“ Rosato Mosto di uve parzialmente fermentato [roséfarbener teilweise gegorener Traubenmost]

Farbe: rosa von unterschiedlicher Intensität und in verschiedenen Farbtönen,

Geruch: fruchtig, blumig,

Geschmack: süß, harmonisch und ausgewogen.

Alle Analysewerte, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, entsprechen den in den nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgesetzten Grenzwerten.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	
Mindestgesamtsäure	3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

5. Weinbereitungsverfahren

a. Wesentliche önologische Verfahren

Anreicherung – Süßung und zweite Gärung

Einschlägige Einschränkungen bei der Weinbereitung

Der natürliche Alkoholgehalt (in % vol) von Weinen mit der geschützten geografischen Angabe „Forlì“ kann innerhalb der Grenzen und nach den Verfahren, die in den EU-Rechtsvorschriften festgelegt sind, durch Anreicherung erhöht werden.

b. Höchsterträge

1. Forlì Bianco (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)

232 Hektoliter je Hektar

2. Forlì Rosso (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Novello)

208 Hektoliter je Hektar

3. Forlì Rosato (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)

208 Hektoliter je Hektar

4. Forlì Rosso Passito [Rotwein aus eingetrockneten Trauben]

130 Hektoliter je Hektar

5. Forlì Ancellotta (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Novello)

160 Hektoliter je Hektar

6. Forlì Barbera (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Novello)

176 Hektoliter je Hektar

7. Forlì Bombino Bianco (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)

232 Hektoliter je Hektar

8. Forlì Cabernet Franc (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Novello)

176 Hektoliter je Hektar

9. Forlì Cabernet Sauvignon (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Novello)
176 Hektoliter je Hektar
10. Forlì Canina Nera (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Novello)
208 Hektoliter je Hektar
11. Forlì Centesimino (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Novello)
120 Hektoliter je Hektar
12. Forlì Chardonnay (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)
192 Hektoliter je Hektar
13. Forlì Ciliegiole (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Novello)
176 Hektoliter je Hektar
14. Forlì Famoso (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)
232 Hektoliter je Hektar
15. Forlì Fortana (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Novello)
208 Hektoliter je Hektar
16. Forlì Garganega (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)
232 Hektoliter je Hektar
17. Forlì Grechetto Gentile (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)
192 Hektoliter je Hektar
18. Forlì Rosso (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Novello)
176 Hektoliter je Hektar
19. Forlì Malvasia (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)
232 Hektoliter je Hektar
20. Forlì Manzoni Bianco (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)
192 Hektoliter je Hektar
21. Forlì Marzemino (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Novello)
200 Hektoliter je Hektar
22. Forlì Merlot (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Novello)
176 Hektoliter je Hektar

23. Forlì Montù (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)
232 Hektoliter je Hektar
24. Forlì Moscato Bianco (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)
232 Hektoliter je Hektar
25. Forlì Müller Thurgau (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)
192 Hektoliter je Hektar
26. Forlì Pinot Bianco (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)
192 Hektoliter je Hektar
27. Forlì Pinot Nero (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Novello)
176 Hektoliter je Hektar
28. Forlì Riesling (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)
192 Hektoliter je Hektar
29. Forlì Riesling Italico (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)
192 Hektoliter je Hektar
30. Forlì Sangiovese (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Novello)
200 Hektoliter je Hektar
31. Forlì Sauvignon (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)
192 Hektoliter je Hektar
32. Forlì Syrah (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Novello)
176 Hektoliter je Hektar
33. Forlì Trebbiano (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Spumante)
232 Hektoliter je Hektar
34. Forlì Uva Longanesi (auch teilweise gegorener Traubenmost, Vivace, Frizzante und Novello)
184 Hektoliter je Hektar

6. **Abgegrenztes geografisches Gebiet**

Das Gebiet, in dem die Trauben für die Erzeugung der Weine mit der geschützten geografischen Angabe (g. g. A.) „Forlì“ angebaut werden, umfasst das gesamte Verwaltungsgebiet der Provinzen Forlì/Cesena in der Region Emilia-Romagna.

7. **Wichtigste Keltertraubensorte(n)**

Ancellotta N.

Ancellotta N. – Lancellotta

Barbera N.

Bombino Bianco B.
Bombino Bianco B. – Ottenese
Cabernet Franc N. – Cabernet
Cabernet Sauvignon N. – Cabernet
Canina Nera N. – Canina
Centesimino N.
Chardonnay B.
Ciliegiolo N.
Ciliegiolo N. – Morettone
Famoso B.
Fortana N.
Fortana N. – Uva d'Oro
Garganega B.
Garganega B. – Garganego
Malbo Gentile N.
Malvasia Bianca di Candia B. – Malvasia
Malvasia di Candia Aromatica B. – Malvasia
Manzoni Bianco B.
Manzoni Bianco B. – Incrocio Manzoni 6.0.13 B.
Marzemino N.
Marzemino N. – Berzemino
Merlot N.
Montù B.
Mont B. – Montuni
Moscato Bianco B. – Moscato
Moscato Bianco B. – Moscato Reale
Müller Thurgau B.
Müller Thurgau B. – Riesling x Sylvaner
Pignoletto B. – Grechetto Gentile
Pinot Bianco B.
Pinot Bianco B. – Pinot
Pinot Nero N.
Pinot Nero N. – Pinot
Riesling Italico B. – Riesling
Riesling Italico B. – Welschriesling
Riesling Renano B. – Riesling
Sangiovese N.
Sangiovese N. – Sangiovese
Sauvignon B.
Sauvignon B – Sauvignon Blanc
Syrah N.
Syrah N. – Shiraz
Trebbiano Romagnolo B. – Trebbiano
Trebbiano Toscano B. – Procanico

Trebbiano Toscano B. – Trebbiano

Uva Longanesi N.

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

Für den Zusammenhang maßgebliche natürliche Einflüsse

Der Weinbau in der Provinz Forlì-Cesena findet in dem Gebiet zwischen dem Apennin und der Ebene auf unterschiedlichem morphologischem Gelände statt, obwohl in diesem Gebiet überwiegend Böden vorherrschen, die sich auf die Mergel-Sandstein-Formation zurückführen lassen. Die Böden bestehen aus Schichten aus widerstandsfähigerem Sandstein bzw. Mergel, die sehr anfällig für Wasser- und Winderosion sind. Folglich ist die Form der Hänge durch erosionsbedingte Sandsteinaushöhlung der darunterliegenden Mergelschichten entstanden. Landschaftlich zeichnet sich das Gebiet durch eine geschwungene tonhaltige Hügellandschaft aus, die durch starke Oberflächenerosion, generell flachgründige Hangrutsche und Schluchtenbildung entstanden ist. Nahe der Ebene befindet sich eine recht ausgeprägte Kalksteinformation, die recht steile Hänge und tiefe erosionsbedingte Einschnitte aufweist. In den Gebieten, in denen die Gravitationsschichten austreten, ist die Landschaft recht vielfältig und uneinheitlich. Neben den Wasserläufen in den Hügel- und Berggebieten sind Schwemmterrassen anzutreffen, die aufgrund des typischen Höhenprofils mit abrupter Unterbrechung durch eine große Senke leicht auszumachen sind. Schließlich lassen sich im Schwemmland der Ebene die antiken Schwemmfächer, anhand derer die Römer ihr Vermessungssystem etablierten, sowie die vor Kurzem zurückgewonnenen Gebiete vor dem Küstenstreifen ausmachen. Die Hügellandschaft, in der der Großteil des Weinbaus erfolgt, besitzt mäßig bis sehr tiefe Böden mit guter Entwässerung und einer mittleren bis mäßig feinen Textur; sie sind mäßig alkalisch, kalkreich bis sehr kalkreich, besitzen wenig organische Substanz und eine gute Wasserverfügbarkeit.

Was das Klima anbelangt, so zeigt der Winkler-Index steigende Werte vom Apennin in Richtung Ebene (1 500-2 200 DDR).

Für den Zusammenhang maßgebliche historische und menschliche Faktoren

Der Weinbau hat im Gebiet der Provinz Forlì-Cesena eine so lange Tradition, dass bereits Plinius der Ältere zur Zeit des Römischen Reiches darüber berichtete, dass in der Stadt Cesena ausgezeichneter Wein hergestellt wurde: Unter den „Bezeichnungen“ der damaligen Zeit fanden sich „Caesenae“-Weine. Der Name Galla Placidia stand stets im Zusammenhang mit den in der Gegend um Bertinoro erzeugten Weinen, und in der „Storia di Cesena dalla sua origine ai tempi di Cesare Borgia“ [Die Geschichte Cesenas von der Gründung bis zur Zeit von Cesare Borgia] berichtet Raimondo Zazzeri, dass nach der Chronik von Cesena die drei Brüder Konstantin, Constantius und Constans, die Thronerben Konstantins, für ihren Kaiserhof Cesena-Weine bevorzugten, was darauf schließen lässt, dass der Wein in dem Gebiet auch während der byzantinischen Herrschaft eine hohe Qualität besaß. Die Weinerzeugung in Forlì und Cesena bestand offenbar während des gesamten frühen Mittelalters weiterhin fort, da in zahlreichen Berichten seit dem 16. Jahrhundert von florierenden Weinbaugebieten und guten Weinen die Rede ist. So berichtet beispielsweise Leandro Alberti in seiner „Descrittione di tutta Italia“ [Beschreibung ganz Italiens] (zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts) von unzähligen Hügeln mit Weinreben in der Romagna. Etliche Ortschaften werden von ihm als „von Weinbergen umgeben“ beschrieben: Das edle Schloss von Longiano liegt inmitten von lieblichen Weinreben, in Cesena führt die Via Aemilia aus dem Ort hinaus in die Vorläufer des Apennin (die von Weinreben bedeckt sind ...), während Bertinoro auf einem Hügel liegt, der von allen Seiten von lieblichen Weinreben umgeben ist, aus denen gute Weine erzeugt werden. Bedauerlicherweise geriet die Romagna durch die Herrschaft der Päpste in einen Zustand der Rückständigkeit, da der Weinbau und vor allem auch die Weinkunde stark eingeschränkt wurden. Dies hielt die Bevölkerung jedoch nicht davon ab, ihre Weintradition zu erhalten und, wo möglich, zu verbessern.

Einen starken Aufschwung erlebten die Rebsorten und der Weinsektor Ende der 1970er-Jahre mit der Umstrukturierung von Rebflächen, der Einführung moderner Anbauverfahren und vor allem der Geburt der modernen Weinkunde.

8.1. Forlì – Kategorie: Wein (1)

Angaben zur besonderen Qualität des Erzeugnisses, die auf den geografischen Ursprung zurückzuführen ist, und zum ursächlichen Zusammenhang zwischen der besonderen Qualität und dem geografischen Gebiet

Ausschlaggebend für die Deckung des Wärmebedarfs der Rebsorten und somit ihre gute Reifung ist die Wahl des richtigen Standorts für die Weinreben. Dank der Böden können körperreiche Weine mit einem angenehmen Aromaprofil erzeugt werden. So hat beispielsweise die Rebsorte Sangiovese, wenn sie im Gebiet um Cesena (mit ausschließlich Mergel-Sandstein-Formation) angebaut wird, einen sehr stark fruchtigen Geschmack mit dominierendem Kirscharoma, während sie bei Anbau im Gebiet um Forlì einen deutlichen Anklang an Unterholz aufweist.

Auf den Böden der Ebenen, die generell fruchtbarer sind, kann dank des Anbauverfahrens eine ausgewogene Mischung der Moste und damit ein gutes Qualitätsniveau hergestellt werden.

Zu dieser bereits günstigen Kombination kommen darüber hinaus noch die Erfahrung und Sachkenntnis der Bevölkerung im Bereich Weinbau und Weinerzeugung hinzu, die sich auf eine sehr ausgeprägte lokale Weinbautradition gründen.

Weißweine mit der g. g. A. „Forlì“ haben eine strohgelbe Farbe unterschiedlicher Intensität, wobei die Farbnuancen von gelb über Ton in Ton bis zu grünlich reichen. Die Aromen sind fein, mit zarten blumigen und/oder fruchtigen Noten, die je nach Rebsorte bzw. Rebsorten in der Mischung variieren. Das Geschmacksspektrum reicht von trocken bis süß, und die Weine sind sehr harmonisch, strukturiert, frisch und aromatisch.

Die Rosato-Weine mit der g. g. A. „Forlì“ zeichnen sich durch eine rosa Farbe unterschiedlicher Intensität aus, die hauptsächlich von der Art der Weinbereitung abhängt. Im Geschmack sind sie frisch und harmonisch, die Palette reicht von trocken bis süß mit einem ausgewogenen Säuregehalt. Dank moderner Technologie können die Aromen dieses Weintyps, die je nach Sorte von blumig bis fruchtig reichen, besser herausgearbeitet werden.

In „Novello“-Rotweinen kommen die Aromen und Geschmacksnoten zum Ausdruck, die durch das besondere Weinbereitungsverfahren der Kohlensäuregärung entstehen, wodurch das weinige Profil und die rebsortentypischen Noten verstärkt werden.

„Passito“-Weine mit der g. g. A. „Forlì“ sind von rubinroter Farbe unterschiedlicher Intensität. In der Nase zeigen sie fruchtige Noten von unterschiedlicher Reife, zuweilen begleitet von blumigen und/oder würzigen Noten. Der Geschmack ist harmonisch und gut strukturiert mit ausgewogener Säure; die Palette reicht von trocken bis süß.

Die Qualitätsmerkmale dieser Weine werden durch die besonderen Boden- und Klimabedingungen im Erzeugungsgebiet bestimmt. Das gemäßigte Klima mit guter Durchlüftung, die gut drainierten Böden mit ausreichender Wasserverfügbarkeit und die Temperaturunterschiede zwischen Tag und Nacht während der Reifung der Trauben lassen diese optimal reifen, sodass sie einen guten Zucker- und Säuregehalt sowie alle anderen sortentypischen Qualitätsmerkmale und organoleptischen Eigenschaften aufweisen, die in den daraus gewonnenen Weinen ihren Niederschlag finden.

Bei der Herstellung von „Passito“-Wein ist die Wahl des Trocknungsverfahrens von großer Bedeutung. Die Trocknung erfolgt am Rebstock oder in Trockenhütten (traditionell dazu genutzte Räumlichkeiten). Die Trocknungsdauer variiert und hängt von den Eigenschaften ab, die der Winzer mit dieser Technik im Enderzeugnis erzielen möchte. Die Trocknung wird auch durch die Temperaturunterschiede zwischen Tag und Nacht, insbesondere im Spätsommer/Herbst, sowie durch die luftigen Bedingungen im Erzeugungsgebiet begünstigt. Die Trauben, die getrocknet werden sollen, werden vor dem für andere Weintypen bestimmten Lesegut geerntet, um einen höheren Säuregehalt als Ausgleich für den Zuckergehalt des gewonnenen Weins zu gewährleisten.

Der ursächliche Zusammenhang beruht daher auf der besonderen Qualität des Erzeugnisses, die sich auf seinen geografischen Ursprung zurückführen lässt.

8.2. Forlì – Kategorien: Schaumwein (4), Qualitätsschaumwein (5), Perlwein (8)

Angaben zur besonderen Qualität des Erzeugnisses, die auf den geografischen Ursprung zurückzuführen ist, und zum ursächlichen Zusammenhang zwischen der besonderen Qualität und dem geografischen Gebiet

Die Winzer im Flachland haben sich aufgrund des Temperaturgefälles zwischen Hügelland und Ebene und der höheren Luftfeuchtigkeit im Flachland für spät reifende Rebsorten entschieden, die eine höhere Fäulnisresistenz aufweisen, während die frühen Sorten dem Anbau in höheren Lagen und an den stärker nach Norden ausgerichteten Hängen des Weinbaugebiets der Romagna vorbehalten sind. Die relativ späte Weinlese, auf die vor allem in der Vergangenheit ein kühler Herbst folgte, führte dazu, dass über den Winter ein gewisser Restzucker im Wein verblieb, der nach der Abfüllung in Flaschen bei einsetzender Frühlingswärme erneut zu gären begann und einen Perl-Effekt hervorrief. Aufgrund dieser verbreiteten Praxis schätzten die Menschen in der Romagna sowohl süßliche als auch trockene Weine, egal ob still, perlend oder schäumend.

Die Erzeugung von Schaum- und Perlweinen hat eine lange Tradition, in die in jüngerer Zeit auch technische und technologische Neuerungen eingeflossen sind. Dank der besonderen Sorgfalt bei Anbau, Weinlese und Weinbereitung entstehen frische und saubere Grundweine, die bei der anschließenden kontrollierten zweiten Gärung Schaum- und Perlweine von besonderer Finesse und Eleganz ergeben. Die Qualitätsmerkmale dieser Kategorien von Weinbauerzeugnissen werden durch die besonderen Boden- und Klimabedingungen im Erzeugungsgebiet beeinflusst. Das gemäßigte, kühle und windige Klima, gut drainierte Böden mit ausreichender Wasserverfügbarkeit aufgrund der auch über die Sommermonate verteilten Niederschläge und Temperaturunterschiede zwischen Tag und Nacht während der Reifung der Trauben lassen diese optimal reifen, sodass sie einen guten Zucker- und Säuregehalt sowie andere sortenspezifische Qualitätsmerkmale und organoleptische Eigenschaften aufweisen, die in den daraus gewonnenen Weinen ihren Niederschlag finden. Darüber hinaus ist die Qualität der Schaum- und Perlweine stark vom Rebsortenmix des Gebiets mit Trauben abhängig, die aufgrund ihrer Eigenschaften in technologischer Hinsicht für die Erzeugung dieser Weintypen geeignet sind. Dies hat in Kombination mit dem Fachwissen der Erzeuger bezüglich der Auswahl der Anbau- und Weinbereitungsverfahren durch die Entwicklung von Perl- und Schaumweinbereitungsverfahren und die Verbesserung der traditionellen Verfahren (in der Flasche) und/oder durch den Einsatz modernster Anlagen wesentlich zur Verbesserung der Qualität des Enderzeugnisses beigetragen.

Das Zusammenspiel von natürlichen Einflüssen, Erfahrungen der Erzeuger und modernen Anbau- und Weinbereitungsverfahren ermöglicht die Erzeugung von Qualitätsweinen, deren Eigenschaften sowohl mit dem Erzeugungsgebiet als auch mit den verwendeten Rebsorten in Zusammenhang stehen.

Der ursächliche Zusammenhang beruht daher auf der besonderen Qualität des Erzeugnisses, die sich auf seinen geografischen Ursprung zurückführen lässt.

8.3. *Forlì – Kategorie: teilweise gegorener Traubenmost (11)*

Angaben zur besonderen Qualität des Erzeugnisses, die auf den geografischen Ursprung zurückzuführen ist, und zum ursächlichen Zusammenhang zwischen der besonderen Qualität und dem geografischen Gebiet

Der Einfluss des Bodens, des Klimas und der menschlichen Faktoren auf die Eigenschaften des Erzeugnisses, der vorstehend für Perl- und Schaumweine beschrieben wurde, gilt auch für teilweise gegorene weiße, rote oder roséfarbene Moste.

Teilweise gegorene Traubenmoste werden nach dem Charmat-Verfahren (oder Martinotti-Verfahren) hergestellt, bei dem der Traubenmost teilweise vergoren wird und seine vollständige Gärung durch Filtrieren oder Zentrifugieren oder andere zulässige Behandlungen und Verfahren verhindert wird, um dem Enderzeugnis Frische und intensive fruchtige Noten in Verbindung mit einem mäßigen Alkoholgehalt zu verleihen.

Das Erzeugnis hat eine lange Tradition im Weinbau. Die Trauben wurden direkt im Weinberg gemaischt und dann in Fässern in die Weinkeller gebracht. Bei ihrem Eintreffen im Weinkeller war ein Teil des Zuckers bereits vergoren. Diese Tradition ist sehr alt, und als das Erzeugnis erstmals in größerem Umfang außerhalb der Region vermarktet wurde, erfolgte dies vermutlich in der Form von teilweise gegorenem Most, insbesondere aus der Rebsorte Trebbiano Romagnolo.

In den letzten Jahren haben die Erzeugung und Vermarktung von teilweise gegorenem Most (weiß, rot und rosé) weiter an Ansehen gewonnen. Die Moste werden nicht nur in den Kellern gelagert, um zum Süßen von stillen Weinen, Perlweinen und Schaumweinen verwendet zu werden, sondern auch als eigenständige Erzeugnisse direkt in Verkehr gebracht.

Der ursächliche Zusammenhang beruht daher auf den besonderen Eigenschaften des Erzeugnisses, die auf seinen geografischen Ursprung zurückgehen.

9. **Weitere wesentliche Bedingungen**

Fakultative Angaben bei der Kennzeichnung

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der weiteren Bedingung:

Zusätzliche Kennzeichnungsvorschriften

Beschreibung der Bedingung:

Bei „Passito“-Weinen kann auf dem Etikett der Begriff „appassimento“ (Trocknen von Trauben) angegeben werden, und zwar entsprechend den geltenden EU-Rechtsvorschriften in Schriftzeichen, die nicht größer sind als der Name „Forlì“.

Ausnahmen in Bezug auf die Weinbereitung und die zweite Gärung

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der weiteren Bedingung:

Ausnahme in Bezug auf die Erzeugung in dem abgegrenzten geografischen Gebiet

Beschreibung der Bedingung:

Die Weinbereitung, einschließlich der Verarbeitung zu Perlwein und Schaumwein, muss in dem in Punkt 6 genannten abgegrenzten geografischen Gebiet gemäß den traditionellen Verfahren des Gebiets erfolgen. Um Orte, in denen die Erzeugung Tradition hat, zu berücksichtigen, darf die Weinbereitung jedoch in der gesamten Region Emilia-Romagna und – bei Perlweinen und Schaumweinen – in der gesamten Region Emilia-Romagna und den benachbarten Regionen erfolgen.

Link zur Produktspezifikation

<https://www.politicheagricole.it/flex/cm/pages/ServeBLOB.php/L/IT/IDPagina/14278>



C/2024/3359

23.5.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11382 — AGCO / TRIMBLE / JV)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3359)

Am 25. März 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11382 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/3361

23.5.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M. 11527 – ENGIE / MACQUARIE / MPBV)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3361)

1. Am 14. Mai 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Engie S.A. („ENGIE“, Frankreich),
- MIP VI International AIV, L.P. („MIP VI“, Kanada), kontrolliert von Macquarie Group Limited („Macquarie Group“, Australien),
- Mayakan Pipeline B.V. („MPBV“ oder das „JV“, Niederlande).

ENGIE und Macquarie werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über das JV erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- ENGIE ist eine weltweit aufgestellte Unternehmensgruppe mit Sitz in Frankreich, die in den Bereichen CO₂-arme Energie, Gas und Dienstleistungen tätig ist,
- MIP VI ist ein Fonds mit Sitz in Kanada, der an Investitionen in Energie- und Infrastrukturanlagen in Nordamerika und Südamerika beteiligt ist und letztlich von Macquarie Group kontrolliert wird. Macquarie Group ist eine australische globale Finanzdienstleistungsgruppe,
- die einzige Tätigkeit von MPBV besteht darin, der Eigentümer des mexikanischen Unternehmens Mayakan zu sein, das seinerseits Eigentümer und Genehmigungsinhaber einer Erdgasfernleitung in Mexiko ist.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11527 – ENGIE / MACQUARIE / MPBV

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/3362

23.5.2024

Staatliche Beihilfen — Entscheidung, keine Einwände zu erheben

(C/2024/3362)

Die EFTA-Überwachungsbehörde erhebt keine Einwände gegen folgende Beihilfemaßnahme:

Tag des Erlasses der Entscheidung	17. Januar 2024
Nummer der Beihilfesache	91103
Nummer der Entscheidung	002/24/COL
EFTA-Staat	Norwegen
Titel (und/oder Name des Beihilfeempfängers)	Staatliche Beihilfe zur Unterstützung spezifischer Infrastruktur für alternative Energieträger 2021-2025
Rechtsgrundlage	Enova-Programme
Art der Maßnahme	Regelung
Ziel	Umweltschutz
Form der Beihilfe	Zuschüsse
Mittelausstattung	Jährlicher Höchstbetrag: 500 Mio. NOK Höchstbetrag insgesamt: 1900 Mio. NOK
Beihilfeintensität	40 % für große Unternehmen, 50 % für mittlere Unternehmen und 60 % für kleine Unternehmen
Laufzeit	Bis zum 31. Dezember 2025
Wirtschaftszweige	Alle Wirtschaftszweige
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Enova SF Brattørkaia 17A 7010 Trondheim NORWEGEN
Sonstige Angaben	

Die um vertrauliche Passagen bereinigte rechtsverbindliche Sprachfassung der Entscheidung befindet sich auf folgender Website der EFTA-Überwachungsbehörde:

<http://www.eftasurv.int/state-aid/state-aid-register/decisions/>.



C/2024/3363

23.5.2024

Staatliche Beihilfen — Entscheidung, keine Einwände zu erheben

(C/2024/3363)

Die EFTA-Überwachungsbehörde erhebt keine Einwände gegen folgende Beihilfemaßnahme:

Tag des Erlasses der Entscheidung	7. Februar 2024
Nummer der Beihilfesache	91557
Nummer der Entscheidung	006/24/COL
EFTA-Staat	ISLAND
Gebiet	Alle
Titel (und/oder Name des Beihilfeempfängers)	Günstiger Steuersatz auf Gewinne aus Optionen auf Aktien von FuE-Start-ups
Nationale Rechtsgrundlage	Artikel 10 Buchstabe a Einkommensteuergesetz
Art der Maßnahme	Beihilferegulung
Ziel	Verbesserung der Fähigkeit von Start-ups, wichtige Mitarbeiter einzustellen und zu halten
Form der Beihilfe	Steuerbefreiung
Mittelausstattung	Höchstens 500 000 EUR pro Jahr
Beihilfeintensität	9,48 % – 24,28 %
Laufzeit	2024–2033
Wirtschaftszweige	FuE
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministry of Finance and Economic Affairs [Ministerium für Finanzen und Wirtschaft] Arnarhvoli við Lindargötu 101 Reykjavík ISLAND
Sonstige Angaben	

Die um vertrauliche Passagen bereinigte rechtsverbindliche Sprachfassung der Entscheidung befindet sich auf folgender Website der EFTA-Überwachungsbehörde: <http://www.eftasurv.int/state-aid/state-aid-register/decisions/>.